



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



57
394

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

H. v. Kremer-Auenrode und F. Worthmann.

Zweihundzwanzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1872.

I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protocolle etc. (Vgl. Bd. XXI u. vorg.)

1869.	Sept.	2.	Oesterreich-Ungarn und China. Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag	No. 4626.
1872.	Febr.	14.	Deutschland und Frankreich. Postvertrag	4627.
„	April	19.	Deutschland und Spanien. Postvertrag	4628.
„	Febr.	7.	Deutschland und Italien. Konsularvertrag	4629.
„	Jan.	12.	Deutschland und Spanien. Konsularvertrag	4630.
„	„	11.	Deutschland und die Niederlande. Deklaration, betr. die Ausdehnung der zw. Preussen u. den Niederlanden am 18. Juni 1856 abgeschlossnen Konsular-Konvention auf die Konsuln des deutschen Reichs in den niederländ. Kolonien	4631.
1871.	Dec.	11.	Deutschland und die Vereinigten Staaten. Konsular-Konvention	4632.
1872.	Mai	14.	Deutschland und England. Auslieferungsvertrag	4633.
„	„	26/14.	Deutschland und Russland. Additional-Vertrag zum Postvertrag	4634.
„	Juni	29.	Deutschland und Frankreich. Spezial-Konvention, die Zahlung des Restes der französischen Kriegskosten-Entschädigung etc. betr.	4635.
„	März	2.	Deutschland und Portugal. Handels- und Schiffahrts-Vertrag	4636.
„	Juni	11.	Deutschland und Luxemburg. Uebereinkunft wegen Uebernahme der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen durch die kaiserl. deutsche Eisenbahnverwaltung	4647.
„	„	19.	— Postvertrag	4648.
„	„	19.	England und Frankreich. Englisch-französischer Handelsvertrag	4651—4735.

(S. auch Englisch-französischer Handelsvertrag.)

Englisch-Amerikanische Differenzen. (Vgl. Bd. XXI und vorg.)

1871.	Mai	8.	Verein. Staaten von Amerika. Streitschrift. (The Case of the United States, laid before the Tribunal of Arbitration to be convened at Geneva under the Provisions of the Treaty between the United States and Her Majesty the Queen of Great-Britain, concluded at Washington.)	4625.
-------	-----	----	---	-------

Französisch-englischer Handelsvertrag.

1871.				No.
	Juni	13.	England und Frankreich. Der engl. Gesandte in Paris an d. Staatssekr. d. Auswärt. Frankreich will hohe Zölle erheben.	4651.
	"	15.	— Ders. an Dens. Unterredung mit Jules Favre üb. d. Handelsverträge	4652.
	"	20.	— Ders. an Dens. Unterredung mit Thiers üb. d. Handelsverträge	4653.
	"	26.	— Ders. an Dens. Der Entwurf des neuen französischen Steuergesetzes, mit den Motiven . . .	4654.
	"	28.	— Ders. an Dens. Die Nachteile der obigen französischen Finanzmassregeln f. d. engl. Handel .	4655.
	Juli	1.	— Ders. an Dens. Unterredung mit Jules Favre .	4656.
	"	17.	— Der engl. Minister d. Ausw. an d. engl. Ges. in Paris. Französischer Unterhändler in London .	4657.
	"	18.	— Der franz. Ges. in London an d. engl. Minister d. Ausw. Uebersicht der Ablaufszeiten der seit 1860 v. Frankreich abgeschl. Handelsverträge .	4658.
	"	21.	— Der engl. Gesandte in Paris an d. Staatssecr. d. Ausw. in London. Unterredung mit Thiers üb. d. Handelsvertrag	4659.
	"	29.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. engl. Ges. in Paris. England wünscht genauere schriftl. Vorschläge	4660.
	Aug.	4.	— Memorandum, dem engl. Staatssecr. d. Ausw. vom franz. Gesandten in London übergeben. Er gewährt von England gewünschte specielle Erläuterungen	4661.
	"	5.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. franz. Gesandten. Unvollständigkeiten der franz. Vorschläge. Schwierigkeiten, die ihrer Annahme im Wege stehen	4662.
	"	11.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. Wichtige Unterredung mit Thiers. .	4663.
	"	15.	— Officielles Resumé einer Unterredung zw. Earl Granville u. d. franz. Unterhändler Ozenne . .	4664.
	"	14.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. Unterredung mit dem franz. Minister d. Auswärtigen	4665.
	"	21.	— Der engl. Staatssecr. des Ausw. a. d. franz. Geschäftstr. in London. Er bittet, d. Unterhändler Ozenne möge mit d. Entwurf eines revid. Vertrags nach England kommen	4666.
	"	22.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. Thiers drückt seine Befriedigung aus üb. d. freundl. Art, in welcher d. engl. Thronrede d. Unterhandl. üb. d. Handelsvertrag gedenkt	4667.
	Sept.	1.	— Ders. an Dens. Frankreich will Tonnengelder und Differentialzölle (die "surtaxes de pavillon et d'entrepôts") wieder einführen	4668.
	"	8.	— Ders. an Dens. Die Budgetcommission der	

			Nationalversammlung unterstützt die in der vor.	No.
			Depesche genannten Massnahmen	4669.
1871.	Sept.	13.	England und Frankreich. Entwurf eines revidirten englisch-französischen Handelsvertrages	4670.
"	"	18.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. engl. Ges. in Paris. Bedenken gegen die von Frankreich beabsicht. Differentialzölle	4671.
"	"	18.	— Memorandum durch d. franz. Geschäftsträger u. Unterhändler in London dem „Board of Trade“ unterbreitet. — Die voraussichtl. Folgen der französischen Vorschläge	4672.
"	"	26.	— Memorandum des französischen Unterhändlers Ozenne üb. d. Revision d. Handelsvertrags vom 26. Jan. 1860	4673.
"	"	26.	— Memorandum des französischen Unterhändlers Ozenne, betitelt „Marine Marchande“	4674.
"	Oct.	21.	— Der französ. Geschäftsträger in London an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. — Die Unterhandlungen üb. die Verzollung der Rohstoffe sollen aufgehoben werden, bis die franz. Nationalversammlung e. Beschluss gefasst hat hinsichtl. der Besteuerung d. Rohstoffe im Inlande	4675.
"	"	29.	— Der französ. Unterhändler Ozenne an den engl. Premierminister	4676.
			Beilage. Memorandum über die Revision des englisch-französischen Handelsvertrags vom 23. Jan. 1860.	
"	Nov.	1.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Paris. — Uebersicht der französischen Vorschläge und Bedenken der englischen Regierung	4677.
"	"	2.	— Ders. an Dens. — Berichtigung hinsichtlich der französischen Zölle	4678.
"	"	3.	— Der engl. Geschäftsträger in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. — Unterredung mit dem franz. Minister d. Ausw.	4679.
"	"	30.	— Der franz. Ges. in London an den engl. Staatssecr. d. Auswärt.	4680.
"	Dec.	8.	— Der engl. Ges. in Paris an den engl. Staatssecr. d. Ausw. — Die Botschaft d. Präsidenten Thiers an d. Nationalversammlung erwähnt d. Kündigg. des Handelsvertrags. Unterredung mit Thiers	4681.
"	"	11.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an den engl. Ges. in Paris. Er billigt die Haltung des Gesandten	4682.
1872.	Jan.	5.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. Unterredung m. d. Minister des Auswärtigen de Rémusat üb. die Schädigung englischer Interessen durch den französ. Gesetzentwurf üb. die Handelsmarine	4683.
"	"	8.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. franz. Gesandten in London. — Antwort auf die note verbale, die der Nr. 4680 beigegeben war	4684.

1872.	Jan.			No.
	9.	England und Frankreich.	Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. — Unterredung mit Thiers	4685.
"	"	14.	— Ders. an Dens.	4686.
		Beilage.	Comparison of Imports and Exports before and after the Treaties of 1860.	
"	"	19.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. engl. Ges. in Paris. — Protest gegen verschiedene Behauptungen d. Präsidenten Thiers	4687.
"	"	19.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. — Unterredung mit Thiers üb. die Behauptungen d. Präsidenten, gegen welche Earl Granville Verwahrung eingelegt hatte . .	4688.
"	"	20.	— Ders. an Dens.	4689.
"	"	22.	— Ders. an Dens. — Unterredung mit Thiers u. Rémusat. Vielleicht geht d. Finanzminister Pouyer-Quertier als Unterhändler nach England	4690.
"	"	24.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. a. d. engl. Ges. in Paris. — Verwahrung gegen einige Bestimmungen d. französ. Gesetzentwurfs	4691.
"	"	24.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw.	4692.
"	"	26.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an den engl. Ges. in Paris. — Gutachten d. Kronjuristen üb. Thiers' Auslegg. d. Handelsvertrags	4693.
"	"	26.	— Ders. an Dens. — Ueber Pouyer-Quertier als Unterhändler	4694.
"	"	27.	— Ders. an Dens.	4695.
		Beilage.	Memorandum on the Proposal of the French Government to re-impose Differential Duties on Merchandize imported into France in Foreign Ships.	
"	"	28.	— Ders. an Dens. — Der französische Geschäftsträger Gavard stellt die unmittelbare Kündigung des Handelsvertrages in Aussicht	4696.
"	"	28.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. Unterredung mit Rémusat	4697.
"	"	29.	— Ders. an Dens. — Mittheilung einer Note Rémusat's. Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen	4698.
		Beilage.	Note des Ministers de Rémusat an Lord Lyons.	
"	"	29.	— Der engl. Ges. in Paris a. d. engl. Staatssecr. d. Ausw. — Bitte um Instruktionen, ob der Inhalt der Depesche Nr. 4699 der französischen Regierung mitgetheilt werden soll	4699.
"	"	30.	— Ders. an Dens. — Der Bericht d. Ausschusses d. Nationalversammlung üb. d. Kündigg. des Handelsvertrags. Behauptungen Rémusats in dieser Versammlung	4700.
		Beilage.	Auszug aus dem "Journal Officiel" vom 30. Januar 1872.	
"	"	30.	— Ders. an Dens. — Unterredung mit Thiers . .	4701.

1872	Jan.	30.	England und Frankreich. Note des engl. Gesandten in Paris an d. franz. Min. d. Auswärt. — Sie giebt den Sinn der Depesche des engl. Staatssecr. d. Ausw. vom 27. Januar 1871 wieder . . .	No.	4702.
„	Febr.	1.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw.		4703.
„	„	2.	— Ders. an Dens.		4704.
„	„	Beilage.	Note d. franz. Minister d. Ausw. an d. engl. Ges.		
„	„	2.	— Ders. an Dens.		4705.
„	„	Beilage.	Note d. franz. Ministers d. Ausw. an d. engl. Gesandten.		
„	„	3.	— Ders. an Dens. — Die französ. Regierung will d. Unterhandlungen wieder aufnehmen. Der Ges. empfiehlt genaue Beobachtung des Vertrages . . .		4706.
„	„	3.	— Ders. an Dens.		4707.
„	„	Beilage.	Aus dem "Journal officiel" vom 3. Febr. 1872.		
„	„	5.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. engl. Ges. in Paris. — Unterredung mit d. französ. Gesandten in London		4708.
„	„	9.	— Der engl. Ges. in Paris an den engl. Staatssecr. d. Ausw. — Unterredung mit d. französ. Finanzminister		4709.
„	„	9.	— Ders. an Dens. — Unterredung mit den franz. Min. des Ausw. und d. Finanzen. Circular d. franz. General-Zolldirektors an seine Untergebenen		4710.
„	„	9.	— Note d. franz. Ministers des Ausw. an den franz. Gesandten in London. — Die französische Regierung wünscht die Unterhandlungen aufzunehmen. Auf welcher Grundlage		4711.
„	„	10.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an den engl. Ges. in Paris. — Unterredung m. d. franz. Ges. in London. Franz. Verlangen nach Wiederaufnahme der Unterhandlungen		4712.
„	„	13.	— Ders. an Dens. Gutachten der Kronjuristen üb. d. neuen französ. Differential-Zölle		4713.
„	„	14.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw.		4714.
„	„	15.	— Ders. an Dens. — Mittheilg. einer Note d. franz. Min. d. Ausw. Bitte um Instruktionen . . .		4715.
„	„	Beilage.	Note des franz. Min. d. Ausw. an d. engl. Ges. in Paris.		
„	„	16.	— Ders. an Dens. — Bemerkungen üb. d. Note d. franz. Min. d. Ausw. und üb. d. Circular der Generalzolldirektion		4716.
„	„	17.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. engl. Ges. in Paris. — Erläuterung zur Depesche vom 14. Febr.		4717.
„	„	20.	— Ders. an Dens. — Antwort auf d. Depeschen d. engl. Gesandten vom 15. u. 16. Febr.		4718.

1872.	Febr. 24.	England und Frankreich. Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. franz. Ges. in London. — Antwort auf die Note des franz. Min. d. Ausw. vom 7. Febr.	No. 4719.
"	" 24.	— Der engl. Ges. in Paris an den engl. Staatssecr. d. Ausw. — Mittheilung des Gesetzes, welches die franz. Regierung ermächtigt, die Handelsverträge mit England u. Belgien zu kündigen, sobald sie dies rathsam erachtet	4720.
"	März 1.	— Ders. an Dens. — Mittheilung einer Beschwerde des engl. Consuls in Brest wegen Zollmaasregeln	4721.
"	" 2.	— Der engl. Staatssecr. des Ausw. an den engl. Ges. in Paris. — Antwort auf die Depesche vom 1. März	4722.
"	" 3.	— Der engl. Ges. in Paris an den engl. Staatssecr. d. Ausw. — Mittheilung einer Note, die Lord Lyons in Betr. d. Beschwerde des engl. Consuls in Brest an d. franz. Minister d. Ausw. gerichtet hat	4723.
"	" 8.	— Ders. an Dens. — Mittheilung einer weitem Zuschrift des engl. Consuls in Brest	4724.
"	" 8.	— Ders. an Dens. — Spanische Schiffe sind frei von "surtaxe de pavillon", die von engl. erhoben wird, weil Spanien mit Repressalien gedroht hat	4725.
"	" 13.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. engl. Ges. in Paris. — Die Haltung des Gesandten wird gebilligt. Er soll auf Antwort dringen	4726.
"	" 15.	— Der franz. Ges. in London an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. — Mittheilung einer franz. Depesche, in welcher d. franz.-engl. Handelsvertrag vom 23. Jan. 1860 gekündigt wird. Die Unterhandlungen können wieder aufgenommen werden	4727.
"	" 15.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. — Rémusat muss d. Befreiung span. Schiffe von der "surtaxe de pavillon" zugeben	4728.
"	" 18.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. franz. Ges. in London. — Empfangsbestätigg. der Note 4727, welche die Kündigg. des Handelsvertrags enthält	4729.
"	" 18.	— Der engl. Ges. in Paris an d. engl. Staatssecr. d. Ausw. — Unterredung mit Thiers. Das Verfahren franz. Zollbehörden. Der Finanzmin. Pouyer-Quertier hat auf eigne Hand die span. Schiffe v. d. "surtaxe de pavillon" ausgen. Unterredung mit Remusat	4730.
"	" 18.	— Aus dem "Journal officiel" vom 19. März 1872. Die Kündigung des Handelsvertrags	4731.
"	" 23.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. engl. Ges. in Paris. — Die engl. Regierung beharrt bei	

			ihrer Ansicht hinsichtlich der Zölle auf Rohstoffe	No. 4732.
1872.	März	25.	England und Frankreich. Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an d. franz. Ges. in London. — Beschwerden üb. d. franz. Zollpolitik und üb. ungesetzl. Verfahren der Zollbehörden	4733.
„	„	25.	— Der engl. Staatssecr. d. Ausw. an den engl. Ges. in Paris. — Anerkennung der Haltung des Gesandten	4734.
„	Nov.	5.	— Handels- und Schifffahrtsvertrag, nebst zugehörigen Protocollen	4735.

Kirchenfrage.

1872.	April	25.	Deutschland und der H. Stuhl. Geschäftsträger beim päpstlichen Stuhl an d. Staatssecr. Kardinal Antonelli. Anzeige der Ernennung d. Kardinal Fürst Hohenlohe zum Botschafter d. Deutschen Reiches beim h. Stuhl	4637.
„	Mai	1.	— Geschäftsträger beim päpstl. Stuhl an d. Staatssecr. Kardinal Antonelli. Anfrage, ob die Ernennung Hohenlohe's genehm sei	4638.
„	„	2.	— Staatssecr. Kardinal Antonelli an d. Geschäftsträger des Deutschen Reiches. Kardinal Hohenlohe kann zur Annahme des Botschafterpostens nicht autorisirt werden	4639.
„	„	14.	— Erste Rede d. Fürsten Bismarck in d. Sitzg. d. Deutschen Reichstags v. 14. Mai 1872. Die Ablehnung des Botschafters Kardinal Hohenlohe durch den h. Stuhl	4640.
„	„	14.	— Zweite Rede d. Fürsten Bismarck in d. Sitzg. d. Deutschen Reichstags vom 14. Mai 1872. Die Ablehnung d. Botschafters Kardinal Hohenlohe durch d. H. Stuhl	4641.
„	Juli	4.	Deutschland. Gesetz, betr. den Orden der Gesellschaft Jesu	4642.
„	„	8.	— Gesetz wegen Einführung des Reichsgesetzes, betr. den Orden der Gesellsch. Jesu, in Elsass-Lothringen	4643.
„	„	5.	— Bekanntmachung, betr. die Ausführung d. Gesetzes üb. d. Orden d. Gesellsch. Jesu	4644.
„	Juni	16.	Italien und der H. Stuhl. Schreiben d. Papstes an d. Kard. Antonelli. Das beabsichtigte Verbot d. religiösen Orden in Italien	4645.
„	„	24.	Deutschland und der H. Stuhl. Ansprache des Papstes an den deutschen Leseverein. Der Papst warnt Bismarck	4646.

Nordamerikanische Angelegenheiten.

1871.	Mai	8.	Vereinigte Staaten von Amerika. Streitschrift. (The Case of the United States, laid before the Tribunal of Arbitration to be convened at Geneva
-------	-----	----	---

Schweizerische Verfassungsrevision.

under the Provisions of the Treaty between the No.
 United States and Her Majesty the Queen of
 Great Britain, concluded at Washington.) . . . 4625.

Schweizerische Verfassungsrevision.

1872. März 5. Schweiz. Entwurf der revidirten Bundesverfassung . 4649.
 „ April 8. — Proklamation der schweizer. Bundesversammlung
 z. Abstimmung üb. d. revid. Bundesverfassung
 am 12. Mai 1872 an das Volk und d. Kantone
 d. schweiz. Eidgenossenschaft 4650.

II. Inhaltsverzeichnis,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Amerika, Vereinigte Staaten	1871.	Juni	20.	No. 4653.	
von.	"	"	26.	"	4654.
Bündnisse, Verträge etc.:	"	"	28.	"	4655.
1871. Dec. 11. No. 4632.	"	Juli	1.	"	4656.
Engl.-Amerikan. Differenzen:	"	"	17.	"	4657.
1871. Mai 8. No. 4625.	"	"	18.	"	4658.
China.	"	"	21.	"	4659.
Bündnisse, Verträge etc.:	"	"	29.	"	4660.
1872. Sept. 2. No. 4626.	"	Aug.	4.	"	4661.
Deutsches Reich.	"	"	5.	"	4662.
Bündnisse, Verträge etc.:	"	"	11.	"	4663.
1871. Dec. 11. No. 4632.	"	"	15.	"	4664.
1872. Jan. 11. „ 4631.	"	"	14.	"	4665.
„ „ 12. „ 4630.	"	"	21.	"	4666.
„ Febr. 7. „ 4629.	"	"	22.	"	4667.
„ „ 14. „ 4627.	"	Sept.	21.	"	4668.
„ März 2. „ 4636.	"	"	8.	"	4669.
„ April 19. „ 4628.	"	"	13.	"	4670.
„ Mai 14. „ 4633.	"	"	18.	"	4671.
„ „ 26/14. „ 4634.	"	"	18.	"	4672.
„ Juni 11. „ 4647.	"	"	26.	"	4673.
„ „ 19. „ 4648.	"	"	26.	"	4674.
„ „ 29. „ 4635.	"	Oct.	21.	"	4675.
Kirchenfrage:	"	"	29.	"	4676.
1872. April 25. No. 4637.	"	Nov.	1.	"	4677.
„ Mai 1. „ 4638.	"	"	2.	"	4678.
„ „ 2. „ 4639.	"	"	3.	"	4679.
„ „ 14. „ 4640. 4641.	"	"	30.	"	4680.
„ Juni 24. „ 4646.	"	Dec.	8.	"	4681.
„ Juli 4. „ 4642.	"	"	11.	"	4682.
„ „ 5. „ 4644.	1872.	Jan.	5.	"	4683.
„ „ 8. „ 4643.	"	"	8.	"	4684.
England.	"	"	9.	"	4685.
Bündnisse, Conventionen etc.:	"	"	14.	"	4686.
1872. Mai 14. No. 4651.	"	"	19.	"	4687.
Engl.-franz. Handelsvertrag:	"	"	19.	"	4688.
1871. Juni 13. No. 4651.	"	"	20.	"	4689.
„ „ 15. „ 4652.	"	"	22.	"	4690.
	"	"	24.	"	4691.

1875.	Jan.	24.	No. 4692.
"	"	26.	" 4693.
"	"	26.	" 4694.
"	"	27.	" 4695.
"	"	28.	" 4696.
"	"	28.	" 4697.
"	"	29.	" 4698.
"	"	29.	" 4699.
"	"	30.	" 4700.
"	"	30.	" 4701.
"	"	30.	" 4702.
"	Febr.	1.	" 4703.
"	"	2.	" 4704.
"	"	2.	" 4705.
"	"	3.	" 4706.
"	"	8.	" 4707.
"	"	5.	" 4708.
"	"	9.	" 4709.
"	"	9.	" 4710.
"	"	9.	" 4711.
"	"	10.	" 4712.
"	"	13.	" 4713.
"	"	14.	" 4714.
"	"	15.	" 4715.
"	"	16.	" 4716.
"	"	17.	" 4717.
"	"	20.	" 4718.
"	"	24.	" 4719.
"	"	24.	" 4720.
"	März	1.	" 4721.
"	"	2.	" 4722.
"	"	3.	" 4723.
"	"	8.	" 4724.
"	"	8.	" 4725.
"	"	13.	" 4726.
"	"	15.	" 4727.
"	"	15.	" 4728.
1872.	März	18.	No. 4729.
"	"	18.	" 4730.
"	"	19.	" 4731.
"	"	23.	" 4732.
"	"	25.	" 4733.
"	"	25.	" 4734.
"	Nov.	5.	" 4735.

Frankreich.

Bündnisse, Conventionen etc.:			
1872.	Febr.	14.	No. 4627.
"	Juni	29.	" 4635.

Frans.-engl. Handelsvertrag:
1871. Juni 18—1872. Nov. 5.
No. 4651—4735 s.: England.

Italien.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1872. Febr. 7. No. 4629.

Kirchenfrage:

1872. Juni 16. No. 4645.

Luxemburg.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1872. Juni 11. No. 4647.

" " 19. " 4648.

Oesterreich-Ungarn.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1872. Sept. 2. No. 4628.

Niederlande.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1872. Jan. 11. No. 4631.

Portugal.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1872. März 2. No. 4636.

Römischer Stuhl.

Kirchenfrage:

1872. April 25. No. 4637.

" Mai 1. " 4638.

" " 2. " 4639.

" " 14. " 4640.

" " 14. " 4641.

" Juni 16. " 4645.

" " 24. " 4646.

Russland.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1872. Mai 26/14. No. 4634.

Schweiz.

Revision der Bundesverfassung:

1872. März 5. No. 4649.

" April 8. " 4650.

Spanien.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1872. Jan. 12. No. 4630.

" April 19. " 4628.

Nr. 4625.

ALABAMA - FRAGE.

STREITSCHRIFT DER VEREINIGTEN STAATEN (CASE OF THE UNITED STATES.)¹

PART I.

Introduction.

[Inhaltsangabe. — Sitzungen der „Joint High Commission“ zu Washington im Frühjahr 1871. — Die zur Alabama-Frage gehörigen Abschnitte aus dem 36. Protokoll dieser „Commission“ und aus dem Vertrag von Washington vom 8. Mai 1871. — Der „Case“ und die Beilagen werden dem Schiedsgericht zugestellt.]

In the spring of the present year (1871) five Commissioners on the part of Great Britain and five Commissioners on the part of the United States of America met at Washington in a body, which, when organized, was known as the Joint High Commission, in order to discuss, and, if possible, to arrange for, the adjustment of several causes of difference between the two Powers. Among the subjects which were brought before that body by the United States were “the differences which arose during the rebellion in the United States, and which have existed since then, growing out of the acts committed by the several vessels, which have given rise to the claims generically known as the Alabama Claims.”²

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Auf dem Titelblatt des betr. Blaubuchs lautet es vollständiger: “The Case of the United States, laid before the Tribunal of Arbitration to be convened at Geneva under the Provisions of the Treaty between the United States of America and Her Majesty the Queen of Great Britain, concluded at Washington, May 8, 1871.”

[Anm. d. Herausg.]

² Mr. Fish to Sir Edward Thornton, January 30, 1871, Vol. VI, page 16.
Staatsarchiv XXII.

Nr. 4495.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

[Hier folgt das 36. Protokoll der Joint High Commission, bis zu der Ueberschrift „Art. XII.—XVII.“; dasselbe hat das Staatsarchiv bereits als Nr. 4496 (Juli- und August-Heft 1871) gebracht. Dann folgt in dem „Case“ der Vertrag von Washington, bis Art. XL einschl.; dieser Vertrag ward als Nr. 4497 (in demselben Heft) abgedruckt: wir geben daraus hier die in den „Cases“ oft angeführten „three rules“]:

“ARTICLE VI.

“In deciding the matters submitted to the Arbitrators they shall be governed by the following three Rules, which are agreed upon by the High Contracting Parties as Rules to be taken as applicable to the case, and by such principles of international law, not inconsistent therewith, as the Arbitrators shall determine to have been applicable to the case: [Rules.] “A neutral Government is bound— . “First, to use due diligence to prevent the fitting out, arming, or equipping, within its jurisdiction, of any vessel which it has reasonable ground to believe is intended to cruize or to carry on war against a Power with which it is at peace; and also to use like diligence to prevent the departure from its jurisdiction, of any vessel intended to cruize or carry on war as above, such vessel having been specially adapted, in whole or in part, within such jurisdiction, to warlike use. | “Secondly, not to permit or suffer either belligerent to make use of its ports or waters as the base of naval operations against the other, or for the purpose of the renewal or augmentation of military supplies or arms, or the recruitment of men. | “Thirdly, to exercise due diligence in its own ports and waters, and, as to all persons within its jurisdiction, to prevent any violation of the foregoing obligations and duties. | “Her Britannic Majesty has commauded Her High Commissioners and Plenipotentiaries to declare that Her Majesty’s Government cannot assent to the foregoing Rules as a statement of principles of international law which were in force at the time when the claims mentioned in Article I arose, but that Her Majesty’s Government, in order to evince its desire of strengthening the friendly relations between the two countries, and of making satisfactory provision for the future, agrees that, in deciding the questions between the two countries arising out of those claims, the Arbitrators should assume that Her Majesty’s Government had undertaken to act upon the principles set forth in these Rules. | “And the High Contracting Parties agree to observe these Rules as between themselves in future, and to bring them to the knowledge of other maritime Powers, and to invite them to accede to them

. In accordance with the provisions of Article III of the Treaty, the United States have the honour to lay before the Tribunal of Arbitration this their “Printed Case,” accompanied by the documents, the official correspondence, and other evidence on which they rely

. Lastly, they will endeavour to satisfy the Tribunal of Arbitration that it can find, in the testimony which will be offered by the United States,

ample material for estimating the amount of such injuries, and they will ask the Tribunal to exercise the powers conferred upon it by Article VII of the Treaty, in awarding "a sum in gross, to be paid by Great Britain to the United States, for all the claims referred to." Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

In April, 1869, the President communicated to the Senate a mass of official correspondence and other papers relating to those claims, which was printed in five volumes. These, and two additional volumes, containing further correspondence, evidence, and documents, accompany this case. The whole will form "the documents, the official correspondence, and the other evidence on which [the United States] rely," which is called for by Article III of the Treaty. Reference will be made throughout this paper to these volumes thus: "Vol. I, page 1," &c., &c., &c. The United States understand, however, that they may, under the terms of the Treaty, present hereafter "additional documents, correspondence, and evidence," and they reserve the right to do so.

PART II.

The unfriendly course pursued by Great Britain toward the United States from the outbreak to the close of the Insurrection.

[Inhaltsangabe. — Beziehungen der Ver. Staaten zu Grossbritannien vor 1860. — Freundliche Beziehungen der beiden Regierungen im Jahre 1860. — Die Lage der Ver. Staaten 1860. — Wahl Lincoln's. — Abfall der südlichen Staaten. — Amtsantritt Lincoln's. — Lincoln unterrichtet die englische Regierung von seinen Absichten. — Lord John Russell verspricht die Ankunft des Gesandten Adams abzuwarten, bevor er handelt. — Die Uebergabe des Fort Sumter. — Die Insurgenten erklären, Kaperbriefe ausgeben zu wollen. — Lincoln proclamirt die Blockade der südlichen Häfen. — Zweck dieser Blockade. — England fordert Frankreich zu gemeinsamem Handeln auf. — Die Meinung der englischen Kronjuristen wird auf Grund einer mangelhaften Copie der Proclamation Lincoln's eingeholt. — Unterhandlungen Englands in Paris. — Neutralitätsproclamation Englands. — Der Publicist Rolin-Jaequemyns über die englische Proclamation. — Unterhandlungen Englands und Frankreichs mit den Insurgenten, in illoyaler Weise geführt. Sie betreffen das Seerecht. Hierüber wird gleichzeitig zwischen England und den Ver. Staaten unterhandelt; jedoch fruchtlos.]

The new Government took an early opportunity to inform the British Government of its purposes.¹ On the 9th of March, four days after the instalment of Mr. Lincoln, Mr. Dallas, the Minister of the United States at London, was instructed to communicate to Lord Russell the Inaugural Address of the

¹ Seward to Dallas, Vol. I, page 8.

Nr. 4625. President, and to assure him that the President entertained full confidence in
 Ver. Staat., the speedy restoration of the harmony and unity of the Government
 „Case“ von 1871—72. Mr. Dallas,¹ in complying with his instructions (April 9, 1861),

pressed upon Lord Russell the importance of England and France abstaining, “at least for a considerable time, from doing what, by encouraging groundless hopes, would widen a breach still thought capable of being closed.” Lord Russell replied that the coming of Mr. Adams (Mr. Dallas’s successor) “would doubtless be regarded as the appropriate and natural occasion for finally discussing and determining the question.” The United States therefore had reasonable ground to believe, not only in view of the great moral interests of which they were the exponents, and of the long-standing friendship between them and Great Britain, but also in consequence of the voluntary promise of Lord Russell, that an opportunity would be afforded them to explain their views and purposes through their newly selected and specially trusted representative; and least of all had they cause to anticipate that a Government which they supposed to be in sympathy with their policy as to African slavery, would precipitate a decision as to the insurgents, which was so obviously injurious to the United States, as to almost appear to have been designedly so. || The delay upon which the Government of the United States relied to firmly secure the loyalty of the Border States, and their aid in inducing the peaceable return of the Gulf States, was interrupted by the attack upon Fort Sumter, made by order of the Government at Montgomery. This attack ended in the surrender of the garrison on the 13th of April. This was followed on the fifteenth of April by a Proclamation of the President,² calling out the militia, and convening an extra session of Congress on the 4th day of the next July. || On the 17th of April, Mr. Jefferson Davis³ gave notice that letters of marque would be granted by the persons who had attempted to establish a Government at Montgomery, by usurping the authority of the United States. || On the 19th of April, President Lincoln issued a Proclamation⁴ declaring that a blockade of the ports within the States of South Carolina, Georgia, Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana, and Texas, would be established for the purpose of collecting the revenue in the disturbed part of the country, and for the protection of the public peace, and of the lives and properties of quiet and orderly citizens, until Congress should assemble. That body was summoned to assemble on the 4th day of the following July. || In the course of the discussion between the two Governments growing out of the war, it has been repeatedly asserted that Her Majesty’s Government was induced to confer upon the insurgents in the South the status of belligerents, in consequence of the receipt of the news of the Presi-

¹ Dallas to Seward, Vol. I, page 12.

² Vol. I, page 16.

³ Appleton’s Annual Cyclopaedia, 1861, page 137.

⁴ Diese Proclamation s. im „Staatsarchiv“, erster Band, 1861, Nr. 44.

dent's Proclamation of April 19. The United States are therefore forced to invite the patience of the Board of Arbitrators, while they establish, from conclusive proof, that Her Majesty's Government is mistaken in that respect. || Before any armed collision had taken place, there existed an understanding between Her Majesty's Government and the Government of the Emperor of the French, with a view to securing a simultaneous and identical course of action of the two Governments on American questions. It is within the power of the British Government to inform the Arbitrators when that understanding was reached. The fact that it had been agreed to by the two Governments was communicated to Mr. Dallas by Lord John Russell, the 1st day of May, 1861.¹ || There was nothing in the previous relations between Great Britain and the United States which made it necessary for Her Majesty's Government to seek the advice, or to invite the support of the Emperor of the French, in the crisis which was threatened. The United States are at a loss to conjecture what inducement could have prompted such an act, unless it may have been the perception, on the part of Her Majesty's Government, that it was in its nature not only unfriendly, but almost hostile to the United States. || When the news of the bloodless attack upon Fort Sumter became known in Europe, Her Majesty's Government apparently assumed that the time had come for the joint action which had been previously agreed upon; and, without waiting to learn the purposes of the United States, it announced its intention to take the first step by recognizing the insurgents as belligerents. || The President's Proclamation, which has since been made the ostensible reason for this determination, was issued on the 19th of April, and was made public in the Washington newspapers of the morning of the 20th. An imperfect copy of it was also telegraphed to New York, and from thence to Boston, in each of which cities it appeared in the newspapers of the morning of the 20th. || The New York papers of the 20th gave the substance of the Proclamation, without the official commencement and close, and with several errors of more or less importance. || The Boston papers of the same date, in addition to the errors in the New York copy, omitted the very important statement in regard to the collection of the revenue, which appears in the Proclamation as the main cause of its issue. || During the morning of the 19th of April a riot took place in Baltimore, which ended in severing direct communication, by rail or telegraph, between Washington and New York. Telegraphic communication was not restored until the 30th of the month. The regular passage of the mails and trains was resumed about the same time. It appears by a despatch from Lord Lyons to Lord John Russell that the mails had not been resumed on the 27th.² It is absolutely certain that no full copy of the text of the Proclamation could have left Washington by the mails of the 19th, and equally certain that no copy could

Nr. 4625.
Vor. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Mr. Dallas to Mr. Seward, May 2, 1861, Vol. I, pp. 33—34.

² Blue Book, North America, No. 1, 1862, page 26.

Nr. 4625. have reached New York from Washington after the 19th for several days. ¶
 Ver. Staat., On the 20th the steamer Canadian sailed from Portland, taking the Boston
 „Case“ von papers of that day, with the imperfect copy of the Proclamation, in which the
 1871—72. clause in regard to the collection of the revenue was suppressed. This steamer
 arrived at Londonderry on the 1st of May, and the “Daily News” of London, of
 the 2nd of May, published the following telegraphic items of news: “President
 Lincoln has issued a Proclamation, declaring a blockade of all the ports in the
 seceded States. The Federal Government will condemn as pirates all privateer
 vessels which may be seized by Federal ships.” The Canadian arrived at Liver-
 pool on the 2nd of May, and the “Daily News” of the 3rd, and the “Times” of
 the 4th of May, published the imperfect Boston copy of the Proclamation in
 the language as shown in the note below.¹ No other than the Boston copy of
 the Proclamation appears to have been published in the London newspapers. It
 is not likely that a copy was received in London before the 10th by the Fulton
 from New York. ¶ It was on this meagre and incorrect information that the
 advice of the British Law Officers was based, upon which that Government
 acted. On the evening of the 2nd of May, Lord John Russell stated in the
 House of Commons that² “Her Majesty’s Government heard the other day

¹ The following is the President’s Proclamation of the blockade of the Southern ports: —

“An insurrection against the Government of the United States has broken out in the States of South Carolina, Georgia, Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana, and Texas, and the laws of the United States cannot be executed effectually therein conformably to that provision of the constitution which requires duties to be uniform throughout the United States; and further, a combination of persons, engaged in such insurrection, have threatened to grant pretended letters of marque to authorize the bearers thereof to commit assaults on the lives, vessels, and property of good citizens of the country lawfully engaged in commerce on the high seas and in the waters of the United States; and whereas an Executive Proclamation has already been issued, requiring the persons engaged in these disorderly proceedings to desist, and therefor calling out the militia force for the purpose of repressing the same, and convening Congress in extraordinary Session to deliberate and determine thereon, the President, with a view to the same purposes before mentioned, and to the protection of the public peace and the lives and property of its orderly citizens pursuing their lawful occupations until Congress shall have assembled and deliberated on said unlawful proceedings, or until the same shall have ceased, has further deemed it advisable to set on foot a blockade of the ports within the States aforesaid, in pursuance of the laws of the United States and the laws of nations in such cases provided. For this purpose a competent force will be posted so as to prevent the entrance and exit of vessels from the ports aforesaid. If, therefore, with a view to violate such blockade, any vessel shall attempt to leave any of the said ports, she will be duly warned by the commander of one of said blockading vessels, who will indorse on her register the fact and date of such warning, and if the same vessel shall again attempt to enter or leave a blockaded port, she will be captured and sent to the nearest convenient port for such proceedings against her and her cargo as may be deemed advisable.”

² Vol. IV, page 482.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Caso“ von
1871—72.

that the Confederate States have issued letters of marque, and to-day we have heard that it is intended there shall be a blockade of all the ports of the Southern States. As to the general provisions of the law of nations on these questions, some of the points are so new, as well as so important, that they have been referred to the Law Officers of the Crown for their opinions.” || It is with deep regret that the United States find themselves obliged to lay before the Tribunal of Arbitration the evidence that, when this announcement was made in the House of Commons, Her Majesty’s Government had already decided to recognize the right of the Southern insurgents to attack and destroy the commerce of the United States on the high seas. On the 1st day of May, 1861 (two days before they could have heard of the issue of the President’s Proclamation), Lord John Russell wrote as follows to the Lords Commissioners of the Admiralty: ¹ || “The intelligence which reached this country by the last mail to the United States gives reason to suppose that a civil war between the Northern and Southern States of that Confederacy was imminent, if indeed it might not be considered to have already begun. || “Simultaneously with the arrival of this news, a telegram, purporting to have been conveyed to Halifax from the United States, was received, which announced that the President of the Southern Confederacy had taken steps for issuing letters of marque against the vessels of the Northern States.”

. “I need scarcely observe to your Lordships that it may be right to apprise the Admiral that, much as Her Majesty regrets the prospect of civil war breaking out in a country in the happiness and peace of which Her Majesty takes the deepest interest, *it is Her Majesty’s pleasure that nothing should be done by her naval forces which should indicate any partiality or preference for either party in the contest that may ensue.*” || On the 4th of May ² Lord John Russell held an interview with some individuals, whom he described as “the three gentlemen deputed by the Southern Confederacy to obtain their recognition as an independent State.” Although he informed them that he could hold no official communication with them, he did discuss with them the question of recognition, and he indicated to them the points to which they must direct their attention in the discussion of the subject. He also listened to their views in response thereto; and when, on the termination of the interview, they informed him “that they should remain in London for the present, in the hope that the recognition of the Southern Confederacy would not be long delayed,” he interposed no objections to such a course, and suggested no improbability of such a recognition. || On the 5th of May the steamship Persia arrived at Liverpool with advices from New York to the 25th of April. Lord John Russell stated on Monday,

¹ Vol. I, page 33.
² Vol. I, page 37.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

the 6th of May, in a communication to Lord Cowley,¹ “that Her Majesty’s Government received no despatches from Lord Lyons by the mail which has just arrived [the Persia], the communication between Washington and New York being interrupted.” In the same despatch Lord Cowley is informed “that Her Majesty’s Government cannot hesitate to admit that such Confederacy is entitled to be considered as a belligerent, and as such invested with all the rights and prerogatives of a belligerent,” and he is instructed to invite the French Government to a joint action, and a line of joint policy with the British Government, toward the United States. Lord Cowley, under these instructions, had an interview on the 9th of May with the French Minister for Foreign Affairs. The Tribunal may infer from the published correspondence that it was assumed at this interview that the two Governments should act together, and that the letters of marque which might be issued by the insurgents should be respected. Lord Cowley reported that² “His Excellency said further that, in looking for precedents, it had been discovered that Great Britain, although treating at the commencement of the American war letters of marque as piracy, had, after a time, recognized the belligerent rights of the States in rebellion against her.” The answer to these instructions was received at the Foreign Office on the 11th of May. The United States are firmly convinced that no correct or complete copy of the President’s Proclamation could have been received there in advance of it. It is known that the official copy forwarded by Lord Lyons to his Government reached London on the 14th of May.³ The official copy sent by Mr. Seward to Mr. Dallas reached Southampton on the evening of the 9th of May, and London on the 10th. It is stated in the British notes on Mr. Fish’s instruction of September 25, 1869, to Mr. Motley, that the Proclamation was communicated officially by Mr. Dallas to Lord John Russell on the 11th. There is no evidence of this fact in the archives of the Legation of the United States at London, or at the Department of State at Washington. But even if the statement in the notes be correct, still the British Government received, in the afternoon of the 11th of May, 1861, its first complete and official copy of the President’s Proclamation, ten days after Lord John Russell had decided to award the rights of belligerency on the ocean to the insurgents, eight days after the subject had been referred to the Law Officers for their opinion, and five days after the decision of Her Majesty’s Government upon that opinion had been announced in the House of Commons, as hereinafter set forth. On the same day on which Lord John Russell wrote Lord Cowley (May 6) he wrote to Lord Lyons,⁴ calling the United States “the northern portion of the late Union,” and reiterating that Her Majesty’s Government “cannot question

¹ Vol. I, page 36; see also same volume, page 48.

² Vol. I, page 49.

³ British Blue Book on the Blockade, 1861, page 1.

⁴ Vol. I, pp. 36—37.

the right of the Southern States to be recognized as a belligerent;" and in the House of Commons, on the same evening, he announced that the Attorney- and Solicitor-General, the Queen's Advocate, and the Government had come to the conclusion that the Southern Confederacy of America must be treated as a belligerent

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

. On the 9th of May.¹ Sir George Lewis announced that a Proclamation would be issued, stating "the general effect of the common and statute law on the matter;" and on the 10th, Lord Granville² repeated the declaration in the House of Lords. In the discussion there it was assumed by all the speakers that the insurgent Government might lawfully issue letters of marque. It is believed by the United States that it was well known to Her Majesty's Government during all this time, that Mr. Adams was about to arrive with instruction from the new administration, and that he came possessed of its most confidential views on these important questions. On the 2nd May, Mr. Dallas wrote Mr. Seward thus:³ "The solicitude felt by Lord John Russell as to the effect of certain measures represented as likely to be adopted by the President, induced him to request me to call at his private residence yesterday.* * * * I informed him that Mr. Adams had apprised me of his intention to be on his way hither in the steamship Niagara, which left Boston on the 1st May, and that he would probably arrive in less than two weeks, by the 12th or 15th instant. His Lordship acquiesced in the expediency of disregarding mere rumour, and waiting the full knowledge to be brought by my successor." The United States, for reasons already given, have no doubt that, before that interview, Her Majesty's Government had already decided upon their course of action. Mr. Adams did actually arrive in London on the evening of the 13th of May. The Queen's Proclamation of neutrality was issued on the morning of that day. A careful examination of the published correspondence and speeches of Lord John Russell shows that Her Majesty's Government was at that time by no means certain that there was a war in the United States. On the 1st of May,⁴ he directs the Admiralty as to the course to be pursued with reference to the insurgent cruisers in the war which, he thinks, *may* "have already begun." On the 2d of May⁵ he asks the Law Officers of the Crown what course the Government shall pursue. On the 1st of June, however, he is in doubt on the subject, and he writes to the Lords Commissioners of the Admiralty, informing them of the rules to be observed by the British naval⁶ forces "in the contest *which appears to be imminent* between the United States and the so-styled Confederate States of North America." It would seem, therefore, that on the 1st of June,

¹ Vol. IV, page 484.
² Vol. IV, page 486.
³ Vol. I, page 84.
⁴ Vol. I, page 83.
⁵ Vol. IV, page 482.
⁶ Vol. I, page 835.

Nr. 4625. 1861, Her Majesty's Government regarded only as "imminent" the hostilities
 Ver. Staat., which Her Majesty's Proclamation of the 13th of the previous May alleged had
 „Case“ von 1871—72. "unhappily commenced between the United States of America and certain States
 styling themselves the Confederate States of America." In point of fact, Lord
 John Russell's despatch of the 1st of June described with fidelity the condition
 of things so far as then known in London; for at that time the intelligence of
 the exhilarating effect of the Queen's Proclamation upon the insurgents, and its
 depressing effect upon the Government and loyal population of the United States,
 had not reached Europe

The United States have made this review of the course pursued by Great
 Britain in recognizing the insurgents as belligerents, with no purpose of question-
 ing the sovereign right of that Power to determine for itself whether the facts
 at that time justified such a recognition. Although the United States strenuously
 deny that the facts as they then were known to Her Majesty's Government did
 justify that Government in conferring upon the rebellious citizens of the United
 States the privilege of belligerents, and still less justified it in counselling France
 to do the same thing, yet they recognize and insist that (in the language of the
 President to Congress on the 6th day of December, 1869), a "nation is its own
 judge when to accord the rights of belligerency, either to a people struggling to
 free themselves from a Government they believe to be oppressive, or to inde-
 pendent nations at war with each other." || But while thus firmly insisting upon
 the sovereign rights of independent nationality, they also maintain "that the
 rightfulness of such an act depends upon the occasion and the circumstances,
 and it is an act, like the sovereign act of war, which the morality of the public
 law and practice requires should be deliberate, seasonable, and just in reference
 to surrounding facts;"¹ and "they regard the concession of belligerency by
 Great Britain as a part of this case only so far as it shows the beginning and
 animus of that course of conduct which resulted so disastrously to the United
 States."² || Viewed in this light, the United States, with deep and unfeigned regret,
 have been forced to conclude, from all the circumstances, that Her Majesty's
 Government was actuated at that time by a conscious unfriendly purpose toward
 the United States. || In the language of a continental publicist, "L'Angleterre a
 été bien pressée de faire usage de son droit strict pour constater solennellement
 que l'Union Américaine était ébranlée, et donner aux insurgés ce que le monde
 entier a considéré tout au moins comme un appui moral; * * l'acte a été posé
 la veille du jour où le nouvel Ambassadeur Américain, M. Adams, devait
 débarquer à Londres, et au moment où positivement les insurgés n'existaient
 pas comme puissance navale, où ils n'avaient de marine et de tribunaux de prise
 que sur le papier."³ || This precipitate and unfriendly act of Great Britain did

¹ Mr. Fish to Mr. Motley, September 25, 1869. Vol. VI, page 4.

² Mr. Fish to Mr. Motley, May 15, 1869. Vol. VI, page 1.

³ De la neutralité de la Grande-Bretagne pendant la guerre civile Américaine
 d'après M. Mountague Bernard, par G. Rolin-Jaequemyns, page 11.

not go forth alone. On the 6th of May, 1861, five days before the receipt of the authentic copy of the President's Proclamation, Lord John Russell instructed Lord Cowley, the British Ambassador at Paris, to ascertain whether the Imperial Government was disposed to make a joint endeavour with Her Majesty's Government "to obtain from each of the belligerents [*observe that the insurgents were styled "belligerents" seven days in advance of the Queen's Proclamation*] a formal recognition of the second and third Articles of the Declaration of Paris." || Lord Cowley, on the 9th of May, informed Lord John Russell that "the Imperial Government concurred entirely in the views of Her Majesty's Government, and would be prepared to join Her Majesty's Government in endeavouring to obtain of the belligerents a formal recognition of the second and third Articles of the Declaration of Paris."¹ || This proposition to open direct negotiations with the insurgents was the second step in the joint action which had been agreed upon. For reasons which Her Majesty's Government is in a position to explain, but which can only be conjectured by the United States and by the Tribunal, care appears to have been taken to prevent the knowledge of it from reaching the Government of the United States. || On the receipt of the information from Lord Cowley, Lord John Russell prepared at once a draught of instructions to Lord Lyons, the British Minister at Washington, and, on the 16th of May, sent them to Lord Cowley to be submitted to the Emperor's Government.² || On the next day, Lord Cowley replied that he had seen M. Thouvenel, the Minister for Foreign Affairs, and added: "M. Thouvenel had already written to M. Mercier [the French Minister at Washington] in the same terms as your Lordship proposes to address your instructions to Lord Lyons. I need hardly add that his Excellency concurs entirely in the draught."³ || On the 18th of May, Lord John Russell hastened to send his instructions to Lord Lyons. He told him "to encourage the Government" of the United States "in any disposition which they might evince to recognize the Declaration of Paris in regard to privateering;" and he added that "Her Majesty's Government do not doubt that they will, without hesitation, recognize the remaining Articles of the Declaration." He continued: "You will clearly understand that Her Majesty's Government cannot accept the renunciation of privateering on the part of the Government of the United States, if coupled with the condition that they should enforce its renunciation on the Confederate States, either by denying their right to issue letters of marque, or by interfering with the belligerent operations of vessels holding from them such letters of marque;" and he closed by instructing Lord Lyons to take such means as he might judge most expedient to transmit to Her Majesty's Consul at Charleston or New Orleans a copy of a previous despatch of the same day, in order that it might be communicated to

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Vol. I, page 49.

² Vol. I, page 50.

³ Vol. I, page 51.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

Mr. Jefferson Davis at Montgomery. Lord Lyons had no instructions to show to Mr. Seward the despatch from which these citations have been made, and it evidently was contemplated that he should not exhibit it. He was, however, to read to him the previous instructions of the same date referred to in that despatch, and to leave a copy with him, if desired. These previous instructions, numbered 136, may be found on the 107th page of the first of the accompanying volumes. It was not only to be shown to Mr. Seward, but a copy of it was to be shown to Mr. Jefferson Davis. The attention of the Tribunal of Arbitration is, in this connection, particularly invited to the fact that these instructions, numbered 136, contain nothing indicating a design on the part of the British Government to put itself in communication with the insurgent authorities, nothing to induce Mr. Seward to think they were other than what, on their face, they purported to be, a communication from the Government of Great Britain to the Government of the United States, through the ordinary diplomatic channel. It is not improbable that the Arbitrators may be of opinion that the use of the British Legation at Washington for such a purpose was an act which the United States would have been justified in regarding as a cause of war. It was, to say the least, an abuse of diplomatic privilege, and a violation, in the person of Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, of the duties of neutrality which Her Majesty's Government was about to impose upon her subjects. Before relating what Lord Lyons did, under these instructions, it is necessary to pause in order that the Tribunal may be informed what Mr. Seward and Mr. Adams had been doing in the same matter simultaneously with the proceedings which have been detailed. In the year 1854 the Government of the United States submitted to the principal maritime nations two propositions, soliciting their assent to them as permanent principles of international law. These propositions were, that free ships should make free goods; and that neutral property on board an enemy's vessel should not be subject to confiscation unless contraband of war. Great Britain, being then at war with Russia, did not act upon these propositions; but in the Congress which assembled at Paris when the Peace of 1856 was made, Great Britain and the other nations, parties to the Congress, gave their assent to them, and to two other propositions—the abolition of privateering, and the necessity of efficiency to the legalization of a blockade. It was also agreed that the four propositions should be maintained as a whole and indivisible, and that the Powers who might accede to them should accede to them as such.¹ Great Britain then joined in inviting the United States to give its adhesion to the four indivisible points. The Washington Cabinet of that day replied that the United States were willing to assent to all the propositions, except the one relating to privateering, as being, in fact, recognitions of principles which had always been maintained by them; but that they could not consent to abolish privateering without a further agree-

¹ 24th Protocol, April 16, 1856, Congress of Paris.

ment to exempt private property from capture on the high seas; and they proposed to amend the declaration of the Congress of Paris in that sense, and offered to give their adhesion to it when so amended. || In January, 1857, the proposals of the United States not having been acted upon, their Minister at London was directed to suspend negotiations until the new President, Mr. Buchanan, could examine the subject; and the suspension continued until after Mr. Lincoln was inaugurated. || On the 24th April, 1861, less than two months after Mr. Lincoln's accession to power, Mr. Seward resumed the suspended negotiations by instructing Mr. Adams¹ (similar instructions being given to the Ministers of the United States to the other maritime powers) to give an unqualified assent to the four propositions, and to bring the negotiation to a speedy and satisfactory conclusion.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

Owing, probably, to the interruption in the communications between Washington and New York when the despatch of April 24 was written, Mr. Adams does not appear to have been able to communicate his instructions to Lord John Russell before the 21st of May. He then informed Lord John that he had received instructions to negotiate, which he would “submit to his consideration if there was any disposition to pursue the matter further.” Lord John Russell “expressed the willingness of Great Britain to negotiate, but he seemed to desire to leave the subject in the hands of Lord Lyons, to whom he intimated that he had already transmitted authority to assent to any modification of the only point in issue which the Government of the United States might prefer.”² He did not inform Mr. Adams that he also proposed to open negotiations with the insurgents, nor had Mr. Adams reason suspect that fact. | Matters were thus suspended in London, to enable Lord Lyons to work out Lord John Russell's instructions at Washington and Richmond. || Lord Lyons received the despatches of the 18th of May on the 2nd of June,³ and at once conferred with Mr. Mercier. It was agreed that they should try to manage the business so as to prevent “an inconvenient outbreak from the Government”⁴ of the United States. He then notified Earl Russell of what they proposed to do, and informed him of the instructions to Mr. Adams on this subject. He also intimated that it would be unreasonable to expect that the insurgents should abandon privateering, unless “in return for some great concession.” What concession remained to be given except recognition of national independence? || It was not until the 15th of June that Lord Lyons and Mr. Mercier communicated the purport of their instructions to Mr. Seward in a joint interview, of which we have Mr. Seward's account⁵ and Lord Lyons' account,⁶ both dated the 17th of June. These accounts do not differ materially. The action as to the British Minister was

¹ Vol. I, page 44.

² Vol. I, page 52.

³ Vol. I, page 55.

⁴ Vol. I, page 56.

⁵ Vol. I, page 60.

⁶ Vol. I, page 62.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

this: Lord Lyons stated that he was instructed to read a despatch to Mr. Seward and to leave a copy with him if he desired. Mr. Seward refused to permit the despatch to be read officially, unless he could first have an opportunity to acquaint himself with its contents. Lord Lyons handed him Lord John Russell's No. 136, for the purpose of unofficial examination. Mr. Seward saw that it spoke of the insurgents as belligerents, and on that ground refused to permit it to be officially communicated to him. He added that he preferred to treat the question in London, and Lord Lyons left with him, unofficially, a copy of Lord John Russell's No. 136, in order that he might more intelligently instruct Mr. Adams. The instructions thereupon written to Mr. Adams are in the same tone.¹ Mr. Seward expresses regret that the British and French Governments should have seen fit to take joint action in the matter; he refuses to admit that there are two belligerents parties to the struggle; he expresses regret that Great Britain did not await the arrival of Mr. Adams, before instructing Lord Lyons, as Mr. Adams' instructions covered the whole ground; but he nowhere manifests a knowledge of the purpose of Great Britain to enter into communications with the insurgents at Richmond. That was studiously concealed from him. The negotiations were then transferred again to London, to the "profound surprise"² of Mr. Adams. They were protracted there until the 19th of August, when Lord Russell informed Mr. Adams that Great Britain could only receive the assent of the United States to the Declaration of Paris, upon the condition that Her Majesty should not thereby "undertake any engagement which should have any bearing, direct or indirect," upon the insurrection. The United States declined to be put upon a different footing from that of the forty-two independent Powers enumerated in Lord Russell's No. 136 to Lord Lyons, whose assent had been received without conditions, and the negotiations dropped. The Arbitrators will thus perceive that Her Majesty's Government having recognized the insurgents as belligerents, felt itself bound to receive the assent of the United States to the declarations of the Congress of Paris only conditionally, so as to have no bearing upon letters of marque that might be issued by the insurgents. But they will also observe that the two steps of the recognition of belligerency and the invitations to assent to the second and third clauses in the declarations, were taken simultaneously, in accordance with a previous arrangement for joint action; and it is not impossible that they may come to the conclusion that Her Majesty's Government, when the insurgents were recognized as belligerents, contemplated that they would proceed to issue letters of marque, and intend to legalize those letters in the eye of British law, and to countenance the bearers of them in the destruction of American commerce. Meanwhile Lord Lyons had not forgotten his instructions to secure the assent of Mr. Jefferson Davis to the second and third rules of the Declaration

¹ Vol. I, page 205.

² Vol. I, page 71.

of Paris. || On the 5th of July he sent instructions to Mr. Bunch, British Consul at Charleston, to "obtain from the existing government in those [the insurgent] States securities concerning the proper treatment of neutrals."¹ He inclosed a copy of Lord Russell's No. 136. He advised Mr. Bunch not to go to Richmond, but to communicate through the Governor of the State of South Carolina; and he accompanied this with "a long private letter on the same subject."² The nature of that private letter may be gathered from what Mr. Bunch did. || He put himself and his French colleague at once in communication with a gentleman who was well qualified to serve his purpose, but who was not the Governor of South Carolina. They showed to this agent Lord John Russell's despatch to Lord Lyons, and Lord Lyons' official and private letters to Mr. Bunch, and they told him that the step to be taken was one of "very great significance and importance." The agent asked them whether they "were prepared to receive an official act which should be based upon their request, thus giving to the Confederate Government the advantage before the world of such an implied recognition as this would afford." They replied that they "wished a spontaneous declaration;" "that to make this request the declared basis of the act would be to proclaim this negotiation, and the intense jealousy of the United States was such that this would be followed by the revocation of their exequaturs," which they wished to avoid; that "they could only look upon this step as the initiative toward a recognition, yet the object of their Government being to reach that recognition gradually, so as not to give good ground for a breach, this indirect way was absolutely necessary." And they added, "All we have a right to ask is that you shall not give publicity to this negotiation; that we nor our Governments shall be upon the record."³ || Their agent, being thus possessed of their views, went to Richmond, with Lord Lyons' letters and Lord Russell's despatch, and while there he secured the passage, in the Insurgent Congress, of resolutions partially draughted by Mr. Jefferson Davis, which declared their purpose to observe principles towards neutrals similar to the second and third rules of the Declaration of Paris; that blockades to be binding must be effectual; and that they "*maintained the right of privateering.*"⁴ In communicating this result to Lord Lyons, Mr. Bunch said, "*The wishes of Her Majesty's Government would seem to have been fully met; for, as no proposal was made that the Confederate Government should abolish privateering, it could not be expected that they should do so of their own accord, particularly as it is the arm upon which they most rely for the injury of the extended commerce of their enemy.*"⁵ The United States think that the Tribunal of Arbitration will agree with Mr. Bunch, that it was not expected that the insurgents would abolish privateering. ||

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Vol. I, page 123.

² Manuscript in Department of State.

³ Unpublished manuscript in the Department of State at Washington.

⁴ Vol. I, page 137.

⁵ Vol. I, page 136.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871–72.

The Tribunal of Arbitration cannot fail to observe that the propositions which were made in these negotiations to the Government of the United States were communicated to the Insurgents, while pains were taken to conceal from the United States the fact that negotiations were opened at Richmond; that Earl Russell refused to receive the assent of the United States to the Declaration of Paris, except upon conditions derogatory to their sovereignty; and that Lord Lyons was instructed to secure the assent of the Government of the United States to the four principles laid down by the Declaration of Paris, while he was instructed, as to the Insurgents, to secure their assent only to the second, third, and fourth propositions; and had no instructions to take steps to prevent privateering insurgents to accept the first rule in the Declaration of Paris, although it had been agreed that the rules should be maintained as a whole and indivisible, and that the Powers who might accede to them should accede to them as such. The practical effect of this diplomacy, had it been successful, would have been the destruction of the commerce of the United States (or its transfer to the British flag), and the disarming a principal weapon of the United States upon the ocean, should a continuation of this course of insincere neutrality unhappily force the United States into a war. Great Britain was thus to gain the benefit to its neutral commerce of the recognition of the second and third articles, the rebel privateer cruizers were to be protected, and their devastation legalized, while the United States were to be deprived of a dangerous weapon of assault upon Great Britain.

[Hier folgt ein Commentar des Gesandten Adams über diese Unterhandlungen; dann Klagen über das Verhalten Englands in dem Trent-Fall u. s. w.; über die unfreundliche Haltung der Mitglieder des englischen Ministeriums (Russell, Gladstone, Palmerston); über Aeusserungen Laird's im Unterhaus, die Bright gegeisselt. Freundliche und feindselige Aeusserungen anderer Parlamentsmitglieder].

PART III.

The duties which Great Britain, as a neutral, should have observed toward the United States.

[Inhaltsangabe. — Die Gesetze eines Staates dürfen als ein Kennzeichen betrachtet werden, welches Ansehen das Völkerrecht in diesem Staate genießt; nicht aber als das Maass der Geltung, welche das Völkerrecht in demselben beanspruchen darf. — Die Ver. Staaten haben 1794 auf Ansuchen Englands, 1818 auf den Antrag Portugals ihre Gesetzgebung behufs besserer Handhabung des Völkerrechts modificirt. — Bestimmungen der englischen Foreign Enlistment Act von 1819. Am 9. August 1870 modificirt. — Instructionen der englischen Regierung für ihre Beamten während des Nordamerikanischen Bürgerkrieges. — Die Congress-Akte der Ver. Staaten von 1838 ward auf Ersuchen Grossbritanniens erlassen. — Fall der Barke „Maury“ (1855). — Die Verpflichtung zum Schadenersatz.

— Grundsätze, zu denen sich die Ver. Staaten in einer langen völkerrechtlichen Controverse mit Portugal bekannt haben. — Ueber die „drei Regeln“ des Vertrags von Washington. — Verhalten der Ver. Staaten während des Krieges zwischen Spanien und Peru (1869), — im Gegensatz zu dem Verfahren grossbritannischer Gerichte in dem Falle der „Alexandra“ (1863). — Wiederholter Neutralitätsbruch der Alabama, Georgia u. s. w. — Die Bedeutung der zweiten der „drei Regeln“ im Vertrag von Washington. — Uebereinstimmung der bisher entwickelten Grundsätze mit den Ansichten der vorzüglichsten Publicisten; und mit dem Verhalten anderer europäischer Regierungen. — Präcedenzfall aus der schwedischen und der portugiesischen Geschichte. — Geht ein im Streit mit den Gesetzen der Neutralität ausgelafenes Schiff in den Besitz einer der kriegführenden Mächte über, so bringt dies in dem Charakter des Schiffes keine Aenderung zuwege. Präcedenzfälle für diese Ansicht: die Santissima Trinidad; der Gran Para; der Rappahannock.]

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

The second branch of the subject, in the order in which the United States desire to present it to the Tribunal of Arbitration, involves the consideration of the duties which Great Britain, as a neutral, should have observed toward the United States during the contest.

. The local law, indeed, may justly be regarded as evidence, as far as it goes, of the nation's estimate of its international duties; but it is not to be taken as the limit of those obligations in the eye of the law of nations.

. Mr. Canning, on the 10th of June 1819, said, "It surely could not be forgotten that, in 1793, this country complained of various breaches of neutrality (though much inferior in degree to those now under consideration) committed on the part of subjects of the United States of America. What was the conduct of that nation in consequence? Did it resent the complaint as an infringement of its independence? Did it refuse to take such steps as would insure the immediate observance of neutrality? Neither. In 1794, immediately after the application from the British Government, the Legislature of the United States passed an Act prohibiting, under heavy penalties, the engagement of American citizens in the armies of any belligerent Power. Was that the only instance of the kind? It was but last year that the United States passed an Act by which the Act of 1794 was confirmed in every respect, again prohibiting the engagement of their citizens in the service of any foreign Power, and pointing distinctly to the service of Spain or the South American Provinces." ¹

. The United States will..confine themselves to attempting to deduce from the statute² the definitions of the principles, and the duties, which are there recognized as obligatory on the nation in its relations with other Powers. The adjudicated cases often disregard the distinction between the duties of a neutral, however defined, and the proceedings in its courts against persons charged as criminals for alleged violations of its laws for the preservation of

¹ Vol. IV, pages 123—124.

² die British Foreign Enlistment Act von 1819. [Anm. d. Herausg.]
Staatsarchiv XXII.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

neutrality. Even some of the best publicists, in referring to this class of decisions, have not always remembered that, while in the former we have only to do with principles of public law, in the latter we are dealing with the evidence necessary for the conviction of an offender. Bearing this distinction in mind, the Tribunal of Arbitration may be able to reconcile many apparently conflicting authorities, and arrive at just conclusions. || The acts which, if committed within the territory of the neutral, are to be regarded as violations of its international duties, are enumerated in the second, fifth, sixth, seventh, and eighth sections of the statute. || Translating this statutory language into the expressions commonly employed by publicists and writers on International Law, this statute recognizes the following as acts which ought to be prevented within neutral territory during time of war:— || 1. The recruitment of subjects or citizens of the neutral, to be employed in the military or naval service of a foreign Government, or of persons assuming to exercise the powers of government over any part of foreign territory; or the acceptance of a commission, warrant, or appointment for such service by such persons; or the enlisting or agreeing to enlist in such service; the act in each case being done without the leave or license of the Sovereign. || 2. The receiving on board a vessel, for the purpose of transporting from a neutral port, persons who may have been so recruited or commissioned; or the transporting such persons from a neutral port. Authority is given to seize the vessels violating these provisions. || 3. The equipping, furnishing, fitting out, or arming a vessel, with intent or in order that it may be employed in the service of such foreign Government, or of persons assuming to exercise the powers of Government over any part of a foreign country, as a transport or store-ship, or to cruize or carry on war against a Power with which the neutral is at peace; or the delivering a commission for such vessel, the act in each case being done without the leave or license of the Sovereign. || 4. The augmenting the warlike force of such a vessel of war by adding to the number of guns, by changing those on board for other guns, or by the addition of any equipment of war, if such vessel at the time of its arrival in the dominions of the neutral was a vessel of war in the service of such foreign Government, or of such persons, the act being done without the leave or license of the Sovereign.¹ || During the insurrection, as will be seen

¹ It may interest the members of the Tribunal of Arbitration to see in this connection an abstract of the acts which are penal by the United States' Neutrality Law of 1818. The law itself will be found in Vol. IV, pages 90—92. The abstract is taken from President Grant's Proclamation of Neutrality in the late Franco-German war, dated October 8, 1870.

“By the Act passed on the 20th day of April, A.D. 1818, commonly known as the ‘Neutrality Law,’ the following acts are forbidden to be done, under severe penalties, within the territory and jurisdiction of the United States, to wit:—

“1. Accepting and exercising a commission to serve either of the said belligerents by land or by sea against the other belligerent.

hereafter, this Act was, by the construction of the English courts, stripped of its effective power. The United States repeatedly and in vain invited Her Majesty's Government to amend it. Although these calls proved abortive during

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871–72.

“2. Enlisting or entering into the service of either of the said belligerents as a soldier or as a marine or seaman on board of any vessel of war, letter of marque, or privateer.

“3. Hiring or retaining another person to enlist or enter himself in the service of either of the said belligerents as a soldier or as a marine or seaman on board of any vessel of war, letter of marque, or privateer.

“4. Hiring another person to go beyond the limits or jurisdiction of the United States with intent to be enlisted as aforesaid.

“5. Hiring another person to go beyond the limits of the United States with the intent to be entered into service as aforesaid.

“6. Retaining another person to go beyond the limits of the United States with intent to be enlisted as aforesaid.

“7. Retaining another person to go beyond the limits of the United States with intent to be entered into service as aforesaid. (But the said Act is not to be construed to extend to a citizen or subject of either belligerent who, being transiently within the United States, shall, on board of any vessel of war, which, at the time of its arrival within the United States, was fitted and equipped as such vessel of war, enlist or enter himself, or hire, or retain another subject or citizen of the same belligerent, who is transiently within the United States, to enlist or enter himself to serve such belligerent on board such vessels of war, if the United States shall then be at peace with such belligerent.)

“8. Fitting out and arming, or attempting to fit out and arm, or procuring to be fitted out and armed, or knowingly being concerned in the furnishing, fitting out, or arming of any ship or vessel, with intent that such ship or vessel shall be employed in the service of either of the said belligerents.

“9. Issuing or delivering a commission within the territory or jurisdiction of the United States for any ship or vessel to the intent that she may be employed as aforesaid.

“10. Increasing or augmenting, or procuring to be increased or augmented, or knowingly being concerned in increasing or augmenting, the force of any ship of war, cruiser, or other armed vessel, which at the time of her arrival within the United States was a ship of war, cruiser, or armed vessel in the service of either of the said belligerents, or belonging to the subjects or citizens of either, by adding to the number of guns of such vessels, or by changing those on board of her for guns of a larger calibre, or by the addition thereto of any equipment solely applicable to war.

“11. Beginning or setting on foot or providing or preparing the means for any military expedition or enterprise to be carried on from the territory or jurisdiction of the United States against the territories or dominions of either of the said belligerents.”

The Tribunal of Arbitration will also observe that the most important part of the American Act is omitted in the British Act, namely, *the power conferred by the Eighth Section on the Executive to take possession of and detain a ship without judicial process, and to use the military and naval forces of the Government for that purpose if necessary.* Earl Russell is understood to have determined that the United States should, in no event, have the benefit of such a summary proceeding, or of any remedy that would take away the trial by jury.—*Speeches and Despatches of Earl Russell*, Vol. II, page 266.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

the contest with the South, the appalling magnitude of the injury which had been inflicted by British-built and British-manned cruisers upon the commerce and industry of a nation with which Great Britain was at peace, appears to have awakened its senses, and to have impelled it to take some steps toward a change. In January 1867 the Queen's Commission was issued to some of the most eminent of the British lawyers and judges, authorising them to inquire into and consider the character, working, and effect of the laws of the Realm, available for the enforcement of neutrality.

. Among other things, the Commission recommended that it be made a statutory offence to “fit out, arm, *dispatch or cause to be dispatched, any ship, with intent or knowledge* that the same shall or will be employed in the military or naval service of any foreign Power in any war then being waged by such Power against the subjects or property of any foreign belligerent Power with whom Her Majesty shall not then be at war.”¹ It was also proposed to make it a statutory offence to “*build or equip any ship with the intent that the same shall, after being fitted out and armed, either within or beyond Her Majesty's Dominions, be employed as aforesaid;*”² and it was proposed that the Executive should be armed with summary powers similar to those conferred upon the President of the United States by the eighth section of the Act of 1818. It was further proposed to enact that “in time of war no vessel employed in the military or naval service of any belligerent, which shall have been built, equipped, fitted out, armed, or dispatched contrary to the enactment, should be admitted to any port of Her Majesty's Dominions.”³ || The Tribunal of Arbitration will not fail to observe that these recommendations were made by a board composed of the most eminent judges, jurists, publicists, and statesmen of the Empire, who had been in public life and had participated in the direction of affairs in Great Britain during the whole period of the Southern rebellion; and that they were made under a commission which authorized these distinguished gentlemen to consider and report what changes ought to be made in the laws of the Kingdom, for the purpose of giving them an increased efficiency, and bringing them into full conformity with the international obligations of England. The Tribunal of Arbitration will search the whole of that report, and of its various appendices, in vain, to find any indication that that distinguished body imagined, or thought, or believed that the measures which they recommended were not “in full conformity with international obligations.” On the contrary, the Commissioners say that, so far as they can see, the adoption of the recommendations will bring the municipal law into full conformity with the international obligations.⁴ Viewing their acts in the light of their powers and

¹ Vol. IV, pp. 80—81.

² Vol. IV, page 81.

³ Vol. IV, page 82.

⁴ Vol. IV, page 82.

of their instructions, the United States feel themselves justified in asking the Tribunal to assume that that eminent body regarded the acts which they proposed to prevent by legislation, as forbidden by International Law. || The report of the Commissioners was made in 1868, but was not acted upon until after the breaking out of the late war between Germany and France. On the 9th of August, 1870, Parliament passed "An Act to regulate the conduct of Her Majesty's subjects during the existence of hostilities between foreign States with which Her Majesty is at peace." This Act, which may be found in Volume VII,¹ embodies the recommendations of the Commissioners which are cited above, except that which excludes a ship which has been illegally built or armed &c., &c., from Her Majesty's ports.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

[Beweis, dass das Völkerrecht einen integrierenden Bestandtheil des englischen gemeinen Rechts (common law) ausmache. — Definitionen des Begriffes „Neutralität“ nach Phillimore, Bluntschli, Hautefeuille, Lord Stowell und Calvo.]

The next acts of the British Government, indicating its sense of its duties as a neutral toward the United States, to which the attention of the Tribunal is invited, are the several instructions issued during the contest, for the regulation of the official conduct of its naval officers and of its colonial authorities towards the belligerents.² || These various instructions state or recognize the following principles and rules:— || 1. A belligerent may not use the harbours, ports, coasts, and waters of a neutral in aid of its warlike purposes, or as a station or place of resort for any warlike purpose, or for the purpose of obtaining any facilities of warlike equipment. || 2. Vessels of war of the belligerents may be required to depart from a neutral port within twenty-four hours after entrance, except in case of stress of weather, or requiring provisions or things for the crew, or repairs; in which case they should go to sea as soon as possible after the expiration of twenty-four hours. || 3. The furnishing of supplies to a belligerent vessel of war in a neutral port may be prohibited, except such as may be necessary for the subsistence of a crew, and for their immediate use. || 4. A belligerent steam-vessel of war ought not to receive in a neutral port more coal than is necessary to take it to the nearest port of its own country, or to some nearer destination, and should not receive two supplies of coal from ports of the same neutral within less than three months of each other.

[Correspondenz zwischen England und den Ver. Staaten in 1793—94. — Der Vertrag vom 19. Nov. 1794, „gemeiniglich ‚Jay's Treaty‘ genannt,” “see United States Statute at Large, Vol. VIII, p. 116.” — Auslegung dieses Vertrages von den damaligen Bevollmächtigten (Commissioners) beider Mächte: der „Jamaica“-Fall.]

The general provisions of the United States' Act of 1818 (which is still in

¹ Vol. VII, page 1.

² Vol. IV, page 175, et seq.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

force) are set forth in note 1 on page 114.¹ This Act was passed at the request of the Portuguese Government. The Act of 1838 was enacted on the suggestion of Great Britain. In the year 1837 a formidable rebellion against Great Britain broke out in Canada. Sympathizers with the insurgents beginning to gather on the northern frontier of the United States, Mr. Fox, the British Minister at Washington, “solemnly appealed to the Supreme Government promptly to interpose its sovereign authority for arresting the disorders,” and inquired what means it proposed to employ for that purpose. The President immediately addressed a communication to Congress, calling attention to defects in the existing Statute, and asking that the Executive might be clothed with adequate power to restrain all persons within the jurisdiction of the United States from the commission of acts of the character complained of. Congress thereupon passed the Act of 1838. Thus Great Britain once more asked the United States to amend their neutrality laws, in British interest, so as to give more power to the Executive, and the request was complied with. ¶ In the year 1855, Great Britain being then at war with Russia, it was supposed by the British Consul at New York that a vessel called the “Maury,” which was being innocently fitted out at New York for the China trade, was intended as a Russian privateer. The British Minister at Washington at once called the attention of Mr. Marcy, the then Secretary of State, to this vessel. The affidavits which he inclosed for the consideration of the Secretary of State fell far, very far short of the evidence which Mr. Adams submitted to Earl Russell in regard to the Liverpool cruizers. The whole foundation which the British Minister furnished for the action of the United States was the „belief” of the Consul, his lawyer, and two police officers that the vessel was intended for Russian service. This was communicated to the Government of the United States on the 11th of October. Notwithstanding the feebleness of the suspicion, the prosecuting officer of the United States was, on the 12th of October, instructed by telegraph to “prosecute if cause appears”, and was at work on the 13th in order to prevent a violation of the sovereignty of the United States to the injury of Great Britain.² The proceedings given at length in the accompanying volumes show with what rapidity and zeal the investigation was made, and that the charge was at once proved to be unfounded. In all this correspondence and these precedents, the following principles appear to have been assumed by the two Governments:— ¶ 1. That the belligerent may call upon the neutral to enforce its municipal Proclamations as well as its municipal laws. ¶ 2. That it is the duty of the neutral, when the fact of the intended violation of its sovereignty is disclosed, either through the agency of the Representative of the belligerent, or through the vigilance of the neutral, to use all the means in its power to prevent the violation. ¶ 3. That when

¹ In diesem Auszug des „Staatsarchiv“ s. die betr. Stelle S. 18, Anm. 1.

[Anm. d. Herausg.]

² Vol. IV, pp. 53—62.

there is a failure to use all the means in the power of a neutral to prevent a breach of the neutrality of its soil or waters, there is an obligation on the part of the neutral to make compensation for the injury resulting therefrom. || The United States are aware that some eminent English publicists, writing on the subject of the "Alabama Claims", have maintained that the obligation in such case to make compensation would not necessarily follow the proof of the commission of the wrong; but the United States confidently insist that such a result is entirely inconsistent with the course pursued by Great Britain and the United States, during the administration of General Washington, when Great Britain claimed of the United States compensation for losses sustained from the acts of cruizers that had received warlike additions in the ports of the United States, and the United States admitted the justice of the claim and paid the compensation demanded. The United States also point to the similar compensation made by them to Spain in the Treaty of 1819, for similar injuries inflicted on Spanish commerce during the war of the independence of the Spanish American Colonies, as showing the sense of Spain on this point.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

[Correspondenz zwischen den Ver. Staaten und Portugal wegen des Verfahrens der Ver. Staaten 1816—22.]

From a candid review of the correspondence¹, it appears that the United States admitted or asserted the following propositions, to which Her Majesty's Government, through Earl Russell, has given its assent: — 1. That a neutral Government is bound to use all the means in its power to prevent the equipping, fitting out, or arming, within its jurisdiction, of vessels intended to cruise against a Power with which it is at peace. || 2. If the means within its power are, in the opinion of either belligerent, inadequate for the purpose, it is bound to receive suggestions of changes from the belligerent, and if it be true that the means are inadequate, it should so amend its laws, either in accordance with such suggestions or otherwise, as to put new and more effective means in the hands of its Executive. || 3. That it is bound to institute proceedings under its law against all vessels as to which reasonable grounds for suspicion are made to appear, even if the grounds for suspicion fall short of legal proof. || The Government of Portugal, during the whole correspondence, offered no evidence to prove that captures had been made by armed vessels illegally fitted out, equipped, or armed, in the United States, nor even statements of facts tending to lead to the discovery of such evidence, which were not at once used for the purpose of detaining such vessels, or of punishing the guilty parties; nor did they contest by proof the allegation of Mr. John Quincy Adams that the Government of the United States had done everything in its power to perform its duties as a neutral, and to execute its laws. The correspondence shows conclusively that in every case in which the United States was furnished either with positive legal proof, or

¹ zwischen den Ver. Staaten und Portugal über die Misshelligkeiten der Jahre 1816—22.

[Anm. d. Herausg.]

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

with such an intimation of the facts as would enable them to pursue the investigation themselves, they acted with the vigour which was required by them by International Law, and which Great Britain failed to show in similar cases during the rebellion. ¶ The claims lay buried until they were exhumed by Mr. Figaniere, in 1850, as an offset to the “General Armstrong” case; and would have been forgotten, if Earl Russell had not rescued them from oblivion. ¶ The latest official act of Her Majesty’s Government, indicating the views of Great Britain as to the duties of a neutral in time of war, is to be found in the Rules contained in Article VI of the Treaty of Washington. It is true that it was thought essential by the British negotiators to insert in that instrument a declaration on the part of Her Majesty’s Government that they could not consent to those Rules as a statement of principles of international law which were in force at the time when the claims now under discussion arose. But the United States were then, and are still, of the opinion, and they confidently think that the Tribunal of Arbitration will agree with them, not only that those rules were then in force, but that there were also other rules of International Law then in force, not inconsistent with them, defining, with still greater strictness, the duties of a neutral in time of war.

[Hier folgen die oben S. 2 abgedruckten “three Rules”.]

The obligation to prevent vessels of war from being fitted out, armed, or equipped, within the jurisdiction of a neutral, when such vessels are intended to cruize or to carry on war against a Power with which the neutral is at peace, is recognized almost in the identical terms in which it was stated in the original United States Act of 1794, which Mr. Canning said was passed at the request of the British Government, and in the British Act of 1819, passed to aid Great Britain in the performance of its duties as a neutral.

[Der Begriff “due diligence” wird erklärt.]

It will also be observed that fitting out, or arming, or equipping, each constitutes in itself a complete offence. Therefore a vessel which is fitted out within the neutral’s jurisdiction, with intent to cruize against one of the belligerents, although not equipped or armed therein (and *vice versa*), commits the offence against International Law, provided the neutral government had reasonable ground to believe that she was intended to cruize or carry on war against such belligerent, and did not use due diligence to prevent it.

.
The eighth section of the United States law of 1818 empowers the President to take possession of and detain vessels which have been “*fitted out and armed*” contrary to the provisions of the Act. In the year 1869, while there was a state of recognized war between Spain and Peru (although there had been no active hostilities for several years), the Spanish Government made contracts for the construction of thirty steam gun-boats in the port of New York. After some of these boats were launched, but while most of them were on the stocks, and before any had received machinery or had been armed, the Peruvian Minister,

on behalf of his Government, represented to the Government of the United States that this was being done in violation of the neutrality of the United States. The President, proceeding under the section of the statute above referred to, took possession of the vessels, and they remained in the custody of the naval forces of the United States until they were released, with the consent of the Peruvian Minister at Washington. This was done under the assumption that the construction of a vessel in neutral territory during time of war, which there is reasonable ground to believe may be used to carry on war against a Power with which the neutral is at peace, is an act which ought to be prevented; and that the constructing or building such a vessel was included in the offence of fitting it out. The same interpretation (in substance) has been given to this language by the Judicial Authorities of the United States¹. The British Tribunals have given a different opinion upon the meaning of these words. In the case of the “Alexandra”², against which proceedings were had in London in 1863 for an alleged violation of the provisions of the Act of 1819, it was held that the proof of the construction of a vessel for the purpose of hostile use against the United States did not establish such an equipment, or fitting out, or furnishing, as would bring the vessel within the terms of the Foreign Enlistment Act³ and enable the Government to hold it by proceedings under that statute.... The undoubted duty of the neutral to *detain* such a vessel, although it had not been formulated by Great Britain in any of the acts prior to 1861 which have been passed review, is understood to have been included in the obligation to prevent her construction. The United States regard this duty as one that existed by the law of nations prior to the Treaty of Washington; but as that Treaty provides that, for the purpose of the present discussion, the rule is to be taken as having the force of public law during the Southern Rebellion, it is needless to discuss that point. ¶ The United States invite the particular attention of the Tribunal to the continuing character of the second clause of this rule. The violation of the first clause takes place once for all when the offending vessel is fitted out, armed, or equipped within the jurisdiction of the neutral; but the offence under the second clause may be committed as often as a vessel, which has at any time been specially adapted, in whole or in part, to warlike use within the jurisdiction of the neutral, enters and departs unmolested from one of its ports. Every time that the Alabama, or the Georgia, or the Florida, or the Shenandoah, came within British jurisdiction, and was suffered to depart, there was a renewed offence against the sovereignty of Great Britain, and a renewed liability to the United States.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ United States v. Quincy, 6 Peters's Reports, 445.

² Vol. V, pp. 3—470.

³ This opinion was on the Act of 1819. The Act of 1870 provides that “equipping shall include the furnishing a ship with any tackle, apparel, furniture, provisions, arms, munitions, or stores, or any other thing which is used in or about a ship for the purpose of fitting or adapting her for the sea or for naval service.”

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

[Grossbritannien hat die Verpflichtung, verdächtige Schiffe anzuhalten, während des Amerik. Bürgerkrieges anerkannt. — Die französische Regierung hielt 1864 den „Rappahannock“ in Calais fest.]

The second Rule provides that a neutral government is bound not to permit or suffer either belligerent to make use of its ports or waters as the base of naval operations against the other, or for the purpose of the renewal or augmentation of military supplies or arms, or the recruitment of men. || A question has been raised whether this rule is understood to apply to the sale of military supplies or arms in the ordinary course of commerce. The United States do not understand that it is intended to apply to such a traffic. They understand it to apply to the use of a neutral port by a belligerent for the *renewal* or *augmentation* of such military supplies or arms for the *naval operations* referred to in the rule. Taken in this sense, the United States maintain that the same obligations are to be found, (expressed in other words,) first, in the Foreign Enlistment Act of 1849; and secondly, in the instructions to the naval forces of Great Britain during the rebellion. || The Tribunal of Arbitration will not fail to observe the breadth of this rule. || The ports or waters of the neutral are not to be made the base of naval operations by a belligerent. Vessels of war may come and go under such rules and regulations as the neutral may prescribe; food and the ordinary stores and supplies of a ship not of a warlike character may be furnished without question, in quantities necessary for immediate wants; the moderate hospitalities which do not infringe upon impartiality may be extended; but no act shall be done to make the neutral port a base of naval operations. Ammunition and military stores for cruisers cannot be obtained there; coal cannot be stored there for successive supplies to the same vessel, nor can it be furnished or obtained in such supplies; prizes cannot be brought there for condemnation. The repairs that humanity demand can be given, but no repairs should add to the strength or efficiency of a vessel, beyond what is absolutely necessary to gain the nearest of its own ports. || In the same sense are to be taken the clauses relating to the renewal or augmentation of military supplies or arms and the recruitment of men. As the vessel enters the port, so is she to leave it, without addition to her effective power of doing injury to the other belligerent. If her magazine is supplied with powder, shot, or shells; if new guns are added to her armament; if pistols or muskets or cutlasses, or other implements of destruction, are put on board; if men are recruited; even if, in these days when steam is a power, an excessive supply of coal is put into her bunkers, the neutral will have failed in the performance of its duty.

.
The doctrines of International Law which have thus been deduced from the practice of Great Britain are in harmony with the views of the best publicists.

.
For obvious reasons the opinions of the English or American writers fa-

vourable to their respective countries — (as, for instance, Professor Bernard in Great Britain or President Woolsey in America) — will not be regarded.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

[Es werden nun die Ansichten von Hautefeuille, des „distinguished Dr. Bluntschli“, von Rolin-Jacquemyns, Theodor Ortolan (in seinem Buch „Diplomatie de la Mer, tome 2, p. 208), Pierantoni (aus seiner Schrift „La Questione Anglo-americana dell' Alabama“, Firenze 1870, pp. 46 f.) und von Lord Westbury angeführt.]

The public and official acts of other European Governments have also been in harmony with the principles which are claimed in this paper to have been violated by Great Britain. || During the war between Spain and the Spanish-American Colonies, the Government of Sweden sold, in the ordinary course of commerce, to some private individuals, some vessels of war, after first dismantling them of their armament, and reducing them to a much less formidable condition than the Alabama was in when she left Liverpool. Some of the correspondence which took place between the Spanish Minister at Stockholm, the Russian Minister, and the Swedish Government may be found in *De Marten's Causes Célèbres*, Vol. 5, page 229, *et seq.* A good *résumé* of the whole case may be found in De Cussy¹, to which the United States invite the attention of the Tribunal of Arbitration.

[Folgt die angezogene Stelle aus De Cussy. — Dann wird gezeigt, wie für die Zufuhr von Kriegscontrebände nur der Privatmann haftbar ist, welcher dergleichen versucht, während die Verantwortlichkeit für den Bau, die Ausführung, den Verkauf u. s. w. von Kriegsschiffen den Staat trifft, der solche Dinge geschehen lässt². Für diese Auffassung werden citirt: Ortolan (a. a. O. 2, 214) und Heffter, „the distinguished German publicist“ (Droit International, Uebers. von Jules Bergson, Paris, p. 296.). Mit Unrecht, heisst es dann weiter, wird aus einer Aeusserung des Richters Story, in dem Falle der Santissima Trinidad (17 Wheaton's Reports p. 283), das Gegentheil geschlossen: dieser Fall muss im Zusammenhang mit dem des Gran Para (7 Wheaton's Reports, 471) betrachtet werden.]

Having thus demonstrated that the principles for which the United States contend have been recognized by the statesmen, the jurists, the publicists, and the legislators of Great Britain; that they have the approbation of the most

¹ De Cussy, Droit Maritime, tome 2, page 402.

² During the contest in Portugal between Don Miguel and Donna Maria II, an unarmed expedition of the adherents of Donna Maria left Portsmouth, ostensibly for Brazil, but really for the Azores. The British Government of that day pursued it to Terceira, fired into it, and broke it up; and they were sustained in the House of Lords by a vote of 126 to 31, and in the House of Commons by a vote of 191 to 78 (Hansard for 1830, Vol. XXIII. See also Annual Register for 1829, and Phillimore's International Law, Vol. I, page 229, *et seq.*). The Tribunal of Arbitration will not fail to observe how differently the powers and duties of the Government were constructed by the British Government when it was a question of the disintegration and disruption of the commerce of the United States.

Nr. 4025.
Vor. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

eminent authorities upon the continent of Europe; and that they have been regarded by the other Powers of Europe in their dealing with each other, it only remains to show how the liability of the neutral for the acts of cruizers illegally built, or equipped, or fitted out, or armed within its ports, may be terminated. ¶ It has been intimated, in the course of the discussions upon these questions between the two Governments, that it may be said, on the part of Great Britain, that its power to interfere with, to arrest, or to detain either of the belligerent cruizers whose acts are complained of ceased when it was commissioned as a man-of-war; and that, consequently, its liability for their actions ceased. ¶ The United States might well content themselves with calling the attention of the Tribunal of Arbitration to the utter uselessness of discussing these questions, if the liability to make compensation for the wrong can be escaped in such a frivolous way. It is well known how the several British-built and British-manned cruizers got into the service of the insurgents. Few of them ever saw the line of the coast of the Southern insurgent States. The “Florida”, indeed, entered the harbour of Mobile, but she passed the blockading squadron as a British man-of-war. In most cases the commissions went out from England—from a branch office of the insurgent Navy Department, established and maintained in Liverpool at the cost and expense of the insurgent so-called Government. From this office the sailing orders of the vessels were issued; here their commanders received their instructions; and hence they departed to assume their commands and to begin the work of destruction. They played the comedy of completing on the high seas what had been carried to the verge of completion in England. The parallel is complete between these commissions and those issued by Genêt in 1793, which were disregarded by the United States at the instance of Great Britain. If a piece of paper, emanating through an English office, from men who had no nationality recognized by Great Britain, and who had no open port into which a vessel could go unmolested, was potent not only to legalize the depredations of British-built and -manned cruizers upon the commerce of the United States, but also to release the responsibility of Great Britain therefor, then this arbitration is indeed a farce. Such, however, cannot be the case.

[Meinungen von Sir Roundell Palmer, Attorney-General in Palmerston's Ministerium, und des nordamerikanischen Chief Justice Marshall über diese Frage. Dann werden folgende Präcedenzfälle angeführt.]

The first is the case of the *Santissima Trinidad*¹, the facts of which have already been given. The property for which restitution was claimed in this case was Spanish. The libel was filed by the Spanish Consul at Norfolk on behalf of the owners. The capture was shown to have been made after a commission to the vessel, expressly recognized by the Court rendering the decision. Nevertheless, restitution was decreed on the ground of an illegal increase of

¹ 7 Wheaton, 283.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ vom
1871—72.

armament in the neutral territory after the commission. || The second case is that of the Gran Para¹, also already alluded to. The libel was filed by the Consul-General of Portugal. The opinion of the Court was given by Chief Justice Marshall. The facts are set forth so clearly in the opinion that no other statement is necessary. The Chief Justice, in announcing the judgment of the Court, said:—

“That the Irresistible² was purchased, and that she sailed out of the port of Baltimore, armed and manned as a vessel of war, for the purpose of being employed as a cruizer against a nation with whom the United States were at peace, is too clear for controversy.

....But she was not commissioned to act as a privateer, nor did she attempt to act as one until she reached the River La Plata, when a commission was obtained, and the crew re-enlisted; and as the Irresistible made no prize on her passage from Baltimore to the River of La Plata, it is contended that her offence was deposited there, and that the Court cannot connect her subsequent cruize with the transactions at Baltimore. If this were to be admitted in such a case as this, the laws for the preservation of our neutrality would be completely eluded, so far as this enforcement depends on the restitution of prizes made in violation of them. Vessels completely fitted in our ports for military operations need only sail to a belligerent port, and there, after obtaining a commission, go through the ceremony of discharging and re-enlisting their crew, to become perfectly legitimate cruizers, purified from every taint contracted at the place where all their real force and capacity for annoyance was acquired. This would indeed be a fraudulent neutrality, disgraceful to our own Government, and of which no nation would be the dupe.

The course of the French Government during the insurrection in the case of the Rappahannock, already referred to, practically asserted the power of the neutral to protect its violated sovereignty, even against a commissioned vessel of war. The British Government itself recognized this principle when it ordered the Alabama to be seized at Nassau, and when it found fault with the Governor of the Cape of Good Hope for not detaining the Tuscaloosa at Cape Town. The principle for which the United States contend has therefore been recognized by Great Britain, Spain, Portugal, France, and the United States.

[Recapitulation der völkerrechtlichen Thesen, welche die Streitschrift bis hierher siegreich verfochten zu haben behauptet.]

¹ 7 Wheaton, 471.

² Der ursprüngliche Name des Schiffes „Gran Para“. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871–72.

PART IV.

Wherein Great Britain failed to perform its duties as a neutral.

[Inhaltsangabe. — Zugeständnisse englischer Minister; Bezugnahme auf die (beigegebenen) Berichte von Gesandten und Consuln der Vereinigten Staaten, namentlich aus Liverpool, Nassau, Bermuda und Melbourne, die sämtlich eine neutralitätsfeindliche Haltung der britischen Behörden bekunden. Britische Häfen werden von den Insurgenten zur Basis ihrer Operationen gemacht; „a branch of their Government established at Liverpool“; „their Government vessels officially aided in evading the blockade and in furnishing them with arms, munitions and means for carrying on the struggle“¹. — Die Agenten der Insurgenten in England. — Beschaffenheit der blockirten Küste des Südens. Nassau und Bermuda wegen ihrer günstigen Lage (die Entfernungen von Charleston u. s. w. werden auf einer beigegebenen Karte verzeichnet) zur Operationsbasis der Blockadebrecher ausersehen. — Was sich in Nassau begab. Den Ver. Staaten wird die Befugniss versagt, in Nassau eine Kohlen-Niederlage zu errichten. — Am 8. Jan. 1862 weist Russell die Klagen des Gesandten Adams in Betreff der Haltung der Behörden in Nassau zurück. — Am 31. Jan. 1862 erlässt das Auswärtige Amt in England Instructionen „prescribing the amount of hospitalities to be extended to the belligerents“. — „Contraband of war fraudulently cleared at Nassau for British ports“. — Uebersicht der Erfolge, solchergestalt durch den Süden mit grossbritannischer Hülfe in den Jahren 1861 und 1862 erzielt². — Verhandlungen 1862–63 zwischen England und den Ver. Staaten wegen einer Verbesserung der englischen Foreign Enlistment Act von 1819. England weigert sich, dazu die Hand zu bieten, weil der Lordkanzler der Ansicht war, die Acte sei „sufficiently effective“³. — Die Alexandra vor den englischen Gerichten. Interpretation der englischen Foreign Enlistment Act von 1819 durch diese Gerichte. — Ganz anders urtheilen die schottischen Gerichte mit Rücksicht auf den Pampero. — Laird's Widder-schiffe von der englischen Regierung in Beschlag genommen, nachdem der Gesandte Adams die Erklärung der englischen Regierung, sie könne in der Sache nichts thun, am 5. September 1863 in einer Depesche an Russell mit der Erklärung beantwortet hatte: „It would be superfluous in me to point out to your Lordship that this is war“. — Die französische Regierung wahrt gegenüber den von Arman für die Conföderirten gebauten Schiffen sofort (nach von dem Gesandten der Ver. Staaten in Paris erstatteter Anzeige) und energisch ihre Neutralität (Depesche Drouin

¹ Diese und andere englische Stellen in der Inhaltsangabe sind den (durchgehends von uns weggelassenen) Randschriften des „Case“ entnommen. Wir bringen sie namentlich dann, wenn sie charakteristisch sind. [Anm. d. Herausg.]

² Im Text sind an der betreffenden Stelle die Gründe angegeben, warum die Ausführungen in Betreff der Schiffe Florida, Alabama, Sumter, Georgia, Tuscaloosa und Shenandoah in diesem Abschnitt (Part IV.) übergangen werden konnten.

[Anm. d. Herausg.]

³ Im Jahre 1870 wurde sie aus englischer Initiative verbessert.

[Anm. d. Herausg.]

de Lhuys' an den amerikanischen Gesandten Drayton vom 22. Oct. 1863). — Nr. 4625.
Die Blockadebrecher auch im Jahre 1863 von den Behörden in Bermuda Ver. Staat.,
und Nassau begünstigt. — Wegen dieser und anderer Neutralitätsver- „Case“ von
letzungen führt Adams bei Russell vergeblich Beschwerde. — “Blockade- 1871—72.
running in partnership” (von Engländern) “with the insurgent Govern-
ment.” — Parteilichkeit britischer Behörden (Bahamainseln und Bermuda)
gegen Kriegsschiffe der Ver. Staaten (der „Honduras“) und des Südens
(die „Florida“). — Der Rappahannock. Freisprechung Rumble's. — Moun-
tague Bernard's Verzeichniss der Schiffe, die Grossbritannien am Aus-
laufen gehindert hat.]

“There is no doubt that Jefferson Davis and other leaders of the South have made an army; they are making, it appears, a navy.” — *Speech of Mr. Gladstone, Chancellor of the Exchequer, October 7, 1862.*

“It has been usual for a Power carrying on war upon the seas to possess ports of its own in which vessels are built, equipped, and fitted, and from which they issue, to which they bring their prizes, and in which those prizes when brought before a Court are either condemned or restored. But it so happens that in this conflict the Confederate States have no ports except those of the Mersey and the Clyde, from which they fit out ships to cruize against the Federals; and having no ports to which to bring their prizes, they are obliged to burn them on the high seas.” — *Speech of Earl Russell, Principal Secretary of State for Foreign Affairs, April 26, 1864.*

“Her Britannic Majesty has authorized Her High Commissioners and Plenipotentiaries to express in a friendly spirit the regret felt by Her Majesty's Government for the escape, under whatever circumstances, of the Alabama and other vessels from British ports, and for the depredations committed by those vessels.” — *Treaty of Washington, Article I.*

The extracts which are placed at the head of this division of the Case of the United States are at once evidence of the facts which will now be set forth, and a condensation of the line of argument which those facts logically suggest. The United States summon no less illustrious a person than the present Prime Minister of England to prove not only that the insurgents were engaged in the year 1862 in making a navy, but that the fact was known to the gentlemen who then constituted Her Majesty's Government. They place on the stand as their next witness Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs during the whole period of the rebellion, to prove where the insurgents were constructing that navy, and why they were constructing it in the Mersey and the Clyde; and further, to prove that these facts, also, were known at the time to the gentlemen who then constituted Her Majesty's Government. And lastly, they lay before the Tribunal of Arbitration the graceful and kindly testimony of the regret of Her Majesty's Government that the escape¹ of the cruisers, which were built in

¹ “I wish the word ‘escape’ had not been found in the apology, as it is termed, in describing the exit from our ports of the Alabama and other ships of that kind. I cannot help thinking that was an unguarded expression, which may affect the course of the future arbitration. I can easily imagine that in some minds the word ‘escape’ would be construed unfavourably to this country, for it means that something has got away which might have been retained. We speak of the escape of a prisoner: and the meaning of

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

Great Britain, with the knowledge of the Government, and which constituted that navy, should have resulted in the subsequent destruction of the property of citizens of the United States. ¶ In discussing this question, except so far as may be absolutely necessary for the protection of the interests which they are bound to guard, the United States will not attempt to disinter from the grave of the past the unhappy passions and prejudices, and to revive the memory of the injuries, often great and sometimes petty, which caused such poignant regret, such wide-spread irritation, and such deep-seated sense of wrong in the United States. Over much of this feeling the kindly expression of regret in the Treaty of Washington has for ever cast the mantle of oblivion. ¶ The reports of the Diplomatic and Consular Officers of the United States, made from the British dominions to their Government during the war, which are printed in the volumes which will accompany this case, are full of proof of a constant state of irritating hostility to the United States, and of friendship to the insurgents, in the several communities from which they are written. These despatches are interesting, as showing the facilities which the complicity of the community often, if not always, gave to the schemes of the insurgents for violating the Sovereignty of Great Britain. The reports from Liverpool, Nassau, Bermuda, and Melbourne are especially interesting in this respect, and tend to throw much light on the causes of the differences which are, it is to be hoped, to be for ever set at rest by the decision of this Tribunal. ¶ As soon as the authorities who were directing at Richmond the fortunes of the insurgents were sure that their right to carry on a maritime war would be recognized by Great Britain, their Secretary of the Navy recommended to Mr. Jefferson Davis to send an agent to Great Britain for the purpose of contracting for and superintending the construction of men-of-war; and Mr. James Dunwoody Bullock, who had been an officer in the navy of the United States, was, in accordance with that recommendation, sent there in the summer of 1861, and entered upon his duties before the autumn of that year. Mr. North, also formerly of the United States navy, was empowered “to purchase vessels”¹ for the insurgents; and Mr. Caleb Huse, formerly of the Ordnance Department of the Army of the United States, was sent to London for “the purchase of arms and munitions of war”¹. Mr. Bullock, Mr. North, and Mr. Huse continued to discharge their duties during most of the struggle, and served the purposes of those who sent them there, with intelligence and activity. ¶ The means for carrying on these extensive operations were to be derived from the proceeds of the cotton crop of the South. It will probably be within the personal recollection of the several gentlemen, members of the Tribunal, that in the year 1860 the world was dependent upon the fields of the

the term is that there was power to prevent the escape, and that the escape happened in spite of it.” — *Lord Cairns' (ex-Chancellor) Speech in the House of Lords, June 12, 1871. See London Times, June 13, 1871.*

¹ Walker to Green, 1st July, 1861, Vol. VI, page 30.

insurgent States for a large portion of its supply of cotton, and that, when the blockade was established by the United States, a large part of the crop of 1860 was still unexported¹. This, and all subsequent crops that might be produced during the struggle, would yield their value in gold as soon as landed in Liverpool. The insurgent agents took advantage of this fact. They secured, through their assumed authority as a Government, the control of so much as might be necessary for their purposes, and they early made arrangements for a credit in Liverpool upon the faith of it. It so happened that there was at Charleston, at that time, a well-established commercial house, doing business under the name of John Fraser and Co. The head of this firm was George A. Trenholm, of Charleston. Another prominent member was Charles K. Prioleau, also a citizen of the United States. Before or about the time the insurrection broke out, and, as the United States believe, in anticipation of it, this house established a branch in Liverpool, under the name of Fraser, Trenholm, and Co. Prioleau was dispatched thither to take charge of the Liverpool business, and became, for purposes that may easily be imagined, a naturalized British subject. George A. Trenholm remained in Charleston, and, in due course of time, became the Secretary of the insurgent Treasury, and a member of the so-called Government at Richmond. An arrangement was made by which the cotton of the insurgent authorities was to be sent to Fraser, Trenholm, and Co., to be drawn against by the purchasing agents of the insurgents². The first amount (500,000 dollars) was placed to their credit in Liverpool, somewhere about the month of May, or early in June, 1861; and, under the name of "depositories", Fraser, Trenholm, and Co. remained a branch of the Treasury of the insurgent Government. Thus there was early established in Great Britain a branch of the War Department of the insurgents, a branch of their Navy Department, and a branch of their Treasury, each with almost plenary powers. These things were done openly and notoriously. The persons

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ "It was estimated that only about 750,000 bales at most of the crop of 1860 remained on hand in the South when the blockade began. The crop of 1861 was about 2,750,000 bales—a little more than half the total quantity consumed in 1860—and this supply, or so much of it as could be properly picked, cleaned, and baled, would, together with what remained from the previous year, have been available for exportation in the winter and spring of 1861-62. The quantity actually sent abroad, however, up to July or August, 1862, was reckoned not to exceed 50,000 bales, the great bulk of which, but not the whole, went to England."—*Bernard's Neutrality of Great Britain*, page 286.

² "Of twenty steamers, which were said to have been kept plying in 1863 between Nassau and two of the blockaded ports, seven belonged to a mercantile firm at Charleston, who had a branch house at Liverpool, and through whom the Confederate Government transacted its business in England." "The name of the Charleston firm was John Fraser and Co.; that of the Liverpool house, Fraser, Trenholm, and Co. Of the five members of the house, four, I believe, were South Carolinians, and one a British subject."—*Bernard's Neutrality of Great Britain*, page 289 and note. The British subject referred to by Mr. Bernard was Prioleau, naturalized for the purpose.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

and places of business of these several agents were well known to the communities in which they lived, and must have been familiar to the British officials. If there was any pretence of concealment in the outset, it was soon abandoned. ¶ On the 22nd of July, 1861, Huse writes to the officer in charge of the insurgent Ordnance Department, complaining of the activity of the agents of the United States in watching and thwarting his movements. “It is difficult”, he says, “for a stranger to keep his actions secret when spies are on his path”. He says that he shall have ready, by the 1st of August, some of the goods that had been ordered on the 17th of the previous April, and more by the 1st of October, and that “the shipping of the articles will be left in the hands of the Navy Department.”¹ ¶ On the 18th September, the steamer Bermuda ran the blockade, and arrived at Savannah with “arms and munitions on board.”² She came from Fraser, Trenholm, and Co., consigned to John Fraser and Co. Information of the character and purposes of this steamer, and of the nature of her freight had been given to Lord Russell by Mr. Adams on the 15th of the previous August,³ and he had declined to “interfere with the clearance or sailing of the vessel.”⁴ On the fourth day after her arrival at Savannah, her consignees offered to charter her to the insurgents, and the offer was accepted.”⁵ ¶ The experience of the Bermuda, or the difficulties which she encountered in running the blockade, seem to have induced the insurgent authorities to think that it would be well to have some surer way for receiving the purchases made by their agents in Liverpool. The stringency of the blockade established by the United States, and the nature of the coast that was blockaded, made it necessary to have a set of agents in the West Indies also. ¶ The coast of the United States, from Chesapeake Bay to the Mexican frontier, is low, with shoaly water extending out for some distance to sea. A range of islands lies off the coast, from Florida to Charleston, and islands also lie off Wilmington and the coast to the north of it. The waters within these islands are shallow, affording an inland navigation for vessels of light draught. The passages to the sea between the islands are generally of the same character. This outlying frontier of islands, or of shallow waters, is broken at Wilmington, at Charleston, and at Savannah. At these three points large steamers can approach and leave the coast; but these points were at that time guarded by the blockading vessels of the United States, so as to make the approach difficult. Vessels not of light draught and great speed were almost certain of capture; while vessels of such draught and speed could not carry both coal and a cargo across the Atlantic. ¶ To avoid this risk it was resolved to send the purchases which might be made in England to Nassau in British bottoms, and there transship them into steamers of light draught

¹ Huse to Gorgas, Vol. VI, page 33.

² Lawton to Cooper, 20th September, 1861, Vol. VI, page 36.

³ Adams to Russell, Vol. I, page 760.

⁴ Russell to Adams, Vol. I, page 762.

⁵ Benjamin to John Fraser and Co., 27th September, 1861, Vol. VI, page 37.

and great speed, to be constructed for the purpose,¹ which could carry coal enough for the short passage into the waters that connected with either Charleston, Savannah, or Wilmington. The first order from Richmond that is known to have been given for such a shipment is dated the 22nd of July, 1861.² || The attention of the Tribunal of Arbitration is invited to the accompanying map, showing how admirably the British ports of Nassau and Bermuda were adapted for the illegal purposes for which it was proposed to use them.³ Nassau was surrounded by a cluster of British islands, so that even a slow-sailing blockade-runner, pressed by a pursuing man-of-war, could in a short time reach the protection of British waters; Bermuda had the advantage of being more directly off the ports of Wilmington and Charleston. Neither Nassau nor Bermuda, however, was more than two days distant from the blockaded ports for the swift steamers that were employed in the service.⁴

Mr. Lewis Heyliger, of New Orleans, was transferred to Nassau to take charge of “the British steamer *Gladiator*, Commander G. G. Bird, with a cargo for the Confederate States.”⁵ He remained there as the agent, treasury depositary, and representative of the insurgents during the rebellion.

“We have succeeded,” he continued, “in obtaining a very important modification of the existing laws, viz. *the privilege of breaking bulk and transshipment*.”⁶ That modification was all that the insurgents wanted. That privilege converted the port of Nassau into an insurgent port, which could not be blockaded by the naval forces of the United States. The United States ask the Tribunal to find that this act, being a permission from the British authorities at Nassau, enabling a vessel chartered by the insurgents, and freighted with articles contraband of war, to diverge from its voyage, and to transship its cargo in a British port, when not made necessary by distress, was a violation of the duties of neutral. || On the 27th of January, 1862, Maffitt, an officer in

¹ Huse to Gorgas, 15th March, 1862, Vol. VI, page 69.

² Walker to Huse and Anderson, Vol. VI, page 31.

³ Auf dieser Karte (die sowohl dem englischen Blaubuch als der Brockhaus'schen Ausgabe beigegeben ist) sind die Entfernungen von Nassau (Bahamainseln) nach Savannah, Charleston und Wilmington bez. auf 500, 515, 570, die von Bermuda nach Wilmington, Charleston, Savannah und St. Augustine bez. auf 674, 772, 834, 869 „miles“ angegeben.
[Anm. d. Herausg.]

⁴ “The British Island of New Providence, in the Bahamas, became the favourite resort of ships employed in these enterprises. Situated in close neighbourhood to the coast of Florida, and within three days' sail of Charleston, it offered singular facilities to the blockade-runners. The harbour of Nassau, usually quiet and almost empty, was soon thronged with shipping of all kinds; and its wharves and warehouses became an entrepôt for cargoes brought thither from different quarters. Agents of the Confederate Government resided there, and were busily employed in assisting and developing the traffic.”—*Bernard's Neutrality of Great Britain*, page 299.

⁵ Helm to Heyliger, 20th December, 1861, Vol. VI, page 51.

⁶ Heyliger to Benjamin, 27th December, 1861, Vol. VI, page 55.

Nr. 4625. the service of the insurgents, (the same who afterward commanded the Florida,)
 Ver. Staat., was sent to take command of the Gladiator as an insurgent vessel¹ (although
 „Case“ von 1871—72. under British colours), and on the 30th of January, 1862, a portion of the Gladiator's valuable cargo was transhipped to the Kate, a small steamer sailing under British colours, and eventually all went in the same way. In the despatch announcing the transfer to the Kate, Heyliger said: "You may readily imagine how intensely disgusted the Yankees are at this partiality, as they style it. It is called another flagrant violation of neutral rights."

.
 The United States point out . . to the Tribunal of Arbitration the fact, that in about one month after that time, viz., on the 31st day of January 1862, Earl Russell informed the Lords Commissioners of the Admiralty that "during the continuance of the present hostilities . . no ship of war or privateer belonging to either of the belligerents shall be permitted to enter or remain in the port of Nassau, or in any other port, roadstead, or waters of the Bahama Islands, except by special leave of the Lieutenant-Governor of the Bahama Islands, or in case of stress of weather."² || An order more unfriendly to the United States, more directly in the interest of the insurgents, could not have been made . . . Under the construction practically put upon it, the vessels of war of the United States were excluded from this harbour for any purpose, while it was open for free ingress and egress to vessels of the insurgents, purchased, or built, and owned by the authorities at Richmond, bringing their cotton to be transhipped in British bottoms to Fraser, Trenholm, and Co., in Liverpool, and taking on board the cargoes of arms and munitions of war which have been dispatched thither from Liverpool. The Tribunal of Arbitration will not fail to observe that this was no British commerce which had existed before the war, and which the neutral might claim the right to continue. It was to a large extent the commerce of the authorities at Richmond—carried on in their own vessels, and for their own benefit—and consisted of the export of cotton from the South on account of the so-called Government, and the return of arms, munitions of war, and quartermaster stores from Great Britain, for the purpose of destroying the United States—a nation with which Great Britain was at peace. The United States confidently insist that Great Britain, by shielding and encouraging such a commerce, violated its duties as a neutral toward the United States.

. The day after the arrival of that vessel,³ the United States' Consul at Nassau wrote to his Government thus: "The coal which is being landed here for Government has caused great excitement among the Nassau masses, and a deputation visited Governor Nesbitt yesterday to remonstrate against its being

¹ Benjamin to Maffitt, 27th January, 1862, Vol. VI, page 57.

² Vol. IV, page 175.

³ the „Gladiator“. [Anm. d. Herausg.]

landed.”¹ The remonstrances were successful. On the same day the Colonial Secretary wrote to the Consul that the coal could be admitted only “on the express condition and understanding that such coal should not afterward be re-shipped or otherwise used in any manner which may, in the opinion of the law authorities of the Colony, involve a breach of Her Majesty’s Proclamation of the 13th of May last, and particularly that such coal shall not be used for the purpose of coaling, or affording facilities for coaling, at this port, to vessels of war of the United States’ Navy, during the continuance of the hostilities.”² | The sincerity of the desire of the Colonial Authorities to obey Her Majesty’s Proclamation may be estimated from the following facts: 1. That that Proclamation inhibited Her Majesty’s subjects from “breaking, or endeavouring to break, any blockade lawfully or actually established by or on behalf of either of the said contending parties;”³ yet the Colonial authorities finding that the *Gladiator*, which had been chartered to break a blockade established by the United States, would probably be intercepted by the vessels of the United States, would probably be intercepted by the vessels of the United States, permitted the cargo to be transhipped into smaller steamers, with the avowed purpose of breaking that blockade: 2. That Her Majesty’s Proclamation also inhibited British subjects from “carrying military stores or materials, or any article or articles considered and deemed to be contraband of war, according to the law or modern usage of nations, for the use or service of either of the said contending parties; “yet the Colonial authorities welcomed the *Gladiator*, sailing under the British flag, with contraband of war in violation of the Proclamation, and permitted her to shift her illegal cargo into other vessels, in like manner using the British flag for the purpose of transporting it to and on account of a belligerent; 3. That Her Majesty’s Proclamation made no mention of coal, and that coal is not regarded by Her Majesty’s Government as an article necessarily contraband of war;⁴ yet the Government of the United States was forbidden by the same authorities, in the same week, to deposit its coal at Nassau, except upon the condition that it would not use it. || The United States have no reason to suppose that either of these partial decisions met with the disapproval of Her Majesty’s Government. | On the contrary, Earl Russell, on the 8th of January, 1862, in reply to a complaint from Mr. Adams that the port of Nassau was used as a depôt of supplies by the insurgents, officially informed that gentleman that he had received “a report from the Receiver-General of the port of Nassau, stating that no warlike stores have been received at that port, either from Great Britain or elsewhere, and that no munitions of war have been shipped from thence to the Confederate States.”⁵ The United States with confi-

Nr. 4025,
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Whiting to Seward, Vol. VI, page 44; Vol. I, page 696.

² Thompson to Whiting, Vol. VI, page 45.

³ Vol. I, page 44.

⁴ Lord Granville to Count Bernstorff, 15th September, 1870.

⁵ Russell to Adams. Vol. VI, page 57.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

dence assert, in view of what has been already shown, that, had Earl Russell seriously inquired into the complaints of Mr. Adams, a state of facts would have been disclosed entirely at variance with this report—one which should have impelled Her Majesty's Government to suppress what was going on at Nassau. The foregoing facts were all within the reach of Her Majesty's Government, although at that time not within the reach of the Government of the United States. The failure to discover them, after Mr. Adams had called attention to them, was a neglect of the diligence in the preservation of its neutrality, which was "due" from Great Britain to the United States; and it taints all the subsequent conduct of Great Britain toward the United States during the struggle. || On the 31st day of the same month, instructions issued from the Foreign Office, prescribing the amount of hospitalities to be extended to the belligerents. || These instructions have already been referred to. They provided that: 1. No ship of war or privateer of either belligerent was to be permitted to enter any port, roadstead, or water in the Bahamas except by special leave of the Lieutenant-Governor, or in case of stress of weather; and in case such permission should be given, the vessel was nevertheless to be required to go to sea as soon as possible, and with no supplies except such as might be necessary for immediate use. 2. No ship of war or privateer of either belligerent was to be permitted to use British ports or waters as a station or place of resort for any warlike purpose, or for the purpose of obtaining any facilities of warlike equipment. 3. Such ships or privateers entering British waters were to be required to depart within twenty-four hours after entrance, except in case of stress of weather, or requiring provisions or things for the crew or repairs; in which cases they were to go to sea as soon as possible after the expiration of the twenty-four hours, taking only the supplies necessary for immediate use; they were not to remain in port more than twenty-four hours after the completion of necessary repairs. 4. Supplies to such ships or privateers were to be limited to what might be necessary for the subsistence of the crew, and to enough coal to take the vessel to the nearest port of its own country, or to some nearer destination; and a vessel that had been supplied with coal in British waters, could not be again supplied with it within British jurisdiction, until after the expiration of three months from the date of the last supply taken from a British port.¹

. Other vessels, freighted with contraband of war, followed the Gladiator. The *Économist* and the *Southwick* came closely upon her track, and Heyliger was directed to do with their cargoes as he had done with the *Gladiator's*.² Huse was also instructed to continue his purchases, and to send to the West India Islands, where the steamers could break bulk.³

. The cargoes of contraband of war that were thus transshipped were

¹ Vol. IV, page 175.

² Benjamin to Heyliger, 22nd March, 1862, Vol. VI, pag. 71.

³ Benjamin to Huse, 10th March, 1862, Vol. VI, page 68.

entered on the manifests as for St. John's, New Brunswick. It could not but have been well known at the Custom-house that this was a fraud; yet the Customs authorities winked at the fraud, and gave the vessels clearances as British vessels sailing for British ports.¹

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Caso“ von
1871—72.

[Die Basis der oben beschriebenen Unternehmungen wird von Nassau nach Bermuda verlegt.]

Having thus shown that the branch of the insurgent War Department, established in Great Britain had, during the years 1861 and 1862, purchased arms, ammunition, and supplies to the amount of about nine millions of dollars, and that the branch of their Treasury established at Liverpool, had during the same time paid on account of these purchases over three millions of dollars, and that vessels, either belonging to or chartered by the insurgent authorities were occupied as transports (in violation of the Foreign Enlistment Act of 1819), in carrying this large quantity of war material from British ports to the insurgents, and in bringing back cotton, the property of the insurgent authorities, to be used in making payments therefor, it is now necessary to see what the branch of their Navy Department, under the direction of Bullock, was engaged in during the same period.

[Die Darstellung geht nun auf die Geschichte der Schiffe über, die, wie die Alabama, die Florida u. a., in englischen Häfen gebaut bez. ausgerüstet wurden, und von da ausgelaufen sind, um „fast zweihundert Kauffahrer“ der Nordamerikaner (so wenigstens lautet die Angabe des Staatssecretärs Fish in der Depesche an den Gesandten Motley vom 25. September 1869, „Staatsarchiv“, Nr. 3967, Bd. XVIII, Februar-Heft 1870) zu kapern. Was die Florida, die Alabama, die Georgia und die Shenandoah betrifft, so übergehen wir sie hier, weil sie in dieser Streitschrift weiterhin noch einmal und zwar ausführlicher als an dieser Stelle, besprochen werden. Dasselbe gilt von dem Sumter. Wir führen hier nur Dasjenige auf, was die Alexandra, den Pampero, Laird's Widderschiffe, den Rappahannock und die Tuscaloosa betrifft. Dass der Gesandte der Vereinigten Staaten, Herr Adams, während des Bürgerkriegs wiederholt, aber in vielen Fällen vergeblich, in London über diese Dinge Beschwerde geführt, ist gleichfalls aus den früher im Staatsarchiv abgedruckten Depeschen sattem bekannt.]

It was found when the Foreign Enlistment Act of 1819 came to be put into operation under the direction of a Government inspired by unfriendly feelings towards the United States, that there were practical and multiplying difficulties in the way of using it so as to prevent the departure of the cruisers. Earl Russell, as early as March 1862, in reply to an earnest representation² made by Mr. Adams under instructions, said that *“the duty of nations in amity with each other is not to suffer their good faith to be violated by evildisposed persons within their borders, merely from the inefficiency of their prohibitory*

¹ Hawley to Seward, 27th June, 1863, Vol. VI, page 127.

² Adams to Russell, Vol. I, page 30.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

policy.”¹ Within a few months after this the Alabama escaped from the port of Liverpool, and never returned. The openness and the audacity with which this was done, seemed at one time to induce the British Cabinet to entertain the idea of amending the Foreign Enlistment Act. || On the 19th day of December, 1862,² Lord Russell, in reply to what he called Mr. Adams’ “demand for a more effective prevention for the future of the fitting out of such vessels from British ports,” informed him that Her Majesty’s Government were “of opinion that certain amendments might be introduced into the Foreign Enlistment Act, which, if sanctioned by Parliament, would have the effect of giving greater power to the Executive to prevent the construction in British ports of ships destined for the use of belligerents.” He also said that he was ready at any time to confer with Mr. Adams, and to listen to any suggestions which he might have to make by which the British Foreign Enlistment Act and the corresponding Statute of the United States might be made more efficient for their purpose. || Mr. Adams communicated with his Government, and, having obtained instructions, informed Lord Russell that his “suggestion of possible amendments to the enlistment laws, in order to make them more effective, had been favourably received. Although the law of the United States was considered of very sufficient vigour, the Government were not unwilling to consider propositions to improve upon it.” Lord Russell replied that, since his note was written, the subject had been considered in Cabinet, and the Lord Chancellor had expressed the opinion that the British law was sufficiently effective, and that under these circumstances he did not see that he could have any change to propose.³ || From the hour when Lord Russell informed Mr. Adams that the Lord Chancellor was satisfied that the British laws were sufficiently effective, the British Government resisted every attempt to change the laws and give them more vigour. Mr. Adams again, on the 26th of March, 1863, sought an interview with Lord Russell on the subject of the rebel hostile operations in British territory. What took place there is described by Lord Russell in a letter written on the following day to Lord Lyons:⁴ “With respect to the law itself, Mr. Adams said either it was sufficient for the purposes of neutrality, and then let the British Government enforce it; or it was insufficient, and then let the British Government apply to Parliament to amend it. I said that the Cabinet were of opinion that the law was sufficient, but that legal evidence could not always be procured; that the British Government had done everything in its power to execute the law, but I admitted that the cases of the Alabama and Oreto were a scandal, and in some degree, a reproach to our laws

¹ Russell to Adams, Vol. I, page 533.

² Russell to Adams, Vol. I, page 667.

³ Adams to Seward, Vol. I, page 668.

⁴ Vol. I, page 585. See also Mr. Hammond’s letter to Messrs. Lamport and Holt and others, Vol. I, page 602; also Lord Palmerston’s speech already cited, Vol. IV, page 530.

..... Early in March 1863, Miller and Son, the builders of the Florida, launched, at their yard in Liverpool, a new gun-boat, to be called the Alexandra.¹ The evidence of the hostile uses for which this vessel was intended was so overwhelming that proceedings were instituted against her for a violation of the Foreign Enlistment Act.² In the trial of this case it was clearly proved that the Alexandra was a man-of-war, and that she was constructed for the purpose of carrying on hostilities against the United States.³ But the judge instructed the jury that a neutral might “make a vessel and arm it, and then offer it for sale”⁴ to a belligerent; and that, *a fortiori*, “if any man may build a vessel for the purpose of offering it to either of the belligerent Powers who is minded to have it, may he not execute an order for it?” He also instructed them that “to ‘equip’ is ‘to furnish with arms;’” “in the case of a ship, especially, it is to furnish and complete with arms;”⁵ that “‘equip,’ ‘furnish,’ ‘fit out,’ or ‘arm,’ all mean precisely the same thing;” and he closed that branch of the instructions by saying, “the question is whether you think that this vessel was fitted. Armed she certainly was not, but was there an intention that she should be finished, fitted, or equipped, in Liverpool? Because, gentlemen, I must say, it seems to me that the Alabama sailed away from Liverpool without any arms at all; merely a ship in ballast, unfurnished, unequipped, unprepared; and her arms were put in at Terceira, not a port in Her Majesty’s Dominions. The Foreign Enlistment Act is no more violated by that than by any other indifferent matter that might happen about a boat of any kind whatever.” The jury gave a verdict without delay for the gun-boat. An appeal on this construction of the statute was taken to a higher Court. The rulings of the Judge on the trial were not reversed, and the decision stood as the law of England until and after the close of the rebellion, and still stands as the judicial construction of the Act of 1819. Thus, after the political branch of Her Majesty’s

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871--72.

¹ Dudley to Seward, March 11, 1863, Vol. II, page 258.

² See Vol. V, pp. 1—470.

³ “The evidence as to the build and fittings of the ship proved that she was strongly built, principally of teak-wood; her beams and hatches, in strength and distance apart, were greater than those in merchant vessels; the length and breadth of her hatches were less than the length and breadth of hatches in merchant vessels; her bulwarks were strong and low, and her upper works were of pitch-pine. At the time of her seizure workmen were employed in fitting her with stanchions for hammock nettings; iron stanchions were fitted in the hold; her three masts were up, and had lightning conductors on each of them; she was provided with a cooking apparatus for 150 or 200 people; she had complete accommodation for men and officers; she had only stowage room sufficient for her crew, supposing them to be thirty-two men; and she was apparently built for a gun-boat, with low bulwarks, over which pivot guns could play. The commander of Her Majesty’s ship Majestic, stationed at Liverpool, said that she was not intended for mercantile purposes.” (*Neutrality of Great Britain during the American Civil War, by Mountague Bernard, M.A., page 353, note 1.*)

⁴ Vol. V, page 128.

⁵ Vol. V, page 129.

Nr. 4625. Government had announced its purpose of limiting its duties to the enforcement
 Ver. Staat., of the Foreign Enlistment Act, and had practically stripped that Act of all
 „Case“ von features except those relating to the prosecution of offenders as criminals, the
 1871—72. judicial branch of that Government emasculated it by a ruling which openly
 authorized the construction of new Alabamas and of new Floridas. || Contracts
 were also made, some time in the year 1862, for the construction at Glasgow
 of a formidable vessel, known as the Pampero. Mr. Dudley reported that the
 cost of the construction was to be something over 300,000*l.*¹ This vessel was
 seized at Glasgow for an alleged violation of the Foreign Enlistment Act. On
 the trial, which took place in 1864, it appeared that the Scottish Courts were
 not disposed to follow the English courts in depriving the Foreign Enlistment
 Act of all force. The insurgents, therefore, abandoned the attempt to use the
 Pampero as a cruizer, and ceased to contract for the construction or fitting out
 of vessels within the Scottish Kingdom. A similar course in the English Courts
 might have produced similar results in England. || About the same time the
 arrangements were made with the Lairds for the construction, at Birkenhead,
 opposite Liverpool, of the two iron-clads which were afterwards known as "Laird's
 iron-clads," or "Lairds' rams." The keel of one of them, as has been already
 said, was laid in the same stocks from which the Alabama was launched.²
 These vessels were most formidable, and were "pushed forward with all possible
 dispatch. The men were at work night and day upon them." The machinery
 and guns were made simultaneously with the hull, and it was reported that "by
 the time she is launched they will be ready to be placed in her."³ || Their con-
 struction was originally ordered from Richmond, and they were superintended
 by Captain Bullock.⁴ Early in June 1863, one of the vessels had
 begun to receive her iron armour plates, "about 4 inches thick." "The deck of
 each vessel was prepared to receive two turrets."⁵ "Each ram had a stem,
 made of wrought iron, about 8 inches thick, projecting about 5 feet under the
 water-line, and obviously intended for the purpose of penetrating and destroying
 other vessels."⁶ These facts, and others, were communicated by Mr. Adams to
 Earl Russell in a note dated July 11, 1863."⁷ On the 16th of July,
 Mr. Adams sent to Lord Russell further evidence of the character of these
 vessels.⁸ On the 25th of July he again wrote to him on the subject, with fresh
 proof of their purposes.⁹ On the 14th of August he again wrote to Earl

¹ Dudley to Seward, Vol. II, page 201.

² Dudley to Seward, Vol. II, page 315.

³ Dudley to Seward, Vol. II, page 316.

⁴ Younge's deposition, Vol. II, page 380.

⁵ Chapman's affidavit, Vol. II, page 333.

⁶ Chapman's affidavit, Vol. II, page 333.

⁷ Adams to Russell, Vol. II, page 325.

⁸ Adams to Russell, Vol. II, page 336.

⁹ Adams to Russell, Vol. II, page 341.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ vom
1871-72.

Russell with "further information;" said that he regretted to see "that the preparation * * is not intermitted; and added: "It is difficult for me to give to your Lordship an adequate idea of the uneasiness and anxiety created in the different ports of the United States by the idea that instruments of injury, of so formidable a character, continue to threaten their safety, as issuing from the ports of Great Britain, a country with which the people of the United States are at peace."¹ On the 3rd of September Mr. Adams . . wrote to Earl Russell inclosing "copies of further depositions relating to the launching and other preparation of the second of the two vessels of war from the yard of Messrs. Laird, at Birkenhead."² . . . Again, on the 4th of September, Mr. Adams sent to the Foreign Office evidence to show the preparation for immediate departure of one of these vessels.³ Late in the afternoon of the 4th, after the note had been dispatched to Earl Russell and a copy of it sent to Mr. Seward, Mr. Adams received from Earl Russell a note, dated the 1st of September, saying that "Her Majesty's Government are advised that they cannot interfere in any way with these vessels."⁴ On the 5th Mr. Adams replied, expressing his "profound regret at the conclusion to which Her Majesty's Government have arrived;" and added: "It would be superfluous in me to point out to your Lordship that this is war."⁵ On the 8th of September Mr. Adams received a short note, written in the third person, in which it was said "instructions have been issued which will prevent the departure of the two iron-clad vessels from Liverpool."⁶ It would appear from the British Blue Book that the instructions for their detention "had scarcely been sent" when Mr. Adams' note of the 3rd September was received at the Foreign Office.⁷

. Captain Bullock, without shifting his office from Liverpool, signed an agreement, "for the account of his principals," on the 16th of April, 1863, with Lucien Arman, shipbuilder at Bordeaux, whereby M. Arman engaged "to construct four steamers of 400 horse-power, and arranged for the reception of an armament of from ten to twelve cannon." As it was necessary in France to obtain the consent of the Government to the armament of such vessels within the limits of the Empire, M. Arman informed the Government that these vessels were "intended to establish a regular communication between Shanghai, Yedo, and San Francisco, passing the strait of Van Dieman, and also that they are to be fitted out, should the opportunity present itself, for sale to the Chinese or Japanese Empire." On this representation permission was given to arm them, the armament of two to be supplied by M. Arman at Bordeaux, and that of the

¹ Vol. II, pp. 346—347.

² Adams to Russell, Vol. II, page 353.

³ Adams to Russell, September 4, 1863, Vol. II, page 358.

⁴ Russell to Adams, Vol. II, page 360.

⁵ Adams to Russell, Vol. II, page 365.

⁶ Russell to Adams, Vol. II, page 366.

⁷ Layard to Stuart, Vol. II, page 363.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

other two by M. Vorus at Nantes. On the 16th of July, 1863, another agreement was made in Bordeaux between M. Arman and Mr. Bullock, “acting for the account of principals.” Arman agreed to construct two screw steamships of wood and iron, with iron turrets, of 300 horsepower . . . The authorization which had been obtained for M. Arman and M. Vorus to arm the four vessels, under the contract of the 15th April, and the doings of M. Arman under the contract of the 16th of July, were unknown to the Minister for Foreign Affairs. When they were brought to M. Drouyn de Lhuys’ attention, by the Minister of the United States at Paris, he took immediate steps to prevent a violation of the neutrality of France. He wrote to Mr. Drayton (October 22, 1863): “Que M. le Ministre de la Marine vient de notifier à M. Vorus le retrait de l’autorisation qu’il avait obtenue pour l’armement de quatre navires en construction à Nantes et à Bordeaux. Il en a été donné également avis à M. Arman, dont l’attention a été en même temps appelée sur la responsabilité qu’il pourrait encourir par des actes en opposition avec la déclaration du 11 Juin 1861.” Mr. Arman made many efforts to remove the injunctions of the Government, but without success. He was finally forced to sell to the Prussian Government two of the clippers constructed at Bordeaux under the contract of April 15. Two other clippers, constructed at Nantes under that contract, were sold to the Peruvian Government. Of the two iron-clads constructed under the contract of July 16, one was sold to Prussia for 2,075,000 francs. A contract was made for the sale of the other to Denmark, which was then at war, and it was sent, under the Danish name of *Stoerkodder*, to Copenhagen for delivery. It arrived there after the time agreed upon for delivery and after the war was over; and the Danish Government refused to accept it. The person in charge of the vessel in Copenhagen held at once the power of attorney of M. Arman and of Mr. Bullock; and in one capacity he delivered the vessel to himself in the other capacity, and took her to the Isle of Houat, off the French coast, where she was met by a steamer from England with an armament. Taking this on board, she crossed the Atlantic, stopping in Spain and Portugal on the way. In the port of Havana news was received of the suppression of the insurrection, and she was delivered to the authorities of the United States

. On the 5th of August, 1863, the *Alabama* arrived in Table Bay and gave information that the *Tuscaloosa*, a prize that had been captured off Brazil, would soon arrive in the character of a tender. On the 8th that vessel arrived in Simon’s Bay, having her original cargo of wool on board . . .¹ The wool was disposed of to a Cape Town merchant, on condition that he should send it to Europe for sale, and two-thirds of the price should be paid into the insurgent Treasury; and it was landed for that purpose by the *Tuscaloosa*, on a wild spot, called *Angra Pequena*, outside of British jurisdiction.² When the

¹ Walker to the Secretary of the Admiralty, Vol. IV, page 216; Vol. VI, page 456.

² Mountague Bernard’s *Neutrality of Great Britain, &c.*, page 421, note 1.

Tuscaloosa made her appearance at Cape Town, Rear-Admiral Sir Baldwin Walker wrote to the Governor, desiring to know "whether this vessel ought still to be looked upon in the light of a prize, she never having been condemned in a prize court."¹ He was instructed to admit the vessel. The practical experience of the honest sailor rebelled at this decision, and he replied: "I apprehend that, to bring a captured vessel under the denomination of a vessel of war, she must be fitted for warlike purposes, and not merely have a few men and a few small guns put on board her (in fact, nothing but a prize crew), in order to disguise her real character as a prize. Now, this vessel has her original cargo of wool still on board, which cannot be required for warlike purposes, and her armament and number of her crew are quite insufficient for any services other than those of slight defence. Viewing all these circumstances of the case, they afford room for the supposition that the vessel is styled a tender, with the object of avoiding the prohibition against her entrance as a prize into our ports, where, if the captors wished, arrangements could be made for the disposal of her valuable cargo."² | The Governor replied that the Attorney-General was of opinion that "if the vessel received the two guns from the Alabama or other Confederate vessel of war, or if the person in command of her has a commission of war, * * there will be a sufficient setting forth as a vessel of war to justify her being held to be a ship of war."³ The Admiral replied, tersely, "As there are two guns on board, and an officer of the Alabama in charge of her, the vessel appears to come within the meaning of the cases cited in your communication."⁴ He did not seem to think it worth while to repeat his opinion as to the frivolous character of such evidence, since it had been disregarded by the civil authorities. The facts were in due course reported by the Governor to the Home Government at London,⁵ and the Colonial Minister wrote back that Her Majesty's Government were of opinion that the Tuscaloosa did not lose the character of a prize captured by the Alabama merely because she was at the time of her being brought within British waters armed with two small rifle guns, and manned with a crew of ten men from the Alabama, and used as a tender to that vessel under the authority of Captain Semmes.⁶ He said that he "considered that the mode of proceeding in such circumstances most consistent with Her Majesty's dignity, and most proper for the vindication of Her territorial rights, would have been to prohibit the exercise of any further control over the Tuscaloosa by the captors, and to retain that vessel under Her Majesty's control and jurisdiction until properly reclaimed by her original owners."

Nr. 4625.
Ver. Staat.
„Case“ von
1871—72.

¹ Vol. IV, page 217; Vol. VI, page 458.

² Walker to Wodehouse, Vol. IV, page 218; Vol. VI, page 459.

³ Wodehouse to Walker, Vol. IV, page 219; Vol. VI, page 459.

⁴ Walker to Wodehouse, Vol. IV, page 219; Vol. VI, page 460.

⁵ Wodehouse to Duke of Newcastle, Vol. VI, page 220; Vol. IV, page 460.

⁶ Bernard's Neutrality of Great Britain during the American Civil War, page 425. See also Vol. III, page 207, and Vol. VI, page 463.

Nr. 4625. These instructions were looked upon by the Governor as a censure;¹ and the
 Ver. Staat., Tuscaloosa having in the meantime come again into port and placed herself
 „Case“ von within the jurisdiction, was seized, and the facts reported to London.² Her
 1871—72. Majesty's Government disavowed this act, and instructed the Governor "to
 restore the Tuscaloosa to the lieutenant of the Confederate States who lately
 commanded her; or, if he should have left the cape, then to retain her until she
 can be handed over to some person who may have authority from Captain
 Semmes, of the Alabama, or from the Government of the Confederate States, to
 receive her."³ The Governor was also informed that the Home Government
 had not in any degree censured him for the course which he had pursued . . .
 . . . The blockade-runners of the Richmond authorities were by this time well
 known, and were making regular voyages. The Cornubia was running before
 January, 1863.⁴ The Giraffe and the Cornubia ran regularly to Bermuda and
 to Nassau,⁵ in February, 1863. . . .

. On the 3rd of November, 1863, Mr. Adams laid before Earl
 Russell "new proofs of the manner in which the neutrality of Her Majesty's
 ports is abused by the insurgents in the United States in order the more
 effectually to procrastinate their resistance," which he contended showed the
 "establishment in the port of St. George's, in the island of Bermuda, of a depot
 of naval stores for their use and benefit in the prosecution of the war."⁶ This
 information should have put Lord Russell on the track of all the facts in regard
 to Bermuda. Had Her Majesty's Government pursued the investigations to
 which it gave them the clue, it would have done so. Earl Russell, on the 27th
 of November, answered that "Her Majesty's Government do not consider that
 they can properly interfere in this matter."⁷ The dates would seem to indicate
 a possibility that no inquiries were made at Bermuda. | On the 29th of December,
 1863, Mr. Adams wrote Earl Russell that he had "information entitled to
 credit," that Ralph Cator, "an officer in Her Majesty's naval service," was
 "engaged in violating the blockade;" and that there was "a strong disposition
 on the part of a portion of Her Majesty's navy to violate the neutrality of their
 Sovereign in aiding and assisting the enemies of the United States."⁸ This,
 too, was answered in a week from its date, without taking the trouble to inquire
 in the West Indies.⁹ | Again, upon the 25th of January, 1864, Mr. Adams

¹ Wodehouse to Newcastle, Vol. IV, page 229; Vol. VI, page 465.

² Vol. IV, page 230.

³ Duke of Newcastle to Sir P. Woodhouse, Vol. IV, page 241; Vol. VI, page 468.

⁴ Same to same, March 10, Vol. IV, page 242; Vol. VI, page 469.

⁵ Gorgas to Huse, January 1, 1863, Vol. VII, page 48.

⁶ Same to same, February 26, 1863, Vol. VII, page 48.

⁷ Vol. I, page 735.

⁸ Vol. I, page 738.

⁹ Vol. I, page 739.

¹⁰ Vol. I, page 740.

called attention to "the manner in which the insurgents habitually abuse the belligerent privileges which have been conceded to them by Great Britain." It would seem that he had lately had a conversation with Earl Russell on the subject, for he says that he "deems it almost superfluous to enlarge further on the difficulties which must grow out of a toleration of the outrageous abuses of the belligerent privileges that have been granted to the insurgents."¹ "It would be difficult," he adds, "to find an example in history of a more systematic and persistent effort to violate the neutral position of a country than this one has been from its commencement, that has not brought on a war. That this has been the object of the parties engaged in it I have never for a moment doubted." "It must be obvious," he says, "to your Lordship that, after such an exposition, all British subjects engaged in these violations of blockade must incur a suspicion strong enough to make them liable to be treated as enemies, and, if taken, to be reckoned as prisoners of war."² || Earl Russell replied to this note on the 9th of March.³ He ignored the evidence and charges of the hostile use of the British West India ports. He alluded to a charge against Lieutenant Rooke, which he set aside as unimportant, and to a charge against one James Ash, of a purpose to build ships for the insurgents. As to the latter charge, he reiterated the oft-repeated plea that there was no "legal and proper evidence" to sustain it; and having disposed of these, he confined himself to a notice of Mr. Adams' intimation that it might become necessary to treat blockade-runners as prisoners of war. This, he said, could not be assented to. || A short discussion ensued, which was closed by a note of Mr. Adams, transmitting further evidence of the character of the trade between the British West Indian ports and the insurgent States, and calling Earl Russell's "particular attention to the express condition exacted from all vessels in trade with the insurgent ports, that one-half of the tonnage of each vessel may be employed by the so-called Government for its own use, both on the outward and homeward voyage;⁴ to which Earl Russell replied in an answer in which he said, in substance, that admitting all the facts stated to be true, there was nothing in them worthy of attention; for "the subjects of Her Majesty are entitled by International Law to carry on the operations of commerce equally with both belligerents, *subject to the capture of their vessels and to no other penalty.*"⁵ || This discussion closed the correspondence which took place between the two Governments on this branch of the subject. It left Great Britain justifying all that took place, after actual knowledge of much, and possible knowledge of all, had been brought within its reach. It left, too, the Queen's Proclamation as to this subject virtually revoked, and Her Majesty's subjects assured that it was no

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Vol. I, page 746.

² Adams to Russell, Vol. I, page 745.

³ Russell to Adams, Vol. I, pp. 749—751.

⁴ Adams to Russell, Vol. I, page 756.

⁵ Russell to Adams, Vol. I, page 757.

Nr. 4625. Ver. Staat., „Case“ von 1871–72. violation of international duty to break the blockade. It is worthy of remark that Lord Westbury, the Lord High Chancellor, gave a judicial decision to the same effect,¹ which was soon after followed by the High Court of Admiralty.² The executive and judicial branches of the British Government were thus a second time brought into accord in construing away Her Majesty's Proclamation. || Blockade-running thrived, and Nassau and Bermuda prospered under these repeated decisions of Her Majesty's Government. . . || It was a favourite idea of the insurgent authorities from the beginning to become interested with Englishmen as partners in blockade-running. One contract to that effect has already been alluded to. || In July 1864 McRae reported other contracts.³ Evidence had over and over again been laid before Lord Russell that these blockade-runners were, in fact, transports of the insurgents, carrying their funds for Liverpool, and bringing back their arms and munitions of war, and that the operations of these vessels were brought clearly within the terms of the Foreign Enlistment Act; but he ever turned a deaf ear to the charges. || On the 15th of March, 1865, Mr. Adams complained of this matter for the last time. The United States' steamer San Jacinto having been wrecked on the Bahamas, and her officers and crew having found shelter at Nassau, the Honduras, also a man-of-war, was sent there for the purpose of paying in coin the claims for salvage. The Consul asked permission for the Honduras to enter the port, which was refused, although the Florida had, less than six months before, remained eleven days at Bermuda, and taken on board a full supply of coal. In bringing this breach of hospitality to the notice of Earl Russell, Mr. Adams said:—“. There was no single day during the month in which this incident happened that thirty-five vessels, engaged in breaking the blockade, were not to be seen flaunting their contraband flags in that port. Neither has its hospitality been restricted to that hybrid class of British ships running its illegal ventures on joint account with the insurgent authorities in the United States. The Chamleon, not inaptly named, but before known as the Tallahassee, and still earlier as a British steamer fitted out from London to play the part of a privateer out of Wilmington, was lying at that very time in Nassau, relieved indeed of her guns, but still retaining all the attributes of her hostile occupation. But a few days earlier the steamer Laurel, whose history is already too well known to your Lordship by my note of the 7th instant, had reappeared after its assumption of the name of the Confederate States, and had there been not only received, but commissioned with a post mail to a port of Her Majesty's Kingdom.”⁴ Lord Russell took no notice of Mr. Adams' charge, that many of these blockade-runners were in fact transports in the insurgent service, and that the ports of Nassau and Bermuda were depots of ordnance and quartermasters'

¹ 11 Jurist N. S., 400.

² Law Reports Admiralty and Ecclesiastical Courts, Browning, Vol. I, page 1.

³ McRae to Seddon, July 4, 1864, Vol. VI, page 163.

⁴ Adams to Russell, Vol. I, page 709.

stores. His only reply, made four days after the surrender of Lee at Appomattox, was a repetition of the old story, "there is nothing in the law of nations which forbids the attempt of neutral ship-owners or commanders to evade the blockade."¹ To the last the British Government refused to interfere

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

..... On the 30th of November, 1863, the London Times announced that "the screw gun-vessel Victor, recently purchased from the Admiralty, has, *as had been expected*, passed into the hands of the Confederate Government."² "The Victor, an old dispatch-boat belonging to Her Majesty's Navy, was one of a number of ships ordered by the Admiralty to be sold as worn out and unserviceable. An offer for her was accepted on the 14th September, 1863, and on the 10th November the hull was delivered to the order of the purchasers, Messrs. Coleman and Co., the masts, sails, and rigging having been previously removed, as the pivots and other fittings for guns."³ The steamer, instead of being taken away, remained at Sheerness, "refitting, under the direction of persons connected with the royal dock-yards."⁴ Many facts came to the knowledge of Mr. Adams, indicating that the vessel was intended for the insurgents. In pursuing his inquiries, however, the suspicions of the parties concerned were probably excited; for the vessel, "by no means prepared for sea, and with no adequate force to man her," was carried, with the workmen actually engaged upon her, across the English Channel and taken into Calais. Mr. Adams called Lord Russell's attention to these proceedings,⁵ and furnished him with evidence tending to show the guilt of the purchasers, and also that one Rumble, inspector of machinery afloat of Her Majesty's dock-yard, Sheerness, had been the principle person concerned in enlisting the crew. Rumble was subsequently tried and acquitted, although the proof against him was clear. As to the vessel, any doubt of her character was at once removed. The insurgent flag was hoisted, and she went into commission under the name of the Rappahannock in crossing the Channel, and she entered the port of Calais claiming to be an insurgent man-of-war. What was done there is described in the statement of the Solicitor-General to the jury on the trial of Rumble. "The preparations for equipping, which had been interrupted, were proceeded with; a number of boiler-makers was sent for from England, and many of them were induced to leave their employment in the dock-yard without leave, and when they returned they were discharged as being absent without leave; attempts were made to enlist more men; a large store of coals was taken in; but at this point the French Government stepped in. The French Government not choosing their ports to be made the scene of hostile operations, interposed, and prevented any further equipment of the vessel, and, by the short and summary process of mooring a man-of-war across her bows, prevented her

¹ Russell to Adams, Vol. I, page 714.

² Vol. II, page 725.

³ Bernard's Neutrality of Great Britain, page 357.

⁴ Mr. Adams to Mr. Seward, Vol. II, page 726.

⁵ Vol. II, pp. 727, 735, 738, 747, 751, 754, 771, 776, 787.

Nr. 4625. going out of the port, and she has been kept a prisoner in the harbour ever
 Ver. Staat., „Case“ von since.”¹
 1871—72.

..... It is due to Great Britain to say that, in addition to the rams, some other vessels were detained by Her Majesty's Government. Mr. Mountague Bernard, one of Her Majesty's High Commissioners at Washington, in his able and courteous but essentially British "Historical Account of the Neutrality of Great Britain during the American Civil War,"² thus recapitulates the action of the British Government in the cases which have not been hitherto noticed in this paper. From his position, it may reasonably be assumed that the list is a complete one:—

"November 18, 1862—The *Hector*. Mr. Adams' application referred to the Admiralty, November 18. This was an inquiry whether the *Hector* was building for Her Majesty's Government. On reference to the Admiralty it was answered in the affirmative.—January 16, 1863—The *Georgiana*. Referred to Treasury and Home Office, January 17. Ship said to be fitting at Liverpool for the Confederates. Mr. Adams could not divulge the authority on which this statement was made. Reports from the Customs, sent to Mr. Adams on the 18th, 19th, and 27th of January, tended to show that she was not designed for war. She sailed on the 21st January for Nassau, and on the 19th March was wrecked in attempting to enter Charleston Harbour.—March 26, 1863—The *Phantom* and the *Southerner*. Referred to the Treasury and the Home Office March 27, to the Law Officers of the Crown June 2. The *Phantom* was fitting at Liverpool, the *Southerner* at Stockton-on-Tees. Both proved to be intended for blockade-runners. * * *—March 18, 1864—The *Amphion*. Referred to Home Office, March 18. This vessel was said to be equipped for the Confederate service. The Law Officers reported that no case was made out. She was eventually sent to Copenhagen for sale as a merchant ship.—April 16, 1864—The *Hawk*. Referred to the Home Office, to the Lord Advocate, and the Treasury, April 18. This case has been already (April 4) reported on by the Customs, and the papers sent to the Lord Advocate. On the 13th April the ship, which was suspected of having been built for the Confederates, left the Clyde without a register, and came to Greenhithe. The Law Officers decided that there was no evidence to warrant a seizure. She proved to be a blockade-runner. * * *—January 30, 1865—The *Virginia* and the *Louisa Ann Fanny*. Referred to Treasury, February 1. Vessels said to be in course of equipment at London. No case was established, and they proved to be blockade-runners, as reported by the Governor of the Bahamas, who had been instructed to watch their proceedings.—February 7, 1865—The *Hercules* and *Ajax*. Referred to Treasury and Home Office, February 8 and 9. Both vessels built in the Clyde. The *Ajax* first proceeded to Ireland, and was detained at Queenstown by the

¹ Vol. VI, page 583.

² Bernard's Neutrality, page 352.

mutiny of some of the crew, who declared she was for the Confederate service. Nr. 4625. Ver. Staat., „Case“ von 1871—72.
 She was accordingly searched, but proved to be only fitted as a merchant ship.
 The Governor of the Bahamas was instructed to watch her at Nassau. On her arrival there she was again overhauled, but nothing suspicious discovered, and the Governor reported that she was adapted, and he believed intended, for a tug-boat. The *Hercules* being still in the Clyde, inquiries were made by the Customs Officers there, who reported that she was undoubtedly a tug-boat, and sister ship to the *Ajax*.” ¶ This is the whole catalogue of good works, additional to those already alluded to, which the accomplished advocate of Great Britain is able to put in as an offset to the simple story of injuries which has been told in this paper. Comment upon it is unnecessary.

[Als Recapitulation folgt ein Auszug aus der Depesche des Staatssekretärs Fish an den Gesandten Motley, vom 25. September 1869 (Staatsarchiv, Bd. XVIII. Februar-Heft 1870, Nr. 3967.)]

PART V.

Wherein Great Britain failed to perform its duties as a neutral. — The Insurgent cruisers.

[Inhaltsangabe. — Eine Stelle aus Russell's Brief an Mason, Slidell und Mann, diplomatische Agenten der Conföderirten in England, vom 13. Febr. 1865. — Die Operationen der Insurgenten auf britischem Gebiet überschreiten das Maass des völkerrechtlich erlaubten Handels mit Waffen und Kriegsmunition.¹ Der Einwand, der Norden habe dieselbe Befugniss gehabt, ist nicht stichhaltig, denn der Norden bedurfte dessen nicht, wohl aber der Süden. — Instructionen vom 31. Jan. 1862 in Bezug auf die Behandlung kriegführender Fahrzeuge in britischen Häfen. In drei bemerkenswerthen Fällen werden sie ausser Acht gelassen. — Geschichte der Kreuzer, welche den Ver. Staaten Anlass zur Beschwerde gaben: Sumter; Nashville; die Florida sammt ihren Begleitschiffen; die Alabama mit ihrem Begleitschiff; Retribution; Georgia; Tallahassee; Chicamauga und Shenandoah. — Das Verhalten anderer Mächte, im Gegensatz zu dem Grossbritanniens.]

“In the first place, I am sorry to observe that the unwarrantable practice of building ships in this country, to be used as vessels of war against a State with which Her Majesty is at peace, still continues. Her Majesty's Government had hoped that this attempt to make the territorial waters of Great Britain the place of preparation for

¹ Dieser Handel zwischen Neutralen und Kriegführenden ist völkerrechtlich dem neutralen Staat als solchem verboten, kann aber an demselben nicht heimgesucht werden, wenn einzelne seiner Bürger als solche sich dessen schuldig gemacht haben: — an den Bürgern selbst nur durch Wegnahme der Kriegscontrebände. Manche Staaten haben jedoch ihren Unterthanen diesen Handel verboten: so Belgien während des deutsch-französischen Krieges von 1870—71; Holland während des Krieges, den England im 18. Jahrh. mit seinen nordamerikanischen Kolonien führte. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4625. warlike armaments against the United States might be put an end to by prosecutions
 Ver. Staat., and by seizure of the vessels built in pursuance of contracts made with the Confederate
 „Case“ von Agents. But facts which are unhappily too notorious, and correspondence which has
 1871—72. been put into the hands of Her Majesty's Government by the Minister of the Govern-
 ment of the United States, show that resort is had to evasion and subtlety in order to
 escape the penalties of the law; that a vessel is bought in one place, that her armament
 is prepared in another, and that both are sent to some distant port beyond Her Ma-
 jesty's jurisdiction, and that thus an armed steamship is fitted out to cruize against the
 commerce of a Power in amity with Her Majesty. A crew, composed partly of British
 subjects, is procured separately; wages are paid to them for an unknown service. They
 are dispatched, perhaps, to the coast of France, and there or elsewhere are engaged to
 serve in a Confederate man-of-war.

Now, it is very possible that, by such shifts and stratagems, the penalties of the
 existing law of this country, nay, of any law that could be enacted, may be evaded;
 but the offence thus offered to Her Majesty's authority and dignity by the *de facto*
 rulers of the Confederate States, whom Her Majesty acknowledges as belligerents, and
 whose agents in the United Kingdom enjoy the benefit of our hospitality in quiet
 security, remains the same. It is a proceeding totally unjustifiable, and manifestly
 offensive to the British Crown."—*Earl Russell's Letter to Messrs. Mason, Slidell, and*
*Mann,*¹ *February 13, 1865. Vol. I, page 630.*

It may not always be easy to determine what is and what is not lawful
 commerce in arms and munitions of war; but the United States conceive that
 there can be no doubt on which side of the line to place the insurgent opera-
 tions on British territory. If Huse had been removed from Liverpool, Heyliger
 from Nassau, and Walker from Bermuda; or if Fraser, Trenholm, and Co. had
 ceased to sell insurgent cotton and to convert it into money for the use of
 Huse, Heyliger, and Walker, the armies of the insurgents must have succumbed.
 The systematic operations of these persons, carried on openly and under the
 avowed protection of the British Government, made of British territory the
 "arsenal" of which Mr. Fish complained in his note of September 25, 1869.²
 Such conduct was, to say the least, warring in the essentials of good neighbour-
 hood, and should be frowned upon by all who desire to so establish the prin-
 ciples of International Law, as to secure the peace of the world, while protecting
 the independence of nations. || It is in vain to say that both parties could have
 done the same thing. The United States were under no such necessity. If they
 could not manufacture at home all the supplies they needed, they were enabled
 to make their purchases abroad openly, and to transport them in the ordinary
 course of commerce. It was the insurgents who, unable to manufacture at home,
 were driven to England for their entire military supplies, and who, finding it
 impossible to transport those supplies in the ordinary course of commerce,
 originated a commerce for the purpose, and covered it under the British flag to
 Bermuda and Nassau. Under the pressure of the naval power of the United

¹ Diplomatische Agenten der Conföderirten in England. [Anm. d. Herausg.]

² Vol. VI, page 4.

States, their necessities compelled them to transport to England a part of the Executive of their Government, and to carry on its operation in Great Britain. They were protected in doing this by Her Majesty's Government, although its attention was called to the injustice thereof.¹ This conduct deprived the United States of the benefit of their superiority at sea, and to that extent British neutrality was partial and insincere. The United States confidently submit to the Tribunal of Arbitration that it is an abuse of a sound principle to extend to such combined transactions as those of Huse, Heyliger, Walker, and Fraser, Trenholm, and Co., the well-settled right of a neutral to manufacture and sell to either belligerent, during a war, arms, munitions, and military supplies. To sanction such an extension will be to lay the foundation for international misunderstanding and probable war, whenever a weaker party hereafter may draw upon the resources of a strong neutral, in its efforts to make its strength equal to that of its antagonist

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

. Those instructions² . . forbade the granting of any supply of coal to such a vessel if it had been coaled in a British port within three months. Yet in three notable instances this salutary rule was violated, that of the Nashville at Bermuda, in February, 1862; the Florida at Barbadoes, in February, 1863; and the Alabama at Cape Town in March, 1864

. The United States with great confidence assert that the facts which have been established justify them in asking the Tribunal of Arbitration, in the investigations now about to be made, to assume that, in the violations of neutrality which will be shown to have taken place, the burden of proof will be upon Great Britain to establish that they could not have been prevented. Her Majesty's Government declined to investigate charges and to examine evidence submitted by Mr. Adams as to repeated violations of British territory, which subsequent events show were true in every respect. It placed its refusal upon principles which must inevitably lead to like disregard in future—principles which rendered nugatory thereafter any measure of diligence to discover violations of neutrality within Her Majesty's dominions. Thereby Great Britain assumed and justified all similar acts which had been or might be committed, and relieved the United States from the necessity of showing that due diligence was not exercised to prevent them. | The cruisers for whose acts the United States ask this Tribunal to hold Great Britain responsible are (stating them in the order in which their cruizes began) the Sumter; the Nashville; the Florida and her tenders, the Clarence, the Tacony, and the Archer; the Alabama and her tender, the Tuscaloosa; the Retribution; the Georgia; the Tallahassee; the Chicamauga; and the Shenandoah. The attention of the Tribunal of Arbitration is now invited to an account of each of these vessels.³

¹ Lord Russell to Mr. Adams, Vol. I, page 578.

² vom 31. Jan. 1862. [Anm. d. Herausg.]

³ Da es sich bei dem Schadenersatz, den die Ver. Staaten beanspruchen, hauptsächlich

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

The Sumter.

The Sumter escaped from the passes of the Mississippi on the 30th of June, 1861, and on the 30th of the following July arrived at the British port of Trinidad. She remained there six days, taking in a supply of coal.¹ Complaint being made of this act as a “violation of Her Majesty’s Proclamation of Neutrality,”² Lord Russell replied, that “the conduct of the Governor was in conformity to Her Majesty’s Proclamation.”³ . . . Having got a full supply of coal and other necessary outfit, the Sumter sailed on the 5th of August, 1861, and, after a cruise in which she destroyed six vessels carrying the flag of the United States, she arrived in Gibraltar on the 18th of the following January. Before she could again be supplied with coal and leave that port, she was shut in by the arrival of the Tuscarora, a vessel of war of the United States . . . The Tuscarora was soon followed by the Kearsarge, both under the instructions of the Government of the United States. Finding it impossible to escape, an attempt was made to sell the Sumter, with her armament, for 4,000l.⁴ The Consul of the United States at Gibraltar, by direction of Mr. Adams, protested against this sale.⁵ The sale was finally made “by public auction” on the 19th of December, 1862.⁶ Mr. Adams notified Earl Russell that the sale would not be recognized by the United States, and called upon Great Britain not to regard it, as it had been made in violation of principles of law that had been adopted by British courts and publicists.⁷ He maintained that “Her Majesty’s Government, in furnishing shelter for so long a period to the Sumter in the harbour of Gibraltar, as a ship of war of a belligerent, had determined the character of the vessel;”⁸ and that “the purchase of ships of war belonging to enemies is held in the British courts to be invalid.”⁸ After reflecting upon this simple proposition for more than five weeks, Earl Russell denied it. He said, “The British Government, when neutral, is not bound to refuse to a British subject the right to acquire by purchase a vessel which a belligerent owner may desire to part with, but it would not deny the right of the adverse belligerent to ascertain, if such vessel were captured by its cruisers, whether the vessel had rightfully, according to the law of nations, come into the possession of the

lich um diese Schiffe handelt, so erscheint es zweckmässig, obgleich manches hierauf Bezügliche bereits in den Depeschen früherer Jahre verzeichnet steht, dennoch die Hauptpunkte hier wiederzugeben. [Anm. d. Herausg.]

¹ Bernard to Seward, Vol. II, page 485.

² Adams to Russell, Vol. II, page 484.

³ Russell to Adams, Vol. II, page 486.

⁴ Sprague to Adams, Vol. II, page 507.

⁵ Sprague to Codrington, Vol. II, page 509.

⁶ Sprague to Adams, Vol. II, page 515.

⁷ Adams to Russell, Vol. II, page 522.

⁸ Adams to Russell, Vol. II, page 523.

neutral.”¹ Mr. Adams also maintained that the sale was fictitious,² to which Earl Russell replied that he “could not assume that the Sumter had not been legally and *boni fide* sold to a British owner for commercial and peaceful purposes.”³ Mr. Adams insisted (and the result proved that he was correct) that the sale of the Sumter was fictitious, and that the purchaser was an agent of Fraser, Trenholm, and Co., the Treasury agents and depositaries, &c., for the insurgent authorities at Richmond.⁴ His representations were disregarded, and the vessel was taken to Liverpool and thoroughly repaired. She then took on board a cargo of arms and munitions of war, and under the name of the Gibraltar, fortified with a British register, became an insurgent transport.⁵ || It is clear that the Sumter was furnished with an excessive supply of coal at Trinidad, which supply enabled her to inflict the subsequent injuries on the commerce of the United States. It is not contended that at that time there were any precedents which settled absolutely the quantity of coal which might be furnished to a belligerent steam man-of-war by a neutral. The instructions issued by Her Majesty’s Government a few months later permitted this article to be furnished, provided the supply should be measured by the capacity of the vessel to consume it, and should be limited to what might be necessary to take it to the nearest port of its own country, or to some nearer destination. This rule, as subsequently modified by the United States,⁶ appears to be a just medium between the excessive supply furnished to the Sumter in Trinidad, and the absolute refusal to permit the United States to supply itself. Under this rule the Sumter would have been entitled to receive only what would be necessary to take her to New Orleans or to Galveston. . . . The Sumter was in the port of Gibraltar when the instructions of January 16, 1862 (Vol. IV, p. 175), were published there,⁷ on the 11th February. By their terms they were to go into effect six days after that date. Under those instructions the Sumter, having been recognized as a man-of-war, ought to have been required to leave the port of Gibraltar within twenty-four hours, or, if without coal, within twenty-four hours after getting a supply of coal. Instead of that she was allowed to remain there for twelve months, while Lord Russell’s instructions

¹ Russell to Adams, Vol. II, page 526.

² Adams to Russell, Vol. II, page 520.

³ Russell to Adams, Vol. II, page 521.

⁴ The nominal purchasers were M. G. Klingender and Co. (Vol. II, page 529.) This house was connected with Fraser, Trenholm, and Co., and paid regularly a portion of the wages of the men on the Alabama to their families in Liverpool. (See Dudley to Adams, Vol. III, page 210.)

⁵ Vol. II, pp. 521—538.

⁶ The President’s Proclamation of October 8, 1870, issued during the Franco-German war, limited the supply of coal to the war vessels or privateers of the belligerents to so much as might be sufficient, if without sail power, to carry the vessel to the nearest European port of its own country; if with sail power, to half that quantity.

⁷ Vol. II, pp. 502—503.

Nr. 4625. were rigidly enforced against the vessels of the United States. The reason for
 Ver. Staat., this partiality may be easily gathered from the correspondence of the United
 „Case“ von States' Consul at Gibraltar.¹ The vessels' of war of the United States were on
 1871—72. her track, and had the instructions of Earl Russell been complied with, the
 well-laid schemes of the United States' officers for her destruction would have
 been successful. But the Tribunal will observe that the instructions, which
 were so offensively enforced against the United States' vessels Connecticut and
 Honduras, were ignored as to the insurgent vessel Sumter. || Before arriv-
 ing at Trinidad, the Sumter captured eleven American vessels.² After leaving
 that port, and before arriving at Gibraltar, she captured six other vessels
 belonging to citizens of the United States. . . . || Under these circumstances the
 United States ask the Tribunal to find and certify as to the Sumter that Great
 Britain, by the acts or omissions hereinbefore recited or referred to, failed to
 fulfil the duties set forth in the three rules in Article VI of the Treaty of
 Washington, or recognized by the principles of International Law not incon-
 sistent with such rules. Should the Tribunal exercise the power conferred upon
 it by Article VII of the Treaty, to award a sum in gross to be paid to the
 United States, they will ask that, in considering the amount so to be awarded,
 the losses of individuals in the destruction of their vessels and cargoes by the
 Sumter, and also the expenses to which the United States were put in the
 pursuit of that vessel, may be taken into account.³

The Nashville.

The Nashville, a large paddle-wheel steamer, formerly engaged on the New York and Charleston line, lightened to diminish her draught, armed with two guns, and commanded by an officer who had been in the Navy of the United States, ran out from Charleston on the night of the 26th of October, 1861.⁴ She arrived at the British port of St. George, Bermuda, on the afternoon of the 30th⁵ of the same month. . . She took on board there, by the permission of the Governor, six hundred tons of coal,⁶ and this act was approved by Her Majesty's Principal Secretary of State for the Colonies.⁷ In view of the rule as to supplies of coal which was soon after adopted by Her Majesty's Government, the United States insist . . that a supply of six hundred tons was greatly in excess of the needs of the Nashville. There are no means of knowing

¹ Sprague to Adams, Vol. II, pp. 502, 503, 506, 507.

² Bernard to Seward, Vol. II, page 485.

³ Der letzte Absatz, von „Under these circumstances“ an, wiederholt sich fast wörtlich am Schluss eines jeden der folgenden, den einzelnen Schiffen gewidmeten Abschnitte, zu denen er, juristisch gesprochen, das „Petitum“ bildet. [Anm. d. Herausg.]

⁴ Bernard's Neutrality of Great Britain, page 267.

⁵ Wells to Seward, Vol. II, page 538.

⁶ Governor Ord to the Duke of Newcastle, Vol. II, page 557.

⁷ Duke of Newcastle to Governor Ord, Vol. II, page 558.

whether she had any coal on board at the time she arrived in the port of St. George. Assuming that she had none, the utmost she should have received was enough to take her back to Charleston, from which port she had just come in three days and a-half. Instead of that, she received more than a supply for a voyage to Southampton. She left Bermuda on the afternoon of the 5th of November,¹ and anchored in Southampton Water on the morning of the 21st of the same month,² having destroyed at sea the United States' merchant-ship Harvey Birch³ on the passage. || A correspondence ensued between Earl Russell and Mr. Adams as to the character of this vessel, in which Lord Russell said, "The Nashville appears to be a Confederate vessel of war."⁴ She was received as such, was "taken into dock for caulking and other repairs," and "received one hundred and fifty tons of coal" on the 10th of January. On the 25th "Captain Patey, of Her Majesty's Navy, reported the Nashville coaled and necessary repairs completed."⁵ On the 4th of the following February the Nashville left Southampton and proceeded to Bermuda, where she arrived on the evening of the 20th. On the day previous to that (the 19th) the Consul had received from the Governor the official notice already alluded to, that the Government of Her Britannic Majesty had determined not to allow the formation, in any British Colony, of a coal depôt for the use of the vessels of war of the United States.⁶ The Government of the United States was, therefore, not a little astonished to learn from the Consul at Bermuda that the Nashville had taken on board one hundred and fifty tons of coal at that place, and that she left "under the escort of Her Majesty's steamer Spiteful."⁷

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

These circumstances . . . justify the United States in asking the Tribunal of Arbitration as to this vessel, to find and certify [der Schluss ist identisch mit dem des dem Sumter gewidmeten Abschnitts].

The Florida and her Tenders, The Clarence, The Tacony, and The Archer.

The Florida, originally known as the Oreto, was an iron screw gun-boat, of about seven hundred tons burden, bark-rigged, and had . . . three masts.⁸ The contract for her construction was made with Fawcett, Preston, and Co., of Liverpool, by Bullock, soon after he came to England in the summer of 1861. . . . It was pretended, for form's sake, that she was constructed for the Italian Go-

¹ Wells to Seward, Vol. II, page 540.

² Captain Patey to the Secretary of the Admiralty, Vol. II, pp. 543—544.

³ Russell to Adams, Vol. II, page 555.

⁴ Vol. II, page 587.

⁵ Ord to Allen, Vol. II, page 590.

⁶ Adams to Seward, Vol. II, page 542.

⁷ Allen to Seward, Vol. II, page 591.

⁸ Dudley to Adams, Vol. II, page 594.

Nr. 4635.
Ver. Stank.,
„Case“ von
1871—72.

vernment; but it was a shallow pretence, and deceived only those who wished to be deceived. The Italian Consul at Liverpool disclaimed all knowledge of her,¹ and people at that port who were familiar with ship-building understood from the first that she was being built for the Southern insurgents.² . . . By the 4th of February the Florida was taking in her coal, and appearances indicated that she would soon leave without her armament.³ She made her trial trip on the 17th of February. By the 1st of March she had taken in her provisions, “a very large quantity, enough for a long cruise,” and was “getting as many Southern sailors”⁴ as possible. She was registered as an English vessel.⁵ . . . On the 11th of March . . . Captain Bullock and four other insurgent naval officers . . . came on board of her and were entertained there that evening.⁶ On the 22nd of March the Florida took her final departure from the Mersey,⁷ with “a crew of fifty-two men, all British, with the exception of three or four, one of whom only was an American.”⁸ . . . Simultaneously with these proceedings, shipments were being made at Hartlepool, on the eastern coast of England, of cannon, rifles, shot, shells, &c., intended for the Florida. They were sent from Liverpool to Hartlepool by rail, and there put on board the steamer Bahama for Nassau. It was a matter of public notoriety that this was going on.⁹ All the facts about the Florida, and about the hostile expedition which it was proposed to make against the United States, were open and notorious at Liverpool. Mr. Dudley’s correspondence, already cited, was full of it. The means of intelligence were as accessible to British authorities as to the consular officers of the United States. Nevertheless, it was esteemed to be the duty of the officers of the United States to lay what had come to their knowledge before Her Majesty’s Government. Mr. Dudley, the Consul at Liverpool, wrote to Mr. Adams that he had information from many different sources as to the Oreto, “all of which goes to show that she is intended for the Southern Confederacy.”¹⁰ Mr. Adams transmitted the intelligence to Earl Russell * * * Lord Russell, however, in reply, transmitted to Mr. Adams a report of the British Commissioners of Customs, in which it was stated that the Oreto was a vessel of war “pierced for four guns” . . . and that “the examiners had every reason to believe that

¹ Dudley to Seward, Vol. II, page 592.

² See Mr. Dudley’s dispatches of January 24 and 31, and of February 4, 12, 17, 19, 21, 22, 26, and 27, and of March 1, 5, 12, 15, 19, and 22, in the year 1862, Vol. VI, page 214 *et seq.*

³ Dudley to Seward, Vol. II, page 592; Vol. VI, page 215.

⁴ Same to same, Vol. II, page 596; Vol. VI, page 220.

⁵ Same to same, Vol. II, page 597; Vol. VI, page 221.

⁶ Dudley to Adams, Vol. II, page 601.

⁷ Vol. II, page 604.

⁸ Customs Report, Vol. II, page 605; Vol. VI, page 231.

⁹ See Mr. Dudley’s dispatches of March 7, 12, and 15, Vols. II and VI.

¹⁰ Dudley to Adams, Vol. II, page 594; Vol. VI, page 216.

the vessel was destined for the Italian Government.”¹ Further representations being made by Mr. Adams, the same officers subsequently reported that, having received directions “to inquire into the further allegations made in regard to the Oreto,” they found “that the vessel in question was registered on the 3rd of March in the name of John Henry Thomas, of Liverpool, as sole owner; that she cleared on the following day for Palermo and Jamaica, in ballast, but did not sail until the 22nd * * *”² || The Tribunal of Arbitration will observe that even from the reports of these British officers it is established that the Florida was a vessel of war, “pierced for four guns; and also that notwithstanding their alleged belief that she was intended for the King of Italy, she was allowed to clear for Jamaica in ballast. . . .” || The Florida arrived at Nassau on the 28th of April, and was taken in charge by Heyliger, who was then a well-known and recognized insurgent agent. The Bahama arrived a few days later at the same port by preconcerted arrangement. The two branches of the hostile expedition which had left Great Britain in detachments, were thus united in British waters. . . The vessels went together to Cochrane’s Anchorage, a place about nine miles from the harbour of Nassau, not included in the port limits. || While there, Captain Hickley, of Her Majesty’s ship Greyhound, thought it his duty to make a careful examination of the vessel, and he reported her condition to the Governor. In a remarkable certificate, signed by himself, and by the officers of the Greyhound, dated June 13, 1862, it is stated that he “asked the captain of the Oreto whether the Oreto had left Liverpool in all respects as she was then; his answer was yes; in all respects.”³ As, therefore, no changes had been made in her after leaving Liverpool, Captain Hickley’s report may be taken to be the official evidence of a British expert as to her character, at the time of Mr. Adams’ complaints, and of the Customs examinations. He says, “I then proceeded to examine the vessel and found her in every respect fitted as a war vessel, precisely the same as vessels of a similar class in Her Majesty’s Navy. * * She . . . could carry four broadside-guns forward, four broadside-guns aft, and two pivot-guns amidships. . . . She had no accommodation whatever for the stowage of cargo * * *The Oreto, as she now stands, could, in my professional opinion, with her crew, guns, arms, and ammunition, going out with another vessel alongside of her, be equipped in twenty-four hours for battle.*”⁴ || The judge before whom the case was tried, commenting on this evidence, said: “Captain Hickley’s evidence as to the construction and fittings of the vessel I should consider conclusive, even had there been no other; *but that construction and those fittings were made, not here, but in England.*”⁵ || The United States’

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ vom
1871—72.

¹ Vol. II, pp. 595—596; Vol. VI, page 218.

² Vol. VI, page 605; Vol. VI, page 231.

³ Vol. VI, page 146.

⁴ Vol. VI, pp. 264 and 266.

⁵ Vol. V, page 513.

Nr. 4625. Consul, soon after the arrival of the Oreto at Nassau, called the attention of the
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72. Governor to her well-known character.¹ The Governor declined to interfere,
and with an easy credulity accepted the statements of the insurgent agents that
the vessel was not and would not be armed,² and he made no further inquiries.
. . . A second request to inquire into her character was made on the 4th of June,
and refused.³ On the 7th of June both the Oreto and the Bahama were arre-
sted and brought up from Cochrane's Anchorage into the harbour of Nassau.
On the 8th the mail-steamer Melita arrived from England, with Captain Raphael
Semmes and his officers from the Sumter as passengers. They "became lions
at once."⁴ The Oreto was immediately released. On the same day Captain
Hickley . . . signed with his officers the certificate quoted above. || The Consul
finding that renewed representations to the Governor were met by an answer
that the agents of the Oreto assured him of their intention to clear in ballast
for Havana, and that he had given his assent to it⁵, applied to Captain Hickley,
of the Greyhound, and laid before him the evidence which had already been laid
before the civil authorities. He answered by sending a file of marines on board
the Oreto and taking her into custody.⁶ || . . . The trial commenced on the
4th July, 1862.⁷ The prosecution was conducted by a gentleman who was at
once Crown Counsel, Advocate-General, and confidential counsel of Ad-
derley and Co.,⁸ and who, in a speech made in a trial in another court, . . . said
that the Union of the United States was "a myth, a Yankee fiction of the past,
now fully exploded."⁹ . . . He hurried on the trial before evidence could be ob-
tained from Liverpool. He conducted his cross-examinations so as to suppress
evidence unfavourable to the Oreto, when it could be done. He neglected to
summon witnesses who must have been within his control, who could have shown
conclusively that the Oreto was built for the insurgents, and was to be converted
into a man-of-war.¹⁰ Maffitt knew it, but was not called.¹¹ Heyliger knew it,

¹ Consul Whiting to Governor Bayley, May 9, 1862, Vol. VI, page 235.

² Nesbitt to Whiting, May 13, 1862, Vol. VI, page 235.

³ Vol. VI, pp. 238—239.

⁴ Whiting to Seward, June 19, 1862, Vol. VI, page 241.

⁵ Nesbitt to Whiting, June 13, 1862, Vol. VI, page 244.

⁶ Whiting to Seward, June 18, 1862, Vol. VI, page 250.

⁷ Governor Bayley to Captain Hickley, June, 1862.

⁸ "Adderley, the correspondent of Fraser, Trenholm & Co., and the mercantile agent of the insurgents" [so nennt ihn eine oben von uns weggelassene Stelle. — Anm. d. Herausg.]

⁹ Whiting to Seward, August 1, 1862, Vol. VI, page 261.

¹⁰ If the Tribunal will read the summary of this case in the opinion of the Court, which may be found at page 509 of Vol. V, it will be found that this statement is not too strong.

¹¹ The Oreto had in fact been ordered by Bullock, as agent of the Confederate Government, from one shipbuilding firm, as the Alabama had been ordered by him from another: and Captain Maffitt, the officer appointed to command her, was all this while at Nassau, awaiting the result of the trial.—*Bernard's Neutrality of Great Britain*, p. 351.

but was not called. Adderley knew it, but was not called. Evans and Chapman were both there—officers in the insurgents' navy. . . They knew all about it, but were not called . . . ¶ The direct examination of Captain Hickley, of the Greyhound, disclosed that officer's opinion of the character and destination of the Oreto. . . The testimony of sailors was also received, to show that the vessel carried Confederate flags, and that Semmes and the other insurgent officers were in the habit of visiting her. ¶ The judge, in deciding the case, disregarded the positive proof of the character, intent, and ownership of the vessel. He said that he did not believe the evidence as to the insurgent flags, coming from common sailors, and he added, "Had there been a Confederate flag on board the Oreto, I should not consider it as very powerful evidence." The overwhelming testimony of Captain Hickley and his officers was summarily disposed of. To this he said, "I have no right whatever to take it into consideration; the case depends upon what has been done since the vessel came within this jurisdiction." . . It is no wonder that the trial ended on the 2nd of August, with a judgment that, "Under all these circumstances I do not feel that I should be justified in condemning the Oreto. She will therefore be restored."¹ ¶ The United States call the attention of the Arbitrators to the important fact that the principal ground on which this vessel was released, namely, the irrelevancy of the evidence of Captain Hickley and his associates, was believed by Her Majesty's Government not to be in accordance with British law. When the news of the seizure of the Oreto arrived at London, Earl Russell directed inquiries to be made, "in order that a competent officer should be sent to Nassau, in order to give evidence as to what occurred at Liverpool in the case of that vessel."² . . . Had the trial not been hurried on, such probably would have been the instructions from London. ¶ Both before and after the release of the Oreto, Maffitt³ was shipping a crew at Nassau. One witness deposes⁴ to shipping forty men. On the 8th of August she cleared for St. John's, New Brunswick. This was on its face a palpable fraud. On the 9th the schooner Prince Alfred went to the wharf of Adderley and Co., the Nassau correspondents of Fraser, Trenholm, and Co., and there took on board eight cannon and a cargo of shot, shells and provisions, and then went over the bar and laid her course for Green Cay, one of the British Bahama Islands, about sixty miles distant from Nassau. The Oreto, having been thoroughly supplied with coal while at the island of New Providence, lay outside with a hawser attached to one of Her Majesty's ships of war. When the Prince Alfred appeared she cast off the hawser, and followed and overtook the Prince Alfred, and gave her a tow. It was a bright moonlight night, with a smooth sea, and the voyage was soon made. The arms and ammunition, and so much

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Caso“ von
1871—72.

¹ Vol. V, page 521; Vol. VI, page 285.

² Vol. II, pp. 610—611.

³ Ein Flottenoffizier der Conföderirten, in Nassau stationirt. [Anm. der Herausg.]

⁴ Solomon's deposition, Vol. VI, page 310.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

of the supplies as she had room for, were then transferred to the Oreto; the rest were taken back to Nassau, where the Prince Alfred went unmolested for her violation of the law. The two vessels parted company, and the Oreto, now called the Florida, made for the coast of Cuba. | . . . From Green Cay the Florida went to Cardenas, in the Island of Cuba, and attempted to ship a crew there. “The matter was brought to the notice of the Government, who sent an official to Lieutenant Stribling, commanding during Lieutenant Commanding J. N. Maffitt’s illness, with a copy of the [Spanish] Queen’s Proclamation, and notification to him that the Florida had become liable to seizure.”¹ This efficient conduct of the Spanish authorities made the officers of the Florida feel at once that they were no longer in British waters. She left Cuba, and on the 4th of September she ran through the blockading squadron of Mobile, pretending to be a British man-of-war, and flying British colours. | During the night of the 16th of January, 1863, the Florida left Mobile. On the morning of the 26th of the same month, she re-entered the harbour of Nassau. Between Mobile and Nassau she had destroyed three small vessels, the Corris Ann, the Estelle, and the Windward. At Nassau she was received with more than honour. She “entered the port without any restrictions,”² and “the officers landed in the garrison boat, escorted by the Post Adjutant, Lieutenant Williams, of the Second West India Regiment.”² The Governor made a feint of finding fault with the mode in which she had entered, but ended by giving her all the hospitality which her Commander desired. She was at Nassau for thirty-six hours,³ and while there she took in coal and provisions to last for three months.⁴ This coal was taken on board by “permission of the authorities.”⁵ | . . . This excessive hospitality was in striking contrast with the receptions given to vessels of the United States at that port. . . . In fact, the indignities to which the vessels of the United States were subjected were so great that the Rear-Admiral in command of the fleet, on the 2nd January, 1863, wrote to the Secretary of the Navy, “I have not entered any British port except Bermuda, nor do I intend to enter, or permit any of the vessels of the squadron to ask permission to enter, or subject myself or those under my command to the discourtesies those who had entered heretofore had received.”⁶ | . . . The Florida left the port of Nassau on the afternoon

¹ Copy of voucher of Manuel Corany, Vol. VI, page 331.

² Whiting to Seward, January 26, 1863, Vol. VI, page 333.

³ Whiting to Seward, January 27, 1863, Vol. VI, page 333.

⁴ Journal quoted ante, page —. See also Vol. II, page 617. See also Vol. VI, page 335, the deposition of John Demerith, who says, “We filled her bunkers with coal, and placed some on deck and in every place that could hold it. I suppose that she had on board over one hundred and eighty tons that we put there. She did not have less than that quantity. The coal was taken from the wharves and from vessels in the harbour. The money for coaling her was paid from Mr. Henry Adderley’s store.”

⁵ Whiting to Wells, Vol. II, page 616.

⁶ Rear-Admiral Wilkes to the Secretary of the Navy, January 2, 1862.

of the 27th of January, 1863. By the middle of the following month her coal was getting low. On the 26th day of February, Admiral Wilkes, in command of the United States' squadron in the West Indies, wrote to his Government thus:—"The fact of the Florida having but a few days' coal makes me anxious to have our vessels off the Martinique, which is the only island at which they can hope to get any coal or supplies, the English islands being cut off under the rules of Her Majesty's Government for some sixty days yet, which precludes the possibility, unless by chicanery or fraud, of the hope of any coal or comfort there."¹ Admiral Wilkes' hopes were destined to disappointment. On the 24th of February, two days before the date of his despatch, the Florida had been in the harbour of Barbadoes, and had taken on board about 100 tons² of coal in violation of the instructions of January 31, 1862. ¶ Rear-Admiral Wilkes, hearing of this new breach of neutrality, visited Barbadoes ten days later to inquire into the circumstance. He addressed a letter to the Governor, in which he said, "I have to request your Excellency will afford me the opportunity of laying before my Government the circumstances under which the Florida was permitted to take in a supply of coal and provisions to continue her cruize and operations, after having so recently coaled and provisioned at Nassau, one of Her Majesty's Colonies in the West Indies, ample time having been afforded, some thirty days, for the information to have reached this island and Government; and if any cause existed, why an investigation was not instituted after the letter to your Excellency was received from the United States' Consul."³ The Governor evaded the question. He "doubted very much whether it would be desirable to enter into correspondence upon the points adverted to," and said that "in sanctioning the coaling of the Florida, he did no more than what he had sanctioned in the case of the United States' steamer of war San Jacinto."⁴ There was no parallel or even resemblance between the treatment of the San Jacinto and that of the Florida. On the 13th of November, 1863, the San Jacinto received seventy-five tons of coal and some wood at Barbadoes. With that exception she received no coal or other fuel from a British port during that cruize.⁵ ¶ Under these circumstances the United States must ask the Tribunal to declare that the burden is upon Great Britain to establish that this express violation of Her Majesty's Proclamation was innocently done. Whether done innocently or designedly, they insist, for the reasons already set forth, that the act was a new violation of the duties of a neutral. . . ¶ Before completing the history of this vessel, the United States desire to show to the Tribunal how the vessels of the United States were received at Barbadoes, the port at which the Florida received

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Admiral Wilkes to Mr. Welles, Vol. VI, page 338.

² Trowbridge to Seward, Vol. II, page 619; Vol. VI, page 339.

³ Wilkes to Walker, Vol. II, page 628; Vol. VI, page 343.

⁴ Walker to Wilkes, Vol. II, page 629; Vol. VI, page 344.

⁵ Robeson to Fish, Vol. VI, page 345.

Nr. 4625. the last-mentioned supply of coal. . . Captain Charles Boggs arrived at Barbadoes, in
 Ver. Staat., April 1865, in the United States' war steamer Connecticut, and made applica-
 „Case“ von tion for permission to remain there “a few days for the purpose of overhauling
 1871—72. the piston and feedpump of the engine.”¹ The Governor replied, “It will be
 necessary for you, before I can give my sanction to your staying here longer
 than twenty-four hours, to give a definite assurance of your inability to proceed
 to sea at the expiration of that time, and as to the period within which it would
 be possible for you to execute the necessary repairs.”² Captain Boggs replied,
 “Your letter virtually refuses the permission requested, inasmuch as it requires
 me to give a definite assurance of my inability to proceed to sea at the termi-
 nation of twenty-four hours. This I cannot do, as an American man-of-war can
 always go to sea in some manner. I shall do this, although with risk to my
 vessel and machinery. Regretting that the international hospitality of remaining at
 anchor for the purposes named in my letter of this morning is refused, I have
 the honour to inform you that I shall depart from this port to-morrow at
 10 A.M.”³ || . . . The Florida again sailed out on her work of destruction on the
 evening of the 26th of February, 1863, and in a short time captured or destroyed
 the following vessels . . .⁴ An intercepted letter from her commander to Bullock,
 dated April 25, 1863, says, “The Florida has thus far done her duty. Six
 million dollars will not make good the devastation this steamer has committed.”⁵ ||
 On the 16th of July, 1863, the Florida arrived at Bermuda. She remained nine
 days in that port, and was thoroughly repaired both in her hull and machinery.
 She also took on board a full supply of the best Cardiff coal, which had been
 brought to her from Halifax by the transport Harriet Pinckney.⁶ This was
 permitted, notwithstanding the general order that neither belligerent was to be
 permitted to make coal depots in British colonial ports. || . . . With the impro-
 vements, repairs, and supplies obtained at Bermuda, the Florida started for
 Brest. In crossing the Atlantic she destroyed the Francis B. Cutting on the
 6th of August, and the Avon on the 20th. . . || On the 7th of October, 1864,
 her career as an insurgent cruiser terminated at Bahia.

[Im Juni 1864 sind der Florida in Bermuda abermals ungesetzliche Ver-
 günstigungen zu Theil geworden, obgleich Russell dies bestreitet. — Dann werden
 noch 5 Schiffe genannt, die von ihr gekapert wurden.]

During her cruize, three tenders were fitted out and manned from her
 officers and crew. The Clarence was captured by her off the coast of Brazil on
 the 6th of May, 1863. She was then fitted out with guns, officers, and men,
 and during the first part of the month of June 1863, captured and destroyed.

¹ Captain Boggs to Governor Walker, Vol. VI, page 178.

² Governor Walker to Captain Boggs, Vol. VI, page 179. -

³ Captain Boggs to Governor Walker, Vol. VI, page 179.

⁴ vierzehn Schiffe werden hier mit Namen aufgeführt. [Anm. d. Herausg.]

⁵ Vol. II, page 629; Vol. VI, page 346.

⁶ Consul's report to Mr. Seward.

[4 Schiffe]. On the 10th of that month she captured the Tacony. The Clarence was then destroyed and the Tacony was converted into a tender, and, in the same month, destroyed [9 Schiffe].¹ On the 25th she captured the Archer. The crew and armament were transferred to that vessel, and the Tacony burned. On the 27th the United States' revenue cutter Caleb Cushing was destroyed by the Archer. || The amount of injury which the United States and its citizens suffered from the acts of this vessel and of its tenders will be hereafter stated. The United States, with confidence, assert that they have demonstrated that Great Britain [der Schluss wie oben bei Sumter und Nashville.]

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

The Alabama, and her Tender the Tuscaloosa.

The Alabama, a vessel which has given the generic name to the claims before this Tribunal, is thus described by Semmes, her Commander:—“She was of about 900 tons burden, 230 feet in length, 32 feet in breadth, 20 feet in depth, and drew, when provisioned and coaled for cruise, 15 feet of water . . . She was designed as a scourge of the enemy's commerce rather than for battle. Her engine was of 300 horse-power, and she had attached an apparatus for condensing from the vapour of sea-water all the fresh water that her crew might require. * * Her armament consisted of eight guns; six 32-pounders in broadside, and two pivot-guns amidship, one on the fore-castle and the other abaft the mainmast, the former a 100-pounder rifled Blakeley and the latter a smooth-bore 8-inch.”² || The Alabama was built, and from the outset was “intended for, a Confederate vessel of war.”³ The contract for her construction was “signed by Captain Bullock on the one part and Messrs. Laird on the other.” . . . The payments were made by the agents of the insurgents. Bullock “went almost daily on board the gun-boat, and seemed to be recognized in authority;” in fact, “he superintended the building of the Alabama.”⁴ On the 15th of May⁵ she was launched under the name of the 290.⁶ Her officers were in England awaiting her completion, and were paid their salaries “monthly, about the first of the month, at Fraser, Trenholm, and Co.'s office in Liverpool.”⁷ The purpose for which this vessel was being constructed was notorious in Liverpool. Before she was launched she became an object of suspicion with the Consul of the United States at that port, and she was the subject of constant correspondence on his part with his Government and with Mr. Adams.⁸ || The failure of Mr. Adams to secure ‘in the previous March’ the interference of Her Majesty's Government to prevent the departure of the Florida, appears to have

¹ Vol. VI., page 370.

² Semmes, *Adventures Afloat*, pp. 402—403.

³ *Journal of an officer of the Alabama*. See Vol. IV, page 181.

⁴ Dudley to Edwards, Vol. III, page 17; Vol. VI, page 383.

⁵ 1862. [Anm. d. Herausg.]

⁶ Dudley to Seward, Vol. III, page 1; Vol. VI, page 371.

⁷ Vol. III, page 146; Vol. VI, page 435.

⁸ See Vol. III, *passim*.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

induced him to think that it would be necessary to obtain strictly technical proof of a violation of the municipal law of England before he could hope to secure the detention of the then nameless Alabama. . . On the 23rd of June he thought he had such proof. He wrote Earl Russell that day,¹ . . . | Earl Russell replied that he had referred “this matter to the proper department of Her Majesty’s Government,”² and on the 4th of July, 1862, he inclosed the Customs report on the subject, in which it is stated that “the officers have at all times free access to the building yards of the Messrs. Laird, at Birkenhead, where the vessel is lying, and *that there has been no attempt, on the part of her builders, to disguise, what is most apparent, that she is intended for a ship of war.*” . . . It was said that “the proper course would be for the Consul to submit such evidence as he possesses to the collector at that port, who would thereupon take such measures as the Foreign Enlistment Act would require;” and the report closed by saying “that the officers at Liverpool will keep a strict watch on the vessel.”³ . . . Mr. Adams thereupon, at once, . . . instructed the Consul to . . . furnish all the evidence in his possession to the Collector of Customs at Liverpool.⁴ | Mr. Dudley did so on the 9th of July, in a letter to the Collector of Liverpool,⁵ . . . The Collector replied that he was “respectfully of opinion that the statement made was not such as could be acted upon by the officers of the revenue unless legally substantiated by evidence.”⁶ . . . | Thus early in the history of this cruizer the point was taken by the British authorities—a point maintained throughout the struggle—that they would originate nothing themselves for the maintenance and performance of their international duties, and that they would listen to no representations from the officials of the United States which did not furnish technical evidence for a criminal prosecution under the Foreign Enlistment Act. | The energetic Consul of the United States at Liverpool was not disheartened. He caused a copy of his letter to be laid before R. P. Collier, Esq., one of the most eminent barristers of England, who, a few months later, became Solicitor-General of the Crown, under Lord Palmerston’s administration, and who is now understood to be the principal law adviser of the Crown. | Mr. Collier advised that “the principal officer of the Customs at Liveupool * * be applied to seize the vessel, with a view to her condemnation,” and, “at the same time, to lay a statement of the fact before the Secretary of State for Foreign Affairs, coupled with the request that her Majesty’s Government would direct the vessel to be seized, or ratify the seizure if it has been made.”⁷ | It was useless to attempt to induce the Collector to seize the vessel. Mr. Dudley

¹ Adams to Russell, Vol. III, page 5; Vol. VI, page 375.

² Russell to Adams, Vol. III, page 6; Vol. VI, page 376.

³ Vol. III, page 7; Vol. VI, page 379.

⁴ Adams to Wilding, Vol. III, page 8; Vol. VI, page 381.

⁵ Dudley to Edwards, Vol. III, page 17; Vol. VI, page 383.

⁶ Edwards to Dudley, Vol. III, page 19; Vol. VI, page 385.

⁷ Vol. III, page 16; Vol. VI, page 388.

thereupon set about to get the direct proof required by the authorities as to the character of the Alabama or 290. “There were men enough,” he said, “who knew about her, and who understood her character, but they were not willing to testify, and, in a preliminary proceeding like this, it was impossible to obtain process to compel them. Indeed, no one in a hostile community like Liverpool, where the feeling and sentiment are against us, would be a willing witness, especially if he resided there, and was any way dependent upon the people of that place for a livelihood.”¹ At last Mr. Dudley succeeded in finding the desired proof. On the 21st day of July, he laid it in the form of affidavits before the Collector at Liverpool . . .² These affidavits were on the same day transmitted by the Collector to the Board of Customs at London, with a request for instructions by telegraph, as the ship appeared to be ready for sea and might leave any hour.³ Mr. Dudley then went to London, and on the 23rd of July laid the affidavits before Mr. Collier for his opinion.⁴ Copies of the affidavits will be found in Vol. III, pages 21 to 28, and Vol. VI, page 391, *et seq.* It is not necessary to dwell upon the character of this proof, since it was conclusively soon passed upon by both Mr. Collier and by Her Majesty’s Government. It is sufficient to say that it showed affirmatively that the 290 was a “fighting vessel;” that she was “going out to the Government of the Confederate States of America to cruize and commit hostilities against the Government and people of the United States of America;” . . . || Mr. Collier said immediately, “It appears difficult to make out a stronger case of infringement of the Foreign Enlistment Act, which, if not enforced on this occasion, is little better than a dead letter. It well deserves consideration whether, if the vessel be allowed to escape, the Federal Government would not have serious grounds of remonstrance.”⁵ The 290 was at this time nearly ready for sea . . . Mr. Dudley, . . . on the same day laid Mr. Collier’s new opinion before the Under-Secretary of State for Foreign Affairs and before the Secretary of the Board of Customs. The Under-Secretary “was not disposed to discuss the matter, nor did he read Mr. Collier’s opinion.”⁶ The Secretary of the Board of Customs said that the Board could not act without orders from the Treasury Lords.⁷ The last of these answers was not communicated until the 28th of July. The additional proof and the new opinion of Mr. Collier were also officially communicated to Her Majesty’s Government through the regular diplomatic channels. On the 22nd of July copies of the depositions of Dudley, Maguire, DaCosta, Wilding, and Passmore were sent to Lord Russell by Mr. Adams; and on the

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Dudley to Seward, Vol. III, page 13.

² Dudley to Seward, Vol. III, page 13; Vol. VI, page 390.

³ Collector to Commissioners, Vol. III, page 20; Vol. VI, page 395.

⁴ Vol. III, page 29; Vol. VI, page 398.

⁵ Vol. III, page 29; Vol. IV, page 393.

⁶ Squary to Adams, Vol. III, page 29; Vol. VI, page 397.

⁷ Vol. III, page 31; Vol. VI, page 406.

Nr. 4625. 24th of July copies of the depositions of Roberts and Taylor were in like
 Ver. Staat., manner sent to Lord Russell. These were acknowledged by Earl Russell on the
 „Case“ von 28th. On that day “these papers were considered by the Law Officers of the
 1871—72. Crown; on the same evening their report was agreed upon, and it was in Lord
 Russell’s hands early on the 29th. Orders were then immediately sent so Li-
 verpool to stop the vessel.”¹ . . . It . . . appears that the information communi-
 cated on the 21st was transmitted to London by the collector, with the statement
 that the vessel might sail at any hour, and that it was important to give the
 instructions for detention by telegraph; and . . . that, notwithstanding this official
 information from the collector, the papers were not considered by the Law
 Advisers until the 28th . . . the delay of eight days after the 21st . . . was, in the
 opinion of the United States, gross negligence on the part of Her Majesty’s
 Government. On the 29th, the Secretary of the Commission of the Customs
 received a telegram from Liverpool, saying that “the vessel 290 came out of
 the dock last night, and left the port this morning.”² Mr. Adams was justly
 indignant at the failure of the Customs authorities to redeem their voluntary
 promise to watch the vessel.³ On the 31st of July Mr. Adams had a “con-
 ference with Lord Russell at the Foreign Office,” at which “his Lordship first
 took up the case of the 290, and remarked that a delay in determining upon it
 had most unexpectedly been caused by the sudden development of a malady
 of the Queen’s Advocate, Sir John D. Harding, totally incapacitating him
 for the transaction of business. This had made it necessary to call in other
 parties, whose opinion had been at last given for the retention of the gun-boat,
 but before the order got down to Liverpool the vessel was gone. *He should,*
however, send directions to have her stopped if she went, as was possible, to
 Nassau.⁴ . . . After leaving the dock she “proceeded slowly down the Mersey. Both
 the Lairds were on board, and also Bullock. On the way down the river Laird
 settled with the paymaster for some purchases for the vessel, and paid into his
 hands a small sum of money.⁵ At the bell-buoy the Lairds and the ladies left
 by a tug, and returned to Liverpool. The 290 slowly steamed on to Moelfra
 Bay, on the coast of Anglesey, where she remained “all that night, all the next
 day, and the next night.” No effort was made to seize her. During this time
 the Hercules, which had returned from the bell-buoy with the Lairds and the
 ladies, took on board at Liverpool a number of new hands for the 290 . . . The
 master of the Hercules admits that there might have been thirty.⁶ This was
 done publicly—so publicly that the United States’ Consul knew of it, and notified

¹ A speech delivered in the House of Commons on Friday, August 4, 1871, by Sir Roundell Palmer, M. P. for Richmond, page 16.

² Vol. III, page 36.

³ Adams to Russell, Vol. III, page 536.

⁴ Vol. III, pages 35, 36; Vol. VI, page 414.

⁵ Vol. III, page 147; Vol. VI, page 437.

⁶ Vol. VI, page 411.

the Collector. The Collector had his orders to seize the 290, and had only to follow the Hercules to get the information which would enable him to obey those orders. He did cause the Hercules to be examined. The Surveyor who did that work reported to him that there were a number of persons on board, who admitted “that they were a portion of the crew, and were going to join the gun-boat,”¹ and yet he neither stopped the Hercules nor followed it. In an emergency when, if ever, the telegraph ought to have been employed, he wrote a letter by mail to the Commissioners of the Customs at London,² which could not be received until the following day. When this letter was received the Commissioners took no notice of the admitted recruitment of men, but ordered inquiries to be made as to powder and guns.³ Before these inquiries could be commenced, the offender was at sea.⁴ . . . When the Alabama left Moelfra Bay, . . . she ran part way down the Irish Channel, then round the north coast of Ireland, only stopping near the Giant’s Causeway. She then made for Terceira, one of the Azores, which she reached on the 10th of August.⁵ || On the 18th of August, while she was at Terceira, a sail was observed making for the anchorage. It proved to be the “Agrippina of London, Captain McQueen, having on board six guns, with ammunition, coals, stores, &c., for the Alabama.” Preparations were immediately made to transfer this important cargo. On the afternoon of the 20th, while employed discharging the bark, the screw-steamer Bahama, Captain Tessier (the same that had taken the armament to the Florida, whose insurgent owner-ship and character were well known in Liverpool), arrived, “having on board Commander Raphael Semmes and officers of the Confederate States’ steamer Sumter.”⁶ There was also taken from this steamer two 32-pounders and some stores,⁷ which occupied all the remainder of that day and a part of the next. || The 22nd and 23rd of August were taken up in transferring coal from the Agrippina to the Alabama. It was not until Sunday (the 24th) that the insurgents’ flag was hoisted. Bullock and those who were not going in the 290 went back to the Bahama, and the Alabama, now first known under that name, went off with “twenty-six officers and eighty-five men.” | . . . The United States will confine their comments to the official treatment which this vessel received within British jurisdiction. Her history for a large part of her career

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Vol. VI, page 409.

² Vol. VI, page 410.

³ Vol. IV, page 410.

⁴ Vol. IV, page 413.

⁵ Vol. IV, page 182.

⁶ Journal of an officer of the Alabama. See Vol. IV, page 182.

⁷ The Bahama cleared from Liverpool on the 12th of August. Fawcett, Preston, and Co. shipped on board of her “nineteen cases containing guns, gun-carriages, shot, rammers, &c., weighing in all 158 cwt. 1 qr. 27 lbs. There was no other cargo on board, except five hundred and fifty-two tons of coal for the use of the ship.” Vol. III, page 54; see also Vol. III, page 141, for further details.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871-72.

may be found in Vol. IV, between pages 181 and 201. . . . From Terceira she crossed to the West Indies and she passed up thence into the Gulf of Mexico, marking her course by the destruction of vessels of the merchant marine of the United States, and of their war-steamer Hatteras. On the 18th January, 1862, she arrived at Jamaica. Three British men-of-war were in the harbour, but the promised orders of Earl Russell to detain her for a violation of British sovereignty were not there. In lieu of that, “the most cordial relations were at once established between the officers of all these ships and of the Alabama,¹ and the Governor of the island promptly granted Semmes’s request to be permitted to repair his ship.”² The Alabama . . . crossed to the Cape of Good Hope, and entered Table Bay . . . It is not necessary to say again what took place as to the Tuscaloosa From Cape Town the Alabama pushed into the Indian Ocean, and . . . returned again to Cape Town on the 20th of March, 1864. During her absence she had coaled at Singapore, with the consent of the authorities, at the wharf of the Peninsular and Oriental Steamship Company.³ || On the 21st of March the Alabama began taking on board fresh supplies of coal in Cape Town.⁴ The last coal from a British port (and, in fact, the last supply) had been taken on board at Singapore on the 23rd day of the previous December.⁵ The new supply was allowed to be put on board within three months from the time when the last supply was received in a British port. This was a fresh violation of the duties of Great Britain as a neutral. || On the 25th of March the Alabama “got up steam and moved out of Table Bay for the last time, amidst lusty cheers and the waving of handkerchiefs from the boats by which they were surrounded.”⁶ “Military and naval officers, governors, judges, superintendents of Boards of Trade, Attorneys-General, all on their way to their missions in the far East, came to see her.”⁷ || . . . On the 11th of June, 1864, [she] cast anchor in the harbour of Cherbourg. Her career was now finished. The United States war-steamer Kearsarge was in those waters, and on the 19th of the same June, within sight of Cherbourg, this British-built, British-armed, and British-manned cruizer went down under the fire of American guns. || During her career the Alabama fitted out one tender, the Tuscaloosa. . . . The United States ask the Tribunal of Arbitration, as to the Alabama and as to her tender,

¹ Semmes’ Adventures Afloat, page 555.

² *Ibid.* “By the act of consenting to receive the Alabama in Kingston, and permitting her to refit and supply herself at that, we had considered the British Government as having given her a positive recognition, and having assumed the responsibility for the consequences of that sanction.”—*Mr. Adams’ statement to Lord Russell, described in a dispatch to Mr. Seward*, Vol. III, page 247.

³ Semmes’ Adventures Afloat, page 715.

⁴ Semmes’ Adventures Afloat, page 744.

⁵ This is evident from Semmes’ account of his voyage on leaving Singapore, page 715, *et seq.*

⁶ Semmes’ Adventures Afloat, page 745.

⁷ Semmes’ Adventures Afloat, page 627.

to determine and to certify [Schluss wie oben bei den Abschnitten „Sumter“, „Nashville“ und „Florida“, nebst einer Recapitulation in Betreff einiger Punkte, welche speziell die Alabama angehen.]

Nr. 4625.
Ver. Staat,
„Case“ von
1871—72.

The Retribution.

The steam-propeller Uncle Ben, built at Buffalo, in New York, in 1856, was sent to the southern coast of the United States just prior to the attack on Fort Sumter. Entering Cape Fear River in stress of weather, she was seized by the insurgents. Her machinery was taken out, and she was converted into a schooner, and cruized, under the name of the Retribution, about the Bahama Banks. On the 19th day of December, 1862, she captured, near the island of San Domingo, the United States' schooner Hanover, and took the prize to Long Cay (Fortune Island), Bahamas, and there sold the cargo "without previous judicial process."¹ Representations being made of these facts, an answer was made by the Colonial Authorities, claiming that they were deceived, and that they supposed that the person making the sale was the master of the vessel.² Mr. Seward replied that this answer was not "deemed altogether conclusive." Subsequently one Vernon Locke was represented as the person who had, "by fraudulent personations and representations procured the admission of that vessel [the Hanover] to entry at the Revenue Office and effected the sale of her cargo there."³ Locke was indicted, and bail accepted in the sum of 200*l*. The United States are not aware that he was ever brought to trial. Mr. Seward thought the bail "surprisingly small and insignificant."⁴ On the 19th of February, 1863, when off Castle Island, one of the Bahamas, she captured the American brig Emily Fisher, freighted with sugar and molasses. This prize also "was taken to Long Cay, one of the Bahama Islands, and notwithstanding the protest of Captain Staples [the master], and in the presence of a British Magistrate, was despoiled of her cargo; a portion of which was landed, and the balance wilfully destroyed."⁴ The Retribution then went to the harbour of Nassau, where she was sold, assuming the name of the Etta.⁴ The United States, with confidence, ask the Tribunal to find and certify as to this vessel, that Great Britain failed to fulfil the duties set forth in the three rules of Article VI of the Treaty, or recognized by the principles of International Law not inconsistent with such rules. They ask this, not only for the general reasons heretofore mentioned as to this class of vessels, but because, in the case of each of the captured vessels above named, the acts complained of were done within Her Majesty's jurisdiction.

¹ Mr. Seward to Lord Lyons, Vol. I, page 701.

² Burnside to Nesbitt, Vol. I, page 702.

³ Governor Bayley to Duke of Newcastle, Vol. I, page 706.

⁴ Affidavit of Thomas Sampson, Vol. VI, page 736.

The Georgia.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

The Georgia was built for the insurgents at Dunbarton, below Glasgow, on the Clyde. She was launched on the 10th day of January, 1863, at which time . . . “a Miss North, daughter of a Captain North, of one of the Confederate States, officiated as priestess, and christened the craft Virginia.”¹ It was notorious that she was being constructed for this service.² . . . On Friday, the 27th March, she left for Greenock. By this time she had parted with her name Virginia, and had the name Japan “written in small letters on her bow;” and it was pretended that her voyage was to be to China. || On the evening of Monday, the 30th March, some seventy or eighty men who had been shipped at Liverpool for this vessel were sent to Greenock.³ The agreements with this crew were made with by the house of Jones and Co., of Liverpool,⁴ who advanced money to them.⁵ The vessel was registered in the name of Thomas Bold, of Liverpool, a member of the house of Jones and Co., and a near connexion of Maury, who afterwards commanded her. It remained registered in his name until the 23rd day of the following June.⁶ When the men arrived in the Clyde from Liverpool, the Japan was “lying in the river opposite Greenock,” and they were taken on board in a tug. On the . . . 2nd of April they . . . remained near the light-house down the Clyde, taking on board more men and provisions from Greenock. They started again, and next morning they were off Castleton, Isle of Man.⁷ . . . On the 6th of April they reached the coast of France. . . Here they turned their steps toward St. Malo, proceeding under slow steam, and in the morning they sighted, off Morleaux,⁸ the steamer Alar, with arms, ammunition, and supplies for the Georgia, under charge of Jones, a partner in the Liverpool house of Jones and Co.⁹ || . . . These proceedings were afterward made the subject of judicial investigation before Sir Alexander Cockburn, Lord Chief Justice of England. Highatt and Jones, two of the members of the firm of Jones and Co., were indicted at Liverpool, for a violation of the Foreign Enlistment Act of 1819, in causing these men to be enlisted to serve in a war against the United States. The case came on for trial at the Liverpool Assizes, in August, 1864. In his address to the jury, after the evidence was in, the Lord Chief Justice said: “There was no doubt that Matthews, Stanley, and Glassbrook did enter themselves and enlist on board the steamer, which was immediately after-

¹ Underwood to Seward, January 16, 1863, Vol. VI, page 503.

² Extracts from London Daily News, February 12 and 17, 1863, Vol. VI, page 503 *et seq.*

³ Dudley to Seward, Vol. II, page 665; Vol. VI, page 509.

⁴ Vol. II, page 681; Vol. VI, page 516; Vol. VII, page 88.

⁵ Vol. II, page 672; Vol. VI, page 512; Vol. VII, page 88.

⁶ Mr. Adams to Earl Russell, Vol. II, pages 677, 678; Vol. VII, page 88.

⁷ Mahon's affidavit, Vol. II, page 672; Vol. VI, page 513.

⁸ Thompson's affidavit, Vol. II, page 671; Vol. VI, page 511.

⁹ Speech of Thomas Baring, Esq., M.P., Hansard, 3rd series, Vol. 175, page 467.

ward employed as a war-steamer in the Confederate service, for the purpose of waging war against the Northern States of America; and there seemed to be very little doubt that both the defendants had to do with the men's leaving the port of Liverpool, for the purpose of joining the Japan, afterward called the Georgia. * * Now came the question, whether the defendants had procured the men to be engaged in war against a country toward which this country was bound to maintain a strict neutrality. No doubt it was possible that the defendants might have been under a delusion that the ship was engaged for a voyage to China. It was for the jury to say whether they believed that to have been the case. If they believed the witnesses Conolly and Glassbrook, the defendant Jones could not have been of that opinion, because he was on board the small steamer which was an important agent in the transaction; and when he found out what the steamer really was, he manifested no surprise or horror. It was true that the jury had to rely on the evidence of men who had turned traitors to the people they had sworn to serve, and who had since played the spy upon the persons who, as they alleged, had engaged them . . .¹ The Alar, with her cargo, had cleared at Newhaven for St. Malo. When the two vessels met, the Georgia took the Alar, in tow, and they floated about on those waters during the whole day. At night they came to anchor, probably off the island of Ushant, and the Georgia commenced taking in arms and ammunition and supplies. Three days passed in this way. There were nine breech-loading guns to be mounted on decks, and "guns, shot, shells, rockets, ammunition, rifles, cutlasses and all sorts of implements of war."² All were put on board before Friday, the 10th of April; the insurgents' flag was then hoisted; Maury, the insurgent officer destined for the command, produced his commission; the Japan was changed into the Georgia; fifteen sailors who refused to cruize in her were transferred to the Alar, and the Georgia continued her cruize. || On the 8th of April Mr. Adams called Earl Russell's attention to the departure from the Clyde and Newhaven of this hostile expedition . . .³ and he stated his belief that the destination of the vessel was the island of Alderney. Earl Russell replied, on the same day, that copies of his letter "were sent, without loss of time, to the Home Department and to the Board of Treasury, with a request that an immediate inquiry might be made into the circumstances stated in it, and that if the result should prove the suspicions to be well founded, *the most effective measures might be taken which the law admits of for defeating any such attempts to fit out a belligerent vessel from a British port.*"⁴ Had Her Majesty's Government taken the measures which Earl Russell suggested, it is probable that the complaints of the United States, as to this vessel, might not have been necessary. The sailing and the destination of the

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Vol. IV, page 567.

² Vol. II, page 671; Vol. VI, page 511.

³ Vol. II, page 666; Vol. VI, page 509.

⁴ Vol. II, page 667; Vol. VI, page 510.

Nr. 4625. Japan were so notorious as to be the subject of newspaper comment.¹ No time, Ver. Staat., therefore, was required for that investigation. It could have been very little „Case“ von trouble to ascertain the facts as to the Alar. The answer to a telegram could 1871—72. have been obtained in a few minutes. Men-of-war might have been dispatched on the 8th from Portsmouth and Plymouth, to seize both these violators of British sovereignty. In doing this Her Majesty's Government need only have exercised the same powers which were used against General Saldanha's expedition, arrested at Terceira in 1827, and whose use in that case was sustained by a vote of both Houses of Parliament.² The island of Alderney and the other Channel islands were on the route to St. Malo and Brest, and it is not at all probable, scarcely possible, that the Alar and the Georgia would not have been discovered. The purposes of the latter vessel, thus taken *flagrante delicto*, would then have been exposed. This was not done. Instead of directing *action* to be taken by the *Navy*, Lord Russell caused *inquiries* to be made by the *Home Office* and the *Treasury*, and the Georgia escaped. || On the 11th of January, 1864, Mr. Adams inclosed to Lord Russell copies of papers which he maintained went “most clearly to establish the proof of the agency of Messrs. Jones and Co. in enlisting and paying British subjects in this Kingdom to carry on war against the United States.”³ Proceedings were taken against Jones and Highatt, as has already been shown. They were convicted, and were fined but fifty pounds each—manifestly a punishment not calculated to deter them from a repetition of the offence.⁴ || After all this information was before Lord Russell, the Georgia, on the 1st day of May, 1864, reappeared in the port of Liverpool. During her absence she had been busy in destroying such of the commerce of the United States in the Atlantic as had escaped the depredations of the Florida and Alabama. . . . | The Attorney-General, Sir Roundell Palmer . . . found a defence for the irresolution and inactivity of the Government in the fact that the United States were unwilling to abandon their claims for compensation for the losses by the acts of the Alabama. . . . | When it was apparent that the Georgia was to be allowed to remain in Liverpool . . . , Mr. Adams addressed a

¹ Vol. II, page 668.

² Hansard, new series, Vols. XXIII and XXIV; Annual Register, History, &c., A.D. 1829, Vol. LXXII, page 187.

³ Vol. II, page 698; Vol. VI, page 534.

⁴ “Five prosecutions were instituted at different times against persons charged with having enlisted or engaged men for the naval service of the Confederate States. Of these, three were successful. Five of the accused were convicted or pleaded guilty. * * No prosecution appears to have been instituted against Bullock himself.” (*Bernard's Neutrality*, pages 361, 362.) This is a terribly small record, considering the magnitude of the offences committed, and considering the zeal shown in repressing enlistments for the service of the United States. (See Vol. IV, page 547, and Vol. IV, page 540.) It is to be observed, too, that Mr. Adams furnished Lord Russell with evidence to sustain a prosecution against Bullock. (*Mr. Adams to Earl Russell*, March 30, 1863, Vol. III, page 130.)

note to Lord Russell, in which he said: “I learn that she is about to remain for an indefinite period, the men having been discharged. I scarcely need to suggest to your Lordship that it has become a matter of interest to my Government to learn whether this vessel assumes the right to remain in virtue of her former character or, if received in a later one, why she is permitted to overstay the period of time specified by the terms of Her Majesty’s Proclamation. * * 1

Having received no answer to these questions, Mr. Adams, on the 7th of June, 1864, informed Lord Russell that he had received from the Consul of the United States at Liverpool information that a transfer purporting to be a sale had been made of the Georgia by the insurgents or their agents at Liverpool, and on behalf of the Government of the United States he “declined to recognize the validity of the sale.”² While Mr. Adams was vainly endeavouring to ascertain from Lord Russell whether the Georgia entered the port of Liverpool as a merchant-ship or as a man-of-war, that vessel went into dock at Birkenhead, and had her bottom cleaned and her engines overhauled.³ The insurgent agents went through the form of selling her to a person who was supposed to be in collusion with them. All this was communicated to Earl Russell by Mr. Adams.⁴ Lord Russell, in his reply to these notes, took no notice of Mr. Adams’ protest against the validity of the sale, or of his inquiries as to the character the vessel enjoyed in the port of Liverpool. He said that the evidence failed to satisfy him that the steamer Georgia would be again used for belligerent purposes; and he added that, “with a view to prevent the recurrence of any question such as that which has arisen in the case of the Georgia, Her Majesty’s Government have given directions that in future no ship of war of either belligerent shall be allowed to be brought into any of Her Majesty’s ports for the purpose of being dismantled or sold.”⁵ This terminated the discussion on the questions raised by Mr. Adams. A few days later the career of the Georgia itself was terminated by its capture by the United States’ vessel of war Niagara. The United States ask the Tribunal of Arbitration to also certify as to this vessel [Schluss wie oben bei dem Sumter, Nashville, Florida; auch hier folgt, wie bei der Alabama, eine Zusammenstellung der das Schiff speziell betreffenden Klagepunkte.]

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

The Tallahassee or the Olustee.

The Tallahassee was “a British steamer fitted out from London to play the part of a privateer out of Wilmington.”⁶ She was originally called the Atlanta.⁷

¹ Vol. II, page 703; Vol. VI, page 538.

² Vol. II, page 710; Vol. VI, page 543.

³ Wilding to Seward, Vol. II, page 711; Vol. VI, page 543.

⁴ Vol. II, page 713; Vol. VI, page 545.

⁵ Earl Russell to Mr. Adams, Vol. II, page 719; Vol. VI, page 550.

⁶ Mr. Adams to Earl Russell, Vol. I, page 709; see Vol. VI, page 728.

⁷ Morse to Seward, Vol. VI, page 727.

Nr. 4625. Under that name she arrived in Bermuda from England on the 18th day of
 Ver. Staat., April, 1864. She made two trips as a blockade-runner between there and
 Case“ von Wilmington, and then went out for a cruize as a vessel of war. Her captures
 1871—72. were principally made under the name of the Tallahassee. Some were made
 under the name of the Olustee. It is not quite clear whether she made two
 trips, one under each name, or whether the name was changed in one trip in
 order to blind the pursuers.¹ On the 19th of August, 1864, she arrived in
 Halifax, after destroying several vessels near Cape Sable. The Consul of the
 United States at Halifax reported her as . . . “an iron double-screw steamer,”
 having “about one hundred and twenty men.”² He also said that the insurgents
 had established a coal depot there. On arrival, the officer in command called
 upon the Admiral and Lieutenant Governor. He gives the following account of
 what took place: “. . . The Governor asked me to call next day and let him know
 how I was progressing and when I would leave. I did so, and then was told
 that he was surprised that I was still in port; that we must leave at once; that
 we could leave the harbour with only one hundred tons of coal on board.
 I protested against this, as being utterly insufficient. He replied that the Ad-
 miral had reported that quantity sufficient (and in such matters he must be
 governed by his statement) to run the ship to Wilmington. The Admiral had
 obtained this information by sending on board three of his officers, ostensibly
 to look at our machinery and the twin-screw, a new system, but really *to ascer-
 tain the quantity of coal on board, that burned daily, &c.* * * Had I procured
 the coal needed I intended to have struck the coast at the Capes of the Dela-
 ware, and followed it down to Cape Fear, but I had only coal enough to reach
 Wilmington on the night of the 25th.”³ ¶ Had the British authorities at Nassau,
 Bermuda, Barbadoes, Cape Town, Melbourne, and other colonial ports, pursued
 the same course that the Lieutenant-Governor at Halifax did, under the wise
 advice of the Admiral, the grievances of the United States would have been
 much less, and this case would have been shorter by many pages. The first
 time that the rule of January 31, 1862, as to the supply of coal, was fairly
 carried out, the operations of the insurgent cruizer, to which it was applied,
 were arrested on the spot, and the vessel was obliged to run for a home port. ¶
 The Tallahassee apparently remained in Wilmington for some months. On the
 13th of January, 1865, she arrived in Bermuda again, under the name of the
 Chameleon. On the 19th she sailed again, taking a cargo to Liverpool, where
 at the close of the war she was claimed by the United States. ¶ From the fact
 that she was fitted out in London to be used as a privateer for Wilmington,
 and that she did go out from Wilmington with what purported to be a com-
 mission from the insurgent authorities, and did prey upon the commeree of the

¹ Boreham's affidavit, Vol. VI, page 732.

² Mr. Jackson to Mr. Seward, 19th August, 1864, Vol. VI, page 728.

³ Wood to Mallory, 31st August, 1864, Vol. VI, page 729.

United States, and for the reasons already given, the United States ask the Tribunal to find and certify as to this vessel as they have been asked to find and certify as to the Sumter and the Nashville, the Florida, and the Alabama, and the Georgia.

Nr. 4625.
Ver. Stat.
„Case“ vom
1871-72.

The Chickamauga.

... The Edith was one of that class of blockade-runners, like the Tallahassee, which was owned by the insurgent authorities. In the year 1864, ... the Edith . . being found to be fast, and adapted for the sort of war that was carried on against the commerce of the United States, it was determined to put her in commission as a man-of-war. || The attention of the Tribunal of Arbitration is invited to the facile manner in which these vessels were permitted to adapt themselves to circumstances. The Sumter cruized as a man-of-war, and received hospitalities as such. She was allowed to change her character in a British port, and then to sail under the British flag as a blockade-runner, owned and operated by the insurgents. . . The Atlanta started her career as a blockade-runner, owned by the insurgents; she was converted into a man-of-war under the name of the Tallahassee. When unable to pursue further her work of destruction, she became again a carrier for the benefit of the insurgents, and was accepted by Great Britain in her new character. The Edith was now to go through similar transformations. || . . On the 28th of October, having waited for a month for a night dark enough to run the blockade, she put to sea from Wilmington, and ran northward toward Long Island. On the 30th she destroyed [6 Schiffe] and on the 7th of November she reached Bermuda. On the 8th of November she was allowed to come into the harbour, and permission was given for a stay of five days for repairs, and also to take on board twenty-five tons of coal, although she had at that time one hundred tons in her bunkers. She actually staid seven days and took on board eighty-two tons.¹ On the 15th of November she sailed from Bermuda, and on the 19th arrived at Wilmington. For the reason already given the United States ask the Tribunal, as to this vessel, to find and certify as they have been asked to find and certify as to the Sumter, the Nashville, the Florida, the Alabama, the Georgia, and the Tallahassee.

The Shenandoah.

The British steamer Sea King, a merchant vessel which had belonged to a Bombay Company, and had been employed in the East India trade,² was “. . capable of steaming ten knots an hour. She was the handiwork of celebrated builders on the River Clyde, in Scotland, and had made one voyage to New Zealand as a transport for British troops, when she proved herself one of the

¹ Manuscript diary in the Department of State.

² Bernard's British Neutrality, page 359.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

fastest vessels afloat, her log showing at times over three hundred and twenty miles in twenty-four hours.”¹ . . . On the 20th of September, in the year 1864, she was sold in London to Richard Wright, of Liverpool, a British subject, and the father-in-law of Mr. Prioleau, of South Carolina, the managing partner in the house of Fraser, Trenholm, and Co.,² and the transfer was registered the same day. The United States assert that the notorious connection of the firm of Fraser, Trenholm, and Co. with the insurgents, and their repeated violations of the sovereignty of Great Britain . . . ought by that time to have made them objects of suspicion to every British official, connected with the construction or the transfer of steamers capable of being adapted to warlike use. The acquisition, by a near connection of a member of their firm, of a fast-going steamer, capable of being so converted, and the proposition to send her to sea in ballast, with nothing on board but two mounted guns and a supply of provisions and coal, ought of itself to have attracted the attention of the British officials. The omission to take notice of the fact is a proof of want of the due diligence required by the Treaty. Under the circumstances, it would have been the exercise of but the most ordinary diligence to supervise the transfers of this class of vessels in the Government records, and to follow up so palpable a clue as was given in the case of the Sea King. On the 7th of October, Wright gave a power of attorney to one Corbett to “sell her at any time within six months for a sum not less than 45,000*l.* sterling.”³ Corbett was an Englishman who had commanded the Douglas, afterward known as the Margaret and Jessie, one of the kaleidoscopic blockade-runners owned by the insurgents and carrying the British flag. The next day the Sea King cleared for Bombay, and sailed “with a crew of forty-seven men.”⁴ Before sailing, while she “lay in the basin,” she “took in coal and provisions sufficient for a twelvemonth’s cruize.”⁵ She “had two 18-pounders mounted on the decks,” which were the guns generally used in bringing vessels to.⁶ “She was scarcely clear of the ground when a telegram was flashed to Liverpool, advising the Confederate agent at that port” that she had sailed;⁷ and about 8 or 9 o’clock that evening a screw-steamer, called the Laurel, “nearly new-built, very strong, and admirably adapted for a privateer,”⁸ left Liverpool, clearing for Matamoras *via* Nassau, taking a “score or more of natives of the South, who had staked life and fortune on the hazard of a desperate game,” among whom were “several old Confederate States’ navy officers, who had served on board the Sumter, Alabama, and Georgia.”⁹ The

¹ Cruize of the Shenandoah, page 9.

² Dudley to Seward, Vol. III, page 319; Vol. VI, page 560.

³ Dudley to Seward, Vol. III, page 319.

⁴ Dudley to Seward, Vol. III, page 319; Vol. VI, page 560.

⁵ Cruize of the Shenandoah, page 10.

⁶ Temple’s affidavit, Vol. III, page 478; Vol. VI, page 709.

⁷ Cruize of the Shenandoah, page 11.

⁸ Dudley to Adams, Vol. III, page 316; Vol. VI, page 556.

⁹ Cruize of the Shenandoah, page 16. See also Vol. III, page 318.

Laurel took out as cargo “cases marked as machinery, but in reality containing guns and gun-carriages, such as are used in war vessels.”¹ Mr. Dudley, the Consul at Liverpool, from the number of guns and the number of men, drew the correct conclusion that they were shipped in order to be transferred to some other vessel.² The officers in Her Majesty’s service, by the exercise of due diligence, might have arrived at the same conclusion, and might have detained both ships. The appointed place of meeting was the harbour of Funchal, in the island of Madeira. The Laurel arrived there two days in advance of the Sea King.³ . . . || The Sea King arrived off Funchal the night of the 19th.⁴ The Laurel, on the morning of the 20th, came out to meet her . . . || . . . They “took in from the Laurel eight cannon, viz., six large and two small, with their carriages (the guns were called 68-pounders); a quantity of powder, muskets, pistols shot, and shell . . .” . . . Corbett then came forward and announced a pretended sale of the vessel . . . and tried to induce the men who had enlisted to sail in the Sea King to continue their contract in the Shenandoah. The conduct of this person was so palpably a violation of the Foreign Enlistment Act that the British Consul at Funchal sent him home as a prisoner, accompanied by depositions to prove his guilt.⁵ Captain Waddell, the new commander in the place of Corbett, made a speech, “which was received with but little enthusiasm from the majority of those who listened to him.”⁶ “Out of eighty, twenty-three only cast in their lots with the new cruizer.”⁷ When the Shenandoah left the Laurel her “officers and crew only numbered forty-two souls, less than half her regular complement.”⁸ This obliged her “to depend upon her auxiliary engine.” || When the news of these proceedings was fully known in London, Mr. Adams brought the subject to the notice of Earl Russell.⁹ In a subsequent note he referred to this fact . . .¹⁰ : . . . The cruize of the Shenandoah from Madeira to Melbourne . . . lasted ninety days,¹¹ during which time several vessels of the merchant marine of the United States were destroyed, with valuable cargoes. On the 25th of January, 1865, she “dropped anchor off Sandridge, a small town about two miles from Melbourne.”¹² “The November mail from Europe, which arrived at Melbourne about the middle of January, had brought the news that the Sea King had left England with the intention of being converted into a war

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Dudley to Seward, Vol. III, page 317; Vol. VI, page 556.

² Dudley to Seward, Vol. III, page 318; Vol. VI, page 557.

³ Cruize of the Shenandoah, page 19.

⁴ Harris’ affidavit, Vol. III, page 363; Vol. VI, page 584.

⁵ Vol. VI, page 572.

⁶ Cruize of the Shenandoah, page 22.

⁷ Cruize of the Shenandoah, page 23.

⁸ Cruize of the Shenandoah, page 24.

⁹ Adams to Russell, Vol. III, page 323.

¹⁰ Same to same, Vol. III, page 377.

¹¹ Cruize of the Shenandoah, page 93.

¹² Cruize of the Shenandoah, page 94.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

vessel to cruize against the commerce of the United States.”¹ Suspicions were at once aroused that the newly arrived man-of-war under the insurgent flag was no other than the Sea King; suspicions which were confirmed by the statements of the prisoners from the captured vessels, and by others.”² The Consul of the United States appears to have acted with both courtesy and vigour. He placed before the authorities all the information in his possession tending to show the illegal origin of the vessel, and the liabilities which she was imposing upon Great Britain by her depredations on the commerce of the United States.³ He told the Governor that the “Shenandoah, alias Sea King,” had never “entered a port of the so-styled Confederate States for the purposes of naturalization, and consequently was not entitled to belligerent rights;”⁴ and that the table-service, plate, &c., on the vessel all bore the mark of “Sea King.” When he found that, in spite of his remonstrances, and of the proof of her character, it had been decided that the Shenandoah should be repaired and should be allowed to take in supplies and coals, he protested “in behalf of his Government against the aid, comfort, and refuge” extended to her.⁵ When he was informed that the Governor had come to the decision that “whatever may be the previous history of the Shenandoah, the Government of the Colony is bound to treat her as a ship of war belonging to a belligerent Power,” he protested afresh, and notified the Governor “that the United States will claim indemnity for the damages already done to its shipping by said vessel, and also which may hereafter be committed if allowed to depart from this port.”⁶ He placed in the hands of the Attorney-General conclusive “evidence to establish that the Shenandoah is in fact, the Sea King.”⁷ When it came to his knowledge that Waddell was enlisting a crew in Melbourne for the Shenandoah, he put the proof of it at once into the hands of the Governor.⁸ When he heard that she was taking coal on board he communicated that fact also.⁹ . . . As soon as she arrived . . . her commander wrote to the Governor for permission to “make the necessary repairs and obtain a supply of coals.”¹⁰ This letter was officially answered the next day, after the twenty-four hours allowed by the Instructions of January 1862 for his stay had expired. He was told that directions had been given to enable him to make the necessary repairs and to coal his vessel, and he was asked, at his earliest

¹ Blanchard to Seward, Vol. III, page 384; Vol. VI, page 588.

² See depositions in Vol. III, on pp. 399, 401, 402, 405, 407, and 417. The same depositions may be found in Vol. VI. This point appears to have been settled beyond doubt. See extract from Melbourne Herald, Vol. VI, page 650.

³ See Mr. Blanchard's despatch to Mr. Seward, Vol. III, page 384.

⁴ Vol. III, page 394; Vol. VI, page 598.

⁵ Blanchard to Darling, Vol. III, page 397; Vol. VI, page 600.

⁶ Blanchard to Darling, Vol. III, page 398; Vol. VI, page 602.

⁷ Vol. III, pp. 403, 404, 405, and 407. See also Vol. VI.

⁸ Vol. III, pp. 414, 420, 423, 427, 428. See also Vol. VI.

⁹ Vol. III, page 425; Vol. VI, page 630.

¹⁰ Waddell to Darling, Vol. V, page 599.

convenience, to intimate the nature and extent of his requirements as regards repairs and supplies.¹ . . . || Two days were taken to reply to the question as to the nature and extent of the needed repairs and supplies. Waddell then stated, as a reason why he could not yet report, that the mechanics had not yet reported to him. He spoke generally about the condition of his propeller shaft, and the bearings under water, and he added, "*the other repairs are progressing rapidly.*"² It thus appears that he had been at that time three days in port, had made no official statement of the supplies or the necessary repairs, and that he had a force at work upon his vessel, without any report to the Governor showing the necessity || . . . On the . . . fifth day after he arrived in port . . . he reported to the Governor that the lining of the outer sternback (probably meaning the outer sternbush) was entirely gone, and that in order to replace it the Shenandoah must go into the Government slip for about ten days.³ || On the 1st of February the Governor assented to the making of these repairs⁴ and the time named for them. | On the 7th of February, through his Secretary, he called upon Captain Waddell "to name the day when he would be prepared to proceed to sea."⁵ Waddell said that he could not name a day; and he gives excuses why his vessel was not yet on the slip . . . || On the 14th of February, a week later, inquiry is again made whether he is "in a position to state more definitely when the Shenandoah will be in a position to proceed to sea."⁶ || . . . He thought he could proceed to sea by the 19th, though he had yet to take in all his stores and coals.⁶ . . . During all this time Waddell had been enlisting men for the Shenandoah out of the streets of Melbourne, and had protracted his repairs as an excuse for delay, while he filled up the thin ranks of his crew. The arrival of this vessel at Melbourne had produced a profound sensation. An inquiry was made of the Government in the Legislature to know if Her Majesty's Proclamation had not been violated by the Shenandoah. The member making the inquiry called attention to the news of the Sea King from London for the purpose of being converted into a cruizer, and he showed that the Sea King and the Shenandoah were the same vessel. The House was opposed to him, and he was called to order as he did this. The Chief Secretary replied, not so much calling in question the identity of the Sea King with the Shenandoah, as doubting the propriety of accepting the fact on the evidence quoted by the former speaker; and he added that, "in dealing with this vessel, they had not only to consider the terms of the Proclamation referred to, *but also the confidential instructions from the Home Government.*"⁷ || Here the United States learned for the first time

Nr. 4625.
Ver. Stat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Francis to Waddell, Vol. V, page 599; Vol. VI, page 639.

² Vol. V, page 600; Vol. VI, page 640.

³ Waddell to the Commissioner of Trade, Vol. V, page 600; Vol. VI, page 641.

⁴ Francis to Waddell, Vol. V, page 602; Vol. VI, page 644.

⁵ Francis to Waddell, Vol. V, page 602; Vol. VI, page 643.

⁶ Waddell to Francis, Vol. V, page 602; Vol. VI, page 644.

⁷ Vol. V, page 611; Vol. VI, page 660, *et seq.* It was in consequence of these

Nr. 4625. that, in addition to the published instructions which were made known to the
Ver. Staat., world, there were private and confidential and perhaps conflicting instructions
„Case“ von on this subject. It is beyond their power to furnish to this Tribunal copies
1871—72. these confidential instructions. Should their production be deemed important
by Her Majesty's Government, or should they tend to relieve Great Britain from
liability to the United States, they will, undoubtedly, be furnished to the Tri-
bunal. . . . The affidavits furnished by the Consul showed that an enlistment
on a large scale was going on. The affidavit of Wicke, for instance, spoke
of a cook named "Charley," and ten men;¹ the affidavit of Behucke, of "about ten
men concealed in said Shenandoah."² The authorities proceeded against
"Charley" only. They carefully let alone Captain Waddell and his officers, who
had been violating Her Majesty's Proclamation and the laws of the Empire
and they aimed the thunders of the law against an assistant cook. When the
officer arrived at the vessel to serve the warrant for Charley's arrest, he was
informed that no such person was on board. On expressing a wish to ascertain
this fact for himself, his request was refused.⁴ The next day he went again
and Captain Waddell stated, on his honour and faith as a gentleman and an
officer, that there was no such person as Charley on board."⁵ On the evening
of the same day Charley and three other men who had been enlisted in Mel-
bourne were arrested as they left the Shenandoah by the Water Police,⁶ thus
showing that they must have been there all the while. In consequence of this
the permission to make repairs was suspended; but it was soon restored. The
reason given for the restoration was that, Charley being taken, Waddell was "in
a position to say, as commanding officer of the ship, that there were no persons
on board except those whose names are on the shipping articles, and that no
one has been enlisted in the service of the Confederate States since arrival at
this port."⁷ It does not appear that Waddell made any such commitment; on
the contrary, he said that he considered "the tone of the letter remarkably
disrespectful and insulting." . . . There were other persons on board who

doubts expressed by the Chief Secretary that the Consul furnished the evidence of the
identity of the two vessels. Vol. III, page 386; Vol. VI, page 590.

¹ Vol. III, page 421; Vol. VI, page 625.

² Vol. III, page 422; Vol. VI, page 626.

³ The second section of the Foreign Enlistment Act of 1819 made it illegal for any person to procure any person to engage to enlist as a sailor in sea service under any person assuming to exercise any powers of government, or to agree to go from any part of Her Majesty's dominions for the purpose of being so enlisted; and persons committing that offence were to be deemed guilty of a misdemeanor, and to be punished, on conviction, by fine or imprisonment, or both. It would be difficult to describe what Captain Waddell actually did at Melbourne in more accurate language than this.

⁴ Vol. V, page 618; Vol. VI, page 665.

⁵ Vol. V, page 618; Vol. VI, page 665.

⁶ Francis to Waddell, Vol. V, page 605; Vol. VI, page 647.

⁷ *Ibid.* Vol. V, page 605.

presence was a violation of British neutrality . . but no warrant was issued . . The Shenandoah took on board her coal (three hundred tons in all) . . | The United States' Consul to the last did his duty. On the 17th, the day before she sailed, he informed the Governor that "the Shenandoah was taking in three hundred tons of coal, in addition to the quantity she had on board when she came into this port—about four hundred tons; and added, "The Shenandoah is a full-rigged sailing-vessel; steam is only auxiliary with her."¹ . . || On the same day the Consul also lodged with the Governor the affidavit of one Andrew Forbes, to show that six persons, residents of Melbourne, whom he named, were to join the Shenandoah outside, she being then ready to sail. As time was of importance . . the Consul went with his witnesses to the office of the Crown Solicitor, to whom the Attorney-General had previously directed him to communicate such information. He found that officer leaving for his dinner. He told him "his business was urgent," and that he had "come as the Representative of the United States to lay before him, as Crown Solicitor, the evidence that a large number of men were about violating the Neutrality Laws."² The Solicitor said he must go to his dinner, and passed on. The Consul then went to several other officers, in order to secure immediate action on his complaint. Among others, he went to the Attorney-General, who sent him to another Solicitor; but he could get no one to attend to it, and the Shenandoah left early in the morning of the 18th without further British interference. . . . She took in there, according to the account given by the author of the "Cruise of the Shenandoah," forty-five men.³ Temple, in his affidavit, gives the names of forty-three . . The United States complain of this act, not alone as a technical violation of the duties as a neutral . . but as a great injury to them, from which flowed the subsequent damages to their commerce from the Shenandoah. . . . When the Shenandoah sailed on the morning of the 18th, the whole community knew that she had more than doubled her force in Melbourne. The newspapers of the next day were full of it. . . . It . . may indeed be said to be most improbable that a shipment of half that number of men could have been made without complicity of the authorities. . . . || When the Shenandoah left London she took general supplies for a year; yet she was allowed to replenish at Melbourne within less than six months from the time of leaving London. It must be concluded from the declarations of the author of the Cruise of the Shenandoah, that when this was done she had enough supplies on board for the subsistence of the crew to the nearest insurgent port. The addition obtained at Melbourne enabled her to continue her hostile cruise, and to light up the icy seas of the north with the fires of American vessels, long after the military resistance to the United States had ceased. | The United States further insist that when the authorities

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Blanchard to Darling, Vol. III, pp. 425—426; Vol. VI, page 630.

² Lord to Blanchard, Vol. III, page 429; Vol. VI, page 635.

³ *Ibid.*, page 113.

Nr. 4625. at Melbourne permitted the Shenandoah to make repairs to her machinery in
 Ver. Staat., that port, a still greater violation of the duties of Great Britain as a neutral
 „Case“ von was committed. ¶ . . . The author of the Cruize of the Shenandoah makes no
 1871—72. mention of any injury to the vessel, or of any leak, and there is nothing to show
 that the hull needed repairs, or that anything was done to it except that “a
 gang of caulkers were procured and went to work upon the decks with pitch
 and oakum.”¹ . . . Leaving Melbourne, the Shenandoah went through the Pacific
 Ocean to the Arctic Seas, via Behring’s Straits, under the instructions issued by
 Bullock, in Liverpool, for the purpose of destroying the whalers of the United
 States. How successful she was in her attacks upon these intrepid and daring
 navigators is shown by the long list of ‘captured vessels, for whose destruction
 the United States claim compensation. | On the cruize to those seas she used
 her sails only. After arrival there she commenced steaming on the 25th of
 June, and “from that time till she left the Arctic Seas she made comparatively
 little use of her sails.”² Many of the most valuable vessels were destroyed
 after that time. Temple names, in his affidavit, fifteen that were destroyed after
 Waddell knew of the suppression of the insurrection³. Bullock wrote him a
 letter, instructing him “to desist from any further destruction of United States’
 property,”⁴ and Earl Russell undertook to send the letter “through the British
 Consuls at the ports where the ship may be expected.” It was not until the
 17th day of October, 1865, that she ceased to be officially registered as a British
 vessel. Waddell arrived at Liverpool with the Shenandoah on the 6th of the
 following November, and wrote Earl Russell that the destructions committed on
 the 28th of June—when Temple said that he knew of the surrender of Lee—
 were committed “in ignorance of the obliteration of the Government.” He said
 that he received his first intelligence on the 2nd of August. The author of the
 Cruize of the Shenandoah says that they received, on the 28th of June, while
 burning the whalers, the news of the assassination of Mr. Lincoln.⁵ This event
 took place a week after the surrender of Lee. The affidavits of Temple and Nye
 in Vol. VII will indicate still earlier knowledge. . . ¶ “The re-appearance of the
 Shenandoah in British waters” was regarded as “an untoward and unwelcome
 event.” The Times reminded the public that “in a certain sense it was doubtless
 true that the Shenandoah was built and manned in fraud of British neutrality.”⁶
 Great Britain dealt with the “untoward” question as it had dealt with others
 during the contest—by evading it. The vessel was delivered to the United
 States. The men who had been preying upon the commerce of the United

¹ *Ibid.*, page 104.

² Cruize of the Shenandoah, page 187.

³ Vol. III, pp. 482—483; Vol. VI, page 709, *et seq.* This statement by Temple is confirmed by Hatheway’s affidavit, Vol. VII, page 95.

⁴ Vol. III, page 458; Vol. VI, page 698.

⁵ Cruize of the Shenandoah, page 206.

⁶ London Times, November 8, 1865; Vol. III. page 449.

States for months without a semblance of authority behind them, most of whom were British subjects, with unmistakable British bearing and speech, were called before an officer of the British Navy to be examined as to their nationality, they understanding in advance that it was a crime for British subjects to have served on the Shenandoah. “Each one stated that he belonged to one or the other of the States of America,”¹ and they were discharged without further inquiry.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

[Aufzählung der durch die obige Darstellung begründeten Klagepunkte.]

The subsequent career of the steamer Laurel, which, with the Shenandoah, formed the hostile expedition against the United States, throws additional light on the sincerity of the British neutrality in the case of the Shenandoah. On the 7th of March, 1865, Mr. Adams wrote as follows to Earl Russel: || “. . . This steamer Laurel . . . made her way through the blockade to the port of Charleston, where she changed her register and her name, and assumed to be a so-called Confederate vessel. In this shape she next made her appearance at the port of Nassau as the ‘Confederate States.’ From that place she cleared, not long since, to go, via Madeira, to the same port of Liverpool, from whence she had originally started. || “It further appears that, notwithstanding the assumption of this new character, this vessel carried out from Nassau a ship mail, made up at the post office of that port, and transported the same to Liverpool. I have the honor to transmit a copy of a letter from the postmaster at that place establishing that fact. || . . .” To this Earl Russell replied “that Her Majesty’s Government are advised, that although the proceedings of the steamer Confederate States, formerly Laurel, may have rendered her liable to capture on the high seas by the cruisers of the United States, *she has not, so far as is known, committed any offence punishable by British law.*”² || From all these various facts, the United States ask the Tribunal of Arbitration [wie oben].

[Allgemeine Recapitulation der Beschwerden.]

Many a vindictive and bloody war has grown out of less provocation than the United States thus suffered from a nation with which they supposed that they were holding friendly relations. . . . || . . . If the facts which they bring here constitute, in the opinion of the Tribunal, no just cause for claim against Great Britain, they must bow to the decision. But if, on the other hand, Great Britain shall not be able to explain to their complete satisfaction the charges and the proof which they present, the United States will count upon an award to the full extent of their demand. They feel that it is their duty to insist before this August Body, not only in their own interest, but for the sake of the future peace of the world, that it is not a just performance of the duties of a neutral to permit a belligerent to carry on organized war from its territories

¹ Check to Paynter, Vol. III, page 505.

² Vol. III, page 341.

Nr. 4625. against a Power with which the neutral is at peace. It will depend
 Ver. Staat., upon this Tribunal to say whether any or all of these precedents are to
 „Case“ von sanctioned and are to stand for future guidance. The United States, in closing
 1871—72. this branch of the Case, desire to call the attention of the Tribunal to the fact
 that they came out from this long and bloody contest without serious cause
 complaint against any nation except Great Britain. The Executives of other
 nations issued notices to their citizens or subjects, enjoining upon them to remain
 neutral in the contest. Belgium issued a notice on the 25th of June, 1861
 warning Belgians against engaging as privateers.¹ The United States had never
 any cause of complaint in this respect against Belgium. [Frankreichs Haltu
 belobt.] The Government of the Netherlands forbade privateers to enter
 ports, and warned the inhabitants of the Netherlands and the King's subjects
 abroad not to accept letters of marque.² The United States have no knowledge
 that these directions were disobeyed. The Government of Portugal shut its
 harbours of the Portuguese dominions against privateers and their prizes.³
 This the United States had no complaint to make. At a later period that Govern-
 ment went so far "as to forbid the coaling of any steamer designing
 violate the blockade," and to "require a bond to be given, before allowing coal
 to be furnished at all, that the ship receiving the supply will not run to
 blockade."⁴ When the insurgent iron-clad Stonewall came into Lisbon Harbour
 in March, 1865, it was ordered to leave in twenty-four hours.⁵ The United
 States bear willing testimony to this honourable conduct of Portugal. The
 Prussian Government announced that it would not protect its shipping or
 subjects who might take letters of marque, share in privateering enterprises,
 carry merchandise of war, or forward dispatches.⁶ The United States have
 no reason to suppose that the subjects of the King of Prussia departed from their
 line of duty thus indicated. The Russian Government ordered that even "the
 flag of men-of-war belonging to the seceded States must not be saluted."⁷
 Spain followed France in the track of England,⁸ but care was taken to avoid,
 the Royal Proclamation, the use of the word "belligerents."⁹ It has been seen
 with what fidelity and impartiality the authorities at Cardenas carried out the
 letter and the spirit of this Proclamation, when the Florida arrived there from
 Nassau, in the summer of 1862. The Emperor of Brazil required his subjects
 to observe a strict neutrality; and his Government informed them what acts

¹ Vol. IV, page 3.

² Vol. IV, page 6.

³ Vol. IV, page 7.

⁴ Mr. Harvey to Mr. Seward, Diplomatic Correspondence, 1864, Part 4, page 2.

⁵ Same to same, Diplomatic Correspondence, 1865, Part 3, page 109.

⁶ Vol. IV, page 8.

⁷ Vol. IV, page 9.

⁸ Vol. IV, page 10.

⁹ Vol. IV, page 9.

the belligerents would forfeit the right of hospitality. It was ordered that "a belligerent who has once violated neutrality shall not be admitted into the ports of the Empire;" and that "vessels which may attempt to violate neutrality shall be compelled to leave the maritime territory immediately, and they shall be allowed to procure no supplies." These rules were enforced. The Alabama was refused the hospitality of Brazilian ports in consequence of violations of the neutrality which the Emperor had determined to maintain. When the Tuscaloosa came to St. Catharine's from Simon's Bay, in November 1863, she was refused supplies and ordered to leave, because she was a tender and prize of the Alabama, and was tainted by the acts of that vessel. The commander of the Shenandoah boarded a vessel between Cardiff and Bahia, opened the manifest, and broke the seal of the Brazilian Consul; for this act his vessel, and any vessel which he might command, were excluded from Brazilian ports.¹

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

PART VI.

The Tribunal should award a sum in gross to the United States.

[Inhaltsangabe. — Ersatz für direkt und indirekt zugefügten Schaden. — Klassificirung der Ansprüche der Ver. Staaten. — Schluss.]

In the opening conference of the Joint High Commission relating to the Alabama Claims, the American Commissioners stated the nature of the demands of the United States. They said that there were "extensive direct losses in the capture and destruction of a large number of vessels with their cargoes, and in the heavy national expenditures in the pursuit of the cruizers, and indirect injury in the transfer of a large part of the American commercial marine to the British flag, in the enhanced payments of insurance, in the prolongation of the war, and in the addition of a large sum to the cost of the war and the suppression of the rebellion." They further said that the amount of the direct losses to individuals "which had thus far been presented, amounted to about fourteen millions of dollars, without interest, which amount was liable to be greatly increased by claims which had not been presented; and that the direct loss to the Government "in the pursuit of cruizers could easily be ascertained by certificates of Government accounting officers." They added, that "in the hope of an amicable settlement, no estimate was made of the indirect losses, without prejudice, however, tho the right of indemnification on their account in the event of no such settlement being made." || The British Commissioners declined to make the "amicable settlement" which was proposed on the part of the United States. The Joint High Commission then entered into negotiations which resulted in an agreement "in order to remove and adjust all complaints

¹ Vol. VI, page 588.

Nr. 4025.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

and claims on the part of the United States, and to provide for the speedy settlement of such claims,” that all the claims “growing out of the acts committed by the several vessels which have given rise to the claims generically known as the Alabama Claims,” should be referred to this Tribunal of Arbitration. It was further agreed that this Tribunal, should it find that Great Britain had, by any act or omission, failed to fulfil any of the duties set forth in the rules in the sixth Article of the Treaty, or recognized by principles of International Law not inconsistent with such rules, might then “proceed to award a sum in gross to be paid by Great Britain to the United States for all the claims referred to it.” ¶ The claims as stated by the American Commissioners may be classified as follows: ¶ 1. The claims for direct losses growing out of the destruction of vessels and their cargoes by the insurgent cruisers. ¶ 2. The national expenditure in the pursuit of those cruisers. ¶ 3. The loss in the transfer of the American commercial marine to the British flag. ¶ 4. The enhanced payments of insurance. ¶ 5. The prolongation of the war and the addition of a large sum to the cost of the war and suppression of the rebellion. ¶ So far as these various losses and expenditures grew out of the acts committed by the several cruisers, the United States are entitled to ask compensation and remuneration therefor before this Tribunal. The claims for direct losses growing out of the destruction of vessels and their cargoes may be further subdivided into: ¶ 1. Claims for destruction of vessels and property of the Government of the United States. ¶ 2. Claims for the destruction of vessels and property under the flag of the United States. ¶ 3. Claims for damages or injuries to persons, growing out of the destruction of each class of vessels. ¶ In the accompanying Volume VII, the Tribunal will find ample data for determining the amount of damage which should be awarded, in consequence of the injuries inflicted by reason of the destruction of vessels or property, whether of the Government or of private persons. ¶ The Government vessels destroyed were of two classes—those under the charge of the Treasury Department, and those in charge of the Navy Department. The Tribunal of Arbitration will find in Volume VII detailed statements of this class of losses, certified by the Secretary of the Navy or by the Secretary of the Treasury, as the case may be. ¶ The United States reserve, however, as to this and as to all other classes of claims, the right to present further claims and further evidence in support of these and such further claims, for the consideration of the Tribunal; and also similar rights as to all classes of claims, in case this Tribunal shall determine not to award a sum in gross to the United States. ¶ The United States, with this reservation, present a detailed statement of all the claims which have as yet come to their knowledge, for the destruction of vessels and property by the cruisers. The statement shows the cruiser which did the injury, the vessel destroyed, the several claimants for the vessel and for the cargo, the amounts insured upon each, and all the other facts necessary to enable the Tribunal to reach a conclusion as to the amount of the injury committed by the cruiser. It also shows the nature and character of the proof

placed in the hands of the United States by the sufferers. The originals of the documents referred to are on file in the Department of State at Washington, and can be produced if desired. The United States only ask a reasonable notice, giving them sufficient opportunity to produce them. It is impossible, at present, for the United States to present to the Tribunal a detailed statement of the damages or injuries to persons growing out of the destruction of each class of vessels. Every vessel had its officers and its crew, who were entitled to the protection of the flag of the United States, and to be included in the estimate of any sum which the Tribunal may see fit to award. It will not be difficult, from the data which are furnished, to ascertain the names and the tonnage of the different vessels destroyed, and to form an estimate of the number of hardy, but helpless seamen who were thus deprived of their means of subsistence, and to determine what aggregate sum it would be just to place in the hands of the United States on that account. It cannot be less than hundreds of thousands, and possibly millions of dollars. || The United States present to the Tribunal a detailed statement of the amount of the national expenditure in the pursuit of the insurgent cruizers, verified in the manner proposed by the American members of the Joint High Commission. The aggregate of this amount is several millions of dollars. | The United States ask the Tribunal of Arbitration to estimate the amount which ought to be paid to them for the transfer of the American commercial marine to the British flag, in consequence of the acts of the rebel cruizers. || On the 13th of May, 1864, Mr. Cobden warned the House of Commons of the great losses which the United States were suffering in this respect. He said:¹ || "You have been carrying on hostilities from these shores against the people of the United States, and have been inflicting an amount of damage on that country greater than would be produced by many ordinary wars." ... | With the reservations already stated, the United States present the amount, so far as it has come to their knowledge, of the enhanced payments of insurance, caused by the acts of the insurgent cruizers. All of these cruizers came from England; and should the Tribunal find Great Britain responsible for the injuries caused by their acts, it cannot be denied that the war risk was the result of their dispatch from British ports. The amount of this injury, so far as yet known to the United States, appears in Vol. VII. || It is impossible for the United States to determine, it is perhaps impossible for any one to estimate with accuracy, the vast injury which these cruizers caused in prolonging the war. || The great exertions which were made in the months of April, May, and June, 1863, to secure arms and ammunition for immediate use in Richmond, have already been noted. Letter followed letter in rapid succession, urging Walker to forward the desired articles without delay. The energetic measures which Walker took to obtain coal to enable him to comply with his instructions have been commented on. The insurrection was at that moment

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

¹ Hansard 3rd series, Vol. CLXXV, pp. 496—500; Vol. V, page 589.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871-72.

gathering itself up for a blow which was intended to be final and decisive. On the 29th of April in that year, Grant, having taken an army past the fortifications of Vicksburg, began the attack upon Grand Gulf, and from that day conducted his operations with such vigour, that by the 21st of May he had defeated the armies of the insurgents in five pitched battles, and had commenced the investment of Vicksburg. In the Atlantic States the fortunes of the United States had been less favourable. The army of the Potomac, under Hooker, had met with a decided reverse at Chancellorsville, and was resting inactive after the failure. || The military authorities at Richmond, having received the supplies which Walker had forwarded, selected this moment for a blow in Pennsylvania, which was intended at once to relieve Vicksburg, and decide the contest. History tells how utterly they failed. After three days of bloody fighting, Lee retired from Gettysburg discomfited. The same day Grant entered Vicksburg and opened the Mississippi. || The 4th day of July, 1863, saw the aggressive force on land of the insurrection crushed. From that day its only hope lay in prolonging a defence until by the continuance of the permitted violations of British neutrality by the insurgents, the United States should become involved in a war with Great Britain. The insurgents had, at that time, good reason to look for that result. The Florida, the Alabama, and the Georgia had left British ports for the purpose of carrying on war against the United States, and were, nevertheless, received with unusual honours and hospitality in all the colonial ports of Great Britain. Only ten days before the battle of Gettysburg, the judge who presided at the trial of the Alexandra had instructed the jury that no law or duty of Great Britain had been violated in the construction and dispatch of the Alabama. About three months before that time Her Majesty's Government had decided that they would not recommend Parliament to enact a more, effective law for the preservation of neutrality. Laird was constructing the rams in Liverpool under the existing interpretation of the law, and the British Government was refusing to interfere with them. The Chancellor of the Exchequer, five days before the battle of Gettysburg, had declared in the House of Commons, speaking not individually, but in the plural, "We do not believe that the restoration of the American Union by force is attainable." Under these circumstances the insurgents made great exertions to keep the Florida, the Alabama, and the Georgia afloat, and to stimulate their officers and crews to renewed destruction of the commerce of the United States. They counted, not without reason, upon inflaming popular passion in the United States by the continuance of these acts, until the people should force the Government into a retaliation upon Great Britain, the real author of their woes. In pursuance of this policy they withdrew their military forces within the lines of Richmond, and poured money into Bullock's hands to keep afloat and increase his British-built navy, and to send it into the most distant seas in pursuit of the merchant marine of the United States. " Thus the Tribunal will see that, after the battle of Gettysburg, the offensive operations of the insurgents were conducted only at

sea, through the cruizers; and observing that the war was prolonged for that purpose, will be able to determine whether Great Britain ought not, in equity, to reimburse to the United States the expenses thereby entailed upon them. On all these points evidence is presented which will enable the Tribunal to ascertain and determine the amount of the several losses and injuries complained of. To the amount thus shown should be added interest upon the claims to the day when the award is payable by the terms of the Treaty, namely, twelve months after the date of the award. The usual legal rate of interest in the City of New York, where most of the claims of individuals are held, is seven per cent. per annum. In some of the States it is greater: in few of them less. The United States make a claim for interest at that rate. The computation of the interest should be made from an average day to be determined. The United States suggest the 1st day of July, 1863, as the most equitable day. They earnestly hope that the Tribunal will exercise the power conferred upon it, to award a sum in gross to be paid by Great Britain to the United States. The injuries of which the United States complain were committed many years since. The original wrongs to the sufferers by the acts of the insurgent cruizers have been increased by the delay in making reparation. It will be unjust to impose further delay, and the expense of presenting claims to another Tribunal, if the evidence which the United States have the honour to present for the consideration of these Arbitrators shall prove to be sufficient to enable them to determine what sum in gross would be a just compensation to the United States for the injuries and losses of which they complain. Above all it is in the highest interest of the two great Powers which appear at this Bar, that the causes of difference which have been hereinbefore set forth, should be speedily and forever set at rest. The United States entertain a confident expectation that Her Majesty's Government will concur with them in this opinion.

Nr. 4625.
Ver. Staat.,
„Case“ von
1871—72.

Nr. 4626.

OESTERREICH-UNGARN UND CHINA. — Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Kaiserthume China vom 2. September 1869.

(Abgeschlossen zu Peking am 2. September 1869; von Seiner k. und k. Apostolischen Majestät ratificirt zu Wien am 8. Mai 1871, und in den beiderseitigen Ratificationen ausgewechselt zu Shanghai am 27. November 1871.)

¹Nos Franciscus Josephus Primus, divina favente clementia Austriae Imperator; Apostolicus Rex Hungariae, Rex Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Slavoniae,

¹ Alle österreichischen Staatsverträge heben mit einer ähnlichen lateinischen Formel an. [Anm. der Herausg.]

Nr. 4626. Oesterreich-Ungarn und China, 2. Sept. 1869. Galiciae, Lodomeriae et Illyriae; Archidux Austriae; Magnus Dux Cracoviae; Dux Lotharingiae, Salisburgi, Styriae, Carinthiae, Carnioliae, Bucovinae, superioris et inferioris Silesiae; Magnus Princeps Transilvaniae; Marchio Moraviae; Comes Habsburgi et Tirolis etc. etc.

Notum testatumque omnibus et singulis, quorum interest, tenore praesentium facimus:

Posteaquam a Nostro atque Majestatis Suae Chinae Imperatoris Plenipotentiario fine stabiliendarum ac ampliandarum inter Utriusque Nostrum ditiones amicitiae, commercii et navigationis relationum Pechini die secunda mensis Septembris anni millesimi octingentesimi sexagesimi noni tractatus infra scriptus initus et signatus fuit tenoris ad verbum sequentis:

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. w. und Apostolischer König von Ungarn einerseits und Seine Majestät der Kaiser von China andererseits, von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, freundschaftliche Beziehungen zwischen den vorgedachten Staaten zu begründen, haben beschlossen, solche durch einen gegenseitig vortheilhaften und den Unterthanen der hohen vertragenden Mächte nützlichen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag zu befestigen. Zu dem Ende haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine kaiserliche und königliche Apostolische Majestät:

Allerhöchst Ihren Contre-Admiral Anton Freiherrn von P e t z, bevollmächtigten Minister und Gesandten in ausserordentlicher Mission, Chef der k. und k. Expedition nach Ostasien, Ritter des militärischen Maria Theresien-Ordens u. s. w.

Seine Majestät der Kaiser von China:

Tung-Sün, Präsidenten des Conseils der Staatseinnahmen, einen der Cabinetsminister für auswärtige Angelegenheiten;

Chung-Hou, Vormund des Thronerben, Vicepräsidenten des Kriegs-Conseils, einen Commandanten des rothen Banners mit Borten der chinesischen Bannertruppen, Aufseher des Handels der drei nördlichen Häfen u. s. w.,

welche, nachdem sie ihre Vollmachten sich mitgetheilt und solche in guter und gehöriger Form befunden haben, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. I. Zwischen den contrahirenden Staaten soll dauernder Friede und unwandelbare Freundschaft bestehen. Die Angehörigen derselben sollen in den beiderseitigen Staaten vollen Schutz für Person und Eigenthum geniessen.

Art. II. Zur Aufrechthaltung der guten Beziehungen in der Zukunft, genehmigen Seine kaiserliche und königlich Apostolische Majestät und Seine Majestät der Kaiser von China, dass, nach dem zwischen grossen und befreundeten Nationen eingeführten Gebrauche, Seine kaiserliche und königlich Apostolische Majestät, wenn es Ihr angemessen erscheint, bei der Regierung Seiner Majestät des Kaisers von China einen diplomatischen Agenten, und andererseits Seine Majestät der Kaiser von China, wenn es Ihm angemessen erscheint, bei der Regierung Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät einen diplomatischen Agenten beglaubigen könne.

Art. III. Die beiderseitig ernannten diplomatischen Agenten haben das Recht, zur Besorgung ihrer Geschäfte, nach ihrem Ermessen den Aufenthalt entweder bleibend in der Hauptstadt des anderen Theiles zu nehmen, oder dieselbe gelegentlich zu besuchen.

Die diplomatischen Agenten der beiden vertragenden Theile sollen gegenseitig am Orte ihres Aufenthaltes die Vorrechte und Freiheiten geniessen, welche das Völkerrecht ihnen gewährt. Ihre Person, ihre Familie, ihr Haus und ihre Correspondenz sollen unverletzlich sein. Sie sollen in der Wahl und Anstellung ihrer Beamten, Couriere, Dolmetscher, Diener u. s. w. nicht beschränkt werden, welche Personen in keinerlei Weise belästigt werden sollen.

Wer immer sich gegen die Vertreter Ihrer Majestäten, oder gegen ein Mitglied ihrer Familien, oder ihres Haushaltes eine mündliche oder thätliche Beleidigung oder Gewaltthätigkeit zu Schulden kommen lässt, soll von den Behörden strenge bestraft werden.

Art. IV. Es ist ferner festgesetzt, dass den Reisen des Vertreters Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät oder den Personen seines Gefolges keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen. Dieser Vertreter wird seine eigene Correspondenz über was immer für einen Punkt der Küste nach Belieben versenden oder beziehen können; seine Briefe und seine Effecten werden unverletzlich sein. Er wird sich eigener Couriere bedienen können, und diese werden auf ihrer Route denselben Schutz und dieselben Erleichterungen geniessen, deren sich die mit dem Transporte der kaiserlich chinesischen Regierungsdepeschen betrauten Personen erfreuen.

Ueberhaupt wird er derselben Privilegien theilhaftig werden, welche die Functionäre gleichen Ranges nach dem Gebrauche der Nationen des Occidents geniessen.

Alle Arten von Kosten, welche die diplomatischen Missionen verursachen, werden von ihren respectiven Regierungen getragen werden.

Art. V. Der Vertreter Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät wird die Geschäfte mit den Ministern Seiner Majestät des Kaisers von China persönlich oder schriftlich auf dem Fusse vollkommener Gleichheit behandeln.

Art. VI. Die Regierung Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät soll das Recht haben, einen General-Consul und für jeden offenen Hafen oder jede dergleichen Stadt in China, für welche ihre Handelsinteressen es erheischen, einen Consul, Vice-Consul oder Consular-Agenten zu ernennen.

Diese Beamten sollen mit der gebührenden Achtung von den chinesischen Behörden behandelt werden und dieselben Privilegien und Vorrechte geniessen, wie die Consular-Beamten der meistbegünstigten Nation.

Wenn die Regierung Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät die Anstellung eines Consuls in einem der dem Handel geöffneten Häfen nicht für nothwendig erachtet, wird sie den Consul einer befreundeten

Nr. 4626. Macht mit den Functionen eines Consular-Agenten in diesem Hafen betrauen
Oesterreich-
Ungarn und können.

China,
2. Sept. 1869.

Art. VII. Die amtlichen Mittheilungen der diplomatischen und der Consular-Agenten Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät sollen in deutscher Sprache geschehen und von einer chinesischen Uebersetzung begleitet sein. Ebenso sollen die chinesischen Behörden in chinesischer Sprache schreiben, und im Falle in der deutschen oder in der chinesischen Version ein Unterschied entdeckt wird, so soll diejenige als die richtige anerkannt werden, welche in der Sprache der Nation abgefasst ist, die das Schreiben erlassen hat.

Der gegenwärtige Vertrag ist in deutscher und chinesischer Sprache ausgefertigt und beide Texte sind sorgfältig verglichen worden, so dass Sinn und Bedeutung jedes Artikels vollkommen gleichlautend sind.

Art. VIII. In den Häfen und Städten von Canton, Swatow, Amoy, Foochow, Ningpo, Shanghai, Chinkiang, Nanking, Kiukiang und Hankan, auf dem Yangtse-Flusse, Chee-Foo (Yentai), Tientsin und Newchuang, dann Tamsui und Taiwan-foo auf der Insel Formosa und Kiungchow auf der Insel Haiman ist es den Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihren Familien erlaubt, sich frei zu bewegen, niederzulassen, Handel und Industrie zu treiben, in voller Sicherheit und ohne irgend welches Hinderniss.

Im Innern des Landes können sie, gleich den Angehörigen anderer Nationen, Handel treiben, ohne jedoch Waarenhäuser daselbst zu errichten.

Art. IX. Jeder Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, welcher in Gemässheit der Stipulationen des vorhergehenden Artikels in einem der, dem fremden Handel geöffneten Häfen anlangt, wird, ohne Rücksicht auf die Dauer seines Aufenthaltes, Häuser und Magazine zur Aufbewahrung seiner Waaren miethen, oder Grundstücke pachten, und darauf selbst Häuser und Magazine erbauen können.

Die Angehörigen der besagten Monarchie werden in gleicher Weise Gotteshäuser, Spitäler, Armenasyle, Schulen und Friedhöfe anlegen können. Im gegebenen Falle wird die Localbehörde, nachdem sie sich mit dem Consul ins Einvernehmen gesetzt hat, die für den Aufenthalt der vorbenannten Staatsangehörigen geeignetsten Stadtviertel und Plätze, wo obbesagte Bauten stattfinden können, bezeichnen.

Der Preis der Miethen und Pachtungen wird zwischen den Betheiligten frei debattirt, und, so viel als möglich, nach dem durchschnittlichen Localpreise geregelt werden. Die chinesischen Behörden werden ihre Nationalen davon abhalten, übertriebene Preise zu stellen oder solche zu fordern, und der Consul wird seinerseits darauf Bedacht nehmen, dass die Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie keinerlei Zwang anwenden, um den chinesischen Eigenthümern ihre Zustimmung abzunöthigen.

Art. X. Die Handelsschiffe der österreichisch-ungarischen Monarchie werden die dem fremden Handel geöffneten Häfen und Städte besuchen und mit ihren Waaren von einem Hafen zum anderen frei fahren können. Es ist ihnen

aber verboten, andere Häfen zu besuchen oder an der Küste Schmuggelhandel zu treiben.

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1899.

Wenn ein Kauffahrer im Schmuggelhandel betreten wird, so soll seine Ladung, ohne Rücksicht auf deren Werth oder Beschaffenheit, der Confiscation durch die chinesischen Behörden unterliegen; der Kauffahrer kann von dem weiteren Handel ausgeschlossen und entfernt werden, sobald er seine Rechnungen geordnet und beglichen hat. Alle Confiscationen werden zum Besten der chinesischen Regierung stattfinden, welche letztere jedoch, ehe die Beschlagnahme und Confiscation gültig ausgesprochen worden, den k. und k. Consul des nächsten Hafens davon in Kenntniss setzen soll.

Kein Kaufmann oder Kauffahrer darf Rebellen oder Piraten irgend welche Lebensmittel, Waffen oder Munition zuführen. Im Falle der Uebertretung sollen Schiff und Ladung confiscirt und der Schuldige seiner Regierung übergeben werden, damit er nach der Strenge des Gesetzes bestraft werde. Auch ist der Besuch der von Rebellen besetzten Gebiete verboten.

Den unberechtigten Gebrauch ihrer Handelsflagge wird die österreichisch-ungarische Regierung durch alle möglichen Mittel zu verhindern suchen.

Art. XI. Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, welche, um Handel zu treiben, nach dem Innern reisen, müssen sich gleich den Unterthanen anderer Mächte mit Reisedocumenten von Seiten des Zollinspectors versehen; denjenigen, welche blos zum Vergnügen reisen, wird der Consul einen Pass ausstellen, welcher von der Localbehörde visirt werden muss. Dieser Pass muss auf Verlangen vorgezeigt werden. Ist derselbe in Ordnung, so kann der Inhaber seinen Weg fortsetzen, und er darf nicht gehindert werden, Personen in Dienst zu nehmen, oder Boote zum Transporte seines Gepäcks oder seiner Waaren zu miethen. Ist der Reisende dagegen mit einem Passe nicht versehen oder begeht er gesetzwidrige Handlungen, so soll er dem nächsten Consulate zur Bestrafung ausgeliefert werden; doch darf derselbe ausser der nothwendigen Arrestation einer üblen Behandlung nicht unterworfen werden. Zu Ausflügen in einer Entfernung von nicht über hundert Li von den dem Handel geöffneten Häfen und für eine Zeit von nicht über fünf Tagen bedarf es keines Passes.

Dieser Artikel bezieht sich nicht auf die Schiffsmannschaften u. s. w., für welche, im Einverständnisse der Consuln und der Ortsbehörden, besondere Grenzen werden gesetzt werden.

Der k. und k. Consul wird bedacht sein, blos an achtbare Personen Pässe zu ertheilen.

Art. XII. Es soll den Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie gestattet sein, Compradors, Dolmetsche, Schreiber, Arbeiter, Bootführer, Schiffleute und Diener aus allen Theilen Chinas gegen eine entsprechende, durch Uebereinkunft beider Theile festzustellende Vergütung in Dienst zu nehmen. Desgleichen soll es ihnen unverwehrt sein, von Chinesen die Sprache oder die Dialecte des Landes zu erlernen, oder sie in fremden Sprachen zu unterrichten. Dem Verkaufe von, im österreichisch-ungarischen Reiche ge-

Nr. 4696. druckten, sowie dem Ankaufe von chinesischen Büchern soll kein Hinderniss in
Oesterreich- den Weg gelegt werden.
Ungarn und
China, Art. XIII. Das wie immer geartete Eigenthum der Angehörigen der öster-
2. Sept. 1869. reichisch-ungarischen Monarchie im Kaiserthume China wird von den Chinesen

als unverletzlich betrachtet und von ihnen stets geschont werden. Die chine-
sischen Behörden dürfen unter keiner Bedingung auf die Schiffe der obbenannten
Staatsangehörigen Beschlag legen, oder dieselben irgend zu einem öffentlichen
oder Privatzwecke gewaltsam verwenden.

Art. XIV. Wenn ein der österreichisch-ungarischen Monarchie zugehörendes
Schiff in den Gewässern eines dem Handel eröffneten Hafens anlangt, so soll es
ihm freistehen, einen Lootsen nach seiner Wahl aufzunehmen, um sich in den
Hafen führen zu lassen. Ebenso soll es, wenn es alle Gebühren und Abgaben
entrichtet hat, und zur Abreise fertig ist, sich einen Lootsen wählen können, um
es aus dem Hafen hinauszuführen.

Art. XV. Sobald ein der österreichisch-ungarischen Monarchie zugehörendes
Kauffahrtschiff in einen Hafen eingelaufen ist, so soll der Zollinspector, wenn
er es für gut findet, einen oder mehrere Zollbeamten abordnen, um das Schiff
zu überwachen, und darauf zu sehen, dass keine Waaren geschmuggelt werden.
Diese Beamten können nach ihrem Belieben in ihrem eigenen Boote bleiben,
oder sich an Bord des Schiffes aufhalten.

Die Kosten ihrer Besoldung, ihrer Nahrung und ihres Unterhaltes fallen
der chinesischen Zollbehörde zur Last, und sie dürfen keine Entschädigung oder
Belohnung irgend einer Art, weder von dem Schiffscapitän noch von den
Consignatären verlangen.

Art. XVI. Innerhalb vierundzwanzig (24) Stunden nach Ankunft müssen
die Schiffspapire, Frachtbriefe u. s. w. dem Consul übergeben sein, welcher
nach weiteren vierundzwanzig (24) Stunden dem Zollinspector den Namen des
Schiffes, dessen Tonnengehalt und die Beschaffenheit seiner Ladung berichten wird.

Wenn durch Schuld des Capitäns binaen achtundvierzig (48) Stunden nach
der Ankunft des Schiffes dieser Vorschrift nicht entsprochen worden ist, so soll
derselbe einer Strafe von fünfzig (50) Taels für jeden Tag Verzögerung unter-
worfen sein. Jedoch soll der Gesamtbetrag dieser Strafe zweihundert (200)
Taels nicht übersteigen.

Der Capitän ist für die Richtigkeit des Schiffsmanifestes verantwortlich,
welches einen genauen und umständlichen Bericht über die an Bord befindliche
Waarenladung enthalten muss. Für die Ueberreichung eines falschen Schiffs-
manifestes unterliegt er einer Geldstrafe von fünfhundert (500) Taels, aber es
soll ihm gestattet sein, innerhalb vierundzwanzig (24) Stunden nach Ueber-
reichung des Manifestes an die Zollbeamten, irgend einen Irrthum zu verbessern,
den er in demselben entdeckt, ohne deeshalb einer Strafe zu verfallen.

Nachdem der Zollinspector vom Consul den vorgeschriebenen Bericht er-
halten hat, wird ersterer die Erlaubniss zum Oeffnen des Schiffsraumes ertheilen.
Sollte der Capitän ohne eine solche Erlaubniss zum Oeffnen des Schiffsraumes

und zum Ausladen der Waaren schreiten, so verfällt er einer Geldstrafe von fünf-
hundert (500) Taels und alle ausgeladenen Waaren sollen confiscirt werden.

Art. XVII. So oft ein Kaufmann des österreichisch-ungarischen Reiches Waaren zu landen oder zu verschiffen hat, soll er die Erlaubniss dazu bei dem Zollinspector nachsuchen. Waaren, welche ohne eine solche Erlaubniss gelandet oder verschifft werden, unterliegen der Confiscation.

Art. XVIII. Keine Umladung aus einem Schiffe in ein anderes kann ohne besondere Erlaubniss des Zollinspectors stattfinden. Güter, welche ohne Erlaubniss von einem Schiffe auf ein anderes umgeladen worden sind, sollen confiscirt werden.

Art. XIX. Die Capitäne und Handelsleute des österreichisch-ungarischen Reiches werden beliebige Gattungen von Lichterschiffen und Fahrzeugen zum Transporte der Waaren und Passagiere miethen können, und der Miethpreis für diese Lichterschiffe wird durch das freie Uebereinkommen der Betheiligten ohne Dazwischenkunft der chinesischen Behörde geregelt werden. Die Anzahl wird nicht beschränkt sein, und das Monopol derselben, eben so wenig wie jenes des Transportes durch Träger der ein- und auszuladenden Waaren, wird an Niemanden verliehen werden können. Sollte in jenen Lichterschiffen Schmuggel getrieben werden, so unterliegen die Waaren, welche hätten eingeschmuggelt werden sollen, der Confiscation.

Art. XX. Die Kaufleute der österreichisch-ungarischen Monarchie sollen die im Zolltarife verzeichneten Aus- und Einfuhrzölle bezahlen; in keinem Falle aber höhere als die Kaufleute der meistbegünstigten Nation.

Im Falle China vor Ablauf dieses Vertrages mit einer anderen Macht über Ermässigung oder Erhöhung der Zölle verhandeln sollte, so wird die kaiserliche und königliche Regierung, sobald eine solche Vereinbarung allgemein angenommen wurde, derselben gleichfalls beitreten.

Die dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Handelsbestimmungen sollen als integrierender Theil dieses Vertrages, und desshalb als bindend für die beiden hohen contrahirenden Theile angesehen werden.

Art. XXI. Was die Waaren anbelangt, welche nach dem Tarife einer Abgabe ad valorem unterliegen, so soll, wenn der Kaufmann der österreichisch-ungarischen Monarchie mit den chinesischen Beamten sich über den Werth nicht einigen kann, jede Partei zwei oder drei Kaufleute zuziehen, welche die Waaren untersuchen sollen. Der höchste Preis, zu welchem einer dieser Kaufleute sie zu kaufen Willens wäre, soll als der Werth derselben angenommen werden.

Art. XXII. Die tarifmässige Abgabe wird nach dem Nettogewichte jeder Waare, nach Abzug der Tara berechnet. Wenn, um diese Tara auf jeden einzelnen Artikel, z. B. auf Thee, zu erhalten, der Kaufmann sich mit dem Zollbeamten nicht einigen kann, so wählt jeder von ihnen eine gleiche Anzahl Kisten, nach Hunderten, aus, nach Ermittlung des Bruttogewichtes, dann des Nettogewichtes und Berechnung der Differenz ergibt sich mittelst dieser Operation die Durchschnittstara für die ganze Partie. Nach demselben Prinzip ist

Nr. 4623.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

die Tara für jede Waare oder für jeden Artikel zu ermitteln. Wenn sich ausserdem anderer Anlass zu Meinungsverschiedenheiten ergibt, welche nicht sofort zu lösen sind, so ist darüber dem Consul Anzeige zu machen, und dieser hat die Documente dem Zollinspector zu übersenden, um nach Recht und Billigkeit zu entscheiden. Der Recurs muss aber binnen vierundzwanzig Stunden erfolgen, widrigenfalls derselbe ohne Wirkung bleibt. Bis zur Erledigung der Angelegenheit hat der Zollinspector die Buchung der Waaren zu suspendiren.

Art. XXIII. Für alle eingeführten Waaren, welche eine Beschädigung erlitten haben sollten, wird eine der Beschädigung entsprechende Zollermässigung eintreten. Ergeben sich aber Streitigkeiten, so sollen diese auf dieselbe Weise zu Ende geführt werden, als solches im Artikel XXI für die mit einer Abgabe ad valorem belasteten Waaren vorgeschrieben ist.

Art. XXIV. Der Capitän eines der österreichisch-ungarischen Monarchie angehörenden Kauffahrteischiffes kann innerhalb achtundvierzig Stunden nach Ankunft seines Schiffes, aber nicht später, sich zum Wiederauslaufen entschliessen, ohne den Schiffsraum geöffnet zu haben, in welchem Falle er der Entrichtung der Tonnengelder nicht unterliegen wird. Nach Ablauf der achtundvierzig Stunden müssen die Tonnengelder entrichtet werden. Keine anderen Gebühren oder Abgaben sollen beim Ein- oder Auslaufen behoben werden.

Art. XXV. Die Eingangszölle sind beim Landen der Güter und die Ausgangszölle beim Verschiffen derselben fällig. Wenn die Tonnengelder und Zölle, welche von Schiff und Ladung zu zahlen sind, vollständig berichtet wurden, so soll der Zollinspector eine Generalquittung darüber ausstellen, auf deren Vorzeigung der Consularbeamte dem Capitän seine Schiffspapiere zurückgeben und erlauben wird, unter Segel zu gehen.

Art. XXVI. Die Einzahlung der Abgaben erfolgt bei den von der chinesischen Regierung bezeichneten Bankhäusern in Sycee-Silber oder in fremden Münzen. Diese letzteren werden von den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen zu demselben Course angenommen, wie von den anderen fremden Kaufleuten, und in keinem Falle zu einem verschiedenen oder höheren Course.

Art. XXVII. Die der österreichisch-ungarischen Monarchie angehörenden Kauffahrteischiffe von mehr als hundertfünfzig (150) Tonnen sollen vier (4) Mace per Tonne, und Schiffe von hundertfünfzig (150) Tonnen oder weniger, Ein (1) Mace per Tonne bezahlen. Der Berechnung dieser Gebühren wird das englische Tonnenmass zu Grunde gelegt. Ueber die erfolgte Bezahlung der Tonnengelder soll der Zollinspector dem Capitän oder Consignatär eine Bescheinigung ertheilen, auf deren Vorzeigung bei den Zollbehörden anderer chinesischen Häfen, in welche der Capitän einzulaufen für gut finden sollte, binnen vier (4) Monaten vom Datum der im Artikel XXV erwähnten Generalquittung keine abermaligen Tonnengelder mehr verlangt werden sollen.

Keine Tonnengelder sollen zu entrichten sein von Fahrzeugen, welche Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Transporte von Passagieren, Gepäck, Briefen, Lebensmitteln oder solchen Artikeln verwenden, welche keinem

Zolle unterliegen. Führen solche Fahrzeuge gleichzeitig auch zollpflichtige Waaren mit sich, so sollen sie in die Kategorie der Schiffe unter hundertfünfzig (150) Tonnen Gehalt gerechnet werden, und ein Tonnengeld von Ein (1) Mace per Tonne entrichten.

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Art. XXVIII. Den Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, welche Producte aus dem Innern von China nach einem der chinesischen Häfen, oder importirte Waaren aus einem Hafen nach einem Platze des Innern versenden wollen, soll es freistehen, die Transitgebühren auf Einmal zu entrichten und die Zahlung in der Weise zu leisten, welche die dem Tarife beigeschlossene siebente Handelsbestimmung vorschreibt.

Diese einmalige Gebühr wird die Hälfte der im Tarife festgesetzten Gebühren betragen, mit Ausnahme der zollfreien Waaren, welche in Gemässheit der im Tarife dieses Vertrages beigeschlossenen zweiten Handelsbestimmung, einem Transitzolle von $2\frac{1}{2}$ Percent ad valorem unterliegen.

Es ist ausdrücklich bestimmt, dass die Entrichtung der Transitgebühren die im Tarife vorgesehenen Ein- und Ausfuhrzölle nicht berührt, und es haben letztere im ganzen Betrage und abgesondert eingehoben zu werden.

Im Falle die chinesische Regierung in Zukunft mit einer anderen Macht in Bezug auf die Reduction oder Erhöhung der Zölle, oder wegen einer Veränderung in der Art und Weise ihrer Einhebung unterhandeln sollte, so wird die kaiserliche und königliche Regierung einer solchen Uebereinkunft, sobald dieselbe allgemein angenommen worden ist, gleichfalls beitreten.

Art. XXIX. Wenn der Capitän eines der österreichisch-ungarischen Monarchie angehörenden Schiffes, welches in einem chinesischen Hafen eingelaufen ist, daselbst nur einen Theil der Ladung zu löschen wünscht, so soll er auch nur für diesen Theil zur Zollentrichtung verbunden sein. Den Rest der Ladung kann er nach einem anderen Hafen führen und daselbst verzollen und verkaufen.

Art. XXX. Den Fahrzeugen von Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, welche Küstenfahrt betreiben, wird es freistehen, chinesische Erzeugnisse von einem offenen Hafen zum anderen zu transportiren gegen Entrichtung des tarifmässigen Zolles im Hafen der Einladung, und ferner Entrichtung der Cabotagegebühr (welche die Hälfte des tarifmässigen Zolles beträgt) im Ausschiffungshafen. Wenn diese chinesischen Erzeugnisse, welche aus einem anderen Hafen eingeführt worden sind, innerhalb eines Jahres wieder ausgeführt werden, so sollen die oberwähnten Fahrzeuge einen Rückzollschein (draw back certificate oder Tsun-piao) erhalten, welcher den halben Werth des bezahlten Zolles vorstellen wird, wornach das Verschiffen einem Ausgangszolle nicht mehr unterliegt, doch wird im Ausschiffungshafen die Hälfte der Cabotagegebühr zu entrichten sein.

Art. XXXI. Wenn Kaufleute der österreichisch-ungarischen Monarchie in einem der offenen Häfen Waaren eingeführt und daselbst verzollt haben, werden sie vom Zollinspector die Erlaubniss zur Wiederausfuhr erlangen können. Um jeder Defraudation vorzubeugen, werden die Zollbeamten sich überzeugen, ob die

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Zollgebühren für die bezeichneten Waaren wirklich entrichtet und gehörig registriert worden, ferner ob die Marken unverletzt sind. Sollte sich eine Zolldefraudation herausstellen, so werden die Waaren von der chinesischen Regierung confiscirt werden. Unter diesen Bedingungen werden die Kaufleute der österreichisch-ungarischen Monarchie zur Wiederausfuhr fremder Waaren in's Ausland einen Rückzollschein über den bezahlten Einfuhrzoll erhalten. — Bei der Wiederausfuhr chinesischer Erzeugnisse innerhalb einer zwölfmonatlichen Frist ins Ausland können die Kaufleute der österreichisch-ungarischen Monarchie einen Rückzollschein über die bezahlten Cabotagegebühren verlangen.

Die Rückzollscheine werden von dem Zollamte des Hafens, wo sie ausgestellt sind, bei der Entrichtung von Einfuhr- und Ausfuhrzöllen zum Nominalwerthe in Zahlung angenommen werden.

Statt der Rückzollscheine wird man vom Zollamte einen Erlaubnisschein zum zollfreien Löschen der Waaren (Mien-schue-tân) für einen anderen chinesischen Hafen gültig erlangen können. Die der österreichisch-ungarischen Monarchie angehörenden Schiffe, welche mit fremden Cerealien beladen sind, können dieselben zollfrei ausführen, solange sie nicht einen Theil ihrer Ladung gelöscht haben.

Sollte die chinesische Regierung in Zukunft mit einer anderen Macht in Bezug auf die Dauer unterhandeln, innerhalb welcher solche Rückzollscheine (vom Zeitpunkte der Ladung der Waaren gerechnet) ausgestellt werden können, so wird die kaiserliche und königliche Regierung solchen Vereinbarungen zustimmen, sobald dieselben allgemein angenommen worden sind.

Art. XXXII. In jedem der Häfen, welche dem fremden Handel geöffnet sind, soll der Zollinspector beim Consularbeamten eine Sammlung der beim Zollamte in Canton gebräuchlichen Maasse und Gewichte, sowie gesetzliche Wagen zum Abwiegen der Waare und des Geldes deponiren. Diese Normalmaasse, Normalgewichte und Wagen sollen die Grundlagen aller Zolleinforderungen und Zahlungen bilden, und im Falle von Streitigkeiten soll auf ihre Ergebnisse verwiesen werden.

Um jedem Irrthum vorzubeugen und grössere Gleichförmigkeit zu erzielen, ist man übereingekommen, dass diese Maasse und Gewichte mit der vierten Handelsbestimmung dieses Vertrages im Einklang stehen sollen.

Art. XXXIII. Alle Geldstrafen und Confiscationen für Zuwiderhandlungen gegen diesen Vertrag sollen der chinesischen Regierung zufallen.

Die chinesischen Behörden werden in jedem Hafen die ihnen am geeignetsten scheinenden Maassregeln ergreifen, damit die Staatseinnahme weder durch Betrug, noch durch Schmuggel eine Beeinträchtigung erleide.

Art. XXXIV. Den kaiserlichen und königlichen Kriegsschiffen, welche nicht in feindseliger Absicht kommen, oder welche mit der Verfolgung von Seeräubern beschäftigt sind, soll es freistehen, alle chinesischen Häfen ohne Unterschied zu besuchen.

Beim Ankauf von Vorräthen, Einnehmen von Wasser, sowie bei Aus-

besserungen soll ihnen jede Erleichterung zu Theil werden, und sie sollen keinerlei Hindernissen begegnen. Die Befehlshaber solcher Schiffe sollen mit den chinesischen Behörden als Gleichgestellte und auf höflichem Fusse verkehren. Abgaben irgend einer Art sollen von solchen Schiffen nicht erhoben werden.

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China.
2. Sept. 1869

Art. XXXV. Sollte ein österreichisch-ungarischer Kauffahrer zu irgend einer Zeit an der Küste von China Schiffbruch leiden oder stranden, oder gezwungen sein in irgend einem Hafen innerhalb des Gebietes des Kaisers von China Zuflucht zu suchen, so sollen die chinesischen Behörden, sobald sie von dieser Thatsache Nachricht erhalten, unverweilt Massregeln zur Rettung und Sicherheit des Schiffes treffen; den an Bord befindlichen Personen soll eine freundliche Behandlung zu Theil werden, und sie sollen, wenn nothwendig, mit den Mitteln zur Weiterfahrt nach der nächsten Consularstation versehen werden.

Art. XXXVI. Wenn Matrosen oder andere Individuen von den der österreichisch-ungarischen Monarchie zugehörenden Kriegs- oder Handelsschiffen desertiren, so soll die chinesische Behörde auf Requisition des Consularbeamten, oder, wenn ein solcher nicht vorhanden ist, des Capitäns, die erforderlichen Schritte thun, um den Deserteur oder Flüchtling zu entdecken und in die Hände des Consularbeamten oder des Capitäns zurückzuliefern.

Gleichermassen kann, wenn chinesische Deserteure oder wegen eines Verbrechens Verfolgte sich in die Häuser oder auf die Schiffe von Staatsangehörigen des Österreichisch-ungarischen Reiches flüchten sollten, die Ortsbehörde sich an den kaiserlich und königlichen Consularbeamten wenden, welcher die nöthigen Massregeln ergreifen soll, um die Auslieferung derselben zu bewerkstelligen.

Art. XXXVII. Wenn Schiffe der österreichisch-ungarischen Monarchie in chinesischen Gewässern von Seeräubern geplündert werden sollten, so soll es Pflicht der chinesischen Behörden sein, alle Mittel zur Habhaftwerdung und Bestrafung der Räuber anzubieten. Die geraubten Waaren sollen in die Hände des betreffenden Consularbeamten abgeliefert werden, welcher dieselben an die Berechtigten gelangen lassen wird. Kann man weder der Piraten habhaft werden, noch die geraubten Gegenstände wieder erlangen, so sollen die chinesischen Behörden nach den chinesischen Gesetzen bestraft werden, ohne zum Ersatze der geraubten Gegenstände verpflichtet zu sein.

Art. XXXVIII. Wenn ein Staatsangehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie Ursache zu Beschwerden über einen Chinesen hat, so soll er sich zuvörderst zu dem Consularbeamten begeben und den Gegenstand seiner Beschwerde auseinandersetzen. Der Consularbeamte, nachdem er die Angelegenheit untersucht hat, wird sich Mühe geben, dieselbe gütlich auszugleichen.

Ebenso wird der Consularbeamte, wenn ein Chinese sich über einen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu beschweren hat, ersterem williges Gehör schenken und eine gütliche Einigung herbeizuführen suchen.

Sollte eine solche aber in dem einen oder anderen Falle nicht gelingen, so wird der Consularbeamte die Mitwirkung des betreffenden chinesischen Beamten

Nr. 4626. in Anspruch nehmen, und beide vereint werden die Angelegenheit nach den
Oesterreich- Grundsätzen der Billigkeit entscheiden.

China,
2. Sept. 1869.

Art. XXXIX. Chinesische Unterthanen, welche sich einer verbrecherischen Handlung gegen einen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie schuldig machen, sollen von den chinesischen Behörden verhaftet und nach chinesischen Gesetzen bestraft werden.

Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, wenn sie sich einer verbrecherischen Handlung gegen einen chinesischen Unterthan schuldig machen, sollen von dem Consularbeamten verhaftet und nach den Gesetzen des österreichisch-ungarischen Reiches bestraft werden.

Art. XL. Streitsachen zwischen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, bezüglich der Rechte des Eigenthums oder der Personen, unterstehen der Gerichtsbarkeit der kaiserlichen und königlichen Behörden. Streitsachen zwischen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Angehörigen einer anderen fremden Nation werden in China nach den zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dieser fremden Nation bestehenden Verträgen entschieden werden, ohne dass der chinesischen Regierung eine Ingerenz zustünde. Wenn aber chinesische Unterthanen in die Streitsache verwickelt sind, werden die chinesischen Behörden in jedem Falle an dem Verfahren sich betheiligen, in Gemässheit der Artikel XXXVIII und XXXIX des gegenwärtigen Vertrages.

Art. XLI. Die chinesischen Behörden sollen der Person und dem Eigenthum der Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu jeder Zeit den vollsten Schutz angedeihen lassen, namentlich wenn denselben eine Beleidigung oder eine Gewaltthat widerfahren sollte.

In Fällen von Raub oder Brandschatzung sollen die Ortsbehörden die geeigneten Massregeln ergreifen, um das geraubte Eigenthum zurückzuerlangen, der Unordnung zu steuern und die Schuldigen zu arretiren, welche nach dem Gesetze bestraft werden sollen. Sollte es aber der Localbehörde nicht gelingen, der Schuldigen habhaft zu werden, so wird von der chinesischen Regierung keine andere Compensation verlangt werden können, als die Bestrafung besagter Behörde nach chinesischen Gesetzen.

Art. XLII. Wenn ein chinesischer Unterthan, welcher Schuldner eines Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie ist, es unterlässt, seine Schuld zu bezahlen, oder in betrügerischer Absicht sich entfernt, so wird die chinesische Behörde jedes ihr zu Gebot stehende Mittel anwenden, um den Flüchtigen zu verhaften, und den Schuldner zur Bezahlung seiner Schuld zu zwingen.

Ebenso sollen die kaiserlichen und königlichen Behörden ihr Möglichstes thun, um Staatsangehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, welche ihre Schulden an chinesische Unterthanen nicht bezahlen, dazu zu zwingen, und, wenn sie in betrügerischer Absicht sich entfernt haben, vor Gericht zu ziehen.

In keinem Falle aber sollen weder die chinesische Regierung noch die

Regierung Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät für die Schulden ihrer Staatsangehörigen verantwortlich gemacht werden können.

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Art. XLIII. Der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihren Staatsangehörigen sollen volle und gleiche Theilnahme an allen Privilegien, Freiheiten und Vortheilen zustehen, welche von Seiner Majestät dem Kaiser von China der Regierung oder den Unterthanen irgend einer anderen Nation gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden mögen.

Alle Veränderungen im Tarife oder in den Bestimmungen über Zölle, Tonnen- und Hafengelder, Einfuhr, Ausfuhr und Transit, auch die beschränkenden, sollen, wenn sie allgemein angenommen worden sind, auch auf die Handelsleute und Kauffahrer der österreichisch-ungarischen Monarchie sofort und ohne weiteren Vertrag Anwendung finden.

Ebenso sollen chinesische Unterthanen in dem Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie gleich den Unterthanen der meist begünstigten Nation behandelt werden.

Art. XLIV. Man ist übereingekommen, dass jeder der hohen contrahirenden Theile das Recht haben soll, nach Ablauf von zehn Jahren die Revision des Tarifes und der auf den Handel bezüglichen Artikel dieses Vertrages zu verlangen. Wenn aber in den darauf folgenden sechs Monaten kein Verlangen gestellt wird, so bleibt der Tarif, vom obigen Zeitpunkte an gerechnet, weitere zehn Jahre in Kraft, und dasselbe wird nach dem Ablaufe einer jeden der nachfolgenden zehnjährigen Perioden beobachtet werden.

Sollte aber vor Ablauf der ersten zehn Jahre mit einer der Mächte, welche mit China im Vertrags-Verhältnisse stehen, eine Revision ihres Vertrages oder Tarifes vorgenommen werden, so sollen die Vortheile derselben der Regierung Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät sofort zu Statten kommen.

Art. XLV. Die Ratificationen dieses Vertrages sollen innerhalb Eines Jahres vom Tage der Unterzeichnung desselben in Shangai oder Tientsin ausgewechselt werden.

Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und demselben ihre Siegel beigedrückt.

Geschehen zu Peking, in vierfacher Ausfertigung am zweiten September des Jahres Eintausend Achthundert sechzig und neun der christlichen Zeitrechnung, d. i. am 26. Tage des 7. Monates des 8. Jahres der Regierung Seiner Majestät Tung-Chih.

(L. S.) Freiherr von Petz,
Contre-Admiral.

(L. S.) Tung-Sün.
(L. S.) Chung-Hou.

Nr. 4826.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Z o l l t a r i f.

I. Einfuhr.

23

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Gegenstand	per	T.	M.	C.	C.
ric, nicht über 46 engl. Zoll breit und nicht über 12 Yards lang.	Stück	—	—	3	5
seline, nicht über 46 engl. Zoll breit und nicht über 24 Yards lang.	"	—	—	7	5
seline, nicht über 46 engl. Zoll breit und nicht über 12 Yards lang	"	—	—	3	5
st, nicht über 36 engl. Zoll breit und nicht über 40 Yards lang.	"	—	2	—	—
y oder Piqué, nicht über 40 engl. Zoll breit und nicht über 12 Yards lang	"	—	—	6	5
am, nicht über 28 engl. Zoll breit und nicht über 30 Yards lang.	"	—	—	3	5
er, nicht über 1 Yard im Quadrat	Dutzend	—	—	2	5
ent, nicht über 35 Yards lang	Stück	—	2	—	—
nt, nicht über 34 Yards lang	"	—	1	5	—
wollzwirn	100 Catties	—	7	2	—
wollgarn	"	—	7	—	—
nuss	"	—	1	5	—
nusschale	"	—	—	7	5
e de mer, schwarz	"	1	5	—	—
" " weiss	"	—	3	5	—
enwachs, gelbes	"	1	—	—	—
enille	"	5	—	—	—
Bezoar, indisches	Catty	1	5	—	—
	100 Catties	—	1	8	—
antenzähne, ganz	"	4	—	—	—
" Bruch.	"	3	—	—	—
rn, Eisvogel	100	—	4	—	—
Pfauen	100	—	4	—	—
rsteine	100 Catties	—	—	3	—
balg	"	—	2	—	—
e, gesalzene	"	—	1	8	—
magen	"	1	—	—	—
ier	"	—	1	5	—
elen, getrocknete.	"	—	3	6	—
urzelken	"	—	5	—	—
urzelkenmutter	"	—	1	8	—
eng, amerikanischer, ungeklärt.	"	6	—	—	—
eng, amerikanischer, geklärt.	"	8	—	—	—
Fenster.	100 □ Fuss	—	1	5	—
draht, echter	Catty	1	6	—	—
" imitirter	"	—	—	3	—
mi, Benjamin	100 Catties	—	6	—	—
Oel, von	"	—	6	—	—
Drachenblut	"	—	4	5	—
Myrrhe.	"	—	4	5	—
Olibanum	"	—	4	5	—
migutt	"	1	—	—	—

Nr. 4826.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.



Gegenstand	per	T.	M.	C.	C.
Samen	100 Catties	—	—	8	5
ie	"	1	—	—	—
(Mangelbaum-) Rinde	"	—	—	8	—
le:					
arbeitetes, wie in Blechen, Stangen, Nägeln	"	1	5	—	—
wie in Platten	"	1	—	—	—
Nägel	"	—	9	—	—
.	"	—	6	—	—
arbeitetes, wie in Blechen, Stangen, Stäben,	"	—	1	2	5
verarbeitetes, in Blöcken	"	—	—	7	5
llast	"	—	—	1	—
acht	"	—	2	5	—
blöcken	"	—	2	5	—
tafeln	"	—	5	5	—
er	"	2	—	—	—
nach dem, dem Tarife angehängten Regula-	"	—	2	5	—
käuflich)	"	—	2	5	—
.	"	1	2	5	—
h	"	—	4	—	—
se	"	2	5	—	—
, getrocknete	"	—	2	—	—
eingemachte, gesalzene oder eingemachte .	"	—	1	8	—
.	"	80	—	—	—
terschale	"	—	2	—	—
schwarzer	"	—	3	6	—
reisser	"	—	5	—	—
(Kostwurzel)	"	—	6	—	—
stindisches Stuhlrohr)	"	—	1	5	—
(nur nach dem, dem Tarif angehängten	"	—	5	—	—
tiv verkäuflich).	"	—	—	—	—
ige, nicht über 84 Yards lang	Stück	—	1	8	—
z.	100 Catties	—	4	—	—
z.	"	—	1	—	—
tenschalen	Catty	—	2	5	—
„ Bruch	"	—	—	7	2
.	Stück	—	—	3	5
.	100 Catties	1	5	—	—
abak, fremder	"	7	2	—	—
(nur nach dem, dem Tarif angehängten	"	—	2	—	—
tiv verkäuflich).	"	—	—	—	—
1 von Leinen oder Baumwolle, nicht über 50	Stück	—	4	—	—
lang	100 Catties	—	5	5	—
Büffel- und Hirsch-	100 Catties	—	5	5	—
ht, echter	Catty	1	8	—	—
imitirter	"	—	—	—	—

Nr. 426.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Nr. 426.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1874.

Gegenstand	per	T.	M.	C.	C.
Spieldosen, 5 ^o , ad valorem	Catty	—	—	—	—
Stangenlack	100 Catties	—	3	—	—
Steinkohlen, fremde	Tonne	—	—	5	—
Stockfisch	100 Catties	—	5	—	—
Taschenuhren	Paar	1	—	—	—
„ emallirt à perles	„	4	5	—	—
Tauwerk, Manilla	100 Catties	—	3	5	—
Teleskope, Ferngläser, Operngläser, Spiegel, Trumeaux, 5 ^o , ad valorem	—	—	—	—	—
Tigerknochen.	100 Catties	1	5	5	—
Uhren, Wand- und Stutz-, 5 ^o , ad valorem	—	—	—	—	—
Vogelneester; indische, essbare					
1. Qualität	Catty	—	5	5	—
2. Qualität	„	—	4	5	—
3. Qualität oder ungereinigte	„	—	1	5	—
Wallrosszähne	100 Catties	2	—	—	—
Wachs, japanesisches	„	—	6	5	—
Wollengarn	„	3	—	—	—
Wollenwaaren, nämlich:					
Decken	Paar	—	2	—	—
Feines Tuch und Spanish stripes, Habit und Medium Tuch, 51 bis 64 engl. Zoll breit	Chang	—	1	2	—
Long Fells, 31 engl. Zoll breit	„	—	—	4	5
Camelot, englischer, 31 engl. Zoll breit	„	—	—	5	—
Camelot, holländischer, 33 engl. Zoll breit	„	—	1	—	—
Camelot, imitirter oder Bombazettes	„	—	—	3	5
Casimir, Flanell und schmales Tuch	„	—	—	4	—
Lastings, 31 engl. Zoll breit	„	—	—	5	—
Lastings, imitirter und Orleans, 34 engl. Zoll breit	„	—	—	3	5
Flaggentuch, Bunting, nicht über 24 engl. Zoll breit, 40 Yards lang	Stück	—	2	—	—
Wollene und baumwollene gemischte Gewebe, wie Lustres, einfache und brocat, nicht über 31 Yards lang	„	—	2	—	—
Ordinäre Spanish stripes	Chang	—	1	—	—
Zimmt	100 Catties	1	5	—	—
Zunder	„	—	3	5	—

II. Ausfuhr.

Gegenstand	per	T.	M.	C.	C.
Alaun	100 Catties	—	—	4	5
„ grüner oder Eisenvitriol	„	—	1	—	—
Anis-Stern	„	—	5	—	—
„ -Bruch	„	—	2	5	—
„ -Oel	„	5	—	—	—

Nr. 4636.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
3. Sept. 1869.

7

7

7

7

174 23

100

7

7

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Gegenstand	per	T.	M.	(
Giseng, einheimischer, 5% ad valorem	100 Catties	—	—	—
Giseng von Corea oder Japan				
1. Qualität	Catty	—	5	—
2. „	„	—	3	—
Glas oder Glaswaaren	100 Catties	—	5	—
Glasperlen	„	—	5	—
Grastuch, feines	„	2	5	—
„ ordinäres	„	—	7	—
Gyps	„	—	—	—
Haare, Kameel-	„	1	—	—
„ Ziegen-	„	—	1	—
Hanf	„	—	3	—
Hanfgarne von Canton	„	—	1	—
„ von Sutschau (Sutchow)	„	—	5	—
Häute, grüne	„	1	8	—
Holz: Pfähle, Stangen, Balken	Stück	—	—	—
„ -Waaren	100 Catties	1	1	—
Honig	„	—	9	—
Hörner, Hirsch-, alte	„	1	3	—
„ „ junge	Paar	—	9	—
Indigo, trockener	100 Catties	1	—	—
Joss sticks (chinesische Glimmkerzen)	„	—	2	—
Kampfer	„	—	7	—
Kanthariden	„	2	—	—
Kastanien	„	—	1	—
Kleidungsstücke, baumwollene	„	1	5	—
„ seidene	„	10	—	—
Knoblauch	„	—	—	—
Knochen- und Hornwaaren	„	1	5	—
Koffer von Leder	„	1	5	—
Konfect und Eingemachtes aller Art	„	—	5	—
Korallen, unechte	„	—	3	—
Kubeben	„	1	5	—
Kupfererz	„	—	5	—
„ Blech, altes	„	—	5	—
Kupfer- und Zinnwaaren	„	1	1	—
Kuriositäten und Antiquitäten, 5% ad valorem	—	—	—	—
Lackirte Waaren	100 Catties	1	—	—
Lakritzen	„	—	1	—
Lampendochte	„	—	6	—
Leder, frisches	„	1	8	—
Lederwaaren, wie Taschen, Beutel, Börsen	„	1	5	—
Lichees (getrocknete Früchte)	„	—	2	—
Lilienblumen, getrocknete	„	—	2	—
Liliensamen oder Lotosnüsse	„	—	5	—
Lung-ngan (getrocknete Früchte)	„	—	2	—
„ ohne Stein	„	—	3	—
Marmorplatten	„	—	2	—

Gegenstand	per	T.	M.	C.	C.
aller Art	100 Stück	—	2	—	—
abelag, fortlaufend die Rolle von 40 Yards	Rolle v. 40 Ya.	—	2	—	—
ensamen	100 Catties	—	1	—	—
knöpfe	"	8	—	—	—
folie	"	1	5	—	—
warum	"	1	—	—	—
draht	"	1	1	5	—
us	Catty	—	9	—	—
ng und inländische Baumwollenseuge	100 Catties	1	5	—	—
n, lange (Vermicelli)	"	—	1	8	—
rie Bohnen-, Thee-, Holz-, Baumwollen- und fsamen-Oel	"	—	8	—	—
samen	"	—	8	—	—
ore, gesteppte, Bettdecken von Baumwolle	100	2	7	5	—
; 1. Qualität	100 Catties	—	7	—	—
2. "	"	—	4	—	—
geöltes	"	—	4	5	—
unechte	"	2	—	—	—
mutter-Waaren	Catty	—	1	—	—
rmünzblätter	100 Catties	—	1	—	—
rmünzöl	"	8	5	—	—
llan, feines	"	—	9	—	—
ordinares	"	—	4	5	—
der Paddy, Weizen, Hirse oder andere Körner- chte	"	—	1	—	—
urber	"	1	2	5	—
töcke	Tausend	—	5	—	—
ig, gespaltener Waaren	100 Catties.	—	2	5	—
"	"	—	3	—	—
hu	"	—	1	5	—
lholz-Waaren	Catty	—	1	—	—
en, Orange-	100 Catties	—	3	—	—
Pumelo-, 1. Qualität	"	—	4	5	—
" 2. "	"	—	1	5	—
lpatt-Waaren	Catty	—	2	—	—
ken	100 Catties	—	5	5	—
ne, Papier, Kitty sols	100	—	5	—	—
ipftabak	100 Catties	—	8	—	—
ie und Stiefel von Leder oder Atlas	100 Paar	3	—	—	—
ie von Stroh	"	—	1	8	—
irmer und Feuerwerk	100 Catties	—	5	—	—
imm oder Agaric	"	—	6	—	—
es	"	—	7	5	—
"	"	—	1	5	—
rohe oder gezwirnte	"	10	—	—	—
gelbe von Setchuen	"	7	—	—	—
gehaspelte von Dupions	"	5	—	—	—
wilde, roh	"	2	5	—	—

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1899.

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Gegenstand	per	T.	M.	C
Seide: Abfall	100 Catties	1	—	—
„ Cocons	„	3	—	—
„ Floret von Canton	„	4	3	—
„ „ von anderen Provinzen	„	10	—	—
„ Bänder und Zwirn	„	10	—	—
Seiden-Waaren:				
„ -Pongies, Shawls, Schärpen (scarfs), Krepp, Atlas, Gaze, Sammt und brodirte Stoffe	„	12	—	—
„ -Samnte von Setchuen und Shang-tung	„	4	5	—
„ -Quasten (Troddeln)	„	10	—	—
„ -Mützen	100	—	9	—
Mit Baumwolle gemischte Stoffe	100 Catties	5	5	—
Sesamsamen	„	—	1	8
Silber- und Goldwaaren	„	10	—	—
Soya	„	—	4	—
Strohgeflecht	„	—	7	—
Steckrüben (Turnips), gesalzene	„	—	1	8
Steinkohle	„	—	—	4
Tabak, zubereiteter	„	—	4	8
„ -Blätter	„	—	1	8
Talg, animalischer	„	—	2	—
„ vegetabilischer	„	—	3	—
Teppiche und Droguets	100	3	5	—
Thee	100 Cattiés	2	5	—
Töpfer- und irdene Waaren	„	—	—	4
Tusche, chinesische	„	4	—	—
Wachs, weisses oder Insecten-	„	1	5	—
Wolle	„	—	3	4
Zinnfolie	„	1	2	—
Zinnober	„	2	5	—
Zucker, brauner	„	—	1	8
„ weisser	„	—	2	—
„ Kandis-	„	—	2	4

Handelsbestimmungen.

Erste Bestimmung. Nicht aufgeführte Waaren.

Artikel, welche in dem Ausfuhrtarif nicht angeführt sind, sich aber in dem Einfuhrtarif aufgezählt finden, sollen, wenn sie ausgeführt werden, dieselben Zölle bezahlen, welche ihnen durch den Einfuhrtarif auferlegt sind. In gleicher Weise sollen die im Einfuhrtarif nicht aufgezählten Artikel, welche sich in dem Ausfuhrtarif verzeichnet finden, wenn sie importirt werden, dieselben Zölle zahlen, die in dem Ausfuhrtarif ihnen auferlegt sind.

Artikel, welche sich weder in dem einen, noch in dem anderen

beiden Tarife verzeichnet finden, und auch unter den zollfreien Waaren nicht aufgeführt sind, sollen einen Zoll von fünf Percent ad valorem zahlen, wobei der Marktpreis zu Grunde gelegt werden soll.

Nr. 46226.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Zweite Bestimmung. Zollfreie Waaren.

Gold und Silber in Barren, fremde Münzen, Mehl, Maismehl, Sago, Biscuit, präservirtes Fleisch, präservirtes Gemüse, Käse, Butter, Zuckerwaaren, fremde Kleidungsstücke, Gold- und Juwelierwaaren, Silber und plattirte Waaren, Parfümerien, Seife aller Art, Holzkohlen, Brennholz, fremde Kerzen, fremder Tabak, fremde Cigarren, Wein, Bier und Spirituosen, Hausgeräthe, Haus- und Schiffsvorräthe, Gepäck zum persönlichen Gebrauche, Papier- und Schreibmaterialien, Tapissierewaaren, Messerschmiedwaaren, fremde Medicamente, Glas- und Crystallwaaren.

Die hier aufgeführten Artikel sollen weder Einfuhr- noch Ausfuhrzoll zahlen. Mit Ausnahme von Gepäck zum persönlichen Gebrauche, Gold und Silber in Barren und fremden Münzen sollen sie aber, wenn sie nach dem Innern von China geführt werden, einem Transitzoll von zwei und einem halben Percent ad valorem unterliegen. Ein Fahrzeug, welches ganz oder theilweise mit zollfreien Artikeln (Gepäck zum persönlichen Gebrauche, Gold und Silber in Barren und fremde Geldmünzen ausgenommen) befrachtet ist, soll zur Entrichtung von Tonnengeldern verbunden sein, selbst wenn es keine andere Ladung an Bord haben sollte.

Dritte Bestimmung. Verbotene Waaren.

Die Einfuhr sowohl als die Ausfuhr folgender Gegenstände ist verboten:

Schiesspulver, Kugeln, Kanonen, gross und klein, Gewehre von jedem Kaliber, Waffen, Munition und Kriegsgeräthschaften aller Art, Salz.

Vierte Bestimmung. Maasse und Gewichte.

Der Tarifberechnung liegt die Annahme zu Grunde, dass das Gewicht eines (1) Pical von hundert (100) Catti gleich ist hundertzwanzig (120) Zollpfund siebenundzwanzig (27) Loth ein (1) Quent acht (8) Cents, oder sechzig (60) Kilogramm vierhundert dreiundfünfzig (453) Gramm, und dass die Länge eines (1) Tschang von zehn (10) chinesischen Fuss gleich ist elf (11) Fuss zwei (2) Zoll neun (9) Linien österreichisch oder drei (3) Meter fünf und fünfzig (55) Centimeter. Ein chinesischer Fuss wird angenommen gleich dreizehn (13) Zoll fünf (5) Linien österreichisch, oder drei hundert fünf und fünfzig (355) Millimeter.

Fünfte Bestimmung. Artikel, die früher verboten waren.

Die Beschränkung des Handels mit Opium, Kupfermünze, Cerealien, Hülsenfrüchten, Schwefel, Salpeter und der unter der englischen Benennung Spelter bekannten Zinkart, ist unter folgenden Bedingungen aufgehoben:

1. Opium soll von jetzt an dreissig (30) Taels Eingangszoll für das Picul zahlen.

Nr. 4626. Der Importeur soll es nur im Hafen verkaufen können, und in das Innere China
 Oesterreich- soll der Artikel nur von Chinesen und als chinesisches Eigenthum verfü
 Ungarn und werden dürfen. Dem Kaufmanne der österreichisch-ungarischen Monarchie s
 China, nicht erlaubt sein, ihn zu begleiten. Der XI (eiflte) Artikel des Vertrages d
 2. Sept. 1869. also auf diesen Fall nicht ausgedehnt werden. Ebenso finden die Bestimmung
 über Transitgebühren auf Opium keine Anwendung, sondern die chinesisc
 Regierung darf diese Waare nach Gutdünken mit Transitzöllen belegen. Au
 Tarifrevisionen sollen auf Opium keine Anwendung finden.

2. Kupfermünze. Die Ausfuhr chinesischer Kupfermünze nach ein
 fremden Hafen ist verboten, aber die Angehörigen der österreichisch-ungarisch
 Monarchie können dieselbe unter folgenden Bedingungen aus einem der offen
 Häfen China's nach einem anderen verführen.

Der Verschiffer muss den Betrag der Kupfermünze, welche er einzuschif
 beabsichtigt, und den Hafen, nach welchem dieselbe bestimmt ist, angeben.
 muss zwei zahlungsfähige Personen als Bürgen, oder irgend eine andere v
 Zollinspector genügend erachtete Caution dafür stellen, dass er innerhalb sei
 (6) Monate, vom Zeitpunkt der Klarirung ab, dem Zolleinnehmer im Hafen e
 Verschiffung das von demselben ausgestellte Certificat zurückgeben will, u
 zwar mit einer darauf enthaltenen, unter Siegel ausgefertigten Bescheinigu
 des Zolleinnehmers im Hafen der Bestimmung, dass die Kupfermünze daselb
 angekommen ist. Bringt der Verschiffer das Certificat nicht bei, so verfällt
 in eine, dem Betrage der verschifften Kupfermünze gleiche Geldstrafe. I
 Kupfermünze soll keinen Zoll zahlen, aber eine vollständige oder theilwe
 Ladung dieser Münze soll das Fahrzeug, auf dem sie sich befindet, zur Zahlu
 von Tonnengeldern verpflichten, selbst wenn es keine anderen Frachten
 Bord hätte.

3. Reis. Die Ausfuhr nach einem fremden Hafen von Reis und all
 anderen einheimischen oder fremden Cerealien, wo sie auch erzeugt, oder v
 wo sie eingeführt sein mögen, ist verboten. Aber diese Producte dürfen v
 Kaufleuten der österreichisch-ungarischen Monarchie aus einem offenen Haf
 China's nach dem anderen geführt werden, unter denselben Bürgschaft
 bedingungen wie bei Kupfermünze, und gegen Zahlung der im Tarife bezeichnet
 Zölle im Hafen der Einschiffung.

Kein Einfuhrzoll soll von Reis und Cerealien erhoben werden, aber ei
 ganze oder theilweise Ladung von Reis und Cerealien soll, wenn sich auch kei
 andere Ladung an Bord befindet, das Fahrzeug, das damit befrachtet ist, d
 Zahlung der Tonnengelder unterwerfen.

4. Salpeter, Schwefel und die unter dem Namen Spelter bekannt
 Zinkart werden als Kriegsmunition angesehen, und dürfen durch Kaufleute d
 österreichisch-ungarischen Monarchie nicht eingeführt werden, es sei denn a
 Verlangen der chinesischen Regierung oder zum Verkaufe an chinesische Unte
 thanen, die vorschriftsmässig autorisirt sind, solche zu kaufen. Kein Erlaubnis
 schein zum Landen solcher Gegenstände wird ertheilt werden, ehe das Zolla

sich versichert hat, dass der Käufer die nöthige Autorisation erhalten hat. Es soll den Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht erlaubt sein, diese Artikel den Yang-tze-kiang hinauf oder in andere, als die an der See-küste eröffneten Häfen einzuführen; auch dürfen sie dieselben nicht für Rechnung von Chinesen in das Innere des Landes begleiten.

Nr. 1626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1899.

Diese Artikel sollen nur in den Häfen verkauft werden, und an allen anderen Orten sollen sie als chinesisches Eigenthum angesehen werden.

Die Zuwiderhandlung gegen die hier festgesetzten Bedingungen, unter denen der Handel mit Opium, Kupfermünze, Cerealien, Salpéter, Schwefel und dem, unter dem Namen Spelter bekannten Zink erlaubt ist, soll mit Confiscation aller in Rede stehenden Artikel bestraft werden.

Sechste Bestimmung. Formalitäten, welche von den Schiffen bei ihrer Ankunft im Hafen zu beobachten sind.

Um jedes Missverständniss zu verhüten, ist man übereingekommen, dass der Zeitraum von 24 Stunden, binnen dessen jeder Capitän laut Artikel XVI des Vertrags seine Papiere dem Consul übergeben muss, von dem Augenblicke zu laufen anfangen soll, wo das Schiff innerhalb der Hafengränze angekommen ist.

Ebenso soll die Frist von 48 (achtundvierzig) Stunden gerechnet werden, welche der Artikel XXIV dieses Vertrages den der österreichisch-ungarischen Monarchie zugehörenden Schiffen im Hafen zu bleiben erlaubt, ohne Tonnengelder zu bezahlen.

Die Hafengränzen sollen von den Zollbehörden den Bedürfnissen des Handelsstandes gemäss bestimmt werden, soweit dieselben mit gebührender Wahrung der Zolleinkünfte vereinbar sind.

Auf dieselbe Weise sollen die Orte bestimmt werden, wo es in jedem Hafen gestattet sein wird Güter ein- und auszuladen, und diese Orte sollen den Consuln bekanntgemacht werden, damit sie dem Publicum davon Kenntniss geben.

Siebente Bestimmung. Durchfuhrzölle.

Kaufmannsgüter haben die Transitzölle berichtet, wenn sie folgende Bedingungen erfüllt haben.

Bei der Einfuhr. Dem Vorstande des Zollamtes in dem Hafen, von welchem aus die Waaren in das Innere versendet werden, soll von der Art und Anzahl dieser Waaren, von dem Namen des Schiffes, welches dieselben ausgeladen hat, und von dem Namen der Orte, wohin sie bestimmt sind, Anzeige gemacht werden.

Der Vorstand des Zollamtes wird, nachdem er sich von der Wahrheit dieser Angaben überzeugt, und den Betrag der Transitabgaben, wie er im Artikel XXVIII des Vertrages normirt ist, empfangen hat, dem Importeur der Waaren ein Transitabgaben-Certificat aushändigen, welches bei allen Hebestellen vorgezeigt werden muss. Keine andere Abgabe irgend einer Art kann, nach welchem

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Theile des Reiches diese Waaren auch gebracht werden mögen, davon erhoben werden.

Bei der Ausfuhr. Die im Innern von China von einem Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie gekauften Erzeugnisse sollen an der ersten Hebestelle, welche sie auf ihrem Wege nach dem Einschiffungshafen passiren, untersucht und notirt werden. Die Person, oder die Personen, welche den Transport besorgen, sollen eine von ihnen unterzeichnete Erklärung über die Qualität der Erzeugnisse und den Hafen, in welchem sie eingeschifft werden sollen, übergeben. Sie werden dann ein Certificat erhalten, das bei jeder Hebestelle auf dem Wege nach dem Einschiffungshafen vorgezeigt und visirt werden muss.

Bei Ankunft der Waaren an der dem Hafen zunächst gelegenen Hebestelle wird dem Zollamte dieses Hafens davon Anzeige gemacht werden, und die Waaren können, nachdem der laut Artikels XXVIII des Vertrages darauf lastende Durchfuhrzoll entrichtet ist, passiren. Bei der Ausfuhr sollen die durch den Tarif festgesetzten Zölle bezahlt werden.

Jeder Versuch, ein- oder auszuführende Waaren den obigen Bestimmungen entgegen durchzuschuggeln, soll zur Folge haben, dass diese Waaren der Confiscation unterliegen.

Waaren, welche auf die angegebene Weise als Transitwaaren nach einem Hafen declarirt worden sind, dürfen confiscirt werden, wenn sie ohne Erlaubniss während des Transits verkauft werden.

Jeder Versuch, mehr Waaren durchzuführen als in dem Certificat angegeben sind, lässt alle in dem Certificate aufgeführten Waaren derselben Benennung der Confiscation anheimfallen.

Der Vorstand des Zollamtes soll das Recht haben, die Einschiffung von Waaren zu verhindern, von denen die Zahlung der darauf haftenden Transitabgaben nicht nachgewiesen werden kann, und das solange, bis diese Abgaben entrichtet sind.

Achte Bestimmung. Fremder Handel im Innern auf Grund von Pässen.

Man ist übereingekommen, dass der Artikel XI des Vertrages nicht so verstanden werden soll, als erlaube er den Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie nach der Hauptstadt von China zu kommen, um dort Handel zu treiben.

Neunte Bestimmung. Entrichtung der Zölle in den Häfen.

Da der vorstehende Vertrag der chinesischen Regierung das Recht einräumt, alle jene Massregeln zu treffen, welche ihr geeignet scheinen werden, um die aus dem Handel der österreichisch-ungarischen Monarchie ihr erwachsenden Einnahmen zu schützen, ist man übereingekommen, dass ein gleichförmiges System in allen offenen Häfen angenommen werden wird.

Die chinesische Regierung wird alle jene Massregeln ergreifen, welche ihr

nothwendig scheinen werden, um den Schleichhandel auf dem Yang-tze-kiang hintanzuhalten.

Nr. 4626.
Oesterreich-
Ungarn und
China,
2. Sept. 1869.

Der von der chinesischen Regierung zur Ueberwachung des fremden Handels ernannte Functionär wird zu diesem Behufe von Zeit zu Zeit die verschiedenen Häfen entweder selbst besuchen, oder einen Vertreter dahin senden. Dem besagten Functionär wird es freistehen, nach seinem Gutdünken einen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu wählen, den er für geeignet hält, ihm in der Verwaltung der Zolleinnahmen, in der Hintanhaltung des Schmuggels, in der Feststellung der Hafengränzen, in der Ausübung der Functionen eines Hafencapitäns, endlich in der Vertheilung der Leuchtthürme, Bojen, Seezeichen u. s. w. zu unterstützen; die Unterhaltungskosten derselben sollen aus den Tonnengebühren bestritten werden.

(L. S.) Freiherr von **Petz.**
Contre-Admiral.

(L. S.) **Tung-Sün.**
(L. S.) **Chung-Hou.**

¹Nos visis et perpensis tractatus hujus articulis ea omnia, quae in illis continentur, rata grataque habere declaramus ac profitemur, Verbo Nostro Caesareo Regio promittentes, Nos ea omnia fideliter observaturos atque executioni mandaturos esse.

In quorum fidem majusque robur praesentes ratihabitionis Nostrae tabulas manu Nostra signavimus, sigilloque Nostro Caesareo Regio appenso firmari jussimus.

Dabantur in Imperiali urbe Nostra Vienna die octava mensis Maji, anno Domini millesimo octingentesimo septuagesimo primo, Regnorum Nostrorum vigesimo tertio.

Franciscus Josephus m. p. (L. S.)

Comes a **Beust** m. p.

Ad mandatum Sacrae Caes. et Reg. Apost. Majestatis proprium:

Maximilianus Liber Baro a **Gagern** m. p.,
Consiliarius aulicus ac ministerialis.

Der vorstehende Vertrag sammt Zolllarif und Handelsbestimmungen wird nach erfolgter Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes hiermit kundgemacht.

Wien, am 17. April 1872.

Auersperg m. p.

Banhans m. p.

¹ Von dem Schluss österreichischer Staatsverträge gilt, was oben von dem Eingang gesagt wurde. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4627.
Deutschland
und Frank-
reich,
14. Fbr. 1872.

Nr. 4627.

DEUTSCHLAND-FRANKREICH. — Postvertrag zwischen Deutschland und Frankreich. Vom 14. Februar 1872.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser einerseits, und der Präsident der Französischen Republik andererseits, von dem Wunsche geleitet, die postalischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zu regeln und zu erleichtern, haben die Vereinbarung eines desfallsigen Vertrages beschlossen und für diesen Zweck zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser: || Allerhöchstihren Botschafter bei der Französischen Republik Grafen Harry von Arnim und || Allerhöchstihren General-Postdirektor Heinrich Stephan || und || der Präsident der Französischen Republik: || Herrn Carl von Rémusat, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und || Herrn Germain Rampont, General-Postdirektor, | welche, nach erfolgtem Austausch ihrer in guter und regelrechter Form befundenen Vollmachten, über die nachstehenden Artikel übereingekommen sind.

Art. 1.—Zwischen der deutschen Postverwaltung und der französischen Postverwaltung soll ein regelmässiger Austausch von gewöhnlichen Briefen, Korrespondenzkarten, rekommandirten Briefen und anderen rekommandirten Gegenständen, Briefen mit Werthangabe, Zeitungen und anderen Drucksachen, Waarenproben, Handels- oder Geschäftspapieren und Manuskripten stattfinden. | Der Austausch soll erfolgen: || 1) direkt vermittelt der bestehenden oder einzurichtenden Transportverbindungen jeder Art zwischen denjenigen Grenzpunkten der beiden Länder, welche von den gedachten beiden Verwaltungen im gemeinsamen Einverständniss bezeichnet werden; || 2) in geschlossenen Briefpacketen im Transit durch Belgien, und eintretenden Falls im Transit durch Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz. || Die Briefpackete sollen stets auf dem schnellsten Wege befördert werden. Sollten mehrere Wege die gleiche Beschleunigung darbieten, so bleibt der absendenden Verwaltung die Wahl des Weges überlassen. | Die beiderseitigen Postverwaltungen behalten sich vor, diejenigen Postanstalten und Eisenbahn-Postbüreaus zu bezeichnen, welche die gegenseitige Ueberlieferung der Korrespondenzen zu bewirken haben.

Art. 2.—Jede der beiden Verwaltungen hat durch ihre Transportmittel und auf ihre Kosten für die Ueberlieferung der Briefpackete auf den Eisenbahnrouten bis zur Grenze ihres Gebiets oder bis zu irgend einem andern, demnächst im gemeinsamen Einverständniss festzusetzenden Auswechslungspunkte zu sorgen. || Die Kosten der Postverbindungen auf gewöhnlichen Strassen hat jede Verwaltung bis zu dem Grenzbüreau der andern Verwaltung zu tragen. Die Kontrakte über die Verdingung der einzelnen Postverbindungen sollen jedoch stets für beide Richtungen abgeschlossen werden und zwar von derjenigen der beiden Verwaltungen, in deren Gebiet der die niedrigste Vergütung in Anspruch

nehmende Unternehmer wohnt. Die Verwaltung, welche den Kontrakt mit dem Unternehmer abgeschlossen hat, soll der anderen Verwaltung ein Duplikat des Kontrakts zustellen. || Die Kosten für den Transit durch Belgien, und eintretenden Falls durch Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz, hat jede Verwaltung für die von ihr abgesandten Briefpakete zu tragen. Indess soll die Gesamtheit der Transitzkosten zunächst von derjenigen Verwaltung ausbezahlt werden welche die günstigsten Bedingungen von dem, den Transit leistenden Lande erlangt hat, wogegen die andere Verwaltung den Betrag zu erstatten hat, welcher für die von ihr abgesandten Briefpakete entfällt.

Nr. 4627.
Deutschland
und Frank-
reich,
14. Fbr. 1872.

Art. 3. — Diejenigen Personen, welche gewöhnliche Briefe und Korrespondenzkarten aus Deutschland nach Frankreich und Algerien oder umgekehrt aus Frankreich und Algerien nach Deutschland absenden wollen, können nach ihrer Wahl das Porto für solche Briefe und Korrespondenzkarten bis zum Bestimmungsort entrichten oder die Bezahlung desselben den Empfängern überlassen. || Rekommandirte Briefe und andere rekommandirte Gegenstände, Briefe mit Werthangabe, Handels- oder Geschäftspapiere, Waarenproben, Zeitungen und sonstige Drucksachen müssen stets bis zum Bestimmungsort frankirt werden.

Art. 4. — Das Porto des einfachen Briefes im Verkehr zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Algerien andererseits wird, wie folgt, festgesetzt: 1) auf drei Groschen für den frankirten Brief aus Deutschland, und auf vierzig Centimen für den frankirten Brief aus Frankreich und Algerien; 2) auf fünf Groschen für den unfrankirten Brief nach Deutschland und auf sechzig Centimen für den unfrankirten Brief nach Frankreich und Algerien. || Als Ausnahme von der vorstehenden Bestimmung wird das Porto des einfachen Briefes im Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich in denjenigen Fällen, in welchen die Entfernung in gerader Linie zwischen der Aufgabe-Postanstalt und der Bestimmungs-Postanstalt dreissig Kilometer nicht übersteigt, wie folgt, festgesetzt: 1) auf zwei und einen halben Groschen für den frankirten Brief aus Deutschland und auf dreissig Centimen für den frankirten Brief aus Frankreich; 2) auf drei Groschen für den unfrankirten Brief nach Deutschland und auf vierzig Centimen für den unfrankirten Brief nach Frankreich. || Als ein einfacher Brief wird ein solcher angesehen, dessen Gewicht zehn Grammen nicht übersteigt; bei schwereren Briefen wird für jedes Mehrgewicht von zehn Grammen oder einen Theil von zehn Grammen ein einfacher Portosatz mehr erhoben. Korrespondenzkarten werden in jeder Beziehung den gewöhnlichen Briefen gleichgeachtet. || Man ist übereingekommen, dass, sobald die Verhältnisse es gestatten, das Porto des einfachen frankirten Briefes im Verkehr zwischen beiden Ländern von 3 Groschen auf $2\frac{1}{2}$ Groschen und von 40 Centimen auf 30 Centimen ermässigt werden soll.

Art. 5. — Das Porto für Journale, Zeitungen, periodische Werke, brochirte oder eingebundene Bücher, Noten, Kataloge, Prospektus, Ankündigungen und Anzeigen verschiedener Art. gleichviel ob gedruckt, gestochen, lithographirt oder autographirt, ferner für Kupferstiche, Lithographien und Photographien im Ver-

Nr. 4627.
Deutschland
und Frank-
reich,
14. Fbr. 1872.

kehr zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Algerien andererseits wird, wie folgt, festgesetzt: || auf dreiviertel Groschen für je fünfzig Grammen oder einen Theil von fünfzig Grammen bei der Absendung aus Deutschland und auf zehn Centimen für je fünfzig Grammen oder einen Theil von fünfzig Grammen bei der Absendung aus Frankreich. || Die in diesem Artikel festgesetzte ermässigte Taxe findet auf die bezeichneten Gegenstände nur dann Anwendung, wenn dieselben den im Ursprungslande gesetzlich oder reglementarisch vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen. || Diejenigen Gegenstände, welche den desfallsigen Bedingungen nicht entsprechen oder unfrankirt zur Absendung gelangen, sollen als Briefe behandelt und demgemäss taxirt werden. || Das Gewicht einer Sendung mit Zeitungen oder sonstigen Drucksachen soll ein Kilogramm nicht übersteigen. || Als Ausnahme von den vorstehend getroffenen Bestimmungen sollen die Journale, Zeitungen und periodischen Werke, welche in einem der beiden Länder veröffentlicht und von den Herausgebern an die Postverwaltung des anderen Landes übersandt werden, nur bis zur Ausgangsgrenze des Ursprungslandes frankirt werden und nur demjenigen Porto unterliegen, welches für die im innern Verkehr des betreffenden Landes versandten Gegenstände gleicher Art festgesetzt ist. || Die in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen beschränken in keiner Weise das den beiderseitigen Regierungen zustehende Recht, diejenigen im gegenwärtigen Artikel bezeichneten Gegenstände auf ihren Gebieten nicht befördern oder bestellen zu lassen, in Betreff deren den bestehenden Gesetzen und Vorschriften des Landes über die Bedingungen ihrer Veröffentlichung und Verbreitung nicht genügt sein sollte.

Art. 6. — Das Porto für Waarenproben im Verkehr zwischen beiden Ländern wird bis zum Gewicht von 50 Grammen wie folgt festgesetzt: || auf drei Groschen bei der Absendung aus Deutschland und auf vierzig Centimen bei der Absendung aus Frankreich. || Für Waarenproben, welche das Gewicht von fünfzig Grammen überschreiten, wird für jedes Mehrgewicht von fünfzig Grammen oder einem Theil von fünfzig Grammen ein Portosatz von dreiviertel Groschen bei der Absendung aus Deutschland und von zehn Centimen bei der Absendung aus Frankreich mehr erhoben. || Die in diesem Artikel festgesetzte ermässigte Taxe findet auf Waarenproben nur dann Anwendung, wenn dieselben unter Band gelegt oder anderweit dergestalt verpackt sind, dass der Inhalt leicht geprüft werden kann. Sie dürfen keinen Kaufwerth haben und keine anderen handschriftlichen Vermerke tragen, als die Adresse des Empfängers, die Unterschrift des Absenders, Fabrik- oder Handelszeichen, Nummern und Preise. || Waarenproben, welche den vorbezeichneten Bedingungen nicht entsprechen oder unfrankirt zur Absendung gelangen, werden wie Briefe behandelt und demgemäss taxirt. Das Gewicht einer Sendung mit Waarenproben soll 250 Grammen nicht übersteigen.

Art. 7. — Das Porto für Handels- oder Geschäftspapiere, für Korrekturbogen mit handschriftlichen Korrekturen und für Manuskripte wird bis zum Gewicht von fünfzig Grammen wie folgt festgesetzt: auf drei Groschen bei der

Absendung aus Deutschland und auf vierzig Centimen bei der Absendung aus Frankreich. || Für diejenigen Sendungen, welche das Gewicht von fünfzig Grammen überschreiten, wird für jedes Mehrgewicht von fünfzig Grammen oder einem Theil von fünfzig Grammen ein Portosatz von dreiviertel Groschen bei der Absendung aus Deutschland und von zehn Centimen bei der Absendung aus Frankreich mehr erhoben. || Die in diesem Artikel festgesetzte ermässigte Taxe findet auf die bezeichneten Sendungen nur dann Anwendung, wenn dieselben unter Band gelegt sind und keinen Brief oder Vermerk enthalten, welcher den Charakter einer eigentlichen und persönlichen Korrespondenz trägt. || Diejenigen Sendungen, welche den vorbezeichneten Bedingungen nicht entsprechen oder unfrankirt zur Absendung gelangen, werden wie unfrankirte Briefe behandelt und demgemäss taxirt. || Das Gewicht einer Sendung mit Geschäftspapieren u. s. w. soll ein Kilogramm nicht übersteigen.

Nr. 4627.
Deutschland
und Frank-
reich,
14. Fbr. 1872.

Art. 8. — Die Korrespondenzen jeder Art, welche aus einem Lande nach dem andern zur Absendung gelangen, können mittelst der im Ursprungslande gültigen Postwerthzeichen frankirt werden. || Die durch Postwerthzeichen unzureichend frankirten Korrespondenzgegenstände werden wie unfrankirte Briefe taxirt, jedoch nach Abzug des Werths der vom Absender verwendeten Postmarken. || Wenn bei Berechnung des vom Empfänger einzuziehenden Portos sich ein Bruchtheil eines halben Groschens oder eines Decimen ergibt, so soll von der deutschen Postverwaltung für den Bruchtheil eines halben Groschens ein halber Groschen und von der französischen Postverwaltung für den Bruchtheil eines Decimen ein voller Decime erhoben werden.

Art. 9. — Die Korrespondenzgegenstände jeder Art, welche im gegenseitigen Verkehr zwischen den Einwohnern Deutschlands einerseits und den Einwohnern Frankreichs und Algeriens andererseits zur Absendung gelangen, können unter Rekommandation abgesandt werden. || Für die rekommandirten Sendungen wird ausser dem in den Artikeln 4, 5, 6 und 7 festgesetzten Porto bei der Absendung aus Frankreich eine feste Gebühr von fünfzig Centimen erhoben. Bei der Absendung aus Deutschland kommt die im inneren Verkehr des Landes bestehende Gebühr zur Erhebung. || Der Absender einer rekommandirten Sendung kann die Beschaffung eines Rückscheins verlangen. Die Rückscheine über rekommandirte Gegenstände unterliegen nur der im Ursprungslande in Anwendung kommenden Gebühr.

Art. 10. — Die Taxe für Briefe mit Werthangabe setzt sich wie folgt zusammen: || 1) aus dem Porto für gewöhnliche frankirte Briefe von gleichem Gewicht, || 2) aus der im vorhergehenden Artikel festgesetzten Rekommandationsgebühr, || 3) aus der Gebühr von einem Groschen für je 20 Thaler oder einen Theil von 20 Thalern des angegebenen Werths bei der Absendung aus Deutschland oder einer Gebühr von zwanzig Centimen für je 100 Franken oder einen Theil von 100 Franken des angegebenen Werths bei der Absendung aus Frankreich. || Bei Briefen mit Werthangabe soll das Gewicht 250 Grammen nicht übersteigen. || Der angegebene Werth darf nicht höher sein als 2700 Thaler

Nr. 4627.
Deutschland
und Frank-
reich,
14. Fbr. 1872.

oder 10,000 Franken. Der in einem Briefe enthaltene Werthbetrag muss vom Absender auf der Adressseite in der linken oberen Ecke, ohne irgend eine Rasur oder Abänderung, selbst wenn letztere vom Absender anerkannt wäre, angegeben sein. Die Briefe mit Werthangaben müssen unter Kreuzkuvert abgesandt werden und mit fünf Siegeln verschlossen sein.

Art. 11. — Im Falle des Verlustes einer rekommandirten Sendung wird diejenige Verwaltung, in deren Bereich der Verlust stattgefunden hat, dem Absender, oder eintretenden Falls dem Adressaten eine Entschädigung zahlen von vierzehn Thalern, wenn die Absendung aus Deutschland erfolgt ist, oder von fünfzig Franken, wenn die Absendung aus Frankreich stattgefunden hat. Im Falle ein Brief mit Werthangabe verloren gehen oder seines Inhalts beraubt werden sollte, sei es auf deutschem Gebiete unter Umständen, welche für die deutsche Postverwaltung nach deutschen Gesetzen die Ersatzpflicht zur Folge haben würden, oder auf französischem Gebiete unter Umständen, welche für die französische Postverwaltung nach französischen Gesetzen die Ersatzpflicht zur Folge haben würden, so hat die verantwortliche Verwaltung dem Absender, oder in Stelle desselben dem Adressaten innerhalb einer Frist von zwei Monaten, vom Tage der Reklamation an gerechnet, den angegebenen Werth zu zahlen oder zahlen zu lassen, für welchen die im Artikel 10 festgesetzte Versicherungsgebühr entrichtet ist. Derartige Reklamationen sind jedoch nur zulässig, wenn sie innerhalb sechs Monaten, vom Tage der Aufgabe des betreffenden Briefes an gerechnet, erhoben werden. Nach Ablauf dieses Termins steht dem Reklamanten ein Anspruch auf Entschädigung nicht zu.

Art. 12. — Jede Verwaltung bezieht ungetheilt diejenigen Beträge, welche nach Massgabe der vorhergehenden Artikel 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 in ihrem Gebiet erhoben werden. Es wird ausdrücklich zwischen den kontrahirenden Theilen vereinbart, dass die in den genannten Artikeln bezeichneten Gegenstände, welche richtig bis zum Bestimmungsort frankirt worden sind, unter keinem Vorwande oder Titel in dem Bestimmungslande irgend einer Taxe oder Gebühr zu Lasten der Empfänger unterworfen werden dürfen.

Art. 13. — Die deutsche Postverwaltung und die französische Postverwaltung können sich gegenseitig Korrespondenzen jeder Art zum Einzeltransit nach und aus solchen Ländern überliefern, denen sie zur Vermittelung dienen. Das deutsch-französische Porto bildet keinen Gegenstand der Abrechnung zwischen beiden Verwaltungen. Als Ausnahme von der vorstehenden Bestimmung sollen für die Korrespondenzen nach und aus überseeischen Ländern an die transitleistende Verwaltung dieselben Portosätze vergütet werden, welche für derartige Korrespondenzen im inneren Verkehr dieser Verwaltung erhoben werden. Die Beträge an fremdem Porto und an Seepporto, welche die deutsche Postverwaltung an die französische Postverwaltung zu vergüten hat, sollen nach Massgabe der dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Anlage A. berechnet werden. Die Beträge an fremdem Porto und an Seepporto, welche die französische Postverwaltung an die deutsche Postverwaltung zu vergüten hat, sollen nach Massgabe der

dem gegenwärtigen Verträge beigefügten Anlage B. berechnet werden. Es wird vereinbart, dass die in den Anlagen A. und B. festgesetzten Bedingungen im gemeinsamen Einverständniss der beiden Verwaltungen abgeändert werden können.

Nr. 4627.
Deutschland
und Frank-
reich,
14. Fbr. 1872.

Art. 14. — Die deutsche Postverwaltung und die französische Postverwaltung werden gegenseitig die geschlossenen Briefpakete befördern, welche die eine Verwaltung im Transit durch das Gebiet der anderen Verwaltung absendet oder empfängt. || Um eine billige Ausgleichung für den von beiden Theilen geleisteten Transit herbeizuführen, soll diejenige Verwaltung, welche im Laufe eines Vierteljahres an Briefen und Drucksachen ein grösseres Gewichtsquantum absendet oder empfängt, als die andere Verwaltung, dieser letzteren Verwaltung folgende Beträge für das Mehrgewicht als Entschädigung zahlen: sechs Franken für jedes Kilogramm Briefe, und einen Franken für jedes Kilogramm Zeitungen und andere, einer ermässigten Taxe unterliegende Sendungen. | Es wird indess vereinbart, dass keine Entschädigung für das vierteljährliche Mehrgewicht zu zahlen ist, wenn dasselbe nicht mehr beträgt als 100 Kilogramm Briefe und 500 Kilogramm Zeitungen und andere Drucksachen. | Die deutsche Postverwaltung und die französische Postverwaltung werden gegenseitig die geschlossenen Briefpakete befördern lassen, welche die eine Verwaltung mittelst der Seepost-routen der anderen Verwaltung absendet oder empfängt. Die dessfallsige Beförderung soll unter denjenigen Bedingungen stattfinden, welche die meistbegünstigte Nation von der den Seetransport vermittelnden Verwaltung erhalten hat.

Art. 15. — Portofreie Beförderung wird nur der Korrespondenz in Postdienstangelegenheiten eingeräumt.

Art. 16. — Die Umrechnung der in Thalern und Groschen ausgedrückten Beträge in andere deutsche Währungen wird, soweit erforderlich, in der bei der deutschen Postverwaltung üblichen Weise bewirkt werden.

Art. 17. — Die auf den Austausch der Korrespondenzen bezüglichen Abrechnungen werden monatlich aufgestellt, und zwar von jeder der beiden Verwaltungen für die von der anderen Verwaltung empfangenen Briefkartenschlüsse. Die betreffenden Abrechnungen werden gegenseitig geprüft und demnächst vierteljährlich in eine Generalabrechnung zusammengefasst. Das Ergebniss der Generalabrechnung wird in der Währung desjenigen Gebiets festgestellt, für welches sich eine Forderung herausstellt. Die Saldirung erfolgt in Wechseln auf Berlin, wenn eine Forderung für die deutsche Verwaltung entfällt, und in Wechseln auf Paris, wenn eine Forderung für die französische Verwaltung entfällt.

Art. 18. — Die deutsche Postverwaltung und die französische Postverwaltung werden im gemeinsamen Einverständniss die Form der im vorhergehenden Artikel 17 erwähnten Abrechnungen, sowie alle weiteren besonderen Dienstvorschriften festsetzen, welche erforderlich sind, um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrages zu sichern.

Art. 19. — Der gegenwärtige Vertrag wird sobald als möglich und späte-

Nr. 4627.
Deutschland
und Frank-
reich,
14. Fbr. 1872.

stens am 1. Mai 1872 zur Ausführung gebracht werden und soll so lange gültig bleiben, bis einer der vertragschliessenden Theile dem andern, und zwar ein Jahr im Voraus, seine Absicht angekündigt hat, den Vertrag aufzuheben. Während dieses letzten Jahres bleibt der Vertrag vollständig in Kraft, unbeschadet der Aufstellung und Saldirung der Abrechnungen zwischen den Verwaltungen der beiden Länder nach Ablauf des gedachten Termins. Vom Tage der Ausführung des gegenwärtigen Vertrages werden alle den Postverkehr betreffenden früheren Bestimmungen und Festsetzungen zwischen den deutschen Staaten oder Verwaltungen und Frankreich aufgehoben.

Art. 20. — Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen sobald als möglich zu Versailles ausgewechselt werden. || Zu Urkunden dessen haben die Bevollmächtigten denselben in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und mit dem Abdruck ihres Petschafts versehen. || So geschehen zu Versailles, den 14. Februar 1872.

Arnim.
(L. S.)

Stephan.
(L. S.)

Rémusat.
(L. S.)

G. Rampont.
(L. S.)

Die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat zu Versailles stattgefunden.

Nr. 4628.

DEUTSCHLAND-SPANIEN. — Postvertrag zwischen Deutschland und Spanien. Vom 19. April 1872.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser einerseits, und Seine Majestät der König von Spanien andererseits, von dem Wunsche geleitet, die postalischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zu regeln und zu erleichtern, haben die Vereinbarung eines neuen Vertrages beschlossen und für diesen Zweck zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: Seine Majestät der Deutsche Kaiser: || Allerhöchstihren General-Postdirektor Heinrich Stephan, || Seine Majestät der König von Spanien: || Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Don Juan Antonio de Rascon, welche, nach erfolgtem Austausch ihrer in guter und regelmässiger Form befundenen Vollmachten, über die nachstehenden Artikel übereingekommen sind.

Art. 1. — Zwischen der deutschen Postverwaltung und der spanischen

Postverwaltung soll ein regelmässiger Austausch von gewöhnlichen Briefen, ^{Nr. 4628.} Korrespondenzkarten, rekommandirten Briefen und anderen rekommandirten ^{Deutschland} Gegenständen, Zeitungen und anderen Drucksachen, Waarenproben, Handels- ^{u. Spanien,} oder Geschäftspapieren und Manuskripten stattfinden. || Der Austausch soll erfolgen in geschlossenen Briefpacketen auf dem Wege durch Frankreich, oder auf dem Wege durch Frankreich und Belgien. || Die Briefpackete sollen stets auf dem schnellsten Wege befördert werden. Sollten mehrere Wege die gleiche Beschleunigung darbieten, so bleibt der absendenden Verwaltung die Wahl des Weges überlassen. || Die beiderseitigen Postverwaltungen behalten sich vor, diejenigen Postanstalten und Eisenbahn-Postbüreaus zu bezeichnen, welche die gegenseitige Ueberlieferung der Korrespondenzen zu bewirken haben.

Art. 2. — Die Kosten für den Transit durch Frankreich, und eintretenden Falls durch Belgien, hat jede Verwaltung für die von ihr abgesandten Briefpackete zu tragen. Indess soll die Gesammtheit der Transitkosten zunächst von derjenigen Verwaltung ausbezahlt werden, welche die günstigsten Bedingungen von dem, den Transit leistenden Lande erlangt hat, wogegen die andere Verwaltung den Betrag zu erstatten hat, welcher für die von ihr abgesandten Briefpackete entfällt.

Art. 3. — Diejenigen Personen, welche gewöhnliche Briefe aus Deutschland nach Spanien oder umgekehrt aus Spanien nach Deutschland absenden wollen, können nach ihrer Wahl das Porto für solche Briefe bis zum Bestimmungsorte entrichten, oder die Bezahlung desselben den Empfängern überlassen. | Rekommandirte Briefe und andere rekommandirte Gegenstände, Korrespondenzkarten, Handels- oder Geschäftspapiere, Waarenproben, Zeitungen und sonstige Drucksachen müssen stets bis zum Bestimmungsorte frankirt werden.

Art. 4. — Das Porto des einfachen Briefes im Verkehr zwischen Deutschland einerseits und Spanien andererseits wird wie folgt festgesetzt: | 1) auf drei Groschen für den frankirten Brief aus Deutschland, und auf vierzig Centimos einer Peseta für den frankirten Brief aus Spanien; || 2) auf fünf Groschen für den unfrankirten Brief nach Deutschland und auf sechzig Centimos einer Peseta für den unfrankirten Brief nach Spanien. | Als ein einfacher Brief wird ein solcher angesehen, dessen Gewicht fünfzehn Grammen nicht übersteigt; bei Briefen, welche mehr als fünfzehn Grammen wiegen, wird für jedes Gewicht von fünfzehn Grammen oder einem Theil von fünfzehn Grammen ein einfacher Portosatz erhoben. || Korrespondenzkarten werden in jeder Beziehung den gewöhnlichen frankirten Briefen gleichgeachtet. || Die beiden Verwaltungen sind ermächtigt, sobald die Verhältnisse es gestatten, in gemeinsamem Einverständniss das Porto des einfachen frankirten Briefes im Verkehr zwischen beiden Ländern von 3 Groschen auf 2½ Groschen und von 40 Centimos einer Peseta auf 30 Centimos einer Peseta zu ermässigen.

Art. 5. — Das Porto für Journale, Zeitungen, periodische Werke, brochirte oder eingebundene Bücher, Noten, Kataloge, Prospektus, Ankündigungen und Anzeigen verschiedener Art, gleichviel ob gedruckt, gestochen, lithographirt oder

stens am 1. Mai 1872 zur Ausführung gebracht werden und soll so lange g
bleiben, bis einer der vertragschliessenden Theile dem andern, und zwar
Jahr im Voraus, seine Absicht angekündigt hat, den Vertrag aufzuhebe
"Während dieses letzten Jahres bleibt der Vertrag vollständig in Kraft,
beschadet der Aufstellung und Saldirung der Abrechnungen zwischen den
waltungen der beiden Länder nach Ablauf des gedachten Termins. Vom
der Ausführung des gegenwärtigen Vertrages werden alle den Postverkehr
treffenden früheren Bestimmungen und Festsetzungen zwischen den deuts
Staaten oder Verwaltungen und Frankreich aufgehoben.

Art. 20. — Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikati
sollen sobald als möglich zu Versailles ausgewechselt werden. Zu Ur
dessen haben die Bevollmächtigten denselben in doppelter Ausfertigung u
zeichnet und mit dem Abdruck ihres Petschafts versehen. So geschehe
Versailles, den 14. Februar 1872.

Arnim.

(L. S.)

Stephan.

(L. S.)

Rémusat.

(L. S.)

G. Rampont.

(L. S.)

Die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden hat zu Versailles s
gefunden.

Nr. 4628.

DEUTSCHLAND-SPANIEN. — Postvertrag zwischen Deutschla Spanien. Vom 19. April 1872.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser einerseits, und Seine Maj
König von Spanien andererseits, von dem
ziehungen zwischen den beiden Ländern
sprechend zu regeln und zu erleichtern,
Vertrages beschlossen und für diesen Zweck
Seine Majestät der Deutsche Kaiser: |
Heinrich Stephan, Seine Majestät der |
ausserordentlichen Gesandten und bevollm
dem Deutschen Kaiser, König von Preus
welche, nach erfolgtem Austausch ihrer |
fundenen Vollmachten, über die nachstehe

Art. 1. — Zwischen der deutschen

Nr. 4628.
Deutschland
u. Spanien,
19. Apr. 1872.

authographirt, ferner für Kupferstiche, Lithographien und Photographien im Verkehr zwischen Deutschland einerseits und Spanien andererseits wird wie folgt festgesetzt: ¶ auf drei Viertel Groschen für je fünfzig Grammen oder einen Theil von fünfzig Grammen bei der Absendung aus Deutschland und ¶ auf zehn Centimos einer Peseta für je fünfzig Grammen oder einen Theil von fünfzig Grammen bei der Absendung aus Spanien. Die in diesem Artikel festgesetzte ermässigte Taxe findet auf die bezeichneten Gegenstände nur dann Anwendung, wenn dieselben den im Ursprungslande gesetzlich oder reglementarisch vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen. ¶ Diejenigen Gegenstände, welche den desfallsigen Bedingungen nicht entsprechen, oder unfrankirt zur Absendung gelangen, sollen als Briefe behandelt und demgemäss taxirt werden. ¶ Das Gewicht einer Sendung mit Zeitungen, oder sonstigen Drucksachen soll ein Kilogramm nicht übersteigen. ¶ Die in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen beschränken in keiner Weise das den beiderseitigen Regierungen zustehende Recht, diejenigen im gegenwärtigen Artikel bezeichneten Gegenstände auf ihren Gebieten nicht befördern oder bestellen zu lassen, in Betreff deren den bestehenden Gesetzen und Vorschriften des Landes über die Bedingungen ihrer Veröffentlichung und Verbreitung nicht genügt sein sollte.

Art. 6. — Das Porto für Waarenproben im Verkehr zwischen beiden Ländern wird für je 50 Grammen oder einen Theil von 50 Grammen wie folgt festgesetzt: ¶ auf drei Viertel Groschen bei der Absendung aus Deutschland und ¶ auf zehn Centimos einer Peseta bei der Absendung aus Spanien. ¶ Die in diesem Artikel festgesetzte ermässigte Taxe findet auf Waarenproben nur dann Anwendung, wenn dieselben unter Band gelegt oder anderweit dergestalt verpackt sind, dass der Inhalt leicht geprüft werden kann. Sie dürfen keinen Kaufwerth haben und keine anderen handschriftlichen Vermerke tragen, als die Adresse des Empfängers, die Unterschrift des Absenders, Fabrik- oder Handelszeichen, Nummern und Preise. ¶ Waarenproben, welche den vorbezeichneten Bedingungen nicht entsprechen oder unfrankirt zur Absendung gelangen, werden wie Briefe behandelt und demgemäss taxirt. ¶ Das Gewicht einer Sendung mit Waarenproben soll 250 Grammen nicht übersteigen.

Art. 7. — Das Porto für Handels- oder Geschäftspapiere, für Korrekturbogen mit handschriftlichen Korrekturen und für Manuskripte wird für je 50 Grammen oder einen Theil von 50 Grammen wie folgt festgesetzt: ¶ auf drei Viertel Groschen bei der Absendung aus Deutschland und ¶ auf zehn Centimos einer Peseta bei der Absendung aus Spanien. ¶ Die in diesem Artikel festgesetzte ermässigte Taxe findet auf die bezeichneten Sendungen nur dann Anwendung, wenn dieselben unter Band gelegt sind und keinen Brief oder Vermerk enthalten, welcher den Charakter einer eigentlichen und persönlichen Korrespondenz trägt. ¶ Diejenigen Sendungen, welche den vorbezeichneten Bedingungen nicht entsprechen oder unfrankirt zur Absendung gelangen, werden wie unfrankirte Briefe behandelt und demgemäss taxirt. ¶ Das Gewicht einer Sendung mit Geschäftspapieren u. s. w. soll ein Kilogramm nicht übersteigen.

Art. 8. — Die Korrespondenzen jeder Art, welche aus einem Lande nach dem andern zur Absendung gelangen, können mittelst der im Ursprungslande gültigen Postwerthzeichen frankirt werden. || Die durch Postwerthzeichen unzureichend frankirten Korrespondenzgegenstände werden wie unfrankirte Briefe taxirt, jedoch nach Abzug des Werthes der vom Absender verwendeten Postmarken. || Wenn bei Berechnung des vom Empfänger einzuziehenden Ergänzungsportos sich ein Bruchtheil eines halben Groschens oder ein Betrag von weniger als fünf Centimos einer Peseta ergibt, so soll von der deutschen Postverwaltung für den Bruchtheil eines halben Groschens ein halber Groschen und von der spanischen Postverwaltung für einen Theil von fünf Centimos einer Peseta der Betrag von fünf Centimos einer Peseta erhoben werden.

Nr. 4628.
Deutschland
u. Spanien,
19. Apr. 1872.

Art. 9. — Die Korrespondenzgegenstände jeder Art, welche im gegenseitigen Verkehr zwischen den Einwohnern Deutschlands einerseits, und den Einwohnern Spaniens andererseits zur Absendung gelangen, können unter Rekommandation abgesandt werden. || Für die rekommandirten Sendungen wird ausser dem in den Artikeln 4, 5, 6 und 7 festgesetzten Porto eine feste und unveränderliche Rekommandationsgebühr erhoben, welche von der Postverwaltung des Aufgabebiets festgesetzt wird. || Der Absender einer rekommandirten Sendung kann die Beschaffung eines Rückscheins verlangen. Die Rückscheine über rekommandirte Gegenstände unterliegen nur der im Ursprungslande in Anwendung kommenden Gebühr.

Art. 10. — Im Falle des Verlustes einer rekommandirten Sendung wird diejenige Verwaltung, in deren Bereich der Verlust stattgefunden hat, dem Absender, oder eintretenden Falls dem Adressaten innerhalb dreier Monate, vom Tage der Reklamation an gerechnet, eine Entschädigung zahlen von vierzehn Thalern, wenn die Absendung aus Deutschland erfolgt ist, oder von fünfzig Pesetas, wenn die Absendung aus Spanien stattgefunden hat. || Falls der Verlust auf dem Gebiet einer transitleistenden Verwaltung stattgefunden hat, werden die deutsche und die spanische Postverwaltung die gedachte Entschädigung zu gleichen Theilen tragen. || Der Anspruch auf Schadenersatz für den Verlust eines rekommandirten Gegenstandes muss in jedem einzelnen Falle bei Verlust des Anspruchs innerhalb einer Frist von sechs Monaten, vom Tage der Aufgabe des betreffenden Gegenstandes an gerechnet, erhoben werden.

Art. 11. — Jede Verwaltung bezieht ungetheilt diejenigen Beträge, welche nach Massgabe der vorhergehenden Artikel 4, 5, 6, 7, 8 und 9 in ihrem Gebiet erhoben werden. || Es wird ausdrücklich zwischen den kontrahirenden Theilen vereinbart, dass die in den genannten Artikeln bezeichneten Gegenstände, welche richtig bis zum Bestimmungsorte frankirt worden sind, unter keinem Vorwande oder Titel in dem Bestimmungslande irgend einer Taxe oder Gebühr zu Lasten der Empfänger unterworfen werden dürfen.

Art. 12. — Die Auswechslung der Korrespondenz zwischen Spanien und der österreichisch-ungarischen Monarchie erfolgt, soweit der Austausch durch die deutsche Postverwaltung vermittelt wird, nach Massgabe der in den vor-

Nr. 4628.
 Deutschland
 u. Spanien,
 19. Apr. 1872.

stehenden Artikeln für den Postverkehr zwischen Spanien und Deutschland festgestellten Grundsätze. Die deutsche Postverwaltung übernimmt in solchen Fällen die Ausgleichung in Betreff des für die österreichisch-ungarische Beförderungsstrecke entfallenden Portos. || Die Korrespondenz zwischen Deutschland einerseits und Gibraltar, den Balearischen und Canarischen Inseln, den spanischen Besitzungen auf der Nordküste von Afrika und den spanischen Postbüros in Marocco andererseits, soll denselben Bedingungen unterliegen, welche nach Massgabe der vorstehenden Artikel bezüglich der deutsch-spanischen Korrespondenz vereinbart worden sind. Der gleiche Grundsatz soll auf diejenige Korrespondenz zwischen Deutschland und den spanischen Antillen Anwendung finden, welche zwischen deutschen Häfen und den Häfen der spanischen Antillen mittelst direkter Post-Dampfschiffe Beförderung erhält. Die Kosten für den Seetransport werden von der deutschen Postverwaltung getragen. Doch ist denselben die Hälfte dieser Kosten von der spanischen Postverwaltung zu Lasten zu stehen.

Art. 13. — Die deutsche Postverwaltung und die spanische Postverwaltung können sich gegenseitig Korrespondenzen jeder Art zum Einzeltransit nach und aus solchen Ländern überliefern, denen sie zur Vermittlung dienen. || Bei Einzel-Auslieferung unterliegt die Korrespondenz hinsichtlich der deutschen und spanischen Beförderungsstrecke denselben Portosätzen, wie die internationale Korrespondenz. || Das Porto für diese Beförderungsstrecken bildet keinen Gegenstand der Abrechnung zwischen beiden Postverwaltungen. || Dagegen werden die fremdländische Beförderungsstrecke und den Seetransport der transitleistenden Verwaltung die Portosätze nach Massgabe der mit den betreffenden fremden Staaten bestehenden Verträge vergütet werden.

Art. 14. — Die deutsche Postverwaltung und die spanische Postverwaltung werden gegenseitig die geschlossenen Brieffpakete befördern, welche die eine Verwaltung im Transit durch das Gebiet der anderen Verwaltung absendet oder empfängt. || Um eine billige Ausgleichung für den von beiden Theilen geleisteten Transit herbeizuführen, soll diejenige Verwaltung, welche im Laufe eines Jahres an Briefen und Drucksachen ein grösseres Gewicht quantum absendet oder empfängt, als die andere Verwaltung, dieser letzteren Verwaltung folgende Beiträge für das Mehrgewicht als Entschädigung zahlen: || sechs Pesetas für je Kilogramm Briefe, und eine Peseta für jedes Kilogramm Zeitungen und andere einer ermässigten Taxe unterliegenden Sendungen. || Es wird indess vereinbart, dass keine Entschädigung für das vierteljährliche Mehrgewicht zu zahlen ist, wenn dasselbe nicht mehr beträgt, als 100 Kilogramm Briefe und 500 Kilogramm Zeitungen und andere Drucksachen. || Die deutsche Postverwaltung und die spanische Postverwaltung werden gegenseitig die geschlossenen Brieffpakete befördern lassen, welche die eine Verwaltung mittelst der Seepost oder der anderen Verwaltung absendet oder empfängt. Die desfallsige Beförderung soll unter denjenigen Bedingungen stattfinden, welche die meistbegünstigte Nation von der den Seetransport vermittelnden Verwaltung erhalten hat.

Art. 15. — Portofreie Beförderung wird nur der Korrespondenz in Postdienstangelegenheiten eingeräumt.

Nr. 4628.
Deutschland
u. Spanien,
19. Apr. 1872.

Art. 16. — Die Umrechnung der in Thalern und Groschen ausgedrückten Beträge in andere deutsche Währungen wird, soweit erforderlich, in der bei der deutschen Postverwaltung üblichen Weise bewirkt werden.

Art. 17. — Die auf den Austausch der Korrespondenzen bezüglichen Abrechnungen werden monatlich aufgestellt, und zwar von jeder der beiden Verwaltungen für die von der anderen Verwaltung empfangenen Briefkartenschlüsse. Die betreffenden Abrechnungen werden gegenseitig geprüft und demnächst vierteljährlich in eine Generalabrechnung zusammengefasst. Das Ergebniss der Generalabrechnung wird in der Währung desjenigen Gebiets festgestellt, für welches sich eine Forderung herausstellt. Die Saldirung erfolgt in Wechseln auf Berlin, wenn eine Forderung für die deutsche Verwaltung entfällt, und in Wechseln auf Madrid, wenn eine Forderung für die spanische Verwaltung entfällt.

Art. 18. — Die deutsche Postverwaltung und die spanische Postverwaltung werden im gemeinsamen Einverständniss die Form der im vorhergehenden Artikel 17 erwähnten Abrechnungen, sowie alle weiteren besonderen Dienstvorschriften festsetzen, welche erforderlich sind um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrages zu sichern.

Art. 19. — Der gegenwärtige Vertrag wird sobald als möglich und spätestens am 1. Juni 1872 zur Ausführung gebracht werden und soll so lange gültig bleiben, bis einer der vertragschliessenden Theile dem andern, und zwar ein Jahr im voraus, seine Absicht angekündigt hat, den Vertrag aufzuheben. Während dieses letzten Jahres bleibt der Vertrag vollständig in Kraft, unbeschadet der Aufstellung und Saldirung der Abrechnungen zwischen den Verwaltungen der beiden Länder nach Ablauf des gedachten Termins. Vom Tage der Ausführung des gegenwärtigen Vertrages werden alle den Postverkehr betreffenden früheren Bestimmungen und Festsetzungen zwischen Deutschland und Spanien aufgehoben.

Art. 20. — Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt, und die Ratifikationen sollen sobald als möglich zu Berlin ausgewechselt werden. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten denselben in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und mit dem Abdruck ihres Petschafts versehen. So geschehen zu Berlin, den 19. April 1872.

Heinrich Stephan.

(L. S.)

Juan Antonio de Rascon.

(L. S.)

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sind ausgewechselt worden.

Schluss-Protokoll zu dem am 19. April 1872 zwischen Deutschland
und Spanien abgeschlossenen Postvertrage.

Nr. 4628.
Deutschland
u. Spanien,
19. Apr. 1872.

Bei der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Postvertrages zwischen Deutschland und Spanien sind die Unterzeichneten über folgende Punkte übereingekommen: || 1) Die Ratifikation des vorbezeichneten deutsch-spanischen Postvertrages soll nicht früher erfolgen, als bis der am 12. Februar 1872 zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Postvertrag ratifiziert sein wird. || 2) Die im letzten Absatze des Artikels 4 des Postvertrages vorbehaltene Ermässigung des Portos für den einfachen frankirten Brief im Verkehr zwischen Deutschland und Spanien von 3 Groschen auf $2\frac{1}{2}$ Groschen, beziehungsweise von 40 Centimos einer Peseta auf 30 Centimos einer Peseta soll spätestens am 1. Januar 1874 zur Ausführung kommen. || 3) die Bestimmungen des deutsch-spanischen Postvertrages sollen in gleicher Weise Anwendung finden auf die durch Vermittelung der deutschen Posten zwischen Spanien und dem Grossherzogthum Luxemburg ausgewechselte Korrespondenz, sobald die deutsche Postverwaltung der spanischen Postverwaltung mitgetheilt haben wird, dass die bezüglichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Luxemburg zum Abschluss gediehen sind. || 4) Nach Massgabe der Bestimmung im letzten Absatz des Artikels 12 des deutsch-spanischen Postvertrages kann die Korrespondenz aus Deutschland nach den spanischen Antillen, sofern dieselbe mittelst der zwischen deutschen Häfen und den Häfen der spanischen Antillen kursirenden Schiffe ausgewechselt wird, unfrankirt oder bis zum Bestimmungsort frankirt abgesandt werden. || Dagegen ist bei derjenigen Korrespondenz aus Deutschland nach den spanischen Antillen, welche durch Vermittelung der britischen, französischen oder amerikanischen Posten befördert wird, die Frankatur nur bis zum Ausschiffungshafen zulässig. || Die königlich spanische Regierung verpflichtet sich, Anordnungen zu treffen, dass für diese nur bis zum Ausschiffungshafen frankirte Korrespondenz hinsichtlich der Beförderungsstrecke auf dem Gebiete der spanischen Antillen kein höherer Tarif als der jeweilige, auf den spanischen Antillen bestehende interne Portotarif zur Anwendung kommt. || Die vorstehend getroffenen Festsetzungen sollen gleiche Wirksamkeit haben, wie die Bestimmungen des Postvertrages zwischen Deutschland und Spanien vom 19. April 1872; auch soll die Ratifikation dieses Vertrages gleichzeitig die Ratifikation des gegenwärtigen Schlussprotokolls mit umfassen. || So geschehen in doppelter Ausfertigung und unterzeichnet zu Berlin am 19. April 1872.

Heinrich Stephan.

(L. S.)

Juan Antonio de Rascon.

(L. S.)

Nr. 4629.

DEUTSCHLAND und ITALIEN. — Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Italien. Vom 7. Februar 1872.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des ^{Nr. 4629.} Deutschen Reichs, einerseits und Seine Majestät der König von Italien andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Befugnisse, Rechte, Privilegien und Immunitäten der konsularischen Agenten in den beiderseitigen Gebieten der vertragenden Theile festzustellen, haben beschlossen, einen Vertrag zu diesem Zwecke abzuschliessen, und zu Allerhöchstihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Geheimen Legationsrath Bernhard König, und || Seine Majestät der König von Italien: || Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, Könige von Preussen, Graf von Launay, || welche über die folgenden Artikel übereingekommen sind: ^{Deutschland und Italien, 7. Febr. 1872.}

Art. 1. — Die Bestimmungen des zwischen dem Norddeutschen Bunde und Italien am 21. Dezember 1868 abgeschlossenen Konsularvertrages sollen auf die konsularischen Agenten des Deutschen Reichs in Italien und auf die konsularischen Agenten Italiens im Gebiete des Deutschen Reichs dergestalt Anwendung finden, dass die gedachten konsularischen Agenten alle Befugnisse haben und aller Rechte, Immunitäten und Privilegien theilhaftig werden sollen, welche in dem gedachten Vertrage zu Gunsten der konsularischen Agenten der vertragenden Theile stipulirt sind. Es wird ferner verabredet, dass alle in dem gedachten Vertrage enthaltenen Stipulationen als in Gültigkeit und Rechtskraft zwischen dem Deutschen Reiche und Italien betrachtet werden sollen.

Art. 2. — Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden werden zu Berlin binnen einer Frist von drei Monaten ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und denselben mit ihren Siegeln versehen. || Geschehen zu Berlin, den 7. Februar 1872.

König.
(L. S.)

Launay.
(L. S.)

Vorstehender Vertrag ist ratifizirt worden und die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden hat stattgefunden.

Nr. 4630.

DEUTSCHLAND und SPANIEN. — Konsular-Konvention zwischen
Deutschland und Spanien. Vom 12. Januar 1872.

(Amtliche Uebersetzung.)

Nr. 4630.
Deutschland
u. Spanien,
12. Jan. 1872.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, einerseits, und Seine Majestät der König von Spanien, andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Befugnisse, Rechte, Privilegien und Immunitäten der konsularischen Agenten in den beiderseitigen Gebieten der vertragenden Theile näher zu bestimmen, haben beschlossen, zu diesem Zwecke einen Vertrag abzuschliessen, und zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Seinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Könige von Spanien, Freiherrn Julius von Canitz und Dallwitz, || und Seine Majestät der König von Spanien: || den Deputirten der Cortes, Seinen Staatsminister Don Bonifacio de Blas et Muñoz, || welche nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen gegenseitigen Vollmachten über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1. — Die Bestimmungen des zwischen dem Norddeutschen Bunde und Spanien am 22. Februar 1870 abgeschlossenen Konsular-Vertrages sollen auf die konsularischen Agenten des Deutschen Reichs in Spanien und auf die konsularischen Agenten Spaniens im Gebiete des Deutschen Reichs dergestalt Anwendung finden, dass die gedachten konsularischen Agenten alle Befugnisse haben und aller Rechte, Immunitäten und Privilegien theilhaftig werden sollen, welche in dem gedachten Vertrage zu Gunsten der konsularischen Agenten der vertragenden Theile stipulirt sind. Es wird ferner verabredet, dass alle in dem gedachten Vertrage enthaltenen Stipulationen als in Gültigkeit und Rechtskraft zwischen dem Deutschen Reiche und Spanien betrachtet werden sollen.

Art. 2. — Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt, und die Ratifikations-Urkunden werden zu Madrid binnen einer Frist von zwei Monaten ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und denselben mit ihren Siegeln versehen. || Geschehen zu Madrid, den 12. Januar 1872.

Canitz.

(L. S.)

Bonifacio de Blas.

(L. S.)

Vorstehender Vertrag ist ratifizirt worden und die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden hat stattgefunden.

Nr. 4631.

DEUTSCHLAND und DIE NIEDERLANDE. — Deklaration, betreffend die Ausdehnung der zwischen Preussen und den Niederlanden am 16. Juni 1856 abgeschlossenen Konsular-Konvention auf die Konsuln des Deutschen Reichs in den niederländischen Kolonien.

Vom 11. Januar 1872.

(Uebersetzung.)¹

Deklaration.

Nachdem Seine Majestät der Deutsche Kaiser erklärt haben, dass die konsularischen Agenten des Norddeutschen Bundes in den niederländischen Kolonien durch solche des Deutschen Reichs ersetzt worden sind, und gleichzeitig den Wunsch zu erkennen gegeben haben, auf die konsularischen Agenten des gedachten Reichs die Bestimmungen der zwischen Preussen und den Niederlanden am 16. Juni 1856 abgeschlossenen Konsular-Konvention anwendbar zu machen, || und nachdem Seine Majestät der König der Niederlande Sich bereit erklärt haben, diesem Antrage Folge zu geben, sind die Unterzeichneten, zu diesem Behufe mit gehöriger Ermächtigung versehen, dahin übereingekommen, dass von dem Tage der Unterzeichnung der gegenwärtigen Deklaration an gerechnet die Bestimmungen der oben genannten Konvention anwendbar sein sollen auf die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten des Deutschen Reichs, und dass die Worte „des Deutschen Reichs“ und „Deutsches Reich“ an Stelle der Worte „Preussisch“ und „Preussen“ überall da gesetzt werden sollen, wo diese letzteren Ausdrücke sich in der obengenannten Konvention vorfinden. || Geschehen im Haag am 11. Januar des Jahres 1872.

Nr. 4631.
Deutschland
u. die Nieder-
lande,
11. Jan. 1872.

Der ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.

(L. S.) Perponcher.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

(L. S.) L. Gericke.

(Uebersetzung.)¹

Uebereinkunft zwischen Preussen und den Niederlanden wegen der Zulassung preussischer Konsuln in den niederländischen Kolonien, d. d. Haag, den 16. Juni 1856.

Seine Majestät der König der Niederlande, von dem Wunsche geleitet, die zwischen dem Königreiche Preussen und dem Königreiche der Niederlande be-

¹ Amtliche Uebersetzung, Reichsgesetzblatt 1872, Nr. 9. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4631.
Deutschland
u. die Nieder-
lande,
11. Jan. 1872.

stehenden Bande der Freundschaft enger zu befestigen, und dem unter den beiderseitigen Staaten in einer so glücklichen Weise stattfindenden Handelsverkehr die grösstmögliche Entwicklung zu sichern, haben zur Erreichung dieses Zieles, in Erfüllung eines von der Regierung Seiner Majestät des Königs von Preussen kundgegebenen Wunsches, eingewilligt, in den wichtigsten Häfen der niederländischen Kolonien preussische Konsuln zuzulassen, jedoch unter dem Vorbehalt des Abschlusses einer besonderen Uebereinkunft, durch welche die Rechte, Pflichten und Freiheiten solcher Konsuln klar und bestimmt festgestellt würden. ¶ Zu dem Ende haben zu Bevollmächtigten ernannt: ¶ welche Bevollmächtigte, nachdem sie sich ihre Vollmachten gegenseitig mitgetheilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden haben, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1. — In sämtlichen Häfen der niederländischen überseeischen Besitzungen oder Kolonien, welche den Schiffen aller Nationen offen stehen, sollen preussische Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten zugelassen werden.

Art. 2. — Die preussischen Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten gelten als Handelsagenten zum Schutz des Seehandels ihrer Nationalen in den Häfen ihres Konsularbezirks. ¶ Sie sind sowohl der bürgerlichen als der Strafgesetzgebung des Landes, wo sie ihren Sitz haben, unterworfen, soweit nicht die gegenwärtige Uebereinkunft hiervon Ausnahmen zu ihren Gunsten feststellt.

Art. 3. — Um zur Ausübung ihrer Amtsverrichtungen zugelassen zu werden und in den Genuss der damit verbundenen Freiheiten einzutreten, haben die preussischen Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln der Regierung Seiner Majestät des Königs der Niederlande ein in gehöriger Form ausgestelltes Ernennungspatent vorzuweisen. Nach hierauf erlangtem Exequatur, welches sobald wie möglich mit der Gegenzeichnung des Gouverneurs der Kolonie zu versehen ist, haben die gedachten Konsularbeamten aller Grade ein Anrecht auf den Schutz des Gouvernements und auf den Beistand der Ortsbehörden hinsichtlich der freien Ausübung ihrer Amtsverrichtungen. ¶ Bei Ertheilung des Exequaturs behält sich das Gouvernement vor, dasselbe, unter Angabe der Beweggründe, wieder zurückzunehmen oder durch den Gouverneur der Kolonie zurücknehmen zu lassen.

Art. 4. — Die Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln sind befugt, über der Eingangsthür ihres Hauses das Wappenschild ihrer Regierung mit der Inschrift „Preussisches Konsulat oder Vizekonsulat“ anzubringen. ¶ Es versteht sich jedoch von selbst, dass dieses äusserliche Abzeichen niemals so angesehen werden darf, als ob es ein Asylrecht begründe, oder als ob es das Haus und dessen Bewohner den Massregeln der Landesgerichte entziehen könne.

Art. 5. — Im Uebrigen ist angenommen, dass die das Konsulatsgeschäft betreffenden Archive und Urkunden gegen jegliche Untersuchung geschützt sein sollen, und dass es keiner Behörde und keinem Beamten zustehen soll, in irgend

einer Weise und unter irgend einem Vorwande gegen dieselben eine Nachforschung, Durchsicht oder Beschlagnahme zu verhängen.

Nr. 4681.
Deutschland
u. die Nieder-
lande,
11. Jan. 1872.

Art. 6. — Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten sind mit keinem diplomatischen Charakter bekleidet. || Jeder an die niederländische Regierung zu richtende Antrag muss durch die Vermittelung des im Haag residirenden diplomatischen Agenten geschehen. Bei Ermangelung eines solchen Agenten und in dringenden Fällen kann der Generalkonsul, Konsul oder Vizekonsul selbst den Antrag bei dem Gouverneur der Kolonie einbringen, jedoch unter Nachweisung der Dringlichkeit und mit Auseinandersetzung der Gründe, weshalb der Antrag nicht zunächst bei den unteren Behörden eingebracht werden könne, oder wenn derselbe zuvor bei diesen Behörden eingebracht worden, mit Darlegung der bisherigen Erfolglosigkeit.

Art. 7. — Die Generalkonsuln und Konsuln dürfen in den im Artikel 1 erwähnten Häfen Konsularagenten ernennen. || Die Konsularagenten können ohne Unterschied entweder preussische oder niederländische oder jedes andern Landes Staatsangehörige sein, welche in dem Hafen, für den sie ernannt werden sollen, ihren Wohnsitz haben oder nach den Bestimmungen der Ortsgesetze zur Niederlassung zugelassen werden können. || Diese Konsularagenten, zu deren Ernennung die Genehmigung des Gouverneurs der Kolonie einzuholen ist, erhalten ihr Diplom von dem Konsul, unter dessen Weisungen sie berufen sind zu fungiren. Der Gouverneur der Kolonie kann den Konsularagenten die erwähnte Genehmigung jedenfalls auch wieder entziehen, wird jedoch alsdann dem Generalkonsul oder Konsul die Gründe einer solchen Massregel mittheilen.

Art. 8. — Die von den Konsularbeamten aller Grade ausgestellten oder visirten Pässe überheben keinesweges der Nothwendigkeit, sich mit allen durch die Ortsgesetze erforderten Papieren zu versehen, um in den Kolonien zu reisen oder sich niederzulassen. Dem Gouverneur der Kolonie bleibt das Recht vorbehalten, einem Passinhaber den Aufenthalt in der Kolonie zu versagen oder die Ausweisung desselben anzuordnen.

Art. 9. — Wenn ein preussisches Schiff an den Küsten einer niederländischen Kolonie verunglückt, so hat der an dem Orte des Schiffbruches oder der Bergung anwesende Generalkonsul, Konsul, Vizekonsul oder Konsularagent, in Abwesenheit oder im Einvernehmen mit dem Kapitain, alle für die Rettung des Schiffes, der Ladung und allen sonstigen Zubehörs erforderlichen und geeigneten Schritte zu thun. || Bei Abwesenheit des Generalkonsuls, Konsuls, Vizekonsuls oder Konsularagenten werden die niederländischen Behörden des Orts, wo der Schiffbruch stattgefunden hat, die durch die Gesetze der Kolonie vorgeschriebenen Massregeln ergreifen.

Art. 10. — Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten können, insoweit die Auslieferung von entwichenen Seelenten preussischer Handels- oder Kriegsschiffe vertragsmässig stipulirt ist, die Hülfe der Ortsbehörden zum Behufe der Anhaltung, Festnahme und gefänglichen Verwahrung solcher Deserteure in Anspruch nehmen. Sie haben sich zu dem Ende an die

Nr. 4631.
Deutschland
u. die Nieder-
lande,
11. Jan. 1872.

zuständigen Beamten zu wenden und die gedachten Deserteure schriftlich zu reklamiren, wobei sie durch die Schiffsregister, Musterrollen oder andere authentische Dokumente nachzuweisen haben, dass die reklamirten Personen zu der Besatzung des Schiffes gehören. || Auf eine in solcher Weise begründete Reklamation soll die Auslieferung bewilligt werden, sofern nicht das betreffende Individuum Unterthan des Staats ist, an den die Reklamation ergeht. || Die Ortsbehörden sollen gehalten sein, ihre ganze Amtsgewalt aufzubieten, um die Verhaftung der Deserteure herbeizuführen. || Die so angehaltenen Deserteure sollen den gedachten Konsularbeamten zur Verfügung gestellt werden und auf Antrags und Kosten der Reklamanten in einem öffentlichen Gefängnis verwahrt bleiben können, um demnächst an Bord des Schiffes, zu welchem sie gehören, oder irgend eines andern Schiffes derselben Nation gebracht zu werden. Falls sie aber nicht innerhalb dreier Monate, von dem Tage ihrer Verhaftung an gerechnet, zurückgenommen sind, so sollen sie auf freien Fuss gesetzt werden und wegen derselben Ursache nicht von Neuem angehalten werden können. || Uebrigens versteht es sich, dass, wenn der Deserteur irgend ein Verbrechen, Vergehen oder eine Uebertretung begangen hat, seine Auslieferung ausgesetzt bleiben kann, bis der mit der Sache beschäftigte Gerichtshof sein Urtheil gefällt hat und dasselbe zur Vollstreckung gekommen ist.

Art. 11. — Wenn ein preussischer Unterthan mit Tode abgeht, ohne dass bekannte Erben oder Testamentsvollstrecker vorhanden sind, so werden die niederländischen Behörden, welche nach den Gesetzen der Kolonie die Verwaltung des Nachlasses zu besorgen haben, den Konsularbeamten davon Nachricht geben, um den Betheiligten die erforderlichen Mittheilungen zukommen zu lassen.

Art. 12. — Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten haben in dieser Eigenschaft, soweit es die preussischen Gesetze gestatten, das Recht, bei Streitigkeiten zwischen den Kapitäns und Mannschaften preussische Schiffe zu Schiedsrichtern bestellt zu werden, und zwar ohne Dazwischenkunft der Ortsbehörden, vorausgesetzt, dass nicht durch das Benehmen des Kapitäns oder der Mannschaft die Ruhe und Ordnung des Landes gestört worden, oder dass die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten sich nicht selbst veranlasst gefunden haben, den Beistand der gedachten Behörden anzurufen, um ihre Entscheidungen zur Vollstreckung zu bringen oder ihr Ansehen aufrecht zu erhalten. || Uebrigens versteht es sich, dass dieser besondere Urtheils- oder Schiedsspruch den streitenden Parteien nicht das Recht entziehen kann, nach der Rückkehr bei den Gerichten ihres eigenen Landes dagegen zu appelliren, sofern ihnen nach den Gesetzen des letzteren ein solches Recht zusteht.

Art. 13. — Diejenigen Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten, welche nicht niederländische Unterthanen sind und in dem Augenblicke ihrer Ernennung auch nicht in dem Königreich der Niederlande oder dessen Kolonien ansässig sind und welche ausser dem Konsulatsdienst keinerlei Amts-

Gewerbe- oder Handelsgeschäft betreiben, sind frei von militairischer Einquartierung, Personensteuer und jeder sonstigen Art von persönlichen Abgaben an Staat oder Kommune, soweit auch den niederländischen Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln in den preussischen Staaten dieselben Vergünstigungen bewilligt sind. Diese Befreiung kann sich niemals auf Zollabgaben oder andere indirekte oder dingliche Abgaben erstrecken. | Diejenigen Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten, welche zwar nicht ein anerkanntes niederländisches Geburts- oder Unterthanenrecht besitzen, die aber neben ihrem Konsulatsdienst irgend ein Gewerbe- oder Handelsgeschäft betreiben, sind zur Tragung und Zahlung der Lasten, Auflagen und Steuern gleich den niederländischen Unterthanen und andern Einwohnern verpflichtet. | Die aus der Zahl der niederländischen Unterthanen gewählten Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten endlich, denen gestattet worden ist, Konsulatsgeschäfte für die preussische Regierung zu übernehmen, bleiben allen Auflagen und Steuern, von welcher Natur sie auch sein mögen, unterworfen.

Nr. 4631.
Deutschland
u. die Niederlande,
11. Jan. 1872.

Art. 14. — Den preussischen Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten sollen auch alle andern Vorrechte, Vergünstigungen und Freiheiten in den niederländischen Kolonien zukommen, welche etwa noch in der Folge den im gleichen Range stehenden Agenten der meistbegünstigten Nation bewilligt werden könnten.

Art. 15. — Es soll jedem der jetzt oder in Zukunft an dem Deutschen Zollverein Theil nehmenden Staaten freistehen, sich den Abreden der gegenwärtigen Uebereinkunft anzuschliessen.

Art. 16. — Die gegenwärtige Uebereinkunft gilt für die Dauer von fünf Jahren, von dem Austausche der Ratifikationen an gerechnet, welcher Austausch binnen zwei Monaten oder wenn thunlich früher stattfinden soll. || Falls keiner der beiden kontrahirenden Theile zwölf Monate vor dem Ablaufe der bezeichneten fünfjährigen Frist seine Absicht kund gethan haben sollte, die Uebereinkunft ausser Wirksamkeit treten zu lassen, so soll dieselbe noch ferner ein Jahr lang nach dem Tage der Aufkündigung von Seiten des einen oder andern Theils in Kraft bleiben. || Dess zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen. || So geschehen im Haag, den 16. Juni im Jahre des Heils 1856.

Königsmarck.

(L. S.)

van Hall.

(L. S.)

Myer.

(L. S.)

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden am 16. Juli 1856 im Haag bewirkt worden.

Nr. 4632.

DEUTSCHLAND und DIE VEREINIGTEN STAATEN. — Konsular-Konvention zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Vom 11. Dezember 1871.

Nr. 4632.
Deutschland
u. die Ver.
Staaten,
11. Dez. 1871.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, von dem Wunsche geleitet, die Rechte, Privilegien, Immunitäten und Verpflichtungen der beiderseitigen konsularischen Agenten festzustellen, sind übereingekommen, einen Konsularvertrag abzuschliessen, und haben zu diesem Behufe zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: Allerhöchstihren Geheimen Legationsrath Bernhard König, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika: den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der gedachten Staaten bei Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser Georg Bancroft, welche die folgenden Artikel vereinbart und unterzeichnet haben:

Art. 1. — Jeder der vertragenden Theile willigt ein, Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten des andern Theils in allen seinen Häfen, Städten und Plätzen zuzulassen, mit Ausnahme derjenigen Orte, wo es nicht angemessen erscheinen sollte, solche Beamte anzuerkennen. Dieser Vorbehalt soll jedoch auf keinen der vertragenden Theile angewendet werden, ohne jeder andern Macht gegenüber ebenfalls Anwendung zu finden.

Art. 2. — Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten sollen nach Vorlegung ihrer mit Beobachtung der in ihren bezüglichen Ländern bestehenden Förmlichkeiten ausgefertigten Bestallung gegenseitig zugelassen und anerkannt werden. Das zur Ausübung ihrer Amtverrichtungen erforderliche Exequatur soll ihnen kostenfrei ertheilt werden und nach Vorweisung dieser Urkunde sollen dieselben sofort und unbeanstandet von den Landesbehörden in den Häfen, Städten und Plätzen ihres Amtssitzes und Amtsbezirks, dieselben seien Bundes-, Staats- oder Gemeinde-Behörden, Gerichts- oder Verwaltungs-Behörden, zum Genusse der ihnen gegenseitig zugesicherten Vorrechte zugelassen werden. Die das Exequatur ertheilende Regierung behält sich das Recht vor, dieses Exequatur zurückzunehmen und zwar unter Darlegung der Gründe, aus denen sie für angemessen erachtet hat, so zu handeln.

Art. 3. — Die resp. Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten sowohl als deren Kanzler und Sekretaire sollen in beiden Ländern alle Vorrechte, Befreiungen und Immunitäten geniessen, welche den Beamten desselben Ranges der meistbegünstigten Nation bewilligt sind oder in Zukunft bewilligt werden. Konsularbeamte, welche nicht Angehörige des Landes sind, wo sie beglaubigt sind, sollen in dem Lande, wo sie ihren Sitz haben, persönliche Immunität von Verhaftung oder Gefangenhaltung geniessen, ausgenommen im Falle

von Verbrechen; sie sollen ferner von Militair-Einquartierung und Kontributionen, von Waffendiensten aller Art und von anderen öffentlichen Dienstleistungen, sowie von allen direkten oder persönlichen Luxus-Abgaben, Leistungen und Beiträgen, dieselben seien Bundes-, Staats- oder Gemeinde-Abgaben, frei sein. Wenn aber die gedachten Konsularbeamten in dem Lande, wo sie ihren Amtssitz haben, Grundeigenthümer sind oder werden, oder Handelsgeschäfte betreiben, so sollen sie denselben Abgaben und Auflagen und demselben gerichtlichen Verfahren unterworfen sein, wie die Grundbesitzer oder Kaufleute, welche Angehörige des Landes sind. Unter keinen Umständen jedoch soll das Einkommen von ihrem Amte irgend einer Abgabe unterliegen. Konsularbeamte, welche kaufmännische Geschäfte betreiben, sollen nicht auf ihre Konsular-Vorrechte sich berufen dürfen, um sich ihren kaufmännischen Verbindlichkeiten zu entziehen. Konsularbeamte jedweden Charakters sollen in keinem Falle in der Ausübung ihrer amtlichen Verrichtungen weiter gestört werden, als zur Handhabung der Landesgesetze unvermeidlich ist.

Nr. 4632.
Deutschland
u. die Ver.
Staaten,
11. Dez. 1871.

Art. 4. — Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten können über dem äusseren Eingange ihrer Amtsräume oder ihrer Wohnungen das Wappen ihrer Nation mit einer ihr Amt bezeichnenden Inschrift anbringen. Auch dürfen sie die Flagge ihres Landes auf dem Konsulatsgebäude aufziehen, ausgenommen in solchen Plätzen, wo sich eine Gesandtschaft ihres Landes befindet. Desgleichen können sie ihre Flagge auf jedem Fahrzeuge aufziehen, dessen sie sich im Hafen bei Ausübung ihrer Dienstverrichtungen bedienen.

Art. 5. — Die Konsulararchive sollen jederzeit unverletzlich sein und unter keinem Vorwande soll es den Landesbehörden erlaubt sein, die Papiere, welche zu diesen Archiven gehören, zu durchsuchen oder mit Beschlag zu belegen. Betreibt ein Konsularbeamter nebenbei Geschäfte, so sollen die auf das Konsulat bezüglichen Papiere unter abgesondertem Verschluss aufbewahrt werden. Die Amtsräume und Wohnungen der Berufskonsuln (*consules missi*), welche nicht Angehörige des Landes sind, wo sie ihren Sitz haben, sollen jederzeit unverletzlich sein. Die Landesbehörden sollen, soweit es sich nicht um Verfolgung von Verbrechen handelt, unter keinem Vorwande dort eindringen. In keinem Falle dürfen sie die daselbst niedergelegten Papiere durchsuchen oder in Beschlag nehmen. Unter keinen Umständen dürfen diese Amtsräume oder Wohnungen als Asylorte benutzt werden.

Art. 6. — Im Falle des Todes, der Verhinderung oder Abwesenheit der Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten dürfen deren Kanzler oder Sekretaire, wenn ihr amtlicher Charakter zuvor zur Kenntniss der betreffenden deutschen oder amerikanischen Behörden gebracht worden ist, zeitweilig deren Amtsverrichtungen ausüben, und sie sollen während dieser Amtsführung alle Rechte, Vorrechte und Immunitäten geniessen, welche durch diese Uebereinkunft den Titularen zugesichert sind.

Art. 7. — Die Generalkonsuln und Konsuln sollen, mit Genehmigung ihrer resp. Regierungen, Vizekonsuln und Konsularagenten in den Städten, Häfen und

Nr. 4632.
Deutschland
u. die Ver.
Staaten,
11. Dez. 1871.

Plätzen innerhalb ihres Konsularbezirks bestellen dürfen. Diese Beamten können Angehörige Deutschlands oder der Vereinigten Staaten oder eines andern Landes sein. Es soll ihnen von dem Konsul, der sie bestellt und unter dessen Befehlen sie zu fungiren haben, oder von der Regierung des Landes, welche derselbe vertritt, eine Bestallung ertheilt werden. Sie sollen die in dieser Uebereinkunft zu Gunsten der Konsularbeamten bedungenen Vorrechte geniessen, vorbehaltlich der in Artikel 3 aufgeführten Ausnahmen.

Art. 8. — Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten sollen das Recht haben, behufs der Abhülfe irgend einer Verletzung der zwischen beiden Ländern bestehenden Verträge und Uebereinkünfte oder des Völkerrechts, an die in ihrem Amtsbezirke fungirenden Behörden des bezüglichen Landes, dieselben seien Bundes- oder Landes-Behörden, Gerichts- oder Verwaltungs-Behörden, sich zu wenden, Auskunft von den gedachten Behörden zu verlangen und an dieselben Anträge zum Schutz der Rechte und Interessen ihrer Landsleute zu richten, insbesondere in Fällen der Abwesenheit dieser letzteren, in welchen Fällen die Konsuln u. s. w. als die gesetzlichen Vertreter der Abwesenden angesehen werden sollen. Falls ein solches Ansuchen die gebührende Beachtung nicht fände, sollen die vorgedachten Konsularbeamten, falls ein diplomatischer Vertreter ihres Landes nicht anwesend sein sollte, sich unmittelbar an die Regierung des Landes, wo sie ihren Sitz haben, wenden dürfen.

Art. 9. — Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten der beiden Länder oder deren Kanzler sollen, soweit sie nach den Gesetzen und Verordnungen ihres Landes dazu befugt sind, das Recht haben, 1) in ihren Amtsräumen oder Wohnungen, in den Wohnungen der Betheiligten oder am Bord der Nationalschiffe die Erklärungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften, der Schiffspassagiere, von Kaufleuten oder sonstigen Angehörigen ihres Landes entgegenzunehmen; 2) einseitige Rechtsgeschäfte und letztwillige Verfügungen ihrer Landsleute, imgleichen Verträge, welche zwischen Angehörigen ihres eigenen Landes, sowie zwischen diesen und Angehörigen oder anderen Einwohnern des Landes ihres Amtssitzes geschlossen werden, aufzunehmen und zu beglaubigen; nicht minder alle Verträge zwischen Personen der letzteren Kategorie, soweit solche Verträge auf ein im Gebiete der Nation, von welcher die gedachten Konsularbeamten bestellt sind, belegenes Grundeigenthum oder auf ein daselbst abzuschliessendes Geschäft sich beziehen. || Alle solche Verträge und andere Urkunden, sowie Abschriften und Uebersetzungen davon sollen, wenn sie von dem Generalkonsul, Konsul, Vizekonsul oder Konsularagenten gehörig beglaubigt und mit dessen Amtssiegel versehen sind, von den öffentlichen Beamten und den Gerichtshöfen als öffentliche Urkunden beziehungsweise als beglaubigte Uebersetzungen oder Abschriften angesehen werden, und sie sollen dieselbe Kraft und Wirkung haben, als wenn sie von den kompetenten öffentlichen Beamten des einen oder des anderen der beiden Länder aufgenommen oder beglaubigt wären.

Art. 10. — Im Falle, dass ein Angehöriger des Deutschen Reichs in den

Vereinigten Staaten, oder dass ein Angehöriger der Vereinigten Staaten im Deutschen Reiche sterben sollte, ohne in dem Lande seines Ablebens bekannte Erben oder von ihm ernannte Testamentsvollstrecker zu hinterlassen, so sollen die kompetenten Landesbehörden den nächsten Konsularbeamten der Nation, welcher der Verstorbene angehörte, von diesem Umstande alsbald in Kenntniss setzen, damit die erforderliche Benachrichtigung den beteiligten Parteien unverzüglich übermittelt werde. || Der gedachte Konsularbeamte soll das Recht haben, persönlich oder durch einen Beauftragten bei allen Amtshandlungen für die abwesenden Erben oder Gläubiger aufzutreten, bis diese einen Bevollmächtigten ernannt haben. || In allen Erbfällen sollen die Angehörigen eines jeden der kontrahirenden Theile in dem Gebiete des anderen Theiles nur diejenigen Abgaben entrichten, welche sie entrichten müssten, wenn sie Angehörige desjenigen Landes wären, in welchem der Nachlass sich befindet oder die gerichtliche Verwaltung desselben stattfindet.

Nr. 4682.
Deutschland
u. die Ver.
Staaten,
11. Dez. 1871.

Art. 11. — Den Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten der beiden Länder steht ausschliesslich die Inventarisirung und Sicherstellung der Güter und Gegenstände jeder Art zu, welche von Schiff sleuten oder Schiffspassagieren auf Schiffen ihrer Nationalität hinterlassen sind, sei es, dass diese Personen am Bord der Schiffe oder am Lande, während der Fahrt oder im Bestimmungshafen sterben.

Art. 12. — Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten können sich in Person an Bord der zum freien Verkehr zugelassenen Schiffe ihrer Nationalität begeben oder einen Bevollmächtigten an Bord schicken, um die Offiziere und Mannschaften zu vernehmen, die Schiffspapiere einzusehen, die Erklärungen über ihre Reise, ihren Bestimmungsort und die Zwischenfälle während der Reise entgegenzunehmen, Ladungsverzeichnisse (Manifeste) aufzunehmen, den Eingang und die Klarirung ihrer Schiffe zu fördern, endlich mit den gedachten Offizieren und Mannschaften vor den Gerichts- oder Verwaltungsbehörden des Landes zu erscheinen, um ihnen als Dolmetscher oder Agenten zu dienen. | Die Gerichtsbehörden und Zollbeamten dürfen in keinem Falle zur Besichtigung oder Durchsuchung von Handelsschiffen schreiten, ohne den Konsularbeamten der Nation, welcher die gedachten Schiffe angehören, behufs ihrer etwaigen Gegenwart vorher Nachricht gegeben zu haben. || Ebenso müssen die gedachten Konsularbeamten behufs ihrer Anwesenheit rechtzeitig benachrichtigt werden, wenn die Offiziere oder zur Schiffsmannschaft gehörige Personen vor den Gerichten oder Behörden des Orts Aussagen oder Erklärungen abzugeben haben, damit jedes Missverständniss und jeder Irrthum, welche einer geordneten Rechtspflege Eintrag thun könnten, vermieden wird. Die bezügliche Mittheilung an die Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten soll die für das Verfahren bestimmte Stunde enthalten. Beim Nichterscheinen der gedachten Beamten oder ihrer Vertreter kann in ihrer Abwesenheit in der Sache vorgegangen werden.

Art. 13. — Den Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsular-

Nr. 4632.
Deutschland
u. die Ver.
Staaten,
11. Dez. 1871.

agenten steht ausschliesslich die Aufrechthaltung der inneren Ordnung an Bord ihrer nationalen Handelsschiffe zu. Sie haben demgemäss Streitigkeiten jeder Art, sei es auf hoher See, sei es im Hafen, zwischen den Schiffsführern, Offizieren und Matrosen zu schlichten, insbesondere Streitigkeiten, welche sich auf die Heuer und die Erfüllung sonstiger Vertragsbestimmungen beziehen. Weder ein Gerichtshof noch eine andere Behörde soll unter irgend einem Vorwande sich in solche Streitigkeiten mischen dürfen, ausser in Fällen, wenn die an Bord vorkommenden Streitigkeiten der Art sind, dass dadurch die Ruhe und öffentliche Ordnung im Hafen oder am Lande gestört wird, oder wenn andere Personen, als die Offiziere und Mannschaften des Schiffes an den Unordnungen betheilt sind. || Mit Ausnahme der vorgedachten Fälle sollen die Landesbehörden sich darauf beschränken, den Konsuln wirksame Hülfe zu leisten, wenn diese darum nachsuchen, um diejenigen Personen zu verhaften und gefangen zu halten, deren Name in der Schiffsrolle eingetragen ist und deren Festhaltung jene für erforderlich erachten. Diese Personen sollen auf eine schriftliche, an die Landesbehörden gerichtete und von einem beglaubigten Auszuge aus dem Schiffsregister oder der Musterrolle begleitete Aufforderung verhaftet und während der ganzen Zeit ihres Aufenthalts im Hafen zur Verfügung der Konsuln festgehalten werden. Ihre Freilassung soll nur in Folge eines Ersuchsschreibens der gedachten Konsuln erfolgen. || Die Kosten der Verhaftung und der Festhaltung dieser Personen sollen von den Konsuln getragen werden.

Art. 14. — Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten können die Offiziere, Matrosen und alle anderen zur Mannschaft der Kriegs- oder Handelsschiffe ihrer Nationalität gehörigen Personen, welche der Desertion von den gedachten Schiffen schuldig oder angeklagt sind, festnehmen lassen, um dieselben an Bord oder in ihre Heimath zu senden. || Zu diesem Zweck sollen die deutschen Konsuln in den Vereinigten Staaten an die Gerichte oder Behörden des Bundes, des Staats oder der Gemeinde und die Konsuln der Vereinigten Staaten in Deutschland an irgend eine der kompetenten Behörden bezüglich der Deserteure ein Ersuchsschreiben richten, begleitet von einem amtlichen Auszuge aus dem Schiffsregister und der Musterrolle oder von anderen amtlichen Urkunden, welche geeignet sind, zu beweisen, dass die Leute, deren Auslieferung sie verlangen, zu der gedachten Schiffsmannschaft gehören. Auf ein dergestalt begründetes Ersuchen und ohne dass es einer Beeidigung von Seiten der Konsuln bedarf, sollen die Deserteure (vorausgesetzt, dass dieselben weder zur Zeit ihrer Einschiffung, noch zur Zeit ihrer Ankunft im Hafen Angehörige des Landes sind, wo das Auslieferungs-Verlangen gestellt wird) an die Konsuln ausgeliefert werden. Jede Hülfe und jeder Schutz soll denselben gewährt werden bei der Verfolgung, Ergreifung und Festhaltung der Deserteure, welche in die Gefängnisse des Landes gebracht und dort auf Ersuchen und auf Kosten der Konsuln so lange festgehalten werden sollen, bis die gedachten Konsuln eine Gelegenheit zu ihrer Fortsendung gefunden haben werden. || Wenn jedoch eine solche Gelegenheit innerhalb eines Zeitraums von 3 Monaten, vom

Tage der Gefangennahme an gerechnet, sich nicht finden sollte, so werden die Deserteure freigelassen und aus dem nämlichen Grunde nicht wieder festgenommen werden.

Nr. 4632.
Deutschland
u. die Ver.
Staaten,
11. Dez. 1871.

Art. 15. — Falls nicht Verabredungen zwischen Rhedern, Befrachtern und Versicherern entgegenstehen, werden alle während der Fahrt der Schiffe beider Länder erlittenen Havereien, sei es, dass die Schiffe in den Hafen freiwillig oder als Nothhafner einlaufen, von den Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten der betreffenden Länder regulirt. Sollten jedoch Landesunterthanen oder Angehörige einer dritten Macht bei der Sache betheilt sein, so müssen in Ermangelung einer gütlichen Einigung zwischen allen Betheiligten die Havereien von den Landesbehörden regulirt werden.

Art. 16. — Wenn ein Regierungsschiff oder ein Schiff eines Angehörigen eines der vertragenden Theile an der Küste des andern Theiles Schiffbruch leidet oder strandet, so sollen die Lokalbehörden den Generalkonsul, Konsul, Vizekonsul oder Konsularagenten des Bezirks, oder wenn ein solcher nicht vorhanden ist, den dem Orte des Unfalls nächsten Generalkonsul, Konsul, Vizekonsul oder Konsularagenten davon benachrichtigen. || Alle Rettungsmassregeln bezüglich amerikanischer in den Territorial-Gewässern des Deutschen Reichs gescheiterter oder gestrandeter Schiffe sollen nach Massgabe der deutschen Gesetze erfolgen, und umgekehrt sollen alle Rettungsmassregeln in Bezug auf deutsche in den Territorial-Gewässern der Vereinigten Staaten gescheiterte oder gestrandete Schiffe in Gemässheit der Gesetze der Vereinigten Staaten erfolgen. || Die Konsular-Behörden haben in beiden Ländern nur einzuschreiten, um die auf Ausbesserung oder Neuverproviantirung, oder eintretenden Falls auf den Verkauf des gescheiterten oder gestrandeten Schiffes bezüglichen Massregeln zu überwachen. || Für das Einschreiten der Landesbehörden dürfen keine anderen Kosten erhoben werden, als solche, welche in gleichem Falle die Nationalschiffe zu entrichten haben. || Ist die Nationalität eines verunglückten Schiffes zweifelhaft, so sind die Landesbehörden ausschliesslich für alle in dem gegenwärtigen Artikel vorgesehenen Massregeln zuständig. || Alle Waaren und Güter, welche nicht zum Verbräuche in dem Lande, in welchem der Schiffbruch stattfindet bestimmt sind, sollen frei von jeder Abgabe sein.

Art. 17. — In Betreff der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder deren Verpackung, der Muster und der Fabrik- oder Handelszeichen sollen, die Angehörigen Deutschlands in den Vereinigten Staaten von Amerika, und die Amerikaner in Deutschland denselben Schutz, wie die Innländer, geniessen.

Art. 18. — Die gegenwärtige Uebereinkunft soll für die Dauer von zehn Jahren, vom Tage des Austausches der Ratifikationen an gerechnet, Gültigkeit haben. Die Ratifikationen sollen innerhalb sechs Monaten in Berlin ausgewechselt werden. || Wenn keine der Parteien zwölf Monate vor dem Ablauf des gedachten Zeitraums von zehn Jahren ihre Absicht kund giebt, diese Uebereinkunft nicht zu erneuern, so soll dieselbe ein Jahr länger in Kraft bleiben, und so fort von Jahr zu Jahr bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tage, an

Nr. 4632. welchem eine der Parteien der anderen eine solche Absicht kund gegeben haben
 Deutschland u. die Ver. wird. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Uebereinkunft unter
 Staaten, zeichnet und besiegelt.
 11. Dez. 1871.

Berlin, den 11. Dezember 1871.

B. König.
 (L. S.)

Geo. Bancroft.
 (L. S.)

Die Unterzeichneten waren heute zusammengetreten, um den Austausch der Ratifikationen der am 11. Dezember 1871 unterzeichneten Konsular-Konvention zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zu bewirken. Bevor zu diesem Akte geschritten wurde, erklärte der Unterzeichnete, ausser ordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Vereinigten Staaten von Amerika: || 1) dass nach der ihm von seiner Regierung, nach Vernehmung und mit Zustimmung des Senats ertheilten Instruktion der in dem englischen Text der Artikel III. und IX. gebrauchte Ausdruck „property“ nur in der Bedeutung von „real estate“ gemeint und verstanden sei; || 2) dass nach den Gesetzen und der Verfassung der Vereinigten Staaten der Artikel X. nicht bloss auf Personen männlichen Geschlechts, sondern auch auf Personen weiblichen Geschlechts Anwendung finde. || Nachdem der unterzeichnete Präsident des Reichskanzler-Amts sein Einverständniss mit dieser Erklärung ausgesprochen hatte, wurden die in guter und gehöriger Form befundenen Ratifikations-Urkunden ausgetauscht und gegenwärtiges Protokoll in doppelter Ausfertigung vollzogen.

Berlin, den 29. April 1872.

Delbrück.

Geo. Bancroft.

Nr. 4633.

DEUTSCHLAND und ENGLAND. — Auslieferungs-Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Grossbritannien. Vom 14. Mai 1872.

Nr. 4633. Nachdem Seine Majestät der Deutsche Kaiser, und Ihre Majestät die
 Deutschland u. England, Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland behuf
 14. Mai 1872. besserer Verwaltung der Rechtspflege und zur Verhütung von Verbrechen inner
 halb der beiden Reiche und deren Gerichtsbarkeiten es für zweckmässig be
 funden haben, dass Personen, welche der in diesem Vertrage aufgeführten straf
 baren Handlungen beschuldigt oder wegen solcher verurtheilt und vor der Justiz
 flüchtig geworden sind, unter bestimmten Umständen gegenseitig ausgeliefert
 werden sollen; so haben Ihre eben gedachten Majestäten behufs Abschliessung
 eines desfallsigen Vertrags zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät

der Deutsche Kaiser, Allerhöchstseinen Staatsminister und Kämmerer, Albrecht Grafen von Bernstorff-Stintenburg, Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, Grosskreuz des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub, Gross-Komthur des Kaiserlichen und Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern in Brillanten, Ritter des Kronen-Ordens dritter Klasse mit dem Rothen Kreuz, Grosskreuz des Ordens der Bayerischen Krone und des Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens, Ritter des Ordens vom Goldenen Löwen des Hauses Nassau & & &, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Seiner Kaiserlichen und Königlichen Majestät bei Ihrer Grossbritannischen Majestät; || und Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland || den sehr ehrenwerthen Granville George Grafen Granville, Lord Leveson, Pair des Vereinigten Königreichs, Ritter des Höchstedlen Ordens vom Hosenband, Mitglied Ihrer Majestät Höchstehrenerthen Geheimenrathes, Lord Wardein der fünf Häfen, Schlosshauptmann von Dover, Kanzler der Universität London, Allerhöchstihren Haupt-Staatssekretair für die Auswärtigen Angelegenheiten, || welche, nachdem sie sich gegenseitig ihre Vollmachten mitgetheilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, die folgenden Artikel vereinbart und abgeschlossen haben.

Nr. 4633.
Deutschland
u. England,
14. Mai 1872.

Art. I. — Die hohen vertragenden Theile verpflichten sich, einander diejenigen Personen auszuliefern, welche wegen einer, auf dem Gebiete des einen Theils begangenen strafbaren Handlung beschuldigt oder verurtheilt sind und in dem Gebiete des anderen Theiles aufgefunden werden, sofern die in dem gegenwärtigen Vertrage angegebenen Fälle und Voraussetzungen vorhanden sind.

Art. II. — Die strafbaren Handlungen, wegen deren die Auslieferung zu gewähren ist, sind folgende: | 1) Mord, Mordversuch. | 2) Todtschlag. | 3) Nachmachen oder Verfälschen von Metallgeld, Verausgabung oder In-Verkehr-Bringen nachgemachten oder verfälschten Metallgeldes. | 4) Nachmachen oder Verfälschen von Papiergeld, Banknoten oder anderen Werthpapieren, Fälschung oder Verfälschung anderer öffentlicher oder Privat-Urkunden, ingleichen Verausgabung oder In-Verkehr-Bringen oder wissentliches Gebrauchen solcher, nachgemachten oder gefälschten Papiere. | 5) Diebstahl und Unterschlagung. | 6) Erlangung von Geld oder anderen Sachen durch falsche Vorspiegelungen. | 7) Strafbarer Bankerott, unter welchen Begriff alle diejenigen strafbaren Handlungen fallen, die nach den bezüglichen Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs gerichtlich geahndet werden. | 8) Untreue seitens eines Verwalters und Beauftragten, Bankiers, Agenten, Prokuristen, Vormundes oder Kurators, Vorstandes, Mitgliedes oder Beamten irgend einer Gesellschaft, soweit dieselbe nach den bestehenden Gesetzen mit Strafe bedroht ist. | 9) Nothzucht. | 10) Entführung. | 11) Kinderraub. | 12) Einbrechen und Eindringen in ein Wohnhaus oder dazu gehöriges Nebengebäude mit der Absicht, ein Verbrechen zu begehen, zur Tages- (house-breaking) oder Nachtzeit (burglary). | 13) Vorsätzliche Brandstiftung. | 14) Raub mit Gewaltthätigkeiten. | 15) Erpressung. | 16) Vorsätzliche Versenkung oder Zerstörung eines Schiffes zur See, oder Versuch dieses Verbrechens. | 17) An-

Nr. 4633.
Deutschland
u. England,
14. Mai 1872.

griffe auf Personen an Bord eines Schiffes auf hoher See in der Absicht zu tödten oder eine schwere Körperverletzung zu verüben. | 18) Widerstand mit Thätlichkeiten (revolt) gegen den Schiffsführer an Bord eines Schiffes auf hoher See, wenn dieser von zwei oder mehreren Personen verübt wird, oder Verschwörung zu einem solchen Widerstande. || Die Auslieferung findet auch wegen Theilnahme an einer der vorbezeichneten strafbaren Handlungen statt, sofern diese nach der Gesetzgebung beider vertragenden Theile mit Strafe bedroht ist

Art. III. — Kein Deutscher wird von Seiten der Regierungen des Deutschen Reichs an die Regierung des Vereinigten Königreichs und von Seiten dieser kein englischer Unterthan an eine Regierung des Deutschen Reichs ausgeliefert werden.

Art. IV. — Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs verfolgte Person im Vereinigten Königreich oder die seitens der Regierung des Vereinigten Königreichs verfolgte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen derselben strafbaren Handlung wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden, oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist. || Wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs verfolgte Person im Vereinigten Königreich, oder wenn die seitens der Regierung des Vereinigten Königreichs verfolgte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen einer anderen strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung und vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgeschoben werden.

Art. V. — Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn seit der begangenen strafbaren Handlung, oder der Einleitung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erfolgten Verurtheilung nach den Gesetzen des ersuchten Staats Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

Art. VI. — Ein flüchtiger Verbrecher soll nicht ausgeliefert werden, wenn die strafbare Handlung, wegen deren seine Auslieferung verlangt wird, einen politischen Charakter an sich trägt, oder wenn er beweisen kann, dass der Antrag auf seine Auslieferung in Wirklichkeit mit der Absicht gestellt worden ist ihn wegen eines Verbrechens oder Vergehens politischer Natur zu verfolgen oder zu bestrafen.

Art. VII. — Die ausgelieferte Person darf in dem Staat, an welchen die Auslieferung erfolgt ist, keinesfalls wegen einer anderen strafbaren Handlung oder auf Grund anderer Thatfachen, als derjenigen, wegen deren die Auslieferung erfolgt ist, in Haft gehalten oder zur Untersuchung gezogen werden. || Auf strafbare Handlungen, welche nach erfolgter Auslieferung verübt sind, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Art. VIII. — Die Anträge auf Auslieferung sollen durch die diplomatische Agenten der hohen vertragenden Theile gestellt werden. || Mit dem Antrage an

Auslieferung eines Beschuldigten müssen ein Haftbefehl, welcher von der zuständigen Behörde des die Auslieferung begehrenden Staates erlassen ist, und solche Beweise beigebracht werden, welche nach den Gesetzen des Ortes, wo der Beschuldigte aufgefunden wird, dessen Verhaftung rechtfertigen würden, wenn die strafbare Handlung dort begangen wäre. || Betrifft der Antrag eine bereits verurtheilte Person, so muss das Strafurtheil beigebracht werden, welches von dem zuständigen Gericht des die Auslieferung begehrenden Staates gegen den Verurtheilten erlassen ist. || Auf Strafurtheile, welche von Ungehorsams wegen (in contumaciam) erlassen sind, kann der Auslieferungs-Antrag nicht gegründet werden.

Nr. 4633.
Deutschland
u. England,
14. Mai 1872.

Art. IX. — Wenn das Auslieferungsgesuch nach den vorstehenden Bestimmungen begründet ist, so sollen die zuständigen Behörden des ersuchten Staates zur Festnahme des Flüchtlings schreiten. | Der Ergriffene wird sodann vor den dazu gesetzlich berufenen richterlichen Beamten gebracht, welcher ihn ebenso zu verhören und den Straffall vorläufig zu untersuchen hat, als wenn die Ergreifung wegen einer im Inlande begangenen strafbaren Handlung erfolgt wäre.

Art. X. — Die Auslieferung erfolgt nicht vor Ablauf von 15 Tagen seit der Ergreifung und nur dann, wenn die Beweise für genügend befunden worden sind, um nach den Gesetzen des ersuchten Staats entweder die Verweisung des Ergriffenen zur Hauptuntersuchung zu rechtfertigen, falls die strafbare Handlung im Gebiet dieses Staats begangen wäre, oder darzuthun, dass der Ergriffene mit der von den Gerichten des ersuchenden Staats verurtheilten Person identisch ist.

Art. XI. — Die Behörden des ersuchten Staats haben bei der Prüfung, welche ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen obliegt, den beeidigten Zeugen-Aussagen, welche in dem anderen Staate zu Protokoll genommen sind, in gleichen den Abschriften solcher Original-Zeugen-Aussagen, und ebenso den Haftbefehlen und Strafurtheilen volle Beweiskraft beizulegen, vorausgesetzt, dass diese Schriftstücke durch einen Richter, eine obrigkeitliche Person oder einen anderen Beamten dieses Staats unterzeichnet oder bescheinigt und durch einen beeidigten Zeugen oder durch Beidrückung des Amtssiegels des Justiz- oder eines anderen Staatsministers beglaubigt sind.

Art. XII. — Wenn die zur Auslieferung genügenden Beweise nicht binnen 2 Monaten von dem Tage der Ergreifung des Flüchtigen an beigebracht werden, so ist der Ergriffene auf freien Fuss zu setzen.

Art. XIII. — Alle in Beschlag genommenen Gegenstände, welche sich zur Zeit der Ergreifung im Besitze des Auszuliefernden befinden, sollen, wenn die zuständige Behörde des um die Auslieferung ersuchten Staates die Ausantwortung derselben angeordnet hat, bei Vollziehung der Auslieferung mit übergeben werden, und es soll sich diese Ueberlieferung nicht blos auf die entfremdeten Gegenstände, sondern auf Alles erstrecken, was zum Beweise der strafbaren Handlung dienen kann.

Art. XIV. — Die hohen vertragenden Theile verzichten darauf, die Er-

Nr. 4633. stattung derjenigen Kosten, welche ihnen aus der Festnahme und dem Unterhalt
 Deutschland des Auszuliefernden und seinem Transport bis zur Einschiffung erwachsen,
 u. England, in Anspruch zu nehmen, willigen vielmehr gegenseitig darein, diese Kosten selbst
 14. Mai 1872. zu tragen.

Art. XV. — Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen auf die Kolonien und auswärtigen Besitzungen Ihrer Grossbritannischen Majestät Anwendung finden. || Der Antrag auf Auslieferung eines flüchtigen Verbrechers, welcher in einer dieser Kolonien oder auswärtigen Besitzungen Zuflucht gefunden hat, soll an den Statthalter oder die oberste Behörde dieser Kolonie oder Besetzung durch den obersten Konsularbeamten des Deutschen Reiches in dieser Kolonie oder Besetzung gerichtet werden. || Ueber solche Anträge soll der gedachte Statthalter oder die gedachte oberste Behörde soviel als möglich nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags befinden, jedoch soll denselben freistehen, entweder die Auslieferung zu bewilligen oder über den Fall an ihre Regierung zu berichten. || Ihrer Grossbritannischen Majestät soll es jedoch freistehen, in den britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen über die Auslieferung deutscher Verbrecher, welche innerhalb dieser Kolonien und auswärtigen Besitzungen Zuflucht gefunden haben, auf möglichst gleicher Grundlage mit den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages besondere Anordnungen zu treffen. || Anträge, betreffend die Auslieferung von Verbrechern, welche aus einer Kolonie oder auswärtigen Besetzung Ihrer Grossbritannischen Majestät geflüchtet sind, sollen nach den Bestimmungen der vorstehenden Artikel des gegenwärtigen Vertrages behandelt werden.

Art. XVI. — Der gegenwärtige Vertrag soll zehn Tage nach seiner in Gemässheit der durch die Gesetzgebung der hohen vertragenden Theile vorgeschriebenen Formen erfolgten Veröffentlichung in Kraft treten. Der Vertrag kann von jedem der beiden hohen vertragenden Theile aufgekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Aufkündigung noch 6 Monate in Kraft. || Der Vertrag wird ratifizirt und die Ratifikationen werden nach vier Wochen, oder wo möglich früher, in London ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und mit ihren Wappen untersiegelt. || So geschehen zu London am 14. Mai im Jahre des Herrn 1872.

Bernstorff.

(L. S.)

Granville.

(L. S.)

Vorstehender Vertrag ist ratifizirt, die Auswechslung der Ratifikationsurkunden am 11. Juni d. J. in London, und die amtliche Veröffentlichung des Vertrages in Grossbritannien am 28. Juni d. J. bewirkt worden.

Nr. 4634.

DEUTSCHLAND und RUSSLAND. — Additional-Vertrag zum Postvertrage mit Russland. Vom 26./14. Mai 1872.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs und Seine Majestät der Kaiser aller Reussen, von dem Wunsche geleitet, den Postverkehr zwischen beiden Reichen durch Erleichterung des Korrespondenz-Austausches zu fördern, haben die Vereinbarung eines Additional-Vertrages zu dem Postvertrage vom 22./10. August 1865 beschlossen und zu diesem Zwecke zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Botschafter am Kaiserlich russischen Hofe, Seine Durchlaucht Heinrich VII. Prinzen Reuss, Allerhöchstihren General-Lieutenant und General à la suite, Ritter der Königlich preussischen Orden: des Rothen Adlers erster Klasse mit Eichenlaub, des Komthurkreuzes mit Schwertern vom Königlichen Hausorden von Hohenzollern, des Johanniter-Ordens; der Kaiserlich russischen: St. Wladimir zweiter Klasse, St. Annen erster Klasse; Grosskreuz des Königlich bayerischen Civilverdienst-Ordens der Krone, Grosskreuz des Kurfürstlich hessischen Wilhelms-Ordens, Grosskreuz des Grossherzoglich mecklenburgischen Ordens der Wendischen Krone; || und || Seine Majestät der Kaiser aller Reussen: || Allerhöchstihren General-Adjutanten, General der Kavallerie, Minister des Innern, Mitglied des Reichsraths, Alexander Timascheff, Ritter des St. Alexander Newsky-Ordens, des Weissen Adler-Ordens, des St. Wladimir-Ordens zweiter Klasse, des St. Annen-Ordens erster Klasse mit den Schwertern und des St. Stanislaus-Ordens erster Klasse; Grosskreuz des Königlich dänischen Danebrog-Ordens, des Königlich schwedischen Schwert-Ordens u. s. w., || welche auf Grund ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten sich über nachstehende Artikel geeinigt haben:

Art. 1. — Das Porto für die Briefe zwischen Deutschland und Russland soll betragen: 1) für den einfachen frankirten Brief 3 Groschen oder 10 Kopeken Silber; || 2) für den einfachen unfrankirten Brief 5 Groschen oder 16 Kopeken Silber. || Das Porto für die Lokal-Korrespondenz zwischen den sich gegenüberliegenden Grenz-Postanstalten wird auf 1 Groschen oder 3 Kopeken Silber für den einfachen frankirten Brief und 2 Groschen oder 7 Kopeken Silber für den einfachen unfrankirten Brief festgesetzt. || Das Gewicht des einfachen Briefes beträgt 15 Grammen. Für Briefe von schwererem Gewichte wird für je 15 Grammen ein weiterer dem entsprechender Portosatz erhoben. || Für Drucksachen und Waarenproben wird das Porto mit $\frac{1}{2}$ Groschen oder 2 Kopeken Silber für je 50 Grammen erhoben. || Das gesammte Porto wird zwischen der Kaiserlich deutschen und der Kaiserlich russischen Postverwaltung halbscheidlich getheilt. Das etwaige österreichisch-ungarische Transitporto für die durch österreichisch-

Nr. 4634.
Deutschland
u. Russland,
26./14. Mai
1872.

Nr. 4634.
Deutschland
u. Russland,
26./14. Mai
1872.

ungarisches Gebiet transitirenden deutsch-russischen Briefpakete wird von beiden kontrahirenden Theilen gemeinschaftlich getragen.

Art. 2. — Der Kaiserlich russischen Postverwaltung soll das Recht zustehen, im Transit durch deutsches Postgebiet geschlossene Briefpakete mit fremden Ländern auszuwechseln. || Die Kaiserlich russische Postverwaltung wird für den Transit der Briefpakete über deutsches Gebiet an die deutsche Reichs-Postverwaltung folgende Vergütungen zahlen und zwar: || a) für die Briefpakete nach und aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien und Irland, Italien den Niederlanden, der Schweiz, Spanien, Portugal und den Vereinigten Staaten Amerikas: || 2 Groschen für je 30 Grammen Nettogewicht der Briefe, $\frac{1}{3}$ Groschen für je 50 Grammen Nettogewicht der Zeitungen, Drucksachen unter Band und Waarenproben; || b) für die Briefpakete nach und aus Norwegen und Schweden: || $1\frac{1}{2}$ Groschen für je 30 Grammen Nettogewicht der Briefe, || $\frac{1}{4}$ Groschen für je 50 Grammen Nettogewicht der Zeitungen, Drucksachen unter Band und Waarenproben. || Die obigen Sätze sollen auch, insofern die Kaiserlich Königlich österreichisch-ungarische Postverwaltung ihr Einverständniss damit erklärt, auf diejenigen Briefpakete Anwendung finden, welche zwischen Südrussland und fremden Staaten im Transit über deutsches und österreichisch-ungarisches Gebiet gewechselt werden. || Die Transitvergütung für Briefpakete nach und aus Grossbritannien und Irland wird vom 1. Januar 1872 ab, insoweit nicht zugleich der Transit über österreichisch-ungarisches Gebiet in Betracht kommt, auf den Satz von 1 Groschen für je 30 Grammen Nettogewicht der Briefe und auf $\frac{1}{4}$ Groschen für je 50 Grammen Nettogewicht der Zeitungen, Drucksachen unter Band und Waarenproben ermässigt werden. || Der Kaiserlich deutschen Reichs-Postverwaltung soll das Recht zustehen, im Transit durch russisches Gebiet geschlossene Briefpakete mit ihrem Postamte in Konstantinopel auszuwechseln, sowie mit allen denjenigen Ländern, wohin für die Beförderung der Korrespondenz von dem Wege über Russland mit Nutzen sollte Gebrauch gemacht werden können. || Die deutsche Reichs-Postverwaltung wird für den Transit dieser Briefpakete über russisches Gebiet. || 2 Groschen für je 30 Grammen Nettogewicht der Briefe, und || $\frac{1}{3}$ Groschen für je 50 Grammen Nettogewicht der Zeitungen, Drucksachen unter Band und Waarenproben an die Kaiserlich russische Postverwaltung zahlen. || Für die Beförderung zur See beziehungsweise auf ausländischen Strecken wird die Kaiserlich russische Postverwaltung keine höhere Entschädigung für die deutschen Briefpakete in Anspruch nehmen, als sie selbst für die eigenen Posten zu zahlen hat. || Für die postdienstliche Korrespondenz für unbestellbare, nachgesandte oder irrig instrairte Briefpostsendungen, sowie für Postanweisungen ist beiderseits Transitport nicht zu entrichten.

Art. 3. — Der gegenwärtige Additionalvertrag, welcher die gleiche Dauer haben soll, wie der Hauptvertrag, wird vom 13./1. Juli 1872 ab zur Ausführung kommen. Mit demselben Termine treten die Artikel 10, 11, 13, 15 und 21 des Hauptvertrages vom 22./10. August 1865 insoweit ausser Kraft, als durch

gegenwärtigen Vertrag anderweite Vereinbarungen getroffen sind. Die Ratifikations-Urkunden des gegenwärtigen Vertrages sollen sobald als möglich in St. Petersburg ausgewechselt werden. Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und besiegelt. || So geschehen zu St. Petersburg, am 26./14. Mai 1872.

Nr. 4634.
Deutschland
u. Russland,
26./14. Mai
1872.

Heinrich VII. Prinz Reuss.

(L. S.)

Alexander Timascheff.

(L. S.)

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sind ausgewechselt worden.

Nr. 4635.

DEUTSCHLAND und FRANKREICH. — Spezial-Konvention zwischen Deutschland und Frankreich, die Zahlung des Restes der französischen Kriegskosten-Entschädigung u. s. w. betreffend.

Vom 29. Juni 1872.¹

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und der Präsident der Französischen Republik haben beschlossen, die Ausführung der Artikel 2 und 3 der Friedenspräliminarien von Versailles, vom 26. Februar 1871, und des Artikels 7 des Frankfurter Friedensvertrages vom 10. Mai 1871 durch eine Spezial-Konvention zu regeln und haben zu ihren Bevollmächtigten hierzu ernannt: Seine Majestät der Deutsche Kaiser || Allerhöchstihren Botschafter bei der Französischen Republik, Grafen Harry von Arnim, || und | der Präsident der Französischen Republik, | Herrn Charles de Rémusat, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welche, nachdem sie sich über die Zeitpunkte und die Art der Zahlung der von Frankreich an Deutschland geschuldeten Summe von drei Milliarden, sowie über die allmälige Räumung der von dem deutschen Heere besetzten französischen Departements verständigt und nachdem sie ihre in guter und regelrechter Form befundenen Vollmachten ausgetauscht, folgende Vereinbarung getroffen haben:

Nr. 4635.
Deutschland
und Frank-
reich,
29. Juni 1872.

Art. 1. — Frankreich verpflichtet sich, die gedachte Summe von drei Milliarden an folgenden Terminen abzutragen, nämlich: | 1) eine halbe Milliarde Franken zwei Monate nach Austausch der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages; | 2) eine halbe Milliarde Franken am 1. Februar 1873; || 3) eine Milliarde Franken am 1. März 1874; || 4) eine Milliarde Franken am 1. März 1875. | Frankreich ist jedoch befugt, die am 1. Februar 1873, 1. März 1874

¹ Vgl. die Zusatz-Konventionen zum Frankfurter Frieden vom 12. Oktober und 11. Dezember 1871 (Bd. XXI. Nr. 4615, 4616, 4619, 4620.) [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4635.
Deutschland
und Frank-
reich,
29. Juni 1872.

und 1. März 1875 zu zahlenden Summen theilweise, in Beträgen von mindestens hundert Millionen Franken, oder vollständig vor Ablauf dieser Termine zu zahlen. || Im Fall einer antizipirten Zahlung wird die französische der deutschen Regierung einen Monat zuvor Kenntniss geben.

Art. 2. — Die im dritten Alinea des siebenten Artikels des Friedensvertrages vom 10. Mai 1871 und in den Separat-Protokollen vom 12. Oktober 1871 getroffenen Verabredungen finden auf alle nach Massgabe des vorstehenden Artikels zu leistenden Zahlungen Anwendung.

Art. 3. — Seine Majestät der Deutsche Kaiser wird vierzehn Tage nach Zahlung einer halben Milliarde die Departements der Marne und der Oberen Marne, vierzehn Tage nach Zahlung der zweiten Milliarde die Departements der Ardennen und der Vogesen, und vierzehn Tage nach Zahlung der dritten Milliarde nebst den Zinsen, welche noch zu zahlen sein werden, die Departements der Maas und der Meurthe-Mosel, sowie das Arrondissement Belfort räumen lassen.

Art. 4. — Frankreich behält sich vor, nach erfolgter Zahlung von zwei Milliarden für die dritte Milliarde nebst Zinsen finanzielle Garantien zu gewähren, welche, wenn sie von Deutschland als ausreichend anerkannt werden, in Gemässheit des Artikels 3 der Friedenspräliminarien von Versailles an die Stelle der Territorial-Garantie treten werden.

Art. 5. — Die Verzinsung zu 5 pCt. der im Artikel 1 bezeichneten Summen, welche vom 2. März 1872 an läuft, wird in dem Masse aufhören, in welchem die genannten Summen bezahlt sein werden, sei es an den durch die gegenwärtige Konvention bestimmten Terminen, sei es vor denselben nach der im Artikel 1 verabredeten vorläufigen Benachrichtigung. || Die Zinsen von den Summen, welche noch nicht bezahlt sein werden, sind auch ferner am 2. März jedes Jahres, zuletzt mit Zahlung der letzten Milliarde, zu entrichten.

Art. 6. — Sollte die Stärke der deutschen Okkupations-Truppen nach allmäliger Einschränkung der Okkupation vermindert werden, so werden die Kosten für den Unterhalt dieser Truppen im Verhältniss der Zahl derselben ermässigt werden.

Art. 7. — Bis zur vollständigen Räumung des französischen Gebietes werden die im Artikel 3 bezeichneten, von den deutschen Truppen allmähig geräumten Departements in militärischer Beziehung für neutral erklärt und es werden dahin keine Truppen-Ansammlungen als die zur Aufrechthaltung der Ordnung nothwendigen Garnisonen verlegt. || Frankreich wird daselbst keine neuen Fortifikationen anlegen und die vorhandenen nicht verstärken. || Seine Majestät der Deutsche Kaiser wird in den von den deutschen Truppen besetzten Departements keine andern Befestigungen errichten lassen als jetzt vorhanden sind.

Art. 8. — Seine Majestät der Deutsche Kaiser behält sich das Recht vor, die geräumten Departements in dem Falle wieder zu besetzen, wenn die in der

gegenwärtigen Uebereinkunft eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt werden sollten.

Nr. 4635.
Deutschland
und Frank-
reich,
29. Juni 1872.

Art. 9. — Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages durch Seine Majestät den Deutschen Kaiser einerseits und den Präsidenten der Französischen Republik andererseits werden zu Versailles binnen zehn Tagen oder womöglich früher ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Dokument unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt. || Geschehen zu Versailles, den 29. Juni 1872.

(L. S.) Arnim.

(L. S.) Rémusat.

Die vorstehende Konvention ist ratifizirt worden und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat am 7. Juli 1872 stattgefunden.

Nr. 4636.

DEUTSCHLAND und PORTUGAL. — Handels- und Schiffahrts-Vertrag zwischen Deutschland und Portugal. Vom 2. März 1872.

(Amtliche Uebersetzung.)

Seine Majestät der Deutsche Kaiser einerseits und Seine Majestät der König von Portugal und Algarvien andererseits, von dem gleichen Wunsche be-
seelt, die Entwicklung der Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zwischen
Deutschland und Portugal zu fördern, haben beschlossen, zu diesem Zweck einen Vertrag abzuschliessen und zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar Seine Majestät der Deutsche Kaiser || den Grafen Gustav von Brandenburg, Ritter des Rothen Adler-Ordens zweiter Klasse, des Kronen-Ordens zweiter Klasse, des Hohenzollern'schen Hausordens und des Johanniter-Ordens, Grosskreuz des militärischen Christus-Ordens u. s. w., Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem König von Portugal und Algarvien; || Seine Majestät der König von Portugal und Algarvien || den Grafen de Casal Ribeiro, Pair des Königreichs, Staatsminister, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Disponibilität, Grosskreuz des militärischen Christus-Ordens, Grosskreuz des Ordens der Französischen Ehren-Legion u. s. w., || welche, nach Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Nr. 4636.
Deutschland
u. Portugal,
2. März 1872.

Art. 1. — Zwischen den Angehörigen der beiden hohen vertragenden Theile soll völlige Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen. Sie sollen aus Anlass ihres Handels- und Gewerbebetriebes in den Häfen, Städten oder

Nr. 4686.
Deutschland
u. Portugal,
2. März 1872.

sonstigen Orten der betreffenden Staaten, mögen sie daselbst dauernd ansässig sein, oder sich nur vorübergehend aufhalten, keinen anderen oder höheren Steuern oder Gebühren irgend welcher Art unterworfen sein, als denjenigen, welche die Inländer zu entrichten haben. Die Privilegien, Immunitäten und andere Begünstigungen, welche Angehörige des einen der hohen vertragenden Theile in Bezug auf Handel und Industrie genießen, sollen auch den Angehörigen des anderen Theils zustehen.

Art. 2. — Die Angehörigen jedes der vertragenden Theile sollen in den Gebieten des anderen von jedem persönlichen Dienst im Landheere, in der Marine und in der National-Miliz, sowie von allen Kriegslasten, Zwangsanleihen, militärischen Requisitionen und Kontributionen irgend welcher Art frei sein. Eine Sequestration ihrer Besitzungen oder eine Beschlagnahme ihrer Schiffe, Ladungen, Waaren oder Effekten zu irgend welchem öffentlichen Gebrauche soll nicht stattfinden ohne vorgängige Bewilligung einer, auf gerechten und billigen Grundlagen unter den beteiligten Parteien festgesetzten Entschädigung.

Art. 3. — Die Angehörigen eines jeden der hohen vertragenden Theile, welche in dem Gebiet des anderen Theils jetzt oder in Zukunft Erbschaften erheben haben, oder welche ihr Eigenthum oder Effekten irgend einer Art dort herausziehen wollen, sollen keine anderen Abgaben, Lasten oder Auflagen entrichten, als solche, welche unter gleichen Umständen von den eigenen Angehörigen zu entrichten sein würden.

Art. 4. — Die Boden- und Gewerbs-Erzeugnisse Portugals und der portugiesischen Kolonien, welche in Deutschland, und die Boden- und Gewerbs-Erzeugnisse Deutschlands, welche in Portugal eingeführt werden, sollen daselbst sie mögen zum Verbrauch, zur Lagerung, zur Wiederausfuhr oder zur Durchfuhr bestimmt sein, der nämlichen Behandlung unterliegen und insbesondere keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Erzeugnisse des in diesen Beziehungen am meisten begünstigten dritten Landes. Indes bleibt für Portugal das Recht vorbehalten, Brasilien besondere Vortheile einzuräumen, welche von Deutschland in Folge seines Rechtes auf Behandlung der meistbegünstigten Nation nicht in Anspruch genommen werden können.

Art. 5. — Die aus dem Gebiet des einen der beiden Theile herkommen und in das Gebiet des anderen Theils eingeführten Waaren aller Art dürfen keinen höheren, für Rechnung des Staats oder der Gemeinden erhobenen Accisen — Octroi — oder Verbrauchsabgaben unterworfen werden, als die gleichartigen Waaren einheimischer Erzeugung solche entrichten oder entrichten werden. Jedoch sollen die Eingangsabgaben um so viel erhöht werden dürfen, als den einheimischen Produzenten durch das Accisesystem verursachten Kosten betragen.

Art. 6. — Bei der Ausfuhr nach Portugal und dessen Kolonien sollen in Deutschland, und bei der Ausfuhr nach Deutschland sollen in Portugal und dessen Kolonien Ausgangsabgaben von keinen anderen Waaren und mit keinen

höheren oder anderen Betrag erhoben werden, als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung am meisten begünstigten dritten Lande.

Nr. 4636.
Deutschland
u. Portugal.
2. März 1872.

Art. 7. — Die Waarendurchfuhr nach und von Portugal soll in Deutschland und die Waarendurchfuhr nach und von Deutschland soll in Portugal von jeder Durchgangsabgabe frei sein.

Art. 8. — Jede Begünstigung, jedes Vorrecht und jede Ermässigung in dem Tarif der Eingangs- oder Ausgangsabgaben, welche einer der hohen vertragenden Theile einer dritten Macht zugestehen möchte, wird unverzüglich und ohne Bedingung dem anderen zu Theil werden. Sollte die Anwendung des konventionellen Tarifs der Eingangs- oder Ausgangsabgaben in Portugal oder in Deutschland weniger vortheilhaft sein, als die des allgemeinen Tarifs, so ist der Versender berechtigt, die Anwendung dieses letzteren zu verlangen. | Ausserdem wird keiner der vertragenden Theile ein Einfuhr- oder ein Ausfuhrverbot gegen den anderen in Kraft setzen, welches nicht gleichzeitig auf alle anderen Nationen Anwendung fände.

Art. 9. — Der Importeur hat der Zollbehörde des anderen Landes eine Bescheinigung vorzulegen, durch welche bezeugt wird, dass die eingeführten Waaren einheimischer Herkunft oder Fabrikation sind. Diese Bescheinigung kann bestehen entweder in einer amtlichen, vor einer Behörde am Ort der Versendung abgegebenen Erklärung, oder in einem vom Vorstand des Ausgangszollamts ausgestellten Zeugnis, oder in einem von dem am Versendungsort oder Verschiffungshafen residirenden Konsul oder Konsularagenten des Landes, wohin die Einfuhr erfolgen soll, ausgefertigten Zeugnis. | Was die Zollabfertigung der nach dem Werthe belegten Waaren anlangt, so sollen die Importeure und Produkte des einen der beiden Länder in dem anderen in allen Beziehungen wie die Importeure und Produkte des am meisten begünstigten Landes behandelt werden.

Art. 10. — In Betreff der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder deren Verpackung, der Muster und der Fabrik- oder Handelszeichen sollen die Angehörigen der betreffenden Staaten in dem anderen denselben Schutz geniessen, wie die Inländer.

Art. 11. — Eingangszollpflichtige Gegenstände, welche als Muster dienen, und in Deutschland durch portugiesische Handelsreisende oder in Portugal durch deutsche Handelsreisende eingeführt werden, sollen beiderseits, unter Beobachtung der zur Sicherstellung der Wiederausfuhr oder Wiedereinlieferung in das Entrepot nothwendigen Zollförmlichkeiten, die Erstattung der bei der Einfuhr deponirten Zölle geniessen. Diese Förmlichkeiten sollen zwischen den hohen vertragenden Theilen einverständlich festgesetzt werden.

Art. 12. — Die portugiesischen Fabrikanten und Kaufleute, sowie ihre Reisenden, welche in einer dieser Eigenschaften in Portugal gehörig patentirt sind, können in Deutschland, ohne dafür einer Gewerbesteuer zu unterliegen, Einkäufe für das von ihnen betriebene Geschäft machen und mit oder ohne Proben Bestellungen suchen, ohne jedoch Waaren mit sich herum zu führen. Ebenso soll es in Portugal mit den Fabrikanten und Kaufleuten und deren

Nr. 4636. Reisenden aus Deutschland gehalten werden. Die zur Erlangung dieser Steuer-
 Deutschland freiheit erforderlichen Förmlichkeiten werden im gemeinsamen Einverständniss
 a. Portugal, festgesetzt werden.
 2. März 1872.

Art. 13. — Die portugiesischen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Deutschland und die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Portugal in jeder Beziehung auf dem Fusse der Nationalschiffe und deren Ladungen behandelt werden, gleichviel, von wo die Schiffe ausgelaufen und wohin sie bestimmt sind und woher die Ladungen kommen und bestimmt sind. || Von den vorstehenden Bestimmungen wird jedoch eine Ausnahme gemacht in Betreff derjenigen besonderen Begünstigungen, welche den Erzeugnissen des eigenen Fischfangs in dem einen oder dem anderen Lande jetzt oder in Zukunft gemacht werden. | Jedes Vorrecht und jede Befreiung, welche in dieser Beziehung von einem der hohen vertragenden Theile einer dritten Macht eingeräumt werden sollte, soll gleichzeitig und ohne Bedingung auch dem anderen Theile zustehen.

Art. 14. — Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages beziehen sich nicht auf die Küstenschiffahrt oder Kabotage. | Jedoch ist es den deutschen Schiffen in Portugal und den portugiesischen Schiffen in Deutschland gestattet, einen Theil ihrer Ladung in dem Hafen, welchen sie zuerst angelaufen haben, zu löschen und sich sodann mit dem Rest ihrer Ladung in andere dem auswärtigen Handel geöffnete Häfen desselben Landes zu begeben, um daselbst entweder die Löschung ihrer Ladung zu vollenden, oder ihre Rückladung zu vervollständigen.

Art. 15. — Die Waaren, welche in die Häfen der beiden vertragenden Theile auf den Schiffen des einen oder des anderen Theils eingeführt worden sind, können daselbst nach den Bestimmungen des Eigenthümers oder dessen Bevollmächtigten in freien Verkehr gesetzt, zum Durchgang abgefertigt, oder wieder ausgeführt, oder endlich auch zur Niederlage gebracht werden, ohne anderen oder höheren Abgaben für Magazinirung und Bewachung, oder sonstigen Auflagen zu unterliegen, als denjenigen, welchen die auf einheimischen Schiffen eingeführten Waaren jetzt oder in Zukunft unterworfen sind.

Art. 16. — Die Staatsangehörigkeit der Schiffe soll beiderseitig nach den, jedem Theile eigenthümlichen Gesetzen und Reglements, auf Grund der durch die zuständigen Behörden den Schiffsführern ausgefertigten Papiere anerkannt werden.

Art. 17. — Jeder der hohen vertragenden Theile bewilligt dem anderen das Recht, in seinen Häfen und Handelsplätzen Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Handelsagenten zu unterhalten, mit dem Vorbehalt jedoch, dass jeder Theil befugt sein soll, von diesem Zugeständniss einzelne Orte nach seiner Wahl auszunehmen. || Die in gehöriger Form von ihrer Regierung ernannten Konsularagenten jeder Art geniessen, sobald sie von der Regierung des Staates, in welchem sie ihren Amtssitz haben, das Exequatur erhalten haben, sowohl für ihre Person, als auch bei Ausübung ihres Amtes alle Rechte, welche den Konsularagenten gleichen Ranges der am meisten begünstigten Nation zustehen.

Art. 18. — Die gedachten Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Handelsagenten sollen befugt sein, zur Verhaftung, Festhaltung und Einsperrung der Deserteure von Kriegs- und Handelsschiffen ihres Landes den Beistand der Lokalbehörden in Anspruch zu nehmen. Zu diesem Zweck werden sie sich an die Gerichte, Einzelrichter und zuständigen Beamten wenden und schriftlich die Auslieferung der Deserteure beantragen, indem sie durch Mittheilung der Schiffsregister, Musterrollen oder anderer amtlichen Dokumente den Beweis führen, dass die fraglichen Personen zu der Schiffsmannschaft gehören, worauf hin die Auslieferung erfolgen soll. Solche Deserteure sollen, sobald sie verhaftet sind, zur Verfügung der Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Handelsagenten stehen und auf deren Antrag und auf Kosten derselben in den öffentlichen Gefängnissen festgehalten werden können, um auf das Schiff, zu welchem sie gehören, oder auf ein anderes nationales Schiff gebracht zu werden. Werden sie jedoch nicht innerhalb zweier Monate nach ihrer Verhaftung in ihre Heimath geschafft, so sollen sie auf freien Fuss gesetzt werden und können dann wegen derselben Sache nicht wieder verhaftet werden. Man ist jedoch übereingekommen, dass, wenn der Deserteur ein Verbrechen oder Vergehen begangen haben sollte, seine Auslieferung so lange soll aufgeschoben werden können, bis das mit der Anklage befasste Gericht sein Urtheil gefällt hat und dieses Urtheil vollstreckt worden ist.

Art. 19. — Im Falle des Scheiterns oder des Schiffbruches eines Schiffes eines der hohen vertragenden Theile an den Küsten des anderen Theils sollen Schiff und Ladung dieselben Begünstigungen und Befreiungen geniessen, welche die Gesetzgebung jedes der betreffenden Staaten den Schiffen des eigenen Landes in gleicher Lage bewilligt. Es soll jede Hülfe und aller Beistand dem Führer und der Mannschaft des Schiffes geleistet werden, sowohl für ihre Person, wie für das Schiff und dessen Ladung. Die auf die Rettung bezüglichen Massregeln sollen den Landesgesetzen gemäss getroffen werden. Es soll jedoch den Konsuln und Konsularagenten gestattet sein, im Falle Schiffe, welche an der Küste gescheitert sind, oder Schiffbruch gelitten haben, reparirt oder verproviantirt oder verkauft werden, die hierauf bezüglichen Geschäfte zu überwachen. Alles, was von dem Schiffe oder dessen Ladung gerettet worden ist, oder der für diese Gegenstände erzielte Kaufpreis soll den Eigenthümern oder deren Bevollmächtigten zurückerstattet werden, und es sollen für die Rettung keine höheren Kosten bezahlt werden, als von Nationalschiffen in gleicher Lage bezahlt werden müssen. Ueberdies ist verabredet, dass die geborgenen Waaren keiner Zollabgabe unterliegen sollen, es sei denn, dass sie in den inneren Verbrauch übergehen.

Art. 20. — Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden ohne Ausnahme auf die Inseln Madeira, Porto Santo und auf die Inselgruppe der Azoren Anwendung. Sie finden in gleicher Weise auf das Grossherzogthum Luxemburg Anwendung, so lange dasselbe dem deutschen Zoll- und Handelssysteme angehören wird.

Nr. 4636.
Deutschland
u. Portugal,
2. März 1872.

Art. 21. — Die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in den portugiesischen Kolonien in jeder Beziehung auf demselben Fuß behandelt werden, wie die Schiffe und die Ladungen der am meisten begünstigten Nation.

Art. 22. — Der gegenwärtige Vertrag soll einen Monat nach erfolgtem Austausch der Ratifikationen zur Ausführung kommen und bis zum 1. Juli 1878 in Kraft bleiben. Im Falle keiner der hohen vertragenden Theile ein Jahr vor Ablauf des gedachten Zeitraums die Absicht kund gegeben haben sollte, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, bleibt derselbe in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der hohen vertragenden Theile denselben gekündigt hat.

Art. 23. — Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen zu Lissabon sobald als möglich ausgetauscht werden. Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Wappensiegel beigefügt. || So geschehen zu Lissabon in doppelter Ausfertigung den 2. März 1872.

Graf v. Brandenburg. (L. S.)

Graf de Casal Ribeiro. (L. S.)

Die Auswechselung der Ratifikations - Urkunden hat am 26. Juni 1872 stattgefunden.

Nr. 4637.

DEUTSCHLAND und DER H. STUHL. — Geschäftsträger beim päpstlichen Stuhl an den Staatssekretär Kardinal Antonelli. — Anzeige der Ernennung des Kardinal Fürst Hohenlohe zum Botschafter des Deutschen Reiches beim h. Stuhl.

Rome, le 25. Avril 1872.

Monseigneur,

Nr. 4637.
Deutschland
und der
h. Stuhl,
25. Apr. 1872.

Je viens de recevoir l'ordre d'informer confidentiellement Votre Eminence Révérendissime, que l'Empereur, mon auguste Maître, a daigné nommer Msgr. le Cardinal Prince d'Hohenlohe Ambassadeur de l'Empire Germanique près le St. Siège. || Son Eminence le Cardinal d'Hohenlohe se rendra prochainement à Rome pour s'assurer personnellement si cette nomination serait agréable au St. Père et pour présenter à Sa Sainteté ses lettres de créance dans le cas d'une réponse favorable. | En m'acquittant de cet ordre, j'ai l'honneur de renouveler à Votre Eminence l'assurance de ma très-haute et très-respectueuse considération.

(signé) Derenthall.

Nr. 4638.

DEUTSCHLAND und DER H. STUHL. — Geschäftsträger beim päpstlichen Stuhl an den Staatssekretär Kardinal Antonelli. — Anfrage, ob die Ernennung Hohenlohe's genehm sei.

Rome, le 1. Mai 1872.

Monseigneur,

Par ma lettre du 25 avril, j'ai eu l'honneur d'informer confidentiellement Nr. 4638.
 Votre Eminence Révérendissime que Sa Majesté l'Empereur et Roi, mon auguste Deutschland
 Maître, a daigné nommer Msgr. le Cardinal Prince d'Hohenlohe Ambassadeur und der
 de l'Empire Germanique près le St. Siège. || Mon Gouvernement me charge h. Stuhl,
 aujourd'hui de prier Votre Eminence de bien vouloir, après avoir pris les 1. Mai 1872.
 ordres du St. Père, me notifier, si ce choix de Sa Majesté l'Empereur et Roi
 est agréable à Sa Sainteté. Veuillez agréer, Monseigneur, l'assurance de ma
 très-haute et très-respectueuse considération.

(signé) Derenthall.

Nr. 4639.

DEUTSCHLAND und DER H. STUHL. — Staatssekretär Kardinal Antonelli an den Geschäftsträger des Deutschen Reiches. — Kardinal Hohenlohe kann zur Annahme des Botschafterpostens nicht autorisirt werden.

Illustrissimo Signore!

Non avea finora dato riscontro alla comunicazione di Vestra Signoria Nr. 4639.
 Illustrissima del 25 decorso Aprile, con la quale mi partecipava la disposizione Deutschland
 presa da Sua Maestà l'Imperatore e Re, di Lei Augusto Signore, di nominare und der
 Sua Eminenza il Signore Cardinale Hohenlohe Ambasciatore dell' Impero Ger- h. Stuhl,
 manico presso la Santa Sede, perchè nella comunicazione stessa Ella mi 2. Mai 1872.
 preveniva che fra non molto la lodata Eminenza Sua sarrebbesi condotta in
 Roma per assicurarsi personalmente se questa nomina fosse stata di gradimento
 al Santo Padre. || Per corrispondere ora alla dimanda contenuta nel di Lei foglio
 di jeri, mi sono fatto un dovere di prendere in oggetto gli ordini del Santo
 Padre ed ho l'onore di significarle, che mentre la Santità Sua è stata sensibile
 al pensiero di S. M. l'Imperatore e Re, è dispiacente di non potere autorizzare
 un Cardinale di Santa Romana Chiesa, anche per le attuali circostanze della
 Santa Sede, ad accettare un così delicato ed importante incarico.

Nr. 4639.
Deutschland
und der
h. Stuhl,
2. Mai 1872.

Ed in questo nuovo incontro mi pregio di confermarmi con sensi della p
distinta stima

Roma 2. Maggio 1872.

Di V. S. Illustrissima

Servitore vero
G. Card. Antonelli.

(Uebersetzung.)

Hochgeehrtester Herr!

Ich hatte bis jetzt auf die Mittheilung Euer Hochwohlgeboren vom 25. v
gangnen Monats, mit welcher Sie mich über den von Seiner Majestät dem Kais
und König, Ihrem erhabnen Herrn, gefassten Entschluss, den Herrn Kardir
Hohenlohe zum Botschafter des Deutschen Reichs beim heiligen Stuhl zu e
nennen, in Kenntniss setzen, keine Erwiederung gegeben, weil Sie selbst in jen
Mittheilung mir zu erkennen gaben, dass in Kurzem die gedachte Eminenz si
nach Rom begeben würde, um sich persönlich zu vergewissern, ob diese Erne
nung dem heiligen Vater genehm sei. || Um nun dem in Ihrem gestrigen Schreib
ausgedrückten Wunsche zu entsprechen, habe ich es mir angelegen sein lass
darüber die Befehle des heiligen Vaters einzuholen, und ich habe die Eh
Euer Hochwohlgeboren zu eröffnen, dass, während Seine Heiligkeit für den C
danken Seiner Majestät des Kaisers und Königs empfänglich ist, Sie doch l
dauert, einen Kardinal der heiligen römischen Kirche, auch wegen der aug
blicklichen Umstände des heiligen Stuhls, nicht autorisiren zu können z
Annahme eines so delikaten und wichtigen Amtes.

Auch bei dieser Gelegenheit u. s. w.

Rom, den 2. Mai 1872.

Antonelli.

Nr. 4640.

DEUTSCHLAND und DER H. STUHL. — Erste Rede des Fürst
Bismarck in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 14. Mai 18
— Die Ablehnung des Botschafters Kardinal Hohenlohe durch d
h. Stuhl. [Nach dem stenographischen Bericht.]

Nr. 4640.
Deutschland
und der
h. Stuhl,
14. Mai 1872.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich begreife, dass bei dieser Budg
Position der Gedanke entstehen kann, dass die Kosten für diese Gesandtsch
nicht mehr erforderlich seien, weil es sich nicht mehr um einen Schutz de
scher Unterthanen in den betreffenden Landestheilen handelt. Ich freue m
aber doch, dass ein Antrag auf Absetzung dieser Position nicht gestellt ist, d
er würde der Regierung unwillkommen gewesen sein. Die Aufgaben ein

Gesandtschaft bestehen ja einerseits im Schutze ihrer Landsleute, andererseits aber doch auch in der Vermittlung der politischen Beziehungen, in welchen die Reichsregierung zu dem Hofe, bei dem ein Gesandter akkreditirt ist, steht. Nun giebt es keinen auswärtigen Souverain, der nach der bisherigen Lage unserer Gesetzgebung berufen wäre, so ausgedehnte, der Souverainität nahe kommende und durch keine konstitutionelle Verantwortlichkeit gedeckte Rechte innerhalb des Deutschen Reiches vermöge unserer Gesetzgebung zu üben. Es ist daher für das Deutsche Reich von wesentlichem Interesse, wie dasselbe sich zu dem Oberhaupte der römischen Kirche, welches diese für einen auswärtigen Souverain so ungewöhnlich umfangreichen Einflüsse bei uns ausübt, wie es sich auf diplomatischem Wege dazu stellt. Ich glaube kaum, dass es einem Gesandten des Deutschen Reiches nach den jetzt in der katholischen Kirche massgebenden Stimmungen gelingen würde, durch die geschickteste Diplomatie, durch Ueberredung — von comminatorischen Handlungen, wie sie zwischen zwei weltlichen Mächten vorkommen können, kann ja hier nicht die Rede sein, — aber ich will sagen durch Ueberredung einen Einfluss auszuüben, der eine Modifikation der von Seiner Heiligkeit dem Papste zu den weltlichen Dingen principiell genommenen Stellung herbeizuführen im Stande sein würde. Ich halte es nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich promulgirten Dogmen der katholischen Kirche nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen, ohne dass diese weltliche Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effacirt würde, die das Deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. || Seien Sie ausser Sorge, nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig. || Aber nichts destoweniger kann sich Niemand verhehlen, dass die Lage des Deutschen Reiches, — ich habe hier nicht die Aufgabe, die Motive und die Schuld der einen oder der anderen Seite zu untersuchen, sondern nur die Aufgabe, eine Budgetposition zu vertheidigen, — dass die Stimmung innerhalb des Deutschen Reiches auf dem Gebiete des konfessionellen Friedens eine getrübt ist. Die Regierungen des Deutschen Reiches suchen emsig, suchen mit der ganzen Sorgfalt, die sie ihren katholischen wie ihren evangelischen Unterthanen schulden, nach den Mitteln, um in einer möglichst friedlichen, in einer die konfessionellen Verhältnisse des Reiches möglichst wenig erschütternden Weise aus diesem jetzigen Zustand in einen annehmlicheren zu gelangen. Es wird dies ja schwerlich anders geschehen können als auf dem Wege der Gesetzgebung, und zwar auf dem Wege einer allgemeinen Reichsgesetzgebung, zu welcher die Regierungen genöthigt werden, die Beihülfe des Reichstags in Anspruch zu nehmen. Dass aber diese Gesetzgebung in einem für die Gewissensfreiheit durchaus schonenden Wege, in der zurückhaltendsten zartesten Weise vorgehen, dass dabei die Regierung bemüht sein muss, sorgfältig alle die unnöthigen Erschwerungen ihrer Aufgaben zu verhüten, die aus unrichtigen Berichterstattungen, aus dem Mangel an richtigen Formen hervorgehen können, das werden Sie mir zugeben; dass die Regierungen bemüht sein müssen, die Richtigstellung unseres innern Friedens auf die für die konfessionellen Empfindungen, auch solche, die wir

Nr. 4640.
Deutschland
und der
h. Stuhl,
14. Mai 1872.

Nr. 4640.
Deutschland
und der
h. Stuhl.
14. Mai 1872.

nicht theilen, schonendste Weise herbeizuführen, werden Sie mir zugeben. Dazu gehört vor allen Dingen, dass auf der einen Seite die römische Kurie jederzeit nach Möglichkeit gut unterrichtet sei über die Intentionen der deutschen Regierungen und besser unterrichtet sei, als man es bisher gewesen ist. Ich halte für eine der hervorragendsten Ursachen der gegenwärtigen Trübungen auf konfessionellem Gebiete die unrichtige, entweder durch eigene Aufregung oder durch schlimmere Motive getrübe Darstellung über die Lage der Dinge in Deutschland und die Intentionen der deutschen Regierungen, die an Seine Heiligkeit den Papst gelangt sind. Ich hatte gehofft, dass durch die Wahl eines Botschafters, der von beiden Seiten volles Vertrauen hatte, ein Mal in Bezug auf seine Wahrheitsliebe und Glaubwürdigkeit, dann in Bezug auf die Versöhnlichkeit seiner Gesinnungen und Haltung, dass die Wahl eines solchen Botschafters, wie sie Seine Majestät der Kaiser in der Person eines bekannten Kirchenfürsten getroffen hatte, in Rom willkommen sein werde, dass sie als ein Pfand unserer friedlichen entgegenkommenden Gesinnungen aufgefasst, dass sie als eine Brücke der Verständigung benutzt werden würde. Ich hatte gehofft, dass man darin die Versicherung erkennen würde, dass wir etwas Anderes, als das was ein Seiner Heiligkeit dem Papste auch durch die intimsten Beziehungen verbundener Kirchenfürst sagen, vortragen und ausdrücken könnte, nie von Seiner Heiligkeit dem Papste verlangen würden; dass die Formen immer diejenigen bleiben würden, in welchem ein Kirchenfürst dem anderen gegenüber sich bewegt, und dass alle unnöthigen Reibungen in einer Sache, die an sich schwierig genug ist, verhütet würden. Man hat an diese Ernennung manche Befürchtungen auf evangelischer und liberaler Seite geknüpft, die meines Erachtens in einer unrichtigen Würdigung der Stellung eines Gesandten oder Botschafters überhaupt bestehen. Ein Gesandter ist wesentlich doch nur das Gefäß, welches durch die Instruktionen seines Souverains gefüllt, erst seinen vollen Werth bekommt. Dass aber das Gefäß ein angenehmes, willkommenes sei, ein solches, welches nach seiner Beschaffenheit, wie man von alten Krystallen sagte, Gift oder Galle in sich nicht aufnehmen kann, ohne es sofort anzuzeigen, das ist allerdings wünschenswerth, in so delikaten Beziehungen, wie diese sind. Das hatten wir gehofft zu erreichen. Leider ist aus Gründen, die uns noch nicht dargelegt sind, diese Intention der kaiserlichen Regierung durch eine kurze Ablehnung von Seiten der päpstlichen Kurie verhindert worden, zur Ausführung zu gelangen. Ich kann wohl sagen, dass ein solcher Fall nicht häufig vorkommt. Es ist üblich, dass, wenn ein Souverain seine Wahl zu einem Gesandten, zu einem Botschafter getroffen hat, er dann aus Courtoisie an den Souverain, bei dem der Gesandte akkreditirt werden soll, die Frage richtet, ob dieser ihm *persona grata* sei; es ist indess ganz ausserordentlich selten der Fall, dass diese Frage verneint wird, da es doch immer ein Rückgängigmachen einer einmal geschehenen Ernennung bedingt; denn was der Kaiser zu einer solchen Ernennung thun kann, thut er vorher, ehe er anfragt. Also er hat ernannt, wenn er anfragt; die verneinende Antwort ist also eine Forderung, das Ge-

schehene zurückzunehmen, eine Erklärung: Du hast unrichtig gewählt. Ich bin seit ziemlich zehn Jahren jetzt auswärtiger Minister, ich bin seit einundzwanzig Jahren in den Geschäften der höheren Diplomatie, und ich glaube, mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, es ist dies der einzige und erste Fall, den ich erlebt, dass eine solche Frage verneinend beantwortet wird. Ich habe öfter schon erlebt, dass Bedenken ausgesprochen sind gegen Gesandte, die bereits längere Zeit fungirt hatten, dass ein Hof in vertraulicher Weise den Wunsch ausgesprochen hat, dass ein Wechsel in der Person erfolgen möge; dann aber hatte dieser Hof eine mehrjährige Erfahrung im diplomatischen Verkehr mit dieser Person hinter sich, hatte die Ueberzeugung, dass diese Persönlichkeit zur Sicherung der von dem Hofe gewünschten guten Beziehungen nicht geeignet sei, und äussert dann in der vertraulichsten Form, gewöhnlich in eigenhändigem Schreiben von Souverain zu Souverain, mit Erläuterungen, warum dies geschehen — und dennoch in einer sehr vorsichtigen Weise; es wird selten oder nie bestimmt gefordert. Es sind ja in der neuesten Zeit einzelne, wenigstens ein recht flagrantes Beispiel vorgekommen, dass die Abberufung eines Gesandten gefordert wird; aber, wie gesagt, die Versagung eines neu zu ernennenden ist mir nicht erinnerlich, dass ich sie schon erlebt habe. Mein Bedauern über diese Ablehnung ist ein ausserordentlich lebhaftes; ich bin aber nicht berechtigt, dieses Bedauern in die Farbe einer Empfindlichkeit zu übersetzen, denn die Regierung schuldet unseren katholischen Mitbürgern, dass sie nicht müde werde, die Wege aufzusuchen, auf denen die Regelung der Grenze zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt, der wir im Interesse unseres inneren Friedens absolut bedürfen, in der schonendsten und konfessionell am wenigsten verstimmenden Weise gefunden werden könne. Ich werde deshalb mich durch das Geschehene nicht entmuthigen lassen, sondern fortfahren, bei Seiner Majestät dem Kaiser dahin zu wirken, dass ein Vertreter des Reiches für Rom gefunden wird, welcher sich des Vertrauens beider Mächte, wenn nicht in gleichem Masse, doch in einem hinlänglichen Masse, für sein Geschäft erfreut. Dass diese Aufgabe durch das Geschehene wesentlich erschwert ist, kann ich allerdings nicht verhehlen.

Nr. 4640.
Deutschland
und der
h. Stuhl,
14. Mai 1872.

Nr. 4641.

DEUTSCHLAND und DER H. STUHL. — Zweite Rede des Fürsten Bismarck in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 14. Mai 1872.
— Die Ablehnung des Botschafters Kardinal Hohenlohe durch den h. Stuhl.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Der Herr Redner [Windthorst] ist über den Gegenstand, von dem es sich hier handelt, zu meiner Genugthuung, wie aus den letzten wenigen Worten seiner Rede hervorging, mit mir vollständig einver-

Nr. 4641.
Deutschland
und der
h. Stuhl,
14. Mai 1872.

Nr. 4641.
Deutschland
und der
h. Stuhl,
14. Mai 1872.

standen. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, so wünscht auch er die Beibehaltung der Gesandtschaft beim römischen Stuhle. Ich könnte mich mit der Konstatirung dieses Einverständnisses begnügen, wenn nicht die Art, wie er dasselbe motivirt, mir zu einigen sachlichen Bemerkungen und Rektifikationen Anlass gäbe. || Der Herr Redner hat in Beziehung auf die kürzlich von uns versuchte Ernennung eines Botschafters beim heiligen Stuhle seine Verwunderung darüber ausgesprochen, dass der dazu designirte Kardinal nicht nach Rom gegangen sei, um sich die Antwort zu holen. In der Sache waren indess zwei Antworten zu geben: die eine an Seine Majestät den Kaiser, der durch seine amtlichen Organe bei der römischen Kurie anfragt: „Ist euch das recht?“ — die zweite an den Kardinal. Wenn ich richtig berichtet bin, so ist die Antwort an den Herrn Kardinal, das Verbot der Annahme enthaltend, schon sehr viel früher als die Antwort an Seine Majestät den Kaiser erfolgt. Nachdem ich hiervon überzeugt war, schien es mir doch nöthig, dass Seine Majestät der Kaiser an Seiner Seite auch eine Antwort erhalte, und in Folge dessen habe ich späterhin — ich weiss nicht, ob fünf oder acht Tage nach der ersten Anfrage — den Wunsch ausdrücken lassen, dass wir auch eine Antwort erhalten möchten. Die haben wir bekommen. Die Aktenstücke, die in den Zeitungen gedruckt sind, so viel ich den Abdruck habe sehen können, ich habe nicht nochmal gelesen, was ich kannte — werden authentisch sein; — den Artikel, mit dem sie verbrämt sind, kenne ich nicht. || Ich möchte auf die persönliche Kritik Seiner Eminenz des Kardinals, die der Herr Vorredner hier auf der Tribüne aussprach, nicht eingehen; nur auf das Wort „Dienstherr“ möchte ich doch mit einem Worte zurückkommen. Der Herr Vorredner ist in der Geschichte gewiss bewandert, — soweit sie die kirchlichen Verhältnisse berührt, — und da erlaube ich mir die Frage, wer der Dienstherr des Kardinals Richelieu, des Kardinals Mazarin war. Beide Herren haben im Dienste ihres Souverains, des Königs von Frankreich, recht wesentliche Streitfragen, obwohl sie Kardinäle waren, mit dem römischen Stuhle zu erledigen und zu verfechten gehabt. Also so ganz durchschlagend ist der Vergleich mit einem Generaladjutanten und dem Kardinal doch nicht, obschon ich, wenn es Seiner Heiligkeit gefiele, hier einen Generaladjutanten Seiner Majestät zum Nuntius zu ernennen, Seiner Majestät unbedingt zureden würde, ihn zu acceptiren. || Der Herr Vorredner hat es bemängelt, dass diese ganzen Verhandlungen früher in die Oeffentlichkeit gelangt wären, als mit der von mir beanspruchten dienstlichen Verschwiegenheit im auswärtigen Dienst verträglich wäre. Ich kann nur aktenmässig nachweisen, dass unsererseits keine Veröffentlichung früher stattgefunden hat, als bis ich von Rom das Telegramm von unserer dortigen Gesandtschaft amtlich erhielt: die päpstliche Kurie macht aus der Ablehnung kein Geheimniss und hat dem und dem fremden Gesandten unumwunden Mittheilung davon gemacht. Von dem Augenblick an war es überflüssig, das Geheimniss zu bewahren. Ich glaube auch, dass es bis dahin der Presse gegenüber gewahrt ist. Ich habe Indicien, dass es Rom gegenüber schon vorher nicht gewahrt worden ist. Wie es so früh ruchbar werden konnte,

darüber hatte ich, als der Herr Vorredner diesen Punkt berührte, eine leise Hoffnung, er werde mir seinerseits Aufklärung geben, wie dieses Dienstgeheimniss so früh hat kolportirt werden können. Ich weiss nicht, ob die Sache etwa die Entwicklung nehmen kann, dass auf sein Zeugniss darüber dermaleinst zurückgegriffen werden wird. Sollte es mir aber gelingen, die Quelle der Indiskretion zu entdecken, so kann ich nach den mir mündlich zugekommenen Indicien versichern, dass ich auf das Zeugniss des Herrn Vorredners vor Gericht provociren würde. || Der Herr Vorredner fragt: wie ist es zugegangen, dass das sofort bekannt geworden ist. Ja, dieselbe Frage gebe ich ihm zurück und bin überzeugt, er weiss mehr davon, als ich. || Der Herr Vorredner hat in mehr als einer Beziehung meine Absichten, die ich vorher andeutete, und die ja nicht die der verbündeten Regierungen sind, sondern die ich nur als meine persönlichen bezeichnen kann — da ich aber eine Persönlichkeit von Einfluss in diesen Sphären bin, so ist es immerhin von Interesse, bei dieser Diskussion meine Ansichten kundzugeben und den Nachweis zu liefern, in wie weit man sich etwa diametral entgegenarbeitet oder nicht. Der Herr Vorredner hat die Hoffnung ausgesprochen, dass man durch Vertrag zu einer Regelung der bei uns streitigen Angelegenheiten gelangen werde, und hat auch, wenn ich ihn richtig verstanden habe, Andeutungen über das Bestehen von Verträgen gemacht, die ich nicht ganz begründet finden kann. Es ist schon oft ein Streit gewesen, ob man bestimmten Einrichtungen einen vertragsmässigen Charakter, oder nicht, beilegen kann. Aber ich bin ein Feind aller Konjunkturalpolitik und aller Prophezeiungen — das wird sich ja finden — nur das kann ich dem Herrn Vorredner versichern, dass wir, gegenüber den Ansprüchen, welche einzelne Unterthanen Seiner Majestät des Königs von Preussen geistlichen Standes stellen, dass es Landesgesetze geben könne, die für sie nicht verbindlich seien, dass wir solchen Ansprüchen gegenüber die volle einheitliche Souveränität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten werden und in dieser Richtung auch der vollen Unterstützung der grossen Majorität beider Konfessionen sicher sind. || Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muss es bleiben: die Souveränität der Gesetzgebung! Und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich ausserhalb der Gesetze und sagt sich los von dem Gesetz. || Ich habe dem Herrn Vorredner als Minister in dieser Beziehung weiter nichts zu sagen; als evangelischer Christ aber habe ich ihm noch zu sagen: wenn er glaubt, dass die Trennung der evangelischen Kirche vom Staate für die evangelische Kirche tödtlich sei, so muss ich ihm, was ich seiner ganzen Haltung nach voraussehen konnte, entgegnen, dass ihm zu meinem Bedauern der wahre Begriff des Evangeliums noch nicht aufgegangen ist.

Nr. 4641.
Deutschland
und der
h. Stuhl,
14. Mai 1873.

Nr. 4642.

DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu. Vom 4. Juli 1872.

Nr. 4642.
Deutschland,
4. Juli 1872.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. s. w., verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§. 1. — Der Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen sind vom Gebiet des Deutschen Reichs ausgeschlossen. || Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist untersagt. || Die zur Zeit bestehenden Niederlassungen sind binnen einer vom Bundesrath zu bestimmenden Frist, welche sechs Monate nicht übersteigen darf, aufzulösen.

§. 2. — Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden; wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder verweigert werden.

§. 3. — Die zur Ausführung und zur Sicherstellung des Vollzugs des Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Bundesrathe erlassen. || Verkündlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigne.

Gegeben Bad Ems, den 4. Juli 1872.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Nr. 4643.

DEUTSCHLAND. — Gesetz wegen Einführung des Reichsgesetzes betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, in Elsass-Lothringen Vom 8. Juli 1872.

Nr. 4643.
Deutschland,
8. Juli 1872.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. s. w., verordnen im Namen des Deutschen Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes, für Elsass-Lothringen, was folgt:

Die Wirksamkeit des anliegenden Reichsgesetzes vom 4. Juli 1872, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, wird auf Elsass-Lothringen ausgedehnt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und bei gedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Nr. 4643.
Deutschland,
8. Juli 1872.

Gegeben Bad Ems, 8. Juli 1872.

(L. S.) Wilhelm.
Fürst v. Bismarck.

Nr. 4644.

DEUTSCHLAND. — Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu. Vom 5. Juli 1872.

Auf Grund der Bestimmung im §. 3 des Gesetzes, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, vom 4. d. M. (Reichsgesetzbl. S. 253) hat der Bundesrath beschlossen:

Nr. 4644.
Deutschland,
5. Juli 1872.

1) Da der Orden der Gesellschaft Jesu vom Deutschen Reiche ausgeschlossen ist, so ist den Angehörigen dieses Ordens die Ausübung einer Ordensthätigkeit, insbesondere in Kirche und Schule, sowie die Abhaltung von Missionen nicht zu gestatten.

2) Niederlassungen des Ordens der Gesellschaft Jesu sind spätestens binnen sechs Monaten, vom Tage der Wirksamkeit des Gesetzes an, aufzulösen.

3) Die zur Vollziehung des Gesetzes in den einzelnen Fällen zu treffenden Anordnungen werden von den Landespolizeibehörden verfügt.

Berlin, den 5. Juli 1872.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:
Delbrück.

Nr. 4645.

ITALIEN und DER H. STUHL. — Schreiben des Papstes an den Kardinal Antonelli. — Das beabsichtigte Verbot der religiösen Orden in Italien.

(Uebersetzung.)

Ehrwürdigster Hr. Kardinal Giacomo Antonelli, Unser Staatssecretär! In der gegenwärtigen höchst traurigen Lage genöthigt, jeden Tag den schmerzlichen Anblick neuer und harter Angriffe gegen die Kirche zu ertragen, fühlen Wir heute ganz besonders das Bedürfniss die Feder zu ergreifen, um Ihnen, Hr. Kardinal, das Gefühl des tiefsten Schmerzes auszudrücken, welches Wir jüngst empfanden, als Wir die vom Ministerpräsidenten dieser usurpatorischen Regierung

Nr. 4645.
Italien und
der h. Stuhl,
16. Juni 1872.

Nr. 4045.
Italien und
der h. Stuhl,
16. Juni 1872.

gemachte Erklärung vernahmen: dass dieselbe fest entschlossen sei, den Kammern demnächst einen Gesetzentwurf zur Unterdrückung der religiösen Orden in dieser Unserer Stadt, dem Sitze des Statthalters Jesu Christi und der Metropole der katholischen Welt, vorzulegen. Diese Erklärung, welche immer mehr den wahren Zweck enthüllt, welchen die Beraubung des apostolischen Stuhles um seine weltliche Gewalt hatte, ist ein neuer Schimpf, der nicht nur Uns, sondern der ganzen katholischen Christenheit angethan wird. Denn wer kann läugnen, bestreiten, dass die Unterdrückung der religiösen Orden in Rom, oder auch nur eine willkürliche Beschränkung ihrer Freiheit, nicht bloss ein Attentat auf die Freiheit und Unabhängigkeit des römischen Oberhirten ist, sondern dass ihm damit auch eines der mächtigsten und wirksamsten Mittel zur Leitung der Universalkirche entrissen wird? | Alle Welt weiss, dass, wie Rom der Mittelpunkt der Christenheit ist, so auch die religiösen Orden, welche seit Jahrhunderten daselbst bestehen, so zu sagen das Centrum aller Orden und Congregationen sind, welche sich über den ganzen Erdball verbreitet finden. Sie sind gleichsam ebenso viele Pflanzschulen, die von der unermüdlichen Sorgfalt der römischen Oberhirten errichtet sind, von der Freigebigkeit frommer Geber, auch im Ausland, beschenkt, und von der höchsten päpstlichen Autorität, von welcher sie Leben, Leitung und guten Rath erhalten, geordnet sind. Diese Häuser wurden gegründet und bestimmt, Arbeiter und Missionäre für alle Welttheile auszubilden. Ohne Uns auf die Geschichte berufen zu müssen, um die der christlichen Republik und der ganzen Menschheit von diesen Anhängern der evangelischen Lehre gebrachten Vortheile hervorzuheben, genügt es mit einem Blick die verschiedenen Länder Europa's, die entferntesten und ungastlichsten Gestade Asiens, Afrika's, Amerika's und Australiens zu betrachten, wo noch heutzutage diese eifrigen Diener Gottes mit beispielloser Entsagung ihre Kräfte, ihre Gesundheit, ja ihr Leben selbst zum Nutzen und Frommen der Völker opfern. | Wenn nun die religiösen Orden in Rom unterdrückt oder auch nur in irgend welcher Weise eingeschränkt werden, so ist es nicht mehr möglich, dass die Welt, wie heute, die Vortheile dieser frommen und segensreichen Institute fortgeniesst. In der That ist es Rom, wo die Hauptnoviciate bestehen, welche bestimmt sind die jungen Verkündiger des Christenthums vorzubereiten; es ist hier wo die frommen Gemüther aller Nationen zusammenströmen, um ihren Geist zu stählen und um Rechenschaft von ihren Missionen abzulegen; es ist hier wo im Schatten des apostolischen Stuhles alle Angelegenheiten der Häuser des Auslandes verhandelt werden; hier endlich werden unter der Theilnahme der verschiedenen Nationen die Generale, Obern, Würdenträger der Orden und die Häupter aller Provinzen erwählt. Wie kann man also hoffen, dass ohne diesen grossen Mittelpunkt in der gegenwärtigen Lage der Dinge und ohne diese oberste Leitung das belebende und wohlthätige Werk dieser evangelischen Arbeiter dieselben Resultate haben werde wie bisher? Nein, die religiösen Häuser in Rom unterdrücken, heisst so viel als allen in der Welt zerstreuten Gemeinden den Lebensnerv abschneiden, und eine Beraubung derselben um ihre hier liegenden Güter käme der Beraubung des ganzen Ordens

und aller Orden um ihr legitimes Eigenthum gleich. Die Unterdrückung der religiösen Orden in Rom ist also nicht bloss eine offenbare Ungerechtigkeit gegen Individuen, die sich um die menschliche Gesellschaft verdient gemacht haben, sondern sie ist ein wahres Attentat auf das internationale Recht der ganzen katholischen Christenheit. ¶ Die Dankbarkeit legt Uns ferner die Pflicht auf hervorzuhellen, dass die Unterdrückung der religiösen Körperschaften in Rom dem apostolischen Stuhl, bei welchem die ausgezeichnetsten Mitglieder dieser Orden als nützliche Mitarbeiter im heiligen Ministerium sich bethätigen, keinen geringen Schaden zufügen würde. Als solche wohnen sie den verschiedenen kirchlichen Congregationen bei, und geben bald Aufklärungen über die verschiedenen Missionen, welche ihrer Sorge anvertraut sind, bald widmen sie sich tiefgehenden Studien zur Widerlegung falscher Lehren, bald endlich verkündigen sie ihr weises Urtheil über die verschiedenen disciplinarischen Fragen der einzelnen Kirchen der ganzen katholischen Welt. ¶ Der wahre Zweck des von der usurpatorischen Regierung projectirten Gesetzes der Unterdrückung der religiösen Körperschaften liegt also klar am Tage. Es ist nichts anderes als die Fortsetzung jenes unheilvollen und subversiven zerstörerischen Werkes, welches seit dem Tage der gewaltsamen Besetzung Roms in heuchlerischer Weise zum Schaden nicht bloss Unserer weltlichen Gewalt, sondern insbesondere auch zum Nachtheil Unseres obersten Apostelamtes ausgeführt wird. Zum Hohn verkündete man, dass man nur zum Vortheile, zum Besten des letzteren Uns das Patrimonium der Kirche entziehe — das Erbtheil, welches den römischen Oberhirten durch eine wunderbare Fügung der göttlichen Vorsehung zutheil wurde, und von ihnen länger als elf Jahrhunderte unter den heiligsten und legitimsten Rechtstiteln zu Nutz und Frommen der ganzen Christenheit besessen ward. ¶ Wer könnte sich heute irgendwelcher Illusion über den Charakter dieses Unternehmens hingeben, welches darauf ausgeht, Unsere Autorität als Oberhaupt der Kirche zu untergraben, Unsere Würde zu erniedrigen, die Ausübung Unseres hohen Amtes zu hemmen, kurz, die ganze Ordnung des apostolischen Stuhles, wie sie Jahrhunderte lang bestanden, über den Haufen zu werfen? Sie, Hr. Kardinal, sind jeden Tag Zeuge der Vergewaltigungen, welche heute unter dem einen, morgen unter dem andern Vorwande zum Schaden der Religion, der Moralität und der Gerechtigkeit vollzogen werden, welche alle nur die Ausführung jenes Zerstörungsplanes zum Zweck haben. Was anderes als dieses wird bezweckt, wenn man alle Institute der Menschenliebe und Wohlthätigkeit, die Erziehungsanstalten und Schulen für öffentlichen Unterricht, welche von jeher von Unsern Vorgängern mit so viel Vorliebe gepflegt wurden, Schritt für Schritt unserer Autorität entzieht? Nichts anderes bezweckt jenes unselige Gesetz, welches die gottgeweihten Jünglinge zwangsweise zum Militärdienste verurtheilt, und wie eine unerbittliche Sichel die lachendsten schönsten Hoffnungen der Kirche wegmäht, und das Allerheiligste wie das Kloster einer auserwählten Schaar heranwachsender treuer Diener beraubt. Was anderes als dieses bezweckte jene zügellose Freiheit, ungestraft Irrthümer jeder Art zu lehren, sei es mittelst der Presse oder in öffentlichen

Nr. 4645. Italien und der h. Stuhl, 16. Juni 1872. skandalösen Predigten, die mit grossartiger Unverschämtheit von Abtrünnigen und gegen die Autorität der Kirche rebellischen Menschen vorgetragen werden? Wozu jene Lockerung der Sitten, jene schamlose Ausgelassenheit in den öffentlichen Schauspielen, jene fortwährenden Beschimpfungen, die den heiligen Bildern und den Dienern Gottes zutheil werden, jene Profanationen des Gottesdienstes, des religiösen Kultus, jene abscheulichen Verhöhnungen der heiligsten unantastbarsten Dinge, jene systematische Unterdrückung jeder anständigen, der Kirche und dem Papst ergebenden Stimme? Sie wissen, Hr. Kardinal, wie sehr unser Herz bei dem täglichen Anblick all dieses Unglücks der Kirche zerfleischt wird. Ausser Stande, die kleinste Abhülfe dagegen zu treffen, können Wir bloss weinen über die Leiden der Uns anvertrauten Heerde, nicht aber ohne laut Unsere Stimme zu erheben, um gegen die Attentate, deren Opfer die Kirche ist, zu protestiren, und um der Welt die elende Lage kund zu thun, in die Wir durch die Schlechtigkeit der Menschen versetzt sind. || Wir hätten uns allerdings theilweise das Opfer ersparen können, täglich aus einem so bitteren Kelch trinken zu müssen und persönlich einem so trostlosen Schauspiel beizuwohnen, indem Wir ein Asyl im Ausland gesucht hätten. Aber wenn Uns Gründe hohen religiösen Interesses riethen, in der jetzigen Lage der Dinge diese von uns so sehr geliebte Stadt, den Sitz des römischen Pontifikats, vorläufig nicht zu verlassen, so geschah diess gewiss nicht ohne eine besondere Fügung der göttlichen Vorsehung, damit die Welt sich durch die That von dem Loos überzeuge, welches der Kirche und dem römischen Oberhirten vorbehalten ist, wenn die Freiheit und Unabhängigkeit seines höchsten Apostolats durch das Aufgeben einer Position, die ihr providentiell von Gott angewiesen ist, in Frage gestellt wird. || Und wer kann sich in der That in der neuen Ordnung der Dinge frei und unabhängig nennen? Es genügt nicht, dass er sich für den Augenblick materiell persönlich frei nennen kann; er muss in der Ausübung seiner höchsten Autorität frei und unabhängig sein und vor den Augen aller Welt so erscheinen. Der Papst aber ist weder noch wird er frei und unabhängig sein, so lange seine höchste Autorität der Vergewaltigung und Willkür einer feindlichen Gewalt unterworfen ist; solange sein erhabenes Amt Zielscheibe des Einflusses und des Vorwaltens politischer Leidenschaft ist, solange seine Gesetze und Dekrete nicht von dem Verdachte der Parteilichkeit oder der Beleidigung für die verschiedenen Nationen ausgenommen werden. In der neuen, dem Pontifikat nach der Usurpation des Kirchenstaats bereiteten Lage ist der Konflikt zwischen beiden Gewalten unvermeidlich; die Eintracht, die Harmonie kann nicht vom guten Willen der Menschen abhängen: sowie die Beziehungen beider Gewalten auf einem widersinnigen System beruhen, können auch die Wirkungen dieses Verhältnisses keine anderen sein als wie sie nothwendigerweise aus feindlich entgegengesetzten Elementen hervorgehen, welche dieselben in beständigem und peinlichem Kampf erhalten müssen. | Die Geschichte selbst ist reich an Konflikten zwischen beiden Gewalten und an Beispielen von Bewegungen in der christlichen Familie, sobald die römischen Oberhirten auch nur momentan der Autorität einer fremden Gewalt untergeordnet waren. Die Ursache hier-

von leuchtet ein. Da die Welt in eine ziemlich beträchtliche Zahl von Staaten ^{Nr. 4645.} getheilt ist, die unabhängig von einander, theils stark, theils schwach sind, ^{Italien und} so ^{der h. Stuhl,} konnten der Friede und die Ruhe in den Gewissen der Getreuen nur vermöge ^{16. Juni 1872.} ihrer Sicherheit und Ueberzeugung von der hohen Unparteilichkeit des allen Gläubigen gemeinsamen Vaters und der Unabhängigkeit seiner Akte bestehen. Wie könnte dies nun heute der Fall sein, wenn die Aktion des römischen Oberhirten beständig der Parteiagitation, der Willkür der Regierenden, sowie der Gefahr ausgesetzt ist, bei jedem Schritt seine eigene Ruhe, sowie die seiner Rathgeber und Diener gestört zu sehen? | Auch die Freiheit der heiligen Congregationen, denen es obliegt Fragen zu lösen und auf alle Konsultationen der katholischen Welt zu antworten, ist von ungeheurer Wichtigkeit für die Sicherheit der Kirche sowie für die legitimen dringenden Bedürfnisse aller christlichen Nationen. Es ist in der That nothwendig, dass niemand auf Erden je an der Freiheit und Unabhängigkeit der Entscheidungen und Beschlüsse zweifle, die vom gemeinsamen Vater der Gläubigen ausgehen. Es darf niemand von der Furcht fremder Pressionen auf die Entschliessungen des Papstes beängstigt sein. Der Papst, die Congregationen und das Conclave selbst sollen nicht bloss faktisch frei sein, sondern diese Freiheit muss auch offenbar und sichtbar hervortreten, so dass in dieser Beziehung kein Zweifel und Argwohn bestehen darf. Da nun die religiöse Freiheit der Katholiken als unumgängliche Vorbedingung die Freiheit des Papstes nöthig hat, so folgt daraus, dass, wenn der Papst, der oberste Richter und das lebendige Organ des Glaubens und des Gesetzes der Katholiken, nicht frei ist, sie auch nie von der Freiheit und Unabhängigkeit seiner Handlungen überzeugt sein können. Daher die Zweifel und Aengste der Gläubigen; daher die religiösen Aufregungen der Staaten, daher jene katholischen Demonstrationen, welche als Ausdruck der inneren Unruhe der Geister seit dem gewaltsamen Raub des letzten Restes des päpstlichen Besitzes mit jedem Tage wuchsen, und nicht eher ein Ende haben werden als bis das Haupt der katholischen Christenheit wieder in den vollen und thatsächlichen Besitz seiner Unabhängigkeit eingesetzt ist. | Unter solchen Umständen ist es schwer zu begreifen, wie man noch im Ernst von einer Versöhnung zwischen dem Papstthum und der usurpatorischen Regierung reden kann. Und was für eine Versöhnung könnte in der That bei der gegenwärtigen Lage der Dinge stattfinden? Es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Frage, welche, sei es in politischer, sei es in religiöser Hinsicht, aufgetreten wäre und Wege zu einer angemessenen Transaction offenliesse. Es handelt sich vielmehr um eine gewaltsame, dem römischen Oberhirten geschaffene Lage, welche fast vollständig jede Freiheit und Unabhängigkeit zerstört, die für die Verwaltung der Kirche unbedingt nothwendig ist. Wenn der römische Oberhirt sich also einer solchen Versöhnung geneigt zeigte, so würde dies gleichbedeutend für ihn sein nicht nur mit seinem freiwilligen Verzicht auf alle Rechte des heiligen Stuhles, die ihm von seinen Vorgängern überliefert wurden, sondern auch damit, dass er aus freien Stücken sich darein ergäbe, in der Ausübung seines obersten Amtes fortwährend auf Hindernisse zu stossen, die Gewissen der

Nr. 4645.
Italien und
der h. Stuhl,
16. Juni 1872.

Gläubigen in Unruhe und Aufregung zu lassen, sich den Weg zur freien Verkündigung der Wahrheit zu verschliessen, mit einem Worte: freiwillig den Launen einer Regierung jene erhabene Mission preiszugeben, welche das römische Pontifikat unmittelbar von Gott erhalten hat, mit der strengen Verpflichtung, dessen Unabhängigkeit vor jeder menschlichen Gewalt zu bewahren. || Nein, Wir können Uns nicht beugen vor den Angriffen gegen die Kirche, vor der Usurpation ihrer heiligen und unverletzlichen Rechte, vor der ungeziemenden Einmischung des bürgerlichen Gewalt in die religiösen Angelegenheiten. Fest und unbeugsam der mannhaften Vertheidigung der Interessen der Unserer Obhut anvertrauten Herde, mit allen Mitteln, welche uns noch zu Gebote stehen, sind wir bereit noch grössern Opfern entgegen zu gehen und, wenn es sein muss, selbst unser Lebensblut zu vergiessen, ehe Wir irgendeine der Uns vom höchsten Apostole auferlegten Pflichten versäumen. Was sollten wir auch nicht? Mit der Hülfe des Herrn werden Wir nie verfehlen, den Hirten der Kirche und den anderen heiligen Dienern, welche in der schweren Noth der Zeiten so viele Kämpfe für die Sache Gottes und das Heil der Seelen, für die Vertheidigung des heiligen anvertrauten Gutes des Glaubens, für die Unverletzlichkeit der ewigen Principien der Moral und Gerechtigkeit bestehen, ein Beispiel der Kraft und des Muthes zu geben. || Was sollen Wir ferner, Hr. Kardinal, von jenen sogenannten Garantien sagen, welche die usurpatorische Regierung dem Oberhaupt der Kirche leisten zu wollen sich den Anschein gegeben hat, in der offenbaren Absicht der Einfalt der Unvorsichtigen zu täuschen, und jenen politischen Parteien, denen die Freiheit und Unabhängigkeit des römischen Oberhirten wenig am Herzen liegt, eine Waffe zu bieten? Setzen Wir auch jede andere Erörterung beiseite so ist das was gerade heute in Rom selbst geschieht, in einem Augenblicke wo alles daran liegen müsste, Europa von der Kraft und Wirksamkeit des gepriesenen Gesetzes zu überzeugen, der beredteste Beweis für die Leere und Ohnmacht desselben. Und fürwahr, was hilft es, die Immunität der Person und die Residenz des römischen Oberhirten zu proclamiren, wenn die Regierung nicht die Kraft hat uns vor den täglichen Beschimpfungen zu beschützen, denen Unser Autorität ausgesetzt ist, sowie vor den in tausendfacher Weise gegen Unser eigene Person wiederholten Beleidigungen, und wenn Wir im Verein mit jedem rechtschaffenen Manne betrübte Zeugen der Art und Weise sein müssen, wie in einzelnen auch ganz neuen Fällen das Strafrecht gehandhabt wird? Was hilft es Uns die Thüren Unserer Wohnung nicht zu verschliessen, wenn es Uns nicht möglich ist dieselbe zu verlassen, ohne gottlosen und empörenden Scenen beizuwohnen zu müssen, ohne Uns Beschimpfungen von Leuten auszusetzen, die hier zusammengelaufen sind um die Immoralität und die Unordnungen zu begünstigen ohne Gefahr zu laufen, unfreiwillig Konflikten zwischen Bürgern beizuwohnen. Was hilft es persönliche Garantien für die hohen Würdenträger der Kirche zu versprechen, wenn sie sogar genöthigt sind auf den Strassen die Abzeichen ihrer Würde zu verbergen, um sich nicht allerlei Misshandlungen ausgesetzt zu sehen wenn die Diener Gottes und das Allerheiligste Gegenstand des Spottes und der

Verhöhnung sind, so dass es manchmal nicht einmal rathsam ist die erhabensten Ceremonien unserer Religion abzuhalten, öffentlich nämlich, wenn endlich die Hirten der katholischen Heerde, welche genöthigt sind von Zeit zu Zeit nach Rom zu kommen um Rechenschaft von den Angelegenheiten ihrer Kirchen abzulegen, sich ohne irgendwelche Garantie denselben Beschimpfungen und vielleicht auch denselben Gefahren ausgesetzt finden können? || Nichts hilft die Proklamation der Freiheit Unseres pastoralen Ministeriums, wenn die ganze Gesetzgebung selbst in den wichtigsten Punkten, wie in den Sakramenten, sich in offener Opposition mit den Grundprincipien und den Universalgesetzen der Kirche befindet. Nichts hilft die gesetzliche Anerkennung der Autorität des obersten Kirchenfürsten, wenn die Wirkung der von ihm ausgehenden Akte nicht anerkannt wird, wenn die von ihm ernannten Bischöfe sogar gesetzlich nicht anerkannt werden, und man sie mit einer Ungerechtigkeit ohne gleichen an der Nutzniessung des legitimen Vermögens ihrer Kirchen verhindert und ihnen sogar den Eintritt in ihre bischöflichen Wohnungen verbietet, so dass sie in einen Zustand gänzlicher Verlassenheit versetzt sein würden, wenn nicht jene Frömmigkeit der Gläubigen, die Uns erhält, wenigstens für jetzt die Möglichkeit gestattete, mit ihnen das Scherflein des Armen zu theilen. Mit einem Worte, welche Garantien könnte eine Regierung für die Aufrechthaltung ihrer Versprechen geben, wenn nicht nur das erste der Grundgesetze des Staats¹ ungestraft von jedem beliebigen Bürger mit Füßen getreten wird, sondern auch die Regierung selbst, welche Uns auf jeden Schritt bald mit Gesetzen, bald mit Verordnungen, wie es ihr am besten passt, verfolgt, deren² Beobachtung versagt und sie² für null und nichtig erklärt? || Alles dieses, Hr. Cardinal, haben Wir Ihnen vorzüglich zu dem Zweck anseinandergesetzt, damit Sie bei den Vertretern der bei Unserem heiligen Stuhl beglaubigten Regierungen den kläglichen Zustand bekannt machen, in welchen Wir Uns durch die neue Ordnung der Dinge zu so grossem Nachtheil der katholischen Kirche versetzt sehen. Zugleich beauftragen Wir Sie, in Unserm päpstlichen Namen gegen die begangenen, sowie die angedrohten Attentate gegen Uns, sowie gegen die ganze katholische Christenheit zu protestiren. Da sie³ so sehr wie Wir ein Interesse an der Ruhe der Gewissen haben, werden sie diesen Mangel an Freiheit und Unabhängigkeit in der Ausübung Unseres apostolischen Amtes in Erwägung ziehen: Denn wenn jeder Gläubige das Recht hat von der eigenen Regierung zu verlangen, dass sie seine persönliche Freiheit in Sachen der Religion beschütze, so hat er es nicht weniger, von ihr den Schutz der Freiheit Desjenigen zu verlangen, welcher sein Führer und der Dolmetscher seines Glaubens ist. Ausserdem ist es ein wahres Interesse aller katholischen wie nichtkatholischen Regierungen, der grossen katholischen Familie Frieden und Ruhe zu verschaffen, und Unsere wirkliche Unabhängigkeit zu unterstützen. Sie können nicht verkennen, dass, von Gott

Nr. 4645.
Italien und
der h. Stuhl,
16. Juni 1872.

¹ Art. 1 der italienischen Verfassung erklärt den katholischen Glauben für die Staatsreligion. [Anm. d. Herausg.]

² bezieht sich auf „Garantien.“ [Anm. d. Herausg.]

³ bezieht sich auf „Regierungen.“ [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4645. Italien und der h. Stuhl, 16. Juni 1872. zur Vertheidigung der Principien ewiger Gerechtigkeit berufen, sie die gerechteste Sache der Welt beschützen müssen, in der Ueberzeugung, dass sie mit der Aufrechthaltung der heiligen Rechte des römischen Pontifikats auch ihre eigene vertheidigen. Auch können sie nicht vergessen, dass das römische Pontifikat und der päpstliche Thron, fern davon ein Hinderniss der Ruhe und der Wohlfahrt Europa's oder für die Grösse und Unabhängigkeit Italiens zu sein, imme vielmehr ein Band der Einigung zwischen Völkern und Fürsten, ein gemeinsamer Mittelpunkt der Eintracht und des Friedens war; für Italien besonders — auch das müssen Wir sagen — bildete es seine wahre Grösse, den Schutz seiner Unabhängigkeit, die fortwährende Vertheidigung und das Bollwerk seiner Freiheit. [Hierauf folgen die üblichen Gebete.]

Gegeben im Vatikan am 16. Juni 1872.

Pio P. P. IX.

Nr. 4646.

DEUTSCHLAND und DER H. STUHL. — Ansprache des Papstes an den deutschen Leseverein. — Der Papst warnt Bismarck; die Parabel vom Steinchen und dem Koloss.

Nr. 4646. Deutschland und der h. Stuhl, 24. Juni 1872. Vor allem danke ich euch für die Gefühle der Anhänglichkeit, die ihr mir ausgedrückt habt. Sie stimmen überein mit denjenigen, wie sie mir von allen Theilen Deutschlands ausgesprochen worden und die mir selber zu immer grösserer Ermuthigung und Erhebung dienen. In eben den jüngsten Tagen empfing ich Mittheilungen aus Köln, Münster, Paderborn, aus München, Regensburg und vielen andern Diöcesen Deutschlands; ich habe daraus entnommen, dass die katholische Bevölkerung daselbst die Verlängerung meines Lebens und meines Pontifikates an den jüngst verflossenen Jahrestagen mit grossen Festlichkeiten, öffentlichen Gebeten und vor allem durch eifrigen Empfang der heiligen Sakramente begangen hat. Wohl, das ist ein Mittel die Verfolgung der Kirche zu hemmen. Was nun diese Verfolgung, wie sie jetzt in euerm Vaterland ausgebrochen ist, angeht, so kämpft wider dieselbe mit Gebet, mit Standhaftigkeit in der Presse, in öffentlicher Rede; thut es mit ebenso viel Besonnenheit als Festigkeit. Gott will, dass man die Landesobrigkeit achte und ihr gehorche; allein er will auch, dass man die Wahrheit sage und den Irrthum bekämpfe. Wir haben es mit einer Verfolgung zu thun, die, von weitem vorbereitet, jetzt ausgebrochen ist: es ist der erste Minister einer mächtigen Regierung, der nach seinen siegreichen Erfolgen im Felde sich an die Spitze der Verfolgung gestellt hat. Ich hab' ihn wissen lassen (und es soll diess kein Geheimniss sein; alle Welt mag es erfahren), dass ein Triumph ohne Mässigung von keiner Dauer ist; dass ein Triumph, der sich in einen Kampf gegen die Wahrheit und die Kirche einlässt, der grösste Wahnsinn ist. Ich habe dem Premierminister sagen lassen, dass die Katholiken bis auf den heutigen Augenblick gegen die deutsche Regie-

rung von vollster Ergebenheit beseelt gewesen, dass ich immer und immer wieder von den Bischöfen, von Priestern und hervorragenden Laien Berichte empfangen habe, in denen sie mir erklärten, wie sie das Wohlwollen zu schätzen wüssten, mit welchem sie von der Regierung behandelt würden, sowie die Freiheit, deren sich die Kirche erfreue; ebenso habe die Regierung selber ihrer Zufriedenheit mit den Katholiken Ausdruck gegeben. Angesichts dieser Erklärungen und Zugeständnisse der Regierung selber — wie lasse es sich begreifen, dass nun auf einmal die Katholiken sich in Leute verwandelt haben sollten, die den Gehorsam verweigern, die gefährliche Umtriebe machen, die auf den Untergang des Staates sinnen? — Diese Frage habe ich an den Ministerpräsidenten stellen lassen; die Antwort erwarte ich noch immer — vielleicht weil es auf die Wahrheit keine Antwort giebt. Erheben wir im übrigen unsern Blick zu Gott; hegen wir ein festes Vertrauen, halten wir in Eintracht zusammen! Jene feindliche Verfolgung der Kirche wird unfehlbar den Glanz jenes Triumphes in Frage stellen; wer weiss, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe loslöst, welches den Fuss des Colosses zertrümmert. Will Gott jedoch, dass weitere Verfolgungen kommen, nun, die Kirche hat keine Furcht. Im Gegentheil! In den Verfolgungen wird sie ja gereinigt, gestärkt, mit neuer Schönheit umkleidet. Ohne Zweifel bedarf es auch in der Kirche hie und da der Reinigung, und die wird am besten ausgeführt durch Verfolgungen, welche von grossen politischen Gewalten ausgehen. Da wird das Unkraut vom Weizen gesondert und alle Halbheit gesichtet. Warten wir ab was Gott bestimmt voll Zuversicht. Erweisen wir der Regierung Ehrfurcht und Unterwürfigkeit, solange sie uns nichts gegen die Gebote Gottes und der Kirche befiehlt. Ich segne nun euer Vaterland, ich segne euch und eure Familien, eure Freunde und alle guten Katholiken in Deutschland. Möge Gott euch unter seinem Schutze bewahren, damit ihr gekräftigt werdet alles das auszuführen, was ich euch anbefohlen habe. Benedictio etc.

Nr. 4646.
 Deutschland
 und der
 h. Stuhl.
 24. Juni 1872.

Die Adresse des deutschen Lesevereins lautete:

Heiliger Vater! Bei der Wiederkehr des glücklichen und segensreichen Jahrestages Deiner Krönung sei es uns vergönnt uns zu den Füßen Deiner Heiligkeit niederzuwerfen und in unserm Namen, wie in demjenigen aller Katholiken des gesammten Deutschlands die Huldigung unserer innigsten Liebe zu Deiner Heiligkeit, die Huldigung unserer wirksamsten Ergebenheit und unseres freudigsten Gehorsams darzubringen. Mit um so grösserer Innigkeit aber klammern wir uns an den Stuhl Petri, an den unerschütterlichen und unfehlbaren Felsen an, je stürmischere Wogen der Feind in einigen Gegenden Deutschlands wider die heilige Kirche in den jüngsten Tagen aufzuwühlen bestrebt ist. Durch jenes erhabene Beispiel apostolischer Festigkeit, durch welches Deine Heiligkeit den Erdkreis mit höchster Bewunderung erfüllt hat, ermuntert und gestärkt, werden alle Katholiken Deutschlands, handelnd wie duldend, sich als würdige Söhne unserer heiligen Mutter der Kirche bethätigen. Möge Deine Heiligkeit unser Vaterland segnen, segnen auch die Vereine, welche sich unter den Deutschen in dieser erlauchten Stadt gebildet haben, damit wir allesammt unerschütterlich beharrend im Glauben, zugleich mit Dir, heiliger Vater, des Triumphes und des endlichen Friedens uns erfreuen mögen.

Die offiziöse Provinzial-Korrespondenz vom 3. Juli 1872 brachte folgende Erwiderung. [Auszug]:¹

Eine Kundgebung des Papstes.

Nr. 4646.
Deutschland
und der
h. Stahl,
24. Juni 1872.

Aus dem Munde des Papstes ist so eben eine Kundgebung ausgegangen, welche auf die Gesinnung und Stellung der römischen Kurie dem Deutschen Reiche gegenüber ein helles Licht wirft und für den weiteren Verlauf der kirchlichen Bewegung von grosser Bedeutung sein wird. ¶ Papst Pius IX. hat sich gegen die Mitglieder eines deutschen Vereins in Rom über die angebliche Verfolgung ausgesprochen, welche in Deutschland gegen die katholische Kirche ausgebrochen sei. ¶ Als die erste kurze Meldung von dieser Ansprache berichtete, dass in ihr mehrfach Invektiven, d. h. starke Anschuldigungen gegen die deutsche Regierung enthalten seien, da wiesen die katholischen Zeitungen dies als eine Verdächtigung und Verläumdung des Papstes zurück. ¶ Aus dem Wortlaute der päpstlichen Aeusserung aber, wie sie in den katholischen Blättern inzwischen mitgetheilt worden ist, geht hervor, dass der Papst nicht blos starke Anschuldigungen, sondern auch Worte der Drohung gegen das Deutsche Reich ausgesprochen hat. ¶ Er sagte nämlich: es sei in Deutschland jetzt eine lang vorbereitete Verfolgung ausgebrochen, — der erste Minister einer mächtigen Regierung habe sich nach siegreichen Kriegserfolgen an die Spitze dieser Verfolgung gestellt, — er, der Papst habe dem Minister vorgestellt, dass „ein Erfolg ohne Mässigung“ von keiner Dauer sei, dass der unternommene Kampf gegen die Wahrheit und die Kirche „der grösste Wahnsinn“ sei. ¶ Schliesslich spricht der Papst die Hoffnung und Zuversicht aus, „es werde sich bald das Steinchen von der Höhe loslösen, das den Fuss des Kolosses zerschmettere.“ ¶ Die Drohung gegen das Deutsche Reich, welche in diesen Worten enthalten ist, erschien den katholischen Blättern selbst so stark, dass sie, um den Eindruck derselben abzuschwächen, die Ausflucht versuchten: der Papst habe mit dem „Koloss“ nur den „Liberalismus“ gemeint; aber in der ganzen Ansprache ist vom Liberalismus oder von der liberalen Partei nirgends die Rede, sondern vom Anfang bis zum Ende nur von der deutschen Regierung und ihrem ersten Minister. Nach dem ganzen Zusammenhange und dem Wortlaut der Ansprache kann der Koloss, dessen Fuss das vom Papste herbeigesehnte Steinchen zerschmettern soll, nur die „mächtige Regierung“ des Deutschen Reiches sein. ¶ Wenn es nach allen bisherigen Aeusserungen römisch-jesuitischer Blätter und nach den neuesten thatsächlichen Schritten der päpstlichen Kurie noch einer Bestätigung der Meinung bedurft hätte, dass die Politik Roms dem neu aufgerichteten Deutschen Reiche entschieden feindlich ist, so kann darüber nach

¹ Die gesperrt und die fett gedruckten Stellen waren in gleicher Weise von dieser offiziösen Auslassung hervorgehoben. [Anm. d. Herausg.]

obigen unzweideutigen Worten des Papstes kein Zweifel mehr sein. ||
 Wenn der Papst diese Fragen in Wahrheit an den Fürsten Bismarck gerichtet hätte, eine Angabe, die jedoch auf einem Irrthum des Gedächtnisses zu beruhen scheint, so würde doch der Reichskanzler schon deshalb kaum haben annehmen können, dass der Papst im Ernste eine Antwort darauf erwarte, weil es durchaus dieselben Fragen sind, welche im Laufe des letzten Jahres Fürst Bismarck selbst und ebenso Seine Majestät der Kaiser und König wiederholt mahnend an die Katholiken gerichtet hatten. Fürst Bismarck wies in seiner Rede vom 30. Januar d. J. darauf hin, wie die höchsten Zeugnisse von Seiner Heiligkeit dem Papste und die Zeugnisse der Bischöfe vorgelegen, dass man auf Seiten der Kirche Grund gehabt, mit Preussen zufrieden zu sein, wie er aber vergeblich gehofft, dass diese Zufriedenheit sich einigermaßen bei dem Einflusse von der Kanzel und im Beichtstuhle bemerkbar machen werde. Der Kaiser selbst sagte in dem Erlass an die Bischöfe vom 18. Oktober v. J.: „Nachdem von den Bischöfen der katholischen Kirche, insbesondere aber von Seiner Heiligkeit dem Papste, bisher jederzeit anerkannt worden war, dass die katholische Kirche in Preussen sich einer so günstigen Stellung erfreut, wie kaum in einem Lande, ist es Mir unerwartet gewesen, in einer Eingabe preussischer Bischöfe Anklänge an die Sprache zu finden, durch welche auf publizistischem und parlamentarischem Wege versucht worden ist, das berechtigte Vertrauen zu erschüttern, mit welchem Meine katholischen Unterthanen bisher auf Meine Regierung blicken.“ Fürst Bismarck aber hat sich nicht blos auf jene Frage und auf den Ausdruck des Befremdens beschränkt, sondern er hat in seinen parlamentarischen Reden, welche vielleicht auch in Rom nicht ganz ohne Beachtung geblieben sind, wiederholt seine Gedanken darüber entwickelt, wie und durch welche Einflüsse es gekommen ist, dass der konfessionelle Frieden, um den uns ganz Europa beneidete, gestört worden ist, er hat einerseits auf die unvermeidlichen Folgen des vatikanischen Konzils und der auf demselben verkündeten Grundsätze, andererseits auf die immer bestimmter hervortretende Feindschaft Roms gegen die sich entwickelnde Macht Preussens und des Deutschen Reichs und auf die Verbindung der sogenannten katholischen Partei mit allen Gegnern der nationalen Entwicklung Deutschlands hingewiesen. || Nach den gewichtigen öffentlichen Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers wird man schwerlich erwartet haben, dass er sich jetzt auf ein müßiges und kindisches Frage- und Antwortspiel einlassen sollte. Die jetzige Aeusserung des Papstes aber würde ihn vollends jeder Antwort überheben; denn dieselbe bestätigt Alles, was Fürst Bismarck über die Ursachen des kirchlichen Zwiespalts gesagt hat. || Der Wunsch des Papstes, dass das Steinchen sich loslösen möge, welches den Fuss des Kolosses, die Grundlagen des Deutschen Reiches zerschmettern möge, dieser fromme Wunsch erklärt allerdings Vieles, was sonst in der preussischen, in der deutschen katholischen Kirche unerklärlich wäre. Diese offene Aeusserung des Papstes enthält vor Allem einen neuen Fingerzeig für unsere Regierung,

Nr. 4646.
 Deutschland
 und der
 h. Stuhl,
 24. Juni 1872.

Nr. 4646. dass es sich bei den kirchlichen Fragen nicht um die Meinungen und Handlungen der einzelnen Bischöfe, sondern um einen einheitlichen geleiteten Kampf handelt, dass daher auch die Abwehr nicht auf den einzelnen Fall gerichtet sein darf, sondern stets den grossen Zusammenhang der antinationalen kirchlichen Bewegung im Auge behalten muss. || Wir werden uns bei jedem weiteren Schritte bewusst bleiben müssen, dass der Wunsch der Gegner darauf gerichtet ist, dem mächtigen Deutschen Reiche den Fuss zu zerschmettern.

Nr. 4647.

DEUTSCHLAND und LUXEMBURG. — Uebereinkunft wegen Uebnahme der Verwaltung der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen durch die Kaiserlich deutsche Eisenbahnverwaltung. Vom 11. Juni 1872.

Nr. 4647. Nachdem auf Grund des §. 6 des Zusatz-Artikels I. zum Friedensvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und der Französischen Republik dd. Frankfurt den 10. Mai 1871 die Gesellschaft der französischen Ostbahn die ihr zustehenden Rechte auf den Betrieb des Eisenbahnnetzes der Gesellschaft Wilhelm-Luxemburg auf die französische Regierung übertragen und die französische Regierung ihrerseits diese Rechte der Kaiserlich deutschen Regierung abgetreten haben Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg, beschlossen, eine Vereinbarung über den Betrieb dieser Bahnen herbeizuführen, und zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser: || Allerhöchstihren Staatsminister und Präsidenten des Reichskanzler-Amts Martin Friedländer Rudolph Delbrück, || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath und Direktor im Reichskanzler-Amte Karl Joseph Benjamin Herzog; || Seine Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg: || Allerhöchstihren Geschäftsträger Jean Pierre Godefroi Föhr, Doktor der Rechte, || welchen nachdem die beiderseitigen Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden worden, folgende Uebereinkunft geschlossen haben:

§. 1. — Die Königlich Grossherzogliche Regierung willigt darein, dass der Königlich Grossherzoglich Wilhelm-Luxemburgischen Eisenbahngesellschaft im Gebiete des Grossherzogthums Luxemburg konzessionirten Bahnstrecken zum 31. Dezember 1912 durch die mit der Verwaltung der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen betraute Kaiserliche Generaldirektion in Strassburg verwaltet und betrieben werden. Die deutsche Regierung behält sich vor, an die Stelle dieser Generaldirektion eine andere Reichsbehörde treten zu lassen. || Die Generaldirektion tritt von dem Tage der Betriebsübernahme ab in alle Rechte und Pflichten, welche sich für die Gesellschaft der französischen Ostbahn

den Konzessionsurkunden, den Konzessionsbedingungen (cahier des charges), den abgeschlossenen Verträgen und Vereinbarungen, wie solche sich in dem zu dieser Uebereinkunft paraphirten „Recueil des lois, arrêtés, conventions et autres actes relatifs aux chemins de fer Guillaume-Luxembourg et Prince Henri dans le Grand-Duché de Luxembourg (1850—71) par P. Ruppert, sous-archiviste du Gouvernement“ abgedruckt vorfinden, sowie aus den am 10. Mai 1871 in Geltung gewesenen, durch das „Mémorial“ publizirten Gesetzen und Verordnungen ergeben, insofern und insoweit ein, als nicht durch die gegenwärtige Uebereinkunft eine Abänderung oder Ergänzung jener Festsetzungen vereinbart ist.

Nr. 4647.
Deutschland
und Luxem-
burg,
11. Juni 1872.

§. 2. — Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die Wilhelm-Luxemburg-Bahnen zu keiner Zeit zum Transporte von Truppen, Waffen, Kriegsmaterial und Munition zu benutzen und während eines Krieges, an welchem Deutschland theiligt sein sollte, sich derselben für die Proviantirung der Truppen auf keine die Neutralität des Grossherzogthums verletzende Weise zu bedienen, sowie überhaupt im Betriebe dieser Bahnen Handlungen, welche den dem Grossherzogthum als neutralem Staate obliegenden Verpflichtungen nicht vollkommen entsprechen, weder vorzunehmen noch zuzulassen.

§. 3. — Die Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen nimmt bezüglich der Verwaltung der Wilhelm-Luxemburg-Bahnen Domizil in Luxemburg. Wegen aller Ansprüche, welche gegen die Generaldirektion aus Anlass des Betriebes der im Grossherzogthum belegenen Bahnstrecken geltend gemacht werden, ist sie bei den luxemburgischen Gerichten Recht zu nehmen verbunden, und sollen rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen gegen das zur Vertretung der Generaldirektion bestellte Organ verbindlich und vollstreckbar sein.

§. 4. — Der Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Bahnen wird einer speziellen Verwaltung nach Massgabe der nachfolgenden Bestimmungen übertragen: Die Generaldirektion der Eisenbahnen bestellt in Luxemburg für die spezielle Leitung des Betriebes einen Beamten, welcher sie zugleich der Königlich Grossherzoglichen Regierung und dem Publikum gegenüber in allen den Betrieb der Bahnen betreffenden Angelegenheiten zu vertreten befugt und verpflichtet ist. Der Königlich Grossherzoglichen Regierung wird von der Person dieses Beamten vor der Ernennung desselben Mittheilung gemacht. || Die Königlich Grossherzogliche Regierung wird den Verkehr zwischen ihr und der betriebsleitenden Verwaltung, sowie die ihr zustehenden Hoheits- und Aufsichtsrechte durch einen Kommissar wahrnehmen lassen, welcher die Beziehungen zu seiner Regierung in allen Fällen zu vermitteln hat, die nicht zum direkten Einschreiten der nach den Landesgesetzen kompetenten Polizei- oder Gerichtsbehörden geeignet sind. Er wird seine Wahrnehmungen über etwaige Mängel in der Handhabung des Betriebes zur Kenntniss der Generaldirektion bringen. || Die Königlich Grossherzoglich luxemburgische Regierung wird ein aus vier Mitgliedern bestehendes Komité bestellen und der deutschen Regierung bezeichnen, welches auf Einladung der Königlich Grossherzoglichen Regierung oder der Kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen je nach Bedürfniss, jedoch mindestens viertel-

Nr. 4647. jährlich einmal in Luxemburg mit Vertretern der deutschen Eisenbahnverwaltung
 Deutschland und dem Staatskommissar zusammentritt, um seine Ansichten bezüglich der Be-
 und Luxem- dürfnisse des Verkehrs und des Betriebes kundzugeben.
 burg.
 11. Juni 1872.

§. 5. — Die Generaldirektion der Eisenbahnen wird bei dem Betriebe der Bahnen im Grossherzogthum Grossherzoglich luxemburgische Angehörige, sofern sie den Anforderungen entsprechen, vorzugsweise beschäftigen und anstellen, die luxemburgischen Unterthanen, welche sie bei der Betriebsübernahme als Beamte der französischen Ostbahn vorfindet, in ihren bisherigen Stellen und ihrem bisherigen Dienstinkommen belassen, denselben auch die unter der früheren Verwaltung etwa erworbenen Ansprüche auf Pension gewähren. Derartige Pensionszahlungen erfolgen aus Betriebsfonds zu Lasten der Wilhelm-Luxemburg-Bahnen und zählen daher zu den Kosten der Bahnverwaltung (§. 11). Deutsche, welche bei der Verwaltung der Eisenbahnen in Luxemburg angestellt oder beschäftigt werden, verlieren dadurch nicht ihre Reichs- bez. Staatsangehörigkeit; ebensowenig gehen luxemburgische Staatsangehörige, welche beim Betriebe der deutschen Reichseisenbahnen angestellt oder beschäftigt werden, ihrer Staatsangehörigkeit verlustig. Die sämtlichen Beamten der unter Leitung der Generaldirektion stehenden Eisenbahnen sind ohne Unterschied des Orts ihrer Anstellung rücksichtlich der Disziplin ausschliesslich den vorgesetzten Eisenbahn-Disziplinarbehörden und den betreffenden Disziplinarvorschriften, im Uebrigen aber den Gesetzen und Behörden des Landes unterworfen, in welchem sie ihren Wohnsitz haben resp. Handlungen vornehmen. Wird die Verhaftung eines bei den zur Verwaltung übernommenen Eisenbahnen im Grossherzoglichen Gebiet angestellten Bediensteten wegen Verbrechen, Vergehen oder Uebertretungen von Grossherzoglichen Behörden verfügt, so werden die letzteren auf die Erfordernisse des Eisenbahndienstes Rücksicht nehmen und, soweit es nach den Umständen irgend thunlich ist, die nächst vorgesetzte Eisenbahnbehörde so zeitig von der beabsichtigten Verhaftung in Kenntniss setzen, dass der etwa nöthige Stellvertreter noch rechtzeitig in den Dienst eingewiesen werden kann.

§. 6. — Die Dienstkleidung der im Grossherzoglichen Gebiet stationirten Beamten wird mit Ausnahme der Vorstösse (passe-poils), sowie mit Ausnahme der Nationalkokarde, die der Beamten der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen sein.

§. 7. — Die Betriebs-Reglements und Tarife für den Personen-, Gepäck-, Güter- und Viehverkehr auf den Bahnen im Grossherzogthum werden fortwährend in Uebereinstimmung gehalten mit den jeweilig auf den Eisenbahnen in Elsass-Lothringen in Geltung stehenden Betriebs-Reglements und Tarifen. Sofern für die Beförderung von Steinkohlen, Erzen, Kalksteinen, Roheisen, Bausteinen, Gyps, Holz, Getreide und Kartoffeln zwischen je zwei Stationen des zur Verwaltung übernommenen Bahnnetzes zur Zeit niedrigere Frachtsätze, als sich aus den Tarifen für die Eisenbahnen in Elsass-Lothringen ergeben, bestehen, werden dieselben auch ferner zur Erhebung kommen. Diese Vergünstigung

findet jedoch nur auf volle Wagenladungen bei Aufgabe von mindestens 10,000 Kilogramm auf einen Frachtbrief und an einen Empfänger und auf Entfernungen bis zu 50 Kilometer Anwendung. Die Generaldirektion wird die für den durchgehenden Verkehr und zur Herstellung in einander greifender Fahrpläne nöthigen Personenzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit, sowie die zur Bewältigung des Güterverkehrs nöthigen Güterzüge einführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr unter Gestattung des Uebergangs der Transportmittel von einer Bahn auf die andere gegen die übliche Vergütung einrichten und es unausgesetzt ihre Sorge sein lassen, den Verkehr auf den Bahnen im Grossherzogthum zu heben und zu beleben. Sie wird insbesondere die Hand dazu bieten, Einrichtungen zu vereinbaren, welche die Einführung eines internationalen Tarifs für die zwischen dem Grossherzogthum Luxemburg und dem Königreich der Niederlande sich bewegenden Transporte bezwecken. Den in der Nähe der Bahn belegenen industriellen Etablissements werden wegen Gestellung von Wagen, Be- und Entladung derselben, sowie wegen des Betriebes auf den Anschlussgeleisen und der Anlage neuer Anschlussgeleise u. s. w. keine ungünstigeren Bedingungen gestellt werden, als derartigen Etablissements in der Nähe der Bahnen in Elsass-Lothringen.

Nr. 4647.
Deutschland
und Luxem-
burg,
11. Juni 1872.

§. 8. — Die von deutschen Behörden geprüften Betriebsmittel werden ohne weitere Revision auch auf Grossherzoglich luxemburgischem Gebiete zugelassen.

§. 9. — Die Grossherzoglich luxemburgische Regierung wird Vorsorge treffen, resp. ihre Vermittelung dafür eintreten lassen, dass entweder kurz vor oder unmittelbar nach der Uebernahme des Betriebes durch die deutsche Eisenbahnverwaltung zu einer Uebernahme der Geleise nebst Zubehör, sowie zur Aufnahme des Inventariums über das stehende Material und Mobiliar der Bahnhöfe, Stationen, Depots u. s. w. geschritten, und dass der deutschen Verwaltung die Pläne der Bahnanlagen, ein Parzellen-Verzeichniss von den zur Bahn gehörigen Grundstücken nach Massgabe der Vereinbarungen im Artikel 5 des Vertrages vom 21. Januar 1868, sowie ferner die auf den Erwerb der Bahnanlagen, Grundstücke u. s. w., und endlich die auf die Anstellung der luxemburgischen Unterthanen als Beamte der Ostbahn-Gesellschaft Bezug habenden Dokumente übergeben werden.

§. 10. — Die Verwaltung der von der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen betriebenen Bahnstrecken erfolgt nach den für die Eisenbahnen in Elsass-Lothringen eingeführten Normen auf Grundlage der alljährlich aufgestellten Etats. Eine Rechnungslegung findet bezüglich derselben nicht statt. Gleichwohl wird die das erpachtete Bahnnetz betreffende Einnahme und Ausgabe getrennt ermittelt und der Königlich Grossherzoglichen Regierung alljährlich im Monat März eine summarische Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben resp. der Ergebnisse des Betriebes im Vorjahre zugestellt werden, sowie es der letzteren auch gestattet sein soll, zum Zwecke der Prüfung dieser Uebersichten innerhalb zweier Monate nach der Zustellung durch den Staatskommissar

Nr. 4647. (§. 4) von den Detailrechnungen und den Kassenbüchern, Registern u. s. w. der
 Deutschland und Luxem- Generaldirektion, soweit sie sich auf die Wilhelm-Luxemburg-Bahnen beziehen,
 burg. Einsicht zu nehmen.
 11. Juni 1872.

§. 11. — Um die Aufstellung der getrennten Betriebsrechnung zu erleichtern beziehungsweise auf feste Grundsätze zurückzuführen, wird vereinbart:

A. Einnahmen.

1. In Bezug auf die Brutto-Einnahmen aus dem Personen-, Gepäck-, Vieh-, Eil- und Frachtgutverkehr werden die beiden unter einer Verwaltung vereinigten Bahnnetze als getrennte Unternehmungen angesehen. Jedem Netze fällt daher der wirklich aufgekommene Bruttoertrag aus seinem Lokalverkehr, d. h. aus dem Verkehr zwischen seinen eigenen Stationen, zu. Die Erträge aus dem direkten Verkehr zwischen den Stationen beider Bahnnetze, resp. mit den Stationen fremder Bahnen werden bei gleichen Transport-Einheitssätzen nach Ausscheidung der für Empfang- und Versandt-Stationen bestimmten und diesen verbleibenden Expeditionsgebühren, nach Verhältniss der in jedem Bahnnetz durchfahrenen Streckenlänge, resp. nach den für den direkten Verkehr mit fremden Bahnen durch besondere Vereinbarungen für jede Bahnabtheilung festgesetzten Antheilsätzen repartirt. 2. Die Einnahmen an Pächten von Restaurationen, Dienstwohnungen, Dienstlokalen der Post- und Telegraphenverwaltung, Grundstücken, Lagerplätzen, Böschungen und Anpflanzungen, für Mitbenutzung der Bahnhöfe durch andere Bahnverwaltungen, sowie an Gebühren für die Beförderung von Privatdepeschen und aus anderen extraordinären Quellen werden jeder Abtheilung, in deren Bereich sie aufkommen, zugeführt. 3. Die Erträge aus abgängigen Betriebsmaterialien werden, nach Verhältniss der in jeder Bahnabtheilung durchlaufenen Achsmeilen, Lokomotiv- und Wagen-Achsmeilen zusammengerechnet, repartirt. 4. Die Entschädigung für Benutzung des Betriebsmaterials durch andere Bahnverwaltungen wird nach dem unter B. II. a. festgestellten Verhältniss repartirt, wobei die von der Wilhelm-Luxemburg-Bahn zu tragende, ebendasselbst erläuterte Verzinsung den Eisenbahnen in Elsass-Lothringen ungeschmälert zufließt.

B. Betriebsausgaben.

I. Die Wilhelm-Luxemburg-Bahn nimmt an allen Betriebsausgaben der der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen unterstellten Bahnen Theil, und zwar:

- 1) an den Kosten für die allgemeine Verwaltung nach Verhältniss der Bahnlänge;
- 2) an den Kosten für die Bahnverwaltung, sowie an den Steuern, Kommunalabgaben und öffentlichen Lasten nach Massgabe der wirklichen Ausgaben innerhalb ihres Bereichs;
- 3) an den Kosten der Transportverwaltung, und zwar:
 - a) an den Kosten für Unterhaltung, Ergänzung und durch den Verschleiss bedingte Erneuerung der Lokomotiven || nach Verhältniss

der von den Lokomotiven auf jeder Strecke zurückgelegten Lokomotiv-Achsmeilen,

b) an den Kosten für Unterhaltung, Ergänzung und durch den Verschleiss bedingte Erneuerung der Wagen || nach Verhältniss der von den Wagen auf jeder Strecke zurückgelegten Wagen-Achsmeilen,

c) an den übrigen Transportverwaltungs-Kosten, excl. der Kosten für Benutzung fremden Transportmaterials, || nach Verhältniss der zusammen zu rechnenden, auf jeder Bahnstrecke durchlaufenen Lokomotiv-Achsmeilen und Wagen-Achsmeilen.

Als vereinbart gilt, dass in jedem Betriebsjahre auf je 60,000 Lokomotiv-Meilen die Beschaffung einer Lokomotive, || auf je 80,000 Personenwagen-Meilen die Beschaffung eines Personenwagens, || auf je 40,000 Gepäck- und Güterwagen-Meilen die Beschaffung eines Gepäck- resp. Güterwagens als durch den Verschleiss bedingte Erneuerung (3 a. und b.) zu erfolgen hat.

II. Da die Wilhelm-Luxemburg-Bahnen eigenes Betriebsmaterial nicht besitzen, von der deutschen Eisenbahnverwaltung mit einem solchen vielmehr ausgerüstet sind, so ist die Generaldirektion der Eisenbahnen berechtigt, für die Benutzung ihres Betriebsmaterials alljährlich eine Entschädigungssumme unter die Betriebsausgaben für die Wilhelm-Luxemburg-Bahnen nach folgenden Grundsätzen aufzunehmen:

a) Von dem gesammten Geldbetrage, welcher für die Beschaffung (nicht auch Erneuerung oder Ergänzung, deren Kosten ohnehin zu den laufenden Betriebsausgaben zählen) der Betriebsmittel für die ihr unterstellten Bahnen wirklich verausgabt worden ist, werden, und zwar von den bei dem Beginn der Betriebsverwaltung vorhandenen, von diesem Tage ab, von den später beschafften von dem Tage der Inbetriebnahme derselben ab, resp. von den überjährigen am Schlusse des Jahres vorhanden gewesenen für das ganze betreffende Betriebsjahr, 5 Prozent Zinsen berechnet und deren Summe bei den Lokomotiven nebst Tendern nach Verhältniss der Lokomotiv-Achsmeilen, || bei den Personen-, Gepäck- und Güterwagen nach Verhältniss der Wagen-Achsmeilen, || auf die einzelnen Theile des Unternehmens resp. auf die Bahnstrecken in Elsass-Lothringen und auf die im Grossherzogthum Luxemburg repartirt.

b) Die Anschaffungskosten der im Laufe des Jahres gänzlich unbrauchbar gewordenen oder veräusserten Betriebsmittel kommen von dem Gesamtbetrage des aufgewendeten Kapitals in Abgang und werden die Zinsen davon nur bis zum Tage der Zurückstellung der betreffenden Betriebsmittel berechnet.

c) Was für die Benutzung fremden Betriebsmaterials gezahlt wird, wird gleichfalls für jedes Betriebsjahr auf die beiden Abtheilungen des Bahnnetzes nach Verhältniss der Lokomotiv- resp. der Wagen-Achsmeilen repartirt.

Nr. 4647.
Deutschland
und Luxemburg.
11. Juni 1872.

III. Die deutsche Eisenbahnverwaltung ist ferner berechtigt, für die von ihr geleisteten ausserordentlichen Aufwendungen zur betriebssicheren Herstellung der Bahn, zur Erweiterung der Bahnanlagen, Legung eines zweiten Geleises u. s. w. von dem wirklich verausgabten Kapital, und zwar vom Tage der Verausgabung ab, 5 Prozent Zinsen den Betriebsausgaben hinzuzurechnen. || Diese Zinsen vermindern sich mit der fortschreitenden im §. 12 sub b. vorgesehenen Amortisation des Kapitals, indem die amortisirten Theile des Kapitals nur bis zum Schlusse desjenigen Betriebsjahres verzinst werden, aus dessen Reinertrag die Rückerstattung erfolgt ist.

§. 12. — Der von der Brutto-Einnahme nach Deckung der in Gemässheit des §. 11 berechneten Ausgaben verbleibende Ertrag bildet die Netto-Einnahme des Bahnnetzes. || Aus derselben werden entnommen:

- a) die der Wilhelm-Luxemburg-Gesellschaft für den im Grossherzogthum belegenen, zur Verwaltung übernommenen Theil ihres Bahnnetzes zu zahlende Jahrespacht;
- b) ein Betrag zum Zwecke der Amortisirung des von der deutschen Eisenbahnverwaltung für die Verbesserung der Bahn, Erweiterung und Vervollständigung der Bahnanlagen, Legung des zweiten Geleises u. s. w. innerhalb des abgelaufenen Betriebsjahres aufgewendeten Kapitals (§. 11 B. III).

Ein gleicher Betrag wird auch in jedem der folgenden Jahre der noch verbleibenden Pachtzeit zur Tilgung jenes Kapitals verwandt. Die Höhe desselben ist also derart zu bemessen, dass die völlige Tilgung bis zum Schlusse der Pachtzeit ermöglicht wird.

Der alsdann noch verbleibende Rest wird zum vollen Betrage behufs allmählicher Erstattung der von der Königlich Grossherzoglichen Regierung der Wilhelm-Luxemburg-Gesellschaft gewährten Staatssubvention von 8 Millionen Francs an die Grossherzoglich luxemburgische Regierung gezahlt. || So lange die Subvention nicht völlig erstattet ist, verzichtet die deutsche Regierung auf jede Theilnahme an dem aus dem Unternehmen sich ergebenden Reingewinn. || Man ist jedoch dahin übereingekommen, dass, wenn in irgend einem Betriebsjahre die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben, einschliesslich der in diesem Paragraphen sub a. und b. bezeichneten Posten, nicht hinreichen, seitens der deutschen Eisenbahnverwaltung vielmehr Zuschüsse haben geleistet werden müssen, diese sich auf das nächste Jahr resp. die nächsten Jahre übertragen und Zahlungen auf die Subventionssumme an die Grossherzoglich luxemburgische Regierung überhaupt erst zu erfolgen haben beziehungsweise wieder aufzunehmen sind, wenn die deutsche Regierung wegen der früheren Ausfälle resp. Zuschüsse vollständig gedeckt ist. || Sobald die durch die Königlich Grossherzoglich luxemburgische Regierung dem Unternehmen gewährte Subvention von 8 Millionen Francs derselben vollständig zurückgewährt ist, wird der nach der Zahlung der Pacht an die Wilhelm-Luxemburg-Gesellschaft (sub a.) und des Amortisations-

betrages (sub b.) verbleibende Rest des Nettoertrages zur Hälfte an Luxemburg überwiesen, während die andere Hälfte der deutschen Verwaltung verbleibt.

Nr. 4647.
Deutschland
und Luxem-
burg.
11. Juni 1872.

§. 13. — Die Königlich Grossherzoglich luxemburgische Regierung übernimmt durch den gegenwärtigen Vertrag keinerlei Garantie gegenüber der Wilhelm-Luxemburg-Gesellschaft, dem belgischen Staate oder der belgischen Gross-Luxemburg-Gesellschaft, resp. den bei den abgeschlossenen Traktionsverträgen beteiligten Parteien. || Die Kaiserlich deutsche Regierung wird die Königlich Grossherzoglich luxemburgische Regierung gegen Ansprüche vertreten, welche von der Wilhelm-Luxemburg-Gesellschaft in Folge des vorliegenden Vertrages auf Grund des Cahier des charges vom 9. November 1855 gegen die Königlich Grossherzoglich luxemburgische Regierung etwa erhoben werden möchten. || Die letztere wird von der Erhebung solcher Ansprüche der Kaiserlich deutschen Regierung unverzüglich Mittheilung machen.

§. 14. — Beide vertragschliessende Regierungen werden von dem ihnen zustehenden Rechte zur Kündigung des Vertrages vom 20./25. Oktober 1865, betreffend die Fortdauer des Anschlusses des Grossherzogthums Luxemburg an das Zollsystem Preussens und der übrigen Staaten des Zollvereins, keinen Gebrauch machen, so lange die im §. 1 bezeichneten Bahnstrecken von der Kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Strassburg oder von einer anderen, an deren Stelle getretenen Reichsbehörde verwaltet und betrieben werden.

§. 15. — Die vertragenden Theile werden sich über eine Erneuerung der von der deutschen Regierung zum 1. Juli 1872 gekündigten und mit diesem Tage ausser Kraft tretenden Post- und Telegraphenverträge, unter Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse und der in Deutschland eingetretenen Veränderungen verständigen.

§. 16. — Die zur Ausführung des gegenwärtigen Vertrages in Bezug auf den Betrieb der Eisenbahnen sich etwa als nothwendig ergebenden speziellen Bestimmungen werden von Kommissarien vereinbart, welche von den beiderseitigen Regierungen ernannt und in Luxemburg zusammentreten werden.

§. 17. — Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt durch Se. Majestät den Deutschen Kaiser einerseits und durch Se. Majestät den König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg andererseits, und werden die Ratifikations-Urkunden am 12. Juli 1872, wenn nicht früher, in Berlin ausgetauscht werden. || Die Uebernahme des Betriebes auf den in §. 1 bezeichneten Eisenbahnen durch die Kaiserliche Eisenbahndirektion in Strassburg erfolgt thunlichst bald nach Austausch der Ratifikations-Urkunden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten gegenwärtige Uebereinkunft vollzogen und mit ihrem Siegel versehen.

Geschehen Berlin, den 11. Juni 1872.

Delbrück. Herzog. J. P. Föhr.

Die vorstehende Uebereinkunft ist ratifizirt worden und die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden hat stattgefunden.

Nr. 4648.

DEUTSCHLAND und LUXEMBURG. — Postvertrag zwischen Deutschland und Luxemburg. Vom 19. Juni 1872.

Nr. 4648.
Deutschland
und Luxem-
burg,
19. Juni 1872.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg, von dem Wunsche geleitet, die postalischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Grossherzogthum Luxemburg im Hinblick auf die eingetretenen veränderten Verhältnisse neu zu regeln, haben den Abschluss eines Postvertrages beschlossen und für diesen Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser: || Allerhöchstihren Geheimen Postrath Wilhelm Günther, || Seine Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg: || Allerhöchstihren Geschäftsträger am Königlich preussischen Hofe, Dr. Jean Pierre Föhr, || welche auf Grund ihrer Vollmachten sich über die nachstehenden Artikel geeinigt haben.

I. Grundsätzliche Bestimmungen.**Art. 1.****Anwendbarkeit des Vertrages.**

Die Festsetzungen des gegenwärtigen Vertrages erstrecken sich:

- a) auf die Briefpostsendungen, welche im Verkehr Deutschlands und des Grossherzogthums Luxemburg untereinander angehören: Wechselverkehr;
- b) auf die Briefpostsendungen, welche im Verkehr Deutschlands und des Grossherzogthums Luxemburg mit fremden Staaten, oder fremder Staaten unter sich vorkommen, insofern bei diesem Verkehr die Gebiete beider vertragschliessenden Theile berührt werden: Durchgangsverkehr.

Der Postverkehr des Grossherzogthums Luxemburg mit der österreichisch-ungarischen Monarchie wird als zum Wechselverkehr gehörig angesehen. || Die Bestimmungen über den inneren Briefpostverkehr bleiben jedem der vertragschliessenden Theile überlassen.

Art. 2.**Austausch der Postsachen.**

Zwischen den Postverwaltungen der vertragschliessenden Theile soll ein geregelter Austausch der im Wechselverkehr wie im Durchgangsverkehr vorkommenden Briefpostsendungen stattfinden. || Die Verwaltungen machen sich gegenseitig verbindlich, für möglichst schleunige Beförderung der ihnen zugeführten Briefpostsendungen Sorge zu tragen. || Die vertragschliessenden Theile werden darauf bedacht sein, dass den Postverwaltungen die ungehinderte Benutzung der Eisenbahnen, Dampfschiffe und ähnlicher Transportmittel überall

für die Beförderung der Postsendungen thunlichst gesichert werde. || Zwischen welchen Postanstalten und Eisenbahn-Postbüreaus direkte Briefkartenschlüsse behufs des geregelten Austausches der Sendungen zu unterhalten sind, bleibt der nach Massgabe des veränderlichen Bedürfnisses zu treffenden jedesmaligen Verständigung der Postverwaltungen vorbehalten.

Nr. 4648.
Deutschland
und Luxem-
burg,
19. Juni 1872.

Art. 3.

Ueberführung der Posttransporte auf den Grenzen.

Bei den Verabredungen, welche hinsichtlich der Beförderung der Posttransporte auf den beiderseitigen Grenzstrecken zu treffen sind, soll, soweit nicht nach Massgabe bestehender besonderer Einrichtungen und lokaler Verhältnisse andere Festsetzungen angemessen erscheinen, im Allgemeinen von dem Grundsatz ausgegangen werden, dass eine jede Verwaltung für die Beförderung der Postsendungen aus ihrem Gebiet bis zur gegenüberliegenden Grenzpoststation des anderen Gebietes zu sorgen hat. | Hinsichtlich der Ueberführung der Eisenbahn-Posttransporte auf den Grenzen gilt im Allgemeinen als Grundsatz, dass eine jede Postverwaltung für die Beförderung der Postsendungen bis zur Grenze ihres Gebiets zu sorgen hat, vorbehaltlich der etwaigen abweichenden Bestimmungen der besonderen Staatsverträge beziehungsweise der Spezialvereinbarungen.

Art. 4.

Gewicht.

Für die Gewichtsbestimmungen beim Postverkehr ist als Gewichtseinheit das Kilogramm mit dezimalen Unterabtheilungen massgebend.

Art. 5.

Münzwährung.

Die Zutaxirung, Vergütung und Abrechnung erfolgt in Groschen nach der zur Zeit in Norddeutschland bestehenden Währung. | Die Zahlung der Beträge aus den vierteljährlichen Abrechnungen zwischen den Postverwaltungen geschieht in der Landesmünze derjenigen Postverwaltung, welche eine Herauszahlung zu empfangen hat.

Art. 6.

Aeussere Beschaffenheit und Behandlung der Postsendungen.

In Bezug auf die äussere Beschaffenheit und Behandlung der Postsendungen bei der Auf- und Abgabe und bei der Weiterspeditio gelten die zwischen den Postverwaltungen zu verabredenden besonderen Reglements und Instruktionen, beziehungsweise die Festsetzungen der Verträge mit auswärtigen Staaten. || Soweit in diesen Reglements, Instruktionen und Verträgen besondere Bestimmungen nicht getroffen sind, finden die für den inneren Verkehr bestehenden Vorschriften jeder Postverwaltung Anwendung.

Nr. 4648.
Deutschland
und Luxem-
burg,
19. Juni 1872.

Art. 7.

Eintheilung der Postsendungen.

Zur Briefpost gehören:

Briefe ohne Werthangabe, Postkarten, Drucksachen, Waarenproben, Briefe mit Werthangabe, Postanweisungen und Zeitungen. ¶ Das Gewicht der Briefe mit und ohne Werthangabe und der Waarenproben darf 250 Gramm, das Gewicht der Drucksachen 500 Gramm nicht überschreiten. Wegen der portofreien Gegenstände sind die Bestimmungen im Artikel 24 massgebend.

II. Briefpostsendungen des Wechselverkehrs.

Art. 8.

Briefporto.

Das Briefporto beträgt im Wechselverkehr auf alle Entfernungen:

- a) für den gewöhnlichen frankirten Brief bis zum Gewicht von 15 Gramm einschliesslich: 1 Silbergroschen oder 3 Kreuzer (in den Gebieten mit der süddeutschen Guldenwährung); bei grösserem Gewicht: 2 Silbergroschen oder 7 Kreuzer;
- b) für den gewöhnlichen unfrankirten Brief bis zum Gewicht von 15 Gramm einschliesslich: 2 Silbergroschen oder 7 Kreuzer, bei grösserem Gewicht: 3 Silbergroschen oder 11 Kreuzer.

Art. 9.

Postwerthzeichen.

Die Frankirung kann mittelst der im Ursprungslande gültigen Postwerthzeichen erfolgen. ¶ Andere Postwerthzeichen sind ungültig. Die mit solchen versehenen Sendungen werden als unfrankirt behandelt. ¶ Insoweit Frankokuvverts in Anwendung kommen, bleibt es der Entschliessung der Postverwaltung des Aufgabegebiets überlassen, ausser dem durch den Frankostempel bezeichneten Werthbetrage, eine den Herstellungskosten der Kuvverts entsprechende Entschädigung zu erheben.

Art. 10.

Unzureichende Frankirung.

Die mit Postwerthzeichen unzureichend frankirten Briefe unterliegen der Taxe für unfrankirte Briefe, jedoch unter Anrechnung des Werths der verwendeten Postwerthzeichen. ¶ Die Verweigerung der Nachzahlung des Portos gilt für eine Verweigerung der Annahme der Sendung.

Art. 11.

Postkarten.

Das Porto für Postkarten beträgt ohne Unterschied der Entfernung pro Stück $\frac{1}{2}$ Silbergroschen beziehungsweise 2 Kreuzer. Postkarten müssen frankirt

werden. Unzureichend frankirte Postkarten, deren sofortige Rückgabe an den Einlieferer nicht möglich ist, werden nach den im Aufgabebiet bestehenden allgemeinen Bestimmungen behandelt.

Nr. 4648.
Deutschland
und Luxemburg,
19. Juni 1872.

Art. 12.

Drucksachen.

Für Drucksachen im Gewichte bis zu 250 Gramm wird im Falle der Vorausbezahlung und wenn sie, ihrer Beschaffenheit nach, den reglementarischen Bestimmungen entsprechen, ohne Unterschied der Entfernung, der Satz von $\frac{1}{3}$ Silbergroschen beziehungsweise 1 Kreuzer für je 50 Gramm oder einen Bruchtheil davon, für Drucksachen im Gewichte über 250 Gramm bis 500 Gramm der Satz von 3 Silbergroschen beziehungsweise 11 Kreuzern erhoben. Für Drucksachen bis 250 Gramm, welche unfrankirt oder unzureichend frankirt zur Absendung gelangen, oder welche den reglementarischen Bestimmungen nicht entsprechen, sonst aber zur Versendung mit der Briefpost sich eignen, wird das Briefporto wie für unfrankirte Briefe erhoben, jedoch unter Anrechnung des Werths der verwendeten Freimarken. Derartige Sendungen über 250 bis 500 Gramm werden nach den im Aufgabebiet bestehenden allgemeinen Bestimmungen behandelt. | Rücksichtlich der Auslegung der reglementarischen Vorschriften über Drucksachen ist, insoweit es sich nicht um unzweifelhafte Versehen handelt, die Ansicht der Postanstalt des Aufgaborts massgebend.

Art. 13.

Waarenproben.

Für Waarenproben (Waarenmuster) wird im Falle der Vorausbezahlung und wenn sie, ihrer Beschaffenheit nach, den reglementarischen Bestimmungen entsprechen, ohne Unterschied der Entfernung der Satz von $\frac{1}{3}$ Silbergroschen bez. 1 Kreuzer für je 50 Gramm oder einen Bruchtheil davon erhoben. || Für Waarenproben, welche unfrankirt oder unzureichend frankirt zur Absendung gelangen, oder welche den reglementarischen Bestimmungen nicht entsprechen, sonst aber zur Versendung mit der Briefpost sich eignen, wird das Briefporto wie für unfrankirte Briefe erhoben, jedoch unter Anrechnung des Werths der verwendeten Freimarken. | Werden Waarenproben mit Drucksachen zusammengepackt, so kommt ebenfalls die im Art. 12 festgesetzte Taxe nach Massgabe des Gesamtgewichts der Sendung zur Anwendung. || Dieses Gesamtgewicht darf 250 Gramm nicht übersteigen.

Art. 14.

Rekommandation.

Es ist gestattet, Briefe, Postkarten, Drucksachen und Waarenproben unter Rekommandation abzusenden. || In solchem Falle ist, ausser dem Porto, eine Rekommandationsgebühr von 2 Silbergroschen oder 7 Kreuzern zu entrichten.

Nr. 4648. Dieselbe wird zugleich mit dem Porto erhoben. Dem Absender einer
 Deutschland mandirten Sendung wird auf Verlangen eine Empfangsbescheinigung der
 und Luxem- saten (Rückschein) durch die Postanstalt beschafft. Hierfür wird eine
 burg, Gebühr von 2 Silbergroschen oder 7 Kreuzern erhoben, welche der A
 19. Juni 1872. bei der Einlieferung zu entrichten hat.

Art. 15.

Ersatzleistung für rekommandirte Sendungen.

Für eine abhanden gekommene rekommandirte Sendung wird, r
 nahme eines durch die eigene Fahrlässigkeit des Absenders, durch Krie
 unabwendbare Folgen von Naturereignissen oder durch die natürliche Bes
 heit der Sendung herbeigeführten Verlustes, dem Absender eine Entschl
 von 14 Thalern oder 24 $\frac{1}{2}$ Gulden süddeutscher Währung geleistet. ¶
 Beschädigung einer rekommandirten Sendung, sowie für den durch ve
 Beförderung oder Bestellung einer rekommandirten Sendung entst
 Schaden wird seitens der Post kein Ersatz geleistet. ¶ Den rekommandir
 dungen werden in Betreff der Ersatzleistung die zur Beförderung durch l
 eingelieferten Sendungen gleichgestellt. ¶ Dem Absender gegenüber l
 Ersatzpflicht derjenigen Postverwaltung ob, welcher die Postanstalt der
 angehört. ¶ Der Anspruch auf Entschädigung an die Post erlischt mit
 von sechs Monaten, vom Tage der Einlieferung der Sendung an gerech
 Verjährung wird durch Anbringung der Reklamation bei derjenigen Pos
 tung unterbrochen, welcher die Postanstalt der Aufgabe angehört. Ergo
 auf eine abschlägige Bescheidung, so beginnt vom Empfange derselben e
 Verjährungsfrist von sechs Monaten, welche durch eine Reklamation geg
 Bescheid nicht unterbrochen wird. ¶ Der Ersatzanspruch kann auch v
 Adressaten in denjenigen Fällen erhoben werden, in welchen der Absend
 zu ermitteln ist, oder die Verfolgung seines Anspruchs dem Adressaten ;
 Für den Verlust einer in einem Transit-Briefpackete befindlichen rek
 dirten Sendung hat die transitgebende Verwaltung nur in dem Falle zu
 wenn das ganze Briefpaket während der Beförderung in dem Transi
 abhanden gekommen ist, oder wenn nachgewiesen wird, dass die rekom
 Sendung während der Beförderung im Transitgebiete in Verlust gerath
 Für Verluste rekommandirter Sendungen, welche auf dem Transport du
 auswärtige Beförderungsanstalt eintreten, findet, insoweit nicht in Folge
 derer Verträge eine Verbindlichkeit zur Ersatzleistung besteht, ein
 anspruch, den Postverwaltungen der vertragschliessenden Theile gegenübe
 statt. Will jedoch der Absender seine Ansprüche gegen die auswärtige
 portanstalt geltend machen, so hat die Postverwaltung, von welcher die
 unmittelbar dem Auslande zugeführt worden ist, ihm Beistand zu leiste
 Ersatzanspruch für nicht rekommandirte Sendungen findet gegenüber d
 verwaltungen nicht statt.

Art. 16.

Briefe mit Werthangabe.

Die Taxe für Briefe mit Werthangabe setzt sich, wie folgt, zusammen:

- 1) aus dem Porto für gewöhnliche frankirte Briefe von gleichem Gewicht,
- 2) aus der im Artikel 14 festgesetzten Rekommandationsgebühr,
- 3) aus der Gebühr von einem halben Groschen für je 20 Thaler oder einen Theil von 20 Thalern des angegebenen Werthes.

Die Taxe ist vom Absender im voraus zu entrichten. || Der angegebene Werth darf nicht höher sein als 1200 Thaler oder 2100 Gulden süddeutsche Währung. || Der in einem Briefe enthaltene Werthbetrag muss vom Absender auf der Adressseite in der linken oberen Ecke, ohne irgend eine Rasur oder Abänderung, selbst wenn letztere vom Absender anerkannt wäre, angegeben sein. | Die Briefe mit Werthangabe müssen unter Kreuzkuvert abgesandt werden und mit fünf Siegeln verschlossen sein.

Art. 17.

Ersatzleistung für Briefe mit Werthangabe.

Im Falle ein Brief mit Werthangabe verloren gehen oder seines Inhalts beraubt werden sollte, sei es auf deutschem Gebiete unter Umständen, welche für die deutsche Postverwaltung nach deutschen Gesetzen die Ersatzpflicht zur Folge haben würden, oder auf luxemburgischem Gebiete unter Umständen, welche für die luxemburgische Postverwaltung nach luxemburgischen Gesetzen die Ersatzpflicht zur Folge haben würden, so hat die verantwortliche Verwaltung dem Absender, oder in Stelle desselben dem Adressaten innerhalb einer Frist von zwei Monaten, vom Tage der Reklamation an gerechnet, den angegebenen Werth zu zahlen oder zahlen zu lassen, für welchen die im Artikel 16 festgesetzte Versicherungsgebühr entrichtet ist. Derartige Reklamationen sind jedoch nur zulässig, wenn sie innerhalb sechs Monate, vom Tage der Aufgabe des betreffenden Briefes an gerechnet, erhoben werden. Nach Ablauf dieses Termins steht dem Reklamanten ein Anspruch auf Entschädigung nicht zu.

Art. 18.

Postanweisungen.

Im Verkehr zwischen Deutschland und dem Grossherzogthum Luxemburg können durch die Briefpost Zahlungen bis zum Betrage von 50 Thalern oder 87 $\frac{1}{2}$ Gulden einschliesslich im Wege des Postanweisungs-Verfahrens vermittelt werden. || Die Gebühr beträgt für Zahlungen bis zum Betrage von 25 Thalern oder 43 $\frac{3}{4}$ Gulden 2 Silbergroschen oder 7 Kreuzer, || im Betrage über 25 Thaler bis 50 Thaler oder über 43 $\frac{3}{4}$ Gulden bis 87 $\frac{1}{2}$ Gulden 4 Silbergroschen oder 14 Kreuzer. || Die Gebühr soll vom Absender im voraus bezahlt und zwischen der Verwaltung des Aufgabe- und der Verwaltung des Bestimmungsgebiets halbscheidlich getheilt werden. || Der an dem Postanweisungsformular befindliche

Nr. 4648.
Deutschland
und Luxem-
burg.
19. Juni 1872.

Kupon kann vom Absender mit schriftlichen Mittheilungen jeder Art versehen werden, ohne dass eine weitere Erhebung stattfindet. || Auf Postanweisungen eingezahlte Beträge können auf Verlangen des Absenders durch die Postanstalt an Aufgaborte auf telegraphischem Wege der Postanstalt am Bestimmungsorte zur Auszahlung überwiesen werden. In diesem Falle hat der Absender, neben der Postanweisungsgebühr und neben der Gebühr für das Telegramm, die Express-Bestellgebühr für Besorgung der Depesche im Aufgaborte vom Postbureau bis zur Telegraphen-Station, wenn letztere sich nicht im Postgebäude mit befindet, nach dem am Aufgabort üblichen Satze zu Gunsten der Aufgab-Postanstalt zu entrichten. Sofern die Anweisung nicht poste restante adressirt ist, sind für die Abtragung des Postanweisungs-Telegramms an den Adressaten, welche von der Auszahlungs-Postanstalt durch einen Expressen erfolgt, die für die expresse Bestellung von Briefpostsendungen festgesetzten Gebühren (Art. 19) einzuziehen. Dem Publikum wird die Auszahlung der eingezahlten Summen gewährleistet.

Art. 19.

Expressbestellung.

Briefpostgegenstände, auf deren Adresse der Absender das schriftliche Verlangen ausgedrückt hat, dass sie durch einen Expressen zu bestellen sind, müssen von den Postanstalten sogleich nach der Ankunft dem Adressaten durch einen besonderen Boten zugestellt werden. || Eine Rekommandation der Expresssendungen ist nicht erforderlich. || Für Express-Briefpostsendungen nach den Ortsbestellbezirken der Bestimmungs-Postanstalt ist die Express-Bestellgebühr nach dem Satze von $2\frac{1}{2}$ Silber Groschen oder 9 Kreuzern zu erheben. | Die Entrichtung dieser Gebühr kann vom Absender erfolgen, oder dem Adressaten überlassen werden. || Für Express-Briefpostsendungen nach dem Land-Bestellbezirk gilt als Regel, dass die Express-Bestellgebühr von dem Adressaten zu entrichten ist, und zwar mit dem Betrage, welcher dem Boten für die Ausführung der Expressbestellung nach dem ortsüblichen Satze vergütet wird. || Insofern der Expressbote Briefe mit Werthangabe oder Geldbeträge zu Postanweisungen mit zu überbringen hat, soll die Expressgebühr das Doppelte des Satzes für die Expressbestellung gewöhnlicher Briefpostsendungen betragen. || Die Expressgebühr wird von der Postanstalt des Bestimmungsorts bezogen.

Art. 20.

Nachzusendende Briefpostgegenstände.

Für Briefpostgegenstände, welche dem Adressaten an einen andern als den auf der Adresse ursprünglich bezeichneten Bestimmungsort nachgesendet werden sollen, findet aus Anlass dieser Nachsendung ein weiterer Portoansatz nicht statt. || Nachzusendende rekommandirte Briefpostgegenstände werden auch bei der Nachsendung als rekommandirt behandelt. Eine nochmalige Erhebung der Rekommandationsgebühr findet dabei nicht statt.

Art. 21.

Unbestellbare Briefpostgegenstände.

Für die Rücksendung unbestellbarer Briefpostgegenstände wird ein besonderes Porto nicht angesetzt. Haftet auf denselben fremdes Porto, so wird von der Postanstalt, welche die Rücksendung bewirkt, das Porto in demselben Betrage und in derselben Währung zurückgerechnet, wie dasselbe ursprünglich angerechnet war.

Nr. 4648.
Deutschland
und Luxemburg,
19. Juni 1872.

Art. 22.

Laufschreiben.

Für Laufschreiben, die von Privatpersonen veranlasst werden, ist eine Gebühr von 2 Silbergroschen oder 7 Kreuzern zu erheben, welche die Postverwaltung bezieht, deren Gebiet die Aufgabe-Postanstalt angehört. Ergiebt sich, dass die Nachfrage durch Verschulden der Post herbeigeführt ist, so findet die Rückzahlung der Gebühr statt.

Art. 23.

Portobezug.

Jede Verwaltung bezieht diejenigen Beträge, welche nach Massgabe der Artikel 8, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 20 und 21 in ihrem Gebiete erhoben werden. Ein Drittel der im luxemburgischen Gebiete erhobenen Beträge wird von der luxemburgischen Verwaltung an die deutsche Reichs-Postverwaltung vergütet. Zur Vereinfachung der Abrechnung sollen die nach Vorstehendem von der luxemburgischen Postverwaltung an die deutsche Reichs-Postverwaltung zu zahlenden Beträge auf Grund einer vierwöchentlichen, nach näherer Verabredung der beiden Postverwaltungen anzustellenden speziellen Ermittlung auf ein Aversum festgesetzt werden.

Art. 24.

Bestimmungen über die Portofreiheit.

Die Korrespondenz sämtlicher Mitglieder der Regentenfamilien in den Gebieten der hohen vertragschliessenden Theile untereinander wird ohne Beschränkung auf ein bestimmtes Gewicht portofrei befördert. Ferner wird portofrei befördert die Korrespondenz in Postdienst- und in Telegraphendienst-Angelegenheiten. || Eine weitere portofreie Beförderung findet nicht statt.

Art. 25.

Zeitungsvertrieb.

Die Postanstalten besorgen die Annahme und die Ausführung der Bestellungen auf Zeitungen und Zeitschriften, sowie deren Versendung und Abgabe an die Besteller. || Für die Bestellung sind die Verlagsbedingungen zunächst massgebend. || Eine unentgeltliche Vertheilung von Probenummern findet nicht statt.

Art. 26.

Zeitungsgebühr und Bestellgeld.

Nr. 4648.
Deutschland
und Luxem-
burg,
19. Juni 1872.

Die Gebühr für den Vertrieb der Zeitungen und Zeitschriften beträgt 25 Prozent des Preises, zu welchem die versendende Postanstalt die Zeitung von dem Verleger empfängt (Netto-Einkaufspreis). Bei Zeitungen, welche seltener als monatlich viermal erscheinen, wird die Zeitungsgebühr auf $12\frac{1}{2}$ Prozent des Netto-Einkaufspreises ermässigt. In allen Fällen ist jedoch mindestens der Betrag von 4 Silbergroschen oder 14 Kreuzern jährlich für jede Zeitung oder Zeitschrift zu erheben. Die Gebühr für das Abtragen der Zeitungen wird von der Postverwaltung des Bestimmungsgebiets festgesetzt.

Art. 27.

Bezug der Zeitungsgebühr.

Die Zeitungsgebühr wird zwischen der bestellenden und der absendenden Postanstalt halbscheidlich getheilt. Lässt sich der Betrag nicht genau bis auf volle Viertelgroschen oder volle Kreuzer theilen, so verbleibt der grössere Betrag der absendenden Postanstalt.

Art. 28.

Besondere Zeitungsbeilagen.

Für besondere Zeitungsbeilagen wird eine im voraus zu entrichtende Gebühr von $\frac{1}{12}$ Silbergroschen oder $\frac{7}{24}$ Kreuzern berechnet. Jede Verwaltung bezieht die Gebühr für die aus ihrem Gebiet abgehenden Zeitungsbeilagen ungetheilt.

Art. 29.

Nachsendung von Zeitungen.

Verlangt ein Besteller die Nachsendung einer Zeitung an einen anderen Ort, so hat derselbe für die Ueberweisung der Zeitung bis zum Schlusse der Bezugsperiode eine zwischen den beiden Postanstalten gleichmässig zu theilende Gebühr von 10 Silbergroschen oder 35 Kreuzern zu entrichten. Kommen mehrmalige Ueberweisungen vor, so ist die Gebühr jedesmal zu erheben, es sei denn, dass die Zeitung wieder nach dem Orte der ursprünglichen Bestellung überwiesen wird. Wenn die Nachsendung einer bisher durch die Post noch nicht bezogenen, sondern unmittelbar beim Verleger bestellten Zeitung verlangt wird, so ist dafür die Gebühr nach Artikel 26 vom Absender zu entrichten. Die Theilung erfolgt nach Artikel 27. In gleicher Weise werden die zwischen den Zeitungsredaktionen zur Versendung gelangenden Tauschexemplare behandelt.

III. Verhältnisse zu auswärtigen Postgebieten.

Art. 30.

Postverträge.

Die Behandlung der Sendungen im Verkehr mit auswärtigen Postgebieten richtet sich nach den Postverträgen mit den betreffenden fremden Regierungen.

Beim Abschlusse solcher Verträge wird die den Vertrag mit dem Auslande verhandelnde Regierung ihre Bemühungen dahin eintreten lassen, dass die Erleichterungen, welche dem Postverkehr ihres Gebiets mit dem betreffenden Auslande zu Theil werden, thunlichst in gleicher Weise und unter denselben Bedingungen auch auf den durch ihre Posten stückweise vermittelten Korrespondenzverkehr des anderen an dem gegenwärtigen Vertrage beteiligten Postgebiets mit dem betreffenden Auslande zur Anwendung gelangen.

Nr. 4648.
Deutschland
und Luxemburg,
19. Juni 1872.

Art. 31.

Behandlung der Sendungen.

Soweit die Postverträge oder Uebereinkünfte mit auswärtigen Regierungen oder Verwaltungen besondere Bestimmungen nicht enthalten, kommen für die Behandlung der Sendungen die in dem gegenwärtigen Vertrage getroffenen Festsetzungen in Anwendung. Die vom Auslande mit der Briefpost eingehenden und ihrer Natur nach zur Weiterbeförderung mit der Briefpost geeigneten Sendungen sind, insofern die Vorschriften über die zollamtliche Behandlung nicht entgegenstehen, ohne Unterschied des Gewichts mit der Briefpost weiterzubefördern, und sowohl hinsichtlich der Taxirung als auch in Betreff des Portobezuges als Briefpostsendungen zu behandeln.

Art. 32.

Porto bezug bei der Briefpost.

Der Porto bezug für die Briefpostsendungen regelt sich nach den im Artikel 23 aufgestellten Prinzipien. Es ist demnach das von der luxemburgischen Postverwaltung bezogene gemeinschaftliche internationale Porto bei der Festsetzung des Aversums mit in Berechnung zu ziehen. || Bei dem Zeitungsverkehr mit dem Auslande wird die betreffende Grenz-Postanstalt als Verlags- beziehungsweise Abgabeort angesehen, und danach die halbscheidliche Theilung der Zeitungsgebühr bewirkt.

Art. 33.

Geschlossener Transit.

Die deutsche Reichs-Postverwaltung räumt der Grossherzoglich luxemburgischen Postverwaltung das Recht ein, die Briefpostsendungen im Verkehr mit dem Auslande über das Gebiet Deutschlands im geschlossenen Transit unentgeltlich zu führen. || Die Grossherzoglich luxemburgische Regierung räumt der deutschen Reichs-Postverwaltung das Recht ein, die Briefpostsendungen im Verkehr mit dem Auslande über das Gebiet des Grossherzogthums Luxemburg im geschlossenen Transit unentgeltlich zu führen.

Art. 34.

Ratifikation und Dauer des Vertrages.

Die Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages soll gleichzeitig erfolgen mit der Ratifikation des über den Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn ab-

Nr. 4648. geschlossenen Vertrages vom 11. Juni 1872. | Der gegenwärtige Vertrag t
 Deutschland mit dem 1. Januar 1873 in Wirksamkeit und bleibt so lange in Kraft, bis ein
 und Luxem- der beiden vertragschliessenden Theile dem andern Ein Jahr im voraus die A
 burg, sicht ausgedrückt hat, denselben aufzuheben. || Die gegenseitig bestehenden V
 19. Juni 1872. tragsverhältnisse bleiben bis zum Ablauf des Jahres 1872 in Wirksamkeit. |
 Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unt
 schrieben und besiegelt.

So geschehen zu Berlin, am 19. Juni 1872..

W. Günther.
 (L. S.)

J. P. Föhr.
 (L. S.)

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sin
 ausgewechselt worden.

Nr. 4649.

SCHWEIZ. — Entwurf der revidirten Bundesverfassung vom
 5. März 1872.

Nr. 4649. Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft,
 Schweiz, in Anwendung der Artikel 111, 112 und 114, sowie des Art. 74 Ziffer 1 d
 5. März 1872. Bundesverfassung,
 beschliesst:

Artikel 1. Es wird dem schweizerischen Volke und den Kantonen d
 Bundesverfassung in nachfolgender veränderter Fassung zur Annahme oder Ve
 werfung vorgelegt:

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

Die schweizerische Eidgenossenschaft, in der Absicht, den Bu
 der Eidgenossen zu befestigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerische
 Nation zu erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bundesverfassung ang
 nommen:¹

Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

* Art. 1. — Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerschaften d
 zwei und zwanzig souveränen Kantone, als: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwy

¹ Diese revidirte Bundesverfassung wurde bei der darüber am 12. Mai 1872 erfolgt
 Abstimmung verworfen. Das Volksvotum ergab 261,096 „Nein“ gegen 255,585 „Ja“

Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf bilden in ihrer Gesammtheit die schweizerische Eidgenossenschaft.

Nr. 4649.
Schweiz
5. März 1872.

* Art. 2. — Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

* Art. 3. — Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind.

* Art. 4. — Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es giebt in der Schweiz keine Unterthanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Geburt, der Familien oder Personen.

* Art. 5. — Der Bund gewährleistet den Kantonen ihr Gebiet, ihre Souveränität inner den Schranken des Art. 3, ihre Verfassungen, die Freiheit, die Rechte des Volkes und die verfassungsmässigen Rechte der Bürger gleich den Rechten und Befugnissen, welche das Volk den Behörden übertragen hat.

* Art. 6. — Die Kantone sind verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes nachzusuchen. † Der Bund übernimmt die Gewährleistung insofern: † a. sie nichts den Vorschriften der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes enthalten; † b. sie die Ausübung der politischen Rechte nach republikanischen — repräsentativen oder demokratischen — Formen sichern; † c. sie vom Volke angenommen worden sind und revidirt werden können, wenn die absolute Mehrheit der Bürger es verlangt.

* Art. 7. — Besondere Bündnisse und Verträge politischen Inhalts zwischen den Kantonen sind untersagt. † Dagegen steht ihnen das Recht zu, Verkommnisse über Gegenstände der Gesetzgebung, des Gerichtswesens und der Verwaltung unter sich abzuschliessen; jedoch haben sie dieselben der Bundesbehörde zur Einsicht vorzulegen, welche, wenn diese Verkommnisse etwas dem Bunde oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten, deren Vollziehung zu hindern befugt ist. Im entgegengesetzten Falle sind die betreffenden Kantone berechtigt, die Mitwirkung der Bundesbehörden anzusprechen.

* Art. 8. — Dem Bunde allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schliessen, Bündnisse und Staatsverträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge mit dem Auslande einzugehen.

* Art. 9. — Ausnahmsweise bleibt den Kantonen die Befugniss, Verträge über Gegenstände der Staatswirthschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der

Das Stände- (Kantons-) Votum 13 „Nein“ gegen 9 „Ja“. — Die Bestimmungen der gegenwärtig bestehenden Verfassung, welche unverändert in den Entwurf aufgenommen wurden, sind mit einem * bezeichnet. Wo nicht eine Anmerkung Anderes vorschreibt, gilt dies Zeichen für den ganzen Artikel. Zusätze zu den alten, im Uebrigen unveränderten Art. hebt ein † hervor.

[Anm. d. Herausg.]

Nr. 4649. Schweiz, 5. März 1872. Polizei mit dem Auslande abzuschliessen; jedoch dürfen dieselben nichts de Bunde oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten.

* Art. 10. — Der amtliche Verkehr zwischen Kantonen und auswärtig Staatsregierungen, sowie ihren Stellvertretern, findet durch Vermittlung d Bundesrathes statt. || Ueber die im Art. 9 bezeichneten Gegenstände könn jedoch die Kantone mit den untergeordneten Behörden und Beamten eines au wärtigen Staates in unmittelbaren Verkehr treten.

* Art. 11. — Es dürfen keine Militärkapitulationen abgeschlossen werde

* Art. 12. — Die Mitglieder der Bundesbehörden, die eidgenössische Civil- und Militärbeamten und die eidgenössischen Repräsentanten oder Kom missarien dürfen von auswärtigen Regierungen weder Pensionen oder Gehalte noch Titel, Geschenke oder Orden annehmen. || Sind sie bereits im Besitze vo Pensionen, Titeln oder Orden, so haben sie für ihre Amtsdauer auf den Genuss der Pensionen und das Tragen der Titel und Orden zu verzichten. || Untergeord neten Beamten und Angestellten kann jedoch vom Bundesrath der Fortbezu von Pensionen bewilligt werden.

† Im schweizerischen Heere dürfen weder Orden getragen, noch von aus wärtigen Regierungen verliehene Titel geltend gemacht werden. || Das Annehme solcher Auszeichnungen ist allen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten untersag

* Art. 13. — Der Bund ist nicht berechtigt, stehende Truppen zu halten. Ohne Bewilligung der Bundesbehörde darf kein Kanton oder in getheilten Kan tonen kein Landestheil mehr als 300 Mann stehende Truppen halten, die Land jägerkorps nicht inbegriffen.

* Art. 14. — Die Kantone sind verpflichtet, wenn Streitigkeiten unter ihnen vorkommen, sich jeder Selbsthülfe, sowie jeder Bewaffnung zu enthalten un sich der bundesmässigen Entscheidung zu unterziehen.

* Art. 15. — Wenn einem Kantone vom Auslande plötzlich Gefahr droh so ist die Regierung des bedrohten Kantons verpflichtet, andere Kantone zu Hülfe zu mahnen, unter gleichzeitiger Anzeige an die Bundesbehörde und unvo greiflich den spätern Verfügungen dieser letztern. Die gemahnten Kantone sin zum Zuzuge verpflichtet. Die Kosten trägt die Eidgenossenschaft.

* Art. 16. — Bei gestörter Ordnung im Innern, oder wenn von eine andern Kantone Gefahr droht, hat die Regierung des bedrohten Kantons de Bundesrathe sogleich Kenntniss zu geben, damit dieser inner den Schrank seiner Kompetenz (Art. 99, Ziffer 3, 10 und 11) die erforderlichen Massrege treffen oder die Bundesversammlung einberufen kann. In dringenden Fällen i die betreffende Regierung befugt, unter sofortiger Anzeige an den Bundesrat andere Kantone zur Hülfe zu mahnen, und die gemahnten Stände sind zur Hül leistung verpflichtet. || Wenn die Kantonsregierung ausser Stande ist, Hülfe a zusprechen, so kann, und wenn die Sicherheit der Schweiz gefährdet wird, soll die kompetente Bundesbehörde von sich aus einschreiten. || In Fällen ei genössischer Intervention sorgen die Bundesbehörden für Beachtung der Ve schriften von Art. 5. || Die Kosten trägt der mahnende oder die eidgenössisc

Intervention veranlassende Kanton, wenn nicht die Bundesversammlung wegen besonderer Umstände etwas Anderes beschliesst.

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872.

* Art. 17. — In den durch Art. 15 und 16 bezeichneten Fällen ist jeder Kanton verpflichtet, den Truppen freien Durchzug zu gestatten. Diese sind sofort unter eidgenössische Leitung zu stellen.

* Art. 18. — Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. || † Wehrmänner, welche in Folge des eidgenössischen Militärdienstes ihr Leben verlieren oder dauernden Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, haben für sich oder ihre Familien, im Falle des Bedürfnisses, Anspruch auf Unterstützung des Bundes.

Art. 19. — Das Bundesheer besteht aus der gesammten, nach der eidgenössischen Gesetzgebung dienstpflichtigen Mannschaft. *¹ In Zeiten der Gefahr kann der Bund auch über die nicht zum Bundesheere gehörende Mannschaft und über die übrigen Streitmittel der Kantone verfügen. || Die Kantone verfügen über die Wehrkraft ihres Gebietes, so weit sie nicht durch verfassungsmässige oder gesetzliche Anordnungen des Bundes beschränkt sind.

*¹ Art. 20. — Die Organisation des Bundesheeres ist Gegenstand der Bundesgesetzgebung. || Soweit nicht militärische Gründe entgegenstehen, sollen die taktischen Einheiten aus der Mannschaft desselben Kantons gebildet werden. || Die Kosten des Unterrichts, der Bewaffnung, Bekleidung und Ausrüstung des Bundesheeres trägt der Bund. | Das Kriegsmaterial der Kantone in demjenigen Bestande, welcher nach den bisherigen Gesetzen vorgeschrieben ist, geht auf den Bund über. || Immerhin bleibt das Verfügungsrecht der Kantone, nach Massgabe von Art. 19, Lemma 3, vorbehalten. || Der Bund ist berechtigt, die Waffenplätze und die zu militärischen Zwecken dienenden Gebäude, welche in den Kantonen vorhanden sind, zur Benutzung oder als Eigenthum zu übernehmen. Die nähern Bedingungen der Uebernahme werden durch die Bundesgesetzgebung geregelt. || Die Ausführung des Militärgesetzes in den Kantonen geschieht durch die Kantonsbehörden in den durch die Bundesgesetzgebung festgesetzten Grenzen.

* Art. 21. — Dem Bunde steht das Recht zu, im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines grossen Theiles derselben, auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen. || Zu diesem Zwecke ist er auch befugt, gegen volle Entschädigung das Recht der Expropriation geltend zu machen. Die nähern Bestimmungen hierüber bleiben der Bundesgesetzgebung vorbehalten. || Die Bundesversammlung kann die Errichtung öffentlicher Werke untersagen, welche die militärischen Interessen der Eidgenossenschaft verletzen.

Art. 22. — Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei im Hochgebirge. || Er wird die Korrektion und Verbauung der Wildwasser und die Aufforstung ihrer Quellengebiete unterstützen und die nöthigen schützenden Bestimmungen zur Erhaltung dieser Werke und der schon vorhandenen Waldungen aufstellen.

¹ Dies Zeichen gilt hier bis zum nächsten Absatz. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872.

Art. 23. — Der Bund ist befugt, gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der für die Land- und Forstwirthschaft nützlichen Vögel, sowie über die Ausübung der Fischerei und Jagd, namentlich zur Erhaltung des Hochwildes, zu treffen.

Art. 24. — Die Gesetzgebung über den Bau und Betrieb der Eisenbahnen ist Bundessache.

Art. 25. — Der Bund ist befugt, eine Universität, eine polytechnische Schule und andere höhere Unterrichtsanstalten zu errichten. || Die Kantone sorgen für obligatorischen und unentgeltlichen Primarunterricht. || Der Bund kann über das Minimum der Anforderung an die Primarschule gesetzliche Bestimmungen erlassen.

* Art. 26. — Das Zollwesen ist Sache des Bundes. † Derselbe hat das Recht, Ein- und Ausfuhrzölle zu erheben.

Art. 27. — Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze beachtet werden: || 1. Eingangsgebühren: || a. Die für die inländische Industrie und Landwirtschaft erforderlichen Stoffe sind im Zollltarife möglichst gering zu taxiren. *¹ Ebenso die zum nöthigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände. || c. Gegenstände des Luxus unterliegen den höchsten Taxen. || Diese Grundsätze sind auch bei Abschliessung von Handelsverträgen mit dem Auslande zu befolgen. || 2. Die Ausgangsgebühren sind möglichst mässig festzusetzen. || *² 3. Durch die Zollgesetzgebung sind zur Sicherung des Grenz- und Marktverkehrs geeignete Bestimmungen zu treffen. Dem Bunde bleibt immerhin das Recht vorbehalten, unter ausserordentlichen Umständen, in Abweichung von vorstehenden Bestimmungen, vorübergehend besondere Massnahmen zu treffen.

Art. 28. — Der Ertrag der Zölle fällt in die Bundeskasse. || Die den Kantonen bisher bezahlten Entschädigungen für die losgekauften Zölle, Weg- und Brückengelder, Kaufhaus und andern Gebühren dieser Art fallen weg. || Annehmungsweise erhalten die Kantone Uri, Graubünden, Tessin und Wallis, mit Rücksicht auf ihre internationalen Alpenstrassen, eine jährliche Entschädigung, welche, in Würdigung aller Verhältnisse, festgestellt wird wie folgt: || Für Uri Fr. 70,000. || Für Graubünden, Fr. 200,000. || Für Tessin, Fr. 200,000. || Für Wallis, Fr. 50,000. || Für Besorgung des Schneebruches auf dem St. Gotthard erhalten die Kantone Uri und Tessin eine jährliche Entschädigung von zusammen Fr. 40,000 für so lange, als die Strasse über den Bergpass nicht durch eine Eisenbahn ersetzt sein wird.

Art. 29. — Die Freiheit des Handels und der Gewerbe ist im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet. || Vorbehalten sind: || a. Das Salz- und Pulverregal, die eidgenössischen Zölle, die Eingangsgebühren von Wein und geistigen Getränken, sowie andere, vom Bunde ausdrücklich anerkannte Ve-

¹ Dies Zeichen gilt hier bis 2 ausschl. [Anm. d. Herausg.]

² Dies Zeichen gilt bis zu Ende des Art. [Anm. d. Herausg.]

brauchssteuern, nach Massgabe des Art. 33. b. Sanitätspolizeiliche Massregeln gegen Epidemien und Viehseuchen. c. Verfügungen über Ausübung von Handel und Gewerben, über Bestenerung des Gewerbsbetriebes und über die Benutzung der Strassen. † Diese Verfügungen dürfen den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit selbst nicht beeinträchtigen.

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872.

Art. 30. — Den Kantonen bleibt es anheimgestellt, die Ausübung der wissenschaftlichen Berufsarten von einem Ausweise der Befähigung abhängig zu machen. † Auf dem Wege der Bundesgesetzgebung ist dafür zu sorgen, dass derartige Ausweise für die ganze Eidgenossenschaft erworben werden können.

Art. 31. — Die Errichtung von Spielbanken ist untersagt. Die zur Zeit bestehenden Spielhäuser müssen binnen einer Frist von fünf Jahren, vom Tage der Annahme der gegenwärtigen Verfassung an gerechnet, geschlossen werden. † Allfällige seit dem Anfange des Jahres 1871 ertheilten Konzessionen werden als ungültig erklärt. † Der Bund kann auch in Beziehung auf die Lotterien geeignete Massnahmen treffen.

Art. 32. — Der Bund ist befugt, zum Schutze der Arbeiter gegen Gesundheit und Sicherheit gefährdenden Gewerbebetrieb einheitliche Bestimmungen aufzustellen und die Verwendung von Kindern in den Fabriken gesetzlich zu regeln. Der Geschäftsbetrieb von Auswanderungs-Agenturen und von Privatunternehmungen im Gebiete des Versicherungswesens unterliegt der Aufsicht und Gesetzgebung des Bundes.

Art. 33. — ¹ Die Kantone sind befugt, die im Art. 29 litt. a. erwähnten Eingangsgebühren von Wein und andern geistigen Getränken unter folgenden Beschränkungen zu erheben: a. Bei dem Bezug derselben soll der Transit in keiner Weise belästigt und der Verkehr überhaupt so wenig als möglich gehemmt und mit keinen andern Gebühren belegt werden. † b. Werden die für den Verbrauch eingeführten Gegenstände wieder aus dem Kanton ausgeführt, so sind die bezahlten Eingangsgebühren ohne weitere Belästigung zurückzuerstatten. † c. Die Erzeugnisse schweizerischen Ursprungs sind mit niedrigern Gebühren zu belegen als diejenigen des Auslandes. † d. Eingangsgebühren auf Wein und andere geistige Getränke schweizerischen Ursprungs dürfen da, wo solche schon bestehen, nicht erhöht, und in Kantonen, welche noch keine beziehen, nicht eingeführt werden. † e. Die Gesetze und Verordnungen der Kantone über den Bezug der Eingangsgebühren sind der Bundesbehörde vor Vollziehung derselben zur Gutheissung vorzulegen, damit die Nichtbeachtung vorstehender Grundsätze verhindert werden kann.

† Nach Ablauf einer Frist von zwanzig Jahren sollen alle Eingangsgebühren, welche dormalen von den Kantonen erhoben werden, sowie ähnliche von einzelnen Gemeinden bezogene Gebühren ohne Entschädigung dahinfallen.

Art. 34. — Das Post- und Telegraphenwesen im ganzen Umfange der Eid-

¹ Dieser Art. stimmt, bis auf den Zusatz am Schluss, mit Art. 32 der gegenwärtigen Verfassung völlig überein. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872.

genossenschaft ist Bundessache. Der Ertrag der Post- und Telegraphenverwaltung fällt in die eidgenössische Kasse. Die Tarife werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach den gleichen, möglichst billigen Grundsätzen bestimmt. Die Unverletzlichkeit des Post- und Telegraphengeheimnisses ist gewährleistet.

*¹ Art. 35. — Bei der Verwaltung des Zoll- und Postwesens sind die Angestellten grösstentheils aus den Einwohnern derjenigen Kantone zu wählen, für welche sie bestimmt sind.

*² Art. 36. — Der Bund übt die Oberaufsicht über die Strassen und Brücken, an deren Erhaltung die Eidgenossenschaft ein Interesse hat. Die Summen, welche den im Artikel 28 bezeichneten Kantonen für den Unterhalt der auf ihrem Gebiete befindlichen internationalen Alpenstrassen zukommen, werden von der Bundesbehörde zurückbehalten, wenn diese Strassen von den betreffenden Kantonen nicht in gehörigem Zustande unterhalten werden.

*³ Art. 37. — Dem Bunde steht die Ausübung aller im Münzregale begriffenen Rechte zu. Die Münzprägung geht einzig vom Bunde aus. Es ist Sache der Bundesgesetzgebung, den Münzfuss zu bestimmen und allfällige Vorschriften hinsichtlich der Tarifierung fremder Münzsorten zu treffen.

Art. 38. — Der Bund ist befugt, im Wege der Gesetzgebung allgemeine Vorschriften über die Ausgabe und die Einlösung von Banknoten aufzustellen.

*⁴ Art. 39. — Die Festsetzung von Mass und Gewicht ist Bundessache. † Die Ausführung der bezüglichen Gesetze geschieht durch die Kantone unter Aufsicht des Bundes.

*⁵ Art. 40. — Fabrikation und Verkauf des Schiesspulvers im Umfange der Eidgenossenschaft stehen ausschliesslich dem Bunde zu. † Als Schiesspulver nicht brauchbare Sprengfabrikate sind im Regal nicht inbegriffen.

Art. 41. — Die Ausgaben des Bundes werden bestritten: a. aus dem Ertrag des Bundesvermögens; b. aus dem Ertrag der schweizerischen Grenz- zölle; c. aus dem Ertrag der Post- und Telegraphenverwaltung; d. aus dem Ertrag der Pulververwaltung; e. aus dem Ertrag der Militärpflichtersatzsteuern; f. aus den Beiträgen der Kantone, deren nähere Regulirung, vorzugsweise nach Massgabe der Steuerkraft der letzteren, der Bundesgesetzgebung vorbehalten ist.

*⁷ Art. 42. — Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger. Als solcher

¹ Dieser Art. stimmt mit Art. 34 der jetzigen Verfassung wörtlich überein.

[Anm. d. Herausg.]

² Dieser Art. stimmt fast durchaus überein mit Art. 35 der gegenwärtigen Verfassung. [Anm. d. Herausg.]

³ Dieser Art. entspricht dem Art. 36 der jetzigen Verfassung. [Anm. d. Herausg.]

⁴ Dieser Art., bis zum Absatz, entspricht dem Art. 37 der gegenwärtig gültigen Verfassung. [Anm. d. Herausg.]

⁵ Dieser Art., bis zum Absatz, ist mit Art. 40 der heutigen Verfassung identisch.

[Anm. d. Herausg.]

⁶ Dies Zeichen gilt für b, c, d. [Anm. d. Herausg.]

⁷ Dies Zeichen gilt bis zum folgenden †. [Anm. d. Herausg.]

kann er bei allen eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen an seinem Wohnsitz Antheil nehmen, † nachdem er sich über seine Stimmberechtigung gehörig ausgewiesen hat. || *¹Niemand darf in mehr als einem Kanton politische Rechte ausüben. | †²Der Niedergelassene genießt an seinem Wohnsitz alle Rechte der Kantonsbürger und mit diesen auch alle Rechte der Gemeindeglieder, mit Ausnahme des Mittheils an Bürger- und Korporationsgütern. | In kantonalen und Gemeindeangelegenheiten erwirbt er das Stimmrecht nach einer Niederlassung von drei Monaten. Das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten erstreckt sich jedoch nicht auf die Verwaltung derjenigen Güter, an welchen der Niedergelassene keinen Mittheil hat. | Die kantonalen Gesetze über die Niederlassung und das Stimmrecht der Niedergelassenen in den Gemeinden sind dem Bundesrathe zur Genehmigung vorzulegen.

Nr. 4049.
Schweiz,
5. März 1872.

Art. 43. — Kein Kanton darf einen Kantonsbürger aus seinem Gebiete verbannen (verweisen) *¹oder ihn des Bürgerrechtes verlustig erklären. | Die Bedingungen für die Ertheilung des Bürgerrechtes an Ausländer, sowie diejenigen, unter welchen ein Schweizer zum Zwecke der Erwerbung eines ausländischen Bürgerrechtes auf sein Bürgerrecht verzichten kann, werden durch die Bundesgesetzgebung geordnet.

Art. 44. — Jeder Schweizer hat das Recht, sich innerhalb des schweizerischen Gebietes an jedem Orte niederzulassen, wenn er einen Heimatschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift besitzt. | Ausnahmsweise kann die Niederlassung verweigert oder entzogen werden: | 1) Denjenigen, welche in Folge eines strafgerichtlichen Urtheils nicht im Besitze der bürgerlichen Rechte und Ehren sind. | 2) Denjenigen, welche dauernd der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last fallen und deren Heimatgemeinde, beziehungsweise Heimatkanton eine angemessene Unterstützung trotz amtlicher Aufforderung nicht gewährt. *²Der Niedergelassene darf von Seiten des die Niederlassung gestattenden Kantons mit keiner Bürgerschaft und mit keinen andern, besondern Lasten behufs der Niederlassung belegt werden. Ebenso darf die Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz nimmt, ihn nicht anders besteuern als den Ortsbürger. | Ein Bundesgesetz wird das Maximum der für die Niederlassungsbewilligung zu entrichtenden Kanzleigebür bestimmen.

Art. 45. — In Beziehung auf die civilrechtlichen Verhältnisse stehen die Niedergelassenen in der Regel unter dem Rechte und der Gesetzgebung des Wohnsitzes. | Die Bundesgesetzgebung wird über die Anwendung dieses Grundsatzes, sowie gegen Doppelbesteuerung die erforderlichen Bestimmungen treffen.

Art. 46. — Ein Bundesgesetz wird den Unterschied zwischen Niederlassung und Aufenthalt bestimmen und dabei gleichzeitig über die politischen und bürgerlichen Rechte der Aufenthalter die nähern Vorschriften aufstellen.

Art. 47. — Ein Bundesgesetz wird über die Kosten der Verpflegung und

¹ Dies Zeichen gilt bis zu Ende des Satzes. [Anm. d. Herausg.]

² Dies Zeichen gilt bis zu Ende des Art. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4649. Beerdigung armer Angehöriger eines Kantons, welche in einem andern Kant
Schweiz,
5. März 1872. krank werden und sterben, die nöthigen Bestimmungen treffen.

Art. 48. — Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist unverletzlich. Niemand darf in der Ausübung der bürgerlichen oder politischen Rechte um d Glaubensansichten willen beschränkt oder zur Vornahme einer religiösen Han lung angehalten oder wegen Unterlassung einer solchen mit Strafen bele werden. Niemand ist gehalten, Steuern zu bezahlen, welche speziell für eigen liche Kultuszwecke einer Konfession oder Religionsgenossenschaft, der er nicht angehört, aufgelegt werden. Die Glaubensansichten entbinden nicht von de Erfüllung der bürgerlichen Pflichten.

Art. 49. — ¹Die freie Ausübung der gottesdienstlichen Handlungen is innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung gewähr leistet. Den Kantonen sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen, ²sowie gegen Eingriffe kirchlicher Behörden in die Rechte der Bürger und des Staates die geeigneten Massnahmen zu treffen.

Art. 50. — Das Recht zur Ehe steht unter dem Schutze des Bundes. Dieselbe darf nicht aus kirchlichen oder ökonomischen Rücksichten oder wegen bisherigen Verhaltens oder aus andern polizeilichen Gründen beschränkt werden. So lange nicht die Bundesgesetzgebung (Art. 55) über die Erfordernisse zur Eingehung der Ehe besondere Vorschriften aufgestellt hat, soll die in einem Kantone oder im Auslande nach der dort geltenden Gesetzgebung abgeschlossene Ehe im Gebiete der Eidgenossenschaft als Ehe anerkannt werden. Durch den Abschluss der Ehe erwirbt die Frau das Heimatrecht des Mannes. Durch die nachfolgende Ehe der Eltern werden vorehelich geborne Kinder derselben legitimirt. Jede Erhebung von Brauteinzugsgebühren oder andern ähnlichen Ab gaben ist unzulässig.

*³Art. 51. — Die Pressfreiheit ist gewährleistet. Ueber den Missbrauch derselben trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen welche jedoch der Genehmigung des Bundesrathes bedürfen. Dem Bunde steht das Recht zu, Strafbestimmungen gegen den Missbrauch der Presse zu erlassen der gegen die Eidgenossenschaft und ihre Behörden gerichtet ist.

* Art. 52. — Die Bürger haben das Recht, Vereine zu bilden, sofern solche weder in ihrem Zweck, noch in den dafür bestimmten Mitteln rechts widrig oder staatsgefährlich sind. Ueber den Missbrauch dieses Rechtes trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen.

¹ Dieser Absatz lautet in der gegenwärtigen Verfassung (Art. 44): Die freie Aus übung des Gottesdienstes ist den anerkannten christlichen Konfessionen im ganzen Um fange der Eidgenossenschaft gewährleistet. [Anm. d. Herausg.]

² Die Worte „sowie“ bis „Staates“ fehlen in der jetzigen Verfassung, Art. 44. [Anm. d. Herausg.]

³ Zahlreiche unverändert beibehaltene Artikel führen in der gegenwärtigen Ver fassung eine andere Nummer. Oben ist dies bei einzelnen hervorgehoben worden; im Verfolg haben wir darauf verzichtet. [Anm. d. Herausg.]

* Art. 53. — Das Petitionsrecht ist gewährleistet.

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872.

* Art. 54. — Sämmtliche Kantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger in der Gesetzgebung sowohl als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Kantons gleich zu halten.

Art. 55. — Die Gesetzgebung über das Civilrecht, mit Inbegriff des Verfahrens, ist Bundessache; jedoch bleibt, bis zum Erlass bezüglicher Bundesgesetze, das Gesetzgebungsrecht der Kantone vorbehalten. || Der Bund ist überdies befugt, seine Gesetzgebung auch auf das Strafrecht und den Prozess auszudehnen. Dabei kann jedoch das Institut der Schwurgerichte (Jury) in denjenigen Kantonen, in welchen dasselbe bereits besteht, durch die Bundesgesetzgebung nicht abgeschafft werden. || Die Rechtsprechung selbst verbleibt den Kantonen, mit Vorbehalt der dem Bundesgerichte eingeräumten Kompetenzen.

* Art. 56. — Die rechtskräftigen Civilurtheile, die in einem Kanton gefällt sind, sollen in der ganzen Schweiz vollzogen werden können.

* Art. 57. — Der aufrechtstehende schweizerische Schuldner, welcher einen festen Wohnsitz hat, muss für persönliche Ansprachen vor dem Richter seines Wohnortes gesucht, und es darf daher für Forderungen auf das Vermögen eines solchen ausser dem Kanton, in welchem er wohnt, kein Arrest gelegt werden. || † Der Schuldverhaft ist abgeschafft.

* Art. 58. — Alle Abzugsrechte im Innern der Schweiz, sowie die Zugrechte von Bürgern des einen Kantons gegen Bürger anderer Kantone sind abgeschafft.

* Art. 59. — Gegen die auswärtigen Staaten besteht Freizügigkeit, unter Vorbehalt des Gegenrechtes.

* Art. 60. — Niemand darf seinem verfassungsmässigen Gerichtsstand entzogen, und es dürfen daher keine Ausnahmsgerichte eingeführt werden. || † Auch kann Niemand angehalten werden, sich in Eheangelegenheiten einer geistlichen Gerichtsbarkeit zu unterziehen.

Art. 61. — Die Todesstrafe ist abgeschafft. || Die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes bleiben jedoch vorbehalten. || Körperliche Strafen sind untersagt.

* Art. 62. — Ein Bundesgesetz wird über die Auslieferung der Angeklagten von einem Kanton an den andern Bestimmungen treffen; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen und für Pressvergehen nicht verbindlich gemacht werden.

* Art. 63. — Die Ausmittlung von Bürgerrechten für Heimatlose und die Massregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimatlosen sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

* Art. 64. — Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen.

* Art. 65. — Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden, † und es ist ihren Gliedern jede Wirksamkeit in Kirche und Schule untersagt.

Art. 66. — Dem Bunde steht die Gesetzgebung über die gegen gemein-

Nr. 4649. gefährliche Epidemien und Viehseuchen zu treffenden gesundheitspolizeilichen
Schweiz, Verfügungen zu.
5. März 1872.

Zweiter Abschnitt.

Bundesbehörden.

I. Bundesversammlung.

Art. 67. — Unter Vorbehalt der Rechte des Volkes und der Kantone (Art. 85, 89, 118) wird die oberste Gewalt des Bundes durch die Bundesversammlung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen besteht: || A. aus dem Nationalrath. || B. aus dem Ständerath.

A. Nationalrath.

* Art. 68. — Der Nationalrath wird aus Abgeordneten des schweizerischen Volkes gebildet. Auf je 20,000 Seelen der Gesamtbevölkerung wird ein Mitglied gewählt. Eine Bruchzahl über 10,000 Seelen wird für 20,000 Seelen rechnet. | Jeder Kanton und bei getheilten Kantonen jeder der beiden Landtheile hat wenigstens ein Mitglied zu wählen.

* Art. 69. — Die Wahlen für den Nationalrath sind direkte. Sie finden in eidgenössischen Wahlkreisen statt, welche jedoch nicht aus Theilen verschiedener Kantone gebildet werden können.

* Art. 70. — Stimmberechtigt bei Wahlen und Abstimmungen ist je Schweizer, der das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Gesetzgebung des Kantons, in welchem er seinen Wohnsitz hat, nicht von den Aktivbürgerrechten ausgeschlossen ist. † Es bleibt jedoch der Gesetzgebung des Bundes vorbehalten, über diese Stimmberechtigung einheitliche Vorschriften aufzustellen.

Art. 71. — Wahlfähig als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmberechtigte Schweizerbürger.

* Art. 72. — Der Nationalrath wird auf die Dauer von drei Jahren gewählt, und es findet jeweilen Gesammterneuerung statt.

* Art. 73. — Die Mitglieder des Ständerathes, des Bundesrathes und letzterem gewählte Beamte können nicht zugleich Mitglieder des Nationalrathes sein.

* Art. 74. — Der Nationalrath wählt aus seiner Mitte für jede ordentliche oder ausserordentliche Sitzung einen Präsidenten und Vizepräsidenten. | In jenige Mitglied, welches während einer ordentlichen Sitzung die Stelle eines ordentlichen Präsidenten bekleidete, ist für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder als Präsident noch als Vizepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden ordentlichen Sitzungen Vizepräsident sein. || Der Präsident hat bei gleichgetheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus, wie jedes Mitglied.

* Art. 75. — Die Mitglieder des Nationalrathes werden aus der Bundeskasse entschädigt.

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872.

B. Ständerath.

* Art. 76. — Der Ständerath besteht aus 44 Abgeordneten der Kantone. Jeder Kanton wählt zwei Abgeordnete, in den getheilten Kantonen jeder Landestheil einen Abgeordneten.

* Art. 77. — Die Mitglieder des Nationalrathes und des Bundesrathes können nicht zugleich Mitglieder des Ständerathes sein.

* Art. 78. — Der Ständerath wählt für jede ordentliche oder ausserordentliche Sitzung aus seiner Mitte einen Präsidenten und Vizepräsidenten. | Aus den Gesandten desjenigen Kantons, aus welchem für eine ordentliche Sitzung der Präsident gewählt worden ist, kann für die nächstfolgende ordentliche Sitzung weder der Präsident, noch der Vizepräsident gewählt werden. || Gesandte des gleichen Kantons können nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden ordentlichen Sitzungen die Stelle eines Vizepräsidenten bekleiden. | Der Präsident hat bei gleich getheilten Stimmen zu entscheiden; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus wie jedes Mitglied.

* Art. 79. — Die Mitglieder des Ständerathes werden von den Kantonen entschädigt.

C. Befugnisse der Bundesversammlung.

* Art. 80. — Der Nationalrath und der Ständerath haben alle Gegenstände zu behandeln, welche nach Inhalt der gegenwärtigen Verfassung in die Kompetenz des Bundes gehören und nicht einer andern Bundesbehörde zugeschieden sind.

Art. 81. — Die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Rätthe fallen, sind insbesondere folgende: 1) Gesetze über die Organisation und die Wahlart der Bundesbehörden. | 2) Gesetze und Beschlüsse über diejenigen Gegenstände, zu deren Regelung der Bund nach Massgabe der Bundesverfassung befugt ist. * 13) Besoldung und Entschädigung der Mitglieder der Bundesbehörden und der Bundeskanzlei; Errichtung bleibender Beamtungen und Bestimmung ihrer Gehalte. | 4) Wahl des Bundesrathes, des Bundesgerichtes, des Kanzlers und seines Stellvertreters, sowie des Generals der eidgenössischen Armee. * 15) Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, sowie die Gutheissung von Verträgen der Kantone unter sich oder mit dem Auslande. Solche Verträge der Kantone gelangen jedoch nur dann an die Bundesversammlung, wenn vom Bundesrath oder einem andern Kanton Einsprache erhoben wird. | * 16) Massregeln für die äussere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse. * 17) Garantie der Verfassungen und des Gebietes der Kantone; Intervention in Folge der Garantie;

¹ Dies Zeichen gilt für diesen Absatz. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872. Massregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung; Amnestie und Begnadigung. || 8) Massregeln, welche die Handhabung der Bundesverfassung, die Garantie der Kantonalverfassungen, die Erfüllung der bundesmässigen Verpflichtungen zum Zwecke haben. || 9) Verfügungen über das Bundesheer. || 10) Aufstellung des jährlichen Voranschlages und Abnahme der Staatsrechnung, sowie Beschlüsse über Aufnahme von Anlehen. Allgemeine Bestimmungen über Verwaltung des Staatsvermögens. || 11) Die Oberaufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege. || 12) Beschwerden gegen Entscheidungen des Bundesrathes in den ihm nach Art. 110 zugewiesenen Administrativstreitigkeiten. || 13) Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bundesbehörden. * 14) Revision der Bundesverfassung.

* Art. 82. — Die beiden Räte versammeln sich jährlich ein Mal zur ordentlichen Sitzung an einem durch das Reglement festzusetzenden Tage. || Sie werden ausserordentlich einberufen durch Beschluss des Bundesrathes, oder wenn ein Viertheil der Mitglieder des Nationalrathes oder fünf Kantone es verlangen.

* Art. 83. — Um gültig verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des betreffenden Rathes erforderlich.

* Art. 84. — Im Nationalrath und Ständerath entscheidet die Mehrheit der Stimmenden.

* Art. 85. — Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räte erforderlich. || † Bundesgesetze, sowie Bundesbeschlüsse, die nicht dringlicher Natur sind, sollen überdies dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, wenn es von 50,000 stimmberechtigten Schweizerbürgern oder von fünf Kantonen verlangt wird.

* Art. 86. — Die Mitglieder beider Räte stimmen ohne Instruktionen.

* Art. 87. — Jeder Rath verhandelt abgesondert. Bei Wahlen (Art. 81, Ziffer 4), bei Austübung des Begnadigungsrechtes und für Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten (Art. 81, Ziffer 13) vereinigen sich jedoch beide Räte unter der Leitung des Präsidenten des Nationalrathes zu einer gemeinschaftlichen Verhandlung, so dass die absolute Mehrheit der stimmenden Mitglieder beider Räte entscheidet.

* Art. 88. — Jedem der beiden Räte und jedem Mitglied derselben steht das Vorschlagsrecht (die Initiative) zu. || Das gleiche Recht können die Kantone durch Korrespondenz ausüben.

Art. 89. — Wenn 50,000 stimmberechtigte Bürger oder fünf Kantone die Abänderung oder Aufhebung eines bestehenden Bundesgesetzes oder eines Bundesbeschlusses, oder über eine bestimmte Materie die Erlassung eines neuen Bundesgesetzes oder Bundesbeschlusses anbegehren, und diesem Begehren nicht vertragsrechtliche Verpflichtungen des Bundes entgegenstehen, so haben die beiden Räte, wenn sie dem Begehren zustimmen, den einschlägigen neuen Gesetz- oder Beschlussvorschlag zu vereinbaren und dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. || Stimmen nicht beide Räte dem Begehren zu, so ist

dasselbe der Abstimmung des Volkes zu unterstellen, und wenn die Mehrheit der stimmenden Bürger dafür sich ausspricht, so haben die Räthe einen entsprechenden Gesetz- oder Beschlussvorschlag aufzustellen und dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen.

Nr. 4649.
Schweiz,
5 März 1872.

Art. 90. — Die Bundesgesetzgebung wird bezüglich der Formen und Fristen der Volksbegehren und der Volksabstimmung das Erforderliche feststellen.

* Art. 91. — Die Sitzungen der beiden Räthe sind in der Regel öffentlich.

II. Bundesrath.

* Art. 92. — Die oberste vollziehende und leitende Behörde der Eidgenossenschaft ist ein Bundesrath, welcher aus sieben Mitgliedern besteht.

* Art. 93. — Die Mitglieder des Bundesrathes werden von der Bundesversammlung aus allen Schweizerbürgern, welche als Mitglieder des Nationalrathes wählbar sind, auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Es darf jedoch nicht mehr als ein Mitglied aus dem nämlichen Kanton erwählt werden. || Nach jeder Gesammterneuerung des Nationalrathes findet auch eine Gesammterneuerung des Bundesrathes statt. || Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt.

* Art. 94. — Die Mitglieder des Bundesrathes dürfen keine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Kantone, bekleiden, noch irgend einen andern Beruf oder Gewerbe treiben.

* Art. 95. — Den Vorsitz im Bundesrath führt der Bundespräsident, welcher, sowie auch der Vizepräsident, von den vereinigten Räten aus den Mitgliedern desselben für die Dauer eines Jahres gewählt wird. | Der abtretende Präsident ist für das nächstfolgende Jahr weder als Präsident, noch als Vizepräsident wählbar. Das gleiche Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar auf einander folgenden Jahren die Stelle eines Vizepräsidenten bekleiden.

* Art. 96. — Der Bundespräsident und die übrigen Mitglieder des Bundesrathes beziehen einen jährlichen Gehalt aus der Bundeskasse.

* Art. 97. — Um gültig verhandeln zu können, müssen wenigstens vier Mitglieder des Bundesrathes sein.

* Art. 98. — Die Mitglieder des Bundesrathes haben bei den Verhandlungen der beiden Abtheilungen der Bundesversammlung berathende Stimme und auch das Recht, über einen in Berathung liegenden Gegenstand Anträge zu stellen.

* Art. 99. — Der Bundesrath hat inner den Schranken der gegenwärtigen Verfassung vorzüglich folgende Befugnisse und Obliegenheiten: 1) Er leitet die eidgenössischen Angelegenheiten, gemäss den Bundesgesetzen und Bundesbeschlüssen. | 2) Er hat für Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes, sowie der Vorschriften eidgenössischer Konkordate zu wachen; er trifft zur Handhabung derselben von sich aus oder auf eingegangene

Nr. 4649. Schweiz, 5 März 1872. Beschwerde, ¹ soweit die Beurtheilung solcher Rekurse nicht nach Art. 110 dem Bundesgerichte übertragen ist, die erforderlichen Verfügungen. 3) Er wacht für die Garantie der Kantonalverfassungen. 4) Er schlägt der Bundesversammlung Gesetze und Beschlüsse vor und begutachtet die Anträge, welche von den Räten des Bundes oder von den Kantonen an ihn gelangen. 5) Er vollzieht die Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die Urtheile des Bundesgerichtes, sowie die Vergleiche oder schiedsrichterlichen Sprüche über Streitigkeiten zwischen Kantonen. 6) Er hat diejenigen Wahlen zu treffen, welche nicht durch die Verfassung der Bundesversammlung und dem Bundesgericht oder durch die Gesetzgebung einer andern Behörde übertragen werden. ² 7) Er prüft die Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Auslande und genehmigt dieselben, sofern sie zulässig sind. (Art. 81, Ziffer 5.) 8) Er wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach Aussen, wie namentlich ihre völkerrechtlichen Beziehungen, und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt. 9) Er wacht für die äussere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz. 10) Er sorgt für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung. 11) In Fällen von Dringlichkeit ist der Bundesrath befugt, sofern die Räte nicht versammelt sind, die erforderliche Truppenzahl aufzubieten und über solche zu verfügen, unter Vorbehalt unverzüglicher Einberufung der Bundesversammlung, sofern die aufgebotenen Truppen zweitausend Mann übersteigen oder das Aufgebot länger als drei Wochen dauert. 12) Er besorgt das eidgenössische Militärwesen und alle Zweige der Verwaltung, welche dem Bunde angehören. 13) Er prüft die Gesetze und Verordnungen der Kantone, welche seiner Genehmigung bedürfen; er überwacht diejenigen Zweige der Kantonalverwaltung, welche durch den Bund seiner Aufsicht unterstellt sind, wie das Militärwesen, Zölle, Strassen und Brücken. 14) Er sorgt für die Verwaltung der Finanzen des Bundes, für die Entwerfung des Voranschlags und die Stellung der Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes. 15) Er hat die Aufsicht über die Geschäftsführung aller Beamten und Angestellten der eidgenössischen Verwaltung. 16) Er erstattet der Bundesversammlung jeweilen bei ihrer ordentlichen Sitzung Rechenschaft über seine Verrichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach Aussen, und wird ihrer Aufmerksamkeit diejenigen Massregeln empfehlen, welche er zur Beförderung gemeinsamer Wohlfahrt für dienlich erachtet. Er hat auch besondere Berichte zu erstatten, wenn die Bundesversammlung oder eine Abtheilung derselben es verlangt.

* Art. 100. — Die Geschäfte des Bundesrathes werden nach Departementen unter die einzelnen Mitglieder vertheilt. Diese Eintheilung hat aber einzig zu

¹ Der Zusatz reicht bis zu den Worten: „die erforderlichen“ u. s. w.

[Anm. d. Herausg.]

² Die Stelle: „Er ernennt Kommissarien für Sendungen im Innern oder nach Aussen“ sollte wegfallen. [Anm. d. Herausg.]

Zweck, die Prüfung und Besorgung der Geschäfte zu fördern; der jeweilige Entschcheid geht von dem Bundesrathe als Behörde aus.

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872.

* Art. 101. — Der Bundesrath und seine Departemente sind befugt, für besondere Geschäfte Sachkundige beizuziehen.

III. Bundeskanzlei.

Art. 102. — Eine Bundeskanzlei, welcher ein Kanzler vorsteht, besorgt die Kanzleigeschäfte bei der Bundesversammlung und beim Bundesrath. Der Kanzler und sein Stellvertreter werden von der Bundesversammlung auf die Dauer von drei Jahren jeweilen gleichzeitig mit dem Bundesrath gewählt. Die Bundeskanzlei steht unter der besondern Aufsicht des Bundesrathes. Die nähere Organisation der Bundeskanzlei bleibt der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

IV. Organisation und Befugnisse des Bundesgerichts.

* Art. 103. — Zur Ausübung der Rechtspflege, soweit dieselbe in den Bereich des Bundes fällt, wird ein Bundesgericht aufgestellt. Für Beurtheilung von Straffällen (Art. 109) werden Schwurgerichte (Jury) gebildet.

*¹ Art. 104. — Die Mitglieder des Bundesgerichts und die Ersatzmänner werden von der Bundesversammlung gewählt. Bei der Wahl derselben soll darauf Bedacht genommen werden, dass alle drei Nationalsprachen vertreten seien. Das Gesetz bestimmt die Organisation des Bundesgerichtes und seiner Abtheilungen, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmänner, deren Amtsdauer und Besoldung.

*¹ Art. 105. — In das Bundesgericht kann jeder Schweizerbürger ernannt werden, der in den Nationalrath wählbar ist. Die Mitglieder der Bundesversammlung und des Bundesrathes und die von diesen Behörden gewählten Beamten können nicht gleichzeitig Mitglieder des Bundesgerichtes sein. Auf dem Wege der Bundesgesetzgebung können auch andere Beamtungen und Berufsarten als mit der Stelle eines Bundesrichters unvereinbar erklärt werden.

* Art. 106. — Das Bundesgericht bestellt seine Kanzlei.

Art. 107. — Das Bundesgericht beurtheilt civilrechtliche Streitigkeiten: |
* 1) zwischen dem Bunde und den Kantonen; * 2) zwischen dem Bunde einerseits und Korporationen oder Privaten andererseits, wenn der Streitgegenstand eine durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmende Bedeutung hat $\frac{1}{2}$ und wenn diese Korporationen oder Privaten Kläger sind; * 3) zwischen den Kantonen unter sich; | $\frac{1}{2}$ 4) zwischen den Kantonen einerseits und Korporationen oder Privaten andererseits, wenn der Streitgegenstand von einer durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Bedeutung ist und eine Partei es verlangt. * Das Bundesgericht urtheilt ferner über Anstände betreffend Heimatlosigkeit, $\frac{1}{2}$ sowie über Bürgerrechtsstreitigkeiten zwischen Gemeinden verschiedener Kantone.

* Art. 108. — Das Bundesgericht ist verpflichtet, auch die Beurtheilung

¹ Das Zeichen gilt bis zu Ende dieses Satzes. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4649. Schweizer, März 1872. anderer Fälle zu übernehmen, wenn dasselbe von beiden Parteien angerufen wird und der Streitgegenstand von einer durch die Bundesgesetzgebung zu bestimmenden Bedeutung ist.¹

Art. 109. — Das Bundesgericht urtheilt mit Zuziehung von Geschworenen, welche über die Thatfrage absprechen, in Straffällen: || 1) Ueber Hochverbrechen gegen die Eidgenossenschaft, Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden; || 2) über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht; || 3) über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine eidgenössische Intervention veranlasst wird, und || 4) in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten zur strafrechtlichen Beurtheilung überwiesen werden.

Art. 110. — Das Bundesgericht urtheilt ferner: || über Kompetenzkonflikte zwischen Bundesbehörden einerseits und Kantonalbehörden andererseits; || über Streitigkeiten staatsrechtlicher Natur zwischen Kantonen; || über Beschwerden betreffend Verletzung verfassungsmässiger Rechte der Bürger, sowie über solche von Privaten wegen Verletzung von Konkordaten und Staatsverträgen. || Vorbehaltend sind die durch die Bundesgesetzgebung näher festzustellenden Administrativstreitigkeiten. || In allen diesen Fällen sind jedoch die von der Bundesversammlung erlassenen Gesetze und allgemein verbindlichen Beschlüsse, sowie die von ihr genehmigten Staatsverträge für das Bundesgericht massgebend.

* Art. 111. — Es bleibt der Bundesgesetzgebung überlassen, ausser den in den Artikeln 107, 109 und 110 bezeichneten Gegenständen auch noch andere Fälle in die Kompetenz des Bundesgerichtes zu legen, insbesondere die Befugnisse festzustellen, welche ihm nach Erlassung der in Art. 55 vorgesehenen eidgenössischen Gesetze behufs einheitlicher Anwendung derselben zu übertragen sind.

V. Verschiedene Bestimmungen.

* Art. 112. — Alles, was sich auf den Sitz der Bundesbehörden bezieht, ist Gegenstand der Bundesgesetzgebung.

* Art. 113. — Die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, französische und italienische, sind Nationalsprachen des Bundes.

* Art. 114. — Die Beamten der Eidgenossenschaft sind für ihre Geschäftsführung verantwortlich. Ein Bundesgesetz wird diese Verantwortlichkeit näher bestimmen.

Dritter Abschnitt.

Revision der Bundesverfassung.

* Art. 115. — Die Bundesverfassung kann jederzeit revidirt werden.

* Art. 116. — Die Revision geschieht auf dem Wege der Bundesgesetzgebung.

¹ Der Schlusssatz: „Dabei fallen jedoch die Kosten ausschliesslich auf Rechnung der Parteien“ sollte wegfallen. [Anm. d. Herausg.]

* Art. 117. — Wenn eine Abtheilung der Bundesversammlung die Revision beschliesst und die andere nicht zustimmt, oder wenn fünfzigtausend stimmberechtigte Schweizerbürger die Revision der Bundesverfassung verlangen, so muss im einen wie im andern Falle die Frage, ob eine Revision stattfinden soll oder nicht, dem schweizerischen Volke zur Abstimmung vorgelegt werden. Sofern in einem dieser Fälle die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger über die Frage sich bejahend ausspricht, so sind beide Räthe neu zu wählen, um die Revision zur Hand zu nehmen.

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872.

* Art. 118. — Die revidirte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der an der Abstimmung theilnehmenden Bürger und von der Mehrheit der Kantone angenommen ist. † Bei Ausmittlung der Mehrheit der Kantone wird die Stimme eines Halbkantons als halbe Stimme gezählt. ‡ Das Ergebniss der Volksabstimmung in jedem Kantone gilt als Standesstimme desselben.

Uebergangsbestimmungen.

Art. 1. — In Betreff der Verwendung der Zoll- und Posteinnahmen bleiben die bisherigen Verhältnisse unverändert, bis der Uebergang der bis jetzt von den Kantonen getragenen Militärlasten auf den Bund vollzogen sein wird. Ausserdem ist auf dem Wege der Bundesgesetzgebung zu bewirken, dass denjenigen Kantonen, für welche die durch die Artikel 20, 28 und 34, zweites Alinea, herbeigeführten Veränderungen im Gesammtergebnisse eine fiskalische Einbusse zur Folge haben, diese Einbusse nicht auf einmal in ihrem vollen Umfange, sondern nur allmählig während einer Uebergangsperiode von einigen Jahren erwachse.

Art. 2. — Diejenigen Bestimmungen der eidgenössischen Gesetzgebung der Konkordate, der kantonalen Verfassungen und Gesetze, welche mit der neuen Bundesverfassung im Widerspruch stehen, treten mit Annahme derselben ausser Kraft.

Art. 3. — Bis zur Aufstellung des Organisationsgesetzes für das Bundesgericht wird die jetzige Zahl der Mitglieder dieser Behörde beibehalten.

Art. 4. — Den Kantonen wird zur Einführung der Unentgeltlichkeit des öffentlichen Primarunterrichtes (Artikel 25) eine Frist von fünf Jahren eingeräumt.

Art. 5. — Personen, welche den wissenschaftlichen Berufsarten angehören, und welche bis zum Erlasse der in Art. 30 vorgesehenen Bundesgesetzgebung von einem Kantone oder von einer mehrere Kantone repräsentirenden Konkordatsbehörde den Ausweis der Befähigung erlangt haben, sind befugt ihren Beruf in der ganzen Eidgenossenschaft auszuüben.

Art. 2.¹ Der Bundesrath hat für beförderliche und geeignete Bekanntmachung des vorstehenden Entwurfes einer neuen Bundesverfassung zu sorgen.

¹ Art. 1 s. zu Anfang des Verfassungsentwurfs. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4649.
Schweiz,
März 1872.

Art. 3. Die neue Bundesverfassung ist als angenommen zu be-
wenn die Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger und zugleich die
der Kantone sich dafür ausspricht.

Bei Ausmittlung der Mehrheit der Kantone wird die Stimme ein-
kantons als halbe Stimme gezählt.

Art. 4. Die Stimmgebung des schweizerischen Volkes erfolgt
ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft an einem und demselben Tage.
Tag wird durch den Bundesrath festgesetzt.

Es darf jedoch die Abstimmung nicht früher als 4 Wochen
schehener Bekanntmachung der vorgeschlagenen Abänderungen der Bu-
fassung stattfinden.

Art. 5. Zur Theilnahme an dieser Abstimmung ist jeder Schweiz-
berechtigt, welcher bei den Wahlen in den schweizerischen Nationalrat
fähig ist.

Es ist jedoch den Kantonen gestattet, mit Bezug auf das für die
berechtigung erforderliche Alter die Vorschriften ihrer kantonalen Geset-
zur Anwendung zu bringen, sofern nach denselben das Stimmrecht so
zurückgelegtem zwanzigsten Altersjahre beginnt.

Art. 6. Jeder Kanton ordnet die Abstimmung auf seinem Gel-
Dieselbe ist gemeinde- oder kreisweise vorzunehmen. Den Kantonen
überlassen, zu bestimmen, ob die Abstimmung offen oder geheim erfol-
Im Uebrigen finden auf dieselbe die in jedem Kanton für Abstimmungen
fassungsangelegenheiten bestehenden Vorschriften Anwendung.

Art. 7. Ueber die Abstimmung ist in jeder Gemeinde, beziehungs-
jedem Kreise, ein Protokoll aufzunehmen, in welchem genau anzugeben
viele Stimmen den Entwurf der neuen Bundesverfassung angenommen
viele ihn verworfen haben.

Art. 8. Die Kantone als solche geben ihre Stimme durch die na-
Verfassung hiezu befugten Organe ab.

Jedoch bleibt es den kantonalen Oberbehörden unbenommen, ein
Ergebniss der eidgenössischen Abstimmung im Kanton (Art. 4 bis 7 hi-
Votum desselben zu erklären.

Art. 9. Die Kantone haben ihre Stimme spätestens 14 Tage
Volksabstimmung abzugeben.

Art. 10. Die Kantonsregierungen haben die Stimmgebung ihres
sowie die Protokolle über die eidgenössische Abstimmung dem Bundes-
handen der Bundesversammlung zu übersenden. Die Stimmkarten sind
fügung der letzteren zu halten.

Die Bundesversammlung wird auf Grundlage derselben das E-
der Abstimmungen erwahren und falls sich dabei ergibt, dass der Ent-
genommen worden ist, die demgemäss revidirte Bundesverfassung
erklären.

Art. 11. Der Bundesrath wird mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt.

Nr. 4649.
Schweiz,
5. März 1872.

Also beschlossen vom Nationalrathe,
Bern, den 5. März 1872.

Der Präsident:
R. Brunner.
Der Protokollführer:
Schiess.

Also beschlossen vom Ständerathe,
Bern, den 5. März 1872.

Der Präsident:
A. Keller.
Der Protokollführer:
J. L. Lütcher.

Nr. 4650.

SCHWEIZ. — Proklamation der schweizerischen Bundesversammlung zur Abstimmung über die revidirte Bundesverfassung am 12. Mai 1872 an das Volk und die Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Getreue, liebe Eidgenossen!

Zumal alle menschlichen Dinge veränderlich und in der Entwicklung des Lebens stetem Wechsel unterworfen sind, haben schon die alten Eidgenossen von Zeit zu Zeit ihre ewigen Bünde erneuert und nach Bedürfniss erweitert. Es waren dies die Jahrhunderte ihres Ruhmes; es waren die Zeiten, da tapfere Hingebung für das Gemeinwohl und die Staatsweisheit der natürlichen Rechtsbegriffe den Schweizernamen in der Geschichte unsterblich gemacht haben. Freisich sein Grundgesetz geben und eben so frei und verständig dasselbe immer mit den Fortschritten der Zeit in Einklang bringen, so oft die Vorsehung den Gang der Weltordnung in neue Bahnen lenkt, ist das erhabenste Recht, aber auch das höchste Glück, dessen sich ein selbtherrliches Volk erfreuen kann. Ruhmlos waren die Jahrhunderte und die Blätter ihrer Geschichte sind mit manch' blutigem Unheil beschrieben, in denen die Väter dieses Rechtes sich begaben, indem sie der Entwicklung des Lebens die Augen verschlossen und ihre Bünde nur noch zeitweise zu beschwören, nicht mehr zu verbessern verstanden. Aber eben so wenig Segen konnten darnach, wenn auch von grossen Gedanken Einzelner getragen, auf der Schwelle unseres Jahrhunderts jene Versuche in Bundesrevisionen dem Lande bringen, denen die Freiheit, der heimische Boden

Nr. 4650.
Schweiz,
8. April 1872.

Nr. 4650.
Schweiz,
8. April 1872.

und die Einheit des Nationalsinnes fehlte. Sie waren von der Gewalt und Schrecknissen einer fremden Diktatur begleitet, ohne Verbindung mit der Vergangenheit fremden Verhältnissen entnommen, dem Verständnisse des Völkchens entrückt und seiner politischen Bildung vorgegriffen. Nach den Stürmen der Helvetik dachten die Kantone wieder nur an sich und pflegten hinter den Schutzbäumen ihrer Marken, ohne nationale Politik, einfach den Haushalt ihres staatsherrlichen Daseins. Der Bund unter ihnen war ein loser Staatenbund, eine Form ohne Leben, weil ihr wiederum die Seele der Nation fehlte. Erst eine Schule von fast fünfzigjährigen Erfahrungen lehrte uns neuerdings die Nothwendigkeit einer engeren, einigern Verbrüderung und das Bedürfniss einer stärkeren nationalen Bundesgewalt. Bei jedem Anlasse von Aussen durch fremde Machtgebote beunruhigt und nicht selten gedehmüthigt, im Innern von immer ernstern Kämpfen mit der Reaktion gestört und entzweit, stand die Eidgenossenschaft schliesslich am Rande der Auflösung und in den Wirren eines verhängnissvollen Bürgerkrieges da. Doch, unter dem Machtschutze einer gütigen Vorsehung ging aus der Entzweiung der Brüder eine neue Eidgenossenschaft mit der Bundesverfassung von 1848 hervor, nach welcher die Kantone einen Theil ihrer Heiligkeit zu einer eidgenössischen Bundesgewalt vereinigten und den bisherigen Staatenbund zu einem republikanischen Bundesstaate erhoben. Nicht Wenige wollten in der neuen Schöpfung das Ende der Eidgenossenschaft erblicken. Der Erfolg hat aber gelehrt, dass die Eidgenossen nur in vereinter Kraft glücklich und geachtet sind. — Oder saget selber, getreue, liebe Eidgenossen! Würde der Bund des Wiener Vertrages mit seiner Tagsatzung und der machtlosen örtlichen Geschäftsleitung heute die geachtete Stellung unter den Nationen, den Gewerbefleiss unseres kleinen Landes die geöffneten Märkte in den fernsten Zonen der Erde, das einheitliche Münzsystem und Verkehrswesen, die reiche Entwicklung der Schienenwege und des elektrischen Drahtes, das gehobene Wehrwesen, und selbst das geachtete Schirmrecht über den Frieden der Kantone haben, bei dem sich seit 1848 jeder derselben einer freien, von keiner Gewalthat der Parteien gestörten Gestaltung seines politischen Lebens freuet? Würde hätte die Tagsatzung der kantonalen Instruktionen die Beschlüsse und Millionen gefunden für den Bau der Alpenstrassen, für die Schutzbauwerke der Hochwasser des Gebirgs, für die Entsumpfung der Seegebiete des Jura, für die neue Bewaffnung des Bundesheeres, endlich für das Diadem des Landes, für die polytechnische Schule, an deren Lehrstühlen Söhne fast aller Völkern der Erde ihre Bildung suchen, welche sich dann in weitern freundschaftlichen Beziehungen ihrer Nationen zu unserm Lande verwerthet? Die Bundesverfassung von 1848 hat uns mit erhebenden Thatsachen von der Wahrheit überzeugt, dass eine einige, republikanisch konstituirte, nationale Bundesautorität eine Grundbedingung des Ansehens und der Wohlfahrt der Eidgenossenschaft wie der Kantone sei. — Allein, getreue, liebe Eidgenossen! wir würden die Lehren der Geschichte nicht verstehen, ja uns gegen die Hand der höhern Leitung versündigen, wenn wir die Bundesverfassung von 1848 für den letz-

Schlussstein der Freiheit, Ehre und Wohlfahrt des Landes hielten. Im Gegentheil, die Erfahrung hat gezeigt, dass dieselbe nach vielen Richtungen heute nicht mehr genügt und dass sie vor vierundzwanzig Jahren vielfach ein Verkommniss mit Ansichten und Verhältnissen war, die heute entweder nicht mehr die gleichen, oder selbst nicht mehr vorhanden sind. Die Welt der Erfindungen und der arbeitenden Hand wird täglich grösser. Die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit andern Völkern im Verkehrswesen fordert erweiterte, weltbürgerliche Anschauungen. Trotz dem Grundsatz der freien Niederlassung, den die Bundesverfassung verkündet, ist der Schweizer in seinem Vaterlande dennoch oft und vielfach ein unberechtigter Fremdling. Trotz der Rechtsgleichheit und der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, welche dieselbe Verfassung gewährleistet, hat der Schweizer in seinem Vaterlande weder gleiches Recht, noch ist er vor dem Gesetze gleich. In der gleichen Sache muss der einfache Bürger, der einheimische wie der fremde Geschäftsmann, an jeder Kantonsmarke wieder einen Rechtsberater fragen, was Gesetz und Recht im Lande sei. Der Entscheid der wichtigsten und schwierigsten Rechtsfragen ist gemäss der Bundesverfassung auf dem Rekurswege den beiden Räten der Bundesversammlung die Hand gelegt, und damit der Rechtsschutz der Bürger, Gemeinden und Kantone nicht selten dem in grossen Versammlungen waltenden Zufall anheimgegeben. Bei der reichen Entwicklung der Schienenwege bringen des Landes enge Verhältnisse die konkurrierenden Interessen immer mehr in störende Konflikte, ohne dass die Verfassung das wundervolle Verkehrsmittel mit einem Worte erwähnt. Seitdem die Axt den Bann einer weisen Vorzeit von den Hochwäldungen des Gebirges gelöst hat, sind des Landes Stromgebiete schutzlos dem Raub und der Verwüstung der Wildwasser preisgegeben. Wenn Schwindel und Gewinnsucht den Kredit des Landes, das Glück der Familien, die Wohlfahrt der Bürger auf's Spiel setzen und untergraben, so giebt der Bund kein Mittel an die Hand, dem Verderben Einhalt zu thun. Wohl eilt auf den Ruf des Vaterlandes bei jeder Gefahr eine Wehrkraft freudiger Hingebung unter die Fahne; aber jedes Aufgebot im Ernstfalle legt immer wieder grosse und gefährliche Gebrechen unserer Wehreinrichtungen an den Tag, und die nach den Marksteinen der Kantone zugeschnittene Bildung unserer Armee schliesst Verhältnisse in sich, die weder mit den Grundsätzen gleicher Pflichtigkeit, noch mit den ersten Bedingungen einer nationalen Wehrordnung vereinbar sind. Endlich überhaupt tritt die Zeit auch an uns mit immer grösseren Forderungen heran: und nicht fern ist die Zukunft, die zur Befriedigung gerechter Ansprüche von da und dort einen erhöhten Nationalsinn für neue Schöpfungen der Civilisation und öffentlichen Wohlfahrt von uns fordern wird. || Man glaubte daher schon im Jahre 1865, eine Revision der nicht mehr genügenden Bundesverfassung vornehmen zu sollen. Allein das Bedürfniss war noch nicht reif, und die der Zeit vorausgeeilten Ansichten Einzelner fanden damals noch weder ein klares Verständniss, nach den Glauben an deren Zukunft. || Seither aber sind politische, religiöse und soziale Ereignisse und Erscheinungen an uns vorüber gegangen, gross und gewaltig genug, um die

Nr. 4650.
Schweiz,
8. April 1872.

Geschichtsblätter eines Jahrhunderts zu füllen. Und nun dazu die Machtstellung und das Wehrwesen unserer mächtigen Nachbarn, mit der Spannung ihrer Beziehungen zu einander; ferner überall die Kämpfe der alten mit einer neuen Zeit um die Reorganisation des Staates, der Kirche und der Gesellschaft; sodaß bei uns selbst die immer allgemeinere Geltung volksherrlicher Grundlagen den Kantonalverfassungen unseres Bundesstaates; daneben in Wort und That immer lautere Wiederklänge, immer ernstere Erinnerungen an die Tage unseliger Entzweiung — kurz, aussen und innen Wahrzeichen für uns, es liegen Stürme schwere Stürme in der Luft. Sorgen wir daher bei Zeiten, daß wir ihnen ein neugefügtes, festeres Haus entgegen stellen! Und siehe, es sollte sofort Hanan's Werk gelegt werden! Nach einander gingen von Kantonsregierungen und vaterländischen Vereinen Begehren ein, die eine Bundesrevision mit einheitlichem Recht, mit freierem Gewerbs- und Niederlassungswesen, Centralisation des Militärwesens, Erleichterung der Bedingungen zur Gründung eines Familienstandes, Aufhebung der Lasten auf den Erzeugnissen der einheimischen Landwirtschaft verlangten. Nach Anleitung der bestehenden Verfassung wurde daher im Christmonat 1869 mit grossen Mehrheiten der beiden Räte der Bundesrath eingeladen, bis zur nächsten Session der Bundesversammlung Bericht und Antrag vorzulegen, in welcher Weise die Bundesverfassung zu revidiren sei um dieselbe überhaupt mit den Zeitbedürfnissen in Einklang zu bringen. — Dem Bundesrath kam dem Auftrage mit einigen, vorab angezeigten Revisionsvorschlägen nach, und die Erstbehandlung des Gegenstandes wurde dem Nationalrath übertragen. Damit, getreue, liebe Eidgenossen! war die Revision eingeleitet. Die Kriegsereignisse drängten ihre Behandlung in den beiden Räten auf die Wintersitzung des Jahres 1871 hinaus. Wir bedauern diese Verzögerung nicht. Sie hat Euch die Möglichkeit gewährt, der hochwichtigen Angelegenheit durch Kundgebung Eurer Wünsche desto nützlicher zu werden. Und es sind uns denn auch von Kantonsregierungen, bürgerlichen und geistlichen Amtsstellen, zahlreichen Vereinen und einzelnen Bürgen in einer langen Reihe von Eingaben nach allen Richtungen mehrere hunderte von Wünschen und Anregungen kund gegeben worden. Die Arbeit dehnte sich, bei Würdigung der gestellten Begehren, sofort auf die ganze bestehende Verfassung aus, und nahm, mit kurzen Unterbrechungen die Thätigkeit der beiden Räte vom 6. Wintermonat 1871 bis zum 5. März 1872 in Anspruch. Dieser Gang der Angelegenheit hat uns dann schliesslich auch in die Nothwendigkeit versetzt, Euch unsere Revisionsarbeit, statt in vielen gruppenweisen Abschnitten, zur einfachen Gesamtabstimmung vorzulegen, einerseits um Euren Entscheid keiner Verwirrung, und andererseits nicht der Gefahr auszusetzen, daß wir eine Bundesverfassung erhielten, welche neben veralteten Grundsätzen in sonderbarem Widerspiel neue Staatslehren verkündete und damit ihren geschichtlichen Widersprüchen Niemand befriedigte. || Hiemit haben wir Euch, getreue, liebe Eidgenossen! die dringenden Beweggründe und den Hergang der diesmaligen Revision unserer Bundesverfassung dargelegt. Ueber die Ergebnisse unserer langen und mühevollen Berathungen selbst haben wir nicht

nöthig, uns weiter zu verbreiten. Sie sind jedem Stimmberechtigten zur freien eigenen Würdigung zugestellt worden. Dagegen sind wir Euch ein Wort schuldig über die Grundsätze, welche uns bei der ganzen Angelegenheit als Leitsterne dienten. Die bisherigen Grundlagen unseres Bundesstaates sind in unserem Revisionsvorschlage unverändert geblieben; auch wurden die bisherigen höchsten Organe seiner Gesetzgebung, Vollziehung und Rechtspflege beibehalten, ihre Befugnisse aber mit grösseren Garantien der öffentlichen Wohlfahrt umgeben. Im Einzelnen haben wir Dasjenige, was der Gegenwart nicht mehr entspricht, im Geiste jener Mässigung, die den Verhältnissen unseres vielgestaltigen Lebens billige Rechnung zu tragen bemüht war, durch Bestimmungen ersetzt, die theils von der Erfahrung, theils von den Fortschritten der Zeit geboten erschienen. Von dem gleichen Geiste geleitet, haben wir für neue Bedürfnisse durch neue Bestimmungen den Schutz und die Fürsorge des Bundes vorgesehen. Zur höhern Kräftigung und Nationalisirung unseres Bundesstaates gehen zwar auch diesmal wieder einzelne Rechte der Selbstherrlichkeit von den Kantonen an die Bundesgewalt über. Dabei aber soll den Kantonen in der Gesetzgebung des Bundes nicht nur ihre bisherige Stellung unbeschränkt verbleiben, sondern sie sollen im Referendum und in der Initiative selbst das Recht der unmittelbaren Mitwirkung an derselben erhalten. Und wo sie unter ein gemeinsames Gesetz gestellt werden, da ist in den wichtigsten Angelegenheiten, wie im Militärwesen, in der Rechtsprechung und Anderem, die Vollziehung in die Hand der kantonalen Organe gelegt. Jeder Kanton soll und wird auch fortan den ihm von der Natur und den Verhältnissen angewiesenen Weg seiner Entwicklung gehen. Aber vorwärts müssen wir Alle. Im Bunde der Miteidgenossen darf Keiner stille stehen, Keiner rückwärts gehen. Die neue Verfassung will, dass diese Losung an uns ganz und voll zur Wahrheit werde. In ewiger Majestät ragt unser Hochgebirg aus den grünen Thälern zum Himmel empor. Es steht im Sturm der Zeiten um so fester da, je weiter sein Fuss in die Thäler niedersteigt. Je fester aber das Gebirg, desto sicherer die Thäler. So der Bund und die Kantone! Je tiefer und weiter der Bund in den Kantonen wurzelt, desto sicherer und reicher wird ihr heimisch Leben sich entfalten.

Getreue, liebe Eidgenossen!

Aus diesem Sinn und Geist sind unsere Revisionsanträge hervorgegangen. In diesem Sinn und Geist, und in keinem andern, legen wir sie Euch zur Würdigung vor. Wir wissen, dass sie nicht allen Wünschen entsprechen. Denn selbst in unserer eigenen Mitte wollten die Einen nicht so weit, die Andern viel weiter gehen. In freundeidgenössischem Entgegenkommen aber haben schliesslich, am Altare des Vaterlandes, die auseinander gehenden Ansichten sich zu unterschiedenen Mehrheiten geeinigt. Diese unsere Mehrheiten in beiden Räten wurden dabei von der Hoffnung geleitet, dass das, was die Vertreter der Nation und der Kantone in guten Treuen, als das für einmal Mögliche und darum Beste, also vereinbart haben, den gleichen freundeidgenössischen Sinn der Billigkeit und Mässigung, und demzufolge auch eben so entschiedene Mehrheiten bei der

Nr. 4650. Nation und den Kantonen finden werde. Es steht uns nicht zu, das Werk, Schweiz, wir selbst gerne vollkommener gesehen hätten, Euch anzupreisen. Aber April 1872. dürfen wir Euch sagen, dass wir in der wichtigen Angelegenheit nach Wis und Gewissen und in treuer Liebe zum Gesamtvaterlande unser Bestes tha und dass in unserer Revisionsvorlage viel Gutes, der Wohlfahrt der Bürger, wie der Ehre und der Freiheit der Nation Erspriessliches Euerem Entsch unterstellt ist. Die nationale Centralisation unserer Wehrkraft, auf Kosten Bundes, zum Schutze der höchsten Güter des Landes, mit der Pflicht und Geg pflicht: „Einer für Alle, und Alle für Einen!“ — die Einheit des Rechts in ganzen Eidgenossenschaft, welche für den Einzelnen und das Ganze die grös Wohlthat sein wird, und ohne die wir weder unter uns, noch gegenüber and Staaten ein zusammengehöriges Volk sind; — die Freiheit der Niederlass und redlicher Gewerbsthätigkeit mit ihren zukömmlichen Rechten, welche Schweizer von Kanton zu Kanton in der Scholle, auf der er steht, sein Vat land erkennen und lieben lehrt: — die Freiheit des religiösen Glaubens, Gewährleistung der Toleranz und des konfessionellen Friedens, und die in Sach gewahrte Rechtsstellung des Staates, wie sie die Eidgenossen von Alters gegen Acht und Bann behauptet haben; — der Schutz des Bundes für das du göttliche und menschliche Ordnung geheiligte und von der öffentlichen Me geforderte Recht der Ehe; die gleichzeitige Obsorge des Bundes für die höhe beruflichen Wissenschaften und die allgemeine Volksbildung, ohne welchen Freiheit keinen Boden, das Land nur Herren und Sklaven, und die heutige publik kein Recht mehr auf ein Dasein hat; — die wichtigen Schutzbestimmun für viele höchst bedeutsame volkswirthschaftliche Interessen, auf denen der Kr und gute Ruf des Landes, die Freiheit und Sicherheit des Verkehrs, der Se der Arbeit, das Glück der Familie, die Wohlfahrt des Einzelnen und des gar Volks ruht — die Einführung jener volksherrlichen Rechte, kraft welcher Nation sich selbst an der Gesetzgebung des Bundes betheiligen und jeder A schreitung, Verirrung oder Säumniss der Bundesgewalt gebieterische Schran entgegenstellen kann; — endlich das künftige Bundesgericht, mit der Vertret aller Nationalitäten des Landes und den erweiterten Grenzen seiner Befugn als höchste, von keiner andern Amtsstellung abhängige Autorität unter den genossen zum Schutz der Gesetze und der Rechte Aller, und dabei Grund des Strafwesens, welche der von der Republik so hochgehaltenen Humanität Menschenwürde gemäss sind: — das sind Fortschritte in unserem gemein genössischen Leben, welche die vaterländische Geschichte mit Anerkennun den Blättern der diesmaligen Bundesrevision verzeichnen wird. Eidgenos Mitbürger vom Bodensee bis Genf, von Basel bis an Italiens Marken! Beden dass Ihr am Tage der Abstimmung das höchste Recht ausübet, das die Vorseh einem Volke verleihen kann! Und bedenket ferner, dass an jenem Tage vor Augen der Nationen die Ehre der Republik auf Eurer Stimme ruht! Doch wollen Euch zu der ernstern Handlung keine Rätze geben. Unsere Rätze lie in unseren Anträgen. Nur beantwortet Euch dabei die Fragen: Was würde

Falle der Verwerfung geschehen? — Werden die tausend und tausend Stimmen, die aus allen Klassen der Nation eine zeitgemässe Verbesserung der gegenwärtigen Bundesverfassung forderten, hernach verstummen und schweigen? — Werden in den rastlosen Fortschritten der Zeit die Tausende und Tausende, die bei der gegenwärtigen Revision mehr verlangten, bei einer späteren sich mit Wenigerem begnügen? — Wenn die Mehrheit der Nation in der Minderheit der Kantone annimmt, die Minderheit der Nation aber in der Mehrheit der Kantone verwirft, und so die Minderheit der Bürger der Mehrheit in der Verwerfung den Stillstand diktirt: wird in diesem Widersinn des Republikanismus das Vaterland eine Garantie des Friedens, und der siegreiche Kantonalismus seinerseits eine neue Befestigung seiner souveränen Hoheit finden? — Wird die Zukunft der Republik im Hochlande Europa's dem Rückschritt oder dem Fortschritt gehören? — Mitbürger! Schicke Jeder von uns seiner Stmmgebung eine unbefangene Beantwortung dieser Fragen voran! Dann gehe er hin am 12. Mai, und stimme so wie ihn sein Gewissen heisst!

Gott schütze das Vaterland!

Bern, den 8. April 1872.

Im Namen des schweizerischen Ständerathes,

Der Präsident:

A. Keller.

Der Protokollführer:

J. L. Lüscher.

Im Namen des schweizerischen Nationalrathes,

Der Präsident:

R. Brunner.

Der Kanzler:

Schless.

Nr. 4651.

ENGLAND und FRANKREICH¹. — Der englische Gesandte Lord Lyons an den Staatssekretär des Auswärtigen Earl Granville. — Frankreich will hohe Zölle erheben. [Auszug]:

.....
 Your Lordship will perceive that of 488,000,000 francs which it is intended to raise, 244,000,000 francs, or exactly one-half, are to be derived from Customs duties. ¶ 5,000,000 francs are to be raised by a revisal of the postal

Nr. 4651.

England und
Frankreich,

13. Juni 1871..

¹ Das englische Blaubuch von 1872, dem diese und die folgenden Actenstücke über den englisch-französischen Handelsvertrag vom 23. Jan. 1860 entnommen sind, enthält über diesen Gegenstand 119 Depeschen. [Anm. d. Herausg.]

Tariff for printed matter. The remainder is to be provided for by augmentations of the stamp and registration duties, and of the "Contributions Indirectes." Under the latter head figures a tax on matches.

Nr. 4652.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit Jules Favre über die Handelsverträge. [Auszug]:

Nr. 4652.
England und
Frankreich,
15. Juni 1871.

.
I had this afternoon some conversation with M. Jules Favre on the subject. He observed that, in order to give effect to the proposed changes in the Customs Tariff it would be necessary to enter into negotiations with the Governments with whom France had Commercial Treaties. He did not apprehend that he should have any difficulty in bringing the Governments of Europe to agree to them [to the changes]. The notions which had got abroad that the present French Government desired to return to a system of high protective duties were altogether without foundation. The new duties would be imposed entirely for fiscal purposes, and although the Powers of Europe had not come to the help of France during the war, he did not believe that they would desire, by insisting on a rigid adherence to the Treaty Tariffs, to impede her endeavours to raise in this hour of extreme need, the amount of revenue which the charges brought upon her by the disasters of the war rendered indispensable to her.

Nr. 4653.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit Thiers über die Handelsverträge. [Extract]:

Nr. 4653.
England und
Frankreich,
20. Juni 1871.

In the course of a conversation which I had with him last night, M. Thiers said that the immediate increase of the Customs revenue would be derived mainly from duties on raw materials, such as silk and wool. This would, said, render it essential to make a corresponding increase of the duty on foreign goods manufactured from such raw materials; for it would of course be necessary to give to the French manufacturers compensation for the disadvantage to which they would be subjected, by a taxation of the raw material used them. It was not his wish to do away with the principles of the Anglo-French Commercial Treaty; much less had he the least desire to return to a system of prohibitive duties. If indeed Her Majesty's Government preferred abandoning the Treaty altogether, he should be willing to do so; because,

principle, he desired that France should resume complete freedom to regulate her Customs Tariff. His present intention, however, was, he said in conclusion, simply to propose to Her Majesty's Government to agree to a moderate increase of duty on certain specified Articles in the Treaty Tariff.

Nr. 4654.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Der Entwurf des neuen französischen Steuergesetzes, mit den Motiven.

[Auszug]:

I have the honour to transmit herewith to your Lordship copies of the Bill brought in by the Government for augmenting taxation, and of the „Exposé des Motifs” by which it is accompanied. These documents have appeared in an unofficial newspaper. I have marked the passages relative to the Customs and Navigation dues. Your Lordship will see that the proposed increase of duties falls in particular upon sugar, coffee, raw materials, and foreign manufactures, while drawbacks on French goods exported form a part of the plan. The Government proposes, moreover, to levy a tax upon all vessels arriving from abroad, whether French or foreign, and to impose an extra tax on indirect importation by foreign vessels. With respect to raw textile materials (cotton, wool, silk, linen, &c.) it is stated in the “Exposé des Motifs” that the new duties cannot be levied until negotiations shall enable the Government to impose on foreign manufactures duties equivalent to the new taxes which will fall upon native manufactures. Export duties are proposed upon wine, butter, eggs, fruit, &c. The following new taxes, among other, seem likely to affect foreigners:— Succession duties on foreign securities belonging to the estates of Frenchmen or foreigners domiciled in France. Tax on fire and marine insurances effected abroad upon property in France. Increase of rates on postage.

Nr. 4654.
England und
Frankreich,
26. Juni 1871

Beilage.

Extraits de “l'Exposé des Motifs.”

Quelque étendues que soient les exigences de la situation actuelle, comme elles ne sont pas de nature à peser sur nos finances d'une manière permanente et normale, il nous a semblé que le meilleur moyen d'y pourvoir était de s'adresser à l'impôt indirect dont la charge pourra être atténuée par de simples modifications de tarifs au fur et à mesure de la diminution de nos besoins. Or, dans cet ordre de produits il n'en est pas de plus élastique, de plus facile à relever, de plus universellement accepté que le revenu des douanes. C'est toujours à cet impôt que les Anglais et les Américains du Nord, ces deux peuples

Nr. 4654.
England und
Frankreich.
26. Juni 1871.

pratiques par excellence, ont réclamé les moyens de pourvoir à des cha
exceptionnelles; aujourd'hui encore il rapporte 600 millions à la Gr
Bretagne, 750 millions à l'Union Américaine, tandis qu'on l'a réduit en Fr
à 150 millions, y compris même la quotepart provenant du droit de cons
mation sur les sels de nos marais. Les nécessités du moment, les intérêts c
promis de certaines industries nous imposaient le devoir de réviser nos tarif

* * * * *

Douanes.

Dans la catégorie des impôts perçus par l'Administration des Douanes, augmentations de droits ont paru devoir porter principalement sur les suc sur les cafés, et sur les matières brutes dites matières premières. On demande un complément de ressources aux taxes de sortie et de navigation.

Sucres.—L'impôt des sucres, de 54 francs par 100 kilogrammes av 1860, ramené alors à 30 francs, reporté à 43 francs en moyenne en 18 représente environ 70 pour cent de la valeur courante du produit et rappo à peu près 110 millions. Dans d'autres circonstances, et en raison surtout intérêts agricoles qui se rattachent à l'industrie sucrière, on aurait pu incli vers une réduction plutôt que du côté d'une augmentation. Mais nous som en face de nécessités trop impérieuses pour qu'elles ne dominant pas de be coup l'inconvénient qu'il pourra y avoir à payer la livre de sucre quelques c times de plus qu'avant la guerre. L'expérience a, d'ailleurs, révélé un fait b digne de remarque: le prix du sucre en entrepôt a souvent présenté des fl tuations considérables sans que la consommation ait cessé de suivre sa mar régulière. Le Gouvernement croit donc devoir proposer d'augmenter la t actuelle de trois décimes.

Cafés.—De 1816 à 1859 la taxe des cafés était demeurée fixée au t moyen de 100 francs. Sous l'empire de ce droit la consommation s'é développée sans interruption d'année en année. La dernière période décenn (1850 à 1859) offrait une augmentation de 6 pour cent. En 1860 l'impô été réduit de 50 pour cent. Malgré cette diminution considérable, l'accrois ment n'a guère dépassé ses proportions antérieures. On a été ainsi amen penser, au moment de la déclaration de guerre, que l'on pouvait, sans rale l'essor de la consommation, revenir au droit de 100 francs. Tel a été l'ol de l'Article 7 de la Loi de Finances du 27 juillet 1870. Convient-il aujc d'hui d'aller plus loin? Sans doute l'impôt actuel est déjà élevé, car les d sortes de café les plus employés en France, l'Haïti et le Brésil lavé, ne val en moyenne que 145 et 170 francs. Mais il s'agit d'une denrée dont on généralement par fort petites quantités, et qui, pour la plus grande part, consomme dans des établissements publics où le prix de vente, quel que soi droit, demeure toujours invariable. En présence de nos nécessités financiè une augmentation de 50 francs par quintal métrique semblerait suffisamm justifiée. Elle porterait le droit à 150 francs, et pourrait fournir au budget appoint considérable.

Matières brutes.—Toutes les matières brutes qui étaient admises en franchise depuis 1860 ont paru devoir être tarifées à 20 pour cent de leur valeur, de manière à augmenter d'environ 100 millions les ressources du Trésor. On ne voit pas, en effet, pour quel motif ces sortes de produits seraient privilégiés, puisque, matières premières pour le vendeur, ils constituent toujours, vis-à-vis de l'acheteur, des produits achevés. La distinction à la faveur de laquelle ils ont été jusqu'ici ménagés par la Loi de l'Impôt repose donc sur des raisons qui n'ont rien de décisif.

Textiles.—Il est surtout peu équitable d'affranchir de la taxe les textiles destinés au vêtement et à l'ameublement, et nous n'hésitons pas à vous proposer de frapper un droit de 20 pour cent sur ces matières, persuadés que le consommateur en supportera la charge avec la plus grande facilité. Les statistiques révèlent, en effet, que la fabrique du coton en France livre chaque année à la consommation du pays:— De 900 millions à 1 milliard de produits; Celle de la laine de 500 à 600 millions; Celle de la soie de 200 à 300 millions; Celle du lin, du jute et du chanvre de 300 à 400 millions. Soit en tout 2 milliards et demi environ, prix de fabrique, ce qui représente au moins 3 milliards pour les consommateurs en raison des bénéfices prélevés par les intermédiaires. L'ensemble des droits qu'il s'agit de faire supporter à la consommation du pays n'étant que de 70 millions, leur proportion par rapport au prix de vente n'est que 2½ pour cent. Ils n'atteindront dès lors que d'une manière imperceptible les contribuables peu aisés, dont la dépense en linge et en vêtements est généralement minime. En effet, pour une famille d'ouvriers composée de cinq personnes, cette dépense n'est guère que de 50 fr. par an, ce qui ne donne lieu, d'après le tarif proposé, qu'à un impôt total de 1 fr. 25 c., soit par tête un surcroît de charge de 25 c. seulement. Cet impôt ne serait même que de 19 c. par tête si l'on admettait que, comme en Angleterre, la consommation, en tissus, des personnes appartenant aux classes ouvrières ne dépasse pas 6 schellings, c'est-à-dire, 7 fr. 50 c. par tête et par an. Les contribuables qui supporteront de beaucoup la plus large part de l'impôt nouveau seront précisément ceux auxquels leurs moyens de fortune permettent de faire ce sacrifice à l'intérêt général; ce seront les personnes riches habituées au confortable de la vie, et qui, pour les besoins divers de leur ameublement, consomment toutes sortes de tissus, rideaux, tentures, tapis, linge de table, &c. || L'impôt sur les textiles n'est donc pas seulement un impôt équitable en lui-même, c'est encore un impôt particulièrement recommandable par la facilité avec laquelle il se proportionnera plus exactement que tout autre à la fortune des contribuables. || Quant à sa perception, elle devra nécessairement être différée jusqu'à ce que des négociations nous aient permis d'établir sur les produits étrangers des surtaxes équivalentes à la somme des droits nouveaux qui grèveront nos produits manufacturés.

Drawbacks.—Mais comme nous devons éviter attentivement de porter atteinte à nos affaires d'exportation, la tarification des matières brutes exigerait l'adoption de drawbacks à la sortie. Si une certaine impopularité s'est attachée

Nr. 4654. en France à ce mécanisme, c'est qu'on l'a souvent faussé. En bonne règle
 England und drawback ne doit être que la restitution pure et simple, à la sortie d'un pro
 Frankreich, des taxes payées à l'entrée par la matière brute employée à le fabriquer.
 28. Juni 1871. fait, on avait greffé sur le drawback une véritable prime, c'est-à-dire, qu'on a
 calculé les allocations de manière à faire restituer par le Trésor beaucoup
 qu'il n'avait perçu. Dans de semblables conditions le drawback constituait
 abus. Dans son fonctionnement normal il est absolument inattaquable, ca
 n'est pas rationnel de demander l'impôt des Douanes à une marchandise étrang
 qui ne pénètre sur notre territoire que pour en ressortir après avoir alim
 le travail français. On peut ajouter que le drawback fonctionne déjà aujourd'
 sous la forme de l'importation temporaire, à l'égard d'un grand nombre
 produits.

Droits de Sortie.—En matière de droits de sortie, les pratiques
 l'Administration française ont varié. A l'origine nous interdisions l'exporta
 ou nous la limitions par des taxes élevées, afin de conserver sur notre ma
 les objets nécessaires à la consommation. Quand le commerce international
 commencé à se développer, ce fut encore à l'exportation principalement q
 demanda le revenu des Douanes. Le régime qui prévalait alors découlait d
 idée fort simple. Tout droit de Douane augmente le prix de la marchan
 on en frappait le produit français destiné à être payé par l'étranger plutôt
 le produit exotique acheté par les nationaux. Plus tard on fut conduit à
 formule inverse: Comme on voulait, avant tout, favoriser l'exportation, on rédi
 peu à peu et l'on finit par supprimer complètement les taxes de sortie. N'a
 point dépassé le but? Nous inclinons à le croire. L'un des plus fermes dé
 seurs de la liberté commerciale écrivait lui-même, il y a quelques années:— „
 nation chez laquelle tout abonde devrait, pour tirer parti de sa posit
 non pas prohiber les produits étrangers, mais mettre un droit de sortie sur
 siens, comme fait le Pérou pour le guano.” Evidemment, il ne faudrait pas
 trop loin dans l'application d'une telle doctrine; ce serait aujourd'hui d'au
 moins opportun que nous n'avons pas cessé, depuis longtemps, d'insister au
 des Puissances étrangères pour les amener à réduire les droits d'entrée sur
 produits. Mais des taxes modérées, établies sous la pression d'impérie
 exigences budgétaires, peuvent, sans entraver la production ou le commerc
 la France, se concilier avec nos précédents. || C'est ainsi que nous vous deman
 d'établir à la sortie de légers droits sur un certain nombre de produits; sur
 vins, les beurres, les oeufs, les fruits, &c. Nous avons la confiance que
 entraver l'exportation, nous obtiendrons, par ce moyen, environ 15 million
 francs.

Droits de Navigation.—Dans la plupart des pays étrangers, la naviga
 internationale est soumise à des redevances destinées à rembourser les frais
 s'imposent les Etats pour la création, l'entretien, ou l'agrandissement des p
 Aux termes de la Loi du 19 mai 1866 une exemption absolue existe à
 égard en France. Dans les circonstances difficiles que nous traversons,

franchise aussi complète se justifierait peu. Le Gouvernement propose donc de frapper du droit de 1 fr. par tonneau les navires de tous pavillons, français ou autres, arrivant de l'étranger, et d'appliquer également une surtaxe modérée à l'importation indirecte par navires étrangers. En résumé, déduction faite des drawbacks, ces différentes dispositions donneraient comme résultat financier:—

	Francs.
Sur les sucres, une augmentation de	33,000,000
Sur les cafés	20,000,000
Sur les matières brutes	180,000,000
Sur les fabrications étrangères	10,000,000
Sur les droits de sortie	15,000,000
Sur les droits de navigation	5,000,000
Total	263,000,000

Extrait du „Projet de Loi.”

Douanes.

Art. 19. Le Tarif des Douanes, à l'importation, est modifié conformément au Tableau A annexé à la présente Loi. Les droits ad valorem inscrits à ce tableau pourront être convertis en taxes spécifiques correspondantes en vertu d'Arrêtés du Chef du Pouvoir Exécutif, rendus après avis du Comité Consultatif des Arts et Manufactures.

Art. 20. Des drawbacks pourront être accordés à la sortie des produits fabriqués avec les matières atteintes par ces droits. Le taux en sera fixé par des Arrêtés du Chef du Pouvoir Exécutif rendus après avis du Comité Consultatif des Arts et Manufactures. N'auront droit au drawback que les quantités donnant ouverture à une allocation de 50 fr. au moins par expédition.

Art. 21. Les produits étrangers similaires de ceux qui profiteront des drawbacks seront frappés de surtaxes correspondantes à ces drawbacks et déterminées aussi par Arrêtés du Chef du Pouvoir Exécutif.

Art. 22. Les droits actuellement perçus sur les sucres de toute espèce et de toute origine sont augmentés de trois dixièmes. Les sucres extraits, par les procédés barytiques, des mélasses dites épuisées sont assujettis à un droit de 25 fr. par 100 kilogrammes, décimes compris. Le droit sur les glucoses à l'état de sirop et à l'état concret est élevé, en principal, à 10 fr. les 100 kilogrammes, décimes compris.

Art. 23. Il sera perçu à l'exportation pour remboursement des frais de port, de surveillance, et de vérification, des taxes calculées conformément au Tableau B annexé à la présente Loi.

Nr. 4654.
England und
Frankreich.
28. Juni 1871.

Art. 24. Les navires de tous pavillons venant de l'étranger ou des colonies dans un port de France, chargé en totalité ou en partie, acquitteront, pour frais de quai, une taxe calculée à raison de 1 fr. par tonneau de jauge.

Art. 25. Des Arrêtés du Chef du Pouvoir Exécutif détermineront les marchandises auxquelles des surtaxes d'entrepôt ou de pavillon devront être appliquées, ainsi que la quotité de ces surtaxes. Les dispositions contraires à la Loi du 19 mai 1866 sont rapportées.

Nr. 4655.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Die Nachteile der obigen französischen Finanzmassregeln für den englischen Handel.

Nr. 4655.
England und
Frankreich,
28. Juni 1871.

In addition to the obvious results which the intended increase of import duties and imposition of export duties cannot fail to produce on foreign trade, the scheme be sanctioned by the Assembly, three other proposals contained it have been pointed out to me as likely to exercise an unfavourable influence on British interests. In the "Exposé des Motifs" it is stated that no change will be made with regard to coal and iron. It is, nevertheless, proposed to lay a duty of 1 franc per ton upon all ships, French or foreign, coming from abroad. It would seem that this duty would have the effect of giving a considerable advantage over sea-borne coal, not only to native French coal, but to that imported by land from other countries. In the same document the intention is announced of putting an end to a practice which has prevailed on the French railways, of charging a lower rate of freight on goods passing through France in transitu to foreign countries than on goods in general. The practice has, I believe, been adopted, in order to enable the French railways to compete successfully for the transit freight with the railways of Belgium and other neighbouring countries. The cessation of it may be inconvenient and disadvantageous, in the case of British goods sent in transitu through France. Lastly, it has been suggested to me that the benefits which have attended the reduction of the import duties on wine in England will be in some measure neutralized by the proposed imposition in France of an export duty on wine sent abroad.

Nr. 4656.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit Jules Favre. [Auszug.]

.
 M. Jules Favre went on to say that it was not the intention of the French Government to propose any departure from the principle of the Treaty, or any considerable modification of its details; on the contrary, he affirmed that all they intended to ask was that they should be enabled to augment some of their Customs duties, in order to procure an addition to the revenue, which was indispensable under present circumstances. || In fact, the French proposal would, M. Jules Favre said, be that the duties on "textiles" should be raised. He did not conceive that Her Majesty's Government would make any difficulty in consenting to a change which would be of material benefit to France, under the present strain upon her finances. He added that the duties on coal and iron, which were, he believed, the most important to British interests, would not be altered. || I simply answered that, undoubtedly, your Lordship and Her Majesty's Government in general were most sincerely anxious to be of use to France.

Nr. 4656.
 England und
 Frankreich,
 1. Juli 1871.

Nr. 4657.

ENGLAND und FRANKREICH. — Minister des Auswärtigen Earl Granville an den englischen Gesandten Lord Lyons. — Französischer Unterhändler in London. Neue Vorschläge.

M. de Broglie¹ called upon me this afternoon at the Foreign Office, and brought with him M. Ozenne², with whom I already had the pleasure of being acquainted. || M. Ozenne stated the necessities of French finance, and made some observations to the effect that whatever taxes were imposed they must have a restrictive effect on trade and commerce; that articles upon which increased Customs duties were to be levied would, in a slight degree only, affect our commerce. || He mentioned the articles upon which no increase was proposed, dwelling upon some. On my observing that the Customs duties were very high, he entered into some explanations as to the advantage the temporary admission of iron was to the British producer. || He then communicated to me a project for the revision

Nr. 4657.
 England und
 Frankreich,
 17. Juli 1871.

¹ Der französische Gesandte in London. [Anm. d. Herausg.]

² Direktor der Abtheilung für den auswärtigen Handel im französischen Handelsministerium; von der französischen Regierung als Unterhändler in dieser Frage nach London geschickt. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4657. of the Commercial Treaty with this country, of which the accompanying Memo-
 England und
 Frankreich, randum contains the substance, and in answer to my observations that, as regards
 17. Juli 1871. the imposition of tonnage duty, its effect would amount to a differential protec-
 tion to French and to land-borne goods, he defended the imposition of this duty
 on the ground that it was one which was almost universally levied. He denied
 that there would be any differential protection to French vessels in the indirect
 trade, and denied also any intention on the part of his Government to interfere
 with the reduced Tariffs on goods carried in transitu by French railways. He
 made no defence of the duties imposed upon the export of wines. Having heard
 all that M. Ozenne had to say, I told him that I had at present no instructions
 from the Cabinet, and that I declined entering into any politico-economic
 discussions on the subject; but I requested him to put in writing what he
 said, and I promised to bring it before Mr. Gladstone and my colleagues with
 loss of time.

Beilage.

Projet.

(A.)

Il ne serait apporté aucune modification au régime actuel:— 1. Des fontes, fers, aciers, et de leurs dérivés à quelque degré de fabrication qu'ils soient. 2. Des houilles et cokes. 3. Des bâtiments de mer et des coques de bâtiments de mer en fer. 4. De la verrerie et de la cristallerie (sauf reprise du droit sur le plomb qui entre dans la fabrication des cristaux). 5. Des poteries. 6. Des produits chimiques à base de sel et de la plupart des autres (l'exception ne porterait que sur les produits chimiques dont la matière première devra être frappée d'un droit d'entrée), tels que la céruse, le blanc de zinc, les extraits de bois de teinture, &c. 7. Poissons d'eau douce et de mer frais, secs, salés, ou fumés, à l'exception de la morue. 8. Fromage de pâte dure. 9. Bière.

(B.)

Conformément aux dispositions de l'Article IX du Traité du 23 janvier 1860¹, la charge résultant de l'impôt sur les matières premières serait reportée sur les produits fabriqués dont la nomenclature suit:—

1. Industries Textiles.

Chanvre, brut et teillé 10 francs les 100 kilogrammes.

Lin, brut et teillé 15 francs " "

Ces droits représentent environ 10 pour cent du prix de la matière.

Ils seraient reportés sur les fils et les tissus de lin et de chanvre

¹ Der englisch-französische Handelsvertrag. [Anm. der Herausg.]

proportionnellement à la surcharge qui résulterait de la perception de cet impôt. (Il n'y aurait pas de „drawback” à la sortie des fils et des tissus.)

Coton en laine 40 francs les 100 kilogrammes.

Ce droit représente 20 pour cent. || Report comme ci-dessus sur les fils et les tissus de la charge résultant de l'impôt. (Le „drawback” à la sortie des fils et tissus serait égal au droit supplémentaire.)

Laine en masse. | Le droit n'est pas encore déterminé d'une manière absolue.

En tout cas le droit supplémentaire à établir en sus des taux actuels à l'entrée en France serait proportionnel à la charge résultant de l'impôt.

Soies en cocons, grégées, ou moulinées 5 pour cent.

Pas de „drawback” à la sortie. Etablissement d'un droit de 2 $\frac{1}{2}$ à 3 pour cent sur les soieries importées en France.

2. Industries Secondaires. (Droits à déterminer.)

Fleurs artificielles. | Objets de mode. | Mercerie de toute sorte. || Boutons autres que de passementerie. | Instruments de musique. || Cire à cacheter. | Encre à écrire.

(C.)

Rectifications de Tarif conformément aux résultats de l'enquête Parlementaire faite en 1869 et 1870, par le Corps Législatif:—

Fils de coton, du No. 60 à 100, 3 pour cent.

„ du No. 101 à la fin de l'échelle actuelle, 5 pour cent.

Tissus de coton taxés à 10 pour cent, tels que mousseline, tulles, brillantés, &c., 5 pour cent en sus des droits actuels.

Fils de laine cardée, ramener au No. 5 le point de départ actuellement fixé au No. 10.

Tissus de laine mélangés de coton, 5 à 8 pour cent d'augmentation.

Fils de lin et de chanvre, même augmentation que pour les fils de coton.

Tissus de lin et de chanvre, pour l'application des divers droits, compter le fil de traîne comme le fil de chaîne dans l'espace compris dans un quarré de 5 millimètres.

Linge damassé, porter à 15 pour cent le droit qui a été réduit à 10 pour cent par le Traité avec l'Autriche. La Convention du 16 novembre 1860 avec l'Angleterre avait admis le droit de 16 pour cent.

(D.)

Droit de Tonnage.—Ce droit, qui existe dans tous les pays d'Europe, même en Angleterre, sauf en France, devrait être rétabli sur les navires français, aussi bien que sur les navires étrangers. Les conditions de la concurrence resteraient les mêmes qu'aujourd'hui au point de vue des relations maritimes.

(E.)

Les surtaxes de pavillon telles qu'elles figurent au projet de Loi présenté par le Ministre des Finances ne sont pas une protection pour le navire français contre la navigation étrangère, c'est une protection contre les entrepôts. Ainsi

Nr. 4657. le pavillon anglais peut charger au Brésil des cafés aux mêmes conditions que
 England und les navires français pour les importer en France. Le pavillon anglais venant
 Frankreich, des ports anglais avec des cafés chargés dans les entrepôts de Londres ou de
 17. Juli 1871. Liverpool ne sera pas dans des conditions plus défavorables que les navires
 français venant des mêmes entrepôts. En d'autres termes, les navires étrangers
 et les navires français seront traités sur le même pied quand ils font les mêmes
 opérations.

Nr. 4658.

ENGLAND und FRANKREICH. — Der französische Gesandte in London
 Herzog von Broglie an den Minister des Auswärtigen Earl Granville.
 — Uebersicht der Ablaufszeiten der seit 1860 von Frankreich ab-
 geschlossenen Handelsverträge.

Nr. 4658. L'ambassadeur de France présente ses compliments pressés à son Ex-
 England und cellence M. le Comte Granville, et a l'honneur de lui envoyer ci-joint:— ||.....
 Frankreich, 18. Juli 1871. Un relevé des dates d'expiration des divers Traités de Commerce conclus par
 la France depuis 1860.

Beilage.

1. Angleterre	4 février 1870
2. Belgique	1 mai 1871
3. Italie	17 janvier 1875
4. Suisse	1 juillet 1875
5. Zollverein	1 juillet 1875
6. Pays-Bas	1 juillet 1875
7. Suède et Norvège	14 février 1877
8. Autriche	1 janvier 1877
9. Portugal	11 juillet 1878
10. Etats Pontificaux	20 juillet 1877.

Nr. 4659.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
 Unterredung mit Thiers über den Handelsvertrag. [Auszug.]

Nr. 4659. M. Thiers having invited me to call upon him yesterday at Versailles, was
 England und so good as to explain to me at some length his views and intentions with regard
 Frankreich, 21. Juli 1871. to the Commercial Treaty between France and England. There was, he said,

an absolute necessity for introducing some modifications; but, in his opinion, the Treaty itself should be preserved. To do away with it altogether would, he thought, throw the commercial relations of the two countries back into chaos, and give rise to many embarrassing questions. It would, moreover, excite public opinion on both sides of the Channel, and interfere with the promotion of good-feeling between the French and English peoples. | In considering, therefore, the necessity which the disasters of France had imposed upon her, M. Thiers had endeavoured rather to render the maintenance of the Treaty possible, than to bring it to an end. The Treaty itself provided that the two Contracting Parties might, by common consent, introduce into it such modifications as experience might show to be desirable. He had endeavoured to act in the spirit of this Article. He had considered the interests of both countries, and had confined himself to proposing such changes only as the lapse of time and the progress of events had rendered essential. | There were two points of view from which the question must be regarded — “Protection” and “Revenue.” | As regarded “Protection” it was, he thought, impossible to deny that experience had shown that the calculations on which some of the duties in the Treaty Tariff were based had been made, or admitted, carelessly by the French negotiators, and had exposed French manufacturers to a competition with which it was impossible they could contend. This had been especially the case with the articles which in France were produced principally at Roubaix, and in England, he believed, at Bradford. It had certainly been one of his objects to restore to French industry such an amount of protection as was essential to its existence; but the increase of duties which he proposed was extremely moderate, and would, indeed, he affirmed, in many instances do no more than bring them in practice to the standard already established by the Treaty. It would simply serve to guard against the frauds which had been perpetrated by various means, and especially by false declarations. | M. Thiers proceeded to state the details of the increase of duties which he proposed. These details have been already submitted to your Lordship by M. Ozenne; and I should despair of being able to repeat M. Thiers’s statement so exactly as to give an idea of the grace and lucidity which made these dry and complicated matters, when treated by him, clear and interesting. Having gone through them in his own admirable manner, he said that he would not ask me to commit myself to an opinion, but that he was sure I must perceive that the increase was very moderate, and that the interests of England would not seriously suffer by the changes which he proposed. M. Thiers went on to say that he had thought it right to let me see that, to a certain extent, protection had entered into his calculations, but, he added, that protection was in truth a very small part of the question. It was the overpowering necessity of providing the means of meeting the enormous charges which the war and its disastrous consequences had thrown upon France that was the real cause of his proposal to modify the Commercial Treaties. He was obliged to have recourse to every feasible means of balancing the revenue and the expenditure. | After making

Nr. 4650.
England und
Frankreich,
21. Juli 1871.

Nr. 4659.
England und
Frankreich,
21. Juli 1871.

every possible reduction in the expenditure there was still an immense deficit to be provided for, and the means must be sought in all directions, and after having proposed augmentations of the internal imposts, he was obliged to have recourse to Customs duties, and to call upon the foreign Powers with whom France had Commercial Treaties to give him their co-operation. He had addressed himself to England first, as being the country whose trade was most important, and whose example would have the greatest effect upon other nations. His intention was, of course, that all countries should be placed on a footing of perfect equality; he asked no concessions from England which should not be equally obtained from other Treaty Powers. He would positively assure me that his intention was, that no Power should be placed in a more advantageous position than England. M. Thiers concluded by asking me whether I thought he might count upon the co-operation of Her Majesty's Government. I said that I could answer for Her Majesty's Government taking his proposals into consideration immediately, and in the most friendly spirit; but that, of course, I could not give any further opinion until I should receive instructions from your Lordship, after the question had been considered in the Cabinet. I observed to M. Thiers that France had numerous Treaties of Commerce, some of which, I thought, did not expire for seven or eight years; and I asked him whether he had been in communication with other Powers, and had reason to believe that no one of them would insist upon maintaining the privileges obtained by its Treaty to the extreme limit of time stipulated. M. Thiers said that he had hitherto made only a general communication to the other Powers of his desire to modify the Tariff—a communication, in short, similar to those he had made to us before dispatching M. Ozenne to London. He had preferred coming first to an understanding with England. He had great confidence in our friendship; England was the nation which had the largest interests at stake, and she was, moreover, a great and entirely independent Power, which could not be suspected of having yielded to pressure. It was not to be supposed that Belgium or Switzerland would reject terms to which England had consented. It was to be remembered, too, that the other Treaties contained a clause similar to the IXth Article of the English Treaty, and that, consequently, France could establish at once Customs duties to counterbalance internal duties.¹ At all events, M. Thiers said he authorized me to state to your Lordship, from him, that he considered himself bound to secure to England all the advantages which should be retained by any Power. It is to be presumed, therefore, that M. Thiers would be willing to make a formal written

¹ "imposed on similar articles produced at home" setzt eine folgende Depesche des Blaubuchs (Nr. 17 das.) mit grösserer Deutlichkeit hinzu. Art. IX räumt jeder der beiden vertragenden Mächte die Befugniss ein, sobald sie selbst im Inland eine neue Steuer von einer Waare erhoben, einen entsprechenden Eingangszoll auf diese Waare zu legen. [Anm. d. Herausg.]

ulation to this effect, if Her Majesty's Government should consent to an arrangement modifying the Treaty.

Nr. 4659.
England und
Frankreich.
26. Juli 1871.

Nr. 4660.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. —
England wünscht genauere schriftliche Vorschläge. [Auszug.]

I repeated to M. de Broglie that the President of the Board of Trade had summoned Delegates from the different Chambers of Commerce interested in the proposed alterations to obtain information from them, and to ascertain their wishes on the subject. I explained to his Excellency that one great difficulty as to any curtailment of the time reserved by the Treaty was that individual traders had, on the faith of a formal covenant between the two nations, entered into contracts to deliver articles at fixed periods and prices into France, the anticipated profits of which would be turned into great losses by an unexpected duty or modification of the stipulated duration of the Treaty. The Delegates now complained that, without a definite proposal on the part of the French Government, they could neither form nor give an opinion, and I reminded his Excellency that we had from the first asked for a definite proposal in writing, but hitherto in vain. No doubt his Excellency had allowed M. Ozenne to give me a Memorandum of his first conversation with me, which Sir Louis Mallet had sought to amplify by further conversations with that gentleman; but the result was still so meagre that we could make but little progress until we were in possession of a definite proposal on the part of his Government. The Duc de Broglie replied that he had given me all the information which his instructions afforded him, and he, therefore, begged of me to furnish him with questions about anything that had been omitted or did not appear to be clear in M. Ozenne's Memorandum, that he might at once communicate with Paris, and obtain immediate answers from his Government. I promised to lay this request before the Cabinet, and, having done so since, instructions have been already given to frame such a list of questions.

Nr. 4660.
England und
Frankreich,
29. Juli 1871.

¹ Ein Beamter des Board of Trade, d. i. des englischen Handelsministeriums.

[Anm. d. Herausg.]

Nr. 4661.

ENGLAND und FRANKREICH. — Memorandum, dem Earl Granville von dem Herzog von Broglie am 4. August 1871 übergeben. — Es gewährt von England gewünschte speciellere Erläuterungen.

Questions posées par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique.

Nr. 4661.
England und
Frankreich,
4. Aug. 1871.

1. Les rectifications de tarif applicables aux textiles, lesquelles sont présentées comme conséquence de l'enquête à laquelle se sont livrées les Chambres françaises en 1869 et 1870, sont-elles considérées comme des points essentiels dans le cas où l'on procéderait à une révision des tarifs fixés par les Traités de 1860?

2. Quelle est l'intention du Gouvernement français à l'égard de la tarification des matières premières qui sont tout à la fois produites dans le pays et importées de l'étranger?

3. Quelles sont les intentions du Gouvernement français à l'égard des drawbacks qui seront accordés aux produits des manufactures nationales fabriqués avec des matières premières soumises aux droits nouveaux?

4. Finalement, quel est le chiffre des droits qu'on se propose d'établir à l'importation des matières premières?

Réponses de l'Ambassadeur de France.

Les rectifications de tarif indiquées, pour les textiles, dans la note remise au Comte Granville le 17 juillet dernier, font partie des conditions essentielles de l'entente à intervenir entre les deux Gouvernements et de laquelle dépend la prolongation du Traité de 1860. Alors même que l'enquête faite 1869 et 1870 n'aurait pas révélé les besoins de certaines industries textiles, les charges nouvelles qui vont résulter pour l'ensemble de la production du pays d'impôts qui ne s'élèveront pas à moins de 600 millions de francs, auraient mis le Gouvernement français dans l'obligation de réclamer un exhaussement de tarif pour les industries dont il s'agit. Ce relèvement des droits rentrerait dans les modifications prévues par l'Article 21 du Traité du 23 janvier 1860. On se réserve d'ailleurs d'examiner les objections qui pourraient être présentées sur le taux des augmentations de droits demandées pour les textiles.

2. L'impôt à établir ne portera que sur les matières premières importées de l'étranger. Il n'est, comme on vient de le dire, que la compensation des charges ajoutées par l'établissement des impôts nouveaux, à celles dont la production nationale est déjà grévée.

3. L'intention du Gouvernement français, comme l'indique la note remise au Comte Granville, est de ne pas accorder de drawback à la sortie des tissus de soie, de lin, ou de chanvre. En tout cas les drawbacks, quand ils seront

établis, ne pourront dépasser la quotité des droits compensateurs qui seraient ^{Nr. 4661.} fixés. Le Gouvernement français se réserve toutefois de recourir, s'il le trouve ^{England und} préférable, au régime de l'admission temporaire, telle qu'elle est réglée par ^{Frankreich,} l'Article 5 de la Loi du 5 juillet 1836. ^{4. Aug. 1871.}

4. 20 pour cent de la valeur pour les matières premières nécessaires à la fabrication des textiles; 10 pour cent sur les matières tinctoriales, sur certains métaux secondaires (cuivre, plomb, &c.), et sur quelques produits chimiques à l'exception des dérivés du sel.

Nr. 4662.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an den Herzog von Broglie. — Unvollständigkeit der französischen Vorschläge. Schwierigkeiten, die ihrer Annahme im Wege stehen.

M. l'Ambassadeur,

I have laid before the Cabinet the papers which your Excellency sent to me ^{Nr. 4662.} last night ^{England und} ^{Frankreich,} ^{5. Aug. 1872.} having reference to the modifications which the French Government are desirous of introducing into the Anglo-French Commercial Treaty; and I now beg leave to acquaint your Excellency that while Her Majesty's Government thank your Excellency for these successive memoranda which you have been good enough to communicate to me, the latter do not constitute as complete and definite a proposal, as a draft version of the Treaty of 1860, altered as is proposed by the French Government, would have done. I have already made known to your Excellency one great difficulty which presents itself in dealing with any modifications of the existing Treaty in the sense required by the French Government, viz., that of providing for the interests of individuals who have entered into contracts or made their arrangements for future deliveries of goods, unless the French Government would be prepared to compensate them on some just and reasonable principle. Her Majesty's Government, for reasons with which I need not at present trouble your Excellency, are desirous to avoid negotiating as to details of tariffs, but would prefer to resume an unfettered liberty to deal with all articles of foreign commerce, as fiscal interests or policy may require. They would be glad, however, to assist the French Government in regard to the question of the duration of the Treaty, so far as any changes, interposed with a view to fiscal purposes are concerned, provided the difficulty to which I have above alluded as affecting contracts for future deliveries, could

¹ Das in der vorigen Nr. mitgetheilte Memorandum.

Nr. 4661. be overcome, in which case they would consent to some shortening of the pre
 England und of notice specified in the existing Treaty, relying, of course, on the Fre
 Frankreich, Government consenting to prolong the most-favoured-nation clause.
 5. Aug. 1872.

Nr. 4663.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville.
 Wichtige Unterredung mit Thiers. [Extract.]

Nr. 4663. M. Thiers having written to ask me to come and see him in order th
 England und he might speak to me on the subject of the Commercial Treaty, I waited up
 Frankreich, him last night at Versailles. His language respecting England and Her Ma
 11. Aug. 1871. sty's Government was very courteous and friendly in form, but the substanc
 of the communication which he made to me appears to be— That Engla
 must choose between agreeing to the proposed modification of the Tariff a
 the unconditional denunciation of the whole Treaty; That although, if Engla
 agree to the modification, every security will be given against her being there
 placed in a less advantageous position than any other Power, still, if the Tre
 be denounced, she must not expect that, after it has expired, she will either
 principle or in practice be placed upon the footing of the most-favoured nation
 That during the interval between the denunciation and the expiration of t
 Treaty, the increased duties could and would be levied in virtue of the IX
 Article; Finally, that it is essential that the answer of Her Majesty's Gove
 ment be given without delay.

He maintained, that the result of the Parliamentary Inquiry of last y
 would have been that, if the Imperial Government had been maintained, Engla
 would have been called upon to consent to an increase of duties at least as la
 as that which was now suggested. The Treaty had, M. Thiers went on to
 been always regarded by his present colleagues and himself as disadvantage
 not to say, disastrous, to France. They had, nevertheless, abstained from pro
 ting a violent reaction against it. They objected in principle to rushing into extr
 opposition to the state of things which had remained in existence after the
 of the Empire. They had not touched coal or iron, which were arti
 of the greatest importance to England; they had in fact only asked for a
 moderate increase of the duties on textile fabrics. M. Thiers did
 admit that a consent to the increase he proposed could fairly be considere
 Her Majesty's Government as a retrograde step and a departure from the p
 ciples of free trade. In his opinion the really retrograde policy would be
 reject the small modification which was proposed, and thus throw over the p
 ciple of the Treaty and the numerous liberal commercial arrangements w

would remain. For his own part he should prefer getting rid of the Treaty altogether, for he conceived that, commercially, it had been advantageous to England and injurious to France. Still he was willing to preserve it as a bond of union between the two countries. It would be utterly unreasonable for England to expect that the most-favoured-nation Article could be retained, if the rest of the Treaty were abrogated. He should always act in a friendly spirit towards England in settling the Tariff; but he could not forget that England was a much more formidable competitor in commerce than any other nation. Concessions which might safely be made to other countries might very reasonably be withheld from her. For instance, it would be certainly for the interest of France that she should furnish herself with Colonial articles brought direct to her own ports rather than resort, as at present, to the depôts of such goods in Great Britain. This was a case peculiar to England. Nothing could be farther from his intention than to be influenced by any spirit of retaliation. On the contrary, he should use his best endeavours to promote commerce and friendly intercourse between the two countries. Nor, if the Treaty were denounced, should he be on that account less friendly to England in political matters. In conclusion, M. Thiers said that he was unwilling to press Her Majesty's Government in any unbecoming manner, but that it was very important that their answer should be given immediately, in order that the French Government might complete arrangements which were of urgent importance, and might indeed in case of need proceed to denounce the Treaty. M. Thiers said that M. Ozenne would return to London on Monday next (the 14th instant), with full instructions.

Nr. 4663.
England und
Frankreich,
11. Aug. 1872.

Nr. 4664.

ENGLAND und FRANKREICH. — Officielles Résumé einer Unterredung zwischen Earl Granville und dem französischen Unterhändler Ozenne. [Auszug.]

La dénonciation du Traité Franco-Anglais amènerait inévitablement la dénonciation du Traité Franco-Belge expiré depuis le 1 mai dernier. Or, l'Angleterre et la Belgique sont les deux pays avec lesquels la France a les relations commerciales les plus étendues. Ces deux Traités dénoncés, un point d'appui important manquerait pour résister aux impatiences de ceux qui en France (et ils sont nombreux) préconisent les doctrines protectionnistes. En effet, comme on l'a déjà dit, les charges nouvelles qui doivent peser sur le peuple français seront annuellement de 600 millions

Nr. 4664.
England und
Frankreich,
15. Aug. 1871.

Nr. 4665.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville.
 Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen
 von Rémusat. [Auszug.]

Nr. 4665.
 England und
 Frankreich,
 14. Aug. 1871.

M. de Rémusat thought he hardly understood the ob-
 servation in your Lordship's letter ¹ that the communications of the F
 Government did not constitute as complete and definite a statement as would
 been furnished by a draft version of the Treaty of 1860, specifying the alter
 which the French Government desired to make. Surely this was a mere r
 of form, and any ordinary Clerk could, in a very short time, reduce the F
 proposals into the shape of amendments to the Treaty. || I said to M. de Ré
 that undoubtedly some difficulties had arisen from the want of a di
 business-like statement in writing of the French proposals. ||
 Rémusat proceeded to mention the objection founded on the necessity of
 ding for the interests of individuals who had entered into contracts, or
 their arrangements for future deliveries of goods, on the faith of the contin
 of the Treaty Tariff. He said that he did not see his way to giving cor
 sation in such cases, but he conceived that the interests in question mig
 sufficiently cared for by according some reasonable delay, before the new
 should come into operation. || He was certainly astonished at the
 rent desire of Her Majesty's Government rather to put an end to the
 Treaty, than admit the very moderate changes in the Tariff proposed by Fr
 He himself held free trade principles, and he should see with very great r
 the overthrow of the whole system of commercial intercourse between Fr
 and England, which had been established by the Treaty. To sweep that sy
 away, would be to give great encouragement to the Protectionist party in Fr
 and might lead to demands from that Party which the Government and the
 sembly might be unable to resist. It would surely be wiser to modify a
 details, than to throw everything into confusion, and give up the advantag
 the remaining parts of the Treaty. It was (M. de Rémusat observed) impos
 in human affairs to apply abstract principles absolutely; and certainly he th
 that as, in framing the Treaty originally, so now in maintaining it, the pra
 promotion of the cause of free trade was more important than an uncompro
 adherence to scientific maxims. || Your Lordship will observe that M. de Ré
 threw out the idea that some reasonable delay might be granted, in ord
 provide for the interests of persons who had made contracts on the

¹ Earl Granville's Schreiben an den Herzog, vom 5. August 1871 — oben Nr.
 [Anm. des Herausg

of the Treaty. In the conversation which I had on the 10th instant with Nr. 4665.
England und
Frankreich,
14. Aug. 1871.
M. Thiers, he, on the other hand, summarily disposed of the interests of such persons, by saying that, of course, every change in a Tariff must be disadvantageous to some individuals, but that changes essential for the general good must nevertheless be made.

Nr. 4666.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an den französischen Geschäftsträger in London, Gavard. — Der Minister bittet, der Unterhändler Ozenne möge mit dem Entwurf eines revidirten Vertrages nach England kommen. [Auszug.]

. Nr. 4666.
England und
Frankreich,
21. Aug. 1871.
M. de Rémusat, in a conversation with Lord Lyons, stated, with reference to the desire of Her Majesty's Government to obtain a definite statement as to the alterations which the French Government seek to make in the Treaty of 1860, that this "was a mere matter of form, and any ordinary clerk could, in a very short time, reduce the French proposals into the shape of amendments to the Treaty." You are aware that Her Majesty's Government have considered that, without such a statement, they could not rightly understand the scope of the French proposals; and, for obvious reasons, it could only be properly prepared by a French authority. Her Majesty's Government do not wish that unnecessary delay should take place in the discussion of the question; and I trust therefore, that you will feel yourself authorized in asking M. Ozenne to draft the Treaty, such as is now proposed by the French Government.

Nr. 4667.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. — Thiers drückt seine Befriedigung aus über die freundliche Art, in welcher die englische Thronrede der Unterhandlungen über den Handelsvertrag gedenkt. [Extract.]

M. THIERS said to me last night that he saw with pleasure that the paragraph respecting the Commercial Treaty in the Royal Speech on the prorogation of Parliament admitted the idea of friendly negotiation on the subject. Nr. 4667.
England und
Frankreich,
22. Aug. 1871.

Nr. 4668.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. — Frankreich will Tonnengelder und Differentialzölle (die „surtaxes de pavillon et d'entrepôt“) wieder einführen. [Extract.]

Nr. 4668.
England und
Frankreich,
1. Sept. 1871.

Your Lordship is aware that among the proposals for increasing the taxation made by the French Government is one for imposing a general tonnage duty on all ships, French and foreign, and a differential duty on foreign ships engaged in indirect trade with France. It is, in short, proposed to re-establish the “surtaxes de pavillon et d'entrepôt,” and to abrogate the Law of the 19th May, 1866. The Bill for the purpose will probably be very soon brought before the Assembly; and it is not improbable that, although it will meet with some opposition, it may be passed before the Assembly adjourns. The adjournment is expected to take place towards the middle of this month. || Some foreign nations may possibly have Navigation Treaties which would give them a claim to resist the extension of the differential duties to their ships, in virtue either of direct stipulations or of clauses entitling them to the treatment of the most-favoured nation. I venture to ask your Lordship's instructions on the question whether Great Britain has a right to resist the imposition of these duties on her shipping.

Nr. 4669.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. — Die Budgetcommission der Nationalversammlung unterstützt die in der vorigen Depesche genannten Massnahmen.

Nr. 4669.
England und
Frankreich,
8. Sept. 1871.

I have the honour to inclose herewith to your Lordship, extracted from the “Journal Officiel” of this day, the Report of the Budget Committee to the Assembly on that part of the law for increasing taxation which relates to the mercantile marine. || The Committee reports strongly in favour of re-establishing the “surtaxes de pavillon” and the “surtaxes d'entrepôt,” with a view mainly to protecting French merchant-ships against foreign competition. It reports also in favour of tonnage dues on French and foreign merchant-ships alike, and of an increase of the tax on granting the French flag to foreign-built ships. || It proposes to fix the amount of the “surtaxes” by law instead of leaving it to be regulated by Decrees of the Chief of Executive Power, as was proposed by the Government. It states that the Government has yielded on this point. The amount and details of the new taxes are stated in the Projet de Loi with which the Report concludes. || As I had the honour to report to your Lordship in my

despatch of the 15th instant, the Assembly, at the request of the Minister of Finance, has deferred the consideration of this Bill on the mercantile navy until it shall have decided the question of the duties on raw materials.

Nr. 4669.
England und
Frankreich,
8. Sept. 1871

I have, &c.

(Signed) Lyons.

Beilage.

Extract from the "Journal Officiel" of September 8, 1871. [Auszug.]

Rapport fait au nom de la Commission du Budget, chargée d'examiner le Projet de Loi relatif à des Impôts Nouveaux et à des Augmentations d'Impôts (Articles 24 et 25 du Projet de Loi sur la Marine Marchande), par M. Ancel, Membre de l'Assemblée Nationale.

.
Aujourd'hui nous venons vous proposer, d'accord avec le Gouvernement, d'imposer à la navigation marchande, en modérant leur quotité, les droits de tonnage et les surtaxes de pavillon qu'elle acquittait avant la Loi du 19 mai 1866. Le rétablissement de ces taxes est d'autant plus légitime qu'il apportera, nous l'espérons, à la marine marchande française un encouragement et une force que sa situation réclame impérieusement. || En effet, la Loi du 19 mai 1866, qui détruisait toute protection pour cette grande industrie de la marine marchande, a justifié malheureusement les appréhensions qu'avaient exprimées dans tous les ports de mer et ailleurs les nombreux adversaires du régime nouveau. || Dans l'enquête si étendue, si sérieuse, ouverte l'année dernière, des opinions très-diverses se sont produites sur les moyens de venir en aide à la marine marchande, et de compenser l'inégalité des conditions dans lesquelles elle se trouve vis-à-vis de la plupart des marines étrangères, mais personne n'a nié cette inégalité, cette souffrance, ni la nécessité d'y remédier. || Les uns ont pensé qu'un remaniement complet de nos Règlements maritimes pourrait suffire; que l'on pourrait y ajouter un système de primes, moyen dont il a été parlé dans le Congrès des Etats-Unis. D'autres, et ce sont de beaucoup les plus nombreux, ont insisté pour le rétablissement des surtaxes de pavillon et d'entrepôt. || Un système de primes appliqué à la navigation tout entière d'un grand pays serait si nouveau, il aurait, avec l'ensemble de notre législation douanière, si peu d'analogie, qu'il faudrait une longue étude et de grandes précautions avant de créer un précédent qui pourrait tenter d'autres industries. || Quant au remaniement des Règlements, il est sans doute utile d'en modifier plusieurs, mais en réalité une telle révision n'apporterait au prix des armements qu'un faible allègement, alors même que l'on voudrait porter atteinte à l'inscription maritime, à cette institution qui vient de prouver encore quels hommes elle sait préparer, quels défenseurs elle donne au pays et aux lois, ailleurs même que sur les flottes. || Restent les

Nr. 4669. surtaxes de pavillon et d'entrepôt qui avant la Loi de 1866 pouvaient compe
 England und,
 Frankreich, partiellement les causes d'infériorité que la nature même des choses crée
 8. Sept. 1871. notre marine. Nous disons partiellement, car il faut bien le répéter, ce n'est
 pas pour les transports directs, c'est-à-dire, pour ceux de pays à pays, que nous
 entendons assurer une préférence au pavillon français. Non, les produits anglais
 venant directement de l'Angleterre ou de ses colonies, ceux des Etats-Unis
 d'Amérique, ou de tous autres pays, importés directement par les navires anglais
 américains, par les navires nationaux enfin, sont mis à l'abri de toute surtaxe
 de pavillon par les Traités de Réciprocité. Quand, en 1822, le Gouvernement
 de la Restauration a contracté avec les Etats-Unis les Traités qu'on lui
 reprochés, il a fait ce qui était inévitable. Les Etats-Unis avaient la production
 du coton, ils ont exigé que leurs navires fussent reçus dans nos ports aux mêmes
 conditions que les navires français, sous peine de frapper d'un droit de soixante
 les cotons destinés pour la France; il fallait bien alors subir la réciprocité.
 Le même fait s'est reproduit plus tard, en 1826, avec l'Angleterre, qui possède
 la houille dont on ne peut se passer. La nation qui a ainsi chez elle la matière
 encombrante, c'est-à-dire, le fret, doit rester maîtresse de la navigation. La
 France nous n'avons pas un produit de gros volume, un produit recherché
 tout, comme le charbon, comme le coton peuvent l'être. Nous n'avons que
 produits de notre sol, ceux de nos industries, qui ne peuvent pas former ce
 l'on appelle un fret de sortie important. Les cotons nous sont apportés par
 que en totalité par les navires américains, les produits de l'Angleterre et de
 colonies viennent par des navires anglais. Souverains du vaste territoire
 Indes, les Anglais y ont fait prévaloir leurs modes, leurs usages, et nos cargaisons
 ne peuvent pas entrer en concurrence avec les leurs. Nos ressources, comme
 navigation, sont dans les importations de nos colonies; importations déjà réduites
 car depuis la Loi du 3 juillet 1861, les colons peuvent envoyer leurs produits
 ailleurs qu'en France et par tous pavillons. Elles sont encore dans le commerce
 que nous avons conservé avec l'Amérique du Sud. Là aussi des Traités de
 Réciprocité ont été contractés avec le Brésil, le Chili, le Pérou, avec Montevideo,
 Buenos Ayres, mais comme ces pays n'ont pas de marine ou en ont une
 très-inférieure à la nôtre, les transports peuvent nous rester. Nous avons là
 avantages maritimes qui naissent de la réciprocité. Eh bien, c'est précisément
 à ce dernier refuge de notre navigation que la Loi de 1866 s'est attaquée. Elle
 a voulu que les pavillons anglais, américains, allemands, tous les pavillons, puissent
 venir prendre au Brésil, à La Plata, à Saint Domingue et jusque dans nos
 colonies, les produits de ces pays pour les apporter en France au même titre
 avec le même privilège que s'ils étaient le pavillon français ou le pavillon national
 de ces pays; c'est ce que l'on appelle la navigation indirecte, le tiers pavillon.
 Ainsi, au lieu de posséder seuls ces derniers débris de notre commerce maritime
 nous le partageons avec l'Amérique, avec l'Angleterre, qui ont des marines
 plus puissantes et mieux organisées que la nôtre, et nous les partageons aussi
 avec les marines du Nord, avec celles de l'Allemagne et de l'Italie, qui navigent

à meilleur marché que nous. Voilà ce qu'a fait la Loi de 1866, loi qu'aucune des industries françaises ne réclamait et que le Gouvernement d'alors a imposée. Cette loi n'était applicable, au point de vue général des surtaxes, que trois ans après sa promulgation, c'est-à-dire, au mois de juin 1869; mais, d'une part, des Traités Conventionnels supprimaient déjà les taxes de pavillon sur plusieurs articles importants; de l'autre, l'appréhension des effets de la loi a jeté le découragement; les constructions des navires se sont arrêtées, la décroissance des armements français a été rapide, et à mesure que les surtaxes se sont éteintes, l'invasion du pavillon étranger dans les transports maritimes a grandi. Ainsi, avant 1860, nous recevions par navires français la plus grande partie des produits des Mers des Indes et de la Mer du Sud. Grâce aux Traités nouveaux, nos navires se sont vu préférer successivement les navires étrangers. En 1869, sur un poids total de 221,000,000 kilogrammes, représentant les principales marchandises que l'Inde et l'Océanie nous fournissent, 50,000,000 kilogrammes seulement, c'est-à-dire, le quart environ, sont venus sous notre pavillon. Le reste, 171,000,000 kilogrammes, a été importé sous pavillon étranger, soit directement, soit par la voie des entrepôts. Dans les Mers du Sud, sur un poids total de 116,000,000 kilogrammes, la part de notre marine n'a été que de 43,500,000 kilogrammes, tandis que celle de la marine étrangère s'élevait à 72,500,000 kilogrammes. Des résultats analogues se sont produits, dans les derniers mois de 1869, au Brésil, à La Plata, et dans les pays voisins, aussitôt que la surtaxe de pavillon s'est trouvée supprimée à titre général par la Loi de 1866. Nous n'avions reçu de ces contrées, en 1868, sous pavillon étranger, que 10,600,000 kilogrammes de café, bois, peaux, &c. En 1869, quoique le nouveau régime n'ait daté que du 11 juin, les importations sous pavillon étranger ont atteint 31,000,000 kilogrammes; elles ont ainsi immédiatement triplé. Une autre et irrécusable preuve du déclin de notre marine se trouve dans le chiffre de son effectif. En 1869, le tonnage de nos navires à voiles était inférieur à celui de 1859 (932,000 tonneaux, au lieu de 961,000 tonneaux); dans la période décennale précédente, de 1850 à 1859, ce tonnage s'était accru de près de 50 pour cent (674,000 tonneaux en 1850, 961,000 tonneaux en 1859); de 1859 à 1869, l'effectif de notre marine à vapeur a été porté, il est vrai, de 65,000 tonneaux à 143,000 tonneaux; mais l'augmentation appartient toute entière à la marine subventionnée, qu'il est juste d'écarter, puisqu'elle a des emplois spéciaux, et que pour elle, d'ailleurs, la subvention constitue un avantage bien supérieur à celui qui peut résulter des surtaxes. Si nous voulons comparer l'effectif des marines d'Angleterre et d'Amérique, avec lesquelles il nous faut partout lutter, nous trouvons qu'en 1867, en regard des 15,602 navires, tant à voiles qu'à vapeur, que possédait la France, et qui formaient un tonnage de 1,048,679 tonneaux, l'Angleterre avait 40,905 navires dont le tonnage total était de 7,232,672 tonneaux. A la même époque, la marine américaine s'élevait, malgré les réductions que lui avait infligées la guerre de sécession, à 3,957,515 tonneaux; la marine italienne atteignait 815,516 tonneaux; celle des Pays-Bas, 538,676 tonneaux. A ces concurrence

Nr. 4669.
England und
Frankreich,
8. Sept. 1871.

si redoutables viennent s'ajouter celles des ports du Nord, qui fermés pendant quatre mois, envoient leurs navires sur nos côtes, où le bas prix de leurs armements leur permet d'enlever à notre grand cabotage une partie de ses transports. || C'est, Messieurs, pour ressaisir les transports qui échappent à notre grande navigation, et pour arrêter la décroissance visible de nos armements qui sont la seule école pratique où l'Etat trouve des marins, des matelots pour armer lui-même ses flottes; c'est dans ce but que le Gouvernement a proposé à l'Assemblée l'Article 25 du Projet de Loi relatif aux impôts nouveaux, qui est ainsi conçu: „Des arrêtés du Chef du Pouvoir Exécutif détermineront les marchandises auxquelles des surtaxes d'entrepôt ou de pavillon devront être appliquées, ainsi que la quotité de ces surtaxes. Les dispositions contraires à la Loi du 19 mai 1866 sont rapportées.” || Nous avons pensé qu'il n'était pas possible que ces surtaxes fussent fixées autrement que par la Loi. Le Gouvernement s'est rendu à cet avis, et c'est d'accord avec lui que nous vous proposons séparément les dispositions suivantes: — || Les surtaxes de pavillons sont divisées dans le projet en trois catégories, répondant: (1) à la navigation dans les mers d'Europe et dans la Méditerranée; (2) à la navigation dans l'Atlantique; (3) à la navigation au delà des Caps Horn et de Bonne Espérance. Pour la première catégorie, la surtaxe sera de 75 centimes par kilogramme (7 francs 50 centimes par tonneau de fret environ). || Ceux d'entre vous, messieurs, qui habitent dans les ports, le long des côtes qui bordent les trois mers sur lesquelles la France est si heureusement assise, ont pu suivre cette navigation si intéressante qui se nomme le petit et le grand cabotage; ils savent ce qu'elle souffre par la concurrence dominante des chemins de fer, et au point de vue des relations avec les pays de l'Europe et du bassin de la Méditerranée, elle rencontre une concurrence si redoutée des Norvégiens, des Suédois, des Allemands dans la Manche, et sur l'Océan celle des Italiens et des Grecs dans la Méditerranée. C'est cependant cette navigation qui, dans la Flandre, en Normandie, en Bretagne, dans la Provence, entraîne vers la mer les populations du littoral, au grand profit du pays, et forme une pépinière admirable de marins robustes et dévoués, dans laquelle l'Etat vient puiser le recrutement de ses flottes. Cette faible protection de 75 centimes par 100 kilogrammes sera pour eux un encouragement. || Pour la seconde catégorie de la navigation, celle qui s'étend dans l'Atlantique, la surtaxe serait de 1 franc 50 centimes par 100 kilogrammes (soit 15 francs par tonneau de fret, qui était fixé à 20 francs avant la Loi de 1866). Enfin, pour la troisième catégorie, 2 francs par 100 kilogrammes (soit 20 francs par tonneau de fret, établi à 30 francs avant 1866). || Nous croyons que ces surtaxes, ainsi réduites, seraient pour les armements maritimes français un encouragement proportionné aux distances, sans qu'il y ait à craindre que les prix des transports s'élève jamais à un taux excessif. || Sans doute des transformations considérables se préparent; il semble que le navire en fer sera celui de l'avenir et l'une de ces merveilleuses conquêtes auxquelles la science nous a habitués peut rendre possibles, même par la vapeur, une partie des transports de commer-

Mais les clartés et les perfectionnements de la science appartiennent à tous, et elles ne changeront pas, au point de vue de la marine, les forces relatives des pays qui tous sauront se les approprier. D'ailleurs, ces transformations nécessiteront des dépenses considérables, et en France les capitaux ne se portent pas volontiers vers la marine. || Pour les surtaxes d'entrepôt, le projet fixe à titre général le chiffre de 3 francs par 100 kilogrammes. L'expérience démontre qu'au-dessous de ce taux ces surtaxes deviennent insuffisantes, les entrepôts de Londres et d'Anvers étant pour ainsi dire voisins de nos grands centres de consommation, et la différence des droits se trouvant en partie annulée par la différence des frais de transport. Quand il s'agit de marchandises d'une grande valeur et d'un faible poids, l'expérience a démontré aussi qu'il faut tenir compte du premier de ces éléments pour établir les surtaxes, qui pourraient, si on n'avait égard qu'au poids, se trouver annulées par les simples variations des cours. || Aussi proposons-nous de maintenir pour cette classe de marchandises les surtaxes spéciales qui existent aujourd'hui.

Nr. 4669.
England und
Frankreich,
8. Sept. 1871.

Francisation des Navires.

Le rétablissement des taxes maritimes devait conduire à l'examen du droit d'entrée aujourd'hui appliqué aux navires étrangers dont on demande la francisation. Ce droit est purement nominal, 2 francs par tonneau, soit $\frac{1}{3}$ à $\frac{1}{2}$ pour cent de la valeur, selon que les navires sont en bois ou en fer. | Ainsi, nos constructeurs sont sans aucune protection contre la concurrence des constructeurs étrangers. C'est aussi de la Loi du 19 mai 1866, que date ce régime. Il se combinait avec la faculté accordée à nos constructeurs par la même loi de faire venir de l'étranger, en franchise de droits, toutes les matières brutes ou fabriquées qu'ils employaient. En fait, il n'y avait pas là un équilibre de conditions: l'importation des navires étrangers s'est développée, tandis que le travail allait se ralentissant et manquait bientôt à nos constructeurs. Déjà, l'année dernière, les plaintes les plus vives s'élevaient dans tous les ports; aujourd'hui, de Dunkerque à Bayonne nos chantiers sont déserts. | Les dispositions législatives qui ont permis la francisation des navires étrangers sont de date récente. La Loi du 21 septembre 1793 réservait aux seuls bâtiments construits en France le droit de porter le pavillon français. Ce fut un Décret du 17 octobre 1855, motivé sur l'insuffisance de notre matériel naval pendant la guerre de Crimée, qui dérogea pour la première fois à la règle, en établissant une taxe de 10 pour cent sur la valeur des navires achetés à l'étranger. En même temps les constructeurs étaient autorisés à recevoir en franchise de droits les matériaux dont ils se servaient. Des réclamations en sens divers s'étant produites, le Décret, dont les effets avaient été limités à trois années, ne fut pas renouvelé; mais en 1860 et 1861, l'ancienne prohibition qui excluait les navires étrangers fut définitivement levée par les Traités. Suivant leurs stipulations, les bâtiments en bois et ceux en fer étaient imposés à environ 10 pour cent de leur valeur. Ces

Nr. 4669. England und Frankreich, 8. Sept. 1871. barrières furent supprimées par la Loi de 1866, qui admet l'entrée moyennant le droit illusoire de 2 francs par tonneau. Ce sont les chiffres des Tarifs Conventionnels de 1860 et 1861 que le Gouvernement a proposé de faire passer dans le Tarif des Douanes pour l'introduction des navires en bois et en fer. Il nous a paru que ces Tarifs compensaient en effet pour les constructeurs français l'ensemble des charges qui pèsent sur eux, et nous vous proposons de les fixer ainsi:— || Bâtiments grésés et armés à voile, en bois, 40 francs par tonneau de jauge; en bois et fer, 50 francs par tonneau de jauge; en fer, 60 francs par tonneau de jauge. || Bâtiments grésés et armés, à vapeur, droits ci-dessus, augmentés du droit afférent à la machine. || Coques de bâtiments de mer, en bois, 30 francs par tonneau de jauge; en bois et fer, 40 francs par tonneau de jauge; en fer, 50 francs par tonneau de jauge. || Nous souhaitons vivement que cette protection puisse ranimer l'industrie des constructions navales, qui a toujours tenu une si grande place dans les industries de la France, et à laquelle nos constructeurs, nos ingénieurs, ont su attacher un degré de perfectionnement qui n'a été dépassé dans aucun pays; puis, on l'a dit avec raison dans le Congrès des Etats-Unis: „Une nation qui se résout à acheter ses vaisseaux au lieu de les construire elle-même, ne tarde pas à cesser de naviguer.” || Les propositions relatives au rétablissement de surtaxes de pavillon et à la francisation des navires n'ont pas été admises à l'unanimité dans la Commission. Une faible minorité les a combattues et a demandé que son opinion fût exprimée dans le rapport. Nos honorables collègues ont dit que, selon eux, le rétablissement des surtaxes de pavillon et de surtaxes d'entrepôt imposerait des charges au commerce, et ne viendrait en aide à la marine marchande, et que, dans tous les cas, une question aussi complexe qui touche à tant d'intérêts ne devait pas être résolue incidemment ainsi que le Gouvernement l'a demandé, à propos de la Loi du Budget qu'elle devait être renvoyée à l'examen d'une Commission Spéciale, qui ne prononcerait qu'après enquête. || Il a été répondu qu'après l'enquête si complète et prolongée, qui avait eu lieu l'année dernière jusque dans les mois de juillet et d'août, l'utilité d'une enquête nouvelle ne se comprendrait pas; toutes les questions ayant été exposées, toutes les opinions ayant pu se produire, et se trouvant consignées dans les procès-verbaux de l'enquête qui ont été imprimés, publiés, et qui sont à la disposition des députés. Une nouvelle information aurait d'ailleurs moins sa raison d'être que les terribles événements survenus depuis en France n'ont pu qu'aggraver la situation périlleuse de la marine marchande, tandis que les marines rivales ont pu continuer tranquillement leurs opérations et profiter même des obstacles que l'interruption des affaires créait dans plusieurs de nos ports aux armements français. || La question est donc connue, et, comme il résulte de ce rapport, le Gouvernement a été conduit à l'introduire parce que les taxes qui peuvent gréver la navigation sont d'une perception facile et éprouvée. Enfin, Messieurs, une dernière disposition vous est soumise, c'est le droit de tonnage. Ce droit, que la Loi du 18 octobre 1793 avait fixé à 15, 20, et 25 centimes par tonneau pour les bâtiments français, suivant la navigation à laquelle

ils étaient employés, et uniformément à 2 francs 50 centimes pour les navires étrangers, a souvent varié en raison des Traités contractés avec les divers pays. La Loi de 1866 a supprimé ce droit; il a été maintenu exceptionnellement au Havre, où son produit est employé avec le concours de la Chambre de Commerce aux travaux d'agrandissement du port. Il semble que le produit du droit de tonnage devrait, en effet, être appliqué toujours à l'entretien et à l'amélioration des ports; telle était la pensée qui l'avait fait créer, et, dans cet ordre d'idées, il est équitable que les navires nationaux eux-mêmes n'en soient pas exempts, puisqu'ils profitent du service rendu par l'Etat, qui est chargé de cet entretien. Au reste, ce droit ne peut être productif qu'à la condition que tous les navires, sans exception, le payeront; car les Traités de Navigation, concédant, par mesure de réciprocité, le traitement national à presque tous les bâtiments étrangers, la franchise accordée aux navires français leur profiterait, et le droit serait nul. Dans cette situation, il nous a paru que la taxe devait être modérée afin qu'elle ne fût jamais un obstacle pour la navigation. Le cabotage en demeurera complètement affranchi. Le Gouvernement avait proposé le droit uniforme de 1 franc par tonneau pour les autres navigations. Nous l'avons maintenu à ce taux pour les navigations lointaines, pour le long-cours, et nous le réduisons à moitié, soit 50 centimes par tonneau, pour les bâtiments de tous genres naviguant dans les mers d'Europe et dans la Méditerranée. Les règles et les usages appliqués autrefois, soit aux paquebots à vapeur, soit aux navires dont les voyages sont multipliés, seront rétablis afin de charger le moins possible les services de ces navires, pour lesquels toutefois l'exemption ne peut pas être admise. Le mouvement d'entrée dans nos ports, des navires de tout pavillon, s'est élevé, en 1869, à 6,584,293 tonneaux, qui se divisent ainsi:—

	Tonneaux.
Navigation des mers d'Europe et de la Méditerranée	5,130,788
Autre navigation	1,453,505
Total égal	6,584,293

Au taux de 50 centimes et de 1 franc, le droit de tonnage produirait 4,108,895 francs. Les surtaxes de pavillon et d'entrepôt ajouteraient facilement 6,000,000; ce serait ainsi un revenu total approximatif de 10,000,000, sans parler des droits de francisation des navires étrangers que le projet procurerait au Trésor. Telles sont, Messieurs, les mesures que nous vous proposons d'adopter au point de vue de la navigation marchande. Ces mesures assureront à l'Etat un revenu réel et légitime. Dans la pensée du Gouvernement comme dans la nôtre, elles ne créeront point pour la marine française une protection exclusive de la concurrence étrangère. Elles rendront à nos constructions navales une part de travail et d'activité, qui profitera dans tous nos ports à de nombreux ouvriers, et nous éviterons ce péril d'être prochainement tributaires des étrangers pour le renouvellement et pour l'entretien de nos navires. Enfin cette grande industrie de la marine marchande, qui porte aux extrémités du

Nr. 4669.
England und
Frankreich,
8. Sept. 1871.

monde le renom et la civilisation de la France, continuera d'être aussi l'école pratique de sa marine militaire; elle assurera ainsi une partie de la force politique et de la grandeur du pays, de celle que nos récents désastres eux-mêmes n'ont pas diminuée. Aucun intérêt commercial français et sérieux ne sera atteint, nous en avons la conviction. Vous aurez seulement arrêté la décadence fatale dont une législation imprudente a frappé deux des industries vitales du pays.

Projet de Loi.

Art. 1. Les marchandises importées par navires étrangers seront passibles de surtaxes de pavillon fixées par 100 kilogrammes comme ci-après:— || Des pays d'Europe et du bassin de la Méditerranée, 75 centimes. || Des pays hors d'Europe, en deçà des Caps Horn et de Bonne Espérance, 1 franc 50 centimes. | Des pays au delà des Caps, 2 francs.

Art. 2. Les marchandises des pays hors d'Europe seront passibles à leur importation des entrepôts d'Europe d'une surtaxe de 3 francs par 100 kilogrammes. | Cette disposition n'est pas applicable aux marchandises que les lois actuellement en vigueur assujettissent à des surcharges plus élevées.

Art. 3. Les dispositions des Articles 1 et 2 sont applicables aux relations de l'Algérie avec la France et avec l'étranger.

Art. 4. Les droits à l'importation des bâtiments de mer sont fixés comme suit:— | Bâtiments grésés et armés à voiles en bois, 40 francs par tonneau de jauge; en bois et fer, 50 francs par tonneau de jauge; en fer, 60 francs par tonneau de jauge. | Bâtiments à vapeur, droits ci-dessus, augmentés du droit afférent à la machine. || Coques de bâtiments de mer en bois, 30 francs par tonneau de jauge; en bois et fer, 40 francs par tonneau de jauge; en fer, 50 francs par tonneau de jauge. || Ces droits ne seront pas applicables aux navires étrangers dont l'achat antérieur à la promulgation de la présente loi sera justifié par des actes authentiques.

Art. 5. Les navires de tout pavillon, venant de l'étranger ou des colonies et possessions françaises, chargés en totalité ou en partie, acquitteront, pour frais de quai, une taxe fixée par tonneau de jauge, savoir:— || Pour les provenances des pays d'Europe ou du bassin de la Méditerranée, 50 centimes; || Pour les arrivages de tous autres pays, 1 franc. || En cas d'escales successives dans plusieurs ports pour le même voyage, le droit ne sera payé qu'à la douane de prime-abord.

Art. 6. Les Articles 1, 3, et 5 de la Loi du 19 mai 1866 sont et demeurent rapportés.

Nr. 4670.

ENGLAND und FRANKREICH. — Entwurf eines revidirten englisch-französischen Handelsvertrags.

Art. I. — Les marchandises d'origine ou de manufacture britanniques énumérées dans le Tableau (A) annexé au présent Traité resteront, à leur importation en France, soumises aux droits établis à la suite du Traité du 23 janvier 1860, par les Conventions intervenues entre les Hautes Puissances Contractantes les 12 octobre et 16 novembre de la même année.

Nr. 4670.
England und
Frankreich,
13. Sept. 1871.

Art. II. — Les suppléments de droits inscrits dans le Tableau (B) annexé au présent Traité seront, en outre des droits compensateurs fixés conformément aux dispositions de l'Article suivant, accordés aux fils et tissus énumérés dans le dit Tableau (B).

Art. III. — Outre les droits fixés par les Conventions des 12 octobre et 16 novembre 1860, ainsi que par la disposition inscrite dans l'Article précédent, les marchandises reprises au Tableau (C) annexé au présent Traité paieront, à titre de compensation des impôts établis en France sur les matières premières et les matières tinctoriales, un supplément de droits dont la quotité a été déterminée, d'un commun accord, entre les Hautes Puissances Contractantes et inscrite dans le dit Tableau (B). Dans le cas où la situation financière de la France permettrait de réduire les taxes imposées sur les matières tinctoriales qui entrent dans la fabrication des produits énumérés dans le Tableau (C), une réduction correspondante sera faite dans le taux des droits dits compensateurs.

Art. IV. — Les stipulations du Traité du 23 janvier 1860, et des Conventions annexées des 12 octobre et 16 novembre de la même année, demeureront en vigueur pour celles qui ne dérogent pas aux dispositions du présent Traité.

Art. V. — Le présent Traité ne sera valable qu'autant que le Président de la République Française aura été autorisé par l'Assemblée Nationale à exécuter les engagements contractés dans les Articles qui précèdent.

Art. VI. — Le présent Traité restera en vigueur jusqu'au 1 janvier 1877.

Beilage.

B.¹ — Rectifications des Droits fixés par les Conventions de 1860.*Industrie du lin et du chanvre.*

Fils de lin ou de chanvre mesurant au kilogramme, écus:—

De 24,000 à 36,000 mètres . . .	augmentation 3 pour cent . .	48 fr.	les 100 kilos.
36,000 à 72,000 „ . . .	id.	80 „	„
72,000 et plus	id.	133 „	„

¹ Beilage A enthält das Verzeichniss der Artikel, die von der Revision nicht be-
führt werden sollen. [Anm. der Herausg.]

Nr. 4670.
England und
Frankreich,
13. Sept. 1871.

A reporter l'augmentation proportionnellement sur les fils blanchis ou teints et retors écrus, blanchis ou teints.
Pour les tissus. Modification dans l'assiette du droit qui sera établi, comme pour les tissus de coton, d'après le nombre de fils qu'ils présentent en trame et en chaîne.

Industrie du coton.

Fils de cotons simples, mesurant au $\frac{1}{2}$ kilogramme, é cru:—		Fr. c.
De 61,000 à 70,000 mètres . . .	augmentation 3 pour cent . .	0 80 le kilo.
71,000 à 80,000 „ . . .	id. „ . .	0 93 „
81,000 à 90,000 „ . . .	id. „ . .	1 20 „
91,000 à 100,000 „ . . .	id. „ . .	1 33 „
101,000 à 110,000 „ . . .	augmentation 5 pour cent . .	1 80 „
111,000 à 120,000 „ . . .	id. „ . .	2 10 „
121,000 à 130,000 „ . . .	id. „ . .	2 40 „
131,000 à 140,000 „ . . .	id. „ . .	2 66 „
141,000 à 170,000 „ . . .	id. „ . .	3 33 „
171,000 et au-dessus	id. „ . .	4 50 „
Augmentation proportionnelle sur les fils simples, blanchis et teints, retors en deux bouts, é crus, blanchis, et teints sur les chaînes ourdies, é crus, blanchies et teintés.		
Broderies à la main ou à la mécanique augmentation 5 pour cent . . 15 pour cent à valeur.		
Gazes et mousselines brodées ou brochées pour ameublement, tentures ou habillement . . . „ „ . . 15 pour cent.		

Industrie de la laine.

Fils de laine cardées, blanchies ou non, mesurant au kilogramme:—		
De 5,001 à 10,000 mètres . . .	augmentation 5 francs	15 fr. les 100 ki
10,001 à 15,000 „ . . .	id. „	20 „
15,001 à 20,000 „ . . .	id. „	25 „
20,001 à 25,000 „ . . .	id. „	30 „
25,001 à 30,000 „ . . .	augmentation 10 francs	35 „
30,001 à 35,000 „ . . .	id. 5 francs	40 „
Au-dessus de 35,000, mêmes droits que les fils de laine peignée.		

Tissus de laine mélangés.

De soie	augmentation 5 pour cent . .	15 pour cent.
De coton	„ 8 pour cent . .	18 „

Nr. 4671.

GD und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. —
 en gegen die von Frankreich beabsichtigten Differentialzölle.

Majesty's Government have had under consideration your Excellency's
 of the 1st instant¹, relative to the proposal to reimpose differential
 upon foreign shipping in the indirect trade with France, which were
 in 1866; and I have now to observe to you that as the Navigation
 of 1826 between Great Britain and France only assimilates the British
 flags in the direct trade between the two countries, and as the
 of the differential charges which it is now proposed to reimpose was
 by the independent action of France, and not in virtue of Treaty
 nts so far as this country is concerned, Her Majesty's Government can
 d any remonstrance which they may think it right to make against the
 in question on the grounds of its unfriendly and inequitable character
 British interests. Navigation Treaties concluded by France with several
 ountries assimilate the shipping of the latter in respect of charges to
 hips in the indirect as well as in the direct trade. The intended
 will therefore inflict special and exceptional injury on the shipping of
 ntries, including Great Britain, which are not protected by Treaties of
 y extensive nature, and will doubtless give rise to feelings of irritation
 art of shipowners, in this country as well as elsewhere, who are
 y it. But there is another feature in this case which calls for notice.
 e repeal of the English Navigation Laws, repeated attempts were made
 governments of Great Britain and France to conclude a Treaty of
 n, which should include the indirect as well as the direct trade, the
 erable obstacle having always been the existence in the United Kingdom
 of local exemptions in favour of particular classes of British vessels, the
 of which the Government of France made an indispensable condition
 Treaty, but which the English Government steadily declined to abolish."
 ceasion of the French Decree of 1866, by which all differential charges
 n shipping in the indirect trade were prospectively abolished, on
 of reciprocity, Her Majesty's Government, after communication with
 ch Government on the subject, proceeded (in order to fulfil the
 s of reciprocity required by the Decree, and thus secure the full
 of its provisions to British shipping) to provide for the extinction of
 exemptions in question by the Act 30 and 31 Vict., cap. 15. Under
 umstances it can scarcely be regarded as an equitable proceeding on
 of the French Government to withdraw within five years from British
 the advantages which were secured by the Decree of 1866; and Her
 Government consider that such a course affords a very legitimate
 f complaint and remonstrance. It is also to be observed that a con-

Nr. 4671.
 England und
 Frankreich,
 18. Sept. 1871.

Nr. 4617. siderable sum of money has been voted by Parliament and paid by the Treas
 England und of this country during recent years, under the "Harbours and Passing To
 Frankreich, &c., Act, 1861," for the express purpose of buying up at several British po
 18. Sept. 1871. the right to levy differential dues on foreign shipping. Your Excellency will
 so good as to take the first opportunity of speaking on this subject to M. Thi
 and M. de Rémusat in the terms of this despatch.

Nr. 4672.

ENGLAND und FRANKREICH. — Memorandum, durch Gavard¹ u
 Ozenne dem „Board of Trade“ unterbreitet. — Die voraussichtlich
 Folgen der französischen Vorschläge.

*Importations de l'Angleterre en France. Appréciation des effets que peut
 produire les Modifications à apporter au Traité du 23 janvier 1860.*

Nr. 4672. Les importations de l'Angleterre en France se sont élevées pend
 England und l'année 1869 au chiffre de 651 millions de francs. Dans ce chiffre total,
 Frankreich, produits compris au Traité du 23 janvier 1860 figurent pour 511 millions
 18. Sept. 1871. francs, dont 435 millions de francs sont restés dans le pays même et 76 milli
 ont été répartis par les acheteurs primitifs dans les pays qui avoisinent
 France. Il convient maintenant de rechercher quelle sera, pour l'ensemble
 ce mouvement commercial, l'influence des modifications qui résulteront de
 révision du Traité de 1860 sur les bases proposées par le Gouvernem
 français. Cette révision comporte trois situations distinctes:— 1. Maint
 du régime actuel pour tous les produits repris au Tableau A.² 2. Augmentat
 de droits pour quelques-uns de nos produits textiles énumérés dans le Tableau
 3. Enfin, droits compensateurs des taxes établies sur les matières premières
 sur les matières tinctoriales entrant dans la composition ou dans la fabricat
 des produits indiqués dans le Tableau C.³ Le premier groupe (Tableau
 donne, pour les importations en France, les chiffres suivants:—

Industrie du fer et ses dérivés—	Francs.	Francs.
Fers, fontes, aciers	21,706,000	
Bâtiments de mer	7,449,000	
Machines et mécaniques	9,225,000	
Outils et ouvrages en métaux	5,630,000	
Aiguilles à coudre	614,000	
Plumes et becs de plumes métalliques	497,000	
		45,121,000
Houille et coke		31,892,000

¹ Der französische Geschäftsträger in London. [Anm. der Herausg.]

² Die oben mitgetheilten Beilagen A und B. [Anm. der Herausg.]

³ Diese Beilage fehlt im Blaubuch: eine unten abgedruckte Depesche des Gr
 Granville vom 1. Nov. 1871 erklärt, dass der englischen Regierung bis dahin nichts
 gleichen mitgetheilt worden. Den Grund giebt das von uns wiedergegebene Schre
 Gavard's an Earl Granville vom 21. Oct. 1871 an. [Anm. der Herausg.]

Industrie des produits chimiques —

Soude de toute sorte	1,644,000	
Acides de toute sorte	1,471,000	
Iode brut et raffiné	523,000	
Nitrate de potasse et de soude	516,000	
Phosphore	351,000	
Prussiate de potasse, jaune et rouge	420,000	
		4,925,000
Verrerie		554,000
Poterie		755,000
Poissons		3,687,000
Caoutchouc ouvré pur ou mélangé		4,896,000
Cirage de toute sorte		8,000
Epices préparées („sauces”)		68,000
Fromage de pâte dure		145,000
Ardoises		56,000
Total		94,107,000

Nr. 4672.
England und
Frankreich,
18. Sept. 1871.

Ainsi le premier groupe présente dans l'ensemble une valeur de 94 millions francs. Tous les produits qui en font partie restent au Tarif qui leur a été ibué par les Conventions des 12 octobre et 16 novembre 1860, bien que roduction de ces mêmes articles soit chargée indirectement de tous les ôts nouveaux qui vont peser sur le pays. Comparativement à l'ensemble du re total des produits repris au Traité de 1860, c'est 20 pour cent. Le xième groupe (Tableau B) comprend les quelques produits ci-dessous mérés qui appartiennent aux industries textiles:—

Fils de lin et de chanvre—

L'augmentation demandée ne porte que sur la moitié des fils qui sont importés en France; on ne doit donc porter ici que la moitié de l'importation totale, qui est de 6,086,000 francs, soit

Francs.	Francs.
	3,043,000

Tissus de lin et de chanvre—

Il ne s'agit ici que d'une simple correction de Tarif, qui a pour objet, comme cela existe pour les tissus de coton, de compter les fils de trame et les fils de chaîne. Il n'en résulte aucune augmentation de droits, donc . . .

Pour mémoire.

Fils de coton—

Comme pour les fils de lin et de chanvre, il ne s'agit que de la moitié des classes du Tarif, et précisément des numéros que l'Angleterre importe le moins. Le total étant de 6,165,000 francs, c'est la moitié à porter ci-contre, soit

3,082,000

Tissus de coton—

Augmentation de 5 pour cent pour les espèces ci-après déterminées:

Broderies à la main ou à la mécanique	175,000
Mousselines	389,000
Gaze	

564,000

Nr. 4672.
England und
Frankreich,
18. Sept. 1871.

Fils de laine—

Il ne s'agit dans le nouveau classement proposé que des fils de laine cardée dont l'Angleterre ne nous envoie pas un kilogramme		Mémoire.
Tissus de laine mélangés		39,880,000
Total		46,519,000

Le gros chiffre est celui des tissus de laine mélangés d'autres matières notamment de coton. Dans quelle mesure une augmentation de 5 à 8 pour ce ralentira-t-elle les importations? Il est difficile de le préjuger. On doit toutefois faire remarquer qu'au moment de la conclusion du Traité du 23 janvier les négociateurs anglais avaient admis pour les quatre premières années un droit de 15 pour cent. Sous l'empire de ce droit on importait des quantités notables de tissus mélangés; en voici le chiffre pour l'année 1862: 26,633,000. En tous cas, les articles à l'égard desquels des augmentations de droits sont demandées ne s'élèvent qu'à 46 millions, qui, comparés au chiffre de 651 millions qui donne l'ensemble des importations totales de l'Angleterre en France, ne représentent pas plus de 7 pour cent de ce même ensemble, et 9 pour cent pour les produits repris au Traité. Le troisième groupe comprend tous les produits qui ne sont repris ni au Tableau A ni au Tableau B. Ce groupe est évidemment et est beaucoup le plus considérable, et forme un chiffre de 300 millions. Mais s'agit ici de produits qui appartiennent beaucoup plus au commerce qu'à la production anglaise, et dont la nature est telle que ces produits viendront toujours sur le marché français. Ainsi la soie, 101 millions; la laine, 67 millions; le coton en laine, 40 millions; le jute en brin teillé ou étoupes, 7 millions; c'est-à-dire, quatre articles qui à eux seuls forment un total de 215 millions de francs; soit plus des deux-tiers du chiffre des produits repris au Tableau C, et le tiers des importations totales. D'un autre côté il ne faut pas oublier que les droits compensateurs qui sont demandés ne sont que la représentation des charges qui vont peser directement sur nos industries, et que, par conséquent il n'y aura à ce point de vue rien de changé dans les conditions relatives à la production des deux peuples, et que si l'un d'eux doit souffrir, c'est évidemment celui qui supporte non seulement l'impôt qui frappe les matières premières, mais encore, sous la forme indirecte, tous les autres impôts demandés au pays. Enfin, entre ce qu'on appelle le commerce général, c'est-à-dire, la totalité des produits importés d'Angleterre, et ce qu'on désigne sous le nom de commerce spécial, c'est-à-dire, la partie de l'importation totale qui reste dans la consommation du pays importateur, il y a un écart de 100 millions qui ne sont pas atteints par les droits, puisqu'il s'agit de marchandises destinées à être revendues à l'étranger. C'est donc un sixième, ou 16 pour cent, du commerce total qui ne sera nullement affecté par les changements de Tarif qui doivent être accomplis en France.

Beilage.

Angleterre (y compris les Possessions de Malte et de Gibraltar).
 Importations en France pendant l'Année 1869.

	Commerce	Commerce
Soie et bourre de soie	101,238,112	96,266,544
Tissus, passementerie et rubans de laine	71,266,584	52,724,546
Laines et déchets de laine	67,414,298	66,998,814
Coton en laine	40,058,823	39,415,303
Houille crue	31,736,074	28,216,770
et rubans de coton	31,176,886	13,550,092
" " "	21,705,578	5,069,436
" " "	20,849,290	20,106,744
" " "	12,106,075	12,109,925
" " "	10,222,692	6,718,577
" " "	9,225,405	8,593,786
Fils de de chèvre	7,837,965	7,826,247
Juts en " "	7,663,299	7,663,299
Tissus, " "	7,161,277	4,923,673
Fils de coton	7,027,897	6,165,822
Fils de laine	5,915,672	6,611,341
Fils de " "	6,644,752	6,243,037
Fils de lin ou de chanvre	6,317,067	6,086,343
Eau brut	6,211,960	6,208,687
Outils et ouvrages en métaux	5,629,979	4,889,575
Ouvrages en caoutchouc ou en gutta percha	4,896,600	4,450,300
Poissons	3,290,726	3,126,019
Minéral de cuivre	2,522,299	2,522,298
Huîtres fraîches	2,397,270	2,397,270
Zinc de première fusion	2,362,846	2,362,846
Vêtements et pièces de lingerie cousues	1,799,179	960,031
Soude de toute sorte	1,649,806	1,618,672
Ouvrages en peau ou en cuir	1,561,582	488,504
Plomb, brut	1,542,978	1,542,748
Acides de toute sorte	1,471,324	1,360,196
Couleurs de toute sorte	1,335,369	1,212,760
Poteries, verres, et cristaux	1,331,015	1,243,802
Ouvrages en bois	647,494	629,983
Aiguilles à coudre	613,878	586,386
Orfèverie et bijouterie	610,467	250,927
Mercurie et boutons	525,596	391,601
Iode brut et raffiné	523,410	474,414
Nitrates de potasse et de soude	515,177	425,156
Bière	504,125	461,728
Plumes et becs de plume métalliques	497,360	338,980
Nickel	482,611	530,086
Proussiats de potasse cristallisés	419,499	352,712
Homards	371,633	371,633
Tissus de bourre de soie purs ou mélangés	364,739	266,684
Cylindres en cuivre pour impressions, gravés ou non	364,117	364,117
Phosphore	351,260	215,638
Total	511,866,043	435,387,453
Autres articles	189,963,241	115,978,015
Total	651,319,284	551,315,468

Nr. 4672.
 England und
 Frankreich,
 18. Sept. 1871.

Additional-Conventionen zum englisch-französischen Handelsvertrag vom 23. Jan. 1860.
 [Anm. des Herausg.]

Beilage.

B.—Augmentation de droits.

Explication du mode suivi pour déterminer les Droits Nouveaux.

Nr. 4672.
England und
Frankreich,
18.Sept.1871.

Nomenclature des Produits.	Tarif Actuel.		Augmentation.		Droit total.
	Unités.	Droits.	Taux.	Droit.	
Industrie du lin et de chanvre:—					
Fils de lin ou de chanvre, mesurant au kilogramme:					
Ecrus¹—					
24,000 et pas plus de 36,000 mètres	Kilo-grammes.	Francs.	Pour cent.	Francs.	Francs.
36,000 et pas plus de 72,000 mètres	100	36	8	12	48
72,000 mètres et plus	100	60	3	20	80
	100	100	3	33	133
Blanchis ou teints²—					
24,000 et pas plus de 36,000 mètres	100	48	3	12	60
36,000 et pas plus de 72,000 mètres	100	60	3	20	100
72,000 mètres et plus	100	135	3	33	168
Retors écrus	Mêmes droits que sur les fils simples écrus, augmentée de 40 pour cent.				
„ blanchis ou teints	Idem idem teints ou blanchis, augmentée de 40 pour cent.				
Tissus de lin et de chanvre unis ou ouvrés, présentant en chaîne et en trame dans l'espace de 5 millimètres carrés—					
17 fils ou moins ³	Kilo-grammes.	Francs.			Francs.
19, 21, et 23 fils	100	90			90
25, 27, et 29 fils	100	55			55
32, 34, et 36 fils	100	90			90
38, 40, et 42 fils	100	115			115
44, 46, et 48 fils	100	170			170
50 fils et au-dessus	100	200			200
50 fils et au-dessus	100	400			400
Chaines ourdies écruës	Le droit sur le fil simple, augmenté de 50 pour cent.				
„ blanchies	Le droit sur les chaînes ourdies écruës, augmenté de 15 pour cent.				
„ teintes	Le droit sur les chaînes ourdies écruës, augmenté de 25 c. par kilog.				

¹ Le droit actuel sur les fils de lin et de chanvre écruës représente 9 pour cent de la valeur du produit. L'augmentation étant de 3 pour cent, pour déterminer le chiffre du droit à réclamer il suffit de prendre le tiers du droit actuel et de l'ajouter à ce même droit.

² Quel que soit le droit sur le fil écru, la protection pour le blanchissement et la teinture doit rester la même. C'est donc seulement le droit supplémentaire sur l'écru qui doit être ajouté au droit du fil blanchi ou teint.

³ Il ne s'agit là que d'une simple correction du Tarif, qui consiste à compter, comme cela existe pour les tissus de coton, les fils de trame aussi bien que les fils de chaîne et de cumuler les uns et les autres pour déterminer à quelle classe du Tarif la toile doit appartenir.

4672.

England und
Frankreich,
18. Sept. 1871.

Nomenclature des Produits.	Tarif Actuel.		Augmentation.		Droit total.
	Unités.	Droits.	Taux.	Droit.	
Tissus de coton—		Pour cent.		Pour cent.	Pour cent.
Broderie à la main ou à la mécanique	A la valeur	10	A la valeur	5	15
Gazes et mousselines brodées ou brochées pour ameublement, tentures, ou habillement	"	10	"	5	15
Industrie de laine:—		Francs.			
Fils de laine cardée, blanchis ou non, mesurant au kilogramme—					
5,001 et pas plus de 10,000 mètres	—	10	—	5	15
10,001 et pas plus de 15,000 mètres	—	10	—	5	20
15,001 et pas plus de 20,000 mètres	—	15	—	5	25
20,001 et pas plus de 25,000 mètres	—	20	—	5	30
25,001 et pas plus de 30,000 mètres	—	25	—	10	35
De 30,001 à 35,000 mètres . . .	—	35	—	15	40
Au-dessus de 35,000 mètres . . .	Mêmes droits que les fils de laine peignée.				
Tissus de laine mélangés—		Pour cent.		Pour cent.	Pour cent.
De soie	A la valeur	10	A la valeur	5	15
De coton	"	10	"	8	18
Tissus de lin ou de chanvre, blanchis, teints, ou imprimés	Même classification que pour les tissus écrus et maintien des droits actuels.				
Industrie de coton:—					
Fils de coton simple mesurant au $\frac{1}{2}$ kilogramme:					
Ecrus ¹ —		Fr. c.	Pour cent.	Fr. c.	Fr. c.
De 61,000 à 70,000 mètres . . .	Le kilo-gramme	0 60	3	0 20	0 80
De 71,000 à 80,000 mètres . . .	"	0 70	3	0 23	0 93
De 81,000 à 90,000 mètres . . .	"	0 90	3	0 30	1 20
De 91,000 à 100,000 mètres . . .	"	1 0	3	0 33	1 33
De 101,000 à 110,000 mètres . . .	"	1 20	5	0 60	1 80
De 111,000 à 120,000 mètres . . .	"	1 40	5	0 70	2 10
De 121,000 à 130,000 mètres . . .	"	1 60	5	0 80	2 40
De 131,000 à 140,000 mètres . . .	"	2 0	5	0 66	2 66
De 141,000 à 170,000 mètres . . .	"	2 50	5	0 88	3 38
De 171,000 mètres, et au-dessus .	"	3 0	5	1 50	4 50

¹ Le droit actuel sur les fils de lin et de chanvre écrus représente 9 pour cent. de valeur du produit. L'augmentation étant de 3 pour cent., pour déterminer le chiffre droit à réclamer il suffit de prendre le tiers du droit actuel et de l'ajouter à ce droit.

Nr. 4672. England und Frankreich, 18. Sept. 1871.	Blanchis Teints Retors en deux bouts, écriu . . . „ blanchis . . . „ teints . . .	Le droit sur le fil simple écriu, augmenté de 15 pour cent. Le droit sur le fil simple écriu, augmenté de 25 c. par kilogramme. Le droit afférent au nombre du fil simple employé au retordage, augmenté de 50 pour cent. Le droit sur le fil écriu retors en deux bouts, augmenté de 15 pour cent. Le droit sur le fil écriu retors en deux bouts, augmenté de 25 c. par kilogr.
--	---	---

Nr. 4673.

ENGLAND und FRANKREICH. — Memorandum des französischen Unterhändlers Ozenne über die Revision des Handelsvertrags vom 23. Januar 1860. [Auszug.]

Nr. 4673.
 England u.
 Frankreich.
 26. Sept. 1871.

D'un autre côté, si elle [la France] avait obéi à la pression des intérêts, très-nombreux et très-ardents chez elle, qui réclament une protection plus énergique que celle qui résulte des Tarifs annexées aux Conventions des 12 octobre et 16 novembre, 1860, la France n'aurait pas hésité à se dégager des liens qui gênent sa liberté d'action. || Mais elle a cédé à des inspirations plus élevées; elle a considéré que dans l'état actuel de l'Europe, alors que les notions du juste et de l'injuste sont troublées à ce point qu'un homme célèbre a pu dire, "La force prime le droit", il y avait un intérêt de premier ordre à ce que la France et l'Angleterre restassent unies. Or, la dénonciation du Traité de Commerce, surtout en présence de la législation générale de la France, n'aurait pas manqué d'apporter un trouble considérable dans les relations commerciales des deux peuples, en même temps qu'un refroidissement dans les relations politiques des deux Gouvernements, l'un étant nécessairement la conséquence de l'autre. || C'est donc dans une vue de conciliation que le Gouvernement français a proposé au Gouvernement anglais de s'entendre pour réviser le Traité du 23 janvier 1860. Le Projet de Convention qu'il a communiqué au Cabinet de Londres témoigne de la modération de ses demandes, surtout si l'on consulte les résultats de l'enquête faite par le Corps Législatif dans la session 1869—70. Si, d'un autre côté, le Cabinet de Versailles réclame sur les produits fabriqués la compensation des impôts qu'il est obligée de mettre sur les matières premières, ce n'est que l'exécution loyale d'une disposition d'ailleurs très-équitable, insérée dans le Traité de 1860. || Cependant, les divers organes de la presse en Angleterre s'inscrivent contre toute modification au Traité de Commerce, et déclarent que mieux vaut le dénoncer que de porter atteinte au principe de la liberté commerciale. Que ce langage soit celui de théoriciens purs, qu'ils veuillent renouveler ces mots

tristement célèbres, "Périssent les Colonies plutôt qu'un principe!" on pourrait jusqu'à un certain point le comprendre. Mais que l'opposition qui se manifeste vienne d'hommes pratiques qui connaissent le prix du maintien de bonnes relations entre deux grands peuples, il est difficile de l'admettre à moins qu'ils ne se fassent illusion sur les conséquences douanières, pour le commerce de la France avec l'Angleterre, de la conduite qu'ils conseillent à leur Gouvernement de tenir vis-à-vis de la France. || A côté des Tarifs qui résultent des Traités de Commerce conclus avec les principales Puissances de l'Europe et qui forment le droit conventionnel de la France, le Tarif général antérieur au Traité de 1860 existe avec toutes les restrictions qu'il comporte. C'est une loi de l'Etat qui a toujours force et vigueur, et par conséquent applicable à tous les pays qui ne sont liés à la France par aucune Convention Commerciale. Or, le Tarif général est couvert de prohibitions et défend d'une manière absolue l'importation en France de la plupart des produits manufacturés que l'Angleterre lui fournit. Ainsi, il prohibe l'entrée notamment des ouvrages en métaux, des fils et tissus de coton, des fils et tissus de laine, de la tabletterie, de la faïence fine, de la verrerie, des ouvrages en peau, etc.; il frappe de taxes très-élevées les fers, le cuivre, le plomb, l'étain, les produits chimiques — marchandises qui alimentent le commerce d'exportation l'Angleterre. || Sans doute le Tarif général de la France est un Tarif suranné qui, en fait, n'a pas aujourd'hui d'application réelle. Mais avant qu'il soit remplacé par un Tarif mieux approprié aux besoins actuels de l'industrie et du commerce, il faudra beaucoup de temps, car ce n'est pas une oeuvre facile de peser tous les intérêts, et de les concilier en donnant à chacun d'eux la part qui devrait lui revenir dans le système économique qui serait adopté par les représentants légaux du pays. Cette tâche est plus difficile encore lorsque toute liberté d'action étant recouvrée, il n'y a plus de digue à opposer aux convoitises des intérêts mis en jeu. || D'un autre côté, si la dénonciation du Traité avec l'Angleterre doit amener une mesure analogue vis-à-vis de la Belgique, dont le Traité de Commerce avec la France est également arrivé à terme, la situation n'est pas la même à l'égard des autres pays dont les Traités ont des échéances plus ou moins éloignées. Or, privée du point d'appui que lui donnerait un accord avec l'Angleterre, la France n'aurait aucune chance sérieuse d'obtenir de ces pays les concessions de Tarif qu'elle réclame aujourd'hui et dont l'intérêt serait d'ailleurs moins grand pour elle, la concurrence et les importations de ces pays étant loin d'égaliser celles de l'Angleterre et de la Belgique. En effet, sur une somme totale de 272,000,000 francs, représentant la valeur des produits fabriqués importés en France en 1869, et restés dans la consommation du pays, la part de l'Angleterre et de la Belgique est de 106,000,000 francs, c'est-à-dire, de près des deux-tiers de l'ensemble, et l'Angleterre seule y entre pour 130,000,000, soit près de la moitié du tout. Si du commerce spécial on passe au commerce général, on trouve à peu près la même proportion. Voici les chiffres: produits fabriqués importés en France en 1869, 60,000,000 valeur totale, parmi laquelle l'Angleterre figure pour 179,000,000

Nr. 4673.
England u.
Frankreich.
26. Sept. 1871.

et la Belgique pour 104,000,000, soit pour les deux pays 283,000,000 ou près de la moitié de l'ensemble. || Quoiqu'il en soit, et si, comme on vient de la démontrer, la part des pays qui resteraient investis du droit conventionnel est moins forte, pour l'importation des produits fabriqués, que celles de l'Angleterre et de la Belgique, ils n'en auraient pas moins un avantage considérable sur leurs rivaux, — avantage qui, dans un temps donné, pourrait changer, au grand détriment de l'Angleterre, les proportions relatives qui viennent d'être indiquées. L'encore, l'intérêt prédominant est pour une entente entre la France et l'Angleterre pour le règlement de leurs intérêts commerciaux. ||

Nr. 4674.

ENGLAND und FRANKREICH. — Memorandum des französischen Unterhändlers Ozenne, betitelt "Marine Marchande".

Nr. 4674.
England u.
Frankreich.
26. Sept. 1871.

D'après une proposition due à l'initiative parlementaire et qui a revêtu la forme d'un Projet de Loi, les marchandises importées en France par navires étrangers seraient passibles de surtaxe de pavillon fixées par 100 kilogrammes ainsi qu'il suit: — || 1. Des pays d'Europe et du bassin de la Méditerranée 75 centimes. || 2. Des pays hors d'Europe en deçà des Caps Horn et de Bonne-Espérance, 1 franc 50 centimes. || 3. Des pays situés au-delà de ces deux Caps 2 francs. || 4. Des entrepôts d'Europe, pour les marchandises originaires de pays hors d'Europe, 3 francs. || Ces surtaxes de pavillon sont très modérées pour s'en convaincre il suffit de se reporter à la législation qui a précédé la forme économique inaugurée par le Traité du 23 janvier 1860. || Avant 1816 n'y avait que quelques marchandises de grand encombrement, et notamment les denrées coloniales, qui, pour leur importation par navires étrangers, étaient soumises à des surtaxes de navigation. C'est la Loi du 28 avril, 1816, qui par son Article 7 généralisa le système des surtaxes de pavillon d'après les bases suivantes: — || 1. Pour toutes les marchandises dont la taxe était inférieure à 300 francs par 100 kilogrammes, 10 pour cent du droit établi à l'importation par navire français, quel que soit le pays de provenance. || 2. Pour toutes les marchandises dont la taxe était supérieure à 300 francs par 100 kilogrammes, 5 pour cent du droit fixé pour l'importation par navire français. || Mais, bien que prises à titre général, les dispositions de la Loi du 28 avril 1816 n'avaient pas empêché les législateurs de déterminer surtout pour les marchandises de grand encombrement et d'une origine extra-européenne des surtaxes de pavillon beaucoup plus considérables que celles qui seraient résultées de la Loi précitée. Pour mieux faire comprendre l'économie de la législation antérieure à 1860, citera ici quelques exemples s'appliquant, soit d'après la législation générale, soit d'après la législation spéciale, à des produits de grand encombrement: —

1. Régime établi par la Loi du 28 avril, 1816.

Nr. 4674.
England u.
Frankreich.
26. Sept. 1871.

Surtaxes de 10 pour cent du droit de l'importation par navires français —

Laine —

Par navires français	20 pour cent de la valeur.
Par navires étrangers	{ 22 pour cent de la valeur; ou 10 pour cent du droit.

Par 100 kilos.

Poils de porc et de sanglier —

	Fr.	c.
Par navires français	20	0
Par navires étrangers	22	0

Soies teintes —

Par navires français	300	0
Par navires étrangers	330	0

Fromages —

Par navires français	15	0
Par navires étrangers	16	50

Chanvre —

Par navires français	8	0
Par navires étrangers	8	80

Lin peigné —

Par navires français	15	0
Par navires étrangers	16	50

2. Régime Spécial. Surtaxes variant selon la nature des Marchandises.

Grandes peaux brutes fraîches: —

Par 100 kilos.

	Fr.	c.
Par navires français —		
Des pays hors d'Europe	5	0
Des entrepôts	10	0
Par navires étrangers, quel que soit le pays de provenance	15	0

Ici la surtaxe sur le pavillon étranger était de 10 francs par 100 kilogrammes relativement à la provenance du pays hors d'Europe et de 5 francs relativement à la provenance des entrepôts (toujours en prenant pour point de comparaison la situation faite aux navires français).

Sucre brut: —

Les 100 kilogs.

	Fr.	c.
Par navires français —		
De l'Inde	60	0
Des autres pays hors d'Europe	65	0
Des entrepôts	75	0
Par navires étrangers	85	0

Cafés: —

Par navires français —		
De l'Inde	78	0
Des autres pays hors d'Europe	95	0
Des entrepôts	100	0
Par navires étrangers	105	0

Nr. 4674.
England u.
Frankreich.
26. Sept. 1871.

On voit par ces exemples, qui pourraient être multipliés, que le système en vigueur avant 1860 avait un double objet: 1. Exciter le pavillon français à faire la navigation la plus lointaine, puisque par l'échelle des surtaxes ci indiquées la taxe à percevoir était d'autant plus faible que la distance par était plus longue. 2. Empêcher l'intervention du pavillon étranger sur la navigation lointaine, puisque pour ce pavillon la surtaxe était d'autant élevée que la distance à parcourir était plus longue. Exemple: si un étranger arrivait dans un port français avec un chargement de café par l'Inde, le droit à payer par lui était de 105 francs, tandis que le navire français faisant la même opération ne devait qu'une taxe de 78 francs, soit une surtaxe de 27 francs par 100 kilogrammes, laquelle s'abaissait à 10 francs pour les importations des autres pays hors d'Europe (95 francs pour le navire français, 105 francs pour le navire étranger), et même à 5 francs pour les importations des entrepôts d'Europe (100 francs par navires français, 105 pour étrangers).

3. Régime proposé par l'Assemblée Nationale.

Comme on l'a vu au commencement de cette note, la surtaxe de pavillon est fixée et reste la même, quelle que soit la marchandise importée. Elle varie que d'après la provenance. || Supposons un navire étranger important du café en France: — || S'il vient des pays en deça des caps, il paiera 50 centimes par 100 kilogrammes. || S'il vient d'au delà des caps, il paiera 2 francs par 100 kilogrammes. || Enfin s'il arrive des entrepôts, il paiera 3 francs par 100 kilogrammes. || Il faut remarquer que cette surtaxe de 3 francs est celle qui avait été établie, même après 1860, sur les marchandises venant des entrepôts d'Europe, savoir, laine, coton, peaux, brutes, etc. || Le système de taxes de pavillon étant donné, elles ne pouvaient guère être plus faibles que celles proposées par l'Assemblée Nationale.

Londres, le 26 septembre, 1871.

Nr. 4675.

ENGLAND und FRANKREICH. — Der französische Geschäftsträger in London, M. Gavard an Earl Granville. — Die Unterhandlungen über die Aufhebung der Zölle auf Rohstoffe sollen aufgehoben werden, bis die französische Nationalversammlung einen Beschluss gefasst hat, welcher die Aufhebung der Zölle auf Rohstoffe im Inlande betrifft.

M. le Ministre,

Nr. 4675.
England u.
Frankreich,
21. Oct. 1871.

Dans le courant de l'entretien que vous avez bien voulu m'adresser mercredi en même temps qu'à M. le Préfet de la Seine, vous nous avez exprimé l'opposition, que rencontrerait en Angleterre l'établissement d'un d

20 pour cent à l'importation en France des matières premières telles que les laines. J'ai pris sur moi de répondre immédiatement à votre Excellence qu'il me paraissait possible d'écarter du débat auquel va donner lieu l'examen de nos propositions commerciales, la question des droits à établir sur les articles anglais pour compenser les impôts dont le projet soumis à l'Assemblée Nationale tend à grever les matières premières. La base de nos demandes demeurant en suspens, tant que la Législature française ne se sera pas prononcée sur l'impôt des matières premières, et ce point ne pouvant être réglé qu'après la reprise de la session, j'ai pensé qu'il y aurait tout avantage à dégager la négociation de la discussion des droits compensateurs et j'ai exposé ma manière de voir à M. de Rémusat. Je m'empresse d'informer votre Excellence que le Gouvernement Français a accueilli cette suggestion. On se bornerait en conséquence dans le présent arrangement à stipuler que des droits compensateurs seraient ultérieurement établis, conformément aux dispositions des Traités de 1860, et proportionnellement aux taxes sur les matières premières qui seraient votées par l'Assemblée Nationale. Cette stipulation remplacerait dès lors, dans le projet que j'ai eu l'honneur de vous communiquer, l'Article III, et nous n'aurions plus à nous occuper, quant à présent, du Tableau C.

Votre Excellence appréciera, je n'en doute pas, la portée de cette modification et les avantages qu'on peut en tirer au point de vue du succès de la négociation.

Veillez, etc.

(Signé) Gavard.

Nr. 4675.
England u.
Frankreich,
21. Oct. 1871.

Nr. 4676.

ENGLAND und FRANKREICH. — Der französische Unterhändler Ozenne an den englischen Premierminister Gladstone.

M. le Ministre,

L'accueil, si bienveillant que vous avez bien voulu me faire hier a été, pour moi, un encouragement à préparer la note que j'ai l'honneur de vous remettre ci-annexée. Je la soumets à votre jugement si éclairé, et je conserve la pensée, qu'en tout cas j'ai été mu par ce sentiment si vif chez moi, qu'il importe de maintenir les relations amicales qui existent si heureusement entre la France et l'Angleterre.

Nr. 4676.
England u.
Frankreich,
29. Oct. 1871.

Beilage.

Memorandum über die Revision des englisch-französischen Handelsvertrags vom 23. Januar 1860. [Auszug.]

Le Traité du Commerce conclu le 23 janvier 1860, entre la France et l'Angleterre s'était borné à poser, pour la France, les conditions suivantes: —

Nr. 4676.
England u.
Frankreich,
29. Oct. 1871.

1. Levée de toutes les prohibitions existant dans le Tarif français. | 2. E
ment de droits ne pouvant, dans aucun cas, dépasser 30 pour cent
31 octobre 1864, et 25 pour cent depuis cette époque jusqu'à l'expir
Traité. || Les négociateurs avaient réservé à des Conventions ultérieure
de déterminer les Tarifs à percevoir dans les limites maximales ci-dessus
Pour atteindre ce but le Gouvernement français procéda à une enquête
principales industries engagées dans le Traité. Il voulait, par ce moy
quérir de la situation relative de la production en France et en Angleter
de compenser, par les taxes à fixer, le désavantage pouvant résulter de
riorité acquise dans le pays concurrent. C'est ce qui explique pourqu
les Conventions annexes des 16 octobre et 12 novembre, 1860, on trou
à la fois, à côté de la franchise complète (tissus de soie) une série de ta
après avoir passé par 5, 10, et 15 pour cent, s'élèvent jusqu'à 25 et
cent. || Le Traité du 23 janvier 1860, a donc été une transaction entre
cipe du libre échange et le principe de la protection: transaction heureu
car, grâce à l'esprit initiateur de la France, les autres pays de l'Europe
successivement suivie dans la nouvelle voie où elle venait d'entrer. ||

En bornant ainsi ses demandes, M. le Président de la République f
a non seulement fait abnégation complète de ses doctrines économiqu
encore il a résisté aux tendances du pays, qui, à tort ou à raison, pench
coup plus vers le principe de la protection que vers le principe du libre
et qui, à la venue au pouvoir de l'homme illustre qui dirige les affair
France, avait pu espérer la satisfaction de ses désirs. || La pensée qui a
l'esprit de M. Thiers lorsqu'il a fait au Gouvernement anglais des ou
pour la révision du Traité de 1860, a été non un pas retrograde ou l
vers le passé, mais l'intérêt qu'il attache au maintien des relations amic
existent entre la France et l'Angleterre et si nécessaires dans l'état
actuel de l'Europe. || Sans doute, il n'entre pas dans la po
Gouvernement français de briser les relations qui se sont établies à la
Traité de 1860 et dont l'effet a été de porter de 278 millions (chiffre
508 millions de francs (chiffre de 1869) la valeur des marchandises ven
l'Angleterre à la France. || Mais, quels que soient ses désirs à cet égar
des nécessités qui s'imposent et dont il n'est pas le maître. A côté de
conventionnels qui, par les Traités successivement conclus, sont les s
jourd'hui appliqués en France, il y a le Tarif général qui, n'avant pas été
est resté la loi de l'Etat et doit succéder aux Tarifs conventionnels ju
qu'un autre Tarif général puisse être établi par l'Assemblée Nationale;
ne sommes plus au temps où de simples décrets du pouvoir exécutif p
modifier le régime économique du pays. Et d'ailleurs, on ne sa
dissimuler qu'en présence du refus d'entrer en négociations sur des d
aussi modérées que celles du Gouvernement français, l'Assemblée N
ressentirait une irritation qui la rendrait moins favorable à l
ration alors surtout qu'il n'existerait plus aucune digue à opposer aux j

du régime protecteur. || Une telle situation n'amènerait-elle pas des réclamations de la part des industriels anglais, qui, si l'on en juge par des délibérations des Chambres de Commerce, semblent faire bon marché du Traité, sans doute parcequ'ils ignorent le traitement qui leur serait réservé après l'expiration des douze mois qui suivraient la dénonciation du dit Traité. Ne pourrait-on pas même craindre qu'ainsi froissés dans leurs plus chers intérêts, ils n'aillent jusqu'à accuser leur propre Gouvernement d'avoir, pour l'unique satisfaction d'un principe, sacrifié ces mêmes intérêts? ||

Nr. 4676.
England u.
Frankreich,
29. Oct. 1871.

Londres, le 29 octobre, 1871.

Nr. 4677.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an den englischen Geschäftsträger in Paris, Sackville West. — Uebersicht der französischen Vorschläge und Bedenken der englischen Regierung.
[Auszug.]

.
The proposals which were made to Her Majesty's Government by the Government of France assumed for the first time a definite shape in the Draft of Treaty communicated to me by the French Ambassador on the 13th of September. || That Draft consisted of six Articles. The first reserved, without alteration, certain articles included in a Schedule marked (A). The third provided for an increased rate of duty on certain articles enumerated in Schedule (B), over and above the compensatory charges for increased or new duties to be levied in France on raw and dyeing materials to be used in French manufactories, such duties being set forth in Articles II and III; the commodities subject to these increased or new duties being enumerated in a Schedule (C), which however did not accompany the Draft Treaty, and has never yet been communicated to Her Majesty's Government. The IVth Article provided for the continued application of the stipulations of the Treaty and Conventions of 1860 where not varied by those of the new Treaty. The Vth Article reserved the action of the French National Assembly; and the VIth provided for the continuance of the new Treaty till the 1st of January, 1877. || It appears from a subsequent communication made to me by the French Chargé d'Affaires on the 21st of October, that the French Government are content to defer the consideration of the IIIrd Article, so far as regards the Schedule (C), until the National Assembly shall have determined the rates to be levied on raw materials imported into France. || || Her Majesty's Government fully recognize the soundness of the principle of perfect freedom of action in regard to fiscal matters laid down by the President of the Republic. They freely admit that, in

Nr. 4677.
England u.
Frankreich,
1. Nov. 1871.

Nr. 4677.
England u.
Frankreich,
1. Nov. 1871.

in the Treaty of 1860, they waived it, and waived it too in opposition to views expressed by persons whose opinion was well deserving of consideration. But they did so for two substantial reasons: — First, they hoped — and even have shown that in this they judged rightly — that by the concessions made to France they were furthering an approach to that freedom of trade which they considered to be essential to the material well-being of all nations, and setting in conjunction with France, an example which other European nations would not be slow to follow, and indeed have followed, to the great benefit of industry and commerce at home and abroad. Secondly, they felt assured that, as commercial material interests grew up between nations, the foundations of concord would be established between them, and the chances of war diminished. || Actuated by the same spirit, Her Majesty's Government voluntarily went beyond the stipulations of the Treaty of 1860, and specifically as regards the wine and tobacco duties. || Her Majesty's Government are now asked to retrace their steps and become parties to the imposition of greater protective duties on British commodities, and thus to give the countenance of this country to a course of action discrediting and damaging the doctrines of Free Trade, the promotion of which was a principal object in the conclusion of the Treaty of 1860. || Coupled with this is an intimation that British shipping may be exposed to some novel duties and that, further, the indirect trade in British shipping may be subjected to new restrictions to the detriment of the great warehousing trade of this country. And yet it would seem to be expected that the British Government, subjected to these disadvantages, would continue to observe the other provisions of the Treaty and Conventions of 1860, which interfere with their own fiscal liberty with regard to the duties on coal, wine and spirits. || Moreover, the Treaty would determine at the end of the term named, and there will then be no provision for insuring to England an equality of treatment with other nations by means of a most-favoured-nation clause. || Her Majesty's Government feel a strong objection to set an example of negotiation for the purpose not of reducing but of increasing protective duties, a policy they believe to be even more injurious to the States who impose them than the States against which they are levelled. But even if such considerations as these had not presented themselves to Her Majesty's Government, the vagueness of the present proposals of France would necessarily create an additional difficulty in determining how far Her Majesty's Government might, in their anxiety to meet the wishes of France, acquiesce in an increase of duties on British commodities. || Her Majesty's Government are perfectly aware that it would be presumptuous on their part to offer advice to the Government of France as to the best mode of raising the large revenue now required by them. The results of the absence or reduction of Protection on the prosperity of various States are known; so are the extraordinary effects produced in Great Britain by Free Trade upon the industrial classes, the consumer and the revenue itself. Her Majesty's Government know that, notwithstanding the immense increase of trade between Great Britain and France under the

Treaty of 1860, and the benefits which have thereby accrued to the consumers of both countries, yet that these advantages are considered by the President of the French Republic and others in France to have been accompanied with collateral disadvantages, the estimate of which would not probably be affected by any arguments which Her Majesty's Government could advance. They rejoice, however, to think that, as far as the present negotiation is concerned, there is nothing which need disturb the present friendly relations of the two Governments. ¶ If the Government of the Republic is able to obviate the objections which I have opened for consideration to the present proposals, Her Majesty's Government will be glad to acquiesce in a measure formally proposed to them by France. If, on the other hand, they ultimately find it necessary to leave to France, if she should think fit to use it, the remedy by a denunciation of the Treaty, although they will much regret the result, that regret will be diminished, not only by the knowledge of the personal sentiments of the President of the Republic, but by the conviction that freedom of commercial intercourse can only in the long run be obtained by the belief of the nations concerned in the advantages which it confers; and unreservedly respecting the moral as well as formal right of France to form and act on her own judgment of her own interests, they will not allow even the change they may lament to act unfavourably on the sentiments they have cherished towards the French Government and nation. ¶ You will furnish M. Rémusat with a copy of this despatch.

I am, etc.

(Signed) Granville.

Nr. 4677.
England u.
Frankreich,
1. Nov. 1871.

Nr. 4678.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Berichtigung hinsichtlich der französischen Zölle. [Auszug.]

With respect to the observations on the French proposals outside the Treaty, M. Ozenne said that my despatch¹ was in error. It was quite true that an additional tax was imposed on French and English vessels in the direct trade, and a differential tax on the English shipping engaged in the indirect trade; but that no tax was directed against our warehousing trade which did not exist at present. ¶ As to the favoured-nation clause, he considered that there would be no difficulty in placing us on at least as good a footing as Germany. ¶

Nr. 4678.
England u.
Frankreich,
2. Nov. 1871.

¹ Die vorige Depesche.

[Anm. d. Herausg.]

Nr. 4679.

ENGLAND und FRANKREICH. — Der englische Geschäftsträger Sackville West an Earl Granville. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen de Rémusat. [Auszug.]

Nr. 4679.
England u.
Frankreich,
3. Nov. 1871.

He [Rémusat] then said that the observations contained in this despatch might, he thought, as well have been made at the commencement of the negotiations as at the present moment; and that it scarcely required three months' discussion to arrive at such conclusions. He regretted the view taken by Her Majesty's Government and feared that it must now lead to the denunciation of the Treaty by the French Government

Nr. 4680.

ENGLAND und FRANKREICH. — Der Herzog von Broglie an Earl Granville.

Nr. 4680.
England u.
Frankreich,
30. Nov. 1871.

L'Ambassadeur de France a l'honneur de transmettre à son Excellence M. le Comte Granville la note ci-jointe qu'il a reçu de son Gouvernement ordre de lui communiquer. ||

Beilage.

Note - Verbale. [Auszug.]

Le Ministre des Affaires Etrangères a reçu du Ministre d'Angleterre la communication de la dépêche par laquelle le Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique fait connaître les difficultés que son Gouvernement aperçoit aux modifications proposées par la France au Traité du 23 janvier, 1860, par application des Articles IX et XXI du dit Traité. || Nous nous attendions assurément à voir un débat s'engager sur quelques unes des stipulations énoncées; du moins, nous était-il permis d'espérer que les questions de théorie agitées dans les précédents entretiens seraient mises au second rang, et que nos propositions seraient examinées en elles-mêmes. Ramenées à leurs termes véritables, elles avaient été comprises en Angleterre même et dans le monde commercial comme des stipulations discutables, mais contre lesquelles ne s'élevait aucune objection fondamentale. L'opinion publique ne les repoussait plus; c -

it donc pas sans étonnement qu'au lieu des objections techniques que pouvait
 voquer l'examen d'un texte positif, nous avons trouvé reproduites dans la ré-
 se du Principal Secrétaire d'Etat les mêmes considérations générales qui
 ient été opposées, il y a quatre mois, au début même de la négociation.....
 is rappellerons que nos demandes se divisaient en deux parties complètement
 inctes l'une de l'autre: les premières portaient sur des rectifications de tarif;
 s n'étaient que l'application de l'Article XXI du Traité de 1860. Les se-
 les avaient pour objet d'établir sur un certain nombre de marchandises les
 s de compensation prévues par l'Article IX. Ces demandes, séparées à des-
 , pouvaient être rendues indépendantes les unes les autres || Est-il
 ible dès lors de prétendre que le régime commercial sur lequel reposent les
 tions entre la France et l'Angleterre serait compromis si nos demandes
 ent accueillies? Il faudrait alors considérer l'Article XXI du Traité comme
 lettre morte; car on se demanderait dans quel cas cet Article pourrait
 ver son application. Le Traité de 1860 deviendrait un texte inflexible dont
 es les dispositions, s'enchaînant l'une à l'autre, seraient en quelque sorte
 laires. C'est là une doctrine absolue qui ne saurait avoir cours entre des
 vernements que doit toujours guider l'esprit de transaction, puisqu'ils ont à
 ilier les intérêts les plus divers. || Le Traité de 1860 a été assu-
 ent en France l'objet des appréciations les plus diverses. Il a soulevé des
 ctions sérieuses, de vives réclamations; mais s'il a pu porter dans certaines
 stries de regrettables perturbations, il a donné à d'autres industries un re-
 quable essor et créé entre la France et l'Angleterre de nouvelles relations
 . . . || Nous nous refusons à croire que la négociation puisse être
 urdée comme close. Nous restons toujours prêts à la suivre; mais comme il
 ent qu'elle n'amène aucun résultat, nous pensons qu'il faut assigner un terme
 délais que dans ce cas pourraient, en se prolongeant, mettre nos intérêts en
 france, et nous devons informer le Gouvernement Britannique que notre in-
 ion est de dénoncer, dès que l'Assemblée Nationale sera réunie, le Traité
 23 janvier, 1860, dont les effets devront cesser avec l'année qui suivra la
 nciation, conformément aux prévisions de l'Article XXI. || || Quelle
 soit, d'ailleurs, la réponse du Principal Secrétaire d'Etat, elle ne saura alté-
 en rien les rapports d'amitié qui unissent les deux Gouvernements comme
 leux nations, et nos sentiments s'accordent entièrement sur ce point avec
 que nous avons été heureux de trouver exprimés dans la note communiquée
 e Ministre d'Angleterre.

Nr. 4680.
 England u.
 Frankreich,
 30. Nov. 1871.

Versailles, le 15 novembre 1871.

Nr. 4681.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. Die Botschaft des Präsidenten Thiers an die Nationalversammlung erwähnt die Kündigung des Handelsvertrags. Unterredung mit Thiers. [Auszug.]

Nr. 4681.
England u.
Frankreich,
8. Dec. 1871.

I sent to your Lordship from Versailles yesterday a telegram informing you that M. Thiers had just read to the Assembly his Message on the commencement of their sittings, and that he stated in it that he intended to propose them to denounce the Anglo-French Commercial Treaty, but to leave the door open to negotiation during the twelve months which would elapse between the denunciation and the final expiration of the Treaty. Your Lordship will not fail to observe that M. Thiers makes no allusion to the financial difficulties of France in stating his reasons for proposing to Her Majesty's Government that the Treaty should be modified. The necessity of affording protection in a certain measure to some branches of French industry is the sole ground upon which, in this Message, he bases both his original proposal to negotiate and his present intention to denounce the Treaty. It will also strike your Lordship that M. Thiers speaks throughout of the abrogation of the Treaty as in itself a desirable subject; that he represents the restrictions which would remain even if his proposed modifications were agreed to, as very inconvenient to France; and assigns as the motive for submitting to them a desire to maintain a good understanding and cordial relations with England. In the Message the Treaty with Prussia is spoken of as being abrogated. It must not however be forgotten that, by the Treaty of Frankfort, the same commercial advantages are secured to Germany as are enjoyed by several foreign Powers whose Commercial Treaties with France have still several years to run. In the evening I had some conversation with M. Thiers himself. He said that he hoped Her Majesty's Government would not misunderstand the declaration he had made. His object in denouncing the Treaty was, he told me, simply to prevent the indefinite prolongation of a state of things which was, in his opinion, ruinous to some branches of French industry. The endeavour which, in a spirit of sincere friendship, I had made to come to an understanding with England had already occasioned the loss of very nearly a year, and he could not run the risk of finding himself after a fresh unsuccessful attempt to negotiate, still bound for another twelve months by the Treaty. He was, however, quite willing to pursue the negotiation on the basis of his original proposals, and there would be ample time, if Her Majesty's Government desired it, to make an arrangement on that basis before the Treaty would actually expire. I begged M. Thiers to remember that it was very repugnant to our feelings to be held up to the French nation as the obstacle to the adoption of measures represented to them as beneficial to the

interests. We considered the principles of Free Trade, and the stipulations of the Treaty so far as they were consistent with those principles, to be advantageous to France at least as much as to ourselves. We were, I said, extremely anxious to cultivate the most friendly relations with the French people, but were not willing that it should be represented to them that our friendship was purchased by the sacrifice to us of their commercial interests. I assured M. Thiers that language to this effect could not but disincline us to maintain commercial engagements which appeared to subject us to imputations as painful as they are unjust. || M. Thiers repeated that he was ready to pursue the negotiation on the basis of the modifications he had proposed. He appeared, however, to consider the details of these modifications to be still open to discussion. ||

Nr. 4681.
England und
Frankreich,
8. Dec. 1871.

Nr. 4682.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. —
Earl Granville billigt die Haltung seines Gesandten in Paris.

I approve the language held by your Excellency to M. Thiers on the subject of the Anglo-French Commercial Treaty, as reported in your Excellency's despatch of the 8th instant.¹

Nr. 4682.
England und
Frankreich,
11. Dec. 1871.

Nr. 4683.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen de Rémusat über
die Schädigung englischer Interessen durch den französischen
Gesetzentwurf über die Handelsmarine. [Auszug.]

I spoke to M. de Rémusat this afternoon of the Law about to be discussed in the Assembly, on the subject of the new taxes on the Merchant Navy. In doing so I used as nearly as possible the terms of your Lordship's despatch of the 18th September last. || I began by asking M. de Rémusat whether the Government adhered to the "projet de loi" which had been submitted to the Assembly in the month of September by the Budget Committee, and which reimposed the differential duties affecting foreign shipping which are called "sur-

Nr. 4683.
England und
Frankreich,
5. Jan. 1872.

¹ Die vorige Depesche.
Staatsarchiv XXII.

Nr. 4683.
England und
Frankreich,
5. Jan. 1872.

taxes de pavillon" and "surtaxes d'entrepôt". || A copy of this "projet was transmitted to your Lordship with my despatch of the 8th September. M. de Rémusat said that the "projet" was the result of an unders between the Government and the Committee, and that the Government c adhered to it. || I observed to M. de Rémusat that the form in which, ac to this "projet", special burdens were to be thrown on foreign vessels e in the indirect trade would seem to be a differential duty on the merc imported by them. I inquired whether I was right in supposing that th taxes de pavillon" were to be levied on the merchandize according to its and not on the ships themselves. M. de Rémusat answered that undor this was so; that by "surtaxes de pavillon" were to be understood diff duties on the merchandize imported in foreign ships. || I proceeded whether M. de Rémusat had caused careful examination to be made several Treaties between France and foreign Powers, and had satisfied that none of them contained clauses which would, in the case of one o countries, prevent the imposing of differential duties, even in this form o taxes de pavillon". || M. de Rémusat said that he was not prepared to g a positive answer off-hand, but that he would have the question ce studied. ||¹ || M. de Rémusat answered, that he did not concei there was any idea of putting England in a less advantageous positio other countries. The "surtaxes de pavillon" were, he presumed, to be to all foreign countries alike . . . || M. de Rémusat replied that certai considerations I had mentioned were deserving of very serious attent I begged him to bring them without delay to the notice of the President Republic.

I have, etc.

(Signed) Ly

Nr. 4684.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an den Herzog Broglie. — Antwort auf die *note verbale*, die der Nr. 4680 l geben war. [Auszug.]

Nr. 4684.
England und
Frankreich,
8. Jan. 1872.

It was not, however, until the 13th of September, that I had the of receiving your Excellency's note, inclosing a Project of a Treaty o merce accompanied by two Tables, in which were embodied some of the which the French Government proposed to make in the Treaty of 1860.

¹ Der Gesandte macht hierauf sämtliche in der Depesche des Grafen G vom 18. September 1871 [Nr. 4671] angeführten Argumente geltend. [Anm. d. Her

² Dies bezieht sich auf den Abkauf localer Zollprivilegien, dessen Earl Granville in seiner Depesche vom 18. September 1871 gedenkt. [Anm. d. Her

Project, however, was far from complete, inasmuch as it left in doubt the amount of duties to be imposed upon a large number of commodities comprised in a 3rd Annex, marked Table C, referred to in Article III of the Project, which Table has not yet been communicated to Her Majesty's Government, in consequence of the French Chamber not having decided upon the amount of duty to be levied upon the Articles comprised in the said Table. ||

The result of the consideration by Her Majesty's Government of the French Project of Treaty, although the documents communicated to them did not enable them to form a correct judgment as to its full scope and bearing, was a conviction that its provisions were more calculated to afford protection to French manufacturers rather than to provide an increased revenue, and, entertaining this opinion, Her Majesty's Government felt that they could not consistently accept the French proposals as they then stood. || Her Majesty's Government had the less hesitation in coming to this decision, inasmuch as M. Thiers had on more than one occasion expressed a strong opinion that it would be for the interest of France that she should not be hampered by any Treaty engagements with foreign Powers in regulating her commercial system, and it appeared, therefore, that the President was doing some degree of violence to his own opinion, and was deviating from, if not even acting in, a manner contrary to the interests of France when he asked Her Majesty's Government to consent to the proposed modifications of the Treaty. || To have accepted, therefore, the French Project of Treaty would have placed the two Governments in the false position of agreeing on either side to oblige the other to proposals which both Governments believed to be contrary to the best interests of the two countries — an anomalous position which could not fail to lead to much embarrassment. || Should, however, the French Government be enabled to make such modifications in their scheme for a revision of the Treaty of 1860 as would remove the objections which Her Majesty's Government entertain to the French proposals as they now stand on the ground that they are founded on principles of commercial restriction, Her Majesty's Government will be most willing to come, if possible, to an understanding with them on the subject. || It only remains for me to add, M. l'Ambassadeur, that it has been a source of great satisfaction to Her Majesty's Government to be confirmed by the tone of M. de Rémusat's note, and by the assurances contained in it, in the belief that it is equally the desire of both Governments that their political relations should not be at all affected by any decision which may be come to in regard to a revision of the Treaty.

Nr. 4684.
England und
Frankreich.
8. Jan. 1872.

Nr. 4685.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
Unterredung mit Thiers. [Extract.]

Nr. 4685.
England und
Frankreich,
9. Jan. 1872.

In my despatch of the 5th instant, I had the honour to report to your Lordship that I had spoken to M. de Rémusat in the terms of your Commercial despatch of the 18th September last, respecting the proposed duties on merchant vessels; and that I had requested his Excellency to bring what I had said to the notice of the President of the Republic. || I spoke myself to the President in the same terms last night at Versailles. || On my observing that, as regarded indirect trade, England was not protected from the reimposition of differential charges by Treaty, and therefore could only remonstrate against the measure on the ground of its being unfriendly and inequitable to British interests, M. Thiers replied that nothing could be further from his wishes than to impose any special disadvantage on British merchant-vessels. Taking into account the vast trade carried on all over the world by British vessels, he could not suppose that any very sensible effect would be produced on the amount of that trade by the differential charges which had been proposed to the Assembly. It was not, he said, against the competition of English vessels that the French mercantile marine chiefly required protection. Its most formidable rivals were the smaller merchant navies, such, for instance, as those of Italy and Greece in the Mediterranean; and Sweden and Germany¹ in the north. The ships of these countries were worked at an extraordinarily cheap rate, and took freights which English vessels would hardly accept. It was the competition of these ships which was destroying the French navy, and against which protective measures were imperatively required. || I answered that I could not set a low value either on our carrying trade or our entrepôt trade with France. I dwelt upon the irritation which would inevitably be felt by shipowners and others in England, if we were placed on a less advantageous footing than any other nation; and I asked him whether he was sure that there were no Treaties which would prevent the immediate imposition on all foreign ships alike of his intended "surtaxes de pavillon" and "surtaxes d'entrepôt". || M. Thiers answered that he believed it would be necessary to come to some understanding with Austria, but that he was sure he should have no difficulty in doing so. He repeated in general terms his assurance that he had no desire whatever to place England in a less favourable position than any other Power. || I pointed out to M. Thiers that the British Government had, after communication with the Government of France,

¹ Die deutsche Kauffahrteiflotte ist die dritte der Welt; ihre Tonnenzahl übertrifft die französische und wird nur von der englischen und nordamerikanischen in den Schatten gestellt. [Anm. d. Herausg.]

sorted to special Legislation, and expended large sums of money in order to comply with the provisions of the French Law of 1866; and that to withdraw from British shipping within five years the advantages thus obtained, would be an inequitable proceeding on the part of the French Government, and afford a very legitimate ground for remonstrance and complaint. || M. Thiers only said that, although he was an old Protectionist, he did not intend to pursue a reactionary policy in these matters. The changes he proposed to effect were very moderate, and were, in his opinion, absolutely necessary. I might be sure that, if he should be freed from all Treaty restrictions, he should not resort to a prohibitive or highly protective Tariff, but should simply impose moderate duties, such as those specified in the proposals he had made to Her Majesty's Government. || Finding that I could not elicit anything more definite, I concluded the conversation by observing that opinions might very much differ as to what amount of duty was to be deemed "moderate".

Nr. 4685.
England und
Frankreich,
9. Jan. 1872.

Nr. 4686.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville.

I have the honour to transmit, herewith, to your Lordship, a complete copy of the Bill brought into the Assembly by the Government, to fix the specific tariff of duties on raw materials. || I inclose also a Table which has been distributed by the Government to every member of the Assembly, giving a comparative statement of the imports and exports before and after the Treaty of 1860 ||

Nr. 4686.
England und
Frankreich,
14. Jan. 1872.

Nr. 4666.
England u.
Frankreich,
14. Jan. 1872.

Beilage 2.¹

Comparaison of Imports and Exp

Agricultural :

Prod

~~XXXX~~

¹ Beilage 1 enthält den Gesetzentwurf.

[Anm. d. Herausg.]

Nr. 4860.
England u.
Frankreich
14. Jan. 1872.

before and after the Treaties of 1860.

Manufactured Goods.

Agricoles.

125.7	237.9	206.3	112.2	—	80.6	—	} Céréales déduites. 537,900,000 fr. en 1868 570,000,000 fr. en 1869
5.7	12.0	11.5	6.8	—	5.8	—	
28.1	85.2	75.8	57.1	—	47.7	—	
576.8	1,414.7	1,165.4	844.5	6.6	589.8	1.2	} Céréales déduites. 214,300,000 fr. en 1868 277,700,000 fr. en 1869
37.7	337.8	56.3	300.1	—	18.6	—	
539.1	1,076.9	1,109.1	544.4	6.6	571.2	1.2	} Céréales déduites. 214,300,000 fr. en 1868 277,700,000 fr. en 1869
			537.8		570.0		

lieu de
même on nous
donne pour
matériellement
introduit en
pour une

4

lire, nos
stations,
céréales
seraient
encore plus défavorables pour notre agri-
culture.

Nr. 4686.
England u.
Frankreich,
14. Jan. 1872.

Prod

	Exportations.				Importations.			
	1859.	1869.	Différences.		1859.	1869.	Différen	
			En plus sur 1859.	En moins sur 1859.			En plus sur 1859.	En moins sur
Tissus de soie	499.9	447.4	—	52.5	6.7	28.1	21.4	
Tissus de laine	180.6	268.3	87.7	—	2.5	64.3	61.8	
Tissus de coton	67.2	70.1	2.9	—	0.7	23.8	23.1	
Tissus de lin	15.4	17.8	2.4	—	9.8	15.1	5.3	
Fils (coton-laine)	6.9	31.2	24.3	—	1.3	24.5	23.2	
Fils de lin et de chanvre .	1.0	5.8	4.8	—	2.2	10.2	8.0	
Fils de phormium	—	2.7	2.7	—	—	—	—	
Confections	108.9	83.7	—	25.2	2.3	2.9	0.6	
Produits chimiques	32.7	46.0	13.3	—	9.0	23.1	14.1	
Outils et ouvres en métaux	42.1	37.8	—	4.3	1.5	8.6	7.1	
Orfèvrerie et bijouterie . .	15.1	20.5	5.4	—	0.3	6.1	5.8	
Articles de Paris	6.4	5.3	—	1.1	—	—	—	
Faïences etc.	31.4	40.2	8.8	—	1.2	5.7	4.5	
Acide stéarine, ouvré	4.5	7.6	3.1	—	—	—	—	
Peaux ouvrées	74.3	99.2	24.9	—	—	3.8	3.8	
Peaux préparées	56.1	81.0	24.9	—	1.1	13.4	12.3	
Papier et carton	14.4	19.5	5.1	—	0.4	2.8	2.4	
Modes et fleurs	10.5	31.0	20.5	—	—	0.2	0.2	
Garancine	14.7	13.9	—	0.8	—	0.9	0.9	
Machines et mécanique . . .	6.8	14.9	8.1	—	4.1	14.2	10.1	
Chapeau feutre	6.4	10.1	3.7	—	—	0.3	0.3	
Horlogerie	4.4	11.3	6.9	—	5.1	2.8	—	
Savons	6.8	10.5	3.7	—	—	2.0	2.0	
Huiles de graines grasses .	6.6	1.7	—	4.9	6.0	4.1	—	
Contellerie	2.2	1.5	—	0.7	—	0.4	0.4	
Armes	8.1	4.1	—	4.0	1.0	2.9	1.9	
Total	1,223.4	1,388.1	253.2	93.5	55.2	260.2	209.2	4
			159.7				205.0	

Nr. 4686.
England u.
Frankreich,
14. Jan. 1872.

manufacturés.

Différence des Exportations et des Importations.				Observations.
1859.		1869.		
Exportations.	En faveur des Importations.	En faveur des Exportations.	En faveur des Importations.	
3.2	—	419.3	—	
3.1	—	204.0	—	
5.5	—	46.3	—	
6.6	—	2.7	—	
6.6	—	6.7	—	
—	1.2	—	4.4	
—	—	2.7	—	
6.6	—	80.8	—	
7.7	—	22.9	—	
6.6	—	29.2	—	
8.8	—	14.4	—	
4.4	—	5.3	—	
2.2	—	34.5	—	
5.5	—	7.6	—	
3.3	—	95.4	—	
0.0	—	67.6	—	
0.0	—	16.7	—	
5.5	—	30.8	—	
7.7	—	13.0	—	
7.7	—	0.7	—	
4.4	—	9.8	—	
—	0.7	8.5	—	
8.8	—	8.5	—	
6.6	—	—	2.4	
2.2	—	1.1	—	
1.1	—	1.2	—	
1.1	1.9	1,229.7	6.8	

	Fr.
Augmentation des importations . . .	205,000,000
12 à 13 pour cent pour les droits .	
7 à 8 " " pour fausses déclarations et atténuation légale.	
<hr/>	
20 pour cent à ajouter aux importations . . .	41,000,000
<hr/>	
Valeur réelle	246,000,000
<hr/>	
<i>Perte pour la France en 1869.</i>	
Augmentation des importations . . .	246,000,000
Moins l'augmentation des exportations	159,700,000
<hr/>	
Perte	86,300,000
<hr/>	
<i>Résumé des Importations (exportations déduites).</i>	
Produits agricoles	292,300,000
Produits manufacturés	86,000,000
<hr/>	
Perte	378,300,000
<hr/>	

Nr. 4687.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons.
Protest gegen verschiedene Behauptungen des Präsidenten Thiers

Nr. 4687.
England und
Frankreich,
19. Jan. 1872.

I have already stated to you by telegraph in general terms that you should at once explain to the French Government that Her Majesty's Government has not acquiesced, directly or indirectly, in any proposal to impose a duty on raw materials imported into France; neither have they, directly or indirectly, acquiesced in any definite proposal concerning the imposition of a differential duty on British manufactured goods as compensation to the French manufacturer for the tax to be imposed on his raw material, or concerning the drawback to be granted to the French manufacturer on exportation. ¶ So far as these points are concerned, the Treaty and Conventions of 1860 remain unaltered and form the rule of the commercial relations between the two countries. ¶ These points might, indeed, have come under review if the French Government had advisedly withdrawn from discussion the IIIrd Article of the Draft Treaty submitted to me by the Duc de Broglie in his note of the 13th of September; ¶ notwithstanding this withdrawal, I felt it necessary to observe, in general terms in my despatch to Mr. West of the 1st of November, on the general vagueness of the French proposals as necessarily creating an additional difficulty in determining how far Her Majesty's Government might, in their anxiety to meet the wishes of France, acquiesce in an increase of duties on British commodities. I may also point out that, in my letter to the Duc de Broglie of the 5th August, I asked the question — "What is the intention of the French Government as regards the taxation of raw materials which are both produced in France and are also imported from abroad?" and to that question no answer has ever been given. ¶ It is clear, therefore, that M. Thiers laboured under a misapprehension in assuming, as he seems to have done in his late speech on the Customs Bill, that Her Majesty's Government had held out expectations of a willingness on their part to make concessions beyond the strict letter of the Treaty and Convention of 1860, and Her Majesty's Government are far from accepting M. Thiers' statement that the duties on raw materials proposed by the Government Bill might be established immediately under the clauses of the Commercial Treaty sanctioning the imposition of Customs duties to counterbalance internal taxes on like articles. ¶ Her Majesty's Government perfectly admit the operation of Article IX of the Treaty of Commerce of the 23rd of January, 1860, and of Article III of the Second Supplementary Convention of the 16th of November, 1860, as far as those Articles apply, but they have admitted that they would offer no objection to what might be decided in France respecting Tariff duties. They expressly required a clear statement of what was contemplated, for it was only when such statement was before them that

they could judge of the merits of the French proposal, and shape their course according to the judgment they might form. || I will take this opportunity to advert to two other misapprehensions under which M. Thiers appears to labour. The first (which we learn from a telegram received to-day, possibly not accurate) is that Her Majesty's Government have absolutely renounced any intention of interfering with the wine duties as now established in this country. What Her Majesty's Government have said is, that whatever course the French Government might adopt in regard to the Treaty, Her Majesty's Government would certainly never dream of resorting, by way of retaliation, to a Protectionist policy; but in my despatch of November 1 to Mr. West I distinctly adverted to the unreasonableness of the French Government in expecting that Great Britain, notwithstanding the disadvantages which she was asked to submit to, would continue to observe the other provisions of the Treaty and Convention of 1860 which interfere with her own fiscal liberty with regard to the duties on coal, wine, and spirits. ! The other point has reference to the statement of M. Thiers that Her Majesty's Government had repeatedly declared that the Commercial Treaty had been forced upon them by France. || The motives which induced them to propose the negotiation of the Treaty; in the first instance, were, as stated in my despatch to Mr. West, that they hoped by the concessions made to France they were furthering an approach to that freedom of trade which they considered to be essential to the well-being of all nations, and by so laying the foundations of concord, diminish the chances of war.

I am etc.

(Signed)

Granville.

Nr. 4688.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. — Unterredung mit Thiers über die Behauptungen des Präsidenten, gegen welche Earl Granville Verwahrung eingelegt hatte.

[Extract.]

I spoke to M. Thiers last night at Versailles about the statements respecting the views of Her Majesty's Government, made in the speech which he delivered in the Assembly on the 15th instant, in the debate of the duties on raw materials. || M. Thiers gave me a brief summary of what he had said. He had, he observed, stated to the Assembly that Her Majesty's Government had made no objection to the "droits compensateurs", and that they had merely asked that the amount of the proposed duties should be communicated to them, in order that they might see what would be the effect of these compensatory duties, taken in combination with the proposed modifications of the tariff. M. Thiers

Nr. 4687.
England und
Frankreich,
19. Jan. 1872.

Nr. 4688.
England und
Frankreich,
19. Jan. 1872.

Nr. 4688.
England und
Frankreich,
19. Jan. 1872.

went on to say that he had received the most friendly and satisfactory assurances of the desire of Her Majesty's Government to assist France in her present financial difficulties. He added that he could assure me that the duties on raw materials were imposed solely for the sake of raising an amount of revenue which was absolutely necessary. || I answered that I was not aware that any definite proposals had been made to Her Majesty's Government respecting these taxes on raw materials; and of course Her Majesty's Government could not object to what had never been suggested. But, however this might be, I was, I confessed, at a loss to understand the interpretation given by M. Thiers in his speech, to the Articles in the Treaties sanctioning comperatory duties; but, so far as I could gather its meaning, I was certainly not prepared to admit that construction. I reminded M. Thiers that Her Majesty's Government had a duty to perform to British traders and manufacturers, who had naturally counted upon the execution of the Treaty; and I begged him to proceed hastily in a matter of so much importance, and above all not actually to impose any doubtful duties without communicating with Her Majesty's Government and ascertaining positively what their sentiments were. || M. Thiers did not enter into any explanation respecting his interpretation of the Treaties, but he expressed his desire and his intention to communicate freely with Her Majesty's Government respecting the proposed taxes; and he observed that what was now pressing on the Assembly was simply the adoption of the principle that duties should be levied on raw materials. The details would, he said, be discussed when the tariffs embodied in the Bill were under consideration. || In speaking of the negotiation with Her Majesty's Government respecting the modifications of the Treaty of Commerce, M. Thiers said that it had come to nothing ("tombée"). I reminded him that your Lordship's note to the Duc de Broglie on the 8th instant invited, rather than declined, a further communication from the French Government.

Nr. 4689.

ENGLAND und FRANKREICH — Lord Lyons an Earl Granville.
[Extract.]

Nr. 4689.
England und
Frankreich,
20. Jan. 1872.

I have already had the honour to inform your Lordship by telegraph that the Assembly adopted yesterday, in opposition to the Government the following resolution: —

“L'Assemblée Nationale, réservant le principe d'un impôt sur les matières premières, décide qu'une Commission de quinze membres examinera les Taxes proposées et les questions soulevées par cet impôt, auquel elle n'aura recours qu'en cas d'impossibilité d'aligner autrement le Budget.”

Nr. 4690.

AND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
Verhandlung mit Thiers und Rémusat. Vielleicht geht der Finanz-
minister Pouyer-Quertier als Unterhändler nach England.

[Auszug.]

M. Thiers spoke to me yesterday at Versailles on the subject of the Com-
mercial Treaty. || He said that he hoped that he should bring the negotiation
to Her Majesty's Government to a satisfactory conclusion. The question of
duties on raw materials was, he affirmed, entirely distinct from that of the
revision of the Treaty tariffs. || He could assure me that in proposing the
duties on raw materials he had been actuated entirely by fiscal considerations.
I could not believe that the interests of England would really suffer from such
a change. On several articles — such, for instance, as wood — it was entirely
indifferent to England whether there were duties or not; with regard to other
articles — for example, cotton and wool — it could not be supposed that a duty
of 10 per cent. would cause any diminution in the quantity consumed in France.
I proposed that regular communications would be made to Her Majesty's Government, and he
assured me that there would be no difficulty about this matter. || He had, indeed,
the idea of despatching M. Pouyer-Quertier, the Minister of Finance, to Lon-
don to give explanations to Her Majesty's Government respecting this point and
to answer her questions connected with the Treaty. M. Pouyer-Quertier's repu-
tation as a strong Protectionist might, perhaps, be a disadvantage to him in
this respect; but, on the other hand, he understood all the details, and not only
English well, but was also a master of the technical terms necessary for
the discussion of these commercial and manufacturing questions in that lan-
guage. || I answered it was in "protection", I added, that the
main difficulty lay. M. Thiers had not made any allusion to the recent Debates
in the French Assembly, nor to the notes of the 19th and 20th instant, in which, in
obedience to your Lordship's orders, I had communicated to the French Govern-
ment the dissent of Her Majesty's Government from the statements made in that
document respecting their sentiments. I thought it, however, right to say to him
that Her Majesty's Government had certainly been not a little startled at finding
that they were represented as having acquiesced in duties not warranted by the
Treaty, and in a construction of some of the Articles which was, to say the
least, very much strained. My notes had, however, I presumed, sufficed to do
away with all misapprehension on the subject, and it was, therefore, unnecessary
to enter into further details. || M. Thiers did not enter into any expla-
nation respecting his own speeches, or that of the Minister of Commerce, in the
Treaty. He merely observed that he had been correct in stating that Her Ma-
jesty's Government had begged to be furnished with the details of the compen-

Nr. 4690.
England und
Frankreich,
22. Jan. 1872.

Nr. 4690.
England und
Frankreich,
22. Jan. 1872.

satory duties which the French Government proposed to establish; and he wound up the conversation by again saying that he hoped to come to a satisfactory understanding with England on the whole subject of the Commercial Treaty. This afternoon I saw M. de Rémusat at the Foreign Office, in Paris. He said that the two notes I had addressed to him had given him some pain. M. de Rémusat said that, if he had been aware that the taxes on raw materials were to give rise to a diplomatic discussion, he should have felt it his duty to be present, and that the line he should have been disposed to take would have been to decline to give any information whatever respecting the negotiation with England on the ground that it was still pending. He added, however, that he certainly considered that, when details respecting the proposed duties were asked for by Her Majesty's Government, a certain degree of assent to the principle of the duties was involved. He did not, however, wish to enter into an argument on the subject. The views of Her Majesty's Government were undoubtedly stated with sufficient distinctness in my notes. He was, he added, sorry to see the determination which seemed to be announced by them to abide rigidly by the strict letter of the Treaty. I answered that on numerous occasions Her Majesty's Government had declared their willingness to come to an understanding with the French Government if only the objection they entertained in principle to take part in an act designed to increase commercial restrictions were done away with. They had not broken off the negotiation, nor was their desire to be of use to the French Government in fiscal matters at all diminished. In the face of what had been said in the Assembly, it was undoubtedly their duty to establish the fact that they had not hitherto consented to any modification of the Treaty. The Treaty, as it stood, must, of course, be the basis of negotiation, unless it was modified by mutual consent. M. de Rémusat observed that the 4th February was drawing so near that it would be necessary for the French Government to take, very soon, measures for giving effect to the notice which they had given to Her Majesty's Government of their intention to denounce the Treaty. I said that, for my own part, I had always deeply regretted that the French Government had thought it necessary to raise any question at all about the Treaty. I was hardly competent to pronounce upon its merits or demerits as a commercial arrangement, but it was, at all events, a sign of good understanding and cordial intercourse, and as such I wished it to stand. The two Governments had, I said, conducted the discussion without any asperity, and with a strong desire on both sides that whatever might be the result their political friendship should not suffer from it. But it was not easy to make this manifest to the world at large. If the French Government proceeded to denounce the Treaty, the public in all countries would be apt to imagine that this step indicated some coolness between the two nations. Some interests must I feared suffer, and some diminution of commercial intercourse take place. In fact, the impression on the public could not be good. I trusted that the French Government would consider this, and that whatever might be the course they might

they would heartily unite with Her Majesty's Government in endeavouring to maintain friendly feeling and friendly intercourse between the two Governments and the people of the two countries. || M. de Rémusat said that I might rely upon the desire of France to be on the best terms with England.

Nr. 4690.
England und
Frankreich.
22. Jan. 1872.

Nr. 4691.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. —
Beschwerde gegen einige Bestimmungen des französischen Gesetz-
entwurfs. [Auszug.]

It is obvious that the *Projet* is directly at variance with the Second Supplementary Convention to which I have already referred. || Up to the present time Her Majesty's Government have not been officially informed whether the proposed tax on raw material is to be accompanied by a corresponding excise duty on similar raw material produced in France, but they gather from the debates in the French Chamber that this is not intended. If it is not intended, then the *Projet* is distinctly at variance with the spirit as well as with the letter of the Commercial Treaty and Supplementary Conventions, since it imposes a heavy differential duty on British raw material, the principal effect of which, so far as regards raw material which is produced in France as well as abroad, must be, not so much to raise additional revenue as to protect the producers of that material at the expense of British competitors and of French manufacturers and exporters. Indeed, it is probable that it may cause a heavy loss to the revenue, if it is proposed to impose a differential duty on foreign manufactured goods equivalent to the duty on the raw material; and, again, to grant to the French manufacturer an equivalent drawback on exportation. || Now, in the case of goods manufactured from raw material produced both in France and abroad, it will be impracticable to distinguish an exportation between goods made of foreign raw material and goods made of French raw material; and, if a drawback is granted on the latter, it will be, not a repayment of money which has been paid into the exchequer, but a bounty paid out of the exchequer to the manufacturer, and this payment will be a bounty, not to the manufacturer or to the producer of the raw material, for he will be able to raise his price of the raw material to the extent to which the price of the foreign raw material is raised by the duty on it. || The financial effect of this scheme it is for the French Government to consider; but when Her Majesty's Government are asked to modify the Treaty, or are told that they have assented to a modification on the ground that the modification is necessary, not for the purpose of protection but of revenue, the above observations on the financial effect of the *Projet* become important to them, as well as to the French Government.

Nr. 4691.
England und
Frankreich,
24. Jan. 1872.

Nr. 4692.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
[Extract.]

Nr. 4692. Of fourteen members who were elected yesterday to serve on ~~the~~ ^{the}
England und Committee of the Anglo-French Commercial Treaty, nine were understood ^{to}
Frankreich, be in favour of denouncing the Treaty, and five against denouncing it; the ~~of~~
24. Jan. 1872. ^{of}teenth member was not elected.

Nr. 4693.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. —
Gutachten der Kronjuristen über Thiers' Auslegung des Handels-
vertrags.

Nr. 4693. Her Majesty's Government have had under their consideration, in communi-
England und cation with the Law Advisers of the Crown, the interpretation put by M. Thiers
Frankreich, on the IXth Article of the Treaty of Commerce of 1860, and the IIIrd Article
26. Jan. 1872. of the Second Supplementary Convention of 1860, under which Articles the
French President, as would appear from the debates in the Chamber, claims a
right on the part of the French Government to impose a tax on raw materials,
as well as to impose additional duties, as "droits compensateurs", on manu-
factured goods, in the manufacture of which such raw materials enter. ¶ Her
Majesty's Government are of opinion that Article IX of the Treaty of Commerce
applies only to the articles enumerated in Article I of the same Treaty, with
the additional proviso that they should be of French production or manufacture,
and that consequently no increase of Customs duties can be imposed on such
articles of British origin or manufacture, unless a corresponding excise tax on
inland duty is previously imposed on similar articles of French production or
manufacture. ¶ Her Majesty's Government are further of opinion that, as to
Article III of the Second Supplementary Convention, no increase of Customs
duties beyond those specified in the Article itself can be imposed upon articles
of British origin and manufacture, except in the event of such modification of
the excise duties actually levied at the date of the Convention upon French
manufactures as would cause a corresponding increase in the cost of similar
articles of French manufacture. ¶ Your Excellency will see therefore that, in the
opinion of Her Majesty's Government, the view of M. Thiers is incompatible
with the terms of the existing Treaties. ¶ Your Excellency will make known the
views of Her Majesty's Government as above expressed to the French Government.

Nr. 4694.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. —
Ueber Pouyer-Quertier als Unterhändler.

..... Any member of the French Government would be received with
hospitality in England; but Her Majesty's Government would regret that the
Minister of Finance should take an important step like a visit to England at a
moment when his presence in Paris was probably required, unless there was a
reasonable chance of his mission being successful. || The announcement that his
visit had been without fruit might create that belief of the relations between the
two countries not being good, which it is the desire of Her Majesty's Govern-
ment to avoid. || I have, therefore, to request your Excellency, should the pro-
posal be further entertained, to inform Her Majesty's Government what is the
basis on which M. Pouyer-Quertier would be prepared to treat — whether his
visit would be in the hope of changing the decision of Her Majesty's Govern-
ment upon the scheme which had been proposed to them, which is not likely to
lead to a result; or whether he would be prepared to make such proposals as
would obviate the principal objections entertained by Her Majesty's Government
to the French scheme.

Nr. 4694.
England und
Frankreich,
26. Jan. 1872.

Nr. 4695.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. —
[Auszug.]

With reference to your Excellency's despatches of the 5th and 9th instant,
on the subject of the proposals of the French Government to reimpose differen-
tial duties on merchandize imported in foreign ships, I have to observe to your
Excellency that by the Supplementary Convention of the 16th November, 1860,
in the fibre and hackled, and raw cotton, when imported into France, direct
from British India, or from British entrepôts in British or French vessels, and
wool when imported direct from Australia, or from British entrepôts in
British vessels, must be admitted into France free of duty. || Upon these articles,
therefore, thus imported, the French Government are not at liberty to place any
tax or differential duty, and as any such duty must be imposed for the pur-
pose of protection and not of revenue, Her Majesty's Government would not feel
obliged in acceding to it. Further, all the articles of British origin or manu-
facture mentioned in the Tariff annexed to the Supplementary Convention in
question, when imported direct from the United Kingdom, under the British or

Nr. 4695.
England und
Frankreich,
27. Jan. 1872.

Nr. 4695.
England und
Frankreich,
27. Jan. 1872.

French flag, are to be admitted into France at the duties specified in the said Tariff. Consequently the whole duties to be levied on these articles, when so imported, including the proposed surtax or differential duty on goods imported from an entrepôt, must not exceed the duties specified in the said Tariff. But whether they do exceed them or not can only be known when both the surtax and the other proposed duties are known. I take this opportunity of inclosing for your Excellency's information a copy of a Memorandum drawn up in this Department, containing a list of the most recent and important Treaties which France has concluded with foreign countries, and showing the bearing of those Treaties on the question of differential duties.

Beilage.

Memorandum on the Proposal of the French Government to re-impose Differential Duties on Merchandise imported into France in Foreign Ships.

It is difficult to see how it is possible for France, consistently with her Treaty stipulations with foreign Powers, to levy such duties as "surtaxes de pavillon" and "surtaxes d'entrepôt", unless she, at the same time, makes the Decree levying such duties applicable to similar goods imported into France in national vessels. The following is a list of the most recent and most important Treaties which France has concluded with European Powers.

Austria	December 11, 1866
Belgium	May 1, 1861
Ditto	May 12, 1863
Italy	January 17, 1863
Netherlands	July 7, 1865
Prussia, etc.	August 2, 1862
Spain	June 18, 1865
Sweden	February 14, 1865
Switzerland	June 30, 1864.

In the Treaty of Commerce with Austria of 11th December, 1866, the following Article appears:— "Article X. Les produits non originaires de l'Empire d'Autriche importés d'Autriche en France, par mer, sous pavillon de l'une des Puissances Contractantes, ne seront pas soumis à des surtaxes plus élevées que celles dont sont ou pourront être frappés les produits importés en France sous pavillon français, d'ailleurs que du pays d'origine." And in the Treaty of Navigation of the same date there is the following Article:— "Article VI. Les marchandises de toute nature importées directement d'Autriche en France, sous pavillon autrichien, et, à partir du 12 juin, 1869, d'un pays quelconque; et réciproquement, les marchandises de toute nature importées sous pavillon français en Autriche ne payeront respectivement de plus forts droits

ne, ni d'autres de toute nature perçus au profit de l'État, des com-
 es corporations locales, de particuliers ou d'établissements quelconques,
 les étaient importées sous pavillon national." || These Treaties were con-
 or ten years, counting from the 1st January, 1867, and would therefore
 re till the 1st January, 1877. || The Treaty of Commerce with Belgium
 l, 1861, contains the following clauses: — || "Article XIII. Indépen-
 du régime d'entrée établi par le présent Traité à l'égard des produits
 inaires de Belgique, ces mêmes produits seront soumis aux surtaxes de
 on dont sont ou pourront être frappés les produits importés en France,
 illon français, d'ailleurs que des pays d'origine. || "Article XIV. Les
 dises de toute origine, importées de France par la frontière de terre,
 admises à l'entrée en Belgique aux mêmes droits que si elles y étaient
 s directement de France par mer et sous pavillon français. || "Les
 dises spécifiées ou non en l'Article XX de la Loi du 28 avril 1816, im-
 de Belgique par la frontière de terre, seront admises, pour la consom-
 ntérieure de l'Empire, moyennant l'acquittement des droits établis pour
 enances autres que celles des pays de production, sous pavillon français.
 s pour les cafés, la surtaxe ne dépassera pas 5 fr. par 100 kilos.,
 compris." || This Treaty was concluded for ten years, counting from the
 exchange of ratifications (27th May, 1861), to be continued from year
 until one of the Contracting Parties announced to the other its wish to
 e it | By a French Decree of 29th May, 1861, the dispositions of
 aty were expressly declared to be applicable to England. || The Treaty
 ly of 17th January, 1863, which was concluded for twelve years, count-
 the date of exchange of ratifications (19th January, 1864), and would
 e not expire till 19th January, 1876, contains similar Articles, which it
 convenient to repeat here in full: — || "Article X. Indépendamment du
 d'entrée établi par le présent Traité à l'égard des produits non origi-
 'Italie, ces mêmes produits seront soumis aux surtaxes de navigation
 et ou pourront être frappés les produits importés en France, sous pavillon
 d'ailleurs que des pays d'origine. || "Article XI. Les marchandises de
 igrine importées de France par la frontière de terre seront admises, à
 en Italie, aux mêmes droits que si elles y étaient importées directement
 ce par mer sous pavillon français. || "Les marchandises non originaires
 spécifiées ou non dans l'Article XXII de la Loi du 28 avril 1816, im-
 de l'Italie en France par la frontière de terre, seront admises, pour la
 nation intérieure de l'Empire, moyennant l'acquittement des droits établis
 s provenances autres que celles des pays de production sous pavillon
 ." || The Treaty with the Netherlands of 7th July, 1865, which was con-
 for twelve years from the date of exchange of ratifications, 10th August,
 nd would therefore not expire till 10th August, 1877, contains the fol-
 clause: — "Article XIV. Les produits non originaires des Pays-Bas im-
 le la Néerlande en France, soit par mer, soit par terre, aux conditions

Nr. 4665.
 England und
 Frankreich,
 27. Jan. 1872.

Nr. 4695. déterminées par l'Article X du présent Traité, soit par les voies fluviales
 England und
 Frankreich, seront pas soumis à des surtaxes plus élevées que celles dont sont ou po
 27. Jan. 1872. être frappés les produits importés en France sous pavillon français, d'a
 que des pays d'origine. Toutefois pour les cafés la surtaxe ne dépasse
 5 fr. par 100 kilos., décimes compris. || "Article XV. Les marchand
 toute origine importées de France, soit par terre, aux conditions déteri
 par l'Article X du présent Traité, soit par les voies fluviales, seront re
 à l'entrée dans les Pays-Bas, aux mêmes droits que si elles y étaient imp
 directement de France par mer et sous pavillon français." || The Treat
 Prussia and the Zollverein of 2nd August, 1862, contains the following claus
 "Article X. Indépendamment du régime d'entrée établi par le présent Tr
 l'égard des produits non originaires du Zollverein, ces mêmes produits
 soumis aux surtaxes de navigation dont sont ou pourront être frappés le
 duits importés en France, sous pavillon français, d'ailleurs que des pays
 gine." || This Treaty was concluded for twelve years, but was abrogated
 War of 1870—71. || By Article XI of the Treaty of Peace of 10th May,
 the commercial relations between France and Germany were placed up
 footing of the "most favoured nation". By the Additional Convention o
 December, 1871, the Treaties between those two countries which were i
 stence before the war, were renewed; but it has been recently explained
 Prussian Ambassador at Paris that the Commercial Treaties between
 and the Zollverein were not thereby put into force again, but, on the con
 that they would be regulated by Article XI of the Treaty of 10th May, 1
 The Treaty with Spain of 18th June, 1865, expressly declared the abolit
 "les surtaxes de douane", on "objets d'origine ou de manufactures" im
 into either country. || The Treaty of Commerce with Sweden of 14th Feb
 1865, which was concluded for twelve years, from the 22nd March, 1865
 will therefore not expire until 22nd March, 1877, contains the foll
 Article:— || "Article XI. Les produits non-originares de Suède ou de
 vége, importés des Royaumes-Unis en France, par mer, sous pavillon de
 des Puissances Contractantes, ne seront pas soumis à des surtaxes plus é
 que celles dont sont ou pourront être frappés les produits importés en F
 sous pavillon français, d'ailleurs que du pays d'origine. Toutefois, pou
 cafés la surtaxe ne dépassera pas 5 fr. par 100 kilos., décimes compris." ||
 Treaty was made applicable to Great Britain, Belgium and Italy, by F
 Decree of April, 1865. || The Treaty with Switzerland of 30th June, 1864
 cluded for twelve years from the 24th November, 1864, and which would,
 fore, remain in force till 24th November, 1876), contains the foll
 Article:— || "Article XII. Indépendamment du régime d'entrée établi
 présent Traité à l'égard des produits non originaires de la Suisse, ces n
 produits seront soumis aux surtaxes dont sont ou peuvent être frappés les
 duits importés en France sous pavillon français d'ailleurs que des pays
 gine." || In each of these Treaties, however, power is given to either par

terminate them by giving twelve months' notice. || In addition to the foregoing, ^{Nr. 4695.} France has concluded the following Treaties with other Powers, many of which ^{England und} contain "most favoured nation" clauses, as do also many of those from which ^{Frankreich,} the above extracts have been given:— ^{27. Jan. 1872.}

Argentine Confederation	July	10, 1853
Bolivia	December	9, 1834
Brazil	January	8, 1826
Ditto	June	7, 1826
Ditto	August	21, 1828
Chile	September	15, 1846
China	June	27, 1858
Colombia	May	15, 1856
Costa Rica	March	12, 1848
Denmark	August	23, 1742
Ditto	September	30, 1749
Ditto	February	8, 1842
Dominica	May	8, 1852
Equator	June	6, 1843
Greece	Query and Treaty.	
Guatemala	March	8, 1848
Haiti	February	12, 1838
Hanse Towns	March	4, 1865
Honduras :	February	22, 1856
Italy	June	13, 1862
Japan	October	9, 1858
Liberia	April	15, 1852
Madagascar	September	12, 1862
Mecklenburg	June	9, 1865
Mexico	March	9, 1839
Morocco	May	28, 1767
Muscat	November	17, 1844
Nicaragua	April	11, 1859
Paraguay	March	4, 1853
Paraguay, renewed	August	9, 18(?)
Persia	July	12, 1855
Peru	March	9, 1861
Portugal	March	9, 1853
Ditto	July	11, 1866
Prussia	August	2, 1862
Rome	July	29, 1867
Russia	June	14, 1857
Salvador	January	2, 1858

Nr. 4695.
England und
Frankreich,
27. Jan. 1872.

Sandwich Islands	October	29, 1857
Siam	August	15, 1856
Sweden	February	14, 1865
Switzerland	June	29, 1865
Tunis	November	15, 1824
Ditto	August	8, 1830
Turkey	April	29, 1861
Tripoli	June	19, 1801
Ditto	August	11, 1830
United States	June	24, 1822
Ditto renewed	July	7, 1863 or 1864
Uruguay	April	8, 1836
Ditto	September	26, 1867
Venezuela	March	25, 1843

Besides other small States.¹

(Signed) E. Hertsl

Foreign Office, January 20, 1872.

Nr. 4696.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. —
Der französische Geschäftsträger Gavard stellt die unmittelbare
Kündigung des Handelsvertrages in Aussicht.

Nr. 4696.
England und
Frankreich,
28. Jan. 1872.

M. Gavard informed me to-day that he was instructed by M. de Régnier to speak to me on the subject of the French Treaty, which might be denounced to-day or to-morrow. || He wished me clearly to understand that this step should be taken in no hostile sense to England. It was only a necessity created by the financial requirements of France, and it was not intended to use the power given by this denunciation of the Treaty in any Protectionist sense. || Nothing he said, would be done beyond what had already been announced to the British Government, and possibly the imposition of a Customs duty upon a few articles merely for fiscal purposes. || I asked M. Gavard whether he could tell me what these articles were. He said that he could not; but that the duty imposed would be of a purely fiscal, and not of a Protectionist character. I told M. Gavard that Her Majesty's Government regretted the course adopted by the French Government, which had raised the question of the denunciation of the Treaty; but that, as I had often said, we desired that the denunciation should not affect the cordiality of our political relations. || I added that,

¹ See Boiteau, *Traité de Commerce de France avec l'Etranger*, 1863.

the communication M. de Rémusat had received, he would not be surprised that a matter outside the Treaty, viz., the Law which had been passed on the mercantile marine, and the warehousing system, had caused Her Majesty's Government great regret; and that, anxious as they were to agree with M. de Rémusat in his friendly assurances that protection was not the object of the French Government, I could not forget that which M. Thiers had said in his Presidential Speech to the Assembly, where he grounded the necessity of the change conclusively on the want of further protection to some interests. ||

Nr. 4696.
England und
Frankreich,
28. Jan. 1872

Nr. 4697.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
Unterredung mit Rémusat. [Auszug.]

.
He observed that he had in perfect good faith believed that the discussions which had taken place, and the questions which had been asked by Her Majesty's Government respecting the duties on raw materials and the compensatory duties on goods, implied a recognition, on their part, of the principle involved. He had not at all understood that Her Majesty's Government had contracted any engagement on the subject, but he had thought, and he could not help still thinking, that the natural inference from all that occurred was that at any rate Her Majesty's Government did not reject the principle. " " Thus, then, I observed, there were two inferences to be drawn from my note . . . the first was, that Her Majesty's Government looked with apprehension to denunciation, in the belief that it would be a great step towards the final extinction of the Treaty; the second was, that as they agreed that the Treaty could be efficaciously denounced at any time, there was no cause whatever for precipitation on the part of the French Government. "

Nr. 4697.
England und
Frankreich,
28. Jan. 1872

Nr. 4698.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Mittheilung einer Note Rémusat's. Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen. [Auszug.]

I have the honour to transmit herewith to your Lordship copy of a note which I have received this morning from M. de Rémusat. He makes no allusion to the statements addressed to the National Assembly by the President

Nr. 4698.
England und
Frankreich,
29. Jan. 1872

Nr. 4698.
England und
Frankreich,
29. Jan. 1872.

of the Republic and the Minister of Commerce on the 15th instant. This omission reminds me that he mentioned cursorily in conversation with me yesterday that he believed that it was received as a rule in England that the Governments were not to be called to account by foreign Powers for any language they might use in Parliament. He would not, however, it is to be presumed, consider that foreign statesmen would err in looking for information respecting the views and intentions of a Government to speeches made in open debate by its principal members, and authentically published. Nor can it be supposed that if the information thus obtained should show a foreign Government that erroneous notice of their sentiments and conduct in an important matter had been formed, that it would be wrong in offering explanations to remove the error. The rule, such as it is, would appear to be sufficiently observed, if, as in the notes from me which M. de Rémusat is replying¹, all direct reference to the statements in Parliament be avoided in the official communications. || With regard, however, to the tax on raw materials, and to what have been termed in France compensatory duties, there is not perhaps at bottom much difference between the views taken in M. de Rémusat's note of the position of Her Majesty's Government, and that which Her Majesty's Government themselves take. || || He proceeds, indeed, to give an account of the communications between the two Governments, and endeavours to draw from it the conclusion that the French Government had reason to believe that the English Government admitted the principle of the French proposals. But this account, after all, shows no more than that Her Majesty's Government were willing to examine the details of any modifications of the Treaty desired for fiscal purposes by the French Government. Her Majesty's Government have always been willing to listen to such proposals, and are still willing to listen to them; but this is a very different thing from pledging themselves to agree to the proposals either in principle in detail, or from sanctioning, before the Treaty is modified by mutual consent, any departure from its stipulations. ||

Beilage.

Note des Ministers de Rémusat au Lord Lyons. [Auszug.]

Versailles, le² janvier, 1872

.
Le Gouvernement anglais . . . nous a déclaré à plusieurs reprises qu'il était sincèrement disposé à assister la France dans ses nécessités financières

¹ Da diese Noten lediglich den Sinn der Depeschen wiedergeben, die Lord Lyons von Earl Granville erhielt, so haben wir sie nicht gebracht. [Anm. d. Herausg.]

² Das Datum ist in dem Blaubuch offen gelassen. [Anm. d. Herausg.]

, par quel autre moyen pouvait-il réaliser ces assurances que par son acquiescement à des créations ou à des augmentations de taxes sur des objets de commerce? Nous avons dû penser en conséquence que le Gouvernement français ne faisait nulle objection directe au principe de nos propositions. Et en effet, jamais la faculté de modifier les tarifs en relevant modérément la taxe sur certains articles, jamais l'application que nous entendions faire du principe des droits compensateurs, ne nous ont été contestées. Si je me reporte soit aux communications que j'ai eu l'honneur d'avoir avec votre Excellence, ou aux explications qu'elle a échangées avec M. le Président de la République, soit aux lettres officielles émanées du Foreign Office, soit aux pourparlers dont les négociateurs français m'ont transmis la relation, aucune fin de non-recevoir n'a été opposée au fond de nos propositions, et nous avons été fondés à croire que toute difficulté portait sur les moyens d'exécution, sur le choix des marchandises admissibles, sur la quotité des tarifs, en un mot sur des questions particulières; tels sont en effet les seuls points abordés dans une négociation qui a duré de sept mois. Jamais nous n'avons été autorisés à supposer que le Gouvernement anglais fût décidé à résister à toute modification à la lettre des traités, ou qu'il repoussât l'application de l'Article IX au cas où des nécessités particulières obligeraient l'une des Parties Contractantes à imposer chez elle les conditions premières. Toujours nous avons eu lieu d'espérer qu'une entente partielle pourrait s'établir entre nous sur les points en discussion. Cependant, et surtout dans ces derniers temps, le Gouvernement Britannique ne nous a pas cessé d'ignorer sa répugnance à souscrire à des stipulations qui pourraient être à un certain degré, non des progrès mais des pas retrogrades dans la voie de la liberté des échanges; et il est vrai enfin que par une note du 23 novembre dernier, et pour la première fois, le Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique pour les Affaires Etrangères ne nous a laissé qu'un faible espoir de mener à bien les négociations si vainement prolongées. Non seulement il a retiré l'assentiment implicite accordé à l'admissibilité de nos bases de négociation, mais il nous a mieux fait connaître les considérations générales qui rendraient difficile au Gouvernement anglais de les accepter aujourd'hui. || Sans renoncer à l'espoir de voir par des explications ultérieures s'aplanir des difficultés que nous regrettons, et s'attester par des effets les dispositions bienveillantes dont nous avons reçu l'assurance répétée, la nécessité de recouvrer la liberté fiscale et la faculté de recourir à toutes les ressources qui peuvent provenir aux nécessités de nos finances nous détermineront à ne pas prolonger la durée des Conventions Commerciales qui nous lient avec l'Angleterre et dont le terme est arrivé. Nous avons longtemps désiré éviter la dénonciation du Traité du 23 janvier 1860; mais il nous a paru que le Gouvernement Britannique lui-même la préférerait à des modifications qui pourraient, du moins en apparence, coûter quelque chose à la rigueur de ses principes économiques. En dénonçant le Traité, nous n'entendrions nullement fermer la négociation, qui ne peut que se renouveler en le modifiant. Jusqu'au jour où ses effets doivent expirer,

Nr. 4698.
England und
Frankreich,
29. Jan. 1872.

Nr. 4698.
England und
Frankreich,
29. Jan. 1872.

elle resterait ouverte. D'ailleurs, en reprenant notre liberté nous n'aurions nulle intention de rouvrir une guerre de douanes. Les bases générales de notre régime commercial seraient respectées. La Grande Bretagne nous a souven-
t rappelé que le Traité de 1860, ou les Traités de Commerce en général, étaient
contraires aux vrais principes de la liberté des échanges. Nous pensons donc
qu'elle le verra expirer sans regret, si, comme nous en avons la ferme assurance,
les bonnes et utiles relations qui unissent nos deux pays sont soigneusement
maintenues. Nous acceptons avec une entière confiance la déclaration portant
que l'Angleterre, fidèle à ses principes, ne reviendra jamais aux représailles
douanières d'une autre époque, et quant à sa liberté fiscale elle n'avait pas
besoin de nous rappeler qu'elle la recouvrerait par les mesures mêmes qui nous
rendraient la nôtre. L'Angleterre et la France sont l'une et l'autre trop
éclairées pour en abuser.

Nr. 4699.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
Bitte um Instruktionen, ob der Inhalt der Depesche Nr. 4695 der
französischen Regierung mitgetheilt werden soll. [Extract.]

Nr. 4699.
England und
Frankreich,
29. Jan. 1872.

I had yesterday, at Paris, the honour to receive your Lordship's despatch
of the day before, giving me information as to the views of Her Majesty's
Government with regard to the bearing of the Anglo-French Treaties upon the
provisions of the Bill now before the Assembly for imposing taxes affecting
French and foreign merchant-vessels. In this despatch your Lordship points
out certain cases in which, according to those Treaties, some of the provisions
of the Bill could not be applied. || Your Lordship does not instruct me to com-
municate the views expressed in this despatch to the French Government; and
it is plain that it would be difficult to make a complete or perhaps even a per-
fectly accurate communication until the question of the extent to which we are
entitled to claim the privileges granted by Treaty to other nations is deter-
mined. || Nevertheless, as it seems probable that the Bill will be passed to-morrow
or the next day, and that it will be brought into operation as soon as possible
afterwards, I have thought it right to inquire of your Lordship to-day, by
telegram from this place, whether you would wish me to communicate the sub-
stance of your despatch, so far as it goes, to the French Government at once;
or to wait for further instructions. || On the one hand, it might, perhaps, be
more easy to prevent the improper enforcement of the law by representations
beforehand than to obtain the correction of an erroneous application once
actually made. On the other hand, an imperfect communication might lead to
inconveniences and embarrassment in treating the matter afterwards. || Your

Lordship will not have failed to observe that, in the course of the debates, the Government fully admitted that the law could not be applied in cases in which it was opposed to Treaty stipulations. The following language was indeed used by the Minister for Foreign Affairs on the 24th instant: — || “Le Gouvernement approuve le Projet de Loi de la Commission; mais en même temps il rappelle à l’Assemblée, ce qu’elle sait probablement, c’est que le Projet de Loi en ce qui concerne le droit de francisation et en ce qui touche la surtaxe de pavillon, n’est pas immédiatement universellement applicable. Il sera appliqué par le Gouvernement à mesure que nous recouvrerons notre liberté, soit par la dénonciation des traités soit par des négociations.” || In a speech made in the same day’s debate the Minister of Finance enlarged on the necessity of voting the law as an essential preliminary to successful negotiation with foreign Powers. || With reference to the Memorandum inclosed in your Lordship’s despatch, I may observe that, I understand the Bill, the “surtaxe de pavillon” is (as indeed its name imports) essentially a differential tax upon merchandize imported in vessels under foreign flags, while the “surtaxes d’entrepôt” is to be levied upon merchandize whatever vessels, French or foreign, it may be imported.

Nr. 4699.
England und
Frankreich,
29. Jan. 1872.

Nr. 4700.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Der Bericht des Ausschusses der Nationalversammlung über die Kündigung des Handelsvertrags. Behauptungen Rémusat’s in dieser Versammlung. [Auszug.]

I have the honour to transmit to your Lordship copies of the Report of the Committee on the denunciation of the Treaties of Commerce, which has been published in the “Journal Officiel” this morning. || It recites an explanation given by M. de Rémusat on the subject of the negotiation with England, in the course of which he appears to have said that the French Government is persuaded that England would prefer the denunciation, which, by setting aside the Treaty, would make it more easy for her to consent to modifications of the Tariff. He seems to have affirmed that it resulted from the reiterated assurances of England that it would be easier for her to make concessions after the denunciation of the Treaty than before; and to have expressed the opinion that, on, thanks to the denunciation, France should have obtained from England the changes in the Tariff which she requires, the other Powers would be more likely to agree to similar changes. || Both M. de Rémusat and the Committee were very positive in disclaiming all intention to return to a protective system . . . || In answer to a motion for adjournment, M. de Rémusat declared that, in the interest of the negotiation, the Government was desirous that the question

Nr. 4700.
England und
Frankreich,
30. Jan. 1872.

Nr. 4699.
England und
Frankreich,
29. Jan. 1872.

should be decided as soon as possible. He added, however, that the French Government had always been of opinion that the Treaty could be efficaciously denounced on any day, and that he had now received the assurance that Her Majesty's Government took the same view.

Beilage.

Auszug aus dem "Journal Officiel" vom 30. Januar 1872.

Rapport fait au nom de la Commission chargée d'examiner les propositions de lois de MM. Johnston et Raoul Duval, relatives aux Traités de Commerce (urgence déclarée), par M. Delsol, Membre de l'Assemblée Nationale.

.
Le désir du Gouvernement, plusieurs fois manifesté, notamment au sein de votre Commission, est d'obtenir l'autorisation de dénoncer les Traités, particulièrement celui fait avec l'Angleterre. || Les Commissaires nommés dans les bureaux de l'Assemblée se sont prononcés dans le même sens à une majorité de 10 voix contre 5. Vous savez, Messieurs, que pour la dénonciation du Traité fait avec l'Angleterre, le 4 février prochain est dans une opinion fort accréditée un terme de rigueur. || Cette opinion, il est vrai, n'est point partagée par le Gouvernement, mais il suffit qu'un doute puisse s'élever pour que la dénonciation doive être faite avant cette date. La dénonciation d'un Traité a, comme le Traité lui-même, un caractère libéral, et dans le cas où le Gouvernement anglais n'admettrait pas que la dénonciation puisse avoir lieu à toute époque, nous serions exposés à voir le Traité se prolonger, non plus jusqu'au 4 février, 1873, mais jusqu'au 4 février 1874. || Les partisans de la dénonciation ont commencé par écarter toute pensée d'un retour plus ou moins déguisé au régime qui existait avant les Traités. Ils ont reconnu que ces Traités ont opéré en France une révolution économique; il y aurait le plus grand péril pour l'industrie nationale à subir une contre-révolution, surtout dans les temps agités que nous traversons. Ils ont donc mis hors du débat la thèse du système protecteur et celle du libre échange. Ces hautes questions économiques leur ont même paru étrangères au mandat qui a été confié à la Commission, car le point à décider n'est pas de savoir si la France adoptera tel ou tel régime, mais si le Gouvernement sera ou non autorisé à dénoncer les Traités de Commerce arrivés à expiration. || Cela posé, la dénonciation des Traités leur a paru commandée par les nécessités financières, nées des derniers événements. Tant que les Traités sont en vigueur, la France ne peut pas toucher à ses Tarifs de douane sans obtenir l'assentiment des autres Puissances, et cette source importante de revenus, qui a permis aux Etats-Unis de réparer si rapidement les désastres de la guerre de sécession, ne peut fournir chez nous au Trésor des sommes insuffisantes. || En un mot la majorité de votre Commission a été

Nr. 4700.
England und
Frankreich,
30. Jan. 1872.

ris qu'il y a lieu d'autoriser la dénonciation pour recouvrer la faculté de modifier nos droits de douane selon les exigences de notre situation financière. Les besoins pressants du Trésor l'ont seuls préoccupée. Point de réaction économique, liberté de nos tarifs, telle est sa pensée; il n'y a rien de plus dans la résolution qu'elle a cru devoir adopter. Il va, toutefois, sans dire que le but principal qu'elle poursuit ne doit pas faire obstacle à la rectification de certaines erreurs commises dans les tarifs de 1860 et reconnues depuis cette époque. Le Gouvernement lui-même prévoit et autorise les modifications dont la nécessité ou l'utilité aurait été démontrée par l'expérience. La minorité de la Commission a combattu la dénonciation avec la plus grande énergie. Elle a invoqué tour à tour des considérations économiques et des considérations politiques. Au point de vue économique, elle a soutenu que, malgré toutes les protestations contraires, la dénonciation serait envisagée comme un pas fait en arrière et comme un retour au régime protecteur. Tout en reconnaissant que la liberté des Tarifs constitue le droit commun entre les nations, elle affirme qu'en fait la France a retiré les plus grands avantages de son Traité avec l'Angleterre. Depuis 1860, le chiffre des échanges entre les deux pays a considérablement progressé. Le Gouvernement anglais avait abandonné ses taxes fiscales sur 151 articles de douane, et notamment sur les soieries, qui produisaient à son Trésor un revenu important. Il avait réduit dans de très-notables proportions les droits sur les vins et les eaux-de-vie. N'est-il pas à craindre, si le Traité est dénoncé, que ces concessions ne soient retirées, et qu'à l'élévation, si modérée qu'elle soit, de nos Tarifs, l'Angleterre ne réponde par la surélévation des siens? Dans la guerre des peuples, faut-il s'exposer à la guerre des Tarifs? Examinons ensuite les négociations qui ont eu lieu entre les deux Gouvernements, les adversaires de la dénonciation prétendent que la crainte d'un retour au régime protecteur est la véritable cause qui a jusqu'ici empêché l'Angleterre de consentir aux modifications qui lui étaient demandées. S'il ne s'était pas trouvé en Angleterre de tendances protectionnistes, le Gouvernement anglais eût facilement accepté ces modifications. L'Article XXI du Traité ne stipule-t-il pas formellement que les Parties Contractantes pourront y introduire, d'un commun accord, tout changement qui ne serait pas en opposition avec son esprit ou ses principes? L'Article IX ne permet-il pas à chaque Puissance qui jugerait nécessaire d'établir un impôt sur un article de production ou de fabrication nationale, de grever immédiatement d'un droit égal à l'importation l'article similaire étranger? La résistance de l'Angleterre aux modifications qui lui ont été proposées ne peut donc s'expliquer que par leur caractère plus ou moins protectionniste, et par l'opposition qui existait entre elles et l'esprit ou les principes du Traité. La dénonciation, a-t-on ajouté, produira sans aucun doute, dans ce pays, attaché aux doctrines du libre échange, un vif mécontentement. Les négociations, pour obtenir les modifications de Tarifs nécessaires à nos finances, deviendront plus difficiles et leur succès sera gravement compromis. Enfin, on ne peut espérer retirer aucun avantage de la dénonciation isolée des Traités

Nr. 4700.
England und
Frankreich,
30. Jan. 1872.

faits avec l'Angleterre ou avec la Belgique; car, les marchandises de ces deux pays pourront toujours pénétrer en France, sous le couvert des Puissances voisines envers lesquelles nous resterons liés par des Traités qui ne peuvent pas encore être dénoncés. Pour être réellement efficace, la dénonciation devrait être applicable à tous les Traités, et ce n'est qu'en 1877 que les derniers d'entre eux doivent expirer. Au point de vue politique, la minorité de la Commission a exprimé la crainte que la dénonciation des Traités ne nous aliène les sympathies des autres Puissances. L'Angleterre sera froissée dans ses idées économiques. Les États secondaires, voisins de la France, se jetteront volontiers dans les bras de l'Allemagne, qui ne manquera pas de leur faciliter l'accès de son vaste marché. L'isolement politique dans lequel nos malheurs nous ont jetés sera ainsi doublé de notre isolement commercial. La minorité a demandé avec insistance la communication des pièces diplomatiques qui ont été échangées à l'occasion des négociations poursuivies avec l'Angleterre. Ces pièces peuvent seules établir la nature de ces négociations et montrer qu'elles n'ont pas eu lieu dans un but protectionniste. La Commission tout entière s'est associée à ce vœu. Le Gouvernement a ensuite été invité par la Commission à fournir des explications sur les questions diplomatiques ou commerciales qui viennent d'être soulevées. M. le Ministre des Affaires Étrangères, répondant aux diverses questions qui lui ont été adressées, a déclaré que la minorité de la Commission se méprenait sur la nature des négociations qui ont eu lieu et sur les effets commerciaux ou politiques que produirait la dénonciation du Traité fait avec l'Angleterre. Il a affirmé que le Gouvernement ne poursuivait le rétablissement ni direct ni indirect du régime protecteur, et qu'il voulait simplement recouvrer la liberté de nos tarifs, liberté qui nous est d'autant plus nécessaire que nous avons de plus lourdes charges à supporter. Une note sommaire qu'il a placée sous les yeux de la Commission comme exprimant le caractère vrai des négociations, porte, en termes formels, que le but du Gouvernement, en faisant les ouvertures à l'Angleterre, "était avant tout de maintenir les bases essentielles du régime qui préside, depuis plus de dix ans, aux relations des deux pays." Il a dit que les Puissances étrangères étaient sympathiques aux malheurs de la France, et que l'Angleterre, notamment, se déclarait disposée à nous rendre plus faciles les moyens de parer à nos nécessités financières. Seulement, lorsque les modifications aux tarifs lui ont été proposées en vertu des Articles IX et XXI du Traité, elle n'a pas voulu y consentir par le motif que, d'une part, ces modifications ne lui semblaient pas suffisamment rentrer dans la lettre ou dans l'esprit du Traité, et que, d'autre part, elle ne voulait pas paraître renoncer en quelque sorte spontanément et d'elle-même aux doctrines qui ont prévalu en 1860. Dans la conviction de M. le Ministre, le Gouvernement anglais préférerait la dénonciation, qui, en le plaçant sur un terrain autre que celui du Traité, doit lui rendre plus faciles les concessions relatives aux modifications de tarifs. Aucune irritation, aucun mécontentement ne sont à craindre de sa part, du moment que la dénonciation, au lieu d'être le triomphe des doctrines Protection-

signal d'une contre-révolution économique, n'a pour but que des Nr. 4700.
England und
Frankreich.
30. Jan. 1872.
 les trop justifiées par nos derniers désastres et par l'état de nos
 orsque, grâce à la dénonciation, la France aura obtenu de l'Angle-
 ngements de Tarifs qui nous sont nécessaires, M. le Ministre n'hésite
 r que les autres Puissances nous accorderont plus facilement des
 analogues. || Dans tous les cas il ne croit pas que la dénonciation
 efficacité parce qu'elle ne s'appliquerait qu'à un ou deux Traités
 l'est clair que les frais de transport que les marchandises anglaises,
 , devraient supporter pour aller rejoindre la frontière de l'une des
 avec lesquelles nous resterons liés, rendraient cette introduction
 us onéreuse que ne le serait l'élévation modérée des Tarifs actuels. ||
 ent le Gouvernement ne voulait point de la dénonciation. Il espérait
 n but en négociant. S'il la demande aujourd'hui, c'est quelle est
 ulaire au succès même des négociations à suivre pour les modi-
 Tarifs. Mais les dispositions bien connues de l'Angleterre, son
 mercial et sa fidélité aux principes de la liberté des échanges ne
 pas un instant de supposer qu'elle nous fera une guerre de Tarifs,
 ire il résulte de ses affirmations réitérées que les concessions lui
 facile après la dénonciation qu'elles ne le sont en ce moment. ||
 communication des pièces diplomatiques, M. le Ministre dit que les
 étant, non pas interrompues, mais simplement suspendues, elle ne
 e faite sans de graves inconvénients. || La Commission a regretté que
 nication soit impossible, mais la majorité de ses membres a pensé,
 ce des déclarations faites par M. le Ministre, il n'y avait pas lieu
 vantage. || Comment, d'ailleurs, pourrait-on sérieusement craindre
 ernerment revienne au régime antérieur aux Traités? N'est-ce pas
 qui doit régler les conditions du travail national? N'est-ce pas elle
 viser les Tarifs, en sauvegardant à la fois les intérêts de notre
 les besoins de nos finances? || Jusqu'à ce que cette révision soit
 Commission pense que les Tarifs actuels, tels qu'ils ont été annexés
 doivent rester en vigueur. §

Beilage.

Note Sommaire mentionnée au Rapport. •

propositions ont été soumises, il y a quatre mois, au Gouvernement
 r le renouvellement du Traité de Commerce conclu, en 1860, entre
 t la Grande Bretagne. || Le but du Gouvernement français, en faisant
 res, était avant tout de maintenir les bases essentielles du régime
 depuis plus de dix ans, aux relations des deux pays, et de rendre
 ions de nos Conventions, révocables d'année en année depuis 1870,

Nr. 4700.
England und
Frankreich.
30. Jan. 1872.

la fixité nécessaire pour assurer les opérations du commerce. Parmi les modifications que la France demandait, les unes, prévues par le Traité, sont les conséquences nécessaires des changements qui pourraient être introduits dans notre législation intérieure, mais l'examen de cette partie de nos propositions a dû, naturellement, être ajourné jusqu'au moment où nous aurons nous-mêmes arrêté le régime réservé en France aux matières premières. La négociation de l'arrangement projeté ne pouvait donc, quant à présent, porter que sur quelques rectifications dont la nécessité a été démontrée dans l'enquête ouverte devant le Corps Législatif en 1869. Comme l'indique leur dénomination même, ces modifications rectifient certains points spéciaux, sans altérer en rien l'esprit des stipulations de 1860, et tendent, au contraire, à rentrer dans l'application de ses prévisions générales quant aux taux des droits à établir. Il ne s'agit, au surplus, que de l'addition de quelques tant pour cent sur les droits afférents aux fils fins de coton et de lin, aux mousselines et aux tissus mélangés de laine. Il n'y a rien de plus dans les propositions de la France. Bien que les deux Gouvernements n'aient pas encore réussi à se mettre d'accord pour leur adoption, il est permis d'espérer qu'ils arriveront à une entente pour conserver aux deux pays les avantages du régime en vigueur et empêcher leur relations commerciales de retomber sous l'empire du Tarif général, c'est-à-dire, des droits prohibitifs, le seul régime applicable aux importations anglaises, à défaut d'une Convention qui en modifie les rigueurs.

Nr. 4701.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit Thiers. [Auszug.]

Nr. 4701.
England und
Frankreich,
30. Jan. 1872.

M. Thiers proceeded to observe that the late communications from Her Majesty's Government had not been agreeable, and that though he declined to enter into a controversy on the subject, he could not admit that they were perfectly accurate in the conclusions they drew as to the negotiations. I said to M. Thiers that statements made in the Assembly had certainly conveyed the impression that Her Majesty's Government had already agreed to sanction measures in opposition to the Treaty stipulations. It was, I added, a duty which they owed to the Queen's subjects, whose commercial interests were involved, no less than to the French Government and to themselves, to correct, with promptitude and in categorical language, so serious a mistake. M. Thiers remarked that he must except from all animadversion the last communication from Her Majesty's Government which I had made to M. de Rémusat the day before. That, he said, was very good. The communication M. Thiers meant was that contained in my note to M. de Rémusat of the day before yesterday,

which embodied the substance of your Lordship's despatch of the 27th instant. I went on to say that whatever steps he might determine to take, I felt sure he would never lose sight of the importance of using every endeavour to prevent a diminution of good-feeling between the two Governments and the two nations. In this spirit I was most anxious, I said, to impress upon him at once the importance of care in punctually executing the Treaty in detail, and in not allowing subordinate authorities to strain its stipulations, and levy exaggerated duties. The controversies which would arise from any such proceedings could hardly, I thought, fail to produce an unfortunate effect. || M. Thiers answered that I need be under no apprehension respecting this matter.

Nr. 4701.
England und
Frankreich,
30. Jan. 1872.

Nr. 4702.

ENGLAND und FRANKREICH. — Note des Gesandten Lord Lyons an den Minister Rémusat. — Sie giebt den Sinn der Depesche des Grafen Granville vom 27. Januar 1871 (Nr. 4695) wieder.

Nr. 4702.
England und
Frankreich,
30. Jan. 1872.

Nr. 4703.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —

Whether the Treaty be now destined to endure or to come to an end, and whatever may be its merits or demerits as a commercial arrangement, it has mainly led to the attainment of one of the principal objects for which it was concluded by England. It has undoubtedly contributed in a very large degree to spread the principles of free trade in France, and has raised up important interests in support of those principles. The progress in this direction since 1860 is manifest to all observers, but a more remarkable fact is the very great increase of liberal opinion in commercial matters since the Parliamentary inquiry which was made by the Imperial Corps Législatif, only two years ago. || Your Lordship is well aware that I myself think that the political results of an abolition of the Treaty would be very injurious to cordiality between the two countries; that it would produce an impression that the friendship between them was diminished; and that the mere existence of this impression would have the effect of soon making it only too correct. On political grounds, therefore, I am very desirous the Treaty should be preserved, and I also confess that I do sympathize strongly with the French in their financial straits, and perfectly understand the annoyance which they feel at the restrictions which the Treaties

Nr. 4703.
England und
Frankreich,
1. Febr. 1872.

Nr. 4703.
England und
Frankreich,
1. Febr. 1872.

impose on their adopting such measures as they themselves consider to be best calculated to supply their urgent needs. ¶ It is natural, therefore, that I should look with some discouragement at the present state of the negotiation. | The Bill authorizing the denunciation provides for the maintenance of the Treaty tariffs until new tariffs be established by the Assembly, and the natural course therefore would be for the French Government to wait until these normal tariffs were voted, and then propose to Her Majesty's Government to bring the Treaty as nearly as possible into accordance with them. This was the course which would, it was supposed, have been pursued under the Empire, if the Parliamentary inquiry had not been interrupted by the war. A Committee upon the subject of tariffs is now sitting, but it may be weeks or months before the tariffs are settled and presented to the Assembly, and it is impossible to say beforehand what may be the nature of them, though it may perhaps be fairly expected that they will be tolerably liberal. In the meantime, however, the Treaty, if now denounced, will be drawing to a close, while, even if pressed to do so by the French Government, it would be very difficult for Her Majesty's Government to agree beforehand to concessions which might be used as arguments with the Assembly to increase the burthensome character of the new tariffs. Again, it is difficult to suppose that the Protectionist element will be altogether eliminated from the new tariff. It is true with regard to Customs duties that most fiscal measures involve incidentally some degree of protection, and that duties imposed for revenue are often incidentally protective, and it may in some cases be difficult to decide which is the essence and which is the accident. ¶ Nor is it easy to show that the French revenue would derive any material benefit from the modifications proposed, or from the abrogation of the Treaty so long as other nations preserved their Treaty tariffs. The result might, indeed, be to diminish the supply of certain commodities, and so to give a sort of protection to French producers; but the imposing an exceptionally high rate of duty on English commodities would tend to drive the French consumer to seek those commodities from countries still holding Treaties, and thus, instead of deriving an increased Customs revenue, the French Government would simply exclude English articles. ¶ I have not been able to ascertain whether the French Government contemplates any change in the proposals already made. It would, I think, be a very fortunate circumstance, if the protectionist element in the Assembly could be eliminated, or so reduced in amount that Her Majesty's Government would be justified in agreeing to them. ¶ There would then remain to be settled the position in which England would stand, in the period which would elapse between her consenting to the new duties, and the time at which they might be admitted by or enforced against other nations. In July M. Thiers authorized me to state to your Lordship from him, that he considered himself bound to secure to Her Majesty's Government all the advantages which should be retained by any other Power. But the strongest objections to most-favoured-nation clauses have since been expressed in the Assembly by M. Thiers himself, and

other members of the French Government; and certainly the draft of a Convention submitted to your Lordship by the Duc de Broglie on the 13th September last does not appear to provide clearly for giving effect to M. Thiers' assurance to me. It simply states that all the stipulations of the Treaties of 1860 shall remain in force, except those which are contrary to the new Convention. This would, no doubt, revive the most-favoured-nation clause of 1860 so far as regarded other matters; but it is by no means clear that it would sufficiently guard against duties, increased by the Convention itself, being imposed on England until they could be equally imposed on all foreign nations. || But however this may be, the inducements on purely commercial grounds to preserve or modify the Treaty do not appear on the surface to be very great. || If the French Government adheres to its announcement that with or without a Treaty it will not impose higher duties than those it has already proposed to England, the only result of our agreeing to its proposals would seem to be to enable it to levy the higher duties on our productions without waiting for the Treaty to run out. || On the other hand, if a proper most-favoured-nation clause were inserted in a new Convention with us, France would be precluded from carrying the Convention into effect so long as Treaties with any other Powers subsisted. || Of the commercial disadvantage to England of being left without the shield of a Treaty while other countries were able to hold France to the observance of her engagements with them, I am not competent to judge. Possibly, the diversion of one tributary from the ocean of British commerce might not cause any very sensible diminution of it; but, as I have already said, the political and diplomatic disadvantages of abrogation appear to me to be well worthy of being taken into account.

Nr. 4703.
England und
Frankreich,
1. Febr. 1872.

Nr. 4704.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. —

I have received just in time, to send to your Lordship the inclosed copy of it by to-day's post, a note from M. de Rémusat in answer to that dated the 28th instant, in which I communicated to him the views of Her Majesty's Government respecting the negotiations on the subject of the Commercial Treaty.

Nr. 4704.
England und
Frankreich,
2. Febr. 1872.

Beilage.

Note des Ministers de Rémusat an Lord Lyons. [Auszug.]

.
Je suis heureux, M. l'Ambassadeur, de reconnaître que les vues
du Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'accordent en grande partie avec

Nr. 4704.
England und
Frankreich,
2. Febr. 1872.

celles du Gouvernement français. Nous tenons également au maintien de la cordialité des relations entre les deux pays. Nous espérons que les négociations pourront être continuées utilement, et la dénonciation du Traité, si nous sommes conduits à y recourir, ne les interromperait pas. Dans le cas où il serait définitivement abrogé, l'esprit qui présiderait à notre régime commercial serait l'esprit même dans lequel le Traité a été conçu. Les modifications que nous avons déjà proposées sont le type de celles que nous pourrions alors adopter, et nous nous conformerions, à cet égard, aux déclarations que M. le Président de la République a faite dans son Message à l'Assemblée Nationale du 6 décembre 1871.

Agréez, etc.

(Signé)

Rémusat.

Nr. 4705.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —

Nr. 4705.
England und
Frankreich,
2. Febr. 1872.

I have received . . . the inclosed copy, by to-day's post, of a note from M. de Rémusat, in answer to that dated the 28th ultimo, in which I made known to him the views of Her Majesty's Government respecting the bearing of the Anglo-French Treaties upon the duties on raw material and compensatory duties on manufactured goods.

Beilage.

Note des Ministers Rémusat an Lord Lyons.

Versailles, le 1 février 1872.

Votre Excellence m'a fait l'honneur de me remettre une lettre en date du 28 janvier dernier, par laquelle elle me fait connaître la manière dont le Gouvernement de la Reine entend l'application de l'Article IX du Traité de Commerce et de l'Article III de la Convention Additionnelle du 16 novembre. Il résulterait de cette interprétation que les taxes que le Gouvernement français se proposait d'établir sur les matières premières ne sauraient en effet être établies sans infraction aux Articles précités. Je n'ai pas le dessein de discuter en ce moment cette question. Je remarquerai seulement que l'esprit des stipulations sur lesquelles nous nous sommes appuyés est tellement favorable à nos propositions que pendant sept mois de négociations elles n'avaient jamais été contestées en principe. L'objection formelle tirée du texte des Traités nous est notifiée pour la première fois. En se bornant dès le début à nous demander des éclaircissements et des Projets de Tarif, le Gouvernement Britannique semblait

mettre implicitement le système proposé comme base de négociation. Il nous avait laissés jusqu'à ces derniers temps dans cette persuasion. Si l'opinion dont nous recevons aujourd'hui l'expression devait être considérée comme un rejet absolu des mesures qui sont peut-être les seules propres à compléter les ressources dont nous avons besoin pour faire face à nos nécessités financières, ce serait pour nous un motif nouveau de recourir à la dénonciation du Traité, le seul moyen qui nous resterait de recouvrer notre liberté fiscale. En toute hypothèse, d'ailleurs, nous n'en userions qu'avec une grande modération, et dans un esprit propre à entretenir les bons rapports qui unissent nos deux nations.

Agréez, etc.

(Signé) Rémusat.

Nr. 4705.
England und
Frankreich.
2. Febr. 1872.

Nr. 4706.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. — Unterredung mit Rémusat. Die französische Regierung will die Unterhandlungen wieder aufnehmen. Lord Lyons empfiehlt der französischen Regierung genaue Beobachtung des Vertrages.

[Auszug.]

M. de Rémusat proceeded to tell me that the negotiation would, he conceived, be resumed without delay, although it would still be difficult for the French Government to make any specific proposals respecting the two most important points — the duties on raw materials and the compensatory duties on foreign manufactured articles, as it was still uncertain what the Assembly might decide upon these points; on other matters, however, communications might, he said, take place at once. I observed to him that in the mode of conducting the negotiations the great object to be arrived at was, that, whatever might be the result, the good feeling between the two Governments and the two nations might not be impaired, or even seem to be impaired. With this view, I would suggest that a frank and full communication of the views and wishes of the French Government should be made to Her Majesty's Government in a quiet unostentatious manner through the usual diplomatic channels; and I remarked that the two Governments having in this way ascertained how far they could go to meet each other's wishes, would then be in a position to take whatever further steps might seem best calculated, under the circumstances, to maintain the cordiality of their general relations. There was, I said, another matter respecting which I had already spoken to the President of the Republic, and which I wished particularly to press upon the attention of the French Government. This was the extreme importance of executing the Treaty with good faith and in a fair and liberal spirit, so long as it continued to be in force. To do this would,

Nr. 4706.
England und
Frankreich,
3. Febr. 1872.

Nr. 4706.
England und
Frankreich,
3. Febr. 1872.

I said, require not only good-will, but care and watchfulness; for there would be not improbably a tendency on the part of the subordinate authorities show their zeal by collecting as much revenue as possible. || If this feeling should lead them to put a strained construction on the Treaty stipulations, and to levy unwarrantable or doubtful duties, the effect would be most deplorable. It would become next to impossible to avoid bitterness, if continual controversies were going on upon the details of the execution of the Treaty. || M. de Rémusat said that he appreciated the spirit in which I made these observations and quite understood their importance, and that he would press them upon the attention of the Minister of Finance.

Nr. 4707.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. —

Nr. 4707.
England und
Frankreich,
3. Febr. 1872.

I have the honour to inclose herewith to your Lordship, extracted from the "Journal Officiel" of this day, the Law on the Mercantile Navy as promulgated by the President of the Republic.

Beilage.

Aus dem "Journal Officiel" vom 3. Februar 1872.

Versailles, le 2 février 1872.

L'Assemblée Nationale a adopté,

Le Président de la République Française promulgue la Loi dont la teneur suit: —

Article 1. Les marchandises importées par navires étrangers, autre que celles provenant des Colonies Françaises, seront passibles de surtaxes de pavillon fixées par 100 kilos comme ci-après: Des pays d'Europe et du bassin de la Méditerranée, 75 c.; Des pays hors d'Europe, en deçà des Caps Horn et de Bonne Espérance, 1 fr. 50 c.; Des pays au delà des Caps, 2 fr.

Art. 2. Toutefois, les surtaxes édictées par l'Article précédent ne seront pas applicables au guano.

Art. 3. Les marchandises des pays hors d'Europe seront passibles, à leur importation des entrepôts d'Europe, d'une surtaxe de 3 fr. per 100 kilos. Cette disposition n'est pas applicable aux marchandises que les lois actuellement en vigueur assujettissent à des surcharges plus élevées.

Art. 4. Les dispositions des Articles 1 et 3 sont applicables aux relations de l'Algérie avec l'étranger.

Art. 5. Les droits à l'importation des bâtiments de mer sont fixés
 comme suit: Nr. 4707.
England u.
Frankreich,
3. Febr. 1872.

Bâtiments grésés et armés.

A voiles, en bois	40 fr. par tonneau de jauge.
„ en bois et fer	50 „ „ „ „ „
„ en fer	60 „ „ „ „ „

A vapeur, droits ci-dessus augmentés du droit afférent à la machine.

Coques de bâtiments de mer.

En bois	30 fr. par tonneau de jauge.
En bois et fer	40 „ „ „ „ „
En fer	50 „ „ „ „ „

Ces droits ne seront pas applicables aux navires étrangers dont l'achat
 antérieur à la promulgation de la présente Loi sera justifié par des actes
 authentiques ou sous seing-privé ayant date certaine.

Art. 6. Les navires de tout pavillon, venant de l'étranger ou des colonies
 possessions françaises, chargés en totalité ou en partie, acquitteront, pour
 le débarquement au quai, une taxe fixée par tonneau de jauge, savoir: — | Pour les prove-
 nances des pays d'Europe ou du bassin de la Méditerranée, 50 c. || Pour les
 rivages de tous autres pays, 1 fr. | En cas d'escales successives dans plusieurs
 ports pour le même voyage, le droit ne sera payé qu'à la douane de prime abord.

Art. 7. Les Articles 1, 3, et 5 de la Loi du 19 mai 1866 sont et
 demeurent rapportés.

Délibéré en séance publique, à Versailles, le 30 janvier 1872.

Le Président,
 (Signé) Jules Grévy.

Les Secrétaires,
 (Signé) Baron de Barante.
 Paul de Rémusat.
 Vicomte de Meaux.
 Paul Bethmont.

Le Président de la République,
 (Signé) A. Thiers.

Le Ministre de l'Agriculture et du Commerce,
 (Signé) Victor Lefranc.

Nr. 4708.

ENGLAND und FRANKREICH — Earl Granville an Lord Lyons.
Unterredung mit dem französischen Gesandten Herzog von Broglie
[Auszug]

Nr. 4708.
England und
Frankreich,
5. Febr. 1872.

The Duke de Broglie arrived in London this morning, and paid me a visit in the afternoon. || His Excellency spoke to me on the subject of the Commercial Treaty Was he to understand that Her Majesty's Government absolutely refused to go into any more discussion, or would they do so? If the latter, he had always hoped that I should bring forward some counter-proposition. || In replying to his Excellency, I said that I could give no answer on this point until I had an opportunity of conferring with my colleagues on the tenour of his remarks. || I mentioned to the Duke that in answer to a message from M. de Rémusat some days ago, which assured me that the objects of the French Government were purely fiscal, I had told M. Gavard that with every desire to admit what was said by M. de Rémusat, I could not forget the contrary language used by the head of the State in his Presidential Message, and I reminded his Excellency that at the end of last week M. Thiers had again told the Chambers that the increase of duty was necessary for the relief of certain manufacturers to enable them to struggle against foreigners. || I further reminded the Duke of another observation I had made to M. Gavard, to the effect that M. de Rémusat could not be surprised that a matter outside the Treaty, viz., the law which had been passed on the mercantile marine and the warehousing system, had caused Her Majesty's Government great regret; and I added, that after what we had done in order to meet the more liberal legislation of France in recent years with regard to navigation laws, we could not but look upon the law in question as commercially hostile. ||

Nr. 4709.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville.
Unterredung mit dem Finanzminister Pouyer-Quertier.

Nr. 4709.
England und
Frankreich,
9. Febr. 1872.

I had, the evening before last, a long conversation with M. Pouyer-Quertier, the Minister of Finance || After expressing in warm terms his friendly feelings towards the English nation, M. Pouyer-Quertier assured me that, Protectionist as he was supposed to be, he had no wish, and certainly no intention to revert to the system which had been in force before the Treaty of 1860. On the contrary, he heartily desired to avoid the necessity of denouncing the

Treaty, and he could not but think that if the proposals of the French Government were thoroughly understood in England, no difficulty would be felt there in agreeing to them. || The most important parts of these proposals related, he said, to the duties on the importation of raw materials into France, and the compensatory or equivalent duties on the importation of articles manufactured abroad from similar materials. Now these were entirely fiscal questions. The state of things in which the Treaty had been made, had been entirely changed by the disasters of France, and the enormous drain upon her finances which had followed. She was obliged to impose a tax upon every article which would bear one, and thus very materially to increase the cost of producing articles of every description. The duties on raw material would (he still thought) be found to be inevitable, and it was simply with a view to raising an amount of revenue, imperatively required, that he asked foreign Governments to agree to them. On such raw materials as were re-exported after undergoing manufacturing processes in France, no duty would, in fact, be levied. The materials would either be admitted quite freely under the system of "acquits à caution", or the duty deposited would be repaid on the exportation of the manufactured article. It was, therefore, in fact to articles for home consumption exclusively that the duty would apply. Now it was plain that the price of such articles must be enhanced in France by the levy of a duty on the materials of which they were made, and thus that if the same articles were admitted from abroad free of duty, the French manufacturer would be driven out of the home market. It was, therefore, absolutely necessary to impose equivalent duties on foreign articles, and he could not admit that, in reason and equity, it could be contended that, in the present circumstances of France, the Treaty stipulations should be enforced in a rigid and literal sense. The enormous taxes which had been already imposed had so increased the burthens of the producer, that it would be impossible to lay on specific excise duties exactly equal in nominal amount to the Customs duties to be levied on raw materials, and on articles manufactured from them. The only fair course would be to estimate the real increase from every cause in the cost of production which had taken place in France, and to adjust the Customs duties so as to place the French manufacturer on equal terms with his foreign competitors. The same reasoning would, M. Pouyer-Quertier thought, apply to the case of those modifications of the Tariff which had been treated in England as simply protective. It must surely, he conceived, be admitted, that the enormous burthens which had been thrown upon France rendered some re-adjustment of the Tariffs necessary, in order to place the French manufacturer in the same relative position in which he had stood under the Treaty. The terrible change of circumstances which had occurred since the Treaty was concluded ought certainly to be taken into consideration. These minor modifications were, however, small in amount, and in M. Pouyer-Quertier's opinion of comparatively small importance. Some miscalculations which had been made in drawing up the proposals for Her Majesty's Government must be rectified; but

Nr. 4709.
England und
Frankreich,
9. Febr. 1872.

Nr. 4709.
England und
Frankreich,
9. Febr. 1872.

these were trifling matters in comparison with the questions of the raw materials and the compensatory duties; these latter questions, which were of essential moment to the French finances, ought, in his opinion, to be settled first; the so-called Protective duties might be considered afterwards. || I observed, that many of the arguments which M. Pouyer-Quertier used, might no doubt be urged with much effect in support of a request to foreign Powers to consent to modifications of their Treaties. I could understand, I said, an appeal made on equitable grounds to the friendship of foreign Powers to abandon some of their Treaty rights; but I must confess I was at a loss to comprehend the language about the interpretation of the Treaties which had been used by some members of the French Government in the National Assembly. Indeed, before going any further, I felt bound to point out the difference between taking a request into consideration, and assenting to it in principle. Her Majesty's Government had listened, and would listen, to any proposals of the French Government, with an earnest desire to facilitate measures for increasing the revenue of France, so far as their duty to Her Majesty's subjects, and their own commercial principles would allow. But this was a totally different thing from acquiescing in the expediency of such proposals, or engaging beforehand to consent to their being carried into effect. I went on to say, that I could not help being a little alarmed at the allusion M. Pouyer-Quertier had made to modifications in the proposals already made respecting Protective duties; for I did not find that he gave me any reasons to hope that the object of them would be to diminish the Protective element, while Her Majesty's Government (as he well knew) scrupled to become parties to any return to Protection. || M. Pouyer-Quertier did not say much to reassure me on this point. He repeated that these matters were of comparatively little moment, and that the duties on raw materials, and the consequent equivalent duties, were the really important questions. He entered into some details respecting the raw materials, and remarked, among other things that the proposed duties would affect India and Australia, rather than Great Britain. He did not appear disposed to contend that they could be imposed under the Treaties, without the consent of both Contracting Parties. || I did not consider it advisable to enter into any discussion upon details, and I contented myself with observing that England would feel more, not less, scruple in abandoning the advantages peculiarly affecting her dependencies than in giving up those which regarded herself alone. M. Pouyer-Quertier repeated his assurance of friendship towards England, and said that he should be happy to go himself to London, in fact, to take any step which would facilitate an arrangement to avert the denunciation of the Treaty. || I observed that M. Pouyer-Quertier was too considerable a personage to go to England and abandon his pressing occupations here unless there was a very good prospect of his mission being entirely successful. I would therefore suggest that a full and frank statement of the views of the French Government should be communicated to Her Majesty's Government through the ordinary channels. If this statement showed such

departure from the original proposals as would enable it to be taken as the basis for further negotiation, we might then consider the best mode of conducting that negotiation. If, on the other hand, the objections of Her Majesty's Government could not be obviated, it would remain for us to endeavour to close the question in such a manner as would best conduce to the maintenance of cordial feelings between the two countries. An announcement that the Minister of Finance had been to London on a fruitless errand might interfere with this, and could hardly fail to have a bad effect upon public opinion. M. Pouyer-Quertier concurred in this observation, and I concluded the conversation by thanking him for the friendly feeling he had expressed towards England, and assuring him that, on our part, we were most anxious to be of use to France and to manifest our friendship towards her.

Nr. 4709.
England und
Frankreich,
9. Febr. 1872.

Nr. 4710.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit Rémusat und Pouyer-Quertier. Circular des französischen General-Zolldirektors an seine Unterbeamten.

I waited upon M. de Rémusat the day before yesterday at the Foreign Office, and asked him what steps had been taken by the Government to guard against infractions of the Treaty stipulations, on the part of the Customs officers by whom the new law was to be executed. M. de Rémusat said that proper instructions had been issued by the Customs Department. In the evening I saw M. Pouyer-Quertier, the Minister of Finance and I asked him what were the particulars of the instructions which he had given respecting the enforcement of the new law on the merchant navy. M. Pouyer-Quertier said that he would send me copies of the Circular issued by the Director-General of Customs. He has fulfilled his promise to day, and I have the honour to transmit three copies herewith to your Lordship. Your Lordship will observe that this Circular contains numerous references to the Treaties, and that the interpretation given in it to the Treaty stipulations will require very careful examination. Among other particulars it may be noted that the ships of Austria, Belgium, Holland, Italy, Sweden and Norway, the Zollverein, and Portugal are entirely exempted from the "surtaxes de pavillons". The exemption is, in the case of England, confined to direct communication between France and the United Kingdom; but, in conformity with the claim made in my note of the 30th January, Indian cotton, jute, and Australian wool are exempted when imported from the countries in which they are produced in British ships. They are also exempted from the "surtaxes d'entrepôt". Your Lordship will no

Nr. 4710.
England und
Frankreich,
9. Febr. 1872.

Nr. 4710.
England u.
Frankreich,
9. Febr. 1872.

doubt cause due examination to be made of the question whether the exemptions laid down with respect to these Articles constitute a thorough fulfilment of the Treaty stipulations. The second claim insisted upon by your Lordship's order in my note, is, no doubt, that concerning which M. de Rémusat entertains a doubt. In obedience to your Lordship's orders, I represented that on certain Articles, imported direct from the United Kingdom under the British or French flag, the whole duties including the "surtaxe" or differential duty on goods imported from an "entrepôt", must not exceed the duties specified in the Conventional Tariff. In order to ascertain whether this requirement is practically carried into effect it will be necessary to compute the combined amount of the duties and "surtaxe" in each case. Whether the inclosed instructions are compatible with an admission of the claim in principle is one of the questions which your Lordship will no doubt cause to be examined.

Beilage.

*Circular issued by the Director-General of French Customs, dated
February 4, 1872.*

Paris, le 4 février 1872.

Une Loi du 30 de ce mois¹, dont je joins une ampliation à la présente, modifie dans plusieurs de ses dispositions la Loi du 19 mai 1866 sur la marine marchande.

J'appellerai tout d'abord l'attention du service sur l'application de l'Article 6.

Droits de Quai.

Aux termes de cet Article, il est établi en France et en Algérie, sur les navires de tout pavillon venant de l'étranger ou des Colonies et possessions françaises, chargés en totalité ou en partie, un droit de quai, décimes compris, de 50 c. par tonneau de jauge pour les arrivages des pays d'Europe ou du bassin de la Méditerranée, et de 1 fr. pour les provenances de tous les autres pays. Ce droit frappe ainsi le pavillon français comme le pavillon étranger, et s'applique, en même temps qu'aux importations des pays étrangers, aux arrivages de tous nos établissements d'outre-mer sans exception. Des termes mêmes de l'Article 6 il ressort que les navires venant sur l'est sont exemptés du droit de quai. On en affranchira également les bâtiments de guerre, les yachts de

¹) Voir la Loi à sa date (30 janvier 1872).

et les navires en relâche forcée qui ne feront aucune opération de
ment.

Nr. 4710.
England und
Frankreich,
9. Febr. 1872.

Surtaxes de Pavillon.

marchandises importées par navires étrangers, autres que celles pro-
s Colonies françaises, sont passibles, en vertu de l'Article 1, d'une
pavillon de 75 c. par 100 kilos pour les arrivages des pays d'Europe
sin de la Méditerranée; de 1 fr. 50 c. pour ceux des pays hors
en deçà des Caps Horn et de Bonne Espérance; et de 2 fr. pour les
delà des Caps. || Ces droits sont établis, décimes compris, et s'appliquent
es marchandises, sans distinction, de celles qui sont admissibles en
ou qui sont taxées d'après une unité autre que le poids. La surtaxe
s'ajoute, lorsqu'il s'agit d'arrivages des entrepôts ou d'ailleurs, à la
éciale afférente aux marchandises importées des entrepôts ou d'ailleurs
ys de production. || Les navigations auxquelles répondent les différents
surtaxe sont nettement définies par la loi. Je me bornerai à faire
que le bassin de la Méditerranée s'étend depuis et y compris
jusqu'à la Mer Noire inclusivement. || Les importations effectuées par
rangers des Colonies françaises sont affranchies de la surtaxe. On
dre ici par Colonies françaises tous nos établissements d'outre-mer,
l'Algérie. || La loi nouvelle ne porte pas atteinte aux immunités
ans nos Traités de Commerce ou de Navigation avec les autres.
. Il y a lieu, en conséquence, d'affranchir de la surtaxe: 1. à l'im-
directe, les navires de tous les pays contractants, l'Espagne exceptée;
ortation de tous pays quelconques, les navires de l'Autriche, de la
de la Hollande, de l'Italie, de la Suède et de la Norwége, du Zoll-
du Portugal. || En ce qui concerne l'Angleterre, le service ne perdra
e que l'exemption n'est acquise, à titre général, qu'à l'intercourse
tre la France et le Royaume-Uni; toutefois, conformément au Traité,
ne sera pas applicable au coton de l'Inde, au jute et à la laine
importés des pays de production par navires anglais. || L'Article 2
excepte de la surtaxe le guano importé par navires étrangers. Au
aut ajouter le borax brut ou mi-raffiné qui, en vertu de notre Traité
rou, est admissible en exemption de surtaxe par tous pavillons à l'im-
directe de ce pays.

Surtaxe d'Entrepôt.

est pas apporté de modifications aux surtaxes afférentes, dans l'état
la législation, à certains produits d'Europe arrivés d'ailleurs que du
production. La loi nouvelle ne dispose qu'à l'égard des marchandises
hors d'Europe. Une surtaxe de 3 fr. per 100 kilos, décimes compris,
e sur les produits qui actuellement ne supportent pas de surtaxe

Nr. 4710.
England u.
Frankreich,
9. Febr. 1872.

d'entrepôt ou payent une surtaxe inférieure à 3 fr. Un tableau à la suite de la présente circulaire indique les marchandises pour lesquelles la quotité de la surtaxe n'est point changée. Les franchises ou les maxima stipulés en matière de surtaxe d'entrepôt dans les Traités que la France a conclus depuis 1860 avec diverses Puissances, l'Espagne exceptée, ne sont pas atteints par la loi nouvelle. ¶ En conséquence, le coton de l'Inde, le jute et les laines d'Australie importés des pays contractants continueront d'être affranchis de la surtaxe. Pour les guanos, elle reste fixée à 1 fr. 80 c. par 100 kilos conformément à l'arrangement international conclu le 16 janvier 1864 avec le Pérou. ¶ Pour le riz, la potasse, le nitrate de potasse et les graisses, la surtaxe sera de 2 fr. 40 c. seulement à l'importation des pays contractants, l'Espagne exceptée, en conformité des stipulations de l'Article 14 du Traité Franco-Belge. ¶ De même que la surtaxe de pavillon, la surtaxe de 3 fr. par 100 kilos est applicable à toutes les marchandises indistinctement, qu'elles soient ou non taxées d'après le poids. ¶ L'Article 4 étend les dispositions des Articles 1 et 3 aux relations de l'étranger avec l'Algérie. Les exceptions résultant des Traités y sont applicables comme dans la métropole.

Francisation des Navires Etrangers.

L'Article 5 détermine les droits auxquels seront soumis, en France et en Algérie, les navires étrangers importés pour la francisation. ¶ Ces droits ne sont pas actuellement applicables aux bâtiments des divers pays, sauf l'Espagne, avec lesquels nous avons conclu des Traités depuis 1860. Les navires importés de ces Etats restent admissibles au droit de 2 fr. par tonneau de jauge. On continuera également à admettre à ce droit les bâtiments des autres provenances dont l'achat à l'étranger à une date antérieure à la promulgation de la loi sera justifié par des actes authentiques ou sous seing-privé ayant date certaine. ¶ L'Article 7 de la Loi déclare rapportés les Articles 1, 3 et 5 de la Loi du 19 mai 1866. ¶ Les Articles 3 et 5, relatifs, l'un aux droits sur les navires étrangers importés pour la francisation, l'autre à la suppression de la surtaxe de pavillon, sont remplacés par les Articles 1 et 5 de la Loi nouvelle. Quant à l'Article 1 de la Loi de 1866, il portait admission en franchise des objets bruts ou confectionnés destinés aux constructions navales. Cet Article étant abrogé, les marchandises importées en vue de la destination dont il s'agit rentrent sous l'application des conditions générales du Tarif. Cette disposition reste toutefois provisoirement sans effet à l'égard des mêmes produits provenant des pays, l'Espagne exceptée, avec lesquels nous sommes liés par des Traités depuis 1860. Les importations effectuées des dits pays en vue des constructions navales continueront à jouir de la franchise, sous les conditions et formalités prescrites en pareil cas. ¶ La Loi nouvelle a été insérée au "Journal Officiel" le 3 février. Elle deviendra ainsi exécutoire dans le délai de promulgation

fixé par le Décret du Gouvernement de la Défense Nationale en date du 5 novembre 1870.

Nr. 4710.
England u.
Frankreich,
9. Febr. 1872.

Je prie les Directeurs des Douanes de porter les dispositions de la présente Circulaire à la connaissance du service et du commerce.

Le Directeur-Général des Douanes,

Pour ampliation:

(Signé)

Amé.

L'Administrateur,

(Signé)

Ramond.

Tableau

des Produits Exotiques qui restent soumis à une Surtaxe d'Entrepôt Supérieur, à 3 fr. par 100 kilos.

Marchandises.	Surtaxes.
Laines en masse	3 fr. décimes non compris.
Déchets de laine — Bourre entière	3 idem.
Crins bruts, préparés ou frisés	3 idem.
Eponges	5 décimes compris.
Dents d'éléphants	3 décimes non compris.
Ecailles de tortue — Carapaces, onglons et caouanes	5 idem.
Nacre de perle —	
En coquilles brutes	4 idem.
Sciée ou dépouillée de sa croûte	8 idem.
Cacao ¹	20 décimes compris.
Café ¹	20 idem.
Girofle	40 idem.
Cannelle et cassia-lignea	
Poivre et piment	
Muscades —	50 idem.
En coques	
Sans coques	60 idem.
Macis	
Thé	5 décimes non compris.
Tabac en feuilles ou en côtes pour la régie	
Résineux exotiques	8 idem.
Baume de copahu	5 idem.
Baumes non dénommés	
Caoutchouc et gutta-percha bruts ou refondus en masses	3 idem.
Aloès	5 idem.
Racines médicinales non dénommées	5 décimes compris.
Herbes, feuilles, fleurs et écorces médicinales non dénommées	5 idem.

¹ La surtaxe d'entrepôt est seulement de 12 fr. pour le cacao et de 5 fr. pour le café importés des entrepôts des Pays Contractants, l'Espagne exceptée.

Nr. 4710.
England und
Frankreich,
9. Febr. 1872.

Marchandises.	Surtaxes.
Tamarins (gousses et pulpes)	12 idem.
Badiane (anis étoilé)	11 décimes compris.
Follicules de séné	10 décimes non com
Fruits médicinaux non dénommés	10 idem.
Bois d'ébénisterie, autres que le buis, en bûches ou sciés	8 idem.
Bois odorants	8 idem.
Coques de coco	8 idem.
Grains durs à tailler	8 décimes non com
Gousses tinctoriales entières ou simplement concassées	8 idem.
Fleurs de carthame	8 idem.
Noix de galle et avelanèdes	8 idem.
Myrobolans secs, entiers ou simplement concassés	8 idem.
Huiles et essences de schiste et de pétrole	5 décimes compris.
Borax brut (natif ou artificiel)	5 idem.
Borax mi-raffiné	5 idem.
Cochénille	10 décimes non com
Laque en teinture et en trochisques	5 idem.
Indigo	25 idem.
Pâte de pastel dite "indigo-pastel"	25 idem.
Indigue, inde-plate et boules de bleu	25 idem.
Pastilles odorantes à brûler	8 idem.
Colle de poisson	5 décimes compris.
Cigares et autres tabacs fabriqués pour la régie	7 décimes non com
Nankins de l'Inde	10 décimes compris.
Tissus de soie —	
Crêpes — Unis	5 idem.
" Brodés ou façonnés	6 idem.
" Autres que les foulards et les crêpes, originaires des pays hors d'Europe	25 idem.

Nr. 4711.

ENGLAND und FRANKREICH. — Note des Ministers de Rémy den französischen Gesandten Herzog von Broglie. (Der Granville von dem Herzog von Broglie am 10. Februar mitgeteilt.)
— Die französische Regierung wünscht die Unterhandlung aufzunehmen. Auf welcher Grundlage.

Nr. 4711.
England und
Frankreich,
9. Febr. 1872.

Vous voudrez donc bien informer le Principal Secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères que nous sommes prêts à rouvrir, ou plutôt à continuer

négociations entamées depuis huit mois. ¶ Les bases de négociation que nous avons proposées se divisent en deux catégories. Les unes ont pour objet de modifier quelques-uns des droits portés en Tarif. Les autres ont un but purement fiscal. ¶ Les premières, vous le savez, tendent à relever les droits sur certains fils et sur certains tissus de lin, de coton, de laine, sans toujours atteindre et sans jamais dépasser la limite conventionnelle de 15 pour cent. Ces propositions peuvent avoir, sans doute, une certaine tendance protectrice, puisqu'elles seraient pour effet d'augmenter légèrement les droits sur quelques produits étrangers; mais ce changement, si peu considérable en lui-même, ne s'écarterait pas de l'esprit du Traité, c'est-à-dire, du système d'une protection très modérée qui tend à substituer l'égalité au privilège. Il ne faudrait attribuer aucun sens à l'Article XXI, si ces modifications, dont l'expérience et une enquête ont montré la nécessité, étaient repoussées sans examen. Par une dépêche du 29 janvier à Lord Lyons, le Gouvernement anglais, sans nous dissimuler sa répugnance à sanctionner des droits dont la tendance pouvait sembler protectrice, nous a déclaré cependant que, même à cet égard, il ne fermait pas la porte à toute négociation, s'il s'agissait d'augmentations peu importantes. Or il nous semble que c'est l'hypothèse même dans laquelle nous traitons. Je vous prie de représenter à Lord Granville que les détails de nos propositions étant depuis longtemps connus de l'Administration anglaise, nous nous croyons en droit d'attendre d'elle, enfin, l'expression précise de son opinion sur nos propositions en elles-mêmes. ¶ La seconde série de nos propositions étant éminemment fiscale, ne peut, en principe, rencontrer d'objection péremptoire. Le Gouvernement de la Reine nous a plusieurs fois assurés de ses bonnes dispositions, s'il fallait nous assister dans nos nécessités financières. C'était admettre la possibilité de consentir à des créations ou à des augmentations de taxes: car on ne voit pas de quelle autre manière l'assistance promise pourrait se réaliser. C'est donc avec confiance que nous avons présenté le système que je vais rappeler. ¶ Nous prévalant de l'Article IX du Traité du 23 janvier et de l'Article III de la Convention du 10 novembre, nous avons pensé et nous persistons à penser que, soit la lettre, soit l'esprit de ces Articles nous autorise à proposer l'établissement d'un droit d'entrée sur les matières premières, et notamment sur les textiles, impôt qui, devant porter sur nos nationaux et renchérir leurs produits, justifierait l'imposition d'un droit compensateur sur les produits étrangers correspondants. En lui-même et sauf certaines applications, ce système n'offre point les caractères du protectionisme. Les droits vraiment protecteurs sont essentiellement différentiels. Ici, au contraire, on s'attache à égaliser les charges sur tous les producteurs, tant français qu'étrangers. L'égalité est le but du système. Sans aucun doute, il en résultera une charge nouvelle; mais il faut bien qu'il en soit ainsi, puisqu'il s'agit d'une proposition fiscale. ¶ Quelques matières textiles de certaines provenances sont, il est vrai, exemptées de tous droits par la Convention du 16 novembre. Mais faut-il répéter que les nécessités financières qui

Nr. 4711.
England u.
Frankreich
7. Febr. 1872.

Nr. 4711.
England u.
Frankreich,
7. Febr. 1872.

présent sur la France ne peuvent se conjurer que par des taxes nouvelles, celle-ci ne constitue pas en principe une protection pour une industrie dépens d'une autre. Je sais qu'il a été soutenu au nom du Gouvernement de Reine que les Articles des Traités dont nous nous appuyons ne se prêtaient à la conséquence que nous en voulions tirer. Cette objection nouvellement produite ne nous paraît pas avoir toute la solidité qu'on lui attribue. || Si nous prenons pour exemple le coton, il est certain que le droit d'entrée sur les cotons est un impôt qui agit à l'intérieur. Avancé par l'industriel, il est, en dernière analyse, payé par le consommateur, qui le confond avec le prix des choses à manière de toute autre contribution indirecte, et peut, par conséquent, être assimilé, soit au droit d'accise ou impôt dont parle l'Article IX du Traité, soit aux charges directes ou indirectes que mentionne la Convention du 16 novembre, qui doivent être compensées par une charge équivalente sur les produits étrangers. Il y a certainement plus de difficultés pour les textiles dont les similaires sont produits à l'intérieur; et de tous la laine est celui qu'on a le plus souvent dans la discussion. La laine étant un produit français qui ne saurait être taxé directement, les droits qui grèveraient celle qui vient du dehors constitueraient une protection pour l'industriel qui emploierait concurremment les laines de deux provenances. Mais d'abord cette protection ne s'élèverait pas à la totalité du droit. Il s'établirait un prix moyen en raison des deux origines de la matière employée, et en proportionnant à ce prix moyen le droit compensateur on se bien près de rétablir l'égalité. Celle-ci serait même au fond tout-à-fait reconnue comme il est juste de le faire, on tenait compte du surcroît de charges imposé à l'époque de la conclusion des Traités, et que des circonstances impérieuses ont imposé au producteur français. Là aussi se retrouve une de ces charges indirectes désignées dans la Convention de novembre comme pouvant grèver les fabricants français. Il nous paraît donc que, dans certains cas la lettre, et dans tous l'esprit des Traités serait loin d'exclure la taxation des matières premières. On a dit que la discussion de cette question devrait être ajournée, parce qu'elle serait hypothétique, l'impôt proposé pouvant n'être pas adopté par l'Assemblée Nationale. Mais le Gouvernement, qui n'a point changé d'opinion, persiste à croire qu'elle ne saurait trouver un système d'impôt préférable. Il y a donc besoin de savoir à quoi s'en tenir sur les intentions du Gouvernement de Reine, et il est de son devoir de le prévenir que ses propositions à cet égard ne sont pas abandonnées et qu'il demande une réponse précise. || Il désire sans doute qu'elles puissent être acceptées immédiatement et par la voie des négociations; mais si, comme il y a lieu de le craindre, son espoir ne peut se réaliser, s'il est prochainement conduit à une dénonciation formelle, ce ne sera que pour prendre date, pour ne pas s'exposer à trop retarder l'époque où il recouvrera, comme l'Angleterre elle-même, sa liberté fiscale. Dans l'intervalle il ne renoncera pas à négocier encore. Il ne cache pas cependant qu'il regarde comme plus conforme aux vrais principes économiques que les deux pays soient replacés sur un pied de liberté réciproque. || Quoiqu'il advienne

nous avons la ferme confiance que la cordialité et la bienveillance subsisteront tout entières dans les rapports entre les deux nations. || Vous voudrez bien, M. le Duc, donner lecture de cette dépêche au Principal Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères et lui en laisser copie.

Nr. 4711.
England u.
Frankreich.
7. Febr. 1872

Nr. 4712.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. — Unterredung mit dem Herzog von Broglie. Französisches Verlangen nach Wiederaufnahme der Unterhandlungen. [Auszug.]

The Duc de Broglie met me this afternoon, after the sitting of the Cabinet. I told him that I had informed my colleagues of the substance of our last conversation¹. They were of opinion that discussions as to who were right or wrong in the views respectively taken of the proposals which had been made to us, would not lead to any practical result. They understood the difficulty on the part of the French Government of presenting Her Majesty's Government with a complete scheme, until the legislation on the subject was accomplished; but if it could be shown to us that in that scheme there would be such a departure from the Protectionist principles, which had been laid down by M. Thiers, as would tend to remove our objections, Her Majesty's Government would be ready to come to an agreement, such as that which had been proposed by the Duc de Broglie, for the purpose of giving time for negotiation, without a sacrifice of time on the part of the French Government beyond the twelve months from this date. || The Duc de Broglie, however, replied, that it was not likely that M. Thiers would recede from views to which he attached great importance, and that it would therefore be better to drop this plan, in which I concurred; and he placed in my hands the despatch, of which I inclose a copy², containing a formal demand for the resumption of negotiations. || If the denunciation took place, the step would be taken to establish the date of the renunciation: and if at any time during the twelvemonths which will remain, Her Majesty's Government show a desire to renew negotiations, they will be cordially met by the French Government.

Nr. 4712.
England u.
Frankreich,
10. Febr. 1872

¹ Nr. 7046. [Anm. d. Herausg.]

² Die vorhergehende Note. [Anm. d. Herausg.]

Nr. 4713.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — **G**utachten der Kronjuristen über die neuen französischen Differentialzölle.

Nr. 4713.
England und
Frankreich,
12. Febr. 1872.

Her Majesty's Government have had under their consideration, in communication with the Law Advisers of the Crown, the question as to the position in which this country stands towards France in regard to the new French Law imposing differential duties on merchandise imported into France in foreign ships; and I have now to acquaint your Excellency that as the duties proposed to be imposed are to be levied, not on the ships, but on the cargoes, according to weight, they are duties on the importation of goods within the meaning of the Vth Article of the Convention of the 16th of November, 1860, and that having regard to the Treaties which France has concluded with Austria and Sweden, no such duties can, in the view of the British Government, be imposed on goods imported in British ships, while such Treaties remain in force. Your Excellency will make a communication in the sense of this despatch to the French Government.

Nr. 4714.

Nr. 4714.
England u.
Frankreich,
14. Febr. 1872.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. — [Lord Lyons hat am 14. eine Note im Sinne der vorigen Depesche an Rémusat gerichtet.]

Nr. 4715.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Mittheilung einer Note Rémusat's vom 13. Februar, welche die Note des englischen Gesandten vom 30. Januar beantwortet. Bitte um Instruktionen.

Nr. 4715.
England u.
Frankreich,
11. Febr. 1872.

I have the honour to inclose a copy of a note which I received last night from M. de Rémusat, in answer to that dated the 30th ultimo, in which, in obedience to your Lordship's orders, I called the attention of the French Government to two particular cases, in which the Anglo-French Treaties preclude the immediate enforcement of the new French Law on the merchant navy.

Lordship will, no doubt, give me instructions respecting this answer, and inform me how far it may be regarded by Her Majesty's Government as satisfactory, and how far the Circular of the Customs Department, a copy of which is inclosed in my despatch of the 9th instant, may be held to give effect to the declarations made in the answer, or to the Treaty stipulations.

Nr. 4715.
England u.
Frankreich,
15. Febr. 1872.

Beilage.

Note des Ministers de Rémusat an Lord Lyons. [Auszug.]

Les observations du Gouvernement de Sa Majesté Britannique portent, en premier lieu, sur la tarification des jutes, des cotons, et des laines. Les dispositions de la Convention Supplémentaire du 16 novembre 1860 ne sauraient mettre d'élever un doute sur ce point; je n'hésite donc pas à déclarer à votre Excellence que la surtaxe d'entrepôt édictée par la nouvelle loi ne sera appliquée ni aux jutes de l'Inde en brins ou teillés, ni aux cotons de l'Inde en masse, ni aux laines en masse d'Australie, lorsque ces produits seront importés directement des lieux de production, soit des entrepôts du Royaume-Uni, soit sous pavillon français ou britannique. || Votre Excellence fait remarquer, en second lieu, qu'aucune des marchandises d'origine ou de manufacture britannique mentionnées au Tarif annexé à la Convention Supplémentaire du 16 novembre ne pourra être frappée d'une surtaxe, lorsqu'elle sera importée d'un entrepôt dans les conditions déterminées par la Convention, c'est-à-dire, directement du Royaume-Uni sous pavillon français ou anglais. || La question ainsi posée me semblerait nécessiter quelques éclaircissements. Les marchandises d'entrepôt sont, en effet, généralement des produits exotiques, et je m'explique facilement que des marchandises d'origine ou de manufacture britannique ne peuvent pas être entreposées et tomber par suite sous l'application de la surtaxe d'entrepôt. || Tout ce que je puis affirmer à votre Excellence c'est que conformément à la Convention du 16 novembre, les marchandises d'origine ou de manufacture britannique, importées directement en France par navires anglais ou français, ne seront soumises sous quelque dénomination que ce soit à aucun droit supérieur aux droits inscrits dans le Tarif annexé à la Convention.

Nr. 4716.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
Bemerkungen über Rémusat's Note vom 13. und über das Circular
der Generalzolldirektion. [Auszug.]

Nr. 4716.
England u.
Frankreich,
16. Febr. 1872.

Your Lordship will not fail to have observed that, in speaking of the importation of wool, jute, and cotton, M. de Rémusat declares it to be free in certain cases from the "surtaxe d'entrepôt", but makes no mention of the "surtaxe de pavillon". You will also have seen that he uses the term "entrepôt du Royaume-Uni", instead of the term "British entrepôts", which was employed in my note, and in the despatch from your Lordship on which it was founded. I do not know whether in this matter the two terms are equivalent. || In the Customs Circular the following passage occurs under the heading of "surtaxes de pavillon": — "Conformément au Traité, la surtaxe ne sera pas applicable au coton de l'Inde, au jute et à la laine d'Australie importés des pays de production par navires anglais". No mention is made of entrepôts in this passage. || Under the heading "surtaxes d'entrepôt", the Circular contains the following passage: — "Le coton de l'Inde, le jute et les laines d'Australie importés des pays contractants continueront d'être affranchis de la surtaxe". Your Lordship will recollect that the Circular distinctly states that in general, so far as England is concerned, the exemption from the "surtaxe de pavillon" applies only to direct intercourse between France and the United Kingdom. This Circular was, however, issued some time before the claim to exemption from the differential duties under the most-favoured-nation clause of the Convention of the 16th November, 1860, was presented to the French Government in the note which I addressed to M. Rémusat by your Lordship's order the day before yesterday.

Nr. 4717.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. —
Erläuterung zu Earl Granville's Depesche vom 13. Februar.

Nr. 4717.
England u.
Frankreich,
17. Febr. 1872.

With the view to a more definite statement of the case, I think it well to furnish your Excellency with the following remarks, in addition to those contained in my despatch of the 13th instant, respecting the new French Law imposing differential duties on merchandize imported into France in foreign ships. || Her Majesty's Government are of opinion that the proposed French duties are not properly to be considered duties imposed upon shipping, but duties imposed on merchandize, being duties imposed on goods which are in

case the subject of freight, and not on the tonnage of each ship according to measurement. The motive for imposing the duties may be in fact to give preference to French shipping; but if Her Majesty's Government understand the matter rightly, they are proposed to be levied on the merchandize and not on ships, and as such are not navigation dues, but Customs duties. || Your Excellency will judge whether it is necessary at the present moment to address Her communication on this point to the French Government, but when this occasion to do so you will be guided by the tenor of this despatch.

Nr. 4717.
England u.
Frankreich,
17. Febr. 1872.

Nr. 4718.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Antwort auf die Depeschen des englischen Gesandten vom 15. und 16. Februar.

With reference to your Excellency's despatches of the 15th and 16th instant I have to state that as the Customs Circular, the interpretation of which is the subject of M. de Rémusat's note of the 13th instant, was issued before the claim on the part of Great Britain to exemption from differential duties under the most-favoured-nation clause of the Convention of the 16th November, 1860, was presented to the French Government, I do not think that it is necessary for your Excellency at the present time to discuss further the provisions of the said Circular. When the answer of the French Government to this claim is received, I shall be better able to judge as to the further instructions to be issued to you on the question of the "surtaxe de pavillon".

Nr. 4718.
England u.
Frankreich,
20. Febr. 1872.

Nr. 4719.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an den Herzog von Cambridge. — Antwort auf die Note Rémusat's vom 7. Februar.
[Auszug.]

...
I think it will be well to recapitulate once more the principles on which Her Majesty's Government] have acted in regard to this question. || Her Majesty's Government have acknowledged the full right of France to judge what her fiscal necessities require, and whether and how far any increase of protective restrictions on trade will aid her in meeting them. || Her Majesty's Government accordingly, beyond a frank statement of facts and reasons, make no comment of the measures taken by the French Government in this sense. || If the

Nr. 4719.
England u.
Frankreich,
24. Febr. 1872.

Nr. 4719.
England u.
Frankreich,
24. Febr. 1872.

Treaty restrains France in matters purely fiscal, Her Majesty's Government are ready to modify the Treaty as far as those points are concerned. ¶ With regard to protective proposals, Her Majesty's Government have felt great objections to accepting any such, but they did not absolutely and finally close the doors against them. ¶ First, because it appeared possible that such protective proposals might be minimized and rendered insignificant; and, secondly, because the general spirit actuating the policy of the French Government as to trade was sure to become much more evident when they should have promulgated their entire plans beyond as well as within the Treaty. ¶ Her Majesty's Government have always stated that they could not depart from the general principles of the system of commercial policy which the Treaty embodies, nor could they neglect their duty towards British interests concerned, neither could they assent, either in principle or as to details, to proposals which have not been fully placed before them ¶ . . . With regard to the statement of M. de Rémusat, in the communication which I have now the honour to acknowledge "Je vous prie de représenter à Lord Granville que les détails de nos propositions étant depuis longtemps connues de l'Administration anglaise, nous nous croyons en droit d'attendre d'elle, enfin, l'expression précise de son opinion sur nos propositions en elles-mêmes", I am constrained to recall to your Excellency recollection that Her Majesty's Government have not up to the present time received the Table C, referred to in your note of the 13th of September last. The proposals of the French Government respecting Tariff alterations have thus never been placed before, Her Majesty's Government in a complete form; and until they have been so communicated Her Majesty's Government are unable to judge correctly of their full scope. As regards the tax on raw materials and compensatory duties on manufactured articles, Her Majesty's Government admit that they are capable of being considered as imposed for fiscal purposes only; and that there would be no objection to them on the ground of protection, provided that any raw materials produced in France were equally taxed, and provided that the compensatory duties on manufactured articles are limited to the amount of tax imposed on the imported raw material employed in their manufacture. But if, as is the case with wool and silk, the raw material is also produced in France, and when there produced is not taxed, the tax on the imported raw material becomes a protective tax in favour of the French wool and silk grower as against the foreign competitor. With regard to duties on certain manufactures to be imposed so as not to exceed 15 per cent., I must point out that this measure would give the French manufacturers of these articles a large amount of protection than they now enjoy; and further, that these duties are avowedly increased for protective and not for fiscal purposes. ¶ And now M. l'Ambassadeur, I have to recur to the observation I made, that Her Majesty's Government would be better able to judge of the actual nature of the proposals of the French Government when more accurate knowledge had been obtained of their plans beyond as well as within the Treaty. In addition to the levying

duties which in themselves were at least doubtful and were certainly in specific instances imposed with hardship, in the case of British mineral oils, the recent law relative to the mercantile marine is also avowedly of a Protectionist character. Although no formal Treaty of Navigation was at the time concluded between the two countries, a distinct understanding was come to in 1866, in consequence of which, on the one hand, certain local exemptions in ports of the United Kingdom dating from ancient times, of which the French Government complained, have been extinguished by Act of Parliament, and pecuniary compensation granted to the parties affected; and, on the other hand, British vessels in French ports received most-favoured-nation treatment. As at present advised in the matter, Her Majesty's Government consider the duties imposed under the recent *Marine Marchande* Law to be in reality "Customs" duties; and Her Majesty's Ambassador at Paris is in communication with the French Government on the subject. But it appears that the French Customs authorities understand the matter differently; and it is, therefore, incumbent upon me to point out to your Excellency the effect of their construction of the new Law. Not only will the understanding of 1866 be put an end to, on the faith of which the Government of this country applied to Parliament to vote money to extinguish the local rights to which I have referred; but large amounts of British capital invested in the formation of lines of British vessels to navigate to French ports will be imperilled; such vessels being practically excluded from the French trade in consequence of the disadvantageous position in which they are placed relatively to the vessels of those countries which continue to enjoy the most-favoured-nation treatment. The recent Law relative to the *Mercantile Marine* is, therefore, not only entirely Protectionist, but, in its effects, is calculated to act specifically against British shipping. . . . In conclusion, I have the honour to state to your Excellency that Her Majesty's Government regret that the question of alterations in the Commercial Treaty between France and Great Britain has not up to the present time been placed before them in a form in which it could be fully discussed. I must not conceal from your Excellency that the classes of persons in this country so deeply affected in connection with the matters of mineral oils and merchant shipping feel very strongly on these questions; and that the attitude the persons affected have hitherto maintained is to be attributed to the earnest and sincere desire of the people of this country to maintain and strengthen those ties of mutual interest and benefit which have increased so much in late years, and which are in no small degree owing to the operation of the Commercial Treaty. Her Majesty's Government would most gladly assist France in the financial matters under discussion to the utmost extent in their power within the spirit of the Commercial Treaty of 1860. To obviate, however, any future misapprehension as to the date of the denunciation of the Treaty, should the French Government decide on such a course, and on negotiations concurrent with the denunciation, I should be glad if your Excellency would fix the date when the French Government have so decided, in

Nr. 4719.
England und
Frankreich,
24. Febr. 1872.

Nr. 4719.
England u.
Frankreich,
24. Febr. 1872.

order that the arrangement, if a special one, may be recorded in a public document, to prevent injury to mercantile interests. But I beg to repeat the assurance on the part of Her Majesty's Government that, whatever may be the result of the negotiations respecting the Commercial Treaty, it will be their earnest wish, and the object of their best endeavours that the general friendly relations of the two countries, and their united action on political questions, may continue unimpaired.

Nr. 4720.

Nr. 4720.
England u.
Frankreich,
24. Febr. 1872.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. — Mittheilung des Gesetzes, welches die französische Regierung ermächtigt, die Handelsverträge mit England und Belgien zu kündigen, sobald sie dies rathsam erachtet.

Beilage.

Aus dem "Journal Officiel" vom 24. Februar 1872.

Versailles, le 23 février 1872.

L'Assemblée Nationale a adopté,

Le Président de la République Française promulgue la Loi dont la teneur suit:

L'Assemblée Nationale considérant que sans revenir au régime économique antérieur à 1860, il y a lieu, dans la situation actuelle du pays, de réviser les Tarifs de Douane,

Décète:

Article 1. Le Gouvernement est autorisé à dénoncer en temps utile les Traités de Commerce faits avec l'Angleterre et la Belgique.

Art. 2. Les Tarifs Conventionnels resteront en vigueur jusqu'au vote des Tarifs nouveaux par l'Assemblée Nationale.

Délibéré en séance publique, à Versailles, le 2 février 1872.

Le Président,

Les Secrétaires,
(Signé) Baron de Barante.
Paul Bethmont.
Marquis de Castellane.
Paul de Rémusat.

(Signé) Jules Grévy.

Le Président de la République,
(Signé) A. Thiers.

Le Ministre des Affaires Étrangères,
(Signé) Rémusat.

Nr. 4721.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
Mittheilung einer Beschwerde des englischen Konsuls in Brest
wegen Zollmassregeln.

I have the honour to transmit to your Lordship a copy of a despatch from Her Majesty's Consul at Brest, reporting that the new quay duty has been levied at that port on two British ships. | Your Lordship will remember that by the 6th Article of the Law of the 30th January the quay duty is imposed upon all merchant ships, French and foreign, coming to France with cargoes; but that merchant ships without cargoes are exempted by the Law, and that the Customs Circular of the 4th instant exempts also ships of war, pleasure yachts, and ships compelled to put in, which do not land anything.

Nr. 4721.
England u.
Frankreich,
1. März 1872.

Beilage.

Consul Rainals an Lord Lyons.

Brest, February 27, 1872.

I had the honour to report to your Excellency that the barque "Caroline Sainy" of Guernsey, John Quesnel, master, burthen 205 tons, and the schooner "King", of Jersey, P. de la Mare, master, have this day been measured by the authorities of the Customs in conformity with a Law passed on the 30th of January last and in accordance with instructions from the Minister of Commerce, dated 4th instant, and that a quay duty has been charged on both vessels, at the rate of 50 c. per measurement ton, making 119 fr. for the barque "Caroline Sainy" and 38 fr. for the schooner "King".

Nr. 4722.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. —
Antwort auf Lord Lyons' Depesche vom 1. März.

With reference to your Excellency's despatch of yesterday's date, respecting the differential duties imposed by the French Merchant Marine Law on British shipping, I have to request you to endeavour to obtain, without further delay, a statement of the views of the French Government on the representations which have been addressed to them by Her Majesty's Government on this question, and which are based not only on the verbal construction of

Nr. 4722.
England u.
Frankreich,
2. März 1872.

Nr. 4722. the Treaty, and Second Supplementary Convention of 1860, but on general
 England u. grounds. The matter is one of pressing moment to the mercantile interests of
 Frankreich, this country.
 2. März 1872.

Nr. 4723.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. —
 Mittheilung einer Note, die Lord Lyons in Betreff der Beschwerde
 des englischen Consuls in Brest an Rémusat gerichtet hat.

Nr. 4723. I have the honour to inclose a copy of a note in which, in obedience to the
 England und instructions contained in your Lordship's despatch of yesterday. I have asked
 Frankreich, for an early communication of the views of the French Government on the
 2. März 1872. question of the liability of merchandize imported into France in British vessels,
 to the differential duties established by the new French Law on the Mer-
 chant Navy.

Nr. 4724.

ENGLAND und FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. — Mit-
 theilung einer weiteren Zuschrift des englischen Consuls in Brest.
 [Auszug.]

Nr. 4724. I have the honour to inclose a copy of a despatch which I have received
 England und this morning from Mr. Rainald, Her Majesty's Consul at Brest.
 Frankreich, Mr. Rainald calls attention to the cases of two British vessels, the "Sharon's
 2. März 1872. Rose" and "Fanny", on the cargoes of which the "surtaxes de pavillon" have
 been levied, and he points out that these vessels sailed from Riga before the
 Law of the 30th January was passed. There does not appear to be, either in
 the Law or in the Circular, any clause exempting from the "surtaxes de pavillon
 et d'entrepôt", merchandise imported by vessels which had sailed from foreign
 ports before the Law was promulgated. The French Government has not yet
 answered the note of the 14th ultimo, in which, by your Lordship's order, I in-
 formed the French Government that, having regard to the Vth Article of the
 Anglo-French Convention of the 16th November, 1860, and to the Treaties which
 France has concluded with Austria and Sweden, Her Majesty's Government hold
 that the differential duties ought not to be levied upon merchandise imported
 in British ships. In the meantime, these duties, as Mr. Rainald's despatch shows,
 continue to be levied upon the cargoes of British ships.

Beilage.

Consul Rainals an Lord Lyons.

Brest, March 6, 1872.

Nr. 4724.

I have the honour to report to your Excellency that two British vessels, the "Fanny", Captain Carter, and the "Sharon's Rose", Captain Godden, recently arrived here from Riga, laden with hemp, consigned to Messrs. Brothers, merchants of this town, and that these cargoes, in consequence of being on board British ships, have been charged with an additional duty — *de Pavillon* — of 75 c. per 100 kilos., or about 7 fr. 50 c. per ton. This duty is charged in conformity with the Law of January 30, 1872. But in pursuance of the Circular issued by the Director-General of Customs, and dated February 4, 1872, I find this passage on the subject: — "La Loi n'a pas atteinte aux immunités inscrites dans nos Traités de Commerce et de Navigation avec les autres Puissances. Il y a lieu, en conséquence, d'exiger de la surtaxe (1) à l'importation directe, les navires de tous les pays étrangers, l'Espagne exceptée; (2) à l'importation de tous pays quelconques, les navires de l'Autriche, de la Belgique, de la Hollande, de l'Italie, de la Prusse, de la Suède et de la Norvège, du Zollverein, et du Portugal". By this it is evident that British ships, as carriers, are placed at a considerable disadvantage, compared with those of the countries named. As regards the two vessels in question, it appears to me scarcely justifiable to exact the additional duty, since the one, "Sharon's Rose", left Riga on the 24th of November, and the other, "Fanny", on the 31st December last, consequently before the law had taken effect. The Law of January 30, 1872, makes all foreign ships liable to the additional duty, but the Circular makes the exceptions quoted, and the authorities intend to carry out the Instructions it contains. Cargoes by British vessels are now further charged 10 c. (as "droits de statistique") for each package landed; and, as regards cargoes in bulk, such as coal, hemp, &c., this charge is made on each 1,000 kilos. discharged.

I have, etc.

(Signed) Harry Rainals.

S. — The passage quoted above from the Customs Circular is followed thus worded: — "En ce qui concerne l'Angleterre, le service ne perdra rien, vu que l'exemption n'est acquise, à titre général, qu'à l'intercourse entre la France et le Royaume-Uni; toutefois, conformément au Traité, l'exemption ne sera pas applicable au coton de l'Inde, au jute, et à la laine brute importés des pays de production par navires anglais."

H. R.

Nr. 4725.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. Spanische Schiffe sind frei von "surtaxe de pavillon", die sonst erhoben wird, weil Spanien mit Repressalien gedroht wird.
[Extract.]

Nr. 4725.
England u.
Frankreich.
2. März 1872.

In considering the Customs Circular of the 4th February, a copy of which was inclosed in my despatch of the 9th of that month, your Lordship may have failed to have observed that Spain is not included in the list given of the countries exempted, in virtue of Treaty stipulations, from the "surtaxes de pavillon" and other differential duties. I understood, however, that Spanish ships and cargoes have since been in fact exempted from differential duties; and that Spain has obtained this concession, not by putting forward any claim to be exempted right under a Treaty, but simply by declaring that in retaliation for affecting Spanish shipping in France, an equal duty would at once be levied upon French shipping in Spain. || I spoke to M. de Rémusat this afternoon upon the position in which England was placed by the law on the merchandise duties. I remarked upon the delay of the French Government in answering our request to be exempted from the differential duties in virtue of the most-favourable clause of the Convention of November 1860; and I begged him to recollect that whatever might have been the intention of the French Government, the effect of what they had done was that, at this moment, England was subjected to differential duties from which most other European nations were exempt. I then adverted to what had been done in the case of Spain, and I begged M. de Rémusat to consider what must be the feeling in England if a claim which Her Majesty's Government made under a Treaty stipulation was rejected, while concessions were made to another Power, simply because that Power had threatened to have recourse to retaliation. † M. de Rémusat seemed willing to admit that exemption from differential duties had been granted to Spain. || I answered that I had every reason to feel sure that my information was accurate, and I begged him to ascertain positively for himself what the matter stood with regard to Spain, and in determining upon the answer to be made to Her Majesty's Government not to forget what I had said above. I expressed my apprehension which would be produced if it should appear that British shipping was specially singled out for unfavourable treatment, because confidence was thereby shaken, and England would refrain from retaliation.

Nr. 4726.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. — Die Haltung des Gesandten wird gebilligt. Lord Lyons soll auf Antwort dringen.

I approve the language held by your Excellency to M. de Rémusat on the operation of the recent French laws on the merchant navy with regard to British shipping, as reported in your despatch of the 8th instant. || I have to request that you will avail yourself of any opportunity of pressing the French Government for an answer to the representations you have already made on the subject.

Nr. 4726.
England und
Frankreich,
13. März 1872.

Nr. 4727.

ENGLAND und FRANKREICH. — Der Herzog von Broglie an Earl Granville. — Mittheilung einer französischen Depesche, in welcher der französisch-englische Handelsvertrag vom 23. Januar 1860 gekündigt wird. Die Unterhandlungen können wieder aufgenommen werden.

Le Soussigné, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de la République Française, a l'honneur de porter à la connaissance de son Excellence M. le Principal-Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique les instructions qu'il a reçues de son Gouvernement et qui sont contenues dans la dépêche ci-jointe dont il a l'ordre de lui donner communication. || Comme son Excellence le verra par cette dépêche, le Gouvernement de la République a puisé avec regret, dans l'examen de la dernière note qui lui a été transmise au nom du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, la conviction qu'il devait renoncer à l'espoir de voir accepter en ce moment la révision du Traité de Commerce de 1860 sur les bases qu'il avait proposées. || En conséquence, et par les raisons dont le Soussigné a plusieurs fois eu l'honneur d'entretenir son Excellence, le Gouvernement de la République se voit obligé de faire usage de la faculté réservée par l'Article XXI de ce Traité, et de l'autorisation qui lui a été spécialement accordée à cet effet par l'Assemblée Nationale de France dans la Loi du 2 février dernier. || Le dit Traité doit donc dès-à-présent être considéré comme dénoncé par le Gouvernement de la République, et ses effets devront cesser, si aucune disposition contraire n'intervient, d'ici là dans une année à partir du jour où la présente communication sera parvenue entre les mains de son Excellence le Principal Secrétaire d'Etat. || Le Soussigné croit pourtant devoir appeler que si dans le cours de cette année le Gouvernement Britannique

Nr. 4727.
England u.
Frankreich,
15. März 1872.

Nr. 4727.
England u.
Frankreich,
15. März 1872.

pensait pouvoir avec utilité prendre en considération les propositions qui lui ont été faites, le Gouvernement Français a toujours déclaré qu'il se montrerait, à toute époque, prêt à rentrer en négociation pour le maintien avec modifications du Traité de 1860. Il fera observer également qu'en vertu de l'Article 2 de la Loi déjà citée, les Tarifs Conventionnels établis doivent rester en vigueur, même après la cessation du Traité, jusqu'au vote des Tarifs nouveaux par l'Assemblée Nationale, et ne seront par conséquent modifiés que sur les points où cette Assemblée l'aurait jugé indispensable. Le Gouvernement Britannique verra sans doute dans cette disposition la confirmation de l'assurance qui lui a été plusieurs fois donnée que le Gouvernement Français ne songe point à profiter de la liberté qu'il désire recouvrer, pour opérer une révolution économique de nature à troubler l'ensemble des relations commerciales des deux pays, mais qu'il veut seulement pourvoir dans la plus juste mesure aux besoins urgents des finances et de l'industrie françaises. Enfin le Soussigné s'associe pleinement à l'espérance exprimée par son Gouvernement, et confirmée par les assurances réitérées de son Excellence le Principal Secrétaire d'Etat, que la cessation du Traité de Commerce, si elle doit demeurer définitive, ne sera suivie d'aucun refroidissement dans les relations d'intimité qui existent depuis tant d'années entre la France et l'Angleterre et dont le maintien est d'un si grand prix pour les deux nations. Le Soussigné prie son Excellence de vouloir bien lui accuser réception de la communication qu'il a l'honneur de lui faire, et saisit etc.

Beilage.

Der Minister de Rémusat an den Herzog von Broglie. — Kündigung des Handelsvertrags.

Versailles, le 13 mars 1872.

La note que vous avez reçue du Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique pour les Affaires Etrangères a été pour le Gouvernement de la République l'objet d'un examen attentif. Il y a reconnu toute la courtoisie que Lord Granville porte dans ses communications avec la France; mais il a eu le regret de trouver dans ce document des objections qui ne lui laissent nul espoir de voir accepter la révision du Traité du 23 janvier 1860, sur les bases de négociation qu'il avait proposées. Un mot seulement sera dit ici de ces propositions; elles se divisent en deux classes. Les unes sans aucun doute ont une tendance protectrice; mais le Traité lui-même est conçu dans un esprit de protection modérée; et puisque le Gouvernement de la Reine a déclaré par deux fois que malgré sa répugnance pour toute protection systématique, il n'opposait pas une fin de non recevoir absolue à toute proposition de droits légèrement protecteurs, nous aurions désiré qu'il voulût bien examiner si nos propositions n'étaient pas de celles qu'il ne peut tenir pour inacceptables,

puisqu'elles sont au-dessous de la limite que s'étaient posée les négociateurs du
 traité de 1860. Nous avons d'ailleurs la conviction que si elles étaient
 acceptées, elles ne porteraient pas une atteinte sensible aux importations de
 l'industrie britannique en France. Quant à la seconde classe de nos propo-
 sitions, elles ont un but éminemment fiscal. Si, comme on nous l'a plusieurs
 fois rappelé, le tableau détaillé des tarifs projetés n'a pas été fourni, c'est que
 ces tarifs restaient hypothétiques, tant qu'il n'était pas possible de préjuger à
 quels calculs s'arrêterait l'Assemblée Nationale. Il règne encore quelque incer-
 titude à cet égard; mais des désignations de chiffres n'étaient pas nécessaires
 pour apprécier le système en général, et du moment que nous déclarions notre
 intention d'imposer certaines matières premières déterminées à un taux qui ne
 dépasserait jamais 20 pour cent et qui pourrait souvent être inférieur, il nous
 paraissait facile d'émettre en suffisante connaissance de cause une opinion
 motivée sur un semblable plan. || Au reste, nous voyons avec satisfaction que le
 Gouvernement de la Reine se montre plus disposé à entrer dans cet examen
 qu'il ne l'avait fait jusqu'ici, et des deux conditions qu'il met à la prise en con-
 sidération de nos projets fiscaux, la seconde portant que les taxes compensatrices
 sur les produits manufacturés doivent être limitées au montant des droits établis
 sur les matières premières servant à leur fabrication, cette condition, dis-je, ne
 saurait donner lieu à aucune contestation. Quant à la première, c'est-à-dire, à
 l'établissement à l'intérieur d'un droit identique au droit d'entrée qui frapperait
 ces matières premières, elle souffre beaucoup plus de difficulté. Mais sans
 appeler toutes les considérations exposées dans notre dépêche du 7 février,
 nous ne croyons pas impossible de combiner certains tempéraments qui atté-
 nueraient l'inégalité des charges entre le producteur indigène et le producteur
 étranger. || Mais nous pourrions revenir sur ces diverses questions, si nous
 pouvions les négociations que le Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté
 britannique consentirait à reprendre, après que le Traité de 1860 aurait été
 dénoncé. || Longtemps nous avons espéré éviter cette dénonciation; nous
 craignons qu'elle ne fût prise pour le début d'une révolution commerciale,
 qu'elle ne portât une perturbation trop brusque dans les intérêts engagés sur la
 base de Conventions antérieures; enfin, qu'elle ne devînt pour des esprits prévenus
 le signe d'un refroidissement entre deux pays qui n'ont que des motifs de constant
 accord et d'entente mutuelle. Mais les déclarations du Gouvernement de la
 Reine nous rassurent pleinement. Nous lisons dans la dépêche qui nous est
 communiquée que s'il regarde la dénonciation du Traité comme un pas vers son
 extinction définitive, elle ne lui paraît cependant pas un obstacle à des négocia-
 tions ultérieures. Nous lisons encore que, quel que soit le résultat de la
 discussion, l'Angleterre s'efforcera d'éviter toute altération dans la cordialité
 des rapports entre les deux pays, et qu'enfin, bien qu'elle n'ait aucune intention
 d'engager une guerre de tarifs, elle attacherait comme nous un grand prix à re-
 ouvrir sa liberté fiscale. || Ces sentiments sont les nôtres. Pour nous, en effet,
 la liberté fiscale serait bien précieuse, nécessaire, même, dans un moment où

Nr. 4727.
 England und
 Frankreich,
 15. März 1872.

Nr. 4727.
England und
Frankreich,
15. März 1872.

nous aurions besoin de toutes nos ressources pour faire face à des charges extraordinaires. C'est cette considération surtout qui nous ferait désirer d'être affranchis des restrictions qu'une série de Conventions Commerciales a imposées pour nous à un droit de taxation que possède toute nation sur elle-même. C'est pour sortir de cette sorte d'impuissance que nous sommes conduits à mettre en terme, dès que nous en avons la faculté, aux engagements qui résultent pour nous de nombreux Traités de Commerce. Celui qui nous lie à la Grande Bretagne est le premier qui soit arrivé à l'époque d'une résiliation régulière. Nous ne pouvons plus même compter avec quelque assurance sur la possibilité de modifications qui nous seraient nécessaires. Nous sommes donc obligés de prendre date en le dénonçant aujourd'hui. Confiants dans nos intentions, résolus à n'user qu'avec une grande modération de la liberté qui nous serait rendue soit en négociant des Conventions nouvelles, soit plutôt en statuant seuls par voie législative sur notre régime commercial, nous avons pris notre résolution sous l'empire d'un intérêt public qui ne peut être méconnu. Veuillez donc M. l'Ambassadeur, faire connaître au Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique, que dans notre pensée les effets du Traité du 23 janvier 1860 doivent expirer un an après le jour où vous lui aurez fait connaître nos intentions. Vous voudrez bien nous en informer immédiatement, afin que le fait soit porté, comme il convient, à la connaissance du commerce et de l'industrie. || Je vous prie de lire cette dépêche au Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté et, s'il le désire, de lui en laisser copie. || J'espère que la notification qu'elle contient et à laquelle vous donnerez, dans la forme, l'authenticité qu'elle sera jugée convenable, sera reçue dans le même esprit que celui qu'elle l'a dictée, et qu'aucune atteinte ne sera portée aux sentiments réciproques d'estime et de bienveillance qui subsistent entre les deux nations.

Nr. 4728.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville.
Rémusat muss die Befreiung spanischer Schiffe von der "surtaxe de pavillon" zugeben. [Extract.]

Nr. 4728.
England und
Frankreich,
15. März 1872.

With reference to my despatch of the 8th instant, and to your Lordship's despatch of the 13th instant, I have the honour to report that M. de Rémusat told me this afternoon that he had found that I was right in stating that Spanish ships had been exempted from the "surtaxe de pavillon". || I remind him that the demand of Her Majesty's Government for the exemption of merchandize imported in British ships was still unanswered, while the differential duties still continued to be levied on such merchandize. In fact, I said,

appearance still was that England especially singled out for unfavourable treatment; and I begged M. de Rémusat to do his utmost to put an end to so deplorable a state of things.

Nr. 4728.
England und
Frankreich,
15. März 1872.

Nr. 4729.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an den Herzog von Broglie. — Empfangsbestätigung der Note Nr. 4727, welche die Kündigung des Handelsvertrags enthält.

The Undersigned, Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, has the honour to acknowledge the receipt, on the 15th instant, of the note addressed to him by his Excellency the Duc de Broglie, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary from the French Republic, on that day, conveying a notification that the Government of the Republic finds itself under the necessity of exercising the power reserved by Article XXI of the Treaty of Commerce of 1860, and conferred by the National Assembly in the Law of the 2nd of February last, with respect to the termination of that Treaty. || His Excellency the Duc de Broglie accordingly informed the Undersigned that the Treaty is to be considered, from the present time, as denounced ("dénoncé") by the Government of the French Republic; and that its operation is to cease in one year, dating from the day (namely, the 15th of March) on which the note of the Duc de Broglie reached the Undersigned. || The Undersigned, in thus acknowledging the receipt of the note of the Duc de Broglie, avails himself etc.

Nr. 4729.
England und
Frankreich,
18. März 1872.

Nr. 4730.

ENGLAND und FRANKREICH. — Lord Lyons an Earl Granville. — Unterredung mit Thiers. Das Verfahren französischer Zollbehörden. Der Finanzminister Pouyer-Quertier hat auf eigene Hand die spanischen Schiffe von der "surtaxe de pavillon" ausgenommen. Unterredung mit Rémusat.

The President of the Republic spoke to me yesterday at Versailles of the denunciation of the Commercial Treaty of 1860. He observed that your Lordship's last note (that to the Duc de Broglie of the 24th of last month) had left a little hope that the negotiation would be carried on by Her Majesty's Government on the basis of the proposals he had made. He had not, he went

Nr. 4730.
England und
Frankreich,
18. März 1872.

Nr. 4780
England und
Frankreich,
18. März 1872.

on to say, been able to obtain a specific answer from Her Majesty's Government, and he had felt bound to lose no more time. England need not in the least apprehend any return on his part to the system in force before 1860. Even if the Treaty should be allowed to expire without any new agreement between the two countries, he should not desire to make any greater changes in the French system than those which had been stated in the very moderate proposals which he had submitted to Her Majesty's Government. || I answered that the President was well aware that, for my own part, I deeply regretted that the French Government had raised any question concerning the Commercial Treaty, and I did not deny that the denunciation was, in fact, painful to me. The thing, however, was, I said, now done and I was unwilling to enter with him upon any controversy as to the preceding negotiations. My earnest desire was that, taking matters as they stood, we should on both sides use our best endeavours to maintain friendly feeling. With this object in view, I would once more call his attention to the importance of executing the Treaty, while it lasted, in a fair and liberal spirit. I had often spoken to him on this subject before, and I was sorry to say that there appeared to be at the moment special cause for me to do so again. I had indeed great reason to fear that the Customs authorities were acting in an unprecedented, not to say vexatious, manner with regard to British imports. || The President said that he believed that, in fact, it had been found necessary to be more strict than formerly in the examination of travellers' luggage. || I replied that certainly I thought it would be a great pity if, in addition to the annoyances of the new passport system, English travellers should be exposed to delay and inconvenience with regard to passing their luggage through the Customs. It was not, however, to this matter that the complaints which had reached me related. Those complaints were of a much more serious character. It was represented to Her Majesty's Government that very numerous seizures had been recently made of British goods at French ports; that new and strained interpretations were put upon the Treaty Tariffs; and that, in fact, the Customs officers, with or without instructions from the Government, appeared to have adopted a system, which was, to say the least, entirely novel; which had consequently been quite unexpected by importers, and which was embarrassing to them, and injurious to British commerce. | The President answered that nothing could be farther from his wishes than that anything of the kind should take place. Possibly a circular issued by the late Minister of Finance might have been misinterpreted by the Customs officers, but he could assure me that his own intention was that the Treaty should be executed now in the same way as it had always been executed. || I begged the President to use his personal authority to enforce a compliance with his intentions by the subordinate authorities, and he promised to do so. || The President proceeded to tell me that M. de Rémusat had reported to him the language I had held respecting the position in which England had been placed, since the enactment of the new law on the merchant navy; and had, in parti-

ular, mentioned the contrast I had pointed out between the treatment applied to Spanish and that applied to English vessels. It did, he said, in fact appear that M. Pouyer-Quertier, the late Minister of Finance, had, without consulting his colleagues, exempted Spain from the "surtaxes de pavillon" by a simple circular to the Customs authorities, and had (which was almost equally strange) referred in that Circular to the ancient "pacte de famille" between the two branches of the House of Bourbon, when one of them reigned in France and the other in Spain. || The President went on to say that he made no doubt that he should be able to show the Spanish Government that it was impossible that the concession, so made, could be maintained. I replied that I had mentioned the case of Spain to M. de Rémusat, simply with a view to point out the painful effect which the exceptionally unfavourable treatment of British shipping could not fail to have upon public feeling in England. Our position was, I said, quite different from that of Spain. Her Majesty's Government represented that, under the Treaty stipulations, merchandize imported into France by British vessels ought to be exempt from the "surtaxes de pavillon". Spain laid no claim to exemption in virtue of any international engagement; she merely threatened retaliation. My desire was, not that the concession made to Spain should be withdrawn, but that the claim of Great Britain should be admitted. I went on to say, that as the President had introduced the subject, I could not help asking him to reflect upon the position in which he was, in practice, placing England. Could he believe that the utmost good-will on the part of Her Majesty's Government would avail to maintain a friendly feeling towards France among the mercantile classes in England, if they found that in matters most materially affecting their interests, their country was exceptionally placed in the position of the least-favoured nation? I was sure that this could not be the deliberate intention of the French Government; nor did I forget the peculiar circumstances to which such a result might in some degree be attributed. I remembered of course that the English Commercial Treaties expired before those with other Powers, and that we had a more ancient and less complete Navigation Treaty than several other nations. I would not at the moment discuss the question whether the letter of the Treaties justified the course pursued by the French Government. I would merely speak of the effect on public opinion. The public in general would not examine technical points respecting the wording of Treaty Articles — they would regard patent practical results. They would see that the English Treaty was denounced while others subsisted, and that the merchandize brought to France by British ships was, notwithstanding our Treaty claim, subjected to a differential duty, which was not levied on merchandize imported by ships under the flags of Austria, Belgium, Germany, Holland, Italy, Portugal, Sweden, or Spain. Could the public in England be expected to see in these facts proofs of the friendly feeling of France? || The President observed to me (as he had done on previous occasions) that it was not the competition of English shipping that the French merchant navy had most to fear, nor was it against

Nr. 4730. English shipping that the "surtaxes de pavillon" were chiefly levelled
 England und
 Frankreich,
 18. März 1872. repeated in strong terms that it was his earnest desire to be on the best
 with England, and that nothing could be farther from his wish than to
 her less favourably than other friendly nations. || I said that I trusted th
 would consider the demand of Her Majesty's Government respecting the
 taxes de pavillon" in this spirit, and return a favourable answer to it w
 further delay. || This morning I waited upon M. de Rémusat, before returni
 Paris, and related to him what has passed between the President and
 I begged him to use his own endeavours also to put a stop to novel and
 tious proceedings on the part of the Customs officers, and I reminded h
 the pressing nature of our claim to exemption from the "surtaxes de pavill
 M. de Rémusat said that he had already written to the Finance Depart
 respecting the mode of executing the Treaty of Commerce, and he added
 he himself felt all the importance of the question of the "surtaxes de pavi

Nr. 4731.

ENGLAND und FRANKREICH. — Aus dem "Journal Officiel"
 19. März 1872. — Die Kündigung des Handelsvertrags.

Nr. 4731. Le Traité de Commerce avec l'Angleterre a été dénoncé au Gouverne
 England und
 Frankreich,
 19. März 1872. Britannique par une communication de l'Ambassadeur de France du 15 cou
 Il cessera en conséquence d'être en vigueur à partir du 15 mars 1873.
 voie des négociations reste ouverte pour toutes stipulations concernant le
 merce de la France et de l'Angleterre, et l'Article 2 de la Loi du 2 fé
 dernier porte que les tarifs conventionnels continueront d'être observés jus
 vote de tarifs nouveaux par l'Assemblée Nationale.

Nr. 4732.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyon
 Die englische Regierung beharrt bei ihrer Ansicht hinsich
 der Zölle auf Rohstoffe.

Nr. 4732. I think it well to state, for your Excellency's information and gui
 England und
 Frankreich,
 3. März 1872. (with more especial reference to my despatch of the 26th of January), i
 event of further discussion on the subject of duties on raw materials, tha
 Majesty's Government adhere to the views they have already expressed o
 question.

Nr. 4733.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an den Herzog von Broglie. — Beschwerden über die französische Zollpolitik und über ungesetzliches Verfahren der Zollbehörden.

In the note which I had the honour to address to your Excellency on the 18th instant, I acknowledged the receipt of your note on the 15th of this month, conveying the notice given by the Government of the French Republic for the termination of the Treaty of Commerce of 1860. || I now desire to request your Excellency to have the goodness to convey to your Government the following observations on the subject. | In the first place I beg your Excellency to state that Her Majesty's Government fully admit the right of the French Government to terminate the Treaty, while they claim no less fully that the stipulations of the Treaty shall be strictly observed as long as it continues in force. || I feel it the more incumbent upon me to make this statement on account of what appears to be a tendency on the part of the authorities at some of the French Customs stations to limit or strain the terms of the Treaty. In the note which I had the honour to address to your Excellency on the 24th of last month, I adverted to representations made to the French Government by Her Majesty's Ambassador at Paris in regard to duties imposed on the introduction into France of mineral oils of British origin. These oils were classed in tariff statements published by the French Customs as chargeable with a duty of 5 per cent.; this regulation was suddenly altered, and the duty on these products has been raised to 37 fr. per 100 kilogrammes, equivalent, according to values given by British dealers, to about 80 per cent. *ad valorem*; whereas, by the terms of the Commercial Treaty, as interpreted by Her Majesty's Government, no such duties can exceed 25 per cent. || Nor is this all: in disregard of the provisions of Article XIX of the Treaty of the 23rd of January, 1860, and V of the Second Supplementary Convention of the 16th of November of the same year, conferring most-favoured-nation treatment, American mineral oil has been admitted into France at a duty of 5 fr. per 100 kilogrammes lower than British; whereby, according to values stated by British dealers, an advantage of 9 per cent. *ad valorem* has been given to the former product. | Moreover, the British firms which, under these altered circumstances, were unable to complete contracts they had entered into without actual loss, have been subjected to considerable legal expenses, and in some instances to judicial decisions involving them in liability for damages. The representations which, under instructions from Her Majesty's Government, Her Majesty's Ambassador at Paris has repeatedly addressed to the French Government in this matter have remained for many weeks without any definite answer being returned to them, and without any action being taken to redress the grievances complained of. || Further,

Nr. 4733.
England und
Frankreich,
25. März 1872.

Nr. 4733.
England und
Frankreich,
5. März 1872.

Memorials have been presented to Her Majesty's Government within the few days respecting a system of interference which it would seem is adopted by the French Customs administration in regard to the trade in and tissues between this country and France. Seizures have been made, fines imposed under an interpretation of the Tariff annexed to the Treaty of Commerce which is alleged to be altogether new and opposed to its letter and spirit. Investigations into the specific allegations with respect to these commodities which have resulted in these seizures, are represented to have been of a very unsatisfactory character. || I have likewise the honour to state to your Excellency that no answer has yet been returned to the representations made by Her Majesty's Government, to which I also adverted in my note of the 10th ultimo, in regard to the recent French Law respecting the mercantile marine, although I understand that, in consequence of remonstrance from the Spanish Government, Spanish shipping has been relieved from the application of the differential dues. I am further informed that the tax of 10 c. on articles which pass the French frontier has been taken off in favour of Spain. || I beg that your Excellency will have the goodness further to acquaint your Government with the expressions of friendship towards this country which have always been received with the utmost satisfaction from the President of the French Republic, and of his Ministers. Her Majesty's Government also attached much value to the assurances given at different times by the President and his Ministers, and also by yourself, that it was not the wish of the French Government to do away with the principle of the Most Favoured Nation in the French Commercial Treaty, to place this country in a less favourable position than any other Power, or to impose any special disadvantage on British merchant-vessels; and that no apprehension need be entertained that, while the Treaty remained in force, subordinate authorities would be allowed to strain the stipulations. Her Majesty's Government were equally glad to hear that it was the policy of the President simply to impose moderate duties, such as were specified in the proposals he had made to Her Majesty's Government; and to receive the assurances of M. de Rémusat that the French Government would not wage a warfare of Customs duties. || On these grounds they have understood it to be the intention of the French Government that the fiscal changes in contemplation in France would not be so directed as to be prejudicial to British commerce; and they accept in this sense the announcement which your Excellency has now made, that the several Tariffs annexed to the Treaty will remain in force even after the expiration of the Treaty, except so far as their terms are specifically altered by the National Assembly. || But the course pursued with respect to the several matters to which I have now requested your Excellency to call the attention of your Government, shows that these intentions of the French Government, as far as the matters in question are concerned, have been attended to by the subordinate Departments. Indeed, from the manner in which the important subjects to which I have adverted have been dealt with

there is even an appearance, in the present state of affairs, that questions which affect this country especially, receive unfavourable treatment. The duties complained of continue to be levied; the vexatious proceedings on the part of the Customs authorities, with all the injurious consequences which attend them, seem to increase rather than to diminish. The discussion on these points is indefinitely protracted, and controversies which Her Majesty's Government much regret, cannot fail to ensue. On previous occasions I have explained the reasons on account of which Her Majesty's Government would regret the termination of Treaty of Commerce, which undoubtedly has much increased the commercial transactions of both countries; and I have expressed the readiness of Her Majesty's Government to assist the French Government as far as possible in new fiscal arrangements, where this could be done without giving a sanction to principles to which Her Majesty's Government are strongly opposed. I regret to have to call attention to complaints which so seriously affect British interests. I am prompted also by the strong desire, which Her Majesty's Government cordially share with that of France, and which has been expressed with so much force and courtesy by yourself and M. de Rémusat, to prevent any possible diminution of the friendly relations which now exist, to request that if the complaints which have been made on the part of British trade cannot be confuted, instructions, which may prove effectual for the purpose, may be given to the proper authorities in France to observe strictly the stipulations of the Treaty of 1860, and its various annexes as long as those engagements remain in force.

Nr. 4733.
England und
Frankreich,
25. März 1872.

Nr. 4734.

ENGLAND und FRANKREICH. — Earl Granville an Lord Lyons. —
Anerkennung der Haltung des Gesandten. [Auszug.]

I am glad to avail myself of this opportunity to express to your Excellency the entire approval by Her Majesty's Government of your proceedings throughout the negotiations relative to the revision of the Commercial Treaty. Her Majesty's Government fully appreciate your Excellency's unwearied efforts to support the interests of British commerce, and to procure the strict fulfilment of the stipulations of the Treaty as long as it remains in force.

Nr. 4734.
England und
Frankreich,
25. März 1872.

Nr. 4735.

ENGLAND und FRANKREICH. — Handels- und Schifffahrtsvertr
vom 5. November 1872.

Nr. 4735.
England und
Frankreich,
5. Nov. 1872.

S. M. la reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande S. Exc. le Président de la République Française, voulant resserrer de plus plus les liens d'amitié qui unissent les deux nations, et désireux d'établir d'une manière permanente et satisfaisante les relations commerciales entre les deux contrées, ont résolu de conclure un traité de commerce et de navigation pour remplacer le traité et les conventions du 23 janvier, du 12 octobre et du 16 novembre 1860, et ils ont, en conséquence, nommé leurs plénipotentiaires à cet effet, comme suit: — — — qui après communication de leurs pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, ont accepté les articles suivants:

Art. 1. Les sujets français qui résident temporairement ou d'une manière permanente dans les états ou possessions de Sa Majesté Britannique, et les sujets de Sa Majesté Britannique qui résident temporairement ou d'une manière permanente en France et dans les possessions françaises, y jouiront, à l'égard de leur résidence dans les territoires de l'autre Etat et de l'exercice de leur commerce ou industrie, des mêmes droits, et ne seront soumis à aucune taxe au ou plus élevée, que les nationaux ou les sujets de toute autre nation jouissant du traitement de la nation la plus favorisée.

Art. 2. Le Président de la République Française ayant représenté à Sa Majesté la reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande que les nécessités financières de la France exigent impérieusement l'établissement de nouvelles taxes dans ce pays, et la modification, dans ce but, des stipulations concernant les tarifs du traité du 23 janvier 1860, et des conventions supplémentaires des 12 octobre et 16 novembre de la même année, Sa Majesté, d'un esprit d'amitié envers la France, consent à ces modifications sous les conditions déterminées, soit par les dispositions qui suivent, soit par les autres articles du présent traité.

Les hautes parties contractantes se garantissent mutuellement le traitement de la nation la plus favorisée, c'est-à-dire qu'à partir du 1 décembre 1872 ne percevra, soit en France, soit en Algérie, sur les produits du sol ou des manufactures du Royaume-Uni ou des possessions britanniques aucun droit supérieur à ceux dont sont grevés les produits similaires du sol ou des manufactures de tout autre pays étranger situé soit en Europe, soit en dehors. aucun droit ne sera établi dans le Royaume-Uni sur les produits du sol ou des manufactures de la France ou de ses possessions supérieur à ceux dont sont grevés les produits similaires du sol ou des manufactures de tout autre pays étranger situé soit en Europe, soit en dehors, et toute faveur, toute immunité, privilège ou réduction de droits quelconque (autres que ceux pour lesquels il

fait plus loin une exception spéciale), quant au commerce du Royaume Uni ou de la France et de l'Algérie respectivement qui ont été ou pourront être accordés par l'une des hautes parties contractantes à une puissance tierce quelconque, européenne ou non, seront étendus immédiatement, et sans condition, à l'autre partie contractante.

Nr. 4785.
England und
Frankreich,
5. Nov. 1872.

Il est convenu, cependant, qu'à partir du 1 décembre prochain, si les ratifications du présent traité et du protocole ci-annexé sont échangées avant cette date, si non à partir de la date de l'échange de ces ratifications, les droits spécifiés dans l'annexe n° 1 pourront être perçus jusqu'au 31 décembre 1876, sur les produits du sol ou des manufactures du Royaume-Uni ou des possessions britanniques importés en France ou en Algérie.

Il est également convenu entre les hautes parties contractantes:

1. Que tant que les traités conclus par la France avec d'autres puissances ne seront pas modifiés, ces droits constitueront pendant ladite période le maximum des charges dont les produits du sol ou des manufactures du Royaume-Uni ou des possessions britanniques pourront être grevés à leur importation en France ou en Algérie.

2. Que les différences que ces droits constituent à l'égard desdits produits, comparativement aux droits auxquels les produits similaires sont actuellement soumis en vertu des traités conclus par la France avec d'autres puissances, ne pourront pas être augmentées.

3. Qu'indépendamment des exceptions expressément prévues dans le troisième paragraphe du présent article, les tarifs annexés aux traités et conventions de 1860, ci-dessus mentionnés, demeureront en vigueur jusqu'au 15 mars 1873.

4. Que toute réduction de droits qui a été accordée ou pourra être accordée plus tard par la France à toute autre puissance, soit en Europe, soit hors d'Europe, sera immédiatement, et sans condition, étendue à la Grande-Bretagne; et réciproquement que toute réduction de droits qui a été accordée ou pourra être accordée plus tard par la Grande-Bretagne à toute autre puissance, soit en Europe, soit hors d'Europe, sera immédiatement, et sans condition, étendue à la France, et qu'aucune augmentation ne sera apportée par la Grande-Bretagne aux droits établis par le tarif actuellement en vigueur dans le Royaume-Uni (dont un exemplaire forme l'annexe n° 2 du présent traité) sur des produits du sol ou des manufactures de la France ou des possessions françaises, qui ne soit également appliquée aux produits similaires du sol ou des manufactures de tout autre pays.

5. Que les navires anglais et leur cargaison en France et en Algérie, et les navires français et leur cargaison dans le Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, à leur arrivée d'un port quelconque et quel que soit le lieu d'origine ou de destination de leur cargaison, jouiront, sous tous les rapports, du même traitement que les navires nationaux et leur cargaison.

Nr. 4735.
England und
Frankreich,
5. Nov. 1872.

Il est fait exception à la disposition qui précède pour le cabotage, dont le régime demeure soumis aux lois respectives des deux pays.

Art. 3. Le transit des marchandises à destination ou arrivant du Royaume-Uni sera exempt de tout droit de transit en France et en Algérie, et le transit des marchandises à destination ou arrivant de France et d'Algérie sera exempt de tout droit de transit dans le Royaume-Uni.

Art. 4. Aucune prohibition à l'importation ou à l'exportation ne pourra être établie par l'une des hautes parties contractantes à l'égard de l'autre, qui ne soit, en même temps, applicable à toutes les autres nations étrangères: excepté, cependant, les prohibitions ou restrictions temporaires que l'un ou l'autre Gouvernement jugerait nécessaire d'établir en ce qui concerne la contrebande de guerre, ou pour des motifs sanitaires.

Art. 5. Si l'une des hautes parties contractantes établit un droit d'accise ou droit intérieur sur un produit quelconque du sol ou de l'industrie nationale, un droit compensateur équivalent pourra être perçu sur les produits similaires importés du territoire de l'autre puissance, pourvu que ledit droit compensateur soit perçu sur les produits similaires à leur importation de tout autre pays étranger.

Mais il n'y aura pas lieu d'établir de droit compensateur à raison d'un droit de douane sur les matières brutes ou autres produits ou marchandises importés de l'étranger.

Dans le cas de la réduction ou de l'abolition de tout droit d'accise ou intérieur de cette nature, une réduction équivalente sera en même temps opérée sur le droit compensateur correspondant prélevé sur les articles fabriqués.

Art. 6. Les droits *ad valorem* payables en France ou en Algérie seront calculés sur la valeur au lieu de production ou de fabrication de l'article importé, en y ajoutant les frais de transport, d'assurance et de commission nécessaires pour l'importation en France ou en Algérie jusqu'au port de débarquement.

Pour la perception de ces droits, l'importateur remettra à la douane une déclaration écrite indiquant la valeur et la nature de la marchandise. Si la douane est d'avis que la valeur déclarée est insuffisante, elle pourra garder les marchandises en payant à l'importateur le prix déclaré augmenté de 5 p. 10.

Ce paiement, ainsi que la restitution de tout droit acquitté par lesdites marchandises, aura lieu dans les quinze jours qui suivront la déclaration.

Art. 7. Le Gouvernement français pourra réserver exclusivement à certains bureaux de douane l'admission des marchandises taxées *ad valorem* dont l'estimation lui paraîtra présenter des difficultés.

Art. 8. L'importateur à l'égard duquel la douane française voudra exercer le droit de préemption stipulé à l'article 6, pourra, s'il le préfère, demander l'estimation de ses marchandises par des experts.

La même demande pourra être faite par la douane française, si elle juge pas à propos d'user immédiatement du droit de préemption.

Dans le cas où la douane française renoncerait à son droit de préemption, elle autorisera la remise immédiate à l'importateur de ses marchandises, à la condition expresse que ledit importateur prendra l'engagement, sous caution suffisante, de payer les droits et amendes qui pourraient résulter de l'expertise, en vue de laquelle la douane prélèvera les échantillons nécessaires.

Nr. 4735.
England und
Frankreich,
5. Nov. 1872.

Art. 9. Si le résultat de l'estimation par les experts constate que la marchandise n'a pas une valeur de 5 p. 100 supérieure à celle déclarée par l'importateur, le droit sera perçu sur la valeur déclarée.

Si la valeur constatée est de 5 p. 100 ou plus supérieure à celle déclarée, la douane française pourra, à son choix, exercer le droit de préemption, ou recevoir le droit sur la valeur déterminée par les experts.

Ce droit sera augmenté de 50 p. 100 comme amende, si la valeur déterminée par les experts est de 10 p. 100, ou de plus de 10 p. 100, au-dessus de la valeur déclarée.

Si la valeur déterminée par les experts dépasse de 5 p. 100 ou plus la valeur déclarée, les frais de l'expertise seront supportés par le déclarant. Dans les autres cas ils seront supportés par la douane française.

En cas de dissentiment entre l'importateur et la douane française, à l'égard de la classe ou de la dénomination d'après laquelle les marchandises doivent payer les droits, ce dissentiment sera porté devant des experts et décidé par eux, si l'importateur n'accepte pas la décision de la douane.

Dans tous les cas de dissentiment, le déclarant pourra, s'il le juge à propos, demander que l'estimation soit faite à Paris, au lieu de l'être dans le port. Le motif de ce changement du lieu de destination devra être signifié avant le commencement de l'expertise dans le port.

Art. 10. Dans les cas prévus par les articles 8 et 9, deux experts seront nommés, l'un par le déclarant ou par son agent, l'autre par le chef de service de la douane dans le lieu même où l'expertise doit avoir lieu. En cas de désaccord, ou même au moment de la constitution de l'arbitrage, si le déclarant n'est pas satisfait, les experts choisiront un tiers arbitre; s'il y a désaccord, le tiers arbitre sera nommé par le président du tribunal de commerce du port d'importation, ou à défaut par le président du tribunal de commerce du lieu le plus voisin.

Le déclarant ainsi que la douane pourront demander qu'au lieu d'être faite dans la forme ci-dessus déterminée, l'expertise soit effectuée à Paris par les membres du comité d'expertise légale institué auprès du ministère de l'agriculture et du commerce par l'article 19 de la loi du 27 juillet 1822.

Cette option devra être déclarée dans un délai de vingt-quatre heures à compter de la notification de la préemption ou de la demande d'expertise.

Les experts que le comité ci-dessus désigné s'adjoindra pour statuer sur les affaires qui lui seront dévolues, devront être choisis sur la liste dressée préalablement par le président de la chambre de commerce de Paris.

La décision des experts devra être rendue dans les huit jours qui suivront,

Nr. 4785.
England und
Frankreich,
5. Nov. 1872.

si l'expertise a lieu au point d'arrivée; et si la décision est renvoyée au comité d'expertise légale à Paris, elle sera donnée dans les quinze jours.

Art. 11. Pour établir le fait que les marchandises sont le produit du sol ou des manufactures du Royaume-Uni ou des possessions britanniques, l'importateur pourra, s'il le juge à propos, présenter à la douane française un certificat d'origine qui devra être ou une déclaration officielle faite devant un magistrat ayant juridiction sur le lieu d'expédition, ou un certificat délivré par l'employé supérieur des douanes du port d'embarquement, ou un certificat délivré par le consul ou l'agent consulaire de France au lieu d'expédition ou au port d'embarquement.

La signature de l'autorité britannique sera certifiée par le consul ou l'agent consulaire de France, s'il en existe un, résidant dans le lieu ou la possession d'où sont expédiées ou embarquées les marchandises; et s'il s'agit d'une possession anglaise où il n'existe pas de consul ou d'agent consulaire français, la signature de l'autorité anglaise sera certifiée par le fonctionnaire chargé de l'administration de cette possession.

Art. 12. L'importateur de machines, de mécaniques complètes ou en pièces détachées, ou d'autres articles produits du sol ou des manufactures du Royaume-Uni et d'une possession britannique, sera affranchi de l'obligation de présenter aux douanes françaises des modèles ou dessins desdits articles.

Art. 13. L'importateur de marchandises, produits du sol ou de manufactures du Royaume-Uni ou des possessions britanniques taxés *ad valorem*, pourra, s'il le juge à propos, joindre à la déclaration de la valeur des marchandises et au certificat d'origine une facture émanant du fabricant ou du vendeur, laquelle indiquera le prix réel payé par lui pour lesdits articles.

Art. 14. Lorsque des articles acquittant un droit *ad valorem* auront été antérieurement entreposés, le droit sera perçu d'après la valeur desdits articles à l'époque de leur admission effective en France ou en Algérie.

Art. 15. Indépendamment des droits de douane, les articles d'orfèvrerie et de bijouterie de l'industrie de chaque pays, en or, argent, platine ou autre métal, importés dans l'autre pays, seront soumis au système de contrôle établi dans le pays d'importation pour les articles similaires de l'industrie indigène, et ils payeront, s'ils sont exigés, sur les mêmes bases que les articles nationaux, les droits de marque et de garantie.

Les stipulations ci-dessus seront applicables aux armes à feu, aux ancres, aux chaînes, câbles, et autres articles sur lesquels est exercé un contrôle analogue.

Art. 16. Les sujets de chacune des deux hautes puissances contractantes jouiront dans les États de l'autre de la même protection, et seront assujettis aux mêmes obligations que les nationaux pour tout ce qui concerne la propriété soit des marques de commerce et autres marques particulières indiquant l'origine ou la qualité des marchandises, soit des modèles ou dessins de fabri-

Art. 17. Les articles soumis à des droits et servant, soit de modèles, soit échantillons, qui seront introduits dans le Royaume-Uni par des voyageurs de commerce français, ou en France ou en Algérie par des voyageurs de commerce du Royaume-Uni, seront admis en franchise, à condition de satisfaire aux formalités suivantes qui sont requises pour assurer leur réexportation ou leur mise en entrepôt:

Nr. 4735.
England und
Frankreich
5. Nov. 1872.

1. Les préposés des douanes du lieu ou port dans lequel les modèles et échantillons seront importés, constateront le montant du droit applicable auxdits articles. Le voyageur de commerce devra déposer en espèces le montant desdits droits au bureau de douane, ou fournir une caution valable.

2. Pour assurer leur identité, chaque modèle ou échantillon séparé, sera, si on le peut, marqué au moyen d'une estampille ou d'un cachet y apposé.

3. Il sera délivré à l'importateur un permis ou certificat qui donnera:

a) Une liste des modèles ou échantillons importés, spécifiant la nature des articles ainsi que les marques particulières qui peuvent servir à la constatation de l'identité.

b) Un état indiquant le montant du droit dont les modèles ou échantillons sont passibles, et si ce montant a été versé en espèces ou garanti par caution.

c) Un état indiquant la manière employée pour marquer les modèles ou échantillons.

d) La limite de temps, qui en aucun cas ne pourra dépasser douze mois, à l'expiration de laquelle s'il n'est pas prouvé que les articles aient été réexportés ou mis en entrepôt, le montant du droit déposé sera versé au trésor ou recouvré si on a été donné caution. Il ne sera exigé aucun frais de l'importateur pour la délivrance du certificat ou permis, non plus que pour l'estampille destinée à la constatation de l'identité.

4. Les modèles ou échantillons pourront être réexportés par le bureau d'entrée, aussi bien que par tout autre.

5. Si avant l'expiration de la limite de temps fixée (paragraphe 3, d), les modèles ou échantillons étaient présentés à la douane d'un lieu ou d'un port, pour être réexportés ou entreposés, les préposés de ce port devront s'assurer par une vérification si les articles qui leur sont présentés sont bien ceux pour lesquels a été délivré le permis d'entrée. Si l'identité est prouvée à leur satisfaction, les préposés certifieront la réexportation ou la mise en entrepôt, et rembourseront le montant des droits déposés ou prendront les mesures nécessaires pour la décharge de la caution.

Art. 18. Chacune des hautes parties contractantes pourra nommer des consuls-généraux, des consuls, des vice-consuls et des agents consulaires pour résider dans les villes et ports des Etats et possessions de l'autre, où, conformément aux usages établis, sont autorisés à résider lesdits agents consulaires. Toutefois, lesdits consuls-généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires ne pourront entrer en fonctions, qu'après avoir été agréés et admis dans la forme habituelle par le Gouvernement auprès duquel ils sont accrédités. Ils exerceront,

Nr. 4735. dans l'étendue de leur arrondissement consulaire, les mêmes fonctions et jouiront
 England und des mêmes privilèges, exemptions et immunités qui sont ou seront accordés au
 Frankreich, consuls et agents du même rang de la nation la plus favorisée dans la résidence
 5. Nov. 1872. qui leur est assignée.

Art. 19. Les consuls-généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires de chacune des parties contractantes, résidant dans les Etats et possessions de l'autre recevront des autorités locales les facilités accordées par la loi pour la recherche et l'arrestation des marins déserteurs de leur pays respectif.

Art. 20. Chacune des hautes parties contractantes se réserve le droit de prélever sur les sujets de l'autre des taxes de débarquement ou de navigation afin de subvenir aux dépenses de tout établissement nécessaire dans les ports d'importation et d'exportation.

Toutefois, ces taxes ne doivent pas être autres ou plus élevées que celles dont sont ou seront grevées les marchandises, cargaisons, ou embarcations nationales.

Dans tout ce qui concerne le traitement local, les formalités de douane, le courtage maritime, l'entrepôt, la réexportation, les droits et frais dans les ports, bassins, docks, rades, havres, et rivières des deux pays, les privilèges, faveurs et avantages qui sont ou seront accordés aux navires nationaux en général ou aux marchandises d'importation ou d'exportation dont ils sont chargés, seront également accordés aux navires de l'autre pays et aux marchandises d'importation ou d'exportation dont ils sont chargés, à l'exception toujours du commerce de cabotage.

Art. 21. Les hautes puissances contractantes conviennent de former une commission qui sera composée d'un membre nommé par chaque Gouvernement et qui se réunira à Paris dans les dix jours qui suivront la signature du présent traité, pour examiner les questions relatives aux droits qui doivent être perçus en vertu de l'annexe 1, lesquelles questions n'ont pas encore été l'objet d'une solution de la part des deux Gouvernements.

Le résultat de cet examen fera l'objet d'un rapport que les commissaires adresseront à leurs Gouvernements respectifs.

Les hautes parties contractantes conviennent, en outre, de soumettre à ladite commission le règlement de diverses autres questions, tel qu'il est prévu dans un protocole séparé qui sera annexé au présent traité et ratifié en même temps que celui-ci.

La commission devra terminer ses travaux dans un délai de trois mois, si possible; mais sa durée pourra être prolongée par les hautes parties contractantes en une ou plusieurs fois, pour une durée qui ne dépassera pas six mois de plus.

Art. 22. Les dispositions concernant les tarifs contenus dans l'article 2 du présent traité demeureront en vigueur jusqu'au 1 janvier 1877, et les dispositions concernant la navigation contenues dans le même article demeureront

n vigueur jusqu'au 15 juillet 1879, et postérieurement jusqu'à ce qu'il y soit
nis fin de la manière prévue dans cet article.

Nr. 4735.
England und
Frankreich,
5. Nov. 1872.

Les hautes parties contractantes pourront, si elles le jugent convenable, entrer en communications sur la marche générale du présent traité et arriver à une entente au moyen d'une déclaration ou d'un protocole quant à sa durée subséquente. A défaut de l'entente ainsi définie, et sous les conditions prévues dans l'article suivant chaque partie pourra, moyennant un avis donné douze mois en avance, et qui pourra être donné soit à un moment quelconque après les dates respectivement fixées plus haut, soit dans les douze mois qui les précéderont, mettre fin à toute stipulation contenue dans les précédents articles du présent traité, et jusqu'à l'expiration de cet avis, le présent traité, ou toute partie qui n'en aura pas été dénoncée en vertu d'une semblable notification, continuera à sortir ses effets.

Art. 23. Les hautes parties contractantes, tout en se réservant le droit stipulé dans l'article 22, de dénoncer toute disposition particulière contenue dans le présent traité, s'engagent néanmoins à s'accorder réciproquement à l'avenir et en tout temps le traitement de la nation la plus favorisée pour ce qui concerne le commerce et la navigation; et la dénonciation de toute disposition particulière, comme il est stipulé à l'article précédent, demeurera soumise à la condition ci-dessus formulée.

Art. 24. Le Président de la République française s'engage à demander à l'Assemblée nationale la sanction nécessaire pour la mise en vigueur du présent traité, aussitôt que possible, après qu'une entente sera intervenue entre les deux Gouvernements touchant les questions mentionnées à l'article 21 et qui n'ayant pas encore reçu de solution sont renvoyées par le même article 21 à l'examen de la commission dont il y est fait mention.

Les ratifications du présent traité seront échangées à Paris aussitôt que possible après notification faite au gouvernement de Sa Majesté de ladite sanction; le traité entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications; et le traité du 23 janvier 1860, les articles additionnels du 25 février 1860 et 27 juin 1860, ainsi que les conventions supplémentaires des 12 octobre et 16 novembre 1860, seront ensuite abrogés, sauf en ce qui concerne les stipulations particulières contenues dans l'article 2 et les arrangements concernant des matières réservées à la commission, qui sera instituée conformément à l'article 21 du présent traité.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

H. v. Kremer - Auenrode.

Dreiundzwanzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1873.

Nr. 4736. (1.)

FRANKREICH. Die Französischen Kultusgesetze vom 8. April 1802.

A. Das Concordat. Abgeschlossen Paris, 15. Juli 1801. Ratificationen ausgewechselt 10. Sept. 1801.

Franz. T. Bulletin des lois Jahrg. 1802 St. Nr. 172. Lat. T. Bullar. M. Rom. Contin. ed. Barbéri Bd. XI 245 ff. Nussi, Conventiones. Mainz 1870 p. 130 ff.

Loi relative à l'organisation des Cultes.

Du 18 germinal an X de la République une et indivisible.

Au nom du peuple français, Bonaparte, premier consul, proclame loi de la république le décret suivant, rendu par le Corps législatif le 18 germinal an X, conformément à la proposition faite par le gouvernement du 15 dudit mois, communiquée au Tribunal le même jour.

Nr. 4736 (1).
Frankreich.
8. April 1802.

D é c r e t.

La convention passée à Paris, le 26 messidor an IX, entre le pape et le gouvernement français, et dont les ratifications ont été échangées à Paris le 23 fructidor an IX (10 septembre 1801), ensemble les articles organiques de ladite convention, les articles organiques des cultes protestants, dont la teneur suit, seront promulgués et exécutés comme des lois de la république.

C o n v e n t i o n

entre le gouvernement français et Sa Sainteté Pie VII, échangée le 23 fructidor an IX (10 septembre 1801).

Le premier consul de la république française, et Sa Sainteté le souverain pontife Pie VII, ont nommé pour leurs plénipotentiaires respectifs: Le premier consul, les citoyens Joseph Bonaparte, conseiller d'État, Cretet, conseiller d'État, et Bernier, docteur en théologie, curé de Saint-Laud d'Angers, munis de pleins pouvoirs. Sa Sainteté, son Éminence monseigneur Hercule Gonsalvi, cardinal

Nr. 4736 (1).
Frankreich.
8. April 1802.

de la sainte Église romaine, diacre de Sainte Agathe *ad Suburram*, son secrétaire d'État, Joseph Spina, archevêque de Corinthe, prélat domestique de Sa Sainteté, assistant du trône pontifical, et le Père Caselli, théologien consult de Sa Sainteté, pareillement munis de pleins pouvoirs en bonne et due forme. Lesquels, après l'échange des pleins pouvoirs respectifs, ont arrêté la convention suivante:

Convention

entre le gouvernement français et Sa Sainteté Pie VII.

Le gouvernement de la république française reconnaît que la religion catholique, apostolique et romaine, est la religion de la grande majorité des citoyens français. || Sa Sainteté reconnaît également que cette même religion retiré et attend encore en ce moment le plus grand bien et le plus grand avantage de l'établissement du culte catholique en France, et de la profession particulière qu'en font les consuls de la république. || En conséquence, d'après cette reconnaissance mutuelle, tant pour le bien de la religion que pour le maintien de la tranquillité intérieure, ils sont convenus de ce qui suit: || Art. 1. La religion catholique, apostolique et romaine sera librement exercée en France: son culte sera public, en se conformant aux règlements de police que le gouvernement jugera nécessaires pour la tranquillité publique. || 2. Il sera fait par le Saint-Siège, de concert avec le gouvernement, une nouvelle circonscription des diocèses français. || 3. Sa Sainteté déclarera aux titulaires des évêchés français qu'elle attend d'eux avec une ferme confiance, pour le bien de la paix et de l'union, toute espèce de sacrifices, même celui de leurs sièges. || D'après cette expectation, s'ils se refusaient à ce sacrifice commandé par le bien de l'Église (rien néanmoins auquel Sa Sainteté ne s'attend pas), il sera pourvu, par de nouveaux titulaires, au gouvernement des évêchés de la circonscription nouvelle, de la manière suivante. || 4. Le premier consul de la république nommera, dans les trois mois qui suivront la publication de la bulle de Sa Sainteté, aux archevêques et évêchés de la circonscription nouvelle. Sa Sainteté conférera l'institution canonique suivant les formes établies par rapport à la France avant le changement de gouvernement. || 5. Les nominations aux évêchés qui vaqueront dans les trois mois seront également faites par le premier consul, et l'institution canonique donnée par le Saint-Siège, en conformité de l'article précédent. || 6. Les évêques avant d'entrer en fonctions, prêteront directement, entre les mains du premier consul, le serment de fidélité qui était en usage avant le changement de gouvernement, exprimé dans les termes suivants: || „Je jure et promets à Dieu, „les saints Évangiles, de garder obéissance et fidélité au gouvernement établi „la constitution de la république française. Je promets aussi de n'avoir aucune „intelligence, de n'assister à aucun conseil, de n'entretenir aucune ligue, soit „dedans, soit au dehors, qui soit contraire à la tranquillité publique; et si, „mon diocèse ou ailleurs, j'apprends qu'il se trame quelque chose au préjudice „de l'État, je le ferai savoir au gouvernement.“ || 7. Les évêques ecclésiastiques

second ordre prêteront le même serment entre les mains des autorités civiles désignées par le gouvernement. ; 8. La formule de prière suivante sera recitée à la fin de l'office divin, dans toutes les églises catholiques de France: *Domine, salvam fac Rempublicam; Domine, salvos fac consules.* ; 9. Les évêques feront une nouvelle circonscription des paroisses de leurs diocèses, qui n'aura d'effet que d'après le consentement du gouvernement. ; 10. Les évêques nommeront aux cures. || Leur choix ne pourra tomber que sur des personnes agréées par le gouvernement. ; 11. Les évêques pourront avoir un chapitre dans leur cathédrale, et un séminaire pour leur diocèse, sans que le gouvernement s'oblige à les doter. ; 12. Toutes les églises métropolitaines, cathédrales, paroissiales et autres non aliénées, nécessaires au culte, seront remises à la disposition des évêques. || 13. Sa Sainteté, pour le bien de la paix et l'heureux rétablissement de la religion catholique, déclare que ni elle, ni ses successeurs, ne troubleront en aucune manière les acquéreurs des biens ecclésiastiques aliénés, et qu'en conséquence, la propriété de ces mêmes biens, les droits et revenus y attachés, demeureront incommutables entre leurs mains ou celles de leurs ayant-cause. || 14. Le gouvernement assurera un traitement convenable aux évêques et aux curés dont les diocèses et les paroisses seront compris dans la circonscription nouvelle. || 15. Le gouvernement prendra également des mesures pour que les catholiques français puissent, s'ils le veulent, faire en faveur des églises, des fondations. || 16. Sa Sainteté reconnaît dans le premier consul de la république française, les mêmes droits et prérogatives dont jouissait près d'elle l'ancien gouvernement. | 17. Il est convenu entre les parties contractantes que, dans le cas où quelqu'un des successeurs du premier consul actuel ne serait pas catholique, les droits et prérogatives mentionnés dans l'article ci-dessus, et la nomination aux évêchés, seront réglés, par rapport à lui, par une nouvelle convention. || Les ratifications seront échangées à Paris dans l'espace de quarante jours. || Fait à Paris, le 26 messidor an IX (15 juillet 1801).

Signé Joseph Bonaparte (L. S.), Hercules, cardinalis Gonsalvi (L. S.),
Cretet (L. S.), Joseph, archiep. Corinthi (L. S.), Bernier (L. S.),
Carolus Caselli (L. S.).

B. Die organischen Artikel. Bulletin l. c.

Articles organiques de la convention du 26 messidor an IX.

Titre premier.

Du régime de l'Église catholique dans ses rapports généraux avec les droits et la police de l'État.

Art. 1. Aucune bulle, bref, rescrit, décret, mandat, provision, signature servant de provision, ni autres expéditions de la cour de Rome, même ne concernant que les particuliers, ne pourront être reçus, publiés, imprimés, ni autrement mis à exécution, sans l'autorisation du gouvernement. ; Aucun individu se

Nr. 4786 (1). disant nonce, légat, vicaire ou commissaire apostolique, ou se prévalant de tout autre dénomination, ne pourra, sans la même autorisation, exercer sur le territoire français, ni ailleurs, aucune fonction relative aux affaires de l'Église gallicane. 8. April 1802.

3. Les décrets des synodes étrangers, même ceux des conciles généraux, ne pourront être publiés en France, avant que le gouvernement en ait examiné la forme, leur conformité avec les lois, droits et franchises de la république française, et tout ce qui, dans leur publication, pourrait altérer ou intéresser la tranquillité publique. || 4. Aucun concile national ou métropolitain, aucun synode diocésain, aucune assemblée délibérante, n'aura lieu sans la permission expresse du gouvernement. || 5. Toutes les fonctions ecclésiastiques seront gratuites, sans les oblations qui seraient autorisées et fixées par les règlements. || 6. Il y aura recours au conseil d'État, dans tous les cas d'abus de la part des supérieurs ou autres personnes ecclésiastiques. || Les cas d'abus sont: l'usurpation ou l'exercice de pouvoir, la contravention aux lois et règlements de la république, l'infraction des règles consacrées par les canons reçus en France, l'attentat aux libertés, franchises et coutumes de l'Église gallicane, et toute entreprise ou tout procédé qui, dans l'exercice du culte, peut compromettre l'honneur des citoyens, troubler arbitrairement leur conscience, dégénérer contre eux en oppression ou en injure ou en scandale public. || 7. Il y aura pareillement recours au conseil d'État, si est porté atteinte à l'exercice public du culte et à la liberté que les lois et règlements garantissent à ses ministres. || 8. Le recours compétera à toute personne intéressée. A défaut de plainte particulière, il sera exercé d'office par les préfets. || Le fonctionnaire public, l'ecclésiastique ou la personne qui voudra exercer ce recours, adressera un mémoire détaillé et signé, au conseiller d'État chargé de toutes les affaires concernant les cultes, lequel sera tenu de prendre dans le plus court délai, tous les renseignements convenables; et, sur son rapport, l'affaire sera suivie et définitivement terminée dans la forme administrative, ou renvoyée, selon l'exigence des cas, aux autorités compétentes.

Titre deuxième.

Des Ministres.

Section I.

Dispositions générales.

9. Le culte catholique sera exercé sous la direction des archevêques et évêques dans leurs diocèses, et sous celle des curés dans leurs paroisses. || 10. Le privilège portant exemption ou attribution de la juridiction épiscopale est aboli. 11. Les archevêques et évêques pourront, avec l'autorisation du gouvernement, établir dans leurs diocèses des chapitres cathédraux et des séminaires. Tous autres établissements ecclésiastiques sont supprimés. || 12. Il sera libre aux archevêques et évêques d'ajouter à leur nom, le titre de citoyen ou celui de monsieur. Toutes autres qualifications sont interdites.

Section II.

Des Archevêques ou Métropolitains.

Nr. 4736 (1).
Frankreich.
8. April 1802.

13. Les archevêques consacreront et installeront leurs suffragants. En cas d'empêchement ou de refus de leur part, ils seront suppléés par le plus ancien évêque de l'arrondissement métropolitain. || 14. Ils veilleront au maintien de la foi et de la discipline dans les diocèses dépendants de leur métropole. || 15. Ils connaîtront des réclamations et des plaintes portées contre la conduite et les décisions des évêques suffragants.

Section III.

Des Évêques, des Vicaires-généraux et des Séminaires.

16. On ne pourra être nommé évêque avant l'âge de trente ans, et si on n'est originaire français. || 17. Avant l'expédition de l'arrêté de nomination, celui ou ceux qui seront proposés, seront tenus de rapporter une attestation de bonne vie et moeurs, expédiée par l'évêque dans le diocèse duquel ils auront exercé les fonctions du ministère ecclésiastique; et ils seront examinés sur leur doctrine par un évêque et deux prêtres, qui seront commis par le premier consul, lesquels adresseront le résultat de leur examen au conseiller d'État chargé de toutes les affaires concernant les cultes. || 18. Le prêtre nommé par le premier consul fera les diligences pour rapporter l'institution du pape. || Il ne pourra exercer aucune fonction, avant que la bulle portant son institution ait reçu l'attache du gouvernement, et qu'il ait prêté en personne le serment prescrit par la convention passée entre le gouvernement français et le Saint-Siège. || Ce serment sera prêté au premier consul; il en sera dressé procès-verbal par le secrétaire d'État. || 19. Les évêques nommeront et institueront les curés. Néanmoins ils ne manifesteront leur nomination, et ils ne donneront l'institution canonique, qu'après que cette nomination aura été agréée par le premier consul. || 20. Ils seront tenus de résider dans leurs diocèses; ils ne pourront en sortir qu'avec la permission du premier consul. || 21. Chaque évêque pourra nommer deux vicaires-généraux, et chaque archevêque pourra en nommer trois; ils les choisiront parmi les prêtres ayant les qualités requises pour être évêques. || 22. Ils visiteront annuellement et en personne une partie de leur diocèse, et, dans l'espace de cinq ans, le diocèse entier. || En cas d'empêchement légitime, la visite sera faite par un vicaire-général. || 23. Les évêques seront chargés de l'organisation de leurs séminaires, et les règlements de cette organisation seront soumis à l'approbation du premier consul. || 24. Ceux qui seront choisis pour l'enseignement dans les séminaires, souscriront la déclaration faite par le clergé de France en 1682, et publiée par un édit de la même année: ils se soumettront à y enseigner la doctrine qui y est contenue, et les évêques adresseront une expédition en forme de cette soumission au conseiller d'État chargé de toutes les affaires concernant les cultes. || 25. Les évêques enverront, toutes les années, à ce conseiller d'État, le nom des personnes qui étudieront dans les séminaires et qui se destineront à l'état ecclésiastique. || 26. Ils ne pourront ordonner aucun ecclésiastique,

Nr. 4786 (1). s'il ne justifie d'une propriété produisant au moins un revenu annuel **de**
 Frankreich.
 8. April 1802. 300 francs, s'il n'a atteint l'âge de vingt-cinq ans, et s'il ne réunit les qualif-és
 requises par les canons reçus en France. || Les évêques ne feront aucune ordi-
 nation avant que le nombre des personnes à ordonner ait été soumis au gou-
 vernement et par lui agréé.

Section IV.

Des Curés.

27. Les curés ne pourront entrer en fonctions qu'après avoir prêté, entre les mains du préfet, le serment prescrit par la convention passée entre le gouvernement et le Saint-Siège. Il sera dressé procès-verbal de cette prestation, par le secrétaire général de la préfecture, et copie collationnée leur en sera délivrée. || 28. Ils seront mis en possession par le curé ou le prêtre que l'évêque désignera. || 29. Ils seront tenus de résider dans leurs paroisses. || 30. Les curés seront immédiatement soumis aux évêques dans l'exercice de leurs fonctions. || 31. Les vicaires et desservants exerceront leur ministère sous la surveillance et la direction des curés. || Ils seront approuvés par l'évêque et révocables par lui. || 32. Aucun étranger ne pourra être employé dans les fonctions du ministère ecclésiastique, sans la permission du gouvernement. || 33. Toute fonction est interdite à tout ecclésiastique, même français, qui n'appartient à aucun diocèse. || 34. Un prêtre ne pourra quitter son diocèse pour aller desservir dans un autre, sans la permission de son évêque.

Section V.

Des Chapitres cathédraux et du Gouvernement des diocèses pendant la vacance du siège.

35. Les archevêques et évêques qui voudront user de la faculté qui leur est donnée d'établir des chapitres, ne pourront le faire sans avoir rapporté l'autorisation du gouvernement, tant pour l'établissement lui-même que pour le nombre et le choix des ecclésiastiques destinés à les former. || 36. Pendant la vacance des sièges, il sera pourvu par le métropolitain, et, à son défaut, par le plus ancien des évêques suffragants, au gouvernement des diocèses. || Les vicaires-généraux de ces diocèses continueront leurs fonctions, même après la mort de l'évêque, jusqu'à son remplacement. || 37. Les métropolitains, les chapitres cathédraux, seront tenus, sans délai, de donner avis au gouvernement de la vacance des sièges, et des mesures qui auront été prises pour le gouvernement des diocèses vacants. || 38. Les vicaires-généraux qui gouverneront pendant la vacance, ainsi que les métropolitains ou capitulaires, ne se permettront aucune innovation dans les usages et coutumes des diocèses.

Titre troisième.

Du Culte.

39. Il n'y aura qu'une liturgie et un catéchisme pour toutes les églises catholiques de France. || 40. Aucun curé ne pourra ordonner des prières publiques extraordinaires dans sa paroisse, sans la permission spéciale de l'évêque. 41. Aucune fête, à l'exception du dimanche, ne pourra être établie sans la permission du gouvernement. || 42. Les ecclésiastiques useront, dans les cérémonies religieuses, des habits et ornements convenables à leur titre; ils ne pourront, dans aucun cas ni sous aucun prétexte, prendre la couleur et les marques distinctives réservées aux évêques. || 43. Tous les ecclésiastiques seront habillés à la française et en noir. || Les évêques pourront joindre à ce costume la croix pastorale et les bas violets. || 44. Les chapelles domestiques, les oratoires particuliers ne pourront être établis sans une permission expresse du gouvernement, accordée sur la demande de l'évêque. || 45. Aucune cérémonie religieuse n'aura lieu hors des édifices consacrés au culte catholique, dans les villes où il y a des temples destinés à différents cultes. || 46. Le même temple ne pourra être consacré qu'à un même culte. || 47. Il y aura dans les cathédrales et paroisses, une place distinguée pour les individus catholiques qui remplissent des autorités civiles et militaires. || 48. L'évêque se concertera avec le préfet pour régler la manière d'appeler les fidèles au service divin par le son des cloches. On ne pourra les sonner pour toute autre cause, sans la permission de la police. || 49. Lorsque le gouvernement ordonnera des prières publiques, les évêques se concerteront avec le préfet et le commandant militaire au lieu, pour le jour, l'heure et le mode d'exécution de ces ordonnances. || 50. Les prédications solennelles appelées *sermons*, et celles connues sous le nom de *stations* de l'avent et du carême, ne seront faites que par des prêtres qui en auront obtenu une autorisation spéciale de l'évêque. || 51. Les curés, aux prônes des messes paroissiales, prieront et feront prier pour la prospérité de la République française et pour les consuls. || 52. Ils ne se permettront, dans leurs instructions, aucune inculpation directe ou indirecte, soit contre les personnes, soit contre les autres cultes autorisés dans l'État. || 53. Ils ne feront au prône aucune publication étrangère à l'exercice du culte, si ce n'est celles qui seront ordonnées par le gouvernement. || 54. Ils ne donneront la bénédiction nuptiale qu'à ceux qui justifieront, en bonne et due forme, avoir contracté mariage devant officier civil. || 55. Les registres tenus par les ministres du culte n'étant et ne pouvant être relatifs qu'à l'administration des sacrements, ne pourront, dans aucun cas, suppléer les registres ordonnés par la loi pour constater l'état civil des Français. || 56. Dans tous les actes ecclésiastiques et religieux, on sera obligé de se servir du calendrier d'équinoxe établi par les lois de la république; on désignera les jours par les noms qu'ils avaient dans le calendrier des solstices. || 57. Le repos des fonctionnaires publics sera fixé au dimanche.

Nr. 4786 (1).
Frankreich.
8. April 1802.

Titre quatrième.

De la Circonscription des Archevêchés, des Évêchés et des Paroisses, des Édifices destinés au culte, et du Traitement des ministres.

Section I.

De la Circonscription des Archevêchés et des Évêchés.

58. Il y aura en France dix archevêchés ou métropoles, et cinquante évêchés. || 59. La circonscription des métropoles et des diocèses sera faite conformément au tableau ci-joint.

Section II.

De la Circonscription des Paroisses.

60. Il y aura au moins une paroisse dans chaque justice de paix. || Il sera en outre établi autant de succursales que le besoin pourra l'exiger. || 61. Chaque évêque, de concert avec le préfet, réglera le nombre et l'étendue de ces succursales. Les plans arrêtés seront soumis au gouvernement, et ne pourront être mis à exécution sans son autorisation. || 62. Aucune partie du territoire français ne pourra être érigée en cure ou en succursale sans l'autorisation expresse du gouvernement. || 63. Les prêtres desservant les succursales sont nommés par les évêques.

Section III.

Du Traitement des Ministres.

64. Le traitement des archevêques sera de 15,000 francs. || 65. Le traitement des évêques sera de 10,000 francs. || 66. Les curés seront distribués en deux classes. || Le traitement des curés de la première classe sera porté à 1500 fr.; celui des curés de la seconde classe, à 1000 fr. || 67. Les pensions dont ils jouissent en exécution des lois de l'Assemblée constituante, seront précomptées sur leur traitement. || Les conseils généraux des grandes communes pourront, sur leurs biens ruraux ou sur leurs octrois, leur accorder une augmentation de traitement, si les circonstances l'exigent. || 68. Les vicaires et desservants seront choisis parmi les ecclésiastiques pensionnés en exécution des lois de l'Assemblée constituante. || Le montant de ces pensions et le produit des oblations formeront leur traitement. || 69. Les évêques rédigeront les projets de règlement relatifs aux oblations que les ministres du culte sont autorisés à recevoir pour l'administration des sacrements. Les projets de règlements rédigés par les évêques ne pourront être publiés, ni autrement mis à exécution, qu'après avoir été approuvés par le gouvernement. || 70. Tout ecclésiastique pensionné par l'État sera privé de sa pension, s'il refuse, sans cause légitime, les fonctions qui pourront lui être confiées. || 71. Les conseils généraux de département sont autorisés à procurer aux archevêques et évêques un logement convenable. || 72. Les presbytères et les jardins attenants, non aliénés, seront rendus

s et aux desservants des succursales. A défaut de ces presbytères les con-
généraux des communes sont autorisés à leur procurer un logement et un
n. 73. Les fondations qui ont pour objet l'entretien des ministres et
reice du culte, ne pourront consister qu'en rentes constituées sur l'État:
seront acceptées par l'évêque diocésain, et ne pourront être exécutées
ec l'autorisation du gouvernement. 74. Les immeubles, autres que les édi-
destinés au logement et les jardins attenants, ne pourront être affectés à
titres ecclésiastiques, ni possédés par les ministres du culte à raison de
fonctions.

Nr. 4736 (1).
Frankreich.
8. April 1802.

Section IV.

Des Édifices destinés au Culte.

75. Les édifices anciennement destinés au culte catholique, actuellement
les mains de la nation, à raison d'un édifice par cure et par succursale,
nt mis à la disposition des évêques par arrêtés du préfet du département. ||
expédition de ces arrêtés sera adressée au conseiller d'État chargé de
es les affaires concernant les cultes. 76. Il sera établi des fabriques pour
er à l'entretien et à la conservation des temples, à l'administration des
ônes. 77. Dans les paroisses où il n'y aura point d'édifice disponible pour
ulte, l'évêque se concertera avec le préfet pour la désignation d'un édifice
enable.

[Hier folgt: Tableau de la circonscription des nouveaux Archevêchés et
vêchés de la France, — und dann ohne besondere Nummer: Articles orga-
ques des Cultes protestants.]

Collationné à l'original, par nous président et secrétaires du Corps légis-

A Paris, le 18 germinal, an X de la République. S. Mariorelle, prési-
e. é. t.

Soit la présente loi revêtue du sceau de l'État, insérée au Bulletin des lois,
rite dans les registres des autorités judiciaires et administratives, et le
stre de la justice chargé d'en surveiller la publication. A Paris, le 28 Ger-
al an X [18. April 1802] de la République.

Signé Bonaparte, premier Consul. Contre-signé, le secrétaire d'état Hugues
laret. — Vu, le ministre de la justice, signé Abrial.

Theiner, Histoire des deux Concordats de la République Française et de
République Cisalpine etc. Paris 1869. — Houssonville, L'Église Romaine
le premier Empire. Paris 1868 fg. — Mémoires du Cardinal Consalvi etc.
Crétineau-Joly. Paris 1864. — Otto Mejer, Zur Geschichte der römisch-
atschen Frage. Rostock 1871. Bd. I. p. 164 ff.

Das Concordat und die organischen Artikel wurden am 7. April 1802 vom
bunate angenommen mit 78 Stimmen gegen 7, und vom Corps Législatif mit
3 Stimmen gegen 21. Die feierliche Verkündigung beider als ein Ganzes wurde
den Ostersonntag (18. April) verschoben. — Die Erklärung des französischen
rus über die Freiheiten der Gallicanischen Kirche, vom 19. März 1682, deren
art. 6 und 24 der Art. org. Erwähnung geschieht, lautet im Wesentlichen:
I. Que Saint Pierre et ses successeurs, vicaires de Jésus-Christ, et que
e l'Église même n'ont reçu de puissance de Dieu que sur les choses spiri-
les qui concernent le salut, et non point sur les choses temporelles et

Nr. 4736 (1).
Frankreich.
8. April 1802.

civiles . . . II. Que la plénitude de la puissance que le Saint-Siège apostolique et les successeurs de Saint Pierre, vicaires de Jésus-Christ, ont sur les choses spirituelles est telle que néanmoins, les décrets du saint concile oecuménique de Constance contenus dans les sessions IV et V, approuvés par le Saint-Siège apostolique, confirmés par la pratique de toute l'Église et des pontifes romains, et observés religieusement dans tous les temps par l'Église gallicane, demeurent dans leur force et vertu . . . III. Qu'ainsi il faut régler l'usage de la puissance apostolique en suivant les canons faits par l'Église de Dieu et consacrés par le respect général de tout le monde; que les règles, les moeurs et les constitutions reçues dans le royaume et dans l'Église gallicane doivent avoir leur force et vertu, et les usages de nos pères demeurer inébranlables . . . IV. Que quoique le Pape ait la principale part dans les questions de foi, et que ses décrets regardent toutes les églises, et chaque église en particulier, son jugement n'est pourtant pas irréformable, à moins que le consentement de l'Église n'intervienne. — Die staatliche Anerkennung erlangten die Gallic. Art. durch ein Edict Ludwig XIV. vom 23. März 1682. Durch die Bulle Inter multiples verdammt (1690), widerrief sie der französische Clerus (1692), und der König sistirte die Ausführung des Edictes (1693). (Walter, Fontes Jur. Eccl. Bonn 1862. p. 127 ff. Roskovány, Monum. Cath. Fünfkirchen 1846 ff. I. p. 211 ff.) Unter Ludwig XV. trat das Edict dann wieder in Kraft (1766). Napoleon erklärte durch Decret vom 25. Febr. 1810 das Edict für ein loi générale de l'empire. Als Norm des Unterrichts in den Seminarien wurden die Gallicanischen Maximen selbst noch unter der Restauration durch zwei Circularschreiben des Ministers des Innern in den Jahren 1818 und 1824 eingeschärft. Walter, Kirchenrecht p. 280. — Zahlreiche Beispiele der thatsächlichen Anwendung der Org. Art. unter allen Regierungen bis zur Gegenwart in Dufour, Traité Général de droit administratif. Paris 1856. Bd. V 39 ff. Dieselben erlangten dann auch Gültigkeit innerhalb der durch die Friedensschlüsse von Lüneville und Amiens festgestellten Grenzen Frankreichs, also für Belgien, das linke Rheinufer und Theile der Schweiz und Savoyens. — Durch ein Breve Pius IX vom 31. Dec. 1860 wurde, auf den Wunsch Kaiser Napoleon III. die Wirksamkeit des französischen Concordates vom Jahre 1801 auch auf Nizza und Savoyen ausgedehnt. (S. Roskovány, Mon. Cath. l. c. Bd. VII p. 463.)

Nr. 4737. (2.)

FRANKREICH. Proclamation über die Kultusgesetze.

Dat. Paris, 17. April 1802. Bulletin des lois Jhrg. 1802 Nr. 173.

Les Consuls de la République aux Français.

Nr. 4737 (2).
Frankreich.
17. April 1802.

Français! Du sein d'une révolution inspirée par l'amour de la patrie éclatèrent tout à coup au milieu de vous des dissensions religieuses, qui devinrent le fléau de vos familles, l'aliment des factions et l'espoir de vos ennemis. Une politique insensée tenta de les étouffer sous les débris des autels sous les ruines de la religion même. A sa voix cessèrent ces pieuses solennités où les citoyens s'appelaient du doux nom de frères, et se reconnaissaient t

égaux sous la main du Dieu qui les avait créés: le mourant, seul avec la douleur, n'entendit plus cette voix consolante qui appelle les Chrétiens à une meilleure vie, et Dieu même sembla exilé de la nature. || Mais la conscience publique, mais le sentiment de l'indépendance des opinions se soulevèrent; et bientôt, égarés par les ennemis du dehors, leur explosion porta le ravage dans nos départements; des Français oublièrent qu'ils étaient Français, et devinrent les instruments d'une haine étrangère. || D'un autre côté, les passions déchaînées, la morale sans appui, le malheur sans espérance dans l'avenir, tout se réunissait pour porter le désordre dans la société. || Pour arrêter ce désordre, il fallait rasseoir la religion sur la base, et on ne pouvait le faire que par des mesures avouées par la religion même. || C'était au souverain Pontife que l'exemple des siècles et la raison commandaient de recourir, pour rapprocher les opinions et réconcilier les coeurs. || Le Chef de l'Église a pesé dans sa sagesse et dans l'intérêt de l'Église, les propositions que l'intérêt de l'État avait dictées; sa voix s'est fait entendre aux pasteurs: ce qu'il approuve, le Gouvernement l'a consenti, et les législateurs en ont fait une loi de la République. || Ainsi disparaissent tous les éléments de discorde; ainsi s'évanouissent tous les scrupules qui pouvaient alarmer les consciences, et tous les obstacles que la malveillance pouvait opposer au retour de la paix intérieure. || Ministres d'une religion de paix, que l'oubli le plus profond couvre vos dissensions, vos malheurs et vos fautes; que cette religion qui vous unit, vous attache tous par les mêmes noeuds, par des noeuds indissolubles, aux intérêts de la patrie. || Déployez pour elle tout ce que votre ministère vous donne de force et d'ascendant sur les esprits; que vos leçons et vos exemples forment les jeunes citoyens à l'amour de nos institutions, au respect et à l'attachement pour les autorités tutélaires qui ont été créées pour les protéger; qu'ils apprennent de vous que le Dieu de la paix est aussi le Dieu des armées, et qu'il combat avec ceux qui défendent l'indépendance et la liberté de la France. Citoyens qui professez les religions protestantes, la loi a également étendu sur vous sa sollicitude. Que cette morale commune à tous les Chrétiens, cette morale si sainte, si pure, si fraternelle, les unisse tous dans le même amour pour la patrie, dans le même respect pour ses lois, dans la même affection pour tous les membres de la grande famille. || Que jamais des combats de doctrine n'altèrent ces sentiments que la religion inspire et commande. || Français, soyons tous unis pour le bonheur de la patrie et pour le bonheur de l'humanité; que cette religion, qui a civilisé l'Europe, soit encore le lien qui en rapproche les habitants et que les vertus qu'elle exige soient toujours associées aux lumières qui nous éclairent. —

Donné à Paris, le 27 germinal an X de la République française. —

Bonaparte (m. p.). Maret (m. p.). Abrial (m. p.).

Nr. 4738. (3.)

RÖMISCHE CURIE. Bulle Pius VII *Ecclesia Christi. Confirmati
des Concordates.*

Dat. Rom, 15. August 1801. Kirchl. Publ. 9. April 1802. Staatl. Publ. 19. April 18

Lat. Orig. und Franz. Uebers. Bulletin des lois Jhrg. 1802, St. Nr. 218. Bull. M.
Cont. XI, 245 ff.

[Auszug.]

Nr. 4738 (3).
Röm. Curie.
15. Aug. 1801.

. Le ciel a daigné seconder ce pieux dessein. Une convention a
signée à Paris entre le cardinal çï-dessus désigné, notre vénérable frère l'arc
vêque de Corinthe, notre cher fils Fr. Charles Caselli, ex-général de l'ordre
Servites, de notre part, et de la part du Gouvernement français, par nos ch
fils Joseph Bonaparte, Emanuel Cretet, conseillers d'état et Étienne Berni
prêtre curé de Saint-Laud d'Angers. Cette convention a été mûrement es
minée, tant par nous que par nos vénérables frères les cardinaux appelés de
notre conseil. Nous l'avons jugée digne de notre approbation; et afin que s
exécution n'éprouve aucun retard, nous allons, par ces présentes, déclarer
notifier à tous ce qui a été respectivement convenu et arrêté pour le bien de
religion, la tranquillité intérieure de la France, et le retour heureux de ce
paix, de cette unité salutaire qui va faire la consolation et la joie d'Église
. . . Et comme il importe, tant à cause de la nouvelle circonscription des di
cèses, que pour d'autres raisons majeures, d'éloigner tous-les obstacles c
nuiraient au succès d'un si glorieux ouvrage, fermement convaincus que tous l
titulaires des évêchés français feront à la religion le sacrifice de leurs sièg
plusieurs d'entre eux ayant déjà offert leur démission à notre vénérable préc
cesseur Pie VI, dans leur lettre du 3 mai 1791, nous exhorterons ces mêm
titulaires, par un bref plein de zèle et de force, à contribuer au bien de
paix et de l'unité. Nous leur déclarerons que nous attendons avec confiance
leur amour pour la religion les sacrifices dont nous venons de parler sa
excepter celui de leurs sièges que le bien de l'Église commande impérieu
ment. ¶ Toutes ces choses ayant été réglées, acceptées et signées à Par
dans tous leurs points, clauses et articles, savoir de notre part, et au nom
Saint-Siège apostolique, par notre cher fils Hercule Consalvi; no
avons jugé nécessaire pour leur plus parfaite exécution, de les munir, par u
bulle solennelle, de toute la force et de toute l'autorité que peut avoir
sanction apostolique. . . . [folgt das Concordat] . . .

Nous ne voulons pas qu'on regarde comme étrangers à notre sollicitude
à notre amour paternel, les ecclésiastiques qui, après la réception des ordr
sacrés, ont contracté mariage ou abandonné publiquement leur état. (Nolum
etiam paternae nostrae charitatis non esse participes eos ecclesiasticos vir
qui in sacris constituti matrimonia attentarunt, sive qui a proprio institu

publice desciverunt;) Nous prendrons à leur égard, conformément aux désirs du Nr. 4738 (3).
Röm. Curie
15. Aug. 1801.
Gouvernement, les mêmes mesures que prit, en pareil cas, Jules III, notre prédé-
cesseur d'heureuse mémoire, comme nous le leur annonçons, par notre sollicitude
pour leur salut, dans un bref donné par nous le même jour que les présentes. —

Donné à Rom, à Sainte Marie-Majeure, l'an de l'incarnation 1801, le 18 des calendes
de septembre . . A. card. prodat. R. card. Brachi-Onesti. — Visa de Curia. J. Manassoi.
— Lieu † du plomb. F. Lavizzari.

Der Cardinal J. B. Caprara, Legatus a latere bei dem ersten Consul, publicirte am 9. April 1802 sowohl diese Bulle wie auch die Bulle Qui Christi Domini (Dat. Rom, 29. Nov. 1801), welche die neue Circumscription der Diöcesen und die Errichtung von zehn Erzbisthümern und fünfzig Bisthümern in Frankreich, statt der 126 Erzbisthümer und Bisthümer, welche vor der Revolution bestanden, anordnet. (Bull. M. R. XI p. 245 ff.) Gleichzeitig damit wurde auch das Breve vom selben Datum publicirt, welches dem Legaten das Recht verleiht die vom ersten Consul nominirten Personen zu instituiren, und das Indult (Dat. Paris, 9. April 1802), welches die Verminderung der kirchlichen Festtage ausspricht. (Bull. M. R. XI p. 249). Durch arrêtés vom 19. April 1802 wurde dann die Eintragung all dieser päpstlichen Erlässe in die Französische Gesetzsammlung mit dem Zusatze angeordnet: sans approbation des divers brefs énoncés dans ladite bulle, ainsi que les chauses, formules ou expressions qu'elle remferme, et qui sont ou pourraient être contraires aux lois de la République, aux libertés, franchises et maximes de l'Église gallicane. (Lat. u. Franz. Bulletin des Lois Nr. 218.)

Nr. 4739. (4.)

RÖMISCHE CURIE. Allocution Pius VII, gehalten im geheimen Consistorium vom 24. Mai 1802. — Ueber das franz. Concordat und die organ. Artikel.

Lat. Orig. Bullar. M. R. XI 335 ff.

[Auszug.]

. . . . Doch sind wir, ehrwürdige Brüder, nicht von einer so innigen Freude Nr. 4739 (4).
Röm. Curie
24. Mai 1802.
erfüllt, dass nichts unseren Augen vorschwebte, was uns nicht Bekümmerniss
verursachte und unsere Sorgen (die übrigens zu unserem Amte gehören) wach
riefe. Aber wir hoffen mit fester Zuversicht auf Erlösung aus dieser Bekümmerniss
und zwar durch die Weisheit und das Rechtsgefühl des ersten Consuls und
der französischen Nation, welche nicht nur während so vieler Jahrhunderte sich
ungeheuere Verdienste um die katholische Religion erworben hat, sondern auch
diese, die jetzt vom neuen in Frankreichs Schooss hergestellt ist, mit solchem
Eifer umschliesst. Zwar bemerken wir, dass zugleich mit unserer Convention
einige andere uns unbekannt Artikel veröffentlicht worden sind, von denen wir,
von den Fussstapfen unserer Vorgänger nicht weichend, wünschen müssen, dass
sie zeitgemässe und nothwendige Ab- und Umänderungen erfahren. Wir werden
uns wenigstens mit all unserem Pflichteifer beim ersten Consul aufs angelegent-

Nr. 4759 (4). Röm. Curie. 24. Mai 1802. lichste verwenden, dass sein Rechtsgefühl uns dieses gewähre. Dies l zuversichtlich nicht ohne Grund sowol von ihm als auch von der fran Nation, diesem Muster von Einsicht und Weisheit, zu erreichen. Denn die französische Regierung bei der Wiederherstellung der katholischen bei der Anerkennung ihrer Heiligkeit und Heilsamkeit, den Willen ha dasjenige, was die hochheilige Anordnung der wiederhergestellten Re heischt, durchgeführt werde und dass alles vollkommen harmonire heilsamen Zucht, welche durch die Kirchengesetze begründet ist. Da Gott und niemals möge er es zugeben, dass irgend ein Streben nach Vorthail, irgend eine Begierde etwas in Besitz zu nehmen, was der Kir gehört, entweder uns selbst oder die unserer Macht von Christus un neten Hirten anwandle. Immer wollen wir jenen göttlichen Aussp Augen haben, der da sagt: „Was des Kaisers ist, gebt dem Kaiser, w ist, Gott.“ In diesem Punkte würden wir immer Allen mit gutem vorangehen und uns bemühen, dass die Bischöfe und die übrigen, die ihrer Berufung im Weinberge des Herrn arbeiten, mit Wort und Th dass sie ausschliesslich nur den Pflichten der Religion, einzig und dem Heile der ihrer Obhut anvertrauten Seelen leben und nicht in I mischen, die sie nichts angehen und so den Feinden der Religion Ver geben ihre Diener zu tadeln. Wir werden sie aufs eindringlichste dass sie strenge nach den Vorschriften der heiligen Apostel, die ja uns meister sind, sich richten und nicht nur in ihren Predigten, sondern a ihr eigenes Beispiel den schuldigen Gehorsam gegen die weltliche Obr prägen, um dessentwillen schon gleich vom Anfange der Kirche an di als Muster der Unterwürfigkeit gegen ihre Vorgesetzten und als Vor Pflichttreue galten.

Im Eingang der Allocution spricht der Papst aus, dass dem erst gerade aus diesem Werke, aus der Wiederherstellung der ka Religion, die unvergängliche Ehre der Nachwelt erwachsen werde, d gezählten Tausenden, welche in Frankreich leben, durch ihn die alt ihrer Väter und damit die wahren und sicheren Grundlagen des zurückgegeben worden. Er schildert dann die Segnungen, welche die Gläubigen hervorgehen und spricht dann weiter in der oben Weise über die organischen Artikel. — In einem eigenhändigen vom 27. Mai macht Pius VII. dem ersten Consul Mittheilung von d cution und fährt dann fort: Reconnaissant dans votre sagesse, la l'utilité de la religion pour l'avantage non moins spirituel que temp France, sûrement vous ne pouvez pas ne pas vouloir qu'on exécute exige la très-sainte constitution de la religion qu'on a rétablie, et soit d'accord avec la salubre discipline qu'ont établie les lois d C'est pourquoi nous vous supplions chaleureusement de faire en sor articles organiques, qui nous étaient inconnus, reçoivent les modific cessaires. — Notre cardinal-legendat vous fera, à ce sujet, connaître p culièrement nos désirs, qui nous en avons l'espoir, seront parfaitem faits par vous — Ueber denselben Gegenstand richtete der staatssecretär Consalvi an den französischen Gesandten in Rom ein

(25. Mai) in dem er sagt: Le soussigné veut parler, par ordre de Sa Sainteté, des articles organiques, que à l'insu de Sa Sainteté, on a publiés conjointement avec les 17 articles du Concordat, comme s'ils en faisaient partie, ce que l'on a généralement cru, à cause de la date et de la forme de la publication: ces articles organiques étant présentés, comme la forme et les conditions, avec lesquelles a eu lieu en France le rétablissement de la religion catholique, et divers articles ayant été trouvés par le Saint-Père en opposition avec les règles de l'Église, il ne peut pas, par devoir de son ministère, ne pas désirer qu'ils reçoivent les modifications nécessaires, comme il en prie directement le premier Consul, de la religion et sagesse duquel il a la plus vive confiance de l'obtenir. (Theiner l. c. I 433 ff.) — Erst am 18. August 1803 übergab der Cardinallegat Caprara der französischen Regierung die im angeführten Schreiben des Papstes angekündete Beschwerdeschrift. Dieselbe führt in einer allgemeinen Einleitung Beschwerde über die Organischen Artikel, und hebt dann im Einzelnen von den 77 Artikeln diejenigen hervor, welche die Rechte der Kirche am entschiedensten verletzen. (Art. 1. 2. 3. 6. 9. 10. 11. 14. 15. 17. 22. 24. 26. 35. 36. 74.) Sie schliesst mit den Worten: Diess sind die Bemerkungen, welche ich durch Ihre Vermittlung der französischen Regierung zu machen hatte. Ich erwarte Alles von der Billigkeit, von der Einsicht und von der religiösen Gesinnung, welche den ersten Consul belebt. Frankreich hat ihm seine Rückkehr zum Glauben zu verdanken; er wird sein Werk nicht unvollendet lassen, sondern alles entfernen, was mit den von der Kirche angenommenen Principien und Uebungen nicht im Einklange ist . . . (S. diese sehr umfangreiche und interessante Schrift, französisch in Lequeux, Manuale Comp. Jur. Can. Bd. IV. Paris 1841 und in deutscher Uebersetzung Roskovány, Mon. Bd. II. 9 ff.) Eine Erwiederung durch die französische Regierung scheint diese Beschwerdeschrift nicht erhalten zu haben. Während seines Aufenthaltes in Paris (1805) führte Pius VII. abermals Beschwerde gegen einzelne dieser Bestimmungen, doch ohne Erfolg. (S. die Aktenstücke über diese Verhandlungen bei Artaud, Geschichte des Papstes Pius VII., aus dem Französischen. Wien 1838. Bd. II. Thl. I 12—50). — Für unverbindlich und verdammenwerth wurden die Org. Art. durch die römische Curie nie erklärt.

Nr. 4739 (4).
Röm. Curie.
24. Mai 1802.

Nr. 4740. (5.)

ITALIEN-RÖMISCHE CURIE. Das Italienische Concordat.

Abgeschlossen Paris, 16. Sept. 1803. Staatl. Publ. Mailand, 26. Januar 1804.

Lat. T. Bullar. M. R. Cont. XII p. 59 ff. Nussi Convent. p. 142.

Ueber die Geschichte des Italienischen Concordates s. Memoires du Card. Consalvi, l. c. II 380 f. Theiner, Histoire l. c. II 332 ff. Houssonville, L'Église l. c. I 291 ff. O. Mejer, Zur Geschichte l. c. I 196 ff.

Nr. 4740 (5).
Italien-
Röm. Curie.
16. Sept. 1803.

Das italienische Concordat wurde abgeschlossen zwischen Pius VIII. und dem Präsidenten der italienischen Republik Napoleon Bonaparte. Römischerseits war dazu der Cardinallegat Caprara bevollmächtigt, italienischerseits der

Nr. 4740 (5).
Italien-
Röm. Curie.
16. Sept. 1803.

bei Napoleon residirende auswärtige Minister der italienischen Republik Ferd. Marescalchi. Im Eingang erklären die Contrahenten, das Concordat gehe aus dem Bestreben hervor, eine feste Ordnung in kirchlichen Dingen zu schaffen und die römisch-katholische Religion in der Republik rein in ihren Dogmen zu erhalten. In manchen Artikeln stimmt es wörtlich mit dem französischen Concordat überein. Wesentlich unterscheidet es sich jedoch dadurch, dass gesagt wird, die katholische Religion sei und bleibe die Religion des Staates, und dass fortlaufend auf das canonische Recht und die *vigens Ecclesiae disciplina* als Quelle in all den Fällen verwiesen wird, in welchen die Concordatsbestimmungen nicht ausreichen. Die Veränderungen in den Diöcesangrenzen wurden nicht in einer eigenen Circumscriptionsbulle, sondern im zweiten und dritten Artikel in der Form einer päpstlichen Anordnung normirt. — Im Art. 21 wurden alle Gesetze, Anordnungen und Decrete, welche bisher von der Republik über kirchliche Dinge erlassen waren, für abgeschafft erklärt. — Organische Artikel zum Concordat erschienen hier nicht. Doch bald nach dessen Publication erliess der Vicepräsident der italienischen Republik Melzi Decrete, welche die Kirche in der Ausübung ihrer Rechte mannigfach einschränkten. Rom protestirte dagegen (Breve v. 29. Febr. 1804, Theiner II 281 ff.). Napoleon billigte sie nicht formell, half indessen auch nicht ab, und traf nach seiner Krönung zum König von Italien Verfügungen — Abschaffung der Klöster, Verminderung der Pfarreien etc. — welche dem Concordate widersprächen.

Nr. 4741. (6.)

RÖMISCHE CURIE. Breve Pius VII. — Confirmation der Beschlüsse des sogen. Nationalconcils zu Paris vom 5. August 1811.

Savona 20. Sept. 1811. — Lat. Org. Barral Fragments p. 346 fg. u. O. Mejer l. c. I 360
Deutsche Uebers. Roskovány II 57 fg.

Nr. 4741 (6).
Röm. Curie.
5. Aug. 1811.

Pius VII. unsern geliebten Söhnen, den Kardinälen der heil. römischen Kirche, wie unsern ehrwürdigen Brüdern, den zu Paris versammelten Erz- und Bischöfen unsern Gruss und apostolischen Segen. Von dem Augenblicke an, wo ungeachtet der Unzulänglichkeit unserer Verdienste die Vorsehung uns auf den päpstlichen Stuhl erhoben hat, haben wir stets mit väterlicher Sorgfalt den Kirchen, welche das Unglück gehabt hatten, ihre Bischöfe zu verlieren, würdige und gute Hirten zu geben gesucht. Es ging uns nahe und fiel unserm Herzen sehr schwer, in den letzten Zeiten, aus Gründen, deren Ausführung hier überflüssig wäre, unsere Wünsche nicht vollständig erfüllen zu können. Gott hat in seiner Güte zugelassen, dass mit Zustimmung unseres geliebtesten Sohnes Napoleon I., Kaisers der Franzosen und Königs von Italien vier Bischöfe sich zu uns begaben, und uns ehrerbietigst gebeten haben, für die Kirchen Frankreichs und Italiens, welche ihrer Hirten beraubt sind, zu sorgen, und selbst die Art und Weise nebst den Bedingungen, um zum Abschlusse einer so wichtigen An-

gelegenheit zu gelangen, zu bestimmen. Wir haben diese ehrwürdigen Brüder mit dem Wohlwollen und der väterlichen Zuneigung empfangen, welche sie von uns zu erwarten berechtigt waren; wir haben ihnen unsere Gesinnungen zu erkennen gegeben, und sie mit der Hoffnung entlassen, dass sie nach ihrer Rückkehr zu Paris durch Befolgung unserer Instructionen eine allgemeine Vereinbarung würden bewirken können. Demüthig sagen wir Gott dem Allmächtigen Dank, der unsere Gebete erhört, und in seiner Barmherzigkeit die glückliche Erfüllung unserer Wünsche begünstigt hat. Einer neuen Autorisation unseres geliebtesten Sohnes Napoleon I zufolge sind fünf Cardinäle der heiligen römischen Kirche, und unser ehrwürdiger Bruder der Erzbischof von Edessa, unser Almosenier, bei uns eingetroffen. Ausserdem haben drei von euch abgeordnete Erzbischöfe und fünf Bischöfe uns das Schreiben zugestellt, das ihr am 5. August d. J. erlassen habt, und das von vielen Kardinälen der heiligen römischen Kirche, Erzbischöfen und Bischöfen unterzeichnet ist. Sie haben uns einen genauen Bericht über das, was in der am 5. August 1811 zu Paris abgehaltenen allgemeinen Versammlung vorgefallen ist, abgestattet, und uns ehrfurchtsvoll gebeten, unsere Einwilligung dazu zu geben. Nach reiflicher Prüfung haben wir eine wahre Freude empfunden, als wir wahrnahmen, dass ihr im vollkommensten Einverständniss unter einander unsern Gesinnungen und Absichten entsprochen, und was wir früher genehmigt und festgesetzt hatten, in fünf Artikeln abgefasst habt. Nach dem Beispiele so vieler eurer verdienstvollen Vorgänger in dem Episcopat, die es würdig waren euch als Muster zu dienen, habt ihr sowohl in eurer allgemeinen Versammlung, als durch eure Deputirten eure Bitten an uns gerichtet, um uns zu bewegen, Alles auf eine feierliche Weise zu bestätigen. Man kann bei Durchlesung des eben angeführten Briefes an euren guten Gesinnungen nicht zweifeln. Ihr habt euch auf das Umständlichste gegen uns über die ganze Angelegenheit geäußert, und uns dabei mit kindlicher Liebe eure unwandelbare Anhänglichkeit an den Stuhl Petri, und jene ehrfurchtsvolle Ergebenheit zu erkennen gegeben, welche eure ältesten Vorgänger als Erbtheil euch hinterlassen haben. Wir finden es angemessen, jene uns von euch vorgelegten fünf Artikel hier wörtlich aufzunehmen; sie lauten, wie folgt: 1. In Gemässheit des Geistes der Canones, können die Erz- und Bisthümer nicht über ein Jahr lang, als längste Frist, erledigt bleiben; die Ernennung, die Institution und die Consecration müssen binnen dieser Zeit Statt haben. 2. Der Kaiser soll gebeten werden, fortzufahren, in Gemässheit der Concordate zu den erledigten Kirchen zu ernennen und die von dem Kaiser Ernannten sollen sich wegen der canonischen Institution an unsern heiligen Vater, den Papst, wenden. 3. Binnen sechs Monaten, nach der dem Papste auf dem herkömmlichen Wege von der geschehenen Ernennung gemachten Notification, wird der Papst in Gemässheit der Concordate die canonische Institution ertheilen. 4. Wenn diese sechs Monate verflossen sind, ohne dass der Papst die Institution bewilligt hat, soll der Metropolit oder in dessen Ermanglung der älteste Bischof der kirchlichen Provinz zur Institution des ernannten Bischofs schreiten, und wenn es

Nr. 4741 (6).
Röm. Curie.
5. Aug. 1811.

sich von der Institution des Metropolitens handelt, soll der älteste Bischof der Provinz dieselbe ertheilen. 5. Gegenwärtiges Decret soll der Genehmigung unsers heiligen Vaters, des Papstes, vorgelegt, und zu diesem Ende Se. Majestät gebeten werden, zu erlauben, dass eine aus sechs Bischöfen bestehende Deputation sich zu Seiner Heiligkeit begeben, um sie zu bitten, ein Dekret zu bestätigen, das allein den Uebeln, woran die Kirche des französischen Reichs und des Königreichs Italien leiden, ein Ziel setzen kann. || Um nun der Kirche Hilfe zu kommen und um, so viel es in unserer Gewalt steht, mit der Hilfe Gottes die schweren Prüfungen, die sie bedrohen, umzuwenden, genehmigen und bestätigen wir nach vorgängiger reiflicher Berathschlagung mit unsern ehrwürdigen Brüdern, den fünf Kardinälen der heiligen römischen Kirche, und mit unserm ehrwürdigen Bruder dem Erzbischof von Edessa, unserm Almosensvater und unter Beziehung auf den Inhalt der Concordate, vermöge unserer apostolischen Gewalt, die oben angeführten Artikel, welche, wie wir bereits bemerkt haben, unsern Ansichten und unserm Willen gemäss sind. Im Falle aber, wenn nach Abfluss der sechs Monate, und in der Voraussetzung, dass kein canonisches Hinderniss vorhanden ist, der Metropolit oder der älteste Bischof der kirchlichen Provinz dem 4. Artikel zufolge zur Institution zu schreiten hätte, wollen wir, dass gedachter Metropolit oder der älteste Bischof der Provinz die üblichen Untersuchungen anstelle, dass er von demjenigen, der instituiert oder consecrirt werden soll, die Ablegung seines Glaubensbekenntnisses, und überhaupt Alles was die gewöhnlichen Regeln und die Canones vorschreiben, fordere, dass er endlich ausdrücklich in unserm, oder in des alsdann regierenden Papstes, Namen instituire und dafür Sorge trage, sobald als möglich die authentischen Acte welche die getreue Beobachtung von allem diesem beurkunden, an den heiligen Stuhl zu übersenden — Savona, 20. Sept. 1811.

F. A. Melchers. Das Nationalconcilium zu Paris im Jahre 1811. In authentischen Aktenstücken. Münster 1814. (Barral) *Fragments relatifs l'histoire ecclésiastique du 19^{me} siècle*. Paris 1814. Houssonville l. c. IV. Mejer l. c. I. 349 fg.

Seit der Besetzung Ankonas, Benevents und anderer Theile des Kirchenstaates (1806) durch französische Truppen hatte sich Pius VI. geweigert, jenen, welche Napoleon zu Bischöfen in Frankreich ernannte, die kanonische Institution zu geben. Die Unterhandlungen, welche darüber zwischen Paris und Rom geführt wurden, schienen zu einer Versöhnung führen, als durch Napoleons Excommunication, welche am Tage der Besetzung Roms (10. Juni 1809) ausgesprochen wurde, und durch des Papstes Gefangennahme und Wegführung nach Savona (6. Juli) der Streit in ein neues Stadium trat. Der Papst verweigerte seitdem nicht nur jede Bestätigung, sondern verwies auch den vom Kaiser Ernannten die Annahme der Würde, wenn Napoleon, als im Banne der Kirche, nicht nominationsberechtigt sei. (S. Aktenstücke bei Roskovány, Mon. II. 52 fg.) Siebenundzwanzig Diöcesen waren bereits ohne Bischöfe. Um dafür einen Ausweg zu finden und den Papst gefügiger zu stimmen, berief Napoleon durch Dekret vom 25. April 1811 ein Nationalconcilium nach Paris. Etwa die Hälfte der Inhaber französischer, italienischer, niederländischer und niederdeutscher Bischofsitze, und darunter auch nur nominirte

Bischöfe, wurden nach der Auswahl Napoleons berufen. Auch der Fürstprimas Dalberg und dessen Weihbischof Kohlborn waren erschienen. Als Hauptaufgabe dieser Versammlung wurde bezeichnet: Einrichtungen zu treffen, welche die Umgehung der kanonischen Bestätigung der Bischöfe durch den Papst möglich machten. Am 17. Juni erfolgte die feierliche Eröffnung. Nachdem dies Concil acht Sitzungen gehalten, in welchen es sich den Wünschen des Kaisers nicht gefügig zeigte, wurde es durch Decret vom 10. Juli aufgelöst und die Häupter der Opposition gefangen genommen. Da aber eben jetzt Berichte über eine nachgiebige Stimmung des Papstes einliefen, berief Napoleon die dreiundachtzig noch in Paris anwesenden Concilsmitglieder zu einer Versammlung, welche dann in der Sitzung vom 5. August ein vom Kaiser ausgegangenes Dekret, gegen eine Minorität von dreizehn Stimmen, annahm. Eine Deputation überbrachte diese Beschlüsse und eine Ergebnisadresse (Roskovány II 58) dem Papste nach Savona am 3. September. In der Instruktion, welche Napoleon der Deputation gab, wird gesagt: Si le pape refuse l'approbation pure et simple du décret, vous lui déclarerez que les concordats ne sont plus loix de l'Empire et du Royaume qui rentrent dans le droit commun pour l'institution canonique des évêques, c'est-à-dire, qu'il y sera pourvu par les synodes et par les métropolitains Nous comptons que vous ne montrerez aucune faiblesse et que vous n'accepterez rien que nous n'accepterions pas . . . (Münch, Sammlung aller Konkordate, Leipzig 1831. II. Bd. 48.). — Am 20. September bestätigte Pius VII. die Beschlüsse durch das oben stehende Breve und theilte dies dem Kaiser in einem Schreiben (23. September) mit. (Houssonville V 58 fg.). Das Breve ist so gefasst, als ob die „Pariser Versammlung“ schon vorher vom Papste Beschlossenes nur in die Form der fünf Artikel gebracht und auch ihrerseits beschlossen hätte. — Napoleon lehnte es ab dies Breve anzunehmen: weil in demselben die Pariser Versammlung nicht positiv als Nationalconcil anerkannt; weil darin in unzulässiger Weise vom Gehorsam gegen den Papst die Rede sei; weil nicht zugelassen werden könne, dass in den im Art. 4 angegebenen Fällen die Institution im Namen des Papstes geschehe und weil der Papst sich weigere ausdrücklich anzuerkennen, dass diese Form der Institution auch für die Bischöfe des Kirchenstaates, als Theil des Reiches, gelten solle — womit er auf jene Gebiete verzichtet hätte. (Houssonville V 78 und 105 fg. Note an die Deputation zu Savona, 3. Dec. 1811). Die Verhandlungen mit dem Papste über Modificationen des Breves zogen sich resultatlos durch den Winter hin.

Nr. 4741 (6).
Röm. Curie.
5. Aug. 1811

Nr. 4742. (7.)

FRANKREICH-RÖMISCHE CURIE. Das sog. Concordat von Fontainebleau. Fontainebleau 25. Januar 1813. Gesetz vom 13. Februar 1813. —

Bulletin des loix Jahrg. 1813 Nr. 488. Deutsche Uebers. Roskovány, Mon. II 65 fg.

Napoleon par la grâce de Dieu et les constitutions, Empereur des Français etc.

Le concordat de Fontainebleau, dont la teneur suit, est publié comme loi de l'Empire:

Nr. 4742 (7).
Frankreich-
Röm. Curie.
25. Jan. 1813.

Nr. 4742 (7).
Frankreich-
Röm. Curie.
25. Jan. 1813.

Teneur du Concordat.

„Sa Majesté l'Empereur et Roi et Sa Sainteté, voulant mettre un terme aux différends qui se sont élevés entre eux, et pourvoir aux difficultés survenues sur plusieurs affaires de l'Église, sont convenus des articles suivants, comme devant servir de base à un arrangement définitif.

Art. 1. Sa Sainteté exercera le pontificat en France et dans le royaume d'Italie, de la même manière et avec les mêmes formes, que ses prédécesseurs.

Art. 2. Les ambassadeurs, ministres, chargés d'affaires des puissances près le Saint-Père, et les ambassadeurs, ministres ou chargés d'affaires que le Pape pourrait avoir près des puissances étrangères, jouiront des immunités et privilèges dont jouissent les membres du corps diplomatique.

Art. 3. Les domaines que le Saint-Père possédait et qui ne sont pas aliénés, seront exempts de toute espèce d'impôts: ils se sont administrés par ses agens ou chargés d'affaires. Ceux qui seraient aliénés seront remplacés jusqu'à la concurrence de deux millions de francs de revenus.

Art. 4. Dans les six mois qui suivront la notification d'usage de la nomination par l'Empereur aux archevêchés et évêchés de l'Empire et du royaume d'Italie, le Pape donnera l'institution canonique, conformément aux concordats et en vertu du présent indult. L'information préalable sera faite par le métropolitain. Les six mois expirés sans que le Pape ait accordé l'institution, le métropolitain et, à son défaut, ou, s'il s'agit du métropolitain, l'évêque le plus ancien de la province, procédera à l'institution de l'évêque nommé, de manière qu'un siège ne soit jamais vacant plus d'une année.

Art. 5. Le Pape nommera, soit en France, soit dans le royaume d'Italie, à dix évêchés qui seront ultérieurement désignés de concert.

Art. 6. Les six évêchés suburbicaires seront rétablis: ils seront à la nomination du Pape. Les biens actuellement existans seront restitués; et il sera pris des mesures pour les biens vendus. A la mort des évêques d'Anagni et de Rieti, leurs diocèses seront réunis auxdits six évêchés, conformément au concert qui aura lieu entre Sa Majesté et le Saint-Père.

Art. 7. A l'égard des évêques des États romains, absents de leurs diocèses par les circonstances, le Saint-Père pourra exercer en leur faveur son droit de donner des évêchés in partibus. Il leur sera fait une pension égale au revenu dont ils jouissaient; et ils pourront être replacés aux sièges vacans, soit de l'Empire, soit du royaume d'Italie.

Art. 8. Sa Majesté et Sa Sainteté se concerteront en temps opportun, sur la réduction à faire, s'il y a lieu, aux évêchés de la Toscane et du pays de Gênes, ainsi que pour les évêchés à établir en Hollande et dans les départements anséatiques.

Art. 9. La propagande, la pénitencerie, les archives, seront établies dans le lieu du séjour du Saint-Père.

Art. 10. Sa Majesté rend ses bonnes grâces aux cardinaux, évêques, prêtres, laïcs qui ont encouru sa disgrâce par suite des événemens actuels.

Art. 11. Le Saint-Père se porte aux dispositions ci-dessus, en considération de l'état actuel de l'Eglise, et dans la confiance que lui a inspirée Sa Majesté, qu'elle accordera sa puissante protection aux besoins si nombreux qu'a la religion, dans les temps où nous vivons. || Fontainebleau, le 25 janvier 1813. Signé Napoléon; Pius P. P. VII. Mandons et ordonnons . . . le 13. février 1813. || (S.) Napoléon.

Nr. 4742 (7).
Frankreich-
Röm. Curie.
25. Jan. 1813.

B. Pacca. Memorie Storiche etc. Rom 1835. Houssonville l. c. V. Bd.

Im Mai 1812 versetzte Napoleon, durch einen aus dem Hauptquartier Dresden datirten Befehl, Pius VII. von Savona nach Fontainebleau. Bald nach der Rückkehr aus dem russischen Feldzug begab sich der Kaiser nach Fontainebleau (18. Mai) und trat hier mit dem Papste persönlich und ausschliesslich in Verhandlungen, welche nach wenig Tagen zum Abschluss des obigen Concordates — oder wie man wohl richtiger sagen muss: des Präliminarvertrages von Fontainebleau — führten. Die Unterzeichnung erfolgte am 25. Januar in Gegenwart von vier Cardinälen. Am selben Tage gab Napoleon dem Papste die Erklärung ab: Votre Sainteté ayant paru craindre, au moment de la signature des articles qui mettent un terme aux divisions qui affligent l'Eglise, que cela ne comportât une renonciation à la souveraineté de Rome, je me fais un plaisir de la rassurer par la présente . . . (Houssonville V 530). Die bis dahin gefangenen und internirten Cardinäle wurden freigelassen und ihnen aufgetragen nach Fontainebleau zu gehen. — Durch Decret vom 13. Februar 1813 liess Napoleon dann den Vertrag von Fontainebleau als allgemein verbindliches Staatsgesetz publiciren. Die Concordate von 1801 und 1803 sollten dadurch abgeändert, jedoch nicht aufgehoben werden, was aus der Berufung auf dieselben im Art. 4 hervorgeht. Ein zweites vom 25. März datirtes Decret befiehlt — gleichsam als Antwort auf den Widerruf des Papstes vom 24. März — die Ausführung des Concordates. Art. 1. Le concordat signé à Fontainebleau, qui règle les affaires de l'Eglise, et qui a été publié comme loi d'Etat le 13 février 1813, est obligatoire pour nos archevêques, évêques et chapitres, qui seront tenus de s'y conformer. 4. Si la personne nommée était dans le cas de quelque exclusion ecclésiastique, le métropolitain nous le ferait connaître sur-le-champ; et dans le cas où aucun motif d'exclusion ecclésiastique n'existerait, si l'institution n'a pas été donnée par le Pape dans les six mois de la notification de notre nomination, aux termes de l'article 4 du concordat, le métropolitain, assisté des évêques de la province ecclésiastique, sera tenu de donner ladite institution. 5. Nos cours impériales connaîtront de toutes les affaires connues sous le nom d'appels comme d'abus, ainsi que de toutes celles qui résulteraient de la nonexécution des lois des concordats. 6. Notre grand-juge présentera un projet de loi pour être discuté en notre Conseil, qui déterminera la procédure et les peines applicables de ces matières. 7. Nos ministres de France et du royaume d'Italie sont chargés de l'exécution du présent décret, qui sera inséré au Bulletin des lois. Signé: Napoléon. || Par l'empereur: || signé le Comte Daru. (Bulletin des lois, Jahrg. 1813 Nr. 190.) — Bald hierauf verliess Napoleon Paris. Der deutsche Krieg begann. Die Ereignisse welche nun folgten liessen die Decrete Napoleons nicht zur Ausführung kommen.

Nr. 4743. (8.)

RÖMISCHE CURIE. Schreiben Pius VII. an Napoleon. — W
ruf des Concordates von Fontainebleau und des Breves von S

Pacca l. c. III 95. Deutsche Uebers. Roskovány, Mon. II 72 ff.

Nr. 4743 (8).

Röm. Curie.
24. März 1813.

Pius VII. So viel auch unserm Herzen das Bekenntniss, das wir E
jestät zu machen haben, so wie auch der Verdruss, den Sie darüber er
könnten, kosten mag, so muss doch die Furcht vor den Gerichten Gott
uns wegen unseres vorgerückten Alters und unserer hinfälligen Gesundhe
bevorstehen, uns alle anderen Rücksichten und allen Kummer, den wir in
Augenblicke erleiden, vergessen machen. Durch unsere Pflicht dazu ge
gestehen wir Ew. M. mit jener Aufrichtigkeit und Freimüthigkeit, welche
Würde und unserem Charakter geziemet, dass seit dem 25. Januar, an v
Tage wir die Artikel unterzeichneten, welche zur Basis des definitiven T
dessen darin erwähnt wird, dienen sollten, unsere Seele von den heftigs
wissensbissen und der lebhaftesten Reue unaufhörlich gefoltert wird, un
Frieden noch Ruhe hat. Wir erkannten sogleich den Irrthum — und ein
liche und fortgesetzte Betrachtung hat uns diesen täglich immer mehr
kennen gegeben — den uns der Wunsch, sobald als möglich die in der
entstandenen Streitigkeiten zu beendigen, und auch derjenige, Ew. M. gel
sein, hatte begehren machen. Eine Betrachtung allein milderte unser
nämlich: dass dem von uns durch jene Unterschrift der Kirche verur
Schaden sich bei dem Abschlusse des definitiven Vertrages würde vo
lassen. Aber unser Schmerz wuchs übermässig, als wir mit Erstaunen,
achtet der mit Ew. M. getroffenen Abrede, jene Artikel durch den Drei
unter dem Titel eines Concordats bekannt gemacht sahen, welche nur d
eines künftigen Vertrags waren. Indem wir bitter in unserem Her
Aergerniss beseufzten, das wir der Kirche gegeben hatten, die durch
kanntmachung jener Artikel von ihrem Inhalte unterrichtet worden war,
gleich von der Nothwendigkeit überzeugt, dieses wieder gut zu machen,
hielten wir uns doch mit grosser Mühe, unsere Gesinnungen und unse
sprüche dagegen sogleich zu erkennen zu geben, aus dem einzigen Gru
mit grösserer Vorsicht zu verfahren und um nichts in einer Sache von
Wichtigkeit zu übereilen. || Da wir wussten, dass das heilige Collegium,
unser Rath ist, bald um uns versammelt sein würde, so entschlossen
dasselbe zu erwarten, um es um seinen Rath zu fragen, und dann zu ents
nicht über das, was wir thun zu müssen einsahen, um das Geschehen
gut zu machen, denn wir rufen Gott zum Zeugen an, dass wir dazu sel
ersten Augenblicke an entschlossen waren, sondern das beste Mittel zu e
diesen unsern Vorsatz auszuführen. Wir haben geglaubt, keines fi

können, das mehr mit der Hochachtung übereinkäme, welche wir für Ew. M. Nr. 4748 (8).
Röm. Curie.
24. März 1818. hegen, als dieses, uns geradezu an Ew. M. zu wenden und Ihnen diesen Brief zu schreiben, in welchem wir in Gegenwart Gottes, dem wir bald über die uns von ihm als seinem Stellvertreter zur Regierung der Kirche anvertraute Vollmacht Rechenschaft werden abstaten müssen, mit apostolischer Aufrichtigkeit erklären, dass unser Gewissen uns unbesiegbare Schwierigkeiten für die Ausführung der verschiedenen Artikel jenes Blattes entgegengestellt; da wir zu unserer Beschämung und zu unserm Schmerze nur zu sehr einsehen, dass wir zur Ausführung dessen, was wir darin unvorsichtiger Weise nicht aus wenig redlichen Absichten, wie Gott uns selbst bezeugen kann, sondern aus menschlicher Schwäche, da wir Erde und Staub sind, versprochen haben, uns unserer Vollmacht nicht zur Aufbauung, sondern zur Zerstörung bedienen würden. || Von jenem Blatte, ob es gleich von uns unterschrieben worden ist, müssen wir Ew. M. dasselbe sagen, was unser Vorgänger Pasqual II. in einem ähnlichen Falle von einer von ihm unterzeichneten und eine Bewilligung zu Gunsten Heinrichs V. enthaltenden Schrift, worüber sein Gewissen Reue fühlte, gesagt hat, nämlich: „Da wir jene Schrift als nicht recht erkennen, so bekennen wir dieselbe auch als solche, und wünschen mit Hilfe des Herrn, dass sie gänzlich berichtigt werde, damit für die Kirche kein Schaden, und für unsere Seele kein Nachtheil daraus entstehe.“ Wir erkennen an, dass einige dieser erwähnten Artikel anders verfasst, und durch einige Modificationen und Abänderungen berichtigt werden können; aber wir erkennen zu gleicher Zeit auch, dass einige andere an sich selbst schlecht sind, da sie der Gerechtigkeit und der Ordnung der Kirche, die unser Herr Jesus Christus in derselben festgesetzt hat, zuwider, und daher unausführbar sind, und nicht bestehen können. Wie könnten wir zum Beispiel die grosse Ungerechtigkeit begehen, ohne canonischen Grund so viele ehrwürdige Bischöfe ihrer Sitze zu berauben, da sie nichts weiter verschuldet haben, als unsere Vorschriften befolgt; und ebenfalls ohne canonischen Grund die Aufhebung dieser Bisthümer selbst zu erlauben? Ew. M. werden sich gewiss erinnern, welch lautes Murren sich in ganz Europa und in Frankreich selbst erhob, als wir im Jahre 1801 von unserer Gewalt Gebrauch machten, und den alten Bischöfen Frankreichs, nachdem wir dieselben jedoch befragt, und sie um ihre Entsagung ersucht hatten, ihre Bisthümer abnahmen; obgleich jene Handlung eine ausserordentliche und in jenen drangvollen Zeiten als nothwendig und unerlässlich anerkannte Massregel war, um ein trauriges Schisma zu beendigen, und um eine grosse Nation wieder in den Schooss der katholischen Einheit zurückzuführen. Aber welcher von jenen starken Gründen findet jetzt statt, um vor Gott und vor den Menschen die in einem jener Artikel genommene Massregel zu rechtfertigen? Wie können wir ebenfalls eine Verordnung gestatten, welche die göttliche Constitution der Kirche unsers Herrn Jesus Christus umstösst, welcher das Primat des heiligen Petrus und seiner Nachfolger festgesetzt hat; wie es jene sein würde, durch die wir unsere Macht der der Metropolitane unterwerfen, und erlauben, dass diese letzteren den Ernannten die In-

Nr. 4748 (8).
Röm. Curie.
4. März 1813.

stitution ertheilen können, wenn der Papst in verschiedenen Fällen und unter verschiedenen Umständen in seiner Weisheit nicht für gut fände, dieselben instituiren, und dadurch diejenigen zu Richtern und Reformatoren des Verhaltens des Kirchenoberhauptes zu machen, die demselben nach der Kirchenordnung unterworfen, und ihm Gehorsam schuldig sind? Können wir in der Kirche Gottes diese unerhörte Neuerung, dass der Metropolitan im Widerspruch mit dem Oberhaupte der Kirche die Institution ertheile, einführen? In welchem gut eingerichteten Staate ist es einer geringeren Autorität erlaubt, dasjenige zu thun, was das Haupt der Regierung nicht thun zu können geglaubt hat? Zu wie grossen Unordnungen und zu wie vielen der Kirche sowohl als den Staate schädlichen Schismen würden wir nicht ferner durch eine solche Bewilligung Gelegenheit geben; indem die römischen Päpste zuweilen genöthigt sein würde die Gemeinschaft mit denjenigen nominirten Bischöfen aufzuheben, welche der Metropolitan gegen ihre Entscheidung und ihnen zum Trotz instituirt hätte. Können wir endlich den heil. Stuhl eines seiner wichtigsten Rechte berauben wir, die wir durch die feierlichsten Eide uns verbunden haben, die Vorrechte desselben selbst mit unserm Blute aufrecht zu halten und zu vertheidigen. Ew. M. werden vielleicht hier uns den Einwurf machen, dass eben diese Bewilligung von uns auch in dem in Savona erlassenen Breve obgleich mit einigen Modificationen zugestanden worden sei, welches Breve von Ew. M. verworfen und dessen Verwerfung uns officiell angezeigt worden ist. Unsere Antwort hierauf ist dasselbe offene Bekenntniss unseres Fehltrittes, der von uns bei jeder Gelegenheit und in jener Lage rücksichtlich des nämlichen Gegenstandes gemacht wurde, von der Meinung dazu bewogen, durch diese Bewilligung die Uebeln der Kirche eine Grenze zu setzen; indem wir aber nicht in Erwägung zogen, wie wir es hätten thun sollen, dass wir durch die Einführung dieses Systemes noch grössern und beständigen Uebeln die Gelegenheit eröffneten. Da jenes Breve von Ew. M. verworfen wurde, so ist auch jene Bewilligung, welche es enthielt, ohne Folgen geblieben, und wir sehen dies als einen Beweis der göttlichen Vorsehung an, welche über die Regierung ihrer Kirche wacht. Würde dies aber nicht geschehen, und jenes Breve bestände noch, so würden wir gezwungen sein, es gleichfalls zu widerrufen, da die oben angeführten Gründe nicht weniger dem Breve, als dem Artikel, von welchem wir sprechen, entgegen sind. Wir können ferner gleichfalls nicht verhehlen, dass unser Gewissen uns Vorwürfe macht, in jenen Artikeln keine Erwähnung der Rechte auf die Staat des heil. Stuhls gethan zu haben, da unser Amt und die bei unserer Erhebung auf den Lehrstuhl des heil. Petrus abgelegten Eide uns verpflichten, dass wir dieselben aufrecht erhalten, zurückfordern und bewahren sollen, was wir wenigstens in dem Text jener Schrift hätten ausdrücken sollen; auch der von Ew. M. an uns geschriebene Brief bietet keine hinlängliche Abhilfe dieser unserer Pflichtversäumung dar. || Aus diesen und anderen wichtigen Gründen, welche die erwähnten und noch andere Artikel, und besonders den fünften des 25. Januar unterschriebenen Blattes betreffen, und welche wir hier nicht

führen, um Ew. M. nicht länger damit aufzuhalten, erlauben uns unsere unerlässlichen Pflichten nicht, dieselben in Ausführung zu bringen. Wir kennen sehr wohl die Kraft und die Verbindlichkeit abgeschlossener Verträge, aber wir wissen eben so gut, dass, wenn diese mit den göttlichen Anordnungen und mit unsern Pflichten im Widerspruch stehen, sie der Kraft der Verpflichtung einer höhern Ordnung, welche ihre Befolgung verbietet und unerlaubt macht, weichen müssen. In demselben Augenblicke aber, in welchem wir unserer unerlässlichen Pflicht Genüge thun, dieses Ew. M. zu erklären, beeifern wir uns auch Derselben anzuzeigen, dass wir bereit sind, ja dass wir es lebhaft wünschen, bald jenen definitiven Vertrag über alle entstandenen Uneinigkeiten mit Ew. M. abzuschliessen, der in eben jenen Artikeln vorbehalten worden ist, jedoch auf einer Grundlage, welche mit unsern Pflichten vereinbar ist. Sobald wir erfahren werden, dass Ew. M. über das mit uns einverstanden sind, was wir Ihnen hier mit väterlichem Vertrauen und apostolischer Freimüthigkeit vorgestellt haben, so wird es uns ein angenehmes Bestreben sein, sogleich die Veranstaltungen zu treffen, um diese neuen Verhandlungen, über den so erwünschten definitiven Tractat, anzufangen. Bei dieser Gelegenheit hoffen wir, dass den so vielen und grossen Uebeln, welche die Kirche leidet, und über welche wir nicht ermangelt haben öfters unsere Vorstellungen an den Thron Ew. M. gelangen zu lassen, abgeholfen werden wird. Auch werden die andern Uneinigkeiten, welche in den letzten Jahren uns so grosse Ursache zu Schmerz und zu gerechten Klagen gegeben haben, geendigt werden. Alles dieses können wir in einem definitiven Vertrage nicht übergehen, ohne die Pflichten unseres Amtes zu verrathen. Wir bitten Ew. M. diese unsere Gesinnungen mit eben der Herzlichkeit aufzunehmen, mit welcher wir dieselben auseinander gesetzt haben. Wir flehen Sie im Namen unsers Herrn Jesus Christus an, unserm Herzen diesen Trost zu gewähren, das nichts so eifrig wünscht, als zu dieser Aussöhnung, welche immer der Gegenstand unseres Verlangens gewesen ist, zu kommen. Wir bitten ferner Ew. M. zu überlegen, welchen Ruhm für sich und welchen Vortheil für ihre Staaten Sie aus der Abschliessung eines Vertrags ziehen werden, welcher der Kirche einen wahren Frieden gibt, und auch von unsern Nachfolgern festgehalten werden kann. Wir richten die heissesten Gebete an Gott, dass er die Fülle seiner himmlischen Segnungen über Ew. M. ausgiesse.

Fontainebleau, den 24. März 1813.

Pacca l. c. I. 324 ff. — Houssonville X l. c. V. 199 fg. —

Im Laufe des Februar war die Mehrzahl der Cardinäle in Fontainebleau eingetroffen. Der Papst forderte sie auf ihm schriftlich ihre Ansichten über das Concordat zu geben. Ein Theil rieth das Concordat bestehen zu lassen, aber auf günstige Aenderungen zu dringen, ein anderer rieth zu schnellem Widerruf. Den Rath der letzteren nahm Pius an, ohne doch, wie er sagt, weitere Verhandlungen zurück zu weisen, und richtete an Napoleon das obne stehende Schreiben. Davon machte der Papst an demselben Tage den Cardinälen in der Form einer geschriebenen Allocution Mittheilung, und erklärt, dass er „das Breve von Savona und das vom 25. Januar unterzeichnete Blatt

Nr. 4743 (8).
Röm. Curie.
24. März 1813.

als nicht vorhanden ansehe“ und „dass man dieselben so betrachte, dass man sie nicht mehr für gültig halte.“ (Pacca III 89. Roskovány im Auszug II 72.) — Der Kaiser befahl in einem Schreiben vom 25. März: Le ministre des cultes gardera le plus grand secret sur la lettre en date du 24 mars, que je veux selon les circonstances pouvoir dire avoir ou n'avoir pas reçue. Und sagt dann weiter: Le concordat de Fontainebleau est désormais une loi de l'Etat. Sa M. la regarde comme un traité plus sacré que tous les autres, ayant été fait par le pape et par lui directement, ayant été signé par eux devant quatre cardinaux, un évêque italien et quatre évêques français. (Houssonville V 532 f.) — Am 9. Mai richtete der Papst eine zweite geschriebene Allocution an die Cardinäle, die sie als Richtschnur für künftige Verhandlungen und als „Document zur Aufrechthaltung der Rechte des apostol. Stuhles“ bewahren sollten. Es wird darin die Geschichte des Concordates und des Widerrufs ausführlich wiederholt; die Metropolitane werden gewarnt, sich nicht wider den Papst aufzulehnen, indem sie das Recht der Bestätigung an sich rissen; die so Instituirenden und Instituirten würden von der Gemeinschaft ausgeschlossen und allen Strafen der Kirche verfallen. Bezüglich der Verbindlichkeit des Concordates wird darin gesagt: „Die Unwiderruflichkeit eines Concordates kann noch weniger als Grund angeführt werden, weil das am 25. Januar unterschriebene Blatt kein Concordat ist, wie wir schon bewiesen haben, und weil im Falle es auch ein Concordat wäre, den Metropolitane nicht unbekannt sein kann, dass alle eingegangenen Verbindlichkeiten jeder Art unausführbar seien, wenn sie den göttlichen Anordnungen zuwider sind, welche deren Beobachtung verbieten und unerlaubt machen; da diese Wahrheit an sich selbst schon bekannt, und in einem ähnlichen Falle in dem angeführten Schreiben Paschals II., unseres Vorgängers, wie auch vom Concilium im Lateran und vielen andern Concilien in Italien, Deutschland, Spanien und Frankreich selbst, vorzüglich in dem zu Vienne in der Dauphiné im Jahre 1112 anerkannt worden ist.“ (Pacca III 95. Roskovány, Deutsche Uebers. II 73) — Im December 1813 und auch im Januar 1814, als die Allirten den Rhein überschritten hatten, liess Napoleon dem Papste den lebhaften Wunsch aussprechen, abermals mit ihm zu verhandeln; doch der Papst weigerte sich nun auf irgend welche Verhandlungen einzugehen, — er müsse erst seine volle Freiheit wieder erlangt haben.

Nr. 4744. (9.)

FRANKREICH-RÖMISCHE CURIE. Das Französische Concordat vom Jahre 1817. — Abgeschlossen zu Rom 11. Juni 1817.

Lat. Orig. Bullar. M. R. XIV p. 365. Nussi, Convent. p. 153 f. Franz. Uebers. Münch. Konkordate II 54.

Concordat. Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Nr. 4744 (9).
Frankreich-
Röm. Curie.
11. Juni 1817.

Sa Sainteté le souverain pontife Pie VII et Sa Majesté très chrétienne animés du plus vif désir que les maux qui, depuis tant d'années, affligent l'église cessent entièrement en France, et que la religion recouvre dans ce royaume son ancien état, puisque enfin l'heureux retour du petit-fils de Saint Louis sur

trône de ses aïeux permet que le régime ecclésiastique y soit plus convenable-
ment réglé, ont en conséquence résolu de faire une convention solennelle, se ré-
servant de pourvoir ensuite plus amplement, et d'un commun accord, aux intérêts
de la religion catholique. || 1. Le concordat passé entre le souverain pontife
Léon X, et le roi de France François I, est rétabli. || 2. En conséquence de
l'article précédent, le concordat du 15 juillet 1801 cesse d'avoir son effet. ||
3. Les articles dits organiques, qui furent faits à l'insu de Sa Sainteté, et
publiés sans son aveu le 8 avril 1802, en même temps que ledit concordat du
15 juillet 1801, sont abrogés en ce qu'ils ont de contraire à la doctrine et aux
lois de l'église. || 4. Les sièges qui furent supprimés dans le royaume de France,
par la bulle de Sa Sainteté du 29 novembre 1801, seront rétablis en tel nombre
qui sera convenu d'un commun accord, comme étant le plus avantageux pour le
bien de la religion. || 5. Toutes les églises archiépiscopales et épiscopales du
royaume de France érigées par ladite bulle du 20 novembre 1801, sont con-
servées ainsi que leurs titulaires actuels. || 6. La disposition de l'article précé-
dent, relatif à la conservation des dits titulaires actuels dans les archevêchés et
évêchés qui existent maintenant en France, ne pourra empêcher des exceptions
particulières, fondées sur des causes graves et légitimes, ni que quelques-uns des
dits titulaires actuels ne puissent être transférés à d'autres sièges. || 7. Les dio-
cèses, tant des sièges actuellement existans que de ceux qui seront de nouveau
érigés, après avoir demandé le consentement des titulaires actuels et des cha-
pitres des sièges vacans, seront circonscrits de la manière la plus adaptée à leur
meilleure administration. || 8. Il sera assuré à tous les dits sièges, tant existans
qu'à ériger de nouveau, une dotation convenable en biens fonds et en rentes sur
l'état, aussitôt que les circonstances le permettront, et, en attendant, il sera
donné à leurs pasteurs un revenu suffisant pour améliorer leur sort. || Il sera
pourvu également à la dotation des chapitres, des cures et séminaires, tant exi-
stans que de ceux à établir. || 9. Sa Sainteté et Sa Majesté très chrétienne con-
naissent tous les maux qui affligent l'église de France. Elles savent également
combien la prompte augmentation du nombre des sièges qui existent maintenant
sera utile à la religion. En conséquence, pour ne pas retarder un avantage
aussi éminent, Sa Sainteté publiera une bulle pour procéder sans retard à
l'érection et à la nouvelle circonscription des diocèses. || 10. Sa Majesté très
chrétienne, voulant donner un nouveau témoignage de son zèle pour la reli-
gion, emploiera de concert avec le Saint Père, tous les moyens qui sont en son
pouvoir, pour faire cesser, le plus tôt possible, les désordres et les obstacles qui
s'opposent au bien de la religion et à l'exécution des lois de l'église. || 11. Les
territoires des anciennes abbayes, dites *nullius*, seront unis aux diocèses dans
les limites desquels ils se trouveront enclavés à la nouvelle circonscription.
12. Le rétablissement du concordat qui a été suivi en France jusqu'en 1789
(stipulé par l'article 1 de la présente convention), n'entraînera pas celui des
abbayes, prieurés, et autres bénéfices qui existaient à cette époque. Toutefois,
ceux qui pourraient être fondés à l'avenir, seront sujets aux règlement prescrits

Nr. 4744 (9).
Frankreich-
Röm. Curie.
11. Juni 1817.

dans le dit concordat. ¶ 13. Les ratifications de la présente convention seront échangées dans un mois ou plus tôt, si faire se peut. ¶ 14. Dès que les dites ratifications auront été échangées, Sa Sainteté confirmera par une bulle la présente convention, et elle publiera, aussitôt après, une seconde bulle pour fixer la circonscription des diocèses. ¶ En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Rome 11 juin 1817.

H. — C. Consalvi; Blaccas d'Aulps.

De Pradt. Les quatre concordats. Paris 1818. — Artaud, Geschichte des Papstes Pius VII. (Uebersetzung.) Wien 1838.

Die am 4. Juni 1814 von Ludwig XVIII. erlassene Staatsverfassung bestimmt: Art. 5. Chacun professe sa religion avec une égale liberté, et obtient pour son culte la même protection. Art. 6. Cependant la religion catholique, apostolique et romain est la religion de l'Etat.

Um diesem Principe Genüge zu leisten und — vielleicht noch mehr um das Napoleonische Concordat vom Jahre 1801 umzustossen, dessen Gültigkeit die Legitimisten Frankreichs anzweifeln, verhandelte man seit dem Jahre 1816 mit Rom über ein neues Concordat, das am 11. Juni 1817 von den Bevollmächtigten unterzeichnet wurde. (S. oben.) Der Papst confirmirte dasselbe am 19. Juli 1817 durch die Bulle „Ubi primum“ (Bullar. M. R. XIV 365) und nahm durch die Bulle „Commissae divinitus“ vom 27. Juli 1817 eine neue Circumscription der Diöcesen Frankreichs vor. (Bullar. M. R. XIV 369). Darnach sollte sich die Zahl der Erzbischöfe auf achtzehn, die der Bischöfe auf vierundsiebzig belaufen. — Am 22. Nov. 1817 wurden der Kammer der Deputirten all diese Aktenstücke zugleich mit einem Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die Stipulationen des Concordates ausgeführt werden sollten. Der erste Artikel desselben spricht aus: der König ernennet allein „kraft des der Krone innewohnenden Rechtes“ die Erzbischöfe und Bischöfe. Durch die Art. 6, 7 und 8 wird die Ausübung des Placetum fast in derselben Weise wie in den organischen Artikeln angeordnet. Der Art. 8 bestimmt, dass die im Art. 6 und 7 der Art. organ. angeführten Fälle des appel d'abus von den königl. Gerichten zu entscheiden sind. Und der Art. 10 erklärt, dass die beiden Bullen des Papstes nur in so weit Gültigkeit haben sollen, als ihr Inhalt „nicht den Gesetzen des Königreichs, den Freiheiten, Befreiungen und Grundsätzen der gallicanischen Kirche entgegenstehe oder entgegenstehen könne.“ (Allg. Zeit. 4. Dec. 1817.) — Der Papst beschwerte sich über dieses Gesetz in einem an den König gerichteten Schreiben (3. Febr. 1818), da dasselbe das Concordat zerstöre. Und in einem Schreiben an den Grafen Marcellus (23. Febr. 1818. S. Beiträge zur Gesch. der kath. K. im 19. Jahrh. Heidelb. 1818. p. 213) spricht der Papst aus: es sei widersinnig, dass das, was über kirchliche Angelegenheiten zwischen dem Papste und dem allerchristlichsten König decretirt worden, erst noch von einer, wenn auch angesehenen, weltlichen Behörde berathen werde. Fast gleichzeitig schreibt Consalvi an Cardinal Talleyrand, dass das Concordat jedenfalls ein endgültiger Abschluss zwischen dem Papste und dem Könige sei, dass es keineswegs der Genehmigung einer Versammlung bedürfe, und dass das Concordat zu bestehen aufgehört habe, wenn es erst noch genehmigt werden sollte. (S. Beiträge l. c. p. 215.) — Der Widerspruch dem das Concordat und dessen Durchführung dann auch noch in den Kammern fand,

bestimmte die Regierung Rom zu erklären (23. April), dass sie dieses Concordat nicht ausführen könne. In den Verhandlungen, welche sich daran schlossen, liess man die Frage der Durchführung des Concordates thatsächlich fallen und begnügte sich (Sept. 1819) ein Provisorium bezüglich der Diöcesen Frankreichs — die alte Circumscription war aufgehoben und die neue hatte keine Gültigkeit erlangt — festzusetzen. (S. Actenstücke über diese Vorgänge bei Münch, Konkordate, Bd. II 98 ff. und Artaud Bd. II 210 ff.) Ein definitiver Zustand in der Beziehung wurde dann durch die neue Circumscriptionsbulle (*Paternae caritatis sollicitudo* Bullar. M. R. XVI 577.) vom 6. Oct. 1822 geschaffen, welche die Zahl der Erzbisthümer auf vierzehn, die der Bisthümer auf sechsundsechzig bestimmt. Ueber das Concordat wird gesagt: der Papst sehe zu seinem Schmerze die Ausführung der Convention suspendirt.

Nr. 4744 (9).
Frankreich-
Röm. Curie.
11. Juni 1817.

Nr. 4745. (10.)

DEUTSCHER BUND. Aus der deutschen Bundesacte. — Gleichstellung der christlichen Religionspartheien.

Art. VII. Wo es auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf organische Bundeseinrichtungen, auf *jura singulorum* oder Religions-Angelegenheiten ankommt, kann, weder in der engeren Versammlung, noch im Pleno, ein Beschluss durch Stimmenmehrheit gefasst werden. Art. XVI. Die Verschiedenheit der christlichen Religionspartheien kann in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.

Nr. 4745 (10)
Deutscher
Bund.
8. Juni 1815.

O. Mejer, Zur Geschichte etc. Bd. I. — Klüber, Uebersicht der diplom. Verhandl. des Wiener Congresses. Erlangen 1817. —

Der Reichsdeputationshauptschluss vom Jahre 1803 zertrümmerte die katholische Reichskirche Deutschlands. Eine Neuordnung derselben — durch den Deputationsschluss versprochen — wurde dadurch nöthig. Die Verhandlungen, welche nun im Namen des Reiches mit Rom über ein Reichsconcordat geführt wurden, blieben jedoch resultatlos. Den gleichen Misserfolg erfuhren die deutschen Einzelstaaten (Baiern, Würtemberg, Baden), welche nach der Auflösung des Reiches mit Rom unterhandelten, — und Napoleon, welcher den Abschluss eines Rheinbundconcordates anstrebte. (S. O. Mejer l. c. p. 137 ff. 201 ff. 233 ff.) — Am Wiener Congressse wurde die deutsche Kirchenfrage neuerdings aufgenommen. Die römische Curie forderte durch Consalvi die Restitutio der Kirche in den *status quo ante bellum*. Die anderen Vorsprecher der katholischen Kirche verlangten wenigstens völlige Unabhängigkeit der katholischen Kirche in Deutschland vom Staate, und ausdrückliche Anerkennung ihrer „ursprünglichen Rechte und Freiheiten“ in der Bundesacte. Erst die späteren österreichischen und preussischen Entwürfe einer Bundesverfassung berührten diese Frage. Der revidirte preussische vom April schlug vor: §. 9. Die drei christlichen Religionspartheien geniessen in allen deutschen Staaten gleiche Rechte. §. 11. Die katholische Religion in Deutschland wird, unter Garantie des Bundes, eine soviel als möglich gleichförmige, zusammenhängende, und die zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse noth-

Nr. 4745 (10).
Deutscher
Bund.
8. Juni 1815.

wendigen Mittel sichernde Verfassung erhalten. Die Rechte der Evangelischen gehören in jedem Staate zur Landesverfassung; und Erhaltung ihrer auf Friedensschlüssen, Grundgesetzen oder anderen gültigen Verträgen beruhenden Rechte sind dem Schutze des Bundes anvertraut.“ Der österreichische Gegenentwurf (7. Mai): Art. 17. Die Religionsverschiedenheit der christlichen Glaubensbekenntnisse soll keinen Unterschied im Genusse bürgerlicher und politischer Rechte begründen. Jeder Confession soll die ausschliessliche Verwaltung der Gegenstände ihres Cultus und ihrer Kirchengelder zustehen. Die Angelegenheiten der katholischen Kirche sollen mit dem römischen Hofe auf der Versammlung [i. e. Bundesversammlung] verhandelt werden . . . — Der zweite österreichische Maientwurf, welcher im Einverständniss mit Preussen der allgemeinen Conferenz der deutschen Staaten vorgelegt wurde, nahm im Art. 15 die wesentlichen Bestimmungen des preussischen Aprilentwurfes § 11 in sich auf. Die Conferenz beschloss jedoch schliesslich die Auslassung desselben, und gelangte nur zu einer Feststellung der Toleranz im Art. XVI der B.-A. — (S. O. Mejer l. c. p. 446 ff. und Actenstücke bei Klüber, Acten des Wiener Congresses. Bd. II.)

Nr. 4746. (11.)

BAIERN-RÖMISCHE CURIE. Das Baierische Concordat.

Abgeschlossen zu Rom dat. 5. Juni 1817. Königl. Ratif. 24. Oct. Publicirt als Anhang zu §. 103 des Religionsedictes v. 26. Mai 1818. Päpstl. Conf. 15. Nov. 1817.

Orig. u. Uebers. Gesetzblatt f. d. K. Baiern, Jahrg. 1818. No. XVIII. Bullar. M. B. XIV. 314. Nussi, Conventiones p. 146.

Das die inneren katholischen Kirchen-Angelegenheiten im Königreiche ordnende Concordat mit Sr. päpstl. H. Pius VII.)

Nr. 4746 (11).
Baiern-
Röm. Curie.
5. Juni 1817.

Wir Maximilian Josef

von Gottes Gnaden König von Baiern

thun andurch Jedermann kund und zu wissen.

Nachdem zwischen dem Staatssecretäre Seiner Päpstlichen Heiligkeit Cardinal Consalvi und Unserm bevollmächtigten Minister, Freiherrn von Häffelin, Bischof von Chersonnes, über die Katholischen Kirchen-Verhältnisse in Unserm Königreiche am 5. des Monats Junius 1817 eine Uebereinkunft abgeschlossen worden ist, folgenden Inhalts:

Uebereinkunft

zwischen

Sr. Heiligkeit Papst Pius VII. und Sr. Majestät Maximilian Josef, König von Baiern.

Im Namen der allerheiligsten Dreieinigkeit.

Seine Heiligkeit Papst Pius VII. und Seine Majestät Maximilian Josef, König von Baiern, von gleichem Verlangen beseelt, die katholischen Kirchen-Verhältnisse im Königreiche Baiern und den dazu gehörigen Landen auf eine

bestimmte und bleibende Weise zu ordnen, haben beschlossen, hierüber eine feierliche Uebereinkunft zu treffen. || Zu diesem Ende haben Seine Heiligkeit Papst Pius VII. zu Ihrem Bevollmächtigten ernannt: Seine Eminenz, den Herrn <sup>Nr. 4746(11).
Baiern-
Röm. Curie.
5. Juni 1817.</sup> Herkules Consalvi, der heiligen Römischen Kirche Cardinal-Diaconen zu St. Agatha ad suburbam, Ihren Staats-Secretaire; und Seine Majestät, Maximilian Josef, König von Baiern, Seine Exzellenz den Freiherrn von Häffelin, Bischof von Chersonnes, Allerhöchst Ihren bevollmächtigten Minister bei dem heiligen Stuhle, welche nach Auswechslung ihrer beiderseitigen Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen sind.

Art. I. Die Römisch-katholische apostolische Religion wird in dem ganzen Umfange des Königreichs Baiern und in den dazu gehörigen Gebieten unversehrt mit jenen Rechten und Prärogativen erhalten werden, welche sie nach göttlicher Anordnung und den canonischen Satzungen zu geniessen hat.

Art. II. Seine päpstliche Heiligkeit werden mit Beobachtung der erforderlichen Rücksichten die Diöcesen des Königreichs Baiern in folgender Art bestimmen: || Der bischöfliche Sitz von Freising wird nach München verlegt, und zum Metropolitansitze erhoben. Sein Sprengel bleibt der dermalige Umfang der Freisinger Diöces, und die Vorsteher dieser Kirche werden den Namen eines Erzbischofs zu München und Freising führen. || Diesem Erzbischofe werden die bischöflichen Kirchen von Augsburg, Passau und Regensburg, letztere mit Aufhebung ihrer Metropolitan-Eigenschaft als Suffragan-Kirchen untergeordnet. Jedoch soll der jetzt lebende Bischof von Passau das Privilegium der Exemption auf seine Lebensdauer geniessen. || Die bischöfliche Kirche von Bamberg wird zur Metropolitan-Kirche erhoben, und derselben werden die bischöflichen Kirchen von Würzburg, Eichstädt und Speyer als Suffragan-Kirchen zugetheilt. || Das vormals zur Mainzer, gegenwärtig zur Regensburger Diöces gehörige Gebiet von Aschaffenburg und der Antheil der Fuldaer Diöces in Baiern werden mit der Würzburger Diöces vereinigt. || Der in Baiern gelegene Theil der Diöces Konstanz wird nebst dem exemten Bezirke von Kempten der Augsburger Diöces einverleibt. || Auf gleiche Weise wird der baierische Theil der Salzburger Diöces, und das Gebiet der exemten Propstei Berchtesgaden, theils mit der Passauer, theils mit der Münchner Diöces vereinigt werden. || Mit letzterer wird auch der Bezirk des Bisthums Chiemsee, welches ganz aufgehoben wird, verbunden. || Die neuen Grenzen der einzelnen Diöcesen werden, soweit es nöthig befunden wird, noch bestimmter ausgeschieden werden.

Art. III. Die Capitel der Metropolitan-Kirchen bestehen aus zwei Dignitarien, nämlich dem Probste und dem Dechanten, und aus zehn Canonikern. Auch die Capitel der bischöflichen Kirchen werden zwei Dignitarien, nämlich einen Probst und einen Dechant und acht Canoniker haben. Nebst diesen werden bei jedem sowohl Metropolitan- als bischöflichen Capitel wenigstens sechs Präbendirte oder Vicare angestellt werden. Sollten aber in Zukunft die Renten dieser Kirchen durch neue Stiftungen oder sonstige Vermehrung ihres Gutes einen solchen Zuwachs erhalten, dass mehrere Präbenden errichtet werden

Nr. 4746 (11). können; so wird die Zahl der Canoniker und Vicare noch weiter vermehrt
 Baiern- werden. Bei jedem Capitel werden die Erzbischöfe und Bischöfe nach Vor-
 Röm. Curie. schrift des heiligen Conciliums von Trient aus den Canonikern einen als Theo-
 5. Juni 1817. logen und einen zweiten als Pönitentiar aufstellen. Alle Dignitarien und Can-
 oniker werden nebst dem Chordienste den Erzbischöfen und Bischöfen in Ver-
 waltung ihrer Diöcese als Räthe dienen. Doch soll es den Erzbischöfen und
 Bischöfen frei stehen, deren Verwendung zu den einzelnen besonderen Verrich-
 tungen und Geschäften ihres Amtes nach Gutbefinden zu bestimmen. Ebenso
 werden sie auch den Vicaren ihre Amtsverrichtungen anweisen. || Seine König-
 liche Majestät werden übrigens denjenigen, welche die Stelle eines General-
 Vicars bekleiden, jährlich 500 fl., jenen aber, welchen das Amt eines bischöf-
 lichen Secretairs übertragen ist, 300 fl. auswerfen.

Art. IV. Die Einkünfte zum Unterhalte der Erzbischöfe und Bischöfe werden auf Güter und ständige Fonds gegründet werden, welche der freien Ver-
 waltung der Erzbischöfe und Bischöfe übergeben werden. In gleicher Art werden
 auch die erzbischöflichen und bischöflichen Capitel, und die bei denselben ange-
 stellten Vicare oder Präbendirten ihre Ausstattung mit dem Rechte der Selbst-
 verwaltung erhalten. || Der Betrag der jährlichen Einkünfte, nach Abzug der
 Kosten wird folgender sein: Diöces München. Für den Erzbischof 20,000 fl.
 für den Probst 4000 fl.; für den Dechant 4000 fl.; für jeden der fünf ältere
 Canoniker 2000 fl.; für jeden der fünf jüngern Canoniker 1600 fl.; für jede
 der drei ältern Vicare 800 fl.; für jeden der drei jüngern Vicare 600 fl.
 Diöces Bamberg. Für den Erzbischof 15000 fl.; für den Probst 3500 fl.; für
 den Dechant 3500 fl.; für jeden der fünf ältern Canoniker 1800 fl.; für jede
 der fünf jüngern Canoniker 1400 fl.; für jeden der drei ältern Vicare 800 fl.
 für jeden der drei jüngern Vicare 600 fl. Diöcesen Augsburg, Regen-
 burg und Würzburg. Für den Bischof 10,000 fl.; für den Probst 3000 fl.
 für den Dechant 3000 fl.; für jeden der vier ältern Canoniker 1600 fl.
 für jeden der vier jüngern Canoniker 1400 fl.; für jeden der drei ältere
 Vicare 800 fl.; für jeden der drei jüngern Vicare 600 fl. Diöces
 Passau, Eichstädt und Speyer. Für den Bischof 8000 fl.; für den
 Probst 2500 fl.; für den Dechant 2500 fl.; für jeden der vier ältern Can-
 oniker 1600 fl.; für jeden der vier jüngern Canoniker 1400 fl.; für jeden der
 drei ältern Vicare 800 fl.; für jeden der drei jüngern Vicare 600 fl. Alle die-
 Einkünfte sollen in ihrem Betrage stets vollständig und ungeschmälert erhalt-
 werden, und die Güter und Fonds weder veräussert, noch in Geld-Besoldung
 verwandelt werden können. Zur Zeit der Erledigung eines erzbischöflichen od-
 bischöflichen Stuhles, der Dignitäten, Canonicate, Präbenden oder Vicariate w-
 der Betrag der vorerwähnten Einkünfte zum Besten der betreffenden Kirch-
 erhoben und erhalten. Sowohl den Erzbischöfen und Bischöfen als den Dignit-
 tarien, den älteren Canonikern und den älteren Vicaren wird eine ihrer Wür-
 und ihrem Stande entsprechende Wohnung angewiesen werden. || Für die
 bischöfliche und bischöfliche Curie, für das Capitel und das Archiv we-

eine Majestät ein geeignetes Gebäude bestimmen. ¶ Zu dem Vollzuge des Geschäfts der Anweisung dieser Einkünfte, Fonds und Güter, welches innerhalb eines Vierteljahres nach Ratification gegenwärtiger Uebereinkunft, wenn es unlich ist, oder wenigstens innerhalb eines halben Jahres beendigt sein soll, wird jeder der beiden contrahirenden Theile Commissarien ernennen, und Seine Majestät werden von dem förmlichen Acte der vorerwähnten Anweisung drei Exemplare in authentischer Form ausfertigen lassen, eins für das königliche Archiv, das andere für den apostolischen Nuntius, das dritte endlich für die Archive der betreffenden Kirchen. ¶ Andere Beneficien werden, wo solche vorhanden sind, erhalten werden. Da für die Diöces Speyer wegen besonderer Verhältnisse gegenwärtig keine Güter und ständigen Fonds angewiesen werden können; so werden Seine Majestät einstweilen und bis wenn solche Anweisung möglich sein wird, durch Aussetzung von Jahresgehältern Fürsorge treffen, nämlich für den Bischof von 6000 fl., für den Probst 500 fl., für den Dechant 1500 fl., für jeden der acht Canoniker 1000 fl., für jeden der sechs Vicare 600 fl. ¶ Die Fonds, Einkünfte, beweglichen und unbeweglichen Güter der bischöflichen Kirchen und ihrer Fabriken werden erhalten werden, und wenn dieselben zur Unterhaltung der Kirchen, zu den Ausgaben für den Gottesdienst und zu den Gehältern der nöthigen Diener nicht zu reichen, so werden Seine Majestät den Abgang decken.

Art. V. In jeder Diöcese sollen die bischöflichen Seminarien erhalten und mit einer hinreichenden Dotation in Gütern und ständigen Fonds versehen werden; in jenen Diöcesen aber, in welchen solche Anstalten nicht vorhanden sind, sollen sie ehestens mit einer Dotation der nämlichen Art hergestellt werden. ¶ In die Seminarien werden jene Candidaten aufgenommen und danach Vorschrift des heiligen Conciliums von Trient gebildet und unterrichtet, deren Aufnahme die Erzbischöfe und Bischöfe nach dem Bedürfnisse oder Nutzen der Diöcese für gut finden werden. Die innere Einrichtung, der Unterricht, die Leitung und Verwaltung der Seminarien werden nach den canonischen Formen der vollkommen freien Aufsicht der Erzbischöfe und Bischöfe untergeben. Die Vorsteher und Lehrer in diesen Seminarien werden von den Erzbischöfen und Bischöfen ernannt, und, so wie sie es für nöthig oder nützlich erachten können, auch wieder entfernt werden. ¶ Da den Bischöfen obliegt, über die Glaubens- und Sittenlehre zu wachen, so werden sie in Ausübung dieser Pflicht auch in Beziehung auf die öffentlichen Schulen keineswegs gehindert werden.

Art. VI. Seine Majestät werden mit Beirathe der Erzbischöfe und Bischöfe für die Herstellung eines hinlänglich dotirten Hauses sorgen, in welchem kranke und alte wohlverdiente Geistliche Unterstützung und Zuflucht finden können.

Art. VII. Seine Königliche Majestät werden in Anbetracht der Vortheile, welche die religiösen Orden der Kirche und dem Staate gebracht haben, und in Folge auch noch bringen könnten, und um einen Beweis Allerhöchst Ihrer

Nr. 4746 (11). Bereitwilligkeit gegen den heiligen Stuhl zu geben, einige Klöster der geistlichen Orden beiderlei Geschlechts entweder zum Unterrichte der Jugend in der Religion und den Wissenschaften, oder zur Aushilfe in der Seelsorge, oder zur Krankenpflege, im Benehmen mit dem heiligen Stuhle mit angemessener Dotation herstellen lassen.

Art. VIII. Die Güter der Seminarien, Pfarreien, Beneficien, Kirchen-Fabriken und aller übrigen Kirchen-Stiftungen werden stets und ungeschmälert erhalten, und können weder veräußert noch in Pensionen verwandelt werden. Die Kirche wird auch das Recht haben, neue Besitzungen zu erwerben, und was sie neu erwirbt, soll ihr Eigenthum und gleicher Rechte mit den älteren Kirchenstiftungen theilhaftig sein, welche so wenig als die künftig zu errichtenden ohne Zustimmung des apostolischen Stuhls jemals eingezogen, oder vereinigt werden können, jedoch mit Vorbehalt der Rechte, welche den Bischöfen nach dem heil. Concil von Trient zustehen.

Art. IX. Seine Heiligkeit werden in Erwägung der aus gegenwärtiger Uebereinkunft für die Angelegenheiten der Kirche und der Religion hervorgehenden Vortheile Seiner Majestät dem Könige Maximilian Josef und Seiner katholischen Nachfolgern durch apostolische Briefe, welche sogleich nach der Ratification dieser Uebereinkunft ausgefertigt werden sollen, auf ewige Zeiten das Indult verleihen, zu den erledigten erzbischöflichen und bischöflichen Stühlen im Königreiche Baiern würdige und taugliche Geistliche zu ernennen, welche die nach den canonischen Satzungen dazu erforderlichen Eigenschaften besitzen. Denselben wird Seine Heiligkeit nach den gewöhnlichen Formen die canonische Einsetzung ertheilen. Ehe sie aber diese erhalten haben, sollen sie sich auf keine Weise in die Leitung oder Verwaltung der Kirchen, zu welchen sie ernannt sind, einmischen können. Die Annaten und Kanzlei-Taxen werden nach dem Maasstabe der jährlichen Einkünfte eines jeden Bischofs von Neuem festgesetzt werden.

Art. X. Die Propsteien, sowohl bei den Metropolitan- als den bischöflichen Kirchen wird Seine Heiligkeit verleihen. Die Ernennung der Dechanten steht Seiner Königlichen Majestät zu, Allerhöchstwelche auch zu den Canonen in den sechs apostolischen oder päpstlichen Monaten ernennen werden. Von den übrigen sechs Monaten werden in drei die Erzbischöfe und Bischöfe, in den andern drei die Capitel zu denselben ernennen. || In die Capitel der erzbischöflichen und bischöflichen Kirchen können nur Landeseingeborene aufgenommen werden. || Diese sollen neben den vom heil. Concil zu Trient geforderten Eigenschaften in der Seelsorge und andern Kirchendiensten rühmlich gearbeitet oder den Erzbischöfen und Bischöfen in der Verwaltung der Diöcese Beihilfe geleistet, oder sich sonst durch Tugend und Wissenschaften Verdienste und Auszeichnung erworben haben. Die Stellen der Vicare an den Metropolitan- und Cathedral-Kirchen werden von den Erzbischöfen und den Bischöfen

|| Jedoch wird für den gegenwärtigen Fall, wo die Capitel noch nicht sind, folglich die Bestimmungen dieses Artikels noch nicht sämtlich bestätigt werden können, der apostolische Nuntius im Einverständnisse mit Sr. Majestät und mit Rücksicht auf die einschlägigen Interessen die neuen einsetzen. Das Nämliche gilt auch von den Vicaren. || Sowie den Curien, Canonikern und allen zur Residenz verpflichteten Beneficiaten der Sitz mehrerer Beneficien für eine Person nach den canonischen Satzungen nicht gestattet ist, so sind sie auch nach der Strenge dieser Vorschriften zur Residenz verpflichtet, ohne jedoch der Autorität des apostolischen Stuhles, durchaus zu schaden.

Nr. 4746 (11).
Baiern-
Röm. Curie.
5. Juni 1817.

Art. XI. Der König von Baiern wird auf alle Pfarreien, Curat- und einfachen Beneficien präsentiren, auf welche Seine Vorfahren die Herzoge und Churfürsten aus gültigem Patronatsrechte, es mag sich dieses nun auf Dotation, Fundation oder Bauführung gründen, präsentirt haben. | Ausserdem werden Seine Majestät zu allen jenen Beneficien präsentiren, zu welchen geistliche Corporationen, die gegenwärtig nicht mehr bestehen, präsentirten. || Die Unterthanen Sr. Majestät, welche sich im rechtmässigen Besitze des Patronatsrechts nach den Titeln befinden, werden ferner zu den Pfarreien, Curat- und einfachen Beneficien, die unter ihrem Patronatsrechte stehen, präsentiren. || Die Erzbischöfe und Bischöfe werden den präsentirten Geistlichen, wenn sie die erforderlichen Eigenschaften besitzen, nach vorgängiger Prüfung über Wissenschaft und Sitten, welche die Bischöfe selbst vorzunehmen haben, wenn es sich um Pfarreien, Curat-Beneficien handelt, die canonische Einsetzung ertheilen. | Uebrigens soll die Präsentation zu allen diesen Beneficien innerhalb der nach den canonischen Vorschriften bestimmten Zeit geschehen, ausserdem werden sie frei von den Erzbischöfen und Bischöfen vergeben werden. || Alle übrigen Pfarren, Curat- und einfachen Beneficien, welche die vorigen Bischöfe der nunmehr acht Kirchen in Baiern frei besetzt haben, werden von den Erzbischöfen und Bischöfen an Personen, die von Sr. Majestät genehmigt werden, vergeben.

Art. XII. In Leitung der Diöcesen sind die Erzbischöfe und Bischöfe verpflichtet alles dasjenige auszuüben, was ihnen vermöge ihres Hirtenamtes kraft der Anordnung oder Anordnung der canonischen Satzungen nach der gegenwärtigen und vom heil. Stuhle bestätigten Kirchendisziplin zusteht und insbesondere: a) zu Vicaren, Rathgebern und Gehilfen in ihrer Verwaltung Geistliche zu ernennen, welche sie immer hiezu tauglich finden werden, aufzustellen; || b) Alle die in den geistlichen Stand aufzunehmen, und mit den canonischen Titeln und höheren Weihen zu befördern, welche sie für ihre Diöcese nothwendig zu erachten, wenn dieselben vorher die von den Erzbischöfen und Bischöfen selbst oder ihren Vicaren mit Beiziehung der Synodal-Examinatoren bestanden haben, dagegen diejenigen, welche sie

Nr. 4746 (11). unwürdig finden, vom Empfange der Weihen auszuschliessen, ohne dass sie
 Baiern-
 Röm. Curie
 5. Juni 1817. hierin unter irgend einem Vorwande gehindert werden können. || c) Geistliche
 Sachen und insbesondere Ehesachen, welche nach dem Canon 12. Sess. 24 des
 heil. Conciliums von Trient vor den geistlichen Richter gehören, bei ihrem
 Gerichte zu verhandeln und zu entscheiden. Ausgenommen davon sind die rein
 bürgerlichen Angelegenheiten der Geistlichen, z. B. Verträge, Schuld- und
 Erbschafts-Sachen, worüber den weltlichen Richtern die Verhandlung und Ent-
 scheidung zusteht; || d) Gegen Geistliche, welche eine Ahndung verdienen, oder
 keine ehrbare geistliche, ihrem Stande und ihrer Würde anständige Kleidung
 tragen, die von dem heil. Concil von Trient bestimmten oder ihnen sonst zweck-
 mässig scheinenden Strafen unter Vorbehalt des canonischen Recurses zu ver-
 hängen, und dieselben in die Seminarien oder andere dazu bestimmte Häuser
 zu versetzen, auch gegen jeden der Gläubigen, welche sich der Uebertretungen
 der Kirchensatzungen und der heiligen Canonen schuldig machen, kirchliche
 Censuren anzuwenden; || e) Nach Erforderniss des geistlichen Hirtenamts sich
 dem Clerus und dem Volke der Diocese mitzutheilen, und ihren Unterricht und
 ihre Anordnungen in kirchlichen Gegenständen frei kund zu machen; übrigens
 bleibt die Communication der Bischöfe, des Clerus und des Volkes mit dem
 heil. Stuhle in geistlichen Dingen und kirchlichen Angelegenheiten völlig frei;
 f) Im Einverständnisse mit Sr. Königlichen Majestät, besonders wegen Anweisung
 angemessener Bezüge, Pfarreien zu errichten, zu theilen und zu vereinigen;
 g) Oeffentliche Gebete und andere fromme Uebungen vorzuschreiben und anzu-
 legen, wenn dieses das Wohl der Kirche, des Staates, oder des Volkes erheischt,
 und darauf zu sehen, dass bei den kirchlichen Verrichtungen, besonders aber in
 der Messe und der Ausspendung der Sacramente die lateinischen Kirchenformeln
 gebraucht werden.

Art. XIII. Wenn die Erzbischöfe und Bischöfe der Regierung Anzeige
 erstatten, dass Bücher in dem Königreiche gedruckt oder eingeführt worden
 seien, deren Inhalt dem Glauben, den guten Sitten oder der Kirchengerechtigkeit
 zuwider ist; so wird dieselbe Sorge tragen, dass deren Verbreitung in der
 gesetzlichen Weise verhindert werde.

Art. XIV. Seine Majestät werden nicht zugeben, dass die katholische
 Religion, ihre Gebräuche und Liturgie, durch Worte, Thaten oder Schriften ver-
 ächtlich gemacht, oder dass die Vorsteher oder Diener der Kirche in Ausübung
 ihres Amtes, besonders in Wahrung der Glaubens- und Sitten-Lehre und der
 Kirchengerechtigkeit gehindert werden. Da Seine Königliche Majestät ferner wollen,
 dass den Dienern der Religion die ihnen nach göttlichen Geboten gebührende
 Achtung bezeigt werde; so werden Allerhöchstdieselben nicht gestatten, dass
 irgend etwas zu deren Herabwürdigung oder Verachtung geschehe, sondern viel-
 mehr verfügen, dass ihnen von allen Obrigkeiten bei jeder Gelegenheit mit
 besonderer Achtung, und in der ihrem Stande gebührenden Art begegnet
 werde.

Art. XV. Die Erzbischöfe und Bischöfe werden in die Hände Sr. König-^{Nr. 4746 (11).}
 lichen Majestät den Eid der Treue in folgenden Worten ablegen: „Ich schwöre ^{Baiern-}
 gelobe auf Gottes heilige Evangelien Gehorsam und Treue Sr. Majestät ^{Röm. Curie.}
 Könige. Ebenso verspreche ich, keine Communication zu pflegen, an keinem ^{5. Juni 1817.}
 Anschläge Theil zu nehmen, und keine verdächtige Verbindung weder im
 Lande noch auswärts zu unterhalten, welche der öffentlichen Ruhe schädlich
 sein könnte, und wenn ich von einem Anschläge zum Nachtheile des Staates, sei
 in meiner Diöcese, oder sonst irgendwo Kenntniss erhalten sollte, solches
 Majestät anzuzeigen.

Art. XVI. Durch gegenwärtige Uebereinkunft werden die bisher in Baiern
 gegebenen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, insoweit sie derselben ent-
 gegen sind, als aufgehoben angesehen werden.

Art. XVII. Alles Uebrige, was kirchliche Gegenstände und Personen
 betrifft, wovon in diesen Artikeln nicht ausdrückliche Meldung geschehen ist,
 wird nach der Lehre der Kirche und nach der bestehenden und angenommenen
 Disciplin derselben behandelt werden. Sollte aber in Zukunft sich ein Anstand
 ergeben, so behalten Sich Seine Heiligkeit und Seine Königliche Majestät vor,
 sich darüber zu benehmen, und die Sache auf freundschaftliche Weise bei-
 zulegen.

Art. XVIII. Beide contrahirende Theile versprechen für Sich und Ihre
 Nachfolger die genaue Beobachtung alles dessen, worüber man in diesen Artikeln
 einseitig übereingekommen ist, und Seine Königliche Majestät werden gegen-
 seitige Uebereinkunft als Staats-Gesetz erklären. Ferner versprechen Seine
 Königliche Majestät für Sich und Ihre Nachfolger, nie aus irgend einem Grunde
 in diesen Artikeln dieser Uebereinkunft etwas beizufügen, oder daran etwas abzu-
 ändern, oder dieselben auszulegen ohne Dazwischenkunft und Mitwirkung des
 Apostolischen Stuhls.

Art. XIX. Die Auswechslung der Ratificationen gegenwärtiger Ueber-
 einkunft soll innerhalb 40 Tagen vom Tage der Unterzeichnung an, oder früher,
 wenn es geschehen kann, erfolgen.

Gegeben zu Rom, den 5. des Monats Junius im Jahre 1817.

Herkules, Cardinal Consalvi.

Casimir Häffelin,
 Bischof von Chersones.

So haben Wir vorstehende Uebereinkunft mit allen ihren Artikeln ange-
 nommen, ratificirt und bestätigt, und versprechen zugleich fest, dass Wir Alles,
 was nach übereingekommen worden, genau einhalten und Sorge tragen
 werden, dass dasselbe von allen Unseren Untergebenen streng beobachtet
 werde.

Zu dessen Beglaubigung haben Wir gegenwärtige Urkunde Allerhöchst-
 persönlich unterzeichnet, und mit Unserem Königlichen Insiegel versehen
 lassen.

Nr. 4746 (11). Gegeben in Unserem Königlichen Palaste zu München am Vierundzwanzigsten October im Jahre des Herrn Ein Tausend Achthundert und siebenzehn, Unserer Königlichen Regierung im Zwölften.

Maximilian Josef.

(L. S.)

Zur Beglaubigung:

Egid von Kobell,
Königlicher Staatsrath und General-Secretair.

Nr. 4747. (12.)

BAIERN. Aus der Verfassungsurkunde für Baiern. — Stellung der katholischen Kirche.

Gesetzblatt f. d. Königr. Baiern, Jhrg. 1818. Stück VII.

IV. Titel. Von den allgemeinen Rechten und Pflichten.

Nr. 4747 (12). §. 9. Jedem Einwohner des Reichs wird vollkommene Gewissensfreiheit gesichert; die einfache Hausandacht darf daher Niemanden, zu welcher Religion er sich bekennen mag, untersagt werden. || Die in dem Königreiche bestehenden drei christlichen Kirchengesellschaften geniessen gleiche bürgerliche und politische Rechte. Die nicht christlichen Glaubensgenossen haben zwar vollkommene Gewissensfreiheit; sie erhalten aber an den staatsbürgerlichen Rechten nur in dem Masse einen Antheil, wie ihnen derselbe in den organischen Edicten über ihre Aufnahme in die Staatsgesellschaft zugesichert ist. || Allen Religionstheilen, ohne Ausnahme, ist das Eigenthum der Stiftungen und der Genuss ihrer Renten, nach den ursprünglichen Stiftungsurkunden und dem rechtmässigen Besitze, sie seien für den Cultus, den Unterricht oder die Wohlthätigkeit bestimmt, vollständig gesichert. || Die geistliche Gewalt darf in ihrem eigentlichen Wirkungskreise nie gehemmt werden, und die weltliche Regierung darf in rein geistliche Gegenstände der Religionslehre und des Gewissens sich nicht einmischen, als insoweit das obersthoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht eintritt, wonach keine Verordnungen und Gesetze der Kirchengewalt ohne vorgängige Einsicht und das Placet des Königs verkündet und vollzogen werden dürfen. || Die Kirchen und Geistlichen sind in ihren bürgerlichen Handlungen und Beziehungen — wie auch in Ansehung des ihnen zustehenden Vermögens den Gesetzen des Staats und den weltlichen Gerichten untergeben; auch können sie von öffentlichen Staatslasten keine Befreiung ansprechen. || Die übrigen nähern Bestimmungen über die äussern Rechtsverhältnisse der Bewohner des Königreichs in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften sind in dem der gegenwärtigen Verfassungsurkunde beigefügten besondern Edicte enthalten. [Beilage II.]

Nr. 4748. (13.)

BAIERN. — Das Baierische Religionsedict.

Gesetzbl. f. d. Königr. Baiern, Jahrg. 1818. No. IX.

(Edict über die äusseren Rechtsverhältnisse des Königreichs Baiern, in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften.)

I. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen über Religionsverhältnisse.

Erstes Kapitel.

Religions- und Gewissens-Freyheit.

§. 1. Jedem Einwohner des Reiches ist durch den 9. §. des IV. Titels der ^{Nr. 4748 (13).} Verfassungsurkunde eine vollkommene Gewissensfreyheit gesichert. || §. 2. Er ^{Baiern.} darf demnach in Gegenständen des Glaubens und Gewissens keinem Zwange ^{28. Mai 1818.} unterworfen, auch darf Niemanden, zu welcher Religion er sich bekennen mag, die einfache Hausandacht untersagt werden. || §. 3. Sobald aber mehrere Familien zur Ausübung ihrer Religion sich verbinden wollen, so wird jederzeit hiezu die Königliche ausdrückliche Genehmigung nach den im II. Abschnitt folgenden näheren Bestimmungen erfordert. || §. 4. Alle heimlichen Zusammenkünfte unter dem Vorwande des häuslichen Gottesdienstes sind verboten.

Zweytes Kapitel.

Wahl des Glaubensbekenntnisses.

§. 5. Die Wahl des Glaubensbekenntnisses ist jedem Staatseinwohner nach seiner eigenen freyen Ueberzeugung überlassen. || §. 6. Derselbe muss jedoch das dazu erforderliche Unterscheidungsalter, welches für beide Geschlechter auf die gesetzliche Volljährigkeit bestimmt wird, erreicht haben. || §. 7. Da diese Wahl eine eigene freye Ueberzeugung voraussetzt, so kann sie nur solchen Individuen zustehen, welche in keinem Geistes- oder Gemüthszustande sich befinden, der sie derselben unfähig macht. || §. 8. Keine Parthey darf die Mitglieder der anderen durch Zwang oder List zum Uebergang verleiten. || §. 9. Wenn von denjenigen, welche die Religionserziehung zu leiten haben, eine solche Wahl aus einem der obigen Gründe angefochten wird, so hat die betreffende Regierungsbehörde den Fall zu untersuchen, [und an das Königliche Staatsministerium des Innern zu berichten. || §. 10. Der Uebergang von einer Kirche zu einer andern muss allzeit bei dem einschlagenden Pfarrer oder geistlichen Vorstand sowohl der neu gewählten, als der verlassenen Kirche persönlich erklärt werden. || §. 11. Durch die Religionsänderung gehen alle kirchlichen Gesellschaftsrechte der verlassenen Kirche verloren; dieselbe hat aber keinen

Nr. 4748 (18). Einfluss auf die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte, Ehren und Würden; **Baiern.**
26. Mai 1818. ausgenommen, es geschehe der Uebertritt zu einer Religionspartey, welcher nur eine beschränkte Theilnahme an dem Staatsbürgerrechte gestattet ist.

Drittes Kapitel.

Religionsverhältnisse der Kinder aus gemischten Ehen.

§. 12. Wenn in einem gültigen Ehevertrage zwischen Eltern, die verschiedenen Glaubensbekenntnissen zugethan sind, bestimmt worden ist, in welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen, so hat es hiebei sein Bewenden.

§. 13. Die Gültigkeit solcher Eheverträge ist sowohl in Rücksicht ihrer Form, als der Zeit der Errichtung lediglich nach den bürgerlichen Gesetzen zu beurtheilen. || §. 14. Sind keine Ehepacten oder sonstige Verträge hierüber errichtet, oder ist in jenen über die religiöse Erziehung der Kinder nichts verordnet worden, so folgen die Söhne der Religion des Vaters; die Töchter werden in dem Glaubensbekenntnisse der Mutter erzogen. || §. 15. Uebrigens benimmt die Verschiedenheit des kirchlichen Glaubensbekenntnisses keinem der Eltern die ihm sonst wegen der Erziehung zustehenden Rechte. || §. 16. Der Tod der Eltern ändert nichts an den Bestimmungen der §§. 12 und 13 über die religiöse Erziehung der Kinder. || §. 17. Die Ehescheidungen, oder alle sonstigen rechtsgültigen Auflösungen der Ehe können auf die Religion der Kinder keinen Einfluss haben. || §. 18. Wenn ein das Religionsverhältniss der Kinder bestimmender Ehevertrag vorhanden ist, so bewirkt der Uebergang der Eltern zu einem andern Glaubensbekenntniss darin in so lange keine Veränderung, als die Ehe noch gemischt bleibt; geht aber ein Ehegatte zur Religion des andern über, und die Ehe hört dadurch auf gemischt zu seyn, so folgen die Kinder der nun gleichen Religion ihrer Eltern, ausgenommen sie waren — dem bestehenden Ehevertrag gemäss — durch die Confirmation oder Communion bereits in die Kirche einer andern Confession aufgenommen, in welchem Falle sie bis zum erlangten Unterscheidungsjahre darin zu belassen sind. || §. 19. Pflegekinder werden nach jenem Glaubensbekenntnisse erzogen, welchem sie in ihrem vorigen Stande zu folgen hatten. || §. 20. Durch Heirath legitimirte natürliche Kinder werden in Beziehung auf den Religionsunterricht ehelichen Kindern gleich geachtet. || §. 21. Die übrigen natürlichen Kinder, wenn sie von einem Vater anerkannt sind, werden in Ansehung der Religionserziehung gleichfalls wie die ehelichen behandelt, sind sie aber von dem Vater nicht anerkannt, so werden sie nach dem Glaubensbekenntnisse der Mutter erzogen. || §. 22. Findlinge und natürliche Kinder, deren Mutter unbekannt ist, folgen der Religion desjenigen, welcher das Kind aufgenommen hat, soferne er einer der öffentlich eingeführten Kirchen angehört, oder der Religionsparthey des Fremdlingsinstitutes, worin sie erzogen werden. Ausser diesen Fällen richtet sich ihre Religion nach jener der Mehrheit der Einwohner des Findlingsorts. || §. 23. Die geistlichen Obern, die nächsten Verwandten, die Vormünder und Pathen haben das Recht, darüber zu

wachen, dass vorstehende Anordnungen befolgt werden. Sie können zu diesem Behufe die Einsicht der betreffenden Bestimmungen der Eheverträge und der übrigen auf die Religionserziehung sich beziehenden Urkunden fordern.

Nr. 4748 (13).
Baiern.
28. Mai 1818.

II. Abschnitt.

Von Religions- und Kirchen-Gesellschaften.

Erstes Kapitel.

Ihre Aufnahme und Bestätigung.

§. 24. Die in dem Königreiche bestehenden drey christlichen Glaubens-Confessionen sind als öffentliche Kirchengesellschaften mit gleichen bürgerlichen und politischen Rechten, nach den unten folgenden näheren Bestimmungen anerkannt. || §. 25. Den nicht christlichen Glaubensgenossen ist zwar nach §§. 1 und 2 eine vollkommene Religions- und Gewissens-Freiheit gestattet; als Religionsgesellschaften und in Beziehung auf Staatsbürgerrecht aber sind sie nach den über ihre bürgerlichen Verhältnisse bestehenden besonderen Gesetzen und Verordnungen zu behandeln. || §. 26. Religions- und Kirchen-Gesellschaften, die nicht zu den bereits gesetzlich aufgenommenen gehören, dürfen ohne ausdrückliche Königliche Genehmigung nicht eingeführt werden. || §. 27. Sie müssen vor der Aufnahme ihre Glaubensformen und innere kirchliche Verfassung zur Einsicht und Prüfung dem Staatsministerium des Innern vorlegen.

Zweytes Kapitel.

Rechte und Befugnisse der aufgenommenen und bestätigten Religions- und Kirchen-Gesellschaften.

§. 28. Die mit ausdrücklicher Königlicher Genehmigung aufgenommenen Kirchengesellschaften geniessen die Rechte öffentlicher Corporationen. || §. 29. Die der Ausübung ihres Gottesdienstes gewidmeten Gebäude sollen, wie andere öffentliche Gebäude, geschützt werden. || §. 30. Die zur Feyer ihres Gottesdienstes und zum Religionsunterrichte bestellten Personen geniessen die Rechte und Achtung öffentlicher Beamten. || §. 31. Ihr Eigenthum steht unter dem besonderen Schutze des Staats. || §. 32. Eine Religionsgesellschaft, welche die Rechte öffentlich aufgenommenener Kirchengesellschaften bey ihrer Genehmigung nicht erhalten hat, wird nicht als eine öffentliche Corporation, sondern als eine Privatgesellschaft geachtet. || §. 33. Es ist derselben die freye Ausübung ihres Privatgottesdienstes gestattet. || §. 34. Zu dieser gehört die Anstellung gottesdienstlicher Zusammenkünfte in gewissen dazu bestimmten Gebäuden, und die Ausübung der ihren Religionsgrundsätzen gemässen Gebräuche sowohl in diesen Zusammenkünften, als in den Privatwohnungen der Mitglieder. || §. 35. Den Privat-Kirchengesellschaften ist aber nicht gestattet, sich der Glocken oder sonstiger Auszeichnungen zu bedienen, welche Gesetze oder Gewohnheit den öffentlichen Kirchen angeeignet haben. || §. 36. Die von ihnen zur Feyer ihrer

Nr. 4748 (13). **Religionshandlungen** bestellten Personen geniessen als solche keine besonderen Vorzüge. || §. 37. Die ihnen zustehenden weiteren Rechte müssen nach dem Inhalte ihrer Aufnahmsurkunde bemessen werden. || §. 38. Jeder genehmigten Privat- oder öffentlichen Kirchengesellschaft kommt unter der obersten Staatsaufsicht nach den im III. Abschnitte enthaltenen Bestimmungen die Befugniß zu, nach der Formel und der von der Staatsgewalt anerkannten Verfassung ihrer Kirche, alle innern Kirchenangelegenheiten anzuordnen: || Dazu gehören die Gegenstände: || a) der Glaubenslehre, || b) der Form und Feyer des Gottesdienstes, || c) der geistlichen Amtsführung, || d) des religiösen Volksunterrichts, || e) der Kirchendisziplin, || f) der Approbation und Ordination der Kirchendiener, || g) der Einweihung der zum Gottesdienste gewidmeten Gebäude und der Kirchhöfe, || h) der Ausübung und Gerichtsbarkeit in rein geistlichen Sachen; nämlich des Gewissens oder der Erfüllung der Religions- und Kirchen-Pflichten einer Kirche nach ihren Dogmen, symbolischen Büchern und darauf gegründeten Verfassung. || §. 39. Den kirchlichen Obern, Vorstehern oder ihren Repräsentanten kömmt demnach das allgemeine Recht der Aufsicht mit den daraus hervorgehenden Wirkungen zu, damit die Kirchengesetze befolgt, der Cultus diesem gemäss aufrecht erhalten, der reine Geist der Religion und Sittlichkeit bewahrt und dessen Ausbreitung befördert werde. Der Antheil, welcher jedem Einzelnen an dieser Aufsicht zukommt, wird durch seine Amtsvollmacht bestimmt. || §. 40. Die Kirchengewalt übt das rein geistliche Correctionsrecht nach geeigneten Stufen aus. || §. 41. Jedes Mitglied einer Kirchengesellschaft ist schuldig der darin eingeführten Kirchenzucht sich zu unterwerfen. || §. 42. Keiner Kirchengewalt ist daher befugt, Glaubensgesetze gegen ihre Mitglieder in äusserm Zwange geltend zu machen. || §. 43. Wenn einzelne Mitglieder durch öffentliche Handlungen eine Verachtung des Gottesdienstes und der Religion gebräuche zu erkennen geben, oder andere in ihrer Andacht stören, so ist die Kirchengesellschaft befugt, dergleichen unwürdigen Mitgliedern den Zutritt ihre Versammlungen zu versagen. || §. 44. Die in dem Königreiche als öffentliche Corporationen aufgenommenen Kirchen sind berechtigt, Eigenthum zu besitzen, und nach den hierüber bestehenden Gesetzen auch künftig zu erwerben. || §. 45. Die Eigenthumsfähigkeit der nicht öffentlichen Kirchengesellschaft wird nach ihrer Aufnahmsurkunde, oder wenn in dieser darüber nichts festgesetzt ist, nach den Rechten der Privatgesellschaften bestimmt. || §. 46. Alle Religionstheilen ohne Ausnahme ist dasjenige, was sie an Eigenthum gesetzmässig besitzen, es sey für den Cultus oder für den Unterricht bestimmt, bestehe in liegenden Gütern, Rechten, Capitalien, baarem Gelde, Präciosen, oder sonstigen beweglichen Sachen durch den §. 9 im IV. Titel der Verfassungsurkunde des Reichs garantirt. || §. 47. Das Kirchenvermögen darf unter keinem Vorwande zum Staatsvermögen eingezogen und in der Substanz zum Besten eines andern als des bestimmten Stiftungszweckes ohne Zustimmung des Besttheiligten, und soferne es allgemeine Stiftungen betrifft, ohne Zustimmung der Stände nicht veräussert oder verwendet werden. || §. 48. Wenn bey demselb

in einzelnen Gemeinden, nach hinlänglicher Deckung der Local-Kirchen-^{Nr. 4748 (18).} bedürfnisse, Ueberschüsse sich ergeben, so sollen diese zum Besten des näm-^{Baiern.} lichen Religionstheiles nach folgenden Bestimmungen verwendet werden: || a) zur ^{26. Mai 1818.} Erhaltung oder Wiederherstellung der Kirchen und geistlichen Gebäude in anderen Gemeinden, die dafür kein hinreichendes eigenes Vermögen besitzen; || b) zur Ergänzung des Unterhalts einzelner Kirchendiener, oder || c) zur Fundation neuer, nothwendiger Pfarrstellen; || d) zur Unterstützung geistlicher Bildungsanstalten; || e) zu Unterhaltungsbeyträgen der durch Alter oder Krankheit zum Kirchendienst unfähig gewordenen geistlichen Personen. || §. 49. In soferne für diese Zwecke vom Kirchenvermögen nach einer vollständigen Erwägung etwas entbehrt werden kann, wird dieser Ueberschuss im Einverständnisse mit der betreffenden geistlichen Oberbehörde vorzüglich zur Ergänzung von Schulanstalten, dann der Armenstiftungen (wohin auch jene der Krankenpflege zu rechnen sind) verwendet werden.

III. Abschnitt.

Verhältnisse der im Staate aufgenommenen Kirchengesellschaften zur Staatsgewalt.

Erstes Kapitel.

In Religions- und Kirchen-Sachen.

§. 50. Seine Majestät der König haben in mehreren Verordnungen Ihren ernstlichen Willen ausgesprochen, dass die geistliche Gewalt in ihrem eigentlichen Wirkungskreise nie gehemmt werden, und die Königliche weltliche Regierung in rein geistliche Gegenstände des Gewissens und der Religionslehre sich nicht einmischen solle, als in soweit das Königliche oberste Schutz- oder Aufsichtsrecht dabey eintritt. Die Königlichen Landesstellen werden wiederholt zur genauen Befolgung derselben angewiesen. || §. 51. So lange demnach die Kirchengewalt die Grenzen ihres eigentlichen Wirkungskreises nicht überschreitet, kann dieselbe gegen jede Verletzung ihrer Rechte und Gesetze den Schutz der Staatsgewalt anrufen, der ihr von den Königlichen einschlägigen Landesstellen nicht versagt werden darf. || §. 52. Es steht aber auch den Genossen einer Kirchengesellschaft, welche durch Handlungen der geistlichen Gewalt gegen die festgesetzte Ordnung beschwert werden, die Befugniss zu, dagegen den Königlichen Landesfürstlichen Schutz anzurufen. || §. 53. Ein solcher Recurs gegen einen Missbrauch der geistlichen Gewalt kann entweder bey der einschlägigen Regierungsbehörde, welche darüber alsbald Bericht an das Königliche Staatsministerium des Innern zu erstatten hat, oder bey Seiner Majestät dem Könige unmittelbar angebracht werden. || §. 54. Die angebrachten Beschwerden wird das Königliche Staatsministerium des Innern untersuchen lassen, und, eilige Fälle ausgenommen, nur nach Vernehmung der betreffenden geistlichen Behörde das Geeignete darauf verfügen. || §. 55. Der Regent kann

Nr. 4748 (13).
Baiern.
26. Mai 1818.

bei feyerlichen Anlässen in den verschiedenen Kirchen Seines Staates durch die geistlichen Behörden öffentliche Gebete und Dankfeste anordnen. §. 56. Auch ist Derselbe befugt, wenn er wahrnimmt, dass bey einer Kirchengesellschaft Spaltungen, Unordnungen oder Missbräuche eingerissen sind, zur Wiederherstellung der Einigkeit und kirchlichen Ordnung unter Seinem Schutze Kirchenversammlungen zu veranlassen, ohne jedoch in Gegenstände der Religionslehre Sich selbst einzumischen. §. 57. Da die hoheitliche Oberaufsicht über alle innerhalb der Grenzen des Staats vorkommende Handlungen, Ereignisse und Verhältnisse sich erstreckt, so ist die Staatsgewalt berechtigt, von demjenigen, welcher in den Versammlungen der Kirchengesellschaften gelehrt und verhandelt wird, Kenntniss einzuziehen. §. 58. Hiernach dürfen keine Gesetze, Verordnungen, oder sonstige Anordnungen der Kirchengewalt nach den hierüber in den Königlich-lichen Landen schon längst bestehenden Generalmandaten ohne Allerhöchste Einsicht und Genehmigung publicirt und vollzogen werden. Die geistlichen Obrigkeiten sind gehalten, nachdem sie die Königliche Genehmigung zur Publication (Placet) erhalten haben, im Eingange der Ausschreibungen ihrer Verordnungen von derselben jederzeit ausdrückliche Erwähnung zu thun. §. 59. Ausschreiben der geistlichen Behörden, die sich blos auf die ihnen untergeordnete Geistlichkeit beziehen, und aus genehmigten allgemeinen Verordnungen hervorgehen, bedürfen keiner neuen Genehmigung. §. 60. Die Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit kömmt zwar nach §. 38 Lit. b der Kirchengewalt zu; die dafür angeordneten Gerichte, so wie ihre Verfassung müssen aber vor ihrer Einführung von dem Könige bestätigt werden. Auch sollen die einschlägigen Königlichen Landesstellen aufmerksam sein, damit die Königlichen Unterthanen von den geistlichen Stellen nicht mit gesetzwidrigen Gebühren beschwert, oder in ihren Angelegenheiten auf eine für sie lästige Art aufgehalten werden. §. 61. Die vorgeschriebenen Genehmigungen können nur von dem Könige selbst, mittelst des Königlichen Staatsministeriums des Innern ertheilt werden, an welches die zu publicirenden kirchlichen Gesetze und Verordnungen eingesendet, und sonstige Anordnungen ausführlich angezeigt werden müssen.

Zweytes Kapitel.

In ihren bürgerlichen Handlungen und Beziehungen.

§. 62. Die Religions- und Kirchen-Gesellschaften müssen sich in Angelegenheiten, die sie mit andern bürgerlichen Gesellschaften gemein haben, nach den Gesetzen des Staats richten. §. 63. Diesen Gesetzen sind in ihren bürgerlichen Beziehungen sowohl die Obern der Kirche als einzelne Mitglieder derselben auf gleiche Art unterworfen. §. 64. Zur Beseitigung aller künftigen Anstände werden nach solchen Beziehungen als weltliche Gegenstände erklärt:
a) alle Verträge und letztwillige Dispositionen der Geistlichen; || b) alle Bestimmungen über liegende Güter etc., fahrende Habe, Nutzung, Renten, Rechte Kirchen und kirchlichen Personen; || c) Verordnungen und Erkenntnisse

Verbrechen und Strafen der Geistlichen, welche auf ihre bürgerlichen Rechte einen Einfluss haben; d) Ehegesetze, insoferne sie den bürgerlichen Vertrag und dessen Wirkungen betreffen; e) Privilegien, Dispensationen, Immunitäten, Exemptionen, zum Besten ganzer Kirchengesellschaften, einzelner Gemeinden oder Gesellschaftsgenossen, oder der zum Religionsdienste gewidmeten Orte und Güter, insofern sie politische oder bürgerliche Verhältnisse berühren; f) allgemeine Normen über die Verbindlichkeit zur Erbauung und Erhaltung der Kirchen und geistlichen Gebäude; g) Bestimmungen über die Zulassung von Kirchenfründen; h) Vorschriften über die Einrichtung der Kirchenlisten, als Quellen der Bevölkerungsverzeichnisse, als Register des Civilstandes und über die Legalität der pfarrlichen Documente. §. 65. In allen diesen Gegenständen kommt der Staatsgewalt allein die Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit zu. §. 66. Hienach sind alle Geistlichen in bürgerlichen Personalklagsachen, in allen aus bürgerlichen Contracten hervorgehenden Streitsachen, in den Verhandlungen über ihre Verlassenschaften etc. einzig den weltlichen Gerichten untergeben. §. 67. Sie geniessen nach Titel V §. V der Verfassungsurkunde in bürgerlichen und strafrechtlichen Fällen den befreiten Gerichtsstand. §. 68. Bey Sterbfällen der Geistlichen soll darauf Rücksicht genommen werden, dass die geistlichen Verrichtungen, wenn der Verstorbene dergleichen versehen hat, nicht gehemmt werden; alles, was darauf Bezug hat, und zum Gottesdienst gehört, als heilige Gefässe etc., soll von der Sperre ausgenommen, und mittelst Verzeichnisses entweder dem Nachfolger im Beneficium sogleich verabfolgt oder andern sichern Händen einstweilen übergeben werden, wenn nicht zu ihrer Uebernahme ein Abgeordneter der geistlichen Behörde sich einfindet, welche zu diesem Ende von dem weltlichen Richter bey jedem Sterbfalle eines im Beneficium stehenden Geistlichen davon in Kenntniss zu setzen ist. §. 69. Die Criminalgerichtsbarkeit auch über Geistliche kömmt nur den einschlägigen Königlichen weltlichen Gerichten zu. §. 70. Diese sollen aber die einschlägige geistliche Behörde jederzeit von dem Erfolg der Untersuchung in Kenntniss setzen, um auch von ihrer Seite gegen die Person des Verbrechers in Beziehung auf seine geistlichen Verhältnisse das Geeignete darnach verfügen zu können. §. 71. Keinem kirchlichen Zwangsmittel wird irgend ein Einfluss auf das gesellschaftliche Leben und die bürgerlichen Verhältnisse, ohne Einwilligung der Staatsgewalt, im Staate gestattet. §. 72. Das Verfahren der weltlichen Gerichte in Gegenständen, welche nach den obigen Bestimmungen zu ihrer Gerichtsbarkeit gehören, darf durch die Einschreitungen geistlicher Stellen weder unterbrochen noch aufgehoben werden. §. 73. Die Kirchen und Geistlichen können in Ansehung des ihnen zustehenden Vermögens weder von Landesunterthänigkeit, weder von Gerichtsbarkeit noch von öffentlichen Staatslasten irgend eine Befreyung ansprechen. §. 74. Alle älteren Befreyungen, die hierüber mögen verliehen worden seyn, werden als nichtig erklärt. §. 75. Die Verwaltung des Kirchenvermögens steht nach den hierüber gegebenen Gesetzen unter dem Königlichen obersten Schutze und Aufsicht.

Nr. 4748 (13).
Baiern.
26. Mai 1818.

Drittes Kapitel.

Bey Gegenständen gemischter Natur.

§. 76. Unter Gegenständen gemischter Natur werden diejenigen verstanden, welche zwar geistlich sind, aber die Religion nicht wesentlich betreffen, und zugleich irgend eine Beziehung auf den Staat und das weltliche Wohl der Einwohner desselben haben. || Dahin gehören: || a) alle Anordnungen über den äussern Gottesdienst, dessen Ort, Zeit, Zahl etc. || b) Beschränkung oder Aufhebung der nicht zu den wesentlichen Theilen des Cultus gehörigen Feyerlichkeiten, Processionen, Nebenandachten, Ceremonien, Kreuzgänge und Bruderschaften; || c) Errichtung geistlicher Gesellschaften und sonstiger Institute und Bestimmung ihrer Gelübde; || d) organische Bestimmungen über geistliche Bildungs-, Verpflegs- und Straf-Anstalten; || e) Eintheilung der Diöcesen, Dekans- und Pfarr-Sprengel; || f) alle Gegenstände der Gesundheitspolizey, insoweit diese kirchliche Anstalten mit berühren. || §. 77. Bey diesen Gegenständen dürfen von der Kirchengewalt ohne Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit keine einseitigen Anordnungen geschehen. || §. 78. Der Staatsgewalt steht die Befugniss zu, nicht nur von allen Anordnungen über diese Gegenstände Einsicht zu nehmen, sondern auch durch eigene Verordnungen dabey alles dasjenige zu hindern, was dem öffentlichen Wohle nachtheilig seyn könnte. || §. 79. Zu ausserordentlichen kirchlichen Feyerlichkeiten, besonders wenn dieselben an Werktagen gehalten werden wollen, muss allezeit die specielle Königliche Bewilligung erholt werden.

IV. Abschnitt.

Von dem Verhältnisse verschiedener Religionsgesellschaften gegeneinander.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Staatspflichten der Kirchen gegeneinander.

§. 80. Die im Staate bestehenden Religionsgesellschaften sind sich wechselseitig gleiche Achtung schuldig; gegen deren Versagung kann der obrigkeitliche Schutz angerufen werden, der nicht verweigert werden darf; dagegen ist aber auch keiner eine Selbsthülfe erlaubt. || §. 81. Jede Kirche kann für ihre Religionshandlungen von den Gliedern aller übrigen Religionspartheyen vollkommene Sicherheit gegen Störungen aller Art verlangen. || §. 82. Keine Kirchengesellschaft kann verbindlich gemacht werden, an dem äussern Gottesdienste der Andern Antheil zu nehmen. Kein Religionstheil ist demnach schuldig, die besonderen Feiertage des andern zu feyern, sondern es soll ihm frey stehen an solchen Tagen sein Gewerbe und seine Handthierung auszuüben, jedoch ohne Störung des Gottesdienstes des andern Theils, und ohne dass die Achtung dabey verletzt werde, welche nach §. 80 jede Religionsgesellschaft der andern bei Ausübung ihrer religiösen Handlungen und Gebräuche schuldig ist. || §. 83. Der weltlichen Staatspolizey kömmt es zu, in so weit, als die Erhaltung

ler öffentlichen Ruhe und Ordnung zwischen verschiedenen Religionspartheyen Nr. 4748 (13).
Baiern.
26. Mai 1818. es fordert, Vorschriften über äussere Handlungen, die nur zufälligen Bezug zum kirchlichen Zwecke haben, zu geben. || §. 84. Religionsverwandte einer öffentlich aufgenommenen Kirche, welche keine eigene Gemeinde bilden, können sich zu einer entfernten Gemeinde ihres Glaubens innerhalb der Grenzen des Reichs halten. || §. 85. Auch ist ihnen freygestellt, von dem Pfarrer oder Prediger einer anderen Confession an ihrem Wohnorte jene Dienste und Amtsfunktionen, nachzusuchen, welche sie mit ihren eigenen Religionsgrundsätzen vereinbarlich glauben, und jene nach ihren Religionsgrundsätzen leisten können. || §. 86. In dergleichen Fällen sollen dem Pfarrer oder Geistlichen der fremden Confession über die geistlichen Dienste die festgesetzten Stolgebühren entrichtet werden. || §. 87. Diesen auf solche Art der Ortschaft einverleibten fremden Religionsverwandten darf jedoch nichts aufgelegt werden, was ihrem Gewissen oder der jedem Staatseinwohner garantirten Hausandacht entgegen ist. || §. 88. Den Mitgliedern der öffentlich aufgenommenen Kirchengesellschaften steht die Bildung einer eigenen Gemeinde aller Orten frey, wenn sie das erforderliche Vermögen zum Unterhalt der Kirchendiener, zu den Ausgaben für den Gottesdienst, dann zur Errichtung und Unterhaltung der nöthigen Gebäude besitzen, oder wenn sie die Mittel hiezu auf gesetzlich gestattetem Wege aufzubringen vermögen. || §. 89. Das Verhältniss der Staatseinwohner, welche einer Religion angehören, deren Mitgliedern nur eine Hausandacht oder nur ein Privatgottesdienst gestattet ist, muss aus dem Inhalte der Concessionsurkunde beurtheilt werden. Sie dürfen von den Dienern der Kirchengewalt des Ortes, wo sie wohnen, gegen den Sinn und Zweck der Concession weder beschränkt noch beeinträchtigt werden. Da sie mit der Ortskirche in keiner Verbindung stehen, so können von derselben keine pfarrlichen Rechte gegen sie ausgeübt werden; dagegen haben sie aber auch keinen Antheil an den Rechten und dem Eigenthume der Kirche.

Zweytes Kapitel.

Vom Simultangebrauche der Kirchen.

§. 90. Wenn zwey Gemeinden verschiedener Religionspartheyen zu einer Kirche berechtigt sind, so müssen die Rechte einer jeden hauptsächlich nach den vorhandenen Gesetzen oder Verträgen beurtheilt werden. || §. 91. Mangelt es an solchen Bestimmungen, so wird vermuthet, dass eine jede dieser Gemeinden mit der anderen gleiche Rechte habe. || §. 92. Die Entscheidung der über Ausübung dieser Rechte entstehenden Streitigkeiten, wenn die Betheiligten sie durch gemeinschaftliches Einverständniss beizulegen vermögen, gehört an das Staatsministerium des Innern, welches die Sache nach Verhältniss der Umstände vor den Staatsrath bringen wird. || §. 93. Wird aber darüber gestritten, ob eine oder die andere Gemeinde zu der Kirche wirklich berechtigt sey, so gehört die Entscheidung vor den ordentlichen Richter. || §. 94. Wenn nicht erhellet, dass beide Gemeinden zu der Kirche wirklich berechtigt sind, so wird angenommen, dass diejenige, welche zu dem gegenwärtigen Mitgebrauche am spätesten

Nr. 4748 (18).
 Baieru.
 26. Mai 1818. gelangt ist, denselben als eine widerrufliche Gefälligkeit erhalten hab
 §. 95. Selbst ein vieljähriger Mitgebrauch kann für sich allein die Erwerb
 eines wirklichen Rechtes durch Verjährung künftig nicht begründen. || §. 96. W
 jedoch ausser diesem Mitgebrauche auch die Unterhaltung der Kirchen
 beiden Gemeinden bestritten worden, so begründet diess die Vermuthung, d
 auch der später zum Mitgebrauch gekommenen Gemeinde ein wirkliches Re
 darauf zustehe. || §. 97. So lange eine Gemeinde den Mitgebrauch nur bittwe
 hat, muss sie bey jedesmaliger Ausübung einer bisher nicht gewöhnlichen gott
 dienstlichen Handlung die Erlaubniss der Vorsteher dazu nachsuchen. || §. 98. D
 im Mitgebrauche einer Kirche begriffenen Gemeinden steht es jederzeit fre
 durch freiwillige Uebereinkunft denselben aufzuheben, und das gemeinscha
 liche Kirchenvermögen unter Königlicher Genehmigung, welche durch d
 Staatsministerium des Innern eingeholt werden muss, abzutheilen, und für je
 eine gesonderte gottesdienstliche Anstalt zu bilden. || §. 99. Auch kann ei
 solche Abtheilung von der Staatsgewalt aus polizeilichen oder administrativ
 Erwägungen, oder auf Ansuchen der Betheiligten verfügt werden. || §. 100. We
 ein Religionstheil keinen eigenen Kirchhof besitzt, oder nicht bey der Theilu
 des gemeinschaftlichen Kirchenvermögens einen für sich anlegt, so ist der
 Orte befindliche als ein gemeinschaftlicher Begräbnissplatz für sämtliche Ei
 wohner des Orts zu betrachten, zu dessen Anlage und Unterhaltung aber an
 sämtliche Religionsverwandte beytragen müssen. || §. 101. Kein Geistlich
 kann gezwungen werden, das Begräbniss eines fremden Religionsverwandt
 nach den Feierlichkeiten seiner Kirche zu verrichten. || §. 102. Wird dersel
 darum ersucht, und er findet keinen Anstand dem Begräbnisse beizuwohne
 so müssen ihm auch die dafür hergebrachten Gebühren entrichtet werden
 §. 103. Der Glocken auf den Kirchhöfen kann jede öffentlich aufgenomme
 Kirchengemeinde bei ihren Leichenfeierlichkeiten, gegen Bezahlung der Gebä
 sich bedienen.

Dieses allgemeine Staatsgrundgesetz bestimmt, in Ansehung der Religio
 verhältnisse der verschiedenen Kirchengesellschaften, ihre Rechte und V
 bindlichkeiten gegen den Staat, die unveräusserlichen Majestätsrechte
 Regenten, und die jedem Unterthan zugesicherte Gewissensfreiheit und Religio
 übung. || In Ansehung der übrigen innern Kirchenangelegenheiten sind
 weitem Bestimmungen, in Beziehung auf die katholische Kirche, in dem
 dem Päpstlichen Stuhle abgeschlossenen Concordat vom 5. Junius 1817, und
 Beziehung auf die protestantische Kirche in dem hierüber unterm heutig
 Tage erlassenen eigenen Edicte enthalten.

München, den 26. May 1818.

(L. S.)

Zur Beglaubigung E. v. Kobel

(Const. Höfler.) Concordat und Constitutionseid der Katholiken
 Baiern. Hist.-polit. Denkschrift mit Actenstücken. Augsburg 1847. Sche
 Beiträge zur Beleuchtung der Schrift „Concordat und Constitutionseid
 Erlangen 1847.

Die Verhandlungen zwischen Baiern und der römischen Curie über ein Concordat begannen im August 1816 und wurden nach dem Sturze des Ministeriums Mongelas rasch zu Ende geführt. Am 5. Juli 1817 erfolgte die Unterzeichnung durch den bairischen Gesandten in Rom, Freiherrn v. Häffelin, Bischof in partibus, und den Card. Consalvi. In München nahm man jedoch Anstand dieses Concordat zu ratificiren. Man warf dem Gesandten Abweichungen von der Instruction und dem Ultimatum vor, und forderte wesentliche Abänderungen. Hierauf erklärte die Curie auf Unterhandlungen über etwaige Modificationen des Concordates nur unter der Bedingung einzugehen, dass man dasselbe als abgeschlossen ansehe. Was man schliesslich erlangte war das Nominationsrecht des Königs, nicht bloß für drei, sondern für alle Bischofssitze Baierns. Am 24. Oct. erfolgte, unter dem alten Datum, die Ratification; worauf der Papst am 15. November die Confirmationsbulle „Benedictus Deus“ erliess. (Bull. M. R. XIV. 314 ff.) — Die Publication des Concordates wurde bis zur Proclamirung der Verfassungsurkunde des Königreiches (26. Mai 1818) verschoben, der man dasselbe dann unter der Bezeichnung „Das die inneren katholischen Kirchenangelegenheiten im Königreiche ordnende Concordat mit Sr. päpstl. Heil. Pius VII“, als Anhang No. 1 zu dem §. 103 der Beilage II — Religionsedict — zu dem Titel IV §. 9 der Verfassungsurkunde anfügte. Gleichzeitig wurde das „Edict über die inneren kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesamtgemeinde“ als Anhang No. 2 veröffentlicht. — Die Curie sah die Verkündung des Religionsedictes als Bruch des Concordates an, und weigerte sich nun die vom Könige ernannten Bischöfe zu consecriren. Um Rom zu beruhigen gab der Gesandte, nun Cardinal v. Häffelin, am 27. Nov. 1818 im Namen des Königs die Erklärung ab: dass dieses als Reichsgesetz verkündete Concordat allzeit als solches werde betrachtet und geachtet werden; dass das der Verfassung angehängte Edict, dessen Hauptzweck ist, die Ordnung, die Ruhe und die gute Harmonie unter allen Unterthanen des Reiches handzuhaben, nur für diejenigen, die sich zur kath. Religion nicht bekennen, als Richtschnur dienen soll und werde, während das Concordat bei allen Katholiken als Richtschnur dient und dienen soll; dass der auf die Verfassung zu leistende Eid auf keine Weise weder die Dogmen, noch die Gesetze der Kirche berühren kann, weil bei der Verkündung der Verfassung der unbedingte Wille und die Absicht des Königs gewesen ist, dass der zu leistende Eid sich auf nichts anderes, als auf die bürgerliche Ordnung beziehe, und dass er diejenigen, die ihn leisteten, niemals zu einer Handlung verbindlich mache, welche den Gesetzen Gottes und der Kirche entgegen sein könnte.“ (Roskovány, Mon. III 692.) Hierauf machte der Papst diese Erklärung in der Allocution vom 2. Oct. (Roskovány Mon. II p. 108) bekannt, gestattete den Katholiken den Verfassungseid zu leisten, consecrirte die Bischöfe und sandte einen Nuntius nach München. Allein alsbald desavouirte der König und das Ministerium die Erklärung Häffelins.

Nr. 4748 (13).
Baiern.
26. Mai 1818.

Nr. 4749. (14.)

BAIERN. Königlicher Erlass an das protest. Oberconsistorium und die königl. Regierungen. — Das Religionsedict für alle Unterthanen verbindlich.

Höfler, Concordat p. 126 f.

Nr. 4749 (14).
Baiern.
7. Nov. 1818.

Das unserer Verfassungsurkunde beigefügte Edikt über die äussern Rechtsverhältnisse der Einwohner des Kön. Baiern in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften vom 26. Mai 1818 ist, wie desselben Aufschrift zeigt und der § 103 ausdrücklich ausspricht, für sämtliche Einwohner des Reiches ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit ihrer Glaubensbekenntnisse ein allgemein verbindliches Staatsgrundgesetz; wogegen das die inneren katholischen Kirchenangelegenheiten ordnende und mit Sr. Päpstl. Heil. Pius VII. am 5. Juni 1817 abgeschlossene und am 24. Okt. d. J. ratificirte Concordat, sowie das Edikt über die innern kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesamtgemeinden in dem Königreiche vom 26. Mai 1818 als besondere, eine jede der genannten beiden Kirchen betreffende Staatsgesetze zu betrachten sind. Die von unserm Gesandten zu Rom am 27. Septbr. 1818 an S. Päpstl. Heil. abgegebene Erklärung, dass das unserer Verfassungsurkunde angehängte Edikt bloß für diejenigen, welche sich nicht zur kath. Religion bekennen, gelte, kann demnach nur von dem besonders die protestantisch-kirchlichen Angelegenheiten ordnenden Gesetze, aber nicht von dem oben angeführten allgemeinen, alle Einwohner des Staates ohne Unterschied ihrer besonderen Glaubensbekenntnisse gleich verbindenden Staatsgesetze verstanden werden, welches hiedurch zur Beseitigung aller Missverständnisse und unrichtigen Auslegungen erklärt wird. Wir weisen unsere sämtlichen Landesstellen bei dieser Veranlassung wiederholnachdrücklichst an, jedes der angeführten Edikte nach ihren Bestimmungen pünktlich zu befolgen, und zu wachen, damit von keinem unserer Unterthanen dagegen gehandelt werde. Wir haben in der Verfassungsurkunde den in unserm Königreiche bestehenden Kirchengesellschaften die feierliche Versicherung erteilt, dass die geistliche Gewalt in ihrem eigentlichen Wirkungskreise nicht gehemmt werden und die weltliche Regierung in rein geistlichen Gegenständen der Religionslehre und des Gewissens sich nicht einmischen dürfe, als in so weit das oberhoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht dabei eintritt. Wir werden, wie unser Gesandte zu Rom in unserm Namen mehrmal versichert hat, die mit dem heil. Stuhle abgeschlossene Uebereinkunft treu und gewissenhaft vollziehen lassen, dagegen bestehen wir unabänderlich darauf, dass das unser unveräußerliches Majestätsrecht sichernde, und die äussern Rechtsverhältnisse der verschiedenen Kirchengesellschaften bestimmende allgemeine Staatsgrundgesetz von unsern sämtlichen Unterthanen genau befolgt und der von denselben auf

fassungsurkunde geleistete Eid, da dieser auf Gegenstände der Religionslehre Nr. 4740 (14).
Baiern.
ke Beziehung hat, gewissenhaft werde beobachtet werden. 7. Nov. 1818.

München, den 7. Nov. 1818.

Max Josef m. p.

[Contrasignirt von allen Ministern.]

Unter demselben Datum richtete der bairische Minister des Aeussern an den Cardinal-Staatssecretär eine Note, worin gesagt wird: . . . Uebrigens ist Sr. Maj. höchst unangenehm gewesen, zu sehen, dass ihr Minister, indem er den Geist der königl. Verordnung nicht richtig auffasste, dem der Constitution beigegebenen Edicte eine Auslegung gab, welche die katholischen Unterthanen Sr. Maj. verleiten könnte, an der Gültigkeit desselben zu zweifeln und zu glauben, dass sie einem Gesetze nicht unterworfen seien, welches, indem es die Rechte und Pflichten jeder religiösen Gesellschaft darlegt, die Verhältnisse derselben zu dem Könige und dem Staate festsetzt . . ." (Roskócsy Mon. III. 694 f. Dasselbst auch die zweite Erklärung Card. Häffelins v. 10. Nov. und die umfangreiche Erwiderung (13. Jan. 1819) des Cardinal-Staatssecretärs auf dieselbe. p. 695 ff.)

Nr. 4750. (15.)

RÖMISCHE CURIE. Breve Pius VII. an den König von Baiern. — Beschwerde über einzelne Artikel der Verfassung und Verbot der unbedingten Eidesleistung auf dieselbe.

Ital. Orig. u. Deutsche Uebers. Höfler, l. c. p. 241 u. 139 ff.

Pius P. P. VII. Die Wichtigkeit der Mittheilungen, welche Wir gleichzeitig Nr. 4750 (15).
Röm. Curie.
13. Jan. 1819.
den Ministern Ew. Maj. machen lassen, verpflichtet uns, sie durch einen directen Brief an Ew. Maj. zu bekräftigen, sowohl um derselben einen weitem Beweis unserer beständigen Zuneigung und Rücksicht zu geben, als auch im Vertrauen, dass unsere eigenen Worte in Ihr Gemüth einen tiefern Eindruck machen werden. || Ew. Maj. ist nicht unbekannt, welchen Kummer uns mehrere Bestimmungen über die kath. Religion und Kirche machten, die in der neuen Verfassung Baierns enthalten sind. Wir haben dieses hinlänglich in unserer Allokution im verflossenen Jahre zu erkennen gegeben. Schon hatten wir unsere rechten Vorstellungen bereit gehalten, als der Card. Häffelin bevollm. Minister Sr. K. Maj. die von ihm am 27. Sept. unterzeichnete Erklärung übergab. Wir waren dadurch zufriedengestellt, ja nahmen sie selbst mit Vergnügen an, weil dieselbst dem Constitutionseid der Katholiken gemachten Zugeständnisse ihn glaubt machten und zu unserer besonderen Freude die kath. Unterthanen Ew. Maj. in den Stand setzten, die Wünsche der Regierung zu erfüllen. Jetzt haben wir nun zu unserer unbeschreiblichen Ueberraschung und gegen alle Erwartung erfahren, dass Ew. Maj. die uns übergebene Erklärung nur gut heisse, inwiefern sich auf eine getreue Ausübung des Concordats beziehe; dass Ew. K. Maj.

Nr. 4750 (15).
Röm. Curie.

13. Jan. 1819.

folglich jene Zugeständnisse nicht annehmen. Somit sehen wir das Gewissen unserer theuersten Söhne der bayerischen Katholiken mit äusserstem Schmerze jener Wohlthaten beraubt, welche die Erklärung Ihres königlichen Willens ihnen so günstig zugestanden hatte. | Wir versichern nun Ew. K. Maj., dass die in der Erklärung gegebenen Zugeständnisse zu Gunsten des Constitutionseides absolut nothwendig sind, um den Eid leisten zu können, indem die neue Verfassung, wie wir uns nach einer genauen Prüfung überzeugen mussten, mehrere Artikel enthält, welche demjenigen entgegen sind, was unsere heil. Religion lehrt und vorschreibt. Eben deshalb können die kath. Unterthanen Ew. K. Maj. die Aufrechterhaltung und Beobachtung aller der in der Constitution enthaltenen Verfügungen nicht unbedingt beschwören, ohne sich an den Pflichten zu verfehlen, welche ihnen ihre göttliche Religion vorschreibt. Da nun durch die Zurücknahme d im Namen Ew. Maj. von ihrem Minister abgegebenen Erklärung jene Zugeständnisse aufgehoben sind, die den verlangten Eid erlaubt machten, so finden sich die Gewissen der kath. Unterthanen Ew. Maj. mit Recht beschwert und welche wenn gleich ohne unser Verdienst nach göttlicher Fügung auf dem Stuhle der Wahrheit sitzen und vor jenem Gotte, dessen Stellvertreter wir hier wegleich unwürdig sind, die strengste Rechenschaft über das Blut jener Gläubigen ablegen müssen, welche durch unsere Schuld verloren gingen, fühlen uns daher durch unsere heiligsten Pflichten verbunden, sie zu unterrichten, auf dass nicht ihrer Ansicht überlassen und in dem Streite der Meinungen bei einer wichtigen Sache in Schwanken bleiben. Da wir nun unser Gewissen keiner noch so bitteren Rücksicht Preis geben, noch die Sache der Religion wegwelch' immer möglichen Folgen verrathen dürfen, so können wir uns auch nicht davon entheben unserm Nuntius bei Ew. K. Maj. aufzutragen, den Katholiken welche ihn um Rath fragen, zu antworten, dass man den von der Regierung verlangten Constitutionseid nicht einfach und unbedingt leisten dürfe. Das Vertrauen welches wir auf Ew. K. Maj. Religiösität hegen, schmeichelt uns, da Ew. Maj. von ihren geliebtesten Unterthanen jene Gewissensbeunruhigungen wahrnehmen werden, in die sie durch die Zurücknahme der in Ihrem Namen v Ihrem Gesandten abgegebenen Erklärung versetzt wurden; dass Ew. Maj. in c Weisheit, welche Sie auszeichnet, den grossen Uebeln steuern wolle, welche den Ländern Ew. K. Maj. unserer heil. Religion durch eine Constitution drohen die nicht nur den Fundamentalgrundsätzen der kath. Kirche entgegen ist, sondern auch dem treuen und buchstäblichen Vollzuge der in dem mit uns abgeschlossenen Concordate eingegangenen Verpflichtungen, wie dieses denn off erhellet aus der Darlegung, welche wir unsern Nuntius beauftragten Ihrem Minister des Aeussern mitzutheilen. In dieser Art wird die Gewissenhaftigkeit Ew. Maj. uns der Nothwendigkeit entheben, in der wir uns durch die Verpflichtung unseres apost. Amtes befinden, öffentlich zu erklären, dass, da die Erklärung widerrufen, auf welche wir unser Benehmen gründeten, die Dinge in den Zustand zurückkehren, in welchem sie sich vorher befanden, und da die neue Verfassung mehrere Artikel enthält, welche dem entgegen sind, was die kathol. Religi

lehrt und vorschreibt, so könne nicht unbedingt geschworen werden, ohne Unterschied alle die Verfügungen der Constitution aufrecht zu erhalten und zu beobachten, und dass diejenigen, welche in dieser Art den Eid bereits geleistet haben, schuldig sind, ihn zurückzunehmen. In dem Vertrauen, dass Ew. K. Maj. mit beeilter tröstlicher Antwort uns von einem solchen Schritte entheben werden, zu dem uns unsere heil. Pflichten verbinden müssten, geben wir Ihnen unsern apost. Segen.

Nr. 4750 (15)
Röm. Curie
18. Jan. 1819

Rom, den 13. Jan. 1819.

Pius P. P. VII.

Siehe die oben erwähnte Antwortnote des Cardinal-Staatssecretärs an den bairischen Minister des Aeussern vom 13. Januar, und die eingehende Beschwerdeschrift des päpstlichen Nuntius bei Roskovány, Mon. III. 699 ff. und 704 ff. — Nach diesen Kundgebungen der Curie erklärten die Bischöfe — ausser dem von Regensburg — und manche Geistliche, den Verfassungseid nur mit dem Vorbehalte zu leisten: Unbeschadet der Rechte der katholischen Kirche. Die Regierung nahm diese bedingte Eidesleistung an, weil dieser Vorbehalt ein solcher sei, „welchen katholische Geistliche nach den canonischen Satzungen bei Ablegung eines Eides gewöhnlich denken und denken dürfen und weil unter dieser Voraussetzung der vorgeschriebene Constitutionseid von ihnen im Grunde doch pure et simpliciter geleistet würde.“ Aber die Curie beruhigte sich dabei nicht; sie forderte von der Regierung die principielle Erklärung, dass die Constitution zu nichts verpflichte was gegen die Gesetze der Kirche sei. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit zogen sich noch lange hin (Noten der bairischen Regierung und Brief des Königs vom 22. December 1819, 4. Febr. und 19. März 1821; Noten Consalvis vom 8. März 1820, 2. Aug. und 21. Oct. 1821) und erreichten erst durch die königliche Erklärung vom 15. September 1821 ihren Abschluss. (Siehe die Actenstücke bei Höfler l. c. p. 114 ff., 148 ff., 250 f. — Das Recht der Kirche und die Staatsgewalt in Baiern. Schaffhausen 1852. p. 84 ff. 160 ff.)

Nr. 4751. (16.)

BAIERN. Königliche Entschliessung. — Vollziehung des Concordates. Erklärung über Bedeutung des Verfassungseides.

Bairisches Regierungsblatt, Jahrg. 1821. Stück 31.

Maximilian Josef, von Gottes Gnaden König von Baiern.

Nachdem die wichtigsten Anstände, welche bisher den Vollzug der mit dem päpstlichen Stuhle unterm 5. Junius 1817 abgeschlossenen und von Uns unterm 24. Oktober des nemlichen Jahres ratificirten Concordats verzögert haben, nunmehr beseitigt sind, so ist es Unser Willen, dass dasselbe in allen seinen Theilen in volle Ausübung gebracht und dass hiernach der Publikation und Vollziehung derselben zur Ausführung der Circumscription der neuen Diözesen in unserm Königreiche unterm 1. April 1818 ergangenen Bullo, welche anfängt mit den Worten:

Nr. 4751 (16)
Baiern.
15. Sept. 1821

Nr. 4751 (16).
Baiern.
15. Sept. 1821. „Dei ac Domini nostri Jesu Christi“, nebst den darauf sich beziehenden Ex-
cutions-Decreten des für dieses Geschäft von Seiner päpstlichen Heiligkeit an
Unser Hoflager in der Person des Herrn Franz Serra, aus dem herzoglichen
Geschlechte Cassano, Erzbischofes von Nizäa, abgeordneten apostolischen Nuntius
kein weiteres Hinderniss gesetzt werden soll. Zugleich fügen Wir zur Besei-
tigung aller Missverständnisse über den Gegenstand und die Beschaffenheit des
von Unsern katholischen Unterthanen auf die Constitution abzulegenden Eides
die Erklärung bei, dass indem Wir Unsern getreuen Unterthanen die Constitution
gegeben haben, unsere Absicht nicht gewesen sei, dem Gewissen derselben im
Geringsten einen Zwang anzuthun, dass daher nach den Bestimmungen der Con-
stitution selbst der von Unsern katholischen Unterthanen auf dieselbe abzulegende
Eid lediglich auf die bürgerlichen Verhältnisse sich beziehe und dass sie dadurch
zu Nichts werden verbindlich gemacht werden, was den göttlichen Gesetzen oder
den katholischen Kirchensatzungen entgegen wäre. | Auch erklären Wir neuer-
dings, dass das Concordat, welches als Staatsgesetz gilt, als solches angesehen
und vollzogen werden soll, und dass allen Behörden obliege, sich genau nach
seinen Bestimmungen zu achten.

Tegernsee, den 15. September 1821.

Freiherr von Zentner.

Maximilian Josef.

Das im Religionsedict normirte Recht blieb auch nach dieser königlichen
Erklärung in voller Wirksamkeit. Siehe die Belege dafür bei Döllinger,
Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs
Bayern bestehenden Verordnungen, Bd. VIII und XXIII (Religion und Cultus);
die dagegen gerichteten Beschwerden der Bischöfe bei Höfler, Concordat l. c.
p. 165 ff. — Die Circumscriptionsbulle für die neuen Diöcesen Baierns dat
Rom, 1. April 1818 (S. Bull. M. R. XV. p. 17 ff. und Weiss, Corpus jur.
eccles. Catholicorum etc., Giessen 1833. p. 126—162) wurde nun (dat
München, 8. Sept. 1821) durch den päpstlichen Nuntius bekannt gemacht und
in Vollzug gesetzt.

Nr. 4752. (17.)

BAIERN. Schreiben des Ministers des Innern an die k. Regierungsgs-
präsidenten, an die Erzbischöfe und Bischöfe. — Mildere Ausübung
des Placets.

Döllinger, Sammlung l. c. XXIII. p. 326 f.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Nr. 4752 (17).
Baiern.
25. März 1841. Seine Majestät der König haben die Art, wie die Bestimmung im Art. XII
lit e. des Concordates nach dem allgemeinen Ministerial-Ausschreiben vom 18.
April 1830 bisher zum Vollzuge gekommen ist, Allerhöchst in Erwägung

genommen, und in Anbetracht, dass durch eben erwähnte, in dem Concordate Nr. 4752 (17).
Baiern.
25. März 1841. gegebene verfassungsmässige Norm die älteren Verordnungen, insbesondere die von 27. Februar und 26. November 1804, Dispens - Gesuche am päpstlichen Stuhle betr., als gänzlich derogirt zu erachten sind, zu beschliessen geruht, es sei das, auf die gedachten Verordnungen sich stützende Ministerial-Ausschreiben vom 18. April 1830 (Döll. VIII. S. 1014) ausser Wirksamkeit zu setzen, und der Verkehr des baierischen Episkopats mit dem heiligen Stuhle (welcher den des Clerus und des Volkes von selbst mit in sich begreift) in allen geistlichen Dingen und kirchlichen Angelegenheiten ohne Ausnahme von jeder Vermittlung und Controlle der k. Gesandtschaft zu Rom und der übrigen weltlichen Behörden völlig frei zu geben, wie solches der klare Wortlaut des Concordates vorschreibt, wobei jedoch die Befugniss der Herren Erzbischöfe und Bischöfe zur ferneren Beibehaltung des bisherigen Communicationsweges in den ihnen hiefür allenfalls geeignet scheinenden Fällen sich von selbst versteht, und die königl. Stellen und Behörden solchen Falles zur schleunigsten Vermittlung der betreffenden Angelegenheiten nach wie vor verpflichtet sind. || Seine Majestät der König geben sich hiebei dem vollen Vertrauen hin, dass von den Herren Erzbischöfen und Bischöfen die Bestimmung in §. 58 der II. Verfassungsbeilage in genaue Erfüllung werde gebracht, und das landesherrliche Placet bezüglich jener oberhirtlichen Erlasse, welche den eben erwähnten verfassungsmässigen Bestimmungen unterliegen, in der bisherigen Weise erholt werden.

München, den 25. März 1841.

Ministerium des Innern.

Das vorstehende Ministerialschreiben erging in Folge der Concessionen welche die preussische Regierung unterm 1. Januar 1841 bezüglich des Placets gemacht hatte. — Die im Context erwähnte Ministerialverordnung vom 18. April 1830 hatte die Handhabung des Placets wesentlich verschärft.

Nr. 4753. (18.)

PREUSSEN. Aus dem allgem. Landrecht für die preussischen Staaten. — Theil II., Tit. 11. Von den Rechten und Pflichten der Kirchen- und geistlichen Gesellschaften.

§ 1. Die Begriffe der Einwohner des Staates von Gott und göttlichen Dingen, der Glaube und der innere Gottesdienst können kein Gegenstand von Zwangsgesetzen sein. § 2. Jedem Einwohner im Staate muss eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit gestattet werden. || § 3. Niemand ist schuldig, über seine Privatmeinungen in Religionssachen Vorschriften vom Staate anzunehmen. § 4. Religionsgesellschaften, welche sich zur öffentlichen Feier des Gottesdienstes verbunden haben, werden Kirchengesellschaften genannt. § 5. Auch den Staat kann von einem einzelnen Unterthan die Angabe, zu

Nr. 4758 (18).
Preussen.
5. Febr. 1794. welcher Religionsparthei sich derselbe bekennt, nur alsdann fordern, wenn die K
und Gültigkeit gewisser bürgerlicher Handlungen davon abhängt. || §. 6. A
selbst in diesem Falle können mit dem Geständniss abweichende Meinungen
diejenigen nachtheiligen Folgen für den Gestehenden verbunden werden, wel
aus seiner dadurch, vermöge der Gesetze, begründeten Unfähigkeit zu gewis
bürgerlichen Handlungen oder Rechten von selbst fließen. || §. 7. Jeder Ha
vater kann seinen häuslichen Gottesdienst nach Gutbefinden anordnen. || §. 9. Hei
liche Zusammenkünfte, welche der Ordnung und Sicherheit des Staates gefä
lich werden könnten, sollen, auch unter dem Vorwande des häuslichen Gott
dienstes, nicht geduldet werden. §. 10. Wohl aber können mehrere Einwoh
des Staates, unter dessen Genehmigung, zu Religionstübungen sich verbinden.

[Für die beiden vorhergehenden §§. nun das Gesetz vom 11. März 18
über den Missbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes massgebend.]

§. 11. Religionsgesellschaften, welche sich zur öffentlichen Feier des Gott
dienstes verbunden haben, werden Kirchengesellschaften genannt. || §. 13. J
Kirchengesellschaft ist verpflichtet ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gott
Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnung
gegen ihre Mitbürger einzuflößen. || §. 14. Religionsgrundsätze, welche dies
zuwider sind, sollen im Staate nicht gelehrt, und weder mündlich, noch in Vol
schriften ausgebreitet werden. || §. 15. Nur der Staat hat das Recht, dergleic
Grundsätze nach angestellter Prüfung, zu verwerfen und deren Ausbreitung
untersagen. || §. 17. Die vom Staate ausdrücklich aufgenommenen Kirchenges
schaften haben die Rechte privilegirter Corporationen. || §. 19. Die bei solc
Kirchengesellschaften zur Feier des Gottesdienstes und zum Religionsunterricht
bestellten Personen, haben mit andern Beamten im Staate gleiche Rechte
§. 27. Sowol öffentlich aufgenommene, als blos geduldete Religions- und Kirchl
gesellschaften müssen sich, in allen Angelegenheiten, die sie mit andern bür
gerlichen Gesellschaften gemein haben, nach den Gesetzen des Staates richten
§. 28. Diesen Gesetzen sind auch die Obern und die einzelnen Mitglieder
allen Vorfällen des bürgerlichen Lebens unterworfen. || §. 29. Soll densell
wegen ihrer Religionsmeinungen, eine Ausnahme von gewissen Gesetzen
statten kommen, so muss dergleichen Ausnahme vom Staate ausdrücklich zu
lassen sein. §. 30. Ist dieses nicht geschehen, so kann zwar der Anhän
einer solchen Religionsmeinung etwas gegen seine Ueberzeugung zu thun n
gezwungen werden; || §. 31. Er muss aber die nachtheiligen Folgen, welche
Gesetze mit ihrer unterlassenen Beobachtung verbinden, sich gefallen lassen
§. 32. Die Privat- und öffentliche Religionübung einer jeden Kirchengesellsch
ist der Oberaufsicht des Staates unterworfen. §. 33. Der Staat ist berech
von demjenigen, was in den Versammlungen der Kirchengesellschaft gelehrt
verhandelt wird, Kenntniss einzuziehen. || §. 34. Die Anordnung öffentlic
Bet-, Dank- und anderer ausserordentlicher Festtage hängt allein vom Sta
ab. || §. 35. In wiefern die bereits angeordneten Kirchenfeste mit Einstell
aller Handarbeiten und bürgerlichen Gewerbe begangen werden sollen, *

nicht, kann nur der Staat bestimmen. | §. 40. Jedem Bürger des Staates, welchen die Gesetze fähig erkennen, für sich selbst zu urtheilen, soll die Wahl der Religionspartei, zu welcher er sich halten will, frei stehen. | §. 45. Keine Kirchengesellschaft ist befugt, ihren Mitgliedern Glaubensgesetze wider ihre Ueberzeugung aufzudringen. | §. 46. Wegen der äusseren Form und Feier des Gottesdienstes kann jede Kirchengesellschaft dienliche Ordnungen einführen. | §. 47. Dergleichen Anordnungen müssen jedoch dem Staate zur Prüfung, nach dem §. 13 bestimmten Grundsätzen, vorgelegt werden. | §. 49. Sie können aber auch ohne Genehmigung des Staats nicht verändert, noch wieder aufgehoben werden. | §. 50. Jedes Mitglied einer Kirchengesellschaft ist schuldig, sich der darin eingeführten Kirchengesellschaft zu unterwerfen. §. 51. Dergleichen Kirchengesellschaft soll bloss zur Abstellung öffentlichen Aergernisses abzielen. | §. 52. Sie darf niemals in Strafen an Leib, Ehre oder Vermögen der Mitglieder ausarten. §. 53. Sind dergleichen Strafen zur Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Kirchengesellschaft nothwendig, so muss die Verfügung der vom Staate gesetzten Obrigkeit überlassen werden. §. 54. Wenn einzelne Mitglieder durch öffentliche Handlungen eine Verachtung des Gottesdienstes und der Religionsgebräuche zu erkennen geben, oder andere in ihrer Andacht stören, so ist die Kirchengesellschaft befugt, dergleichen unwürdigen Mitgliedern, so lange sie sich nicht bessern, den Zutritt in ihre Versammlungen zu versagen. | §. 55. Wegen blosser, von dem gemeinen Glaubensbekenntnisse abweichender Meinungen kann kein Mitglied ausgeschlossen werden. | §. 56. Wenn über die Rechtmässigkeit der Ausschliessung Streit entsteht, so gebührt die Entscheidung dem Staate. | §. 57. Soweit mit einer solchen Ausschliessung nachtheilige Folgen für die bürgerliche Ehre des Ausgeschlossenen verbunden sind, muss vor deren Veranlassung die Genehmigung des Staats eingeholt werden. | §. 63. Die Befugnis zur Ausübung aller geistlichen Amtsverrichtungen wird durch die Ordination verliehen. | §. 64. Landesunterthanen sollen, ohne besondere Erlaubnis, die Ordination zu geistlichen Aemtern bei auswärtigen Behörden nicht nachsuchen, oder annehmen. | §. 65. Die Ordination soll Niemanden ertheilt werden, ehe er ein geistliches Amt, welches ihm seinen Unterhalt gewährt, zu übernehmen Gelegenheit hat. | §. 66. Die besonderen Rechte und Pflichten eines katholischen Priesters, in Ansehung seiner geistlichen Amtsverrichtungen sind durch die Vorschriften des Canonischen Rechtes . . . bestimmt. | §. 73. In ihren Amtsvorträgen, und bei dem öffentlichen Unterrichte, müssen sie zum Anstosse der Gemeinde nichts einmischen, was den Grundbegriffen ihrer Religionspartei widerspricht. | §. 86. Kein Geistlicher darf eigenmächtig irgend ein Mitglied der Gemeinde von Beiwohnung des Gottesdienstes, oder von den Sakramenten ausschliessen. | §. 87. Findet er Bedenken, Jemanden zuzulassen, so muss er demselben dies Bedenken in Zeiten mit vernünftiger Schonung eröffnen. | §. 88. Besteht derselbe dennoch auf seiner Zulassung: so muss der Geistliche den Vorfall, mit Verschweigung des Namens, seinen geistlichen Obern anzeigen und nach deren Vorbescheidung sich achten. | §. 89. Nur in Fällen, wenn

Nr. 4753 (18).
Preussen.
5. Febr. 1794.

Nr. 4753 (18). Jemand zu einer gottesdienstlichen Handlung in der Trunkenheit, in anstössig
 Preussen.
 5. Febr. 1794. und ärgerlicher Kleidung, oder sonst in einem Zustande sich darstellt,
 welchem er, ohne offenbaren Anstoss und grobes Aergerniss der Gemein-
 oder seiner Mitgenossen bei dieser Handlung, nicht zugelassen werden kan-
 mag der Geistliche einen solchen Menschen, bis auf weitere Verfügung d.
 Behörde, zurückweisen. || §. 91. Kein Geistlicher kann ein Mitglied d.
 Gemeine zur Beiwohnung des Gottesdienstes, und zum Gebrauche der Sakrament
 durch äussern Zwang anhalten. || §. 96. Die Geistlichen der vom Staat
 privilegirten Kirchengesellschaften sind, als Beamte des Staats, der Reg-
 nach von den persönlichen Lasten und Pflichten des gemeinen Bürgers frei.
 §. 98. In den Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens werden alle Geistliche
 ohne Unterschied der Religion, nach den Gesetzen des Staates beurtheilt.
 §. 111. Nur der Staat kann bestimmen, zu welcher der verschiedenen Kirche-
 gemeinen seiner eigenen Religionspartei jeder Einwohner als ein beitragend
 Mitglied gerechnet werden soll. §. 112. Auch ist der Staat berechtigt, jed-
 Einwohner zur Beobachtung solcher äussern Kirchengebräuche und Einrichtung-
 derjenigen Religionspartei, zu der er sich bekennt, in so weit anzuhalten, a
 davon, vermöge der Gesetze, die Bestimmung oder Gewissheit bürgerlich
 Rechte abhängt. || §. 113. Die dem Staate über die Kirchengesellschaften na-
 den Gesetzen zukommenden Rechte werden von dem geistlichen Departement
 so fern verwaltet, als sie nicht dem Oberhaupte des Staats ausdrücklich vor-
 halten sind. || §. 114. Ausserdem aber stehen die Kirchengesellschaften ein-
 jeden vom Staate aufgenommenen Religionspartei unter der Direction ihrer gei-
 lichen Oberen. || §. 115. Bei den katholischen Glaubensgenossen ist der Bisch-
 der gemeinschaftliche Vorgesetzte aller Kirchengesellschaften des ihm angev-
 senen Districts. || §. 116. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Staats ka-
 keine Kirchengesellschaft von dieser Unterordnung gegen den Bischof der Diöce-
 ausgenommen werden. || §. 117. Kein Bischof darf in Religions- und Kirche-
 angelegenheiten, ohne Erlaubniss des Staats, neue Verordnungen machen, o-
 dergleichen von fremden geistlichen Obern annehmen. || §. 118. Alle päpstlich
 Bullen, Breven und alle Verordnungen auswärtiger Obern der Geistlichk
 müssen, vor ihrer Publication und Vollstreckung dem Staate zur Prüfung u
 Genehmigung vorgelegt werden. §. 119. Diejenigen Gerechtsame über
 Kirchengesellschaften, welche nach den Gesetzen dem Staate vorbehalten si-
 kann der Bischof nur in so fern ausüben, als ihm ein oder die andere derselk
 von dem Staate ausdrücklich verliehen worden. || §. 120. Ohne Zuthun u
 Approbation des Bischofs der Diöcese, oder dessen Vicarien, soll Niemand z
 Priester aufgenommen, zu einem geistlichen Amte befördert, oder auch 1
 zum öffentlichen Lehrvortrage in einer Kirchengemeinde zugelassen werde-
 §. 121. Dem Bischöfe gebührt die Aufsicht über die Amtsführung, Lehre u
 Wandel der seiner Diöcese unterworfenen Geistlichen. || §. 122. Diese sind i
 Ehrfurcht, und in Angelegenheiten ihres geistlichen Amtes Gehorsam schuld-
 §. 124. Die Rechte der Kirchenzucht gebühren nur dem Bischöfe. [Ve

§. 946, 947, 1066.] || §. 125. Vermöge dieses Rechts kann er die ihm untergeordneten Geistlichen durch geistliche Bussübungen, durch kleine, den Betrag von Zwanzig Thalern nicht übersteigende Geldbussen oder auch durch eine die Dauer von vier Wochen nicht übersteigende Gefängnisstrafe, zum Gehorsame, und zur Beobachtung ihrer Amtspflichten anhalten. || §. 126. Geistliche katholischer Religion, die sich in ihre Amtsführung grober Vergehungen schuldig gemacht haben, müssen nach dem Erkenntnisse des geistlichen Gerichts bestraft werden. || §. 127. Langwieriges Gefängnis (§ 125) und andere körperliche Strafen ist weder der Bischof, noch ein geistliches Gericht zu verhängen berechtigt. || §. 128. In weltlichen Angelegenheiten der Geistlichen kann sich der Bischof nur insoweit eine Gerichtsbarkeit und ein Erkenntnis anmassen, als ihm das Recht dazu vom Staate ausdrücklich verliehen worden ist. || §. 133. Die Bestellung eines bischöflichen Generalvicarius kann ohne Landesherrliche Genehmigung nicht geschehen. || §. 134. Alle Obern der Geistlichkeit sind dem Staate zur vorzüglichen Treue und Gehorsam verpflichtet. §. 135. Kein auswärtiger Bischof, oder anderer geistlicher Obere, darf sich in Kirchensachen eine gesetzgebende Macht anmassen. || §. 136. Auch darf er irgend einige andere Gewalt, Direction oder Gerichtsbarkeit in solchen Sachen, ohne ausdrückliche Einwilligung des Staats, nicht ausüben. || §. 137. Kein Unterthan des Staats, geistlichen oder weltlichen Standes, kann unter irgend einem Vorwande zu der Gerichtsbarkeit auswärtiger geistlicher Obern gezogen werden. || §. 138. Ist dergleichen auswärtigen Obern eine Direction oder Gerichtsbarkeit innerhalb der Grenzen des Staates zugestanden, so müssen sie zu deren Verwaltung, einen vom Staate genehmigten Vicarius innerhalb Landes bestellen. §. 141. Zu Kirchenversammlungen innerhalb Landes darf die Geistlichkeit ohne Vorwissen und Mitwirkung des Staats nicht berufen; viel weniger können die Schlüsse solcher Versammlungen ohne Genehmigung des Staats in Ausübung gebracht werden. || §. 142. Den Einladungen zu auswärtigen Kirchenversammlungen dürfen inländische Geistliche ohne besondere Erlaubnis des Staats nicht Folge leisten. || §. 160. Zu dem Vermögen der Kirchengesellschaften gehören die Gebäude, liegende Gründe, Capitalien und alle Einkünfte, welche zur anständigen Unterhaltung des äussern Gottesdienstes für jede Kirchengemeine nach deren Verfassung bestimmt ist. || §. 161. Das Kirchenvermögen steht unter der Oberaufsicht und Direction des Staats. || §. 162. Der Staat ist berechtigt, darauf zu sehen, dass die Einkünfte der Kirche zweckmässig verwendet werden. || §. 167. Das Kirchenvermögen steht unter der Aufsicht der geistlichen Obern. || §. 169. Keinem auswärtigen geistlichen Obern soll erlaubt sein, sich irgend eine Aufsicht oder Direction über das Vermögen inländischer Kirchen unmittelbar anzumassen. || §. 170. Kirchen und andere dahin gehörige Gebäude sind ausschliessend das Eigenthum der Kirchen-Gesellschaft, zu deren Gebrauche sie bestimmt sind. || §. 171. Auch durch Veränderung ihrer Religionsgrundsätze verliert eine Kirchengesellschaft nicht das Eigenthum der ihr gewidmeten Kirchengebäude. || §. 176. Neue Kirchen können nur unter ausdrücklicher Genehmigung

Nr. 4758 (18). des Staates erbaut werden. || §. 183. Kirchhöfe oder Gottesäcker und Begräbniss-
 Preussen.
 5. Febr. 1794. plätze, welche zu den einzelnen Kirchen gehören, sind der Regel nach das
 Eigenthum der Kirchengesellschaften. || §. 188. Ohne Erkenntniss des Staats
 soll Niemanden das ehrliche Begräbniss auf dem öffentlichen Kirchhofe versagt
 werden. || §. 189. Auch die im Staate aufgenommenen Kirchengesellschaften
 der verschiedenen Religionspartheien dürfen einander wechselseitig, in Er-
 mangelung eigener Kirchhöfe, das Begräbniss nicht versagen. || §. 190. Wo der
 Kirchhof erweislich nicht der Kirchengesellschaft, sondern der Stadt- oder Dorf-
 gemeine gehört, da kann jedes Mitglied der Gemeinde, ohne Unterschied der
 Religion, auch auf das Begräbniss daselbst Anspruch machen. || §. 194. Keine
 Kirchengesellschaft kann, ohne ausdrückliche Bewilligung des Staats, liegende
 Gründe an sich bringen. || §. 195. Ohne Vorwissen und besondere Erlaubniss
 des Oberhauptes im Staate darf, bei Strafe doppelten Ersatzes, keiner aus-
 ländischen Kirche etwas verabfolgt werden. || §. 219. Grundstücke und Gerechtig-
 keiten, die einer Kirche gehören, können ohne ausdrückliche Genehmigung des
 Staats nicht veräussert werden. || §. 238. Neue Parochien können nur vom
 Staate, unter Zuziehung der geistlichen Obern, errichtet, und die Grenzen
 derselben bestimmt werden. || §. 240. Alle dergleichen Streitigkeiten, so wie
 diejenigen, welche über die Grenzen zwischen zwei oder mehreren Parochien
 entstehen, müssen von der weltlichen Obrigkeit durch den ordentlichen Weg
 Rechtens entschieden werden. || §. 306. Die unter Genehmigung des Staats
 einmal bestehenden Parochien, können ohne dergleichen Genehmigung nicht
 wieder aufgehoben werden. || §. 309. Wenn zwei Gemeinen verschiedener
 Religionspartheien zu Einer Kirche berechtigt sind, so müssen die Rechte einer
 jeden hauptsächlich nach den vorhandenen besondern Gesetzen oder Verträgen
 beurtheilt werden. || §. 311. Die nähern Maassgaben wegen der Ausübung dieser
 Rechte müssen, bei entstehendem Streite, nach dem Einverständnisse der beider-
 seitigen Obern, und wenn dies nicht Statt findet, durch unmittelbare Landes-
 herrliche Entscheidung festgesetzt werden. || §. 532. Hat ein Pfarrer in seinen
 Amte grobe Exzesse begangen, so müssen die geistlichen Obern ihm die Führung
 seines Amtes vorläufig untersagen; wegen dessen Wahrnehmung die erforderlichen
 Anstalten treffen; die nähere Untersuchung verhängen und nach dem Befunde
 derselben ihm die Entsetzung andeuten. || §. 533. Will sich der Pfarrer dabei
 nicht beruhigen, so steht ihm frei, auf förmliche gerichtliche Untersuchung und
 Entscheidung anzutragen.

[Durch Cabinetsordre vom 12. April 1822 trat an Stelle der gericht-
 lichen Intervention der Rekurs an den Minister der Geistlichen- und Unter-
 richts-Angelegenheiten.]

§. 535. Bei katholischen Pfarrern gebührt das Erkenntniss dem geistlichen
 Gerichte. || §. 536. Hat ein Pfarrer sich bürgerlicher Verbrechen, die eine
 Criminaluntersuchung nach sich ziehen, schuldig gemacht, so müssen die geist-
 lichen Obern ihn suspendiren, und die Sache der ordentlichen Obrigkeit zur
 weitem Verfügung anzeigen. || §. 946. Geistliche Gesellschaften, [Stifte, Klöster

und Orden] sind berechtigt, ihre Mitglieder durch geistliche Busstübungen zur Erfüllung der Pflichten ihrer Verbindung und zur Vermeidung alles Aergernisses anzuhalten. || §. 947. Körperliche oder Geldstrafen gegen ihre Mitglieder zu verhängen, sind sie nur soweit berechtigt, als ihnen die Befugniss dazu durch besondere Gesetze, oder in ihren vom Staate bestätigten Statuten, ausdrücklich eingeräumt worden. || §. 948. Die Rechte des Staats über solche geistliche Gesellschaften und deren Vermögen sind hauptsächlich nach den von ihm bestätigten Grundverfassungen, nach den vorhandenen Recessen und Verträgen, und nach den die Angelegenheiten derselben betreffenden Friedensschlüssen und andern Tractaten zu beurtheilen. || §. 949. In der Regel kommen dem Staate eben die Rechte über sie zu, wie über die Kirchengesellschaften. || §. 982. Das Wahlgeschäft [der Capitel- oder Convent-Vorsteher] ist der Landesherr durch dazu bestellte Commissarien zu dirigiren berechtigt. || §. 1004. Einen regelmässig Gewählten, welchem die nach §. 980 erforderlichen Eigenschaften [Canonischen Erfordernisse] nicht mangeln, darf der geistliche Obere die Confirmation nicht versagen. || §. 1009. Es darf aber kein Gewählter oder Postulirter [Vorsteher des Capitels oder Convents] die Bestätigung oder Zulassung der geistlichen Obern eher nachsuchen, als bis er dazu die Genehmigung des Landesherrn hat. || §. 1010. Vor dem Erfolge dieser Genehmigung soll die Einweihung nicht Statt finden, noch der Gewählte oder Postulirte zur Ausübung der Funktionen seines Vorsteheramtes, oder zum Besitze und Genusse der damit verbundenen weltlichen Rechte und Einkünfte gelassen werden. || §. 1011. Wenn der Landesherr, aus Gründen des gemeinen Wohls oder der Erhaltung der äussern und innern Ruhe des Staats, das präsentirte Subject verwirft, so muss eine neue Wahl veranlasst werden. || §. 1012. In Fällen, wo das Capitel oder der Convent wegen seiner schuldbaren Saumseligkeit, oder wegen der bei der Wahl oder Postulation vorgefallenen Unregelmässigkeiten, seines Wahlrechts verlustig wird, fällt die Besetzung der Stelle für diesesmal nach Verschiedenheit der Verfassungen in den Provinzen, entweder dem Landesherrn, oder den geistlichen Obern anheim. || §. 1013. Aber auch letztere müssen, bei ihrer Ernennung, die gesetzlichen Vorschriften wegen der Tüchtigkeit des zu bestellenden Subjects beobachten, und dasselbe dem Landesherrn zur Genehmigung vorschlagen. §. 1017. Die Gründe zur Bestellung eines Coadjutors müssen von den unmittelbaren geistlichen Obern des Stifts und von dem Landesherrn geprüft und genehmigt werden. || §. 1051. Wo die Ernennung des Bischofs dem Landesherrn nicht vorbehalten ist, da kommt die Wahl desselben dem Domkapitel zu. §. 1068. Ohne Vorwissen und Genehmigung des Staats dürfen sie, [die Klosterobern] keine Mitglieder ausserhalb Landes verschicken, oder in auswärtige Klöster versetzen, oder auswärtige Mitglieder in inländische Klöster aufnehmen. §. 1069. Kloster-Obern, welche diesem zuwider handeln, sollen in ihrem Amte nicht ferner geduldet, und noch ausserdem verhältnissmässig bestraft, auch zur Zurückschaffung des aus dem Lande gebrachten Mitglieds durch rechtliche Zwangsmittel angehalten werden. || §. 1161. Kein Königlicher Unterthan, männ-

Nr. 4753 (18). lichen oder weiblichen Geschlechts, soll ohne Vorwissen und Erlaubniss des
 Preussen.
 5. Febr. 1794. Staats in ein Kloster aufgenommen werden. || §. 1164. Ein Stift oder Kloster,
 welches diesen Vorschriften entgegen handelt, soll mit fiskalischer Geldstrafe
 allenfalls bis zu Hundert Dukaten, belegt; und bei beharrlicher Wieder-
 holung solcher Uebertretungen, bewandten Umständen nach, ganz aufgehoben
 werden.

Laspeyres, Geschichte und heutige Verfassung der katholischen Kirche
 Preussens. I. Thl. Halle 1840. O. Mejer, Zur Geschichte l. c. p. 400 ff.
 G. Phillips, Kirchenrecht. Regensburg 1850. III. Bd. p. 488 ff.

Die Abänderungen, welche einige dieser Bestimmungen des Landrechtes
 durch die Art. 12—17 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 er-
 fahren s. w. u.

Nr. 4754. (19.)

PREUSSEN. Königliche Cabinets-Ordre. — Sanction der Circum-
 scriptionsbulle.

Gesetzsammlung f. d. preussischen Staaten Jahrg. 1821. Stück 12.

Nr. 4754 (19). Da die Mir von Ihnen vorgelegte päpstliche Bulle, welche mit den Worten:
 Preussen.
 23. Aug. 1821. „de salute animarum“ anhebt, und aus Rom vom 16. Juli d. J. (XVII. Cal. Aug.)
 datirt ist, nach ihrem wesentlichen Inhalte mit jener Verabredung zusammen-
 stimmt, die unter dem 25. März d. J. in Betreff der Einrichtung, Ausstattung
 und Begrenzung der Erzbisthümer und Bisthümer der katholischen Kirche des
 Staats, und aller darauf Bezug habenden Gegenstände, getroffen, auch von Mir
 bereits unter dem 9. Juni d. J. genehmigt worden ist; so will Ich, auf Ihren
 Antrag, auch dem wesentlichen Inhalt dieser Bulle, nämlich dem, was die auf
 vorerwähnte Gegenstände sich beziehenden sachlichen Verfügungen betrifft,
 hierdurch Meine Königliche Billigung und Sanction ertheilen, kraft deren diese
 Verfügungen als bindendes Statut der katholischen Kirche des Staats von allen,
 die es angeht, zu beobachten sind. || Diese Meine Königliche Billigung und
 Sanction ertheile Ich, vermöge Meiner Majestätsrechte, und diesen Rechten, wie
 auch allen Meinen Unterthanen evangelischer Religion, und der evangelischen
 Kirche des Staats, unbeschadet. | Demnach ist ein Abdruck dieser Bulle in die
 Gesetzsammlung aufzunehmen, und für die Ausführung derselben durch das
 Ministerium der geistlichen Angelegenheiten zu sorgen.

Berlin, den 23. August 1821.

Friedrich Wilhelm.

An

den Staats-Kanzler Herrn Fürsten von Hardenberg.

O. Mejer, Die Propaganda, ihre Provinzen und ihr Recht. Göttingen
 1853. Bd. II. p. 444—499. 500—504. Lebensnachrichten über Niebuhr.
 Gotha 1838. Laspeyres l. c. I. p. 770 ff. 867 ff. B. Gams, Geschichte der
 Kirche Christi im 19. Jahrh. Innsbruck 1856. Bd. III p. 470 ff.

Eine Regelung der katholischen Kirchenverhältnisse Preussens war, Nr. 4754 (19).
Preussen.
23. Aug. 1821. zumal durch die Erwerbung der Rheinlande und Westphalens, dringend notwendig geworden. Im Juli 1816 wurde Niebuhr als preussischer Gesandter mit der Bestimmung nach Rom gesandt „über die Einrichtung der katholischen Kirche in den preussischen Staaten zu verhandeln und eine Uebereinkunft abzuschliessen“. Die Instructionen zum formellen Beginn dieser Verhandlungen erhielt er jedoch erst nach fast vier Jahren, weil man sich in Berlin lange nicht über das einigen konnte, was von der Curie zu fordern sei. Inzwischen hatte man aus den Berichten des Gesandten, und aus dem Verlaufe den die Verhandlungen anderer Staaten mit der Curie nahmen, die Ueberzeugung gewonnen, dass Erörterungen „über Stipulationen, wodurch der Wirkungskreis der geistlichen Oberen und ihre Stellung zu den weltlichen Behörden des Staates näher bestimmt würden“ zu keiner Uebereinstimmung führen können. Man entschloss sich deshalb, kein Concordat sondern nur die Erlassung einer Circumscriptionsbulle zu beantragen, d. h. man gab den Gedanken auf, ein Uebereinkommen über die Kirchenfreiheit und die staatliche Kirchenhoheit zu schliessen, und beschränkte sich darauf, die Reconstruction des zerfallenen episcopalen Organismus zu vereinbaren. Die Instruktion hiezu, in welcher der Inhalt der Bulle näher bezeichnet war, erhielt Niebuhr Mitte Juli 1820. Er fasste denselben in einer Note an den Cardinal-Staatssecretär zusammen und bat um Erlassung einer päpstlichen Constitution dieses Inhalts. Schon Anfangs August hatte sich Niebuhr und Consalvi im Wesentlichen geeinigt, obwohl in Rom eine „umfassendere Vereinigung“ dringend gewünscht wurde. Die offizielle Antwortnote (6. October 1820) sagt die verlangte Bulle im Allgemeinen zu, verlangt aber einzelne Punkte derselben anders gefasst. Ueber diese wurde nun, nach eingeholten Instruktionen, in weiteren Noten verhandelt, und während Hardenbergs Anwesenheit in Rom (25. März) eine vollkommene Uebereinstimmung erreicht. Die nun folgende Redaction der Bulle durch den damit beauftragten Geistlichen, Monsignore Mazio, wurde von Niebuhr Satz für Satz beaufsichtigt. Am 16. Juli 1821 ging die Bulle, mit den Anfangsworten „De salute animarum“, aus der päpstlichen Datarie hervor.

Nr. 4755. (20.)

RÖMISCHE CURIE. Die Bulle De salute animarum (Circumscriptionsbulle für Preussen). — Die Einrichtung, Ausstattung und Begrenzung der Erzbisthümer und Bisthümer.

Lat. Orig. Bull. M. R. XV p. 403. Nussi, Conv. p. 188. Deutsche Uebers. Gesetzs. f. d. preuss. St. Jahrg. 1821. St. 12.

Pius Bischof, Knecht der Knechte Gottes, zu ewigem Gedächtniss.

Indem Wir das Heil der Seelen und die Wohlfahrt der katholischen Religion, Nr. 4755 (20).
Röm. Curie.
16. Juli 1821. wie Unser apostolischer Beruf es fordert, eifrig zu Herzen nehmen, trachten Wir beständig, Alles zu bereiten, was irgend zur geistlichen Führung der Christen tuglich und nützlich ist. In solcher Gesinnung hatten Wir längst Unsere Gedanken auf jene Gegenden gerichtet, die der Durchlauchtigste Fürst Friedrich Wilhelm König von Preussen dermalen beherrschet; Wir wünschten

Nr. 4755 (20).
Röm. Curie.
16. Juli 1821.

mit Hilfe Seiner Macht und Freigebigkeit die Angelegenheiten der Religion daselbst auf die bestmögliche Weise zu ordnen. || Denn jener Gegenden jetziger Zustand schwebte Uns vor Augen; und Wir hatten nicht aufgehört die Unfälle zu beweinen, die aus der allgemeinen Zerrüttung hervorgegangen, jene einst so blühenden, so reichen Kirchen von Deutschland, ihres alten Glanzes und Besitzthums beraubt, und sie in das tiefste Elend herabgestürzt hatten; woraus für den katholischen Glauben und seine Bekenner grosses Unheil entstanden ist. Da nun die Umstände nicht vergönneten, diese Kirchen der ruhmvollen deutschen Nation im vorigen Glanz hergestellt zu sehen, so haben Wir alle Mühe und Fleiss angewandt, Uns wenigstens jene Mittel zu verschaffen, die Wir als nöthig oder diensam erachteten, um in jenen Gegenden den katholischen Glauben zu erhalten und das Seelen-Heil der Christen zu befördern. || Diesem Unseren Verlangen hat der vorbelobte König von Preussen sich überaus günstig erwiesen, dessen geneigten Willen gegen die zahlreichen, seinem Zepter unterworfenen Katholiken, besonders in den Ihm zugetheilten Provinzen am Rhein, Wir mit dankbarem Herzen erkennen. So vermögen Wir denn nun endlich Alles zu einem guten und heilsamen Ausgang zu leiten, nach Lage der Orte und Bequemlichkeit der Inwohnenden einen neuen Zustand der Kirchen des preussischen Reichs, mit neuer Begränzung der Sprengel, einzurichten, und den einzelnen Stühlen, da, wo es daran mangelt, würdige und tüchtige Hirten zu verleihen. || Derothalben, indem Wir als ausdrücklich erwähnt und von Wort zu Wort hier eingeschaltet ansehen alles dasjenige, was die Aufhebung, Umwandlung oder Einrichtung der unten namhaft zu machenden Kirchen und Capitel, wie auch deren besonderer früheren Rechte und Vorrechte, imgleichen die Theilung und Zusammensetzung der Sprengel und die Vernichtung jedes früheren Metropolitanrechts betrifft — in dem Wir ferner durchaus ergänzen die Zustimmung aller derer, die irgend zur Sache betheiligt sind — aus sicherer Unserer Erkenntniss, nach reifer Ueberlegung, aus Fülle apostolischer Gewalt und in Vorgang gänzlicher Aufhebung, Erlöschung und Vernichtung, schon jetzt der bischöflichen Kirche von Aachen (deren Domkapitel in ein Kollegiatstift verwandelt werden soll), wie auch der bischöflichen Kirche und des Domkapitels zu Corvei, und der Abtei Neuzell, dereinst aber (nämlich nach dem Abgange des jetzigen Abts, Unsers ehrwürdigen Bruders, Joseph von Hohenzollern, Bischofs von Ermland), auch der Abtei Oliva — willfahrend dem allgemeinen Wunsche von Deutschland, welcher Uns durch die Empfehlung des Königs doppelt werth geworden ist — dem allmächtigen Gott zur Verherrlichung, und zur Ehre des Hauptes der Apostel, des heiligen Petrus, setzen Wir hierdurch wieder ein in den Rang einer Metropole, die, jenem Haupt der Apostel geweihte, Kirche zu Cöln, die an Glanz und alterthümlicher Würde keinem andern Stuhle von Deutschland nachgiebt, und verfügen, dass sie zu ewigen Zeiten solcher Ehre geniessen, und ihr die bischöflichen Kirchen von Trier, Münster und Paderborn als Suffragane untergeordnet seyn sollen. Die bischöfliche Kirche zu Posen, auf den Namen der seligen Apostel Petrus und Paulus geweiht, erheben Wir gleichfalls zum Range einer

Metropole. Wir vereinigen sie für beständig mit jener andern, dem Namen des ^{Nr. 4755 (20).} ^{Röm. Curie.} ^{16. Juli 1821.} ^{igen Adalbert geweihten, gleichfalls erzbischöflichen, Kirche zu Gnesen, die} durch freiwillige, zu Unseren Händen geschehene und von Uns genehmigte Ent-
 tung Unsers ehrwürdigen Bruders Ignatz Raczynski, ihres letzten Erzbischofs
 malen erledigt ist. Die Obhut, Weide und Verwaltung dieser Kirche zu
 esen übertragen Wir gänzlich Unserm ehrwürdigen Bruder Timotheus Gor-
 iski, Bischofe zu Posen, welchen Wir hierdurch zum Erzbischofe von Gnesen
 d Posen bestellen. Wir wollen, dass er für immer Namen und Würde eines
 zbischofs von Gnesen und Posen annehme und führe. Seinem Metropolitan-
 cht unterordnen Wir die bischöfliche Kirche von Culm. ¶ Anlangend die
 schöflichen Kirchen von Breslau und Ermland, so sind und bleiben dieselben
 unserm heiligen Stuhle unmittelbar unterworfen. Diesen Erzbischöfen und
 schöfen allen verleihen und bestätigen Wir den vollen Inhalt jener Gerech-
 ne, Ehren, Vorzüge und Freiheiten, deren sich andere Erzbischöfe und
 schöfe jener Gegenden rechtmässig erfreuen. Was anlangt das Capitel der
 metropolitankirche zu Cöln, so errichten Wir in demselben zwei Würden, näm-
 h die Probstei, welche den Rang hat nächst dem Erzbischofe, und zur zweiten
 ürde die Dechantei, sodann zehn wirkliche und vier Ehren-Canonicate, auch
 t Vikarien oder Pfründen. ¶ Das Capitel der erzbischöflichen Kirche zu Gnesen
 rd künftig nur aus einer Würde bestehen, nämlich der probsteilichen, und aus
 onicaten sechs an der Zahl; dahingegen bilden das Capitel der anderen erz-
 chöflichen Kirche zu Posen zwei Würden, Probstei und Dechantei, acht wirk-
 ie und vier Ehren-Canonicate, auch acht Vikarien oder Pfründen. ¶ Die
 pital der beiden bischöflichen Kirchen von Trier und Paderborn werden ein-
 es bestehen aus zwei Würden, nämlich Probstei und Dechantei, aus acht
 klichen und vier Ehren-Canonicaten, und sechs Vikarien oder Pfründen. ¶ In
 bischöflichen Kirche zu Münster werden das Capitel ausmachen zwei Würden
 nämlich als Erste die Probstei, und als Andere die Dechantei, sodann acht wirk-
 ie und vier Ehren-Canonicate, auch acht Vikarien oder Pfründen. Das
 pital der bischöflichen Kirche zu Culm wird bestehen aus zwei Würden,
 obstei und Dechantei, aus acht wirklichen und vier Ehren-Canonicaten, auch
 sechs Vikarien oder Pfründen. ¶ Das Capitel der bischöflichen Kirche zu
 eslau werden bilden zwei Würden, nämlich die Probstei und Dechantei, dann
 n wirkliche Canonicate, deren Erstes die Schulpräbende mit sich führt, und
 hs Ehren-Canonicate, auch acht Vikarien oder Pfründen. ¶ Was endlich an-
 t das Capitel der bischöflichen Kirche von Ermland, so bleibet solches für
 t in seiner bisherigen Verfassung, jedoch so, dass Uns und Unsern Nach-
 tern, den Päpsten zu Rom, vorbehalten sei, dasselbige in Zukunft nach der
 ise anderer Capitel des preussischen Reichs umzugestalten. Ferner soll in
 n den vorgenannten erzbischöflichen und bischöflichen Kirchen die Seelsorge
 r die Pfarrgemeinden zwar ein Recht des Capitels sein; sie soll jedoch einem,
 ns dazu bestellen, von dem Erzbischofe oder Bischofe in Vorgang gehöriger
 fung, nach Vorschrift der canonischen Satzung bestätigtem Mitgliede anver-
 tsaatsarchiv XXIII. (Kirchl. Actenstücke.)

Nr. 4755 (20).
 Röm. Curio.
 16. Juli 1821.

traut und von demselben mit Hülfe der Vikarien ausgeübt werden. Auch sollen in jedem der gedachten Capitel von dem Erzbischofe oder Bischofe zwei Chorherren für immer angewiesen werden, deren der Eine des Beichtvateramtes, der Andere hingegen des Amtes eines Gottesgelehrten, welcher an bestimmten Tagen dem Volke die heilige Schrift erklärt, treulich zu warten hat. . . . [Rechte des Ehren-Canonici] Zugleich ermächtigen Wir die vorgenannten Domcapitel, so jetzt als künftig, dass sie zu neuer und angemessener Ordnung des Dienstes ihrer Kirchen und des täglichen Stundengebets darin, auch zu heilsamer Leitung, Führung und Verwaltung geistlicher und zeitlicher Angelegenheiten und Gerechsame Satzungen, Ordnungen, Capitel und Beschlüsse, ehrbaren und erlaubten Inhalts unter Vorsitz und mit Gutheissung ihrer Ordinarien, aufrichten, erklären, auslegen abfassen und ausgehen lassen mögen. Und nachdem Wir eines jeden Metropolitan- und Domstifts-Würden, Canonicate, Vikarien oder Pfründen der Zahl nach, wie vorstehet, festgestellt, als setzen Wir zu deren jetziger und zukünftiger Einrichtung hierdurch fest, dass, wer immer zu vorgedachten Würden und Canonicaten gelangen will, mit nachstehenden Erfordernissen begabt sein soll; nämlich: dass er die höheren heiligen Weihen empfangen, zum mindesten fünf Jahre lang in dem Haupt- oder Hilfsseelsorgeramte, oder in dem Lehramte der Gottesgelahrtheit und des canonischen Rechtes, oder in eines preussischen Bischofes Verwaltung gestanden und der Kirche mit Nutzen gedient, oder die höchste gelehrte Würde in der Gottesgelahrtheit oder in dem canonischen Rechte gehörig erworben haben müsse. Dieses letzteren Erfordernisses bindende Kraft wird jedoch aus erheblichen Gründen für den Verlauf der nächsten zehn Jahre von diesem Tage ab noch ausgesetzt. Uebrigens sollen Stand und Geburt der Geistlichen in Erlangung der Würden und Canonicate von nun an keinen Unterschied des Rechts weiter begründen. Zugleich verfügen Wir hierdurch, dass in dem Cathedralcapitel zu Münster, wie auch zu Breslau, Ein Canonicat auserlesen werde, um von demjenigen, dem es nach der Monate Wechsel gebühret, je allezeit einem öffentlichen Lehrer an den hohen Schulen gedachter Städte, der jedoch mit den canonischen Erfordernissen begabt sey, verliehen zu werden. Gleichermassen verordnen Wir, dass der jeweilige Probst an der Pfarrkirche der heiligen Hedwig zu Berlin, wie auch der jeweilige Landdechant der Grafschaft Glatz, den Ehren-Canonici der Domkirche zu Breslau sollen zugezählt werden, also dass sie durchaus mit den übrigen gleiche Rechte geniessen, und ihre Stelle und Ordnung einnehmen nach dem Alter ihrer Ernennung. Ein Jeglicher aber der Ehren-Canonici vorgedachter Kirchen insgemein soll aus der Zahl der Erzpriester genommen sein — derer, die sich in der Seelsorge mit Ehren versucht haben. Was aber für jetzt die neue Zusammensetzung vorgedachter Capitel betri- welche allerbaldest zu bewirken ist, so ertheilen Wir Unserm, unten zu benennenden Vollzieher die Gewalt, solche Würden, Canonicate und Vikarien, wirklich erledigt sind aus besonderer ihm übertragenen apostolischer Macht und im Namen dieses heiligen Stuhls zu verleihen ! Zukunft

bei sich ereignenden Erledigungen in den gedachten erzbischöflichen und
 bishöflichen Kirchen, auch in der Kirche zu Aachen werden Wir und Unsere
 Nachfolger, die Päpste zu Rom, nicht nur die Probstei, welches die erste Würde
 der bishöflichen ist, sondern auch die in den Monaten Januar, März,
 Mai, Julius, September und November zur Erledigung gelangenden Canonicate
 annehmen, und zwar in derselbigen Art und Weise, wie bisher zu Breslau ge-
 schehen ist. Was aber die Dechanten an gedachten Metropolitan- und
 Cathedralkirchen anbelangt, desgleichen die Canonicate, so daselbst und in dem
 Collegiatstifte zu Aachen, in den übrigen Monaten des Jahrs erledigt
 werden, so fallen solche der Vergebung der betreffenden Erzbischöfe und
 Bischöfe anheim. Die Vikareyen aber oder Pfründen, in was für einen Monat
 erledigt werden mögen, überlassen Wir gänzlich zur Verleihung der betreffenden
 Erzbischöfe und Bischöfe. Endlich glauben Wir der deutschen Nation etwas
 Wohlgefalliges zu thun, wenn Wir das Recht der Wahlen, welches in den übrerrheinischen
 Sprengeln erhalten und bestätigt, in den diesseits Rheins Belegenen aber, durch
 französische Verfügung vom Jahre 1801 ausser Gang gebracht worden ist, in
 den diesseit Rheins belegenen Sprengeln, die dem Scepter des genannten
 Königs im Zeitlichen unterworfen sind, wieder herstellen. Daher verordnen und
 befehlen Wir, in Ansehung der zu Deutschland gehörigen Kirchen von Cöln,
 Trier, Breslau, Paderborn und Münster, dass mit Aufhebung jeder andern bisher
 gebräuchlichen Weise und Gewohnheit, auch jedes Unterschiedes von Wahl und
 Capitulation, und des Erfordernisses adelicher Geburt, besagte Capiteln (sobald sie
 in der vorerwähnten Weise eingerichtet und zusammen gesetzt seyn werden) sich
 in demselben Rechts sollen zu erfreuen haben. Es sollen nämlich bei jeder Erledigung
 der Stühle, es sey durch Todesfall extra curiam, oder durch Abdankung und
 Absetzung (mit Ausnahme jedoch der jetzigen Erledigungen von Cöln und Trier)
 innerhalb der gewöhnlichen Frist von drei Monaten, die Würden und Canonicate
 capitularisch versammelt und mit Beobachtung der canonischen Vorschriften,
 mit der gesammten Geistlichkeit des preussischen Reichs sich einen würdigen,
 mit den canonischen Erfordernissen begabten Mann zu ihren Vorgesetzten
 capitularisch zu erwählen, ermächtigt seyn. Bei dergleichen Wahlen aber sollen
 nicht bloss die wirklichen, sondern auch die Ehren-Canonici eine Stimme führen,
 jedoch jene, die über die, in dieser Verordnung festgesetzte Anzahl, auf ihre
 Stühle in den Capiteln beibehalten werden, sollen nicht davon ausgeschlossen
 seyn. In Ansehung der Capiteln der bishöflichen Kirchen von Ermland und
 Posen, und der erzbischöflichen von Gnesen und Posen (die beständig vereinigt
 sind) enthalten Wir Uns etwas Neues zu verfügen, ausser, dass die Capitularen
 von Gnesen und Posen bei der Wahl ihres Erzbischofes gemeinschaftlich ver-
 treten sollen. Was aber die erledigte bishöfliche Kirche von Breslau betrifft,
 theilen Wir den dormalen in ihr bestehenden fünf Würden, nämlich dem
 Probste, Dechant, Archidiakon, Scholaster und Custos, wie auch den acht
 Canonicis und den sechs Ehren-Canonicis, die gegenwärtig das Capitel jener

Nr. 4755 (20).
 Röm. Curie.
 16. Juli 1821.

Nr. 4755. (20). Kirche vorstellen, die besondere Befugniss, dass sie zur canonischen Wahl ihres
 Röm. Curie. neuen Bischofs, in der Art und Weise wie vorgemeldet ist, auch für dieses
 16. Juli 1821. erstemal vorschreiten können. Es soll jedoch über jede solche Wahl eine in
 beglaubigter Form abgefasste Urkunde an Unsern heiligen Stuhl eingesendet
 werden. Wenn dieser dann die Wahl für canonisch vollzogen anerkennt, und
 Kraft der Untersuchung, die der römische Papst jederzeit einem preussischen
 Erzbischofe oder Bischofe auftragen, und dieser nach Vorschrift der Dienst-
 anweisung Unseres Vorfahrs Urban's VIII. seeliger Gedächtniss mit allem Fleisse
 führen wird, sich von des Erwählten Tüchtigkeit überzeugt, so werden Wir und
 Unsere Nachfolger, die Päpste zu Rom, jede solche Wahl, bestehendem
 Gebrauche gemäss, durch apostolische Briefe bestätigen. Es soll überdem in
 jeder erzbischöflichen und bischöflichen Stadt ein geistliches Seminar erhalten
 oder neu gegründet worden, damit darin eine solche Anzahl angehender Cleriker
 unterhalten und nach Vorschrift der Beschlüsse von Trient unterrichtet und ge-
 bildet werden möge, als es der Umfang und Bedarf der Sprengel fordern, und
 der Vollzieher dieses gegenwärtigen Briefes genau anordnen wird Indem
 Wir nun, nach vorgängiger Theilung, Trennung und Veränderung einiger Oerter
 und Pfarreien, die der Jurisdiction ihrer bisherigen Ordinariate entzogen, und
 den unten namhaft zu machenden Sprengeln neu hinzugefügt und einverleibet
 werden sollen; — so ordnen, setzen und verfügen Wir, damit bei genauer
 Grenzbestimmung allen Irrungen in Betreff der Ausübung der geistlichen Juris-
 diction vorgebeuet werde, wegen deren Vertheilung in nachfolgender Weise: |
 Der Sprengel der Metropolitankirche von Cöln soll gebildet werden aus sechs-
 hundert und achtzig Pfarreien, welche theils am rechten, theils am linken Ufer
 des Rheins belegen sind. Und zwar [folgen die Namen der Decanate und
 Pfarreien] | Der Sprengel der bischöflichen Kirche von Trier, die Wir
 allem Metropolitaneinflusse des Erzbischofs von Mecheln entziehen, und der
 Metropolitankirche zu Cöln überweisen, wird innerhalb der Grenzen des
 preussischen Reichs aus sechs hundert und vier und dreissig Pfarreien bestehen.
 Nämlich [Namen der Pfarreien] | Den Sprengel der bischöflichen
 Kirche zu Münster, die der Metropole von Cöln angehört, bilden ihre innerhalb
 der Grenzen des preussischen Reichs belegenen zwei hundert sieben und achtzig
 Pfarreien sammt mehreren, ausserhalb dieser Gränzen belegenen, und zu ihrer
 Diöces gehörigen, über die Wir Uns und Unsern Nachfolgern, den Päpsten zu
 Rom, die Macht vorbehalten in Zukunft, wie es Uns in dem Herrn wohlgefallen
 wird, zu verfügen [Namen der Pfarreien] Wir fügen ferner hinzu . . .
 die Gemeinde zu Oldenburg, die wir von der Nordischen Mission ausscheiden
 lassen, und welche zum Gebiete des Herzoges von Oldenburg gehören. | Der
 Sprengel der bischöflichen Kirche von Paderborn, deren Metropole ebenfalls die
 Kirche von Cöln ist, behält seinen bisherigen Umfang. Mit ihm vereinigen Wir
 den ganzen Sprengel des gegenwärtig aufgehobenen Bisthums Corvey, ausserdem
 aber noch von dem übrerrheinischen Gebiet der vormaligen Erzdiöces Cöln
 [Namen der Pfarreien] wie auch die Pfarreien des Grossherzogthums

imar; nicht minder die Pfarrei Eppe im Fürstenthume Waldeck, sonst zum
 ischen Sprengel gehörig ¶ Den Sprengel der beiden erzbischöflichen
 für immer zu gleichen Rechten vereinigten Kirchen von Gnesen und Posen
 den jene Orte ausmachen, die dazu jetzt, seit der letzten Diöcesan-
 chreibung des Königreichs Polen, gehören [Namen der Pfarreien] . . .
 Sprengel der bischöflichen Kirche zu Culm, die Suffragan ist des Erz-
 hofs von Gnesen und Posen, wird bestehen, aus zweihundert und funfzehn
 reien, nämlich [Namen der Pfarreien] Der Sprengel der bischöf-
 en Kirche zu Breslau, welche dem apostolischen Stuhle unmittelbar unter-
 fen ist, bildet deren dermaliges Gebiet, mit Ausschluss der Decanate
 rzeszow und Kempen, welche mit der Diöces Posen vereinigt sind
 men der Pfarreien] . . . Ueberhaupt sechshundert ein und zwanzig Pfarreien
 erhalb der Grenzen des preussischen Reichs. Ausserdem behält dieser
 engel seine auf österreichischem Gebiet belegenen Pfarreien. Endlich unter-
 en Wir den Bischöfen zu Breslau für jetzt und künftig die von dem aposto-
 hen Vikariat der nordischen Missionen zu trennenden Pfarreien der Städte
 lin, Potsdam, Spandau, Frankfurt an der Oder, Stettin und Stralsund, welche
 dem vorerwähnten Probste zu St. Hedwig in Berlin, als Delegaten des
 hofs von Breslau, verwaltet werden sollen. Den Sprengel der bischöflichen
 che von Ermland, welche ebenfalls dem apostolischen Stuhle unmittelbar
 erworfen ist, bildet ihr dermaliges Gebiet, nebst den von dem Bisthume Culm
 rennten Decanaten Fürstenwerder, Neuteich, Marienburg, Stuhm und Christ-
 g mit ihren Hülfspfarreien und Tochterkirchen, so dass der ganze Sprengel
 undert und neunzehn Pfarreien in sich fasset. Vorgedachte Städte nun und
 chen, erzbischöfliche und bischöfliche, sammt Pfarreien und Orten, ihnen zum
 engel beigelegt, auch Einwohnern beiderlei Geschlechts, sowohl geistlichen
 weltlichen Standes, überweisen Wir den Kirchen und deren Hirten zu ewigen
 en als Stadt, Sprengel, Diöces, Geistlichkeit und Gemeinde, und unterwerfen
 ihnen im Geistlichen dergestalt und also, dass, nachdem vorerwählter Bischof
 ph von Ermland diesen Brief gehörig wird vollzogen haben, und einiger, in
 Form, dann als nun, getroffene besondere Verfügungen Zeit gekommen seyn
 ., sie selbst oder durch andere in ihren Namen, wahren, wesenhaften und
 lichen Besitz der geistlichen Leitung und Verwaltung, und jegliches
 esan- und Ordinariatrechts, in gedachten Städten und deren Kirchen-
 ngeln, wie auch Gütern und Einkünften, zu ihrer Ausstattung, wie unten
 t, ausgesetzt, kraft canonisch-apostolischer Einsetzungsbrieft, frei ergreifen,
 in dem ergriffenen Besitze sich erhalten mögen. Daher denn auch, von
 Augenblicke, da sie nach dieser Unserer Verordnung von den einzelnen
 en beigelegten Sprengeln werden Besitz ergriffen und deren Leitung mit der
 t angetreten haben, alle Jurisdiction der vorigen Vorgesetzten, gleichviel ob
 inarien oder Vikarien, aufhört, und alle denselbigen ertheilte Facultäten, in
 ihrer Jurisdiction entzogenen Distrikten und Orten sofort ihre Kraft und
 tigkeit verlieren. Inzwischen werden Unsere ehrwürdigen Brüder, die Erz-

Nr. 4755 (20)
 Röm. Curie.
 16. Juli 1821.

Nr. 4755 (20).
 Röm. Curie.
 16. Juli 1821.

bischöfe von Prag und Ollmütz, wie auch die Bischöfe von Königingrätz und Leitmeritz ihre Jurisdiction, so sie bisher im preussischen Gebiet ausgeübt, auch ferner behalten. Hingegen werden die in dieser Unserer Verordnung nicht mit einbegriffenen und ausserhalb des preussischen Reichs belegenen Tochterkirchen, Pfarreien und Brüche von Pfarreien, von ihren Mutter- und Pfarrkirchen, so innerhalb desselben Reichs belegen sind, hierdurch abgeschieden; und es sollen die nächsten Ordinariate dafür Sorge tragen, dass dieselben mit andern Mutterkirchen und Pfarreien von einerlei Staatsgebiet vereinigt werden; gleichwie Wir es umgekehrt mit den innerhalb des preussischen Reichs belegenen, zu ausländischen Müttern gehörigen Pfarreien, Tochterkirchen und Pfarrbrüchen, ebenso gehalten wissen wollen. Und behalten Wir Uns und diesem apostolischen Stuhle vor, was die geistliche Führung anderer Bezirke und Orte angeht, wenn es nöthig ist, besondere Fürsorge zu thun. In Erwägung aber des grossen Umfangs der Kirchsprengeln des preussischen Reichs wollen Wir die weihbischöfliche Würde in denjenigen Sprengeln des preussischen Reichs, in denen sie bereits besteht, nicht allein hierdurch bestätigen, sondern auch in den Sprengeln von Trier und Cöln herstellen und von neuem errichten; demzufolge dann jeder Erzbischof und Bischof an Uns und Unsere Nachfolger, die Päpste zu Rom, die Bitte zu bringen hat, dass ein mit den gehörigen Erfordernissen versehener Mann, geistlichen Standes, zu der weihbischöflichen Würde bestimmt, und in Vorgang des canonischen Processes, auch mit Beachtung hergebrachter Formen, und nach Anweisung eines anständigen Auskommens zu einem Titular-Bisthum in Landen der Ungläubigen erhoben werden möge. Und weil Wir die Herstellung des berühmten, uralten erzbischöflichen Stuhls zu Cöln, der Erhaltung des vor zwanzig Jahren, gleichsam an seiner Statt, errichteten Bisthums Aachen vorgezogen haben, aber auch, in Uebereinstimmung des Durchlachtigsten Königs von Preussen Wunsch und geneigtem Willen, der Stadt Aachen etwas Angenehmes erweisen wollen: so beschliessen und verfügen Wir, dass die bisherige Cathedrale zur heiligen Jungfrau Maria daselbst in ein Collegiatstift umgewandelt werden soll, bestehend aus der einzigen Würde eines Probstes und aus sechs Canonicaten, deren Verleihung, was die Probstei betrifft, dem heiligen Stuhle ausschliesslich, was hingegen die Canonicate angeht, ihm in Abwechslung mit dem Erzbischofe zu Cöln, gebühren wird Zum Vollzicher dieses Unseres Briefes ernennen, wählen, setzen und verordnen Wir Unsern ehrwürdigen Bruder, Joseph Bischof von Ermland, auf dessen Einsicht, Gelehrsamkeit und Rechtlichkeit Wir in dem Herrn ein grosses Zutrauen setzen. Ihm überlassen Wir, alles und jedes Vorbesagte und von Uns Verfügte zum vorgesetzten Ziel zu leiten, und (damit die erledigten Stühle, wie es die Noth erfordert, des baldigsten mit tüchtigen Hirten versehen und die kirchlichen Angelegenheiten in besseren Stand und Ordnung gebracht werden mögen) die Kirchen mit angemessener und fester Ausstattung zu versorgen. Die dazu erforderlichen Mittel wird der vorgepriesene Durchlachtigste König von Preussen, seiner Huld nach, freigebig bewilligen, als welcher Fürst Uns Gesinnungen der

rossmuth und Güte gegen die seinem Scepter unterworfenen Katholiken, Nr. 4755 (20).
Röm. Curia.
16. Juli 1821.
 en gegeben und zu unverzüglicher Herstellung aller Diöcesen seines
 gende Art und Weise der Ausstattung dargeboten hat: || Es sollen auf
 tlich dazu angewiesenen Staatswaldungen so viel Grundzinsen errichtet
 s auszustattende Sprengel da sind; und zwar zu solchem Betrag, dass
 jährlich zu erhebenden reinen, von jeglicher Belästigung freien Ein-
 reichen, entweder zu gänzlicher Ausstattung der Sprengel, wenn es
 daran gebricht, oder zur Ergänzung der Ausstattung, wenn Sprengel
 ihrer Güter noch besitzen, so dass jede Diöces zukünftig ein solches
 ommen haben möge, welches die für die erzbischöfliche oder bischöf-
 l, für das Domcapitel, für das Seminar und für den Weihbischof aus-
 unten aufzuführenden Einkünfte vollkommen decke; und dass das
 solcher Grundzinsen durch Urkunden, in bündiger den Gesetzen jenes
 tsprechender Form abgefasst und von dem vorgepriesenen Könige
 zogen, einer jeden Kirche übertragen werde. Und weil vorgedachte
 a, wie die Staatsgüter überhaupt, aus Anlass der im Kriege gemachten
 mit Hypothek belastet sind, denselben daher kein Grundzins auferlegt,
 Einkommen nicht bezogen werden kann, bevor durch Zahlungen, welche
 ung den Hypothekar-Gläubigern geleistet, der Betrag der Staatsschuld
 t und ein zureichender Theil der Staatswaldungen von der Hypothek
 den ist; ferner, da nach dem Gesetze, wodurch der Durchlachtigste
 Staats-Gläubigern diese Sicherheit gewährt hat, im Jahre Tausend
 rt dreiunddreissig durch die Behörden sich entscheiden wird, was für
 ke von der Hypothek erledigt oder noch damit beschwert bleiben
 o beschliessen Wir, dass die Eintragung gedachter Grundzinsen in dem
 Jahre Tausend achthundert dreiunddreissig, oder auch theilweise
 enn nämlich ein Theil der Waldungen von jener Hypothek befreiet
 attfinden soll. Es werden demnach wenigstens vom Jahre Tausend
 rt dreiunddreissig ab, jene Grundzinsen von den einzelnen Diöcesen
 ur erhoben; von nun an aber bis zu gedachten Jahre hin, oder bis
 die Errichtung des Grundzinses früher zu Stande käme, soll eine dem
 r Grundzinsen gleichkommende Baarschaft aus den Regierungshaupt-
 r Provinz einer jeglichen Diöces ausbezahlt werden. Und um jede
 s zu heben, dass diese Art der Zahlung auch über das Jahr Tausend
 rt dreiunddreissig hinausreichen könne, wenn vielleicht die Behörde
 htung gedachter Grundzinsen widerspräche, weil die Staatsschuld noch
 ugsam vermindert worden sei, so hat der belobte König sich erboten
 zugesagt und verheissen, wenn wider alle Erwartung sich solches zu-
 üchte; dass dann mit baarem Gelde des Staats so viel Grundstücke
 nd den Kirchen zu eigenthümlichem Besitze übergeben werden sollen,
 lterlich sind, um durch ihr jährliches Einkommen den Betrag jener
 sen zu erreichen. Da nun der Durchlachtigste König verheissen hat,
 es Alles bündige, in seinem Reich zu Recht bestehende, von Ihm selbst

Nr. 4755 (20).
Röm. Curie.
16. Juli 1821.

zu vollziehende Urkunden zu desto sicherer Vollführung ausstellen zu lassen, so soll gedachter Bischof Joseph verpflichtet sein, jeder Kirche eine dergleichen Urkunde zur Aufbewahrung in ihrem Archiv zu überliefern. || Es haben aber die Einkünfte dieser Art der königlichen Verheissung gemäss, frei von allen Lasten, folgenden Betrag jährlicher Ausstattung zu erreichen, als für den Erzbischof von Cöln, auch für den Erzbischof von Gnesen und Posen Zwölf Tausend preussische Thaler. Für die Bischöfe von Trier, Münster, Paderborn und Culm Acht Tausend Thaler selbiger Währung. Für den Bischof von Breslau Zwölf Tausend Thaler selbiger Währung, ausser seinem Gute Würben im Preussischen und ausser seinen Einkünften aus demjenigen Theil der Diöces, welcher dem Scepter Unseres geliebtesten Sohnes in Christo, des Kaisers von Oesterreich und apostolischen Königs von Hungarn und Böhmen, Franz, unterworfen ist. Anlangend die Ausstattung des bischöflichen Tisches von Ermland, so erklären Wir, dass, da dieser Stuhl Güter und festes Einkommen besitzt, vor der Hand keine Veränderung stattfinden soll. Es wird jedoch zu seiner Zeit eine ähnliche Einrichtung, wie in Ansehung der übrigen Stühle, durch apostolische Autorität getroffen werden [Dotation der Capitel] ; Ferner soll gedachter Bischof Joseph von Ermland, zu angemessener sicherer Ausstattung der Seminarien jeder Diöces, diesen Anstalten mit Beibehaltung der Güter, die sie etwa schon haben, jene ganz neue oder ergänzende Ausstattung überweisen, zu welcher der Durchlachtigste König in seiner Freigebigkeit sich erboten hat. Desgleichen tragen Wir ihm, dem Bischofe Joseph, hierdurch auf, dass er den Erzbischöfen und Bischöfen zu ihrer anständigen Wohnung entweder die alten bischöflichen Residenzen, wenn dieses füglich geschehen kann, oder andere Häuser in den Städten, auch, wo die Umstände es begünstigen, einen Sommeraufenthalt, Alles, wie die Gnade des Königs es verleihen wird, fest bestimme und anweise | Zu baulicher Unterhaltung der Metropolitan- und Cathedralkirchen (mit Einschluss der als Cathedrale supprimirten, übrigens aber beibehaltenen Kirchen zu Corvei und Aachen) wie auch behufs des Aufwandes für den Gottesdienst und für die Kirchenbedienten, sollen alle jene Güter und Einkünfte auch künftig gewidmet bleiben, welche es gegenwärtig bereits sind, und deren sorgfältigste Erhaltung der Durchlachtigste König Uns verheissen hat. Im Fall ausserordentlicher Noth vertrauen Wir, dass für dieses Bedürfniss aus dem Vermögen des königlichen Schatzes mit Freigebigkeit werde gesorgt werden. || Dem vorgedachten Bischofe Joseph legen Wir überdies auf, dass er bei jedem Erzbisthum und Bisthum für herkömmlich angemessene Ausstattung der weihbischöflichen Würde Sorge; auch den Erzbischöfen und Bischöfen die erforderlichen Einnahmen zur Besoldung des Generalvikars und zum Unterhalte der Behörde, nach der höchst freigebigen und fürsorglichen Verfügung des Königs überweise. ; Und da der Durchlachtigste König von Preussen verheissen hat, dass jene Häuser, die zur Versorgung ausgedienter, alter und kranker Priester, wie auch zur Zählung ungerathener Geistlichen, bereit sind, nicht eingehen, vielmehr da, wo es noch daran gebricht, deren neue errichtet werden

sollen, so überlassen Wir Ihm, dem Bischofe Joseph, in vorgängiger Erkenntniss Nr. 4755 (20).
Röm. Curie.
18. Juli 1821. dessen, was der vorbelobte König dieserwegen verfügt hat, auch nach ein-
gezogenem Gutachten der betreffenden Ortsordinarien, unter deren Aufsicht der-
gleichen Häuser bleiben müssen, alles, was zu deren Ausstattung gehört, anzu-
ordnen || Ferner, mit Rücksicht auf den Betrag des Einkommens, welches
den erzbischöflichen und bischöflichen Sitzen des preussischen Reichs dermalen
beigelegt worden ist, wollen Wir, dass sie in den Büchern der apostolischen
Kammer in Zukunft geschätzt seyn sollen, wie folgt: die Kirche zu Cöln mit
Tausend Goldgulden des Kammersatzes; die vereinte Kirche von Gnesen und
Posen ebenfalls mit Tausend Gulden; die Kirche zu Breslau mit Tausend Ein-
hundert und Zweidrittel Gulden; die Kirchen von Trier, Münster, Paderborn,
Culm und Ermland, jede zu Sechshundert sechs und sechzig und Zweidrittel
Gulden. Auf dass aber Alles, was hier verordnet worden, gehörig, gut und bald
ins Werk gerichtet werde, ertheilen Wir dem mehrgedachten Bischofe Joseph
von Ermland, als angeordneten Vollzieher dieses Briefes, alle und jede Voll-
machten, so zu diesem Geschäfte nöthig oder dienlich sind [Folgt die
übliche Schlussclausel].

Gegeben Rom an der Kirche der heiligen Maria, der Aelteren, im Jahre
nach der Menschwerdung des Herrn Eintausend Achthundert Zwanzig und Eins,
den sechzehnten Tag des Monats Julius. Unseres Oberhirten Amtes im zwei
und zwanzigsten Jahre.

Ausser für Preussen erlangte die Bulle „de Salute“ auch Gültigkeit für
Gotha, Homburg (Meisenheim), Lippe, Schwarzburg, Waldeck und Oldenburg,
obwohl diese Staaten an den früher erwähnten Verhandlungen keinen Antheil
genommen hatten. Uebrigens schloss Oldenburg mit dem päpstlichen Voll-
zieher der Bulle am 5. Januar 1830 noch eine besondere Convention, durch
welche, nebst andern Festsetzungen, die Katholiken des „oldenburgischen
Bezirktes“ in dem Officialate zu Vechta eine unmittelbar unter dem Bischofe
von Münster stehende geistliche Behörde erhielten. Eine grossherzogliche
Kundmachung vom 5. April 1831 ertheilte dann der Bulle „de Salute“ die
Genehmigung und erklärte die erwähnte Convention als „Fundamentalstatut
der katholischen Kirche in Oldenburg“. (S. Kirchenlexikon von Wetzer und
Welte 1848. II. Bd. p. 753 f.). — Die „Pfarreien des Grossherzogthums
Weimar“, welche obenstehende Bulle mit Paderborn vereinigte, wurden später
(1830) dem Bischof von Fulda untergeordnet, „unter dessen Jurisdiction jenes
Land factisch stehe“. — Die in der Bulle in Aussicht gestellten festen Dota-
tionen erfolgten nicht. In den amtlichen Erörterungen des Ministeriums der
geistlichen Angelegenheiten zu §. 15 der preussischen Verfassungs-Urkunde
wird gesagt: „Es ist bekannt, dass aus finanziellen Gründen die Radicirung
der Dotationen der Bisthümer und Capitel auf die Staatswaldungen, beziehent-
lich die Ausstattung dieser Institute mit Grundbesitz nicht hat erfolgen
können. Um so mehr aber ist der Staat zu fortgesetzter Leistung in der
bisherigen Weise durch das Recht und seine Ehre verpflichtet.“ (S. Rönne,
das Staatsrecht der preussischen Monarchie. 1870. I. Bd. 2. Abth. p. 642 ff.).

Nr. 4756. (21.)

RÖMISCHE CURIE. — Breve Pius VII. — Ueber die Bischofswahlen in Preussen.

Lat. Orig. Nussi, Conv. p. 378 f.

Pius P. P. VII.

Nr. 4756 (21).
Röm. Curie.
16. Juli 1821.

Geliebte Söhne, Gruss und apostolischen Segen. Was Wir, um das Heil der in Euerem Lande lebenden Gläubigen äusserst besorgt, so sehr gewünscht und mit allem Eifer betrieben haben, das ist endlich zu unserer Freude glücklich zu Stande gekommen, durch den gütigen Beistand dessen, der Geber des Friedens und Vater jedes Trostes ist. Nach so vielen Schwierigkeiten in unseren höchst traurigen Zeitläuften konnten wir nämlich in diesem Reiche Bischofssitze, welche für so viele Namen werden anempfohlen werden, errichten, und nach der Bequemlichkeit der oberherrlichen Heerde passend vertheilen, nachdem die Angelegenheit vorzugsweise mit Eurem Allergnädigsten Könige vereinbart worden war, der, durch den ihm eigenen erhabenen Edelmuth bei der grossmüthigen Gewährung des Einkommens derselben, Unsern Bemühungen ausnehmend förderlich entgegen gekommen ist. Den ganzen Sachverhalt werdet Ihr wohl genau aus dem apostolischen Schreiben erfahren, das diesen betrifft, und dessen Absendung unter Siegel Wir am heutigen Tage anbefohlen haben; auch zweifeln wir nicht daran, dass Ihr grossen Trost daraus schöpfen werdet, dass Ihr auch mehrere Kirchen eben dieses Landes, welche im Argen gelegen, neu aufgerichtet, wie auch das bedeutungsvolle Vorrecht der Bischofswahl Euch gewahrt sehen werdet; ein Hauptgegenstand ebensowohl Eurer als Deutschlands angelegentlichster Wünsche. Bei diesem Anlass aber wollen Wir ganz besonders an Euch diese briefliche Mahnung richten, um, von Unserer allgemeinen Dankfeier und Benedeiung des Herrn abgesehen, vielmehr bei dem höchst wichtigen Acte der Wahl Euere Frömmigkeit, Weisheit und Ehrenhaftigkeit eindringlichst anzueifern. Haltet Euch (Wir sagen dies mit der grössten Bekümmerniss des Herzens) haltet Euch beständig vor Augen, was die Tridentinische Kirchenversammlung allen denjenigen sehr deutlich vorschreibt, welche zur Beförderung der zukünftigen Vorsteher in irgend welcher Art ihren Beistand gewähren (Sess. 24, Cap. I de Ref. — Sess. 6, Cap. I de Ref.). Es handelt sich um die Ehre des Allmächtigen, um das Wohl der Seelen, auch um Euer ewiges Heil. Kein anderes Ziel darf Euch demnach bei der Stimmabgabe leiten, als die Sorge für die Vortheile der Religion und die Unversehrtheit der Herde denn Ihr werdet Gott selbst, der von Eueren Händen das Blut der Lämmer fordern wird, wenn schlechte Leitung der Hirten einige davon umkommen liess, Rechenschaft über Eure Mühe und Stimmenabgabe ablegen. Da aber behufs des Gedeihens der Religion und der förderlicheren Verwaltung des bischöflichen Amtes gar viel daran liegt, dass die wechselseitige Eintracht beider Gewalten gewahrt

dem eben nach dem Zeugniß des Ivo Carnotensis, bei der Ueber-
 zwischen Königthum und Priesterthum die Welt gut regiert wird und
 e Blüthen und Früchte trägt: so wird es an Euch liegen, jene
 hlagen, von denen Ihr wisst, dass sie, neben den sonstigen
 chenrechte festgesetzten Eigenschaften, auch noch durch
 zug der Klugheit sich empfehlen, und nicht minder Sr. Maj.
 nig genehm sein werden, über welche Umstände Ihr vor dem
 hen, streng nach den canonischen Regeln vorzunehmenden
 te Euch zu vergewissern trachten werdet. || Obwohl Wir nun,
 schen Sr. Majestät nachgebend, in Unserm obenerwähnten Schreiben
 haben, dass die zur Wahl gelangenden Kirchenfürsten Preussens, Ein-
 dieses Reiches sein sollen, so ist es doch nicht Unsere Absicht, dass
 , die ausserhalb des Landes ansässig sind, von Euch ausnahmslos aus-
 en werden. Neigen sich nämlich Eure Stimmen einem Priester
 Nation zu, den grosse Vorzüge auszeichnen, der aber in ausser-
 nem Gebiet wohnt, so erklären Wir bereitwillig die Gestattung seiner
 n Bischof unter Zustimmung des Königs. || Dies, geliebte Söhne, ver-
 ir vertrauensvoll von Eurer getreuen und frommen Umsicht
 klichen und gewünschten Erfüllung dessen ertheilen Wir Euch von
 ls Unterpfand göttlichen Beistandes den apostolischen Segen.

den zu Rom bei Sta. Maria Maggiore am 16. Juli 1821, Unseres Pontificatus
 hre.

Pius P. P. VII.

. Mejer, Das Veto deutscher protestantischer Staatsregierungen gegen
 ische Bischofswahlen. Rostock 1866. Friedr. Schulte, Die Rechts
 des Einflusses der Regierung bei den Bischofswahlen in Preussen.
 n 1869. Vollständige Literaturangabe in Walter, Kirchenrecht p. 506.

Nr. 4757. (22.)

EN. Circularschreiben des Ministers der geistl. Angelegen-
 ten an die kath. Bischöfe. — Mildere Ausübung des Placets.

Ministerialblatt f. d. innere Verwaltung. Jahrg. 1841. p. 16 f.

ie Majestät der König, unser Allergnädigster Herr, haben zu beschliessen
 lass in allen geistlichen Angelegenheiten, wo das hierarchische Verhält-
 schen den Bischöfen des Landes und ihrem geistlichen Oberhaupte zu
 igen Mittheilungen Anlass gibt, der diesfällige Verkehr mit dem römi-
 uhle fortan frei von allen Beschränkungen stattfinden könne, und die
 ung desselben durch die Königl. Behörden nur in den Fällen einzutreten
 o solche von den Bischöfen oder dem römischen Stuhle selbst nach-

Nr. 4756 (21).
 Röm. Curie.
 16. Juli 1821.

Nr. 4757 (22).
 Preussen.
 1. Jan. 1841.

Nr. 4757 (22)
Preussen.
1. Jan. 1841.

gesucht werden sollte. . . Allerhöchstdieselben hegen das volle Vertrauen, dass bei diesem Verkehr die Bischöfe stets ihres, dem Landesherrn geleisteten Eides der Treue und des Gehorsams eingedenk sein, und auch in Absicht der Anwendung oder Ausführung von Erlassen, welche sie von dem römischen Stuhle erhalten, die Vorschriften der bestehenden Gesetze und Verfassung nie unbeachtet lassen werden. Demgemäss erwarten Seine Majestät von ihnen nicht nur die jedesmalige Anzeige von dem Inhalte der Verhandlungen zwischen ihnen und Rom, sondern auch insbesondere, dass sie die an sie gelangenden Schreiben oder Erlasse des päpstlichen Stuhles, welche nicht ausschliesslich die Lehre betreffen, sondern zugleich den Staat und die bürgerlichen Verhältnisse, wenn auch nur mittelbar berühren, ohne die vorangegangene Zustimmung der weltlichen Behörde weder verkündigen, noch sonst irgend in Anwendung bringen. Dagegen wird die weltliche Behörde die Zustimmung überall bereitwillig ertheilen, wo die Bekanntmachung oder Anwendung jener Schreiben und Erlasse weder dem Staate noch den Rechten Einzelner nachtheilig ist. Es gereicht mir zur besondern Freude, Ew. etc. von diesem Königl. Beschluss, dem Ausfluss des grossartigsten Vertrauens, in Kenntniss zu setzen. | Seine Majestät haben keinen aufrichtigeren Wunsch, als dass der nun ganz frei gegebene Verkehr ununterbrochen aufrecht erhalten und Allerhöchstdieselben nie durch Missbrauch die Pflicht auferlegt werden möge, zu Massregeln zurückzukehren, welche die Erhaltung der Rechte Ihrer Krone und die landesväterliche Sorge für das Wohl und den Frieden aller ihrer Unterthanen als nothwendig erscheinen lassen könnte.

Berlin, den 1. Januar 1841.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
Eichhorn.

Die Veranlassung zur Milderung des Placets lag hauptsächlich in dem Wunsche der preussischen Regierung die „Kölner Irrung“ (1837—1840), welche durch das Vorgehen des Kölner Erzbischof Freiherr Clemens v. Droste gegen die Anhänger der Hermesischen Lehre und dessen Haltung bezüglich der gemischten Ehen herbeigeführt war, auf gütlichem Wege beizulegen. (S. die Actenstücke hierüber: G. T. H. Rheinwald, *Acta historico-ecclesiastica seculi XIX.* Hamburg 1839 f. Bd. II und III, — worin auch (Bd. III p. 379—455) die officiële Denkschrift der Regierung über ihr Verfahren abgedruckt. Beurtheilung der Thatsachen, durch welche die Massnahmen der preussischen Regierung gegen den Erzbischof von Cöln herbeigeführt worden sind. Frankf. a. M. 1838. Roskovány, *de matrimoniis mixtis inter catholicos et protestantes.* Fünfkirchen 1842—54. Bd. II und III.) — Die Actenstücke über den Conflict der Regierung mit dem Erzbischof von Posen wegen der gemischten Ehen, der in dieselbe Zeit fällt, siehe theilweise in Rintel, *Vertheid. der Erzbischöfe von Gnesen und Posen* Martin und Dunin. Würzburg 1839; und auch in den oben angeführten Werken. — Kürzere Darstellungen dieser Ereignisse: (Gieseler) *Ueber die Cölnische Angelegenheit*, von Irenäus. Leipzig 1838. Herzogs Real-Encyclopädie l. c. Art. Droste, Bd. III, p. 506—518. Friedberg, *Grenzen* l. c. p. 337 ff. Gams, *Geschichte* l. c. III p. 487—530.

Nr. 4758. (23.)

HANNOVER. Königliches Patent. — Genehmigung der Circumscriptionsbulle für Hannover.

Gesetz. f. d. Königr. Hann. Jahrg. 1824. I. Abth. St. Nr. 12.

Georg IV., von Gottes Gnaden, König von Grossbritannien und Hannover ^{Nr. 4758 (23).}
u. s. w. Nachdem wir die von Seiner päpstlichen Heiligkeit am 26. März 1824 ^{Hannover.}
zu Rom erlassene Eintheilungsbulle der Diöcesen, welche mit den Worten: ^{20. Mai 1824.}
Impensa Romanorum Pontificum anfängt, einer umständlichen und sorgfältigen
Prüfung unterworfen, und Uns überzeugt haben, dass dieselbe ihrem wesent-
lichen Inhalte nach mit den Verhandlungen und Verabredungen völlig überein-
stimme, welche mit dem päpstlichen Stuhle in Beziehung auf die Errichtung der
Bisthümer und Capitel, deren Besetzung und Ausstattung, wie auch der Be-
grenzung der Diöcesen der katholischen Kirche in Unserem Königreiche Han-
nover stattgefunden haben, so verordnen Wir, wie folgt: 1) Kraft Unserer
Majestätsrechte ertheilen Wir den auf die vorher namhaft gemachten Gegen-
stände sich beziehenden Verfügungen der erwähnten päpstlichen Bulle Unsere
königliche Genehmigung. Es sollen demnach Alle, die es betrifft, jene Ver-
fügungen als ein verbindendes Statut der katholischen Kirche in Unserem König-
reiche Hannover zu beobachten und zu befolgen haben. 2) Die Genehmigung
vorgedachter Bulle wird, wie sich ohnehin versteht, nicht anders ertheilt, als
unbeschadet Unserer Majestätsrechte und der Rechte Unserer Unterthanen
evangelischer Religion und der evangelischen Kirche im Königreiche. 3) Ein
Abdruck jener päpstlichen Bulle soll in lateinischer Sprache sowohl als in
deutscher Sprache diesem Unserem landesherrlichen Genehmigungspatente ange-
hängt, und in die erste Abtheilung der Gesetzsammlung aufgenommen werden.

Gegeben zu Carltonhouse, am 20. Mai 1824.

Georg Rex.
Graf Münster.

O. Mejer, Propaganda l. c. II p. 418—443. Gams, Geschichte l. c. III
p. 460—470.

Hannover, welches erst in diesem Jahrhundert im Stifte Osnabrück (1803), dann in Hildesheim und den vormals mainzischen Antheilen des Eichsfeldes (1815), grössere katholische Landestheile erworben hatte, fasste schon im Jahre 1816 den Entschluss, durch eine nach Rom abgeordnete Gesandtschaft, zur Ordnung seiner katholischen Kirchenverhältnisse zu gelangen. Die ausgesprochene Absicht der Regierung ging dabei vom Anfange an auf den Abschluss eines Concordates. Die darüber im Laufe des Jahres 1817 zwischen einem Mitglied der Gesandtschaft und dem päpstlichen Commissär Monsign. Mazio geführten Conferenzen liefen in vorläufigen Punktationen aus, welche den bereits erreichten Consensus und den noch vorhandenen und zwar überwiegenden Dissensus bestimmt formulirten. Da man auf diesem Wege,

Nr. 4758 (23).
Hannover.
20. Mai 1824.

auch nach neuen Instructionen, nicht zum Ziele zu gelangen schien, traten der Gesandte v. Ompteda und der Cardinal-Staatssecretär in unmittelbare und geheim gepflogene Verhandlungen. Aus denselben ging ein im Staatssecretariat entworfenes Project hervor (Ende 1818), das von dem Gesandten seiner Regierung empfohlen, von dieser zwar nicht angenommen, aber doch die Basis weiterer Unterhandlungen wurde. Dieselben stockten wiederholt und standen, nachdem inzwischen v. Reden Gesandter geworden, Mitte 1820 so, dass die Regierung ihre Zustimmung zum Concordat von der Einräumung vier bestimmter Punkte — unbedingtes Recusationsrecht der zu erwählenden Bischöfe, der Prediger und Lehrer, Aufsicht über das Kirchengut, Beibehaltung der landesherrlichen Consistorien in causis non mere spiritualibus, Recht der Bestätigung für neue geistliche Stiftungen — abhängig machte, welche die Curie aber entschieden verweigerte. Im September 1820 wurde das hannöverische Ultimatum überreicht; im März erfolgte die ablehnende Antwort. In dieser Lage der Dinge erfuhr man in Hannover dass die Verhandlungen Preussens über eine Circumscriptionsbulle rasch zum Ziele führten. Nun gab man den Concordatsplan auf und sprach gleichfalls (Anfang 1822) den Wunsch nach einer Circumscriptionsbulle aus. So ungerne die Curie darauf einging, gab sie doch nach, und im Laufe des Jahres 1822 und den ersten Monaten 1823 wurde ein Conventionsproject ausgearbeitet, das von der hannöverschen Regierung dann im Wesentlichen angenommen, wenige Tage vor dem Ableben des Papstes in Rom eintraf. Die römische Acceptation wurde in einer vom 13. August datirten, am 19. August abgesandten Note Consalvi's ausgesprochen, unter der Voraussetzung einiger redactioneller Aenderungen. Diese geschahen, und Anfang 1824 erfolgte die unbedingte Ratihabition von Seite der Regierung. Nach einem desfalls ergangenen Consistorialdecret erliess Papst Leo XII. am 26. März 1824 das unter seinem Vorgänger diplomatisch sanctionirte Uebereinkommen in der Bulle „Impensa Romanorum Pontificum“. Dadurch wurde das Königreich Hannover in zwei geographisch bestimmte Diöcesen getheilt. — Die factische Errichtung des Bisthums Osnabrück, welche in der Bulle in Aussicht gestellt wurde, erfolgte erst durch einen mit dem Bischof von Münster, als Executor der Bulle „Impensa“ geschlossenen Vertrag vom 11. Nov. 1856, worauf die Diöcese im Jahre 1858 den ersten eigenen Bischof erhielt. — Die Katholiken des Herzogthums Braunschweig wurden durch ein päpstliches Breve vom Jahre 1834 der Diöcese Hildesheim zugetheilt, ohne dass darüber eine Vereinbarung mit der Landesregierung stattgefunden hätte. (So Gams l. c. III p. 468.) Bis dahin standen dieselben unter dem apostol. Vicariat von Niedersachsen.

Nr. 4759. (24.)

RÖMISCHE CURIE. Die Bulle Impensa Romanorum Pontificum. —
Circumscription, Besetzung und Ausstattung der Diöcesen Hannovers.

Lat. Orig. Bull. M. R. XVI p. 32. Nussi, Conv. p. 222. Deutsche Uebers. Gesetz. f. d.
Königr. Hann. Jahrg. 1824. I. Abth. St. Nr. 12.

Leo Bischof, Knecht der Knechte Gottes, zu ewigem Gedächtnisse.

Nr. 4759 (24).
Röm. Curie.
26. März 1824.

Die ausgezeichnete Sorgfalt der römischen Päpste, womit sie für das Wohl der gesamten katholischen Kirche wachen, treibt sie an, alles das zu bereit-

urch für das Beste des gläubigen Volks gesorgt werden kann, damit dasselbe
 Verhältniss der Orte und Zeiten desto leichter zur Gottesverehrung und
 Allem dem hingezogen werde, was zur Beförderung des ewigen Seelen-
 dienlich zu sein vermag. Daher waren deren eifrigste Bemühungen darauf
 gerichtet, dass der Heerde des Herrn es nie an solchen Hirten fehle,
 die sie auf heilsame Weiden führen und auf dem Pfade der Gerechtigkeit
 hüten könnten. || Dieses in der That bezweckte insonderheit Unser Vorgänger,
 der Siebente, glorreichen Andenkens, als er, in Folge der Sorgfalt, welche
 zum Besten der Religion, wenn vorzüglich Gefahr für sie zu besorgen war,
 angewandte, nach den schrecklichsten Unfällen der vorigen Zeiten für alle
 höflichen Sitze in ganz Deutschland auf passende Weise zu sorgen sich
 belegen sein liess und zugleich sein Nachdenken richtete auf zwei, durch
 ihr Ansehen und Würde ausgezeichnete Kirchen, die Hildesheimsche und Osnabrücksche,
 welche ihren Ursprung aus Carls des Grossen Zeiten herleiten und gegenwärtig
 an den Grenzen des Königreichs Hannover sich befinden. || Nachdem deshalb
 Verhandlungen mit dem durchlachtigsten Fürsten, Georg dem Vierten, Könige
 des Vereinigten Reichs Grossbritannien und Irland, wie auch Könige von Han-
 nover und Herzoge von Braunschweig und Lüneburg stattgefunden hatten, war
 der vorbelobte Papst, nach Anhörung Einiger aus der Mitte Unserer ehrwürdigen
 Väter, Cardinäle der heiligen römischen Kirche, der Meinung, es sei über das,
 eine so grossen Umkehrung der Dinge sich darbietende, leichtere Auskunfts-
 mittel zu berathschlagen, einzig und allein in der Absicht, um jene zwei bischöf-
 lichen Sitze mit ihren Capiteln auf irgend eine Art zu erhalten und für sie auf
 die passendste Weise sowohl die Ausstattungen, als Sprengel zu bestimmen. ||
 Nun Wir, obschon ungleich an Verdiensten, durch die Fügungen der gött-
 lichen Gnade zu dem höchsten Pontificate berufen worden sind, so mussten Wir
 nichtfalls auf jenen Gegenstand Unsere eifrigen Bemühungen gerichtet sein
 lassen, damit es nicht den Anschein gewänne, als ob Wir wegen jenes Theiles
 der katholischen Heerde weniger besorgt wären. Zwar haben Wir sehr wohl
 gesehen, dass nicht wenig von der Strenge der heiligen Kirchensatzungen
 nachgelassen und Vieles der Lage und dem Verhältnisse der Orte, Zeiten und
 Personen, und andern solchen besondern Umständen habe nachgegeben werden
 müssen; allein, da es sich besonders ziemet, in der Vorgänger Fussstapfen zu
 gehen und das zu Ende zu bringen, welches Pius der Siebente, den der Tod
 frühzeitig verhindert, durch die Macht seines apostolischen Amtes nicht mehr zu
 vollbrachten vermochte: so haben Wir für nothwendig erachtet, in dem König-
 reiche Hannover eine neue Einrichtung der Kirchen und Capiteln und neue
 Sprengel der Kirchen-Sprengel, nach Vorschrift dessen, was vorbelobter Unser
 Vorgänger für zulässig gehalten hatte, anzuordnen. || Derothalben, indem Wir als
 ausdrücklich erwähnt und von Wort zu Wort hier vorgebracht alles dasjenige
 nachsichtigen, was die früheren Rechte, Privilegien und Vorrechte der vorher nam-
 entlich gemachten Kirchen und Capiteln betrifft, Wir auch die Zustimmung aller
 Personen, welche bei der Sache betheilig sind, hiermit ergänzen, beschliessen Wir

Nr. 4759 (24). kraft apostolischer Machtvollkommenheit, nach vorgängiger gänzlicher A
 Röm. Curie. hebung, Erlöschung und Vernichtung des vorigen Bestandes vorbenann
 26. März 1824. Kirchen und Capitel, dass von jetzt an in Zukunft das Capitel der Domkirc
 zu Hildesheim nur aus einer einzigen Würde, nämlich der Dechanei, aus sec
 Canonicaten und vier Vicarien oder Pfründen bestehen solle. ¶ Die jährlich
 Einkünfte des Bischofs sollen viertausend Thaler nach dem Conventionsfuss
 deren Erhebungsart nachher wird bestimmt werden, betragen; überdies se
 demselben ein Haus zu einer anständigen Wohnung gegeben und, wenn e
 solches nicht vorhanden sein sollte, dafür gesorgt werden, dass er eins erhalte.
 Als jährliches Einkommen werden angewiesen: dem Dechant des Domcapite
 Eintausend fünfhundert Thaler: [folgen die andern Dotationen] a
 die nachher zu bestimmende Weise zu erheben. Ausserdem sollen der Dechan
 jeder Canonicus und die beiden Vicarien, welche der Ordnung nach die erste
 sind, Häuser erhalten, die einer jeden Pfründe derselben angewiesen werden.
 Um nun aber gedachte Einkünfte zu begründen, hat vorerwähnter König Geor
 das Versprechen ertheilt, binnen vier Jahren, von dem Tage des gegenwärtige
 Briefes an gerechnet, dem Bischofe und Capitel an Grundstücken, liegende
 Gütern, Zehnten und Grundzinsen, in der jedem Theile gebührenden Menge,
 viel überweisen zu wollen, als erforderlich ist, um die nach den obigen B
 stimmungen Jedem angewiesenen jährlichen Einkünfte, welche von jeglicher A
 der Belästigung gänzlich befreiet verabfolgt werden sollen, vollständig beric
 tigen zu können. Indess soll die Güterüberweisung zuvor durch den nachh
 namhaft gemachten Vollstrecker dieses Briefes der Beurtheilung des apost
 lischen Stuhles unterworfen werden, damit sie, nach angestellter sorgfältig
 Prüfung, von demselben die erforderliche Bestätigung erhalte. Inzwischen ab
 sollen bis dahin, dass die Anweisung der Einkünfte in Grundstücken, liegende
 Gütern, Zehnten und Grundzinsen stattfinden wird, dem Bischofe und Capit
 die erwähnten Einnahmen jährlich aus dem königlichen Schatze vollständig u
 frei in baarem Gelde ausbezahlt werden. ¶ Was hingegen die Osnabrücksche
 Kirche anbetrifft, so soll, da die gegenwärtigen Zeitumstände es nicht erlaube
 beide Kirchen auszustatten, eine neue Ausstattung der bischöflichen Tafel, d
 Capitels und Seminars des Bisthums Osnabrück so lange aufgeschoben bleibe
 bis die dazu erforderlichen Mittel vorhanden sind, in welchem Falle jene gleich
 falls in Grundstücken, liegenden Gütern, Zehnten und Grundzinsen gescheh
 soll. Auch soll alsdann der Bischof von Osnabrück, gerade wie der Bisch
 von Hildesheim, ein jährliches Einkommen von viertausend Thalern in Co
 ventionsmünze aus den vorerwähnten Gütern erhalten; das Capitel, eben so
 das Hildesheimische, aus derselben Anzahl von Canonicis und Vicarien besteh
 und gleiche jährliche Einnahmen sollen denselben angewiesen werden. I
 bischöfliche Seminar soll so viele jährliche Einkünfte bekommen, als die
 dürfnisse und der Nutzen des Kirchensprengels erfordern. ¶ [Dotation
 Bischof und Domdechant von Hildesheim für die Verwaltung Osnabrücks] . —
 Damit inzwischen der Osnabrücksche Kirchensprengel, welchem für jetzt

den angeführten Gründen kein Bischof gegeben werden kann, einer rechtmässigen geistlichen Regierung nicht beraubt sei, so befehlen Wir, dass der ehrwürdige Bruder Carl von Gruben, Bischof von Paros in den Ländern der Ungläubigen und Suffragan derselben Osnabrückschen Kirche, den Kirchensprengel selbst während seiner Lebenszeit zu regieren fortfahre. Nach dessen Absterben soll sodann der zeitige Bischof von Hildesheim auch den Osnabrückschen Kirchensprengel, kraft der von dem apostolischen Stuhle ihm jedesmal zu dem Ende besonders zu ertheilenden Vollmachten, verwalten und dazu einen Generalvicar für die Spiritualien anstellen, welcher in der Stadt Osnabrück seinen Sitz zu nehmen verpflichtet ist. Auch wird diesem Generalvicar, wenn nur derselbe wirklich würdig und tauglich befunden worden ist, von dem römischen Papste der Titel von irgend einer bischöflichen Kirche in den Ländern der Ungläubigen, nachdem alles Erforderliche deshalb beobachtet worden, in der Absicht verliehen werden, damit er die Pontifical-Handlungen in der Stadt selbst und in dem Osnabrückschen Kirchensprengel ausüben könne und möge. Deshalb soll auch demselben Osnabrückschen Generalvicar für seine und der bischöflichen Curie Ausstattung jährlich eine Summe von dreitausend Thaler in Conventionsmünze, deren Entrichtung von der gütigen Freigebigkeit des vorbelobten durchlauchtigsten Königs zugesichert worden ist, ausgezahlt werden, wovon theils der Unterhalt des Generalvicars selbst, theils die jährliche Bezahlung derjenigen Geistlichen, welche demselben bei seiner Amtsführung Beistand leisten, zu bestreiten sein wird. Bis dahin aber, dass die Umstände die Errichtung eines eigenen Osnabrückschen Seminars gestatten, sollen die Geistlichen dieses Kirchensprengels in dem bischöflichen Seminar zu Hildesheim unterhalten und erzogen werden; weshalb demselben die Güter und Einkünfte, in deren Besitze es sich gegenwärtig befindet, ohne alle Schmälerung verbleiben sollen. Dasselbe gilt gleichfalls von den Gütern und Einkünften, welche in den beiden Bisthümern Hildesheim und Osnabrück zur Erhaltung der Kirchen, Bestreitung der Kosten des Gottesdienstes und Bezahlung der Geistlichen bestimmt sind. So oft nun aber einer der vorbenannten bischöflichen Sitze zu Hildesheim und Osnabrück, welche beide auf alle zukünftigen Zeiten dem apostolischen Stuhle unmittelbar unterworfen sein sollen, erledigt wird, soll das Capitel der erledigten Domkirche dem königlichen Ministerium eine Liste der aus der Geistlichkeit des ganzen Königreichs ausgesuchten Wahlcandidaten binnen Monatsfrist, von dem Tage der entstandenen Erledigung an gerechnet, vorlegen. Jeder der Wahlcandidaten soll wenigstens das dreissigste Lebensjahr zurückgelegt haben, mit dem Landes-Indignate versehen sein, die Studien in der Theologie und dem canonischen Rechte rühmlich vollendet und entweder die Seelsorge oder das Amt eines Professors in den Seminarien mit Beifall ausgeübt, oder in der Verwaltung kirchlicher Geschäfte sich ausgezeichnet haben, in dem Besitze des besten Rufes sich befinden und seine Lehre und Sitten ohne allen Tadel sein. Sollte der Regierung dieser oder jener von den auf der Liste sich befindenden Wahlcandidaten weniger angenehm sein, so soll ihn das Capitel auf

Nr. 4750(24). derselben austreichen; doch muss noch eine hinreichende Anzahl von Candi-
 Röm. Curie. daten, aus welcher der neue Bischof erwählt werden kann, übrig bleiben. Als-
 dem. Mainz. dann hat aber das Capitel zur canonischen Erwählung eines der auf der Liste
 übrig gebliebenen Candidaten zum Bischofe, mit Beobachtung der bestehenden
 Vorschriften, zu schreiten und dafür Sorge zu tragen, dass die Wahl-Urkunde
 in glaubwürdiger Form, binnen Monatsfrist an den Papst eingesendet werde; die
 Anstellung des Informativ-Processes über die Eigenschaften der zur Regierung
 der bischöflichen Kirchen des Königreichs Hannover zu Befördernden soll von
 dem römischen Papste entweder dem Bischofe des andern nicht erledigten
 Stuhles, oder einem, mit einer Kirchenwürde bekleideten Geistlichen des König-
 reichs übertragen und, nach Vorschrift der von dem apostolischen Stuhle in
 jedem einzelnen Falle zu überschickenden Dienstanweisung, vollzogen werden.
 Ersieht der Papst aus den ihm vorgelegten Acten, dass der Erwählte mit den
 nach der Bestimmung der heiligen Kirchensatzungen bei einem Bischofe erforder-
 lichen Eigenschaften wirklich begabt sei, so wird er ihm die Bestätigung, sobald
 es irgend thunlich ist, dem bestehenden Gebrauche gemäss, durch einen aposto-
 lischen Brief ertheilen. Sollte hingegen entweder die Wahl keineswegs cano-
 nisch vollbracht sein, oder sich ergeben, dass der Erwählte die vorher namhaft
 gemachten Eigenschaften nicht besitze, so wollen Wir dem Domcapitel aus be-
 sonderer Vergünstigung die Befugniss hiermit einräumen, zu einer neuen Wahl
 auf canonische Weise zu schreiten, wobei auf die vorher vorgeschriebene Art zu
 verfahren ist. Der neue Bischof soll von dem andern bereits consecrirt
 Bischof des Königreichs, welcher dazu eine ausdrückliche Vollmacht von dem
 päpstlichen Stuhle erhalten wird, consecrirt werden, und zwar unter Beistand
 von zwei andern Bischöfen, welche darum ersucht worden, in deren Ermangelung
 aber von zwei infulirten Prälaten, oder, wenn auch diese fehlen würden, von
 zwei mit einer kirchlichen Würde versehenen Priestern aus der Geistlichkeit
 des Königreichs. Unter die Anzahl der Capitularen sollen keine Andere
 genommen werden, als solche, welche das Landes-Indignat und die durch die
 heiligen Kirchensatzungen vorgeschriebenen Eigenschaften besitzen; ein Alt-
 von wenigstens dreissig Jahren haben, mit der Priesterweihe versehen sind
 in der Ausübung der Seelsorge oder in der Verwaltung eines andern Kirche-
 amtes oder des Professorates in dem bischöflichen Seminar sich ausgezeichneten.
 So oft eine Decanei oder ein Canonicat oder Vicariat in den Domcapitela
 Erledigung kommt, sollen abwechselnd der Bischof und das Capitel binnen sechs
 Wochen, von Zeit der Erledigung an gerechnet, eine Liste von vier Candidate-
 welche mit den festgesetzten Eigenschaften begabt sind, dem königlichen Min-
 sterium übergeben. Sollte etwa irgend einer dieser Candidaten der Regierung
 weniger angenehm oder verdächtig sein, so kann dieses beziehungsweise dem
 Bischofe oder Capitel, so bald als möglich, in der Absicht angezeigt werden,
 damit derselbe auf der Liste gestrichen werde. Hierauf aber muss der Bischof
 zur Verleihung der Decanei, des Canonicates oder Vicariates, oder beziehungs-
 weise das Capitel binnen vier Wochen zur Ernennung einer von den der Reg-

rung weder unangenehmen noch verdächtigen Personen schreiten, welcher
 sodann der Bischof die canonische Einsetzung ertheilen wird. Indem Wir nun-
 mehr übergehen zu einer neuen Grenzbestimmung der Kirchensprengel, sowohl
 des Bisthums Hildesheim, welches jetzt der ehrwürdige Bruder, Franz Egon von
 Fürstenberg, dessen gegenwärtiger Bischof, regieret, als des Bisthums Osnabrück,
 welches, seit mehreren Jahren seines Hirten beraubt, von dem oben erwähnten
 Carl, Bischof von Paros und Suffragan derselben Osnabrückschen Kirche, ver-
 möge der ihm ertheilten apostolischen Vollmachten, verwaltet wird, so be-
 schliessen Wir, nach vorgängiger Theilung, Veränderung und Trennung aller
 und jeder Städte, Länder und Pfarreien innerhalb der Grenzen des Königreichs
 Hannover von der Gerichtsbarkeit, Oberherrschaft und Gewalt aller und jeder
 Erzbischöfe, Bischöfe oder Ordinarien und apostolischen Vicarien, dass gedachtes
 Königreich, wie es bereits unser Vorgänger Pius VII. bestimmt hatte, überhaupt
 in zwei Kirchensprengel, welche der Lauf des Flusses, Weser genannt, begrenzt
 und abgesondert, getheilt werde, dergestalt, dass die auf der rechten Seite des-
 selben Flusses gelegenen Pfarreien zu der Hildesheimschen Diöcese, die Pfar-
 reien hingegen, welche auf dem linken Ufer der Weser sich befinden, zu der
 Osnabrückschen Diöcese gerechnet werden sollen, und zwar in nachfolgender
 Weise: Den Hildesheimschen Kirchensprengel sollen zuvörderst folgende fünf-
 und fünfzig Parochial-Kirchen, welche bereits zu demselben gehören, bilden . . .
 [folgen die Namen derselben]; der Osnabrücksche Kirchensprengel soll aus
 folgenden Dekanaten bestehen, . . . [folgen die Namen], weiter aus dem Erz-
 presbyterate der Niedergrafschaft Lingen, wozu 12 Pfarreien gehören . . . [folgen
 die Namen]. Desgleichen aus sieben und zwanzig in dem Kreise Meppen ent-
 haltenen und bis jetzt zu dem Münsterschen Kirchensprengel gehörenden Pfar-
 reien, . . . [folgen die Namen]. Sämmtliche vorher namhaft gemachten Dekanate,
 Pfarreien und Orte, welche den Bischöfen von Hildesheim und Osnabrück zum
 Sprengel beigelegt worden, sammt deren Einwohnern beiderlei Geschlechts,
 sowohl geistlichen als weltlichen Standes, überweisen wir den Kirchen und deren
 Hirten zu ewigen Zeiten, als Gebiet, Sprengel, Geistlichkeit und Volk und unter-
 werfen sie ihnen in Geistlichem vollkommen; daher dann auch, sobald gegen-
 wärtiger Brief seinem ganzen Umfange nach wird zum Vollzuge gebracht worden
 sein, alle Gerichtsbarkeit der vorigen Erzbischöfe, Ordinarien, apostolischen
 Vicarien oder Administratoren über die erwähnten Orte, Dekanate und Pfar-
 reien gänzlich aufhören soll, wobei Wir zugleich erklären, dass sämmtliche
 Vollmachten in den Orten und Theilen, welche ihrer Gerichtsbarkeit entzogen
 worden sind, fernerhin durchaus von keiner Kraft und Wirksamkeit sein
 sollen [Anordnung die alten Kirchendocumente den Canzleien der neuen
 Kirchensprengel zu übergeben.] Mit Rücksicht auf den Betrag der Einkünfte
 der bischöflichen Tafel der Hildesheimschen Kirche, wollen Wir, dem Herkommen
 gemäss, dass dieselbe auf siebenhundert sechs und fünfzig Goldgulden des
 Kammersatzes geschätzt und diese Taxe in den Büchern Unserer apostolischen
 Kammer verzeichnet werde. Was hingegen die bischöfliche Tafel der Kirche

Nr. 4759 (24).
 Röm. Curie.
 26. März 1824

Nr. 4759 (24).
Röm. Curie.
26. März 1824.

zu Osnabrück anbetrifft, so soll dieselbe, sobald deren Ausstattung, wie vorher angeführt worden, erfolgt sein wird, herkömmlich auf sechshundert sechs und sechzig zwei drittel Goldgulden geschätzt und gleichfalls diese Taxe in die Bücher der apostolischen Kammer eingetragen werden. || Endlich, damit alle von Uns bisher gemachten Vorschriften gehörig zum Vollzuge gebracht werden, bestimmen Wir den vorerwähnten Franz Egon Bischof von Hildesheim zum Vollzieher dieses apostolischen Briefes mit allen und jeden dazu erforderlichen und dienlichen Vollmachten, damit derselbe, nach vorgängigen, in rechtsgiltiger Form zu vollziehenden Ausstattungen zur neuen Einrichtung einer jeden Kirche, wie auch ihres Capitels, desgleichen zur Grenzbestimmung ihres Sprengels schreiten und überhaupt alles Uebrige, wie vorbeschrieben, frei und erlaubter Weise ausrichten und anordnen könne und möge, als wozu Wir ihm hiermit Unser apostolisches Ansehen verliehen haben wollen [Einräumung einen kirchlichen Würdenträger zu subdelegiren.] jedoch mit Beobachtung der Förmlichkeiten des Rechtes, endlich, und mit Verwerfung einer jeden Appellation, zu entscheiden . . . [Verpflichtung Abschriften von all diesen Verhandlungen nach Rom zu schicken und die übliche Schlussklausel.]

Gegeben zu Rom an der Kirche der heil. Marie, der Aelteren, im Jahre nach der Menschwerdung des Herrn Eintausend achthundert und Zwanzig Viere, am Sechs und Zwanzigsten Tage des Monats März, im ersten Jahre Unseres Pontificates.

A. G. Prodatarius.

Loco † Plumbi.

J. Card. Albana.

Nr. 4760. (25.)

HANNOVER. Aus dem Staatsgrundgesetze für das Königreich Hannover vom 26. Sept. 1833. — Stellung der katholischen Kirche.

Pölitz, Die europäischen Verfassungen. Leipzig 1833. III. p. 574 ff.

Nr. 4760 (25).
Hannover.
26. Sept. 1833.

III. Capitel. *Von den Rechten und Pflichten der Unterthanen im Allgemeinen.* §. 30. Allen Landeseinwohnern gebührt völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit. Daher ist auch Jeder zu Religionübungen mit den Seinigen in seinem Hause berechtigt. Die Mitglieder der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche geniessen gleiche bürgerliche und politische Rechte im Staate. (Vergl. Cap. 5 §. 57.) Dem Könige gebührt das Recht, auch andere christliche Confessionen und Secten anzuerkennen. Den Anhängern solcher anerkannten christlichen Confessionen und Secten wird der Genuss bürgerlicher Rechte und der Privatgottesdienst gestattet. Ihre politischen Rechte hängen jederzeit von einem besonderen Gesetze ab; zur öffentlichen Religionübung ist die besondere Bewilligung des Königs erforderlich.

V. Capitel. *Von den Verhältnissen der evangelischen und römisch-katholischen Kirche zum Staate, von den Unterrichtsanstalten, sowie von den wohlthätigen Zwecken bestimmten Fonds.* || §. 57. Den Mitgliedern der evan-

und römisch-katholischen Kirche wird freie öffentliche Religionsübung
 t. §. 58. Dem Könige gebührt über beide Kirchen das in der
 heit begriffene Schutz- und Oberaufsichtsrecht. §. 59. Die Anord-
 innern geistlichen Angelegenheiten bleibt der in der Verfassung jeder
 chen gegründeten Kirchengewalt überlassen. || §. 61. Sollte der Fall
 dass der König oder Regent sich nicht zur evangelischen Kirche
 so geht die Ausübung der Rechte der Kirchengewalt einstweilen auf
 elischen Mitglieder des Gesamtministeriums über, und soll zur Sicher-
 es Rechtszustandes der evangelischen Kirche über die Art und Weise
 ung der Kirchengewalt in derselben mit Zustimmung der allgemeinen
 sammlung das Nöthige verordnet werden. | §. 62. In der römisch-
 en Kirche gebührt den Bischöfen oder Administratoren der Diöcesen
 a und Osnabrück die Ausübung der Rechte der Kirchengewalt gemäss
 ssung dieser Kirche. || Die Rechte der Kirchenhoheit, zu denen auch
 aufsicht über die zunächst unter dem Bischofe oder den Diöcesan-
 atoren stehende, und nach den Bestimmungen des §. 69 auszuübende
 g des Vermögens der römisch-katholischen Kirchen und kirchlichen
 gehört, werden vom Könige oder dessen Ministerio unmittelbar, oder
 römisch-katholischen Consistorien ausgeübt. | §. 63. Alle allgemeinen
 gen der römisch-katholischen Kirchenbehörden bedürfen der Einsicht
 terii, und sollen ohne dessen Genehmigung nicht verkündigt oder voll-
 rden. Betreffen sie reine Glaubens- oder kirchliche Lehr- und
 rsachen; so soll deren Bekanntmachung nicht gehindert werden, sobald
 linisterium durch genommene Einsicht sich davon überzeugt hat, dass
 alt für den Staat unnachtheilig ist. | §. 64. Alle amtlichen Communi-
 mit dem päpstlichen Stuhle, mit auswärtigen Kirchenversammlungen
 henobern müssen dem Ministerio zur Einsicht vorgelegt werden, und
 chlüsse, Erlasse, Bullen, Breven, Rescripte und sonstige Schreiben an
 ch-katholische Kirche im Königreiche, an ganze Gemeinden oder ein-
 deseinwohner, bedürfen vor ihrer Verkündigung oder Insinuation des
 lichen Placet. Dieses soll nicht verweigert werden, wenn sie von der
 se des vorhergehenden Paragraphen angegebenen Beschaffenheit sind.
 men von der Bestimmung dieses Paragraphen sind allein die Communi-
 n Gewissenssachen einzelner Personen. | §. 65. Das Ministerium ist
 et Missbräuche oder Ueberschreitungen der Kirchengewalt zu verhüten,
 lben von Amtswegen oder auf an dasselbe eingegangene Recurse ab-
 Beschwerden gegen untergeordnete Kirchendiener müssen jedoch
 an die Kirchenobern im Königreiche gebracht werden, können aber,
 e Abhilfe erfolgt, an das Ministerium gelangen. | §. 66. Die Prediger
 e höhere Kirchendiener der evangelischen wie der römisch-katholischen
 ernen Ernennung vom Könige oder dessen Behörden nicht unmittelbar
 ndern welche von Dritten ernannt oder präsentirt werden, bedürfen
 igung des Königs oder der dazu bestimmten Behörden desselben, und

Nr. 4760 (25).
 Hannover.
 26. Sept. 1833.

Nr. 4760 (25).
Hannover.
26. Sept. 1833.

können, so lange sie diese nicht erhalten haben, weder die Amtsgeschäfte ausüben, noch haben sie ein Recht auf die Amtseinkünfte. Die Entscheidung über die canonischen Eigenschaften des zu Bestätigenden gebührt allein der geistlichen Behörde. Die Bestätigung darf ohne erhebliche Gründe nicht verweigert werden. Sämmtliche Kirchendiener sind in ihren bürgerlichen Beziehungen und Handlungen, wie auch in Rücksicht ihres Vermögens, den Gesetzen des Staats unterworfen. Der Staat gewährt ihnen jede zur ordnungsmässigen Verwaltung und Erfüllung ihrer Amtsobliegenheiten erforderliche Unterstützung, und schützt sie in der ihnen zukommenden Amtswürde. §. 67. Die Entlassung der Kirchendiener von ihrem Amte und die Suspension vom Amte und zugleich vom Gehalte kann im Disciplinarverfahren nur geschehen, nachdem die kirchliche Behörde eine gehörige Untersuchung angestellt und den Kirchendiener mit seiner Verteidigung hinreichend gehört hat. Sie bedarf in Ansehung der Prediger und übrigen höhern Geistlichkeit der Bestätigung des Ministerii. §. 68. Das jetzige und künftige Vermögen der einzelnen Kirchen, Kirchenämter, geistlichen und andern milden Stiftungen, Damenstifter und Klöster, Schulen und Armenanstalten, darf unter keinem Vorwande zum Staatsvermögen gezogen oder zu andern, als den gesetz- oder stiftungsmässigen Zwecken verwendet werden. Eine Abänderung der Stiftung kann von der Staatsgewalt nur nach vorgängiger Vernehmung der zur Verwaltung und Aufsicht etwa Berechtigten und nur dann vorgenommen werden, wenn der Zweck der Stiftung auf die vorgeschriebene Weise nicht mehr zu erreichen ist. Indess muss das Vermögen unter thunlichster Berücksichtigung der Wünsche der zur Verwaltung und Aufsicht etwa Berechtigten zu gleichen oder möglichst ähnlichen Zwecken wieder verwandt werden. §. 69. Insofern die Verwalter des Vermögens der einzelnen Kirchen und der dazu gehörenden Stiftungen und Armenanstalten den bestehenden Einrichtungen gemäss nicht von der Kirchengemeinde gewählt werden, und diese an der Verwaltung einen grössern Antheil nicht gehabt, sollen den Verwaltern dieses Vermögens in jeder Kirchengemeinde, nach den darüber zu erlassenden besondern Verfügungen, einige von der Kirchengemeinde zu erwählende Vorsteher, unter Mitwirkung der Pfarrgeistlichen, zur Seite stehen, welche zu allen wichtigen, auf die Verwaltung sich beziehenden Massregeln bei Veräusserungen einzelner Theile dieses Vermögens, wie auch der zur Dotation der Kirchenämter und der zu Pfarrwittwenhäusern gehörenden Grundstücke oder Gerechtsamen, ferner bei Werken, die zu kirchlichen oder geistlichen Zwecken unternommen, nicht weniger bei Leistungen, die zu solchen Zwecken ausgeschrieben werden, und endlich zu der Rechnungsablage zugezogen werden müssen. In denjenigen Fällen, in welchen der Kirchenpatron die Ausgaben ausschliesslich bestreitet, tritt die Bestimmung dieses Paragraphen nicht ein. §. 70. ... Der Unterricht in den Volksschulen bleibt zunächst der Aufsicht der Prediger anvertraut.

Gegen diese Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes richteten, als dasselbe im Entwurfe bekannt geworden war, der Bischof und das Domcapitel von Hildesheim eine Vorstellung an das Ministerium (5. Januar 1832) und die

berathende Ständeversammlung (12. September), in der gesagt wird, man sei bestrebt „nur bei den Punkten um eine Abänderung zu bitten, bei denen eine solche sich tief in der Verfassung der Kirche begründet.“ Diese Abänderungsanträge gingen dahin: dass §. 58 entweder lauten solle „dem König gebührt vermöge der Landeshoheit das Schutz- und Oberaufsichtsrecht,“ oder „dem König gebührt die für diese Kirchen im Schutz- und Oberaufsichtsrechte bestehende Kirchenhoheit“; im §. 63 wird nach den Worten „katholische Kirchenbehörden“ die Einschaltung des Zusatzes gewünscht „sofern sie nicht rein geistliche Angelegenheiten betreffen“; für den §. 64 wird die Fassung beantragt: „Alle Beschlüsse etc. des päpstlichen Stuhles — an die römisch-katholische Kirche im Königreiche, an ganze Gemeinden oder einzelne Landeseinwohner bedürfen, sofern sie nicht rein geistliche Angelegenheiten betreffen, vor ihrer Verkündigung oder Insinuation des landesherrlichen Placets. Dieses soll nicht verweigert werden, wenn das Ministerium durch genommene Einsicht sich davon überzeugt hat, dass deren Inhalt für den Staat unachtheilig ist.“ (Roskovány, Mon. II p. 510 ff.)

Nr. 4760 (25).
Hannover.
26. Sept. 1833.

Die Geistlichkeit der Diöcese Osnabrück schloss sich dieser milden Form einer Vorstellung nicht an, und sprach in ihrer Eingabe (Februar 1832) an das Ministerium die Erwartung aus: „dass aus dem neuen Staatsgrundgesetz alles, was die rechtlich erworbene Religions- und Gewissensfreiheit der katholischen Unterthanen der Diöcese Osnabrück beeinträchtigen oder verletzen könnte, und was überhaupt einen gehässigen Verdacht auf die katholische Kirche, ihre Lehren, ihre Hirten, ihre Mitglieder und ihre wechselseitigen Communicationen werfen könnte, völlig entfernt bleibe.“ Und der Generalvicar der Diöcese sagt in dem Einbekleidungsschreiben dieser Eingabe: er habe sich enthalten darüber zu äussern „was dafür zu substituiren sein möchte, weil ich solches für meinen Zweck, nur auf das, was der oft erwähnte Entwurf für die der katholischen Kirche gebührende Freiheit Zerstörendes enthält, aufmerksam zu machen unerforderlich hielt, und weil in einer allgemeinen Rechtsregel dieselbe gehört werden muss, und ohne sie gehört zu haben, Niemand, also auch die Stände nicht befugt sein können, positive Verbindlichkeiten derselben aufzulegen.“ (Roskovány Mon. l. c., II p. 491 ff. u. 496 ff.) — In einem Breve vom 8. November 1834, an den Bischof von Hildesheim, beklagt Papst Gregor XVI die Gefahren welche für die Kirche aus dem neuen hannöverischen Staatsgrundgesetze entstehen, belobt die Geistlichkeit wegen ihrer Vertheidigung der Rechte der Kirche und ermahnt sie darin fortzufahren. (Roskovány, Mon. II. p. 367 f.)

Nr. 4761. (26.)

[HANNOVER.] Aus dem Landesverfassungsgesetze für das Königreich Hannover vom 6. Aug. 1840. — Stellung der katholischen Kirche.

Zachariae, Verfassungsgesetze p. 215 ff.

II. Capitel. *Von den Rechten und Verbindlichkeiten der Unterthanen im Allgemeinen.* §. 32. [Uebereinstimmend mit §. 30 des Grundgesetzes v. J. 1833.]

Nr. 4761 (26).
Hannover.
6. Aug. 1840.

Nr. 4761 (26).

Hannover.

6. Aug. 1840.

IV. Capitel. *Von den Kirchen, Unterrichtsanstalten und milden Stiftungen.*

§. 63. Der evangelischen und römisch-katholischen Kirche werden freie öffentliche Religionübung und ihre verfassungsmässigen Rechte zugesichert. §. 64. Dem Könige gebührt, kraft der ihm zustehenden Staatsgewalt, über beide Kirchen das Oberaufsichts- und Schutzrecht. §. 65. Die Anordnung der geistlichen Angelegenheiten bleibt unter Oberaufsicht des Königs, der in der Verfassung einer jeden dieser Kirchen gegründeten Kirchengewalt überlassen. §. 67. [Uebereinstimmend mit § 61 des Grundgesetzes v. J. 1833.] || In der römisch-katholischen Kirche gebührt den Bischöfen oder Administratoren der Diöcesen Hildesheim und Osnabrück die Ausübung der Kirchengewalt in Gemässheit der Verfassung dieser Kirche. Die im §. 64 namhaft gemachten Rechte der Staatsgewalt werden auch in Hinsicht der Verwaltung des Vermögens der einzelnen römisch-katholischen Kirchen und der kirchlichen und milden Stiftungen vom Könige unmittelbar, oder mittelbar durch die von Ihm dazu bestellten Behörden ausgeübt. §. 69. Alle allgemeinen Anordnungen der römisch-katholischen Kirchenbehörden, welche nicht rein geistliche Gegenstände betreffen, können nur nach vorher erfolgter ausdrücklicher Königlicher Genehmigung verkündigt und vollzogen werden. Betreffen jene Anordnungen reine Glaubens-, kirchliche Lehr- und Disciplinarysachen, so sind sie vor deren Bekanntmachung behufs Ausübung des Oberaufsichtsrechtes (§. 65), dem Könige zur Einsicht vorzulegen. §. 70. Alle amtlichen Communicationen mit dem päpstlichen Stuhle und mit auswärtigen Kirchenversammlungen müssen dem Könige zur Einsicht vorgelegt werden. Die vom päpstlichen Stuhle oder von auswärtigen Kirchenversammlungen an die römisch-katholische Kirche im Königreiche, an ganze Kirchengemeinden oder an einzelne Personen in denselben zu erlassenden Bullen, Breven, Rescripte, Beschlüsse oder sonstige Schreiben bedürfen vor ihrer Verkündigung oder Behändigung des Königlichen Placet, wenn sie nicht rein geistliche Gegenstände betreffen. Wenn dieselben rein geistliche Gegenstände betreffen, so sind sie behufs Ausübung des Oberaufsichtsrechtes (§. 65), dem Könige zur Einsicht vorzulegen. Ausgenommen von den Bestimmungen dieses Paragraphen sind die Communicationen in Gewissenssachen einzelner Personen. §. 71. Beschwerden über Missbrauch der Kirchengewalt können auch bis an den König gebracht werden, welcher nach Anhörung des Staatsrathes darüber entscheiden wird. Sind diese Beschwerden von der Beschaffenheit, dass sie verfassungsmässig die Kirchen-Obern gelangen können, so sind sie zunächst an diese, und erst dann, wenn hier keine Abhilfe erfolgt, an die weltliche Regierungsbehörde, und zuletzt an den König zu bringen. §. 72. Die nicht unmittelbar vom Könige oder dessen Behörden, sondern von Dritten ernannten oder präsentirten Prediger oder Pfarrer und anderen höheren Kirchendiener der evangelischen und römisch-katholischen Kirche bedürfen der Bestätigung des Königs oder der dazu vom Ihm bestimmten Behörden, welche jedoch ohne erhebliche Gründe nicht verweigert werden wird. Ueber die canonischen Eigenschaften des zu Bestätigenden entscheidet die geistliche Behörde allein. Vor erfolgter Bestätigung hat de

Ernannte oder Präsentirte kein Recht auf die Ausübung der Amtsgeschäfte und auf den Genuss der Amtseinkünfte. Die einstweilige Besorgung der Geschäfte eines erledigten Kirchenamts hat die geistliche Behörde allein anzuordnen, vorbehaltlich der auch bei einstweiligen Anstellungen von Geistlichen der Regierung zustehenden Bestätigung. || §. 73. Der König gewährt durch seine Behörden sämtlichen Kirchendienern jede zur ordnungsmässigen Ausübung ihrer Amtsgeschäfte erforderliche gesetzliche Unterstützung und schützt sie in der ihnen zukommenden Amtswürde. || Sämtliche Kirchendiener sind in Hinsicht ihrer bürgerlichen Verhältnisse und Handlungen, wie auch ihres Vermögens den Gesetzen des Landes unterworfen. || §. 74. Die Entlassung der Kirchendiener von ihrem Amte, wie auch deren Suspension vom Amte, verbunden mit der vom Gehalte, kann im Disciplinarverfahren nicht anders stattfinden, als nachdem die Kirchenbehörde eine gehörige Untersuchung angestellt und die Kirchendiener mit ihrer Vertheidigung hinreichend gehört hat. || In Hinsicht der Prediger oder Pfarrer und der übrigen höhern Geistlichen ist in solchen Fällen die Bestätigung des zuständigen Departements-Ministers oder des Königs erforderlich. Blosser Amts-Suspension kann beim Anfange einer wider einen Kirchendiener angestellten Untersuchung sofort von der geistlichen Behörde verfügt werden. || §. 75. [Uebereinstimmend mit §. 68 des Grundges. v. 1833, mit nachfolgendem Zusatze] Dem König gebührt das Obergerichtsrecht über alle für kirchliche Zwecke, für den Unterricht oder für andere öffentliche Zwecke bestimmten Stiftungen. Ist durch den Stifter oder durch die dabei beteiligten Personen für die Verwaltung der Stiftung eine Bestimmung getroffen, so berechtigt das Obergerichtsrecht nicht zu einer Einmischung in die Verwaltung selbst || §. 76. [Uebereinstimmend mit §. 69 des Grundges. v. 1833.] || §. 77. Der Unterricht in den Volksschulen bleibt der Aufsicht der Pfarrer und der zuständigen Kirchenbehörde, unter Obergerichtsrecht des Königs überlassen.

Dagegen erschien eine Vorstellung des Bischofs und Domcapitels von Hildesheim — in ähnlichem Geiste gehalten wie die unter Nr. (25) angeführte — an die berathende Ständeversammlung (23. Mai 1840). (S. Roskóvány, Mon. II. p. 628 ff.)

Nr. 4762. (27.)

WÜRTEMBERG. Aus der Verfassungsurkunde für das Königreich
Württemberg v. 25. Sept. 1819. — Stellung der katholischen Kirche.

Zachariä, Verfassungsgesetze p. 295 ff.

III. Capitel. *Von den allgemeinen Rechtsverhältnissen der Staatsbürger.* || Nr. 4762 (27)
§. 24. Der Staat sichert jedem Bürger Freiheit der Person, Gewissens- und 25. Sept. 1819
Württemberg

Nr. 4762 (27). Denkfreiheit, Freiheit des Eigenthums und Auswanderungsfreiheit zu. ¶ §. 27. Den
 Württemberg.
 25. Sept. 1819. vollen Genuss der staatsbürgerlichen Rechte gewähren die drei christlichen
 Glaubensbekenntnisse. Andere christliche Glaubensgenossen können zur Theil-
 nahme an den bürgerlichen Rechten nur in dem Verhältnisse zugelassen werden,
 als sie durch die Grundsätze ihrer Religion an der Erfüllung der bürgerlichen
 Pflichten nicht gehindert werden.

VI. Capitel. *Von dem Verhältnisse der Kirchen zum Staate.* ¶ §. 70. Jeder
 der drei im Königreiche bestehenden christlichen Confessionen wird freie öffent-
 liche Religionsübung und der volle Genuss ihrer Kirchen-, Schul- und Armen-
 fonds zugesichert. ¶ §. 71. Die Anordnungen in Betreff der inneren kirchlichen
 Angelegenheiten bleiben der verfassungsmässigen Autonomie einer jeden Kirche
 überlassen. ¶ §. 72. Dem Könige gebührt das obersthoheitliche Schutz- und
 Aufsichtsrecht über die Kirchen. Vermöge desselben können die Verordnungen
 der Kirchengewalt ohne vorgängige Einsicht und Genehmigung des Staatsober-
 hauptes weder verkündigt noch vollzogen werden. ¶ §. 73. Die Kirchendiener
 sind in Ansehung ihrer bürgerlichen Handlungen und Verhältnisse der weltlichen
 Obrigkeit unterworfen. ¶ §. 74. Kirchen- und Schuldiener, welche durch Alters-
 schwäche oder eine ohne Hoffnung der Wiedergenesung andauernde Kränklich-
 keit zur Versehung ihres Amtes unfähig werden, haben Anspruch auf einen an-
 gemessenen lebenslänglichen Ruhegehalt. ¶ §. 76. Sollte in künftigen Zeiten
 sich der Fall ereignen, dass der König einer anderen als der evangelischen
 Confession zugethan wäre, so treten alsdann, in Hinsicht auf dessen Episcopal-
 rechte die dahin gehörigen Bestimmungen der früheren Religionsreversalien ein. ¶
 §. 78. Die Leitung der inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche steht
 dem Landesbischof nebst dem Domcapitel zu. Derselbe wird in dieser Hinsicht
 mit dem Capitel alle diejenigen Rechte ausüben, welche nach den Grundsätzen
 des katholischen Kirchenrechtes mit jener Würde wesentlich verbunden sind. ¶
 §. 79. Die in der Staatsgewalt begriffenen Rechte über die katholische Kirche
 werden von dem Könige durch eine aus katholischen Mitgliedern bestehende
 Behörde ausgeübt, welche auch bei Besetzung geistlicher Aemter, die von dem
 Könige abhängen, jedesmal um ihre Vorschläge vernommen wird. ¶ §. 80. Die
 katholischen Kirchendiener geniessen eben dieselben persönlichen Vorrechte,
 welche den Dienern der protestantischen Kirche eingeräumt sind. ¶ §. 81. Auch
 wird darauf Rücksicht genommen werden, dass katholische Geistliche, welche sich
 durch irgend ein Vergehen die Entsetzung vom Amte zugezogen haben, ohne zu-
 gleich ihrer geistlichen Würde verlustig geworden zu sein, ihren hinreichenden
 Unterhalt finden. ¶ §. 82. Die katholische Kirche erhält zur Bestreitung der-
 jenigen kirchlichen Bedürfnisse, wozu keine örtlichen Fonds vorhanden sind, oder
 die vorhandenen nicht zureichen, und besonders für die Kosten der höheren Lehr-
 anstalten, einen eigenen, diesen Zwecken ausschliesslich gewidmeten Kirchen-
 fond. Zum Behufe der Ausscheidung desselben vom Staatsgute, und der näheren
 Bestimmung der künftigen Verwaltungsweise, wird auf gleiche Art, wie oben

(§. 77) bei dem altwürttembergischen Kirchengute festgesetzt ist, eine Commission niedergesetzt werden.

Nr. 4763. (28.)

GROSSHERZOGTHUM HESSEN. — Aus der Verfassungsurkunde für das Grossherzogthum Hessen v. 17. Dec. 1820. — Stellung der katholischen Kirche.

Zachariae, Verfassungsgesetze p. 403 f.

Titel III. *Von den allgemeinen Rechten und Pflichten der Hessen.* || Nr. 4763 (28).

Art. 20. Die Verschiedenheit der in dem Grossherzogthum anerkannten christlichen Confessionen hat keine Verschiedenheit in den politischen oder bürgerlichen Rechten zur Folge. | Art. 21. Den anerkannten christlichen Confessionen ist freie und öffentliche Ausübung ihres Religionscultus gestattet. || Art. 22. Jedem Einwohner des Grossherzogthums wird der Genuss vollkommener Gewissensfreiheit zugesichert. Der Vorwand der Gewissensfreiheit darf jedoch nie ein Mittel werden, um sich irgend einer, nach den Gesetzen obliegenden Verbindlichkeit zu entziehen. || Grossherz. Hessen. 17. Dec. 1820.

Titel V. *Von den Kirchen, den Unterrichts- und Wohlthätigkeits-Anstalten.* ||

Art. 39. Die innere Kirchenverfassung geniesst auch den Schutz der politischen. ||
 Art. 40. Verordnungen der Kirchengewalt können ohne vorgängige Einsicht und Genehmigung des Grossherzogs weder verkündet, noch vollzogen werden. ||
 Art. 41. Die Geistlichen sind in ihren bürgerlichen Verhältnissen und bei strafbaren Handlungen, welche nicht blosse Dienstvergehen sind, der weltlichen Obrigkeit unterworfen. || Art. 42. Die Beschwerden über Missbrauch der kirchlichen Gewalt können jederzeit bei der Regierung angebracht werden. ||
 Art. 43. Das Kirchengut, das Vermögen der vom Staate anerkannten Stiftungen, Wohlthätigkeits- sowie der höheren und niederen Unterrichts-Anstalten geniessen des besonderen Schutzes des Staats und können unter keiner Voraussetzung dem Finanzvermögen einverleibt werden. || Art. 44. Die Fonds der milden Stiftungen zur Beförderung der Gottesverehrung, des Unterrichts und der Wohlthätigkeit können nur mit ständischer Einwilligung zu einem fremdartigen Zwecke verwendet werden.

Nr. 4764. (29.)

OBERRHEINISCHE KIRCHENPROVINZ. Reception der Bullen „Provida solersque“ und „Ad dominici gregis custodiam“ — Circumscriptions- und Ergänzungsbulle — in den Staaten der Oberrheinischen Kirchenprovinz.

A. **Württemberg. Königliches Rescript.**

Regierungsblatt f. d. Königr. Württemberg. Jahrg. 1827. St. 25. p. 335.

Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Württemberg.

Nr. 4764 (29).
Oberrhein.
Kirchenprov.
24. Oct. 1827.

Da die päpstliche Bulle vom 16. August 1821, welche mit den Worten: „Provida solersque“ und diejenige vom 11. April 1827, welche mit den Worten: „Ad Dominici gregis custodiam“ beginnt, insoweit solche die Bildung der oberrheinischen Kirchenprovinz, die Begrenzung, Ausstattung und Einrichtung der dazu gehörigen fünf Bisthümer mit ihren Domcapiteln, sowie die Besetzung der erzbischöflichen und bischöflichen Stühle und der Domstiftischen Präbenden zum Gegenstand haben, von Uns angenommen werden, und Unsere landesherrliche Staats-Genehmigung erhalten, ohne dass jedoch aus denselben auf irgend eine Weise etwas abgeleitet werden könnte, was Unsern Hoheitsrechten schaden oder ihnen Eintrag thun möchte, oder den Landesgesetzen und Regierungs-Verordnungen, den erzbischöflichen und bischöflichen Rechten, oder den Rechten der evangelischen Confession und Kirche entgegen wäre; so wird solches hiermit unter dem Vorbehalte, dass wegen der Vollziehung weitere Anordnungen werden getroffen werden, zur Nachachtung bekannt gemacht.

Stuttgart, den 24. Oktober 1827.

Wilhelm.

Der Minister des Innern:
v. Schmidlin.

Auf Befehl des Königs:
Der Staatssecretär
Vellnagel.

B. **Bekanntmachung der Bullen in den übrigen Staaten:**

Nassau 9. Oktober, Baden 16. Oktober 1827. Kurhessen 31. August, Grossherzogthum Hessen 16. Oktober 1829. — Hohenzollern und Frankfurt — die gleichfalls der Oberrh. Kirchenprovinz beitraten — nahmen die Bullen zwar an, scheinen sie jedoch nicht publicirt zu haben.

O. Mejer, Propaganda l. c. II. p. 383—417. Longner, Beiträge zur Geschichte der Oberrheinischen Kirchenprovinz. Tübingen 1863. — Ueber die katholische Kirche in diesen Staaten zu Anfang des 19. Jahrh. s. O. Mejer, Zur Geschichte l. c. p. 259—400.

Die Staaten, welche heute zur Oberrheinischen Kirchenprovinz gehören, erhielten durch die Erwerbungen des Jahres 1803 auch einen bedeutenden Zuwachs an katholischen Unterthanen, deren Kirchenverhältnisse noch der

Ordnung bedurften. Um sich hierüber zu verständigen, traten am 24. März 1818 die Abgeordneten dieser Staaten, denen sich vorübergehend auch noch Mecklenburg-Schwerin, die sächsischen Herzogthümer, Oldenburg, Waldeck, Lippe, Lütbeck und Bremen anschlossen, in Frankfurt zu Conferenzen zusammen. Das Ergebniss derselben waren die im Geiste des Josefinismus entworfenen „Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der katholischen Kirche in deutschen Bundesstaaten“ (S. Münch, Konkordate II 338 ff.), welche aus den Sitzungsprotocollen zusammengestellt wurden. Gleichzeitig verständigte man sich bezüglich der Form in der die „Grundzüge“ zur Geltung zu bringen, dahin, ein Staatsgesetz über die Rechtsverhältnisse der kath. Kirche in der Form einer Declaration abzufassen, diese dem Papste einfach zur Annahme vorzulegen und, falls er sie nicht unverändert annähme, dieselbe dann ohne ihn, mit Hülfe der noch in der Kirchenprovinz bestehenden kirchlichen Oberbehörden, durchzuführen. — Nachdem die Zustimmung der Regierungen eingetroffen war, wurde im Juli die „Declaration“ abgefasst (S. lat. Orig. und deutsche Uebers. bei Longner l. c. p. 630 ff. — 458 ff.) und hierauf ein organisches Statut entworfen, in das man jene Bestimmungen der „Grundzüge“ aufnahm, welche „in die Declaration nicht passen“. Durch Vertrag vom 7. Okt. verpflichteten sich die berathenden Staaten nur gemeinsam vorzugehen; die gefassten Beschlüsse in ihren Ländern durchzuführen; und die Kosten einer nach Rom zu entsendenden Gesandtschaft zu tragen. — Am 23. März 1819 übergab die Gesandtschaft die Declaration dem römischen Hofe. Nach langem vergeblichen Warten und im Begriffe ohne Antwort abzureisen, erhielt sie die unter der Bezeichnung „Esposizione dei sentimenti di sua Santità sulla Dichiarazione de Principi etc.“ bekannte Antwortnote Consalvis v. 10. Aug. 1819 (S. in deutscher Uebers. bei Münch l. c. II p. 378 ff.), in welcher der Standpunkt der Curie bei Negotiationen mit protestantischen Regierungen eingehend dargelegt ist. Die einzelnen Punkte der Declaration werden darin besprochen, die nothwendigen und zwar sehr einschneidenden Veränderungen bezeichnet und schliesslich der Vorschlag gemacht „einstweilen die bezeichnete neue Begrenzung der Diöcesen in Vollzug zu setzen, um hernach im guten Einverständnisse den Kirchen weiter vorzusehen.“ Die officiële Erwiderung, in der die Gesandten die Bestimmungen der Declaration zu vertheidigen suchen, die sie als „eine Magna charta libertatis ecclesiae catholicae Romanae“ bezeichnen, „die keiner Abänderung oder Zugabe, die ihr fremd sein würde, fähig sein könne“, erfolgte am 3. Sept. 1819 und eine Verbalnote vom selben Tage ersuchte um nähere Angaben über die vorgeschlagene Circumscription (S. Münch l. c. p. 368 u. 367 f.). Consalvis Antwortnote dat. 24. Sept. spricht die Unmöglichkeit aus die Grundsätze der Declaration zu bestätigen oder gutzuheissen. Eine Verbalnote vom 2. Okt. und deren Beilage (Expositio eorum) giebt die Art und Weise an, wie die beantragten fünf bischöflichen Sitze dotirt und errichtet werden könnten (beide im Auszug bei Longner l. c. p. 493—506 und 507 f.). — Im März 1820 wurden die Frankfurter Berathungen nun wieder eröffnet. Man ging auf den päpstlichen Vorschlag einer blossen Circumscriptions- und Errichtungsbulle „gern“ ein, beschloss jedoch gleichzeitig, alle Elemente der Declaration, welche in der Circumscriptionsbulle keinen Platz finden konnten, theils in das organische Statut, welches nun den Namen Kirchenpragmatik erhielt, theils in ein sogen. Foundationsinstrument aufzunehmen (S. beide bei Longner l. c. p. 636 ff. und 651). Die factischen Notizen deren Consalvi zu bedürfen erklärt hatte wurden gesammelt und mit einer Note, in der das eventuelle Anerbieten im

Nr. 4764 (29).
 Oberrhein.
 Kirchenprov.
 24. Oct. 1827.

Wesentlichen acceptirt ward, im März 1821 nach Rom gesandt. Ohne dass weite Detailverhandlungen über Inhalt und Form der zu erlassenden Bulle stattfanden — wie diess bei Preussen und Hannover geschah — erschien diese selbst (Nr. (30)) am 16. Aug. 1821. Eine begleitende Note Consalvis vom 20. August wies auf die zur Herstellung der Kirchenverfassung noch nöthigen Ergänzungen hin. Die Annahme der Bulle von Seite der Staaten ward im November der Curie angezeigt, nachdem dieselbe vorher von der Frankfurter Conferenz geprüft worden war. — Es liegt unserem Zwecke ferne den weiteren Gang der Verhandlungen, welche über die Durchführung der Bulle, Besetzung der Bisthümer, Zurücknahme der Kirchenpragmatik — die wohl formell, aber nicht ihrem Inhalte nach stattfand — im einzelnen zu verfolgen. Wir heben daraus das Ultimatum der Curie vom 16. Juni 1825 hervor, welches in sechs Artikeln dieselben Bestimmungen enthält wie die spätere Bulle „Ad Dominici gregis“ (S. Nr. (31)). Hierauf erklärte die Frankfurter Conferenz in einer gemeinsamen Note dat. 4. Sept. 1826, den vier ersten Punkten unter der Bedingung zuzustimmen, dass ein päpstliches Breve an die Bischöfe und Domcapitel erlassen werde, welches diese anweist in vorkommenden Fällen nur Personen zu Bischöfen und Domcapitularen zu wählen, „qui aient l'agrément des gouvernements“. Rücksichtlich der Art. V und VI spricht sie aus. . . . Les Princes et États réunis s'étant prononcés aussi franchement sur celle des propositions de la cour de Rome qui ont pour but de compléter l'arrangement le plus urgent des affaires ecclésiastiques de l'église catholique de leurs pays, il leur reste à observer à S. Ste. que, posé en principe que la négociation présente doit être réservée dans des limites analogues à ce but, ils regardent la V^me proposition comme étant de nature à être d'autant plus passée tout-à-fait sans silence, que les séminaires se trouvent déjà datés par la libéralité des gouvernements. Cette même observation, ils l'envisagent comme également applicable à la VI^me proposition sur la nonadmissibilité de laquelle ils se sont déjà expliqués antérieurement — et ils ne peuvent douter que S. Sté. se contentera des assurances déjà données dans les termes, relativement à la Correspondance avec la Cour de Rome. Si néanmoins S. Sté. en jugeait autrement et trouverait indispensable d'insérer la V^me et VI^me proposition dans la bulle supplémentaire, il ne pourrait échapper à Sa sagacité, que les Princes et États réunis se trouveraient par le fait même dans la nécessité, de se réserver les droits inaliénables de leur souveraineté relativement aux points en question (bei Friedberg, Grenzen l. c. p. 369). — Eine Note des römischen Hofes vom 26. Januar 1827 (nur unvollständig bekannt, Longner l. c. 573) beantwortet die in der gemeinsamen Note vom 4. Sept. 1826 bezüglich der Art. I—IV ausgesprochene Bedingung dahin: der Papst wolle einen weiteren Beweis seiner Hochschätzung geben und ein ähnliches Breve wie für Preussen (S. Nr. (20)) auch an die Bischöfe und Capitel dieser Provinz erlassen, was auch Ende Mai 1827 geschah (S. Nr. (31) Anmerkung). Dadurch wurde jedoch diese Bedingung nur theilweise erfüllt, weil sowohl in dem Breve für Preussen, wie in dem für die Oberrheinische Kirchenprovinz, allein von den zu erwählenden Bischöfen gesagt wird, sie dürften „nec principi minus gratos esse“; von den zu erwählenden Domcapitularen ist in beiden überhaupt gar nicht die Rede. In Beziehung auf den zu Art. V und VI gemachten Vorbehalt wird erwidert, diese Artikel seien nicht geeignet die legitimen Rechte der Fürsten zu verletzen. Damit waren die Verhandlungen beendet. Am 11. April 1827 erschien die Ergänzungsbulle „Ad Dominici gregis“. — Die staatliche Publication und bedingte Genehmigung der beiden nach-

folgenden Bullen (Nr. (30) und (31)) geschah in den Jahren 1827 und 1829 auf Grund des in der Conferenz vom 8. Oktober 1827 zwischen den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz erneuten Staatsvertrages. Die gleichverbindliche Beilage desselben enthält a) die Formel, durch welche dann — nur in unwesentlichen Ausdrücken abweichend — die nach ihrer Fassung eine Anerkennung der Art. V und VI ausschliessende Genehmigung erfolgte, und b) den Eid, welchen die Bischöfe dem Landesherrn vor ihrer Einsetzung zu leisten haben (beide, wie auch der kirchliche Eid bei Longner l. c. p. 583 ff.). Ueber die im Jahre 1830 erlassene landesherrliche Verordnung (s. Nr. (32)) einigte man sich in der Conferenz vom 15. November 1827. (S. vergleichende Zusammenstellung der Kirchenpragmatik und Verordnung bei Longner l. c. p. 636 ff.)

Nr. 4764 (29).
Oberrhein.
Kirchenprov.
24. Oct. 1827.

Nr. 4765. (30)

RÖMISCHE CURIE. Die Bulle Provida Solersque. — Circumscription der Oberrheinischen Kirchenprovinz.

Lat. Orig. Bull. M. R. XV p. 424. Nussi p. 209. Deutsche Uebers. Regierungsblatt f. d. Königr. Württemberg. Jahrg. 1827. St. 25. p. 436.

Pius, Bischof, Diener der Diener Gottes. Zum immerwährenden Gedächtniss.

Die fürsehende und eifrige Sorgfalt der römischen Päpste in Beilegung und Anordnung alles dessen, was zur bessern Obhut und Pflege der Heerde des Herrn nach der eigenen Beschaffenheit der Zeiten und Orte zweckmässiger erscheint, treibt dieselben an, bald neue bischöfliche Sitze zu errichten, bald einige derselben zu versetzen, um unter dem Segen des Herrn der Ernte für die geistige Wohlfahrt des gläubigen Volkes dadurch geeignete Schutzwehre zu errichten. Kaum war daher Deutschland die Ruhe wiedergegeben, so verwendeten Wir Unsre Sorgen unausgesetzt auf die Herstellung der kirchlichen Angelegenheiten, die durch das Unheil der vergangenen Zeiten in Verwirrung gekommen waren. Und nachdem wir diese vor vier Jahren in dem Königreich Baiern auf eine zweckmässige Weise geordnet hatten, so wendeten Wir zugleich ohne Verzug Unsere Sorgfalt auf alle jene Verehrer des wahren Glaubens welche gegenwärtig unter der Herrschaft der Durchlachtigsten Fürsten und Staaten von Deutschland, nämlich des Königs von Württemberg, des Grossherzogs von Baden, des Kurfürsten von Hessen, des Grossherzogs von Hessen, des Herzogs von Nassau, der freien Stadt Frankfurt, des Grossherzogs von Mecklenburg, der Herzoge von Sachsen, des Herzogs von Oldenburg, des Fürsten von Waldeck und der freien Hansestädte Lübeck und Bremen sich befinden, welche um ihre Bereitwilligkeit an den Tag zu legen, Alles beizutragen, damit durch den apostolischen Stuhl Bisthümer mit schicklicher Ausstattung entweder neu errichtet, oder hergestellt werden möchten, deshalb eine gemeinschaftliche Gesandtschaft nach Rom sendeten. || Da man sich jedoch nicht über alle kirch-

Nr. 4765 (30).
Röm. Curie
16. Aug. 1821.

Nr. 4765 (30). Röm. Curie. 16. Aug. 1821. lichen Gegenstände, wovon es sich handelte, vereinigen konnte, Wir gleichwohl die Hoffnung nicht aufgeben, dass dieses in der Folge, gemäss der Weisheit jener Fürsten und Staaten, noch werde geschehen können, so haben Wir, damit unterdessen die in jenen Gegenden wohnenden Gläubigen, welche Wir in Betreff der geistlichen Verwaltung in die grösste Noth versetzt sehen, nicht länger eigener Hirten entbehren müssen, zur Errichtung einiger bischöflichen Sitze in den vorzüglicheren Städten und Gebieten jener Fürsten und Staaten, und Umschreibung der Diöcesen vorzuschreiten beschlossen, um auf das geschwindeste jene Kirchen mit eigenen Bischöfen versehen zu können, Uns die Sorge vorbehaltend, die katholischen Unterthanen anderer Fürsten mit der Zeit jenen Diöcesen anzuschliessen, die Wir für die bequemsten dazu halten werden. Nach einvernommenem Rathe einiger Unserer ehrwürdigen Brüder, Cardinäle der heiligen römischen Kirche, unterdrücken, zernichten und vertilgen Wir daher mit sicherer Erkenntniss und reifer Ueberlegung und kraft der Fülle der apostolischen Gewalt den Titel, den Namen, die Natur, das Wesen und den ganzen gegenwärtigen Bestand der erledigten sowohl bischöflichen Kirche zu Constanx, als der zu keiner Diöcese gehörigen Probstei zum heiligen Vitus in Ellwangen, sammt ihren Capiteln, in der Absicht, um frei zu der unten zu brendenden neuen Errichtung von Kirchen und Umschreibung der Diöcesen vorschreiten zu können. Ferner verändern Wir den Zustand der bischöflichen Kirchen zu Mainz und Fulda dergestalt, dass jene allem Metropolitanrechte des Erzbischofs von Mecheln entzogen werde.... Mit gleicher Erkenntniss, Ueberlegung und Gewalt, zur Ehre des Allmächtigen Gottes, zur Erhöhung des wahren Glaubens und zur Beförderung der katholischen Religion errichten und bestimmen Wir für alle Zeit Freiburg, die Hauptstadt im Breisgau zur erzbischöflichen Stadt, und den sehr berühmten Tempel unter dem Titel der Aufnahme der seligen Jungfrau Maria, zur erzbischöflichen Kirche und Pfarrkirche; desgleichen Rottenburg am Neckar zur bischöflichen Stadt, und den dort befindlichen sehr ansehnlichen Tempel unter Anrufung des heiligen Martin, Bischofs und Beichtigers, zur bischöflichen Kirche; ferner Limburg an der Lahn . . . gleichfalls zur bischöflichen Stadt, und den dort befindlichen Tempel unter Anrufung des heiligen Georgs zur bischöflichen Kirche, mit allen Rechten, Gerichtsbarkeiten, Vorzügen, Ehren und Freiheiten, welche den erzbischöflichen und beziehungsweise den bischöflichen Sitzen gesetzmässig gebühren. Der zuvor genannten Metropolitan-Kirche in Freiburg aber weisen Wir die vier genannten bischöflichen Kirchen zu Mainz, Fulda, Rottenburg und Limburg als Suffragan-Kirchen zu. || Die Capitel der Metropolitan-Kirche zu Freiburg und der Cathedral-Kirchen zu Mainz und Rottenburg werden aus einer Dekanatswürde und sechs Canonicaten; das Capitel zu Fulda aber wird aus einer Dekanatswürde und vier Canonicaten; und das zu Limburg aus einer Dekanatswürde und fünf Canonicaten bestehen. || Um die Zahl der Kirchendiener zu vermehren, werden in Freiburg und Rottenburg noch sechs, in Mainz und Fulda vier, und in Limburg zwei Präbenden oder Caplaneien für eben so viele Präben-

daten oder Capläne errichtet werden. ¶ Jedem von gedachten Capiteln überlassen ^{Nr. 4765 (30).} und ertheilen Wir die Erlaubniss und die Befugniss . . . Satzungen, Capitelbeschlüsse ^{Röm. Curie.} und Verfügungen . . . zu verfassen, herauszugeben, und sich überhaupt des Genusses aller Begünstigungen, Auszeichnungen und Freiheiten, dessen sich andere ^{16. Aug. 1821.} Cathedral-Kirchen in diesen Gegenden gesetzmässig zu erfreuen haben, gleichfalls frei und mit Recht zu erfreuen. ¶ . . . [Auftrag einen Capitel-Pönitenziar und Catecheten zu bestellen.] . . . In jeder der oben benannten erzbischöflichen und bischöflichen Kirchen soll nach Vorschrift der heiligen Kirchenversammlung von Trient zur Erziehung und Unterweisung der Clerisei, unter der freien Leitung und Verwaltung des Bischofs, eine geistliche Bildungsanstalt bestehen, wo eine dem Bedürfnisse und Nutzen der Diöcese angemessene Anzahl von Zöglingen unterhalten werden kann. ¶ Da Uns bekannt ist, dass in vier von jenen Diöcesen dergleichen schon bestehen, so befehlen Wir, dass baldmöglichst in der einzigen noch übrigen eine solche zweckmässig errichtet werde. ¶ In der Absicht nun, um zu der Umschreibung der oben benannten fünf Diöcesen vorzuschreiten, beschliessen und befehlen und bestimmen Wir in der nämlichen Fülle apostolischer Gewalt, nach vorgängiger Losreissung der unten zu benennenden Orte von den Diöcesen und Kirchen, wovon sie gegenwärtig abhängen, Folgendes: ¶ Die Metropolitan-Kirche zu Freiburg wird zu ihrem Diöcesan-Sprengel haben das ganze Gebiet des Grossherzogthums Baden, nämlich die Pfarreien, welche innerhalb der Grenzen des Grossherzogthums liegen, . . . jene vierzehn Pfarreien die im Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen liegen . . . , sowie vier und zwanzig Pfarreien im Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen, . . und noch achtzehn Pfarreien des Dekanats Vöringen, neben siebenzehn Pfarreien des Dekanats Haigerloch, die in eben diesem Fürstenthume liegen und zu eben derselben Diöcese gehören. ¶ Die bischöfliche Kirche zu Mainz wird zu ihrem Diöcesan-Sprengel haben das ganze Gebiet des Grossherzogthums Hessen, doch so, dass von dem ersten künftigen Bischofe in jenen Orten, die grösstentheils von Nichtkatholiken bewohnt werden, neue Pfarrkirchen für die in beträchtlicher Anzahl dort befindlichen Katholiken gegründet, wo sie sich aber nur in geringer Anzahl befinden, solche den nahe gelegenen katholischen Pfarreien zugetheilt werden. ¶ Die bischöfliche Kirche zu Fulda wird zu ihrem künftigen Diöcesan-Sprengel haben das ganze Kurfürstenthum Hessen Mit der nämlichen Fuldaer Diöcese lassen wir noch neun Pfarreien im Grossherzogthum Sachsen-Weimar vereinigt, mit Vorbehalt der freien Gewalt für Uns und Unsere Nachfolger, die römischen Päpste, wenn es nöthig scheinen sollte, anders darüber zu verfügen. ¶ Die bischöfliche Kirche zu Rottenburg wird zu ihrem Diöcesan-Sprengel haben das ganze Königreich Würtemberg ¶ Die bischöfliche Kirche in Limburg wird zu ihrem Diöcesan-Sprengel haben das ganze Herzogthum Nassau, und zugleich das Gebiet der freien Stadt Frankfurt ¶ Den erwähnten fünf Kirchen weisen Wir die vorgedachten zu erzbischöflichen und bischöflichen erhobenen Städte und Kirchen sammt den als betreffende Diöcesan-Sprengel zugegebenen Orten und Pfarreien, und ihre Einwohner beiderlei Geschlechts,

Nr. 4765 (30).
Röm. Curie.
16. Aug. 1821.

geistlichen und weltlichen Standes, als Clerisei und Volk auf immer zu und unterwerfen sie gänzlich der geistlichen Gerichtsbarkeit eines jeden Vorstehers dergestalt, dass denjenigen, welche zur Regierung der erzbischöflichen und bischöflichen Kirchen nach den canonischen Verordnungen würdig und tauglich erachtet und sowohl für dieses erste Mal, als in Zukunft, durch apostolisches Ansehen nach vorläufigem Untersuchungsprocess, welcher von dem römischen Papste, nach der auf Befehl Papst Urban VIII. seligen Andenkens, Unseres Vorfahrens, herausgegebenen Form, für jeden einzelnen Fall aufzutragen ist, aufgestellt sein werden, erlaubt sei, sowie Wir es hiermit befehlen und gebieten, durch sich selbst oder durch andere in ihrem Namen, nachdem jedoch der gegenwärtige Brief gehörig und vollständig vollzogen sein wird, und sie als Vorsteher Briefe der apostolischen Vorsehung werden erhalten haben, einen wahren, wirklichen und körperlichen Besitz von der Regierung, Verwaltung und einem jeglichen Diöcesan-Rechte über benannte Kirchen und Städte und Sprengel, Güter und andere Gefälle, welche zur Ausstattung angewiesen sind, oder noch angewiesen werden, zu ergreifen und den ergriffenen beständig zu behalten. || Unterdessen beschliessen Wir, dass alle und jede oben benannte Orte von den nämlichen Vicarien oder rechtmässig aufgestellten Verwaltern einstweilen forthin verwaltet werden, denen sie gegenwärtig untergeordnet sind. || Damit aber die obigen von Uns getroffenen Bestimmungen insgesamt und einzeln in eine schnelle und glückliche Wirksamkeit treten mögen, so ermächtigen und beauftragen Wir den ehrwürdigen Bruder Johann Baptist von Keller, Bischof von Evara, den Wir zum Vollzieher Unseres gegenwärtigen Briefs ernennen, erwählen und abordnen, dass er zu der, obengedachte Kirchen-Capitel und Seminarien betreffenden Dotation durch ständige Güter und Grundstücke und andere mit Special-Hypotheken versehene Einkünfte, welche späterhin in ständige Güter und Grundstücke verwandelt und von ihnen als Eigenthum besessen und verwaltet werden sollen, in der Art und Form schreite, wie sie von den durchlauchtigsten Fürsten, unter deren Botmässigkeit die einzelnen Diöcesen stehen, dargeboten und in den unten zu erwähnenden, in rechtsgiltiger Form ausgefertigten und Uns übersandten Urkunden ausgedrückt worden ist, welche bei den Acten dieser den Consistorial-Angelegenheiten vorstehenden Congregation aufbewahrt werden, und wovon authentische Abschriften vom vorbesagten Vollzieher den einzelnen Kirchen zur Aufbewahrung in ihren betreffenden Archiven werden übergeben werden. || Er wird nämlich der erzbischöflichen Kirche zu Freiburg im Breisgau die Herrschaft Linz und andere Einkünfte anweisen, welche Güter und Einkünfte im Ganzen einen jährlichen Ertrag von siebenzig fünftausend dreihundert sechzig und vier rheinischen Gulden liefern, wie solches klar und deutlich in der auf Specialbefehl des Grossherzogs von Baden unter dem 23. December 1820 ausgefertigten Urkunde beschrieben wird. || Der besagte Bischof, Johann Baptist, wird aber die Güter dergestalt vertheilen, dass daraus jährlich zukommen: dem erzbischöflichen Tische 13,400 fl., [Dotation der Domherrn] Ausserdem wird er zur Wohnung des Erzbischofs Häuser anweisen. || Der

bischöflichen Kirche zu Mainz wird er zu denjenigen festen Einkünften und Gefällen, deren sie sich bereits zu erfreuen hat, einen jährlichen Betrag von 20,000 rheinischen Gulden zutheilen, welcher aus den Gefällen und Einkünften des . . . Mainzer Rentamtes zu nehmen, und der vorerwähnten Kirche jährlich unter der Bedingung auszuzahlen ist, dass der gedachte Betrag ein Hypothekarrecht der herrschaftlichen Güter, Grundstücke und Gefälle dieses Mainzer Rentamtes erhalte, und solche Bestimmung festständig und unerschütterlich bleibe, bis jener bischöflichen Kirche zu Mainz Güter und Grundstücke, deren Ertrag jährlich 20,000 fl. abwirft, zum vollen rechtlichen Besitz angewiesen werden, wie solches in den auf Specialbefehl des Grossherzogs von Hessen und bei Rhein am 26. August 1820 ausgefertigten Urkunde ausdrücklich zugesagt wird. || Nach Hinzufügung dieses Betrags von jährlichen 20,000 fl. wird der Gesamtbetrag der hieraus sich ergebenden Einkünfte . . . dergestalt zu vertheilen sein, dass dem Bischof 8000 fl. jährliche reine Einkünfte zu Theil werden. || Die bischöfliche Kirche zu Fulda wird Felder, Wiesen und Waldung, dann andere Einkünfte haben, welche einen jährlichen Ertrag von 26,370 rheinischen Gulden liefern, wie es weitläufig in der von vorgedachtem Kurfürsten von Hessen unter dem 14. März 1821 ausgestellten Urkunde beschrieben wird. Diese Ausstattung aber wird vorbesagter Vollzieher dergestalt vertheilen, dass dem Bischof 6000 fl., jährlich bezahlt werden. || Die bischöfliche Kirche zu Rottenburg wird die Einkünfte geniessen, welche in der auf besonderen Befehl des vorbesagten Königs von Würtemberg am 10. Nov. 1820 ausgefertigten Urkunde einzeln aufgezählt sind, und welche von dem vorbenannten Vollzieher dergestalt zu vertheilen sein werden, dass dem bischöflichen Tische 10,000 fl., jährlich zu gut kommen. || Die bischöfliche Kirche zu Limburg wird Güter, Grundstücke, Zinsen, Zehnten und andere Einkünfte geniessen, welche einen jährlichen Ertrag von 21,600 fl. abwerfen, wie aus der auf Specialbefehl des Herzogs von Nassau am 3. Januar des laufenden Jahres 1821 ausgefertigten Urkunde erhellt, welche Einkünfte vorbesagter Vollzieher dergestalt vertheilen wird, dass jedes Jahr zukommen dem Bischof 6000 fl. || Weiter geben Wir dem oben benannten Bischöfe Johann Baptist auf, dass er für die Seelsorge in den Metropolitan- und in den Cathedral-Kirchen auf angemessene Weise Sorge, und bestimme, von welchen, nach vorgängiger Prüfung in Gemässheit der canonischen Beschlüsse vom betreffenden Ordinarius zu bestätigenden und anzustellenden Priestern, und mit welcher Ausstattung dieselbe in jenen Kirchen sollte ausgeübt werden, und dass er bezeichne, in welches Seminar der Freiburger Kirchen-Provinz die geistlichen der Limburger Diöcese, unter jährlicher Anweisung der oben besagten 1500 fl. aufzunehmen seien, bis ein eigenes Seminar in Limburg errichtet wird; dass er ferner die von den betreffenden Landesherren beizubringende Summe festsetze, wodurch die Kosten des Gottesdienstes in den aufgehobenen Kirchen, der bischöflichen zu Constanz und der propstei-lichen zu Ellwangen, hinlänglich und bleibend gedeckt werden. ||

Nr. 4765 (30).
Röm. Curie.
16. Aug. 1821.

Nr. 4765 (30). . . . [Angabe der apostolischen Kammertaxen, Freiburg zu 668¹/₈ fl., Mainz zu Röm. Curie. 348¹/₆ fl., Fulda zu 332 fl., Rottenburg zu 490 fl., Limburg zu 332 fl.] . . .
16. Aug. 1821.

Damit nun alles, was Wir hiemit verordnet haben, genau in Erfüllung gebracht werde, ertheilen Wir dem vorbesagten Johann Baptist, Bischof von Evara, als aufgestelltem Vollzieher dieses Unseres Briefes, alle und jede zu dessen Vollzug erforderlichen und geeigneten Vollmachten || [Uebliche Schlussclausel]

Gegeben zu Rom, im Jahre Eintausend Achthundert Zwanzig und Eins, den sechszehnten des Monats August.

Nr. 4766. (31.)

RÖMISCHE CURIE. Die Bulle „Ad Dominici gregis custodiam“. — Ergänzung der Circumscriptionsbulle.

Lat. Orig. Bull. M. R. XVI p. 32. Nussi p. 239. Deutsche Uebers. Regierungsblatt f. Württemberg. Jahrg. 1827. St. 25. p. 467.

Nr. 4766 (31). Leo, Bischof, Diener der Diener Gottes. Zum immerwährenden Gedächtniss.
Röm. Curie.
11. April 1827.

Die römischen Päpste haben jederzeit mit grösster und ununterbrochener Anstrengung sich bestrebt, zur Obhut der Heerde des Herrn Hirten aufzustellen, welche dieselbe sowohl durch Verwaltung des Gottesdienstes, als auch durch Verkündigung des göttlichen Wortes auf den Wegen der Gerechtigkeit und des Heils leiten, wohl wissend, dass dieses ihnen nach ihrer Amtspflicht von dem obersten Hirten vorzüglich anbefohlen werde. || In dieser Absicht hat daher Unser Vorfahre Pius VII. seligen Andenkens, mit dem hohen Eifer, der ihn für die Wohlfahrt der Kirche beseelte, sich es zur heiligsten Gewissenspflicht gemacht, eine aufmerksame Sorgfalt auf jene Verehrer des wahren Glaubens zu verwenden, welche von den durchlauchtigsten Fürsten und Städten Deutschlands, nämlich . . . [wie in der vorhergehenden Bulle] . . . beherrscht werden und nachdem derselbe Alles reiflichst überlegt hatte, was der Sache am angemessensten war, hat er dafür Sorge getragen, dass denselben Vorsteher der Kirchen zugeheilt werden. || Deswegen sind durch ein unterm 16. August 1821 ausgefertigtes apostolisches Schreiben, welches mit den Worten anfängt: „Provida solersque etc.“ der erzbischöfliche Sitz zu Freiburg und dessen vier Suffragan-Sitze, nämlich zu Rottenburg, zu Mainz, zu Limburg und zu Fulda bestimmt worden . . . | Nunmehr sind Wir mit der gütigen Hilfe Gottes, der ein Vater des Lichts und der Urheber alles Trostes ist, bereits an dem, dass Wir diesen Sitzen baldigst ihre Hirten vorsetzen. || Allein es erübrigte noch Einiges, was in gütlicher Vereinigung festzusetzen war, wodurch in alle Zukunft, vorzüglich in Betreff der

Wahl der Vorsteher mit füglicher Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse Vor-
 sorge gethan wäre, damit die Rechte des apostolischen Stuhles über diesen
 Gegenstand unversehrt bestehen, und Alles, was zu dem Ende daselbst geschehen
 muss, die allgemeine Zustimmung für sich haben möge. || Diesen Zweck haben
 wir einzig vor Augen gehabt, und bei diesem höchst wichtigen und schwierigen
 Geschäfte dies einzig zu Herzen genommen, dass alles dasjenige beseitigt würde,
 wodurch der grosse Seelengewinn, der durch die Anordnungen der besagten
 Bulle vorbereitet wurde, noch gehemmt wird, und dass dasjenige, was zum Besten
 der Religion festgesetzt worden war, endlich das gewünschte Ziel erreichen
 möge. || Nachdem wir daher alle einschlagenden Verhältnisse einer Prüfung
 unterworfen, und solche Entschliessungen gefasst hatten, die aus der Natur der
 Sache und allen ihren Umständen von selbst sich darboten, so haben Wir noch
 einige von Unsern ehrwürdigen Brüdern, den Cardinälen der heiligen römischen
 Kirche, einvernommen, und beschliessen und befehlen nach erhaltener zuver-
 lässiger Kenntniss und reiflicher Ueberlegung, und mit der Vollmacht der aposto-
 lischen Gewalt, was folgt: || Erstens: So oft der erzbischöfliche oder ein bischöf-
 licher Sitz erledigt sein wird, wird das Capitel der betreffenden Cathedral-Kirche
 Sorge tragen, dass innerhalb eines Monats, vom Tage der Erledigung an gerechnet,
 die Landesfürsten des betreffenden Gebietes von den Namen der zum Diöcesan-
 Clerus gehörigen Candidaten, welche dasselbe nach den canonischen Vorschriften
 würdig und tauglich erachtet, die erzbischöfliche oder bischöfliche Kirche fromm
 und weise zu regieren, in Kenntniss gesetzt werden. Wenn aber vielleicht einer
 von diesen Candidaten selbst dem Landesfürsten minder angenehm sein möchte, so
 wird das Capitel ihn aus dem Verzeichnisse streichen; nur muss die übrig
 bleibende Anzahl der Candidaten noch hinreichend sein, dass aus ihr der neue
 Vorsteher gewählt werden könne; dann aber wird das Capitel zur canonischen
 Wahl eines aus den noch übrigen Candidaten zum Erzbischofe oder Bischofe
 nach den gewöhnlichen canonischen Formen vorschreiten und dafür Sorge tragen,
 dass die Urkunde über die Wahl in authentischer Form innerhalb einer Monats-
 frist dem Papste vorgelegt werde. || Zweitens: Die Bewerkstelligung des Infor-
 mativ-Processes über die Eigenschaften der Promovenden zum erzbischöflichen
 oder zu dem bischöflichen Stuhle, wird von dem Papste in Gemässheit der An-
 weisung, welche auf Befehl des Papstes Urban des VIII. seligen Andenkens
 herausgegeben worden ist, einem der Provinzial-Bischöfe oder einem in Würde
 stehenden Geistlichen der betreffenden Diöcese übertragen werden; wenn der
 Papst aus diesem vorgelegten Informativ-Processse ersieht, dass der gewählte
 diejenigen Eigenschaften besitze, welche die canonischen Vorschriften von einem
 Bischofe erfordern, so wird er denselben sobald als möglich nach den bestehen-
 den canonischen Formen durch ein apostolisches Schreiben bestätigen. ||
 Drittens: Wenn aber entweder die Wahl nicht nach canonischen Regeln vor-
 genommen worden, oder der Gewählte nicht mit den vorgedachten Gaben aus-
 gerüstet befunden wird, so wird der Papst dem Capitel aus besonderer Gnade
 gestatten, dass es, wie früher, zu einer neuen Wahl auf canonische Weise vor-

Nr. 4766 (31).
Röm. Curie.
11. April 1827.

schreiten könne. | Viertens: Sowohl das Metropolitan- als die Cathedral-Capitel werden für das erstemal auf folgende Weise gebildet werden: || Nachdem der Erzbischof, oder beziehungsweise der Bischof, durch das Ansehen des heiligen Stuhls eingesetzt sind, so wird sie der Papst ermächtigen, in seinem Namen zur Ernennung des Dekans, der Canonici und der Vicarien des Capitels zu schreiten, und solchen die canonische Einsetzung zu ertheilen. || In der Folge aber, so oft das Dekanat, ein Canonicat oder ein Vicariat erledigt wird, wird abwechselungsweise der Erzbischof und beziehungsweise der Bischof oder das betreffende Capitel, innerhalb sechs Wochen, vom Tage der Erledigung an, dem Landesfürsten vier Candidaten, welche die heilige Weihe erhalten haben, und mit den Eigenschaften begabt sind, welche die canonischen Vorschriften bei den Capitularen erfordern, vorlegen. Wenn aber vielleicht einer von diesen Candidaten dem Landesfürsten minder angenehm sein sollte, so wird der Landesfürst dem Erzbischof oder Bischofe oder beziehungsweise dem Capitel solches eröffnen lassen, damit jener aus dem Verzeichnisse gestrichen werde; dann aber wird der Erzbischof oder Bischof, oder beziehungsweise das Capitel, um das Dekanat, ein Canonicat oder eine Präbende, oder ein Vicariat zu besetzen, zur Ernennung eines der übrigen Candidaten schreiten, welchem der Erzbischof oder Bischof die canonische Einsetzung ertheilen wird. || Fünftens: In dem erzbischöflichen oder bischöflichen Seminarium wird eine der Grösse und dem Bedürfnisse des Sprengels entsprechende, nach dem Ermessen des Bischofs zu bestimmende Anzahl Cleriker unterhalten, und nach der Vorschrift der Decrete des Conciliums von Trient gebildet und erzogen werden. || Sechstens: Der Verkehr mit dem heiligen Stuhl in kirchlichen Geschäften wird frei sein, und der Erzbischof in seiner Diöcese und kirchlichen Provinz, wie auch die Bischöfe, jeder in der eigenen Diöcese, werden mit vollem Rechte die bischöfliche Gerichtsbarkeit ausüben, welche ihnen nach den canonischen Vorschriften und der gegenwärtigen Kirchen-Verfassung zusteht. Ferner befehlen Wir ernstlich, dass dasjenige, was wir nach dem Inhalte des Gegenwärtigen durch die Kraft der apostolischen Verordnung festsetzen, von den Vorstehern und Capiteln der gedachten Sitze in Allem, was zu ihnen steht, genau und pünktlich befolgt und festgehalten werden soll. | Aber auch von den durchlauchtigsten Fürsten erwarten Wir mit zuverlässiger und freudiger Hoffnung, dass Sie gemäss Ihrer grossen und erhabenen und auf Beförderung der Glückseligkeit Ihrer Völker gerichteten Gesinnungen beherzigen, in welchem Grade Unsere Nachgiebigkeit in diesem ganzen Geschäfte dargethan worden ist, und täglich mehr Sich gegen Ihre katholische Unterthanen wohlwollend erzeigen, welche Sie Sich gewiss zu jeder Zeit durch Treue, Liebe und eifrigen Gehorsam innigst verbunden finden werden.....

Gegeben zu Rom bei dem heiligen Petrus, . . . 11. April 1827.

Von den in beiden Bullen angeführten Staaten wurden später Oldenburg, Gotha und Waldeck preussischen Diöcesen, Coburg und Meiningen bairischen Diöcesen, und die Hansestädte, Mecklenburg und Altenburg den für Nord-

deutschland bestehenden apostolischen Vicariaten zugetheilt. Dagegen wurde Hohenzollern mit der Diöcese Freiburg, Homburg mit Mainz, und Weimar später mit der Diöcese Fulda vereinigt. — Die in der Bulle bezüglich der Bischofswahl angegebenen Normen erfuhren durch ein Breve Papst Leo XII. an die Capitel der Kirchenprovinz (Ende Mai 1827) eine Modification zu Gunsten der Fürsten, indem darin gesagt wird: An Euch wird es sein nur solche zu wählen, von denen Ihr vor dem feierlichen Wahlact wisset, dass sie ausser den im Kirchenrecht bestimmten Qualitäten, sich auch noch durch Klugheit empfehlen und dem durchlauchtigsten Fürsten nicht unangenehm sind (*nec serenissimo principi minus gratos esse*). Das müsst Ihr Euch vor Augen halten, weil Euch sogar, unter den in Unseren Briefen angegebenen Normen, das Recht zustehen wird Eure Collegen zu wählen (*Nussi, Conventions p. 379*).

Nr. 4766 (31).
Röm. Curie.
11. April 1827.

Nr. 4767. (32.)

OBERRHEINISCHE KIRCHENPROVINZ. Verordnung der bei der Oberrheinischen Kirchenprovinz beteiligten Staaten bezüglich des Schutz- und Aufsichtsrechtes über die katholische Kirche.

A. **Württemberg.** Königliche Verordnung.

Regierungsblatt Jahrg. 1830. Stück 9.

Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Württemberg.

. . . . Nachdem nun in Folge der mit dem römischen Hofe getroffenen Uebereinkunft die bischöflichen Stühle und Domcapitel dieser Kirchenprovinz vollständig besetzt, und in die Ausübung der ihnen zukommenden Befugnisse eingewiesen worden sind, so finden Wir Uns zur Wahrung Unseres verfassungsmässigen Schutz- und Aufsichtsrechtes über die katholische Landeskirche veranlasst im Einverständnisse mit den übrigen bei der Oberrheinischen Kirchenprovinz mitbetheiligten Regierungen zu verordnen wie folgt: §. 1. Der katholischen Kirche steht das freie Bekenntniss ihres Glaubens und die öffentliche Ausübung ihres Cultus zu, und sie genießt auch in dieser Hinsicht mit den andern, im Staate öffentlich anerkannten christlichen Kirchengesellschaften gleiche Rechte. || §. 2. Der volle Genuss dieser Rechte steht allen katholischen Kirchengemeinden, so wie auch den einzelnen Katholiken zu, welche seither in keinem Diöcesanverbande standen. Es kann in keinem der oben erwähnten Bisthümer irgend eine Art von kirchlicher Exemption künftig stattfinden. || §. 3. Jeder Staat übt die ihm zustehenden unveräusserlichen Majestätsrechte des Schutzes und der Oberaufsicht über die Kirche in ihrem vollen Umfange aus. || §. 4. Die von dem Erzbischof, dem Bischof und den übrigen kirchlichen Behörden ausgehenden allgemeinen Anordnungen, Kreisschreiben an die Geistlichen und Diöcesanen, durch welche dieselben zu etwas verbunden werden sollen, so wie auch besondere Verfügungen von Wichtigkeit, unterliegen der

Nr. 4767 (32).
Oberrhein.
Kirchenprov.
30. Jan. 1830.

Nr. 4767 (32).
Oberrhein.
Kirchenprov.
30. Jan. 1830.

Genehmigung des Staats und können nur mit der ausdrücklichen Bemerkung der Staatsgenehmigung (Placet) kund gemacht oder erlassen werden. || Auch solche allgemeine kirchliche Anordnungen und öffentliche Erlasse, welche rein geistliche Gegenstände betreffen, sind den Staatsbehörden zur Einsicht vorzulegen, und kann deren Kundmachung erst alsdann erfolgen, wenn dazu die Staatsbewilligung ertheilt worden ist. || §. 5. Alle römischen Bullen, Breven und sonstigen Erlasse müssen, ehe sie kund gemacht und in Anwendung gebracht werden, die landesherrliche Genehmigung erhalten, und selbst für angenommene Bullen dauert ihre verbindende Kraft und ihre Gültigkeit nur so lange, als nicht im Staate durch neue Verordnungen etwas Anderes eingeführt wird. Die Staatsgenehmigung ist aber nicht nur für alle neu erscheinenden päpstlichen Bullen und Constitutionen, sondern auch für alle früheren päpstlichen Anordnungen nothwendig, sobald davon Gebrauch gemacht werden will. || §. 6. Eben so, wie die weltlichen Mitglieder der katholischen Kirche, stehen auch die Geistlichen, als Staatsgenossen, unter den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit des Staats. §. 7. Die Bisthümer Freiburg, Mainz, Fulda, Rottenburg und Limburg stehen in einem Metropolitanverbände und bilden die oberrheinische Kirchenprovinz. Da die erzbischöfliche Würde auf den bischöflichen Stuhl zu Freiburg bleibend übertragen ist, so steht der dortige Bischof der Provinz als Erzbischof vor, und derselbe hat sich, bevor er in seine Amtsverrichtungen eintritt, gegen die Regierungen der vereinten Staaten in der Eigenschaft als Erzbischof eidlich zu verpflichten. || §. 8. Die ihrer Bestimmung gemäss wieder hergestellte Metropolitanverfassung und die Ausübung der dem Erzbischof zukommenden Metropolitanrechte stehen unter dem Gesamtschutze der vereinten Staaten. §. 9. Provincialsynoden können nur mit Genehmigung der vereinten Staaten, welche denselben Commissäre beiordnen, gehalten werden. Zu den abzuhaltenen Synodalconferenzen wird der Erzbischof, so wie jeder Bischof, mit Genehmigung der Regierungen, einen Bevollmächtigten absenden. || §. 10. In keinem Falle können kirchliche Streitigkeiten der Katholiken ausserhalb der Provinz und vor auswärtigen Richtern verhandelt werden. Es wird daher in dieser Beziehung in der Provinz die nöthige Einrichtung getroffen werden. §. 11. Die fünf Bisthümer der oberrheinischen Kirchenprovinz sind, in Gemässheit der festgesetzten Regel, gebildet, dass sich die Gränzen der Diöcesen auf die Gränzen der Staaten, für welche Bisthümer errichtet sind, erstrecken. §. 12. Eine jede Diöcese wird in Dekanatsbezirke eingetheilt, deren Umfang, so viel thunlich, mit jenen der Verwaltungsbezirke übereinstimmen soll. || §. 13. Die Katholiken, welche seither in keinem oder mit einem Geistlichen anderer Confession im Pfarrverbände standen, werden einer der im Bisthum bestehenden Pfarreien zugetheilt. || §. 14. Die bischöflichen Stühle in der Provinz, so wie die Stellen der Domcapitularen, werden sämmtlich durch die nach der vorgeschriebenen Form vorzunehmende Wahl besetzt. || §. 15. Zum Bischof kann nur ein Geistlicher gewählt werden, welcher ein Deutscher von Geburt und Staatsbürger des Staats, worin sich der erledigte Bischofssitz befindet, oder eines der

Staaten ist, welche sich zu dieser Diöcese vereinigt haben. Nebst den vorgeschriebenen canonischen Eigenschaften ist erforderlich, dass derselbe entweder die Seelsorge, ein akademisches Lehramt oder sonst eine öffentliche Stelle mit Verdienst und Auszeichnung verwaltet habe, so wie auch der inländischen Staats- und Kirchenverfassung, der Gesetze und Einrichtungen kundig sey. || §. 16. Der Gewählte hat sich alsbald nach der Wahl wegen der Confirmation an das Oberhaupt der Kirche zu wenden. || Vor der Consecration legt derselbe, in der Eigenschaft als Bischof, den Eid der Treue und des Gehorsams in die Hände des Landesherrn ab. || §. 17. Nach erlangter Consecration tritt der Bischof in die volle Ausübung der mit dem Episcopat verbundenen Rechte und Pflichten, und die Regierungen werden nicht zugeben, dass er darin gehindert werde, vielmehr werden sie ihn kräftig dabei schützen. || §. 18. Diöcesansynoden können vom Bischof, wenn sie nöthig erachtet werden, nur mit Genehmigung des Landesherrn zusammen berufen und im Beiseyn landesherrlicher Commissarien gehalten werden. Die darin gefassten Beschlüsse unterliegen der Staatsgenehmigung, nach Massgabe der in den §§. 4 und 5 festgesetzten Bestimmungen. || §. 19. Nur der Erzbischof, Bischof und der Bisthumsverweser stehen in allen, die kirchliche Verwaltung betreffenden Gegenständen in freier Verbindung mit dem Oberhaupte der Kirche, jedoch müssen dieselben die aus dem Metropolitanverbände hervorgehenden Verhältnisse jeder Zeit berücksichtigen. Alle übrigen Diöcesangeistlichen haben sich in allen kirchlichen Angelegenheiten an den Erzbischof (Bischof) zu wenden. || §. 20. Zu Domcapitularstellen können nur Diöcesangeistliche gelangen, welche Priester, dreissig Jahre alt und tadellosen Wandels sind, vorzügliche theologische Kenntnisse besitzen, entweder die Seelsorge, ein akademisches Lehramt oder sonst eine öffentliche Stelle mit Auszeichnung verwaltet haben und mit der Landesverfassung genau bekannt sind. || §. 21. Das Domcapitel einer jeden Cathedralkirche tritt in den vollen Wirkungskreis der Presbyterien und bildet unter dem Bischof die oberste Verwaltungsbehörde der Diöcese; die Verwaltungsform ist collegialisch, der Dekan führt die Direction. || §. 22. Taxen oder Abgaben, von welcher Art sie auch seyn und wie sie auch Namen haben mögen, dürfen weder von inländischen noch ausländischen Behörden erhoben werden. || Die Erhebung von Expeditionsgebühren hängt in jedem Staate von der landesherrlichen Bestimmung ab. || §. 23. Die Dekanate werden unter gemeinschaftlichem Einverständnisse der Regierungs- und bischöflichen Behörden mit würdigen Pfarrern, welche auch in Verwaltungsgeschäften geübt sind, besetzt. || §. 24. Die Dekane sind unmittelbare kirchliche Vorgesetzte der in ihren Dekanatsbezirken angestellten Geistlichen. Sie haben über die geeigneten Gegenstände an die Regierungs- und bischöflichen Behörden zu berichten und die ihnen von daher zugehenden Weisungen zu vollziehen. || Eine eigene Instruction zeichnet ihnen den Kreis ihrer Amtswirksamkeit vor. || §. 25. Ein jeder der vereinten Staaten wird, wo dieses nicht bereits stattfindet, für die zweckmässige Bildung der Candidaten des katholischen geistlichen Standes dadurch sorgen, dass entweder eine katholisch-theologische Lehranstalt

Nr. 4767 (32).
Oberrhein.
Kirchenprov.
30. Jan. 1830.

errichtet und als Facultät mit der Landesuniversität vereinigt werde, oder dass die Candidaten, nöthigenfalls aus dem allgemeinen katholischen Kirchenfonds der Diöcese unterstützt werden, um eine auf diese Art eingerichtete Universität in der Provinz besuchen zu können. || §. 26. Die Candidaten des geistlichen Standes werden, nach vollendeten theologischen Studien ein Jahr im Priesterseminar zum Praktischen der Seelsorge ausgebildet, und zwar in so weit unentgeltlich, als die in den Dotationsurkunden für die Seminarien angesetzten Summen zureichen. || §. 27. In das Seminar werden nur diejenigen Candidaten aufgenommen, welche in einer durch die Staats- und bischöflichen Behörden gemeinschaftlich vorzunehmenden Prüfung gut bestanden und zur Erlangung des landesherrlichen Tischtitels, der ihnen unter obiger Voraussetzung ertheilt wird, würdig befunden worden sind. || §. 28. Der landesherrliche Tischtitel gibt die urkundliche Versicherung, dass im eintretenden Falle der nicht verschuldeten Dienstunfähigkeit der dem geistlichen Stande angemessene Unterhalt, wofür ein Minimum von jährlich 300 bis 400 fl. festgesetzt wird, so wie die besondere Vergütung für Kur- und Pflegekosten, subsidiarisch werde geleistet werden. Von dem Titulaten kann nur dann ein billiger Ersatz gefordert werden, wenn er in bessere Vermögensumstände kommt oder in der Folge eine Pfründe erhält, welche mehr als die Kongrua abwirft. || §. 29. In jeder Diöcese wird jährlich von einer durch die Staats- und bischöflichen Behörden gemeinschaftlich anzuordnenden Commission eine Concursprüfung mit denjenigen Geistlichen vorgenommen, welche zu einer Pfarrei oder sonst einer Kirchenpfründe befördert zu werden wünschen. Zu dieser Prüfung werden nur Geistliche zugelassen, welche wenigstens zwei Jahre lang in der Seelsorge als Hüfspriester angestellt waren und gute Zeugnisse ihrer Vorgesetzten über ihren Wandel vorlegen. || §. 30. Die in Folge dieser Prüfung sich ergebende Classification wird bei künftigen Beförderungen des Geprüften berücksichtigt. || §. 31. Eben so wird eine Classeneintheilung der Pfarreien und sonstigen Kirchenpfründen, nach dem Grade ihrer Wichtigkeit und ihres Ertrags gefertigt, damit auch die Patronen, welche nur Diöcesangeistliche präsentiren können, ihre Auswahl hiernach einzurichten vermögen. || §. 32. Kein Geistlicher kann zu gleicher Zeit zwei Kirchenpfründen, deren eine jede die Kongrua erträgt, besitzen, von welcher Art sie auch seyen, und unter welchem Vorwande es auch geschehen wolle. Ein jeder muss an dem Sitze seiner Pfründe wohnen und kann sich nur mit Erlaubniss auf einige Zeit von derselben entfernen. || §. 33. Kein Geistlicher kann, ohne Einwilligung seines Landesherrn, Würden, Pension, Orden oder Ehrentitel von Auswärtigen annehmen. || §. 34. Jeder Geistliche wird, bevor er die kirchliche Institution erhält, dem Oberhaupte des Staats den Eid der Treue ablegen, dem Bischof aber den canonischen Gehorsam geloben. || §. 35. Der Staat gewährt den Geistlichen jede zur Erfüllung ihrer Berufsgeschäfte erforderliche gesetzliche Unterstützung und schützt sie in dem Genuße der ihrer Amtswürde gebührenden Achtung und Auszeichnung. || §. 36. Den Geistlichen, so wie den Weltlichen, bleibt, wo immer ein Missbrauch der geistlichen Gewalt gegen sie stattfindet, der Rekurs an die

Landesbehörden. || §. 37. Die Verwaltungsweise der für den bischöflichen Tisch, ^{Nr. 4767 (32).} das Domcapitel und Seminar angewiesenen Dotationen, so wie des dem Erz- ^{Oberrhein.} bischof bestimmten Beitrags, wird jeder Staat nach seiner Verfassung und den ^{Kirchenprov.} hierüber bestehenden Vorschriften anordnen. || §. 38. Die Güter der katholischen Kirchenfründen, so wie alle allgemeinen und besonderen kirchlichen Fonds werden unter Mitaufsicht des Bischofs, in ihrer Vollständigkeit erhalten und können auf keine Weise zu andern als katholischen kirchlichen Zwecken verwendet werden. Die Kongrua der Pfarrfründen soll, wo diese weniger als 600 Gulden ertragen, nach und nach auf diese Summe erhöht werden. Die Verwaltung der niedern Kirchenfründen wird in den Händen der Nutzniesser, welche sich hierbei nach den in jedem Staate bestehenden Vorschriften zu richten haben, gelassen. || §. 39. In jedem der vereinten Staaten wird, sobald es thunlich ist, ein allgemeiner katholischer Kirchenfonds gebildet, aus welchem solche katholisch-kirchliche Bedürfnisse aushülfsweise zu bestreiten sind, zu deren Befriedigung Niemand eine gesetzliche Verbindlichkeit hat oder keine Mittel vorhanden sind.

Nach vorstehenden Bestimmungen haben sich die Staats- und Kirchenbehörden Unseres Königreiches gebührend zu achten.

Stuttgart, 30. Januar 1830.

Wilhelm.

B. Bekanntmachung der gleichlautenden Verordnung

in den übrigen Staaten der Kirchenprovinz am 30. Januar 1830; in Frankfurt am 25. März 1830.

Longner, Darstellung der Rechtsverhältnisse der Bischöfe in der oberrheinischen Kirchenprovinz. Tübingen 1840. Friedberg, Grenzen l. c. p. 371 ff.

Fast in allen Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz erschienen ausser dieser landesherrlichen Verordnung auch noch eine Reihe anderer Verfügungen bezüglich der katholischen Kirche. Württemberg: Ueber die Vollziehung der beiden Bullen, Einsetzung des Bischofs und Capitels von Rottenburg etc. vom 21. Mai 1828, über die bischöfliche Disciplinargewalt über Geistliche vom 12. Juli 1844 (Friedberg l. c. p. 373) u. a. S. Lang, Sammlung der württembergischen Kirchengesetze (Bd. X der Reischerschen Ges.-Samml.) Tübingen 1836. — Kurhessen: Ueber die Besetzung der Kirchenämter vom 30. August 1829, die bischöfliche Gewalt in Strafsachen und an den Unterrichtsanstalten vom 31. August 1829, die Errichtung des Bisthums Fulda vom 18. Sept. 1829. S. Walter Fontes p. 350 ff. — Hessen-Darmstadt: Ueber die Besetzung der Kirchenämter vom 8. Febr. 1830. S. Grossh. Hess. Reg.-Bl. 1830 Nr. 30, auch Weiss l. c. p. 323 ff. — Baden: Ueber die bischöfliche Disciplinargewalt über Geistliche vom 23. Mai 1839. S. Longner, Darstellung des Rechtsverhältnisses l. c. p. 397 f. — Nassau: Ueber die Dotation der katholischen Kirche vom 11. Oct. 1827. Verordnungsblatt des Herzogth. Nassau 1827 Nr. 15, auch Weiss l. c. p. 356 ff. — Sachsen-Weimar: Gesetz über die Verhältnisse der katho-

Nr. 4767 (32).
Oberrhein.
Kirchenprov.
30. Jan. 1830.

lischen Kirche vom 7. Oct. 1823 — schränkt die Kirchenfreiheit am meisten ein. — S. Grossherz. Sachsen-Weimar. Reg.-Bl. 1823, Nr. 16, auch Weiss l. c. p. 328 ff.

Nr. 4768. (33.)

RÖMISCHE CURIE. Breve Pius VIII. an die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz. — Verdammung der landesherrlichen Verordnung.

Lat. Orig. Roskovány, Mon. II p. 292.

Pius P. P. VIII. Ehrwürdige Brüder. Gruss etc.

Nr. 4768 (33).
Röm. Curie.
30. Juni 1830.

Vor nicht gar langer Zeit war zu Unseren Ohren die betrübende Kunde gelangt, dass die Feinde der katholischen Kirche gegen die gesunde Lehre, ja selbst gegen die Kirchenverfassung gar manche Neuerungen in schlaudem und nicht erfolglosem Bemühen in den genannten Gegenden der rheinischen Provinz herbeizuführen suchen. Solchen bis dahin unsicheren Gerüchten Glauben zu schenken, konnten Wir Uns anfangs vornehmlich darum nicht bestimmt finden, weil Uns durch Euch nichts gemeldet worden, deren ganz besondere Aufgabe es gewesen wäre, Uns von so hochbedeutsamen Thatsachen zu berichten, geschweige denn über das Heil Euerer Diöcesen eifrig zu wachen, und nicht nur Irrthümer, sondern auch jegliche Gefahr und selbst Vermuthung eines Irrthums zu verhüten. Doch zu tiefem Schmerze und zu gewiss nicht geringerer Verwunderung über Euer Verfahren, ist durch den wahren Sachverhalt, das Vergebliche Unserer Hoffnung klargelegt. Denn die Privatberichte werden nun auch durch öffentliche Mittheilungen, und zwar auf Grund sehr gewichtiger, zweifelloser Zeugnisse bestätigt, so dass sich in Uns die unabweisliche Ueberzeugung geltend machte, es könnten die dort eingeführten, auf falschen und irrllehrerischen Grundlagen beruhenden Neuerungen, als der Lehre und den Geboten der Kirche Christi entgegen und offenbar auf das Verderben der Seelen berechnet, in eben dieser Kirche nicht geduldet werden. || Frei durch göttliche Bestimmung und keiner irdischen Herrschaft unterworfen ist die makellose Braut des unbefleckten Lammes Jesu Christi. Aber durch jene profanen Neuerungen wird sie schimpflicher und elendster Knechtschaft überantwortet, da der Laiengewalt die unumschränkte Vollmacht gegeben wird Diöcesansynoden zu bestätigen oder zu verwerfen; die Diöcesen einzutheilen; die Candidaten des geistlichen Standes und der geistlichen Aemter zu prüfen und aufzunehmen; ihr wird überdies die Leitung der religiösen wie der moralischen Zucht und Unterweisung zugetheilt; ja selbst die Seminarien und andere derartige in was immer für einer Beziehung zur geistlichen Herrschaft der Kirche stehende Anstalten, werden dem Gutdünken der Laien überliefert, während die Gläubigen am freien Verkehre mit dem Oberhaupte der Kirche gehindert sind, da doch dieser Verkehr etwas dem Wesen der

katholischen Kirchenverfassung selbst Eigenthümliches ist und nicht gehemmt werden kann, ohne dass die Gläubigen des ihrer Seele nützlichen und nothwendigen Beistandes beraubt in eine offenbare Gefahr für ihr ewiges Heil gestürzt werden. || Aber hätten Wir doch den Trost gehabt, dass von Euch, kraft der Verpflichtung Eueres hochwichtigen Amtes, alle Sorgfalt darauf verwandt worden, die Euerer Obhut anvertrauten Gläubigen über die offenbaren Irrthümer jener Grundsätze zu belehren und vor den Ränken zu warnen, welche durch die Fassung derartiger Beschlüsse und Vorhaben bereitet wurden. Denn Euere Pflicht war es vornehmlich, eifrigst das zu bekräftigen, was der Apostel Paulus seinem Schüler Timotheus und in seiner Person allen Bischöfen so nachdrücklich einprägt Euere Pflicht war es die Hirtenstimme zu erheben, so dass die Strafe der Irrgehenden zugleich zur Zügelung und zur Abschreckung der Schwankenden geworden wäre, nach den Worten desselben Apostels: Ueberführe die Sündigen vor der Menge, auf dass auch die Andern Furcht erfülle. Endlich war es Euere Pflicht, dem Vorbilde der Apostel nachzustreben, welche denen, die ihnen Schweigen geboten, mit evangelischem Freimuth erwiederten: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen. || Dagegen darf es nicht verhehlt bleiben, Ehrwürdige Brüder, wie schwere Besorgniss Unser Herz auch darum drückt, weil Wir vernommen haben, dass Einer aus Euerer Zahl weit entfernt, die katholische Kirche und ihre Lehre dadurch zu vertheidigen, dass er sich den Neuerungen und Irrthümern widersetzt und die seiner Sorge anvertrauten Gläubigen durch Ermahnungen und heilsame Vorschriften befestiget hätte, sogar diesen Neuerungen und den falschen und irrigem Grundsätzen durch Beifall und Beihülfe Ansehen und Kraft zu verleihen kein Bedenken getragen habe. Die Grösse der Sünde bewegt uns die Anschuldigung für falsch zu halten, denn zu sehr sträubt sich das Gemüth vor solch ehrenrührigem Verdachte über Euch, als dass Wir glauben könnten irgend wer von Euch habe die Sache der Kirche Jesu' Christi preisgeben können in so wichtigen Dingen wie die, in welchen die Kraft und Wesenheit ihrer Verfassung liegt | Schon die Güte und Gerechtigkeit der Sache und die Sorge um die Euerer Hut anvertrauten Schafe müssen Euch den Muth verleihen, mit welchem Ihr die dem guten Hirten eigene Entschlossenheit für deren Heil zeigen sollt; doch kommt zu Euerer Bestärkung auch noch das hinzu, dass die Sache, welche Ihr vertheidigt, auf Vereinbarungen beruht, welche zwischen dem heiligen Stuhle und den Fürsten selbst eingegangen wurden, denn diese haben sich durch Ihr öffentlich gegebenes Wort verpflichtet, dass sie in ihren Gebieten der katholischen Kirche die volle Freiheit gewähren würden, sowohl in Betreff des Verkehrs der Gläubigen mit dem höchsten Oberhaupt der Kirche in kirchlichen Angelegenheiten, als auch in Betreff des vollen Rechtes des Erzbischofs und der Bischöfe alle bischöfliche Jurisdiction nach den Vorschriften der geltenden Canones und nach den Satzungen der gegenwärtigen Kirchendisziplin auszuüben || Diess, hoffen Wir, werde genügen zur Erreichung des Zweckes, dass Ihr, wo immer in so gewichtigen Dingen Verwerfliches gutgeheissen worden, für sofortigen Widerruf

Nr. 4768 (33). Sorge traget . . . || Um den Zustand besagter Kirchen nach dem so viel Aerger-
 Röm. Curie.
 20. Juni 1830. niss bereitenden Umschwung äusserst besorgt, erwarten Wir von Euch möglichst
 schleunige Antwort, sei es, zur Tröstung für unseren Schmerz, eine mit unseren
 Wünschen übereinstimmende, sei es, was Gott verhüte, eine ungünstige, damit
 Wir jene Entschliessungen fassen können, welche die Pflicht des Apostolischen
 Amtes von Uns unbedingt fordert. In dem gerechten Vertrauen auf Eueren
 Eifer in der Ausführung der im Herrn Euch gewordenen Rathschläge ertheilen
 Wir Euch

Gegeben zu Rom bei Sta. Maria Magg. am 30. Juni 1830. Unseres Ponti-
 ficates im II. Jahre.

H. Brück, Die oberrheinische Kirchenprovinz. Mainz 1868. Katholische
 Zustände in Baden. Regensburg 1841. Nebenius, Katholische Zustände in
 Baden. Karlsruhe 1842.

Die erste Anregung zu diesem Breve scheint von dem Erzbischof Bern-
 hard Boll von Freiburg ausgegangen zu sein, der in einem Schreiben (dat.
 17. Febr. 1830) an den Luzerner Canonicus, F. Geiger, Beschwerde über die
 landesherrliche Verordnung führt und diesen unter Anschluss derselben ersucht
 dem päpstlichen Hofe davon Mittheilung zu machen (Roskovány, Mon. III
 p. 809). — Als dann das Breve erschienen war, kam jedoch der päpstlichen
 Aufforderung „für sofortigen Widerruf“ der kirchenfeindlichen Gesetze Sorge
 zu tragen, nur der Bischof von Fulda, und zwar nur insofern nach, als er und
 sein Capitel in einer Eingabe an das kurhessische Ministerium vom 30. Aug.
 1830 erklärten . . . Wir verkennen das mancherlei Gute nicht, welches in
 jener Verordnung (30. Januar 1830) enthalten ist, und danken dafür im Namen
 der Katholiken, deren Wohl dabei beabsichtigt wird; aber es kommen, wie
 wir gezeigt haben, mehrere Verfügungen darin vor [§. 4, 5 und 19], die sich
 mit der Glaubenslehre, mit der allgemeinen Disciplin, mit der natürlichen und
 gesetzmässigen Freiheit, ja mit dem Fortbestand der katholischen Kirche in
 der oberrheinischen Kirchenprovinz nicht vereinigen lassen Gegen die
 einzelnen Verfügungen dieser Art, . . . müssen wir förmlich und feierlich
 protestiren, und um Abänderung solcher Verfügungen die Gerechtig-
 keit und Milde des Staatsoberhauptes anflehen“ (Roskovány, Mon. II p. 206 ff.).
 Der früher erwähnten kurhessischen Verordnungen v. J. 1829 geschieht darin
 keine Erwähnung, obwohl dieselben gar manche Verfügung enthalten, welche
 man gegenwärtig als die Rechte der katholischen Kirche schwer verletzend
 ansehen würde. — Die übrigen Bischöfe der Kirchenprovinz schwiegen oder
 bestärkten sogar, wie z. B. der von Mainz, die Regierungen in ihrer Haltung.
 Dagegen stellte ein Laie, der Freiherr v. Hornstein, in der württembergischen
 Kammer den Antrag (17. April 1830). die landesherrliche Verordnung mit
 ihren Verletzungen aufzuheben (Roskovány, Mon. II p. 332 ff.). Die Kammer
 und der ständische Ausschuss, welche sich mehrfach damit beschäftigten, ver-
 warfen den Antrag; ja selbst der Bischof von Rottenburg schloss sich dem-
 selben als Mitglied der Kammer nicht an und erklärte nachher im Landtage
 von 1833, er habe sich „ . . bei Erscheinen der landesherrlichen Verordnung,
 die allerdings nicht ohne Gefahr einer Verletzung der Autonomie der Kirche
 zu sein scheint, um so weniger zu gewalthätigen Schritten veranlasst gesehen,
 als diese herrlichen Institutionen [die neu geschaffenen kirchlichen Einrich-

tungen] erst im Aufkeimen begriffen waren. Sollte auch wohl diese zarte Pflanze durch herbeigeführte Stürme schon in ihrem Aufkeimen erdrückt oder zerknickt werden? Nein . . .“ (S. Verhandlungen der württembergischen Ständekammer und Rechenschaftsbericht des ständischen Ausschusses vom Jahre 1830—36. Longner, Darstellung l. c. p. 55 ff.). — Der geringe Erfolg des Breves bestimmte die römische Curie ihre Beschwerden direct an die Regierungen zu richten. In einer Note vom 5. Oct. 1833 protestirte der Cardinal-Staatssecretär im Namen des Papstes Gregor XVI. gegen alle nach der Circumscriptionsbulle erlassenen Verordnungen (S. Nr. 35), und in einem gleichzeitig an die Bischöfe der Kirchenprovinz gerichteten Breve (4. Okt. d. J.) tadelt der Papst dieselben in ernstesten Worten, dass sie das Schreiben seines Vorgängers noch nicht beantwortet, für die Rechte der Kirche Nichts gethan hätten, und fordert sie dann mit Nachdruck zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Hirtenpflichten auf (S. Roskovány, Mon. II p. 340 ff.). Auch hierauf schwiegen die Bischöfe. Die Regierungen beantworteten am 4. Dec. 1836 die Note vom 5. Oct. 1833 dahin, dass die betreffenden Verordnungen als Consequenz des in ihrer Depesche vom 4/7. Sept. 1826 ausgesprochenen Vorbehaltes anzusehen seien (s. Nr. 36). — Nach dem für die katholische Kirche so siegreichen Ausgang der Kölner Wirren änderte auch die katholische Kirche dieser Länder ihre Haltung gegenüber den Regierungen. Während bis dahin selbst die eifrigsten Katholiken nur bemüht waren der übermässigen Ausdehnung staatlicher Hoheitsrechte über die Kirche entgegen zu treten, diese aber principiell anerkannten, forderte man von da an die völlige Autonomie für die Kirche. Diesen Zweck verfolgten die Anträge, welche der Bischof Keller von Rottenburg (1841) in der württembergischen Ständekammer, Freiherr v. Andlaw (1837, dann zurückgezogen, und 1846) in der ersten und Dr. Buss (1846) in der zweiten badischen Kammer stellten. — Ueber die Motion des Bischof ging die württembergische Ständekammer, auf Antrag seines Domdecans, zur Tagesordnung über; dagegen beschloss die Kammer der Standesherrn mit 25 Stimmen gegen 14 eine Adresse an den König, in der sie bat: „allergnädigst geruhen zu wollen, Anordnungen treffen zu lassen, um die katholischen Kirchenangelegenheiten und die Stellung der Kirche zur Staatsgewalt auf geeignetem Wege bestimmter zu ordnen und festzustellen.“ Hieran schlossen sich dann Verhandlungen zwischen Bischof, Domcapitel und Regierung, welche zu keinem Resultate führten. (S. actenmässige Darstellung der Verhandlungen der würtemb. Kammer der Abgeordneten über die Angelegenheit der katholischen Kirche in Württemberg. Stuttgart 1842. Abdruck der Actenstücke aus den Verhandlungen der Kammer der Standesherrn in der kath. Kirchen-Angelegenheit. Stuttgart 1842. Die Breve durch welche der Bischof wegen seines Verhaltens belobt wird, bei Roskovány, Mon. II p. 435 ff.) — Die in der badischen Kammer gestellten Anträge blieben resultatlos. (S. dieselben im Katholik, Jahrg. 1846.)

Nr. 4768 (33).
Röm. Curie.
30. Juni 1830.

Nr. 4769 (34).

Kurhessen.

5. Jan. 1831.

Nr. 4769. (34.)

KURHESSEN. Aus der Verfassungsurkunde für das Kurfürstenthum Hessen. — Stellung der katholischen Kirche.

Pölitz l. c. I p. 573 ff.

III. Abschnitt. *Von den allgemeinen Rechten und Pflichten der Unterthanen.* || §. 29. Die Verschiedenheit des christlichen Glaubensbekenntnisses hat auf den Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte keinen Einfluss. || §. 30. Jedem Einwohner steht vollkommene Freiheit des Gewissens und der Religionsübung zu. Jedoch darf die Religion nie als Vorwand gebraucht werden, um sich irgend einer gesetzlichen Verbindlichkeit zu entziehen.

X. Abschnitt. *Von den Kirchen, den Unterrichts-Anstalten und den milden Stiftungen.* || §. 132. Alle im Staate anerkannten Kirchen geniessen gleichen Schutz desselben. Ihren verfassungsmässigen Beschlüssen bleiben die Sachen des Glaubens und der Liturgie überlassen. || §. 133. Die Staatsregierung übt die unveräusserlichen hoheitlichen Rechte des Schutzes und der Oberaufsicht über die Kirchen in ihrem vollen Umfange aus. || §. 134. Die unmittelbare und mittelbare Ausübung der Kirchengewalt über die evangelischen Glaubenspartheien verbleibt, wie bisher, dem Landesherrn. Doch muss bei dem Uebertritte desselben zu einer anderen als evangelischen Kirche, die alsdann zur Beruhigung der Gewissen gereichende Beschränkung dieser Gewalt mit den Landständen ohne Aufschub näher festgestellt werden. || §. 135. Für das besondere Verhältniss der katholischen Kirche zu der Staatsgewalt dienen folgende Bestimmungen zur Richtschnur: || a) In Ansehung des kirchlichen Censur- und Strafrechts, sowie des bischöflichen Amts-Einflusses auf die Unterrichts-Anstalten bleibt das (mit dem vormaligen bischöflichen Generalvicariat zu Fulda verabredete) Regulativ vom 31. August 1829 ferner in Kraft. || b) die von dem Bischof und den übrigen katholischen Kirchenbehörden ausgehenden allgemeinen Anordnungen, Kreisschreiben und dergleichen allgemeinen Erlasse an die Geistlichkeit und Diöcesanen, welche nicht reine Glaubens- und kirchliche Lehrsachen betreffen, oder durch welche dieselben zu etwas verbunden werden sollen, was nicht ganz in dem eigenthümlichen Wirkungskreise der Kirche liegt, bedürfen der Genehmigung des Staates, und können nur mit solcher kund gemacht und in Ausführung gebracht werden. || c) Solche allgemeine Erlasse der Kirchenbehörde, welche rein geistliche Gegenstände betreffen, sind der einschlägigen Staatsbehörde zur Einsicht vorzulegen und diese wird die Bekanntmachung nicht hindern, wenn der Inhalt keinen Nachtheil dem Staate bringen würde. || d) Von allen bischöflichen, unmittelbaren oder mittelbaren Communicationen mit dem päpstlichen Stuhle, welche nicht etwa lediglich in Beziehung auf einzelne Fälle der eigentlichen Seelsorge oder auf gewöhnliche, der römischen Curie unstreitig zukommende Dispensationen beabsichtigt werden möchten, noch blos in Glück-

wünschungs-, Danksagungs- und anderen dergleichen Ceremonialschreiben be-
 stehen, wird die Staatsregierung durch den landesherrlichen Bevollmächtigten
 bei dem Bisthum nach wie vor Einsicht nehmen lassen. || e) In allen Fällen, wo
 ein Missbrauch der geistlichen Gewalt stattfindet, bleibt die Beschwerde oder
 der Recurs an die Landesbehörde offen, jedoch was das geistliche Personal in
 seinem Berufe angeht, erst alsdann, wenn ein bei der zuständigen oberen
 Kirchenbehörde geschehener Versuch zur gebührenden Abhülfe als erfolglos dar-
 gethan, oder insofern etwa Gefahr bei dem Verzuge sein würde. || §. 136. Der
 Staat gewährt den Geistlichen jede, zur Erfüllung ihrer Berufsgeschäfte erforder-
 liche gesetzliche Unterstützung, und schützt sie in dem Genusse der Achtung
 und Auszeichnung, welche ihrer vom Staate anerkannten Amtswürde gebühret.
 Hinsichtlich ihrer bürgerlichen Handlungen sind dieselben der weltlichen Obrig-
 keit unterworfen. || §. 137. Für den öffentlichen Unterricht, sonach die Erhal-
 tung und Vervollkommnung der niederen und höheren Bildungsanstalten, und
 namentlich der Landes-Universität, sowie der Landschullehrer-Seminare, ist zu
 allen Zeiten nach Kräften zu sorgen. || §. 138. Alle Stiftungen ohne Ausnahme,
 sie mögen für den Cultus, den Unterricht oder die Wohlthätigkeit bestimmt sein,
 stehen unter dem besonderen Schutze des Staats, und das Vermögen oder Ein-
 kommen derselben darf unter keinem Vorwande zum Staatsvermögen eingezogen
 oder für andere, als die stiftungsmässigen Zwecke verwendet werden. || Nur in
 dem Falle, wo der stiftungsmässige Zweck nicht mehr zu erreichen steht, darf
 eine Verwendung zu anderen ähnlichen Zwecken mit Zustimmung der Betheiligten
 und, sofern öffentliche Anstalten in Betracht kommen, mit Bewilligung der Land-
 stände erfolgen.

Nr. 4769 (34).
 Kurhessen.
 5. Jan. 1831.

Gegen diese Bestimmungen, und insbesondere gegen §. 135, legten
 Bischof und Capitel von Fulda wiederholt Verwahrung ein bei der Stände-
 versammlung (2. 8. Januar, 4. Febr. 1831) und dem Ministerium (8. Januar
 d. J.). Sie erklärten darin den Eid auf die Verfassung nicht leisten zu
 können, wenn „jene unnützen und harten Beschränkungen“ nicht aufgehoben
 würden, die ebenso sehr „der in Gemässheit der Vereinbarung der Fürsten
 der oberrh. Prov. mit dem römischen Stuhle ergangenen Bulle „ad dominici
 gregis“ entgegen“, wie auch „den allgemein angenommenen Grundsätzen zu-
 wider, nach denen keines Bürgers Freiheit, wenn er nicht über Unrecht
 klagen soll, über die Gebühr beschränkt werden darf“. Die Stände erwiderten
 (3. Januar) „dass wir die fraglichen Bestimmungen als zum Schutze der
 bürgerlichen Freiheit der katholischen Unterthanen wesentlich nöthig erachtet
 haben, und dass wir bei deren Annahme um so weniger ein Bedenken haben
 konnten, als jene Bestimmungen sowohl den Beschlüssen der oberrheinischen
 Kirchenprovinz, wie auch den besonderen Vereinbarungen der kurfürstlichen
 Staatsregierung mit der geistlichen Behörde von Fulda vom 31. August 1829
 vollkommen entsprechen, und wir überhaupt nicht glauben können, dass damit
 dem reinen Wirken einer hohen Geistlichkeit ein Hinderniss in den Weg ge-
 legt werde.“ Und in einer zweiten Erwiderung (27. Januar) drohten die
 Stände mit der Temporalien Sperre für den Fall des Ungehorsames „da im
 Staate keine Behörde sich im offenen Streite mit der Grundverfassung des
 Landes befinden darf“. — Den Protesten des Bischofes schloss sich auch der

No. 4769 (34).
Kurhessen.
5. Jan. 1831.

Magistrat von Fulda in mehreren Eingaben an. (S. all diese Actenstücke Roskovány, Mon. II p. 441—473 — daselbst auch der Protest des Bischofs und der Stadt Fulda vom 1. Juli 1831 gegen die beabsichtigte Gründung einer katholisch-theologischen Facultät an der Universität Marburg.)

Nr. 4770. (35.)

RÖMISCHE CURIE. Note des Cardinal-Staatssecretärs an den Staatsminister Badens. — Protest gegen die landesherrlichen Verordnungen.

Friedberg, Grenzen l. c. p. 873 f.

Eccellenza.

Nr. 4770 (35).
Röm. Curie.
5. Oct. 1833.

..... Il risultamento di tali transazioni fu fedelmente espresso nella Bolla „*Ad dominici-gregis custodiam*“ pubblicata dalla Sa. Me. del Sommo Pontefice Leone XII. in data dell' 11. Aprile 1827., e Sua Altezza Reale ne garanti la esatta osservanza tanto per la Sua Altezza Reale, quanto per quella degli altri Principi et Stati Contraenti. Quantumque la natura stessa delle Convenzioni, le quali costituiscono un patto sinallagmatico, e la inviolabilità delle assicurazioni ricevute rendessere certo il Supremo Capo della Chiesa della fedele osservanza delle cose stabilite, non potè non recargli gravissima amarezza l'Editto del 30. Gennajo 1830. pubblicato a Carlsruhe, ed adottato da tutti i Principi e Stati Protestanti riuniti della Confederazione. Infatti mentre era si convenuto che la comunicazione in affari Ecclesiastici con la Santa Sede sarebbe stata pienamente libera, fu disposto in quell' Editto che „il solo Arcivescovo, o i Vescovi, o i Vicarj del Vescovato fossero in libera comunicazione „col Capo Supremo della Chiesa in tutti gli oggetti riguardanti l'Ecclesiastica „Amministrazione dovendo pero i medesimi avere guardo alle relazioni risultanti „dal territorio Metropolitano; e che tutti gli altri Ecclesiastici Diocesani dovessero rivolgersi all' Arcivescovo, o ai Vescovi in tutti gli affari Ecclesiastici.“ Dal che Vostra Eccellenza facilmente comprende essere stata ristretta la comunicazione diretta con la Santa Sede al solo Arcivescovo, ai Vescovi e loro Vicarj, e tolta implicitamente, ad ogni altro, contro lo spirito e la lettera della Convenzione. || Erasi convenuto che l'Arcivescovo nella Sua Diocesi e Provincia Ecclesiastica, ed ogni Vescovo nella propria Diocesi dovessero pleno jure esercitare la giurisdizione Vescovile a norma dei Canonj ora vigenti, e della presente disciplina della Chiesa, e nell' articolo No. 4. del citato Editto fu stabilito che „le disposizioni generali, le lettere Circolari dell' Arcivescovo, dei Vescovi e „delle altre Autorità Ecclesiastiche dirette al Clero ed ai Diocesani, colle quali „vengono essi obligati ad alcuna cosa, come anchi i Regolamenti particolari d'importanza soggiaciano al consenso dello stato, e soltanto con l'espressa menzione „del consenso dello Stato possano essere pubblicati e rilasciati. In simile guisa

„nell' Art. 9 del citato Editto fu disposto che i Concilj Provinciali possano
 „essere tenuti soltanto col consenso degli Stati riuniti, i quali vi destineranno
 „dei Commissari, e che l'Arcivescovo e ciascun Vescovo deleghi col concenso
 „delli Governi un Plenipotenziario alle Conferenze che si terranno nel Sinodo.“
 Nè difforni dalle sopra esposte sono le disposizioni degli Articoli 10. 13. 21. e
 36. del citato Editto. Per le quali ordinazioni la giurisdizione Vescovile, il
 pieno e libero esercizio della quale fu stabilito e garantito nelle convenzioni
 fatte con la Santa Sede, viene ad essere inceppata, ed assoggettata alla volontà
 del Governo temporale. || La Santa Sede informata che i Vescovi della Provincia
 Ecclesiastica Renana, ed in particolare l'Archivescovo di Friburgo, conformemente
 all' Impulso da Essa ricevuto ne aveva presentato le convenienti rimostranze a
 Sua Altezza Reale il Gran Duca di Baden, ne attenderà l'effetto, nella lusinga,
 si non sapia rinunciare, che i ricorsi di quel sacro Pastore non sarebbero stati
 portati invano alla lealta ed alla giustizia del Governo Gran ducale. Una trista
 esperienza però ha dimostrato che la lusinga in cui era la Santa Sede è tornata
 a vuota; che la longanimità del Sommo Pontefice Pio VIII. di Sa. Me. a nulla
 ha giovato: e che per opera di quegli spiriti tenebrosi che il defonto Granduca
 Ludovico di Baden defini con pari verita e forza per *nemici eterni di ogni
 ordine publico e religioso* si vuole assoggettare la Chiesa Cattolica ad una
 durissima servitù. || Il santo Patre profondamente afflitto alla vista di tanti mali
 che lungi dal diminuire divengono ogni di sempre maggiori; ed altamente com-
 mosso dalle continue istanze che riceve dai Cattolici suddetti dei Principi e
 Stati Protestanti della Confederazione germanica, i quali nelle loro angustie, e
 spirituali necessità implorano il suo efficace soccorso sente il dovere di non più
 lungamente tacere per porre efficacemente un termine a tanto male, e perchè i
 nemici della religione, e dell' ordine non possano trarre dal suo silenzio argo-
 mento di connivenza per parte della santa Sede ad ordinanze si perniciose
 alla Chiesa, e si apertamente contrarie alle fatte Convenzioni: Trovasi perciò il
 Santo Patre obbligato dalla sua coscienza, e dai doveri che l'Apostolico Suo
 Ministero gl'impone a protestare come ora fa per mezzo del Sottoscritto Suo
 Cardinale Segretario di stato contro tutte le disposizioni che o coll' Editto del
 30. Gennajo 1830. pubblicato a Carlsruhe, o con altri Atti di simile natura fatti
 dagli altri Governi de' Principi e Stati protestanti riuniti della Confederazione
 Germanica, si è finora attentato in pregiudizio dei venerandi diritti della Chiesa
 Cattolica, ed a domandarne la pronta ed assoluta revoca, e la piena osservanza
 delle stipolate Convenzioni. || Sua Santità non può dubitare che Sua Altezza
 Reale il Gran Duca di Baden, e gli altri Principi e Stati Protestanti riuniti
 della Confederazione nella giustizia e nella lealtà che li distingue, non siano per
 apprezzare la ragionevolezza e la necessità delle sopra espresse dichiarazioni e
 domande della Santa Sede, e non siano per aderirvi pienamente. Confida poi
 in particolar modo la Santità Sua che Sua Altezza Reale il Gran Duca di Baden
 non solamente vorrà per la Sua parte far ragione alle sopraesprese domande,
 ma che vorrà eziandio prendere allo stesso fine il più vivo e deciso interessa-

Nr. 4770 (35).
Röm. Curie.
5. Oct. 1833.

mento presso gli altri Principi e Stati sudetti de quali il Gran Duca Ludovico suo glorioso Predecessore garanti alla Sa. Me. di Leone XII. *le buone intenzioni, non meno che la risoluzione di fare eseguire fedelmente l'accomodamento concluso.* || Che se Sua Santità contro ogni Sua aspettazione dovesse essere riservata alla dolozosissima condizione di vedere questi suoi reclami non sortire quel desiderato effetto che la gravezza e l'urgenza del male richiede, si troverebbe in tale ipotesi, suo malgrado costretta a far conoscere ai Cattolici della Confederazione con la pubblicazione di quanto concerne questo sì grave affare, che il deplorabile Stato in cui trovansi le cose Ecclesiastiche nei domini soggetti ai Principi e Stati Protestanti riuniti della Confederazione Germanica non è da ripetersi dall' abbandono della Santa Sede o dalla debole parte da lei presa in sostenere gl'interessi della Religione cattolica in codesti Paesi, ma dalla inosservanza delle stipolate Convenzioni, e dal non avere i reclami avanzati dalla Santità Sua ottenuto quell' effetto che il Santo Padre era in diritto di attendere. || Il sottoscritto Cardinale Segretario di Stato mentre in adempimento degli ordini di Sua Santità ha l'onore di fare all' Eccellenza Vostra la presente comunicazione, e di pregarla che Le piaccia elevarla alla cognizione del di Lei augusto Sovrano, si prega di rinnovarle le assicurazioni della Sua distintissima considerazione.

Roma 5. Ottobre 1833.

(sig.) J. Card. Bernetti.

Nr. 4771. (36.)

OBERRHEINISCHE KIRCHENPROVINZ. Note des badischen Staatsministers (im Auftrage der übrigen Staaten) an den Cardinal-Staatssecretär. — Zurückweisung des Protestes.

Friedberg, Grenzen l. c. p. 879 ff.

Nr. 4771 (36).
Oberrhein.
Kirchenprov.
(Baden).
4. Sept. 1834.

Le soussigné ayant eu l'honneur de recevoir, en son tems, la note que Son Eminence Monseigneur le Cardinal Bernetti, Secrétaire d'État de Sa Sainteté lui a adressée en date du 5. Octobre de l'année dernière relativement à l'édit publié le 30 janvier 1830 dans le Grand-Duché de Bade ainsi que dans les autres états participans à la Province archi-épiscopale du Haut-Rhin, s'est empressé d'appeler sur son contenu toute l'attention du Gouvernement Grand-Ducal et d'en donner en même tems communication aux autres Gouvernemens de la confédération qui s'y trouvent également intéressés. || Le tems strictement nécessaire pour ces communications ainsi que l'examen mûr consciencieux auquel on a particulièrement tenu à soumettre une affaire d'une si haute importance ne lui

ont pas permis, à son grand regret, de faire plutôt une réponse explicite sur tous les points dont il est question dans la note de Son Eminence. || Le sous-signé doit commencer par exprimer toute la peine que les gouvernemens de la Province archiépiscopale ont dû éprouver en voyant que l'état actuel de l'église catholique dans cette Province a été représenté à la Cour de Rome sous un aspect entièrement faux et qu'Elle a puisé dans des renseignemens inexacts qui ont pu Lui être adressés des motifs pour porter plainte contre l'édit susmentionné, en supposant que des stipulations solennelles auraient été violées et que par suite la religion catholique dans la Province se trouverait dans une situation déplorable. || Pour démontrer combien peu est fondé le reproche de stipulations violées, basé sur ce que les conséquences qu'il a plu à Son Eminence de tirer des deux bulles constitutives de la Province archiépiscopale, se trouvent plus ou moins en opposition avec l'édit du 30 janvier, il suffira de jeter un coup d'oeil sur les négociations antérieures et de rappeler que les gouvernemens ont déclarées avec une entière franchise à la Cour de Rome, par une note du 7 septembre 1826 qu'ils ne pourraient accéder aux articles 5 et 6 de la bulle „*ad dominici gregis custodiam*“, dont Monseigneur le Cardinal Somaglia leur avait adressé le projet par sa note du 16 juin 1825 et qu'en cas que le St. Siège ne croirait pas pouvoir supprimer ces articles, ils se verraient forcés de leur opposer expressément la reservation de leurs droits respectifs. || Cependant la Cour de Rome ayant jugé à propos de faire insérer, malgré cette déclaration, ces deux articles du projet dans la susdite bulle, il ne restait aux gouvernemens que de rendre également publique leur réservation à cet égard que les Evêques de la Province n'ont pu ignorer puisqu'elle se trouve annexée à la publication officielle des bulles de Sa Sainteté qui eut lieu en 1827. || L'édit du 30 janvier 1830 ne forme que la suite et le développement de cette réservation et on ne pourra donc pas reprocher aux gouvernemens réunis d'avoir enfreint une convention puisqu'il n'en existe point dans le sens indiqué par la note de Son Eminence et qu'en outre les gouvernemens auraient dû renoncer par une pareille convention à des droits dont il ne pourront jamais se départir, bien que leur exercice puisse être modifié selon les circonstances. || Les gouvernemens, dans leur propre intérêt, se croient obligés de soutenir l'église catholique par tous les moyens que la Providence a mis entre leurs mains et de contribuer, de leur mieux, à la prospérité et au maintien de sa constitution et de ses dogmes; ils désirent sincèrement d'écartier autant que possible tout ce qui pourrait compromettre l'harmonie entre l'Etat et l'Eglise; ils croient en avoir donné des preuves irrécusables par le zèle désintéressé avec lequel ils ont négocié auprès du St. Siège pour amener un arrangement définitif sur les relations ecclésiastiques de leurs sujets catholiques par la dotation plus que suffisante des évêchés et par la sollicitude qu'ils n'ont cessé de vouer à l'église catholique pendant la durée prolongée de l'état provisoire si peu favorable qui a précédé l'érection des sièges épiscopaux; aussi sont ils persuadés que leurs intentions bienveillantes sont appréciées avec gratitude par la grande majorité des catholiques dans la

Nr. 4771 (36).
Oberrhein.
Kirchenprov.
(Baden).
4. Sept. 1834.

Nr. 4771 (36). Province et principalement par ceux d'entre eux qui sont doués d'assez d'intelligence et d'impartialité pour porter un jugement sur ce qui peut servir au véritable salut de l'église. || Les gouvernemens n'ont jamais démenti ces intentions et si Son Altesse Royale feu le Grand-Duc Louis a fait des promesses dans ce sens — qui au reste n'ont pu être faites que sous les restrictions ci-dessus mentionnées, — elles ont été remplies scrupuleusement et le sont encore en ce moment dans toute leur étendue. || En passant à l'édit de 1830 et aux dispositions que Son Eminence a combattues dans Sa note du 5 octobre, le soussigné a l'honneur de faire observer d'abord que le bût de cet édit, énoncé dans le préambule, n'est autre que de maintenir les droits de protection et de surveillance des souverains, tels qu'ils ont été établis dans le cours des négociations et de faire connaître d'une manière uniforme dans toute la Province les principes d'après lesquels les gouvernemens entendent exercer ces droits. L'édit ne contient outre cela rien qui ne soit pas déjà adopté depuis longtems tant en doctrine qu'en pratique dans tous les états de l'Allemagne catholiques ou protestants et surtout en Autriche et en Prusse. || Cette considération générale semblerait déjà ne pas devoir admettre sur les effets de l'édit de 1830 des appréhensions que l'examen de ses dispositions particulières ne peut marquer de faire cesser entièrement. En ce qui concerne, spécialement la plainte portée contre l'article 19 qui restreint la correspondance avec la cour de Rome sur les chefs de l'église d'après l'ordre hiérarchique, il est superflu d'observer que les gouvernemens n'ont pas eu l'intention de priver le St. Siège, par cette ordonnance, des moyens s'informer de l'état de l'église dans la Province; ils voulaient plutôt s'assurer par cette disposition que les renseignemens parvinrent à Sa Sainteté par une voie légale et non par l'organe de personnes dont les facultés intellectuelles et la position politique ne permettent pas qu'ils envisagent et qu'ils jugent avec connaissance de cause et impartialité, les affaires ecclésiastiques. || Souvent aussi de pareils individus ont des desseins impurs et les gouvernemens seraient en droit et même dans l'obligation de les poursuivre devant la justice à cause de leurs tentatives criminelles contre la tranquillité de l'état et la paix de l'église. || La correspondance privée avec la cour de Rome ne devait être, d'après l'intention des gouvernemens, ni entravée ni interdite par cet article. || Quant à l'article 4 de l'édit il a toujours été d'usage dans tous les états de l'Europe et notamment dans la monarchie autrichienne que les ordonnances générales et circulaires des évêques ne pouvaient être publiées sans autorisation préalable du gouvernement. || Il est impossible que les gouvernemens abandonnent ce principe dont l'application d'ailleurs ne saurait motiver des appréhensions à cet égard, puisqu'il n'y a pas eu un seul cas depuis l'érection des évêchés où cette autorisation eut été refusée. || Les synodes aussi bien que les conciles n'ont jamais eu lieu qu'avec l'agrément des gouvernemens respectifs et depuis les tems des premiers Empereurs chrétiens, les souverains se faisaient représenter par leurs envoyés dans ces assemblées s'ils ne préféraient pas y assister en personne. || L'édit ne défend ni à l'archevêque ni aux évêques de con-

Oberrhein.
Kirchenprov.
(Baden.)
4. Sept. 1834.

voquer une synode dans leur diocèse; ce n'est que le consentement aux synodes provinciaux et l'envoi des commissaires qu'il reserve au gouvernement, parce que ces assemblées exercent une influence trop puissante sur le bien-être et sur la direction morale des sujets pour que les états puissent renoncer au droit de prendre connaissance de ce qui s'y passe et d'examiner surtout si le moment est bien choisi pour une pareille convocation. Au reste, les Gouvernemens n'ont pas voulu exprimer par cet article l'intention de se mêler de la discipline de l'église, quoiqu'ils se réservent de prendre dans tous les cas les mesures convenables pour que l'intérêt de l'état n'y coure pas de danger. || Les articles 10, 13, 21 et 36 de l'édit que la note de Son Eminence mentionne en général sans y faire des objections particulières, ne contiennent rien qui ne soit pas conforme aux principes du droit public et ecclésiastique, reconnus dans toute l'Allemagne. Quant aux dispositions de l'article 10 sur les „judices in partibus“ elles répondent parfaitement à ce qui a été arrêté sur cette matière dans les conciles de Constance, de Bâle et de Trente et à ce qui se trouve spécialement déclaré dans la capitulation de l'Empereur Leopold II. comme principe du droit public de l'Allemagne. || L'article 13 qui prescrit que les sujets catholiques qui n'appartiennent à aucune paroisse et ceux qui sont liés à une telle d'une autre confession seront agrégés à une paroisse catholique, est conforme à la bulle „provida solersque“ et il ne sera jamais exécuté que de concert avec l'autorité épiscopale compétente. La nature des choses demande d'ailleurs que dans des causes où l'église catholique est simultanément intéressée avec l'église protestante, ce qui ne peut pas manquer d'arriver souvent dans des pays de différentes confessions, aucune des deux parties ne puisse procéder à son gré et que par conséquent le gouvernement prenne les mesures convenables s'il est question de changer des institutions légalement subsistantes. || La bulle susmentionnée désigne le Chapitre comme collègue consultant de l'évêque (Presbyterium) et l'article 21 de l'édit, qui en fait mention ne parle que du rang et des attributions que les lois de l'église assignent aux Chapitres et ne fait donc que reconnaître à cet égard ce qui existait déjà avant l'édit. || Ce qui est enfin prescrit par l'art. 36 repose sur un ancien principe du droit public en usage depuis longtems dans les états catholiques; les gouvernemens ne l'exécuteront cependant qu'en observant la discipline ecclésiastique et ne procéderont qu'en cas d'abus manifeste et toujours dans les voies convenables. || Le soussigné se flatte d'avoir suffisamment prouvé par cet exposé que l'édit du 30 janvier 1830 ne contient aucune disposition qui n'ait déjà existée pendant une longue série d'années dans d'autres états et si la Cour de Rome ne croit pas pouvoir accéder à ces principes, Elle avouera du moins qu'une discussion prolongée sur cette matière ne profiterait à personne et qu'elle serait d'autant plus inutile qu'il est de fait que l'édit a toujours et sans aucune exception été exécuté avec une circonspection et une modération qui n'auront jamais été surpassées dans aucun pays se trouvant dans une position analogue au Grand-Duché. || Si, dans un mémoire présenté à Son Altesse Royale le Grand-Duc, l'archevêque de Fribourg a pu

Nr 4771 (86).
Oberrhein.
Kirchenprov.
(Baden).
4. Sept. 1834.

Nr. 4771 (36).
 Oberrhein.
 Kirchenprov.
 (Baden).
 4. Sept. 1834.

méconnaître ce fait et se laisser entraîner à des plaintes vagues et mal fondées sur l'état de l'église, quoique sa connaissance particulière et le jugement de la partie saine du public eussent dû l'en empêcher, on ne peut que déplorer une pareille démarche et l'attribuer à des insinuations malveillantes. || C'est encore avec plus de peine que le gouvernement Grand-Ducal a cru apercevoir l'effet de ces insinuations dans un bref adressé aux évêques de la Province, et il a dû être surtout étonné de ce que ce document rempli de reproches contre les gouvernements ait été répandu avec une grande activité et même avant qu'il fût parvenu aux évêques, par les feuilles publiques et par des distributions particulières. Le gouvernement Grand-Ducal fut en outre instruit par le mémoire de l'archevêque que les réponses des évêques de la Province au bref susmentionné ne s'accordaient guère entre elles et qu'il y en avait même dans un sens tout opposé à celui du mémoire. Il y eut donc lieu d'espérer que la Cour de Rome, en prenant de nouveau cet objet en considération, pourrait être amenée à l'envisager d'une manière différente, et c'est aussi par cette raison qu'on a jugé convenable de ne pas encore faire de réponse au mémoire de l'archevêque. Son Eminence voudra bien se convaincre que, dans cet état de choses rien ne motiverait une déclaration telle qu'elle est annoncée dans Sa note du 5 octobre pour le cas que les dispositions indiquées de l'édit du 30 janvier 1830 ne seraient pas rapportées et par laquelle la Cour de Rome déclinerait toute responsabilité par rapport à la situation prétendue mauvaise de l'église catholique dans la Province. || Les gouvernements pourraient attendre avec calme une pareille déclaration dont la réfutation leur serait d'autant plus facile que l'opinion publique témoigne trop hautement la satisfaction générale des sujets catholiques sur l'état bien organisé de leurs relations ecclésiastiques et qu'il est évident que l'assertion du contraire part de quelques personnes toujours mécontentes. || Qu'il soit permis au soussigné d'ajouter, en terminant, l'observation qu'une telle polémique entre la Cour de Rome et les gouvernements de la Province archiépiscopale ne pourrait jamais avoir de suites salutaires, soit pour l'état soit pour l'église et que les ennemis de l'autorité du chef suprême de l'église catholique s'en empareraient avidement pour étendre, aussi sur l'Allemagne, leur projets subversifs de cette autorité. || C'est avec empressement que le soussigné saisit cette occasion pour réitérer à Son Eminence l'expression de sa haute considération.

Carlsruhe le 4 septembre 1834.

(signé) Bo. de Turckheim.

Nr. 4772. (37.)

SACHSEN. Mandat, die Ausübung der katholisch-geistlichen Gerichtsbarkeit in den hiesigen Kreislanden, und die Grundsätze zur Regelung der gegenseitigen Verhältnisse der katholischen und evangelischen Glaubensgenossen betreffend.

Gesetzsammlung, Jahrg. 1827. p. 13 ff.

Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden, König von Sachsen u. s. w. thun kund und zu wissen.

Nr. 4772 (37).
Sachsen.
19. Feb. 1827.

Nachdem durch Unser Mandat vom 16. Febr. 1807 bekannt gemacht worden, dass hinfüro in Unserem gesammten Königreiche Sachsen die Ausübung des römisch-katholischen Gottesdienstes der Ausübung des Gottesdienstes der augsburgischen Confessionsverwandten gänzlich gleichgestellt werden, und die Unterthanen beider Confessionen gleiche bürgerliche und politische Rechte ohne Einschränkung geniessen sollen, diese Gleichstellung auch durch den 16. Artikel der deutschen Bundes-Acte vom 8. Juni 1815 in allen Bundeslanden festgesetzt worden ist; so finden Wir für nöthig, über die Ausübung der katholisch-geistlichen Gerichtsbarkeit in den hiesigen Kreislanden und zu Regulirung der gegenseitigen Verhältnisse der katholischen und evangelischen Glaubensgenossen folgende, die gegenseitigen Grenzen bestimmende, gesetzliche Vorschrift zu ertheilen:

§. 1. Das apostolische Vicariat allhier ist die oberste geistliche Behörde für die römisch-katholischen Glaubensgenossen in den vier Kreisen, und hat nebst dem ihm untergeordneten katholischen Consistorium, die geistlichen Angelegenheiten und die geistliche Gerichtsbarkeit in Beziehung auf sie eben so zu verwalten, wie solches von dem evangelischen Kirchenrathe, respective in Subordination den evangelischen wirklichen Geheimenräthen, und den unter denselben stehenden Consistorien hinsichtlich der Evangelischen geschieht. §. 2. Der jedesmalige apostolische Vicar hat, nach vorheriger Vorlegung des die ihm beschehene Delegation enthaltenden päpstlichen Schreibens, den Unterthanen- und Diensteid in Unsere Hände abzuleisten, und dabei zu Beobachtung der Landesgesetze bei der ihm aufgetragenen Verwaltung sich zu verpflichten. || §. 3. Die Bekanntmachung allgemeiner, entweder vom römischen Stuhle ausgehender, oder sonst vom Vicariate für nöthig zu befindender Anordnungen durch den Druck oder öffentlichen Anschlag soll ohne Unser landesherrliches Vorwissen, und, nach Befinden, beigefügtes Placet nicht geschehen. — Auch behalten Wir Uns vor, in etwa vorkommenden Fällen, welche auf Unsere landesherrliche Gerechtmässige Einfluss haben können, und bei Beschwerden über Missbrauch der von dem Vicariate auszuübenden geistlichen Gewalt, Selbst in geeigneter Maasse zu entscheiden. — Zum Behuf solcher Entscheidungen soll jedesmal über den in Frage befangenen Gegenstand von Unserem Geheimen Rathe mit dem apostolischen

Nr. 4772 (97). Vicar sich zuvor communicando vernommen, und in dessen Folge rätliches Gut-
 Sachsen.
 19. Feb. 1827. achten darüber von Ersterem Uns eröffnet werden. || §. 4. Zur Ausübung der
 katholisch-geistlichen Gerichtsbarkeit in der untern Instanz wird ein katholisch-
 geistliches Consistorium niedergesetzt, welches mit drei geistlichen und zwei zur
 Verwaltung von Justizstellen nach der desfallsigen gesetzlichen Vorschrift quali-
 ficirten, weltlichen Beisitzern besetzt, bei dessen Expedition auch, ausser den
 sonst nöthigen Expedienten, ein zu Actuariatsverrichtungen legitimirter Secre-
 tarius angestellt seyn soll. || §. 5. Die als geistliche oder weltliche Mitglieder
 bei genanntem Collegio anzustellenden Personen hat Uns der apostolische Vicar,
 zu deren Anstellung, bei nicht vorhandenem Bedenken, vorhero zu ertheilenden
 landesherrlichen Bestätigung jedesmal in Vorschlag zu bringen. || §. 6. Die
 sämmtlichen, sowohl geistlichen als weltlichen Beisitzer dieser Behörde, auch
 die bei ihr anzustellenden Subalternen, werden bei ihrer Einführung und An-
 nahme mit dem Subjections- und dem Diensteide belegt, haben auch, hinsicht-
 lich der ihnen zukommenden Geschäftsführung, zur Beobachtung der Landes-
 gesetze sich zu verpflichten. || §. 11. In Verfassungssachen und in den bei den-
 selben zu verhandelnden rein geistlichen Sachen, so wie in den von der Cognition
 der weltlichen Gerichtshöfe zu eximirenden Personal-Rechtssachen der katho-
 lischen Geistlichen, ist es [das Consistorium] ausschliesslich dem apostolischen
 Vicariat subordinirt. || §. 12. Dem Vicariate steht jedoch rücksichtlich der Ver-
 fassungssachen das Recht der Entscheidung nur in sofern zu, als diese die innere
 Verfassung des Collegii angehen. Angelegenheiten, die auf die äussere Ver-
 fassung desselben gegen andere Collegia und Behörden Bezug haben, sind, nach
 vorhero beim Geheimen Rathe, mit Zuziehung des apostolischen Vicars, über sie
 angestellter Erwägung, mittelst unterthänigsten Vortrags des Ersteren, den der
 Vicar mit zu unterschreiben hat, zu Unserer eigenen Decision zu stellen. ||
 §. 13. Gegen die Erkenntnisse und Bescheide des Consistorii in denjenigen
 Rechtssachen, über welche der Vicarius apostolicus nach §. 11 in letzter Instanz
 zu entscheiden hat, mag zuerst die Läuterung stattfinden. Bei der Entschliessung
 darüber und dem dem Consistorio nachzulassenden Vorspruche derselben sollen,
 ausser den ordentlichen Mitgliedern des Collegii noch zwei hierzu zu bestellende
 ausserordentliche Beisitzer, ein geistlicher und ein rechtserfahrener weltlicher,
 zugezogen werden. || §. 14. Zur Formirung der höchsten Appellations-Instanz in
 diesen Sachen wird ein Vicariats-Gericht niedergesetzt, welches, unter dem Vor-
 sitze des Vicarii apostolici, aus zwei geistlichen Vicariatsräthen und drei welt-
 lichen Rätthen, Einem aus der Landesregierung, Einem aus dem Appellations-
 gerichte und Einem dazu besonders zu bestellenden weltlichen katholischen
 Vicariatsrathe bestehen soll. || §. 15. In diesem Gerichte steht dem Vicario
 apostolico ein votum decisivum zu. || §. 16. Von den Vicariatsräthen gilt, was
 die landesherrliche Bestätigung derselben, auch deren Vereidung und Gerichts-
 stand betrifft, das nämliche, was wegen dieser Gegenstände in Ansehung der
 Consistorialbeisitzer oben (§. 6 und 7) festgesetzt worden ist. Sie sollen den
 Rang unmittelbar nach den Ober-Consistorial-Rätthen haben. || §. 17. In allen

anderen, als den §. 11 genannten, bei dem katholischen Consistorio anhängig Nr. 4772 (37).
Sachsen.
19. Feb. 1827. werdenden Rechtssachen, hat dasselbe auf eingewandte Appellationen, nach Verschiedenheit der in dem Mandate vom 13. März 1822 §. 12 und fg., angegebenen Fälle, respective zur Landesregierung oder zum Appellationsgerichte zu berichten und die von daher erfolgenden Entscheidungen zu befolgen. || §. 18. Die mit den höchsten Landescollegien wegen geistlicher und kirchlicher Angelegenheiten nöthigen Communicationen sind, wie bei den Protestanten durch deren Kirchenrath, so in katholischen Sachen durch das Vicariat zu pflegen, an welches das katholische Consistorium desfalls zu berichten hat. Mit untergeordneten Collegiis soll das katholisch-geistliche Consistorium in statu communicationis stehen. | §. 19. In den, nach der Anordnung des §. 11 und 12 ausschliesslich zur Entscheidung des katholischen Vicariats gehörenden Sachen sind die weltlichen Unterobrigkeiten sowohl von Seiten des Consistorii, als von dem Vicar selbst, nur per modum requisitionis zur Erzeugung der nöthigen Rechtshülfe zu veranlassen, und es werden Unsere Beamten und die Patrimonial-Gerichts-Obrigkeiten zu gebührender Befolgung dieser Requisitionen hierdurch angewiesen. In Ansehung aller übrigen zur Competenz des katholisch-geistlichen Consistorii gehörigen Sachen haben Wir dem Vicario apostolico und dem ihm untergebenen geistlichen Consistorio die Befugniss beigelegt, vorgedachten Unterbehörden Verordnungen und Aufträge zu ertheilen, und es sind ihnen daher letztere in dieser Beziehung subordinirt. Auch mag sich von dem Vicariate und dem Consistorio der Kreis- und Amtshauptleute zu Auftragserteilungen in gleicher Weise, wie den protestantischen geistlichen Oberbehörden gestattet ist, bedient werden. || §. 20. In Fällen, wo die katholisch-geistliche Behörde dem von ihr beauftragten weltlichen Commissario einen geistlichen Consistorial-Beisitzer als Vicariatsrath beigegeben hat, mag die weltliche Behörde das Directorium actuum, der geistliche Mit-Commissair aber das Directorium commissionis führen. Wenn aber der geistliche Mit-Commissair ein anderer als ein Consistorial-Beisitzer oder Vicariatsrath ist, oder der weltliche Commissair einen höheren Rang hat als der geistliche, so ist dem weltlichen auch das Directorium commissionis zu überlassen. || §. 21. Vorladungen und Auflagen erlässt das katholisch-geistliche Consistorium, in Gemässheit der §. 19 gegebenen Bestimmungen, unmittelbar sowohl an die seiner Gerichtsbarkeit überhaupt unterworfenen geistlichen, als auch an weltliche Personen, welche seine Competenz bloss wegen der zu verhandelnden geistlichen Sachen anzuerkennen haben. Jedoch hat es wegen der Insinuation an mittelbare Unterthanen, wie bei den protestantischen Consistorien geschieht, die Patrimonial-Gerichte zu requiriren. || §. 22. Dem katholisch-geistlichen Consistorium wird die Betreibung der in der Anlage angegebenen Geschäfte übertragen. Es hat, wie die protestantischen, alle Gerechsamkeit eines öffentlich constituirten Gerichtshofes, z. B. das Recht bona vacantia einzuziehen, Geldstrafen und andere Gerichtsnutzungen, auch Gerichtssporteln, die letzteren nach einer noch besonders bekannt zu machenden Taxe, zu erheben, u. s. w. || §. 23. Dasselbe [das katholische Consistorium] hat bei seinen

Nr. 4772 (37). **Sachsen.**
19. Feb. 1827. Beschlüssen, Verordnungen und Entscheidungen, so wie in Absicht auf die Form des bei ihm stattfindenden Verfahrens, lediglich nach den Vorschriften der Landesgesetze sich zu achten, in soweit nicht entweder in Ehesachen die Dogmen der katholischen Kirche entgegenstehen, oder bei der Bestrafung kirchlicher Verbrechen der katholischen Geistlichen oder solcher Vergehungen katholischer Glaubensgenossen, welche mit Kirchenstrafen geahndet werden, die Vorschriften des canonischen Rechtes zugleich von ihm in Obacht zu nehmen sind. || §. 24. Die Einholung rechtlicher Erkenntnisse in den Fällen, wo es nicht selbst entscheiden will, ist ihm nur bei inländischen Dicasterien nachgelassen. || §. 26. In Ansehung der auf nicht streitige Rechtsangelegenheiten sich beziehenden Gerichtshandlungen wird dem katholisch-geistlichen Consistorio gleiche Berechtigung wie den protestantischen beigelegt, und es ist daher zur Bevormundung kranker, abwesender oder verschwenderischer geistlicher Personen, zur Annahme gerichtlicher Recognitionen von Seiten geistlicher Personen, und zur Regulirung der Verlassenschaften derselben, befugt. || §. 27. Alle zum katholischen Clerus gehörige Personen ohne Unterschied der erhaltenen höheren oder niederen Grade der Weihe haben bei ihrer Anstellung als Geistliche im Lande den Unterthaneneid gegen Uns vor dem geistlichen katholischen Consistorio, zu leisten. Sie sind für ihre Personen alsdann lediglich Gerichtsbarkeit des geistlichen katholischen Consistorii, und respective in höherer Instanz, des apostolischen Vicariats unterworfen. — In den gegen sie vorkommenden Criminalsachen hat das katholische Consistorium in allen Fällen, wo nach den Landesgesetzen eine besetzte Gerichtsbank erforderlich ist, ein königliches Justizamt zur Führung der Untersuchung zu requiriren, und einen geistlichen Commissarius dazu zu delegiren. — Auch auswärtige katholische Geistliche sollen bei ihrem Aufenthalt in hiesigen Landen den, den allhier angestellten katholischen Geistlichen für ihre Person zugetheilten, privilegirten Gerichtsstand zu geniessen haben. || §. 29. Katholische Schullehrer und niedere, bei dem katholischen Cultus angestellte Kirchendiener haben nur in Beziehung auf ihre Amtsverrichtungen; Todtengräber, Hospitalverwalter und Hospitalleute nur in Ansehung der die Disciplin und die Verfassung der Institute angehenden Sachen einen privilegirten persönlichen Gerichtsstand vor dem katholisch-geistlichen Gerichte. || §. 31. Wenn gegen die in Criminal- oder Polizei-Sachen von dem katholischen Consistorio gegen die seiner Gerichtsbarkeit unterworfenen Personen publicirten Urtheile oder Decisa Vorstellungen einkommen, so soll die nöthige anderweitige Entscheidung jedesmal von einem Dicasterio hiesiger Lande eingeholt werden. || §. 32. Alle Glaubens- und Gewissens-Sachen, welche katholische Glaubensgenossen angehen, alle religiöse Handlungen, die zum katholischen Cultus gehören; alle die katholische Kirchendisciplin und den katholischen Religionsunterricht betreffende Sachen, gehören als rein geistliche Sachen ausschliessend zur Competenz des katholisch-geistlichen Consistorii. || §. 33. Die Untersuchung und Bestrafung von Excessen, welche in katholischen Kirchen während der gottesdienstlichen Handlungen vorkommen, sind zwar zur Competenz des katholischen Consistorii zu ziehen; es hat jedoch dieses die Entscheidung

darüber in letzter Instanz, ausgenommen, wenn der Excedent ein katholischer Geistlicher seyn sollte, der landesherrlichen Appellationsbehörde anheimzustellen.

§. 34. Katholische Kirchen und Schulgebäude, katholische Gottesäcker und die zur Zeit der Publication gegenwärtigen Mandates vorhandenen katholischen Hospitäler, mit den etwa dazu gehörigen Grundstücken, sollen der Realgerichtsbarkeit des katholisch-geistlichen Consistorii unbedingt unterwiesen seyn. In Ansehung der zu neuen, etwa künftig für Katholiken errichteten, milden Stiftungen gehörenden Grundstücke aber ist die Zuständigkeit der Realgerichtsbarkeit von der jedesmaligen besonderen Verleihung abhängig.

§. 35. Auch sind diesem Consistorio alle zu religiösen und milden Zwecken bei den katholischen Gemeinden bestimmte Gegenstände, als: Stiftungen für Kirchen, zu Messen, Schulen und Hospitälern, auch Begräbniss- und Armen-Stiftungen für katholische Glaubensgenossen, und die darauf Bezug habenden Angelegenheiten unterworfen.

§. 36. Ein kirchliches Asylrecht findet in hiesigen Landen nicht statt.

§. 37. In Ehe- und Sponsalien-Sachen tritt die Competenz des katholisch-geistlichen Consistorii ein, wenn der Beklagte katholisch ist.

§. 38—51. [Ueber Sponsalienklagen. Trauung und Aufgebot.]

§. 52. Wir tragen Bedenken, durch gesetzliche Bestimmungen über das Religions-Bekenntniss, in welchem Kinder von Personen verschiedenen Glaubensbekenntnisses getauft und erzogen werden sollen, den Eltern oder anderen Personen, die für die Erziehung solcher Kinder zu sorgen verpflichtet sind, einen Zwang aufzulegen. Es bleibt also die Entscheidung hierüber lediglich der Uebereinkunft und Anordnung der Eltern, bei unehelichen Kindern der Mutter allein, die auch nach deren Ableben zu befolgen ist, oder, wenn die Eltern ohne eine solche Uebereinkunft oder Anordnung zu treffen, verstorben seyn sollten, denjenigen überlassen, die überhaupt für die Erziehung dieser Kinder zu sorgen haben.

§. 53. Unter keinem Vorwande ist Personen verschiedener Confession, die sich zu ehelichen gesonnen sind, ein Angelöbniss wegen der künftigen religiösen Erziehung der in ihrer Ehe zu erzeugenden Kinder abzufordern.

§. 54. Unregelmässigkeiten, welche, vorstehenden Vorschriften zuwider, die Verlobten, oder die sie aufbietenden und trauenden Geistlichen, sich zu Schulden bringen, sind ernstlich zu ahnden.

§. 55. Die Taufe der in einer gemischten Ehe erzeugten Kinder steht demjenigen Geistlichen zu, in dessen Confession dieselben, nach der Uebereinkunft der Eltern unterrichtet werden sollen.

§. 58. In Betreff des Schulunterrichtes sind an Orten, wo es sowohl katholische als evangelische Schulen gibt, die Kinder katholischer Eltern durchaus an jene, die Kinder evangelischer Eltern aber ebenso an diese zu verweisen. Unter keinem Vorwande dürfen an solchen Orten Kinder katholischer Eltern in die evangelische Schule und die Kinder evangelischer Eltern in katholische Schulen aufgenommen werden.

§. 59. Nur in Hinsicht der gelehrten Schulen soll hierin eine Ausnahme Statt finden, und auch den Kindern verschiedener Confession, nach erhaltener Genehmigung der Schulvorsteher, verstattet seyn, als Extraneer an dem Unterrichte in Sprachen und Wissenschaften Theil zu nehmen.

Nr. 4772. (87.) Sachsen.
19. Feb. 1827. §. 60. An denjenigen Orten, wo keine katholische Schule vorhanden ist, sollen die daselbst lebenden Katholiken ihre Kinder in die protestantische Ortsschule zu schicken zwar nicht verbunden seyn, ihnen jedoch freistehen gegen Entrichtung des Schulgeldes sie an dem darin zu empfangenden Unterrichte, nur den Religionsunterricht ausgenommen, Theil nehmen zu lassen. | §. 61. Wenn bei gemischten Ehen der evangelische Theil gegen seinen katholischen Ehegatten vor dem katholischen Consistorio eine Scheidungsklage angestellt hat, und von dieser Behörde in Fällen, wo, nach den Principien des evangelischen Eherechtes, die gänzliche Scheidung Statt haben konnte, den Grundsätzen der katholischen Kirche gemäss, nur auf lebenslängliche Separation erkannt worden ist; so mag dem in dieser Weise geschiedenen evangelischen Ehegatten die Schliessung einer anderweiten Ehe vor dem evangelischen Bezirks-Consistorio, in sofern dieses seinerseits keinen Anstand dabei findet, gestattet werden. || §. 62. Den katholischen Glaubensgenossen aber ist die Verehelichung mit geschiedenen Ehegatten evangelischen Bekenntnisses, so lange der andere Ehegatte lebt, nicht gestattet, und sie mögen daher weder von katholischen noch von evangelischen Pfarrern in den hiesigen Landen mit einander verlobt, aufgeboden oder copulirt werden. | §. 63. Die Beerdigung verstorbener römisch-katholischer Glaubensgenossen bleibt an den Orten, wo deren Gemeinde einen eigenen Geistlichen und einen eigenen Begräbnissplatz hat, lediglich der Veranstaltung ihrer geistlichen Behörde überlassen. Ausserhalb solcher Orte aber bewendet es bei der unterm 5. Juli 1811 (Cod. Aug. III. Forts. Th. I. S. 146) an die erbländischen geistlichen Behörden erlassenen Generalverordnung, mit der Erläuterung, dass, im Falle des stillen Begräbnisses, keine Stolgebühren, sondern nur die Kosten des Begräbnissplatzes und der Grube zu bezahlen sind. || §. 64. Die Kirchenbücher der römisch-katholischen Gemeinden, worin alle Trauungs-, Tauf- und Beerdigungshandlungen aufzuzeichnen sind, haben gleiche rechtsgültige Glaubwürdigkeit, wie die Kirchenbücher der Gemeinden der anderen christlichen Confession, sind aber auch den ergangenen gesetzlichen Vorschriften gemäss einzurichten. || §. 65. Die von der evangelisch-lutherischen Kirche gegen die römisch-katholischen Glaubensgenossen sonst verfassungsmässig ausgeübten Parochial-Zwangsrechte fallen für die Zukunft allenthalben hinweg; jedoch in Hinsicht der auf Grundstücken etwa haftenden Parochial-Lasten bewendet es bei der zeitherigen Verbindlichkeit.

Nach vorstehendem Mandate, welches von den obrigkeitlichen Behörden, in Gemässheit des Generalis vom 13. Juli 1796, und des Mandates vom 9. März 1818 bekannt zu machen ist, haben sich alle geistliche und weltliche Behörden, so wie Alle, welche es angeht, gebührend zu achten, und daran Unseren Willen und Meinung zu vollbringen.

Urkundlich haben Wir dieses Mandat eigenhändig unterschrieben und Unser Königliches Insiegel vordrucken lassen.

So geschehen zu Dresden am 19. Februar 1827.

(L. S.) Friedrich August.

Das Mandat erfuhr durch die Verfassungsurkunde und andere Gesetze und Verordnungen mannigfache Veränderungen, deren wesentlichste die Folgenden sind: Durch Verordnung vom 7. Nov. 1831 wurden alle im §. 57 der Verfassungsurkunde begriffenen Angelegenheiten sämmtlicher Confessionen dem Geschäftskreise des Ministerium des Cultus und Unterrichts zugetheilt. — Das Gesetz über privilegirte Gerichtsstände vom 28. Januar 1835 hob den besonderen Gerichtsstand der katholischen wie evangelischen Geistlichen in allen persönlichen Rechtssachen, sowohl streitigen als auch nicht streitigen, auf, und stellte sie unter die weltlichen Justizbehörden. Auch wurde dadurch die Gerichtsbarkeit der katholisch-geistlichen Behörden in Ehesachen nur auf solche Fälle beschränkt, wo beide Parteien der katholischen Confession zugethan sind, wogegen die Competenz in Ehestreitigkeiten zwischen Personen verschiedener Confession an die Bezirksappellationsgerichte überging. — Durch das Gesetz über die religiöse Erziehung der von Eltern verschiedener Confession erzeugten Kinder vom 1. Nov. 1836 wurde der §. 51 des Mandates aufgehoben und bestimmt, dass die in solchen Ehen erzeugten Kinder in der Regel in der Confession des Vaters — die unehelichen in der der Mutter — zu erziehen sind, doch bleibt es den Eltern gestattet durch freies, formell bei Gericht zu hinterlegendes Uebereinkommen unter sich etwas Anderes festzusetzen. — Durch das Volksschulgesetz vom 6. Juni 1836 (§. 3) wurde das im §. 60 des Mandates ausgesprochene Recht in eine Pflicht verwandelt. S. überhaupt Ed. Schreyer, Codex des im Königreich Sachsen geltenden Kirchen- und Schul-Rechtes. Leipzig 1864. — Gegen die oben angeführten Gesetze richtete die katholische Geistlichkeit Sachsens (8. April 1833) eine eingehende Vorstellung und Verwahrung an die berathende Ständeversammlung (s. Roskovány, Mon. II p. 521 ff.).

Nr. 4772. (37.)
Sachsen.
19. Feb. 1837.

Nr. 4773. (38.)

SACHSEN. Aus der Verfassungsurkunde für das Königreich Sachsen. — Stellung der katholischen Kirche.

Zachariae l. c. p. 166 ff.

III. *Von den allgemeinen Rechten und Pflichten der Unterthanen.* || Nr. 4773. (38.)
§. 32. Jedem Landeseinwohner wird völlige Gewissensfreiheit und, in der bis- Sachsen.
herigen oder künftig gesetzlich festzustellenden Masse, Schutz in der Gottesverehrung 4. Sept. 1831.
seines Glaubens gewährt. || §. 33. Die Mitglieder der im Königreiche aufgenommenen christlichen Kirchengesellschaften geniessen gleiche bürgerliche und politische Rechte. Alle anderen Glaubensgenossenschaften haben an den staatsbürgerlichen Rechten nur in der Masse einen Antheil, wie ihnen derselbe vermöge besonderer Gesetze zukömmt.

IV. *Von den Staatsdienern.* || §. 41. . . . Auf den Vorstand des Ministerii des Cultus, welcher stets der evangelischen Confession zugethan sein muss, in Gemeinschaft mit wenigstens zwei anderen Mitgliedern des Gesamtministeriums

No. 4773. (38.) derselben Confession, geht der bisherige Auftrag in Evangelicis über. Zu seinem
Sachsen.
4. Sept. 1831. Wirkungskreise gehören die §. 57 bezeichneten Angelegenheiten aller Con-
fessionen.

VI. *Von den Kirchen, Unterrichtsanstalten und milden Stiftungen.* |

§. 56. Nur den im Königreiche aufgenommenen oder künftig mittelst besondern Gesetzes aufzunehmenden christlichen Confessionen steht die freie öffentliche Religionübung zu. || Es dürfen weder neue Klöster errichtet, noch Jesuiten oder irgend ein anderer geistlicher Orden jemals im Lande aufgenommen werden. ||

§. 57. Der König übt die Staatsgewalt über die Kirchen (*jus circa sacra*), die Aufsicht und das Schutzrecht über dieselben nach den diesfallsigen gesetzlichen Bestimmungen aus, und es sind daher namentlich auch die geistlichen Behörden aller Confessionen der Oberaufsicht des Ministeriums des Cultus untergeordnet. || Die Anordnungen in Betreff der innern kirchlichen Angelegenheiten bleiben der besondern Kirchenverfassung einer jeden Confession überlassen. Insbesondere wird die landesherrliche Kirchengewalt (*jus episcopale*) über die evangelischen Glaubensgenossen, so lange der König einer andern Confession zugehan ist, von der §. 41 bezeichneten Ministerialbehörde ferner in der zeitherigen Masse ausgeübt. ||

§. 58. Beschwerden über Missbrauch der kirchlichen Gewalt können auch bis zu der obersten weltlichen Staatsbehörde gebracht werden. ||

§. 59. Die Kirchen und Schulen und deren Diener sind in ihren bürgerlichen Beziehungen und Handlungen den Gesetzen des Staates unterworfen. |

§. 60. Alle Stiftungen ohne Ausnahme, sie mögen für den Cultus, den Unterricht oder die Wohlthätigkeit bestimmt sein, stehen unter dem besonderen Schutz des Staates, und das Vermögen oder Einkommen derselben darf unter keinem Vorwande zum Staatsvermögen eingezogen oder für andere als die stiftungsmässigen Zwecke verwendet werden. Nur in dem Falle, wo der stiftungsmässige Zweck nicht mehr zu erreichen steht, darf eine Verwendung zu anderen ähnlichen Zwecken mit Zustimmung der Betheiligten, und in so fern allgemeine Landesanstalten in Betracht kommen, mit Bewilligung der Stände erfolgen. |

§. 139. Der Unterthanen-Eid und der Eid der Civil-Staatsdiener und der Geistlichen aller christlichen Confessionen ist, nächst dem Versprechen der Treue und des Gehorsams gegen den König und die Gesetze des Landes, auch auf die Beobachtung der Landesverfassung zu richten.

4774. (39.)

NIEDERLANDE. Aus der Verfassungsurkunde für das Königreich der Niederlande. — Stellung der katholischen Kirche.

Pölitz l. c. II p. 205 ff.

Zweite Abtheilung. *Von den Rechten der Provinzialstände.*

Art. 145. Die Provinzialstände beschäftigen sich mit den Gesetzen über den Schutz der verschiedenen Glaubensformen und deren Ausübung, über den öffentlichen Unterricht, über die Wohlthätigkeitsverwaltungen, über die Mittel der Beförderung des Ackerbaus, des Handels und der Manufacturen, sowie mit allen andern Gesetzen, welche der König ihnen in dieser Beziehung vorlegt.

Nr. 4774 (39).
Niederlande.
24. August
1815.

Vierte Abtheilung. VI. Capitel. *Von dem Gottesdienste.*

Art. 190. Die vollkommene Freiheit aller religiösen Meinungen wird Jedermann garantirt.

Art. 191. Allen religiösen Gemeinschaften, welche in dem Königreiche bestehen, ist gleicher Schutz verliehen.

Art. 192. Alle Unterthanen des Königs, ohne Unterschied ihres religiösen Glaubens, geniessen dieselben bürgerlichen und politischen Rechte, und haben gleichen Anspruch auf alle Würden und Aemter.

Art. 193. Kein Gottesdienst darf in seiner öffentlichen Ausübung verhindert werden, ausser wenn er die Ordnung und öffentliche Ruhe stören könnte.

Art. 194. Alle Gehalte, Pensionen oder andere Einkommen, von welcher Art sie sein mögen, welche die verschiedenen Gottesdienste und ihre Diener gegenwärtig geniessen, sind ihnen garantirt.

Denjenigen Dienern, welche noch keinen Gehalt haben, kann ein solcher verliehen, und andern, deren Gehalt unzureichend ist, derselbe erhöht werden.

Art. 195. Der König wacht darüber, dass die für den Gottesdienst bewilligten Summen, welche aus dem öffentlichen Schatze ausgezahlt werden, zu keinem andern Zwecke verwandt werden, als wofür sie ausdrücklich bestimmt sind.

Art. 196. Der König wacht darüber, dass kein Gottesdienst in der freien Ausübung, die ihm das Grundgesetz zusichert, gestört werde.

Er wacht ferner darüber, dass jeder Gottesdienst sich innerhalb der Grenzen des Gehorsams halte, den er den Gesetzen des Staates schuldig ist.

X. Capitel. *Von dem öffentlichen Unterricht und den Wohlthätigkeits-Anstalten.*

Art. 226. Der öffentliche Unterricht ist ein beständiger Gegenstand der Fürsorge der Regierung. Der König lässt jährlich den Generalstaaten Rechenschaft ablegen über den Zustand der obern, mittlern und untern Schulen.

Ergänzende Artikel.

Nr. 4774 (39).
Niederlande.
24. August
1815.

Art. 2. Alle Obrigkeiten bleiben in ihren Stellen und alle Gesetze in Kraft, bis darüber anderweitig verfügt worden ist.

Gerlache, Histoire du royaume des pays-bas depuis 1814 jusqu' en 1830. Bruxelles 1836. Münch, Konkordate l. c. II p. 431—467. Friedberg, Grenzen l. c. p. 615 ff. Gams, Geschichte l. c. III p. 250 ff.

Der Wiener Congress vereinigte die ehemals österreichischen Niederlande, in welchen während der französischen Herrschaft das Concordat vom Jahre 1801 und die Articles organiques Gültigkeit erlangt hatten, mit Holland zum Königreich der vereinigten Niederlande. Von den etwa sechs Millionen Einwohnern des Königreiches waren c. vier Millionen Katholiken. Bei der Besitznahme Belgiens gab der König in der Proclamation v. 18. Juli 1815 das Versprechen, „der katholischen, apostolischen römischen Kirche ihre Rechte, ihre Prärogativen, ihre Hierarchie und im Allgemeinen ihre Vortheile (bevorzugte Stellung)“ zu gewähren. Darauf sich stützend richtete die hohe Geistlichkeit Belgiens (28. Juli 1815) eine Vorstellung und Verwahrung gegen das Verfassungsproject, in der sie sich hauptsächlich über die im Art. 192 u. 193 ausgesprochenen Grundsätze beschwerte. Und die Bischöfe von Gent und Tournay (2. Aug. und 11. Aug.) legten in ihren Hirtenbriefen Verwahrung ein gegen das „finstere Princip“ der Gewissensfreiheit, erklärten die Verfassungsbestimmung dass die Confession kein Hinderniss für die Bekleidung von Staatsämtern abgeben solle, für eine Quelle unheilbarer Uebel, protestirten gegen die Aufnahme dieser Grundsätze in die Verfassung und verboten den Notablen ihrer Diöces „d'y adhérer en aucune manière et sans aucun prétexte quelconque“ (S. die Aktenstücke über all dieses Gerlache l. c. 308 ff. 310 f. und 303 ff.). Als dann die Verfassungsurkunde, welche die gerügten Grundsätze beibehielt, publicirt war, erliess der Episcopat ein „Jugement doctrinal sur le serment prescrit par la nouvelle Constitution“, worin erklärt wird: . . . qu'aucun de nos diocésains respectifs ne peut, sans trahir les plus chers intérêts de sa Religion, sans se rendre coupable d'un grand crime, prêter les différens sermens prescrits par la Constitution, par lesquels on s'engage à observer et à maintenir la nouvelle Loi fondamentale, ou à concourir au maintien et à l'observation de la dite Loi. || En effet, on s'oblige par les dits sermens à observer et à maintenir tous les articles de la nouvelle Constitution, et par conséquent ceux qui sont opposés à l'esprit et aux maximes de la Religion Catholique, ou qui tendent évidemment à opprimer et à asservir l'Eglise de Jesus Christ. Or, tels sont les articles suivans: Art. 190. 191. 192. 193. 196. 226. 145. Art. 2. Additionel. || || Il est encore d'autres articles qu'un véritable enfant de l'Eglise ne peut s'engager par serment, à observer et à maintenir, et dont l'urgence des circonstances ne nous permet pas de nous occuper en ce moment; tel est, en particulier, le 227^{me}, qui autorise la liberté de la presse, et ouvert la porte à une infinité de desordres, à une déluge d'écrits anti-Chrétiens et anti-Catholiques (Münch Konkordate l. c. II p. 434 ff.). Die Regierung wandte sich klagend über die Haltung der Bischöfe an den Papst, dieser erklärte aber am 19. März 1816: es sei der gleiche Schutz aller Culte den Grundsätzen der katholischen Religion zuwider und die Bischöfe hätten nur nach ihrer Pflicht gehandelt, was Consalvi in einer Note wiederholt. (S. Rabiano, Continuation de l'histoire de l'eglise de Berault-Bercastel. Paris 1836. p. 282. ff. u. Gams l. c. III p. 253 und die Note Consalvis v. 2. Okt. 1816 bei Friedberg Grenzen l. c. p. 620 f.) Hieran schloss

sich ein Notenwechsel zwischen Rom und Brüssel, dessen Ergebniss die Erklärung der Curie war (Breve v. 14. Oct. 1820): der Verfassungseid dürfe geleistet werden, wenn er nur als bürgerlich verbindend, oder unter dem Vorbehalte, unbeschadet der Rechte des Papstes und der katholischen Kirche, abgelegt würde. Damit gab sich die Regierung zufrieden. — Die weiteren Massregeln der Regierung zur Aufrechthaltung und Durchführung der napoleonischen kirchlichen Gesetzgebung in Belgien, welche zu steten Konflikten führten, siehe besonders in Gerlache l. c.

Nr. 4774 (39).
Niederlande.
24. August
1815.

Nr. 4775. (40.)

NIEDERLANDE — RÖMISCHE CURIE. Das Niederländische Concordat. Abgeschlossen Rom, 18. Juni 1827. Königl. Bestätigung 25. Juli, Päpstl. 16. Aug. 1827, Staatl. Publication 2. Okt. 1827.

Lat. Org. Nussi, Conv. l. c. p. 223. Münch, Konkordate II. p. 457.

Der Wunsch der niederländischen Regierung für das ganze Königreich ein Concordat zu erlangen, und die für das Nominationsrecht im französischen Concordat v. J. 1801 (art. 17) aufgestellte Bedingung, dass das Staatsoberhaupt katholisch sei, welche hier nicht zutraf, führten schon mit Pius VII. zu Unterhandlungen, welche endlich durch den Grafen Fiacre Ghislain de Celles und den Präfecten der Propaganda Cardinal M. Capellari am 18. Juni 1827 zum Abschluss gelangten. Das Uebereinkommen bestimmt: das französische Concordat v. J. 1801 erlangt auch Gültigkeit für die nördlichen Provinzen des Königreiches; jede Diöcese wird ihr eigenes Capitel und Seminar haben; den Domcapiteln steht das Recht der Bischofswahl zu, sie müssen jedoch vorher die Namen der Candidaten zur Kenntniss des Königs bringen, und diejenigen aus der Liste streichen welche ihm weniger angenehm sind, doch soll die übrig bleibende Zahl noch eine Wahl möglich machen. — Die unbedingte königl. Ratification erfolgte am 25. Juli (Münch, l. c. 457 f.), die päpstl. Confirmation in der Bulle „quod jam diu“ am 16. Aug. 1827, durch welche auch eine Circumscription der Bisthümer — Brügge und Herzogenbusch werden repristinirt, Amsterdam neu gegründet — vorgenommen und zugleich ausgesprochen wurde, der König werde für eine geeignete Dotation derselben Sorge tragen. Ferner bestimmt die Bulle, dass für das erste Mal der Papst die Bischöfe erwählen werde, dass den Bischöfen die freie Ernennung ihrer Generalvicare, die uneingeschränkte Errichtung und Leitung der Seminarien, welche die Regierung zu dotiren verpflichtet sei, zustehen solle u. A. (S. Nussi l. c. 223 ff.) Diese Bulle wurde zwar ebenso wie das Concordat am 2. Oct. 1827 publicirt, doch erstere mit dem Zusatze „ohne Genehmigung der Clauseln, Formeln oder Ausdrücke, welche diese Bulle enthält und welche den Gesetzen des Königreiches entgegen sind, oder sein könnten“ (S. Münch l. c. 460 ff.). — Ungeachtet dieser Publication unterblieb dann die Ausführung des Concordates. Ja schon wenige Tage hierauf (5. Octbr.) richtete der Minister des Innern ein Circulaire confidentielle an die Gouverneure der Provinzen, in dem gesagt wird: „L'exécution de cette bulle sera donc aussi subordonné aux principes

Nr. 4775 (40).
Niederlande.
Röm. Curie.
18. Juni 1827.

Nr. 4776(40).
Niederlande.
Röm. Curie.
18. Juni 1837.

que ces lois ont consacrés, restera en harmonie avec eux, et ne pourra de quelque manière que ce soit leur porter atteints. Rien donc à cet égard n'est changé à l'ordre de choses existant . . . De ce que le Roi a placé son espoir de la tranquillité future en ces matières, dans la coopération franche et loyale d'évêques sages et éclairés, suit nécessairement que l'exécution de la convention sera retardée jusqu'à la nomination aux sièges épiscopaux actuellement vacants . . ." — Nach dem Abfalle Belgiens hielt sich die holländische Regierung der Verpflichtungen formell entbunden, welche der König der vereinigten Niederlande im Concordate übernommen hatte. Die Curie behauptete zwar dessen fortdauernde Rechtsbeständigkeit, ging aber, nachdem der katholischen Kirche gewisse Concessionen gemacht waren — Gestattung die apostol. Vicare zu Bischöfen in partibus zu erheben, Duldung gegen die geistlichen Orden (Jesuiten), Errichtung von Knabenseminarien u. A. — dann doch auf ein Uebereinkommen mit König Wilhelm II. ein (1841?), welches die Ausführung des Concordates vertagte. (S. Denkschrift über die Lage der katholischen Kirche in den Niederlanden. Köln 1850.)

Nr. 4776. (41.)

BELGIEN. Aus der Verfassungsurkunde für das Königr. Belgien.
— Stellung der katholischen Kirche. —

A. Neut, La Constitution Belge. Gand 1842 p. 18.

Nr. 4776(41).
Belgien.
7. Febr. 1831

Titre II. Des Belges et des leurs droits. Art. 14. La liberté des cultes, celle de leur exercice public, ainsi que la liberté de manifester ses opinions en toute matière sont garanties, sauf la répression des délits commis à l'occasion de l'usage de ces libertés. Art. 15. Nul ne peut être contraint de concourir d'une manière quelconque aux actes et aux cérémonies d'un culte, ni d'en observer les jours de repos. Art. 16. L'état n'a le droit d'intervenir ni dans la nomination ni dans l'installation des ministres d'un culte quelconque, ni de défendre à ceux-ci de correspondre avec leurs supérieurs et de publier leurs actes, sauf, en ce dernier cas, la responsabilité ordinaire en matière de presse et de publication. Le mariage civil devra toujours précéder la bénédiction nuptiale, sauf les exceptions à établir par la loi, s'il y a lieu. Art. 17. L'enseignement est libre. Toute mesure préventive est interdite. La répression des délits n'est réglée que par la loi. L'instruction publique donnée aux frais de l'État est également réglée par la loi. Art. 19. Les Belges ont le droit de s'assembler paisiblement et sans armes, en se conformant aux lois qui peuvent régler l'exercice de ce droit, sans néanmoins le soumettre à une autorisation préalable. Cette disposition ne s'applique point aux rassemblements en plain air, qui restent entièrement soumis aux lois de police. Art. 20. Les Belges ont le droit de s'associer. Ce droit ne peut être soumis à aucune mesure préventive.

Titre IV. Des Finances. Art. 117. Les traitements et pensions des ministres ^{Nr. 4776 (41) -}
des cultes sont à la charge de l'État. Les sommes nécessaires pour y faire face ^{Belgien.}
sont annuellement portées au budget. ^{7. Febr. 1831.}

Bartels, Documents historiques sur la révolution belge. Bruxelles 1836.
Discussions du Congrès national de Belgique. Bruxelles 1844. A. Neut, La
Constitution Belge, expliquée par le congrès national, les chambres etc. Gand
1842. Laurent, L'église et l'état. III. Bruxelles 1860 und die angeführten
Werke von Friedberg und Gams.

Die Trennung Belgiens von Holland (1830) war hauptsächlich durch eine
eigenthümliche Verbindung der clericalen und liberalen Partei zu Stande ge-
kommen. Nicht nur die „liberale Gesinnung“ — „liberté en tout et pour tous“
wie das Schlagwort lautete — welche in der Verfassung ihren Ausdruck finden
sollte, sondern auch die Dankbarkeit und vielleicht noch mehr die Klugheit
gebieten, der Kirche die schon lange angestrebte Emancipation vom Staate zu
gewähren. Die provisorische Regierung beschloss gleich nach ihrem Zusammen-
tritt die Aufhebung alle der Gesetze, welche die Kirchenfreiheit einschränkten
oder die Kirchenhoheit des Staates wahrten (16. Oct. 1830). (S. Discussions
L. c. I. p. 525 f.). In dem Entwurfe welchen die Verfassungscommission An-
fang December dem Nationalcongresse vorlegte, waren diese Grundsätze noch
nicht unbedingt anerkannt. Darin wird nur gesagt: „Art. 10. La liberté des
cultes et celle des opinions en toute matière sont garanties. Art. 11. L'exer-
cice public d'aucun culte ne peut être empêché qu'en vertu d'une loi et
seulement dans le cas où il trouble l'ordre et la tranquillité publique.“ Auch
findet sich darin noch nicht das Recht der Religionsgesellschaften all ihre
Diener frei zu ernennen und mit ihren Obern frei zu verkehren. Doch der
Nationalcongress verwarf jede Beschränkung und nahm die oben stehenden
Bestimmungen mit überwiegender Majorität — so z. B. Art. 14. mit 111 Stimmen
gegen 59 — an. Auf diese entgeltliche Beschlussfassung übte, wie man wohl
annehmen muss, ein Schreiben des Metropolitens Belgiens an den Nationalcon-
gress vom 13. Decbr. 1830 — an welchem Tage die Verfassungsberatung
begann — den entscheidendsten Einfluss, denn all die Wünsche welche darin
im Namen der katholischen Kirche gestellt wurden, fanden, wenn auch in
principiell liberaler Formulirung, Aufnahme in die Verfassung. (S. dasselbe in
der folgenden Nummer (42)).

Nr. 4777. (42.)

BELGIEN. Schreiben des Erzbischof v. Mecheln an den National-
congress. — Forderung der uneingeschränkten Freiheit für die katholische
Religion. —

Discussion l. c. I. p. 515. Deutsche Uebers. Roskovány, Mon. II. p. 313.

Messieurs! Je croirais manquer à un des devoirs les plus essentiels de mon ^{Nr. 4777 (42).}
ministère si, au moment où vous allez décréter la constitution qui doit régir ^{Belgien.}
notre intéressante patrie, je ne m'adressais à vous, messieurs, pour vous engager ^{13. Dec. 1830.}

Nr. 4777. (42). à garantir à la religion catholique cette pleine et entière liberté, qui seule peut
 Belgien. -
 13. Dec. 1830. assurer son repos et sa prospérité. || Les divers projets de constitution qui ont été publiés jusqu'à ce jour sont loin d'avoir suffisamment assuré cette liberté. L'expérience d'un demi-siècle a appris aux Belges qu'il ne suffit point de leur donner en général l'assurance qu'ils pourront exercer librement leur culte; en effet, cette assurance leur était donnée dans l'ancienne constitution brabançonne, elle leur était donnée dans le concordat de 1801, elle l'était encore dans la loi fondamentale publiée en 1815; et cependant que d'entraves leur culte n'eut-il pas à subir, que de vexations n'eut-il pas à essuyer sous les différents gouvernements qui se sont succédé pendant cet espace de temps! || J'ai la ferme confiance que le congrès, composé des mandataires d'une nation éminemment religieuse, après avoir donné à différentes reprises des preuves non équivoques de son respect pour la religion, saura empêcher à jamais le retour de ces maux, qui doivent d'ailleurs être écartés avec d'autant plus de soin, qu'ils ne manquent jamais d'amener des crises dans l'État. || Les catholiques forment la presque totalité de la nation que vous êtes appelés, messieurs, à représenter et à rendre heureuse; ils se sont constamment distingués par un dévouement sincère au bonheur de leur patrie, et c'est à ce double titre que je réclame en leur faveur la protection et la bienveillance de votre assemblée. En vous exposant leurs besoins et leurs droits, je n'entends demander pour eux aucun privilège; une parfaite liberté avec toutes ses conséquences, tel est l'unique objet de leurs vœux, tel est l'avantage qu'ils veulent partager avec tous leurs concitoyens. || Bien que, par ses deux arrêtés du 16. octobre dernier, le gouvernement provisoire ait affranchi le culte catholique de toutes les entraves mises à son exercice et lui ait accordé cette liberté dans toute son étendue, il est cependant indispensable de la consacrer de nouveau dans la constitution, afin d'en assurer aux catholiques la paisible et perpétuelle jouissance.

Les stipulations qui devraient y être consignéés à cet effet me paraissent pouvoir se réduire aux suivantes. || D'abord il est nécessaire d'y établir que l'exercice public du culte catholique ne pourra jamais être empêché ni restreint. Faute de cette stipulation on ferma, sous le gouvernement précédent, des églises et des chapelles, où l'exercice public du culte était nécessaire, et où certes il n'entraînait ni inconvénient ni danger pour la tranquillité publique. Si, à l'occasion ou au moyen du culte, des abus se commettent, les tribunaux doivent en poursuivre les auteurs; mais il serait injuste d'interdire le culte même, puisque la peine rejaillirait toujours sur des innocents et bien souvent n'atteindrait pas les coupables. || Mais la condition essentielle et vitale, sans laquelle la liberté du culte catholique ne serait qu'illusoire, c'est qu'il soit parfaitement libre et indépendant dans son régime, et particulièrement dans la nomination et l'installation de ses ministres, ainsi que dans la correspondance avec le Saint-Siège. Rien n'est plus juste; car il est absurde de dire qu'une société quelconque est libre, si elle ne peut se régir à son gré, ni choisir et établir librement ceux qui doivent la diriger; et quel plus dur esclavage peut-on imposer à un culte que de le

contraindre à n'avoir pour chefs que des personnes agréables à ceux qui peuvent même être ses plus cruels ennemis? C'est évidemment fournir à ceux-ci un moyen sûr de l'affaiblir et de le détruire, en écartant les capacités, ou en privant les fidèles de pasteurs pendant un long espace de temps, comme l'expérience ne l'a que trop prouvé. C'est sans doute pour ces motifs que le gouvernement provisoire a si sagement aboli, par l'Art. 4 de son arrêté du 16. octobre dernier, toute institution, toute magistrature créée par le pouvoir pour soumettre les associations religieuses et les cultes à l'action ou à l'influence de l'autorité. J'ose espérer que le congrès consacra ce principe dans l'acte constitutionnel en établissant que toute intervention de l'autorité dans les affaires des cultes est interdite, qu'ils peuvent établir leurs ministres et se régir avec une entière indépendance. || La religion a une connexion si intime et si nécessaire avec l'enseignement, qu'elle ne saurait être libre si l'enseignement ne l'est aussi. Le congrès consacra donc, je n'en doute pas, la liberté pleine et entière de l'enseignement; il écartera à cet effet toute mesure préventive et il confiera aux tribunaux le soin de poursuivre les délits des instituteurs; mais j'ose le prier de stipuler spécialement que les établissements consacrés à l'instruction et à l'éducation des jeunes gens destinés au service des autels, seront placés exclusivement sous la direction et la surveillance des supérieurs ecclésiastiques. Cette disposition pourra d'abord paraître inutile, parce qu'elle n'est qu'une conséquence immédiate et nécessaire de la liberté du culte; mais les catholiques ont été si injustement entravés, si cruellement vexés à ce sujet sous les gouvernements précédents, qu'ils ne sauraient se rassurer contre le retour de ces oppressions, si cette stipulation ne se trouve dans le nouveau pacte, et ils croient pouvoir l'espérer avec d'autant plus de fondement, que pour faire droit à nos justes réclamations, le gouvernement précédent avait consacré une semblable disposition par son arrêté du 2. octobre 1829 et par l'Art. 12 de celui du 27. mai dernier. || Les obstacles que les gouvernements précédents ont mis au droit qu'ont les hommes de s'associer pour opérer le bien, et qui pesaient particulièrement sur les associations religieuses et de bienfaisance des catholiques, font généralement désirer à ceux-ci que la liberté de s'associer, déjà rétablie par le gouvernement provisoire, soit confirmée dans la constitution, et qu'il soit assuré aux associations des facilités pour acquérir ce qui est nécessaire à leur existence. || Enfin les traitements ecclésiastiques sont un dernier objet que je prends la confiance de recommander à la sollicitude du congrès. || L'État ne s'est approprié les biens du clergé qu'à charge de pourvoir convenablement aux frais du culte et à l'entretien de ses ministres; l'Art. 1^{er} de la loi française du 2. novembre 1789 l'atteste. Le Saint-Siège de son côté n'en a ratifié l'aliénation pour le bien de la paix, que sous la stipulation expresse que le gouvernement se chargeait d'accorder un traitement convenable aux ministres du culte, comme les Art. 13 et 14 du concordat de 1801, ainsi que les bulles y relatives en font foi. En assurant donc les traitements ecclésiastiques et les autres avantages dont l'Église a joui sous le gouvernement précédent, le congrès fera un acte de justice et raffermira la paix publique. Afin de pré-

Nr. 4777. (42).
Belgien.
13. Dec. 1830. venir d'injustes préférences et d'empêcher surtout que du chef de ces traitements aucun agent du pouvoir exécutif ne puisse gêner le libre exercice du culte, en exerçant une influence illégale sur les opinions et la conduite des ecclésiastiques, ce dont il existe des exemples très-récents, il faudrait que la répartition de ces secours fût fixée par la loi.

Telles sont, messieurs, les dispositions qu'il est nécessaire de consigner dans la constitution belge pour assurer aux catholiques le libre exercice de leur culte et les mettre à l'abri des vexations qu'une longue et triste expérience leur fait craindre. La confiance que j'ai dans vos lumières et dans la pureté de vos intentions me fait espérer fermement que vous les adopterez d'un commun accord. Vous me procurerez ainsi une consolation dont j'ai été privé depuis longtemps, vous remplirez tous les coeurs de joie, vous acquerrez des titres incontestables à l'éternelle reconnaissance de vos concitoyens, et vous aurez la satisfaction d'avoir rempli le principal mandat qu'ils vous ont confié, parce que vous aurez consolidé la liberté à laquelle ils attachent le plus de prix, celle de pouvoir pratiquer librement la religion de leurs ancêtres. || Je vous prie, messieurs, d'agréer l'assurance de ma plus haute considération.

Malines, le 13. décembre 1830.

François-Antoine,
Prince de Méan, archevêque de Malines.

Nr. 4778. (43.)

RÖMISCHE CURIE. Die Bulle Beati Petri apostolorum. — Circumscriptions-Bulle für Sardinien. —

Lat. Org. Bull. M. R. XIV p. 344. Nussi, Conv. p. 155.

H. Reuchlin, Geschichte Italiens etc. Band III. Leipzig 1859 f. E. Ruth, Geschichte von Italien vom J. 1815—1850. Band I. Heidelberg 1867. Leo, Geschichte der italienischen Staaten. Band. V. Hamb. 1830. Friedberg, Grenzen l. c. p. 704 ff.

Nr. 4778. (43).
Röm. Curie.
17. Juli 1817.

Mit dem Untergang der französischen Herrschaft in Italien erloschen auch die napoleonischen Concordate und Gesetze über die kirchlichen Verhältnisse. Die Restauration brachte den Zustand zurück welcher unmittelbar vor dieser Zeit bestanden hatte. — In Sardinien erlangte das Concordat v. J. 1742 wieder volle Gültigkeit (S. Nussi Conv. p. 98 ff.). Doch wurde in Folge eines Uebereinkommens zwischen dem König Victor Emanuel und dem Papst Pius VII. eine neue Circumscription der Diöcesen durch die Bulle Beati Petri apostolorum principis vom 17. Juli 1817 vorgenommen, die auch Bestimmungen über die Einrichtung und Rechte der Capitel, über Seminare u. A. enthält. Eine Modification erfuhr das Concordat v. J. 1742 dann durch ein Ueberein-

kommen zwischen Karl Albert und Gregor XVI v. 27. März 1841 über den geistlichen Gerichtsstand der Cleriker (S. Nussi, Conv. p. 266 ff.): „Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse u. s. w. wird der heilige Stuhl keine Schwierigkeit machen, dass die weltlichen Gerichte über Cleriker, welche ein Verbrechen begangen, nach den in Sardinien geltenden Gesetzen richten.“ Wenn das Gericht ein Todesurtheil ausspricht, sind die Akten vor dessen Vollzug dem betreffenden Bischofe wegen der Degradation des Verurtheilten vorzulegen. Findet er darin gewichtige Gründe zu Gunsten des Verurtheilten, so hat er darüber dem Könige zu berichten, der dieselben durch eine aus drei Bischöfen bestehende Commission prüfen lassen wird. Ausserdem sollten die geistlichen Verbrecher auch besondere Strafbegünstigungen geniessen. — Diese kirchlichen Verhältnisse bestanden bis zum Jahre 1850.

Nr. 4778 (43).
Röm. Curie.
17. Juli 1817.

Nr. 4779. (44.)

NEAPEL-RÖMISCHE CURIE. Das Concordat für das Königr. beider Sicilien. — Abgeschlossen 16. Febr. 1818. Königl. Bestätigung 25. Februar, Päpstl. 7. März. Staatl. Public. 21. März 1818. — Lat. Text Bull. M. R. XV p. 7. Nussi, Conv. p. 178. Ital. Org. Liberatore della Polizia Eccles. nel Regno d. d. Sicilie. Napoli 1842.

Ranke, historische Zeitschrift Bd. I p. 615 u. d. oben angeführten Werke.

Neapel verhandelte seit 1815 über ein Concordat, welches sowohl die Schäden der französischen Zeit heilen als auch die Differenzen beseitigen sollte, welche seit Abschluss des Concordates v. J. 1741 (Nussi, Conv. p. 72 ff.) zwischen Staat und Kirche entstanden waren. Von Seite des Papstes Pius VII. wurde deshalb durch den Cardinalstaatssecretär Consalvi, von Seite des Königs beider Sicilien Ferdinand I. durch den Minister L. di Medici verhandelt und zu Terracina am 16. Febr. 1818 eine italienisch abgefasste Convention in 35 Artikeln abgeschlossen. Die päpstliche Publication erfolgte am 5. März in der Bulle *In supremo apostolicae*, die staatliche als Landesgesetz am 21. März 1818 in der ursprünglichen Gestalt des Staatsvertrages. Dasselbe trat jedoch, wegen der im Königreich inzwischen ausgebrochenen revolutionären Bewegung, erst im Jahre 1821 in Wirksamkeit. — Das Concordat enthält folgende Hauptbestimmungen: die katholische Religion ist die alleinige Religion des Königreiches und sie wird darin stets in all ihren Rechten und Prärogativen geschützt werden; alle Unterrichtsanstalten (Universitäten, Collegien und Schulen) werden im Geiste der katholischen Religion eingerichtet; eine neue Circumscription und Dotation der Bisthümer, wie auch die Errichtung und Dotation eines Capitels und Seminars bei jedem Bisthum, wird angeordnet; die Besetzung aller Canonicate freier Verleihung wird zwischen dem päpstl. Stuhl und den Bischöfen getheilt; die Verleihung der Pfarreien erfolgt durch die Bischöfe; alle noch nicht veräußerten Kirchengüter werden der Kirche zurückgegeben, wogegen diese die während der Fremdherrschaft vorgenommenen Veräußerungen nicht anfechten will; der Kirche wird das Recht eingeräumt

Nr. 4779 (44).
Neapel.
Röm. Curie.
16. Febr. 1818.

Nr. 4779 (44).
Neapel.
Röm. Curie.
16. Febr. 1818.

neue Güter zu erwerben, und die Unverletzlichkeit ihres Eigenthums zugesichert; die Aufhebung oder Vereinigung von kirchlichen Stiftungen wird nur unter Mitwirkung des Papstes geschehen; den Geistlichen wird eine Erleichterung in der Besteuerung versprochen „da die schweren Zeitumstände“ eine gänzliche Befreiung nicht zulassen; die Bischöfe werden in der Ausübung ihres Hirtenamtes volle Freiheit geniessen, ihnen wird das Recht zustehen alle kirchlichen Sachen durch ihr Gericht entscheiden zu lassen, wie dies das Concil v. Trient fordert, mit Ausnahme der Civilsachen der Geistlichen, ferner das Recht, Diöcesansynoden frei zu berufen, mit ihren Diöcesanen völlig frei zu verkehren u. A.; die Appellation und der Verkehr der Bischöfe, der Geistlichen und Laien in allen geistlichen und kirchlichen Angelegenheiten mit dem heiligen Stuhle wird nicht gehindert werden; der bischöflichen Bücherzensur wird die Unterstützung des weltlichen Armes unbedingt zugesichert; dem Könige wird „wegen der Vortheile welche aus dieser Convention für die Religion und Kirche entspringen“ das Nominationsrecht zu allen Erzbisthümern und Bisthümern des Reiches, vorbehaltlich der päpstlichen Institution, verliehen; die Erzbischöfe und Bischöfe werden dem Könige den Eid der Treue leisten. Alle andern kirchlichen Angelegenheiten deren in diesem Concordat keine Erwähnung geschieht, sollen nach der bestehenden Disciplin der Kirche entschieden werden; diese Vereinbarung soll an die Stelle aller bisher im Königreiche erlassenen Gesetze über kirchliche Angelegenheiten treten. Die Durchführung soll zwei Bevollmächtigten übertragen werden, deren einer vom Papste der andere vom Könige ernannt wird. — Auch dieses Concordat wurde nicht so durchgeführt wie es vereinbart war. Schon am 5. April desselben Jahres erliess der König ein Decret welches ausspricht: „Durch den Artikel XXII — liberum erit ad S. Sedem appellare — sind die rechtmässigen und canonischen Privilegien des Tribunales der sicilianischen Monarchie nicht aufgehoben, welche in der Bulle P. Benedict XIII in der Beziehung enthalten sind.“ (S. Münch, Konkordate II p. 729 und die Bulle ebenda p. 730 ff.). Ebenso wurde auch der freie Verkehr der Bischöfe mannigfach eingeschränkt und das Concordat ohne Zuziehung des päpstlichen Commissars nach dem Ermessen der Regierung durchgeführt. (S. Collezione degli atti emanati dopo la pubblicazione del Concordato dell' anno 1818. Napoli 1818 ff.). — Durch ein Decret des sardinischen Statthalters vom 17. Febr. 1866 wurde das Concordat für aufgehoben erklärt.

Nr. 4780. (45.)

DEUTSCHLAND. Aus den Grundrechten der Deutschen Nationalversammlung. Stellung der Kirche.

Roth und Merk, Quellensammlung etc. II p. 105 ff.

Nr. 4780 (45).
Deutschland.
27. Dec. 1848.

Art. 5 §. 14. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. || Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren. | §. 15. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. || Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. || §. 16. Durch das

religiöse Bekenntniss wird der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. || §. 17. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber, wie jede andere Gesellschaft im Staate, den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. || §. 18. Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche. || Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. || §. 18. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. || §. 19. Die Formel des Eides soll künftig lauten: „So wahr mir Gott helfe.“ || §. 20. Die bürgerliche Giltigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civil-actes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civil-actes stattfinden. || Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Eehinder- niss. || §. 21. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt. || Art. 6. §. 22. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. || §. 23. Das Unter- richts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates, und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben. || §. 24. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht zu ertheilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. || Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung. || §. 25. Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden. || Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflege- befohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist. || §. 26. Die öffentlichen Lehrer haben das Recht der Staats- diener. || Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Geprüften die Lehrer der Volksschulen an. || §. 27. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt. || Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden. || §. 28. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will. || Art. 7. §. 30. Die Deutschen haben das Recht Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Massregel beschränkt werden. || [Bei der ersten Lesung hatte dieser § noch den Zusatz: Der Orden der Jesuiten, Liguorianer und Redemptoristen ist für alle Zeiten aus dem Gebiete des deutschen Reiches verbannt.]

Wigard, Stenograph. Bericht über d. Verhandlungen d. deutschen constit. Nationalversammlung. Leipzig 1848—50 III p. 1632 ff. G. Droysen, Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung. Leipzig 1849.

Am 21. August begannen im Frankfurter Parlament die grossen auf das Verhältniss zwischen Staat und Kirche sich beziehenden Grundrechtdebatten. Die zweite Lesung der Grundrechte erfolgte Anfang December und deren Verkündigung als Gesetz durch die Reichsgewalt am 27. December 1848. In dem dazu erlassenen Einführungsgesetze wird jedoch gesagt Art. 2 „In Be-

Nr. 4780 (45).
Deutschland.
27. Dec. 1848.

ziehung auf den im Paragraphen 17 ausgesprochenen Grundsatz der Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften sollen die organischen Einrichtungen und Gesetze, welche für die bestehenden Kirchen zur Durchführung dieses Principis erforderlich sind, in den Einzelstaaten möglichst bald getroffen und erlassen werden“. — Durch Bundesbeschluss vom 23. Aug. 1851 wurden die Grundrechte für jene Staaten als aufgehoben erklärt, in denen sie Gültigkeit erlangt hatten. (S. Zachariae, Verfassungsgesetze p. 50.)

Nr. 4781. (46.)

DEUTSCHLAND. Promemoria des Erzbischofs von Köln an die Bischöfe Deutschlands. — Die Lage der Kirche. Nothwendigkeit einer synodalen Versammlung.

Vering, Archiv für Kirchenrecht 1869. N. F. XV p. 129—150.

[Auszug.]

Nr. 4781 (46).
Deutschland.
26. Sept. 1848.

Die vielgestaltige Bewegung, welche schon seit Jahren die Geister in steigende Spannung versetzte, ist mit der diesjährigen Februar- und März-Revolution zum Ausbruche gekommen, und hat sich mit wachsender Schnelligkeit über die mitteleuropäischen, namentlich die deutschen Länder ausgebreitet. Die Bewegung ist tiefgehend und allgemein, wie seit der Völkerwanderung, oder wenigstens seit den Zeiten Karl's des Grossen, keine zweite statt fand. . . . Bereits ist der Staat bis in seine tiefsten seitherigen Grundfesten erschüttert. Alte politische Einrichtungen sind schon für immer beseitigt, und neue an ihre Stelle getreten. Dabei geht die tiefgreifende Umgestaltung der staatlichen Ordnung auf einer neuen Grundlage mit der unsere Zeit charakterisirenden Sturmeseile vorwärts, und es hat nicht den Anschein, als sei es irgend einer Macht der Erde gegeben, sie aufzuhalten, und noch weniger, sie in das alte Mass zurückzuführen. ¶ Bei dieser Erschütterung der staatlichen Ordnung kann aber die Kirche unmöglich unberührt bleiben. Die Bewegung auf dem politischen Boden ist zu gross und zu heftig, als dass nicht auch ihre Schwingungen bis in ihr eigenes Gebiet hinüber sich erstrecken sollten. Seither war sie mehr oder weniger mit dem Staate verbunden und in seine Einrichtungen verwachsen; und es kann daher nicht fehlen, dass auch sie von den Geschicken, welche diesen Genossen treffen, zugleich mit erreicht werde. Auch ihr stehen ähnliche Umgestaltungen bevor, deren Hereinbrechen nicht abzuhalten sein wird. Die neuesten Staatsgründer haben bereits auch den Umbau der Kirche in Aussicht genommen, und dabei eine grosse Lust zum Niederreißen kund gegeben. In einzelnen Theilen haben sie schon Hand an das Gebäude der Kirche gelegt, und dass sie auch noch an andere kommen werden, ist kaum zu bezweifeln. Damit ist aber auch für die Kirche die Pflicht gegeben, zuzusehen, was ihr bei der grossen Katastrophe bevorstehe. Sie muss

sich vorsehen, wenn sie nicht grosse Gefahr leiden will; und soll sie nicht zu Grunde gehen, oder wenigstens ihr künftiges Loos von Andern, sogar ihren Feinden, sich zumessen lassen, so muss sie selber ihr Geschick in die Hand nehmen. Ihre berufenen Wächter, die Bischöfe, müssen wachsam sein — und da die Bewegung nicht bloß auf einzelne Diöcesen sich beschränkt, sondern fast gleichmässig über alle sich ausdehnt, so fordert die Lage der Dinge ein vereintes Begegnen, ein gemeinsames Handeln. Letzteres aber kann nur durch eine gemeinsame Verständigung Statt finden, da nur diese in gemeinsamer Berathung die richtigen Mittel aufzufinden vermag, der ausserordentlichen Gestaltung der Dinge, die da kommen sollen, entgegenzutreten. Eine gemeinsame Berathung und Verständigung kann aber selbstredend nur durch eine synodale Versammlung oder Conferenz der deutschen Bischöfe erzielt werden. Fasst man aber die jetzigen politischen und religiösen Zustände in Deutschland nicht bloß im Allgemeinen, sondern auch nach einzelnen besondern Richtungen näher ins Auge, so stellt sich eine solche Conferenz der Bischöfe nicht nur als erwünscht, sondern auch als nothwendig heraus. ¶ I. Sie ist erwünscht. — Die alte Herrlichkeit der deutschen Nation, welche ehemals an der Spitze der Völker glänzte, aber seit Jahrhunderten in Spaltungen erbleichte, ist, wie bekannt, mit dem sterbenden Reiche im Jahre 1806 zu Grabe gegangen. Die Nation brach mit dem untergehenden Reiche auseinander, und löste sich in gesonderte unabhängige Staats- und Stammgebiete auf. Gegenwärtig soll nun aber die alte gute Zeit wieder zurückgeführt werden. Die deutsche Nation will wieder auferstehen, und strebt zur politischen Einheit. . . . Das deutsche Volk will nicht länger in Staats- und Stammgebiete zersplittert, sondern eine einige grosse, im Innern freie und glückliche und nach Aussen starke und geachtete Nation sein. — Ein Gleiches, wie das ehemalige deutsche Reich, erlitt auch in Deutschland die katholische Kirche, deren Glanz und Ansehen so ausgezeichnet war; denn von dem Tage an, wo es kein deutsches Reich mehr gab, gab es auch keine deutsche Kirche mehr. Wenn sie auch in ihrer innern Verfassung dieselbe blieb, so lösten sich doch ihre äussern Verhältnisse; ihr äusserer, vormals so grossartiger Verband brach auseinander, und sie blieb nur noch an das abgelöste Staats- und Stammgebiet gebunden, in welchem sie bestand, und von dessen Gebieten fortan ihr Geschick mehr oder weniger bestimmt wurde. . . . Eine Art geistlicher Hörigkeit an der Landes- und Staatsscholle! Daher ist es denn gekommen, dass, während in Frankreich, Spanien, Ungarn und selbst in dem unterdrückten Irland, ja sogar in dem jungen Amerika die katholische Kirche als eine nationale dasteht, und der dortige Episcopat im enggeschlossenen Verbands mit hohem Ansehen und Nachdruck in der ganzen Kraft der Einheit auftritt, in Deutschland dagegen eine Nationalkirche gar nicht gekannt ist und der zersplitterte Episcopat nirgendwo als ein Ganzes erscheint, und deswegen eines allgemeinen Ansehens und daraus hervorgehenden Wirkens sich nicht zu erfreuen hat. — Wie sehr es aber zu wünschen wäre, den seitherigen Zustand der Zersplitterung der Diöcesen dadurch zu heben, dass die Bischöfe durch engeres Aneinanderschliessen auch äusserlich

Nr. 4781 (46).
Deutschland.
25. Sept. 1846.

Nr. 4781 (46). als eine grosse, geschlossene und imposante Körperschaft auftreten, bedarf keiner
 Deutschland. weitem Darlegung. Es gilt die Aufgabe, die deutsche Kirche wieder zu einer
 26. Sept. 1848. Nationalkirche zu erheben und ihr das alte Ansehen und die frühere Würde
 wieder zurückzugeben. Hiezu wäre aber eine Zusammenkunft der Bischöfe das
 einzige Mittel. Die Zeitumstände sind dazu ungemein günstig, und alle Vorgänge
 scheinen sie von selbst anzubahnen und zu erleichtern. Zugleich auch würde
 eine solche Zusammenkunft des deutschen Gesamt-Episcopats eine ausserordent-
 liche Wirkung auf die öffentliche Meinung hervorbringen. Seit allzu lange schon
 hat eine solche in Deutschland nicht mehr stattgefunden, und sie müsste daher
 einen um so tiefern Eindruck machen. Sie würde das erste Lebenszeichen des
 wiedererwachenden Gefühls der alten Einheit und Grösse der deutschen Kirche
 für die Gegenwart sein, und zugleich für die Zukunft die Mittel anbahnen, ihr
 Loos mit Einheit und Kraft zu gestalten und gemeinsam zu fördern. || II. Eine
 synodale Zusammenkunft der deutschen Bischöfe ist aber nicht blos aus dem an-
 geführten allgemeinen Grunde erwünscht, sondern auch unter dem besondern
 zweifachen Gesichtspunkte der Wahrung und Förderung der Wohlfahrt der Kirche
 nach Aussen und nach Innen nothwendig. || A. Nach Aussen. || 1. Zum
 Staate. — Die seitherige Stellung der Kirche zum Staate war seit Beginn dieses
 Jahrhunderts, und in einigen deutschen Ländern, wie Oesterreich, schon früher
 das der Unterordnung und der mehr oder minder strengen Unterwürfigkeit. Als
 die deutsche Kirche und ihre Würdenträger im Jahre 1803 das Loos der Säcu-
 larisation traf, bemächtigte sich überall der Staat ihres weltlichen Besitzes. Er
 begnügte sich aber nicht damit, der Kirche das bis dahin von ihr geführte
 Schwert — welches sie sich schwerlich zurückwünschen dürfte — abzunehmen,
 sondern legte die Hand auch an den Stab. Unter dem Titel des Erwerbes der
 geistlichen Güter masste er sich auch die Patronatsrechte der Stifter an, und
 unter dem Vorwande der obersten Staatsaufsicht gab er Verordnungen, welche
 tief in's Innere der Kirche, z. B. Erziehung der Cleriker, Pfarr-Concursexamen,
 Verwaltung der Stiftungen, Disciplinarverfahren u. s. w., eingriffen. Zwar wurden
 später, als die Verwirrung übergross geworden war, zu deren Regulirung Con-
 cordate mit dem apostolischen Stuhle abgeschlossen. Allein man weiss, wie
 überall der Staat hintennach diese Concordate wieder durch nachträgliche Ver-
 ordnungen zu beschränken oder ganz aufzuheben wusste. Die französischen or-
 ganischen Artikel, das bayerische Religionsedict, die oberrheinischen Artikel und
 die einschlagenden preussischen Cabinets-Ordres sind bekannt. Die Bureaucraten
 und Hofcanonisten stritten um die Wette, überall die Kirche bis in ihre innerste
 Lebensthätigkeit einzuschnüren. Nicht selten waren die servilsten Beamten
 gründlich liberal, sobald es gegen die Kirche galt. Es war ja nicht schwer, die
 Rittersporen der Aufklärung an der Wehrlosen sich zu verdienen. So bis in
 die neueste Zeit. Gegenwärtig ist nun aber ein Wendepunkt eingetreten. Das
 alte Bureaucraten-Regiment will nicht länger mehr vorhalten. Es ist allenthalben
 verhasst geworden, und überall hat das freie Selbstregiment in freien Vereinen
 und in freiem Gemeindeleben den Kampf mit ihm begonnen. Noch ist dieser

Kampf nicht entschieden. Aber wie auch die Loose fallen mögen, die Kirche darf dabei in Zeiten sich vorsehen. Würde der alte Polizeistaat und seine Bureaucratie siegen (was kaum mehr möglich ist), so muss die Kirche von dieser Seite auf eine viel grössere Missachtung und Knechtung sich gefasst machen, als sie vordem je von daher erfahren hat. Mehrere Redner in der Paulskirche zu Frankfurt haben das verständlich genug angedeutet, und insbesondere hat der Minister Beisler mehr als den Zipfel des Schleiers jener Zukunft gelüftet, welche unter solchen Weishaupt'schen Illuminaten-Spätlingen die Kirche erwartet*). Siegt aber die Democratie, so steht die Kirche fortan einer Todfeindin gegenüber welche mit ihrem Fanatismus der Freiheit nur Freiheit für sich will, zur Noth, wenn es nicht anders sein kann, auch Andern, nur aber niemals und unter keiner Bedingung der katholischen Kirche gewährt, und welche auch nicht ruhen wird, bis die letzte Schranke der einzigen noch übrigen Autorität, der katholischen Kirche, niedergeworfen ist. Wie aber auch der Kampf ausgehe, in beiden Fällen wird das Ergebniss des Sieges die Omnipotenz des Staates sein, die sich nur in entgegengesetzten Formen geltend machen wird, und in beiden hat die Kirche, dieser Omnipotenz gegenüber, nur Knechtschaft oder einen Vertilgungskrieg zu erwarten. Auf das Eine oder das Andere muss sie daher in Zeiten gerüstet sein. Selbst im dritten, günstigeren Falle, wenn, wie Viele dieses hoffen und verlangen, der neue Staat von der Kirche sich zurückzieht, sie ganz aufgibt und sie sich selbst überlässt, tritt diese in eine neue Stellung: sie wird schutzlos von Seiten des Staates. Dann muss sie sich selber helfen zu Schutz und Trutz. Das Wie aber muss sie in Zeiten vorbedenken und vorbereiten. Bereits hat man im Frankfurter Parlament über die Kirche die Loose geworfen. Die Abstimmung über die Kirchenfrage ist dort ungünstig ausgefallen, und es steht zu fürchten, dass auch die Schulfrage ein noch ungünstigeres Geschick erfahren werde. Auch in Berlin ist in beiden Beziehungen ein Besseres nicht zu hoffen; während man in Oesterreich, Bayern, Württemberg, Baden, Hannover u. s. w. die alten Hand- und Fusschellen der Kirche beibehält. Darum muss die Kirche ihre neue Stellung zu dem jetzigen und künftigen Staate in's Auge fassen, um zu wissen, wie sie sich jetzt und fortan zu ihm zu verhalten habe. Für die Bischöfe ist es dringende Pflicht, die seitherigen Ein- und Uebergriffe der Bureaucraten in das ganze Kirchenwesen mit dem Geiste der Gegenwart und den Bedürfnissen der Zukunft zusammen zu halten und das Geeignete vorzukehren. Die bisherigen Anmassungen des Polizeistaates, wie solche in verschiedenen Ländern bezüglich der Ausübung des Staatspatronates bei Kirchenämtern — des freien Verkehrs der Bischöfe und

Nr. 4781 (46).
Deutschland.
25. Sept. 1848.

*) In der angeführten Rede sagte der bayerische Cultusminister v. Beisler: „Wenn Sie die Verfassung der Kirche lassen wie sie ist, und die Kirche vom Staate trennen; wenn Sie, was ebenfalls verlangt wird, ein Wahlgesetz auf breitester demokratischer Basis bis in die unterste Stufe des Volkes hinab beifügen; wenn Sie noch das freie Associationsrecht und das Einkammersystem geben: . . . dann haben Sie die Priesterherrschaft fertig gemacht; Sie werden dem Christenthum eine Wunde geschlagen haben, wie sie ihm seit achtzehn Jahrhunderten nicht geschlagen worden ist“. (Wigard, l. c. p. 1662 ff.)

Nr. 4781 (46). Deutschland. 25. Sept. 1848. anderer Geistlichen mit Rom — der Placetirung päpstlicher und bischöflicher Erlasse und Hirtenbriefe — des kirchlichen Disciplinarverfahrens gegen Geistliche und Laien — der appellatio tanquam ab abusu — des Unterrichts in den Volksschulen und an den Gymnasien — der Berufung und Beaufsichtigung der Lehrer der Theologie an den Lyceen, Academien, Universitäten — der Bildung junger Geistlichen in den Knaben- und Clerikal-Seminarien — des Concurs-examens zu den heiligen Weihen und Pfarrstellen — der Verwaltung des Kirchenvermögens — der gemischten Ehen u. s. w. — mehr oder minder bestanden haben und noch bestehen, werden gründlich zu erörtern, und dabei reiflich zu erwägen sein, welche kirchliche Massnahmen in Betracht aller dieser Punkte, dem jetzigen und künftigen Staate gegenüber, nach den verschiedenen Commisssen mögen getroffen werden. Eine bestimmte und feste Ausscheidung des Weltlichen vom Geistlichen, des Staatlichen vom Kirchlichen und die categorische Zurückweisung jedes Uebergriffes in das letztere ist ein gebieterisches Zeitbedürfniss. Auch werden die weitere Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des baldigen Wegfallens aller Advocatie von Seiten des Staates und die damit wegfallende Anrufung des brachium saeculare zur Durchführung kirchlicher Massnahmen schon jetzt in's Auge gefasst und die Mittel der alsdann nothwendig werdenden kirchlichen Selbsthülfe erwogen werden müssen. — 2. Stellung zu den Protestanten und neuen Secten [Nothwendig gegen diese eine neue Stellung einzunehmen, weil der Staat in Folge des Principes der politischen Gleichheit aller Religionen und Secten den auf ältere Verträge gegründeten Schutz nicht mehr leisten wird.] B. Eine synodale Zusammenkunft der Bischöfe ist aber auch ferner noch nothwendig zur Wahrung und Förderung der Wohlfahrt der Kirche nach Innen 1. Die Lage der Laien [Die Bischöfe „müssen aus ihrer abgeschlossenen autoritativen Schweigsamkeit heraustretend, von ihrer erhabenen Stellung herab ein festes und klares Wort in die Bewegung reden — und dieses Wort muss eine öffentliche, in synodaler Zusammenkunft abgegebene, feste, feierliche Erklärung aller deutschen Bischöfe über die Lage und Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen, Rechte und Freiheiten der Kirche sein.“] 2. Die Stellung der Geistlichen [Nothwendig Diöcesansynoden abzuhalten, weil sie von der Geistlichkeit dringend gewünscht werden und die Bischöfe dadurch „das sichere Mittel erhalten, den verschiedenen Richtungen der Bewegung“ — unter den Geistlichen — „Mass und Ziel zu geben . . . die wühlerischen Umwälzungsgelüste nachdrucksam niederzuhalten, dagegen die wohlgesinnten Bestrebungen zu leiten und zu fördern.“] . . . || 3. Die Stellung der Bischöfe [Die Stellung der Bischöfe in Deutschland litt an manchen Mängeln, deren Hauptquelle in der grossen Vereinzelung und fast gänzlichen Diöcesan - Abgeschlossenheit mancher derselben zu suchen. In den kleineren Staaten zumal stand „der Ordinarius seiner Regierung und ihren besonderen staatlichen, günstigen oder ungünstigen Anordnungen, als nur Einer und allein gegenüber . . . unberathen und ununterstützt von seinen Mitbischöfen.“ Aus der Vereinzelung ergab sich „nicht selten in der Lösung wichtiger Fragen und Be-

handlung allgemeiner Angelegenheiten eine Verschiedenheit, welche besser vermieden würde.“ Ausserdem hat die Vereinzelung der Bischöfe auch noch die schlimme Folge, dass der alleinstehende Ordinarius eine geringere Kraft besitzt, den allenfalls in seiner Diöcese auftauchenden Neuerungs- und Umsturzgelüsten mit Erfolg entgegenzutreten, als wenn er mit dem Gesamtepiscopate in enger Verbindung hiezu erstarkt ist. Es ist kaum zu bezweifeln, dass es in der einen oder andern Diöcese den Anstrengungen ihres eifrigen Oberhirten schon lange gelungen wäre, die anarchischen Grundsätze der geistlichen Neologen und das freche Treiben der Wähler gründlich und nachhaltig niederzudrücken, wenn ihm die Berathung und Billigung des Episcopates in seinem grösseren Theile oder in seiner Gesamtheit zur Seite gestanden hätte. Schon die Kenntniss allein, dass der Ordinarius in seinen Anordnungen nicht vereinzelt steht, sondern auch sich des Einverständnisses seiner Mitbischöfe erfreut, ist geeignet, die Neuerungen im Entstehen zu ersticken und die Pläne der Wähler zu vereiteln. — Dieses Einverständnis in Zukunft möglichst zu erzielen und die Vereinzelung möglichst zu beseitigen, wäre eine synodale Zusammenkunft der deutschen Bischöfe das sichere Mittel. Bei der dadurch wieder angeknüpften näheren Verbindung könnten dann nicht blos die bisher bestehenden Verschiedenheiten zu allgemeinen Vorschriften gemeinsam ausgeglichen, sondern auch die Mittel und Wege festgestellt werden, wie fortan ein möglichst enger Verkehr aller Bischöfe unter sich, etwa durch amtliche Mittheilung der wichtigeren Verordnungen, der Hirtenbriefe u. s. w. immer mehr könnte angebahnt und unterhalten werden. Zugleich dürfte auch die Stellung der Bischöfe zum apostolischen Stuhle noch einen besondern Beweggrund zu einer synodalen Zusammenkunft derselben abgeben. Man weiss, wie gerade in unsern Tagen der Römische Stuhl die Zielscheibe neuer Angriffe geworden ist. Man gebraucht dabei die alten Waffen, nur mit neuem Griffe. Was man ehemals Papistisch, später Römlich nannte, heisst jetzt Ultramontan, und ultramontan heisst Alles, was katholisch ist. In allen Tagesblättern verkündet man, dass für die Freiheit kein Heil sei, so lange ein ausländischer Herrscher die Gewissen knechte, und von der Tribüne predigt man, dass jetzt die Zeit gekommen, den Verband mit dem verhassten Rom zu sprengen. Hierdurch ist aber eben der katholischen Kirche in Deutschland eine Aufforderung gegeben, ihre Verbindung mit dem apostolischen Stuhle neuerdings in einer möglichst offenen und grossartigen Weise zu documentiren. Abgesehen auch davon, dass in der jetzigen Zeit mehr als je dem vorausblickenden Geiste sich die Gewissheit aufdrängt, dass nur Rom es ist, welches allein noch durch treue Bewahrung des Christenglaubens die künftige Staatsgesellschaft von der pantheistischen Auflösung bewahren und zum zweiten Male die Welt von der hereinbrechenden Barbarei des modernen Heidenthums retten kann; so ist auch das katholische Bewusstsein lebhafter als je vordem, dass die katholische Kirche in Deutschland, wie überall, wenn sie von ihrem Mittelpunkte zu Rom, der Mutter und Lehrerin aller Kirchen, gelöst ist, dem sichern Untergange naturnothwendig entgegengeht. Sie steht und fällt, einzig nur in ihrer Verbindung mit Rom.

Nr. 4781 (46).
Deutschland.
25. Sept. 1848.

Nr. 4781 (46). Diesem Bewusstsein, den erneuerten Angriffen gegenüber, Worte zu geben und Deutschland. die feste und unlösbare Verbindung der katholischen Kirche in Deutschland und 25. Sept. 1848. ihres Episcopates mit dem Römischen Stuhle in einer angemessenen Weise feierlich zu erklären, wird eine würdige Aufgabe synodaler Thätigkeit sein, welche den tiefsten Eindruck, zur Abweisung der Feinde und zur Befestigung der Katholiken, hervorzubringen nicht verfehlen wird. Auch wird dabei die Zweckmässigkeit erkannt werden, diese Verbindung mit Rom nur noch inniger und lebendiger zu machen. In diesem Gesichtspunkte wird man auf Mittel denken, wie die deutschen Bischöfe, welche bisher oft nur in geringerer und vereinzelter Berührung mit Rom stehen, in lebendigeren und gemeinsameren Verkehr mit dem Apostolischen Stuhle gebracht werden könnten, was vielleicht durch eine gemeinsame Vertretung der Interessen, sowohl der einzelnen Diöcesen, als der deutschen Gesamtkirche vermittelt eigens in Rom aufgestellter Repräsentanten, welche mit den deutschen Zuständen durchaus vertraut sind, statt der bisherigen einzelnen, mit Deutschland ganz unbekanntem Römischen Agenten, zu erzielen wäre. || . . . Eine neue Zeit will beginnen, und wer kann sagen, was sie bringen wird? Ihre Zeichen deuten auf grosse Gefahren, welche der Kirche bevorstehen. Aber der Herr wird mit ihr sein und sein heiliger Geist. Ihre berufenen Hüter werden wachsam sein, dass die Rettung nicht „zu spät“ komme. Das katholische Deutschland sieht auf seine Bischöfe. Die Bischöfe aber werden handeln mit Gott für seine Kirche.

Köln, am 25. September 1848.

Das Jahr 1848 bildet einen bedeutungsvollen Wendepunkt in der Geschichte der katholischen Kirche. Die Ohnmacht welche der Staat in den Wirren jener Zeit gezeigt, legte der Kirche die Nothwendigkeit nahe sich auf die eigenen Füße zu stellen, und machte es ihr leicht, begünstigt durch die damals herrschenden Theorien, die staatlichen Fesseln abzuschütteln. —

Schon Anfang Mai berief der Erzbischof von Köln Joh. v. Geissel seine Suffragane, um mit ihnen über die Haltung zu berathen, welche man gegenüber der Bewegung einnehmen solle. Man einigte sich dahin, vorerst das Ergebniss der Verfassungsberathung zu Frankfurt und Berlin abzuwarten, und sodann nach Umständen den Zusammentritt einer deutschen Nationalsynode zu veranlassen. Einstweilen verständigte man sich über die Forderungen, welche man eventuell stellen wolle. In diesen liegt schon der Kern aller später vom deutschen Episcopat gefassten Beschlüsse. (S. Uebersicht dieser Verhandlungen Vering, Archiv für kath. Kirchenrecht, N. F. Bd. XV. p. 117 ff.) — Das Ergebniss der Frankfurter und Berliner Berathungen befriedigte nicht. Die Führer der katholischen Partei des Frankfurter Parlaments und einige Bischöfe hielten ein rasches und einmüthiges Vorgehen der deutschen Bischöfe für dringend geboten und wirksam. Desshalb berief der Erzbischof von Köln den gesammten deutschen Episcopat zu einer freiwilligen Synodalen - Berathung für den 22. Oktober nach Würzburg. Dem Einladungsschreiben dd° 1. Oktober lag das obenstehende Promemoria dd° 25. September bei, das den Berathungen als Grundlage diente. Fünfundzwanzig Bischöfe — darunter zwanzig persönlich und fünf durch Stellvertreter — folgten der Einladung. Ausserdem nahmen auch vierzehn Theologen an den Berathungen Theil. Die Beiziehung hervorragender Laien, welche ursprünglich beabsichtigt war, verwarf die Versammlung.

Nr. 4782. (47.)

DEUTSCHLAND. Die Beschlüsse der in Würzburg versammelten deutschen Bischöfe.

Archiv f. kath. Kirchenr. N. F. XV. p. 150—169. 207—290. XVI. p. 214—303. 373—474.

1. Das Patronatsrecht, welches aus Dankbarkeit der Kirche gegen die frommen Stifter hervorging, und die Förderung ihres Wohles bezweckte, ist im Verlaufe der Zeit für sie vielfach hemmend und nachtheilig geworden. Es ist daher wünschenswerth, dass die Kirche davon befreit werde. Dessenungeachtet erkennen die versammelten deutschen Bischöfe dasselbe an, wo es kirchenrechtlich begründet ist. || 2. Da ferner nach gem. canonischem Rechte dieses Recht an einen Laienpatron ohne Zustimmung des Bischofs nicht übergehen kann, so müssen die eventuell versuchten Uebertragungen an die Gemeinden ohne Zustimmung des Bischofs als unzulässig und ungültig behandelt werden. || 3. Jede staatliche Placetirung zu Kirchenämtern jeder Art ist eine Beeinträchtigung der Kirchenfreiheit und ein Hemmniss der freien bischöflichen Wirksamkeit. || 4. Die staatliche Placetirung soll, wo sie sich auf Concordate oder rechtsgültige Verträge stützt, einstweilen geachtet werden. || 5. Die Versammlung erkennt die Nützlichkeit und Nothwendigkeit an, die Abschaffung auch solcher Placetirungen auf gesetzlichem Wege zu erstreben. || 6. Die versammelten Bischöfe sprechen hierbei die Hoffnung aus, dass bei der neuen Gestaltung der staatlichen Verhältnisse die Kirche vollständig freigegeben, und damit jegliche Placetirung von selbst wegfallen werde. || 7. Die versammelten deutschen Bischöfe behaupten das unveräusserliche Recht mit dem apostolischen Stuhle, dem Clerus und dem Volke frei zu verkehren, sowie auch alle päpstlichen und bischöflichen Verordnungen und Hirtenbriefe ohne landesherrliches Placet zu veröffentlichen. || 8. Die Lehre von der sogenannten appellatio tanquam ab abusu steht mit dem unveräusserlichen Rechte der katholischen Kirche auf selbstständige Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit in kirchlichen Angelegenheiten wesentlich im Widerspruch. || 9. Kein Diener der Kirche kann mit gutem Gewissen und ohne Uebertretung der von ihm feierlich übernommenen reverentia und obedientia canonica zu einer solchen appellatio schreiten. || 10. Die Versammlung beschliesst, über den recursus ad principem von Seite der Laien sich vor der Hand nicht auszusprechen, dagegen diesem Missstande durch geeignete Mittel, z. B. schnelle und gründliche Abhilfe gegründeter Beschwerden, Belehrung und dergl. entgegenzuwirken. || 11. Eine Trennung der Kirche vom Staate selbst herbeizuführen, wurde nicht als die Aufgabe der Kirche erkannt; sollte aber der Staat sich von ihr lossagen, so würde sie, ohne es zu billigen, geschehen lassen, was sie nicht hindern kann; jedoch die von ihr selbst und in wechselseitigem Einverständnisse geknüpften Fäden des Zusammenhangs ihrerseits nicht trennen, wo nicht etwa die Pflicht der Selbsterhaltung dieses gebiete. Zur Durchführung ihrer göttlichen Sendung

Nr. 4782 (47).
Deutschland.
Okt. u. Nov.
1848.

Nr. 4782 (47).
Deutschland.
Okt. u. Nov.

1888

nimmt die katholische Kirche, wie auch immer die öffentliche Ordnung der Staaten gestaltet sein mag, nur die vollste Freiheit und Selbstständigkeit in Anspruch. — Sollte die Stellung der Kirche im Staate nicht ferner die einer öffentlichen, um ihrer höhern Mission willen bevorzugten Corporation sein, sollte ihr blos die Stellung eines nur privatrechtlich gesicherten Vereines bleiben, so muss und wird sie ungescheut zu ihrem ursprünglichen Princip, dem der vollen Freiheit und Selbstständigkeit in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten zurückkehren. 12. Die Bischöfe erkennen es als ihre Pflicht, durch Anwendung aller gesetzlich zulässigen Mittel dahin zu wirken, die den Katholiken gehörenden Schulen als solche gegen jedes Verderbniss zu bewahren, alle für katholische Schulen bestimmte Fonds und Einkünfte für die katholischen Schulen festzuhalten und nöthigen Falls dort, wo sie den Katholiken bisher entzogen oder vorenthalten sind, zurückzufordern. § 13. Lässt sich dieses nicht erreichen, so müssen um so mehr wenigstens jene Fonds festgehalten werden, welche rein kirchlicher Natur sind und woran Lehrer und Küster participiren, z. B. Küster- und Organisten-Fonds. 14. Werden auch diese Fonds der Kirche entzogen, oder reichen sie nicht aus, so haben alsdann die Bischöfe, wenn die vorhandenen Schulen eine antireligiöse der Kirche feindliche Richtung nehmen, andere Vorsorge durch möglichste Gründung neuer Volksschulen und Beschaffung anderer hiezu erforderlicher Fonds, z. B. durch überschüssige Kirchenintraden (Reventen), durch Stiftung von Unterrichtsvikarien und Unterrichtsinstituten, durch eine mit Einwilligung der betreffenden Interessenten geschehende Veräusserung entbehrlicher Kirchengewächse zu treffen. 15. Die auf vorbemerkte Art gebildeten Fonds sind alsdann insbesondere auch zur Gründung von Schullehrerseminarien zu verwenden. 16. Ueberhaupt sollen die Bischöfe nach den Lokalverhältnissen alle möglichen gesetzlich zulässigen Mittel anwenden, um Fonds für die Schulen zu gewinnen. 17. Auch werden die deutschen Bischöfe schon jetzt dahin streben, ihren jungen Clerus so zu bilden, dass er im Stande und geneigt ist, selbst Schule zu halten und mit Erfolg die Schule zu beaufsichtigen. 18. Zur Vermeidung verschiedener Inconsequenzen haben dabei die Bischöfe dahin zu streben, dass diejenigen Candidaten des geistlichen Standes, welche für die Schule Anlage und Vorliebe beweisen, das erforderliche Schulexamen schon vor dem Eintritte in das Clerikalseminar und vor dem Empfange der heiligen Weihen ablegen. 19. Die Bischöfe werden die katholischen Gemeinden eindringlich ermahnen, keinen neuen Lehrer anzunehmen, der nicht als zur religiösen Erziehung qualificirt kirchlich beglaubigt ist. 20. Sie werden auch die katholischen Gemeinden eindringlich ermahnen, die Aufsicht über die Schulen so zu reguliren, dass dadurch die religiöse Erziehung der Jugend gesichert ist. 21. Die kathol. Lehrer sind zu verpflichten, sich in der Erziehung der Jugend ganz nach den Vorschriften der kirchlichen Obern zu richten. 22. Die deutschen Bischöfe erklären, dass Niemand an irgend einer Unterrichtsanstalt katholischen Unterricht ertheilen kann, dem nicht hiezu die Befugniss durch kirchliche Sendung übertragen ist. 23. Die deutschen Bischöfe erklären, dass sie gemäss der ihnen durch

ihre Amt auflegten und durch die Kirchensatzungen eingeschränkten Verpflichtung dem Rechte nicht entsagen können, alle Religionslehrbücher in ihren Diöcesen auszuwählen und zu bestimmen. § 24. Den Bischöfen steht das Recht zu und obliegt die Verpflichtung, den Religionsunterricht an allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, wo Religionsunterricht ertheilt wird, zu leiten und zu visitiren. § 25. Für den Fall, dass die höhern Lehranstalten ganz dem christlichen Einfluss entzogen werden sollten, ist nach Massgabe der bezüglich der Volksschulen in der vorigen Sitzung beschlossenen (drei ersten) Sätze insoweit diese anwendbar sind, zu verfahren. § 26. Die Kirche, begründet durch die Kraft des Wortes unter dreihundertjähriger blutiger Verfolgung, nimmt jetzt, wie früher, die Freiheit der Lehre und des Unterrichtes, sowie die Errichtung und Leitung eigener Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten im ausgedehntesten Sinne als dasjenige Mittel in Anspruch, ohne welches sie ihre göttliche Sendung wahrhaft und in vollem Umfange zu erfüllen ausser Stande sein würde, und müsste sie (die Kirche) jede einengende Massregel auf diesem Gebiete als nicht vereinbar mit den gerechten Ansprüchen der Katholiken deutscher Nation ansehen. § 27. Zu den öffentlichen Lehrern der Theologie haben die deutschen Bischöfe das Vertrauen und die Zuversicht, dass sie nicht nur als Priester, sondern auch als Lehrer der heiligen Wissenschaften sich stets als von der heiligen Kirche gesendete und bevollmächtigte Lehrer betrachten, und eben deshalb auch der Verantwortlichkeit, welcher die Führung ihres Lehramtes der durch die Kirche getragenen Autorität der Kirche gegenüber nach göttlichem und kirchlichem Rechte unterliegt, immerdar eingedenk sein werden. § 28. Die Bischöfe, die wesentliche Pflicht erkennend, den Clerus durch Unterricht und Erziehung heranzubilden, nehmen zu diesem Zweck das unveräusserliche Recht in Anspruch, nach canonischen Vorschriften alle jene Anstalten und Seminarien zur Erziehung und Bildung des Clerus, welche den Bischöfen für ihre Diöcese nothwendig und nützlich erscheinen, frei und ungehindert zu errichten, die bestehenden zu leiten, das Vermögen derselben zu verwalten, und die Vorstände, Lehrer und Zöglinge zu ernennen, aufzunehmen und zu entlassen. § 29. Die Bischöfe, welche als Nachfolger der Apostel von dem Herrn Jesus Christus allein die Vollmacht empfangen haben, Arbeiter in seinen Weinberg zu berufen, damit das Evangelium allerwärts verkündigt, und die Geheimnisse des Heils den Gläubigen gesendet werden, sind in gewissenhafter Wahrnehmung dieses göttlichen Auftrages verpflichtet, nur jene als Lehrer und Priester zu erwählen, zu weihen und zu senden, welche sie nach ihrem sittlichen Wandel zum heiligen Lehr- und Priesteramte für würdig und nach ihren Kenntnissen für fähig halten. § 30. Ihnen steht demnach allein das Recht zu, die Berufenen zum geistlichen Stande über ihren Wandel und über ihre Wissenschaft zu prüfen, und die Seminarien zur Vorbereitung auf die heiligen Weihen und die evangelische Sendung aufzunehmen, und nachdem sie ihren Eifer im Dienste der Seelsorge oder im Lehramte sowie ihre Würdigkeit nach canonischer Prüfung bewährt haben, zur Verwaltung des Predigt- und Pfarramtes für tüchtig zu erkennen. § 31. Der deutsche Episcopat erklärt daher, dass sowohl die Mit-

Nr. 4782 (47).
Deutschland.
Okt. u. Nov.
1908.

Nr. 4782 (47). **betheiligung des Staates an den Prüfungen der in den geistlichen Stand Tretenden**
 Deutschland, zur Aufnahme in die Seminarien, als auch dessen Mitwirkung zu den Pfarr-
 Okt. u. Nov. Concurs-Prüfungen eine wesentliche Beschränkung der kirchlichen Freiheit und
 1848. eine Beeinträchtigung der bischöflichen Rechte enthalte. || 32. Die versammelten
 Bischöfe erklären, dass sie freie Verwaltung des gesammten Kirchenvermögens
 nach canonischer Vorschrift für die Kirche verlangen. || 33. Der deutsche Episcopat
 beschliesst, auch ferner wie bisher, auf das Recht der Kirche nicht freiwillig zu
 verzichten, und da, wo es die Umstände erfordern, den Arm der weltlichen Macht
 wie bisher, in Anspruch zu nehmen. || 34. Gegen jeden von der Kirche abfallen-
 den Geistlichen soll im canonischen Verfahren vorgeschritten und eine sententia
 judicis erlassen werden, es bleibt aber jedem Bischof überlassen, ob diese sententia
 judicis bekannt zu machen sei oder nicht. || 35. Die Rehabilitation der abge-
 fallenen und zur Kirche zurückkehrenden Priester soll nur nach strenger Prüfung
 ihrer reumüthigen Gesinnung und nach angemessener Busse erfolgen. || 36. Da
 die Taufen der neuen sich Deutsch-Katholiken, Rongeaner, Lichtfreunde nennenden
 Sekten, theils offenbar ungiltig sind, theils gegen deren Giltigkeit ein gegründeter
 Zweifel obwaltet, so sind die von solchen Secten Getauften, welche in die katho-
 lische Kirche aufgenommen werden wollen, im ersteren Falle unbedingt, im letzteren
 bedingungsweise aufs Neue zu taufen. Sollte dennoch in einem besonderen
 Falle ein Pfarrer Gründe für die Giltigkeit einer von solchen Sectirern ertheilten
 Taufe zu haben glauben, so hat er unter Darlegung des Sachverhaltes deshalb
 vorher an sein Ordinariat zu berichten. || 37. Auf das katholische Kirchenver-
 mögen haben die von der Kirche abgefallenen Sectirer keinen Anspruch, sei es,
 dass einzelne Individuen oder auch ganze Gemeinden abfallen. Simultanen mit
 diesen Secten sind durchaus unzulässig. || 38. Die in Würzburg versammelten
 Erzbischöfe und Bischöfe werden, in Erwägung der gegenwärtigen Verhältnisse,
 die Diöcesan-Synoden, nach Vorschrift des Conciliums von Trient (Sess. XXIV.
 c. 2 de ref.) die bisher nicht eingehalten werden konnten, mit sorgfältiger Rück-
 sicht auf das Beste der einzelnen Diöcesen, sobald als möglich, nach gehöriger
 Vorbereitung und in canonischer Form abhalten. || 39. Der Zweck der Diöcesan-
 Synoden ist, den Geist der Frömmigkeit und Gottesfurcht im Clerus und Volk
 neu zu beleben, die etwa verfallene Kirchenzucht wieder herzustellen, zu dem
 Ende heilsame Gesetze, sowol zur Abschaffung von Missbräuchen, als auch zur
 Hebung des christlichen Lebens, entweder, wo solche schon vorhanden waren,
 zu erneuern oder, wo die Verhältnisse es nothwendig machen, neue zu erlassen,
 ferner den Clerus auf die zweckmässigste Art über wichtige, zeitgemässe Gegen-
 stände und schwierige Verhältnisse des priesterlichen und seelsorglichen Amtes
 zu belehren, endlich päpstliche Constitutionen und Beschlüsse der National- und
 Provinzialconcilien bekannt zu machen. || 40. Kraft der Verfassung der katho-
 lischen Kirche steht auf der Diöcesan-Synode dem Bischofe allein das Recht der
 Entscheidung zu. || 41. Jeder der hier versammelten Erzbischöfe und Bischöfe
 wird, sobald er eine Diöcesan-Synode abzuhalten in der Lage ist, die von ihm
 beobachtete Art und Weise der Abhaltung, sowie deren Ergebnisse allen übrigen

hier versammelten Erzbischöfen und Bischöfen mittheilen. Die Bischöfe werden dies durch ihre Metropolen thun. || 42. Die Berufung Aller, welche auf der Synode zu erscheinen haben, zu dieser Synode, geschieht durch den Bischof so, dass dieser hierbei zugleich die ihm durch seine Pflicht gebotene Rücksicht auf die Seelsorgs- und anderen geistlichen Bedürfnisse seiner Diocese zu nehmen hat. || 43. Ebenso werden die versammelten Erzbischöfe und Bischöfe die vom Concil von Trient (Sess. XXIV. c. 2. de Reform.) vorgeschriebenen Provinzial-Synoden nach Möglichkeit abhalten. || 44. Der Episcopat erklärt, dass die Volksmissionen nützlich und in gegenwärtiger Zeit höchst wünschenswerth sind, um das erschlaffte kirchliche Leben wieder zu erwecken. || 45. Die in Würzburg versammelten Erzbischöfe und Bischöfe sind in Anbetracht der eingetretenen Lage der Dinge in Deutschland von dem lebhaften Wunsche beseelt, dass sobald es geschehen kann, ein deutsches National-Concil abgehalten werden möge. || 46. Dieselben beschliessen zu diesem Ende, die Bewilligung des heiligen Stuhles zur Abhaltung eines solchen National-Concils sofort zu erbitten. || 47. Sie beschliessen ferner, die übrigen hier nicht anwesenden, zu Deutschland gehörigen Metropolen hiervon ungesäumt in Kenntniss zu setzen. || 48. In Betreff der näheren Bestimmungen hinsichtlich der Abhaltung werden die persönlich hier anwesenden fünf Metropolen ersucht, sich, sobald die Verhältnisse es gestatten, an den heiligen Stuhl zu wenden, um auf canonischem Wege das National-Concil zu Stande zu bringen. || 49. Die definitive Ausführung des Institutes einer gemeinsamen Agentur für die deutschen Bisthümer in Rom soll auf der nächsten National-Synode geschehen; bis dahin sollen die persönlich gegenwärtigen Metropolen die Sache unter sich vorbereiten. || 50. Ein Deutscher, entweder in Deutschland befindlicher, oder auch in Rom weilender Geistlicher wird als Agent oder Geschäftsträger der deutschen Bischöfe in Rom aufgestellt. || 51. Demselben werden alsdann einer oder mehrere Gehilfen beizugeben sein. || 52. Bei der künftigen Ausführung wird dem heiligen Vater Nachricht zu geben, dessen Genehmigung nachzusuchen und die Bitte zu stellen sein, dass des Papstes Heiligkeit dem Agenten des deutschen Episcopates den Rang eines römischen Prälaten verleihen möge.

Nr. 4789 (47).
Deutschland.
Okt. u. Nov.
1848.

Vering, Die Verhandlungen der deutschen Erzbischöfe und Bischöfe zu Würzburg, im Okt. und Nov. 1848. Archiv für katholisches Kirchenrecht. N. F. XV. p. 150—169, 207—290. XVI. p. 214—303, 373—474. Die Originalprotocollen der Versammlung wurden nicht veröffentlicht. Einen Auszug aus denselben, der nur die Beschlüsse und Absprachen enthält, theilte der Erzbischof von Köln den deutschen Bischöfen bald hierauf in lithographischen Abzügen mit. Vering, der ausser diesem auch noch ausführliche Aufzeichnungen von Theilnehmern der Versammlung benutzte, theilt den Kern der Verhandlungen und die Voten der einzelnen Bischöfe mit.

Das Hauptergebniss der Würzburger Berathungen (vom 22. Oktober bis 16. Nov.) waren die obenstehenden — aus den Protocollen zusammengestellten — Beschlüsse (Declarationen), welche für die Bischöfe Deutschlands eine bindende Directive bilden sollten. Die meisten derselben wurden einstimmig oder doch mit überwiegender Majorität gefasst, wenn auch einzelne erst nach langen und lebhaften Erörterungen (z. B. 8 f. 44). Ausserdem verständigten sich die

Nr. 4782 (47).
Deutschland.
Okt. u. Nov.
1848.

Bischöfe auch noch über eine Reihe anderer Fragen — Beerdigung der Protestanten, Vollstreckung kirchlicher Massnahmen und Aufbringung der Kirchenbedürfnisse falls sich der Staat von der Kirche zurückziehen sollte, Unterstützung katholischer Zeitschriften, Civilehe u. A. — die man jedoch „nur als Absprachen“, die nicht zu veröffentlichen seien, bezeichnete. — Als Ausdruck der Gesinnung dieser Versammlung sind ferner die folgenden Aktenstücke anzusehen: 1. Denkschrift an die deutschen Regierungen (entworfen von Dr. M. Lieber, S. Nr. 48); 2. Hirtenwort an die Gläubigen der deutschen Diöcesen, abgefasst von Domcapitular Förster aus Breslau (S. Ginzel, Archiv f. Kirchengeschichte und Kirchenrecht. Regensburg 1851. 2. Heft p. 38 f.); 3. Pastoral schreiben an den Clerus der deutschen Diöcesen, entworfen von Prof. Fessler aus Brixen (S. Ginzel l. c. 2. Heft p. 58 ff.); 4. Bericht über die Versammlung der Bischöfe an den Papst; 5. Schreiben an den Papst mit dem Ersuchen ein deutsches Nationalconcil abhalten zu dürfen. — Die beiden letzten Aktenstücke — bisher nicht veröffentlicht — beantwortete Papst Pius IX. durch ein Breve aus Gaëta vom 17. Mai 1849, worin im Allgemeinen die Gesinnung und der Eifer der Bischöfe belobt, ihnen aber auch mitgetheilt wird, der gegenwärtige Zeitpunkt sei für eine „feierliche Versammlung aller Bischöfe Deutschlands“ nicht günstig, man müsse dafür ruhigere Zeiten abwarten (S. Ginzel l. c. 2. Heft p. 72 ff.).

Nr. 4783. (48.)

DEUTSCHLAND. Denkschrift der in Würzburg versammelten Bischöfe Deutschlands an die Regierungen.

Archiv für katholisches Kirchenrecht. N. F. XV. p. 108 ff.

Nr. 4783 (48).
Deutschland.
14. Nov. 1848.

Als in den Märzstürmen dieses Jahres das auf dem Wiener Congresse im Frühling 1815 von den deutschen Fürsten und ihren Staatsmännern errichtete Gebäude der politischen Gestaltung Deutschlands in seinem Grunde erbebte, und die Fürsten dem durch alle Gauen des Vaterlandes erschallenden Rufe nach Freiheit Rechnung tragen zu wollen sich geneigt erklärten; da erkannten es die katholischen Bischöfe, dass, wie entschieden und streng auch die Kirche anarchische Bestrebungen jeglicher Art verabscheue und verwerfe, doch auch sie ein lebendiges Interesse habe an der Sicherung alles desjenigen, was der allgemeine Ruf nach Freiheit von administrativer Bevormundung und Controle Wahres enthalte. Sie erkannten, dass die Kirche an den Zusagen, welche Deutschlands Fürsten ihren Völkern gegeben, den ihr gebührenden Antheil in Anspruch zu nehmen um so weniger versäumen dürfe, als die vielfach laut gewordenen ungestümen Aeusserungen falsch verstandener Freiheitsbegriffe in der Kirche nur den einen Wunsch, das eine sehnliche Verlangen erweckten, in dem drohenden Kampfe der rohen Gewalt und Willkühr gegen Throne und Verfassungen der ihr gewordenen Mission, die Hüterin zu sein des Glaubens und der nur in ihm wurzelnden Sitte, ihre

volle Thätigkeit widmen und in freier selbstständiger Wirksamkeit ungehindert entwickeln zu können.

Nr. 4789 (48).
Deutschland.
14. Nov. 1848.

Die Bischöfe glaubten der erleuchteten Einsicht der deutschen Regierungen vertrauen zu sollen, dass da, wo dieselben den Entschluss verkündeten, unter Mitwirkung und Vereinbarung mit ihren Völkern ein neues Verfassungsgebäude aufzurichten, in welchem es den Bewohnern deutscher Lande so wohl werden sollte, den Genuss und die naturgemässe Entwicklung aller zuständigen Rechte sich gesichert zu wissen, — sie in ihrer Weisheit auch der Kirche für die segensvolle Entwicklung und Durchführung ihrer hohen Aufgabe das volle Mass zuständiger Freiheit nicht würden versagen wollen. Und als nun mit der Forderung auch die Zusage einer uneingeschränkten Glaubens- und Religionsfreiheit, die Zusage, dass jede Kirchengesellschaft ihre Angelegenheiten frei und selbstständig solle zu ordnen haben, durch alle Gauen des Vaterlandes sich verbreitete, da glaubten die katholischen Bischöfe Deutschlands dem gehegten Vertrauen um so zuversichtlicher sich hingeben zu sollen, als ihrer Kirche ein achtzehnhundertjähriges Zeugniß ihrer Wirksamkeit zur Seite steht. Achtzehn Jahrhunderte bezeugen, dass die Kirche es gewesen, welche in sturmbewegten Zeiten — wo die Wogen entfesselter Leidenschaften in wilder Brandung tobten, Nationen gegen Nationen im Kampfe um Sein oder Nichtsein sich erhoben und die Grundfesten aller bürgerlichen und staatlichen Ordnung wankten — fest ruhend auf dem Felsen, den keiner Stürme Gewalt überwindet, und im klaren Aufblicke zu dem, der ihr Haupt- und Eckstein, ihr Führer und Erleuchter sein will bis an's Ende der Zeiten — die Völker gesittigt und erzogen, Künste und Wissenschaften gepflegt und veredelt, aller Orten der öffentlichen und Privat-Noth die nie versiegenden Quellen der christlichen Charitas in ihren mannigfaltigen, alle geistigen und leiblichen Werke der Barmherzigkeit umfassenden Corporationen geöffnet, Fürsten und Völker in der Gerechtigkeit zu vereinbaren gesucht, und so Ordnung und Freiheit in allen Verhältnissen des öffentlichen und bürgerlichen Lebens auf dem einzig wahren Fundamente des Glaubens zu gründen gewusst hat. Ausgehend von der Ueberzeugung, dass dieser Beruf der Kirche zu allen Zeiten derselbe sei, sind daher die unterzeichneten Bischöfe Deutschlands zusammengetreten, um vereint die Stellung zu bezeichnen und auszusprechen, welche die Kirche nach ihrer uralten überlieferten Verfassung auch der neuen Ordnung der Dinge im öffentlichen Leben gegenüber einzuhalten habe, und zwar die Grundzüge der Stellung der Kirche zum Staate und zu andern Religionsgesellschaften, und die Grundlinien der Rechte der Kirche hinsichtlich der Ordnung ihrer Angelegenheiten, des Kirchenregiments.

Die Sitte, das im Leben sich ausprägende Gewissen des Menschen, wird vom Glauben regiert, welchen die Kirche lehrt. Die Kirche ist darum die Hüterin der Sitte, wie der Staat in Wahrung des Friedens und Spendung der Gerechtigkeit der Hüter der nationalen Einheit ist. Staat und Kirche berühren sich nothwendig in ihren Wirkungskreisen, und deshalb erkennt der Episcopat und spricht es aus:

Nr. 4783 (48).
Deutschland.
14. Nov. 1848.

Eine Trennung herbeizuführen vom Staate, d. h. von der öffentlichen, nothwendig auf sittlicher und religiöser Grundlage ruhenden Ordnung, liegt nicht im Willen der Kirche. Wenn auch der Staat sich von ihr trennt, so wird die Kirche, ohne es zu billigen, geschehen lassen, was sie nicht hindern kann, sie wird jedoch die von ihr selbst und im wechselseitigen Einverständniss geknüpften Zusammenhangsfäden ihrerseits nicht trennen, wo nicht etwa die Pflicht der Selbsterhaltung dies geböte.

Die Kirche, betraut mit der heilig-ernsten Mission: wie Mich der Vater gesandt hat, so sende Ich Euch, nimmt für die Aus- und Durchführung dieser ihrer Sendung — wie immer die öffentliche Ordnung der Staaten gestaltet sein mag — nur die vollste Freiheit und Selbstständigkeit in Anspruch. Ihre heiligen Päpste, Bischöfe und Bekenner haben dieser unveräusserlichen Freiheit zu allen Zeiten Blut und Leben gerne und muthig geopfert. Die Bischöfe erkennen deshalb und sprechen es aus:

Wo das Verhältniss der freien Lebensäußerung der Kirche zu der öffentlichen Ordnung des Staates durch Concordate oder ähnliche Verträge mit dem heiligen Stuhl normirt und die unverkümmert getreue Erfüllung dieser Verträge gesichert ist, da werden die Bischöfe dieselben heilig achten. — Wo jedoch im Einzelnen und Besondern die Bestimmungen solcher Verträge sich als Hemmnisse des kirchlichen Lebens und der freien episcopalen Wirksamkeit bereits erwiesen haben, wie dies z. B. vielfach mit dem s. g. Staatspatronatsrechte, mit der Placetirung zu Kirchenämtern u. a. der Fall ist, oder wo eintretende Aenderungen in der öffentlichen Ordnung der Dinge Modificationen oder Abrufung der Verträge bedingen, da werden die Bischöfe nicht säumen, die Weisheit des heiligen Stuhles um seine Vermittlung zur Abwendung alles Hemmenden anzugehen. Wo weder Verträge noch Bestimmungen des Kirchenrechts einem Präsentations- oder Bestätigungsrechte zu Kirchenämtern das Wort reden, da fühlen sich die Bischöfe verpflichtet, die Freiheit der Kirche zu behaupten. Sollte die Stellung der Kirche im Staate nicht ferner die einer öffentlichen, um ihrer höhern Mission willen bevorzugten Corporation sein; sollte ihr nur die Stellung eines bloß noch privatrechtlich gesicherten Vereines verbleiben; so muss und wird dieselbe ungescheut zu ihrem ursprünglichen Princip, dem der vollen Freiheit und Selbstständigkeit in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten zurückkehren.

Den Bekennern anderer Glaubenslehren gegenüber galt und gilt der Kirche als leitende Norm stets der Grundsatz, dass sie allen Menschen aller Zonen und Zungen als nach dem Ebenbilde Gottes Erschaffene und der Erlösung Bedürftige mit gleicher Liebe umfasst; — dass sie für die Aus- und Durchführung ihrer die Welt erlösenden Mission nur die vollste Freiheit und Selbstständigkeit in Anspruch nimmt; — und dass sie gegen die Personen Aller, die zu ihrer Lehre, Verfassung und Disciplin sich nicht bekennen und halten, allerwege jenes gleiche Vollmass der Liebe und Gerechtigkeit beobachtet, welches den bürgerlichen Frieden zwischen Anhängern verschiedener Glaubensbekenntnisse sichert, ohne einen allen Bekenntnissen gleich verderblichen Indifferentismus und eine ihren

Satzungen widerstreitende *communicatio in sacris* zu begünstigen. — Die Bischöfe erkennen und sprechen es aus, dass sie an diesem Princip fest, und in allen Beziehungen zu Andersgläubigen, ihren, durch dies Princip normirten, kirchlichen Standpunkt inne halten werden.

Nr. 6783 (48).
Deutschland.
16. Nov. 1848.

Unter den Rechten der Kirche steht obenan das göttliche Recht der Lehre und Erziehung. — Sie kann nimmer sich trennen von dem Bewusstsein des ihr gegebenen Auftrages: Gehet hin und lehret alle Völker, taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes und lehret sie halten Alles, was Ich Euch gesagt habe. Sie kann eben so wenig sich trennen von dem Bewusstsein der Freiheit in Erfüllung dieser Mission. Alle Jahrhunderte und alle Welttheile geben der Kirche das Zeugniß, dass die Träger und Werkzeuge ihrer grossen Erziehungsmission für die freie Ausübung des von ihrem göttlichen Stifter ihr ertheilten Auftrags zu lehren und zu erziehen, weder Mühen und Gefahren, noch Leiden und Tod gescheut haben. Mochte Besitzthum und Glanz und Ehre, mochte Alles ihr genommen werden: das Recht, das von Gott Empfangene zu lehren, zu erziehen, zu sittigen die Völker des Erdkreises, hat die Kirchen nimmer preis gegeben. — Und indem sie den Menschen erfasst, um ihn lehrend und erziehend seiner höhern Bestimmung zuzuführen, erfasst sie denselben vom zartesten Alter an, erfasst und begleitet ihn in der Entwicklung aller seiner geistigen Kräfte, auf dass diese durch einen alle Zweige des Wissens umfassenden Unterricht zur vollen Durchbildung gelangen im Geiste ihrer, auf die höhere, ewige Bestimmung des Menschen gerichteten Mission. — Wie der Mensch nicht getrennt gedacht werden kann in einen für seine irdischen Bedürfnisse arbeitenden Leib und einen seine höhere Bestimmung anstrebenden Geist, so weiss auch die Kirche, dass der menschliche Geist nimmer zerspalten werden kann in zwei gesonderte Richtungen. Und eben darin bezeugt sie ihr göttliches Recht zur Erziehung des Menschengeschlechtes, dass sie den Geist des Menschen in der Totalität aller seiner Kräfte und Thätigkeiten erfasst und entwickelt und durchbildet zu der höhern ewigen Bestimmung der Menschheit. — Und es ist wiederum die Geschichte, welche der Kirche das Zeugniß gibt, dass sie im Bewusstsein des göttlichen Rechtes, der göttlichen Freiheit die Menschheit zu lehren, zu erziehen, zu sittigen in allen Zweigen des Wissens und der Künste das Herrlichste geleistet hat von der Errichtung der stillen Klosterschule und Werkstätte bis zur Gründung ihrer Hochschulen und ihrer Riesendome, die alle sich erhoben auf dem Fundamente der Einen allumfassenden Durchbildung des menschlichen Geistes zu seiner höhern Bestimmung.

Dies Anrecht an die Menschheit kann die Kirche nimmer aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben, — und es ist nur eine naturnothwendige Folge dieses ihres Rechtes, dass sie alle zur Ausübung desselben erforderlichen Mittel die zum Lehren und Erziehen bestimmten Individuen oder Corporationen sowohl, als die Lehrbücher frei zu wählen und zu bestimmen, — dass sie insbesondere in der Heranbildung und Reiferklärung der Träger und Sendboten ihres grossen Erziehungswerkes, sowie in deren Verwendung, Ueberwachung, Correction, oder,

Nr. 4788 (48).
Deutschland.
14. Nov. 1848. wo es nöthig, Beseitigung, gänzlich und vollkommen freie Hand haben, — und dass ebenso die Bestimmung darüber, welche Vereine und Corporationen etwa hiefür zu erhalten oder zu errichten, und welche nicht mehr nützlich oder zulässig sind, der Kirche allein zustehen muss, soll anders dieselbe als die Hüterin der, im Glauben wurzelnden, und die Sicherung aller öffentlichen Ordnung und Gesetzlichkeit bedingenden Sitte in dem Vollgenusse der ihr zuständigen Freiheit gedacht werden können. — Die versammelten Bischöfe erkennen deshalb und sprechen es aus:

Die Kirche, durch die Kraft des Wortes unter dreihundertjähriger blutiger Verfolgung begründet, nimmt jetzt, wie früher, die unbeschränkte Freiheit der Lehre und des Unterrichtes, sowie die Errichtung und Leitung eigener Erziehungs- und Unterrichtsanstalten im ausgedehntesten Sinne als dasjenige Mittel in Anspruch, ohne welches sie ihre göttliche Sendung wahrhaft und in vollem Umfange zu erfüllen ausser Stande sein würde; und sie muss jede einengende Massregel auf diesem Gebiete als nicht vereinbar mit den gerechten Ansprüchen der Katholiken deutscher Nation ansehen.

Die Bischöfe erkennen es als ihre Pflicht, durch Anwendung aller gesetzlich zulässigen Mittel dahin zu streben, die den Katholiken gehörenden Schulen als solche gegen jedes Verderbniss zu bewahren, alle für katholische Schulen bestimmten Fonds und Einkünfte für die katholischen Schulen festzuhalten und nöthigenfalls dort, wo sie den Katholiken bisher entzogen oder vorenthalten worden sind, zurückzufordern.

Insbesondere erklären die Bischöfe, dass sie gemäss der ihnen durch ihr Amt auferlegten und durch die Kirchensatzungen eingeschärften Verpflichtungen dem Rechte nicht entsagen können, alle Religionslehrbücher in ihren Diöcesen auszuwählen und zu bestimmen.

Sie sprechen es aus, dass den Bischöfen das Recht zusteht und die Verpflichtung obliegt, den Religionsunterricht an allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, wo katholischer Religionsunterricht ertheilt wird, zu leiten und zu visitiren; sowie auch in der Sphäre der höhern theologischen Wissenschaften die Verantwortlichkeit zu wahren, welche mit der göttlichen Vollmacht zu senden ihnen geworden ist.

Die Bischöfe, die wesentliche Pflicht erkennend den Clerus durch Unterricht und durch Erziehung heranzubilden, nehmen zu diesem Zweck das unveräusserliche Recht in Anspruch, nach canonischen Vorschriften alle jene Anstalten und Seminarier zur Erziehung und Bildung des Clerus, welche den Bischöfen für ihre Diöcesen nothwendig und nützlich erscheinen, frei und ungehindert zu errichten, die bestehenden zu leiten, das Vermögen derselben zu verwalten, und die Vorstände, Lehrer und Zöglinge zu ernennen, aufzunehmen und zu entlassen.

Die katholischen Bischöfe als Nachfolger der Apostel, allein mit der Vollmacht ausgerüstet, Arbeiter in den Weinberg des Herrn zu berufen, damit das Evangelium allerwärts verkündigt und die Geheimnisse des Heils den Gläubigen gesendet werden, sind in gewissenhafter Wahrnehmung dieses göttlichen Auf-

trages verpflichtet, nur jene als Lehrer und Priester zu wählen, zu weihen und zu senden, welche sie ihrem sittlichen Wandel nach zum heiligen Lehr- und Priesteramte für würdig und ihren Kenntnissen nach für fähig halten. Ihnen steht demnach allein das Recht zu, die zum geistlichen Stande Berufenen über Wandel und Wissenschaft zu prüfen; zur Vorbereitung auf die heiligen Weihen und die evangelische Sendung in die Seminarien aufzunehmen, und denselben, nachdem sie ihren Eifer im Lehr- oder Seelsorgeramte, sowie ihre Würdigkeit nach canonischer Prüfung bewährt haben, das Zeugniß der Tüchtigkeit zur Verwaltung des Predigt- und Pfarramts zu ertheilen.

Nr. 4789(48).
Deutschland.
14. Nov. 1848.

Die Bischöfe erklären daher, dass sowohl die Mitbetheiligung des Staates an den Prüfungen der in den geistlichen Stand Tretenden zur Aufnahme in die Seminarien, als auch dessen Mitwirkung zu Pfarr-Concursprüfungen eine wesentliche Beschränkung der kirchlichen Freiheit und eine Beeinträchtigung der bischöflichen Rechte enthalte.

So wenig die Kirche jemals sich trennen kann von dem Bewusstsein ihres Rechtes zu selbstständiger Vollführung ihrer Erziehungsmission; ebensowenig darf dieselbe zu irgend einer Zeit verzichten auf das mit dieser Mission allerwege Hand in Hand gehende Recht, nach dem Vorbilde ihres göttlichen Stifters auch die leibliche Wohlthäterin der Völker zu sein, deren geistige Pflege ihr anvertraut ist. Was die liebende Mutter ihren Kindern, das war die Kirche, — die im Einsammeln und Antheilen ihrer Gaben frei und selbstständig schaltende Kirche — zu aller Zeit den Armen und Nothleidenden. Zähle, wer es vermag, die aus ihrem Schoosse in so reicher Fülle und Mannigfaltigkeit hervorgegangenen milden Stiftungen; das geheimnißvolle Walten des göttlichen Geistes und Segens über dem Scherflein auch des Armen, das, zugleich mit der Gabe des Reichen vertrauensvoll in die mütterliche Hand der Kirche gelegt, oft einer weit entfernten Noth beizuspringen geeilt, das wird der menschliche Calcul nimmer durch seiner Zahlen Stellungen zu ergründen vermögen. — Ob die Kirche auch bei aller Opferwilligkeit frommer Vereine und ihrer Bereitwilligkeit sich zum Bettler zu machen an der Thüre des Reichen, um die Gaben seiner Mildthätigkeit in den Schooss der Armuth zu schütten, der Noth der heutigen socialen Zustände die Hand mit Erfolg zu reichen im Stande sein möge: dies wird wesentlich bedingt sein durch das Mass freier selbstständiger Bewegung, welches auch auf diesem Gebiete ihr zu vindiciren die Bischöfe als ihre Pflicht erkennen.

Ein anderes, aus dem Begriff ihrer Mission mit unabweisbarer Nothwendigkeit folgende Recht der Kirche ist das göttlich freie Recht, ihren Cultus und die Art und Weise, wie derselbe zu feiern, die Spendung ihrer Sacramente und die Einrichtung alles dessen, was auf den Gottesdienst sich bezieht, Gebete und öffentliche Andachtsübungen, ohne alle Dazwischenkunft oder hemmendes Eingreifen der weltlichen Gewalt ungehindert und selbstständig zu ordnen. — Ihr Cultus ist eben der in den verschiedenen Formen des Gottesdienstes sich ausprägende Glaube der Kirche, ihre Gnadenmittel, Gebete u. s. w., die fortwährende Vermittlung des Menschen mit seiner höhern und ewigen Bestimmung. Hier

Nr. 4783 (48). bewegt sich die Kirche ausschliesslich auf ihrem eigensten Gebiete, welches die
Deutschland.
14. Nov. 1845. Bischöfe treu zu hüten die heiligste Verpflichtung haben.

Eine mit dem Wesen des Cultus innig zusammenhängende Blüthe des katholischen Lebens sind die durch alle Jahrhunderte der Kirche in den mannigfachsten Gestaltungen erscheinenden geistlichen Vereine von Männern oder Frauen, die sich mit Genehmigung ihrer geistlichen Oberhirten durch Gelübde oder fromme Gelöbnisse verbunden haben, um in erhöhtem Streben nach christlicher Vollkommenheit unter bestimmten, ihren Verband und ihre Thätigkeit normirenden Regeln alle geistigen und leiblichen Werke der Barmherzigkeit in Unterricht, Pflege der Armen und Kranken u. s. w. u. s. w. und zugleich einen ihr ganzes Thun und Wirken begleitenden Gottesdienst in Gebet, Betrachtung und sich selbst verläugnendem Gehorsam zu üben. — Die versammelten Erzbischöfe und Bischöfe nehmen für dergleichen Vereine das gleiche Mass der Freiheit der Association in Anspruch, welches die Verfassung des Staates allen Staatsbürgern gewährt.

Endlich hat die Kirche das Recht, alles katholische Kirchen- und Stiftungsvermögen als ihr, durch rechtmässige Titel wohl erworbenes Eigenthum, gleich jedem Bürger oder bürgerlichen Vereine, gegen gewaltsamen Eingriff geschützt zu sehen und dasselbe frei und selbstständig zu verwalten und zu verwenden. Es ist dieses überall nur zu den Zwecken der Kirche in oft viele Jahrhunderte hinaufreichenden Stiftungsurkunden bestimmte Vermögen Eigenthum der Einen, als einig Rechtssubject zu erkennenden katholischen Kirchengesellschaft; und muss sich darum, sollen Recht und Gerechtigkeit den Fürsten und Völkern Deutschlands annoch heilig und kein leerer Schall sein, allerwege des gleichen Rechtsschutzes zu erfreuen haben, wie jedes andere Gesellschaftsvermögen, dessen Unantastbarkeit überall gesichert erscheint, wo öffentliche und bürgerliche Ordnung eine Wahrheit ist.

Zum Schlusse legen die Bischöfe feierlich Verwahrung ein gegen jene nur auf feindséliger Gesinnung oder Mangel an Einsicht beruhende Darstellungsweise, welche in der katholischen Kirche, die, kraft ihrer göttlichen Mission alle Völker des Erdkreises umfasst, Inland und Ausland unterscheiden, und darum den lebendigen Verband der Bischöfe und ihrer Heerden mit dem Vater der Christenheit, mit dem heiligen apostolischen Vater zu Rom, als Sünde an der Nationalität, als undeutsch und gefährlich zeihen zu können wähnt, und nicht ablassen möchte, den Verkehr der Bischöfe und Gläubigen mit dem heiligen Vater und des heiligen Vaters mit ihnen einer fortwährenden misstrauischen Controle zu unterwerfen.

Zu dem innersten Wesen der Kirche gehört ihr in Lehre, Verfassung und Disciplin überall sich bewährender Character der Einheit. Bedingung und Folge dieser Einheit ist der stets lebendige Verband und Verkehr zwischen Haupt und Gliedern, zwischen dem heiligen Vater zu Rom und den binnen den weiten Marken der Erde wohnenden und in gleicher Einheit unter ihre Oberhirten sich schaarenden Gläubigen. Dieser ungehemmte Verkehr bedingt das gesunde Leben der Kirche, wie der ungestörte Blutumlauf das durch alle Adern pulsirende Leben

des Menschen. Was diesem Unterbindung, dasselbe ist dem Leben der Kirche jeder Act willkürlicher Hemmung des freien Verkehrs mit dem Mittelpunkte der Einheit.

Nr. 4788. (48).
Deutschland.
14. Nov. 1848.

Wie daher die Bischöfe es als ihre höchste Ehre achten, durch den innigsten Anschluss an das Oberhaupt der Kirche und den engsten Verband des Episcopates unter sich allen Gläubigen des Erdballs, Priestern und Laien, verbunden zu sein, und es in kindlichem Gehorsam gegen den Nachfolger des Apostelfürsten Petrus sich stets werden angelegen sein lassen, den ihnen anvertrauten Theil des Volkes Gottes deutscher Zungen in der Einheit und Reinheit des katholischen Glaubens zu erhalten, auf dass sich die einige katholische Wahrheit so entwickle und bewähre, wie es die ehrwürdigen Gewohnheiten seiner Väter, wie es der durch Jahrhunderte ausgeprägte Charakter des deutschen Stammes erfordert; so müssen sie jede Art eines, die selbstständige und freie Verkündigung geistlicher Erlasse hemmenden Placets als wesentliche Verletzung des unveräußerlichen Rechtes der Kirche, jede misstrauische Ueberwachung des Verkehrs zwischen Hirt und Herde, als dem deutschen Charakter, dessen Treue sprichwörtlich ist, widerstrebend, und mit dem Vollgenusse wahrer Freiheit unvereinbar erkennen und erklären.

Würzburg, den 14. November 1848.

† *Friedrich*, Cardinal und Fürst-Erzbischof von Salzburg. † *Maximilian Joseph*, Fürst-Erzbischof von Olmütz, vertreten durch *A. Wahala*, Ehrencanonicus und Erzpriester von Müglitz. † *Hermann*, Erzbischof von Freiburg. † *Bonifaz*, Erzbischof von Bamberg. † *Johannes*, Erzbischof von Köln. † *Karl August*, Erzbischof von München-Freysing. † *Bernard*, Fürst-Bischof von Brixen, vertreten durch *Dr. Joseph Fessler*, F. B. Consistorialrath und Professor der Theologie in Brixen. † *Karl Anton*, Bischof von Anthon, Weihbischof und vigore special. facultat. Apost. administrirender General-Vicar der Diocese Osnabrück. † *Anastasius*, Bischof von Culm. † *Peter*, Bischof von Augsburg. † *Petrus Leopold*, Bischof von Mainz, vertreten durch *Adam Franz Lennig*, Domcapitular und geistlichen Rath in Mainz. † *Heinrich*, Bischof von Passau. † *Georg Anton*, Bischof von Würzburg. † *Joseph Ambrosius*, Bischof von Ermland, vertreten durch *Franz Grossmann*, Bischof von Mezzo und Weihbischof von Ermland. † *Valentin*, Bischof von Regensburg. † *Nicolaus*, Bischof von Speyer. † *Jacob Joseph*, Bischof von Hildesheim. † *Wilhelm*, Bischof von Trier. † *Peter Joseph*, Bischof von Limburg. † *Melchior*, Fürst-Bischof von Breslau, vertreten durch *Dr. Förster*, Domcapitular von Breslau. † *Franz*, Bischof von Paderborn. † *Johann Georg*, Bischof von Münster. † *Georg*, Bischof von Eichstätt. † *Joseph*, Bischof von Rottenburg. † *Joseph*, Bischof von Corycus, Apost. Vicar im Königreich Sachsen.

Nr. 4784. (49.)

HANNOVER. Aus dem Gesetz, verschiedene Aenderungen des Landesverfassungs-Gesetzes betreffend, vom 5. September 1848.

— Stellung der katholischen Kirche. —

Zachariae, Verfassungsgesetze p. 236 ff.

Nr. 4784 (49).
Hannover
5. Sept. 1848. §. 24 zu §. 70. Der erste Absatz dieses §. (die amtlichen Communicationen mit dem päpstlichen Stuhle betreffend) wird aufgehoben. || §. 25 zu §. 71. Der erste Absatz des §. wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Beschwerden über Misbrauch der Kirchengewalt können zur Entscheidung auch bis an den König gebracht werden. || §. 26 zu §. 72. Dem Absatze 1 (die Bestätigung der Prediger etc. betreffend) wird hinzu gesetzt: Die Gründe sollen jederzeit mitgetheilt werden. || §. 27 zu §. 75. Der sechste Absatz des §. (Berufungen wider Entscheidungen über Abänderung von Stiftungen etc. betreffend) fällt weg. || §. 28 zu §. 76. Der §. wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Es sollen Kirchenvorstände gebildet werden, welche aus den Predigern und von den Gemeinden gewählten Mitgliedern derselben bestehen. Die Kirchenvorstände sollen die unmittelbare Verwaltung des Vermögens der einzelnen Kirchen und der dazu gehörenden Stiftungen und Armen-Anstalten führen. Das Nähere darüber wird unter Berücksichtigung der Rechte der Patrone gesetzlich bestimmt werden. || §. 29 zu §. 77. Der §. wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Zum Zwecke der Theilnahme an der Aufsicht über den Unterricht in den Volksschulen soll in der Regel in jeder Schulgemeinde ein Vorstand bestehen, die oberste Aufsicht aber unter dem Ministerium von anzuordnenden Schulbehörden geführt werden.

Vergleiche Nr. 25 f. — Durch die Einführung der preussischen Verfassung in dem (1866) der Preussischen Monarchie einverleibten Königreiche Hannover erlangte die katholische Kirche dieses Landes eine geänderte und den Verhältnissen in den übrigen Theilen der Monarchie im Wesentlichen conforme Stellung. Ein vom Ober-Präsidenten der Provinz Hannover auf Veranlassung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten an die Bischöfe von Hildesheim und Osnabrück ergangener Erlass vom 19. December 1868 spricht aus „... dass durch die Einführung der Preussischen Verfassung in dem vormaligen Königreiche Hannover im Allgemeinen die vom Standpunkte und in Kraft des sog. landesherrlichen jus circa sacra bisher in Anspruch genommenen staatlichen Zuständigkeiten insofern als aufgehört zu erachten seien, wie sie, ohne gerade durch eine ausdrückliche Verfassungs-Bestimmung beseitigt zu sein, mit der durch den Artikel 15 der Verfassungs-Urkunde den Kirchen gewährten Selbständigkeit in der Leitung ihrer Angelegenheiten nicht vereinbar erscheinen“. Bezüglich der kirchlichen Vermögensverwaltung wird ferner ausgesprochen, dass solche von den Königl. Consistorien auf die bischöflichen Behörden übergehe. (S. Rönne, Staatsrecht I. c. I 2. Abth. p. 650.)

Nr. 4785. (50.)

PREUSSEN. Aus der Verfassungs-Urkunde für den Preussischen Staat vom 5. Dec. 1848. — Stellung der katholischen Kirche. —

Rauch, *Parlamentarisches Taschenbuch*. Erlangen 1849 2. Lief. p. 69 ff.

II. Titel. *Von den Rechten der Preussen.* Art. 11. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (Art. 28 und 29) und der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an irgend einer Religionsgesellschaft, den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. || Art. 12. Die evangelische und römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuss der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. || Art. 13. Der Verkehr der Religionsgesellschaft mit ihren Obern ist ungehindert. Die Bekanntmachung ihrer Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen. || Art. 14. Ueber das Kirchenpatronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufzuheben, wird ein besonderes Gesetz ergehen. || Art. 15. Das dem Staate zustehende Vorschlags-, Wahl oder Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist aufgehoben. Art. 16. Die bürgerliche Giltigkeit der Ehe wird durch deren Abschliessung vor den dazu bestimmten Civilstandsbeamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilactes stattfinden. || Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. || Art. 18. Der preussischen Jugend wird durch genügende öffentliche Anstalten das Recht auf allgemeine Volksbildung gewährleistet. || Aeltern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern oder Pflegbefohlenen den zur allgemeinen Volksbildung erforderlichen Unterricht ertheilen zu lassen, und müssen sich in dieser Beziehung den Bestimmungen unterwerfen, welche das Unterrichtsgesetz aufstellen wird. || Art. 19. Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat. Art. 20. Die öffentlichen Volksschulen, sowie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichtsanstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden. || Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. | Art. 21. Die Leitung der äusseren Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer, welche ihre sittliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden gegenüber zuvor nachgewiesen haben müssen, stehen der Gemeinde zu. Den religiösen Unterricht in der Volksschule besorgen und überwachen die betreffenden Religionsgesellschaften. Art. 22. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden

Nr. 4786 (50). von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. || In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt. | Art. 23. Ein besonderes Gesetz regelt das gesammte Unterrichtswesen. Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt. || Art. 28. Alle Preussen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. | Art. 29. Die Bedingungen, unter welchen Corporationsrechte ertheilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz.

Nr. 4786. (51.)

PREUSSEN. Aus der Verfassungs-Urkunde für den Preussischen Staat vom 31. Jan. 1850. — Stellung der katholischen Kirche. —

Zachariae, Verfassungsgesetze p. 76 ff.

Nr. 4786 (51). **Preussen.** 31. Jan. 1850. II. Titel. *Von den Rechten der Preussen.* Art. 12. [Gleichlautend mit Art. 11 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dec. 1848.] Art. 13. Die Religionsgesellschaften, sowie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Corporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen. Art. 14. Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt. | Art. 15, 16, 17. [Gleichlautend mit Art. 12, 13, 14 der Verfassungs-Urkunde vom Jahre 1848.] Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben. || Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung. Art. 19. Die Einführung der Civil-Ehe erfolgt nach Massgabe eines besonderen Gesetzes, was auch die Führung der Civilstandsregister regelt. | Art. 20. [Gleichlautend mit Art. 17 der Verfassungs-Urkunde vom Jahre 1848.] || Art. 21. Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden. Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflēgbefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist. Art. 22. [Gleichlautend mit Art. 19 der Verfassungs-Urkunde vom Jahre 1848.] Art. 23. Alle öffentlichen und Privat-, Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten stehen unter der Aufsicht vom Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten den Staatsdiener. Art. 24. Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. || Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesell-

schaften. | Die Leitung der äusseren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt, unter gesetzlich geordneter Bethheiligung der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an. | Art. 25 und 26. [Gleichlautend mit Art. 22 und 23 der Verfassungs-Urkunde vom Jahre 1848.] Art. 28. Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. | Art. 29. Alle Preussen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniss friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche auch in Bezug auf vorgängige obrigkeitliche Erlaubniss der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. | Art. 30. [Der erste Absatz gleichlautend mit Art. 28 der Verfassungs-Urkunde vom Jahre 1848.] Das Gesetz regelt, insbesondere zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, die Ausübung des in diesem und in dem vorstehenden Artikel (29) gewährleisteten Rechts. Politische Vereine können Beschränkungen und vorübergehenden Verbote im Wege der Gesetzgebung unterworfen werden. | Art. 31. [Gleichlautend mit Art. 29 der Verfassungs-Urkunde vom Jahre 1848.]

L. v. Rönne, Das Staats-Recht der Preussischen Monarchie. Leipzig 1870. L Bd. 2. Abth. p. 167 ff. 624 ff. Richter, Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen dem Staate und der katholischen Kirche in Preussen seit der Verf. Urk. vom 5. Dec. 1848 in Dove's Zeitschrift für Kirchenrecht I. Band (1861) p. 100 ff. Das verfassungsmässige Recht der Kirchen in Preussen. Von einem Preussischen Juristen. Mainz 1864, auch in Moys Archiv für kath. Kirchenrecht, XL Band Januar-Heft. Beiträge zum Preussischen Kirchenrechte. Paderborn 1854 — giebt eine Zusammenstellung der wichtigsten officiellen Erlasse.

Die preussische Verfassungsurkunde, sowohl die octroirte vom 5. Dec. 1848 wie die revidirte vom 31. Jan. 1850, veränderte die Stellung der Kirche zum Staate in der umfassendsten Weise. Einzelne der oben angeführten Bestimmungen traten ihrer Natur und Fassung nach sogleich in Wirksamkeit, während andere, die nur ein neues Princip aussprachen, erst noch der Durchführung im Wege der Gesetzgebung oder der Verwaltung bedurften. Man wählte den letzteren, und wollte im Einvernehmen und Hand in Hand mit der geistlichen Gewalt die Dinge in den neuen Zustand hintüberführen. Ein Circular-Erlass des Ministers der geistlichen Angelegenheiten an die Oberpräsidenten vom 6. Januar 1849 erklärt in der Beziehung: „Die in den Art. 11—16 der Verf.-Urk. enthaltenen Bestimmungen über das künftige Verhältniss der verschiedenen Religionsgesellschaften machen, soviel die katholische Kirche betrifft, eine umfassende Auseinandersetzung zwischen derselben und der Staatsbehörde über die künftige Ausübung derjenigen Berechtigungen und Attributionen erforderlich, welche bisher entweder der Staatsgewalt allein zuständig waren, oder seitens derselben in Verbindung mit den kirchlichen Oberen ausgeübt wurden So lange indess die gedachte Auseinandersetzung im Einvernehmen mit den Herrn Bischöfen und den inländischen Stellvertretern ausländischer Bischöfe nicht erfolgt ist, erscheint es im allseitigen Interesse des Staates sowohl, als der katholischen Kirche angemessen und nothwendig, dass vorläufige Vorkehrung getroffen werde, wie es in der Zwischenzeit zur Ab-

Mr. 4706 (51).
Preussen.
31. Jan. 1850.

wendung bedenklicher Geschäftsstockungen mit der Ausübung der vorhin bezeichneten Attributionen zu halten ist.“ In dieser Hinsicht wird bemerkt, dass „fortan das vom Staate und dessen Behörden bisher geübte Aufsichtsrecht aufzuheben und in die Hände der Bischöfe überzugehen“ habe; dass „bei einzelnen Fonds eine Ueberweisung derselben an die bischöflichen Behörden zur Selbstverwaltung eintreten“ müsse, während für Andere, schon wegen des Mangels dafür geeigneter bischöflicher Organe, „die bisherige Geschäftsverfassung einstweilen und bis zur erfolgten Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche ohne Aenderung bestehen bleibe“ (wurden später auch den geistlichen Behörden überwiesen. S. Rönne St. R. I 2. Abth. p. 647 ff.); die „noch bestandenen nicht erheblichen Beschränkungen des Verkehrs . . . mit auswärtigen kirchlichen Vorgesetzten, insbesondere mit dem päpstlichen Stuhle, fallen, sowie auch das bisherige Placet für kirchliche Verfügungen, in Gemässheit des Art. 13 der Verfassungs-Urkunde fortan hinweg“, ebenso „hören gleichfalls von jetzt an auf, alle diejenigen Massregeln und Verfügungen, welche bisher, der katholischen Kirche gegenüber aus dem Standpunkte und in Kraft des landesherrl. jus circa sacra eingeführt waren“ (Bestätigung der bischöflichen Pfarrcollationen, Genehmigung der Anstellung von Erzpriestern, Dechanten u. s. w.), hingegen könne bezüglich des landesherrlichen Patronates und des auf Vertrag oder speciellem Rechtstitel beruhenden Rechtes der Einwirkung auf die Besetzung geistlicher Stellen keine Veränderung eintreten, weil darüber eine gesetzliche Bestimmung (Art. 14) ergehen und eine Vereinbarung mit den kirchl. Oberen stattfinden müsse. — Diese Erklärung wiederholte dann der Minister in einem Circular-Erlasse an sämtliche katholische Bischöfe vom 1. März 1849 mit dem Ersuchen „die Anträge zu denen Dieselben sich in Folge der Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dec. 1848 veranlasst sehen werden“ an die Oberpräsidenten gelangen zu lassen (S. beide Erlasse in Beiträge l. c. Heft I p. 14 ff. und 22 ff.). Doch die Bischöfe liessen diesen Ministerialerlass unerwidert und erklärten in ihrer Denkschrift (S. N. 52), welche dem Minister Ende August gedruckt übergeben wurde, „die der katholischen Kirche freigegebenen Befugnisse in ihrem ganzen ungeschmälerten Umfange ohne Verzug in Besitz zu nehmen und sie sofort zur Ausübung zu bringen“; gleichzeitig legten sie „gegen jeden Versuch, die in der Verfassung gewährten Befugnisse durch angebliche Erläuterungen wieder einzugrenzen, feierliche Verwahrung ein“. Trotz dieser kategorischen Zurückweisung der gewünschten „Auseinandersetzungen“ richtete der Minister am 15. Dec. 1848 abermals einen Erlass an sämtliche Bischöfe in dem gesagt wird: „. . . Diesem nach unterlasse ich nicht, die Herren Erzbischöfe und Bischöfe wiederholt ergebenst zu ersuchen, nach erfolgter Publication der revidirten Verfassungsurkunde mit Berücksichtigung der vorstehenden Bemerkungen meiner früheren Einladung, so bald es geschehen kann, Folge zu geben; . . . Sollte es in einzelnen Fällen zur Abkürzung der Sache gereichen, auf frühere Verhandlungen oder auf einzelne in der „Denkschrift“ enthaltene Ausführungen Bezug zu nehmen, so finde ich auch hiergegen nichts zu erinnern“. (S. Beiträge l. c. I. Heft p. 33 ff.). Auch dieser Einladung wurde keine Folge gegeben. Somit blieb der Regierung zur Durchführung der Verfassung auf diesem Gebiete nur der Weg einseitigen Vorgehens übrig und die Neuordnung der staatskirchlichen Verhältnisse erfolgte dann auch, abgesehen von einigen Punkten, durch Rescripte des Ministers und Regulative der Regierungspräsidenten.

Nr. 4787. (52.)

PREUSSEN. Denkschrift der Bischöfe Preussens über die Verfassungsurkunde vom 5. Dec. 1848.

Ginzel, Archiv l. c. 2. Heft, p. 125—157.

[Auszug.]

Durch die von des Königs Majestät unter dem 5. Dec. v. J. dem Lande verliehene Staatsverfassung ist die katholische Kirche in Preussen bezüglich ihrer äusseren Verhältnisse zum Staate in eine neue, wesentlich veränderte Stellung eingetreten. Die dadurch herbeigeführte neue Gestaltung der Dinge berührt zu wichtige Interessen und greift unmittelbar oder mittelbar zu tief in das Leben der katholischen Kirche ein, als dass sie nicht die lebhafteste Theilnahme aller ihrer Bekenner in Preussen hätte erregen sollen. Insbesondere aber musste sie die ungetheilte Aufmerksamkeit der unterzeichneten katholischen Bischöfe in hohem Grade in Anspruch nehmen. Ihre zweifache Stellung, sowohl zum Staate, wie als Würdenträger der katholischen Kirche, machte es ihnen zur unabweislichen Pflicht, die neuen, die religiösen Angelegenheiten ordnenden Verfassungsartikel eben so gewissenhaft, wie unbefangen in's Auge zu fassen, deren Bestimmungen in ihrem Inhalte und ihrer praktischen Anwendung sich vollkommen klar zu stellen, und ihre Verfahrungsweise sofort danach zu bemessen. Eine desfallsige gründliche Prüfung führte alsbald zu dem Ergebnisse, dass den gerechten Forderungen der katholischen Kirche nicht in allen Richtungen beruhigende Rechnung getragen sei. Auf der einen Seite sind nämlich durch das neue Staatsgrundgesetz wesentliche Freiheiten und Rechte der katholischen Kirche, welche ihr seit langer Zeit in der drückendsten Weise verkümmert waren, wieder zur Anerkennung gebracht worden. Diese Anerkennung haben daher die katholischen Bischöfe mit dem katholischen Theile der Nation in der neuen Verfassung mit dankbarer Freude begrüsst und es zugleich für ihre heilige Pflicht erachtet, die der katholischen Kirche freigegebenen Befugnisse in ihrem ganzen ungeschmälerten Umfange ohne Verzug in Besitz zu nehmen und sie sofort zur Ausübung zu bringen. Auf der andern Seite aber sahen sie ihre gerechten Hoffnungen keineswegs erfüllt, indem die neue Verfassung in einigen ihrer Bestimmungen die unveräusserlichen Rechte der katholischen Kirche schwer beeinträchtigt. Hiezu kam überdies noch der Umstand, dass alsbald nach der Veröffentlichung des neuen Staatsgrundgesetzes in ganz unerwarteter Weise Deutungen kund wurden, welche dahin zielen, die in demselben auf das Klarste und Bestimmteste festgestellten kirchlichen Rechte und Freiheiten wieder zu schmälern und zu beschränken. — Alles dieses muss die katholischen Bischöfe mit Besorgniss erfüllen, da sie sich nicht verhehlen können, dass darin nur eine Quelle zahlloser Verwickelungen und beklagenswerther Kämpfe gegeben sei, deren end-

Nr. 4787 (52).
Preussen.
Juli 1849.

Nr. 4787 (62).
Preussen.
Juli 1849.

liche Ausgleichung sie nach dem langen, weder dem Staate noch der Kirche erpriesslichen Zwiespalte so lebhaft ersehnt haben, und deren bedauerlicher, aber nach Lage der Dinge unausbleiblicher Fortsetzung sie sich um so weniger entziehen könnten, als ihnen mit dem Bewusstsein ihrer schweren Amtspflicht, die Rechte ihrer Kirche wahren zu müssen, auch die Zuversicht auf jene Verheissung einwohnt, mit welcher der göttliche Stifter der Kirche bis an's Ende der Zeiten mit ihr zu sein versprochen hat. Die katholischen Bischöfe dürfen und können nicht zugeben, dass die ihrer Kirche kraft ihrer Stiftung von Gott angebornen und darum unveräusserlichen Rechte und Freiheiten in irgend einer Weise ihr vorenthalten oder geschmälert werden. Indem sie daher öffentlich erklären, dass sie die in der neuen Staatsverfassung wieder zur Anerkennung gebrachten Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche annehmen und sie in ihrem ganzen Umfange festhalten, legen sie zugleich gegen jede in das Staatsgrundgesetz aufgenommene, jene Rechte und Freiheiten gefährdende Bestimmung, sowie gegen jeden Versuch, die darin gewährten Befugnisse durch angebliche Erläuterungen wieder einzugrenzen, feierliche Verwahrung ein. Sie sind sich dabei bewusst, dass sie hierin für ihre Kirche nichts verlangen, als was ihr zur vollen Sicherung und Förderung ihres naturgemässen Lebens und Wirkens gebührt. In einem verfassungsmässig freien Staate kann und darf die katholische Kirche nicht verfassungsmässig unfrei sein; sie muss vielmehr das Vollmass ihrer Freiheit und Selbstständigkeit staatsgrundgesetzlich in Anspruch nehmen, und sie wird ihre hohe Sendung zur Wohlfahrt des Staates nur um so segensreicher erfüllen, je mehr ihr derselbe in der unbeschränkten Gewährung ihrer naturgemässen freien Wirksamkeit gerecht wird. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben daher die katholischen Bischöfe das neue Staatsgrundgesetz in seinen die Kirche berührenden Bestimmungen in's Auge gefasst, und fühlen sich gedrungen, als Ergebniss ihrer Prüfung folgende, vor allen übrigen in Betracht kommende Hauptpunkte aufzustellen. [Dank für den in der Verfassung anerkannten „unveränderten, seit vielen Jahrhunderten behaupteten Bestand der römisch-katholischen Kirche als moralischer Person und all ihrer damit zusammenhängenden Rechte und Befugnisse.“] . . . Das andere, nicht minder wichtige, der Kirche freigegebene Recht, ihre Angelegenheiten – die äusseren wie die inneren – ohne bevormundende Ueberwachung und ohne Hemmung durch fremde Einmischung, selbstständig und mit freier Selbstbestimmung nach den eigenen Zwecken der Eutsündigung und Heiligung der Welt schaffend, einrichtend und leitend, zu ordnen und zu verwalten, begrüsst die Bischöfe mit besonderer Freudigkeit und nahmen davon um so rascher Besitz, als ihr die übelberathene Politik der letzten Jahrhunderte vielfach solche, stets enger sich schliessende Schranken gezogen hatte, deren bedauerlicher Druck nicht selten für das kirchliche Wirken und Gedeihen eben so hemmend wie zerstörend geworden war. Mit der Beseitigung jener Schranken und dem Wegfall des so fruchtbar und ohne Grenzen dehnbar gewordenen Placets umfasst nun diese der Kirche wieder zurückgegebene Selbstständigkeit in der Richtung nach Innen die freie Anordnung aller gottesdienst-

lichen Handlungen und Andachtsübungen, der katholischen Feste, der Fast- und Abstinenztage, die Errichtung neuer kirchlicher Aemter, sowie die Beibehaltung und Aufnahme kirchlicher Congregationen, je nach dem kirchlichen Bedürfnisse und im Einklange mit den canonischen Satzungen, ferner die ungehinderte Bekanntmachung aller oberhirtlichen Erlasse, der päpstlichen sowohl, als der bischöflichen, und eben so die freie Besetzung aller kirchlichen Aemter — sohin die freie Wahl der Bischöfe und Weihbischöfe, die freie Besetzung der Dom- und Stiftsstellen und die freie Ernennung der bischöflichen Generalvicare, Offiziale, Räte, Dochanten und sonstiger bischöflichen Verwaltungsbeamten, sowie der Pfarrer und anderer Seelsorgsgeistlichen, zu welchen bisher die staatliche Genehmigung oder Bestätigung ist gefordert worden. ¶ Diese freie Aemterbesetzung nehmen aber die katholischen Bischöfe, der Staatsgewalt gegenüber, auch mit Wegfall des Präsentations- und des Ernennungsrechtes auf den Grund der nämlichen, der Kirche zugesprochenen Selbstständigkeit, und der in den Artikeln 14 und 15 der neuen Staatsverfassung enthaltenen Bestimmungen, sowohl ihrem Geiste, als ihrem klaren Wortlaute nach, in Anspruch, wie sich dieses durch eine nähere Darlegung des eigentlichen Sachverhaltes als vollkommen begründet darthut. ¶ Es sind nämlich bezüglich der bisheran von dem Staate bei der Besetzung kirchlicher Aemter, namentlich Pfarr- und anderer Seelsorgstellen, ausgeübten Bethheiligung zweierlei fiscalische Präsentations- und Ernennungsrechte wohl zu unterscheiden: das eine, welches der Staat in Folge der Säcularisation der Bisthümer, Stifter, Klöster und Abteien in Anspruch nahm, und das andere, welches auf einem jedesmaligen besonderen canonischen Titel durch Fundation beruht . . . [Durch die Säcularisation konnte, so wird gesagt, die Staatsgewalt kein Patronats- und Präsentationsrecht erlangen, weil dies Recht den aufgehobenen Anstalten (Klöstern, Abteien etc.) nur als solchen zustand, es war „ein kirchliches Patronatrecht, sohin immer nur ein persönliches, nicht ein reales, . . . und konnte daher nur von einer kirchlichen Person als solcher . . . ausgeübt werden“] . . . Die Behauptung und Ausübung dieses Patronatrechtes von Seiten des Staates trug daher von Anfang an keine innere Rechtfertigung in sich, sondern war zu der eben vorausgegangenen gewaltsamen Säcularisation eine neue Gewaltthat des Stärkern gegen den Schwächern, die in und mit dem Verlaufe der Zeit keinen Rechtstitel gewinnen und zu wahrer Rechtsbeständigkeit nicht gelangen konnte. Sie war und blieb niemals etwas Anderes, als eine factische Usurpation. Statt jener aufgehobenen kirchlichen Anstalten haben nun zwar die Fürsten die Kirche verschiedentlich, mehr oder minder angemessen, dotirt; allein diese Dotation ist keine solche, welche nach den canonischen Grundbedingungen und rechtlich ein Patronat begründen könnte. Ihr geht vorerst das Eine Grunderforderniss, dass die Dotation ein Ausfluss der Liberalität gegen die Kirche . . . sein muss, durchaus ab, da sie nur die Erfüllung einer mit jenen Gütern überkommenen und ihnen anhaftenden Rechtsverpflichtung war Es ist daher nur eine natürliche Pflicht der Kirche und ihrer Bischöfe, der ferneren Ausübung des fiscalischen Präsentationsrechtes als einer ungerechten Dienstbarkeit (servitus) entschieden

Nr. 4787 (52).
Preussen.
Juli 1849.

Nr. 4787 (52).
Preussen.
Juli 1849.

entgegentreten, und sie namentlich jetzt für immer abzuwehren, wo nach ihrer Ueberzeugung auch das rechtlich begründete Präsentations- und Ernennungsrecht des Staates durch die neue Verfassung vollständig und ausdrücklich aufgehoben ist. ¶ Zu dieser Ueberzeugung sehen sich aber die katholischen Bischöfe in Preussen sowohl durch den Wortlaut des Art. 15, in seiner natürlichen und wahren Bedeutung aufgefasst, als auch durch den Geist in welchem er, in innerstem Zusammenhange mit dem Art. 14 bei seinem Entstehen gedacht und aufgenommen worden ist, vollkommen berechtigt [Dies gehe namentlich auch aus dem Berichte des zur Berathung einer Verfassungsurkunde eingesetzten Centralausschusses hervor] ¶ Mit der der katholischen Kirche durch die neue Verfassung zugesprochenen selbstständigen Anordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten ist denn auch ferner derselben, mehr nach aussen gerichtet, die selbstständige Vermögensverwaltung der einzelnen Kirchen und kirchlichen Institute, mit Ausschliessung der bevormundenden Aufsicht und Einmischung des Staates, nicht erst „verheissen“, sondern wirklich schon gewährt — da unstrittig die neue Verfassung keineswegs nur als eine blosser „Verheissung“ künftiger Rechte, sondern als die thatsächliche Gewährung bereits wirklicher Befugnisse gelten muss — und, wie es dem natürlichen Rechte entspricht und Jahrhunderte hindurch hergebracht war, in die Hände der Bischöfe zu freier und nur durch die canonischen Vorschriften beschränkten und geregelten Führung und Leitung zurückgelegt. . . . ¶ Diesem nach verbleiben der katholischen Kirche alle ihre Rechte und Ansprüche, wie sie, um Einzelnes anzudeuten, durch das Concordat vom 15. Juli 1801 und die damit zusammenhängenden besonderen Bestimmungen, den Reichsdeputationshauptschluss von 1803, die Bulle „de salute animarum“ und andere Gesetze zur Dotation und Unterhaltung der erzbischöflichen und bischöflichen Stühle, der Dom- und Stiftscapitel, der Clerikalseminarien, theologischen Fakultäten und Convicte, der Emeriten- und Demeritenanstalten, der Pfarreien und anderer geistlichen Stellen, festgestellt sind — welche Rechte und Ansprüche die unterzeichneten Bischöfe alle in ihrer ganzen Ausdehnung und Ausführung für jetzt und künftig festzuhalten die strenge Pflicht haben — unverändert zugesichert. Eben so ist auch keine Aenderung an dem Bestande des für den Gottesdienst bestimmten Vermögens eingetreten. . . . ¶ In den Kreis der für katholische Unterrichtszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, deren selbstständige Anordnung und Verwaltung das Staatsgrundgesetz der katholischen Kirche zurückgegeben hat, gehören nicht allein die Clerikalseminarien, die für Theologie Studirende an den Universitäten errichteten Convicte, die an den königlichen Universitäten und Academien bestehenden theologischen Facultäten und die für den Unterricht noch beibehaltenen Klöster mit ihren Fonds, da alle diese Anstalten ganz besonders für die Kirche und ihre Zwecke gestiftet und bestimmt sind, sondern auch in weiterer Abgliederung die für die Bildung der katholischen Jugend errichteten und erhaltenen Gymnasien und andere Anstalten dieser Art, sowie namentlich auch die vorhandenen katholischen Volksschulen, als con-

fessionelle, für die katholische Jugenderziehung in den einzelnen Gemeinden und Pfarreien bestimmten Anstalten, mit den zur Ausbildung der Lehrer für diese Schulen bestimmten katholischen Schullehrerseminarien. Insbesondere sehen sich in Beziehung auf diese Volksschulen die katholischen Bischöfe durch ihren Beruf gegenüber den ihrer oberhirtlichen Obsorge anvertrauten Katholiken aufgefordert und durch ihre heilige Amtspflicht gedrungen, gegen die öfter genannten ministeriellen Erläuterungen eine doppelte Verwahrung einzulegen und dieselbe mit offener Entschiedenheit auszusprechen. . . . [Die katholischen Volksschulen waren nie und sind nicht Staatsanstalten. Der westphälische Friede und der Reichsdeputationshauptschluss haben „das Verhältniss der Kirche zur Schule in ihrer nächsten Betheiligung durch unmittelbare und oberste Leitung und Aufsicht nach ihren und des christlichen Volkes heiligsten Pflichten und Rechten, ohne dabei die Mitbetheiligung des Staates je nach seinen, mit jenen des Volkes vereinbarten und aus ihnen selbst hervorgegangenen Pflichten und Rechten auszuschliessen, . . . durch feierliche Völkerverträge bis auf den heutigen Tag ungeschwächt und ungeändert rechtlich gesichert, und es ist an diesen Verträgen und Grundgesetzen durch das später bloß als subsidiarisches Sonderrecht eingeführte Preussische Landrecht nichts geändert worden, wie durch dasselbe daran auch nichts geändert werden konnte.“]. . . . | Diese durch Jahrhunderte übererbten und mit der heiligsten Pflicht der Aeltern und der gesammten katholischen Kirche innig verwachsenen Rechte können und dürfen daher die katholischen Bischöfe sich selbst und den Betheiligten unmöglich jetzt entziehen und schmälern lassen, wo der Kirchengesellschaft freiere Selbstständigkeit in Verwaltung ihrer Angelegenheiten eben gewährleistet worden ist. Diese Pflicht aber besteht in der religiösen Erziehung, welche die Eltern ihren Kindern zu geben schuldig und die sie in der Grundlage von der Kirche zu fordern berechtigt sind, deren gewissenhafte Erfüllung hinwiederum auch die Kirche von den Aeltern fordern muss, und wozu sie sich selbst durch göttliche Sendung angewiesen erkennt. Durch blossen Unterricht in den Religionslehren wird aber diese Erziehung nicht erzielt; sie ist durch dieses einseitige Mittel allein unerreichbar. Der gesammte Unterricht muss sie, in Verbindung mit allen Erziehungsmitteln, als sein Ziel verfolgen. Zwar sind nicht alle Lehrgegenstände an sich erziehlicher Art, allein die Weise, in welcher sie behandelt werden, wenn sie sich auch nur auf Vermeidung des für zartsittliche und fromme Herzen Anstössigen beschränkt, ist es immer, und die meisten können und müssen so behandelt werden, dass die Herzen der Jugend für das Edle, Gute und Heilige aufgeschlossen und empfänglich erhalten werden. Nicht eine blosse Entwicklung des Denkvermögens zum Erwerbe einer gewissen Anstelligkeit und Fertigkeit im bürgerlichen Leben und zur Erleichterung in Gewinnung des künftigen Lebensunterhaltes ist die Aufgabe der Schule, sondern eine naturgemässe Entwicklung des ganzen geistigen Wesens in dem Kinde, namentlich seiner höheren Anlagen, aller seiner Geistes- und Seelenkräfte, durch die es ein Glied der übersinnlichen Welt und das Ebenbild Gottes ist, sowie die Reinigung seines Herzens von der natürlichen Verkehrtheit und die Heiligung

Nr. 4787 (52).
Preussen.
Juli 1849.

Nr. 4787. (52)
Preussen.
Juli 1849.

seines Gemüthes, dass es gegen die Gefahren in der Welt kräftig ankämpfen und sich ein seliges Dasein über die Grenzen des Vergänglichen hinaus sichern kann. Diese Aufgabe kann und darf nicht bei unsern Schulen aufgegeben werden — und sie werden die katholischen Bischöfe auch niemals aufgeben. . . . Die katholischen Bischöfe legen daher, gestützt auf ihr Recht und ihre Pflicht, gegen die in dem neuen Staatsgrundgesetze ausgesprochene Beschränkung der Kirche auf den blossen Religionsunterricht offene und laute Verwahrung ein. . . . Wenn nun ferner noch, was jedoch kaum zu glauben sein dürfte, . . . jene Bestimmungen in der Verfassungsurkunde, welche die Freiheit, Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, durch die Nachweise der Befähigung vor den Staatsbehörden bedingen, und nicht allein die öffentlichen Volksschulen, sondern auch alle übrigen Erziehungs- und Unterrichtsanstalten unter die Aufsicht eigener vom Staate ernannter Behörden stellen, vielleicht dahin geltend gemacht werden wollten, dass auch jene oben bezeichneten kirchlichen Anstalten denselben Beschränkungen unterworfen werden sollten; so würden die katholischen Bischöfe sich gedrungen sehen, um einer solchen bis dahin noch unerhörten Unfreiheit zu begegnen, schon jetzt hiemit auf das Bündigste und Kräftigste dagegen Verwahrung einzulegen. Vermöge der gewährten Kirchenfreiheit nehmen dieselben nicht allein die durchaus unbeschränkte Befugniss zur Einrichtung, Führung und Verwaltung der genannten Anstalten, sowie zur Anstellung und Entfernung der Lehrer in denselben, sondern insbesondere auch die freie Auswahl dieser Lehrer, ohne Beschränkung durch irgend welche Bedingungen oder Prüfungen von Seite der Staatsbehörden und die ausschliessliche Aufsicht und Leitung über dieselben und ihren Unterricht, sowie zugleich die unbedingt freie Befugniss der Errichtung neuer Anstalten jener Art, wo und wie sie solche als nothwendig und erspriesslich erachten, auf das Entschiedenste in Anspruch. Sie behaupten nicht minder auch die Unzulässigkeit einer solchen Prüfung für die Lehrer der bestehenden katholischen Pfarrschulen, sowie aller Schulen welche kirchlicher Seits errichtet werden möchten, weil sie dem Rechte der Lehrfreiheit und der Selbstständigkeit der katholischen Kirchengemeinde in ihren Angelegenheiten widerstreitet, und als Präventivmassregel mit dem Geiste der Verfassung unvereinbar ist. Zu den für die katholischen Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds sind zunächst die männlichen und weiblichen Klosterinstitute zu rechnen, welche die Pflege der Kranken als specielle, durch Gelübde geheiligte Standespflcht übernommen haben, und dadurch, wie gleichzeitig durch ihr inneres Wesen, durch ihre Einrichtung und Verfassung, recht eigentlich kirchliche Anstalten im engeren Sinne, und der Kirchengewalt unmittelbar unterworfen sind. Die Bischöfe nehmen daher die unbeschränkte obere Leitung dieser Anstalten, in ihren äusseren wie inneren Angelegenheiten, allseitig und vollständig nach den canonischen Bestimmungen, insbesondere mit Ausschliessung des ihnen aufgedrungenen und ihnen fremdartigen Einflusses rein weltlicher Aufsicht in Anspruch. — Als solche Anstalten aber, welche der katholischen Gesamtgemeinschaft angehören und deren eigenen Verwaltung zufallen,

müssen alle bestehenden, vermöge ihrer ursprünglichen Stiftung für Katholiken bestimmten Waisenhäuser, Spitäler und Armenstiftungen angesehen werden, wie sie in einzelnen Kirchen oder Kirchengemeinden, oder sonst noch vorhanden sind, und deren Verwaltung durch die Staatsbehörden mehr oder weniger unfrei und unselbstständig gemacht worden ist. || Zuletzt können die katholischen Bischöfe nicht unerörtert lassen, wie in dem neuen Staatsgrundgesetze der eben zuvor noch (Art. 11) gewährleisteten Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der öffentlichen Religionsübung einerseits und der selbstständigen kirchlichen Thätigkeit andererseits (Art. 12) sofort auch schon in dem nämlichen Staatsgrundgesetze selbst wieder mit nicht zu rechtfertigender Inconsequenz und unter willkührlichen Voraussetzungen eine tiefe Verletzung durch den Zwang beigebracht ist, die kirchliche Trauung erst nach dem Civilacte vornehmen zu dürfen (Art. 16). Das Verbot lautet zwar noch insofern unbestimmt, als nicht angegeben ist, gegen wen es gerichtet ist und wen, im Falle die Uebertretung desselben mit einer Strafe belegt werden sollte, diese Strafe treffen soll, ob zunächst den Diener der Kirche, oder aber nur die Brautleute selbst. || Allein mag dasselbe in dem einen oder in dem andern Sinn aufgefasst werden, so enthält es immer eine die religiöse Freiheit verletzende und die Gewissen beunruhigende Massregel, die sich durch ihre inneren Beziehungen nicht als eine gerechte darstellt, und die dem Standpunkte einer in ihrer inneren Grundlage gerechten, milden und freisinnigen Gesetzgebung nicht entspricht. || Es ist nicht die Absicht, das Interesse der Staatsgewalt bei den Ehen überhaupt, so wie hinsichtlich ihrer äusseren Rechtsgiltigkeit innerhalb der Sphäre des weltlichen Rechtes insbesondere, in Abrede zu stellen; allein dieses Interesse der Staatsgewalt rechtfertigt nur eine an sich angemessene und gerechte Massregel auf ihrem Gebiete, nicht aber den Uebergriff auf ein fremdes Gebiet, nicht die Verletzung anderer unveräusserlicher Rechte und am allerwenigsten das Verbot gegen Dritte, die hierin ausser ihrer Macht-sphäre stehen.

Cöln, Trier, Paderborn, Münster, Olmütz, Frauenberg, Breslau,
Im Monat Juli 1849.

Johannes, Erzbischof von Cöln. *Wilhelm*, Bischof von Trier. *Franz*, Bischof von Paderborn. *Johann Georg*, Bischof von Münster. *Maximilian Joseph*, Bischof von Olmütz. *Joseph Ambrosius*, Bischof von Ermland. *Melchior*, Fürstbischof von Breslau.

Vergl. damit die weiter unten folgende Adresse der österreichischen Bischöfe an die kaiserliche Regierung. — In einer besonderen Erklärung trat der Bischof von Culm der Denkschrift bei, und der Bischof von Ermland begleitete sie noch mit nachträglichen Bemerkungen, welche sich auf die bisherige Stellung der Kirche in seiner Diöcese bezogen. (S. beide Aktenstücke Ginzl l. c. p. 157 f. 159 ff.). — Die Bischöfe der Kirchenprovinz Cöln richteten bezüglich der Eidesleistung auf die Verfassung an die Geistlichkeit ihrer Diöcesen einen Erlass (18. April 1850), in dem gesagt wird: „ . . . Wenn daher die

Nr. 4787 (52).
Preussen.
Juli 1849.

angedeuteten Umstände einerseits nicht der Art sind, dass Wir die Aufnahme eines Vorbehaltes in die Eidesformel selbst verlangen müssen, so veranlassen sie Uns doch andererseits, zu verordnen, dass kein Geistlicher ohne vorausgegangene und angenommene Kundmachung der bezeichneten kirchlichen Verwahrung hinfort den Eid ablege. Diese soll daher der betreffenden Staatsbehörde schriftlich in folgender Weise zugefertigt werden: Euer . . . zeige ich ergebenst an, dass ich bereit bin, den von mir verlangten Eid auf die Verfassung zu leisten, halte mich aber für verpflichtet, mich zuvor, was hiermit geschieht, über die Willensmeinung auszusprechen, in welcher ich diese heilige Handlung vornehme. Diese Willensmeinung besteht darin, dass der neue Eid die Rechte der Kirche und meine Verpflichtungen gegen dieselbe nicht beeinträchtigen, folglich auch meine Stellung in nichts ändern kann.“ (Ginzel l. c. 2. Heft p. 169 ff.)

Nr. 4788. (53.)

BAIERN¹⁾. Denkschrift des bayerischen Episcopates über die Stellung der katholischen Kirche.

Ginzel, Archiv 2. Heft p. 173—225.

Nr. 4788 (53).
Bayern.
20. Oct. 1850.

Ueber Aufforderung des päpstlichen Stuhles versammelten sich die Bischöfe Baierns in Freisingen (1—20. Oct.) und formulirten ihre Bedenken und Wünsche in Beziehung auf das geltende Recht in der an den König gerichteten umfangreichen Denkschrift vom 20. October 1850. Sie sprechen darin aus „Wäre damals“ nach dem Erscheinen des Religionsedictes „König Maximilian I. durch die denkwürdige Erklärung vom 15. Sept. 1821 nicht wiederum begütigend in die Mitte getreten, der Bruch mit der Kirche würde ein offener geworden sein. Aber der Same der Zwietracht war einmal gesäet, und so gern es die allerunterthänigst Unterzeichneten anerkennen, dass die Staatsregierung im Gefühle der im Religionsedict enthaltenen Widersprüche gegen das Concordat ersterem oft eine mildere Anwendung gab, und dass auch die wohlwollendsten Träger der Staatsgewalt einmal vorhandene Zustände nicht gewaltsam ändern können, so haben doch die durch ein volles Menschenalter hindurch geführten Streitigkeiten die Kirche so fühlbar in ihrem Innern angegriffen und in das Verhältniss zwischen ihr und dem Staate so manche Missstimmung gebracht, dass die Forderung vollkommen billig erscheint, es möge durch verfassungsmässige Beseitigung des Religionsedictes der Kirche ihr volles Recht gegeben und so die Ursache aller Missverständnisse entfernt werden. Der Episcopat Baierns muss daher vor Allem Euer Königl. Majestät die gehorsamste Erklärung zu Füssen legen, dass der Papst, die Bischöfe und die gesammte katholische Kirche Baierns die zweite Verfassungsbeilage, in so ferne sie in directem Widerspruche mit dem Concordate ist, niemals anerkannt haben oder anerkennen werden . . . Auch verwahrt sich der Episcopat gegen jede einseitige und nicht in Uebereinkunft mit dem Kirchenoberhaupte angenommene Interpretation des Concordates.“ Es werden hierauf „die vorzüglichsten jener zwischen Concordat und Religionsedict bestehenden Wider-

¹⁾ Vergl. Nr. 11—17.

sprüche“ im Einzelnen bezeichnet — so Tit. IV §. 9 der Verf. Urk., ferner die §§. 6, 51—54, 57—61, 64 g., 76—79 des Religionsedictes — und weitläufig ausgeführt „wie die gebührende Freiheit der Kirche 1. in ihrer Regierung und Verwaltung, 2. in ihrem Cultus und religiösem Leben, 3. in der Erziehung des Clerus, 4. in ihrem Einfluss auf Erziehung und Unterricht im Allgemeinen, 5. in der Verwaltung ihres zeitlichen Gutes herzustellen sey, und wie 6. die Kirche durch die bürgerliche Gleichstellung der Confessionen in ihrer inneren kirchlichen Thätigkeit nicht behindert werden darf.“ Die Beseitigung dieser Widersprüche wird gefordert und um Erfüllung der bisher unausgeführt gebliebenen Punkte des Concordates gebeten. — Die Regierung beantwortete die Denkschrift durch die nachfolgende königl. Entschliessung, welche im Verordnungswege nicht unwesentliche Abänderungen des Religionsedictes verfügte. (S. das Breve Papst Pius IX., worin die Bischöfe wegen der Denkschrift belobt werden, und die in der zweiten Kammer bezüglich derselben gestellten Interpellationen, wie auch die Antwort des Ministeriums, bei Ginzel l. c. 2. Heft p. 227 ff.).

Nr. 4788 (53).
Baiern.
20. Oct. 1850.

Nr. 4789. (54.)

BAIERN. Königliche Entschliessung (Verordnung) den Vollzug des Concordates betreffend. — Abänderung des Religionsedictes. —

Döllinger's Verordnungssammlung. Forts. XXIII p. 90 ff.

Se. Majestät der König hat auf die von den Herren Erzbischöfen und Bischöfen des Königreichs unter dem 2. November 1850 an Allerhöchstdieselben unmittelbar gerichtete Denkschrift, den Vollzug des mit dem päpstl. Stuhl am 5. Juni 1817 abgeschlossenen Concordats und die Anwendung der Beilage II. zur Verfassungsurkunde auf die Verhältnisse der katholischen Kirche betreffend, unter dem 30. v. M. allergnädigst zu beschliessen geruht was folgt:

Nr. 4789 (54).
Baiern.
30. März 1852.

1) Bei Auslegung und Anwendung mehrdeutiger und zweifelhafter Stellen der zweiten Verfassungsbeilage ist jene Interpretation anzunehmen, welche mit den Bestimmungen des Concordates übereinstimmend ist, oder sich denselben annähert.

2) Das oberhoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht des Königs besteht fort. Das in §. 50 des Religionsedicts vorbehaltene Schutz- oder Oberaufsichtsrecht soll jedoch niemals so ausgeübt werden, dass die Bischöfe in der ihnen vermöge ihres Amtes zustehenden Verwaltung rein kirchlicher Angelegenheiten behindert werden, insofern hierbei nicht bestehende verfassungsmässige Bestimmungen zu beobachten kommen. Ebenso soll die im §. 57 reservirte hoheitliche Oberaufsicht nicht so gehandhabt werden, dass die freie Berathung kirchlicher Gerichts- oder Synodalversammlungen gestört werde.

3) Für die von dem Oberhaupte der Kirche oder von den Bischöfen ausgehenden Jubiläums- und Ablassverkündigungen, dann für die Fastenpatente

Nr. 4780. (54.)
Baiern.
30. März 1852.

wird hiermit das Placet bis auf Weiteres im Voraus ertheilt. Bei allen anderen Erlassen und Ausschreibungen der geistlichen Behörden, auf welche nicht die Bestimmung des §. 59 des Religionsedicts Anwendung findet, sondern bei welchen gemäss Titel IV. §. 9 der Verfassungsurkunde und §. 58 der Beilage II die vorherige Einholung der königl. Genehmigung bisher erforderlich gewesen, ist die Einholung dieser Genehmigung auch fernerhin nothwendig, und ist das Sr. Maj. als katholischem König zustehende Oberaufsichts- und Schutzrecht in seinem ganzen Umfange unangetastet aufrecht zu erhalten.

4) Nur die Einführung der geistlichen Gerichte, nicht die Ernennung der Personen, welche von den Bischöfen als Gerichtsmitglieder, Vicare oder Gehülfen berufen werden, bedürfen fortan der königl. Bestätigung. Ebenso soll nur die Bildung der Dekanatsbezirke, nicht die Wahl der Landdekane, inso lang diese bloß eine kirchliche Bedeutsamkeit besitzen, der königl. Bestätigung vorbehalten, dagegen die Capitularen in ihrem hergebrachten Wahlrecht geschützt sein. Die Bischöfe haben jedoch den weltlichen Behörden von der Anstellung solcher Personen Nachricht zu ertheilen.

5) Erkenntnisse der geistlichen Gerichte bedürfen der königl. Bestätigung nicht. Der §. 71 des Religionsedicts ist dahin zu interpretiren, dass derlei Erkenntnisse nur dann einen Einfluss auf die staatsbürgerlichen Beziehungen und bürgerlichen Rechtsverhältnisse äussern, wenn die Einwilligung der Staatsgewalt erholt ist. Uebrigens ist in Fällen, wo ein Priester suspendirt oder entlassen wird, der Kreisregierung und dem Tischtitelgeber Mittheilung zu machen.

6) Jedem Kirchenmitgliede steht gemäss §. 52 des Religionsedicts die Befugnis zu, wegen Handlungen der geistlichen Gewalt gegen die festgesetzte Ordnung jederzeit den landesfürstlichen Schutz anzurufen. Als Handlungen gegen die festgesetzte Ordnung sind aber vornehmlich zu betrachten: a) Wenn die Kirchenbehörde, ihren geistlichen Wirkungskreis überschreitend, über bürgerliche Verhältnisse urtheilt und in die Rechtssphäre des Staats eingreift; b) wenn dieselbe ein positives Staatsgesetz verletzt; c) wenn selbe behufs des Vollzugs ihrer Erkenntnisse sich äusserer Zwangsmittel bedient; d) wenn sie die Bescheidung in geistlichen Sachen anhängiger Beschwerden verzögert, den Instanzenzug behindert oder abändernde Erkenntnisse höherer Instanzen nicht in Vollzug bringt.

7) Findet kein Recurs wegen Missbrauch der geistlichen Gewalt statt, so bleibt der geistlichen Behörde, insofern sie die Gränzen ihrer Wirksamkeit nicht überschritten hat, der Schutz des weltlichen Armes hinsichtlich der Vollstreckung ihrer Disciplinarerkenntnisse gesichert.

8) Bedingungen zu Kirchen- und namentlich Pfarrpfründen sollen bloß sein: das Indigenat, bürgerlich und politisch tadelloser Wandel, die von dem Bischofe zu erprobende theologische und seelsorgerliche Befähigung, sodann Kenntnisse im bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsrechte, im Schul-, Stiftungs- und Armenwesen. Wegen der dessfallsigen aus Staats- und Kirchendienern zusammensetzenden gemeinschaftlichen Prüfungsbehörde ist Benehmen mit den Bischöfen vorbehalten. Ebenso bleibt die Ertheilung des landesherrlichen Tisch-

titels und die Festsetzung der Bedingungen zur Erlangung desselben der allerhöchsten Beschlussfassung vorbehalten.

Nr. 4769 (54).
 Anlage.
 30. März 1868.

9) Die Verleihung kirchlicher Pfründen Seitens der Bischöfe setzt die königl. Genehmigung voraus. Geistlichen, welche von Sr. Majestät dem König als Allerhöchstdenselben nicht genehm bezeichnet werden, kann eine kirchliche Pfründe nicht verliehen werden. Die Vergewisserung über die Genehmhaltung der Person erscheint demnach als eine Vorbedingung der bischöflichen Uebertragung des Kirchenamts, deren Vollberechtigung, wenn diese Bedingung gegeben, in keiner Weise zu beanstanden ist. Bei dem Acte der Einweisung soll jedoch ausgesprochen werden, dass von dem König die Verleihung der Temporalien herrührt.

10) Die Resignationen kirchlicher Pfründen sollen in die Hände der Bischöfe geschehen. In unbedingter Weise können sie von denselben indessen nur dann angenommen werden, wenn durch Resignation derselben das Staatsärar nicht belastet wird. Bezüglich der Feststellung der Vicariatsgehälte soll von den bischöflichen Stellen immer gutachtliche Aeusserung eingeholt werden.

11) Auch bei Verleihung königlicher Patronatspfarreien sollen die Bischöfe vorher mit ihrem Gutachten vernommen werden, ohne dass jedoch hierdurch Sr. Majestät der König in dem freien Besetzungsrecht beschränkt sein sollen.

12) Das in den §§. 76 und 77 der zweiten Verfassungsbeilage für die unter §. 76 lit. a. und b. fallenden Anordnungen vorbehaltene Mitwirkungsrecht der weltlichen Obrigkeit soll nur in einer das kirchliche Leben nicht beengenden Weise gehandhabt werden. Bezüglich der Anordnung ausserordentlicher kirchlicher Feierlichkeiten und Andachten, dann bezüglich der Handhabung des §. 79 des Religionsedicts ist bereits unterm 29. Juni v. J. allerhöchste Entschliessung erfolgt. Auch die Wahl der Geistlichen zu Missionen etc. soll den Bischöfen anheimgestellt bleiben; nur wenn diese Wahl auf Ausländer fällt, ist jedesmal wenigstens drei Wochen vorher Bericht zu erstatten und behalten sich Se. Maj. der König die Entscheidung vor.

13) Die Verordnungen wegen Feier der Sonn- und Festtage, Beschränkungen der Tanzmusiken, über das Arbeiten an abgewürdigten Feiertagen sollen auf das genaueste vollzogen werden.

14) Bei Wahl der Klosterobern wird von der Absendung von Commissarien Umgang genommen. Die Ablegung feierlicher lebenslänglicher Gelübde in den Nonnenklöstern soll an das vollendete 35ste Lebensjahr, jene der einfachen zeitlichen an das vollendete 21ste, wie durch königl. Entschliessung vom 9. Juli 1831 bestimmt worden ist, gebunden sein, und die Abordnung von Commissarien nur für den Fall, dass die Betheiligten selbst oder deren Aeltern, Vormünder oder Verwandte selbe verlangen oder dass eine dessfallsige Beschwerde zur Kenntniss der Staatsregierung kommt, bei Ablegung der lebenslänglichen Gelübde vorbehalten werden.

15) Die Aufnahme in den geistlichen Stand, resp. in das Clerikalseminar, bleibt dem freien Ermessen der Bischöfe überlassen. || Da jedoch der König als

Nr. 4789. (54.) Schutzherr der Kirche den Tischtitel den zu Weihenden aus Gnade verleiht, so
 Baiern.
 30. März 1852. ist um diese Gnade vor der Ordination geziemend zu bitten.

16) Von förmlicher Bestätigung der Vorstände und Lehrer an den bischöflichen Clerikal- und an den bisher bestehenden Knabenseminarien wird Umgang genommen, und soll die blosser Anzeige genügen, wenn nicht in der einschlägigen Stiftungs- und Dotationsurkunde ein besonderes landesherrliches Recht vorbehalten ist.

17) Hinsichtlich der Erweiterung der bischöflichen Seminarien im Sinne des Art. 5 des Concordats wird auf nachträglich zu erstattende billige Anträge eingegangen werden.

18) Bei Besetzung der Lehrstellen an den Lyceen wird auf die Wünsche der Bischöfe Rücksicht genommen.

19) Bei Anstellung der Professoren der Theologie an Universitäten soll neben dem Gutachten der theologischen Facultät und des Universitätsenates auch ein Gutachten des Diöcesanbischöfs über den dogmatischen Standpunkt und den sittlichen Wandel der Bittsteller erholt werden. || Ebenso hat der Aufstellung der Religionslehrer an den anderen öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten die gutachtliche Einvernahme der einschlägigen bischöflichen Stelle voranzugehen. || Auch über Genehmigung der Aufstellung von Religionslehrern in Privatinstituten soll die bischöfliche Stelle vernommen werden.

20) Die Religionswahrheiten sollen stets rein und lauter und in einer Weise vorgetragen werden, dass sie in das Leben der Jugend eindringen und dass die Achtung vor denselben, sowie das Gefühl für Sitte und Recht nicht untergraben werden. || In dieser Beziehung sollen demnach die weltlichen Behörden ein wachsameres Auge haben und den darauf bezüglichen Bemerkungen der geistlichen Behörden geeignete Würdigung zuwenden.

21) Den Bischöfen ist durch §. 39 der II. Verfassungsbeilage das Aufsichtsrecht auf die Religions- und Sittenlehre und das religiöse Leben an den Unterrichts- und Erziehungsanstalten gewährleistet. Einrichtungen bezüglich des sittlichen und religiösen Lebens, welche auf die Hausordnung an Studienanstalten und Schullehrerseminarien störenden Einfluss haben könnten, sind jedoch erst nach gepflogenen Benehmen der Bischöfe mit den weltlichen Behörden und nur in deren gegenseitigem Einverständnis zu treffen. || Bei Fragen über die Bildung der Schullehrer sollen die Wünsche der Bischöfe und hinsichtlich der Anordnung des Religionsunterrichtes an den Gymnasien und Latein-, sowie Landwirthschafts- und Gewerbeschulen die Vorschläge der Bischöfe von den weltlichen Behörden nach Thunlichkeit berücksichtigt werden.

22) Dem Pfarrclerus bleibt nach Massgabe des organischen Edicts vom 14. September 1808 (Regierungsblatt S. 2493 ff.) und der Normativentschliessung vom 24. Juli 1833 die nächste Beaufsichtigung und Leitung des Unterrichts- und Erziehungswesens an den deutschen Schulen überlassen. || Bei Bestellung der Districtschulinspectoren und der Inspectoren an den Schullehrerseminarien sollen die Bischöfe gutachtlich vernommen werden, und versieht sich die Staatsregierung

zu dem Clerus, dass er die seiner Aufsicht anvertraute wichtigste Schule der Volksbildung — die Elementarschule — mit Sorgfalt und Liebe pflege.

Nr. 4789 (54).
Baiern.
30. März 1852.

23) Vor Erlassung wichtiger Verfügungen über das Schulwesen, soweit es sich um Unterricht in Religion und Sitte und um Förderung religiös-sittlicher Gesinnungs- und Handlungsweise handelt, sollen die Bischöfe gleichfalls gehört werden. Die Lehrbücher über Religionsunterricht bleiben ihrer Approbation unterworfen.

24) Das Eigenthumsrecht der katholischen Kirche an dem Gesamtcultusvermögen ist und war niemals in Zweifel gezogen. Bezüglich der Kirchenverwaltung bleibt es vorbehalten, das noch räthlich Scheinende anzuordnen.

25) Bei dem königlichen Oberaufsichtsrechte auf die Verwaltung des Kirchenvermögens (§. 75 der Beil. 2 der Verfassungsurkunde) hat es sein Verbleiben.

26) Die Kreisconcurrentzkasse für die Rententüberschüsse vermöglicher Cultusstiftungen soll nach den Diöcesen ausgeschieden und von den Kreisregierungen hierüber gesonderte Rechnung geführt werden. Das Mass der Concurrentleistung ist im Benehmen mit den Bischöfen festzustellen und in Hinsicht auf Verwendung der Concurrentgelder den bischöflichen Anträgen möglichst zu entsprechen.

27) In Vornahme kirchlicher Bauten sollen die Kirchenbehörden nicht behindert sein: sie haben sich jedoch sachverständiger Techniker zu bedienen und die staatspolizeilichen Anordnungen einzuhalten. Nur kirchliche Bauten, bei welchen das Staatsräar in Concurrent tritt, oder bei denen wegen streitiger Baupflicht die Thätigkeit der weltlichen Behörden ausgesprochen wird, haben sich nach den seitherigen Normen zu richten. Ebenso bleiben die bisherigen Anordnungen über Vorlage der Bauplätze zur allerhöchsten Genehmigung Seiner Majestät des Königs in voller Kraft.

Indem der Königlichen Regierung, Kammer des Innern, die vorstehenden allerhöchsten Bestimmungen mit dem Anfügen eröffnet werden, dass Se. Majestät der König der genauesten Darnachachtung — insolange als Allerhöchstdieselben nicht anders verfügen werden — sich versehen, ist nunmehr das Weitergeeignete zu verfügen.

München, den 8. April 1852.

gez. Dr. Ringelmann.

Diesen Erlass beantworteten die Bischöfe durch ein Schreiben an den König in dem sie „den Ausdruck des innigsten Dankes für jene huldvolle Gesinnung und für die in der genannten Instruktion gewährte mehrfache Berücksichtigung der Anträge der Denkschrift des Episcopates vom 20. Oct. 1850 ehrerbietigst“ darbringen, aber gleichzeitig „sofern dieselben [Erlass—Instruktion] die Rechte der katholischen Kirche noch nicht genügend anerkennen, die Verwahrung dieser Rechte vor Eur. Königl. Majestät ehrfurchtsvoll aussprechen. . .“ (Vering, Archiv I. c. N. F. II p. 401). In einer ausführlichen Denkschrift an den König vom 15. Mai 1852 werden die getroffenen Massnahmen einer Kritik unterworfen und die in der ersten Denkschrift ausgesprochenen Forderungen und Bitten wiederholt. (Vering, Archiv I. c. N. F. II p. 403—421). Die Regierung unterwarf dann wieder ihrerseits in einem den

Nr. 4789. (54).
 30. März 1862.

Kreisregierungen mitgetheilten Schreiben an die Bischöfe vom 9. Oct. 1854, diese Eingabe einer Kritik und wies die gestellten Forderungen thatsächlich, wenn auch in milder Form, zurück. Nur bezüglich der Pfarrconcurssprüfungen gab sie den Wünschen der Bischöfe in der königl. Verordnung vom 28. Sept. 1854 nach. (S. diese wie auch das angeführte beachtenswerthe Schreiben der Regierung und andere auf die katholische Kirchenfrage in Baiern (1852—58) bezügliche Aktenstücke bei Vering, Archiv l. c. N. F. II p. 422 ff). — Abermals bot sich den Bischöfen eine Gelegenheit für die Wahrung der im Concordat anerkannten Rechte der Kirche einzutreten, als die Regierung dem Landtage ein Gesetz über das Volksschulwesen vorlegte (Oct. 1867), das auf dem Principe der Trennung der Schule von der Kirche beruhte. (S. diese Denkschriften und das Anerkennungsschreiben des Papstes Roskovány, Mon. VIII p. 360—424.)

Nr. 4790. (55.)

OBERRHEINISCHE KIRCHENPROVINZ¹⁾. Denkschrift des Episcopates der Oberrheinischen Kirchenprovinz an die betreffenden Regierungen.
 — Forderung der vollen Freiheit für die katholische Kirche. —

Ginzel, Archiv l. c. 2. Heft p. 250—274.

Nr. 4790 (55).
 Oberrhein.
 Kirchenprov.
 März 1851.

Brück, Die oberrheinische Kirchenprovinz etc. Mainz 1868 p. 293 ff. W. E. v. Ketteler, Das Recht und der Rechtsschutz der katholischen Kirche in Deutschland. Mainz 1854. (v. Linde), Deutsche Vierteljahrsschrift von Cotta. Jahrg. 1854. Lieber, In Sachen der Oberrheinischen Kirchenprovinz. Freiburg 1853. Friedberg, Grenzen l. c. p. 440 ff. Warnkönig, Ueber den Conflict des Episcopats in der oberrheinischen Kirchenprovinz mit den Landesregierungen. Erlangen 1853. Derselbe in Schletters Jahrbüchern d. deutsch. Rechtswissenschaft. I p. 238 ff. (Bericht über etwa 30 denselben Gegenstand betreffende Schriften.)

Der Episcopat der oberrh. Kirchenprovinz richtete, da die Regierungen trotz mehrfach in den Kammern gestellter Motionen keine Neigung zeigten eine Aenderung in der Stellung der katholischen Kirche eintreten zu lassen, im März 1851 eine zu Freiburg gemeinsam beschlossene Denkschrift an die betreffenden Regierungen. Darin wird ausgesprochen: die Bischöfe hätten bei Gründung der oberrheinischen Kirchenprovinz „die so überaus bedeutende Minderung ihrer wichtigsten Rechte mit einer Geduld ertragen, wozu die frühere Kirchengeschichte wohl kaum ein Beispiel aufweisen dürfte. Sie gingen dabei unstreitig von der Ueberzeugung aus, dass nicht Mangel an Gerechtigkeitsliebe auf Seite der höchsten Staatsoberhäupter es sei, wodurch der Kirche ihre gebührende Stellung vorenthalten werde, sondern dass vielmehr die Zeitverhältnisse selbst eine Einsetzung der Kirchenvorsteher in den vollen Besitz ihrer geistlichen Amtsgewalt sehr erschwerten, und sie hielten es darum für gerathen, vor der Hand lieber das Unvermeidliche zu erdulden, als durch Schritte, welche die Einen beleidigen, den Anderen als unzeitig und allzuge-

¹⁾ Vergl. Nr. 4762—71 (27—36).

wagt erscheinen konnten, die Lage der Kirche nur noch zu verschlimmern, und dadurch mittelbar das Heil vieler Seelen noch mehr zu gefährden. Unterdessen hat aber der unaufhaltsame Gang der Ereignisse den Bischöfen dringend eine andere Handlungsweise vorgeschrieben. Es hat sich nämlich, und in letzterer Zeit sehr schnell und unverkennbar herausgestellt, dass unter dem Einflusse der bisher bestehenden Verhältnisse die katholische Kirche in Deutschland einen nicht zu berechnenden Schaden genommen hat, so zwar, dass, seitdem die Kirche die ihr als einer göttlichen, ihre Befugnisse aus göttlicher Vollmacht herleitenden Anstalt zukommenden Rechte entbehrt, die unter den Eindrücken einer solchen Wahrnehmung heranwachsende Generation allmählich auch den Glauben an die Kirche als göttlicher Anstalt verliert und zum Theile schon verloren hat. Es sind Erscheinungen zu Tage getreten, die nur zu sehr geeignet sind, auch den letzten Zweifel darüber zu zerstreuen, dass bei uns die katholische Kirche in ihrer dermaligen ihrem eigenen Begriffe und Wesen nicht entsprechenden äusseren Erscheinung, unter den Hemmnungen, deren Beseitigung die Unterzeichneten in vorliegender Eingabe zu beantragen die Ehre haben werden, auf ihre Angehörigen im Grossen und Ganzen diejenige Einwirkung nicht bethätigen könne, welche nicht nur das wohlverstandene Interesse der bürgerlichen Ordnung selbst, sondern auch die Sicherung ihres eigenen dauernden Fortbestandes nothwendig erheischen“ „ . . . die allerh. und höchsten Regierungen werden es nicht verkennen, dass die kath. Kirche, ruhend auf dem in der Denkschrift hervorgehobenen unwandelbaren Fundamente göttlicher Mission, ruhend auf dem festen unerschütterlichen Bewusstsein, die Grundsätze ihrer Verfassung nicht minder als ihre Glaubens- und Sittenlehre durch göttliche Offenbarung empfangen zu haben, ihre Grundsätze, eben weil sie göttlichen Anordnungen entsprossen, niemals nach der Zeiten und Ereignisse Wechsel zu ändern im Stande ist, und dass daher die rechtlich wohlbegründete Existenz der katholischen Kirche im Staate einmal vorausgesetzt, jede Verständigung über ihre Beziehungen zu demselben nothwendig von der Anerkennung jener Gesetze der Kirche auszugehen habe.“ Die Wünsche und Forderungen welche die Bischöfe, unter steter Berufung auf die Beschlüsse der Würzburger Versammlung von 1848 aussprechen, werden in den Satz zusammengefasst „die vereinigten Bischöfe der oberrh. Kirchenprovinz fühlen sich durch die Verhältnisse wie durch ihre Pflicht gedrängt zu der ehrfurchtsvoll ausgesprochenen Anforderung, dass es den allerhöchsten und höchsten Regierungen gefallen wolle, diese Grundprincipien [i. e. der katholischen Kirche] als solche anzuerkennen, und unter Abrufung aller seit der Saccularisation des Jahres 1803 erlassenen, dieselben vielfach beeinträchtigenden Gesetze, vor Allem des Edictes vom 30. Januar 1830 solche gesetzliche Bestimmungen zu treffen, welche das Recht der katholischen Kirche nach göttlichen Anordnungen ihres Gründers zu bestehen und frei zu wirken, gehörig berücksichtigend, hemmenden Einwirkungen in die bisher entwickelten Grundlinien der Rechte der Kirche in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten förder keinen Raum lassen.“ Sie erklären dann weiter „dass der christliche Staat neben der Pflicht, Hindernisse, welche die katholische Kirche in der Ausübung ihrer Rechte stören könnten, zu beseitigen, auch die andere habe, ihr diejenigen Mittel zu gewähren, welche zur Erreichung ihrer Zwecke wesentlich nöthig seien . . .“ und beanspruchen unter Berufung auf die im §. 35 des Reichs-Dep.-Haupts. verheissene feste und sichere Ausstattung aus den Gütern der eingezogenen Stifter, Abteien und Klöster „ . . . die freie selbstständige Verwaltung dieses auszuscheidenden Dotationsfondes, sowie überhaupt alles kath.

Nr. 4790 (35).
Oberrhein.
Kirchenprov.
März 1851.

Nr. 4700(55).
Oberrhein.
Kirchenprov.
März 1851.

Kirchen- und Stiftungsvermögens . . .“ — Gegenüber diesem gemeinsamen Schritte des Episcopates beschlossen die Regierungen der Kirchenprovinz auch ihrerseits gemeinsam vorzugehen. Doch erst im Februar 1852 traten ihre Gesandten zu Vorbesprechungen in Carlsruhe zusammen. Preussen, wegen der Hohenzollern'schen Lande gleichfalls aufgefordert, lehnte jede Bethciligung ab. Gleichzeitig damit versammelten sich die Bischöfe abermals in Freiburg und erklärten in einem Memorandum (Nr. (56)) unerschütterlich an ihren Forderungen festzuhalten. — Gegen Ende des Jahres wurden die Besprechungen in Carlsruhe wieder aufgenommen. Man verständigte sich nun über ein Antwortschreiben an die Bischöfe, (S. Nr. (57)) und beschloss die Erlassung einer landesherrlichen Verordnung (S. Nr. (58)), welche die vom 30. Januar 1830 in einigen wenigen Punkten modificirte.

Nr. 4791. (56.)

OBERRHEINISCHE KIRCHENPROVINZ. Memorandum des Episcopates an die betreffenden Regierungen. — Erneute Versicherung an den ausgesprochenen Forderungen unerschütterlich festzuhalten. —

Roskovány, Mon. IV p. 796 ff.

Nr. 4791 (56).
Oberrhein.
Kirchenprov.
10. Feb. 1852.

Bald sind zwölf Monate verflossen, seit die Unterzeichneten sich erlaubt haben, mittelst einer ausführlichen Collectiv-Denkschrift vom Monat März v. J. die Aufmerksamkeit der allerhöchsten und höchsten Regierungen der zur oberrh. Kirchenprovinz vereinigten deutschen Bundesstaaten auf die dringende Nothwendigkeit der Herstellung der der Kirche nach dem Willen ihres göttlichen Stifters zukommenden und für die volle Entfaltung ihrer segensreichen Lebens-thätigkeit schlechterdings erforderlichen Selbstständigkeit hinzulenken und die hierbei in Betracht kommenden wichtigeren Punkte mit pflichtnässigen Freimuthe zu bezeichnen. Mit lebhaftem Verlangen haben dieselben während dieser ganzen langen Zeit einer sie zufriedenstellenden Bröpfung der Regierungen entgegengeharrt. Allein diese Erwartung ging bis jetzt nicht in Erfüllung. Ihr Schmerz darüber musste um so grösser sein, je inniger sie überzeugt waren und sind, nichts beantragt zu haben, was nicht von dem göttlich gegebenen Standpunkte der Kirche aus als consequente Folgerungen aus dem Wesen und dem Zwecke ihrer Mission, nach den Normen des öffentlichen Rechtes als vollkommen verbürgte Reclamationen und für die Erwägungen einer wahrhaft einsichtsvollen Politik, als im wohlverstandenen Interesse des Staates selbst liegende Postulate anzuerkennen eine unbefangene Würdigung sich gedrungen fühlen dürfte Demgemäss sind die Unterzeichneten hier zu gemeinsamer Besprechung und Amtshandlung zusammengetreten. Sie haben die erhebende Genugthuung gehabt, sich sofort in der einmüthigen Gesinnung zu begegnen, wie von ihnen Alles aufzubieten, Nichts zu scheuen sei, um eine endliche gründliche Verbesserung des

mehr oder minder unbefriedigenden Verhältnisses zu erzielen, in welches sie mit schmerzlichem Bedauern die Kirche hinsichtlich ihrer Beziehungen zum Staate in den die oberrheinische Kirchenprov. bildenden Ländern noch immer gesetzlich gebannt finden. Sie haben aber auch zu ihrer aufrichtigen Freude eben so in der Aussicht übereingestimmt, dass die Hoffnung auf die Erlangung einer geneigten Würdigung ihrer Reclamationen und Anträge, einer die beiderseitigen ohnehin auf Ein und Dasselbe Endziel hingewiesenen Rechte und Interessen befriedigenden einverständlichen Erledigung der eingereichten Denkschrift, welche die Unterzeichneten und alle mit der Kirche und dem Staate es ungeheuchelt Wohlmeinenden so sehr wünschlich, noch nicht ganz aufgegeben und also auch nicht unter dieser höchst betrübenden Voraussetzung das fernere Benehmen des Episcopates der Oberrheinischen Kirchenprov. berathen und bemessen werden müsse. In dieser Ansicht haben die Unterzeichneten sich gern durch den, wie sie nun vernommen, gerade jetzt stattfindenden Zusammentritt der Regierungen zu gemeinschaftlicher commissarischer Berathschlagung über die unterbreitete Denkschrift vom März v. J. bestärken lassen. Eben dieser Zusammentritt veranlasst denn auch die Unterzeichneten, sich nochmals vertrauensvoll an die Regierungen zu wenden und mit all der Loyalität, welche getreuen Unterthanen, aber auch mit all dem Freimuth, welcher Nachfolgern der Apostel geziemt, um die endliche Gewährung der nachgesuchten gesetzlichen Verbesserung der Lage der Kirche in den Punkten zu bitten, welche sie in ihrer Denkschrift zu bezeichnen die Ehre gehabt hatten. Sie erkennen nämlich einerseits dankbar an, dass eine vorgängige commissarische Benehmung der Regierungen eine zweckfördernde Massnahme sei; sie fühlen sich aber auch andererseits zu der rückhaltlosen Erklärung gedrungen, dass sie dies nur in dem Falle sein wird, wenn dieselbe wirklich in Balde zu einer der göttlichen Autonomie der Kirche vollkommen Rechnung tragenden, die seitherigen auf länger schlechterdings nicht mehr erträglichen Uebelstände in der einschlägigen Staatsgesetzgebung principiell und faktisch gänzlich beseitigenden Abhilfe führen wird. Die Unterzeichneten erlauben sich, hieran die Erinnerung zu schliessen, dass es sich nicht um die Hebung von einzelnen Misslichkeiten, wie sie auch bei konkordatsmässiger Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat hier und da sich finden können, sondern um die Abschaffung eines ganzen principiahaft aufgestellten Systemes handelt, dessen reelle und consequente Handhabung den vollständigen Ruin der Kirche in der Provinz herbeiführen müsste und würde; dessen gesetzlicher Bestand auch für jene Bischöfe, welche sich eines milden Vollzugs desselben zu erfreuen haben, eine fortwährende höchst drohende Gefährdung ist; dessen Beseitigung daher auch vom Standpunkte der Unterzeichneten aus nicht als ein reines, wenn auch noch so wichtiges Verfassungsinteresse der Kirche, sondern eben so sehr als eine Pflicht der Fürsorge für die Erhaltung des katholischen Glaubens erscheinen muss. Um so mehr dürften die Regierungen bei ihrer Entschliessung die Ueberzeugung mitbestimmend werden lassen, dass die Unterzeichneten nichts Anderes suchen, als einer heiligen Gewissenspflicht nachzukommen, deren Ver-

Nr. 4791 (56).
Oberrhein.
Kirchenprov.
10. Feb. 1852.

Nr. 4791 (56).
 Oberrhein.
 Kirchenprov.
 10. Feb. 1852.

nachlässigung, wie sie durch nichts entschuldigt werden könnte, so den Verlust ihres ewigen Seelenheiles nach sich ziehen müsste, an deren treue Erfüllung bis zum letzten Lebenshauche sie also auch Alles entschieden und nachhaltig zu setzen entschlossen sind, ohne Rücksicht auf widerstrebende noch so theuere Gefühle, ohne Bangen vor den beweincenswerthen Folgen eines tiefgreifenden Zwiespaltes zwischen der Kirchen- und Staatsgewalt, Folgen, unter welchen zwar die Kirche, wie Vieles, sehr Hartes zu leiden haben kann, die aber, wie dieselben von ihrem Herrn und Meister in untrüglicher Verheissung versichert sind, zuletzt doch, sei es auch lange nach ihrem Ableben, zum Heile der Sache Gottes ausschlagen müssen. Die Unterzeichneten mögen sich übrigens dem quälenden Gedanken einer solchen Gestaltung der Dinge, um deren Fernhaltung sie täglich zu Gott beten werden, die aber eintreten müsste, wenn wider Erwarten ihren gerechten Reclamationen nicht baldigst genügend entsprochen würde, nicht weiter zuwenden; sie wissen, dass die Regierungen keinen Grund haben, ihnen nicht bereitwillig eine ungehemmte freudige Erfüllung ihrer schweren Amtspflichten nach deren vollem Umfange zu gönnen und zu ermöglichen; sie halten sich überzeugt, dass sie nicht vergeblich ihre bittende Stimme erheben, nicht vergeblich den den Regierungen mit ihnen gemeinsamen Glauben an die göttliche Majestät des Stifters der Kirche, den unermesslichen noch heute nicht erschöpften Segen der so viele Jahrhunderte hindurch entfalteteten Wirksamkeit derselben, ihr uraltes erst in neuerer Zeit aus Liebe zu Theorien, deren Verfehltes, ja Verderbliches von allen Denkenden der Gegenwart erkannt und beklagt wird, in bedauerlichster Täuschung verkümmertes heiliges Recht, den ruhm- und lohreichen Vorgang der beiden grössten Deutschen Staaten in der erspriesslichen Regelung der in Frage begriffenen Verhältnisse, von welchen Staaten der eine, das Königreich Preussen, namentlich zu den bei der oberrheinischen Kirchenprovinz Betheiligten zählt, die gerechten Erwartungen des heiligen Stuhles und die unzweideutigen heissen Wünsche so vieler Tausende treugesinnter katholischer Unterthanen, und endlich das unvergängliche Verdienst einer willfährigen Entschliessung für die göttliche Sache anrufen und in Erinnerung bringen, welche zu vertreten sie unter der aufmunternden Zustimmung der Regierungen seiner Zeit die verantwortungsvolle Aufgabe erhalten und übernommen haben. . . .

Freiburg, den 10. Februar 1852.

Hermann, Erzbischof von Freiburg. — *Peter Josef*, Bischof von Limburg. —
Josef, Bischof von Rottenburg. — *Christoph Florentius*, Bischof von Fulda. —
Wilhelm Emanuel, Bischof von Mainz. —

Nr. 4792. (57.)

OBERRHEINISCHE KIRCHENPROVINZ. Schreiben der Regierungen an die betreffenden Bischöfe der Kirchenprovinz. — Beantwortung der bischöflichen Eingaben. —

Roskovány, Mon. IV p. 815 f.

[Auszug.]

Eine Entschliessung auf die von dem Herrn Erzbischof und den Herren Bischöfen der Oberrheinischen Kirchenprovinz an sämtliche Regierungen der zur Errichtung dieser Kirchenprovinz vereinten Staaten gerichtete Denkschrift vom März 1851 konnte bisher aus dem Grunde nicht erfolgen, weil derselben nothwendig Verhandlungen unter den Regierungen der genannten Staaten über die von den Herren Bischöfen gestellten Anträge vorausgehen mussten. Die diesfallsige Berathung und Verständigung unter den theilhaftigen Regierungen hat sich gegen den Wunsch der grossherzogl. Regierung verzögert, und sie bedauert, erst jetzt in der Lage zu sein, eine den ganzen Umfang der Denkschrift umfassende Antwort ertheilen zu können. Wenn bei den Beschlussnahmen der theilhaftigen Regierungen das Bestreben leitend war, den von den Herren Bischöfen kundgegebenen Wünschen nach einer freieren Bewegung der Kirche in ihrem Gebiete möglichst entgegenzukommen, und dieser eine grössere Selbstständigkeit in der Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, welche von ihr in Anspruch genommen wird, um nach jeder Seite hin ungehindert für die Pflege des religiösen und sittlichen Lebens im Volke wirken und sonach ihre Sendung erfüllen zu können, zu gewähren: so durfte auf der andern Seite nicht ausser Acht gelassen werden, dass auch die Lenker der Staaten Rechte und Pflichten haben, die aus ihrer ebenfalls auf göttlicher Anordnung beruhenden Mission sich ergeben, und vermöge welcher dieselben da ihrer Einwirkung nicht entsagen können, wo die Kirche in staatliche oder bürgerliche Verhältnisse eingreift, sich demnach nicht blos auf dem ihr eigenthümlichen Gebiete bewegt. Unvermeidlich aber ist es, dass die Kirche in ihren äussern Erscheinungen in dem staatlichen und bürgerlichen Leben auftreten muss, und auf dieses Leben Einfluss übt, gleichwie auch sie dem Einflusse des staatlichen und bürgerlichen Lebens ausgesetzt ist; eben darum müssen die gegenseitigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche, über welche zunächst die Regierungen zu wachen haben, in einer Weise geordnet werden, die nicht nur der Würde des Staates wie der Kirche entspricht, sondern auch dem Staate keine Hemmnisse in der Förderung des allgemeinen Besten und der öffentlichen Wohlfahrt bereitet. Dass die Staats- und Kirchengewalt zur Erreichung der von ihnen gemeinsam angestrebten höhern Zwecke Hand in Hand gehen möchten, wird aufrichtig gewünscht; nie kann dies jedoch in Erfüllung gehen, wenn für alle Gebiete des kirchlichen Lebens eine

Nr. 4792 (57).
Oberrhein.
Kirchenprov.
5. März 1853.
(Baden.)

Nr. 4792 (57). völlige Unabhängigkeit von der staatlichen Gewalt verlangt wird, wesshalb jede
 Oberrhein. Regierung wie berechtigt, so verpflichtet erachtet werden muss, den darauf
 Kirchenprov. ziellenden Anforderungen entschieden entgegenzutreten. Von den angedeuteten
 5. März 1853. Gesichtspunkten, welche die grossherzogliche Regierung niemals aufgeben kann
 (Baden). und wird, ausgehend, ertheilen wir mit allerh. Ermächtigung vom 1. März l. J.
 Ew. Exc. auf die in der bischöflichen Denkschrift enthaltenen Anträge nach-
 stehende Entschliessungen, wobei wir von einer Entgegnung auf die in der Ein-
 leitung der Denkschrift aufgestellten Behauptungen, deren Richtigkeit wir in
 ihrer Allgemeinheit nicht anzuerkennen vermögen, absehen. . . . [Hierauf werden
 die Forderungen der Bischöfe im Einzelnen besprochen und angegeben, welche
 derselben erfüllt, welche zurückgewiesen werden müssten]. . . .

Karlsruhe, den 5. März 1853.

Der Minister für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Die Antwortschreiben stimmten in allen wesentlichen Punkten mit einander
 überein. (S. das Württembergische in der Augsburger Allgemeinen Zeitung
 Jahrgang 1853 Nr. 69.)

Nr. 4793. (58.)

OBERRHEINISCHE KIRCHENPROVINZ. Verordnung der bei der Ober-
 rheinischen Kirchenprovinz beteiligten Staaten bezüglich des
 Schutz- und Aufsichtsrechtes über die kath. Kirche.

A. **Württemberg.** Königliche Verordnung.

Regierungsblatt Jahrg. 1853 p. 49 ff.

Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Württemberg.

Nr. 4793 (58). Nachdem wir Unsere Verordnung vom 30. Januar 1830 in Betreff der
 Oberrhein. Ausübung des oberhoheitlichen Schutz- und Aufsichtsrechtes über die katholische
 Kirchenprov. Kirche einer Revision unterworfen und in Folge dessen beschlossen haben, einige
 1. März 1853. Bestimmungen derselben abzuändern, so verordnen Wir hiermit, im Einverständ-
 niss mit den übrigen bei der oberrheinischen Kirchenprovinz beteiligten Re-
 gierungen, nach Anhörung Unseres Geheimen Rathes wie folgt:

§. 1. An die Stelle der §§. 4, 5, 9, 18, 19, 25 und 27 der Verordnung
 vom 30. Januar 1830 treten nachstehende Bestimmungen. || §. 2 (anstatt §. 4)
 Die von dem Erzbischof, dem Bischof und den übrigen kirchlichen Behörden
 ausgehenden allgemeinen Anordnungen und Kreisschreiben an die Geistlichkeit
 und Diöcesanen, wodurch dieselben zu etwas verbunden werden sollen, was
 nicht ganz in dem eigenthümlichen Wirkungskreise der Kirche liegt, so wie

auch sonstige Erlasse, welche in staatliche oder bürgerliche Verhältnisse eingreifen, unterliegen der Genehmigung des Staates. Solche allgemeine kirchliche Anordnungen und öffentliche Erlasse, welche rein geistliche Gegenstände betreffen, sind der Staatsbehörde gleichzeitig mit der Verkündigung zur Einsicht mitzuthellen. §. 3 (anstatt §. 5). Alle päpstlichen Bullen, Breven und sonstigen Erlasse dürfen nur von dem Bischof und nur unter den Voraussetzungen des §. 2 verkündet und angewendet werden. §. 4 (anstatt §. 9). Provinzialsynoden, auf welchen Gegenstände, die des landesherrlichen Placet bedürfen, zur Beschlussfassung gebracht werden sollen, können nur nach vorheriger Anzeige an die Regierungen der vereinten Staaten, welche denselben Commissäre beizuordnen sich vorbehalten, stattfinden. Die gefassten Beschlüsse unterliegen den obigen Bestimmungen hinsichtlich des landesherrlichen Placet. §. 5 (anstatt §. 18). Diöcesansynoden, auf welchen Gegenstände, die des landesherrlichen Placet bedürfen, zur Berathung oder Beschlussfassung gebracht werden sollen, können von dem Bischof nur nach vorheriger Anzeige an die Landesregierung, welche sich vorbehält, landesherrliche Commissäre dazu abzuordnen, zusammenberufen werden. Die gefassten Beschlüsse unterliegen den obigen Bestimmungen hinsichtlich des landesherrlichen Placet. §. 6 (anstatt §. 19). Der Verkehr der Angehörigen der katholischen Kirche mit dem Kirchenoberhaupte ist ungehindert; jedoch sind bei allen, die kirchliche Verwaltung betreffenden Gegenständen die aus dem Diöcesan- und Metropolitanverbände hervorgehenden Verhältnisse jederzeit zu berücksichtigen. §. 7 (anstatt §. 25). In jedem der vereinten Staaten wird die Einrichtung getroffen werden, dass die Candidaten des katholischen geistlichen Standes entweder ihre theologische Bildung an einer mit der Landesuniversität zu vereinigenden katholisch-theologischen Fakultät, in Verbindung mit einer Anstalt für die gemeinsame Verpflegung und Erziehung der Zöglinge, erhalten, oder durch Stipendien in den Stand gesetzt werden, eine Universität in der Kirchenprovinz zu besuchen. So lange dieses in einzelnen Staaten nicht ausführbar ist, wird daselbst für die zweckmässige Bildung der Candidaten in anderer angemessener Weise Fürsorge getroffen werden. §. 8 (anstatt §. 27). Vor der Aufnahme in das Priesterseminar müssen die Candidaten in einer von der bischöflichen Behörde anzuordnenden und zu leitenden Prüfung gut bestanden sein. Dieser Prüfung wohnt ein landesherrlicher Commissar bei, welcher sich die Ueberzeugung zu verschaffen hat, dass die Candidaten den Gesetzen und Vorschriften des Staats Genüge geleistet haben, und nach Betragen und Kenntnisse des Aufnahme würdig sind. Die Aufnahme geschieht durch die bischöfliche Behörde. Sie darf nach etwa erhobener Einsprache des landesherrlichen Commissars in so lange, als dieselbe nicht durch die zuständige Staatsbehörde beseitigt ist, nicht erfolgen. Den Aufgenommenen wird der landesh. Tischtitel ertheilt.

Stuttgart, 1. März 1853.

Wilhelm.
Wächter-Spittler. Maucier.

Nr. 4798 (59).
Oberrheiu.
Kirchenprov.
1. März 1853.

Nr. 4798 (58).
Oberrhein.
Kirchenprov.
1. März 1853.

**B. Bekanntmachung der gleichlautenden Verordnung
in Baden, Hessen-Darmstadt u. Nassau im März 1853.**

Churhessen, das an den späteren Conferenzen nicht mehr theilnahm, unterliess auch die Publication der Verordnung. Dem Oberrheinischen Episcopat genügten die gemachten Concessionen in keiner Weise. Schon unter dem 12. April 1853 übergaben desshalb die Bischöfe ihren Regierungen den nachfolgenden, gemeinsam beschlossenen Protest.

Nr. 4794. (59.)

OBERRHEINISCHE KIRCHENPROVINZ. Protest der Bischöfe gegen die landesherrliche Verordnung. — Ankündigung des thatsächlichen Vorgehens. —

Roskovány, Mon. IV p. 811 f.

Nr. 4794 (59).
Oberrhein.
Kirchenprov.
12. April 1853.

Die unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe der Oberrheinischen Kirchenproviz beehren sich, den allerhöchsten und höchsten Regierungen, welche ihnen auf die vor etwas über zwei Jahre eingereichte Denkschrift unterm 5. v. M. eine Entschliessung erteilt haben, die ehrerbietige Anzeige zu machen, dass sie unterm 6. d. M. zu einer heute beendigten Berathung in Betreff der erhaltenen Eröffnung zusammengetreten sind. Die Bischöfe konnten keinen Augenblick zweifelhaft sein, welche Handlungsweise ihnen für die Zukunft obliege; das Resultat ihrer vorjährigen Conferenz gab ihnen desshalb Maass und Ziel: sie finden sich nunmehr auf den Standpunkt unausweichlich hingetrieben, wo sie, wie bereits der unterzeichnete Erzbischof seiner allerhöchsten Regierung erklärt hat, ihr Verhalten nach dem apostolischen Ausspruche zu bestimmen haben: Man muss Gott mehr als den Menschen gehorchen! Die Bischöfe erachten es aber für geboten, nicht blos das Princip zu bezeichnen, von welchem sie fortan bei Ausübung ihres heiligen Amtes sich werden leiten lassen; sondern auch ausführlich die Gründe zu entwickeln, aus welchen sie sich, wie berechtigt, so verpflichtet erkennen, inskünftig nur mehr das Dogma und das darauf beruhende Verfassungsrecht ihrer heiligen Kirche als normirend für ihre Amtsverwaltung zu betrachten; den Vorschriften und Anordnungen aber, welche die allerhöchsten und höchsten Regierungen in Bezug auf die katholische Kirche bisher geltend gemacht und auch fernerhin geltend zu machen beschlossen haben, auf das Entschiedenste entgegen zu treten; — Vorschriften und Anordnungen, die auf einem Systeme beruhen, welches wiederholt von dem Oberhaupte der Kirche als ein ganz und gar widerkatholisches und widerrechtliches nachdrücklichst und feier-

lichst verworfen worden ist, und welches eben darum als ein schlechthin unstatthafte betrachtet werden muss. || Die Bischöfe hoffen in einigen Wochen die erforderlichen Ausarbeitungen vollendet zu haben, alsdann den allerhöchsten und höchsten Regierungen eine weitere geziemendste Vorlage zu machen. Wie sie schon jetzt für dieselbe eine wohlwollende und unbefangene Würdigung erbitten: so verwahren sie sich auch im Voraus gegen alle und jede Verantwortlichkeit für die Folgen, welche sich aus dem tiefeingreifenden Gegensatze zwischen den von den allerhöchsten und höchsten Regierungen ausgesprochenen und den von den Bischöfen zu befolgenden Grundsätzen ergeben dürften. Die Unterzeichneten schliessen diese ihre vorläufige Erklärung mit der ehrerbietigen Versicherung, dass sie unter allen Umständen die ihren allerhöchsten und höchsten Souverains schuldige Unterthanentreue mit derselben unerschütterlichen Standhaftigkeit bewahren werden, mit welcher sie ihre bischöflichen Pflichten in Ansehung der Vertheidigung des Glaubens und der Verfassung ihrer heiligen Kirche bis zum letzten Athemzuge zu erfüllen hoffen. — So haben sie es Gott dem Allmächtigen gelobt und in seinem Namen werden sie ihre Hilfe finden.“

Nr. 4794 (59).
Oberrhein.
Kirchenprov.
12. April 1853.

Freiburg, 12. April 1853.

[Die Unterschrift der Bischöfe.]

Dieser Protest wurde von Seite der Regierungen in energischer Weise zurückgewiesen. In dem Schreiben des Württembergischen Ministeriums an den Bischof von Rottenburg vom 19. April 1853 wird ausgesprochen „und zwar ist das Princip — von welchem die Bischöfe bei Führung ihres Amtes sich von nun an werden leiten lassen — nach Wortlaut und Geist der erwähnten Eingabe, kein anderes, als das des entschiedensten Widerstandes gegen Normen, deren Rechtsbestand nicht nur in der inneren Natur der Verhältnisse von Staaten mit confessionell gemischter Bevölkerung, sondern auch in Deutschland im Allgemeinen, so wie in Württemberg im Besonderen, in Gesetz und langjährigem Herkommen begründet ist. . . . Seine Majestät wissen eine Ankündigung der Nichtachtung der Staatsgesetze, wie sie jene Eingabe unverhüllt an den Tage lege, mit der am Schlusse derselben beigefügten Versicherung unerschütterlicher Standhaftigkeit in der schuldigen Unterthanentreue nicht in Einklang zu bringen. Jedenfalls aber fühlen sich Höchstdieselben gedrungen, hierauf Ihrerseits unumwunden zu erklären, dass wenn von irgend wem der Versuch gemacht werden sollte, Grundsätzen thatsächliche Folge zu geben, welche mit den, von dem Herrn Bischofe ausdrücklich beschworenen Staatsgesetzen und der Landesverfassung im schneidendsten Widerspruch stehen, Höchst Sie von der Ihnen von Gott verliehenen Gewalt den Gebrauch machen, welchen die Erfüllung ihrer Regentenpflichten erheische.“ (Friedberg, Grenzen l. c. Beilage XI).

Nr. 4795. (60.)

OBERRHEINISCHE KIRCHENPROVINZ. Aus der Denkschrift des Episcopates an die betreffenden Regierungen. — Begründung des Protestes gegen die landesherrliche Verordnung. —

Roskovány, Mon. IV p. 812—838.

Nr. 4795 (60).
Oberrhein.
Kirchenprov.
18. Juni 1853.

In dem Bisherigen haben wir nun die Rechte, Interessen und Forderungen der Kirche mit pflichtmässigem Freimuth erörtert. Es wird daraus zur vollen Genüge hervorgehen, dass die Bischöfe bei ihren Forderungen lediglich bestimmte, positiv begründete Rechte und diese nur insoweit geltend machen, als sie dazu durch strengste Pflicht verbunden sind. Diesen ihren Ansprüchen steht weder ein wahres Interesse, noch ein wirkliches Recht der Staaten und der Regenten im Wege; sondern nur ein administratives System, welches in den Zeiten der Auflösung des Reiches unter dem Einflusse unkirchlicher Meinungen entstanden allmählig in der Praxis und auch in einer Reihe von Regierungsverordnungen, namentlich in der Verordnung vom 30. Januar 1830 sich Geltung verschaffte. Wenn sonach in mehreren Ländern der oberrhein. Kirchenprovinz ein tiefgreifender Zwiespalt zwischen dem Staate und der Kirche besteht, so tragen nicht die Bischöfe die Schuld dieses traurigen Zustandes. Er ist vielmehr offenbar die bittere Frucht jener verderblichen Maximen, welche es zulässig erscheinen liessen, dass durch einseitige Regierungsverordnungen den Bischöfen in dieser Provinz Grundsätze und Vorschriften aufgenöthigt wurden, die das Oberhaupt der Kirche beharrlich als ganz unkatholisch verworfen hatte, und deren Verwirklichung eben darum die landesväterliche Absicht der allerh. Souveräns, ihre neugewonnenen katholischen Unterthanen durch eine befriedigende Ordnung ihrer kirchlichen Verhältnisse zu bleibendem Danke zu verpflichten, nothwendig beeinträchtigen musste. Die Bischöfe suchen und wünschen noch heute wie von Anfang den Frieden und glauben in den vorausgegangenen Erklärungen auf's Neue bekundet zu haben, wie sehr ihnen eine friedliche Lösung der obschwebenden Differenzen am Herzen liegt. Sie sind jedoch ausser Stand, ihrer Liebe zu einem einträchtigen Verhältnisse mit den Regierungsbehörden die von ihnen dargelegten Ueberzeugungen und Grundsätze irgendwie zum Opfer zu bringen. Sie sind katholische Bischöfe, und als solche müssen sie sich eben so an die Lehre und Verfassung der katholischen Kirche halten, wie sie sich als Unterthanen an die Gesetze und Verfassung der Staaten, denen sie angehören, zu halten haben und gerne halten. Diese ihre doppelte Stellung ist zu evident gegeben, als dass sie hätte verkannt oder gar bestritten werden dürfen. Die Bischöfe haben nie vergessen und werden nie vergessen, dass sie ihren allergn. Souveräns Treue und den Staatsgesetzen den allgemeinen staatsbürgerlichen Gehorsam geschworen haben: aber diesem Eide konnten und können sie niemals eine Verbindlichkeit über jene selbstverständlichen Grenzen hinaus zugestehen,

welche ihm das Gebot Gottes und der heilige Schwur zieht, mit dem die Unterzeichneten als Bischöfe, ja schon als Christen dem allgemeinen Vater der Christenheit und den unantastbaren Gesetzen ihrer Kirche zur Treue und zum Gehorsam verpflichtet sind. Die menschlichen Gesetze müssen nach den göttlichen bemessen, nie aber dürfen jene über diese gestellt werden. Wer das gegen-theilige Princip statuiren wollte, der würde nicht mehr auf dem Boden der christlichen Religion stehen. Die Bischöfe mögen nicht glauben, dass sie etwas der Art von Seiten ihrer Regierungen zu befürchten haben sollten. Sie können darum auch nicht denken, dass man ihrem Gewissen in unerhörter Weise Gewalt anthun und sie nöthigen wolle, das Heil ihrer unsterblichen Seele um desswillen dahin zu geben, weil man in ihren Territorien das nicht als vereinbar mit den Rechten des Staates leiden will, wessen die Kirche gemäss der Lehre und den Anordnungen des Sohnes Gottes zu ihrem eigenthümlichen Bestande schlechterdings bedarf; was sie in Deutschland früher unbestritten gehabt hat; was die vertragsmässigen Bullen „Provida solersque“ und „Ad Dominici gregis custodiam“ unzweideutig stipuliren; was ihr fast ganz, selbst in einem Staate der oberrheinischen Kirchenprovinz eingeräumt ist; und was eine solche Fülle innerer Wahrheit und Berechtigung in sich trägt, dass es auf die Dauer unmöglich bestritten und vorenthalten werden kann.

Wie immer übrigens die fernere Entwicklung der Sache sich gestalten möge: die Bischöfe werden der Stimme ihres Gewissens unerschrocken folgen, die Zuversicht auf Gott, das Vertrauen auf die Weisheit und Gerechtigkeitsliebe ihrer Souveräns unerschütterlich festhalten, und in dem Bewusstsein, eine unabweishbare heilige Pflicht nach bester Erkenntniss erfüllt zu haben, ihre Beruhigung und Zufriedenheit finden. Von selbst versteht es sich, dass die Bischöfe sich bereitwilligst allen Vorschriften und Anordnungen des heiligen Vaters unterwerfen werden, falls es die Regierungen für gut finden sollten, dergleichen zu veranlassen. Der heilige Vater möge in seiner Weisheit beschliessen, was er als recht und nothwendig erkennt, die Bischöfe werden zu gehorchen wissen, und sich aufrichtig freuen, wenn durch ein glückliches Einvernehmen zwischen dem apostolischen Stuhle und den Regierungen Differenzen zur Lösung gebracht würden, deren längere Fortdauer weder im Interesse der Kirche noch des Staates liegen kann.

Freiburg, 18. Juni 1853.

Hermann, Erzbischof von Freiburg. — *Peter Josef*, Bischof von Limburg. — *Josef*, Bischof von Rottenburg. — *Christoph Florentius*, Bischof von Fulda. — *Wilhelm Emanuel*, Bischof von Mainz.

In der Denkschrift vom 18. Juni 1853, aus welcher der charakteristische Schluss oben mitgetheilt wurde, geben die Bischöfe zuerst eine Uebersicht der Geschichte der katholischen Kirche in der oberrhein. Kirchenprovinz und reclamiren dann die in der ersten Denkschrift gestellten Forderungen als schon bestehende und durch die geltenden Rechtsquellen gewährleistete

Nr. 4705 (60).
Oberrhein.
Kirchenprov.
18. Juni 1853.

Rechte der Kirche. „Dieser Rechtsbestand“ beruhe, wie weitläufig ausgeführt wird, a) „auf einem unvordenklichen Besitzstand“, b) „auf der ausdrücklichen Anerkennung der deutschen Reichsgesetze, insbesondere des westphälischen Friedens und Reichsdeputationshauptschlusses“, c) auf der Bulle Provida solersque und ad Dominici gregis, welche ihrem vollen Inhalte nach als geltend angenommen werden. —

Durch diese Denkschriften war den Staaten eine Art Ultimatum gestellt, dessen Nichtannahme einen Conflict zur unmittelbaren Folge haben musste. In Württemberg ward dieser nur dadurch vermieden, dass die Regierung den bisher festgehaltenen Standpunkt nach kurzem Zögern aufgab und mit dem Bischof von Rottenburg in Verhandlungen trat, welche zum Abschlusse einer Convention 12./16. Januar 1854 führten (S. Archiv für katholisches Kirchenrecht Bd. VI p. 471 ff.). Diese behielt jedoch einen blos präliminaren Charakter, weil Rom, das den Abschluss eines Concordates mit den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz wünschte, die Bestätigung verweigerte. Daran schlossen sich dann Verhandlungen mit der Curie, deren Resultat der Abschluss eines förmlichen Concordates (8. April 1857) gewesen ist. In Baden, wo der Erzbischof von Freiburg, von der Annahme ausgehend, seine Forderungen beständen schon als wirkliches Recht, thatsächlich vorging, während anderseits die Regierung an der bisherigen Ordnung der Dinge als einer zu Recht bestehenden festhielt, kam der Conflict am vollständigsten zum Ausbruch. Es liegt unserem Zwecke ferne im Einzelnen den Verlauf desselben zu schildern, in welchem es auf der einen Seite zu polizeilichen und gerichtlichen Zwangshandlungen, auf der andern Seite zu Excommunicationen gegen den katholischen Oberkirchenrath und andere Beamte kam, welche in pflichtgemäßem Gehorsame die Anordnungen der Staatsgewalt ausführten. Schon nach wenig Monaten des Kampfes verliess auch hier die Regierung den bisher behaupteten Standpunkt und suchte auf dem Wege der Verhandlungen erst mit dem Erzbischof dann mit dem römischen Stuhle (Mai 1854) wenigstens einen vorläufigen Friedenstand zu erreichen. (S. Denkschrift der Regierung Friedberg, Grenzen l. c. Beilage XV, und die Antwortnote Antonellis bei Brück l. c. p. 395 ff.). Als dieser vereinbart war (Septbr. 1854), glaubte die Regierung auch die definitive Ordnung der Verhältnisse auf demselben Wege bewirken zu sollen. Diese Verhandlungen begannen Mitte 1855 und führten am 28. Juni 1859 zum Abschluss des Concordates. (Die ausführlichste, doch einseitige und befangene Darstellung des badischen Conflictes giebt Brück l. c. p. 320—360, 391—425. Vgl. namentlich auch Friedberg Grenzen l. c. p. 454 ff. und Ueber den badischen Kirchenstreit Karlsruhe 1869). — Die Hessen-Darmstädtische Regierung, welche einen Conflict durch sehr milde Handhabung der bestehenden Verordnungen und durch inhaltende Versprechungen zu vermeiden wusste, schloss am 23. August 1854 mit dem Bischof von Mainz ein Uebereinkommen, welches, obgleich in keiner Weise publicirt, doch als provisorische Norm gelten sollte. (S. dasselbe bei Walter Fontes p. 359 ff.) Dagegen erhob die zweite Kammer zu wiederholten Malen Beschwerden, denen die Regierung dadurch zu begegnen suchte, dass sie einen Gesetzentwurf vorlegte 1862/1863, der eine definitive Regelung der staatskirchlichen Verhältnisse gewähren sollte. Da jedoch eine Einigung der Kammern nicht erreicht wurde, so fiel dies Gesetz. (S. den Entwurf und die von den Kammern vorgeschlagenen Modificationen in vergleichender Zusammenstellung bei Brühl l. c. p. 554 ff.). Im Jahre 1866 wurde die Convention, welche übrigens nie die Bestätigung der Curie erhielt, in Folge der Verzichtleistung des Bischofes

vom 20. September (S. dieselbe Brück l. c. p. 563 ff.) und der Bekanntmachung der Regierung vom 6. Okt. für aufgehoben erklärt. — In Nassau, wo der Bischof von Limburg sich ebenfalls in den faktischen Besitz der von dem Episcopat beanspruchten Rechte zu setzen suchte, kam der Konflikt gleichfalls zum Ausbruch. Um diesen heizulegen trat die Regierung mit Rom in Unterhandlungen (S. Denkschrift der Regierung und Antwortnote der Curie bei Friedberg l. c. Beilage XVIII und V), die jedoch zu keinem Ergebnisse führten, weil man sich in Nassau weder zu dem Abschlusse einer förmlichen Convention mit dem Bischofe noch zu dem eines Concordates entschliessen konnte. Eine provisorische Regelung der Verhältnisse der katholischen Kirche erfolgte dann durch die „einstweilige Instruction“ vom 25. Mai 1861, über welche man sich vorher mit dem Bischofe verständigt hatte und die auch nachträglich die Genehmigung der Stände erhielt. (S. dieselbe Walter Fontes p. 440 ff.). Gegenwärtig gelten hier wie in allen anderen der Preussischen Monarchie im Jahre 1866 einverleibten Ländern die Bestimmungen der Preussischen Verfassungsurkunde, welche der Kirche ausgedehntere Rechte einräumt als sie in der oberrheinischen Kirchenprovinz jemals besessen hat. (S. Friedberg, Die evangelische und katholische Kirche der neu einverleibten Länder etc. Halle, 1867.)

Nr. 4795 (60).
Oberrhein.
Kirchenprov.
18. Juni 1853.

Nr. 4796. (61.)

OESTERREICH. Aus dem Verfassungs-Patent vom 4. März 1849.
— Stellung der katholischen Kirche. —

Reichsgesetzblatt für das Kaiserthum Oesterreich. Jahrg. 1849 Nr. 151 p. 165.

Wir Franz Joseph I. von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich etc.

Nr 4796 (61)
Oesterreich.
4. März 1849.

Verordnen für die nachbenannten Kronländer des österreichischen Kaiserreiches¹⁾, . . . in Anerkennung und zum Schutze der den Bewohnern dieser Länder durch die von Uns angenommene konstitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte über Antrag unseres Ministerrathes, wie folgt: §. 1. Die volle Glaubensfreiheit und das Recht der häuslichen Ausübung des Religionsbekenntnisses ist Jedermann gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und

¹⁾ Dieses Patent wie auch die nachfolgenden Verordnungen erlangten Giltigkeit für die deutsch-slavischen Erbländer, i. e. für alle Kronländer ausser den italienischen Besitzungen und den Ländern der Ungar. Krone. — Das Verfassungspatent vom 4. März 1849 wurde durch das kaiserl. Patent vom 31. December 1851 für aufgehoben erklärt, bezüglich der der Kirche gewährten Rechte wird jedoch gesagt „Wir erklären durch gegenwärtiges Patent ausdrücklich, dass Wir jede in den Eingangs erwähnten Kronländern gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft in dem Rechte der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, dann in der selbstständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten, ferner im Besitze und Genusse der für ihre Cultus- Unterrichts- und Wohlthätigkeits-Anstalten, Stiftungen und Fonds erhalten und schützen wollen, wobei dieselben den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen bleiben.“ (R. G. B. Jahrg. 1852 Nr. 3, p. 27).

Nr. 4796 (61). politischen Rechte ist von dem Religionsbekenntnisse unabhängig, doch darf den staatsbürgerlichen Pflichten durch das Religionsbekenntniß kein Abbruch geschehen. | §. 2. Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt im Besitze und Genusse der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, ist aber wie jede Gesellschaft den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. | §. 3. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu ertheilen, ist jeder Staatsbürger berechtigt, der seine Befähigung hierzu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung. | §. 4. Für allgemeine Volksbildung soll durch öffentliche Anstalten und zwar in den Landestheilen, in denen eine gemischte Bevölkerung wohnt, der Art gesorgt werden, dass auch die Volksstämme, welche die Minderheit ausmachen, die erforderlichen Mittel zur Pflege ihrer Sprache und zur Ausbildung in derselben erhalten. Der Religionsunterricht in den Volksschulen wird von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft besorgt. Der Staat führt über das Unterrichts- und Erziehungswesen die Oberaufsicht. §. 13. Unser Ministerrath wird beauftragt, die zur Durchführung dieser Bestimmungen bis zu dem Zustandekommen organischer Gesetze provisorisch zu erlassenden Verordnungen zu entwerfen und Uns zur Sanction vorzulegen.

Gegeben in Unserer Königl. Hauptstadt Olmütz den 4. März 1849.

Franz Joseph.

Schwarzenberg. Stadion. Krauss. Bach. Cordon. Bruck. Thienfeld.
Kulmer

Beidtel, Untersuchungen über die kirchlichen Zustände in den k. österr. Staaten. Wien 1849. Buss, Oesterreichs Umbau im Verhältniss des Reichs zur Kirche. Wien 1862. Rieder, Handbuch der k. k. Verordnungen über geistl. Angelegenheiten etc. Wien 1847. Friedberg, Grenzen l. c. p. 110 ff. 304 ff. 404 ff. Herrmann, Art. Concordate in Bluntschlis Deutschem Staats-Wörterbuch. Bd. V.

Die Verhältnisse der katholischen Kirche in Oesterreich erfuhren durch die Säcularisationen und politischen Umgestaltungen im Beginne unseres Jahrhunderts keine so wesentlichen Veränderungen, dass eine Neuordnung der Kirchenverhältnisse geboten war. — Die bischöflichen Stühle mit ihren Capiteln und sonstigen Diöcesaninstituten bestanden hier zum grossen Theile fort, ihre im ganzen reichen Dotationen waren unangetastet, und wenn auch in einzelnen neu oder wieder erworbenen Grenzlanden (Illyrien, Tyrol, Salzburg) Diöcesen neu zu organisiren waren — was durch verschiedene vereinbarte Organisationspläne geschah (S. Brühl, Acta eccl. p. 182 ff.) — so stand dies doch in keinem Verhältnisse zu dem, was bestehen blieb. Umfassende Verhandlungen mit Rom, die zu principiellen Erörterungen über das Verhältniss zwischen Staat und Kirche führen mussten und fast für alle Staaten die Quelle langwährender Konflikte wurden, konnten in Oesterreich vermieden werden. — Ebenso ruhten auch noch die kirchenhohheitlichen Einrichtungen des Staates — das kaiserlich

österreichische Kirchenrecht — auf dem unter der Kaiserin Maria Theresia und Josef II. geschaffenen Systeme, welches eine Verordnung vom 19. Decbr. 1781 dahin charakterisirt „dass die Kirche nur über das, was die Seelen und den Glauben betreffe, zu entscheiden habe, alles Andere aber der landesherrlichen Gewalt zustehe; dass es dieser letzteren zukomme, Alles zu verändern, was in der Kirche nicht von göttlicher, sondern von einer menschlichen Erfindung und Einsetzung ist, und dass es insbesondere der landesherrlichen Gewalt gestattet sei, den Bischöfen die Ausübung der ihnen ursprünglich zugestandenen Rechte aufzutragen.“ Die Staatsgewalt nahm, vermöge des ihr nach der Theorie zustehenden *jus cavendi*, das Recht in Anspruch, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln präventiv dahin zu wirken, dass aus der Thätigkeit der Kirche nichts erwachse, was dem Staatswohle widerstreite, und falls diess doch geschehe, verbietend einzuschreiten. Solche Massregeln waren die Placetirung aller kirchlichen Erlasse, die Aufstellung gewisser Bedingungen für die Ertheilung von Weihen und Kirchenämtern, Untersagung besonderer Andachten, Wallfahrten u. A. Sie nahm ferner das Recht einer positiven Einflussnahme auf die Verwaltung der Kirche in Anspruch (*jus advocatiae* oder *jus tuendi*) und entschied von ihrem Standpunkte aus über das was das Wohl der Kirche erheische. So ordnete sie den Religionsunterricht an allen Schulen, und selbst den theologischen Unterricht, erliess Normen über den öffentlichen Gottesdienst, die Verwendung der geistlichen Orden in der Seelsorge und der Geistlichen zu mannigfachen staatlichen Geschäften, die Handhabung der Kirchenzucht, die Umgrenzung der Bisthümer und Pfarreien, die Verfügung über das kirchliche Vermögen zu gemeinnützigen Zwecken u. A. Daran schloss sich das Recht der obersten Aufsicht, vermöge dessen sie von der Geistlichkeit aller Stufen Berichterstattungen forderte, sie zur Rechtfertigung zog, kirchliche Visitationen durch ihre Organe vornehmen liess und das sogenannte *dominium eminens* über das Kirchenvermögen ausübte. Ebenso entzog die Regierung der Kirche und Geistlichkeit all die Rechte, welche aus deren Autonomie und Selbstständigkeit stammen, so nahm sie der Geistlichkeit die Personal-, Real- und Localimmunität, hob die geistliche Gerichtsbarkeit über Ehe-, Patronats-, Eides- und Zehentsachen auf u. A. — Diess System, seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts in unangefochtener Uebung, war so sehr in Fleisch und Blut des Volkes wie der Geistlichkeit übergegangen, dass für den Staat aus dem Festhalten an demselben keine Schwierigkeiten entstanden und der päpstliche Unwille über den Josefinismus, im Stillen fortdauernd, damals noch keinen thätigen Bundesgenossen in Oesterreich fand. Die Regierung hielt an ihm fest, nicht nur weil es das Hergebrachte war, sondern weil es auch ihrer Auffassung von der für Oesterreich nöthigen Staatsomnipotenz entsprach. Das naiv gläubige Volk sah in ihm kein Hinderniss für seine Frömmigkeit und hielt dogmatischen Fanatismus für eine lächerliche Ueberspanntheit. Die zahlreiche Klostergeistlichkeit, welche in reich dotirten Stiften ein ruhig behagliches Dasein führte, wies Alles zurück was sie darin zu stören drohte. Der Kuratlerus, meist auf Staatsanstalten gebildet, in materieller Beziehung mannigfach von dem unter staatlicher Verwaltung stehenden Religionfonds oder von Magistraten und Wirthschaftsämtern, abhängig, zum Theile auf den Betrieb der Landwirthschaft angewiesen, in seiner Stellung und in seinen Interessen durch den Staat kräftig geschützt, war unempfänglich und unzugänglich für die Bestrebungen einer universellen Kirche. Der hohe Klerus, überwiegend von der Krone ernannt und ihr für die Schonung

Nr. 4796. (61)
Oesterreich.
4. März 1849.

Nr. 4796 (61).
Oesterreich.
4. März 1849.

des Kirchenvermögens wie für die hohe Stellung die sie ihm einräumte auf das engste verpflichtet, war nicht geneigt die päpstlichen Angriffe gegen das österreichische System kräftig zu unterstützen, da die katholische Religion thatsächlich die Staatsreligion war und der Kirche immerhin ein überwiegender Einfluss auf manche Zweige der öffentlichen Angelegenheiten, z. B. die Schule, gesichert war. Was die Curie unter solchen Umständen nach wiederholtem Andrängen von der Regierung allein erlangte, waren Einleitungen — so bestellte man im Anfange der vierziger Jahre ein Comité zur Revision der landesfürstlichen Gesetzgebung in Kirchensachen — die ohne Erfolg blieben. (Siehe Brühl, Acta p. 209 ff.) Erst die gemeinsame Gefahr der Umwälzung des Jahres 1848 trieb auch den österreichischen Episcopat, und mit ihm die Geistlichkeit, auf die Seite des Papstes, und bestimmte die Regierung zu dem Versuche eines totalen Bruches mit dem bisherigen Kirchenstaatsrecht. — Anknüpfend an die in den Verfassungsversuchen von 1848 (Verfassung vom 25. April 1848 und Verfassungsentwurf des Kremsierer Reichstages) ausgesprochene Grundsätze der Freiheit der Religionsgenossenschaften, wendeten sich viele österreichische Bischöfe theils vereinigt theils einzeln mit Denkschriften und Anträgen an die Organe der Staatsgewalt (S. Brühl l. c. p. 57 ff. und Roskovány, Mon. IV. p. 2 ff) in welchen sie die Aufhebung der die Kirchenregierung beengenden Schranken anstrebten, die nur so lange erträglich und ungefährlich erschienen, als der Episcopat sich an eine feste, von dem Getriebe politischer Parteien unberührte, und die katholischen Traditionen unverrückt bewahrende Staatsregierung anschliessen konnte, worauf damals nicht zu rechnen war. Auch die gleichartigen Bestrebungen des deutschen Episcopates, welchen durch Theilnahme österreichischer Bischöfe an der Würzburger Versammlung ein Entgegenkommen gezeigt wurde, übten hierauf Einfluss. — Aus Anlass der Zusagen, welche das Verfassungspatent vom 4. März 1849 (S. oben) über die Freiheit der Kirche gemacht hatte, berief die Regierung die Bischöfe Oesterreichs im Frühjahr 1849 nach Wien, um deren Anträge über die Neuordnung der Kirchenverhältnisse zu vernehmen. Die bischöfliche Versammlung, welche vom 30. April bis 17. Juni 1849 tagte, richtete an die Regierung eine Reihe von Erklärungen und Anträgen, in welchen in ausführlicher Begründung die Rechte dargelegt waren, welche man nun für die Kirche reklamiren zu müssen glaubte. (S. die allgemeine Erklärung Nr. 62.) Die Regierung acceptirte den Standpunkt der Bischöfe und empfahl dem Kaiser in zwei Vorträgen des Ministers für Cultus und Unterricht vom 7. April und 13. April 1850 (S. Nr. 63 und 65) da „Alle welche an der katholischen Kirche lebhaften Antheil nehmen: mit Ungeduld einer baldigen Verwirklichung der in dem Patente vom 4. März enthaltenen Zusagen“ harren, „dass ohne weiteren Verzug vorläufig all diejenigen von der bischöflichen Versammlung angeregten Fragen erledigt werden sollen, deren Erledigung bereits möglich ist, hinsichtlich der übrigen aber die Verhandlungen mit dem Ausschusse der Bischöfe fortgesetzt und die nöthigen Vorbereitungen für ein Concordat mit dem päpstlichen Stuhle, in so weit ein solches erforderlich ist, getroffen werden.“ Nachdem diese Vorträge die kaiserliche Genehmigung erhalten hatten, erschienen die zwei kaiserlichen Verordnungen vom 18. und 23. April 1850 (S. Nr. 64 und 66), welche das josefinische System von Grund aus veränderten.

Nr. 4797. (62.)

ÖSTERREICH. Denkschrift des österreichischen Episcopates an die Regierung. (Einleitende Erklärung). — Die der katholischen Kirche zu gewährenden Rechte. —

Aktenstücke, die bischöfl. Versammlung zu Wien betreffend. Wien 1850 p. 1 ff.

Hohes Ministerium des Innern! Während die Staaten nothgedrungen zu den Waffen greifen, um die gesellige Ordnung vor dem Zerfalle zu retten, und die europäische Gesittung wider den Andrang einer neuen unerhörten Barbarei zu beschützen, widmen die versammelten Bischöfe ihre angestrenzte Thätigkeit einem Werke, welches zuvörderst unter Gottes segnenreichem Beistande die Kraft des Glaubens und der Liebe in den Herzen der Katholiken verjüngen, aber eben dadurch auch die Lebensbedingungen des Staates erneuern soll. Der wachsende Drang eines Kampfes, welcher das Schicksal der europäischen Gesellschaft entscheiden muss, hat ihre Bestrebungen nicht gestört: denn im Vertrauen auf Den, ohne dessen Willen kein Haar vom Haupte des Menschen fällt, sehen sie ruhig der Zukunft entgegen; doch fühlen sie dadurch sich doppelt aufgefordert, nach Möglichkeit den Augenblick zu beschleunigen, in welchem die katholische Kirche des Kaiserthumes, von mannigfachen Hemmnissen befreit, ihre volle Wirksamkeit heilbringend wird entfalten können. Sie halten es für ihre Pflicht, sich gegen das hohe Ministerium zuvörderst über die gesetzlichen Bestimmungen zu erklären, welche den vom Staate anerkannten Rechten der Kirche zur Grundlage dienen sollen. Durch §. 2 wird jeder gesetzlich anerkannten Kirche und Religionsgesellschaft zugesichert: 1. Das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung. 2. Das Recht, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten. 3. Der Besitz und Genuss der für ihre Cultus- Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonde. Die versammelten Bischöfe erkennen mit Dank, dass der katholischen Kirche dadurch die frohe Aussicht auf eine wohlthätige Veränderung ihrer Stellung eröffnet wird; doch können sie nicht umhin, ihr Bedauern auszudrücken, dass die Regierung Seiner Majestät es nicht für rätlich fand, jener Berücksichtigung, welche sie der katholischen Kirche zu zollen ohne Zweifel geneigt ist, auch einen gesetzlichen Ausdruck zu leihen. In den Ländern, für welche die in Rede stehende Kundmachung erlassen, kommen 56 Katholiken auf Einen Protestanten, und 46 Katholiken auf Einen nicht katholischen Griechen. Wenn in Folge des Rechtes der Mehrheit Eine Stimme über die Hälfte in Fragen entscheidet, von deren Lösung das Schicksal des Vaterlandes abhängt, so kann wohl den religiösen Interessen einer vier und zwanzigfachen Mehrheit der Anspruch auf besondere Beachtung nicht versagt werden. In Preussen, wo die Katholiken ungefähr $\frac{5}{12}$ der Gesamtbevölkerung betragen, macht der 12. Artikel der Verfassung

Nr. 4797 (62).
Oesterreich.
30. Mai 1849.

Nr. 4797 (62). vom 5. Dezember 1848, indem er die Rechte der Religionsgesellschaften aus-
 Oesterreich.
 30. Mai 1849. spricht, wie die evangelische, so auch die katholische Kirche namhaft, und die
 in Druck gelegten Erläuterungen, welche das preussische Ministerium über die
 Verfassung gab, versichern, diese ausführliche Erwähnung sei geschehen, „um
 darzuthun, dass diese Gemeinschaften in der ihnen zustehenden, feierlich ver-
 brieften Stellung nicht beeinträchtigt werden sollen.“ Die versammelten
 Bischöfe sind überzeugt, dass die Regierung Seiner Majestät von demselben
 Grundsätze der Gerechtigkeit ausgeht, und während sie andern Religionsgesell-
 schaften neue Rechte verleiht, die alten, wohlerworbenen Rechte der katho-
 lischen Kirche anerkennt und zu beschützen bereit ist. || Wir können jedoch
 nicht verhehlen, dass die Selbstständigkeit, welche das Gesetz in Betreff der
 Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten verheisset, zur Wirklichkeit nicht
 werden könnte, wofern die hinzugefügte Beschränkung in einem der Kirche
 feindlichen Sinne aufgefasst und durchgeführt würde. §. 2 sagt von den
 Religionsgesellschaften, sie seyen wie jede andere Gesellschaft den allgemeinen
 Staatsgesetzen unterworfen. Die katholische Kirche ehret in der Staatsgewalt
 die Vorbedingung der Rechtsordnung und die Fügung der göttlichen Fürsorge.
 auf das Wort Gottes hinweisend verkündet sie den Gehorsam gegen die recht-
 mässige Obrigkeit, und gibt demselben in der Gewissenspflicht eine feste Stütze
 Sie erfüllet die Bürgerpflicht, zu deren Heilighaltung sie den Einzelnen an-
 weist, auch als Gesellschaft, und wo es sich um Dinge handelt, welche mit
 der ihr gewordenen göttlichen Sendung vereinbar sind, nimmt sie vor keiner
 andern Gesellschaft ein Vorrecht in Anspruch, sondern verlangt nur, dass der
 Staat sie nicht minder, als jede andere Gesellschaft in dem Besitze und der
 Uebung ihrer Rechte beschütze. Allein die katholische Kirche kann ihr Recht
 nach Gottes Anordnung zu bestehen und für die ewige Bestimmung des Menschen-
 geschlechts zu wirken, nicht von dem Ermessen der Staatsgewalt abhängen
 lassen; sie muss sich wider eine Auffassung verwahren, kraft welcher ihr
 Bestehen und ihre Gesetzgebung den Verfügungen der weltlichen Macht im
 selben Sinne unterworfen wäre, wie diess mit dem Fortbestande und den
 Statuten industrieller Gesellschaften der Fall ist. Ohne Zweifel ist diese Auf-
 fassung nicht die des hohen Ministeriums, welches dadurch vielmehr nur aus-
 drücken wollte, dass die katholischen Kirchengemeinden des Kaiserthums nicht
 minder als andere Gesellschaften zu Beobachtung der allgemeinen Staatsgesetze
 verpflichtet seyen, und dabei von der Voraussetzung ausging, dass das Staats-
 gesetz niemals die ihm eigenthümlichen Grenzen überschreiten, niemals in den
 Bereich der Kirchengewalt störend eingreifen werde. Aber der Augenblick,
 in welchem wir unsere Stimme erheben, ist ernst und entscheidungsvoll, und
 da die obschwebenden Verhandlungen vielleicht für eine lange Reihe von Jahren
 auf die Stellung der Kirche in Oesterreich gebieterisch einwirken, so ist es
 unsere Pflicht, jeder Missdeutung, welche im Laufe der wechselnden Jahre auf-
 tauchen könnte, durch Erläuterung und Verwahrung zu begegnen. || Wir glauben
 ferner, die Grundsätze andeuten zu müssen, welche uns im bisherigen Laufe

der Verhandlungen leiteten, und immerdar leiten werden. Wir würden den Vorwurf der Pflichtverletzung auf uns laden, wenn wir die Selbstständigkeit in Verwaltung der Kirchenangelegenheiten, welcher die Gerechtigkeit und Weisheit des Monarchen gesetzliche Anerkennung gezollt hat, nicht zur Wahrheit machen wollten. Darum fühlten wir uns gedrungen, manche Gegenstände, welche die frühere österreichische Gesetzgebung in ihren Bereich gezogen hatte, für die Kirchengewalt in Anspruch zu nehmen. Doch machen wir es uns zur Richtschnur, an dem Bestehenden nichts ohne vollgiltigen Grund zu ändern. Wir verkennen nicht, dass viele der Anordnungen, welche die Staatsgewalt mit Ueberschreitung ihres Wirkungskreises erlassen hat, an sich zweckmässig und heilsam sind, und stellen es uns zur Aufgabe, solche Anordnungen auf das kirchliche Gebiet zu verpflanzen, und ihnen den kirchlichen Geist einzuhauchen, durch welchen allein sie volle Frucht tragen können. Wir stehen unserer Pflicht gemäss für die Rechte der Kirche ein, sowohl für jene, welche ihr als solcher und in Folge ihrer göttlichen Sendung zustehen, als auch für jene, welche sie in Oesterreich kraft besonderer Rechtsgründe erworben hat. Wir ehren aber auch alle Rechte, welche die Staatsgewalt der Kirche gegenüber ansprechen kann, sowohl jene, welche aus der Natur der Staatsgewalt hervorgehen, als auch jene, welche der Monarch kraft besonderer Rechtsgründe erworben hat. || Um den Beginn der Verständigung und Vereinbarung, zu welcher das hohe Ministerium uns eingeladen hat, nicht bis zum Abschlusse der Verhandlungen aufschieben zu müssen, legen wir hiermit die wichtige Frage der Eheangelegenheiten, über welche wir unsere Berathungen bereits geschlossen haben, zu wohlwollender Beachtung und gerechter Würdigung vor.

Wien, den 30. Mai 1849.

Folgen die Unterschriften sämmtlicher versammelten Bischöfe.

Die Specialeingaben der Bischöfe an die Regierung, und die Antwort des C. U. M. hierauf s. Aktenstücke, die bischöfliche Versammlung betreffend. Wien 1850. Ihr wesentlicher Inhalt ist aus dem nachfolgenden Vortrage zu entnehmen.

Nr. 4798. (63.)

ÖSTERREICH. Vortrag des Cultus- und Unterrichtsministers an den Kaiser. — Ergebniss der mit den katholischen Bischöfen wegen Regelung der kirchlichen Angelegenheiten gepflogenen Verhandlungen. —

Beilage-Heft zum Reichsgesetzblatt. Jahrg. 1850 p. 103—113.

[Auszug.]

Allergnädigster Herr! Unter den vielen wichtigen Fragen, deren Lösung bei der Neugestaltung Oesterreichs — der schweren aber erhabenen Aufgabe der Regierung Euerer Majestät — nicht umgangen werden kann, ist die Frage

Nr. 4798 (63).
Oesterreich.
7. April 1850.

Nr. 4798 (63). Oesterreich. 7. April 1850. von dem Verhältnisse des Staates zur Kirche eine der allerwichtigsten, denn sie berührt die religiösen Ueberzeugungen, das unantastbare Heiligthum des Einzelnen, und zugleich die gewaltigste und nachhaltigste von allen Mächten, welche den Entwicklungsgang von Völkern und Staaten bestimmen. Einem Zustande innerer Auflösung gehen Völker und Staaten entgegen, wo die religiösen Ueberzeugungen ihre Macht auf die Gemüther verloren haben. So lange sie aber Macht üben, wirken die kirchlichen Angelegenheiten vielfach eingreifend und unabweislich zurück auf das bürgerliche Leben. Staat und Kirche haben es mit denselben Menschen zu thun. Die Kirche bestrebt sich, durch den Einfluss der Religion dem Gewissen eine Richtschnur zu geben. Die Staatsgewalt hat das ernste Amt empfangen, die Rechtsordnung nöthigen Falls durch Anwendung äusseren Zwanges zu schirmen. Doch wenn das Pflichtgefühl ihren Anordnungen nicht zur Stütze dient, so ist ihre Macht gelähmt. Anderer Seits bedarf die Kirche auch äusserer Hilfsmittel ihrer Thätigkeit, und spricht bei Erwerbung und Bewahrung derselben den Schutz der Staatsgewalt an. Von allen Seiten her kommen daher Staat und Kirche mit einander in Berührung. Eben deshalb muss jede grosse Bewegung, welche auf dem Gebiete des einen Theiles vor sich geht, ihre Rückwirkung in den Bereich des andern erstrecken, und in der Stellung, welche sie zu einander einnehmen, Aenderungen hervorbringen. Auch von der Bewegung, welche Oesterreich ergriffen hat, konnte das Verhältniss des Staates zur Kirche nicht unberührt bleiben. In den Tagen der Gährung wurden von verschiedenen Seiten her Stimmen laut, welche in völlig entgegengesetzter Absicht Trennung des Staates von der Kirche forderten, und sie sind noch nicht ganz verstummt. Allein die Regierung Eurer Majestät, welche in dem grossen Augenblicke, als sie Oesterreichs neue Verfassung ins Leben rief, alle die mannigfachen Wünsche und Bestrebungen mit ruhiger Umsicht zu wägen verpflichtet war, durfte nicht daran denken, auf eine Gestaltung einzugehen, welche in einem durchgebildeten Staatsleben niemals und nirgends zur Wahrheit geworden ist. Wohl gibt es Länder, wo eine regelmässige Verbindung nur zwischen der Kirche und den Gemeinden, nicht aber zwischen der Kirche und der Regierung besteht, wo vielmehr jede Berührung zwischen diesen beiden sorgfältig vermieden wird, und es fehlt nicht an Vertheidigern dieser Einrichtung, ob sie gleich die Probe der nach Jahrhunderten rechnenden Geschichte noch nirgend bestanden hat. Mit der geschichtlichen Entwicklung und den gegebenen Zuständen Oesterreichs steht sie aber jedenfalls in einem Widerspruche, welcher ihre Durchführung zur Unmöglichkeit macht. Die Beziehungen der Regierung zur Kirche in Oesterreich könnten nur scheinbar für aufgehoben erklärt werden, aber keine Macht der Erde wäre im Stande, diese Aufhebung in Wahrheit zu verwirklichen. Wohl aber würde schon eine solche Erklärung einerseits die religiösen Angelegenheiten der Völker Oesterreichs namenloser Verwirrung Preis geben, während sie andererseits unvereinbar wäre mit der Aufrechthaltung wohlverworbener Rechte seiner Regenten, auf welche zu verzichten die Regierung

Euerer Majestät niemals rathen könnte. Das begründete Verlangen, dass die freiere Bewegung, die auf allen Gebieten zu gewähren, Bedürfniss und Nothwendigkeit war, auch der Kirche nicht versagt werde, musste daher beobachtet werden, ohne doch vorschnell mit der Vergangenheit zu brechen und Unausführbares zu verheissen. Das Patent vom 4. März 1849 verbürgte durch §. 2 jeder gesetzlich anerkannten Kirche und Religionsgesellschaft das Recht, ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten, sowie das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, und das Vereinsgesetz entband die Versammlungen, welche die Ausübung eines gesetzlich gestatteten Cultus zum ausschliesslichen Gegenstande haben, von den Beschränkungen, welche für Volksversammlungen aufgestellt wurden, aber derselbe §. 2 des obigen Patents sprach zugleich aus, dass jede Kirche im Besitze und Genusse der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonde verbleibe, und wie jede Gesellschaft den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen sei. Dadurch war gesetzlich festgestellt, dass die Staatsregierung die Kirchen und die Religionsgesellschaften als solche anerkenne und schützen werde. Es ist die Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse auf Grundlage ihres factischen Bestandes und ihrer rechtlichen Beziehungen zur Staatskirche gewahrt. | Nachdem aber Euerer Majestät durch den §. 13 des erwähnten Patenten vom 4. März 1849 Allerhöchst Ihren treuehorsamsten Ministerrath beauftragten zur Durchführung der Bestimmungen desselben bis zum Zustandekommen organischer Gesetze provisorische Verordnungen zu entwerfen und Euerer Majestät zur Sanction vorzulegen, so handelte es sich darum, diesem Allerhöchsten Auftrage auch hinsichtlich der im §. 2 enthaltenen Zusicherungen nachzukommen. Der treuehorsame Ministerrath erkannte die Nothwendigkeit, dabei vor Allem seine Aufmerksamkeit auf die Angelegenheiten der katholischen Kirche zu lenken, welche die grosse Mehrzahl der österreichischen Staatsbürger zu ihren Bekennern zählt, und im ganzen Reiche für die sittliche Grundlage des Volkslebens von der höchsten Bedeutung ist. Die kirchlichen und politischen Beziehungen waren durch die frühere Gesetzgebung vielfach in einander verschmolzen; sollten nicht bedenkliche Störungen eintreten, so mussten die durch §. 2 aufgestellten Grundsätze auf das Einzelne der dadurch berührten Verhältnisse mit sorgsamer Umsicht angewandt werden. Ueberdiess war durch die Stellung, in welcher die katholische Kirche kraft §. 2 anerkannt ist, die Nothwendigkeit gegeben, die Neugestaltung ihres Verhältnisses zum Staate im Wege der Vereinbarung durchzuführen. Die Regierung Euerer Majestät glaubte daher den Auftrag, welcher ihr durch §. 13 des Allerhöchsten Patenten vom 4. März geworden ist, hinsichtlich der katholischen Kirchenangelegenheiten nicht erfüllen zu können, bevor sie sich nicht mit den gesetzmässigen Vertretern der katholischen Kirche darüber ins Einvernehmen gesetzt habe, und erliess am 31. März v. J. an die Bischöfe der Länder, für welche die am 4. März gewährten allgemeinen Bürgerrechte kund gemacht wurden, die Einladung sich nach Wien zu begeben, damit das Ministerium zur Be-

Nr 4798 (63)
Oesterreich.
7. April 1850.

rathung der Stellung, welche die katholische Kirche auf Grundlage jener gesetzlichen Bestimmungen künftig im Reiche einnehmen werde, mit denselben in unmittelbaren Verkehr treten könne. Es wurde der Einladung mit Bereitwilligkeit entsprochen, und die versammelten Bischöfe hielten vom 30. April bis 17. Juni Berathungen, deren Resultat sie dem Ministerium unter dem 30. Mai und dem 6., 13., 15. und 16. Juni mittheilten. Bevor sie die Versammlung schlossen, erwählten sie ein Comité, welches aus dem Cardinal und Fürst-Erzbischof von Salzburg, den Fürstbischöfen von Seckau und Laibach, dem Feldebischofe und dem Bischofe von Brünn besteht, und laut der am 17. Juni gemachten Mittheilung die Bestimmung hat, über die von der Versammlung behandelten Gegenstände mit der Regierung Eurer Majestät zu verkehren. Die schriftlichen Aeusserungen, welche die Versammlung dem Ministerium vorlegte, haben zum Gegenstande: 1. Eine einleitende Erklärung. 2. Die Regierung und Verwaltung der Kirche, die geistlichen Aemter und Pfründen, das Patronatsrecht, die Pfarr-Concursprüfung und den Gottesdienst. 3. Die geistliche Gerichtsbarkeit. 4. Den Unterricht. 5. Das Klosterwesen. 6. Die Ehefrage. 7. Den Religions-, Studien- und Schulfond. 8. Das Pfründen- und Gotteshaus-Vermögen. | Schon aus diesen Andeutungen erhellt, wie reichhaltig der Inhalt ist, und wie viele und wichtige Verhältnisse derselbe berührt. Die bischöfliche Versammlung hat, während sie die Ansprüche der Kirche mit Eifer vertrat, in aner kennenswerther Weise das Streben beurkundet, die Geltendmachung der kirchlichen Rechte mit den wesentlichen Interessen des Staates in Einklang zu setzen. Demungeachtet unterliegt die Erledigung ihrer Eingaben manchen Schwierigkeiten. Die Angelegenheit der Religionsstudien und Schulfonde bedarf umständlicher Erhebungen, welche noch im Zuge sind; die neue Regelung der Verwaltung des Kirchenvermögens und der Patronatsverhältnisse ist durch die auf andern Gebieten vor sich gehenden Reformen bedingt. Das Klosterwesen wünschen die Bischöfe in einer den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Weise seiner kirchlichen Bestimmung gemäss zu beleben und zu ordnen, und die Uebelstände, welche daraus erwachsen, dass aus vielen Orden der Geist ihres Institutes entwichen ist, können jenes Bestreben nur wünschenswerth erscheinen lassen. Die voraussichtlichen nächsten Wirkungen desselben, und die Schwierigkeiten, welche sich daraus ergeben dürften, machen es jedoch nothwendig, diese Angelegenheit noch weiterer Verhandlung vorzubehalten. Hinsichtlich der Ehefrage werden von den katholischen Bischöfen nicht ohne Grund Aenderungen in der bisherigen Gesetzgebung in Anspruch genommen. Auch die Superintendenten und evangelischen Vertrauensmänner, welche die Regierung Eurer Majestät gleichfalls zu einer Berathung über die Angelegenheiten ihrer Glaubensgenossen eingeladen hat, haben in ihren vorliegenden Eingaben Wünsche ausgesprochen, welche sorgfältige Berücksichtigung erheischen. Die Regierung Eurer Majestät hat die dadurch angeregten wichtigen Fragen, die einer gemeinsamen Erledigung bedürfen, bereits einer gründlichen Prüfung unterzogen. Sie behält sich vor, darüber mit dem Ausschusse

der Bischöfe demnächst in nähere Verhandlung zu treten, welche ihrem Ab-
 schlusse jedoch nicht ohne ein Einvernehmen mit dem päpstlichen Stuhle zu-
 geführt werden kann. Auch noch in andern Beziehungen stellt sich die Noth-
 wendigkeit eines solchen dar. || Die Statt gehabte Versammlung war keine
 kirchliche Synode, und konnte daher nicht ihren Mitgliedern und noch weniger
 den Nachfolgern derselben eine Rechtsverbindlichkeit zur Beobachtung der ge-
 fassten Beschlüsse auflegen. Hinsichtlich derjenigen Angelegenheiten, deren
 zweckmässige Neugestaltung durch Zusicherungen von kirchlicher Seite bedingt
 ist, und wo auch von der bischöflichen Versammlung entsprechende Zusicherungen
 gegeben worden sind, wird daher gleichwohl die Bürgschaft vermisst, dass die
 gefassten Beschlüsse überall und dauernd zur Richtschnur der bischöflichen
 Verfügungen dienen werden. Diese Bürgschaft wird nur durch ein Einver-
 nehmen mit dem päpstlichen Stuhle erzielt werden können, abgesehen davon,
 dass einige Fragen eine unmittelbare Verhandlung mit demselben erfordern. ||
 Mehrfache Rücksichten missrathen jedoch jede Erledigung in der kirchlichen
 Angelegenheit so lange zu vertagen, bis für alle darin begriffenen Gegenstände
 die Vorbedingungen definitiver Entscheidung erfüllt sind. Alle, welche an der
 katholischen Kirche lebhaften Antheil nehmen, harren mit Ungeduld einer
 baldigen Verwirklichung der in dem Patente vom 4. März enthaltenen Zusagen,
 und so sehr der eingetretene Aufschub durch die Sachlage gerechtfertigt wird,
 so müsste doch eine längere Verzögerung das Vertrauen in die Absichten der
 Regierung beeinträchtigen. Zudem wirkt der Umstand von Unentschiedenheit
 lähmend auf das innere Leben der Kirche, dessen kräftigere Entwicklung ein
 immer allgemeiner gefühltes Bedürfniss ist, während es den Staatsbehörden
 überall, wo die alte Ordnung mit den neuen Principien nicht im Einklange
 steht, und durch deren Verkündung erschüttert ist, an festen Regeln für ihr
 Benehmen in Betreff kirchlicher Angelegenheiten gebricht. || Der treuehoro-
 samste Ministerrath ist daher nach reiflicher Erwägung der Sachlage der An-
 sicht, dass ohne weiteren Verzug vorläufig alle diejenigen von der bischöflichen
 Versammlung angeregten Fragen erledigt werden sollen, deren Erledigung be-
 reits möglich ist, hinsichtlich der übrigen aber die Verhandlungen mit dem
 Ausschusse der Bischöfe fortgesetzt und die nöthigen Vorbereitungen für ein
 Concordat mit dem päpstlichen Stuhle, in so weit ein solches erforderlich ist,
 getroffen werden und erbittet sich hierzu in tiefster Ehrfurcht die Ermächtigung
 Euerer Majestät. || Die versammelten Bischöfe haben in ihrer einleitenden Er-
 klärung vom 30. Mai v. J. sich zuvörderst im Allgemeinen über die Stellung
 ausgesprochen, welche die katholische Kirche in Anspruch nimmt, und die
 Ueberzeugung ausgedrückt, dass die Regierung Euerer Majestät, während sie
 andern Religionsgesellschaften neue Rechte verleiht, die alten wohl erworbenen
 Rechte der katholischen Kirche anerkenne und zu schützen bereit sei. || Euere
 Majestät dürften den treuehorsamsten Minister des Cultus und Unterrichts
 zu der Erklärung ermächtigen, dass die Bischöfe sich in diesem Vertrauen
 nicht täuschen. Die Regierung Euerer Majestät ist von dem Grundsätze aus-

Nr. 4798 (69).
Oesterreich.
7. April 1850.

gegangen, dass die Ueberzeugungen, welche den Menschen mit einer höhern Welt verknüpfen, dem heiligsten Bereiche der Freiheit angehören, und enthielt sich auf dieselben auch nur mittelbar einzuwirken, unter der Voraussetzung, dass es sich um wahrhaft religiöse Ueberzeugungen, also um solche handle, welche den Pflichten, ohne deren Heilighaltung ein wohlgeordnetes Staatsleben unmöglich ist, zur festen Stütze dienen. Desswegen wurden die bürgerlichen und politischen Rechte von dem Religionsbekenntnisse unabhängig gemacht, und hinsichtlich der Rechte, welche §. 2 des mehrerwähnten Patentes vom 4. März zusichert, alle gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften einander gleichgestellt. Dadurch sind aber die besonderen Rechtsverhältnisse, welche sich zwischen Oesterreichs Herrschern und der katholischen Kirche seit Jahrhunderten entwickelt haben, weder aufgehoben, noch in Frage gestellt. Auch muss die Regierung Eurer Majestät sich aufgefordert fühlen, während sie jeder Religionsgesellschaft die gesetzlich zugesicherte Freiheit gewährt, der Kirche, von welcher eine so grosse Mehrzahl der Staatsbürger für so wichtige geistige Interessen Befriedigung erwartet, stets besondere Berücksichtigung zuzuwenden. || Die versammelten Bischöfe haben ferner den Zusatz, jenes §. 2, dass die Kirchen und Religionsgesellschaften, wie jede Gesellschaft den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen seien, zum Gegenstande einer Erläuterung gemacht, und sie beziehen ihn ganz im Sinne des Gesetzgebers auf die Erfüllung jener allgemeinen Bürgerpflichten, welche den Wirkungskreis der Kirche nicht beeinträchtigen, sondern vielmehr durch das Sittengesetz, welches sie verkündigt, geheiligt werden. Die katholische Kirche ruht übrigens auf dem festen Grunde der Ueberzeugung, dass sie nicht nur ihre Glaubens- und Sittenlehre, sondern auch die Grundzüge ihrer Verfassung durch göttliche Offenbarung empfangen habe, sie kann daher nicht wie andere Gesellschaften ihre eigenen Gesetze willkürlich ändern. Jede Staatsgewalt, die eine Verständigung über ihre Beziehungen zur katholischen Kirche wünscht, muss demnach jene Gesetze anerkennen und die Regierung Eurer Majestät hat diese Nothwendigkeit niemals verkannt. | Bei den in den weiteren Eingaben der bischöflichen Versammlung angeregten Fragen handelt es sich zunächst darum, diejenigen bisher giltigen Gesetze und Vorschriften, welche der Verwirklichung der im §. 2 des Allerhöchsten Patentes vom 4. März 1849 der Kirche angewiesenen Stellung entgegenstehen, zu beseitigen, und durch neue Bestimmungen zu ersetzen. || Der treuehorsamste Ministerrath erlaubt sich zu dem Ende die beiliegende Verordnung der Allerhöchsten Genehmigung Eurer Majestät ehrfurchtsvoll zu unterbreiten. || Zur Erläuterung und Begründung ihres Inhaltes geruhen Euere Majestät dem ehrerbietigst Unterzeichneten nachstehende Bemerkungen zu gestatten: Der Verkehr mit dem päpstlichen Stuhle war durch die bisherige Gesetzgebung mit gehäuften Vorsichtsmassregeln umstellt. . . . | Die Fortdauer der bisher bestandenen Beschränkungen ist, nach dem Erachten des treuehorsamsten Ministerrathes, in der That nicht länger zulässig. Sie sind Bestandtheile einer Gesetzgebung, die in den Verhältnissen der Zeiten, in

welchen sie sich entwickelte, ihre Erklärung findet, aber unvereinbar ist mit Nr. 4798 (63). Oesterreich. 7. April 1850. den wesentlich geänderten Zuständen der Gegenwart, jene Gesetzgebung war bestimmt, durch eine consequente Bevormundung auf allen Gebieten des geistigen Lebens jedem Missbrauche freier Selbstthätigkeit vorzubeugen. Ihre Wirksamkeit beruhte eben auf ihrer Allseitigkeit. Es war folgerecht sie auch der Kirche gegenüber in Anwendung zu bringen. Aber die der Kirche gesetzten Schranken allein hätten nie staatsgefährlichen Missbrauch zu verhüten vermocht, und sie haben sich immer ohnmächtig erwiesen, wo die Träger der Kirchengewalt sie missbrauchen wollten, und die politischen Ereignisse dazu Gelegenheit boten, während sie unter andern Verhältnissen zu nutzlosen Förmlichkeiten herabsanken. Immer lähmten sie aber auch die heilsame Selbstständigkeit, die überall nur aus dem Gefühle selbstständiger Verantwortlichkeit entspringt, und nährten jenen Geist des Misstrauens und Argwohnes, der der Kirche wie dem Staate Nachtheil bringt. Diesen unerfreulichen Geist haben Euerer Maj. aus der österreichischen Gesetzgebung verbannt. Ihn nur der Kirche gegenüber festzuhalten, wäre der Regierung Euerer Majestät eben so unwürdig als unvereinbar mit den im §. 2 des Allerhöchsten Patentes vom 4. März 1849 verbürgten Rechten. || Dagegen verlangt es die innige Verbindung, welche zwischen dem österreichischen Staate und der katholischen Kirche besteht, und welche auch die Bischöfe nicht gelöst zu sehen wünschen, dass sie auch fernerhin im Einvernehmen mit der Regierung handeln, und dass daher jene bischöflichen Erlässe, welche äussere Wirkungen nach sich ziehen, oder öffentlich kund gemacht werden sollen, gleichzeitig den betreffenden Regierungsbehörden mitgetheilt werden. Wenn übrigens die Bischöfe nicht mehr gezwungen werden, sich im Verkehr mit dem päpstlichen Stuhle, ausschliesslich des k. k. Agenten in Rom zu bedienen, so ist es doch sehr wünschenswerth, dass sie sich seiner in Parteisachen aus eigener Wahl auch künftighin bedienen, um dadurch die Unzukömmlichkeiten zu vermeiden, welche mit der Benützung gewinnstüchtiger Privat-Agenten häufig verbunden sind. || . . . [Der Abhaltung der Provinzial- und Diöcesan-Synoden steht kein Hinderniss im Wege, doch erwartet die Regierung, dass ihr die Einberufungsbestimmungen wie auch die gefassten Beschlüsse mitgetheilt werden.] . . . || Die geistliche Gerichtsbarkeit erfuhr in Oesterreich Hemmungen, in Folge deren sie thatsächlich beinahe aufgehoben wurde. Die Gränzlinie ihrer Zulässigkeit wurde in der Unterscheidung rein geistlicher Angelegenheiten im Gegensatze zu rein bürgerlichen oder gemischten gesucht. || Da aber alle Gegenstände kirchlicher Gesetzgebung in dem Masse ihrer Wichtigkeit auch eine Rückwirkung auf das Staatsleben äussern, so musste durch jene Unterscheidung die Competenz der geistlichen Gerichte fast gänzlich verschwinden. So wurde die Disciplinargewalt über die Diener der Kirche fast ganz der gemeinschaftlichen Amtshandlung weltlicher und geistlicher Behörden zugewiesen. || Mit den Kirchenstrafen verband die ältere Gesetzgebung bürgerliche Nachtheile. Hievon nahm man Veranlassung, die Verhängung von Kirchenstrafen von dem Ermessen der Staatsbehörden abhängig

Nr. 4798 (63).
Oesterreich.
7. April 1850.

zu machen, und an dieser Beschränkung wurde auch dann festgehalten, als die Gesetze, welche mit den Kirchenstrafen bürgerliche Folgen verknüpften, ausser Kraft gesetzt waren. . . . || Der treuehorsaamste Ministerrath ist des ehrfurchtvollen Erachtens, dass auch in diesen Beziehungen die bisherige Gesetzgebung nicht länger haltbar sei. Wohl ist es sehr wünschenswerth, dass die Kirche und die Staatsgewalt in ihrer Amtshandlung nie die Untrennbarkeit ihrer beiderseitigen Interessen unbeachtet lassen. Auch im Familienleben begibt sich aber Vieles, was auf den Staat mittelbar einen mächtigen Einfluss übt, und was er doch seiner Entscheidung nicht vorbehalten kann, ohne sowohl alle Freiheit zu vernichten, als auch etwas schlechthin Unmögliches anzustreben. Dasselbe gilt von der Kirche. Ohne mit dem §. 2 des Allerhöchsten Patentes in Widerspruch zu gerathen, kann der Kirche nicht länger verwehrt werden, sich selbstständig der Strafgewalt zu bedienen, die sie aus der ihr inwohnenden Macht zu schöpfen, und ohne Anwendung äusseren Zwanges zu üben vermag. Wenn sie aber ihre Erkenntnisse durch äussere Zwangsmittel vollzogen wissen will, so darf die Staatsgewalt ihr den weltlichen Arm nicht leihen, ohne Bürgschaft zu haben für den gerechten Vorgang der geistlichen Gerichte. Die versammelten Bischöfe bemerken hierüber: „Da bei dem gerichtlichen Verfahren auf die Gewohnheiten und Bedürfnisse der christlichen Länder Rücksicht zu nehmen, in ihren Diöcesen aber die Entwicklung des diessfälligen Gewohnheitsrechtes durch die vieljährige Unterbrechung der geistlichen Gerichte gehemmt worden sei, so würden alle Einleitungen getroffen werden, um auf gesetzlichem Wege die nöthigen Näherbestimmungen zu erzielen.“ Die Regierung Euerer Majestät muss wünschen, dass diese Einleitungen, so sehr als es die Verhältnisse gestatten, beschleunigt und die Ergebnisse ihr mitgetheilt werden. Vorläufig muss sie sich aber vorbehalten, wofern die geistliche Behörde eine Unterstützung von Seite der Staatsgewalt anspricht, in die Untersuchungs-Akten Einsicht zu nehmen, und sich die Ueberzeugung zu verschaffen, dass der Vorgang den Kirchengesetzen, auf welche es dabei allein ankömmt, vollkommen entsprechend sei. . . . || Die versammelten Bischöfe haben im Geiste der Kirche, welche sie vertreten, es ausgesprochen, dass geistlicher Aemter und Pfründen nur Solche würdig seien, welche geeignet sind, wie in jeder christlichen Tugend, so auch in Erfüllung der Pflichten gegen die bürgerliche Obrigkeit der christlichen Gemeinde mit Wort und Beispiel vorzuleuchten. Die Regierung Euerer Majestät glaubt darauf vertrauen zu dürfen, dass die Vorsteher der katholischen Kirche diesen Grundsatz sowohl bei Candidaten von geistlichen Aemtern als auch bei schon angestellten Geistlichen durchführen, und jeder Zeit die Hand bieten werden, um Geistliche, welche ihren heiligen Wirkungskreis auf eine dem Staate gefährliche Weise missbrauchen, unschädlich zu machen. Unter dieser Voraussetzung glaubt sie es durch die der katholischen Kirche schuldige Achtung geboten, dass, wenn solche traurige Fälle sich ereignen, stets zunächst im Einverständnisse mit dem betreffenden Bischöfe, oder beziehungsweise mit dem päpstlichen Stuhle gegen die Pflicht-

vergessenen vorgegangen werde. || Geruhen Euere Majestät demgemäss Aller-^{Nr. 4798 (63).}
gnädigst anzuordnen, dass, wenn ein Geistlicher seine Stellung und die ihm in^{Oesterreich.}
derselben für kirchliche Zwecke zustehenden Befugnisse zu andern Zwecken^{7. April 1850.}
in der Art missbraucht, dass seine Entfernung vom Amte sich der Regierung
als nothwendig darstellt, die weltlichen Behörden sich desshalb vorerst mit
seinem kirchlichen Vorgesetzten in's Einvernehmen zu setzen haben. || Die
bischöfliche Versammlung hat es mit Recht für angemessen erkannt, dass
wenn ein Geistlicher von den weltlichen Gerichten wegen Verbrechen oder
Vergehen verurtheilt wird, der Bischof in die Möglichkeit versetzt werde, bevor
er eine geistliche Strafe verhängt, den Grad der Schuld, welche der Ver-
urtheilte der Kirche gegenüber auf sich geladen, selbstständig zu beurtheilen.
Dass er zu dem Ende vor Vollzug der Strafe von der Verurtheilung in Kennt-
niss gesetzt werde, ist bereits durch die bestehenden Gesetze angeordnet. Die
versammelten Bischöfe haben den Wunsch ausgedrückt, dass auch die Mit-
theilung der Verhandlungs-Akten, wenn sie verlangt wird, nicht verweigert
werde. Euere Majestät dürften sich bewogen finden, Allergnädigst zu ge-
nehmigen, dass diese Mittheilung der Akten, obgleich sie auch bisher nicht
verweigert wurde, den Gerichten ausdrücklich zur Pflicht gemacht werde. ||
Die Gegenstände, welche ihre gemeinsame Erledigung in der anliegenden Ver-
ordnung finden, sind insgesamt solche, hinsichtlich welcher es sich nur um
Beseitigung der durch die bisherige Gesetzgebung aufgerichteten Schranken
handelt. || Die andern gegenwärtig zu erledigenden Punkte der bischöflichen
Eingaben verlangen abgesondert behandelt zu werden. Der ehrfurchtsvoll
Unterzeichnete erlaubt sich die Unterrichtsfrage einem eigenen Allerunter-
thänigsten Vortrage vorzubehalten, über die übrigen Gegenstände aber Nach-
stehendes zu bemerken:

. . . . [Rücksichtlich der kirchlichen Aemter soll das kaiserliche Er-
nennungsrecht fortbestehen, doch soll, wie die Bischöfe wünschen, der Rath
der Bischöfe der betreffenden Kirchenprovinz eingeholt werden; auch sollen
für die Besetzung der Canonicate, die von den Bischöfen beantragten kirch-
lichen Garantien gegeben werden.] Das Kirchengesetz verordnet, dass
zur Besetzung erledigter Pfarren ein Concurs ausgeschrieben, und die Be-
fähigkeit der Bewerber durch dazu bestellte Examinatoren geprüft werde. Diese
zweckmässige Massregel ward in Oesterreich von der politischen Gesetzgebung
gänzlich in ihren Bereich gezogen. || [Jede Einflussnahme des Staates
auf die Pfarr-Concursprüfung soll und kann wegfallen, da die bischöflichen
Beschlüsse hierüber „jedem Interesse genügen, welches der Staat an der Ein-
richtung dieser Prüfung haben kann.“]

Von der Ansicht ausgehend, dass Alles, was auf den Staat Einfluss
nehmen könne, der Verfügung des Staates unterstehe, erliess die österreichische
Gesetzgebung über den Gottesdienst der katholischen Kirche die genauesten
Anordnungen, deren viele jedoch längst in Vergessenheit gerathen sind. Da-
gegen erklären die versammelten Bischöfe mit Berufung auf § 2 der Grund-

Nr. 4798 (63).
Oesterreich.
7. April 1850.

rechte, dass sie fernerhin den Gottesdienst, und alles darauf bezügliche innerhalb der Gränzen der allgemeinen Staatsgesetze selbstständig anordnen, und nur den Geist und die Gesetze der katholischen Kirche dabei zur Richtschnur nehmen werden. Der treuehorsamste Ministerrath muss den von den Bischöfen erhobenen Anspruch als begründet anerkennen.

. . . [Jedem Bischofe soll es frei stehen, den Gottesdienst seiner Diöcese zu ordnen und zu leiten, da für die Regierung in der obigen Erklärung der Bischöfe eine genügende Garantie liege.] . . .

Die versammelten Bischöfe haben endlich auch die Bitte gestellt: „Dass die Regierung Euerer Majestät der Feier des Sonntages und der wenigen katholischen Feiertage ihren Schutz nicht entziehe, und wie bisher Alles, was die Heiligung dieser Tage stört, ferne halte.“

. . . . [Die Behörden sollen angewiesen werden „darüber zu wachen, dass an Orten, wo die katholische Bevölkerung die Mehrzahl bildet, die Feier der Sonn- und Festtage nicht durch geräuschvolle Arbeiten oder durch öffentlichen Handelsbetrieb gestört werde.“] || Geruhen Euerer Majestät den gestellten Anträgen die Allerhöchste Genehmigung zu ertheilen, und den ehrfurchtsvoll Unterzeichneten zu ermächtigen, die Eingaben der bischöflichen Versammlung in Gemässheit der in diesem allerunterthänigsten Vortrage entwickelten Ansichten zu erledigen.

Wien, am 7. April 1850.

Thun m. p.

Nr. 4799. (64.)

ÖSTERREICH. Kaiserliche Verordnung und Resolution. — Feststellung des Verhältnisses der katholischen Kirche zum Staate. —

Verordnung S. R. G. B. Jahrg. 1850 Nr. 156 p. 826.

Nr. 4799 (64).
Oesterreich.
18. April 1850.

Zum Vollzug der durch §. 2 des Patentens vom 4. März 1849 der kath. Kirche verbürgten Rechte, genehmige Ich über Antrag Meines Ministers des Cultus und Unterrichtes und auf Einrathen Meines Ministerrathes für alle Kronländer Meines Reiches, für welche jenes Patent erflossen ist, nachstehende Bestimmungen: §. 1. Sowol den Bischöfen, als den ihnen unterstehenden Gläubigen steht es frei, sich in geistlichen Angelegenheiten an den Papst zu wenden, und die Entscheidungen und Anordnungen des Papstes zu empfangen, ohne dabei an eine vorläufige Zustimmung der weltlichen Behörden gebunden zu sein. §. 2. Den katholischen Bischöfen steht es frei, über Gegenstände ihrer Amtsgewalt und innerhalb der Grenzen derselben an ihren Klerus und ihre Gemeinde ohne vorläufige Genehmigung der Staatsbehörde Ermahnungen

und Anordnungen zu erlassen; sie haben jedoch von ihren Erlässen, in so fern sie äussere Wirkungen nach sich ziehen, oder öffentlich kundgemacht werden sollen, gleichzeitig den Regierungsbehörden, in deren Bereich die Kundmachung erfolgen, oder die Anwendung geschehen soll, Abschriften mitzutheilen. || §. 3. Die Verordnungen, durch welche die Kirchengewalt bisher gehindert war, Kirchenstrafen, die auf bürgerliche Rechte keine Rückwirkung üben, zu verhängen, werden ausser Kraft gesetzt. || §. 4. Der geistlichen Gewalt steht das Recht zu Jene, welche die Kirchenämter nicht der übernommenen Verpflichtung gemäss verwalten, in der durch das Kirchengesetz bestimmten Form zu suspendiren oder abzusetzen, und sie der mit dem Amte verbundenen Einkünfte verlustig zu erklären. || §. 5. Zur Durchführung des Erkenntnisses kann die Mitwirkung der Staatsbehörden in Anspruch genommen werden, wenn denselben der ordnungsmässige Vorgang der geistlichen Behörde durch Mittheilung der Untersuchungsacten nachgewiesen ist. || §. 6. Mit der Durchführung dieser Bestimmungen ist Mein Minister des Cultus und Unterrichtes beauftragt.

Nr. 4799 (64).
Oesterreich.
18. April 1850.

(Kaiserliche Resolution.) Meine Behörden sind anzuweisen, dass wenn ein katholischer Geistlicher seine Stellung und die ihm in derselben für kirchliche Zwecke zustehende Befugnisse zu anderen Zwecken in der Art missbraucht, dass seine Entfernung vom Amte für nothwendig anerkannt wird, sie sich deshalb vorerst mit seinen kirchlichen Vorgesetzten ins Einvernehmen setzen. Den Gerichtsbehörden ist zu verordnen, dass, wenn ein katholischer Geistlicher wegen Verbrechen oder Vergehen verurtheilt wird, dem Bischofe, die Verhandlungsacten auf sein Verlangen mitgetheilt werden. In der Mir zustehenden Ernennung der Bischöfe erkenne ich ein von Meinen erlauchten Vorfahren überkommenes Recht, welches Ich gewissenhaft zum Heile und zum Frommen der Kirche und des Reiches auszuüben gedenke. Um bei der Auswahl der Person das Beste der Kirche zu wahren, werde Ich stets geneigt sein, bei Besetzung von Bisthümern, wie diess auch bisher in Uebung war, den Rath von Bischöfen, und namentlich von Bischöfen der Kirchenprovinz, in welcher das Bisthum erledigt ist, zu hören. Ueber die bei Ausübung der landesfürstlichen Rechte in Betreff der Besetzung geistlicher Aemter und Pfründen zu beobachtende Form hat Mein Minister des Cultus und Unterrichtes Mir die geeigneten Anträge zu erstatten. Zur Durchführung der von der Versammlung der Bischöfe in Betreff der Bedingung zur Erlangung von Domherrnstellen, der Domicellar - Canonicate, dann in Betreff der Wahlkapitel zu Olmütz und Salzburg beschlossenen Massregeln sind die Bischöfe, in so weit Meine Regierung dazu mitzuwirken berufen ist, kräftigst zu unterstützen. Die vollständige Durchführung der von der Versammlung der Bischöfe über die Pfarrconcursprüfung getroffenen Bestimmungen soll unter dem Vorbehalte, dass dieselben nicht ohne mit der Regierung gepflogenen Rücksprache abgeändert werden, kein Hinderniss finden, jedoch soll dort, wo, und in so weit, als jene Beschlüsse nicht zur Richtschnur genommen werden, bei der Pfarrconcurs-

Nr. 4799 (64).
Oesterreich.
18. April 1850.

prüfung nach den bisherigen Anordnungen vorgegangen werden. Ich genehmige, dass es jedem Bischöfe frei stehen soll, den Gottesdienst in seiner Diöcese im Sinne der von der Versammlung der Bischöfe gefassten Beschlüsse zu ordnen und zu leiten. Meine Behörden sind anzuweisen, auf Grundlage der bestehenden Gesetze darüber zu wachen, dass an Orten, wo die katholische Bevölkerung die Mehrzahl bildet, die Feier der Sonn- und katholischen Festtage nicht durch geräuschvolle Arbeiten oder durch öffentlichen Handelsbetrieb gestört werde. Im Uebrigen nehme Ich den Inhalt der Mir vorgelegten Eingaben der Versammlung der Bischöfe zur Kenntniss, und ermächtige Meinen Minister des Cultus und Unterrichtes, solche in Gemässheit der in diesem Vortrage entwickelten Ansichten zu erledigen. Ueber die noch unerledigten Fragen sind Mir die geeigneten Anträge mit thunlicher Beschleunigung zu erstatten, und insoferne ein Einvernehmen mit dem päpstlichen Stuhle nothwendig ist, sind hiezu die nöthigen Vorbereitungen und Einleitungen zu treffen. Dieses Einvernehmen wird sich auch auf die Regelung des Einflusses zu erstrecken haben, der Meiner Regierung gewahrt werden muss, um von geistlichen Aemtern und Pfründen im Allgemeinen Männer fern zu halten, welche die bürgerliche Ordnung gefährden könnten.

Wien, am 18. April 1850.

Franz Josef.

Zur Durchführung dieser kaiserl. Verordnung und Resolution — letztere wurde nicht veröffentlicht — erliess der Cultus- und Unterrichtsminister nachfolgende Verordnungen: Ueber Straf- und Disciplinar-Amtshandlungen gegen katholische Geistliche und über den Wirkungskreis der Regierungsbehörden in Angelegenheiten des Gottesdienstes und der Pfarrconcursprüfungen (15. Juli 1850 R.-G.-B. Nr. 320 p. 1325); über die Feier der Sonn- und Feiertage (22. Juni 1850 R.-G.-B. Nr. 265 p. 1167); der Justizminister eine Verordnung über die Mittheilung der Verhandlungsacten an den Bischof, wenn ein Geistlicher wegen Verbrechen oder Vergehen verurtheilt wurde. (3. September 1850 R.-G.-B. Nr. 342 p. 1554.)

Nr. 4800. (65.)

ÖSTERREICH. Aus dem Vortrage des Cultus- und Unterrichtsministers an den Kaiser. — Die Beziehungen der katholischen Kirche zum öffentlichen Unterricht. —

Beilage-Blatt vom R.-G.-Bl. Jahrg. 1850 p. 114—124.

Nr. 4800 (65).
Oesterreich.
13. April 1850.

Die katholische Kirche kann nie und nirgends dem Anspruche entsagen, einen entscheidenden Einfluss auf den Religionsunterricht zu nehmen, und der §. 2 des Allerhöchsten Patentes vom 4. März 1849 verbürgt den Trägern der kirchlichen Autorität unzweifelhaft das Recht, den der Kirche gebührenden

Einfluss selbstständig geltend zu machen. || Die Kirche wird immer verlangen, dass sie auch ihre eigenen Unterrichtsanstalten habe, ein Recht, welches nach §. 3 des Allerhöchsten Patentes gar nicht in Frage gestellt werden kann, und die Bischöfe werden in der Leitung der kirchlichen Unterrichtsanstalten vom Staate nicht beirrt werden dürfen. Hingegen kann auch die Regierung auf die selbstständige Leitung derjenigen Anstalten, die sie gründet, und für deren Zustand sie verantwortlich ist, niemals verzichten. Zugleich wird aber der kirchliche Unterricht nicht den Staat, und der Unterricht in den Staatsanstalten nicht die Kirche ignoriren dürfen. || Um heilsam und erfolgreich wirken zu können, wird vielmehr die Kirche in ihren Anstalten im Einvernehmen mit der Regierung, und die Regierung in den Staatsanstalten im Einvernehmen mit der Kirche vorgehen, und beide werden einander, um ihre eigenen Zwecke zu fördern, einen angemessenen Einfluss gewähren müssen. Ein solches Einvernehmen beruht seiner Natur nach auf gegenseitigem Vertrauen. Es kann nicht durch Gesetze erzwungen werden. Wohl aber muss es ermöglicht werden, durch gesetzliche Vorschriften, welche jedem Theile das verbürgen, was er als ein Recht ansprechen kann. Dem Staate muss derjenige Einfluss auf die kirchlichen Anstalten, der ihn gegen gefährlichen Missbrauch und verderbliche Richtungen schützt, gesetzlich gewahrt sein, der Kirche jener Einfluss auf die Anstalten des Staates, der geeignet ist, darüber zu beruhigen, dass der Religionsunterricht nicht vernachlässigt, oder gar der Glauben untergraben werde. Namentlich kann die Beurtheilung, ob der Unterricht, welcher in der katholischen Religion, oder in den theologischen Wissenschaften ertheilt wird, wirklich sei, was er heisst, nur der kirchlichen Autorität zustehen. Der Staat, der überhaupt die Selbstständigkeit der Kirche achten will, muss sie auch in die Lage setzen, dieses Urtheil selbstständig zu fällen. Er darf daher an den öffentlichen Anstalten Niemanden als Lehrer der kath. Religion oder der Theologie wirken lassen, der nicht hiezu von der Kirche befugt ist. Nur auf solchen Grundlagen kann in der Angelegenheit des öffentlichen Unterrichts zwischen dem Staate und der Kirche Vertrauen herrschen, und jenes Einvernehmen bestehen, welches nothwendig ist, um den Zweck beider zu fördern. Von diesen Ansichten geleitet, erlaubt sich der in tiefster Ehrfurcht Unterzeichnete zur Beleuchtung der speciellen Anträge und Wünsche der Bischöfe überzugehen. || [Ueber die Heranbildung der Candidaten des geistlichen Standes; über den Religionsunterricht in Mittelschulen; über den Einfluss der Kirche auf die Volksschule.] — Das Recht, den Religionsunterricht in den katholischen Volksschulen zu besorgen, ist der Kirche durch §. 4 des Allerhöchsten Patentes vom 4. März 1849 verbürgt worden. Die Regierung Euerer Majestät ist von der Ueberzeugung durchdrungen, dass auch auf der untersten Bildungsstufe dieser Unterricht, um wirksam zu sein, und den daselbst ganz besonders vorherrschenden Zweck der Erziehung zu fördern, nicht von dem anderweitigen Unterrichte getrennt, und dass die Volksschule am allerwenigsten zum Kampfplatze entgegengesetzter

Nr. 4800 (65).
Oesterreich.
13. April 1850.

Nr. 4800 (65). Oesterreich.
13. April 1850.

Lebensanschauungen werden darf. || Dagegen erkennen die Bischöfe das Recht und das Interesse an, welches auch der Staat hat, leitend und überwachend auf die Volksschulen einzuwirken, und sie finden die Ansprüche, welche Kirche und Staat auf die Schulen machen, in der bisherigen Schulverfassung billig berücksichtigt. || Der treuehorsamste Minister des Cultus und Unterrichts fühlt die Verpflichtung, auch auf dem Gebiete der Völksschule Verbesserungen anzustreben. Der innige Zusammenhang, in welchem das Volksschulwesen mit anderen Institutionen steht, die in gänzlicher Umgestaltung begriffen sind, macht es jedoch nothwendig, die Regelung dieses Gegenstandes, in so fern es sich um theilweise Aenderung der bestehenden Einrichtungen handelt, noch der weiteren Verhandlung vorzubehalten, wobei übrigens keineswegs beabsichtigt wird, den Einfluss, welchen die Kirche auf die Volksschule bisher geübt hat, zu beschränken oder zu beeinträchtigen. || Im Hinblicke auf die in diesem Allerunterthänigsten Vortrage entwickelten Ansichten, erlaubt sich der ehrfurchtsvoll Unterzeichnete im Namen des treuehorsamsten Ministerrathes zur Regelung der Beziehungen der katholischen Kirche zum öffentlichen Unterrichte den beiliegenden Resolutions-Entwurf der Allerhöchsten Genehmigung zu unterbreiten, und den weiteren ehrerbietigen Antrag zu stellen: Euere Majestät geruhen zu genehmigen: || 1. Dass die vollständige Durchführung der Beschlüsse, welche von der Versammlung der Bischöfe über die Einrichtung der theologischen Diöcesan- und Kloster-Lehranstalten gefasst worden sind, kein Hinderniss finde, unter dem Vorbehalte, dass keine Abänderung ohne mit der Regierung gepflogene Rücksprache werde verfügt werden, dass aber dort, wo und in so weit als Diöcesan- und Kloster-Lehranstalten diese Beschlüsse nicht zur Richtschnur nehmen, nach den bisherigen Bestimmungen vorgegangen werde; || 2. dass da, wo in Zukunft eine theologische Fakultät bestehen wird, zugleich eine Diöcesan-Anstalt eingerichtet werde; 3. dass bei der Anstellung von Religionslehrern an Staatsgymnasien und anderen Mittelschulen in der oben beantragten Weise vorgegangen werde; 4. dass an Universitäten, an welchen es noch nicht der Fall ist, Prediger angestellt werden, und deren Auswahl den Bischöfen überlassen werde. || Geruhen Euere Maj. endlich: || 5. zu genehmigen, dass es von den an den philosophischen Fakultäten systemisirt gewesenen Professuren der Religionswissenschaft abkomme, dagegen den treuehorsamsten Minister des Cultus und Unterrichts zu ermächtigen, Männern, welche vorzüglich befähigt sind, die christliche Ueberzeugung an den philosophischen Fakultäten wissenschaftlich zu vertreten, wenn solche von den Bischöfen bezeichnet werden, einen angemessenen Gehalt anzuweisen.

Wien, am 13. April 1850.

Phun.

Nr. 4801. (66.)

ÖSTERREICH. Kaiserliche Verordnung und Resolution. — Regelung der Beziehungen der katholischen Kirche zum Unterricht. —

Verordnung im R.-G.-Bl. Jahrg. 1850. Nr. 157 p. 827.

In Erwägung der §§. 2, 3 und 4 des Patentens vom 4. März 1849, genehmige Ich, nach dem Antrage Meines Ministers des Cultus und Unterrichtes und über Einrathen Meines Ministerrathes, für alle Kronländer, für welche jenes Patent erflossen ist, nachstehende Bestimmungen: || §. 1. Niemand kann an niedern oder höhern öffentlichen Lehranstalten als katholischer Religionslehrer oder Professor der Theologie wirken, ohne die Ermächtigung hiezu von dem Bischöfe erhalten zu haben, in dessen Diöcese sich die Anstalt befindet. || §. 2. Der Bischof kann die Jemanden ertheilte Ermächtigung jederzeit wieder entziehen; die blosse Entziehung dieser Ermächtigung macht jedoch einen von der Regierung angestellten Lehrer nicht des ihm gesetzlich zustehenden Anspruches auf einen Ruhegehalt verlustig. || §. 3. Es bleibt Sache der Regierung, Männer, welche vom Bischöfe die Ermächtigung zum Vortrage der Theologie erhalten haben, an den theologischen Fakultäten zu Professoren zu ernennen, oder als Privatdozenten zuzulassen, und diese verwalten ihr Amt nach Massgabe der akademischen Gesetze. || §. 4. Dem Bischöfe steht es frei, seinen Alumnen die Vorträge, welche sie an der Universität zu besuchen haben und deren Reihenfolge vorzuzeichnen, und sie darüber in seinem Seminarium prüfen zu lassen. || §. 5. Zu den strengen Prüfungen der Candidaten der theologischen Doctorwürde ernennt der Bischof die Hälfte der Prüfungskommissare aus Männern, welche selbst den theologischen Doctorgrad erlangt haben. || §. 6. Es kann Niemand die theologische Doctorwürde erlangen, der nicht vor dem Bischöfe, oder dem von ihm dazu Beauftragten, das Tridentinische Glaubensbekenntniss abgelegt hat. Mit der Durchführung dieser Bestimmungen ist Mein Minister des Cultus und Unterrichtes beauftragt.

(Kaiserliche Resolution.) Ich genehmige ferner die übrigen in diesem Vortrage gestellten Anträge und ermächtige Meinen Minister des Cultus und Unterrichtes zu deren Durchführung.

Wien, am 23. April 1850.

Franz Josef.

Im Anschluss an diese kaiserl. Verordnung und Resolution erliess der Minister für Cultus und Unterricht, in Uebereinstimmung mit den bischöflichen Beschlüssen, Verordnungen über die Stellung der katholischen Religionslehrer an den Gymnasien und andern Mittelschulen (28. Juni 1850 R.-G.Bl. Nr. 265 p. 1167), und über die Einrichtung der katholisch-theologischen Diöcesan- und Klosterlehranstalten und Fakultäten (15. Juli 1850 R.-G.-Bl. Nr. 319 p. 1325.)

Nr. 4802. (67.)

ÖSTERREICH. Adresse des österreichischen Episcopates an den Kaiser. — Dank für die der katholischen Kirche wieder gegebene Freiheit. —

Roskovány, Mon. VII p. 623 ff.

Nr. 4802(67).
Oesterreich.
19. Mai 1850.

Euere kaiserl. apost. königl. Majestät etc. Ein Jahr ist verflossen, seit wir in der Hauptstadt des Reiches uns zu den Berathungen vereinigten, welche die Regierung Eurer Majestät durch die an uns gerichtete Einladung beschleunigt und erleichtert hatte. Schon die Thatsache der Versammlung gab ein grossartiges Zeugniß für den Geist der echten Weisheit und höhern Lebensauffassung, welcher auf Oesterreichs Throne waltete, und dieser Geist hat nun seiner Würdigen vollbracht. Der 18. und 23. April sind Tage, welche die Geschichte in ihre Tafeln einzeichnen wird. Das Schlachtfeld, wo unter dem Rollen des irdischen Donners die Gesicke von Völkern entschieden werden, zieht alle Blicke gebieterisch auf sich und glänzend ist der Lorbeer, welcher das Haupt des Siegers bekränzt. Stilleren Schrittes gehen die Thaten der Gesetzgebung ihre Bahn; aber wenn sie tief in die Lebensrichtung der Völker eingreifen, so bringen sie grössere Entscheidungen als das Schwert zu erkämpfen vermag, und wenn sie ihre Macht zum Heile üben, so gebührt ihnen eine Palme, welche den Lorbeer überstrahlt. Solche Thaten haben Euere Maj. am 18. und 23. April vollbracht. Die Gerechtigkeit und die Ehrfurcht vor dem Heiligthume waren die Führerinnen, welche Euere Majestät wählten; aber Allerhöchstdieselben erfassten zugleich die Bedingungen eines kraftvollen Staatslebens mit tieferem Blicke, und so wurde die Kirche in Oesterreich von Hemmnissen befreit, welche ihrem regeren Aufschwunge vielfach entgegentraten. Euere Majestät haben eine Staatsweisheit von sich gewiesen, welche für die Kirche entweder nur Regungen des Misstrauens hatte, oder sie als ein dienendes Werkzeug zu nützen strebte; Allerhöchstdieselben werden dafür bei dem grossen Werke, zu welchem der Herr Sie auserkor, in der Kirche eine treue und mächtige Bundesgenossin finden. Euere Majestät wollen der wahren Freiheit eine Heimath gründen, in welcher jedes edle, heilbringende Streben ungehindert die Schwingen rege, und jedes frevelhafte Gelüste vor dem Flammenschwerte des Gesetzes zittere. Dieser segensreiche Bau muss die Rechtsordnung zur starken Grundfeste haben, Treue und Vaterlandslicbe muss an seinen Pforten Wache halten und sittliches Zartgefühl die Ordnerin in seinen Hallen sein. Darum bedarf er, dass ihn die Religion mit ihrem hohen Dome umwölbe. Die Kirche aber ist die Hüterin und Pflegerin der Ueberzeugungen, durch welche der Himmel sich in die Menschenbrust niederneigt. Wenn die Träger der Kirchengewalt nun inner ihrem Bereiche frei ihr Amt zu üben vermögen, so werden sie doch niemals der Stellung vergessen, welche in der von Gott gewollten Ordnung der Welt dem Staate und der

Kirche angewiesen ist. Staat und Kirche sollen in freiem und freundlichem Zusammenwirken die Pfade der Völker bahnen, lenken, behüten, und der Vulkan der Revolution kann sich nicht schliessen, bevor dies Zusammenwirken mit der Kraft inniger Ueberzeugung erneuert wird. Indem wir dazu die Hand bieten, erfüllen wir eine Pflicht gegen die Kirche wie gegen den Staat, gegen Gott wie gegen die Menschheit. Die Anerkennung wird uns bei allen Angelegenheiten, deren Natur eine Verständigung zwischen den Vertretern des Staates und der Kirche fordert, als unwandelbare Richtschnur leiten. Vollkommen würdigen wir auch die besonderen Pflichten, welche die Verhältnisse der Gegenwart uns auferlegen. Die Ruhe, welche in den äusseren Zuständen waltet, ist in die Gemüther noch nicht vollkommen eingekehrt. Die Spannung und Reizbarkeit, welche von der gewaltigen Aufregung zurückblieb, zeigt ihre Einflüsse auch auf dem Gebiete der Vorurtheile, welche die Kehrseite der modernen Bildung sind. Wir würden an unserem heiligen Amte und an der Menschheit freveln, wenn wir bei Verjüngung der kirchlichen Thätigkeit die Vorurtheile des Tages zur Richtschnur nehmen wollten; aber als Jünger des Lehrers der Geduld und Sanftmuth werden wir nicht nur die berechtigten Forderungen der Zeit im Auge behalten, sondern auch ihre Stimmungen und vorgefassten Meinungen mit schonender vorsichtiger Hand berühren. Mit Vertrauen und Ehrfurcht empfehlen wir die noch obschwebenden Verhandlungen Eurer Majestät huldreichem Schutze. In grossem Sinne hat das Werk begonnen, in grossem Sinne wird es vollendet werden, und die Erneuerung im Glauben und sittlicher Kraft besiegeln. Indem wir die Huldigung unserer Dankbarkeit an den Stufen des Thrones niederlegen, bitten wir den König der Könige, dass er an Eurer Majestät und dem Ihrer Obhut vertrauten Vaterlande seine Gnade verherrlichen wolle. Unter Eurer Majestät ruhmvollem Scepter sei das verjüngte Oesterreich Europa's Vorbild und der Hort des Glaubens, der Sitte, des Friedens.

Nr. 4802 (67).
Oesterreich.
19. Mai 1850.

Im Namen aller zu Wien im Jahre 1849 versammelten Bischöfe.

Salzburg, den 19. Mai 1850.

Friedrich, Cardinal F. Schwarzenberg,
Erzbischof zu Salzburg.

Die Allocution des Papstes vom 20. Mai 1850, worin die Hoffnung ausgesprochen wird: der Kaiser werde das in grossartigem Geiste begonnene Werk, die Freiheit der katholischen Kirche in Oesterreich wieder herzustellen, auch vollenden, s. Roskovány, Mon. IV p. 234. — Alle Bischöfe Oesterreichs erliessen, veranlasst durch die veränderte Stellung der Kirche, Hirtenbriefe, in welchen sie das Gerechte und Heilbringende dieser Veränderung nachzuweisen und die dadurch geschaffenen Besorgnisse zu zerstreuen suchen. Der Erzbischof von Wien (V. E. Milde) sagt darüber: „Aus dem Gesagten werdet Ihr, meine Lieben, erkennen, dass das Geschrei, man wolle das finstere Mittelalter zurückrufen, den Aberglauben verbreiten, despotische Willkühr herrschend machen, ganz grundlos ist. Weder der Staats-

Nr. 4802(67).
Oesterreich.
19. Mai 1850.

regierung noch den Bischöfen kann ein so thörichter Gedanke in den Sinn kommen. Ich kenne den grossen Unterschied zwischen der inneren Religiosität und den äusseren oft heuchlerischen Formen derselben. Ich weiss, dass die erstere nicht durch Furcht und Zwang begründet werden kann. Den innern Sinn der Gottesfurcht und Frömmigkeit unter den Menschen zu wecken, die wahre Sittlichkeit herzustellen, ist mein Wunsch und wird mein Bestreben und mein Gebet in den wenigen Tagen sein, die Gott mir auf dieser Erde zu wandeln noch geben wird. — Ich wünsche und bitte Gott, dass ich nie durch meine ohnediess schwere Pflicht in die Nothwendigkeit versetzt werde, irgend eine Kirchenstrafe aussprechen zu müssen.“ (S. die Hirtenbriefe Brühl l. c. p. 100 ff. und Roskovány, Mon VII p. 625 ff. — daselbst auch p. 631 ff. der höchst beachtenswerthe des damaligen Bischof von Seckau J. O. v. Rauscher.)

Nr. 4803. (68.)

ÖSTERREICH. Kaiserliches Patent¹⁾. — Kundmachung des Concordates.

Reichsgesetzblatt Jahrg. 1855 Nr. 195 p. 635 ff.

Nr. 4803 (68).
Oesterreich.
5. Nov. 1855.

Wir Franz Joseph der Erste, von G. G. Kaiser von Oesterreich etc.
Seit Wir, durch die Fügung des Allerhöchsten, den Thron Unserer Ahnen bestiegen haben, war Unsere unablässige Bemühung darauf gerichtet, die sittlichen Grundlagen der geselligen Ordnung und des Glückes Unserer Völker zu erneuern und zu befestigen. Um so mehr haben Wir es für eine heilige Pflicht erachtet, die Beziehungen des Staates zu der katholischen Kirche mit dem Gesetze Gottes und dem wohlverstandenen Vortheile Unseres Reiches in Einklang zu setzen. Zu diesem Ende haben Wir für einen grossen Theil Unseres Reiches, nach Einvernehmung der Bischöfe jener Länder, Unsere Verordnungen vom 18. und 23. April 1850 erlassen, und durch dieselben mehreren dringenden Bedürfnissen des kirchlichen Lebens entsprochen. | Um das segensreiche Werk zu vollenden, haben Wir Uns hierauf mit dem heiligen Stuhle ins Einvernehmen gesetzt, und am 18. August l. J. mit dem Oberhaupte der Kirche eine umfassende Vereinbarung geschlossen. || Indem Wir dieselbe hiermit Unseren Völkern kundmachen, verordnen Wir, nach Vernehmung Unserer Minister und nach Anhörung Unseres Reichstages, wie folgt: I. Wir werden das Nöthige verfügen, um die Leitung des katholischen Schulwesens in jenen Kronländern, wo sie dem achten Artikel nicht entspricht, mit den Bestimmungen desselben in Einklang zu setzen. Bis dahin ist nach den bestehenden Verordnungen vorzugehen. | II. Es ist Unser Wille, dass die bischöflichen Ehegerichte auch in jenen Ländern, wo dieselben nicht bestehen, sobald als mög-

¹⁾ Wirksam für den ganzen Umfang des Reiches.

lich in Wirksamkeit treten, um über die Eheangelegenheiten Unserer kathol. Unterthanen gemäss Artikel X des Concordates zu erkennen. Die Zeit, welcher sie ihre Wirksamkeit zu beginnen haben, werden Wir, nach Einvernehmung der Bischöfe, bekannt geben lassen. Inzwischen werden auch die nöthigen Aenderungen der bürgerlichen Gesetze über Eheangelegenheiten kundgemacht werden. Bis dahin bleiben die bestehenden Gesetze für die Ehen Unserer katholischen Unterthanen in Kraft, und Unsere Gerichte haben nach denselben über die bürgerliche Geltung dieser Ehen und die daraus hervorgehenden Rechtswirkungen zu entscheiden. || III. Im Uebrigen haben die Bestimmungen, welche in dem, von Uns mit dem päplichen Stuhle abgeschlossenen Uebereinkommen enthalten sind, in dem ganzen Umfange Unseres Reiches, von dem Zeitpunkte der Kundmachung dieses Patenten an in volle Gesetzkraft zu treten. || Mit der Durchführung dieser Bestimmungen ist Unser Minister des Cultus und Unterrichtes, im Vernehmen mit den übrigen betheiligten Ministern und Unserem Armeec-Ober-Commando, beauftragt. | Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünften des Monates November im Eintausend achthundert fünf und fünfzigsten, Unserer Reiche im siebenten Jahre.

Franz Joseph m. p.

(L. S.)

Graf Buol-Schauenstein m. p. Graf Thun m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung
Ransonnet m. p.

Nr. 4804. (69.)

ÖSTERREICH - RÖMISCHE CURIE. Das Oesterreichische Concordat. — Abgeschlossen zu Wien 18. Aug. 1855. Ratificationen ausgewechselt 25. September. Staatl. Publication 5. Nov. und kirchliche durch die Bulle „Deus humanae salutis auctor“ 3. Nov. 1855. —

Lat. Orig. und Deutsche Uebersetzung R.-G.-Bl. Jahrg. 1855 Nr. 195 p. 637. Die Bulle s. Beiträge zum Preussischen und Deutschen Kirchenrecht 3. Heft p. 25 ff.

Wir Franz Josef, von G. G. Kaiser von Oesterreich etc.

thun Allen und Jeden, die es angeht, durch Gegenwärtiges zu wissen: Nachdem zwischen dem Bevollmächtigten Sr. Heiligkeit und dem Unsern zur Herbeiführung einer festen und dauernden Ordnung der Angelegenheiten und der Verhältnisse der katholischen Kirche in Unserm Reiche eine feierliche Vereinbarung am 18. August des laufenden Jahres abgeschlossen und unterzeichnet ist des folgenden Inhaltes¹:

¹) Die Ratificationsclausel ist im R.-G.-Bl. lateinisch.

Nr. 4804 (69).
Oesterreich.-
Röm. Curie.
18. Aug. 1855.

Vereinbarung zwischen Seiner Heiligkeit Papst Pius IX. und Seiner kaiserlich - königlichen Apostolischen Majestät Franz Josef I., Kaiser von Oesterreich.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreifaltigkeit. || Seine Heiligkeit Papst Pius IX. und Seine kaiserlich-königliche Apostolische Maj. Franz Joseph I., Kaiser von Oesterreich, deren einmüthiges Streben darauf gerichtet ist, dass Glaube, Frömmigkeit und sittliche Kraft im Kaiserthume Oesterreich bewahrt und gemehrt werde, haben beschlossen, über die Stellung der katholischen Kirche in demselben Kaiserthume einen feierlichen Vertrag zu errichten. Demnach hat zu Seinem Bevollmächtigten ernannt: der heilige Vater Seine Eminenz Herrn Michael der heiligen römischen Kirche Cardinal-Priester Viale-Prelà, Dieser Seiner Heiligkeit und des heiligen Stuhles Pronuntius bei vorgedachter Apostolischer Majestät; und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich Seine fürstlichen Gnaden Herrn Josef Othmar von Rauscher, Fürsten-Erzbischof von Wien, päpstlichen Thron-Assistenten, Prälaten und Grosskreuz des kaiserlich-österreichischen Leopold-Ordens, wie auch Derselben kaiserlichen Majestät wirklichen geheimen Rath. || Und dieselben sind, nachdem sie ihre Bevollmächtigungs-Urkunden ausgewechselt und richtig befunden haben, über Nachstehendes übereingekommen:

Art. I. Die heilige römisch-katholische Religion wird mit allen Befugnissen und Vorrechten, deren dieselbe nach der Anordnung Gottes und den Bestimmungen der Kirchengesetze geniessen soll, im ganzen Kaiserthume Oesterreich und allen Ländern, aus welchen dasselbe besteht, immerdar aufrecht erhalten werden. || Art. II. Da der römische Papst den Primat der Ehre wie der Gerichtsbarkeit in der ganzen Kirche, so weit sie reicht, nach göttlichem Gesetze inne hat, so wird der Wechselverkehr zwischen den Bischöfen, der Geistlichkeit, dem Volke und dem heiligen Stuhle in geistlichen Dingen und kirchlichen Angelegenheiten einer Nothwendigkeit, die landesfürstliche Bewilligung nachzusuchen, nicht unterliegen, sondern vollkommen frei sein. || Art. III. Erzbischöfe, Bischöfe und alle Ordinarien werden mit der Geistlichkeit und dem Volke ihrer Kirchensprengel zu dem Zwecke, um ihres Hirtenamtes zu walten, frei verkehren, frei werden sie auch Belehrungen und Verordnungen über kirchliche Angelegenheiten kundmachen. || Art. IV. Eben so werden Erzbischöfe und Bischöfe die Freiheit haben, Alles zu üben, was denselben zu Regierung ihrer Kirchensprengel, laut Erklärung oder Verfügung der heiligen Kirchengesetze, nach der gegenwärtigen, vom heiligen Stuhle gutgeheissenen Disciplin der Kirche gebührt, und insbesondere: a) Als Stellvertreter, Räte und Gehilfen ihrer Verwaltung alle jene Geistlichen zu bestellen, welche sie zu besagten Aemtern als tauglich erachten. b) Diejenigen, welche sie als ihren Kirchensprengeln nothwendig oder nützlich erachten, in den geistlichen Stand aufzunehmen und zu den heiligen Weihen nach Vorschrift der Kirchengesetze zu befördern, und im Gegentheile die, welche sie für unwürdig halten, von Empfang der Weihen auszuschliessen. c) Kleinere Pfründen

zu errichten, und nachdem sie mit Seiner Kaiserlichen Majestät vorzüglich wegen entsprechender Anweisung der Einkünfte sich einverstanden haben, Pfarren zu gründen, zu theilen oder zu vereinigen. d) Oeffentliche Gebete und andere fromme Werke zu verordnen, wenn es das Wohl der Kirche, des Staates oder des Volkes erfordert, ingleichen Bittgänge und Wallfahrten auszuschreiben, die Leichenbegängnisse und alle anderen geistlichen Handlungen ganz nach Vorschrift der Kirchengesetze zu ordnen. e) Provinzialconcilien und Diöcesansynoden in Gemässheit der heiligen Kirchengesetze zu berufen und zu halten, und die Verhandlungen derselben kundzumachen. " Art. V. Der ganze Unterricht der katholischen Jugend wird in allen sowohl öffentlichen als nicht öffentlichen Schulen der Lehre der katholischen Religion angemessen sein; die Bischöfe aber werden kraft des ihnen eigenen Hirtenamtes die religiöse Erziehung der Jugend in allen öffentlichen und nicht öffentlichen Lehranstalten leiten und sorgsam darüber wachen, dass bei keinem Lehrgegenstande Etwas vorkomme, was dem katholischen Glauben und der sittlichen Reinheit zuwiderläuft. || Art. VI. Niemand wird die heilige Theologie, die Katechetik oder die Religionslehre in was immer für einer öffentlichen oder nicht öffentlichen Anstalt vortragen, wenn er dazu nicht von dem Bischöfe des betreffenden Kirchensprengels die Sendung und Ermächtigung empfangen hat, welche derselbe, wenn er es für zweckmässig hält, zu widerrufen berechtigt ist. Die öffentlichen Professoren der Theologie und Lehrer der Katechetik werden, nachdem der Bischof über den Glauben, die Wissenschaft und Frömmigkeit der Bewerber sich ausgesprochen hat, aus Jenen ernannt werden, welchen er die Sendung und Vollmacht des Lehramtes zu ertheilen bereit ist. Wo aber einige Professoren der theologischen Fakultät von dem Bischöfe verwendet zu werden pflegen, um die Zöglinge des bischöflichen Seminares in der Theologie zu unterrichten, werden zu solchen Professoren immerdar Männer bestellt werden, welche der Bischof zu Verwaltung gedachten Amtes für vorzugsweise tauglich hält. Bei Prüfung Derjenigen, welche sich für das Doctorat der Theologie oder des canonischen Rechtes befähigen wollen, wird der Bischof die Hälfte der Prüfenden aus Doctoren der Theologie oder beziehungsweise des canonischen Rechtes bestellen. || Art. VII. In den für die katholische Jugend bestimmten Gymnasien und mittleren Schulen überhaupt werden nur Katholiken zu Professoren oder Lehrern ernannt werden, und der ganze Unterricht wird nach Massgabe des Gegenstandes dazu geeignet sein, das Gesetz des christlichen Lebens dem Herzen einzuprägen. Welche Lehrbücher in gedachten Schulen bei dem Vortrage der Religion zu gebrauchen seien, werden die Bischöfe kraft einer mit einander gepflogenen Berathung festsetzen. Hinsichtlich der Bestellung von Religionslehrern für Gymnasien und mittlere Schulen werden die heilsamen darüber erflossenen Verordnungen in Kraft verbleiben. || Art. VIII. Alle Lehrer der für Katholiken bestimmten Volksschulen werden der kirchlichen Beaufsichtigung unterstehen. Den Schul-Oberaufseher des Kirchensprengels wird Seine Majestät aus den vom Bischöfe vorgeschlagenen

Nr. 4804 (69).
Oesterreich-
Röm. Curie.
18. Aug. 1855.

Nr. 4804 (69). Männern ernennen. Falls in gedachten Schulen für den Religionsunterricht nicht hinlänglich gesorgt wäre, steht es dem Bischofe frei, einen Geistlichen zu bestimmen, um den Schülern die Anfangsgründe des Glaubens vorzutragen. Der Glaube und die Sittlichkeit des zum Schullehrer zu Bestellenden muss makellos sein. Wer vom rechten Pfade abirrt, wird von seiner Stelle entfernt werden. || Art. IX. Erzbischöfe, Bischöfe und alle Ordinarien werden die denselben eigene Macht mit vollkommener Freiheit üben, um Bücher, welche der Religion und Sittlichkeit verderblich sind, als verwerflich zu bezeichnen und die Gläubigen von Lesung derselben abzuhalten. Doch auch die Regierung wird durch jedes dem Zwecke entsprechende Mittel verhüten, dass derlei Bücher im Kaiserthume verbreitet werden. || Art. X. Da alle kirchlichen Rechtsfälle und insbesondere jene, welche den Glauben, die Sacramente, die geistlichen Verrichtungen und die mit dem geistlichen Amte verbundenen Pflichten und Rechte betreffen, einzig und allein vor das kirchliche Gericht gehören, so wird über dieselben der kirchliche Richter erkennen, und es hat somit dieser auch über die Ehesachen nach Vorschrift der heiligen Kirchengesetze und namentlich der Verordnungen von Trient zu urtheilen und nur die bürgerlichen Wirkungen der Ehe an den weltlichen Richter zu verweisen. Was die Eheverlöbnisse betrifft, so wird die Kirchengewalt über deren Vorhandensein und ihren Einfluss auf die Begründung von Ehehindernissen entscheiden und sich dabei an die Bestimmungen halten, welche dasselbe Concilium von Trient und das apostolische Schreiben, welches mit „auctorem fidei“ beginnt, erlassen hat. || Art. XI. Den Bischöfen wird es frei stehen, wider Geistliche, welche keine anständige geistliche, ihrer Stellung und Würde entsprechende Kleidung tragen oder aus was immer für einer Ursache der Ahndung würdig sind, die von den heiligen Kirchengesetzen ausgesprochenen Strafen oder auch andere, welche die Bischöfe für angemessen halten, zu verhängen und sie in Klöstern, Seminararien oder diesem Zwecke zu widmenden Häusern unter Aufsicht zu halten. Ingleichen sollen dieselben durchaus nicht gehindert sein, wider alle Gläubigen, welche die kirchlichen Anordnungen und Gesetze übertreten, mit kirchlichen Strafen einzuschreiten. || Art. XII. Ueber das Patronatsrecht wird das kirchliche Gericht entscheiden; doch giebt der heilige Stuhl seine Einwilligung, dass, wenn es sich um ein weltliches Patronatsrecht handelt, die weltlichen Gerichte über die Nachfolge in demselben sprechen können, der Streit möge zwischen den wahren und angeblichen Patronen oder zwischen Geistlichen, welche von diesen Patronen für die Pfründe bezeichnet wurden, geführt werden. || Art. XIII. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse giebt der heilige Stuhl seine Zustimmung, dass die bloss weltlichen Rechts-sachen der Geistlichen, wie Verträge über das Eigenthumsrecht, Schulden, Erbschaften, von dem weltlichen Gerichte untersucht und entschieden werden. || Art. XIV. Aus eben diesem Grunde hindert der heilige Stuhl nicht, dass die Geistlichen wegen Verbrechen oder anderen Vergehungen, wider welche die Strafgesetze des Kaiserthums gerichtet sind, vor das weltliche Gericht gestellt

werden; doch liegt es demselben ob, hiervon den Bischof ohne Verzug in Kenntniss zu setzen. Bei Verhaftung und Festhaltung des Schuldigen wird man jene Rücksichten beobachten, welche die dem geistlichen Stande gebührende Achtung erheischt. Wenn das wider einen Geistlichen gefällte Urtheil auf Tod oder auf Kerker von mehr als fünf Jahren lautet, so wird man jederzeit dem Bischofe die Gerichtsverhandlungen mittheilen und ihm möglich machen, den Schuldigen in so weit zu verhören, als es nothwendig ist, damit er über die zu verhängende Kirchenstrafe entscheiden könne. Dasselbe wird auf Verlangen des Bischofes auch dann geschehen, wenn auf eine geringere Strafe erkannt worden ist. Geistliche werden die Kerkerstrafe stets an Orten erleiden, wo sie von Weltlichen abgesondert sind. Im Falle einer Verurtheilung wegen Vergehen oder Uebertretungen werden sie in ein Kloster oder ein anderes geistliches Haus eingeschlossen werden. || In den Verfügungen dieses Artikels sind jene Rechtsfälle, (*causae majores*), über welche das Concilium von Trient in der vierundzwanzigsten Sitzung (c. 5. de ref.) verordnet hat, keineswegs einbegriffen. Für Behandlung derselben werden der heilige Vater und Seine kaiserliche Majestät, so es nöthig sein sollte, Vorsorge treffen¹⁾. || Art. XV. Damit dem Hause Gottes, welcher der König der Könige und der Herrscher der Herrschenden ist, die schuldige Ehrerbietung bezeigt werde, soll die Immunität der Kirchen in soweit beobachtet werden, als die öffentliche Sicherheit und die Forderungen der Gerechtigkeit es verstaten. || Art. XVI. Seine Majestät der Kaiser wird nicht dulden, dass die katholische Kirche und ihr Glaube, ihr Gottesdienst, ihre Einrichtungen, sei es durch Wort oder That und Schrift, der Verachtung preisgegeben, oder den Vorstehern und Dienern der Kirchen in Uebung ihres Amtes, vorzüglich, wo es sich um Wahrung des Glaubens, des Sittengesetzes und der kirchlichen Ordnung handelt, Hindernisse gelegt werden. Zudem wird Er nöthigenfalls wirksame Hilfe leisten damit die Urtheile, welche der Bischof wider pflichtvergessene Geistliche fällt, in Vollstreckung kommen. Da es überdiess Sein Wille ist, dass den Dienern des Heiligthums die ihnen nach göttlichem Gesetze gebührende Ehre bezeigt werde, so wird Er nicht zugeben, dass Etwas geschehe, was dieselben herabsetzen oder verächtlich machen könnte, vielmehr wird Er verordnen, dass alle Behörden des Reiches sowohl den Erzbischöfen oder Bischöfen selbst, als auch

Nr. 4804 (69).
Oesterreich-
Röm. Curie.
18. Aug. 1855.

¹⁾ Die oben angezogene Stelle des Tridentinums handelt von den „*causae criminales*“ der Bischöfe. Zu diesem Artikel besteht eine geheime Vereinbarung, welche Vering, Archiv l. c. N. F. p. 324 mittheilt.

„Wiewohl Seine Majestät das Vertrauen hege, kein Bischof werde an Anschlägen, die der öffentlichen Ruhe Gefahr brächten, sich jemals betheiligen, so müsse der Kaiser sich doch vorbehalten, wenn, was Gott abwenden wolle, ein Bischof sich des Hochverraths oder der Majestätsbeleidigung schuldig machen sollte, auch bevor er mit dem heiligen Stuhl wegen des gerichtlichen Einschreitens Rücksprache pflegen (*consilia conferre*) könnte, vorläufig dasjenige zu verfügen, was nach Massgabe des Falles erforderlich sei, um den Vollbestand (*integritatem*) und die Ruhe des Reiches sicher zu stellen, jedoch stets unbeschadet der Festsetzungen des 14. Artikels.“

Nr. 4804 (69).
Oesterreich-
Röm. Curie.
18. Aug. 1855.

der Geistlichkeit bei jeder Gelegenheit die ihrer Stellung gebührende Achtung und Ehrenbezeigung erweisen. || Art. XVII. Die bischöflichen Seminare werden aufrecht erhalten, und wo ihr Einkommen für den Zweck, welchem sie im Sinne des heiligen Conciliums von Trient dienen sollen, nicht vollkommen genügt, wird für dessen Vermehrung in angemessener Weise gesorgt werden. Die Bischöfe werden dieselben nach Richtschnur der heiligen Kirchengesetze mit vollem und freiem Rechte leiten und verwalten. Daher werden sie die Vorsteher und Professoren oder Lehrer gedachter Seminare ernennen und wann immer sie es für nothwendig oder nützlich halten, wieder entfernen, auch Jünglinge und Knaben zur Heranbildung in dieselben aufnehmen, so wie sie zum Frommen ihrer Kirchensprengel im Herrn es für dienlich erachten. Diejenigen, welche ihren Unterricht in diesen Seminaren empfangen haben, werden nach vorausgegangener Prüfung ihrer Befähigung in all' und jede andere Lehranstalt eintreten und mit Beobachtung der betreffenden Vorschriften um jede Lehrkanzel ausser dem Seminare sich bewerben können. || Art. XVIII. Der heilige Stuhl wird kraft des ihm zustehenden Rechtes Kirchensprengel neu errichten oder neue Gränzbeschreibungen derselben vornehmen, wenn das geistliche Wohl der Gläubigen es erfordert. Doch wird er in einem solchen Falle mit der kaiserlichen Regierung ins Einvernehmen treten. || Art. XIX. Seine Majestät wird bei Auswahl der Bischöfe, welche er kraft eines apostolischen, von Seinen Allerdurchlauchtigsten Vorfahren überkommenen Vorrechtes dem heiligen Stuhle zur canonischen Einsetzung vorschlägt oder benennt, auch in Zukunft des Rathes von Bischöfen, vorzüglich derselben Kirchenprovinz, Sich bedienen. || Art. XX. Die Metropoliten und Bischöfe werden, bevor sie die Leitung ihrer Kirchen übernehmen, vor Seiner kaiserlichen Majestät den Eid der Treue in folgenden Worten ablegen: „Ich schwöre und gelobe auf Gottes heiliges Evangelium, wie es einem Bischofe geziemt, Eurer kaiserlich-königlichen Apostolischen Majestät und Allerhöchstihren Nachfolgern Gehorsam und Treue. Ingleichen schwöre und gelobe ich, an keinem Verkehre oder Anschläge, welcher die öffentliche Ruhe gefährdet, theilzunehmen und weder inner noch ausser den Gränzen des Reiches irgend eine verdächtige Verbindung zu unterhalten; sollte ich aber in Erfahrung bringen, dass dem Staate irgend eine Gefahr drohe, zu Abwendung derselben nichts zu unterlassen.“ || Art. XXI. In allen Theilen des Reiches wird es Erzbischöfen, Bischöfen und sämtlichen Geistlichen frei stehen, über das, was sie zur Zeit ihres Todes hinterlassen, nach den heiligen Kirchengesetzen zu verfügen, deren Bestimmungen auch von den gesetzlichen Erben, welche den Nachlass derselben ohne letztwillige Anordnung antreten, genau zu beobachten sind. In beiden Fällen werden bei Bischöfen, welche einen Kirchensprengel leiten, die bischöflichen Abzeichen und Kirchengewande ausgenommen sein; denn diese sind als zum bischöflichen Tafelgute gehörig anzusehen und gehen auf die Nachfolger im Bisthume über. Dasselbe wird von den Büchern dort, wo es in Uebung ist, beobachtet werden. || Art. XXII. An sämtlichen Metropolitan- oder erzbischöflichen und Suffragan-

Kirchen vergibt Seine Heiligkeit die erste Würde, ausser wenn dieselbe einem weltlichen Privat-Patronate unterliegt, in welchem Falle die zweite an deren Stelle treten wird. Für die übrigen Dignitäten und Domherrenpfründen wird Seine Majestät zu ernennen fortfahren, während diejenigen ausgenommen bleiben, welche zur freien bischöflichen Verleihung gehören oder einem rechtmässigen Patronatsrechte unterstehen. Zu Domherren können nur Priester bestellt werden, welche sowohl die von den Kirchengesetzen allgemein vorgeschriebenen Eigenschaften besitzen, als auch in der Seelsorge, bei kirchlichen Geschäften oder im kirchlichen Lehramte sich mit Auszeichnung verwendet haben. Zudem ist die Nothwendigkeit adeliger Geburt oder adeliger Titel aufgehoben, jedoch unbeschadet jener Bedingungen, welche als in der Stiftung beigesetzt erwiesen sind. Die löbliche Gewohnheit aber, die Domherrenstellen in Folge öffentlicher Bewerbung zu vergeben, wird, wo sie besteht, sorgsam in Kraft erhalten werden. || Art. XXIII. An den Metropolitan- und bischöflichen Kirchen werden, wo sie fehlen, der *Canonicus Pönitentiarius* und der *Theologalis*, an den Collegiatkirchen aber der *Canonicus Theologalis* in der durch das heilige Concilium von Trient in der fünften Sitzung (c. 1. de reform.) und in der vierundzwanzigsten Sitzung (c. 8. de reform.) vorgezeichneten Weise, sobald es möglich sein wird, eingeführt, und diese Pfründen von den Bischöfen nach den Beschlüssen desselben Conciliums und beziehungsweise den päpstlichen Anordnungen vergeben werden. || Art. XXIV. Alle Pfarren sind in Folge einer öffentlich ausgeschriebenen Bewerbung und mit Beobachtung der Vorschriften des Conciliums von Trient zu vergeben. Bei Pfarreien, welche dem geistlichen Patronatsrechte unterliegen, werden die Patrone Einen aus dreien präsentiren, welche der Bischof in der oben bezeichneten Weise vorschlägt. || Art. XXV. Um Seiner des Kaisers und Königs Franz Josef Apostolischen Majestät einen Beweis besonderen Wohlwollens zu geben, verleihen Seine Heiligkeit Demselben und Seinen katholischen Nachfolgern im Kaiserthume die Ermächtigung, für alle *Canonicate* und Pfarreien zu präsentiren, welche einem auf dem Religions- oder Studienfonde beruhenden Patronatsrechte unterstehen, jedoch so, dass Einer aus den dreien gewählt werde, welche der Bischof nach vorausgegangener öffentlicher Bewerbung für würdiger als die übrigen erachtet. || Art. XXVI. Die Ausstattung der Pfarren, welche keine nach den Verhältnissen der Zeit und des Ortes genügende *Congrua* haben, wird, sobald es möglich ist, vermehrt, und für die katholischen Pfarrer des orientalischen Ritus in derselben Weise, wie für die des lateinischen gesorgt werden. Doch erstreckt sich diess keineswegs auf die Pfarren, welche unter einem rechtmässig erworbenen geistlichen oder weltlichen Patronate stehen; denn bei diesen ist die Last von den betreffenden Patronen zu tragen. Wenn die Patrone den durch das Kirchengesetz ihnen auferlegten Verbindlichkeiten nicht vollkommen genügen und insbesondere, wenn der Pfarrer seinen Gehalt aus dem Religionsfonde bezieht, so wird mit Rücksicht auf Alles, was nach der Sachlage zu berücksichtigen ist, Vorsorge getroffen werden. || Art. XXVII.

Nr. 4804 (69).
Oesterreich-
Röm. Curie.
18. Aug. 1855.

Nr. 4804(69). Oesterreich-
Röm. Curie.
18. Aug. 1855.

Da das Recht auf den Genuss der Kirchengüter aus der kirchlichen Einsetzung entspringt, so werden Alle, welche für eine wie immer beschaffene grössere oder kleinere Pfründe benannt oder präsentirt worden sind, die Verwaltung der zeitlichen, zu selber gehörigen Güter nicht anders als in Kraft der kirchlichen Einsetzung übernehmen können. Ueberdiess werden bei Besitzergreifung der Domkirchen und der damit verbundenen Güter alle Vorschriften der kirchlichen Satzungen und insbesondere die des römischen Pontificales und Ceremoniales genau beobachtet und alle gegentheiligen Bräuche und Gewohnheiten beseitigt werden. § Art. XXVIII. Jene Ordenspersonen, welche laut der Satzungen ihres Ordens Generaloberen, die bei dem heiligen Stuhle ihren Wohnsitz haben, unterstehen, werden von denselben in Gemässheit der gedachten Satzungen geleitet werden, jedoch ohne Beeinträchtigung der Rechte, welche nach Bestimmung der Kirchengesetze und insbesondere des Conciliums von Trient den Bischöfen zukommen. Daher werden vorbenannte Generaloberen mit ihren Untergebenen in allen zu ihrem Amte gehörigen Dingen frei verkehren und die Visitation derselben frei vornehmen. Ferner werden alle Ordenspersonen ohne Hinderniss die Regel des Ordens, des Institutes, der Congregation, welcher sie angehören, beobachten und in Gemässheit der Vorschriften des heiligen Stuhles die darum Ansuchenden in's Noviziat und zur Gelübdeablegung zulassen. Diess Alles hat auch von den weiblichen Orden in soweit zu gelten, als es auf dieselben Anwendung leidet. § Den Erzbischöfen und Bischöfen wird es frei stehen, in ihre Kirchensprengel geistliche Orden und Congregationen beiderlei Geschlechtes nach den heiligen Kirchengesetzen einzuführen. Doch werden sie sich hierüber mit der kaiserlichen Regierung ins Einvernehmen setzen. § Art. XXIX. Die Kirche wird berechtigt sein, neue Besitzungen auf jede gesetzliche Weise frei zu erwerben und ihr Eigenthum wird hinsichtlich alles Dessen, was sie gegenwärtig besitzt oder in Zukunft erwirbt, unverletzlich verbleiben. Daher werden weder ältere noch neuere kirchliche Stiftungen ohne Ermächtigung von Seite des heiligen Stuhles aufgehoben oder vereinigt werden, jedoch unbeschadet der Vollmachten, welche das heilige Concilium von Trient den Bischöfen verliehen hat. § Art. XXX. Die Verwaltung der Kirchengüter wird von Denjenigen geführt werden, welchen sie nach den Kirchengesetzen obliegt. Allein in Anbetracht der Unterstützung, welche Seine Majestät zu Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse aus dem öffentlichen Schatze huldreich leistet und leisten wird, sollen diese Güter weder verkauft noch mit einer beträchtlichen Last beschwert werden, ohne dass sowohl der heilige Stuhl als auch Seine Majestät der Kaiser oder Jene, welche Dieselben hiemit zu beauftragen finden, dazu ihre Einwilligung gegeben haben. § Art. XXXI. Die Güter, aus welchen der Religions- und Studienfond besteht, sind kraft ihres Ursprunges Eigenthum der Kirche und werden im Namen der Kirche verwaltet werden, während die Bischöfe die ihnen gebührende Aufsicht nach den Bestimmungen üben, über welche der heilige Stuhl mit Seiner kaiserlichen Majestät übereinkommen wird. Die Ein-

künfte des Religionsfondes werden, bis dieser Fond durch ein Einvernehmen zwischen dem apostolischen Stuhle und der kaiserlichen Regierung in bleibende und kirchliche Ausstattungen getheilt wird, für Gottesdienst, Kirchenbaulichkeiten, Seminare und Alles, was die kirchliche Amtsführung betrifft, verausgabt werden. Zu Ergänzung des Fehlenden wird Seine Majestät in derselben Weise wie bisher auch künftighin gnädig Hilfe leisten; ja, woferne die Zeitverhältnisse es gestatten, sogar grössere Unterstützungen gewähren. Ingleichen wird das Einkommen des Studienfondes einzig allein auf den katholischen Unterricht und nach dem frommen Willen der Stifter verwendet werden. || Art. XXXII. Das Erträgniss der erledigten Pfründen wird, in soweit es bisher üblich war, dem Religionsfonde zufallen, und Seine Majestät überweist demselben aus eigener Bewegung das Einkommen der erledigten Bisthümer und weltgeistlichen Abteien in Ungarn und den vormals dazu gehörigen Ländern, in dessen ruhigem Besitze Allerhöchstihre Vorgänger im Königreiche Ungarn sich während einer langen Reihe von Jahrhunderten befunden haben. In jenen Theilen des Kaiserthums, wo kein Religionsfond besteht, wird für jeden Kirchensprengel eine gemischte Kommission bestellt werden und die Güter des Bisthums, sowie aller Pfründen zur Zeit der Erledigung nach Bestimmungen verwalten, über welche der heilige Vater und Seine Majestät Sich einzuverstehen gedenken. || Art. XXXIII. Da zur Zeit der vorübergegangenen Erschütterungen an sehr vielen Orten des österreichischen Gebietes der kirchliche Zehent durch ein Staatsgesetz aufgehoben wurde, und es in Anbetracht der besonderen Verhältnisse nicht möglich ist, die Leistung desselben im ganzen Kaiserthume wieder herzustellen, so gestattet und bestimmt Seine Heiligkeit auf Verlangen Seiner Majestät und in Ansehung der öffentlichen Ruhe, welche für die Religion von höchster Wichtigkeit ist, dass unbeschadet des Rechtes, den Zehent dort einzufordern, wo er noch wirklich besteht, an den übrigen Orten statt des gedachten Zehents und als Entschädigung für denselben von der kaiserlichen Regierung Bezüge aus liegenden Gütern oder versichert auf die Staatsschuld angewiesen, und Allen und Jedem ausgefolgt werden, welche das Recht, den Zehent einzufordern, besaßen. Zugleich erklärt Seine Majestät, dass diese Bezüge, ganz so wie sie angewiesen sind, kraft eines entgeltlichen Titels und mit demselben Rechte, wie die Zehente, an deren Stelle sie treten, empfangen und besessen werden sollen. || Art. XXXIV. Das übrige die kirchlichen Personen und Sachen Betreffende, wovon in diesen Artikeln keine Meldung gemacht ist, wird sämmtlich nach der Lehre der Kirche und ihrer in Kraft stehenden, von dem heiligen Stuhle gut geheissenen Disciplin geleitet und verwaltet werden. || Art. XXXV. Alle im Kaiserthume Oesterreich und den einzelnen Ländern, aus welchen dasselbe besteht, bis gegenwärtig in was immer für einer Weise und Gestalt erlassenen Gesetze, Anordnungen und Verfügungen sind, in soweit sie diesem feierlichen Vertrage widerstreiten, für durch denselben aufgehoben anzusehen, und der Vertrag selbst wird in denselben Ländern von nun an immerdar die Geltung eines Staatsge-

Nr. 4804 (69).
Oesterreich-
Röm. Curie.
18. Aug. 1855.

Nr. 4804 (69). setzes haben. Desshalb verheissen beide vertragschliessenden Theile, dass
 Oesterreich- Sie und Ihre Nachfolger Alles und Jedes, worüber man sich vereinbart hat,
 Röm. Curie. gewissenhaft beobachten werden. Woferne sich aber in Zukunft eine Schwierig-
 18. Aug. 1855. keit ergeben sollte, werden Seine Heiligkeit und Seine kaiserliche Majestät
 Sich zu freundschaftlicher Beilegung der Sache ins Einvernehmen setzen. ||
 Art. XXXVI. Die Auswechslung der Ratificationen dieses Vertrages wird
 binnen zwei Monaten, von dem diesen Artikeln beigesetzten Tage an gerechnet,
 oder wenn es möglich ist, auch früher stattfinden. | Zu dessen Beglaubigung
 haben die vorgenannten Bevollmächtigten diese Uebereinkunft unterzeichnet
 und Beide ihr Siegel beigedrückt. || Gegeben zu Wien am achtzehnten August
 im Jahre des Heiles tausend achthundert fünf und fünfzig.

Mich. Card. Viala-Prelà m. p.
 (L. S.)

Jos. Othm. v. Rauscher m. p.
 Erzbischof von Wien. (L. S.)

So bekennen und erklären Wir hiermit nach Einsicht und Erwägung der
 Artikel dieser Vereinbarung, dass Wir dieselben im Ganzen und Einzelnen ge-
 nehmigen und bestätigen, und Wir versprechen mit Unserm Kaiserl. Königl.
 Wort für Uns und Unsere Nachfolger, dass Wir Alles, was in ihnen ent-
 halten, getreu vollziehen lassen und in keiner Art ihnen entgegen zu handeln
 gestatten werden. Zu dessen Beglaubigung und mehrerer Bekräftigung haben
 Wir das gegenwärtige Ratihabitions-Instrument eigenhändig unterzeichnet und
 mit Unserm Kaiserl. Königl. Siegel versehen lassen. || Gegeben in Ischl am
 23. September im Jahre des Herrn 1855, Unserer Regierung im Siebenten.

Franz Josef.
 (L. S.)

Graf von Buol-Schauenstein.
 Otto Freiherr von Meysenbug.

Auf eigenen Befehl S. K. K. apost. Majestät.

(Fessler) Studien über das österreichische Concordat. Wien 1856.
 Buss, Oesterreichs Umbau l. c. p. 217 ff. Genesis des Concordates zwischen
 dem Kaiserthum Oesterreich und dem päpstlichen Stuhl. Leipzig 1856.
 (Phillips) Historisch-politische Blätter. München, besonders Jahrg. 1856.
 Schulte, Kirchenrecht. Giessen, 1860 Bd. I. p. 495 ff. wo auch ausführ-
 liche Literaturangaben. Auch die Sammlung: Hirtenbriefe, Predigten, An-
 reden von J. Othm. Cardinal Rauscher. Wien 1858; giebt manchen be-
 achtenswerthen Aufschluss. — Jacobson, Ueber das österreichische Concor-
 dat etc. Leipzig, 1856. Friedberg, Grenzen l. c. p. 411 ff. W. Rogge,
 Oesterreich von Világos bis zur Gegenwart. Leipzig, 1872. Bd. I p. 356 ff.
 Dove, Der Art. XIV des österr. Concordates. Zeitschr. f. K. R. Bd. VIII p. 421.

Verordnung d. C. U. M. vom 20. Juni und d. J. M. vom 13. Juli 1860
 (R.-G.-Bl. Nr. 162 p. 278, Nr. 175 p. 295) ad Art. XXX. — die Erfordernisse
 bei Veräusserung und Belastung des Vermögens kath. Kirchen, Pfründen und
 geistlichen Institute.

Das österreichische Concordat erfuhr wesentliche Ergänzungen und
 Erläuterungen a) durch die Noten welche der kaiserliche und der päpst-
 liche Bevollmächtigte, in Anfrage der hohen Contrahenten, vor Abschluss
 des Uebereinkommens wechselten; b) durch das Breve des Papstes an den
 österreichischen Episcopat vom 5. November 1855; c) durch das kaiser-
 liche Ehepatent vom 8. Okt. 1856 sammt dessen Anhang I, dem Gesetze

über die Ehen der Katholiken, und II der Anweisung für die geistlichen Gerichte in Ehesachen. (S. vollständige Sammlung all dieser Aktenstücke im Archiv für katholisches Kirchenrecht von Moy und Vering Bd. I. p. II. CXXXV. N. F. Bd. VIII p. 93 ff. Bd. XII p. 449—456.) Von diesen Aktenstücken wurden nur die unter c angeführten im Reichsgesetzblatte publicirt. Von den Uebrigen wurde noch das päpstliche Breve und das Schreiben des Fürsterzbischof J. O. v. Rauscher an den Cardinal Viale-Prelá vom 18. August 1855, welches mit dem Worten „ecclesia catholica“ beginnt (S. Nr. 70), durch den Cultus- und Unterrichtsminister und den Justizminister, den Politischen- und Justizbehörden in Abschriften zur Darnachachtung mitgetheilt. Der Erlass des Justizministers vom 9. Februar 1856 (bisher nicht veröffentlicht) sagt über die Bedeutung desselben „Dieses Schreiben, welches mit den Worten „ecclesia catholica“ beginnt, enthält in 20 Punkten Erklärungen, welche theils die von der kaiserl. Regierung dem apostolischen Stuhle erteilten Zusicherungen vervollständigen, theils als Erläuterungen der in der Concordatsurkunde enthaltenen Artikel zu betrachten sind. Mit mehreren Punkten dieser von dem Fürsterzbischof auf Grund der von Sr. Majestät erhaltenen Vollmacht abgegebenen und daher für die kaiserl. Regierung bindenden Erklärungen stehen die Bestimmungen, welche Se. Heiligkeit der Papst in das an die Erzbischöfe und Bischöfe des Reiches aus Anlass des Concordates erlassene Breve vom 5. Nov. 1855 erlassen hat, in nothwendigem Zusammenhang.“ Damit übereinstimmend der Cultus- und Unterrichts-Minister in dem Rundschreiben an die Länderchefs (S. Nr. 73). Dem Civil- und Militärgouverneur von Ungarn und dem Generalgouverneur des lomb. venet. Königreiches wurde ausserdem auch noch der „articulus secretus“ mit der Bemerkung mitgetheilt: Das Concordat „findet zunächst seine weitere Ergänzung in einem besonderen über den Artikel XIV vereinbarten geheimen Artikel, worin über die Bedeutung des darin enthaltenen Ausdruckes „causae majores“ sich näher ausgesprochen und Sr. K. K. Ap. Majestät das Recht vorbehalten wird, in dem vorkommenden Falle einer solchen causa major gegen die Schuldigen vorzugehen.“

Den Standpunkt welchen die kaiserl. Regierung bei Durchführung des Concordates einzunehmen beabsichtigte, charakterisiren die beiden Schreiben des Cultus- und Unterrichtsministers vom 25. Januar 1856 (S. Nr. 72 und 73) an die Erzbischöfe und Bischöfe und an die Länderchefs der Monarchie. Die darin zu einzelnen Artikeln des Concordates gemachten „Bemerkungen“, welche zum Theile positive Anordnungen enthalten — so z. B. die zu Art. XXVIII — beruhen auf Vereinbarungen der Bevollmächtigten. — Entsprechend diesem Standpunkte ersuchte die Regierung die Bischöfe sich in Wien zu versammeln um über eine gleichmässige Ausführung des Concordates Beschlüsse zu fassen und die darauf abzielenden Vorschläge der Regierung in „Erwägung“ zu ziehen. „Diese Ausführung — wird darin gesagt — ist in den wesentlichen Punkten die eigene Angelegenheit der Kirche und liegt zunächst in den Händen der Bischöfe.“ Zu demselben Zwecke erliess der Papst an den Cardinal Viale Prelá ein Schreiben vom 17. März 1856 worin er diesem den Vorsitz bei den Berathungen überträgt, so oft derselbe als sein Mandatar dabei erscheint. Die Versammlung welche vom 7. April bis 11. Juni tagte, faste das Ergebniss ihrer Berathung in achtzig kurz formulirte Artikel, welche in ausführlichen Zuschriften an den Minister weiter begründet und von einzelnen Gesetzesvorschlägen begleitet wurden. (Die Protocolle und sämmtliche auf diese Versammlung bezüglichen Aktenstücke sind als Manuscript gedruckt, werden jedoch geheim gehalten.)

Nr. 4804 (89).
Oesterreich-
Höm. Curie.
10. Aug. 1855.

Nr. 4804(69).
Oesterreich-
Röm. Curie.
18. Aug. 1855.

Uebereinstimmung mit diesen Beschlüssen erliess die Regierung zur Durchführung des Concordates das Ehepatent, sammt Anhang (S. R.-G.-Bl. Jahrg. 1856 Nr. 185) und ferner eine Reihe von Anordnungen, aus welchen wir die Nachfolgenden hervorheben: Erlass d. C. U. M. an die Bischöfe und Statthaltereien Ungarns und dessen Nebenländer vom 3. April 1856 Z. 417 (S. Archiv f. Kirchenrecht N. F. VIII p. 108) ad Art. XXXIII — Anweisung einer jährlichen Dotation von 25000 Fl. als Entschädigung für die durch Verzichtleistung der Ungar. Kroat. Erzbischöfe und Bischöfe seit 1848 thatsächlich entfallenen Zehentrechte, „um dem Grundsätze, dass der kirchliche Zehent nicht ohne Entschädigung aufgehoben werden darf, jede mögliche Anerkennung zu zollen“; Verordnung d. C. U. M. vom 21. Mai 1856 Z. 774 ad Art. XXXIV — für Akatholiken sind eigene Friedhöfe zu errichten und bis diess geschehen soll deren Beerdigung auf einem besonders ausgeschiedenen Raum des katholischen Friedhofes stattfinden; Verordnung d. C. U. M. vom 29. März 1858 (R.-G.-Bl. Nr. 50 p. 279) ad Art. VI und XVII — die theologischen Studien sind nach den von den Bischöfen auf der Versammlung von 1856 vereinbarten Normen zu regeln; Verordnung d. C. U. M. und J. M. vom 13. Juni 1858 (R.-G.-Bl. Nr. 95 p. 393) ad Art. XXVIII und XXIX — Angabe der Erfordernisse zu dem gesetzlichen Bestande Geistlicher Orden und Congregationen, dann der bei Abschluss von Rechtsgeschäften für dieselben zu beobachtenden Bedingungen; Präsidialerinnerung d. C. U. M. vom 15. Okt. 1858 Z. 1282 ad Art. XXX — die Verwaltung des Pfründen- und Gotteshausvermögens ist nach den von den Bischöfen auf der Versammlung von 1856 vereinbarten Vorschriften auszuführen, „jedoch unter der Bedingung, dass sowohl das landesfürstliche, die Bewahrung des Kirchenvermögens betreffende Recht [die Oberaufsicht], als auch die Einflussnahme der Patrone, in soweit dieselbe mit dem Kirchengesetze vereinbart ist, gesichert bleibe.“ Die Uebergabe der Verwaltung in die Hände der Geistlichkeit erfolgte dann auch im Laufe der folgenden Jahre. Nur für Böhmen wurde die Ausführung dieser Massregel in Folge einer Interpellation (Protestes) böhmischer Patrone im Herrenhause (11. Febr. 1863) vom Ministerium Schmerling sistirt. — Verordnung d. C. U. M. vom 20. Juni und d. J. M. vom 13. Juli 1860 (B.-G.-Bl. Nr. 162 p. 278, Nr. 175 p. 295) ad Art. XXX — die Erfordernisse bei Veräusserung und Belastung des Vermögens katholischer Kirchen, Pfründen und geistlicher Institute.

Aus dem oben angeführten Notenwechsel des kaiserl. u. päpstl. Bevollmächtigten verdient das Schreiben des Fürsterzbischofs v. Rauscher an den Cardinal Viale Prelà vom 6. Aug. 1855 (Archiv l. c. N. F. XII. p. 449) besonders hervorgehoben zu werden, weil darin Erklärungen über die die künftige Stellung der Altkatholiken in Oesterreich abgegeben werden, deren sonst in keinem der angeführten Aktenstücke Erwähnung geschieht. Dieselben gehen dahin: in Beziehung auf den Uebertritt von einer christlichen Confession zur andern und der religiösen Erziehung der Kinder aus gemischter Ehe werden die darüber bestehenden Gesetze in Geltung bleiben. Die kaiserl. Regierung wird Sorge tragen, dass die Akatholiken eigene Friedhöfe erhalten oder, wo dies nicht möglich; ein besonderer Raum des katholischen Friedhofes diesen angewiesen wird. Es wird ferner erklärt: *Gubernium Austriacum nil unquam intentatum reliquit, ut acatholicarum coetus a Tirolensium regionibus arceret Augustissimus autem Imperator pro eo, quo agitur, religionis studio omnia ita disponet, ut in regno Lombardo-Veneto publicum religionis exercitium Ecclesiae catholicae eo, quo haec factum est, modo exclusive reservetur.*

Nr. 4805. (70.)

OESTERREICH. Schreiben des kaiserlichen Bevollmächtigten Fürst-
erzbischof v. Rauscher an den päpstlichen Cardinal Viale Pralà.
— Die s. g. Separat-Artikel des Concordates. —

Lat. Org. und deutsche Uebers. Beiträge l. c. S. Heft p. 45 ff.

Eure Eminenz. Die katholische Kirche ist stets die Arche, zu welcher
Alle ihre Zuflucht nehmen, welche gerettet werden zum ewigen Leben. In
unserer Zeit aber hat der Herr die Welt, welche die Verheissungen Christi
vergessen hatte, durch die deutlichsten Beweise belehrt, dass auch den Gütern
des zeitlichen Lebens das schlimmste Verderben drohe, wenn nicht der heil-
same Einfluss der Kirche die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft be-
festiget. Umgekehrt haben auch die Stürme, durch welche wir erschüttert
wurden, unverkennbar gezeigt, wie wichtig es für die Kirche Gottes ist, dass
die weltliche Gewalt die zügellose Ausgelassenheit der Leidenschaften mit
starker Hand niederhalte. Denn heut zu Tage hat die Kirche mit einer
Partei zu kämpfen, welche nicht bloss den von Gott eingegossenen Glauben,
sondern auch den natürlichen Sinn für Religion von Grund aus zu zerstören
sucht. Sie stützt sich dabei auf falsche Lehren, welche in arger Tücke so
glaissend hingestellt sind, dass sie auf ein Gemüth, das nur seinen Eigennutz
sucht, mächtigen Eindruck machen. Wo die Verkünder der Schlechtigkeit
freie Hand haben, Alles zur Bethörung des Volkes ins Werk zu richten, wird
es nie an Leuten fehlen, welche trotz alles Sträubens der gesunden Vernunft
auf das Wort ihrer Meister schwören, und es wird der Gräuel der Ver-
wüstung erneuert, welcher vor einigen Jahren sogar an dem Heiligthum, an
dem Sitze des Apostelfürsten selbst, zu erscheinen begann. Unter diesen
Verhältnissen ist es mehr als je zu wünschen, dass die weltliche Macht mit
dem Priesterthume zur Sicherung des Reiches Gottes treu zusammengehe. Der
erhabene Kaiser von Oesterreich, von ererbter Frömmigkeit geleitet, hatte
keinen schuldlicheren Wunsch, als die Eintracht zwischen der heiligen und
weltlichen Gewalt in den weiten, seinem Scepter unterworfenen Ländern un-
versehrt und unerschütterlich festzustellen. Der Herrscher über Alle, Gott,
gab gutig dem, was zu seines Namens Heiligung begonnen worden, das Ge-
deihen und man kam über die Artikel überein, deren Ratificirung, sowohl von
Seite des heiligen Vaters, als Sr. Majestät des Kaisers, kaum einem Zweifel
unterliegen kann. Da aber bei einem so umfassenden und schwierigen Werke
noch Einiges erübrigt, des eingedenk zu sein von Nutzen ist, so hat mir
Se. Majestät der Kaiser den Auftrag ertheilt, Ew. Eminenz Nachstehendes
mitzutheilen. 1 Seiner Majestät liegt durchaus am Herzen, dass an den
Universitäten der Glaube blühe und die Frömmigkeit. Der vielfache Nutzen,
welchen die menschliche Wissenschaft mit sich bringt, ist besonders seit dem

Nr. 4805 (70).
Oesterreich.
18. Aug. 1855.

Nr. 4805 (70).
Oesterreich.
18. Aug. 1855.

achtzehnten Jahrhunderte mit vielfachen Irrthümern wie mit Wolken überzogen; und es ist für die menschliche Gesellschaft von grösster Wichtigkeit, dass dieselben durch das Licht der Wahrheit zerstreut werden. Es ist der Wille Sr. Majestät, dass dieser so wichtige Punkt bei der Regelung der allgemeinen Studien auf's Sorgfältigste berücksichtigt werde. Es gibt viele Gründe, welche es als gut erscheinen lassen, dass die Bischöfe die Erzkanzler- oder Kanzlerstelle an den Universitäten bekleiden; sofern Hindernisse im Wege stehen, werden sie doch auf die theologische Facultät, wo sie vorhanden ist, von Amts wegen, mit Ausschluss des Kanzlers, einen besondern Einfluss ausüben. ¶ 2. Zur Prüfung der Candidaten für den theologischen oder kirchenrechtlichen Doctorgrad werden in Oesterreich allzeit ausschliesslich katholische Männer beigezogen werden. 3. Sollte es gut sein, dass einigen Bischöfen durch apostolische Auctorität die Vollmacht zur Ertheilung der theologischen Grade verliehen werde, so wird Se. Majestät der Kaiser gerne seine Zustimmung ertheilen; doch soll die Sache durch Unterhandlung zwischen dem heil. Stuhle und der kaiserlichen Regierung bereinigt werden. ¶ 4. Es steht den Bischöfen frei, eine katholische Universität unter ihrer Abhängigkeit zu gründen. Da es aber nothwendig ist, in Betreff der staatlichen Verhältnisse und der an eine solche Anstalt zu übertragenden bürgerlichen Rechte, nach der Verschiedenheit der Umstände und der Orte, Sicherstellung zu machen, so ist die Angelegenheit vorher mit der kaiserlichen Regierung zu berathen. ¶ 5. Bevor ein Professor der juridischen Facultät zum Vortrage des Kirchenrechtes bestellt wird, wird das Urtheil des Diöcesanbischofs über dessen Glauben und Lehre eingeholt werden. ¶ 6. Die Universität von Pesth verdankt ihren Ursprung einer kirchlichen Stiftung, welche unter der Regierung der Kaiserin Maria Theresia durch kirchliche Güter erhöht worden ist. Nichtsdestoweniger ist es seit dem Ende des verflossenen Jahrhunderts in einigen sehr seltenen Fällen geschehen, dass Akatholiken zum Vortrage profaner Wissenschaften an der genannten Universität zugelassen wurden. Se. Maj. erkennen aber als billig an, dass zu Professoren an dieser Anstalt nur Katholiken zugelassen werden, ohne jedoch zu beabsichtigen, dass den Rechten akatholischer Männer, welche schon zum Lehramte daselbst angestellt sind, Eintrag geschehe. ¶ 7. Die Studirenden der Theologie, wenn sie von dem Bischofe als Zöglinge seines Seminars aufgenommen oder mit dem Ordenskleide angethan sind, wie auch die Novizen der von der Kirche approbirten Klöster werden in allen Theilen des Reiches von dem Militärdienste befreit sein. ¶ 8. Nach den in Oesterreich bestehenden Gesetzen werden für die von der weltlichen Gewalt errichteten Gymnasien und Mittelschulen die Religionslehrer in der Art ausgewählt, dass der Diöcesanbischof einen Concur abhält und den, welchen er für den würdigsten erachtet, unter Beilage der Concuracten der Regierung bezeichnet. Dieser wird auch in der Regel zu der erledigten Lehrerstelle ernannt. Sollte er wegen besonderer Umstände abgelehnt werden, so wird niemals ein Mann ernannt werden, den nicht der

Bischof als für jenes Amt geeignet erklärt hätte. § 9. Bei der Unterdrückung Nr. 4805. (70).
Oesterreich.
18. Aug. 1855. der für die Religion und die sittliche Ehrbarkeit verderblichen Bücher ist die Sache der Kirche und des Staates eine gemeinsame, und Se. Maj. der Kaiser wird nichts unversucht lassen, um solche Bücher, so sehr als möglich, von seinem Reiche auszuschliessen. Er wird daher Sorge tragen, dass zur Zügelung der schriftstellerischen Vermessenheit die Gesetze, für welche es an strengen Sicherungsmitteln nicht gebricht, mit gebührendem Nachdrucke in Vollzug gesetzt, und den Wünschen, welche die Bischöfe in dieser Angelegenheit äussern, auf's sorgfältigste Rechnung getragen werde. Es bedarf indessen, der Natur der Sache gemäss, vieler Vorsicht, damit nichts Schlimmeres eintrete. In den meisten Ländern Europa's leiden die Classen, welche sich einer höheren Geistesbildung und Wissenschaft rühmen, an einer tieferen Krankheit, die man wie ein weiser Arzt behandeln muss. Bis zum Jahre 1848 wurde in Oesterreich die Präventivcensur, und zwar in ihrer vollen Strenge, geübt. Die sich gerne für liberal angesehen wissen wollten, klagten, dass der von der Regierung der katholischen Kirche gewährte Schutz alle Grenzen des Rechtes und der Billigkeit überschreite. In der That war aber die Censur, wie sie damals bestand, gänzlich unfähig dem Uebel zuvorzukommen oder es zu unterdrücken. Allzu ausgedehnt sind die Grenzen Oesterreichs und zahllose Mittel stehen zu Gebote, um die von der Polizei geübte Aufsicht zu umgehen. Den Buchhändlern fehlte daher nie die Gelegenheit, verbotene Bücher einzuführen; und je strenger sie verboten waren, desto gieriger wurden sie gesucht und gelesen, und desto theurer wurden sie verkauft, so dass diejenigen, welche sich mit solcher Waare befassten, leicht die Strafgelder bezahlen konnten, zu deren Erlag sie im Betretungsfalle verurtheilt wurden, und die ausländischen Buchhändler froh waren, wenn ein in ihrem Verlag erschienenenes Werk in Oesterreich verboten wurde. Indessen bestehen nicht in allen Ländern des Kaiserthumes dieselben Verhältnisse. In dem lombardisch-venetianischen Gebiete ist es viel leichter, verderbliche Bücher fern zu halten, als in den deutschen Provinzen, denen so viele protestantische Länder nahe liegen, oder in Ungarn und Siebenbürgen, wo sich eine so grosse Zahl akatholischer Einwohner befindet. Ueberdies ist in Italien Vieles, was, weil schon unzählige Male wiederholt, in Deutschland schon Ekel erregt, noch neu und übt deshalb einen mehr verführerischen Einfluss. § 10. Wenn ein Geistlicher von einem weltlichen Richter wegen eines auf die Religion bezüglichen Verbrechens oder Vergehens, das die Strafgesetze des Reiches ahnden, vor Gericht gefordert wird, so erhebt Se. Majestät keine Schwierigkeit dagegen, dass von dem weltlichen Gerichte erster Instanz, bevor es zur Fällung des Urtheils schreitet, dem Bischöfe die Acten ausgehändigt werden, damit er den Beklagten verhöre und Alles thue, was zur canonischen Aburtheilung der Sache gehört. Nachdem der Bischof in seinem Forum das Urtheil gefällt, wird er es dem weltlichen Richter mittheilen, welcher dann über die Verletzung des bürgerlichen Gesetzes nach Massgabe des Civilrechtes

Nr. 4805 (70).
Oesterreich.
18. Aug. 1855.

urtheilen wird. 11. Uebrigens beziehen sich die im 14. Artikel des Concordats getroffenen Bestimmungen über die Rechtsfälle der Kleriker lediglich auf diejenigen, welche von den ordentlichen Gerichten verurtheilt werden. Ausnahmen müssen eintreten, wo es sich um ein Verbrechen handelt, gegen welches auf gewisse Zeit das ausserordentliche Verfahren des Standrechtes verfügt wurde. Ueberdies erwartet Se. Majestät, dass die Bischöfe zur Verwahrung von Geistlichen, welche etwa von dem weltlichen Richter wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurtheilt werden sollten, ein geeignetes Haus auswählen, welches der Regierung nicht missfällig ist. In wie fern Solche, welche wegen eines Verbrechens als schuldig erkannt worden sind, in ein geistliches Haus zur Verwahrung abgeliefert werden können, hängt von der Natur der Sache und der Gnade des Kaisers ab. 12. In der Provinz, welche den Namen Militärgrenze führt, besteht eine ganz eigenthümliche Verwaltungsweise, indem ein und derselbe Mann die militärische, richterliche und Civilgewalt in sich vereinigt. Die ordentlichen Richter, an welche die Civilsachen der Kleriker durch Verordnung vom 7. August 1852 verwiesen worden sind, führen daher auch das Militäreommando. Da aber in mehreren Gegenden der Militärgrenze die Akatholiken bei weitem die Mehrzahl bilden, so muss es geschehen, dass jene Behörden bisweilen aus Männern bestehen, welche der katholischen Kirche fremd sind. Daher hat Se. Majestät für den katholischen Klerus, der von den ordentlichen Richtern der einzelnen Districte exempt ist, zu Agram wo der Gouverneur des Civil- und Militärwesens für Croatien und Slavonien seinen Sitz hat, ein besonders delegirtes Forum errichtet. In gleicher Weise wird auch in den übrigen Ländern der Militärgrenze Vorsorge getroffen werden. 13. Se. Majestät der Kaiser wünscht, dass die kirchliche Disciplin in ihrer Kraft erhalten werde, und hat sich daher immer bereit gezeigt und wird sich auch ferner bereit zeigen, zum Vollzuge der von den Bischöfen wider die ihnen untergebenen Kleriker gefällten Urtheile die Hülfe des weltlichen Armes zu leihen. Er erwartet aber, dass die Bischöfe, indem sie den weltlichen Arm anrufen, geeignete Erläuterungen, falls man sie von ihnen begehrt, vorlegen; in welchem Falle der Kaiser sich des Rathes einer Commission bedienen wird, die aus Bischöfen oder anderen Geistlichen unter dem Vorsitze eines Bischofs zusammengesetzt ist. || 14. Die österreichischen Gesetze stellen die Regel auf, dass die Zeugen, deren Wohnort von dem Sitze des die Untersuchung führenden Gerichtes mehr als zwei Meilen entfernt ist, vor dem Richter des Districtes, in dem sie wohnen, Zeugniß ablegen sollen. Es ist zudem dem Inhalte der Gesetze und dem Willen Sr. Majestät ganz angemessen, dass bei der Zeugnißabgabe von Priestern, soweit die Natur der Sache es gestattet, Sorge getragen werde, dass die Ausübung der h. Amtspflichten keine Hinderung erfahre. Sollte es geschehen, dass irgend ein Richter etwa rücksichtslos handelt, so sollen die Bischöfe sich an den Kaiser wenden, welcher dafür sorgen wird, dass die Angelegenheit nach seinem Willen und nach dem Geiste des Gesetzes

bereinigt werde. § 15. Da im Jahre 1849 den politischen Gemeinden die ^{Nr. 4805 (70).} Obsorge für Unterbringung der Truppen in den Häusern übertragen wurde, ^{Oesterreich.} so geschah es nicht selten, dass Pfarrer, welche weder eine geräumige Wohnung, noch ein die Congrua übersteigendes Einkommen hatten, gezwungen wurden, Kriegsleute in ihr Haus aufzunehmen. Wie unbillig dies sei, haben die Bischöfe mehrmals auseinandergesetzt, und es ist des Kaisers Wille, Abhilfe zu schaffen. Da nun eben jetzt eine Reform des ganzen Truppen-einquartierungswesens im Werke ist, so hat er befohlen, dass bei dem Entwurfe der Anordnungen der Clerus in gebührender Weise berücksichtigt werde. § 16. Was die Genehmhaltung der zu kirchlichen Pfründen beförderten Personen betrifft, so ist der Kaiser gesonnen, Alles in dem gegenwärtigen Stand zu belassen; und er hofft, dass niemals ein Fall eintreten wird, welcher die Nothwendigkeit auferlegte, eine derartige Sicherung in höherem Masse, als bisher, in Anspruch zu nehmen. § 17. Die österreichischen Kaiser haben des Patronatsrechtes, das sie im Namen der Krone oder der öffentlichen Fonds übten, sich stets so bedient, dass sie in wohlwollender Weise die wirksamere Pflege der Seelsorge im Auge hatten und Se Majestät hat das, was hierüber von Seinen Vorfahren bestimmt worden ist, nach dem Antriebe seiner Frömmigkeit und Weisheit bestätigt. Es ist sein Wille, dass das Nämliche, unbeschadet der im Art. 25 des Concordats getroffenen Bestimmung, auch für die Zukunft in Kraft bleibe; denn er wünscht, dass zur pfarrlichen Seelsorge die tüchtigsten Männer bestimmt werden, und er weiss sehr wohl, wie hoch bei der Auswahl der Priester, die Andern an Würdigkeit voranstehen, das Urtheil des Bischofes anzuschlagen ist. § 18. Sollte es etwa geschehen, dass eine kirchliche Corporation rechtsgemäss aufgehoben würde, so werden die Pfründen, auf welche sie präsentirte, der freien Vergebung des Bischofs anheimfallen, so weit dies die canonischen Bestimmungen vorschreiben. § 19. Se. Majestät will in keiner Weise ein Hinderniss legen, dass Bruderschaften oder Vereine, welche die Kirche gutheisst und empfiehlt, errichtet werden und den Werken der Frömmigkeit mit vereinten Kräften obliegen. Doch ist die Gefahr zu verhüten, dass nicht unter dem Namen frommer Verbindungen Umtriebe verdeckt werden, welche zum Schaden des Staates und der Kirche gereichen. Es müssen daher einige Gewähsmittel angewendet werden; indessen wird das Urtheil des Diöcesanbischofs über die Errichtung einer Sodalität hochgeachtet werden. § 20. Die Erzbischöfe und Bischöfe werden nicht im Mindesten gehindert werden, bei den frommen Anstalten Alles, was die Religion und die Lauterkeit des christlichen Lebens anbelangt, kraft ihres Hirtenamtes zu bestellen. Wie sehr aber Se. Majestät wünscht, dass bei den sämtlichen frommen Anstalten jeder Art Alles recht und der Frömmigkeit gemäss bestellt sei, geht daraus klar hervor, dass in neuester Zeit selbst die Strafgefangenen grossentheils der Obsorge religiöser Genossenschaften anvertraut worden sind. § Wien, 18. August 1855. Joseph Othmar von Rauscher, Fürsterzbischof von Wien.

Nr. 4806. (71.)

RÖMISCHE CURIE. Breve Pius IX. an das Episcopat Oesterreichs.
— Erläuterung des Concordates. —

Lat. Orig. und deutsche Uebers. Beiträge l. c. 3. Heft p. 37 ff.

Pius P. P. IX. Geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder! Gruss und apostolischen Segen!

Nr. 4806 (71).
Röm. Curie.
5. Nov. 1855.

Es ist Euch wohl bekannt, dass Unser geliebtester Sohn in Christo, der Kaiser von Oesterreich und apostolische König Franz Joseph, der sich um Uns und diesen h. Stuhl fürwahr auf vorzügliche Weise vielfach verdient gemacht hat, gemäss seiner Religiosität und Frömmigkeit und seinem ausgezeichneten Eifer für die katholische Sache schon am Anfange seiner Regierung Unseren gerechtesten Wünschen bereitwilligst nachgekommen ist und nichts mehr sich zur Herzensangelegenheit gemacht hat, als seine Sorgfalt und seine Gedanken der Festigung der Freiheit der katholischen Kirche in seinen weiten Gebieten zuzuwenden, und dass er an dieses heilsame Werk Hand anlegte, indem er zu seines Namens höchstem Ruhme und zur grössten Freude und Bewunderung aller Guten das Decret vom 18. April 1850 erliess. Später hat derselbe ausgezeichnet gottesfürchtige Kaiser und König, mit wahrhaft kindlicher Pietät unserm Ansuchen immer mehr Folge leistend, und wohl erkennend, wie sehr die katholische Kirche und ihre heilvolle Lehre zur Förderung des wahren Glückes und der Ruhe der Völker beiträgt, an Uns die dringende Bitte gestellt, dass Wir eine Vereinbarung mit ihm schliessen möchten, durch welche Wir die kirchlichen Angelegenheiten seines ganzen Reiches und aller Gebiete, aus welchen dasselbe besteht, kraft Unserer apostolischen Autorität gebührend und gedeihlich ordnen könnten. Zu nicht geringer Freude Unseres Herzens haben Wir daher den frommen Wünschen jenes Fürsten sehr gerne entsprochen und eine Vereinbarung mit ihm zu schliessen für gut erachtet. Wir haben auch in der That einen wundervollen Trost empfunden, da Wir durch jenen Vertrag, unter Gottes Hülfe, die Freiheit der katholischen Kirche und ihre ehrwürdigen Rechte aufs Beste zu schützen und zu sichern, und viele sehr wichtige kirchliche Dinge in den weiten Landen jenes Reiches zu regeln vermochten. Indem Wir nun Unserem in Christo geliebtesten Sohne aus vollstem Herzen Unsere Freude hierüber aussprechen und ihm das verdiente höchste Lob ausdrücken, weil er es sich zum Ruhme rechnet, Unsere heiligste Religion mit so grossem Eifer zu bekennen und zu ehren, und Uns und diesem Stuhle des h. Petrus die gleiche ergebene Gesinnung und Ehrerbietung zu bezeigen; richten Wir an Euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder! dieses Schreiben, durch welches Wir Eueren ausgezeichneten und allbekanntem frommen Sinn und Eueren Hirten-

sorgfalt kräftigst ermuntern, damit Ihr aus jener grösseren Freiheit, welche die katholische Kirche in allen Gebieten der österreichischen Herrschaft, der getroffenen Vereinbarung zufolge, geniessen und besitzen soll, allen Nutzen zieht und mit der höchsten Sorgfalt, Aufmerksamkeit und Beflissenheit alle Pflichten Eueres Amtes zum Wachstume, zur Ehre und zum Gedeihen der Kirche und zum Heile der Seelen eifrigst zu erfüllen strebet. Denn nun, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder! ist es Eure Sache, in gemeinsamem Einverständnisse sorgfältigst zu wachen, dass in Eueren Bisthümern die Hinterlage des heiligen katholischen Glaubens ganz und unversehrt erhalten werde; mit stets regerem Eifer und, mit aller Wachsamkeit für den guten Unterricht der Kleriker Sorge zu tragen, die Disciplin des Klerus zu wahren und wo sie Schaden gelitten, wiederherzustellen, das pfarrliche Amt, sowie andere kirchliche Pfründen nur würdigen und achtbaren Geistlichen zu übertragen, eine heilsame Erziehung der Jugend herbeizuführen, die Euerer Obhut anvertraute Heerde durch Verkündigung des göttlichen Wortes, durch heilsame Ermahnungen und angemessene Schriften zu weiden und zu nähren, und sowohl Provinzial- als Diöcesansynoden zu veranstalten, damit Ihr für das grössere Wohl Euerer Gläubigen täglich mehr zu wirken vermöget. Inlessen haben Wir Euch Einiges mittheilen wollen, was sich insbesondere auf gewisse Artikel des Concordates bezieht, und Wir von Euch gethan und in Vollzug gesetzt wünschen, damit die erfreuliche Eintracht zwischen jenem katholischem Reiche und der Kirche und diesem apostolischen Stuhle immer mehr gefördert werde, weil aus ihr stets die höchsten Güter für das christliche und bürgerliche Gemeinwesen erwachsen. Für's Erste ermahnen Wir Euch, dass Ihr zur nämlichen Zeit, da Ihr Eucere Hirtenbriefe und andere Erlasse herausgeben wollet, ein Exemplar derselben der Regierung Sr. kais. und apostol. Majestät, lediglich zur Kenntnissnahme, zusendet; sowie auch, dass Ihr der nämlichen Regierung Anzeige erstattet, wann Ihr Synoden halten wollet, und derselben aus dem nämlichen Grunde ein Exemplar der Synodalacten, wenn sie veröffentlicht werden, und zur Zeit, da sie zur allgemeinen Kunde gelangen sollen, zukommen lasset. || Was die Diöcesansynoden anbelangt, so haben Wir erfahren, dass Mehrere aus Euerer bischöflichen Genossenschaft den sehnlichen Wunsch tragen, dass sie mit derselben Vollmacht versehen werden, welche von Uns dem Bischofe von Lüttich durch Rescript vom 4. Mai 1851 ertheilt worden ist. Wir sind gesonnen, den dessfallsigen Wünschen Derer zu willfahren, welche dies von Uns verlangen und zugleich die besonderen Zustände ihres Bisthums Uns sorgfältig darlegen, damit Wir jene Beschlüsse fassen, welche Wir für jedes Bisthum als die geeigneten erkennen werden. Da Wir für gewiss erachten, dass der katholischen Regierung des Kaiserreiches nichts ernster angelegen sein wird, als die Gottesfurcht und Frömmigkeit mit allem Eifer täglich mehr zu erwecken und zu fördern; so wird, wenn die Regierung Euch Etwas als ihren Wunsch zu erkennen gibt, was die Form und Methode betrifft, in welcher die auf Religion bezüglichen und zum

Nr. 4806. (71.)
Rom. Curie.
5. Nov. 1855.

Nr. 4806. (71). Röm. Curie. 5. Nov. 1855. Schulgebrauche dienenden Bücher geschrieben sind, diesen Wünschen von Euch Rechnung getragen werden, unbeschadet jedoch immer Eueres Urtheiles und Eueres Rechtes in Betreff der Lehre, welche in jenen Büchern enthalten ist. Alle Sorge aber wendet an, dass in den untersten oder Elementarschulen zur Ertheilung des Religionsunterrichtes solche Bücher gebraucht werden, aus welchen die Jugend eine und die nämliche katholische Lehre schöpfen kann, und dass in Bezug auf eben diese Bücher niemals, ausser im Falle einer wichtigen Ursache und stets nur nach gemeinsamer Berathung, eine Veränderung vorgenommen werde. Und da es Euch bekannt und ausgemacht ist, wie viel der Kirche und dem Staate daran gelegen sein muss, dass besonders die jungen Kleriker schon vom zarten Alter an zur Frömmigkeit, zu aller Tugend und im kirchlichen Geiste reiflich erzogen und in der Literatur und Wissenschaft, namentlich in den heiligen Fächern, fern von jeder Gefahr irgend eines Irrthumes, sorgfältig unterrichtet und gebildet werden; so traget nach gemeinsamer Berathung mit allem Fleisse Vorsorge, dass in Eueren Seminarien genau die rechte Weise der kirchlichen Erziehung walte und jene Methode in den vorzüglichsten Studien zur Anwendung komme, welche, in Erwägung der Dinge, der Zeit und des Ortes, sowohl den grösseren Nutzen der Kirche herbeiführen kann, als auch zugleich bewirkt, dass der Klerus durch heilsame und gediegene Wissenschaft und Gelehrsamkeit hervorleuchte. In der Auswahl der Professoren oder Lehrer übet einen besonderen Fleiss und besondere Wachsamkeit, und übertraget das wichtige Lehrgeschäft allezeit nur Männern, welche durch Gottesfurcht, Frömmigkeit, Reinheit des Wandels und Sittenernst hervorrangen und das Lob gesunder Lehre daraus geniessen. Da aber wegen der äusserst traurigen und allbekannten Zeitereignisse vielleicht einer oder der andere Geistliche sich finden könnte, der Sr. kaiserl. und apostol. Majestät nicht angenehm wäre, so werdet Ihr bei der Verleihung der Pfarreien und anderen kirchlichen Pfründen Sorge tragen, dass dazu keine Geistlichen gewählt werden, welche Sr. kaiserl. und apostol. Majestät minder gefallen. Dieses aber vermöget Ihr zu erkennen sowohl aus dem Charakter und der Beschaffenheit des Geistlichen, als auch aus früheren Handlungen der Regierung, oder auch durch andere geeignete Mittel. Ueberdies ist es wegen des nämlichen Grundes nothwendig, dass Ihr vor der Wahl der Professoren und Lehrer in den Seminarien sorgfältigst Euch erkundiget und Euch Gewissheit verschaffet, ob Se. kaiserl. und apostol. Majestät in Bezug auf die politischen Fragen etwas wider sie habe. Endlich soll es Euch fortwährend aufs Höchste am Herzen liegen, darüber zu wachen, dass bei den kirchlichen Verrichtungen und besonders bei dem hochheiligen Opfer der Messe und der Ausspendung der Sacramente die von diesem apost. Stuhle schon gutgeheissenen Formeln in der Sprache eines jeden Ritus sorgsam, fromm und gewissenhaft angewendet werden. Unterlasset auch nicht, mit allem Eifer zu sorgen, dass inskünftig keine Prälaten, die einen niedrigeren Rang als die Bischöfe haben, die heiligen

Verrichtungen nach Art der Bischöfe vollziehen, wenn sie hierfür nicht ein Nr. 4806 (71).
Röm. Curie.
5. Nov. 1855. besonderes Privilegium von dem h. Stuhle erhalten haben, und unter der Bedingung, dass Jene, welche ein solches Privilegium erlangt haben, Alles sorgfältigst beobachten, was im Decreté unseres Vorfahren Alexander VII. vom 27. September 1659 und in dem apost. Schreiben Pius VII., gleichfalls Unseres Vorgängers, welches mit den Worten: „Decet romanos pontifices“ beginnt und vom 4. Juli 1823 datirt ist, vorgeschrieben wurde. Hier habet Ihr nun, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder! was Wir Euch gegenwärtig mittheilen zu sollen glaubten, und Wir zweifeln durchaus nicht, dass Ihr bei Eurer ausgezeichneten Frömmigkeit und bei Eurer besonderen und bekanten Ergebenheit gegen Uns und diesen apostolischen Stuhl diesen Unseren Mahnungen bereitwilliges Gehör schenken und Sorge tragen werdet, dass Alles, wovon Wir gesprochen haben, auf's Genaueste zum Vollzuge und zur Ausführung komme. Unterdessen unterlassen Wir nicht, Gott den Allerhöchsten demüthig und dringend anzuflehen, dass er die reichsten Gaben seiner Güte allzeit gnädig über Euch ausschütte, und Eueren Hirtensorgen, Berathungen und Arbeiten seinen Segen schenke, damit unsere heiligste Religion und ihre Lehre in Euren Diöcesen von Tag zu Tag mehr wachse, und gedeihlich und glücklich überall herrsche und blühe. Als Unterpfand aller himmlischen Gaben und als Zeugniß für Unsere glühendste Liebe zu Euch ertheilen Wir Euch, allen Klerikern Eurer Kirche und den gläubigen Laien, welche Eurer Sorge anvertraut sind, gerne den apostolischen Segen. Gegeben zu Rom bei St. Peter, am 5. Nov. 1855, im 10. Jahre Unseres Papstthums.

Pius P. P. IX.

Nr. 4807. (72.)

OESTERREICH. Schreiben des Cultus- und Unterrichtsministers Leo Grafen v. Thun an die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe.
— Bemerkungen über das Concordat.

G. U. M. Z. 1871 ex 1855. Moy, Archiv f. kath. K.-R. Bd. I p. XXIX ff.

Die hochehrwürdige Thatsache, dass die Verhandlungen, welche Seine Nr. 4807 (72).
Oesterreich.
25. Jan. 1856. k. k. apost. Majestät mit dem apost. Stuhle haben pflegen lassen, um den Beziehungen Ihres Reiches zur katholischen Kirche wieder eine feste und in jeder Hinsicht befriedigende Grundlage zu geben, zu einem erfolgreichen Abschlusse gediehen sind, so wie der Wortlaut der hierüber ausgefertigten feierlichen Urkunde ist E . . . bereits durch die von Seite der kais. Regierung sowohl als des heil. Stuhles erfolgte Kundmachung bekannt geworden. Inzwischen ist an E . . . auch das Breve gelangt, welches der heil. Vater mit Beziehung auf das Konkordat erlassen und worin er sich über den Geist, in welchem er aufzufassen ist, so wie über die Ausführung mancher Artikel ausgesprochen hat. Andere von den hohen vertragschliessenden Theilen im

Nr. 4807 (72).
Oesterreich.
25. Jan. 1856

Laufe der Verhandlungen gegenseitig abgegebene Erklärungen, welche theils zur Vervollständigung, theils zur Erläuterung des getroffenen Uebereinkommens dienen, sind, da es nicht angemessen erschien, sie in den Text der Konkordatsurkunde aufzunehmen, in den zwischen den Bevollmächtigten gewechselten Notizen niedergelegt worden. || Ich habe die Ehre E . . . im Anschlusse einige Abdrücke sowohl der Konkordatsurkunde als des vom Fürsterzbischofe von Wien unterm 18. August v. J. an den Pronuntius Kardinal Viale Prelà gerichteten Schreibens, welches eine Reihe solcher Erklärungen enthält, zu übersenden. || So wie der Inhalt dieser Urkunden den augenscheinlichen Beweis liefert, wie ernstlich Seine Majestät darnach gestrebt haben, ein aufrichtiges Einvernehmen mit der Kirche herzustellen, ebenso ist es der angelegentliche Wunsch und Willen Seiner Majestät, dass das abgeschlossene Konkordat nunmehr seinem ganzen Inhalte nach sobald als möglich ausgeführt werde, um seine Wirksamkeit segensreich entwickeln zu können. Diese Ausführung ist in den wesentlichen Punkten die eigene Angelegenheit der Kirche und liegt zunächst in den Händen der Bischöfe. Den kirchlichen Interessen wird es aber nicht weniger entsprechen, als es in politischer Beziehung von Wichtigkeit ist, dass bei der Durchführung in allen Diöcesen des Reiches nach gleichen Grundsätzen vorgegangen und dass demnach den Bischöfen des Reiches Gelegenheit zu gemeinsamer Berathung geboten werde. Hiedurch wird es zugleich der Regierung Seiner Majestät ermöglicht werden, hinsichtlich jener Punkte, deren Ausführung ein genaueres Einvernehmen der kirchlichen und weltlichen Behörden erfordern dürfte, dieses Einvernehmen sofort mit der Gesammtheit der h. w. Bischöfe herzustellen, oder — insofern sich Schwierigkeiten ergeben sollten, die zu deren Lösung gemäss Art. XXXV des Konkordates mit dem heil. Stuhle zu pflegende Verhandlung vorzubereiten. || Seine k. k. apost. Majestät haben mich daher a. g. beauftragt, E . . . so wie alle übrigen h. w. Erzbischöfe und Bischöfe zur Theilnahme an gemeinsamen Konferenzen einzuladen, welche in der Hauptstadt des Reiches stattfinden und am 2. Sonntage nach Ostern eröffnet werden sollen. || Seine k. k. apost. Majestät erwarten von dieser Versammlung zunächst die bereits in dem a. h. Patente vom 5. November 1855, R.-G.-B. Z. 195 als nothwendig bezeichnete Aeusserung der h. w. Bischöfe, mit welchem Zeitpunkte die kirchlichen Ehegerichte in jenen Gebieten des Reiches, in welchen sie dermalen nicht bestehen, in Wirksamkeit zu setzen sein dürften. || Im Uebrigen wird es die Aufgabe dieser Versammlung sein, sich überhaupt mit allen jenen das Konkordat und dessen Ausführung berührenden oder dadurch angeregten Fragen zu beschäftigen, welche ihrer allgemeinen Bedeutung wegen gemeinschaftlich erwogen zu werden verdienen. Eben deshalb erwarten Seine Majestät, dass die h. w. Bischöfe des Reiches es für zweckmässig erachten werden, den Berathungen jener Versammlung nicht durch vorschnelle Massregeln in den einzelnen Diöcesen vorzugreifen. Welche Fragen in obigem Sinne einen Gegenstand der Berathungen zu bilden haben werden, wird zunächst das h. w.

Episcopat selbst zu beurtheilen haben; Seine Majestät behalten sich jedoch vor, nach Umständen auch ihrerseits solche Fragen der Erwägung der Versammlung zu empfehlen, und werden dem h. w. Herrn Kardinal-Fürst-erzbischofe von Wien, welcher als A. H. Ihr gewesener Bevollmächtigter für die Konkordatsverhandlungen ohnehin berufen ist, über dieselben die etwa erforderlichen nähern Aufschlüsse zu geben, in dieser Beziehung die geeigneten Aufträge zu ertheilen geruhen. ¶ Den Verhandlungen der bevorstehenden Versammlung entgegensehend habe ich gegenwärtig nur über einige wenige Punkte des Konkordates nachstehende Bemerkungen beizufügen: 1) Der Art. VII des Konkordates billigt und bestätigt in seinem Schlusssatze die heilsamen Vorschriften, welche in Oesterreich hinsichtlich der Anstellung von Religionslehrern an den öffentlichen Gymnasien und Realschulen bestehen. Welche Vorschriften hiermit gemeint sind, ist in der Note „Ecclesia“ sub VIII bestimmt ausgesprochen. Diese Vorschriften, welche bisher (und zwar mit der Verordnung vom 28. Juni 1850, R.-G.-B. Nr. 265, §. 6) nur für jene Kronländer gesetzlich publizirt waren, deren h. w. Bischöfe sich im J. 1849 in Wien versammelt hatten, werden demnach fortan für den ganzen Umfang des Kaiserreiches als bleibende Norm zu gelten haben. 2) Da das päpstliche Breve mit Beziehung auf den Art. VIII des Konkordates ausspricht, dass von Seite der h. w. Bischöfe Bestimmungen über die Wahl oder Aenderung der Religionslehrbücher für Elementarschulen nur nach gemeinsamer Berathung und reiflicher Erwägung zu treffen seien, so habe ich die Länderchefs, denen es obliegt, dem Schulwesen ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, hievon in Kenntniss gesetzt. 3) Sub Nr. IX der oberwähnten Note „Ecclesia“ werden die Gründe hervorgehoben, welche erheischen, dass von Repressiv-Massregeln gegen Druckschriften ein vorsichtiger Gebrauch gemacht werde. Die kaiserliche Regierung glaubt darauf rechnen zu dürfen, dass auch die h. w. Bischöfe diese Erwägungen als massgebend betrachten werden, und gründet hierauf die Hoffnung, auch auf diesem Gebiete ein gemeinsames Zusammenwirken ermöglicht zu sehen. 4) Mit dem Art. XIV steht der Punkt XI der Note „Ecclesia“ in Verbindung, worin gesagt wird, dass für den Fall, als Geistliche wegen Vergehen oder Uebertretungen von den weltlichen Gerichten abgeurtheilt wurden, die h. w. Bischöfe diesfalls nur solche geistliche Detentionshäuser wählen werden, welche auch der kais. Regierung genehm sind. In dieser Beziehung wollen E . . . sich stets mit den betreffenden Länderchefs, an welche unter Einem die analoge Weisung ergeht, in das Einvernehmen setzen. 5) In dem Art. XXII ist die Verleihung der ersten Dignitäten an allen Metropolitan- oder Suffragan Kirchen, insofern nicht besondere Stiftungsverhältnisse entgegenstehen, in diesem Falle aber die Verleihung der zweiten Dignitäten Sr. päpstl. Heiligkeit vorbehalten. Nachdem jedoch Se. päpstl. Heiligkeit die Zusicherung haben ertheilen lassen, dass Sie bei Verleihung dieser Dignitäten auf die von Sr. k. k. apost. Majestät nach Einvernehmung des Diöcesan-Bischofes an den heil. Stuhl zu richtende Empfehlung Rücksicht

Nr. 4807 (72).
Oesterreich.
25. Jan. 1856.

zu nehmen beabsichtigen, so werden die Vorschläge zur Besetzung dieser Dignitäten in der bisher üblichen Weise an Seine k. k. apost. Majestät zu erstatten sein. (6) In dem an E . . . bereits gelangten päpstlichen Breve wird besonders hervorgehoben, wie wichtig es sei, dass bei Verleihung geistlicher Benefizien und theologischer Professuren nur auf solche Männer Rücksicht genommen werde, gegen welche Seine Majestät in politischer Hinsicht Nichts einzuwenden haben. E . . . wollen daher vor der Besetzung solcher Stellen die Kandidaten, die Sie hierfür im Auge haben, dem Landeschef namhaft machen, und dem Ausspruche desselben über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Anstellung entgegensehen. Hinsichtlich der Besetzung geistlicher Benefizien ist jedoch in der Note „Ecclesia“ sub XVI die Versicherung ausgesprochen, dass Seine Majestät Alles in dem dermaligen Zustande zu belassen beabsichtigen, in der Voraussetzung, dass keine Nothwendigkeit eintreten werde, von der Vorsichtsmassregel eines Vorbehaltes der vorläufig einzuholenden Zustimmung der weltlichen Behörde einen ausgedehnteren als den bisher eingeführten Gebrauch zu machen. Es wird sich demnach in dieser Beziehung auch fernerhin zu benehmen sein wie bisher. 7) Gemäss dem Art. XXV in Verbindung mit dem Punkte XVII in der Note „Ecclesia“ wird hinsichtlich der Besetzungen von landesfürstlichen oder Fonds-Patronats-Pfründen, die bisherige Uebung, welcher zu Folge von den Landesbehörden nur der in bischöflicher Terna primo loco Vorgeschlagene zu wählen, im widrigen Falle aber die höhere Entscheidung einzuholen ist, aufrecht erhalten bleiben. 8) Der Art. XXVIII handelt von den inneren Angelegenheiten der geistlichen Orden. In dieser Hinsicht sind bei den Verhandlungen über das Konkordat noch zwei Punkte zur Sprache gekommen, welche in obigem Artikel nicht ersichtlich sind. Der eine Punkt betrifft die Bestimmung, dass zur Ablegung der feierlichen Gelübde in den österreichischen Männer- und Frauenklöstern nur jene zugelassen werden, welche entweder das 24. Lebensjahr zurückgelegt, oder zwar erst das 21. Lebensjahr vollendet, jedoch bereits 3 Jahre in einem Kloster des Ordens, für welchen sie Profess ablegen wollen, zugebracht haben. In Betreff dieses Punktes wird einer besondern diese Bestimmung enthaltenden Weisung des apostol. Stuhles entgegengesehen. Inzwischen wolle es den h. w. Erzbischöfen und Bischöfen gefällig sein, für die Aufrechthaltung dieser zweckmässigen Bestimmung in ihren Diöcesen Sorge zu tragen. Nebstdem wurde auch der Umstand zur Sprache gebracht, dass in mehreren Provinzen Oesterreichs die Mendikanten eine Unterstützung aus dem Religionsfonde unter der Bedingung beziehen, dass sie sich des Almosensammelns enthalten, und in der Seelsorge Aushilfe leisten, und dass daher jene Unterstützung aufhören müsste, wenn die Bedingungen, an welche sie geknüpft ist, nicht mehr eingehalten würden. In jenen Ländern, auf welche diese Bemerkung Anwendung findet, wolle daher über die Aufrechthaltung dieses Verhältnisses gewacht werden. || 9) Durch den Art. XXIX sind die Hemmnisse hinweggefallen, welche bisher der Kirche die Berechtigung, Eigen-

thum zu erwerben, schmälerten. Durch den Art. XXX ist jedoch angeordnet worden, dass Kirchengüter weder verkauft noch mit beträchtlichen Lasten beschwert werden dürfen, ohne dass hiezu die Einwilligung Seiner k. k. apost. Majestät eben sowohl wie die des päpstlichen Stuhles eingeholt werde. Die Durchführung dieser Bestimmung erfordert, dass die kais. Regierung in fortgesetzter Uebersicht dessen, was Kirchengut ist, bleibe. Die Art und Weise, in welcher diese Uebersicht herzustellen sei, wird ebenfalls Gegenstand weiterer Berathung sein. Da aber die bisher bestandene Nothwendigkeit, eine Bewilligung der Regierung zu neuen Erwerbungen anzusuchen, sofort entfällt, so tritt einstweilen doch die Nothwendigkeit an ihre Stelle, dass den politischen Landesbehörden bis zur neuen Regelung dieser Angelegenheit von neuen Erwerbungen Anzeige erstattet werde, und ich habe die Ehre E... zu ersuchen, in dieser Beziehung die entsprechenden Weisungen zu erlassen. Was die in der Note „Ecclesia“ sub VII, X, XI, XII, XIII, XIV und XV enthaltenen Zusicherungen anbelangt, so sind die zu ihrer Erfüllung erforderlichen Einleitungen getroffen worden. (Für die lomb.-venet. Bischöfe: Die in dem Art. XVII angedeutete Ergänzung der Dotation jener bischöflichen Seminarien, denen es an den erforderlichen Mitteln gebricht, wird den Gegenstand einer eigenen Verhandlung bilden, mit deren Einleitung die Landesbehörden beauftragt werden.) (Für die Bischöfe *a* von Ungarn; *b* im lomb.-venet. Königreiche, Siebenbürgen, Serbien und Croatien: Nach den Art. III und IVe, steht es den h. w. Bischöfen frei, über kirchliche Angelegenheiten Verordnungen und Instruktionen so wie die bei den Synoden gefassten Beschlüsse zu promulgiren und hinauszugeben. Hiawiederum bestimmt das päpstliche Breve, dass von diesen bischöflichen Verordnungen und den Synodalbeschlüssen stets gleichzeitig ein Exemplar der kais. Regierung zur Einsichtnahme mitgetheilt werde. Mit Beziehung auf diese Punkte ersuche ich E... von den zu erlassenden Hirtenbriefen und von den zu promulgirenden Synodalbeschlüssen jederzeit ein Exemplar unter Einem im Wege ad *a* des k. k. Milit.- und Civil-Gouvernements, ad *b* der k. k. Statthaltereien an mich gelangen zu lassen.) Durch das Konkordat ist jenes aufrichtige Einvernehmen zwischen der geistlichen und weltlichen Macht hergestellt worden, welches für die wahre Wohlfahrt der Völker unentbehrlich ist. Die Wahrung dieses segnenverheissenden Verhältnisses erfordert, dass jede der beiden Gewalten, wenn sie der Mitwirkung der anderen bedarf, diese mit jenem Vertrauen, das aus der gegenseitigen Achtung entspringt, in Anspruch nehme, dass aber auch jede dieser Gewalten Verfügungen, welche zwar in ihrem eigenen Wirkungskreise liegen, aber die jenseitigen Interessen nahe berühren, nicht treffe, ohne davon eine vorläufige Mittheilung gemacht, und nach Umständen eine Verständigung darüber herbeigeführt zu haben. Diese Grundsätze sind, wie zahlreiche Beispiele beweisen, bei der Konkordatsverhandlung von den beiden erhabenen Kontrahenten als massgebend angesehen worden. Sie werden auch bei der Ausföhrung und Anwendung der verein-

Nr. 4807 (72).
Oesterreich.
5. Jan. 1860.

Nr. 4807 (72).
Oesterreich.
25. Jan. 1856.

barten Bestimmungen zu gelten haben. ¶ Indem ich das Geeignete einleite, damit in diesem Geiste von den kais. Behörden vorgegangen werde, rechne ich mit Zuversicht darauf, dass der h. w. Episkopat in seinem Bereiche in gleichem Geiste wirken werde. ¶ Hiebei werden E . . . die Gründe nicht verkennen, welche es rathsam erscheinen lassen, dass in der Regel die zur Herstellung des Einvernehmens nöthig werdenden Verhandlungen, wofern es sich nicht um eine schon genau geregelte oder ganz einfache Angelegenheit handelt, nicht den untersten kirchlichen und weltlichen Organen überlassen, sondern vielmehr zwischen den Diöcesanvorständen und den Länderchefs unmittelbar gepflogen werden. Ich habe demnach die Ehre zu ersuchen, dass es E . . . gefällig sein wolle, in diesem Sinne, in welchem ich die Länderchefs instruiert habe, auch den E . . . unterstehenden Organen, die geeigneten Weisungen zu ertheilen. ¶ Diese Bemerkung wird insbesondere auch ihre Anwendung finden, wenn es sich darum handeln sollte, auf Grundlage des §. XVI des Konkordates den Beistand des weltlichen Armes in Anspruch zu nehmen, damit ein bischöfliches gegen einen pflichtvergessenen Geistlichen gefälltes Urtheil vollstreckt werde. In dem fürsterzbischöflichen Schreiben vom 18. August v. J. ist sub XIII die Erwartung ausgesprochen, dass in einem solchen Falle die h. w. Bischöfe nicht anstehen werden, die entsprechenden Aufklärungen, wenn solche verlangt werden sollten, zu ertheilen, und welchen Weg Seine Majestät zur Lösung der sich hierbei etwa ergebenden Schwierigkeiten einzuschlagen beabsichtigen. Es wäre ganz unangemessen, die Entscheidung der Frage, ob Ursache vorhanden sei, solche Aufklärungen zu verlangen, und die Gewährung des Beistandes der weltlichen Macht, von deren Ertheilung abhängig zu machen, untergeordneten Beamten anheimzustellen. Ich habe daher angeordnet, dass die Entscheidung den Länderchefs vorbehalten bleibe, welche nöthigenfalls an mich die erforderliche Anzeige zu erstatten haben werden, damit weiter nach der allerh. Willensmeinung vorgegangen werden könne. ¶ Demnach wollen E . . . sich in einer solchen Angelegenheit zur Verhütung unnöthiger Verzögerungen stets unmittelbar an den politischen Landeschef wenden.

Der oben mitgetheilte Text des Ministerialschreibens erging an alle Bischöfe der deutsch-slavischen Länder. Einige Zusätze enthalten die Schreiben an die ungarischen und italienischen Bischöfe, weil für diese die kaiserlichen Verordnungen vom Jahre 1850 bis dahin keine Gültigkeit erlangt hatten.

Nr. 4808. (73.)

OESTERREICH. Schreiben des Cultus- und Unterrichtsministers Leo Grafen v. Thun an die Länderchefs. — Anordnungen zur Durchführung des Concordates. —

C. U. M. Z. 1371 ex 1855.

Unter Beziehung auf die in gesetzlicher Form bereits erfolgte Publikation des R.-G.-B. XLII, 195, vom J. 1855 übersende ich Euerer . . . im Anschlusse eine Anzahl von Separatabdrücken des zwischen Sr. k. k. apost. Majestät und Sr. Heiligkeit dem Papste abgeschlossenen Concordates. Das Concordat findet seine Ergänzung in einem Schreiben, welches der Herr Fürsterzbischof von Wien als Vollmachtträger Seiner k. k. apost. Majestät für Abschliessung des Concordates an den Pronuntius Card. Viale Prelà unterm 18. August v. J. gerichtet hat. Dieses Schreiben enthält in 20 Punkten Erklärungen, welche theils die von der kais. Regierung dem apost. Stuhle ertheilten Zusicherungen vervollständiget, theils als Erläuterungen der in der Concordatsurkunde enthaltenen Artikel zu betrachten sind, und welche wiederum in Beziehung zu analogen Erklärungen stehen, welche Se. Heiligkeit der Papst in das an die Erzbischöfe und Bischöfe des Reiches aus Anlass des Concordates erlassene Breve aufgenommen hat. Von dem fürsterzbischöflichen Schreiben vom 18. August 1855, welches mit den Worten anfängt: „Ecclesia catholica“ und von dem päpstlichen Breve vom 5. Oct. v. J., welches unlängst durch den Cardinal Pronuntius versendet worden ist, folgt im Anschlusse ebenfalls eine Anzahl von Separatabdrücken mit. Was nun die Ausführung der im Concordate Art. I bis XXXVI enthaltenen Bestimmungen anbelangt, so hat bereits das Kundmachungspatent vom 5. Nov. 1855, im Punkte II festgesetzt, dass der Zeitpunkt für die Wirksamkeit der bischöflichen Ehegerichte (in Gemässheit des Art. X des Concordates) später werde bekannt gegeben werden, und dass bis dahin die bestehenden Gesetze über die Ehen der katholischen Unterthanen in Kraft zu bleiben haben. Uebrigens ist, insoferne durch das Concordat neue und mit dem Inhalte bisheriger Gesetze und Verordnungen im Widerspruche stehende Bestimmungen festgesetzt werden, der Art. XXXV des Concordates massgebend, welcher sagt, dass derlei Gesetze und Verordnungen, insoferne sie einen solchen Widerspruch enthalten, aufgehoben sein sollen. Demgemäss sind frühere, mit den Bestimmungen des Concordates unvereinbare Anordnungen, deren Beschaffenheit nicht von der Art ist, dass die Möglichkeit ihrer Beseitigung erst von der Erlassung neuer Vorschriften der Regierung bedingt ist, eo ipso, und ohne dass es hiezu einer namentlichen Anführung bedürfte, durch die Publikation des Concordates als entfallen zu betrachten. Wo hingegen die Collision

Nr. 4808 (73).
Oesterreich.
25. Jan. 1856.

von Bestimmungen des Concordates mit früheren Gesetzen und Verordnungen nicht durch das einfache Wegfallen der letzteren behoben wird, sondern wo sich vielmehr die Nothwendigkeit herausstellen sollte, die älteren Vorschriften durch neue gesetzliche Bestimmungen zu ersetzen, werden sofort die geeigneten Anträge zu erstatten, und wird deren Genehmigung abzuwarten sein. || Der Einsicht E wird es nicht entgehen, dass, so wie die volle und unverkümmerte Entwicklung des kirchlichen Lebens eine vorzügliche Stelle unter den Zielen einnimmt, auf welche die erhabenen Absichten Seiner k. k. apost. Majestät beim Abschlusse des Concordates gerichtet waren, die Erreichung dieses Zieles auch bei der Durchführung des Concordates stets im Auge behalten werden muss. Was dem entgegensteht, soll entfernt, was dazu beitragen kann, das kirchliche Leben zu fördern, soll gethan werden. Hierzu ist vor Allem die eigene Thätigkeit der Bischöfe erforderlich. Es liegt aber im Interesse des Reiches wie der Kirche, dass hierbei nicht in jeder Diöcese eigenen Wege eingeschlagen, dass vielmehr bei Erstrebung gemeinsamer Zwecke nach gleichen Grundsätzen vorgegangen werde. Desshalb haben Seine k. k. apost. Majestät sich allergnädigst bewogen gefunden, die Bischöfe des Reiches zu einer in der Reichshauptstadt abzuhaltenden Versammlung einzuladen, damit darin die in Folge des Concordates zu treffenden Massregeln einer gemeinsamen Berathung unterzogen, und wo es nöthig ist, sofort das Einvernehmen mit der Regierung hergestellt werde. || Im Anschlusse erhalten E eine Abschrift des gleichzeitig hinausgehenden Schreibens, worin die Bischöfe zu dieser Versammlung eingeladen und ihnen die schon jetzt nothwendigen auf die Ausführung des Concordates sich beziehenden Bemerkungen gemacht werden. || Nebst der unverkümmerten Entwicklung des kirchlichen Lebens ist die Herstellung eines aufrichtigen, auf gegenseitige Achtung und rücksichtsvolle Aufrechthaltung der Selbstständigkeit und Selbstthätigkeit jeder der beiden Gewalten, der geistlichen und der weltlichen gegründetes Einvernehmen zwischen Kirche und Staat der Hauptzweck des Concordates. Dazu ist erforderlich, dass jede dieser Gewalten, wenn sie der Mitwirkung der anderen bedarf, diese vertrauensvoll in Anspruch nehme, dass aber auch jede von ihnen Verfügungen, welche zwar in ihrem eigenen Wirkungskreise liegen, aber die jenseitigen Interessen nahe berühren, nicht treffe, ohne davon eine vorläufige Mittheilung gemacht, und nach Umständen eine Verständigung darüber herbeigeführt zu haben. || Die anliegenden Actenstücke beweisen durch zahlreiche Beispiele, dass diese Grundsätze bei der Concordatsverhandlung von beiden Seiten als massgebend angesehen worden sind. Sie werden es auch bei der Anwendung der vereinbarten Bestimmungen zu sein haben. || E wollen demnach sorgfältig darüber wachen, dass fortan in diesem Geiste vorgegangen werde, und den Unterbehörden in dieser Beziehung die geeigneten Weisungen ertheilen. || Hierbei werden E die Gründe nicht verkennen, welche es rathsam erscheinen lassen, dass in der Regel die zur Herstellung des Einvernehmens nöthig werdenden Verhand-

lungen — woferne es sich nicht um eine schon genau geregelte oder de plano vorliegende Sache handelt, — nicht den untersten weltlichen und kirchlichen Organen überlassen, sondern vielmehr zwischen den Länderchefs und Bischöfen unmittelbar geführt werden. Ich ersuche demnach E auch hiefür Sorge tragen zu wollen, sowie in dem beiliegenden Schreiben die Bischöfe ebenfalls eingeladen werden, den ihnen unterstehenden Organen analoge Weisungen zu ertheilen. || Dieses vorausgeschickt, finde ich über einzelne Punkte des Concordates Folgendes zu bemerken: || 1) Nach Art. III steht es den Ordinarien frei, über kirchliche Angelegenheiten ihre Instructionen und Verordnungen hinauszugeben. Hinwiederum hat aber das päpstliche Breve ihnen auferlegt, von diesen bischöflichen Verordnungen stets gleichzeitig ein Exemplar der kaiserlichen Regierung zur Einsichtnahme mitzutheilen. Mit Beziehung auf diesen Punkt ergeht, wie aus der beiliegenden Abschrift des Schreibens zu ersehen ist, an die Bischöfe die Aufforderung, ein Exemplar der von ihnen erlassenen Hirtenbriefe an das Ministerium vorzulegen. || Das oben Gesagte hat auch in Betreff der im Artikel IV sub e erwähnten Synodalbeschlüsse, welche nach Inhalt des päpstlichen Breve's gleichzeitig mit der Hinausgabe auch der kaiserlichen Regierung mitzutheilen sind, zu gelten. 2) ... [In seinem Inhalte übereinstimmend mit Punkt 1 des Stückes Nr. 72] || 3) [Uebereinstimmend mit Punkt 2 des Stückes Nr. 72] . . . || 4. Der Art. IX spricht aus, dass es den Ordinarien zustehe, Bücher, welche der Religion und Sittlichkeit verderblich sind, als verwerflich zu bezeichnen, und die Gläubigen von Lesung derselben abzuhalten, sowie dass auch die Regierung durch jedes dem Zwecke entsprechende Mittel die Verbreitung von derlei Büchern verhindern werde. || Umständlicher wird sich über diese Angelegenheit in dem Absatze IX des fürsterzbischöflichen Schreibens ausgesprochen. || Unter genauer Festhaltung des Sinnes und Wortlautes des Artikels wird die kaiserliche Regierung, insofern es sich ihrerseits um Massregeln gegen die Verbreitung verderblicher Bücher handelt, nie vergessen, welch hohen Werth sie diesfalls auf das Urtheil und den Ausspruch der Bischöfe zu legen hat. Sie kann sich aber keineswegs der Verantwortlichkeit für ihre eigenen Massregeln ent schlagen, und daher auch nicht als blosser Vollstreckerin der in solchen Angelegenheiten vom kirchlichen Forum ergangenen Erkenntnisse ansehen. Vielmehr hat sie sich die volle Selbstständigkeit sowohl bei Beurtheilung der Bücher als auch bei Entscheidung der Frage, welche Massregeln gegen die für verderblich erkannten anzuwenden seien gewahrt. Bischöfliche Bücherverbote werden daher an und für sich nur eine Gewissenspflicht für die Katholiken begründen. || Halten in einzelnen Fällen die Bischöfe die Mitwirkung der Regierung zur Unterdrückung oder Beseitigung der von ihnen als verderblich bezeichneten Bücher für wünschenswerth, so wird über ihr Ansuchen die Frage, ob und in welcher Weise auf Grundlage der bestehenden Gesetze diesem Ansuchen entsprochen werden könne, sorgfältig zu erwägen, und dem gemäss das Geeignete zu verfügen sein. || Von dem Ergebnisse dieser

Nr. 4808 (73).
Oesterreich.
25. Jan. 1856.

Nr. 4808. (73). Erwägung wollen E mich von Fall zu Fall benachrichtigen. || 5)
 Oesterreich.
 25. Jan. 1856. [Uebereinstimmend mit Punkt 4 des Stückes Nr. 72] || In vorkommenden Fällen dieser Art werden daher Euer über die Auswahl der geistlichen Detentionshäuser mit dem betreffenden Bischöfe das Einvernehmen zu pflegen haben. || 6) Der Art. XV handelt von der Immunität der Gotteshäuser. Euer werden aus der Textirung dieses Artikels entnehmen, wie bereitwillig der apost. Stuhl anerkennt, dass diese Immunität nicht in jenem Sinne aufzufassen ist, welcher in früheren Jahrhunderten Schutz gegen ungerechte Verfolgung gewährte, mit den auf eine geregelte Justizpflege gegründeten Zuständen der Gegenwart aber nicht mehr vereinbar wäre. Um so nachdrücklicher wird darüber zu wachen sein, dass die dem Gotteshause schuldige Rücksicht unter allen Umständen so sehr gewahrt werde, als es mit der Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit und mit der nothwendigen Handhabung der Gerechtigkeit nur immer verträglich ist. || 7) Der Art. XVI enthält hauptsächlich zwei Punkte, auf welche das Augenmerk zu richten ist. Zuvörderst verordnet er, dass den geistlichen Personen und Einrichtungen in Wort, Schrift und Handlung stets die schuldige Achtung und Ehrerbietung gezollt, und dass den Vorstehern und Dienern der Kirche in Ausübung ihrer Functionen für die Erhaltung des Glaubens, der Sitten und der kirchlichen Disciplin keine Anstände bereitet werden. || Euer wollen daher darüber wachen, dass diesem kaiserl. Ausspruche von allen Angestellten nachgelebt werde. || Ueberdiess stellt der Art. XVI die Beistandsleistung der weltlichen Behörden (*brachium saeculare*) in Aussicht, damit die von den Bischöfen gegen pflichtvergessene Geistliche erlassenen Sentenzen zur Vollstreckung gelangen können. Seine Majestät erwarten jedoch, wie in dem Punkte XIII des fürsterzbischöflichen Schreibens vom 18. August v. J. im Einklange mit §. 5 der nur für einen Theil des Reiches erflossenen kaiserlichen Verordnung vom 18. April 1850 angeführt ist, dass die Bischöfe, wenn sie in die Lage kommen, den Beistand der weltlichen Behörden in Anspruch zu nehmen, nicht anstehen werden, die entsprechenden Aufklärungen, wenn solche begehrt werden sollten, zu ertheilen. Ob Ursache vorhanden sei, solche Aufklärungen zu verlangen, kann nicht wohl der Beurtheilung der untersten administrativen Behörden anheimgestellt werden. || Es hat demnach die bereits im Allgemeinen gemachte Andeutung, dass das nöthige Einvernehmen unmittelbar zwischen den Länderchefs und den Bischöfen gepflogen werden solle, insbesondere auf diese Angelegenheit Anwendung zu finden. || Sollten Euer es in einem solchen Falle für nothwendig erachten, dass auf nähere Aufklärungen gedrungen, und die Gewährung des Beistandes der weltlichen Macht von deren Ertheilung abhängig gemacht werde, so wird hiervon die Anzeige an mich zu erstatten sein, damit weiter in der in dem fürsterzbischöflichen Schreiben angedeuteten Weise nach den allerh. Befehlen vorgegangen werden könne. || 8) In welcher Art und in welchem Masse die im Art. XVII enthaltene Andeutung, dass, wo die Dotation der bischöflichen Seminarien unzureichend ist, für eine ent-

sprechende Erhöhung derselben gesorgt werden solle, Folge zu geben sei, wird den Gegenstand abgesonderter Verhandlung zu bilden haben, wo ein Bedürfniss darnach geltend gemacht werden wird. || Die Anstellung der Vorstände und Professoren für die bischöflichen Seminarien ist in demselben Art. XVII den Bischöfen anheimgestellt, welchen letzteren aber andererseits durch das päpstliche Breve zur Pflicht gemacht ist, nur solche Männer hiefür auszuwählen, gegen welche von Seite der kaiserlichen Regierung in politischer Beziehung keine Bedenken erhoben werden. Die Bischöfe werden daher vor der Besetzung solcher Stellen die Kandidaten, die sie hiefür im Auge haben, Euer namhaft machen, und dem Ausspruche Euer über die Zulässigkeit der Anstellung entgegensehen. || Dieser Ausspruch wird sich auf die politische Bedenklichkeit oder Unbedenklichkeit zu beschränken haben. || 9) Der Art. XXIV handelt von der Besetzung der Pfarrpfründen. Das päpstliche Breve spricht in dieser Beziehung aus, dass zu Pfarrpfründen und überhaupt zu Benefizien jeder Art niemals solche Geistliche befördert werden sollen, welche der kaiserlichen Regierung nicht genehm wären. Hingegen wird im Punkte XVI des fürsterzbischöflichen Schreibens vom 18. August v. J. erklärt, dass Seine k. k. apost. Majestät diessfalls die Einhaltung der bisher geübten Vorgangsweise beabsichtigen, unter der Voraussetzung, dass keine Nothwendigkeit eintreten werde, von der Vorsichtsmassregel eines Vorbehaltes der vorläufig einzuholenden Zustimmung der weltlichen Behörden einen ausgedehnteren als den bisher eingeführten Gebrauch zu machen. || Demnach ist vorläufig in jedem Kronlande der Status quo der bisherigen Uebung aufrecht zu erhalten. || 10) Der Art. XXV gesteht Seiner k. k. apost. Majestät die bisher faktisch geübte Präsentation für jene Pfründen, deren Patronat dem Religions- oder dem Studienfonde angehört, als ein förmliches Recht zu, knüpft aber daran die Bedingung, dass hiefür immer einer aus der vom Bischofe vorgeschlagenen Terna gewählt werde. || Laut Punkt XVII des fürsterzbischöflichen Schreibens haben Seine k. k. apost. Majestät erklärt, dass es in Betreff der Besetzungsweise von landesfürstlichen oder Fonds-Patronatspfründen bei dem zu verbleiben habe, was allerh. Ihre Vorfahren zur Beförderung einer heilbringenden Seelsorge angeordnet haben. Die Landesbehörden werden daher auch fernerhin innerhalb ihres bisherigen Wirkungskreises aus der bischöflichen Terna entweder den primo loco vorgeschlagenen auswählen, oder höheren Ortes Bericht erstatten. || 11) Der Art. XXVIII setzt fest, dass die Bischöfe geistliche Orden und religiöse Congregationen einführen können, dass sie sich aber darüber mit der kaiserlichen Regierung in das Einvernehmen zu setzen haben. In dieser Hinsicht wird bei sich ergebendem Falle, wie bisher die Verhandlung dem Ministerium zur Schlussfassung vorzulegen sein. || [Uebereinstimmend mit dem ersten Absatz von Punkt 8 des Stückes Nr. 72] Inzwischen habe ich mich bereits an die vom heil. Vater bestellten Visitatoren der österreichischen Klöster mit dem Ersuchen gewendet, im Sinne obiger Bestimmungen die geeigneten Weisungen zu

Nr. 480^R (73). Oesterreich. 25. Jan. 1856. erlassen. Unter Einem werden auch sämtliche Bischöfe um ihre Mitwirkung in dieser Beziehung angegangen, zumal sich die Vollmachten der apost. Ordensvisitatoren weder auf die Frauenklöster noch auf das lomb.-venet. Königreich erstrecken. . . . [Uebereinstimmend mit dem dritten Absatz von Punkt 8 des Stückes Nr. 72] 12) [Uebereinstimmend mit Punkt 9 des Stückes Nr. 72] || 13. Der Art. XXXIV erklärt im Allgemeinen, dass dasjenige, was die kirchlichen Personen und Sachen betrifft, nach der Lehre und Disciplin der Kirche zu leiten und zu verwalten sei. Zu den kirchlichen Sachen gehören unzweifelhaft auch die von der Kirche geweihten Friedhöfe. Demnach wird in Zukunft auch in Betreff von Verfügungen, welche sich auf diese beziehen, von den politischen Behörden nicht einseitig, sondern nach den Eingangs aufgestellten Grundsätzen vorzugehen sein. Einige hieraus sich ergebende Weisungen werden demnächst nachfolgen.

Ad Punkt 2. Aus Anlass der Veröffentlichung eines der Regierung unangenehmen Erlasses des Erzbischofes von Mailand wurde dem Statthalter auf seine Anfrage durch Ministerialerlass d. C. U. M. v. 30. Januar 1856, Z. 112 erwiedert: „Gegen die Veröffentlichung bischöflicher Erlasse durch die Presse sind übrigens polizeiliche Massregeln nicht anzuwenden, wohl aber ist die geeignete Vorsorge zu treffen, dass sie nicht in die officielle Zeitung aufgenommen werden, wenn ihr Inhalt zu Bedenken Anlass geben kann.“ — Unter demselben Datum erging ein Erlass an den Statthalter von Venedig, worin demselben eröffnet wird: es sei angezeigt worden, der Patriarch habe ein Circular an die Buchdrucker erlassen, worin er ihnen untersagt, der politischen Behörde jene Druckschriften zur Einsicht vorzulegen, welche, von der Curie ausgehend, an den Clerus und das Volk gerichtet sind. Sollte dieses wirklich der Fall sein, so wäre, wie dem Statthalter bedeutet wird, der Grundsatz festzuhalten, dass die den Buchdruckern auferlegten Verpflichtungen dem Gebiete der Gewerbegesetzgebung angehören und von der Regelung kirchlicher Angelegenheiten völlig unabhängig sind, und die unterlassene Erfüllung derselben nach den bestehenden Vorschriften nöthigenfalls die Entziehung des Gewerbebefugnisses zur Folge haben müsste. — Ad Punkt 4. Der Erzbischof von Mailand erliess am 23. December 1855, entsprechend den in Rhò von den lombardischen Bischöfen gefassten Beschlüssen, ein Circular an alle Buchdrucker, Buch- und Kunsthändler seines kirchlichen Sprengels, worin er diesen unter Androhung der kirchlichen Censur, welche eventuell die weltlichen Behörden unterstützen würden, bekannt macht: dass von nun an keine periodische Schrift und kein Buch ohne vorher erhaltene bischöfliche Approbation in Druck gelegt und kein auswärts gedrucktes Buch ohne dieselbe vorher erhaltene Approbation zum Verkaufe gebracht oder öffentlich ausgelegt werden dürfe. Gegen diese „einseitige und irrige“ Auslegung des IX. Art. des Concordates richtete der Cultus- und Unterrichtsminister am 5. Januar 1856 (Z. 3) einen Erlass an den Statthalter in Mailand, in dem er sein Bedauern über diesen „übereilten Schritt“ ausspricht, und die Zurücknahme dieser „Anordnung einer bischöflichen Präventivcensur“ als „unerlässlich“ bezeichnete. Der Erzbischof erwiederte hierauf: er anerkenne, dass seine Massregel im Art. IX nicht gegründet sei, dass er auch auf jede Unterstützung derselben von Seite der Regierung verzichte, dass er sie aber als

eine in älteren Kirchengesetzen gegründete bischöfliche Ermahnung an die Gewissen der Katholiken für gerechtfertigt halte. Diese Auffassung des Erzbischofs bezeichnet der Cultus- und Unterrichtsminister in einem neuerlichen Erlasse an den Statthalter vom 25. Januar 1856 als gleichfalls irrig, weil eben durch Art. IX eine Modification dieser älteren Kirchengesetze stattgefunden habe. „Ich verkenne keineswegs — wird dann weiter gesagt — die Verlegenheit, in welcher sich der Erzbischof befindet. Vielleicht könnte er sich derselben noch dadurch einigermaßen entziehen, dass er etwa über eine Vorstellung der Buchdrucker und Buchhändler ihnen erklärte, dass die Veröffentlichung oder der Verkauf eines an sich guten Buches, wenn auch dazu eine vorläufige bischöfliche Bewilligung nicht eingeholt worden sei, nicht als eine Uebertretung des Kirchengesetzes behandelt werden solle, sondern, dass er lediglich denjenigen, welche sich gegen die Gefahr des Schadens, der ihnen aus der nachträglichen Verdammung eines Werkes erwachsen könnte, sicher stellen oder ihr Gewissen über den Zweifel, ob die Verbreitung eines Werkes wegen seines Inhaltes sie einer Verantwortung aussetzen könnte, beruhigen wollen, es freistelle, die vorläufige bischöfliche Approbation einzuholen.“ Schliesslich wird erklärt „zu einer einfachen Zurücknahme seiner Massregel ihn zu verhalten, hat die Regierung keinen Grund mehr, nachdem auf deren Durchführung verzichtet wird und daher keine Störungen der öffentlichen Zustände davon zu besorgen sind.“ — Ad Punkt 11. Durch Decret der S. Congregatio Episcop. et regul. v. 19. April 1857 wurde die im Punkt 11 bezüglich der Ablegung der feierlichen Gelübde ausgesprochene Bedingung für die Ordensconvente Oesterreichs angeordnet. — Ad Punkt 12. Ein päpstliches Breve vom 3. April 1860 ermächtigte den Nuntius und die Bischöfe Oesterreichs für zehn Jahre, bei Veräusserungen und Belastungen des Kirchenvermögens, die dem Papste zustehende Alienations- oder Onerationsbewilligung zu ertheilen. Wurde durch ein Breve vom 6. Mai 1870 auf weitere zehn Jahre ertheilt. (S. Vering, Archiv l. c. N. F. XVIII. p. 314 ff.)

Nr. 4808 (73.)
Oesterreich.
25. Jan. 1856.

Nr. 4809. (74.)

OESTERREICH. Aus dem Abendblatt der kais. Wiener Zeitung. —
Bedeutung des Concordates. —

Unser heutiges Morgenblatt hat das wichtige Actenstück, wodurch das Verhältniss des österreichischen Kaiserstaates zur katholischen Kirche zu einem festen und dauernden Abschlusse gebracht worden ist, zur Veröffentlichung gebracht. Wir haben wohl nicht nöthig darauf hinzuweisen, wie dieser inhaltreiche Act nur nach reifster Prüfung und Erörterung unter sorgfältiger Berücksichtigung gegenseitiger Rechte, gemeinsamer Interessen und der historischen Verhältnisse, sowie der Forderungen der Gegenwart zu Stande gekommen ist. Die Geschichte Oesterreichs ist mit derjenigen der katholischen Kirche auf das innigste verflochten. Eben weil es ein mächtiger, katholischer Staat, sind ihm im Verlaufe der Weltgeschichte mitunter von

Nr. 4809 (74.)
Oesterreich.
13. Nov. 1855

Nr. 4909 (74).
Oesterreich.
13. Nov. 1855.

der Vorsehung grosse Aufgaben zur Lösung übertragen worden. Die Gesellschaft gibt dem Kaiserhause das Zeugniß, dass es von jeher mit dem edelsten Muthe und der uneigennützigsten, nur von einem höhern Pflichtgefühl getragenen Selbstaufopferung dem höhern Rufe gefolgt ist und sich das vollste Anrecht auf den Titel eines Beschützers und Beschirmers der katholischen Kirche erworben hat. Ein solches dürfte ihm wohl auch gegenwärtig zu Theil geworden sein, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir seine Begründung in dem vor uns liegenden mit dem heil. Stuhle abgeschlossenen Concordate erblicken. Es ist ein grosses Werk, bei dessen Bau nur grossartige Anschauungen der Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft zum Leitfaden dienten; es kann daher bei seiner Beurtheilung auch nur mit einem grossartigen Massstabe bemessen werden. Es hiesse den göttlichen Ursprung der Kirche verleugnen, wenn man von vornherein an ihrem heilvollen Einflusse auf alle Verhältnisse des Lebens des einzelnen Menschen wie der Völker und Staaten zweifeln und statt in der Beförderung und Erweiterung ihrer segensreichen Thätigkeit, in deren Beschränkung, Bemängelung und misstrauischen Ueberwachung das Heil der Gesellschaft und darum eine Aufgabe des Staates und seiner Organe erblicken wollte. || Wenn es Zeiten gegeben hat, in welchen diese obwohl aus dem Wesen des Christenthums unmittelbar fliessende Wahrheit nicht zum Durchbruch gekommen ist, wenn mitunter Störungen in der innigen und ungetrübten Wechselwirkung von Kirche und Staat gesucht und absichtlich hervorgerufen worden sind, so gibt es dagegen andere, welche ein gewaltiges Zeugniß für dieselbe ablegen und den einer katholischen Ueberzeugung unnöthigen, der nüchternen Anschauung und Auffassung der Verhältnisse des Lebens und der menschlichen Gesellschaft sofort verständlichen Beweis liefern, dass der Friede zwischen Kirche und Staat, ihr einiges Zusammenwirken die Quelle des Gedeihens und Segens für die Menschheit ist und darin allein jene Macht liegt, welcher die des Unheils und der Zerstörung machtlos sich beugen muss. Zu diesen Zeiten gehört gewiss auch die unsrige. Es hat aber erschütternder Ereignisse bedurft, um sie dazu zu machen, Ereignisse, welche den Staaten ihre Ohnmacht, der Gesellschaft ihren Abgrund zeigten und dadurch den Blick für Erkennung der Mittel zur Rettung läuterten. Der Aufschwung des religiösen Gefühls unter den Massen auf der einen Seite und das hie und da auf der andern sich kundgebende Streben der Staatsgewalt, mit der Kirche über Begründung eines dauernden Friedens zwischen ihr und dem Staate sich zu einigen, sind nur eine Folge dieser richtigen Erkenntniss. || Es dient Oesterreich zur Ehre und wird ihm zum Segen gereichen, dass es als einer der ersten und mächtigsten Staaten des Continents hierin vorangegangen und zuerst diese Erkenntniss zur That gestaltet hat. Durch die mittelst eines freien Actes des Allerhöchsten Willens erfolgte Anerkennung der Freiheit der katholischen Kirche war für Oesterreich die Bahn zu dieser Einigung betreten worden; ihr Schluss und ihre Besiegelung für ewige Zeiten liegt in dem

abgeschlossenen Concordate. Es musste dieses Werk den vollen ungeschmälernten Stempel der Katholicität offen und rückhaltslos an sich tragen, es musste die Emancipation der katholischen Kirche von jeder Störung in der Entfaltung ihres Wesens und ihrer Lebenskraft, die Aufhebung aller Schranken zwischen dem Oberhaupte und seiner grossen, alten und treuen Gemeinde im Kaiserstaate aussprechen, es mussten aber auch gewisse bestehende eigenthümliche Verhältnisse und Zustände, welche, wenn auch das kirchliche Gebiet berührend, durch einen einseitigen Act der Staatsgewalt hervorgerufen worden waren, weil sie im wohlverstandenen Interesse des Ganzen liegen, oder deren Bestand nicht mehr geändert werden kann, ihre Anerkennung und volle Sanction finden. In dieser rückhaltslosen Anerkennung der Rechte der kath. Kirche liegt übrigens für alle andern religiösen Genossenschaften des Kaiserstaates eine sichere Gewähr der ihrigen. Das Rechtsgefühl, das hier vorwaltete, wird auch der Massstab bei Regelung ihrer Verhältnisse sein, und sie, welche mit anerkanntem gesetzlichen Beistande erprobt in Treue und Anhänglichkeit an das allerhöchste Kaiserhaus den Schutz des Gesetzes und den Schirm einer unparteiischen, väterlich-weisen Regierung beanspruchen, werden in ihren Erwartungen sich nicht getäuscht finden. Die Gleichheit vor dem Gesetze, das über alle sich erstreckende gleiche bürgerliche Recht, die Unparteilichkeit der in entscheidenden Kreisen vorwaltenden Anschauungen, endlich die ungehemmte Feststellung ihres innern Organismus und der Schutz für dessen Bestand giebt ihnen genügende Garantien eines ruhigen Fortbestandes und einer ungetrübten Entwicklung. || Das Zustandekommen dieses grossen Werkes setzt eine Perle mehr in die Kronen Seiner Heiligkeit und unsers allergn. Herrn und Kaisers. || Mit hoher Befriedigung wird der vielgeprüfte oberste Hirt der kath. Kirche auf diese dauernde Sicherung ihrer Rechte in Oesterreich, die That und die ihr zu Grunde liegende Gesinnung hinblicken. || Unser allergn. Herr und Kaiser erwiesen sich aber, treu dem Vorbilde grosser Ahnen, dadurch als ein treuer Sohn der kath. Kirche, welche in unserm erlauchten Regentenhouse einen ihrer beständigsten und werthtätigsten Schützer segnet. Der erhabene Wahlspruch, den Se. k. k. apost. Majestät beim Regierungsantritt sich gewählt haben, hat hier abermals und zwar diesmal eine seiner schönsten und segensreichsten Anwendungen gefunden. Es wird nun Sache der Vollziehung sein, das grosse Werk ins Leben einzuführen; der Geist, der es geschaffen, wird auch seine Vollziehung leiten und überwachen.

Die Hirtenbriefe, welche die Bischöfe Oesterreichs nach Abschluss des Concordates erliessen, s. Roskovány, Mon. VII p. 685 ff.

Nr. 4810. (75.)

OESTERREICH. Adresse des Episcopates der deutsch-slavischen Erbländer an den Kaiser. — Erklärung bezüglich des österreichischen Protestantent-Patentes. —

Archiv f. kath. Kirchenrecht VI p. 389 ff.

[Auszug.]

Nr. 4810 (75).
Oesterreich.
6. Mai 1861.

Schon längst genossen die Protestanten in Oesterreich jener Gleichheit der politischen und bürgerlichen Rechte, auf welche sie kraft des 16. Artikels der deutschen Bundesacte in allen Bundesländern Anspruch haben, und erfreuten in Betreff der Religionsübung sich einer Freiheit, welcher die Katholiken noch in vielen protestantischen Ländern entbehren. Neuerlich hat das Gesetz vom 8. April ihnen die Selbstständigkeit in Verwaltung ihrer religiösen Angelegenheiten nach allen Richtungen hin gesichert und eine Freiheit der Bewegung eingeräumt, welche weiter reicht als jene, die den Katholiken kraft der bestehenden Gesetze und Verträge zukommt. Die treuehorsaamst Unterzeichneten können den Wunsch nicht unterdrücken, Eurer Majestät möchten Sich bewogen finden, bei Ausführung des Gesetzes den eigenthümlichen Verhältnissen Tirols und dem einstimmigen Wunsche eines getreuen, biedern Volkes huldvolle Rücksicht zu schenken, übrigens haben sie nicht das Geringste dagegen einzuwenden, dass die Christen des augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses ihre religiösen Angelegenheiten nach den Grundsätzen ihrer Religion ungehindert ordnen, und dieselben staatsbürgerlichen Rechte wie die Katholiken geniessen. Es giebt aber auch solche die Religion betreffende Angelegenheiten, bei welchen Katholiken und Protestanten nothwendig mit einander in Berührung kommen. Lässt sich eine Richtschnur finden, durch welche beide Theile zufriedengestellt werden, so entspricht es dem Geiste der Milde und des Wohlwollens, welchen auch die treuehorsaamst Unterzeichneten gewahrt wünschen, dass dieselbe in Anwendung gebracht werde. Allein dies ist das Aeusserste, was die Protestanten von der Regierung Eurer Majestät verlangen können, ohne ihr die sonderbare Zumuthung zu stellen, mit Gerechtigkeit und Klugheit in Zusammenstoss zu gerathen. || Wenn die Partei der Bewegung von Eurer Majestät verlangt, den katholischen Charakter des Kaiserthums Oesterreich zu verleugnen, so ist dies nicht nur eine Verwegenheit, sondern es enthält auch einen Widerspruch, weil dieselbe Partei die Regierung Eurer Majestät ohne Unterlass auf das Beispiel von England und Preussen hinweist. Vor wenigen Tagen, nämlich am 19. April dieses Jahres erklärten die englischen Minister vor dem versammelten Parlamente: England

habe zwar sehr viele katholische Unterthanen, sei aber ein protestantischer Staat. Doch in den europäischen Besitzungen Grossbritanniens leben neben 22 Millionen Anglicanern, Presbyterianern und Methodisten 6 Millionen Katholiken. Die preussische Regierung betrachtet Preussen als einen protestantischen Staat und handelt bei jeder Gelegenheit zwar nicht ohne Vorsicht, allein mit grossem Nachdrucke in diesem Sinne. In den preussischen Ländern machen aber die Katholiken mehr als ein Drittel der Bevölkerung aus, denn sie betragen siebenthalb, und die Protestanten etwas über zehn Millionen. Dagegen haben die Länder, welche gegenwärtig in dem Reichsrathe vertreten sind, nahe an 20 Millionen Katholiken und nicht volle 300,000 Protestanten, welche hiermit eine verschwindend kleine Minderzahl sind. Im ganzen Kaiserthume stellt das Verhältniss sich allerdings anders; dennoch bleiben die Katholiken ungleich mehr als die Protestanten in England, geschweige denn als in Preussen, die sehr grosse Mehrzahl der Bevölkerung. Wie, und Oesterreich sollte nicht eben so gut ein katholischer Staat sein, als England und Preussen ein protestantischer? Es sollte dem katholischen Kaiser von Oesterreich, dem Erben und Enkel der Schutzherren der Kirche, nicht gestattet sein, den katholischen Interessen dieselbe Beachtung zu schenken, deren die protestantischen in England und Preussen sich erfreuen? Die Protestanten Oesterreichs besaßen schon längst die staatsbürgerliche Gleichberechtigung vollständiger, als es bei den Katholiken des freien Englands seit der Emancipation der Fall ist, sie erhielten nun durch die Gnade Euerer Majestät eine Selbstständigkeit in Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten, welche ihnen bis jetzt kein einziger protestantischer, geschweige denn ein katholischer Staat gewährt hat, wenn dies nicht genügt, wenn man im Namen der Freisinnigen an Oesterreich die Forderung stellt, dass bei jedem Widerstreite der auf die Religion gegründeten Forderungen die katholische Ueberzeugung aufgeopfert werde, so gehe man zuerst in das Mutterland der verfassungsmässigen Freiheit und verlange von dem englischen Parlamente ein Gesetz, kraft dessen bei jedem Widerstreite der auf die Religion gegründeten Forderungen in England und Irland die Grundsätze der Hochkirche, in Schottland die der Presbyterianer dem katholischen Gesetze zu weichen hätten. Jedermann weiss, dass die Regierung von England eine solche Zumuthung mit Verachtung zurückweisen würde. Da nun die Männer des Fortschrittes dies recht und billig finden, so mögen sie entweder gutheissen, dass die österreichische Regierung den Katholiken jene Rücksichten zolle, welche die englische den Protestanten im Ueberflusse gewährt, oder es gerade heraussagen, dass die Katholiken immer und überall den Protestanten nachgesetzt werden sollen. Dagegen muss man im Namen des Gewissens und der Gerechtigkeit Einsprache thun; es ist aber auch eine Ehrensache. Sollen die Katholiken sich als die Heloten Europa's bekennen? Das Gefühl mag durch die Strömung des Augenblicks zurückgedrängt sein; es wird sich aber, so wahr die katholische Kirche in Oesterreich noch Leben und Zukunft hat,

Nr. 4810 (75).
Oesterreich.
6. Mai 1861.

seiner Zeit mit Nachdruck geltend machen. || Ueberdies sind die Staatsgesetze, welche das Verhältniss der katholischen Kirche zu den protestantischen Bekenntnissen regeln, mit sorgfältiger Beachtung der Gerechtigkeit und Billigkeit geordnet und auch die Kirche hat ihre Nachsicht so weit ausgedehnt als sie es vermag, ohne sich selbst ungetreu zu werden. Nach der Lehre der katholischen Kirche ist die Ehe ein Sacrament und das Band derselben kann, wenn sie vollzogen ist, nur durch den Tod gelöst werden. Der Katholik kann also keine, auch keine gemischte Ehe schliessen, ohne dass sie dem Gesetze der Unauflöslichkeit unterworfen wird. || Gestattet das Staatsgesetz, dass der protestantische Theil sich der Erlaubniss bediene, welche das protestantische Eherecht ihm gewährt, und die Trennung der Ehe verlange, so waltet zwischen den in gemischter Ehe lebenden Gatten eine grelle Rechtsungleichheit ob. „In re communi potior est conditio prohibentis.“ Dies ist ein Grundsatz, dessen Billigkeit offenbar und seit der Römerzeit von allen Schulen der Rechtsgelehrten anerkannt ist. Dem Katholiken macht seine Religion die Ehetrennung unmöglich, dem Protestanten ist sie durch die Vorschriften seines Bekenntnisses nicht geboten, sondern nur erlaubt. Er verzichte darauf, sich dieser Erlaubniss zu bedienen, oder er lenke seine Wahl auf eine protestantische Person. || Die katholische Kirche kann und wird niemals eine Verbindung billigen, bei welcher der Katholik darauf verzichtet, seine Elternpflicht zu erfüllen und seine Kinder im Bekenntnisse der katholischen Wahrheit zu erziehen. Dennoch ist die Möglichkeit solcher Ehen nicht ausgeschlossen. Wenn der protestantische Bräutigam sich nicht verpflichtet zu gestatten, dass sämtliche Kinder in der katholischen Religion erzogen werden, und der Verbindung kein anderweites Hinderniss im Wege steht, so werden die Verkündigungen vorgenommen und die Einwilligung wird vor dem Pfarrer abgegeben, was zur Gültigkeit der Eheschliessung hinreichend ist. Allerdings hat der heil. Stuhl unter dem Drange der Verhältnisse in einigen Ländern für die gemischten Ehen das Hinderniss der Heimlichkeit aufgehoben. Dadurch kehrt aber die kirchliche Gesetzgebung für die gemischten Ehen dieser Länder auf den Standpunkt zurück, welchen sie vor dem Concilium von Trient einnahm. Die gemischten Ehen können dann, wenn ihnen kein anderweites Hinderniss im Wege steht, zwar ohne den katholischen Pfarrer, aber auch ganz ohne Zeugen gültig geschlossen werden. Es kehren dann die heimlichen Ehen zurück, welche bis zu dem Concilium von Trient zwar den strengsten Kirchenstrafen unterlagen, aber nicht an sich ungültig waren. Mit denselben kehren aber auch jene Nachtheile und Missstände zurück, welche nicht nur von den Vorstehern der Kirche, sondern auch von den weltlichen Fürsten tief gefühlt wurden und die Festsetzung des Hindernisses der Heimlichkeit hervorriefen. Dieses hat sich in Ungarn bewährt und während der Jahre, welche der Vorbereitung des Concordats gewidmet waren, haben die ungarischen Erzbischöfe und Bischöfe zu wiederholten Malen ihren Wunsch ausgedrückt, dass das Hinderniss der Heimlichkeit auch für die

gemischten Ehen wieder in Kraft treten möge. || Das Staatsgesetz hindert ^{Nr. 4810 (75).} keinen Katholiken, von seinem Glauben abzufallen; auch der sechswöchent- ^{Oesterreich.} liche Unterricht, welchen Josef II. verordnete, ist seit mehr als 12 Jahren ^{6. Mai 1861.} aufgehoben. Allein der Katholik kann dadurch, dass er das protestantische Bekenntniss ablegt, sich nicht von bereits übernommenen Verbindlichkeiten befreien. Er hat aus freiem Entschlusse eine Ehe eingegangen, von welcher er wusste, dass sie unauflöslich sei, und die Gerechtigkeit verlangt, dass er durch dieses Gesetz gebunden bleibe. Die Auflösung einer lästig gewordenen Ehe und die Befriedigung sinnlicher Begierden darf nicht als Prämie für den Abfall vom katholischen Glauben angesetzt werden. Auch ein zartfühlender Protestant kann dies nicht wünschen. || Uebrigens steht die Staatsgewalt zu der Ehe des Protestanten in einem ganz andern Verhältnisse als zu der des Katholiken. Nach der Lehre der katholischen Kirche hängt die Gültigkeit der Ehe nur von dem Gesetze Gottes und der Kirche ab. Der Staat kann Eheverbote festsetzen und die Pflicht des bürgerlichen Gehorsams erstreckt sich auf die Beobachtung derselben; aber Hindernisse der Gültigkeit kann er für die katholische Ehe nicht aufstellen, ohne in das Gewissen der Katholiken einzugreifen. Dagegen stellen die Protestanten die Gesetzgebung über die Gültigkeit der Ehe dem Staate anheim. Auch in England, wo die anglicanischen Bischöfe noch die Gerichtsbarkeit in Ehesachen üben, ist es das Parlament, welches über die Bedingungen der Gültigkeit Gesetze giebt, und erst im vorigen Monate verhandelte es wieder über den Antrag, die Ehe zwischen Schwager und Schwägerin für gültig zu erklären. Deswegen konnte das österreichische Gesetz, ohne den Religionsgrundsätzen des Protestantismus zu nahe zu treten, jene Verfügungen treffen, welche nothwendig sind, damit das wohlbegründete Recht der katholischen Kirche gewahrt bleibe und den dringendsten Forderungen der Klugheit und Billigkeit entsprochen werde. || Die Kindererziehung in gemischten Ehen hat zu einer Zeit, als in politischer Beziehung tiefer Friede herrschte, Mitteleuropa einige Jahre lang in Bewegung gesetzt, und es wäre traurig und bedenklich, wenn in diesen Tagen der Aufregung die zarte Frage zu Gunsten einer kleinen Minderzahl angeregt würde. Uebrigens hat die Vereinbarung, welche Euere Majestät mit dem heil. Stuhle zu schliessen geruhten, in der Regelung der Sache nichts geändert, denn Euere Majestät fanden sich nur bewogen, zu versprechen, dass die darüber bestehenden Gesetze in ihrer bisherigen Geltung verbleiben würden. Diejenigen aber, welche die Gesetze Josef des Zweiten preisen, können nichts dagegen einwenden, wenn die Verpflichtung, welche Josef II. dem protestantischen Ehegatten auflegte, aufrecht erhalten bleibt. || Indem also die treuehorsamst Unterzeichneten für die Rechte der Kirche einstehen, wirken sie zugleich für die segensreiche Entwicklung der von Allerhöchstderselben gegebenen Verfassung und für die Befestigung einer Freiheit, welche in dem Pflichtgefühle ihre Kraft, weil ihre Schranke findet.

Wien, am 6. Mai 1861. Folgen die Unterschriften sämmtlicher Bischöfe.

Nr. 4810 (75)
Oesterreich.
6. Mai 1861.

Die Veranlassung zu der oben mitgetheilten Adresse bot das kaiserliche Patent vom 8. April 1861, welches die Angelegenheiten der evangelischen Kirche augsburg. und helvet. Bekenntnisses und insbesondere deren staatsrechtliche Beziehungen regelt. (S. R.-G.-B. Jahrg. 1861, No. 41, auch bei Walter, Fontes p. 315 ff.) Durch Verordnung des Staatsministeriums vom 9. April 1861 wurde die innere Verfassung der evangelischen Kirchen provisorisch und durch Verordnung vom 23. Januar 1866 definitiv geordnet. (S. R.-G.-B. Jhrg. 1861 Nr. 42 und Jhrg. 1866 Nr. 15). — Eine eingehende Darstellung der rechtlichen Stellung der Protestanten in Oesterreich, sowohl vor als nach diesem Patente, giebt Porubszky, Kritische Beleuchtung der neuen Gesetze etc. in der Zeitschrift f. K.-R. von Dove und Friedberg, Bd. IX p. 1 ff.

Nr. 4811. (76.)

OESTERREICH. Aus der Adresse des Abgeordnetenhauses an den Kaiser. — Nothwendigkeit der Revision des Concordates im Wege der Gesetzgebung. —

Stenogr. Prot. d. Abgeordnetenhauses. IV. Session. Bd. I. p. 160.

Nr. 4811 (76).
Oesterreich.
5. Juni 1867.

Wir müssen es aber auch als eine unabweisliche Nothwendigkeit bezeichnen, dass im Wege der verfassungsmässigen Gesetzgebung an die Revision des Concordates in jenen Beziehungen geschritten werde, welche in den Bereich der Staatsgesetzgebung fallen. Wir ehren die Unabhängigkeit der Kirche, und sind weit entfernt, derselben jemals nahe treten zu wollen. Wir sind aber auch überzeugt, dass weder ein Gesetz, noch ein Vertrag für alle Zukunft Rechte unwiderruflich aufgeben könne, welche nach der heutigen Entwicklung des staatlichen Lebens zu den wesentlichen Hoheitsrechten des Staates gehören. Wir halten es für unmöglich, dass der Staat sich seiner Rechte in Bezug auf die Ausübung der Justizgewalt und auf die Gesetzgebung des Unterrichts zu Gunsten einer von ihm völlig unabhängigen Macht habe entäussern oder sich des Rechts begeben können, das natürlichste aller politischen Rechte, das der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze ohne Rücksicht auf die Confession, welcher sie angehören, im vollsten Umfange verwirklichen zu dürfen. || Nicht minder nothwendig erscheint uns die baldige Regelung der interconfessionellen Rechtsverhältnisse nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Confessionen und die Verwirklichung der den gesetzlich anerkannten Kirchen- und Religionsgesellschaften auch schon mit dem Allerhöchsten Patente vom 31. December 1851 zugesicherten selbstständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten.

W. Rogge, Oesterreich von Világos bis zur Gegenwart, 1873, in Bd. II. Vering, Archiv l. c. N. F. II p. 234 ff. und in den ff. Bänden. — Beide Arbeiten, deren Verfasser möglichst entgegengesetzte Standpunkte einnehmen, sind einseitig und oberflächlich.

Weder das October-Diplom (20. October 1860) noch das Februar-Patent (26. Februar 1861) enthielten Bestimmungen über die Stellung der Kirche zum Staate. In Ersterem wird nur „die Allen verbürgte Religionsfreiheit“ als ein schon bestehendes Recht angeführt. Die Umgestaltung, welche das Staatswesen durch diese beiden Verfassungsgesetze erfuhr, führte aber dann doch zu einer Aenderung der in den Jahren 1850—1856 geschaffenen staats-kirchlichen Verhältnisse. — Erfuhr das Concordat schon bei seinem Erscheinen manchen lebhaften Widerspruch, so trat derselbe nun, da sich die Presse wieder freier regen konnte, und die öffentliche Meinung im Reichsrathe ein Organ ihrer Wünsche erhielt, mit immer grösserer Entschiedenheit hervor. Schon in seiner ersten Sitzungsperiode (1861/1862) beschäftigte sich der Reichsrath mehrfach mit der kirchlichen Frage. So gaben unter Andern der Widerstand, den die Durchführung des Protestantententes in Tirol fand, und namentlich die Budgetberathung über die Dotation des Botschafterpostens und die österreichischen Kroncardinäle in Rom, ferner über das Eigenthum und die Verwaltung des nach Art. XXXI des Concordates der Kirche zugesprochenen Studienfondes dem Reichsrathe Veranlassung zu lebhaften Erörterungen und zur Annahme von Beschlüssen, welche den Abmachungen des Concordates widersprachen. Man vermied es aber damals doch noch Beschlüsse zu fassen, durch welche das bestehende Verhältniss zwischen Staat und Kirche principiell geändert werden sollte. Das Mühlfeld'sche Religionsedict wurde zwar vom Ausschusse dem Abgeordnetenhaus zur Annahme empfohlen, gelangte aber nie zur Berathung; ebenso sprach das Abgeordnetenhaus in seiner Adresse bei Beginn der zweiten Sitzungsperiode (1863) nur aus: es könne „nicht unterlassen, eine den gegenwärtigen politischen Institutionen entsprechende Regelung des Vereinsrechtes sowie des Verhältnisses der Confessionen unter sich zur Staatsgewalt als eine unerlässliche Nothwendigkeit in den Vordergrund zu stellen.“ (S. stenographische Protocolle des Abgeordneten- und Herrenhauses in der I. und II. Session. Im Auszug Archiv f. k. K.-R. N. F. II p. 234 ff.). — Um den drohenden Stürmen wenigstens theilweise begegnen zu können, sandte die Regierung (1862) den Bischof Fessler als Specialbevollmächtigten nach Rom mit der officiellen Instruction „weder im Octoberdiplom, noch in der Februarverfassung ist von einer Aenderung des Concordats die Rede; in der Verfassung ist von einer Gleichberechtigung aller christlichen Confessionen nicht die Rede, sie ist nirgends ausgesprochen. Dies ist eine Lücke. Diese kann aber um so leichter ausgefüllt werden, als schon vor dem Schlusse des Concordats in dieser Richtung verhandelt wurde. Die Staatsregierung beantragt also: Der Uebtritt von einer christlichen Confession zur andern soll in Zukunft ganz frei sein; bei Eingehen gemischter Ehen soll, wie es in Ungarn mit Zustimmung des heil. Stuhls schon seit 1841 gesetzlich besteht, so auch in allen andern Kronländern nicht bloß die passive Assistenz gestattet sein, sondern auch die Erklärung der Einwilligung bloß vor dem Seelsorger des nichtkatholischen Theils zur Gültigkeit der Ehe hinreichen; hinsichtlich der Erziehungsreverse soll es zwar den Brautpersonen gestattet sein, solche Reverse abzugeben, aber dieselben sollen nur moralische, nicht juridische

Nr. 4811 (76).
Oesterreich.
5 Juni 1867.

Verbindlichkeit haben, so dass aus ihnen kein Klagerecht erwächst; wo keine solchen Reverse gegeben wurden oder der eine Theil sich weigert, sein gegebenes Versprechen zu erfüllen, da sind kraft des Gesetzes die Knaben in der Religion des Vaters, die Töchter in der Religion der Mutter zu erziehen. Sollte man auf diese Vorschläge nicht eingehen, dann müsste die Regierung einen Ausweg suchen, und dies könne nur die facultative Civilehe sein.“ Was man jedoch allein erlangte, war das Zugeständniss: dass der Katholik nicht gehindert sei von seinem Glauben sich loszusagen ohne bei seinem Seelsorger vorher Belehrung zu suchen. (Ueber diese Mission: (Fessler?) Die jüngsten Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und dem heil. Stuhl. Mainz 1863). — Als der Reichsrath nach Aufhebung der Verfassungssistirung im Mai 1867 wieder berufen wurde, bezeichnete das Abgeordnetenhaus in seiner Adresse mit eminenter Majorität die Punkte, in welchen ihm eine Revision des Concordates im Wege staatlicher Gesetzgebung dringend nothwendig erschiene. (S. oben und die stenograph. Protocolle der IV. Session.) Dem entsprechend gingen dann aus der Initiative des Abgeordnetenhauses Gesetzentwürfe hervor: über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über das Eherecht, die Schule und die interconfessionellen Verhältnisse (s. Nr. 78 bis 81), welche nach manchem Widerstande auch die Zustimmung des Herrenhauses erhielten. Doch noch ehe die Berathungen über dieselben begannen, richteten die Bischöfe eine Adresse an den Kaiser (25. Sept.), in der sie den Bestand des Concordates mit Lebhaftigkeit vertheidigen und die Gefahren schildern, welche aus der Annahme dieser Gesetze für die kath. Kirche entstehen würden. In dem Antwortschreiben des Kaisers wird gesagt: „die von den Erzbischöfen und Bischöfen . . . an mich gerichtete Adresse habe ich meinem verantwortlichen Ministerium zugemittelt ich muss es beklagen, dass dieselben, anstatt, wie ich es gewünscht hätte, die ernstesten Bestrebungen Meiner Regierung in den einschlagenden wichtigen Fragen zu unterstützen und deren so dringende Lösung im Geiste der Versöhnung und des Entgegenkommens zu fördern, es vorgezogen haben, durch Vorlage und Veröffentlichung einer die Gemüther tief erregenden Adresse jene Aufgabe zu erschweren Ich vertraue, dass die hochw. Erzbischöfe und Bischöfe sich versichert halten, wie ich allzeit die Kirche zu schirmen und zu schützen weiss, dass sie aber auch der Pflichten eingedenk sein werden, die Ich als constitutioneller Regent zu erfüllen habe.“ (S. Staatsarchiv von Aegidi und Klauhold, Bd. XV p. 98. Da die Adresse der Bischöfe schon im Staatsarchiv a. a. O. p. 73—99 mitgetheilt wurde und die wesentlichen Argumente derselben in der nachher folgenden Protestnote des päpstlichen Nuntius wiederholt sind, konnte die abermalige Veröffentlichung derselben hier unterlassen werden. Die Hirtenbriefe der Bischöfe, welche denselben Zweck verfolgen, s. Roskovány, Mon. VIII p. 665 ff.) — Mitte December, als das Abgeordnetenhaus die drei ersten der oben angeführten Gesetzentwürfe schon angenommen hatte, wurde, eingedenk der im Artikel XXXV des Concordates übernommenen Verpflichtung, Graf Crivelli in ausserordentlicher Mission nach Rom gesandt. Die demselben von Seite des Ministers v. Beust ertheilte Instruction schildert die Zwangslage, in welcher man sich gegenüber den Kammern befinde, weist ferner darauf hin, dass das Concordat schon jetzt in der einen Hälfte des Reiches, in Ungarn, gesetzlich unanwendbar sei, weil dieses Land wieder in den Besitz seiner früheren constitutionellen Prärogative gelangt sei, und

spricht dann aus: „C'est en prevoyant cette position fatale aux intérêts de l'Eglise catholique en Autriche, comme à ceux de l'Etat, que nous venons demander au Pape de nous aider à conjurer ce péril par une resolution toute spontanée qui sauvegarde sa dignité et celle de l'empereur. Nous faisons appel à son esprit de justice et à son affection paternelle, en le priant de consentir à ce que le Concordat de 1855 soit d'un commune accord abrogé et remplacé par un nouveau traité conforme à la situation. Si le Saint-Père y acquiesçait, des négociations seraient aussitôt ouvertes pour la conclusion de cet Acte.“ Die Antwort des Papstes lautete, wie Crivelli in einer Depesche vom 3. Januar 1868 mittheilt: „Je suis tout disposé à réviser et modifier le Concordat selon les exigences de la situation, à l'amender selon les expériences faites, mais je ne pourrai jamais consentir, je ne consentirai jamais à l'abroger; si on l'annule par des lois nouvelles, en face de la catholicité entière, je protesterai hautement contre la violation d'un engagement solennel.“ Und in einer Depesche vom 22. Januar theilt derselbe mit „Le Cardinal (Antonelli) ne peut absolument pas admettre un passage des mes instructions: „la nécessité de modifier les bases sur lesquelles sont établis jusqu'ici en Autriche les rapports de l'Eglise et de l'Etat“; ces bases sont les principes de l'Eglise et sont invariables; le Pape lui-même ne peut pas les changer. En réfléchissant à ces principes, on comprend de suite l'impossibilité dans laquelle se trouve le Pape d'abroger le Concordat. (M. de Sartiges m'avait déjà dit la même chose.)“ (S. diese und alle auf diese Mission bezüglichen Actenstücke Staatsarchiv l. c. XV. Nr. 3452—3465). Den gleichen Misserfolg hatte die vertrauliche Mission des Freih. v. Meysenbug, der im Mai nach Rom gesandt wurde um einen modus vivendi auf der Basis der vom Kaiser sanctionirten Gesetze anzubahnen. (S. Staatsarchiv l. c. Nr. 3468—3474).

Nr. 4811 (76).
Oesterreich.
5. Juni 1867.

Nr. 4812. (77.)

OESTERREICH. Schreiben der dem Reichsrathe angehörenden Bischöfe an das Cultus- und Unterrichts-Ministerium. — Angabe der Gründe welche die Bischöfe abhalten an den Verhandlungen des Herrenhauses über die Grundgesetze theilzunehmen. —

Vering, Archiv l. c. N. F. XIII p. 457 ff.

Hohes Ministerium für Cultus und Unterricht! Der Gesetzentwurf über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger wird im Herrenhause morgen am 28. November zur Verhandlung kommen. Der Inhalt desselben ruft in den ergebenst Unterzeichneten mehrfache und ernste Bedenken hervor. Schon der Umstand, dass so allgemein gehaltene der verschiedensten Auslegung fähige Sätze für die Rechte der Staatsbürger als Richtschnur festgesetzt werden, scheint ihnen sehr bedauerlich. Dann haben ja die meisten dieser Sätze eine Geschichte; sie sind von dem Verfasser des Gesetzentwurfes nicht erfunden,

Nr. 4812 (77).
Oesterreich.
27. Nov. 1867.

Nr. 4812 (77). Oesterreich. 27. Nov. 1867. sondern entlehnt worden und man kennt die Zwecke, zu deren Förderung sie ursprünglich aufgestellt wurden. In so weit dadurch rein politische Angelegenheiten berührt werden, enthalten die erbenst Unterzeichneten sich jeder Bemerkung; doch mehrere Bestimmungen gestatten eine Auslegung, durch welche sie mit den Rechten der katholischen Kirche in Widerstreit kämen. Während die Unterzeichneten dies nicht verschweigen dürfen, erkennen sie jedoch, dass eine solche Auslegung durch den Wortlaut nicht nothwendig gemacht werde, man sie also mit guten Gründen ablehnen könne. || Der zweite Absatz des sechsten Artikel lautet: [folgt der Wortlaut] Es liegt in der Natur der Sache, dass bei allen Liegenschaften, die man als der todten Hand gehörig bezeichnet, das Recht über sie zu verfügen, gewissen Beschränkungen unterworfen ist. Doch sämtlichen Liegenschaften dieser Art ist bei aller sonstigen Verschiedenheit des Rechtsverhältnisses auch diess gemeinsam, dass es nicht rechtlich unmöglich ist aus Gründen des öffentlichen Wohles das Verfügungsrecht des jeweiligen Besitzers weiteren Beschränkungen zu unterziehen oder für die Vermehrung derselben gewisse Grenzen festzusetzen. Nur muss, in so ferne sie zu dem Kirchengut gehören, solchen Gesetzen in Oesterreich eine Verständigung vorausgehen, durch welche die über das Kirchengut vereinbarten Bestimmungen entweder im Allgemeinen oder für einen besonderen Fall abgeändert werden. Diess wird aber durch den Gesetzentwurf nicht ausdrücklich geleugnet und da die betreffende Stelle sehr viele Güter umfasst, welche durch die angedeuteten Bestimmungen nicht im Geringsten berührt werden, so kann man nicht sagen, dass schon das Stillschweigen eine Leugnung enthalte || Der fünfzehnte Artikel zählt die Rechte auf, welche jeder gesetzlich anerkannten Kirche und Religionsgesellschaft gewährleistet werden. Wie er aus der Commission des Herrenhauses hervorging, enthält er jene Bestimmungen der Verfassung vom 4. März 1849, welche durch die allerhöchste Verordnung vom 31. December 1851 in Kraft erhalten wurden, jedoch mit zwei Abänderungen. Statt „der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten“ ist gesetzt „ihrer für Cultus etc.“ Dies ist von minderer Bedeutung; doch erscheint auch statt wie früher „Angelegenheiten“ nun „innere Angelegenheiten“. Der Beisatz lässt einen Sinn zu, in welchem er einem begründeten Bedenken nicht unterliegt, allein dann ist er vollkommen überflüssig. Daher muss sich die Besorgniss regen, man wolle „innere“ in jener Bedeutung nehmen, um deren willen in den Jahren 1848 und 1849 so viel darüber gestritten wurde. Man entschied sich für Weglassung eines Beisatzes, welcher unnütz und somit zwecklos war, oder den Zweck hatte, die zugesicherte Selbstständigkeit von dem Ermessen der Regierung abhängig zu machen. Sogar im Grossherzogthume Baden ward unter der Herrschaft der Partei, welche die Bestätigung des mit dem heiligen Stuhle geschlossenen Vertrages gehindert hatte, die rechtliche Stellung der katholischen Kirche dahin bestimmt, dass sie ihre Angelegenheiten frei und selbstständig ordne und verwalte und

der Verkehr mit den kirchlichen Oberen ungehindert sei. Noch näher als bei diesem Zusatze liegt die Möglichkeit eines Missbrauches bei den Schlussworten „ist aber, wie jede Gesellschaft den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.“ Sie sind allerdings aus der Verfassung vom Jahre 1849 unverändert herübergenommen; allein eben deswegen fühlten die Bischöfe sich damals verpflichtet, am 30. Mai 1849 eine Verwahrung einzulegen, welche in Abschrift beigelegt wird. [S. Nr. 62]. || Wenn man aber die Natur von allgemeinen Rechten der Staatsbürger in's Auge fasst, so lässt sich nicht verkennen, dass durch den 15. Artikel ein Eingriff in die Rechte der katholischen Kirche noch keineswegs ausgesprochen ist. Durch ein solches Gesetz werden die Rechte festgesetzt, welche jedem Staatsbürger zustehen; doch es wird nicht geleugnet, dass man noch viele andere Rechte besitzen könne, nur darf man für dieselben sich nicht auf das Gesetz über die Grundrechte berufen. Was von dem ganzen Gesetze, das gilt auch von dem 15. Artikel. Das in demselben Enthaltene ist auch den Israeliten eingeräumt. Hieraus folgt aber nicht, dass die katholische Kirche nicht noch andere Rechte habe, sondern nur dass sie für dieselben sich auf diesen Artikel nicht berufen könne. Anders war die Sachlage im Jahre 1849. Hinsichtlich der Selbstständigkeit in Leitung und Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten konnte man sich nur auf §. 2 des Patentes vom 4. März berufen: denn in der österreichischen Gesetzgebung, wie sie von 1780 bis 1848 sich gestaltete, war hievon nichts zu finden. || Im letzten Absatze des siebenzehnten Artikels wird für den Staat in Betreff des ganzen Unterrichts- und Erziehungswesens das Recht der obersten Leitung und Aufsicht in Anspruch genommen. In so weit der Staat den Unterricht zu leiten berechtigt ist, hat er das Recht demselben eine von seinen eigenen Zwecken abhängige Richtschnur vorzuzeichnen. Will er aber der Kirche nicht einmal gestatten über die Heranbildung ihrer Geistlichkeit nach eigenem Urtheile zu verfügen, so ist von einer Selbstständigkeit in Leitung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten keine Rede mehr. Da man nicht voraussetzen kann, das Gesetz wolle den fünfzehnten Artikel durch den siebenzehnten theilweise aufheben, so muss man annehmen, die oberste Leitung des Unterrichts- und Erziehungswesens werde nur vorbehaltlich der den Kirchen- und Religionsgesellschaften zugesicherten Rechte in Anspruch genommen. || Hieraus erhellt, dass das Verhältniss des Gesetzentwurfes zu den wohlerworbenen Rechten der Kirche von dem Sinne abhängt, in welchem die erwähnten Festsetzungen verstanden und ausgeführt werden. Je allgemeiner und unbestimmter die Umrisse sind, desto grösser ist der Spielraum, der für die Anwendung und Ausführung offen bleibt. Dass die kaiserliche Regierung gesonnen sei, hiebei die Rechte der Kirche und die vertragsmässigen Grundlagen derselben unbeachtet zu lassen, dürfen die Unterzeichneten nicht annehmen, denn sie hat die Absicht, mit dem heiligen Stuhle in Verhandlung zu treten öffentlich ausgesprochen und es ist zwar nicht amtlich angekündigt, doch allgemein bekannt, dass hiezu in diesem Augenblicke Anstalten getroffen

Nr. 4812 (77).
Oesterreich.
27. Nov. 1867.

werden. Die Bischöfe haben also keinen Grund, das Gesetz über die allgemeinen Rechte für eine Verletzung des Concordates zu erklären und von diesem Standpunkte aus wider dasselbe Einsprache zu thun. Die ergebenst Unterzeichneten sind bereit, die Sache der Kirche wie überall so auch im Herrenhause zu vertreten, und da in demselben die erste Lesung der Gesetzentwürfe über die Ehe und Schule bereits stattgefunden hat, so wird ein Anlass hiezu binnen Kurzem eintreten. Diese Gesetzentwürfe stehen mit mehreren Bestimmungen des Concordates in offenem Widerspruche und ihre Gegenstände liegen ganz inner dem Bereiche der religiösen und sittlichen Interessen, um deren willen die Vereinbarung zwischen Kirche und Staat geschlossen wurde. Um so mehr wäre es zu bedauern, wenn eine kirchliche Frage von solcher Wichtigkeit als Anhängsel einer politischen Angelegenheit und unter dem Drucke derselben zur Sprache käme. Alle, die sich Freunde des Vaterlandes nennen dürfen, sind ungeachtet der Verschiedenheit ihrer politischen Grundsätze darin einverstanden, dass die Aufrechthaltung der Einheit des Reiches für Oesterreichs Macht und Bestand entscheidend sei. Sie Alle wünschen zwar, das Zusammenwirken möchte eine stärkere Bürgschaft finden als in den Verhandlungen durch die Delegationen geboten ist; sie Alle erkennen aber, dass bei der gegenwärtigen Sachlage ein anderer Weg zur Verständigung über die dem Reiche gemeinsamen Angelegenheiten nicht offen stehe und daher liegt es ihnen am Herzen, dass die gesetzliche Vorbedingung des Wirkens der Delegationen erfüllt werde. Die Regierung ist darauf eingegangen, dass das Zustandekommen des Gesetzes über die Delegationen von der Sanction der Grundgesetze, zu welchen das über die allgemeinen Staatsbürgerrechte gehört, abhängig gemacht wurde. Man mag dies beklagen; thatsächlich ist aber nun die Verwirklichung jener Einrichtung, auf welcher die einzige Bürgschaft der Reichseinheit beruht, durch das Zustandekommen des erwähnten Gesetzes bedingt. Mit einer solchen Frage dürfte die des Concordates nur dann in Zusammenhang gebracht werden, wenn sie von derselben unzertrennlich wäre; da sie es nicht ist, so halten die Unterzeichneten sich verpflichtet, jeden Anlass zur Vermischung dieser beiden Angelegenheiten zu vermeiden. Um aber Missdeutungen vorzubeugen, scheint es ihnen nothwendig, jeden Zweifel über die Gründe ihres Verhaltens zu beseitigen. Diess ist der Zweck der gegenwärtigen Erklärung. Das hohe Ministerium für Cultus und Unterricht wird berufen sein, das in Rede stehende Gesetz, in so weit es die Kirche berührt, anzuwenden und auszuführen; deshalb glaubten die ergebenst Unterzeichneten sich an dasselbe wenden zu sollen.

Wien am 27. November 1867.

Unterschrift der Bischöfe.

Vergleiche den Anfang der päpstlichen Allocution vom 22. Juni 1868
Nr. 85.

Nr. 4813. (78.)

OESTERREICH. Aus dem Staatsgrundgesetze.¹⁾ — A. Ueber die allgemeinen Rechte der Staatsbürger. — Stellung der kath. Kirche. —

R.-G.-B. Jahrg. 1867 Nr. 142.

Art. 2. Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich. || Art. 6. Jeder Staatsbürger kann an jedem Orte des Staatsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz nehmen, Liegenschaften jeder Art erwerben und über dieselben frei verfügen, sowie unter den gesetzlichen Bedingungen jeden Erwerbszweig ausüben. || Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege des Gesetzes aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig. || Art. 8. Die Freiheit der Person ist gewährleistet. || Das bestehende Gesetz vom 27. Oct. 1862 (R.-G.-B. Nr. 87) zum Schutze der persönlichen Freiheit wird hiemit als Bestandtheil des Staatsgrundgesetzes erklärt. || Art. 12. Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Die Ausübung dieser Rechte wird durch besondere Gesetze geregelt. || Art. 13. Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äussern. || Die Presse darf weder unter Censur gestellt, noch durch das Concessions-System beschränkt werden. Administrative Postverbote finden auf inländische Druckschriften keine Anwendung. || Art. 14. Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist Jedermann gewährleistet. || Der Genuss der bürgerlichen und politischen Rechte ist von dem Religionsbekenntniss unabhängig; doch darf den staatsbürgerlichen Pflichten durch das Religionsbekenntniss kein Abbruch geschehen. || Niemand kann zu einer kirchlichen Handlung oder zur Theilnahme an einer kirchlichen Feierlichkeit gezwungen werden, in so fern er nicht der nach dem Gesetze hiezu berechtigten Gewalt eines Anderen untersteht. || Art. 15. Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbstständig, bleibt im Besitze und Genusse ihrer für Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonde, ist aber, wie jede Gesellschaft, den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. || Art. 16. Den Anhängern eines gesetzlich nicht anerkannten Religionsbekenntnisses ist die häusliche Religionsübung gestattet, in so fern dieselbe weder rechtswidrig, noch sittenverletzend ist. Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. || Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu ertheilen, ist

Nr. 4813 (78).
Oesterreich.
21. Dec. 1867

¹⁾ Das Staatsgrundgesetz und alle nachher folgenden Gesetze und Verordnungen erhielten Gültigkeit in den deutsch-slavischen Ländern der Monarchie.

Nr. 4813 (78). jeder Staatsbürger berechtigt, der seine Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. || Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung. || Für den Religionsunterricht in den Schulen ist von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft Sorge zu tragen. || Dem Staate steht rücksichtlich des gesammten Unterrichts- und Erziehungswesens das Recht der obersten Leitung und Aufsicht zu. || Art. 18. Es steht Jedermann frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

B. Ueber die richterliche Gewalt.

R.-G.-B. Jahrg. 1867. Nr. 144.

Art. 1. Alle Gerichtsbarkeit im Staate wird im Namen des Kaisers ausgeübt. || Die Urtheile und Erkenntnisse werden im Namen des Kaisers ausgefertigt.

Ad A. §. 2. Ein Erlass des Ministeriums des Innern und der Justiz vom 24. Mai 1869 erklärt „. . . dass das . . . aus Art. XIV des Concordates abgeleitete Vorrecht der katholischen Geistlichkeit [die Strafe in geistlichen Detentionshäusern abzubüssen] zufolge §. 2 des Staatsgrundg. v. 21. Dec. 1867, über die allgem. Rechte der Staatsbürger, nicht mehr besteht.“ (Verordn.-Blatt des Cultus- und Unterr.-Minist. Nr. 45. Auch in Vering, Archiv l. c. N. F. XVI p. 159.). — Ad A. §. 8. Ein Erlass des Cultusministeriums vom 7. Juni 1869 ordnet an, dass die öffentlichen Organe „nicht befugt, einen von seinem Bischofe in eine geistliche Correctionsanstalt verwiesenen Priester (gemäss Conc. Art. XI und XVI) anzuhalten oder dahin abzuliefern“. Diess Recht der Bischöfe sei nur insofern mit dem oben angeführten Gesetze vereinbar „als damit der nicht erzwungene Aufenthalt eines Priesters in einer solchen Anstalt und die Beaufsichtigung desselben während dieses Aufenthaltes angeordnet wird, woraus folgt, dass eine derartige bischöfliche Anordnung nur insofern oder insolange wirksam sein kann, als der durch dieselbe betroffene Priester sich derselben freiwillig fügt.“ (Verordn.-Blatt Nr. 52. — Vering, Archiv l. c. N. F. XVI p. 160 f.). Durch Verordnung des Ministers des Cultus, der Justiz und des Innern vom 7. Aug. 1869 wurde angeordnet, dass dieser Grundsatz auch auf sämtliche Regularen beiderlei Geschlechts Anwendung finde und dass dem Cultusminister genaue Verzeichnisse der in freiwilliger Haft sich Befindenden, der Dauer und der Art derselben, vorzulegen sind. (Verordn.-Blatt des C.- u. U.-M. Nr. 52 u. 62. — Vering, Archiv l. c. N. F. XVI p. 160 ff. u. 348 f.) — Die Eidesleistung auf die Staatsgrundgesetze stiess in Oesterreich, selbst bei den in Staatsämtern befindlichen Geistlichen, auf keinen sonderlichen Widerstand. Selbst nach dem Erscheinen der päpstlichen Allocution (s. Nr. 85) geschah sie noch. Erst nach Bekanntwerden der päpstlichen Erklärung vom 1. Sept. 1869 (s. Vering, Archiv l. c. N. F. XVII p. 447 ff.) „der Eid könne geleistet werden, wenn im gleichen Contexte die Clausel hinzugefügt werde: unbeschadet der Gesetze Gottes und der Kirche“, verweigerten einige wenige Geistliche die Eidesleistung, da die Regierung eine solche Verlausulirung des Eides nicht zuliess.

Nr. 4814. (79.)

OESTERREICH. Das Ehegesetz. — Wiederherstellung des vor dem Concordate geltenden Eherechtes für Katholiken und der weltlichen Gerichtsbarkeit. Einführung der Nothcivilehe.

R.-G.-B. Jahrg. 1868. Nr. 47. p. 93 ff.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich das folgende Gesetz zu erlassen, wodurch die Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches über das Eherecht für Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den weltlichen Gerichtsbehörden überwiesen und Bestimmungen über die bedingte Zulässigkeit der Eheschliessung vor weltlichen Behörden eingeführt werden. || Art. I. Das unter Berufung auf das Patent vom 5. November 1855, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 195, erlassene und mit 1. Januar 1857 zur Wirksamkeit gelangte kaiserliche Patent vom 8. October 1856, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 185, mit dem diesem Patente als erster Anhang beigegebenen Gesetze über die Eheangelegenheiten der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich, sowie dem weiters beigegebenen und in dem Gesetze selbst bezogenen zweiten Anhang: „Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthumes Oesterreich in Betreff der Ehesachen“ sind für die Königreiche und Länder, für welche das gegenwärtige Gesetz erlassen wird, ausser Kraft gesetzt. || An die Stelle dieser aufgehobenen Gesetze treten auch für Katholiken die Vorschriften des von dem Eherechte handelnden zweiten Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches vom 1. Juni 1811 und der hiezu nachträglich erflossenen Gesetze und Verordnungen, insoweit dieselben zur Zeit, als das Patent vom 8. October 1856, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 185, in Kraft trat, bestanden haben und durch das gegenwärtige Gesetz nicht abgeändert werden. || Art. II. Wenn einer der nach den Vorschriften des allg. bürgerl. Gesetzbuches zum Aufgebote der Ehe berufenen Seelsorger die Vornahme des Aufgebotes oder einer von den zur Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung berufenen Seelsorgern, welcher von den Brautleuten deshalb angegangen wurde, die Vornahme des Aufgebotes oder die Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung zur Ehe aus einem durch die Gesetzgebung des Staates nicht anerkannten Hinderungsgrunde verweigert, so steht es den Brautleuten frei, das Aufgebot ihrer Ehe durch die weltliche Behörde zu veranlassen und die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe vor dieser Behörde abzugeben.

Rücksichtlich dieser den Ehewerbern aller Confessionen gestatteten eventuellen Eheschliessung vor der weltlichen Behörde gelten die Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches mit den nachstehenden Abänderungen: || §. 1. Als die zur Vornahme des Aufgebotes und zur Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung berufene weltliche

Nr. 4814 (79).
Oesterreich.
26. Mai 1868.

Nr. 4814 (79). Behörde hat die k. k. politische Bezirksbehörde in jenen Städten aber, welche Oesterreich. eigene Gemeindestatute besitzen, die mit der politischen Amtsführung betraute Gemeindebehörde einzutreten, und es wird diejenige politische Bezirks- (Gemeinde-) Behörde hiezu als competent anzusehen sein, in deren Amtsbezirk der die Eheschliessung verweigernde Seelsorger seinen Amtssitz hat.

25. Mai 1868. §. 2. Um das Aufgebot und die Eheschliessung bei der weltlichen Behörde verlangen zu können, haben die Ehederber vor dieser Behörde die Weigerung des competenten Seelsorgers entweder durch ein schriftliches Zeugnis desselben oder durch die Aussage von zwei im Amtsbezirk wohnenden eigenberechtigten Männern nachzuweisen. || Wird ein solcher Beweis nicht erbracht, so liegt es der politischen Behörde ob, an den betreffenden Seelsorger eine Aufforderung des Inhaltes zu richten, dass derselbe das Aufgebot vornehmen und beziehungsweise die Erklärung der Einwilligung zur Ehe entgegennehmen oder mittelst amtlicher Zuschrift die entgegenstehenden Hindernisse anzeigen wolle. || Erfolgt hierauf aus Gründen, welche in den Staatsgesetzen nicht enthalten sind, oder ohne Angabe von Gründen eine ablehnende Antwort des Seelsorgers, oder geht innerhalb eines Zeitraumes von längstens acht Tagen, in welche die Tage des Postenlaufes nicht einzurechnen sind, keine Antwort ein, so hat die politische Behörde nach Beibringung der durch die Vorschriften des allg. bürgerl. Gesetzbuches sammt Nachtrags-Verordnungen vorgeschriebenen Ausweise und Behelfe das Aufgebot und den Eheschliessungsact sofort vorzunehmen. || §. 3. Alle Functionen und Entscheidungen, welche nach den Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches sammt Nachtrags-Verordnungen dem Seelsorger übertragen sind, stehen im Falle einer Eheschliessung vor der weltlichen Behörde der competenten politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde zu. || §. 4. Gegen Entscheidungen der politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde in Ehesachen steht den Ehederbern das Recht des Recurses an die k. k. politische Landesstelle und gegen die Entscheidungen dieser letzteren das Recht des Recurses an das k. k. Ministerium des Innern offen, ohne dass der Recurs an eine bestimmte Frist gebunden oder durch gleichlautende Entscheidungen der beiden unteren Instanzen ausgeschlossen ist. || §. 5. Das Aufgebot einer vor der weltlichen Behörde abzuschliessenden Ehe ist von dieser Behörde durch öffentlichen Anschlag sowohl an der eigenen amtlichen Kundmachungstafel, als auch im Requisitionswege durch öffentlichen Anschlag bei dem Gemeindeamte des Wohnortes eines jeden der Brautleute vorzunehmen. || Wenn bei einer k. k. politischen Bezirksbehörde regelmässig Amtstage abgehalten werden, so hat das Aufgebot auch mündlich an einem oder mehreren Amtstagen zu erfolgen. Zur Gültigkeit der Ehe wird jedoch nur die Vornahme des schriftlichen Aufgebotes mittelst Anschlages erfordert. || Der das Aufgebot enthaltende Anschlag soll durch drei Wochen an der Kundmachungstafel der politischen Behörde und der betreffenden Gemeindeämter affigirt bleiben, bevor zur Eheschliessung geschritten werden kann. || Aus wichtigen Gründen kann die k. k. politische

Landesstelle diesen Aufgebotstermin verkürzen und unter dringenden Umständen das Aufgebot auch ganz nachsehen. Die Aufgebotsnachsicht wegen bestätigter naher Todesgefahr kann gegen das im §. 86 des allg. bürgerl. Gesetzbuches vorgesehene eidliche Gelöbniss der Brautleute auch von der politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde ertheilt werden. || §. 6. Die Requisition und Delegation einer anderen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde zur Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung kann über Ansuchen der Brautleute von Seite der competenten politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde nach den im allg. bürgerl. Gesetzbuche (§§. 81 und 82) für Pfarrämter bestehenden Vorschriften geschehen. || §. 7. Die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe muss vor dem Vorsteher der politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde oder vor einem Stellvertreter des Vorstehers in Gegenwart zweier Zeugen und eines beeideten Schriftführers abgegeben werden. || §. 8. Ueber den Act der Eheschliessung ist ein Protokoll aufzunehmen und sowohl von den Brautleuten als von den Zeugen und den beiden Amtspersonen zu unterzeichnen. || §. 9. Die politische Bezirks- (Gemeinde-) Behörde führt über die bei derselben vorgekommenen Aufgebote und Eheschliessungen das Aufgebotsbuch und das Eheregister, und fertigt aus diesen Registern über Ansuchen amtliche Zeugnisse aus, welche die geschehene Verkündigung und beziehungsweise Eheschliessung mit der Beweiskraft öffentlicher Urkunden darthun. || Ein solches Amtszeugniss über den vorgenommenen Act der Eheschliessung hat die politische Bezirks- (Gemeinde-) Behörde den ordentlichen Seelsorgern beider Brautleute von Amtswegen zu übersenden. || §. 10. Rücksichtlich der Scheidung und Trennung der Ehe gelten für die vor der weltlichen Behörde geschlossenen Ehen gleichfalls die Bestimmungen des allg. bürgerl. Gesetzbuches, wobei die den Seelsorgern zugewiesenen Functionen der politischen Bezirks- (Gemeinde-) Behörde obliegen, in deren Sprengel sich der Amtssitz des zu diesen Functionen gesetzlich berufenen Seelsorgers befindet. || §. 11. Es bleibt den Eheleuten, welche ihre Ehe vor der weltlichen Behörde abgeschlossen haben, unbenommen, nachträglich auch die kirchliche Einsegnung ihrer Ehe von einem der Seelsorger jener Confession, welcher ein Theil der Eheleute angehört, zu erwirken. || Art. III. Mit dem Tage, an welchem die Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes beginnt, wird in den Königreichen und Ländern, für welche dasselbe gegeben ist, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen der Katholiken wie der übrigen christlichen und nichtchristlichen Confessionen ausschliesslich durch diejenigen weltlichen Gerichte ausgeübt, die vor dem 1. Januar 1857, mit welchem Tage die geistlichen Ehegerichte in Wirksamkeit traten, nach den Jurisdictionsnormen vom 22. December 1851 und 20. November 1852 hiezu berufen waren. || Diese weltlichen Gerichte haben nach denjenigen Gesetzen und Verordnungen, welche zur Zeit, als das Patent vom 8. October 1856, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 185, in Wirksamkeit getreten, für Ehestreitigkeiten was immer für einer Art bestanden, und insbesondere nach den über Ehestreitigkeiten im zweiten Hauptstücke des allg.

Nr. 4814 (79). bürgerl. Gesetzbuches und im Hofdecrete vom 23. August 1819, Justizgesetzsammlung Nr. 1595, enthaltenen Bestimmungen zu verfahren, soweit die letzteren nicht durch die Verfügungen des gegenwärtigen Gesetzes eine Aenderung erleiden. || Art. IV. Zur Einführung des gegenwärtigen Gesetzes werden folgende Uebergangsbestimmungen verfügt: || §. 1. Insofern es sich um die Gültigkeit einer Ehe handelt, welche unter der Geltung des Patenten vom 8. October 1856, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 185, geschlossen wurde, ist dieselbe nach den Bestimmungen dieses Patenten und der damit erlassenen Vorschriften zu beurtheilen. || Die Trennung, sowie die Scheidung von Tisch und Bett in Ansehung einer vor Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes geschlossenen Ehe ist dagegen von dem Tage dieser Wirksamkeit nur nach den Bestimmungen des bürgerl. Gesetzbuches und nach den im gegenwärtigen Gesetze getroffenen Anordnungen zu beurtheilen. || §. 2. Ebenso ist das Verfahren bei Untersuchung und Verhandlung über die Ungültigkeitserklärung eben sowohl als über die Trennung und Scheidung von Tisch und Bett hinsichtlich einer vor Wirksamkeit dieses Gesetzes geschlossenen Ehe nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zu pflegen. || §. 3. Die unter der Geltung des Patenten vom 8. October 1856, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 185, ergangenen rechtskräftigen Entscheidungen verlieren die ihnen nach Massgabe dieses Patenten und der demselben beigegebenen Gesetze zukommenden Wirkungen nicht. || §. 4. Alle am Tage der beginnenden Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes auf Grund des Patenten vom 8. October 1856, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 185, bei einem geistlichen oder weltlichen Gerichte in erster oder höherer Instanz, oder bei was immer für einer Behörde anhängigen Verhandlungen sind durch die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zuständigen weltlichen Gerichte und beziehungsweise Administrativbehörden fortzuführen und dahin zu übertragen. || §. 5. Insoweit es sich um die Aufgebote und sonstigen Vorbereitungen einer Ehe handelt, ist sich bis zu dem Tage, an welchem die Wirksamkeit dieses Gesetzes beginnt, gleichfalls an die Vorschriften des Patenten vom 8. October 1856, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 185, und der demselben beigegebenen Gesetze zu halten, insoweit die Ehe auch noch innerhalb dieses Zeitraumes zum Abschlusse kommt. Wenn dieses letztere jedoch nicht der Fall ist, so müssen die Aufgebote, sowie die sonstigen Vorbereitungen zum Eheabschlusse während der Wirksamkeit dieses Gesetzes in Gemässheit der Vorschriften desselben neuerlich vorgenommen werden. || Art. V. Mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes werden die Minister der Justiz, des Cultus und des Innern betraut, von welchen die erforderlichen Ausführungsverordnungen zu erlassen sind. || Wien, am 25. Mai 1868.

Franz Josef m. p.

Auersperg m. p. Hasner m. p. Giskra m. p. Herbst m. p.

Die Verhandlungen der beiden Häuser des Reichsrathes über dieses und die folgenden Gesetze, wie auch die Majoritäts- und Minoritäts-Voten

siehe in den stenographischen Protokollen der vierten Session des Reichsrathes. Eine Zusammenstellung der Reden und Voten der Minorität enthalten auch die Katholischen Stimmen aus Oesterreich. Wien 1868.

Nr. 4814 (79).
Oesterreich.
25. Mai 1868.

Diess Gesetz erhielt Ergänzungen: durch die Gesetze v. 31. Dec. 1868 über die Versöhnungsversuche vor gerichtlicher Ehescheidung — hat ein Versöhnungsversuch vor dem Seelsorger nicht stattgefunden, was von dem Belieben der Parteien abhängt, so hat das zur Scheidung zuständige Gericht diesen Versuch zu drei verschiedenen Malen vorzunehmen; über die Eheschliessung zwischen Angehörigen verschiedener christlicher Confessionen — das Aufgebot hat in der gottesdienstlichen Versammlung des Pfarrbezirkes der Religionsgenossenschaft eines jeden der beiden Brautleute zu geschehen, die Einwilligungserklärung zur Ehe ist in Gegenwart zweier Zeugen vor dem ordentlichen Seelsorger eines der beiden Brautleute abzugeben, diess kann auch dann geschehen, wenn das Aufgebot wegen Weigerung des Seelsorgers durch die politische Behörde vorgenommen wurde (R.-G.-B. Jahrg. 1869 Nr. 3 und 4); ferner durch das Gesetz v. 9. April 1870 über die Ehen und die Führung der Geburts-, Ehe- und Sterberegister von Personen, welche keiner gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören — die Amtshandlungen, welche die Gesetze in Bezug auf Ehen und Matrikenführung den Seelsorgern zuwiesen, sind für diese Personen von den damit betrauten politischen Behörden vorzunehmen. (R.-G.-B. Jahrg. 1870 Nr. 51 und über die innere Einrichtung dieser Register Verordn. d. J.-M. v. 20. Oct. 1870 a. a. O. Nr. 128.) — Zur Durchführung des Gesetzes in Ehesachen erschien eine Verordnung des Ministers der Justiz v. 1. Juli 1868 (R.-G.-B. Jahrg. 1868 Nr. 80, auch in Vering, Archiv l. c. N. F. XIV. p. 329 ff.), und ein Erlass desselben Ministers vom 28. Oct., worin aus Anlass einiger vorgekommener Fälle eventuell die zwangsweise Wegnahme der Ehegerichtsacten angeordnet wird (S. Archiv l. c. XIV. p. 335).

Nr. 4815. (80.)

OESTERREICH. Das Schulgesetz. — Grundsätzliche Bestimmungen über das Verhältniss der Schule zur Kirche. —

R.-G.-B. Jahrg. 1868, Nr. 48. p. 97 ff.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich folgendes Gesetz zu erlassen: | §. 1. Die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht dem Staate zu und wird durch die hiezu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt. | §. 2. Unbeschadet dieses Aufsichtsrechtes bleibt die Besorgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes und der Religionsübungen für die verschiedenen Glaubensgenossen in den Volks- und Mittelschulen der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft überlassen. Der Unterricht in den übrigen Lehrgegenständen in diesen Schulen ist unabhängig von dem Einflusse jedes

Nr. 4815(80).
Oesterreich.
25. Mai 1868.

Nr. 4815 (80).
Oesterreich.
25. Mai 1868.

Kirche oder Religionsgesellschaft. || §. 3. Die vom Staate, von einem Lande oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten sind allen Staatsbürgern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zugänglich. || §. 4. Es steht jeder Kirche oder Religionsgesellschaft frei, aus ihren Mitteln Schulen für den Unterricht der Jugend von bestimmten Glaubensbekenntnissen zu errichten und zu erhalten. || Dieselben sind jedoch den Gesetzen für das Unterrichtswesen unterworfen und können die Zuerkennung der Rechte einer öffentlichen Lehranstalt nur dann in Anspruch nehmen, wenn allen gesetzlichen Bedingungen für die Erwerbung dieser Rechte entsprochen wird. || §. 5. Die Benützung von Schulen und Erziehungsanstalten für bestimmte Glaubensgenossen ist Mitgliedern einer anderen Religionsgesellschaft durch das Gesetz nicht untersagt. || §. 6. Die Lehrämter an den im §. 3 bezeichneten Schulen und Erziehungsanstalten sind für alle Staatsbürger gleichmässig zugänglich, welche ihre Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen haben. || Als Religionslehrer dürfen nur diejenigen angestellt werden, welche die betreffende confessionelle Oberbehörde als hiezu befähigt erklärt hat. || Bei anderen Schulen und Erziehungsanstalten (§. 4) ist diesfalls das Errichtungsstatut massgebend. || Die Wahl der Erzieher und Lehrer für den Privatunterricht ist durch keine Rücksicht auf das Religionsbekenntniss beschränkt. || §. 7. Die Lehrbücher für den Gebrauch in den Volks- und Mittelschulen, sowie in den Lehrerbildungsanstalten bedürfen nur der Genehmigung der durch dieses Gesetz zur Leitung und Beaufsichtigung des Unterrichtswesens berufenen Organe. || Religionslehrbücher können jedoch erst dann diese Genehmigung erhalten, wenn sie von der bezüglichen confessionellen Oberbehörde für zulässig erklärt worden sind. || §. 8. Das Einkommen der Normalschulfonde, des Studienfondes und sonstiger Stiftungen für Unterrichtszwecke ist ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniss zu verwenden, insoweit es nicht nachweisbar für gewisse Glaubensgenossen gewidmet ist. || §. 9. Der Staat übt die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen durch das Unterrichtsministerium aus. || §. 10. Zur Leitung und Aufsicht über das Erziehungswesen, dann über die Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten werden in jedem Königreiche und Lande || a) ein Landesschulrath als oberste Landesschulbehörde, || b) ein Bezirksschulrath für jeden Schulbezirk, || c) ein Ortsschulrath für jede Schulgemeinde bestellt. || Die Eintheilung des Landes in Schulbezirke erfolgt durch die Landesgesetzgebung. || §. 11. Der bisherige Wirkungskreis der geistlichen und weltlichen Schulbehörden und zwar: || a) der Landesstelle, der kirchlichen Oberbehörden und Schuloberaufseher; || b) der politischen Bezirksbehörde und der Schuldistrictsaufseher; || c) der Ortsseelsorger und Ortsschul-aufseher hat, unbeschadet der Bestimmung des §. 2 an die im §. 10 bezeichneten Organe überzugehen. || §. 12. In den Landesschulrath sind unter dem Vorsitze des Statthalters (Landeschefs) oder seines Stellvertreters Mitglieder der politischen Landesstelle, Abgeordnete des Landesausschusses,

Geistliche aus den im Lande bestehenden Confessionen und Fachmänner im Lehrwesen zu berufen. || Die Zusammensetzung der im §. 10 lit. b und c bezeichneten Bezirks- und Ortsschulräthe wird durch die Landesgesetzgebung festgestellt. || §. 13. Durch die Landesgesetzgebung sind die näheren Bestimmungen in Betreff der Zusammensetzung und Einrichtung des Landes-, Bezirks- und Ortsschulrathes, dann die gegenseitige Abgrenzung des Wirkungskreises derselben, ferner die näheren Bestimmungen rücksichtlich des Ueberganges des Wirkungskreises der bisherigen geistlichen und weltlichen Schulbehörden an den Landes-, Bezirks- und Ortsschulrath festzustellen. || Ebenso ist durch das Landesgesetz zu bestimmen, ob und inwieferne ausnahmsweise auch Abgeordnete von bedeutenden Gemeinden in den Landesschulrath einzutreten haben. || §. 14. Die §§. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8 und 9 treten mit dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes in Wirksamkeit und werden alle mit diesen Paragraphen im Widerspruche stehenden, bisher gültigen Gesetze und Anordnungen ausser Kraft gesetzt. Das mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Juni 1867 genehmigte Regulativ, betreffend die Einsetzung eines Landesschulrathes für die Königreiche Galizien, Lodomerien und das Grossherzogthum Krakau, bleibt unberührt. || §. 15. Mein Minister des Unterrichtes ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt. Wien, am 25. Mai 1868.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Hasner m. p.

Diese grundsätzlichen Bestimmungen erhielten Ergänzungen: durch das Gesetz vom 10. Mai 1869: Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschule (R.-G.-B. Jahrg. 1869, Nr. 31), (welche in den für die einzelnen Länder erlassenen Schulgesetzen eine weitere Ausführung erfuhren); durch die Verordnungen des C.- u. U.-M. Anordnungen über die Schulaufsicht v. 10. Febr. 1869; die Uebergangsbestimmungen zur Durchführung des Volksschulgesetzes vom 12. Juli 1869 (R.-G.-B. Jahrg. 1869 Nr. 19 und Nr. 130); und die Schul- und Unterrichtsordnung für die allgemeinen Volksschulen v. 20. Aug. 1870 (R.-G.-B. Jahrg. 1870 Nr. 105).

Nr. 4816. (81.)

OESTERREICH. Das Gesetz über die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger.

R.-G.-B. Jahrg. 1868, Nr. 49 p. 99.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich das nachfolgende Gesetz, wodurch die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden, zu erlassen.

Nr. 4816 (81)
Oesterreich.
25. Mai 1868.

Nr. 4816(81).
Oesterreich.
25. Mai 1868.

I. In Beziehung auf das Religionsbekenntniss der Kinder.

Art. 1. Eheliche oder den ehelichen gleichgehaltene Kinder folgen, soferne beide Eltern demselben Bekenntnisse angehören, der Religion ihrer Eltern. | Bei gemischten Ehen folgen die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter der Religion der Mutter. Doch können die Ehegatten vor oder nach Abschluss der Ehe durch Vertrag festsetzen, dass das umgekehrte Verhältniss stattfinden solle, oder dass alle Kinder der Religion des Vaters oder alle der der Mutter folgen sollen. || Uneheliche Kinder folgen der Religion der Mutter. | Im Falle keine der obigen Bestimmungen Platz greift, hat Derjenige, welchem das Recht der Erziehung bezüglich eines Kindes zusteht, das Religionsbekenntniss für solches zu bestimmen. | Reverse an Vorsteher oder Diener einer Kirche oder Religionsgenossenschaft, oder an andere Personen über das Religionsbekenntniss, in welchem Kinder erzogen und unterrichtet werden sollen, sind wirkungslos. | Art. 2. Das nach dem vorhergehenden Artikel für ein Kind bestimmte Religionsbekenntniss darf in der Regel solange nicht verändert werden, bis dasselbe aus eigener freier Wahl eine solche Veränderung vornimmt. Es können jedoch Eltern, welche nach Artikel 1 das Religionsbekenntniss der Kinder vertragsmässig zu bestimmen berechtigt sind, dasselbe bezüglich jener Kinder ändern, welche noch nicht das siebente Lebensjahr zurückgelegt haben. || Im Falle eines Religionswechsels eines oder beider Elternteile, beziehungsweise der unehelichen Mutter, sind jedoch die vorhandenen Kinder, welche das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Betreff des Religionsbekenntnisses ohne Rücksicht auf einen vor dem Religionswechsel abgeschlossenen Vertrag so zu behandeln, als wären sie erst nach dem Religionswechsel der Eltern, beziehungsweise der unehelichen Mutter geboren worden. || Wird ein Kind vor zurückgelegtem siebenten Jahre legitimirt, so ist es in Betreff des Religionsbekenntnisses nach Artikel 1 zu behandeln. | Art. 3. Die Eltern und Vormünder, sowie die Religionsdiener sind für die genaue Befolgung der vorstehenden Vorschriften verantwortlich. || Für den Fall der Verletzung derselben steht den nächsten Verwandten ebenso wie den Oberen der Kirchen und Religionsgenossenschaften das Recht zu, die Hilfe der Behörden anzurufen, welche die Sache zu untersuchen und das Gesetzliche zu verfügen haben.

II. In Beziehung auf den Uebertritt von einer Kirche oder Religionsgenossenschaft zur anderen. || Art. 4. Nach vollendetem 14. Lebensjahre hat Jedermann ohne Unterschied des Geschlechtes die freie Wahl des Religionsbekenntnisses nach seiner eigenen Ueberzeugung und ist in dieser freien Wahl nöthigenfalls von der Behörde zu schützen. || Derselbe darf sich jedoch zur Zeit der Wahl nicht in einem Geistes- oder Gemüthszustande befinden, welcher die eigene freie Ueberzeugung ausschliesst. || Art. 5. Durch die Religionsveränderung gehen alle genossenschaftlichen Rechte der verlassenen Kirche oder Religionsgenossenschaft an den Ausgetretenen ebenso wie die Ansprüche dieses an jene verloren. || Art. 6. Damit jedoch der Austritt aus einer Kirche oder

Religionsgenossenschaft seine gesetzliche Wirkung habe, muss der Austretende denselben der politischen Behörde melden, welche dem Vorsteher oder Seelsorger der verlassenen Kirche oder Religionsgenossenschaft die Anzeige übermittelt. || Den Eintritt in die neu gewählte Kirche oder Religionsgenossenschaft muss der Eintretende dem betreffenden Vorsteher oder Seelsorger persönlich erklären. || Art. 7. Die Bestimmung des §. 768, lit. a) allg. bürgerl. Gesetzbuches, vermöge welcher der Abfall vom Christenthum als Grund der Enterbung erklärt wird, dann die Verfügungen des §. 122, lit. c) und d) Strafgesetzes, womit Derjenige, welcher einen Christen zum Abfalle vom Christenthum zu verleiten oder eine der christlichen Religion widerstrebende Irrlehre auszustreuen sucht, eines Verbrechens schuldig erklärt wird, sind aufgehoben. || Es ist jedoch jeder Religionspartei untersagt, die Genossen einer anderen durch Zwang oder List zum Uebergang zu bestimmen. Die näheren Bestimmungen des gesetzlichen Schutzes hingegen, soweit er nicht durch die Strafgesetze gegeben ist, bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Nr. 4816 (81).
Oesterreich.
25. Mai 1868.

III. In Beziehung auf Functionen des Gottesdienstes und der Seelsorge. Art. 8. Die Vorsteher, Diener oder Angehörigen einer Kirche oder Religionsgenossenschaft haben sich der von den berechtigten Personen nicht angesuchten Vornahme von Functionen des Gottesdienstes und der Seelsorge an den Angehörigen einer anderen Kirche oder Religionsgenossenschaft zu enthalten. || Eine Ausnahme kann nur für jene einzelnen Fälle eintreten, in welchen durch die betreffenden Seelsorger oder Diener der anderen Kirche oder Religionsgenossenschaft um die Vornahme eines diesen zustehenden Actes das Ansuchen gestellt wird, oder die Satzungen und Vorschriften dieser letzteren die Vornahme des Actes gestatten. || Ausser diesen Fällen ist der bezügliche Act als rechtlich unwirksam anzusehen und es haben die Behörden auf Ansuchen der beeinträchtigten Privatperson oder Religionsgenossenschaft die geeignete Abhilfe zu gewähren.

IV. In Beziehung auf Beiträge und Leistungen. Art. 9. Angehörige einer Kirche oder Religionsgenossenschaft können zu Beiträgen an Geld und Naturalien oder zu Leistungen an Arbeit für Cultus- und Wohlthätigkeitszwecke einer anderen nur dann verhalten werden, wenn ihnen die Pflichten des dinglichen Patronates obliegen, oder wenn die Verpflichtung zu solchen Leistungen auf privatrechtlichen, durch Urkunden nachweisbaren Gründen beruht, oder wenn sie grundbücherlich sichergestellt ist. || Kein Seelsorger kann von Angehörigen einer ihm fremden Confession Taxen, Stolgebühren u. dgl. fordern, ausser für auf deren Verlangen wirklich verrichtete Functionen, und zwar nur nach dem gesetzlichen Ausmasse. || Art. 10. Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels 9 finden auch auf Beiträge und Leistungen für Unterrichtszwecke volle Anwendung, ausser wenn die Angehörigen einer Kirche oder Religionsgenossenschaft mit Angehörigen einer anderen vermöge der gesetzlichen Einschulung Eine Schulgemeinde bilden, in welchem Falle die Eingeschulten ohne Unterschied der Confession die zur Errichtung und

Nr. 4816(81). Oesterreich. 25. Mai 1868. Erhaltung der gemeinschaftlichen Schule und zur Besoldung der an derselben angestellten Lehrer erforderlichen Kosten, jedoch mit Ausschluss der Kosten für den Religionsunterricht der einer anderen Confession Angehörigen zu tragen haben. || Eine zwangsweise Einschulung in die Schule einer anderen Confession findet nicht statt. || Art. 11. Alle in den Bestimmungen der vorstehenden Artikel 9 und 10 nicht begründeten Ansprüche der Geistlichen, Messner, Organisten und Schullehrer, dann der Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten einer Kirche oder Religionsgenossenschaft auf Beiträge und Leistungen von Seite der Angehörigen einer anderen sind als erloschen zu betrachten.

V. In Beziehung auf Begräbnisse. Art. 12. Keine Religionsgemeinde kann der Leiche eines ihr nicht Angehörigen die anständige Beerdigung auf ihrem Friedhofe verweigern: || 1. wenn es sich um die Bestattung in einem Familiengrabe handelt, oder wenn || 2. da, wo der Todesfall eintrat oder die Leiche gefunden ward, im Umkreis der Ortsgemeinde ein für Genossen der Kirche oder Religionsgenossenschaft des Verstorbenen bestimmter Friedhof sich nicht befindet.

VI. In Ansehung der Feier- und Festtage. Art. 13. Niemand kann genöthigt werden, sich an den Feier- und Festtagen einer ihm fremden Kirche oder Religionsgesellschaft der Arbeit zu enthalten. || An Sonntagen ist jedoch während des Gottesdienstes jede nicht dringend nothwendige öffentliche Arbeit einzustellen. Ferner muss an den Festtagen was immer für einer Kirche oder Religionsgenossenschaft während des Hauptgottesdienstes in der Nähe des Gotteshauses Alles unterlassen werden, was eine Störung oder Beeinträchtigung der Feier zur Folge haben könnte. Dasselbe ist bei den herkömmlichen feierlichen Processionen auf den Plätzen und in den Strassen zu beobachten, durch welche sich der Zug bewegt. || Art. 14. Keine Religionsgemeinde kann genöthigt werden, sich des Glockengeläutes an Tagen zu enthalten, an welchen dasselbe nach den Satzungen einer anderen Kirche oder Religionsgesellschaft zu unterbleiben hat. || Art. 15. In Schulen, welche von Angehörigen verschiedener Kirchen oder Religionsgesellschaften besucht werden, soll, soweit es ausführbar ist, dem Unterricht eine solche Eintheilung gegeben werden, bei welcher auch der Minderheit die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten ermöglicht wird.

VII. Schlussbestimmungen. Art. 16. Alle diesen Vorschriften widerstreitenden Bestimmungen der bisherigen Gesetze und Verordnungen, auf welcher Grundlage sie beruhen und in welcher Form sie erlassen sein mögen, ebenso wie allfällige entgegenstehende Gepflogenheiten sind, auch insoferne sie hier nicht ausdrücklich aufgehoben wurden, fernerhin nicht mehr zur Anwendung zu bringen. | Diess gilt insbesondere auch von den Vorschriften über die religiöse Erziehung der in öffentliche Pflege genommenen Kinder. | Art. 17. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit. || Art. 18. Mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes

sind der Minister des Cultus und Unterrichtes, sowie die übrigen Minister, in Nr. 4816 (81). deren Wirkungskreis die Vorschriften desselben zur Anwendung kommen, ^{Oesterreich.} 25. Mai 1868. beauftragt, und haben sie die zu solchem Vollzuge erforderlichen Verordnungen zu erlassen. Wien, am 25. Mai 1868.

Franz Josef m. p.

Auersperg m. p.

Taafe m. p.

Hasner m. p.

Giskra m. p.

Herbst m. p.

Zur Durchführung dieses Gesetzes erschien die Verordnung des C.- u. U.-M. vom 18. Januar 1869 betreffend den Vollzug der den Uebertritt von einer Kirche oder Religionsgenossenschaft zur andern regelnden Bestimmungen (R.-G.-B. Jahrg. 1869 Nr. 13).

Nr. 4817. (82.)

RÖMISCHE CURIE. Note des apost. Nuntius in Wien an den österr. Minister der ausw. Angelegenheiten. — Motivirter Protest gegen die durch die Gesetze vom 25. Mai 1868 erfolgte Verletzung des österr. Concordates. —

Franz. Orig. Staatsarchiv XV. p. 248 ff. Deutsche Uebers. Roskovány VIII. p. 771 ff.

En présence des faits de la plus haute gravité qui viennent de se passer en Autriche, et qui violent d'une manière si flagrante les droits de l'Eglise catholique, le soussigné Archevêque d'Athènes, Nonce Apostolique, remplit un devoir impérieux en exposant à Son Excellence Monsieur le Baron de Beust, Chancelier de l'Empire et Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, les justes griefs du Saint-Siège. || Afin de mettre un terme à la situation anormale dans laquelle se trouvait l'Eglise depuis tant d'années, et aux conflits sans nombre entre les autorités civiles et religieuses qui en résultaient nécessairement, une Convention a été conclue le 18 août 1855 entre le Saint-Siège et le Gouvernement Impérial. || Cet acte solennel et réparateur, vivement désiré par un Souverain (l'Empereur François Ier) dont la longue expérience et les malheurs avaient imprimé un si grand caractère de sagesse aux actes de son règne, a été comme légué, par lui à ses successeurs. Les négociations, interrompues plusieurs fois par des guerres désastreuses, n'ont pas duré moins d'un demi-siècle. || Cette longue négociation, menée à bonne fin par Sa Sainteté Pie IX et l'Empereur François-Joseph, a rendu à l'Eglise dans les Etats de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique la liberté à laquelle elle a droit, sans porter la moindre atteinte à l'autorité civile et au libre exercice religieux des autres confessions chrétiennes. Loin de là, le Saint-Siège, plein de confiance dans les sentiments religieux de l'Auguste Monarque qui, dès le commencement de Son

Nr. 4817 (82).
 Röm. Curie.
 26. Mai 1868.

règne, a donné des preuves si éclatantes de Sa droiture et de Son attachement à l'Eglise, lui a accordé tous les droits qui sont compatibles avec l'autonomie nécessaire à la religion catholique. || D'un autre côté, par les patentes Impériales du 8 avril 1861 et du 23 janvier 1866, les chrétiens de la confession helvétique et de la confession d'Augsbourg ont obtenu, dans les affaires religieuses et scolaires, une autonomie qu'ils ne possèdent dans aucun Etat protestant, et la liberté dont ils jouissent depuis en Autriche est plus étendue que celle que le Concordat garantit aux catholiques. Les mêmes avantages ont été concédés aux Grecs non-unis. Ainsi, non-seulement le Concordat n'a mis aucun empêchement à cette magnanimité de l'Empereur envers ses sujets non-catholiques, mais il en a été la première cause. || Nul n'avait donc à se plaindre. Quant aux catholiques, pénétrés de la plus profonde reconnaissance envers le Souverain qui avait accompli les vœux du Chef Suprême de l'Eglise, celui de tous les évêques de son vaste empire et de tous les gens de bien, ils ont béni le nom de Sa Majesté l'Empereur François-Joseph comme protecteur de la religion, et les catholiques du monde entier ont uni leurs bénédictions à celles de leurs frères. || Dans ce concert unanime et spontané, si des sons discordants se sont faits entendre, comme cela a toujours lieu lorsqu'on proclame quelque grande vérité, ils ont été proférés par les éternels ennemis du christianisme, et par des hommes qui ne se sont jamais occupés de questions religieuses et dont l'ignorance serait l'excuse, si elle n'était accompagnée d'un mauvais vouloir plus grand encore. || C'est ainsi que fut conclu et accueilli le Concordat, l'année 1855. || La situation est la même aujourd'hui; c'est ce que prouvent les vœux unanimes des évêques, du clergé et de tous les catholiques, qui connaissent et aiment leur religion, dont heureusement le nombre est encore immense en Autriche, témoins les pétitions venues de toutes parts demandant le maintien du Concordat. Quelques-unes de ces pétitions ont été couvertes de plusieurs centaines de milliers de signatures, malgré les entraves que les signataires ont souvent rencontrées. || Si le soussigné rappelle ces circonstances, qui sont désormais du domaine de l'histoire, c'est pour constater que le Concordat a été fait au grand avantage spirituel des catholiques de l'Empire auxquels il garantissait en tous points le libre exercice de leur religion, et avec l'adhésion unanime de tous ceux qui ont à coeur leurs intérêts religieux, et de plus, qu'il n'a porté préjudice à personne. || Il pourrait ajouter que le Concordat était destiné à rendre de plus grands services à l'Etat qu'à l'Eglise; mais il laisse à d'autres, et aux événements surtout, à justifier cette appréciation que les ennemis communs de l'Etat et de l'Eglise n'ont que trop comprise depuis longtemps. || Quoiqu'il en soit, le Concordat a été conclu librement par deux Puissances souveraines, ratifié dans toutes les formes voulues pour donner à un traité toute sa valeur. Les souverains qui l'ont signé se sont engagés à l'observer fidèlement, et ces engagements solennels ont été pris pour eux et pour leurs successeurs: Verbo Caesareo-Regio pro Nobis atque succes-

soribus Nostris adpromittentes: tels sont les termes mêmes dont s'est servie Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique. Le Saint-Siège a religieusement tenu ses engagements. Il avait droit de s'attendre à une juste réciprocité, surtout de la part d'une Puissance dont la réputation d'honnêteté est hautement estimée dans le monde entier. || Mais quelle n'a pas été la douleur du Saint-Père en apprenant que le Conseil des Ministres de la partie cisleithane de l'Empire a non-seulement laissé saisir les Chambres de projets de lois totalement contraires aux dispositions fondamentales du Concordat, mais qu'il les a ouvertement favorisés, et qu'il se montre disposé à en accepter toutes les conséquences. || Si les motifs qu'on a allégués pour défendre ces lois pouvaient jamais prévaloir dans le monde, il ne serait plus possible de faire des contrats et des traités, et il faudrait renoncer à toute idée de droit et de justice. || Invoquer la nécessité! mais la nécessité dont il s'agit est une nécessité factice, dont l'oeil le moins clairvoyant a pu suivre toute la trame. D'ailleurs: „Il vaut mieux souffrir toutes sortes de nécessités que de commettre une seule iniquité“ (S. Augustin), et c'en est une que de violer la parole donnée. || Invoquer l'opportunité! c'est ériger l'arbitraire en principe, et abandonner aux caprices de tous les vents l'exécution des engagements les plus sacrés et les plus inviolables. || Se prévaloir des changements survenus dans l'empire! ce serait rendre toutes les transactions illusoires, et faire dépendre leur violation du bon plaisir d'un seul des contractants. || Cette prétention, d'ailleurs, est si peu admissible qu'elle n'a été alléguée pour infirmer aucun des nombreux traités conclus par l'Autriche avec d'autres que le Saint-Siège avant l'époque de ces changements. Le Recueil des Traités et Conventions conclus par l'Autriche avec les Puissances étrangères, dans la période de 1849 à 1856, se compose de plusieurs volumes; on demandera toujours à l'Autriche: pourquoi les derniers changements survenus dans l'Empire ont laissé toute leur force à ces nombreux traités, et n'ont invalidé que la seule Convention conclue entre l'Empereur et le Chef de l'Eglise? || Ces changements constitutionnels ont laissé à bon droit leur valeur obligatoire non-seulement à tous les traités internationaux, mais encore aux patentes souveraines accordées à tous les sujets de l'Empire qui professent une autre religion que la religion catholique, bien qu'ils aient tous reçu par ces patentes une autonomie plus grande que celle qui a été garantie aux catholiques par le Concordat. Pourquoi les derniers changements survenus dans l'Empire n'ont-ils porté aucune atteinte à tous les engagements pris antérieurement en faveur des catholiques des diverses confessions, tandis que des engagements plus solennels, contractés en faveur des catholiques, sont les seuls qui puissent être violés? || Afin d'atténuer la culpabilité d'un tel acte on est obligé d'avoir recours à une argumentation que le soussigné ne peut que déplorer profondément. On cite l'exemple de plusieurs Etats, qui, eux aussi, ont violé les Concordats qu'ils avaient faits avec le Saint-Siège. C'est là un mode étrange de justification,

Nr. 4817 (82).
 Böm. Curie.
 26. Mai 1868.

et qu'il serait bien funeste de rappeler à la mémoire des gouvernements et des peuples. || Plusieurs Concordats, comme un grand nombre d'autres traités, ont été violés sans doute: ceux qui se sont rendus coupables de ces infractions, à la loyauté et au droit des gens en portent la responsabilité devant Dieu et devant les hommes; mais jamais un gouvernement ne pourra justifier sa conduite en s'autorisant de tels exemples. Il n'y a aucun acte, quelque coupable qu'on le suppose, qui ne pût être justifié, si pour cela il suffisait de lui trouver des précédents. || Il est inutile de relever ce qu'il y a d'inexact dans l'assertion qui a été faite „que même parmi les Etats catholiques qui ont conclu des concordats, aucun ne les a strictement observés“; de même que dans l'énumération de ces Etats les gouvernements de Bade et de Wurtemberg figurent, contre leur gré, sans doute, comme catholiques. || Si, dans les circonstances actuelles, d'une si grave portée pour l'Autriche, les faits historiques ont de la valeur auprès du Gouvernement Impérial, il devrait prendre en sérieuse considération la conduite de la plupart des gouvernements qui, après avoir manqué à leurs engagements envers le Saint-Siège dans des moments d'erreur et de trouble, et après avoir fait une funeste expérience des malheurs qui en ont été la suite, ont cherché sincèrement à se réconcilier avec l'Eglise et à réparer le mal qu'ils avaient fait à leur pays. C'est là une histoire qui dure depuis dix-huit siècles, et dont l'enseignement devrait servir à assurer le triomphe aux lois de l'éternelle justice, en présence des passions et des exigences passagères du moment. „ Au reste, le Concordat n'a jamais été tenu pour immuable; mais pour le cas où des modifications eussent été jugées nécessaires, il prescrivait lui-même le mode de procéder à ces changements. Ce mode était une entente à l'amiable entre les deux hautes parties contractantes: „Si qua vero in posterum supervenerit difficultas, Sanctitas Sua et Majestas Caesarea invicem conferent ad rem amice componendam“ (Art. XXXV). || Le soussigné n'ignore pas qu'il existe une manière de négocier avec le gouvernement pontifical qui consiste à trancher d'avance les questions en litige pour obliger le Saint-Siège à reconnaître les faits accomplis; mais il n'ignore pas non plus que, lorsqu'on viole si facilement les engagements qu'on a pris, les événements ne tardent guère à prouver aux yeux de tous que ces faits, pour être accomplis, n'en sont pas plus licites, et que leurs funestes conséquences retombent toujours sur ceux qui ont donné aux peuples de si déplorables exemples. | Au reste, les faits contre lesquels le Saint-Siège doit s'élever sont d'une telle nature, que non-seulement ils violent le Concordat, mais ils sont contraires aux maximes fondamentales de la Religion et aux lois les plus sacrées de l'Eglise. || Telles sont: 1° la loi sur le mariage; 2° la loi sur les écoles; 3° la loi dite interconfessionnelle. || Prétendre soumettre les questions matrimoniales à la législation et à la juridiction de l'Etat et vouloir séculariser le mariage, réduire un sacrement de l'Eglise à un simple contrat civil, c'est effacer le nom de Dieu d'un des actes les plus importants de la vie et sacrifier les

consciencés. Cette nouvelle législation antichrétienne est empruntée à un pays qui la doit à la plus sanglante époque de son histoire, et pour lequel elle a toujours été une de ses plus indestructibles calamités. || Le mariage, élevé à la dignité de sacrement par le divin fondateur du Christianisme, est un acte essentiellement religieux, qui est par conséquent du ressort de l'Eglise, et dont elle ne se départira jamais. L'Eglise, qui ne s'ingère nullement dans les effets civils du contrat matrimonial, a droit à une indépendance entière dans l'exercice de sa juridiction religieuse. Elle repoussera donc éternellement, comme contraire à sa doctrine, ce principe qui a inspiré toutes les dispositions de la nouvelle loi sur le mariage: „L'Etat ne peut se démettre de son droit de législation et de juridiction dans les questions matrimoniales.“ C'est là non-seulement une violation du Concordat, mais une profanation du sacrement de mariage et une injure faite aux lois divines et ecclésiastiques. || La loi concernant les écoles est une autre et bien grave infraction au Concordat. Son résultat inévitable sera de paralyser la légitime et nécessaire influence du prêtre dans l'école et de rendre sa mission nulle ou impossible. || L'enseignement de la religion et de la morale appartient au sacerdoce et cela de droit divin: l'empêcher de remplir efficacement ce devoir c'est porter atteinte aux droits les plus sacrés de l'Eglise d'abord et de ceux qui ont l'obligation d'écouter ses enseignements, c'est-à-dire, tous les catholiques. S'emparer totalement de la jeunesse catholique et refuser au ministre de la religion le droit de surveiller les écoles, c'est rendre son ministère illusoire et asservir dès l'âge le plus tendre les consciences à ce qu'il y a de plus monstrueux de nos jours, à l'indifférentisme religieux. || Plusieurs articles du Concordat reconnaissent pleinement aux évêques la légitime influence qu'ils doivent exercer sur l'éducation publique; tous ces articles ont été signalés comme devant être abolis ou modifiés de telle sorte, que les droits de l'Eglise, en tant que société légitime, indépendante, pouvant régler ses propres affaires, sont totalement méconnus. || S'il y a dans le monde une corporation ou société qui ait des droits d'institution divine, c'est bien l'Eglise; les évêques individuellement n'ont pas à attendre une permission de l'autorité civile pour enseigner la religion dans leurs diocèses; c'est au nom de Dieu et au nom de l'Eglise qu'ils remplissent ce devoir. || La loi qu'on appelle interconfessionnelle est le complément des lois précédentes, et porte encore de nombreuses atteintes aux droits de l'Eglise. Notamment: || L'article I^{er} qui contient des stipulations relatives à la religion que doivent professer les enfants, qui sont contraires aux lois de l'Eglise et aux prescriptions du Concordat; || L'article XII conçu dans un esprit qui lèse la conscience catholique touchant la question des cimetières, tandis qu'il eût été si facile de s'entendre avec l'Eglise et de concilier ses droits avec les égards qui sont dus aux autres confessions; || L'article XIII qui, en abolissant les anciens réglemens qui protégeaient à l'extérieur l'observation du repos du dimanche, laisse tant de facilité aux violations publiques de la loi dominicale que ce scandale augmente

Nr. 4817 (82).
Röm. Curie.
23. Mai 1868.

Nr. 4817 (82). d'une manière déplorable. || Toutes ces dispositions tiennent à un système dont les tendances anti-catholiques sont trop connues pour qu'il soit nécessaire de les signaler davantage. || Ces dispositions ont été votées par la majorité du Reichsrath, malgré les protestations unanimes des évêques et des membres des deux Chambres qui connaissent leur religion et qui tiennent pour sacrées et inviolables les stipulations des traités. || Aujourd'hui, tous les articles qui font l'objet de cette Note ont obtenu la sanction du Souverain et ont force de loi. || Devant ces faits d'une si haute gravité, il ne reste au représentant du Saint-Siège qu'à protester solennellement: || 1° Contre la violation d'un traité bilatéral, conclu librement, avec bonne foi et dans toutes les formes requises pour le rendre obligatoire et inviolable aux deux parties contractantes. || 2° De plus il proteste contre les nombreuses dispositions des nouvelles lois sur le mariage, sur les écoles et sur les rapports inter-confessionnels, qui sont des atteintes aux droits du Saint-Père comme Chef Suprême de l'Eglise catholique et des violations de la loi divine et ecclésiastique. || En remplissant ce pénible devoir, le soussigné constate que la responsabilité de tous ces faits ne peut en aucun cas retomber sur le Saint-Siège qui n'a failli à aucun de ces devoirs, et qui n'a rien négligé pour éclairer la conscience de ceux qui avaient à statuer sur tous ces actes. || Le Soussigné saisit, etc.

Vienne le 26 mai 1868.

Falcinelli de Antoniaci.

Der Minister des Ausw. v. Beust beantwortete diesen Protest durch die Note vom 30. Mai 1868 in der dem Nuntius der Empfang der oben mitgetheilten Note angezeigt und die Hoffnung ausgesprochen wird, dass es dem in ausserordentlicher Mission nach Rom gesandten Herrn v. Meysenbug gelingen werde den Papst von der guten Gesinnung des Kaisers und seiner Regierung zu überzeugen. (S. dieselbe Staatsarchiv XV. p. 253 f.)

Nr. 4818. (83.)

OESTERREICH. Rundschreiben des Cultus- und Unterrichts-Ministers an die Bischöfe. — Bedeutung der Gesetze vom 25. Mai 1868.

Vering, Archiv l. c. N. F. XIV p. 168 f.

Nr. 4818 (83). Seine Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 25. v. M. dem Gesetze, wodurch die Bestimmungen des II. Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuchs über das Eherecht der Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen der Katholiken den weltlichen Gerichtsbehörden überwiesen und Bestimmungen über die bedingte Zulässigkeit der Eheschliessung vor weltlichen Behörden erlassen werden; ferner dem Gesetze,

wodurch grundsätzliche Bestimmungen über das Verhältniss der Schule zur Kirche erlassen werden; endlich dem Gesetze, wodurch die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden, die allerhöchste Sanction zu ertheilen geruht. || In Folge dessen wird der Herr Justizminister das Erforderliche wegen Uebernahme der Gerichtsbarkeit in Ehesachen durch die weltlichen Gerichte veranlassen und mir liegt die Pflicht ob, jene legislativen Acte vorzubereiten und diejenigen Verfügungen zu treffen, welche durch die beiden letztgenannten Gesetze und namentlich in Beziehung auf die neu zu organisirende Schulaufsicht vorgezeichnet sind. | Indem ich mich beehre, hievon amtlich in Kenntniss zu setzen, habe ich unter Hinweisung auf die genannten Gesetze selbst nicht nöthig, in eine nähere Erörterung ihres Inhaltes einzugehen, und füge nur, um jedem möglichen Zweifel im Vorhinein zu begegnen, bei, dass, was namentlich die Angelegenheit der Ehen von Katholiken anbelangt, zwar die durch das Patent vom 8. December 1856 anerkannten geistlichen Ehegerichte als solche in Hinkunft nicht mehr fortbestehen können, dass aber andererseits ebenso unzweifelhaft das verfassungsmässige Recht der Kirche, ihre inneren Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten, daher die für den Gewissensbereich erforderlichen und lediglich pro foro interno gültigen Verfügungen auch in Ehesachen zu treffen, hiedurch vollkommen unberührt bleibe. || Im Hinblicke aber auf die mannigfachen Missdeutungen, welche der Standpunkt der Regierung bei den vorbereitenden Verhandlungen über diese Gesetze erfahren hat — halte ich es für meine Pflicht, dieser meiner Eröffnung noch Folgendes beizufügen. || Die Regierung verkennt keineswegs die Tragweite jener Veränderungen, welche das Verhältniss des Staates zur Kirche durch die vorliegenden Gesetze in Oesterreich erfahren hat. Allein, wie sie die selben als die nothwendige Consequenz jener Grundsätze betrachtet, welche in den Staatsgrundgesetzen mit bindender Kraft niedergelegt sind, so ist sie auch von der Ueberzeugung getragen, dass auf dem Boden der Freiheit der Kirche, welche diese gewährleisten, für die reichen Mittel der letzteren ein weites und unanfechtbares Feld segensreicher Wirksamkeit eröffnet ist. | Die Freiheit der Kirche zu schützen, die ihr gebührende Achtung mit allen berechtigten Mitteln der Staatsgewalt aufrecht zu erhalten, ist die ernste Absicht der Regierung, und jede Einmischung der Staatsgewalt in das eigenthümliche Gebiet der Kirche wird ihr stets ferne liegen. || Deshalb aber glaubt sie auch, dass die durch die obigen Gesetze veränderte Stellung der Kirche zum Staate jenes Verhältniss freundlicher Gegenseitigkeit zwischen beiden, dessen Wohlthätigkeit und Nothwendigkeit für den Staat wie für die Kirche sie vollkommen anerkennt, nicht zu trüben braucht und es ist ihr lebhafter Wunsch, wie ihre Hoffnung, dass sich dasselbe auf der neugeschaffenen Grundlage nur um so segensreicher entfalten und befestigen werde.

1. Juni 1868.

v. Hasner.

Nr. 4819. (84.)

OESTERREICH. Aus dem Hirtenschreiben des Bischofs Fessler von St. Pölten. — Das Concordat verbinde die Katholiken im Gewissen und vor Gott auch nach Erlassung der Gesetze v. 25. Mai 1868. —

Roskovány, Mon. VIII p. 782 ff.

Nr. 4819 (84).
Oesterreich.
Juni 1868.

Ihr wisst Alle, dass vor zwölf Jahren der Papst und der Kaiser einen feierlichen Vertrag mit einander geschlossen haben, den man das Concordat nennt. In diesem Vertrage wurde nebst verschiedenen andern Bestimmungen auch Vorsorge getroffen, dass die Ehe und Schule in Oesterreich für die Zukunft in vollem Einklange mit den Gesetzen und Grundsätzen unserer heil. kath. Kirche sein und bleiben solle, weil Oesterreich von seiner damaligen Regierung als ein kath. Staat angesehen und behandelt wurde. Dieser Vertrag, den der Papst als Oberhaupt der kath. Kirche und der Kaiser als das Oberhaupt des kath. Staates abgeschlossen hatten, wurde von Jedem dieser Beiden als Gesetz den Untergebenen kundgemacht. Der Papst hat für die Katholiken in Oesterreich das Concordat als kirchliches Gesetz kraft seiner obersten Kirchengewalt angeordnet; der Kaiser hat für seine Unterthanen das Concordat als weltliches Gesetz kraft seiner höchsten Herrschergewalt im Kaiserthume Oesterreich verbindlich erklärt. So war denn jeder kath. Christ in Oesterreich dem Concordate Gehorsam schuldig aus doppeltem Grunde, einmal weil es durch den Papst als kirchliches Gesetz erklärt war, und dann weil es durch den Kaiser auch als weltliches Gesetz erklärt war. Dieses Rechtsverhältniss, welches durch zwölf Jahre bestanden hat, ist seit dem 25. Mai d. J. etwas geändert worden. An diesem genannten Tage, dem Gedächtnisstage des heiligen Papstes Gregor VII. sind in Oesterreich durch die jetzt zur Gesetzgebung in Folge der neuen Verfassung berufenen Faktoren neue Gesetze über die Ehe und über die Schule, und einige andere kirchliche Verhältnisse zu Stande gekommen, wodurch die hierüber im Concordate enthaltenen Bestimmungen aufgehoben oder abgeändert werden, weil Oesterreich fortan nicht mehr als kath. Staat gelten soll, sondern die verschiedenen in Oesterreich bestehenden Religionen gleichberechtigt sein sollen. Durch diese neuen Gesetze ist somit erklärt, dass das Concordat hinsichtlich seiner Bestimmungen über die Ehe und über die Schule nicht mehr als weltliches Gesetz in Oesterreich anzusehen sei. Aber das Concordat war nicht blos, wie ich euch eben zuvor erklärt habe, weltliches Gesetz durch den Kaiser, sondern es war auch kirchliches Gesetz durch den Papst, und als kirchliches Gesetz besteht es noch jetzt für Alle, welche katholische Christen sind, und daher kraft ihres Glaubens den Papst als das sichtbare Oberhaupt der kath. Kirche erkennen und ihm den schuldigen Gehorsam leisten; und es wird als

kirchliches Gesetz, welches die kath. Christen des Kaiserthums Oesterreich im Gewissen und vor Gott zum Gehorsam verpflichtet, so lange fortbestehen, bis der Papst, von dem es als kirchliches Gesetz seine verbindende Kraft hat, dasselbe aufhebt oder abändert. Ihr seht demnach wohl selbst, meine Geliebten, dass wir Alle, die wir den Namen katholische Christen tragen, ich selbst und meine Seelsorger, und ihr Gläubige, alle ohne Ausnahme, dem Concordate als einem für die Katholiken in Oesterreich vorgeschriebenen kirchlichen Gesetze noch immerfort Gehorsam schuldig sind, wenn auch die Staatsgewalt dasselbe in einzelnen Theilen nicht mehr als weltliches Gesetz gelten lässt.

Nr. 4819(84).
Oesterreich.
Juni 1868.

Die oben mitgetheilte Stelle, ihrem wesentlichen Inhalte nach in den Hirtenbriefen aller Bischöfe enthalten, charakterisirt die Haltung welche der Episcopat zu den neuen staatskirchlichen Gesetzen einzunehmen beabsichtigte. Besondere Instructionen der Bischöfe an den Curat-Clerus ertheilten diesem eingehende Normen für sein Verhalten. (S. die Hirtenbriefe und Instructionen in Roskovány, Mon. VIII und in Katholische Stimmen aus Oesterreich. Wien 1860 f.) In einzelnen dieser Schriftstücke, so in dem gemeinsamen Hirtenbrief und in der Instruction des böhmischen Episcopates vom Juni 1868, ferner in dem Hirtenbrief des Bischof von Linz v. 7. Sept. 1868 erblickte die Staatsbehörde das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe und confiscirte dieselben. Die Gerichte sprachen in allen Instanzen das Verbot der Verbreitung dieser Druckstücke aus und verurtheilten den Bischof von Linz zu Gefängnisstrafe, welche jedoch in Folge kaiserlicher Begnadigung nicht zur Ausführung gelangte. (Eine Sammlung dieser Actenstücke s. in Der Episcopat in Böhmen und Oesterreichs Justiz. Regensburg 1869, wozu Ergänzungen in Verings Archiv l. c. N. F. XVI p. 161 ff. — Actenstücke über den Criminalprocess des Bischof von Linz im Archiv l. c. N. F. XVI p. 166 ff. und 323 ff. und in Roskovány, Mon. VIII p. 839 ff. Dasselbst p. 953 auch das Schreiben des Papstes, worin dem Redakteur des Tyroler Volksblattes, welcher wegen „Bekämpfung der neuheidnischen Gesetze“ in Untersuchung stand, alles Lob gespendet wird für die muthige Vertheidigung der Rechte und Freiheiten der Kirche.)

Nr. 4820. (85).

RÖMISCHE CURIE. Allocution Pius IX. im geheim. Consistorium vom 22. Juni 1868. — Ueber das österreichische Staatsgrundgesetz und die Gesetze vom 25. Mai 1868. —

Lat. Orig. Roskovány, Mon. VIII p. 780 ff.

Ehrwürdige Brüder! Niemals hätten wir geglaubt, ehrwürdige Brüder, dass wir nach der Convention, die wir zur Freude aller Guten mit dem Kaiser von Oesterreich und apostolischen König vor etwa dreizehn Jahren

Nr. 4820(85).
Röm. Curia.
22. Juni 1868.

Nr. 4820 (85). abgeschlossen, gezwungen werden könnten, am heutigen Tage die überaus
 Röm. Curie.
 22. Juni 1868. schweren Kränkungen und Bedrängnisse zu beklagen, mit welcher nun die
 Kirche im Kaiserthume Oesterreich durch feindselige Menschen auf traurige
 Art heimgesucht und verfolgt wird. || Am 21. Dec. des vorigen Jahres wurde
 nämlich von der österreichischen Regierung ein wahrhaft unseliges (*infanda
 sane*) Gesetz als Staatsgrundgesetz gegeben, das in allen Theilen des Reiches,
 auch den rein katholischen, volle Gültigkeit haben soll. Durch dieses Gesetz
 wird eine unbedingte Freiheit aller Meinungen und Presserzeugnisse, des
 Glaubens, des Gewissens und der Lehre festgestellt; wird den Bürgern jedes
 Cultus die Erlaubniss ertheilt, Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten zu
 errichten; werden alle wie immer gearteten Religionsgenossenschaften einander
 gleichgestellt und vom Staate anerkannt. || Sobald wir davon zu unserem
 Schmerze Kunde erhielten, hätten wir gern gleich unsere Stimme erhoben,
 doch zogen wir, der Langmuth folgend, das Schweigen vor, besonders in der
 Hoffnung, die Oesterreichische Regierung werde den gerechtesten Vorstellungen
 unserer ehrwürdigen Brüder, der Bischöfe Oesterreichs, ein gelehriges Ohr
 schenken, gesünderen Rath annehmen und besseren Sinnes werden. Vergeblich
 waren aber unsere Hoffnungen. Am 25. Mai d. J. erliess dieselbe Regierung
 ein Gesetz, das alle Völker jenes Reiches, auch die katholischen, verpflichtet
 und befiehlt: die Kinder aus gemischten Ehen folgen der Religion des Vaters,
 wenn sie männlich, der Mutter, wenn sie weiblich sind; Kinder unter sieben
 Jahren müssen am Abfalle der Eltern vom rechten Glauben Theil nehmen.
 Durch dasselbe Gesetz wird ausserdem alle verbindliche Kraft jenen Ver-
 sprechungen genommen, welche die katholische Kirche mit Grund und vollstem
 Rechte begehrt und vorschreibt, bevor eine Misch-Ehe eingegangen wird; die
 Apostasie von der katholischen wie von der christlichen Religion wird zum
 bürgerlichen Rechte erhoben, alle Autorität der Kirche über die Friedhöfe
 beseitigt und den Katholiken auferlegt, auf ihren Gottesäckern die Leichen
 der Ketzer zu beerdigen, wenn letztere eigene Friedhöfe nicht haben. || Am
 selben Tage, dem 25. Mai d. J., scheute sich dieselbe Regierung nicht, auch
 ein Ehegesetz zu veröffentlichen, das die auf Grund unserer obenerwähnten
 Convention erlassenen Gesetze vollständig aufhebt und die alten Oester-
 reichischen Gesetze, die mit dem Kirchengesetze im schroffsten Gegensatze
 stehen, wieder einführt; desgleichen wird die höchst verwerfliche sogenannte
 Civilehe eingeführt und für den Fall angeordnet, dass die Kirchenbehörde die
 Eheschliessung verweigert aus einem Grunde, der von der bürgerlichen Gewalt
 nicht als gültig und gesetzlich anerkannt wird. Mit eben diesem Gesetze hat
 auch jene Regierung alle Autorität und Gerichtsbarkeit der Kirche in Ehe-
 sachen, sowie die Ehegerichte derselben aufgehoben. Eben so hat sie ein
 Gesetz über die Schulen veröffentlicht, durch welches aller Einfluss der Kirche
 beseitigt und verfügt wird, dass die oberste Leitung des Unterrichts- und
 Erziehungswesens, so wie die Aufsicht und Ueberwachung der Schulen allein
 dem Staate zustehe und nur der Religionsunterricht in den Volksschulen den

verschiedenen Cultusbehörden überlassen. sei, dass weiter jede Religions-Gesellschaft ohne Unterschied eigene Schulen für die Kinder ihres Glaubensbekenntnisses errichten könne, unter der Bedingung, dass auch diese Schulen der obersten Staatsaufsicht unterliegen und die Lehrbücher von den Civilbehörden geprüft werden, mit Ausnahme jener Bücher, welche dem Religionsunterrichte dienen und von der Kirchenbehörde zu prüfen sind. || Ihr seht mithin, ehrwürdige Brüder, wie verwerflich und verdammenswerth jene von der Oesterreichischen Regierung erlassenen abscheulichen (*abominabiles*) Gesetze sind, welche die Lehre der katholischen Kirche, ihre ehrwürdigen Rechte, ihre Autorität und göttliche Constitution, so wie die Gewalt unserer und dieses apostolischen Stuhles, unsere erwähnte Convention, ja das Naturrecht selbst auf's Höchste verletzen. || Von der Sorge für alle Kirchen, die Christus der Herr uns übertrug, geleitet, erheben wir denn die apostolische Stimme in dieser Eurer erlauchten Versammlung, und kraft unserer apostolischen Autorität verwerfen und verdammen wir die angeführten Gesetze und im Allgemeinen wie im Besonderen Alles, was in diesen wie in anderen Dingen gegen die Rechte der Kirche von der Oesterreichischen Regierung oder von untergeordneten Behörden verordnet, gethan und wie immer verfügt worden ist; kraft derselben Autorität erklären wir diese Gesetze sammt ihren Folgerungen als durchaus nichtig und immerdar ungültig (*nulliusque roboris fuisse ac fore*). Die Urheber derselben aber, besonders die sich Katholiken zu sein rühmen, und Alle, die besagte Gesetze vorzuschlagen, zu beschliessen, zu approbiren und auszuführen sich unterfingen, ermahnen und beschwören wir, der Censuren und gerichtlichen Strafen zu gedenken, die nach den apostolischen Constitutionen und den Decreten der ökumenischen Concilien Diejenigen, welche die Rechte der Kirche verletzen, *ipso facto* auf sich laden.

Inzwischen aber wünschen wir von ganzem Herzen Glück im Herrn und spenden wir verdientes Lob unseren ehrwürdigen Brüdern, den Erzbischöfen und Bischöfen Oesterreichs, welche mit bischöflicher Kraft nicht abgelassen haben, in Wort und Schrift die Sache der Kirche und unsere vorerwähnte Uebereinkunft unerschrocken zu wahren und zu vertheidigen und die Heerde an ihre Pflicht zu mahnen. Und gar sehr wünschen wir, dass unsere ehrwürdigen Brüder, die Erzbischöfe und Bischöfe von Ungarn, das herrliche Beispiel ihrer Amtsbrüder nachahmen und mit dem gleichen lebendigen Eifer auf die Wahrung der Rechte der Kirche und auf die Vertheidigung dieser Uebereinkunft alle Mühe verwenden mögen. || In so grossen Bedrängnissen aber, von welchen die Kirche in diesen höchst betrübenden Zeiten überall heimgesucht wird, wollen wir nicht aufhören, ehrwürdige Brüder, mit immer glühenderem Eifer in der Demuth unseres Herzens Gott zu bitten, dass er mit seiner allmächtigen Kraft alle die ruchlosen Anschläge seiner und seiner heiligen Kirche Feinde zunichte machen und ihre gottlosen Bestrebungen unterdrücken, ihren Sturm abschlagen und sie in seiner Barmherzigkeit auf die Pfade der Gerechtigkeit und des Heiles zurückführen möge.

Nr. 4821. (86.)

OESTERREICH. Depesche des Ministers d. Ausw. an den kaiserl. Bevollmächtigten v. Meysenbug in Rom. — Bedauern über den heftigen Ton und die schroffe Form der päpstl. Allocution. —

Staatsarchiv l. c. XV p. 100 ff.

Nr. 4821 (86).
Oesterreich.
3. Juli 1868.

J'ai reçu avec vos rapports du 22 et du 23 juin le texte de l'allocution prononcée par le saint-père dans le consistoire du 22. || J'ai déjà fait connaître à Votre Excellence par le fil électrique la fâcheuse impression que cette manifestation a produite ici. Les explications que donne votre expédition du 23 ne sauraient mitiger l'effet des paroles du saint-père. || Nous apprécions assurément les égards observés pour la personne de l'empereur, et Sa Majesté n'est certes pas insensible à cette marque de déférence. Nous voulons croire, ainsi que Votre Excellence nous l'affirme, que l'allocution pontificale, comparée à beaucoup d'autres documents de même nature émanés du Saint-Siège, ne laisse pas que de porter l'empreinte d'une certaine tendance à tempérer les expressions autant que le point de vue de l'Eglise le permet. | Il n'en reste pas moins avéré que le langage dont la Sainteté s'est servie à l'égard du gouvernement impérial et des nouvelles institutions de l'Autriche est d'une sévérité dont nous pensons avoir quelque droit de nous plaindre. Je ne voudrais pas entrer à cette occasion dans une polémique peu conforme à mes sentiments de respect pour le Saint-Siège et à mon désir de conciliation. Toutefois, je ne puis me dispenser de quelques observations que j'invite Votre Excellence à porter à la connaissance de la cour de Rome. Nous ne saurions, en premier lieu, reconnaître l'obligation où le saint-père se serait trouvé de suivre certains précédents et d'user envers l'Autriche des mêmes procédés qu'envers d'autres pays, dont le gouvernement pontifical à eu a se plaindre. | Est-il possible, en effet, d'établir ici une comparaison? Avons-nous porté atteinte au territoire ou aux biens de l'Eglise; avons-nous opprimé la religion catholique et ses ministres? || En mettant même de pareils exemples hors de cause, nous pouvons, je crois, hardiment avancer qu'il n'y a pas de pays en Europe où l'Eglise catholique ait encore une position aussi privilégiée, qu'en Autriche, malgré les lois du 25 mai. Cette circonstance aurait pourtant mérité qu'on en tint compte et qu'on ne confondît pas le gouvernement impérial dans la même réprobation que celle dont on a frappé des gouvernements bien autrement en opposition avec l'Eglise et la religion catholique. Nous comprenons fort bien que le saint-père ait jugé indispensable de protester contre des lois qui modifient la situation créée par le concordat de 1855. Nous nous attendions pleinement à une démarche de ce genre et nous aurions pu l'accepter en silence lors même que sa forme eût été moins conciliante qu'il nous était permis de l'espérer. Mais ce que nous

ne pouvons laisser passer sans objection c'est la condamnation lancée contre les lois fondamentales sur lesquelles reposent les nouvelles institutions de l'empire. Ces lois n'étaient pas en cause; en les attaquant de la sorte, le Saint-Siège blesse profondément le sentiment de la nation et donne au différend actuel une portée des plus regrettables, même dans l'intérêt de l'Eglise. || Au lieu de contester simplement telle ou telle application des principes qui servent de bases au Gouvernement actuel de l'Autriche, et qui sont le fruit du plus heureux accord entre les peuples de l'empire et leur souverain, ce sont ces principes eux-mêmes qui sont réprochés. Le Saint-Siège étend ainsi ses représentations à des objets que nous ne pouvons en aucune façon regarder comme relevant de son autorité. Il envenime une question qui n'excitait déjà que trop les esprits en se plaçant sur un terrain où les passions politiques viennent se joindre aux passions religieuses. Il rend enfin plus difficile une attitude conciliante du Gouvernement en condamnant des lois qui renferment le principe de la liberté de l'Eglise et lui offrent ainsi une compensation pour les privilèges qu'elle perd. || Il n'est pas inutile non plus de remarquer ici que ces lois garantissent expressément à l'Eglise la propriété des biens qu'elle possède en Autriche. Cette stipulation prouve que les lois en question ne portent pas un caractère hostile à l'Eglise, puisqu'elles la maintiennent dans des droits dont elle a été privée dans tant d'autres pays. Il ne m'appartient pas de juger dans quelle mesure cette dernière considération pourrait servir à adoucir les appréciations de la cour de Rome. Ce qui, à mes yeux, n'offre pas une ombre de doute, c'est que les populations de l'Autriche trouveront une consolation à se rappeler que plus d'un pays très-catholique obéit à des dispositions légales analogues, tout en vivant en paix avec l'Eglise, et qu'il existe surtout en Europe un grand et puissant empire dont les tendances vers le progrès et la liberté se sont toujours alliées à un attachement très-prononcé à la foi catholique et qui, régi par des lois tout aussi abominables, s'est trouvé heureux jusque dans ces derniers temps des sympathies indulgentes du Saint-Siège. || Ma dépêche du 17 juin dernier prévoyait les suites fâcheuses que produirait l'allocution, si elle n'était pas conçue dans des termes très-mesurés. Je regrette vivement que la cour de Rome n'ait pas tenu plus de compte de mes prévisions. Elles se sont depuis entièrement réalisées. Je ne crois pas que les populations catholiques de l'empire éprouvent aujourd'hui un zèle plus grand que par le passé pour les intérêts de leur religion. Par contre, nous voyons un redoublement d'ardeur dans les attaques dirigées contre l'Eglise, le clergé et le pape. Cette hostilité serait contenue dans de plus étroites limites et s'apaiserait plus facilement, si les questions spéciales touchées par les lois du 25 mai avaient seules été abordées dans l'allocution pontificale. || Je dois, avant de terminer, exprimer encore ici la pénible surprise que nous a causée l'appel adressé aux évêques hongrois dans les dernières phrases de l'allocution. Il me semble qu'on devrait se féliciter à Rome du tact parfait et de la réserve avec lesquels ces

Nr. 4821. (86). Oesterreich. 3. Juli 1868. matières délicates ont été traitées jusqu'ici en Hongrie. Il ne saurait être désirable à aucun point de vue de susciter de nouveaux différends et d'augmenter ainsi les embarras qui existent déjà. Mais c'est surtout dans l'intérêt même de la cour de Rome qu'il nous paraît peu opportun d'éveiller la susceptibilité nationale des Hongrois. L'apparence d'une pression étrangère produirait dans cette nation un résultat tout contraire aux désirs du Saint-Siège et nous verrions se former contre l'influence légitime de la cour de Rome un orage tout aussi fort que celui qui s'est déchaîné de ce côté-ci de la Leitha. || Telles sont, M. le baron, les observations que nous a suggérées la lecture de l'allocation pontificale. Veuillez ne point les laisser ignorer à S. Em. le cardinal secrétaire d'Etat. Nous n'en persévérons pas moins dans la voie que nous nous sommes tracée tout d'abord. Tout en continuant à maintenir intacts les droits de l'Etat et à faire respecter les lois, nous laisserons l'Eglise jouir en paix des libertés que nos lois lui garantissent et nous nous efforcerons d'apporter dans les relations mutuelles de l'Etat et de l'Eglise un esprit de conciliation et d'équité qui sera, je l'espère, réciproque. || Votre Excellence voudra bien se rendre l'organe fidèle de ces sentiments et elle ne fera ainsi que se conformer aux vues de l'empereur, notre auguste maître. || Recevez, etc.

Vienne, le 3 juillet 1868.

Beust.

Nr. 4822. (87.)

WÜRTEMBERG¹⁾. Königliche Verordnung. — Bekanntmachung einer auf die Verhältnisse der kath. Kirche im Königreiche bezüglichen päpstlichen Bulle. —

Regierungsblatt für Württemberg. Jahrg. 1857. Nr. 16 p. 109 f.

Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Württemberg.

Nr. 4822 (87). Württemberg. 21. Dec. 1857. Wir haben Uns bewogen gefunden, behufs einer näheren Regelung der Verhältnisse der katholischen Kirche Unseres Landes zu der Staatsgewalt mit dem römischen Stuhle in Unterhandlung zu treten, und es ist unter dem 8. April d. J. eine Vereinbarung zu Stande gekommen, welcher Wir, nach Vernehmung Unseres Geheimen-Rathes, unter Vorbehalt der ständischen Zustimmung zu den eine Aenderung der Landesgesetzgebung in sich schliessenden Punkten Unsere höchste Genehmigung ertheilt haben. || In Folge dieser Vereinbarung hat der päpstliche Stuhl unter dem 22. Juni 1857 die in der Beilage angeschlossene Bulle erlassen, welche mit den Worten „Cum in Sublimi

¹⁾ Vergl. Nr. 4762—71 (27—36) und Nr. 4790—95 (55—60).

Principis“ beginnt und in dreizehn Artikeln das Hauptstück der getroffenen Vereinbarung genau und vollständig enthält. || Da die in jenen Artikeln der katholischen Kirche eingeräumten Rechte und Freiheiten theils in den, in besonderen Beilagen zu dem Hauptvertrage vereinbarten näheren Festsetzungen über deren Ausübung, theils in der Landesgesetzgebung, soweit sie von der Vereinbarung unberührt bleibt, diejenige Umgrenzung finden, unter welcher die in der Verfassungs-Urkunde der katholischen Kirche zugestandene Autonomie in ihren inneren Angelegenheiten mit Unserem ebenfalls verfassungsmässigen und unveräusserlichen obersthöheitlichen Schutz- und Aufsichts-Rechte im Einklange steht, so ist die genannte päpstliche Bulle von Uns angenommen worden und bringen Wir nunmehr dieselbe andurch zur allgemeinen Kenntniss. || Hinsichtlich der Vollziehung der Vereinbarung sind die beteiligten Ministerien, jedes in seinem Geschäftskreise, beauftragt, das Erforderliche einzuleiten oder anzuordnen. | Gegeben, Stuttgart den 21. December 1857.

Wilhelm.

Der Minister der auswärt. Angel.: Hügel. Der Departement-Chef des Kirchen- und Schulwesens: Rümelin. Auf Befehl des Königs der Chef des Geheimen Cabinets: Maucier.

Reyscher, Das österr. und würtemb. Concordat. Tübingen 1858. R. Probst, Die Convention der würtemb. Regierung mit dem päpstl. Stuhle Stuttg. 1860. O. Sarwey, Das würtemb. Concordat. Stuttgart 1860. O. Wächter, Württemberg und Rom vor 300 Jahren, und Concordat und Recht in Württemberg. Stuttgart 1860. 1861. — Brück, Die oberrh. Kirchenprovinz. Mainz 1868. F. Riess, Die würtemb. Convention. Freiburg 1858. — Ausführliche Literaturanzeigen über das würtemb. Concordat giebt Warnkönig in Schletter, Jahrbücher V. p. 61—76 und Moy im Archiv f. kath. K.-R. II ff.

Die Grundlage für die Concordatsverhandlungen Würtembergs mit der Curie bildeten die vom Cardinal-Staatssecretär Antonelli den Regierungen von Württemberg, Baden und Nassau, in fast wörtlich gleichlautender Fassung übergebenen „Basi per la Convenzione fra la Santa Sede ed il Governo etc.“ (S. dieselben in deutscher Uebersetzung Friedberg, Grenzen l. c. Beilage XVI.) In Uebereinstimmung mit diesen Grundlagen wurde dann am 8. April das Concordat abgeschlossen und am 21. Dec. 1857 in der oben mitgetheilten Form publicirt. Obwohl diess unter dem Vorbehalte der ständischen Zustimmung geschah, suchte die Regierung dann doch, des Erfolges nicht sicher, die Beschlussfassung der Stände über die Convention möglichst hinauszuschieben. Erst im März 1861 beschäftigte sich die Kammer der Abgeordneten mit der Convention, veranlasst durch den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf „betreffend die nähere Regelung der Verhältnisse der kath. Kirche zur Staatsgewalt auf Grund der Vereinbarung mit dem Papste“. (S. denselben Moy, Archiv l. c. VI p. 403 ff.) Nach fünftägiger Berathung erklärte sie die Vereinbarung als unverbindlich und legte gegen deren Vollzug Verwahrung ein. (S. Nr. 90.) Hierauf wurde durch königliches Rescript an den ständischen Ausschuss

Nr. 4822 (87).
Württemberg.
21. Dec. 1857.

vom 13. Juni (s. Nr. 91), sowie durch die Note der Regierung an den Cardinal Antonelli v. 12. Juni 1861 die Convention als gescheitert und durch das Gesetz vom 30. Januar 1862 (s. Nr. 95) als aufgehoben erklärt. (S. die Note der Regierung, welche im Wesentlichen mit dem Rescripte übereinstimmt, Vering, Archiv l. c. N. F. p. 471 und die Antwortnote Antonelli's Nr. 92.)

Nr. 4823. (88.)

RÖMISCHE CURIE. Die Bulle „Cum in Sublimi Principis“. — Confirmation des württembergischen Concordates.

Lat. Orig. Nussi, Conventiones p. 321 ff. Deutsche Uebers. Regierungsbl. f. Würtemb. Jahrg. 1857. Nr. 16 p. 111 ff.

Pius, Bischof, Knecht der Knechte Gottes. Zum immerwährenden Gedächtniss.

Nr. 4823. (88).
Röm. Curie.
22. Juni 1857.

Wie Wir in Unserer Stellung auf dem erhabenen Stuhl des Fürsten der Apostel, die Wir nicht Unserem Verdienste fürwahr, sondern dem verborgenen Rathschluss der göttlichen Vorsehung verdanken, die ganze Uns von dem Herrn Christo selbst anvertraute Christenheit zu lenken und zu schützen und ihre Wohlfahrt und ihr Gedeihen ohne Unterlass mit allen Kräften zu wahren und zu mehren verpflichtet sind: so haben Wir hienach insonderheit die angelegenste Sorge Unseres apostolischen Wächteramtes mit allem Eifer den Kirchenprovinzen des Oberrheins zugewendet, damit dort Unsere allerheiligste Religion immer weiteres Wachsthum erlangen, und von Tag zu Tag gesegnet und erfreulicher wirken und erblühen möge. Denn wenn auch, wie allbekannt, Unsere Vorgänger preiswürdigen Andenkens, zumal Pius VII. durch sein apostolisches Schreiben vom 16. August 1821: Provida solersque, und Leo XII. durch das weitere vom 11. April 1827: Ad Dominici gregis custodiam, für die kirchlichen Angelegenheiten dieser Provinzen und das geistliche Wohl ihrer Gläubigen sorgfältig bedacht zu sein strebten; so erkannten Wir doch alsbald, dass Wir um der veränderten Zeitverhältnisse willen durchaus neuen Bedacht nehmen müssen, sowohl auf die Sorge für die weitere Wohlfahrt jener Gläubigen, als auch auf die Entfernung derjenigen Schwierigkeiten, welche sich zumal in neuester Zeit erhoben hatten. Es gereichte Uns daher zur hohen Freude, als der durchlachtigste und mächtigste Fürst, Wilhelm I., Württembergs erlauchter König, von Uns beehrte, dass Wir die kirchlichen Angelegenheiten in seinem Königreiche ordnen möchten. Bereitwilligst den Wünschen dieses durchlachtigsten Fürsten, die auch Unsere lange genährten und innigsten Wünsche waren, nachkommend, glaubten Wir deshalb ohne Verzug eine Uebereinkunft schliessen zu sollen. So haben wir denn sofort Hand an dieses hochwichtige Werk gelegt, und Unseren geliebten Sohn Carl

August, den Cardinalpriester der heiligen römischen Kirche, von Reisach, aus-^{Nr. 4828 (88).}
gezeichnet durch Frömmigkeit, Gelehrsamkeit und Klugheit, mit den nöthigen ^{Röm. Curie.}
Vollmachten und Anweisungen, abgeordnet, dass er mit Unserem geliebten ^{22. Juni 1857.}
Sohne Adolf Freiherrn von Ow, dem bevollmächtigten Minister des Königs
von Württemberg bei Seiner Kaiserlich Apostolischen Majestät, der mit aus-
gedehnten Aufträgen an Uns gesendet worden war, die ganze Sache mit Eifer
und Sorgfalt zu verhandeln und zu bereinigen trachte. Und weil Wir an dem
durchlauchtigsten und mächtigsten König von Württemberg ebenso den Ruhm
der hohen Gerechtigkeit, Billigkeit und Seelengrösse kannten, als die wohl-
wollenden Gesinnungen, welche er gegen seine katholischen Unterthanen hegt,
so waren Wir der lebhaften und fast gewissen Hoffnung, dass die Angelegen-
heit, mit Gottes Hilfe, nach Unserem Verlangen zu einem glücklichen Aus-
gang geführt werde. Diese Hoffnung — dess freuen Wir Uns jetzt innigst,
ist nicht vergeblich gewesen. Nach einer so eingehenden Berathung, wie sie
die Wichtigkeit der Sache nur forderte, ist die Uebereinkunft in einer Reihe
von Artikeln verfasst, und von Unseren ehrwürdigen Brüdern Cardinälen der
heiligen Römischen Curie, welche zu der in ausserordentlichen kirchlichen An-
gelegenheiten beauftragten Congregation gehören, geprüft, mit dem durch-
lauchtigsten König geschlossen und zum erwünschten Ausgang geführt worden.
Nachdem aber die Artikel dieser Uebereinkunft sowohl von Unserem als
von dem königlichen Bevollmächtigten am 8. April d. J. unterschrieben worden
sind, glaubten Wir die Uebereinkunft mit Unserer höchsten Autorität bestätigen
zu sollen, und leben der Zuversicht, dass sie unter dem Segen des Herrn zur
rechten Wohlfahrt der Seelen und zum Besten der katholischen Kirche
gereichen werde. Die Uebereinkunft lautet, wie folgt: [das Concordat
s. Nr. 89]

Nachdem nun die Bestimmungen und Vereinbarungen dieser Ueberein-
kunft in allen einzelnen Punkten, Vorbehalten, Artikeln und Bedingungen
sowohl von Uns, als von dem durchlauchtigsten und mächtigsten König von
Württemberg, Wilhelm I., gebilligt, bestätigt und ratificirt waren und der
durchlauchtigste Fürst dringend verlangte, dass Wir zur Sicherung ihres
Bestandes das Vollgewicht Unserer apostolischen Bekräftigung beilegen, und
mit feierlicher Autorität und Dekret von Unserer Seite dafür eintreten
möchten, so wollen Wir in Kraft des Gegenwärtigen, in der vollen Zuversicht
auf den Herrn, dass er nach seiner Barmherzigkeit diese Unsere Bemühungen
für die Bereinigung der kirchlichen Angelegenheiten im Königreich Würtem-
berg mit dem reichen Segen seiner göttlichen Gnade begleiten werde, nach
Unserem zuverlässigen Wissen und reiflicher Erwägung und aus der Voll-
macht der apostolischen Gewalt, die vorgenannten Conventionen, Capitel, Be-
stimmungen, Vereinbarungen und Einräumungen billigen, ratificiren und
annehmen, und denselben die Kraft und die Wirksamkeit der apostolischen
Feststellung und Bekräftigung beilegen, und versprechen und geloben in
Unserem sowohl als Unserer Nachfolger Namen, dass Alles in denselben Ent-

Nr. 4823 (88).
Röm. Curie.
22. Juni 1857. haltene und Zugesagte aufrichtig und unverletzlich von Unserer und des heiligen Stuhles Seiten erfüllt und gehalten werden wird. || Unseren ehrwürdigen Bruder aber, den geistlichen Oberhirten in seinem Königreiche, und alle anderen daselbst lebenden Katholiken, Geistliche sowohl als Laien, können Wir nicht inständig genug ersuchen und ermahnen, dass jeder an seinem Theile alle vorerwähnten Bestimmungen zur Ehre Gottes und zum Ruhme des christlichen Namens mit Eifer und Sorgfalt beobachte, und dass sie sich ernstlich bemühen, alle ihre Gedanken und Sorgen anhaltend darauf zu richten, dass die Reinheit der katholischen Lehre, die Schönheit des Gottesdienstes, und der Glanz der kirchlichen Zucht, der Gehorsam gegen die Gesetze der Kirche und ein ehrbares Leben, dass die Liebe zu christlicher Frömmigkeit und Tugend und ihre Früchte in dem Königreiche täglich heller strahlen mögen: || [folgt die übliche Schlussclausel]

Gegeben zu Bologna, am 22. Juni 1857, im zwölften Jahre Unseres Pontificats.

Stelle des † Blius.

Nr. 4824. (89.)

WÜRTEMBERG - RÖMISCHE CURIE. Das Württembergische Concordat. Abgeschlossen Rom, 8. April 1857. Ratificationen ausgewechselt 5. Juni. Kirchliche Publication 22. Juni, staatliche 21. Dec. 1857.

Lat. Orig. Nussi, Conventiones p. 323 ff. Deutsche Uebers. Regierungsbl. f. Würtemb. Jahrg. 1857. Nr. 16. p. 114 ff.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreifaltigkeit.

Vereinbarung zwischen Seiner Heiligkeit Papst Pius IX. und Seiner königlichen Majestät Wilhelm I., König von Württemberg.

Nr. 4824 (89).
Württemberg-
Röm. Curie.
8. April 1857. Seine Heiligkeit Papst Pius IX. und Seine Königliche Majestät Wilhelm I., König von Württemberg, haben, um die Angelegenheiten der römisch-katholischen Kirche im Königreiche Württemberg zu ordnen, zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich der heilige Vater Seine Eminenz den Herrn Carl August von Reisach, Cardinalpriester der heiligen römischen Kirche vom Titel der heil. Anastasia, und Seine Majestät der König von Württemberg den adeligen Herrn Adolf Freiherrn von Ow, Höchst Dero bevollmächtigten Minister bei Seiner Kaiserlich Königlich Apostolischen Majestät, dem Kaiser von Oesterreich und Geheimen Legationsrath etc. || Nachdem diese Bevollmächtigten ihre authentischen Bevollmächtigungs-Urkunden ausgewechselt und richtig befunden hatten, sind dieselben über nachstehende Artikel übereingekommen. || Art. I. In Betreff der Besetzung des bischöflichen Stuhles von Rottenburg, der Canonicate und der Präbenden an der Domkirche bleibt es

lediglich bei dem mit dem heil. Stuhle früher vereinbarten Verfahren. Nr. 4824 (89).
Württemberg-
Röm. Curie.
8. April 1857

Art. II. Der Bischof wird, bevor er die Leitung seiner Kirche übernimmt, vor Sr. königl. Majestät den Eid der Treue in folgenden Worten ablegen: „Ich schwöre und gelobe auf Gottes heiliges Evangelium, wie es einem Bischof geziemt, Eurer königl. Majestät und Allerhöchst Ihren Nachfolgern Gehorsam und Treue. Ingleichen schwöre und gelobe ich, an keinem Verkehre oder Anschläge, welcher die öffentliche Ruhe gefährdet, Theil zu nehmen und weder inner noch ausser den Grenzen des Königreichs irgend eine verdächtige Verbindung zu unterhalten; sollte ich aber in Erfahrung bringen, dass dem Staate irgend eine Gefahr drohe, zu Abwendung derselben Nichts zu unterlassen.“

|| Art. III. Die königl. Regierung wird die von ihr stets anerkannte Verbindlichkeit zur realen Dotation des Bisthums erfüllen; sobald es die Verhältnisse zulassen. || Art. IV. Zur Leitung seiner Diöcese wird der Bischof die Freiheit haben, alle jene Rechte auszuüben, welche demselben in Kraft seines kirchlichen Hirtenamtes laut Erklärung oder Verfügung der heiligen Kirchengesetze nach der gegenwärtigen, vom heil. Stuhle gutgeheissenen Disciplin der Kirche gebühren, und insbesondere a) alle Pfründen zu verleihen, mit Ausnahme von jenen, welche einem rechtmässig erworbenen Patronatsrechte unterliegen; b) seinen Generalvicar, die ausserordentlichen Mitglieder des Ordinariates, sowie die Landdecane zu erwählen, zu ernennen, beziehungsweise zu bestätigen; c) die Prüfungen für die Aufnahme in das Seminarium und für die Zulassung zu Seelsorgerstellen anzuordnen, auszuschreiben und zu leiten; d) den Klerikern die heiligen Weihen zu ertheilen, nicht nur auf die bestehenden canonischen, sondern auch auf den von ihm selbst anzuweisenden Tischtitel hin; e) nach den canonischen Vorschriften alles das anzuordnen, was den Gottesdienst, die kirchlichen Feierlichkeiten und diejenigen Religionsübungen betrifft, welche die Aufweckung und Befestigung des frommen Sinnes der Gläubigen zum Zwecke haben; f) Diöcesansynoden einzuberufen und abzuhalten, sowie Provinzialconcilien zu besuchen; g) in seinem Kirchensprengel vom heil. Stuhl genehmigte religiöse Orden oder Congregationen beiderlei Geschlechts einzuführen. Jedoch wird sich der Bischof, betreffend diesen letzteren Punkt, in jedem einzelnen Fall mit der königl. Regierung ins Einvernehmen setzen. || Art. V. Ueber alle kirchlichen Rechtsfälle, welche den Glauben, die Sakramente, die geistlichen Verrichtungen und die mit dem geistlichen Amte verbundenen Pflichten und Rechte betreffen, hat der Gerichtshof des Bischofs zu erkennen nach Vorschrift der Kirchengesetze und nach den Bestimmungen des Concils von Trient. Somit wird derselbe auch über Ehesachen entscheiden; jedoch bleibt das Urtheil über die bürgerlichen Wirkungen der Ehe den weltlichen Gerichten überlassen. || Desgleichen wird der Bischof unbehindert den Wandel der Geistlichen überwachen und wo diese durch ihr Betragen oder in irgend einer andern Weise zu Ahndungen Anlass geben, in seinem Gerichte die den kirchlichen Gesetzen entsprechenden Strafen über die Schuldigen verhängen, wobei jedoch der canonische Recurs gewahrt

Nr. 4824(89). bleibt. || Gegen Laien, welche sich Uebertretungen kirchlicher Satzungen zu
 Württemberg-
 Röm. Curie. Schulden kommen lassen, steht es dem Bischof zu, die kirchlichen Censuren
 8. April 1857. in Anwendung zu bringen. || Wenn gleich über das Patronatsrecht das kirchliche Gericht zu entscheiden hat, so giebt doch der heil. Stuhl seine Einwilligung, dass, wenn es sich um ein Laienpatronat handelt, die weltlichen Gerichte sprechen können über die damit in Verbindung stehenden civilrechtlichen Ansprüche und Lasten, sowie über die Nachfolge in demselben; der Streit mag zwischen den wahren und angeblichen Patronen oder zwischen den Geistlichen, welche von diesen Patronen für die Pfründe bezeichnet wurden, geführt werden. || Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse giebt der heil. Stuhl seine Zustimmung, dass die rein weltlichen Rechtssachen der Geistlichen, wie Verträge, Schulden, Erbschaften, von dem weltlichen Gericht untersucht und entschieden werden. || Desgleichen hindert der heil. Stuhl nicht, dass Streitigkeiten über civilrechtliche Ansprüche und Lasten der Kirche und Beneficien, über Zehnten und über Kirchenbaulast von dem weltlichen Gerichte geschlichtet werden. Aus gleichem Grunde ist der heil. Stuhl nicht entgegen, dass die Kleriker wegen Verbrechen und Vergehen, wider welche die Strafgesetze des Königreiches gerichtet sind, vor das weltliche Gericht gestellt werden; jedoch liegt es diesem ob, hievon den Bischof ohne Verzug in Kenntniss zu setzen. Wenn das gegen einen Geistlichen gefällte Urtheil auf Tod, oder Gefangenschaft von mehr als fünf Jahren lautet, so wird man jedesmal dem Bischofe die Gerichtsverhandlungen mittheilen und ihm möglich machen, den Schuldigen in so weit zu hören, als es nothwendig ist, um über die zu verhängende Kirchenstrafe entscheiden zu können. Dasselbe wird auf Verlangen des Bischofs auch dann geschehen, wenn auf eine geringere Strafe erkannt worden ist. || Art. VI. In kirchlichen Angelegenheiten wird der wechselseitige Verkehr des Bischofs, des Klerus und des Volkes mit dem heil. Stuhl völlig frei sein. Ebenso wird der Bischof mit seinem Klerus und dem Volke frei verkehren. || Daher können Belehrungen und Erlasse des Bischofs, die Actenstücke der Diöcesansynoden, des Provinzialconcils und des heil. Stuhles selbst, die von kirchlichen Angelegenheiten handeln, ohne vorgängige Einsicht und Genehmigung der königl. Regierung veröffentlicht werden. |
 Art. VII. Die religiöse Unterweisung und Erziehung der katholischen Jugend in allen öffentlichen und Privatschulen wird der Bischof gemäss der ihm eigenen Hirtenpflicht leiten und überwachen. Darum wird derselbe auch die Katechismen und Religionshandbücher bestimmen, nach denen der Unterricht zu ertheilen ist. || In den Elementarschulen ertheilt der Ortsgeistliche den Religionsunterricht; in anderen Lehranstalten nur solche, denen der Bischof Ermächtigung und Sendung dazu verliehen und nicht wieder entzogen hat. ||
 Art. VIII. Dem Bischof wird es freistehen, Seminarien nach der Vorschrift des tridentinischen Concils zu errichten, und in dieselben nach Bedürfniss und Nutzen der Diöcese Jünglinge und Knaben zur Ausbildung aufzunehmen. Diese Anstalten werden in Absicht auf Einrichtung, Unterricht, Leitung und Ver-

waltung der völlig freien bischöflichen Autorität unterstellt sein. || Auch die Vorsteher und Lehrer derselben wird der Bischof ernennen, und so oft er es nothwendig oder zweckdienlich findet, wieder entlassen. || So lange aber Seminarien in besagter Form nicht errichtet sind, und die wesentlich aus Staatsmitteln unterhaltenen Convicte zu Ehingen, Rottweil und Tübingen fortbestehen, werden in Betreff derselben folgende Bestimmungen eingehalten werden:

a) Diese Institute stehen bezüglich der religiösen Erziehung und der Hausordnung unter der Leitung und Aufsicht des Bischofs. b) Insofern die Zöglinge dieser Institute den Unterricht an selbstständigen staatlichen Studienanstalten erhalten, stehen sie gleich den anderen Schülern unter den für diese Studienanstalten geltenden Gesetzen und dem für dieselben vorgeschriebenen Lehrplan. || Sollte aber der Bischof bezüglich der Gymnasien hierin eine Aenderung für nothwendig oder zweckmässig erachten, so wird er sich ins Einvernehmen setzen mit der königl. Regierung, welche auch ihrerseits nichts ändern wird, ohne vorheriges Einvernehmen mit dem Bischofe. c) Vorsteher und Repetenten der genannten Institute wird der Bischof ernennen und entlassen; jedoch wird er dazu niemals solche ausersehen, von denen er weiss, dass sie der königl. Regierung aus erheblichen und auf Thatsachen beruhenden Gründen in bürgerlicher oder politischer Hinsicht minder angenehm sind, und eben so jene entlassen, welche aus denselben Gründen nach ihrer Anstellung unangenehm geworden sind. d) Dem Bischof steht es zu, diese Institute zu visitiren, eigene Abgeordnete den öffentlichen Prüfungen, zumal jenen für die Aufnahme neuer Zöglinge, beizugeben, und sich periodische Berichte erstatten zu lassen. e) Die königl. Regierung wird dafür Sorge tragen, dass an den oberen Gymnasien, mit welchen die niederen Convicte verbunden sind, nach und nach nur geistliche Professoren angestellt werden. || Art. IX. Die katholisch-theologische Fakultät an der Landesuniversität steht in Bezug auf das kirchliche Lehramt unter Leitung und Aufsicht des Bischofs; demnach kann derselbe den Professoren und Docenten die Ermächtigung, und Sendung zu theologischen Lehrvorträgen ertheilen und nach seinem Ermessen wieder entziehen, das Glaubensbekenntniß abnehmen, auch ihre Hefte und Vorlesebücher prüfen. || Art. X. Das Vermögen, welches die Kirche als ihr Eigenthum besitzt oder in Zukunft erwerben wird, ist beständig unverletzt zu erhalten, und wird dasselbe ohne Zustimmung der Kirchengewalt niemals eine Veränderung oder Veräusserung erleiden, noch werden dessen Früchte zu anderen Zwecken verwendet werden; indessen unterliegt dasselbe den öffentlichen Lasten und Abgaben, sowie den übrigen allgemeinen Gesetzen des Königreichs wie alles andere Eigenthum. || Das Kirchenvermögen wird im Namen der Kirche unter der Aufsicht des Bischofs von Jenen verwaltet, welche nach Vorschrift des canonischen Rechts oder nach dem Herkommen oder durch ein Privilegium und eine besondere Bestimmung für irgend eine milde Stiftung zu solcher Verwaltung berufen sind. Alle Verwälter aber sind gehalten, auch wenn dieses auf Grund der eben angeführten Titel Andern

No. 4824 (69).
 Württemberg-
 Böm. Curie.
 8. April 1857.

gegenüber zu geschehen hat, zugleich auch dem Bischof oder seinen Bevollmächtigten jährlich Rechenschaft von ihrer Verwaltung abzulegen. || Mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse giebt sofort der heil. Stuhl seine Zustimmung, dass die einzelnen Kirchenfabriken, sowie die übrigen kirchlichen Localstiftungen im Namen der Kirche in der Weise auch ferner verwaltet werden, wie sie im Lande eingeführt ist; nur sollen Pfarrer und Landdecane ihre diesfallsigen Verrichtungen im Auftrag des Bischofs ausüben. Ueber die spezielle Ausführung dieser Angelegenheit wird die k. Regierung mit dem Bischof ein Uebereinkommen treffen. Ueberdies willigt der heilige Stuhl ein, dass, so lange die Staatskasse zu den allgemeinen oder örtlichen Bedürfnissen der Kirche Beiträge leistet, die vacanten Pfründen und der Intercalarfond unter der Oberleitung des Bischofs und im Namen der Kirche durch eine gemischte Commission verwaltet werden; die eine Hälfte der Mitglieder dieser Commission erwählt der Bischof, hauptsächlich aus Geistlichen, die andere die königl. Regierung aus Katholiken; den Vorsitz hat der Bischof oder dessen Bevollmächtigter. Die genaueren Uebereinstimmungen hierüber werden in einem Uebereinkommen zwischen der königl. Regierung und dem Bischofe festgesetzt werden. Die Einkünfte des Intercalarfonds werden vor Allem stets zur Ergänzung der Pfarrgehälter bis zur Congrua, zur Anweisung von angemessenen Pensionen für altersschwache oder gebrechliche Pfründner, zu den Tischtiteln für neu zu weihende Geistliche und zu den Kosten der notwendigen ausserordentlichen Vicarien, etwaige Ueberschüsse aber nur für andere kirchliche Bedürfnisse verwendet werden. || Ueber die Erhaltung des Grundstocks des Intercalarfonds, sowie über Verwendung der Erträgnisse desselben wird die genannte Commission der königl. Regierung stets Gewissheit geben. || So lange die gemischte Commission zur Verwaltung des Intercalarfonds besteht, übt dieselbe die Aufsicht auch über die Verwaltung der besetzten Pfründen, welche deren jeweilige Inhaber nach canonischer Vorschrift zu führen haben. || Art. XI. Der Bischof wird mit allen königl. Behörden unmittelbar verkehren. || Art. XII. Die mit der vorstehenden Vereinbarung im Widerspruch stehenden königl. Verordnungen und Verfügungen treten ausser Kraft; soweit aber gesetzliche Bestimmungen derselben entgegenstehen, werden diese geändert werden. || Art. XIII. Sollte sich in Zukunft in Betreff dieser Vereinbarung irgend eine Schwierigkeit ergeben, so werden Se. Heiligkeit und Sr. königl. Majestät sich zu freundschaftlicher Beilegung der Sache in's Einvernehmen setzen. || Die Ratificationen dieser Vereinbarung werden binnen zwei Monaten oder wo möglich früher ausgewechselt werden. || Zu dessen Beglaubigung haben die vorgenannten Bevollmächtigten diese Uebereinkunft unterzeichnet und Beide ihre Siegel begedrückt.

Gegeben zu Rom am 8. April 1857.

Carl August, Kardinal v. Reisach.
 (L. S.)

Adolf Freiherr v. Ow.
 (L. S.)

Dieser Hauptvertrag erhielt wesentliche Ergänzungen und Erläuterungen: ^{Nr. 4824(89)-}
 a) durch die apostolischen Schreiben an den Bischof v. Rottenburg vom ^{Württemberg-}
 22. und 30. Juni 1857 über die Vollziehung wie Auslegung des Concor- ^{Röm. Curie.}
 dates (s. Nussi, Conventiones p. 391 f. u. 393 ff.); b) durch die von Seite ^{8. April 1857.}
 der königl. Regierung gegenüber der Curie zu einigen Artikeln des Con-
 cordates abgegebenen Erklärungen (s. Walter, Fontes p. 370 f.); c) durch
 das Uebereinkommen der Regierung mit dem Bischofe über die Aus-
 scheidung der im königl. Patronat bleibenden Pfründen. (S. Moy, Archiv
 l. c. Bd. III.)

Nr 4825. (90.)

WÜRTEMBERG. Beschluss der Kammer der Abgeordneten über
 die Unverbindlichkeit des Concordates.

Verhandl. der Kammer d. Abgeordneten 1861. p. 2884 f.

Die Kammer der Abgeordneten erklärt: dass sie die mit dem päpstlichen ^{Nr. 4825(90).}
 Stuhle zur Regelung der Angelegenheiten der katholischen Kirche in Würtem- ^{Württemberg.}
 berg am 8. April 1857 abgeschlossene und zur allgemeinen Kenntniss ^{16. März 1861.}
 gebrachte Vereinbarung als unverbindlich betrachte, demgemäss gegen
 deren Vollzug Verwahrung einlege und an die königliche Staatsregierung
 die ehrfurchtsvolle Bitte stelle, in dieser Erwägung die Verordnung vom
 21. December 1857, betreffend die Bekanntmachung jener auf die Verhält-
 nisse der katholischen Kirche bezüglichen Vereinbarung, ausser Wirkung zu
 setzen und diese Verhältnisse im Wege der Landesgesetzgebung zu ordnen.“

Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten. Stutt-
 gart 1861. S. die unter Nr. 87 angeführte Literatur.

Obiger Beschluss wurde gefasst auf den Antrag der Minderheit der
 staatsrechtlichen Commission (Ref. Sarwey) mit 63 (darunter 2 kath.) gegen
 27 (darunter 4 protest.) Stimmen. — Die Majorität der Commission hatte
 beantragt „Hohe Kammer wolle gegen die königl. Staatsregierung die Er-
 klärung aussprechen, dass sie in Berathung des vorgelegten Gesetzentwurfes,
 betreffend die nähere Regelung einiger Verhältnisse der kath. Kirche zur
 Staatsgewalt nur unter der Bedingung einzutreten vermöge, wenn dieses
 Gesetz nicht in Ausführung eines Vertrags, sondern wie andere
 Gesetze unter dem Vorbehalte der Aenderung durch die künftige Gesetz-
 gebung erlassen werde, und wenn zugleich die königl. Regierung die von
 ihr in Ausführung der Convention mit dem päpstlichen Stuhle im Wege der
 Verordnung erlassenen und noch zu erlassenden Verfügungen, als solche
 Massnahmen anerkenne, welche der späteren Aenderung im Gesetz-
 gebungs- und Ordnungswege nicht entzogen seien.“ — Die
 Motivirung dieses Antrages lautete: Die württembergische Regierung hat mit
 dem päpstlichen Stuhle eine Uebereinkunft getroffen, welche von den Con-
 traheuten als ein Vertrag behandelt worden ist. Rechtlich betrachtet ist
 darin aber kein Vertrag zu finden, welcher den württembergischen Staat

Nr. 4825 (90).
Württemberg.
16. März 1861.

binden, seiner Gesetzgebung und dem Verordnungsrecht der Regierung für die Zukunft präjudiciren könnte. Denn wenn auch der Papst seinerseits zum Abschlusse eines solchen Vertrages legitimirt und auf's Entschiedenste der Absicht war, sich und seine Nachfolger zu verpflichten, so stand dasselbe nicht auch der württembergischen Regierung zu und sie konnte den württemberg. Staat nicht durch ihre Zustimmung verpflichten. Der Begriff eines Staatsvertrages nach §. 85 der Verfassung trifft nicht zu, weil hierunter nur Verträge mit auswärtigen Staaten fallen; es handelt sich also nicht von einem Falle, in welchem die Einwilligung der Stände dem Vertrage rechtliche Gültigkeit zu verleihen geeignet wäre. Es würde vielmehr ein Vertrag über die Rechte Württembergs gegenüber dem Staate, abgeschlossen mit dem Vertreter der katholischen Kirche, vorliegen. Solche Rechte gegenüber dem Staate selbst vertragsmässig festzustellen und sie damit der Einwirkung der künftigen Staatsgesetzgebung zu entziehen, ist rechtlich nicht möglich, da die Staatsangehörigen sonst über den Staat und dessen Gesetzgebungsrecht selbst gestellt würden. Es kann deshalb in der Convention kein den Staat verbindender Vertrag liegen, sondern sie ist rechtlich nur als eine vorläufige Uebereinkunft zwischen der Regierung und dem päpstlichen Stuhle aufzufassen, welche die Regierung in der Gesetzgebung und in Verordnungen auszuführen zugesagt hat. Soweit hat die Gesetzgebung und die Verordnung nun selbstständig einzutreten.“

Nr. 4826. (91.)

WÜRTEMBERG. Königliches Rescript an den ständischen Ausschuss. — Erklärt durch den Beschluss der Kammer der Abgeordneten vom 16. März das Concordat als gescheitert, und sistirt die Ausführung desselben. —

Württemberg. Staatsanzeiger v. 16. Juni 1861.

Wilhelm von Gottes Gnaden König von Württemberg.

Nr. 4826 (91).
Württemberg
18. Juni 1861.

Liebe Getreue! Wir haben die unterthänigste Eingabe der Kammer der Abgeordneten vom 16. März d. J. eingesehen, mittelst welcher Uns dieselben ihren Beschluss hinsichtlich der von Uns mit Sr. Heiligkeit dem Papst Pius IX. als Oberhaupt der katholischen Kirche geschlossenen Convention zu Regelung der Verhältnisse dieser Kirche in Unserem Königreiche vorgelegt hat und geben Euch hierauf Folgendes gnädigst zu erkennen: [Schon während der Unterhandlungen mit der römischen Curie haben Wir dieser bei einer Reihe von Punkten und zwar gerade bei den wichtigsten ausdrücklich erklären lassen, dass Wir in die bezüglichen Bestimmungen, als dem Gebiete der Gesetzgebung anheimfallend, nur unter dem Vorbehalte, und unter der Zustimmung der Stände Unseres Königreiches einzuwilligen vermögen. Wir haben ferner schliesslich bei Ertheilung Unserer Ratification für die abge-

schlossene Uebereinkunft noch einmal allgemein die Einholung der Zustimmung der Stände zu den eine Aenderung der Landesgesetze in sich schliessenden Punkten vorbehalten. || Mit dieser Erklärung haben Wir Unsern Ständen von selbst auch die vollkommene Freiheit gesichert, ihre Zustimmung zu den fraglichen Punkten oder auch schon ein Eingehen auf die bezüglichlichen Gesetzesvorlagen an die Bedingung zu knüpfen, dass der gesammte, durch die Convention zu bewirkende Rechtszustand nicht durch eine vertragsmässige Schranke umgrenzt sei, dass mithin vorher der Vertragscharakter im Ganzen beseitigt werde. || Angesichts des Beschlusses der Kammer der Abgeordneten vom 16. März l. J. können Wir nun über die diesfällige Absicht derselben nicht im Zweifel sein. || Da aber die Convention ihrer Form nach als ein Ganzes verabredet worden ist; da, was deren Inhalt betrifft, diejenigen Bestimmungen derselben, welche dem Gebiete der Gesetzgebung anheimfallen und in welche Wir, wie bemerkt, ausdrücklich nur mit dem Vorbehalt und unter der Bedingung der ständischen Zustimmung eingewilligt haben, weitaus die wichtigsten sind; da eben deshalb ohne gleichzeitige gesetzliche Regelung der Punkte, auf welche diese Bestimmungen sich beziehen, die vorliegende Angelegenheit überhaupt in befriedigender Weise nicht zu ordnen ist, so müssen Wir, nachdem die Kammer der Abgeordneten so entschieden ausgesprochen hat, dass sie auf keine in Ausführung einer bindenden Uebereinkunft mit der römischen Curie an sie gelangende Gesetzesvorlage eingehen werde, den abgeschlossenen Vertrag als solchen überhaupt als gescheitert betrachten und können demselben daher auch Unsererseits eine rechtliche Verbindlichkeit nicht mehr zuerkennen. || In Folge dessen haben Wir den am Schlusse Unserer Verordnung vom 21. December 1857 Unseren Ministerien ertheilten Auftrag zur Vollziehung der Vereinbarung das Erforderliche einzuleiten oder anzuordnen, ausser Wirkung gesetzt, ferner den Ministerien der Justiz, des Innern und des Kirchen- und Schulwesens den mit Bezugnahme auf jenes Uebereinkommen und auf Unsere angeführte Verordnung vom 26. Febr. d. J. dem ständischen Ausschusse übergebenen Gesetzesentwurf zurückzuziehen befohlen und zugleich das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens beauftragt, gemeinschaftlich mit den übrigen beteiligten Ministerien zu näherer Regelung der Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Unserem Königreiche einen neuen selbstständigen und umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen, bei dessen Einbringung Wir auch über die im Wege der Verordnung zu erlassenden Bestimmungen Euch näheren Aufschluss werden ertheilen lassen. || Was den Inhalt jenes neuen Gesetzentwurfes betrifft, so ist es Unsere Absicht, dass die Regelung der einschlägigen Verhältnisse nach Massgabe der in der früheren Convention enthaltenen Directiven herbeizuführen gesucht, und dass, unbeschadet der Rechte und Interessen des Staats und der in demselben befindlichen anderen Confessionen, der materielle Inhalt jener Convention der beabsichtigten neuen Staatsgesetzgebung zu Grunde gelegt werde. || In das zu erlassende

Nr. 4826 (91). Gesetz sind Wir übrigens bereit, eine ausdrückliche Erklärung in der Richtung niederzulegen, dass in Folge des obenerwähnten Kammerbeschlusses der mit der römischen Curie abgeschlossenen Uebereinkunft eine rechtlich verbindende Kraft nicht zukomme und dass für die einschlägigen Verhältnisse nur das betreffende Gesetz nebst den dazu gehörigen Verordnungen die Rechtsquelle bilde. Auch versteht es sich nach dem Angeführten von selbst, dass dem zu erlassenden Gesetz, sowie den betreffenden Verordnungen und Verfügungen keine andere rechtliche Natur zukommen kann, als jedem anderen Gesetz, beziehungsweise jeder anderen Verordnung oder Verfügung. || Anlangend endlich die in Folge der Convention bereits ergangenen Verfügungen, welche nun allerdings nicht mehr als in Vollziehung eines Vertrags erlassen betrachtet werden können, so behalten Wir Uns vor, dieselben nach erfolgter ständischer Berathung jenes Gesetzentwurfs der erforderlichen Revision zu unterziehen. || Ueber alles Vorstehende haben Wir diejenige Mittheilung an die römische Curie zu deren Kenntnissnahme gerichtet, welche auch durch Unsere Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Kirchen- und Schulwesens in Abschrift mitgetheilt werden wird.' || Indem Wir Euch hiemit Gegenwärtiges gnädigst eröffnen, überlassen Wir Uns, berechtigt hiezu auch durch mehrfache Aeusserungen in der Kammer der Abgeordneten, gerne der Hoffnung, dass auf dem nunmehr zu betretenden Wege eine gedeihliche Lösung der vorliegenden, für das Wohl Unseres Landes so wichtigen Angelegenheit werde erzielt werden. || Wir verbleiben Euch mit Unserer königlichen Huld stets wohl beigethan.

Stuttgart, im Königlichen Geheimenrath, den 13. Juni 1861.

Auf Seiner königlichen Majestät besondern Befehl
Neurath.

Nr. 4827. (92.)

RÖMISCHE CURIE. Note des Cardinal-Staatssecretär Antonelli an den württembergischen Minister d. Ausw. Angel. — Protest gegen die Ungültigkeitserklärung des würtemb. Concordates. —

Deutsche Uebers. nach d. Ital. Orig. Vering, Archiv. N. F. I. p. 318 ff.

[Auszug.]

Nr. 4827 (92). Da nun gezeigt ist, dass die Convention in Wahrheit den bestimmten Charakter eines beiderseitig verpflichtenden Vertrags hat, so werden Eure Excellenz wenigstens zuzugestehen geneigt sein, dass derselbe seine Kraft und Gültigkeit nicht verlieren konnte durch einen Beschluss, welcher nur von Einem der berathenden Staatskörper ausgegangen ist, der geglaubt hat, in

eigener Machtvollkommenheit und ohne sich an den andern stipulirenden Theil zu wenden, denselben als nichtig und nicht bestehend, erklären zu können. || Zur Vertheidigung solchen Beginnens von Seite der württembergischen Kammer könnte man sich auf die Verpflichtung berufen, welche Sr. Majestät dem Könige durch das Staatsgrundgesetz auferlegt ist, welches für die Aenderung der bestehenden Gesetze die Zustimmung der Kammer erfordert. Der heilige Stuhl hat nicht ermangelt, seiner Zeit einer solchen Verpflichtung Rechnung zu tragen, und um die Verantwortlichkeit, welche auf dem Souverän lastete, pünktlich sicher zu stellen, hat er sich nicht geweigert, in die Convention den Artikel XII einzureihen und hat ohne Widerrede die souveränen Vorbehalte angenommen, welche dem Acte der Ratification beigefügt worden sind. Daher werden diese Vorbehalte dem vollendeten Vertrage nichts von seiner Kraft benehmen, noch hätten sie in gewissen Fällen, die eintreten konnten, denselben als Ganzes zerstören können; sondern sie durften nur die Ausführung jener einzigen Punkte insolange suspendiren, als die Kammern auf constitutionellem Wege die bürgerliche Gesetzgebung mit dem — mit dem heiligen Stuhle getroffenen Uebereinkommen nicht ausgeglichen hätten. || . . . Beschränkt sich somit der Recurs an die Kammern lediglich auf die zur Aenderung in Aussicht gestellten Gesetze, in Betreff welcher auch vom heil. Stuhl der Vorbehalt angenommen war, so werden Eure Excellenz wohl verstehen, welches Staunen es in dem Geiste des heiligen Vaters erregen musste, als er zu erfahren hatte, dass die Kammer, weit entfernt, sich allein mit der Prüfung der — mit bestehenden Gesetzen in Widerspruch tretenden Punkte zu begnügen, forderte, dass die ganze Convention auch in den unter diesen Gesetzen nicht begriffenen Punkten als durchaus ungültig erklärt werde. || Bei solchen Betrachtungen, woraus sich das gute Recht des heiligen Stuhles ergibt, sowie die Unmöglichkeit, dem von der Kammer gefassten Beschlusse beizustimmen, will der heilige Vater an der Hoffnung festhalten, dass man seinen Reclamationen Gerechtigkeit widerfahren lassen und die vertragsmässig abgeschlossene Vereinbarung achten werde. Müsste aber dennoch der heilige Vater den Schmerz haben, seine Forderungen zurückgewiesen und die gefasste Entschliessung festgehalten zu sehen, für diesen Fall finde ich mich genöthigt, Ihnen in seinem Namen zu erklären, dass derselbe heilige Stuhl sich der mit der abgeschlossenen Vereinbarung eingegangenen Verpflichtungen für entbunden halten und die Concessionen, welche darin der königl. Regierung gemacht worden sind, künftig als durchaus kraft- und wirkungslos geworden erachten und folgerichtig dem Herrn Bischof von Rottenburg bedeuten müsste, dass er in der gänzlich ungeschmälerten (in tutta la estensione) Ausübung sowohl jener Rechte, welche ihm nach göttlicher Anordnung eigen sind, als auch aller andern, welche ihm nach der allgemeinen, vom heiligen Stuhle gutgeheissenen Disciplin der Kirche für die regelmässige Verwaltung des ihm anvertrauten Hirtenamtes zukommen, sich hiernach zu richten habe. || Insoweit endlich Eure Excellenz mir den ungefähren Weg einer gleich guten Regelung des

Nr. 4827 (92). Verhältnisses der Kirche zum Staate anzudeuten die Güte hatten, so muss ich
 Röm. Curie.
 3. Aug. 1861. Ihnen offen aussprechen, dass mir die Pflicht obliegt, im Namen des heiligen
 Stuhles laut zu protestiren gegen die Verfügungen, welche getroffen werden
 wollen, da man niemals zugeben kann, dass von der weltlichen Gewalt Gesetze
 über kirchliche Angelegenheiten ausgehen und die Rechte bestimmt werden,
 welche der Kirche zukommen, als ob diese nicht durch ihre eigene Natur
 jene Rechte als inhärente in sich trüge, welche von ihrem Bestande als voll-
 kommener und von der bürgerlichen Gewalt unabhängiger Gesellschaft sich
 ableiten. Und um so mehr Grund hat man, sich zu verwahren, da man nicht
 blos vor hat, künftig die Kirche den etwa ergehenden Gesetzen zu unter-
 werfen, sondern sie auch sogar noch allen jenen Veränderungen preisgeben
 will, welche sich aus der Natur des in Württemberg geltenden Repräsentativ-
 systems ergeben können. || Soviel hatte ich in Ausführung der Aufträge des
 heiligen Vaters Eurer Excellenz mitzutheilen und ich benütze den gegen-
 wärtigen, wenn gleich verdriesslichen Anlass, um etc. etc.

Rom, 3. August 1861.

J. Card. Antonelli.

Nr. 4828. (93.)

WÜRTEMBERG. Gesetz über die Unabhängigstellung der staats-
 bürgerlichen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse.

Regierungsblatt f. Würtemb. Jahrg. 1862. Nr. 1.

Wilhelm von G. G. König von Württemberg.

Nr. 4828 (93). Nach Anhörung Unseres Geheimen Rathes unter Zustimmung Unserer getreuen
 Württemberg.
 31. Dec. 1861. Stände, nach Maassgabe des §. 176 der Verfassungsurkunde am Ende [i. e. die
 zur Aenderung einer Verfassungsbestimmung erforderliche zwei Drittel Majorität],
 verordnen Wir wie folgt: Einziger Artikel. An die Stelle des zweiten Absatzes
 des §. 27 der Verfassungs-Urkunde tritt folgende Bestimmung: die staatsbürgerlichen
 Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. In dem §. 135 der Verfassungs-
 Urkunde fallen die Worte „einem der drei christlichen Glaubensbekenntnisse angehören
 und“ weg. || Unser Minister des Innern- und des Kirchen- und Schulwesens sind mit
 der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. || Gegeben Stuttgart, den 31. December 1861.

Wilhelm.

Der Minister des Innern: Linden.

Auf Befehl des Königs

Der Chef d. Departements d. Kirchen- u. Schulwesens

Maucier.

Golther.

Das obenstehende Gesetz wurde von der Kammer der Abgeordneten nach kurzer Debatte mit allen gegen eine Stimme angenommen (17. September 1861). Nr. 4828(93).
Württemberg.
31. Dec. 1861.

Nr. 4829. (94.)

WÜRTEMBERG. Gesetz über die Dispensation vom Ehehinderniss der Verwandtschaft oder Schwägerschaft bei Eingehung gemischter Ehen.

Regierungsblatt f. Würtemb. Jahrg. 1862. Nr. 4.

Wilhelm von G. G. König von Württemberg.

Nach Anhörung Unseres Geheimen Rathes und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände verordnen und verfügen Wir, wie folgt: Einziger Artikel. Nr. 4829 (94).
Württemberg.
23. Jan. 1862.
Christliche Brautleute von verschiedenem Glaubensbekenntnisse haben sich, auch wenn sie beiderseits einer vom Staate als Körperschaft anerkannten Religionsgesellschaft angehören (vgl. Art. 2. Ziff. 2 des Gesetzes vom 1. Mai 1855), mit ihren Gesuchen um Dispensation von dem Ehehindernisse der Verwandtschaft oder Schwägerschaft an das im Art. 14 des angezogenen Gesetzes genannte bürgerliche Gericht zu wenden, welches nach den daselbst bezeichneten Grundsätzen und Vorschriften darüber zu entscheiden hat. || Nach der auf solche Weise erlangten Dispensation darf die kirchliche Trauung nach den Bestimmungen jenes Gesetzes stattfinden, falls aber die im Art. 2 Ziff. 1 desselben erwähnten Umstände eintreten, können die Brautleute die Eheschliessung vor der bürgerlichen Behörde nach Massgabe des gedachten Gesetzes und mit den darin bezeichneten Wirkungen verlangen. || Unsere Ministerien der Justiz und des Kirchen- und Schulwesens sind mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. || Gegeben, Stuttgart den 23. Januar 1862.

Wilhelm.

Der Justiz-Minister:
Wächter - Spittler.

Der Chef des Departements des Kirchen-
und Schulwesens:
Golther.

Der Chef des Geheimen Cabinets: Maucler.

Fr. Alb. Hauber, Die kirchenrechtlichen Verhandlungen auf dem württembergischen Landtag von 1861 und die daraus hervorgegangenen Gesetze, in Dove, Zeitschrift f. Kirchenrecht Bd. II. p. 357 ff. Ueber das württemberg. Gesetz vom 30. Januar 1862 in Vering, Archiv l. c. N. F. I p. 414 ff. und II p. 353 ff. — Die Motive zum Gesetzentwurf in Dove l. c. p. 346 ff.

Die Veranlassung zu dem obenstehenden von der Kammer d. Abgeord. am 27. Nov. 1861 mit allen gegen eine Stimme angenommenen Gesetze lag,

Nr. 4829(94).
Württemberg.
23. Jan. 1862.

wie der Chef des Kirchendepartements in dem Vortrage sagt, „darin dass das bischöfliche Ordinariat seit einigen Jahren den Grundsatz angenommen hat, die nach der bestehenden Einrichtung ihm zukommende Dispensation von dem Ehehindernisse der Verwandtschaft und Schwägerschaft bei gemischten Ehen an die Bedingung zu knüpfen, dass die aus der betreffenden Ehe zu erwartenden Kinder in der kath. Confession erzogen werden, beziehungsweise, wenn eine solche Zusage von den Nupturienten nicht gegeben wurde, die für Eingehung der Ehe erforderliche Dispensation zu verweigern.“ (S. Dove, Zeitschr. l. c. II. p. 344 f.)

Nr. 4830. (95.)

WÜRTEMBERG. Gesetz über die Regelung des Verhältnisses der Staatsgewalt zur kath. Kirche.

Regierungsblatt f. Würtemb. Jahrg. 1862. Nr. 5.

Wilhelm von G. G. König von Württemberg.

Nr. 4830 (95).
Württemberg.
30. Jan. 1862.

Zur näheren Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und der katholischen Kirche verordnen und verfügen Wir nach Anhörung Unseres Geheimen Rathes und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt: !

Art. 1. Die von dem Erzbischof, dem Bischof und den übrigen kirchlichen Behörden ausgehenden allgemeinen Anordnungen und Kreisschreiben an die Geistlichkeit und Diöcesanen, wodurch dieselben zu etwas verbunden werden sollen, was nicht ganz in dem eigenthümlichen Wirkungskreise der Kirche liegt, sowie auch sonstige Erlasse, welche in staatliche oder bürgerliche Verhältnisse eingreifen, unterliegen der Genehmigung des Staates. Solche allgemeine kirchliche Anordnungen und öffentliche Erlasse dagegen, welche rein geistliche Gegenstände betreffen, sind der Staatsbehörde gleichzeitig mit der Verkündigung zur Einsicht mitzutheilen. || Denselben Bestimmungen unterliegen die auf Diöcesan- und Provinzialsynoden gefassten Beschlüsse; ebenso die päpstlichen Bullen, Breven, und sonstigen Erlasse, welche immer nur von dem Bischof verkündet und angewendet werden dürfen. || Die vorstehenden Bestimmungen treten bezüglich der Verordnungen der katholischen Kirchengewalt an die Stelle des hierdurch unter Beobachtung der Vorschrift des §. 176 der Verfassungsurkunde aufgehobenen zweiten Satzes des §. 72 der Verfassungsurkunde. || Art. 2. Das Ernennungsrecht des Staates zu katholischen Kirchenstellen ist, soweit es nicht auf besonderen Rechtstiteln, wie namentlich dem Patronat beruht, aufgehoben. || Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung. Die vormaligen Patronatrechte der Gemeinden und Stiftungen bleiben mit dem

Patronat der Krone vereinigt. || Art. 3. Die Zulassung zu einem Kirchenamte ist durch den Besitz des württembergischen Staatsbürgerrechts, sowie durch den Nachweis einer vom Staate für entsprechend erkannten wissenschaftlichen Vorbildung bedingt. || Art. 4. Die Kirchenämter, welche nicht von der Staatsregierung selbst abhängen, können nur an Solche verliehen werden, welche nicht von der Staatsregierung unter Anführung von Thatsachen als ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung missfällig erklärt werden. || In Betreff der Besetzung des bischöflichen Stuhles, der Canonicate und der Domkaplaneien, bleibt es bei dem Verfahren, wie solches in der Bulle Ad dominici gregis custodiam vom 11. April 1827 und in dem dazu gehörigen Erläuterungs-Breve vom 22. März 1828 beschrieben ist, sowie bei den Bestimmungen des königlichen Fundations-Instrumentes vom 14. Mai 1828 über die Eigenschaften der zu Wählenden. || Art. 5. Die §§. 47 und 48 der Verfassungsurkunde finden auf katholische Kirchendiener bei Verfehlungen, welche dieselben sich hinsichtlich ihres Wandels oder der Führung ihres kirchlichen Amtes zur Schuld kommen lassen, fernerhin keine Anwendung. || Ebenso treten die Vorschriften des §. 102 Absatz 4 des Verwaltungsedicts vom 1. März 1822 und des § 2 Ziffer 1 der Verordnung vom 23. August 1825, betreffend den Wirkungskreis und den Geschäftsgang der gemeinschaftlichen Oberämter, soweit dieselben das gemeinschaftliche Oberamt auch für die Untersuchung von Vergehungen der katholischen Kirchendiener gegen die kirchliche Disciplin und in ihrer geistlichen Amtsführung als zuständig erklären, hiemit ausser Wirkung. || Bei gerichtlich strafbaren Dienstvergehen der katholischen Geistlichen hat auch künftighin, wie bisher, das gemeinschaftliche Oberamt nach Anordnung und unter der Leitung der Staatsaufsichtsbehörde die Voruntersuchung (Art. 448 ff. der Strafprocessordnung) zu führen. || Die Staatsbehörde ist befugt, einem Geistlichen wegen Unbrauchbarkeit oder Dienstverfehlungen, die ihm vermöge Gesetzes oder besondern Auftrags übertragenen staatlichen Geschäfte abzunehmen und einem Stellvertreter zu übertragen. || Art. 6. Disciplinarstrafen gegen katholische Kirchendiener wegen Verfehlungen im Wandel oder in der Führung ihres kirchlichen Amtes dürfen von den kirchlichen Behörden nur auf den Grund eines geordneten processualischen Verfahrens verhängt werden. || Die Disciplinargewalt der kirchlichen Behörde kann niemals durch Freiheitsentziehung geübt werden. || Geldbussen dürfen den Betrag von 40 fl., die Einberufung in das Besserungshaus der Diocese darf die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigen. || Von jedem auf eine Geldbusse von mehr als 15 fl., auf Einberufung in das Besserungshaus für mehr als 14 Tage, ferner auf Suspension, Versetzung, Zurücksetzung oder Entlassung lautenden Straferkenntnisse ist der Staatsbehörde alsbald Mittheilung zu machen. || Art. 7. Verfügungen und Erkenntnisse der Kirchengewalt können gegen die Person oder das Vermögen eines Angehörigen der katholischen Kirche wider dessen Willen nur von der Staatsgewalt vollzogen

Nr. 4830 (95).
 Württemberg.
 30. Jan. 1862.

werden. Die Staatsbehörde ist jedoch nur dann befugt, ihre Mitwirkung hierzu eintreten zu lassen, wenn der Bischof ihr zuvor über den Fall die erforderlichen Aufklärungen gegeben und sie hienach die Verfügung oder das Erkenntniss weder in formeller Hinsicht, noch auch vom staatlichen Gesichtspunkte aus in materieller Beziehung zu beanstanden gefunden hat. || Auch für die Führung einer kirchlichen Untersuchung darf die Staatsbehörde auf Ersuchen der Kirchenbehörde nur unter derselben Voraussetzung mitwirken. || Art. 8. Die katholischen Einwohner derjenigen Landestheile, in welchen bis jetzt noch die ehemalige vorderösterreichische Ehegesetzgebung gegolten hat, sind in Zukunft in Ehesachen dem gemeinen Rechte der katholischen Kirche und der bischöflichen Gerichtsbarkeit unter den gleichen Bestimmungen, wie die übrigen katholischen Staatsangehörigen, unterworfen. || Art. 9. Bei kirchlich getrauten Ehen zwischen zwei Katholiken sind in denjenigen Fällen, in welchen die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Ehe nach einem von dem kirchlichen Gesetze abweichenden Staatsgesetze in Frage steht, die in Art. 13 des Gesetzes vom 1. Mai 1855 genannten bürgerlichen Gerichte zuständig. || Dieselben haben in diesen Fällen nach den einschlägigen besondern Bestimmungen der Staatsgesetzgebung und im Uebrigen nach den in den Art. 13 und 18 jenes Gesetzes bezeichneten Grundsätzen und Vorschriften, erforderlichen Falls von Amtswegen, zu verfahren. || Auf eine von dem Civilgerichte im Widerspruch mit dem kirchlichen Gesetz für gültig erklärte Ehe finden die Art. 13, 15 bis 17 und 20 des gedachten Gesetzes Anwendung. || Art. 10. Disciplinarstraf- und Ehesachen (Art. 5, 6 und 8) dürfen auch im Instanzenzuge nicht vor ein ausserdeutsches kirchliches Gericht gezogen werden. || Art. 11. Die für die Heranbildung der Candidaten des katholischen geistlichen Standes bestehenden Convicte in Tübingen, Ehingen und Rottweil sind in Absicht auf die dem Bischof zukommende Leitung der religiösen Erziehung der Zöglinge und der Hausordnung, insoweit sie durch die letztere bedingt ist, der Oberaufsicht der Staatsgewalt unterworfen. || In den übrigen Beziehungen stehen dieselben unter der unmittelbaren Leitung der Staatsbehörde. Insbesondere hängt die Aufnahme und Entlassung der Zöglinge von der Staatsbehörde ab. || Art. 12. Der Art. 1. Ziffer 1 des Gesetzes vom 6. Juli 1842 betreffend die Verhältnisse der bei den höheren und mittleren öffentlichen Unterrichtsanstalten u. s. w. angestellten Diener, wird, soweit er sich auf den Vorstand des Wilhelmstifts bezieht, hiemit ausser Kraft gesetzt. || Dem Bischof steht die Ernennung der Vorsteher der drei Convicte aus der Zahl der an ihrem Sitz angestellten Professoren oder Kirchendiener, sowie die Ernennung der Repetenten an den genannten Lehranstalten zu. Auf diese Ernennung findet das in Art. 4 Abs. 1 des gegenwärtigen Gesetzes angeführte Recht der Staatsregierung zu Ausschliessung missliebiger Candidaten Anwendung. Die Geltendmachung dieser Rechte bleibt der Regierung auch in dem Falle vorbehalten, wenn ein Vorstand oder Repetent nach seiner Er-

nennung in bürgerlicher oder politischer Beziehung derselben unangenehm geworden ist. || Art. 13. Die Leitung des katholischen Religionsunterrichts in den Volksschulen (vgl. Art. 78 des Volksschulgesetzes vom 29. September 1836), sowie in den sonstigen öffentlichen und Privat-Unterrichtsanstalten, einschliesslich der Bestimmung der Katechismen und Religionsbücher, kommt dem Bischofe zu, unbeschadet des dem Staate über alle Lehranstalten zustehenden Obergewaltrechts. || Art. 14. Gegen einen Lehrer an der katholisch-theologischen Facultät der Universität, dessen Lehrvorträge nach dem Urtheile des Bischofs wider die Grundsätze der katholischen Kirchenlehre verstossen, kann eine Verfügung nur von der Staatsregierung getroffen werden. || Art. 15. Geistliche Orden und Congregationen können vom Bischof nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Staatsregierung eingeführt werden, welche auch erforderlich ist, so oft ein im Lande schon zugelassener Orden eine neue Niederlassung gründen will. || Die Staatsregierung ist jedoch keinesfalls befugt, ohne besondere Ermächtigung durch Gesetz den Jesuitenorden oder ihm verwandte Orden und Congregationen im Lande zuzulassen. || Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich. || Art. 16. Die Gelübde der Ordensmitglieder werden von der Staatsgewalt nur als widerruflich behandelt. || Art. 17. Die Bildung neuer kirchlicher Gemeinden und die Abänderung bestehender kirchlicher Gemeinde- und Bezirkseinteilungen kann von dem Bischof nur im Einverständnisse mit der Staatsregierung verfügt werden. || Dasselbe gilt von der Errichtung, Theilung und Vereinigung von Pfründen, auch wenn eine neue kirchliche Gemeindeinteilung nicht damit verbunden ist. || Art. 18. Das den kirchlichen Bedürfnissen und Anstalten gewidmete Vermögen unterliegt den allgemeinen Landesgesetzen, insbesondere auch jenen über öffentliche Lasten und Abgaben, sowie über den Besitz von Liegenschaften durch die todte Hand. || Art. 19. Die Verwaltung der vacanten Pfründen und des aus den Erträgen von solchen gebildeten Intercalarfonds steht unter der gemeinsamen Leitung, diejenige der besetzten Pfründen unter der gemeinsamen Aufsicht des Staates und der Kirche. || Von den Verwaltern anderen, den kirchlichen Bedürfnissen und Anstalten gewidmeten Vermögens kann die Staatsregierung, soweit ihr nicht weiter reichende Befugnisse in Beziehung auf dasselbe zukommen, über die Erhaltung des Grundstocks und die stiftungsmässige Verwendung seiner Erträge Nachweis verlangen. || Art. 20. Der Verkehr mit den kirchlichen Obern wird von Staatswegen nicht gehindert. || Art. 21. Ein unmittelbarer Verkehr mit den königlichen Behörden steht dem Bischof in der Weise zu, dass er keine Befehle oder Weisungen an sie erlässt. || Art. 22. Alle mit Vorstehendem nicht vereinbaren Bestimmungen früherer Gesetze und Verordnungen treten mit der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes ausser Kraft. || Indem Wir mit der Vollziehung dieses Gesetzes Unsere Ministerien der Justiz und des Kirchen- und Schulwesens beauftragen, erklären Wir zugleich, dass der mit Unserer Verordnung vom 21. December 1857 bekannt gemachten Convention mit dem

Nr. 4830 (95). römischen Stuhle eine rechtlich verbindende Kraft nicht zukommt, und
 Württemberg.
 30. Jan. 1862. setzen hiemit jene Verordnung ausser Kraft. || Gegeben, Stuttgart, den
 30. Januar 1862.

Wilhelm.

Der Justiz-Minister: Wächter-Spittler.

Der Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens: Golther.

Der Chef des Geheimen Cabinets: Maucier.

S. die in Nr. (94) angeführte Literatur. — Die Motive zu dem Gesetzwurfe in Dove, Zeitschrift l. c. Bd. II p. 71 ff. 199 ff.

Diess Gesetz wurde von der Kammer der Abgeordneten mit 66 gegen 13 Stimmen, und von der Kammer der Standesherrn mit 22 gegen 14 Stimmen angenommen.

Nr. 4831. (96.)

BADEN¹⁾. Landesherrliche Verordnung. — Bekanntmachung der Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhle zur Regelung der Angelegenheiten der kath. Kirche im Grossherzogthum. —

Badisches Regierungsblatt, Jahrg. 1859. Nr. 60.

Friedrich, von G. G. Grossherzog von Baden, etc.

Nr. 4831 (96). Wir haben Uns bewogen gefunden, zur Regelung der Angelegenheiten der
 Baden.
 5. Dec. 1859. katholischen Kirche in Unserem Grossherzogthum mit dem päpstlichen Stuhle Verhandlungen pflegen zu lassen, und es ist unter dem 28. Juni d. J. eine Vereinbarung zu Stande gekommen, welcher Wir in Anbetracht, dass die durch sie der katholischen Kirche eingeräumte grössere Selbstständigkeit in der Leitung ihrer Angelegenheiten Unser unveräusserliches obersthoheitliches Schutz- und Aufsichtsrecht nicht beeinträchtigt, unter dem Vorbehalte der ständischen Zustimmung zur Aenderung der der Vereinbarung entgegenstehenden Gesetzesbestimmungen Unsere höchste Genehmigung ertheilt haben. || Nachdem die Bulle, mit welcher nach der getroffenen Verabredung die abgeschlossene Convention als das Hauptstück der gesamten Vereinbarung verkündet werden soll, unter dem 10. October d. J. [recte 22. Sept.] von dem päpstlichen Stuhle erlassen worden ist, bringen Wir diese Bulle, die mit den Worten „Aeterni Pastoris vicario“ beginnt und die erwähnte Convention genau und vollständig enthält, hiemit zur allgemeinen Kenntniss. || Die betheiligten

¹⁾ Vergl. Nr. 4762—71 (29—36) und Nr. 4790—95 (55—60).

Ministerien sind, jedes in seinem Geschäftskreise, mit der Einleitung und An-^{Nr. 4831 (96).}
 ordnung des Vollzuges beauftragt. || Gegeben zu Karlsruhe in Unserem ^{Baden.}
 Staatsministerium, den 5. December 1859. ^{5. Dec. 1859.}

Friedrich.

von Meysenbug. von Stengel.

Auf S. K. H. höchsten Befehl:
 Schunggart.

(F. C. Rosshirt jun.) Die Vereinbarung zwischen der Krone Baden und dem heiligen Stuhle. Freiburg 1860. Bader, Die kath. Kirche im Grossherzogthum Baden. Freiburg 1860. H. Maas, Die badische Convention etc. in Moy, Archiv l. c. V p. 224 ff. und VI 263 ff., daselbst auch eine Besprechung der über das Concordat erschienenen Schriften. Brück, Die oberrhein. Kirchenprovinz l. c. p. 474 ff. — F. Haass, Die Gesetzgebung über die Regelung der kirchlichen Verhältnisse im Grossherzogthum Baden, in Dove's Zeitschrift Bd. II. p. 290 ff. Friedberg, Der Staat und die kathol. Kirche im Grossherzogthum Baden. Mit amtlichen Actenstücken. Leipzig 1871.

Das Concordat wurde auf der Basis der auch Württemberg von Seite der Curie übergebenen Grundlagen (s. dieselben Friedberg, Grenzen l. c. Beilage XVI) am 28. Juni abgeschlossen, durch die obenstehende landesherrliche Verordnung bekannt gemacht und den zu der Zeit versammelten Ständen zur Kenntnissnahme vorgelegt. Die zweite Kammer beschloss (30. März 1860) an den Grossherzog eine Adresse zu richten, in der sie bat, die Verordnung vom 5. Dec. 1859 ausser Wirksamkeit zu setzen. (S. Nr. 99.) Ehe diese Adresse überreicht werden konnte, erfolgte ein Wechsel des Ministeriums, und hierauf die von allen Ministern unterzeichnete grossherz. Proclamation vom 7. April 1860 (s. Nr. 100), welche die kirchlichen Verhältnisse im Wege der Gesetzgebung zu ordnen versprach. Nachdem auch die erste Kammer der Stände ihre Zustimmung zum Beschlusse der zweiten Kammer im Principe erklärt hatte (s. Nr. 99 Anmerkung), wurden den Ständen Gesetzentwürfe über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate und die dazu gehörenden Verhältnisse vorgelegt und den 9. October 1860 als Gesetz verkündet. (S. Nr. 102—106). — Als diese Gesetze, welche an die Stelle der Convention treten sollten, entworfen waren, richtete die Regierung unterm 14. Juni d. J. ein Schreiben an den Cardinal-Secretär Antonelli, dem eine ausführliche Denkschrift beilag, welche den Gang der Dinge darstellt, der zur Lossagung vom Concordate führte. Dieselbe erfuhr in einer Denkschrift des Card. Antonelli vom 26. Juli d. J. eine eingehende Erwiderung, welche die Regierung dann durch ein Schreiben vom 11. September d. J. beantwortete. (S. diese Denkschriften Moy, Archiv l. c. VI. p. 140—157.)

Nr. 4832. (97.)

RÖMISCHE CURIE. Die Bulle Aeterna Pastoris Vicario. — Confirmation des badischen Concordates. —

Lat. Orig. Nussi, Convent. p. 330. Deutsche Uebers. Badisches Regierungsblatt, Jahrg. 1859. Nr. 60.

Pius Bischof, Diener der Diener Gottes, zum immerwährenden Gedächtniss.

Nr. 4832 (97).

Röm. Curie.

22. Sept. 1859.

Die Verwaltung, welche Uns an Statt des Ewigen Hirten hier auf Erden sicherlich nicht nach Unserem Verdienste, aber nach dem unaussprechlichen Rathschlusse der göttlichen Vorsehung übertragen ist, erfordert, dass Wir alle Unsere Erwägungen und Bemühungen unablässig der Aufgabe widmen, das Wohl der gesamten Heerde des Herrn und den Nutzen der katholischen Kirche überall zu fördern. Wir haben deshalb Unsere apostolischen Sorgen und Gedanken mit allem Eifer den Kirchenprovinzen des Oberrheins zugewendet, damit dort Unsere heiligste Religion immer weiteres Wachsthum erlangen und von Tag zu Tag gedeiblicher und glücklicher wirken und blühen möge. Obgleich nämlich Unsere Vorgänger, verehrungswürdigen Andenkens, insbesondere Pius VII. in seiner apostolischen Bulle vom 17. September 1821. beginnend: „Provida solersque“ und Leo XII. durch eine andere Bulle vom 3. April 1827, anfangend: „Ad dominici gregis custodiam“ für die kirchlichen Angelegenheiten jener Provinzen und für das geistliche Wohl der dortigen Gläubigen sorgfältige Vorkehr zu treffen sich bestrebten, haben Wir doch wohl erkannt, dass Wir wegen veränderter Zeitverhältnisse andere Rathschlüsse fassen müssen, theils um die Wohlfahrt jener Gläubigen mehr zu fördern, theils um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die hauptsächlich in der neuesten Zeit sich erhoben hatten. Es gereichte uns daher zur grössten Freude, als der durchlauchtigste und erhabenste Königliche Fürst Friedrich, Grossherzog von Baden, von Uns verlangte, dass Wir die kirchlichen Angelegenheiten in seinem ganzen Grossherzogthume ordnen möchten. Demzufolge haben Wir, den Wünschen Seiner königlichen Hoheit, die schon lange auch Unsere innigsten Wünsche waren, bereitwilligst nachkommend, ohne jeglichen Verzug mit diesem erhabensten Fürsten eine Uebereinkunft schliessen zu sollen geglaubt. Und an dieses hochwichtige Werk alsbald Hand anlegend, haben Wir Unsern geliebten Sohn Johann Cardinalpriester Brunelli, ausgezeichnet durch Frömmigkeit, Gelehrsamkeit und Klugheit, ausgewählt und mit den nöthigen Vollmachten versehen, um mit dem geliebten Sohne Karl Brunner, Grossherzoglichem Staatsrath, der zu diesem Zweck von seinem erhabensten Fürsten abgesandt worden war, die ganze Sache sorgfältig zu verhandeln. Nachdem aber der genannte Cardinal von Uns zum Bischofe von Osimo und Cingoli ernannt worden war, haben Wir an seiner Statt Unseren geliebten Sohn Karl August Cardinalpriester von Reisach, hervorragend durch Frömmigkeit, Gelehr-

samkeit und Klugheit mit den geeigneten Instructionen und Vollmachten versehen, damit er die begonnene Verhandlung dieser hochwichtigen Angelegenheit mit dem genannten Karl Brunner eifrig fortsetze und abschliesse. Da aber dieser starb, wurden an seine Stelle von dem erhabensten Grossherzog von Baden der edle Herr Freiherr Christian Gustav von Berckheim, bevollmächtigter Minister und ausserordentlicher Gesandter bei diesem heiligen Stuhle und der geliebte Sohn Franz Karl Rosshirt, beider Rechte Doctor und Rath am obersten Gerichtshofe des Grossherzogthums Baden, als Bevollmächtigte ernannt, um mit Unserem geliebten Sohne dem Cardinal von Reischach das unternommene so wichtige Werk zum Ende zu führen. Und da Wir die ausgezeichnete Gerechtigkeit, Billigkeit und Hochherzigkeit des erhabensten Fürsten, des Grossherzogs von Baden, und Seine wohlwollenden Gesinnungen gegen Seine katholischen Unterthanen wohl kannten, so hofften Wir mit fester Zuversicht, dass mit Gottes Hilfe diese wichtige Angelegenheit den gewünschten Ausgang nehmen werde. Und Wir freuen uns lebhaft, dass diese Unsere Hoffnung nicht vergeblich war. Nach einer langen und sorgfältigen Berathung nämlich, wie die Wichtigkeit der Sache sie erforderte, wurde die Vereinbarung in mehreren Artikeln abgefasst und von Unseren ehrwürdigen Brüdern den Cardinälen der für ausserordentliche kirchliche Angelegenheiten eingesetzten Congregation geprüft, mit dem durchlauchtigsten und erhabensten Königlichen Fürsten Friedrich Grossherzog von Baden eingegangen und zum gewünschten Ausgange geführt. Nachdem die Artikel dieser Vereinbarung sowohl von Unserem als von dem Grossherzoglichen Bevollmächtigten am 28. Juni d. J. unterzeichnet und von Uns sorgfältigst erwogen waren, glaubten Wir eben diese Vereinbarung mit Unserer höchsten Auctorität bestätigen zu sollen, und Wir haben das Vertrauen, dass sie mit Gottes Segen zur grössten Wohlfahrt der Seelen und zum Besten der katholischen Kirche gereichen werde. [folgt das Concordat, die Confirmationsclausel wie bei Würtemberg Nr. 89 und die übliche Schlussclausel]

Nr. 4832(97).
Röm. Curie.
22. Sept. 1859.

Gegeben zu Rom bei dem heiligen Petrus am 22. Tage des Septembers im Jahre 1859 nach der Menschwerdung des Herrn, im vierzehnten Jahre Unseres Pontificats.

Marius Card. Mattei Prodatarius. — V. Card. Macchi.

Visa de Curia Dominicus Bruti.

J. Cugnomus.

Nr. 4833. (98.)

BADEN - RÖMISCHE CURIE. Das badische Concordat. Abgeschlossen Rom, 28. Juni, Ratificationen ausgewechselt August 1859. Kirchl. Publication 22. September, staatliche 5. December 1859.

Lat. Orig. Nussi, Convent. p. 331 ff. Deutsche Uebers. Badisches Regierungsbl. Jahrg. 1859. Nr. 60.

Vereinbarung zwischen Papst Pius IX. und dem Grossherzog
Friedrich von Baden.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreifaltigkeit.

Nr. 4833 (98).
Baden-
Röm. Curie.
28. Juni 1859.

Seine Heiligkeit Papst Pius IX. und Seine königliche Hoheit Friedrich, Grossherzog von Baden, haben, um die Angelegenheiten der römisch-katholischen Kirche im Grossherzogthum Baden zu ordnen, zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich Seine Heiligkeit der Papst Seine Eminenz den Herrn Carl August von Reisach, Cardinalpriester der heiligen römischen Kirche vom Titel der heil. Anastasia. || Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Baden den edlen Herrn Christian Gustav Freiherrn von Berckheim, Allerhöchst Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim heiligen Stuhle, und den Herrn Franz Karl Rosshirt, beider Rechte Doctor, Allerhöchst Ihren Oberhofgerichtsrath. || Diese Bevollmächtigten sind, nachdem sie ihre authentischen Bevollmächtigungs-Urkunden ausgewechselt und richtig befunden hatten, über nachstehende Artikel übereingekommen: || Art. I. In Betreff der Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles von Freiburg, der Canonicate und Präbenden an der Domkirche bleibt es lediglich bei dem mit dem heiligen Stuhle vereinbarten Verfahren. || Art. II—VIII [übereinstimmend mit dem unter Nr. 4824 (89) mitgetheilten württembergischen Concordate Art. I—VIII zweiter Absatz.] || Art. IX. So lange aber ein Seminar nach erwähnter Vorschrift nicht errichtet ist, willigt der heilige Stuhl der besonderen Umstände wegen ein, dass die Candidaten der Theologie inzwischen an der Universität Freiburg studiren, und ein theologisches Collegium oder Convict, wie es schon früher bestand, wieder errichtet werde. || Die Leitung und Beaufsichtigung dieses Convictes steht dem Erzbischofe zu. Derselbe wird daher die Hausordnung vorschreiben, die Mitglieder der öconomischen Verwaltung des Collegiums vorgesetzten Commission, sowie den Vorsteher, die Repetenten und den Oeconomen ernennen, deren Amtsführung leiten und kann, wenn er es für nothwendig erachtet, sie ihres Amtes entlassen. Ohne seine Einwilligung soll kein Alumne aufgenommen werden; bereits aufgenommene Alumnen kann er, wenn es nothwendig ist, jeder Zeit entlassen. In dieses Convict kann der Erzbischof auch Solche aufnehmen, die er im Hinblick darauf, dass sie sich der geistlichen Laufbahn widmen, an der

Universität in den philosophischen Wissenschaften weiter ausgebildet wissen möchte. || Der heilige Stuhl giebt seine Zustimmung, dass der Erzbischof auf die Unterhaltung dieses Convictes jene Summe zu verwenden fortfahre, welche derselbe bisher hierauf aus für das Seminar bestimmten Mitteln zu verwenden pflegte, wofern nur aus den allgemeinen kirchlichen und aus anderen für den katholischen Religionstheil bestimmten Fonds die bisherigen Beträge fortan geleistet werden, und wenn sie nicht ausreichen, der nach Verständigung mit dem Erzbischofe für nöthig erachtete Zuschuss gewährt wird. || Die Alumnen dieses Convictes werden, nachdem sie ihre Studien auf der Universität vollendet haben, in das sogenannte Priesterseminar zu St. Peter bei Freiburg aufgenommen werden und daselbst verbleiben, bis sie die Priesterweihe erlangt haben. Der Erzbischof wird dieses Seminar mit vollem und freiem Rechte leiten, wie das nach Vorschrift des Concils von Trient künftig zu errichtende Seminar, von welchem in dem vorigen Artikel die Rede ist. || Art. X. Da die grossherzogliche Regierung behufs einer guten Erziehung der katholischen Jugend einige Convicte an solchen Orten zu errichten beabsichtigt, an welchen bereits für Katholiken bestimmte öffentliche Lyceen oder Gymnasien bestehen, so können inzwischen und so lange Knabenseminare nicht errichtet sind, in jenen Convicten unter anderen Zöglingen auch diejenigen Knaben und Jünglinge aufgenommen werden, welche sich dem geistlichen Stande widmen wollen. || Die Statuten und Vorschriften für diese Convicte sollen im Einvernehmen zwischen der Grossherzoglichen Regierung und dem Erzbischofe festgestellt und wenn dies nöthig fällt, auf gleiche Weise geändert werden. || Die Vorsteher und Repetenten werden, und zwar ebenfalls nur im Einvernehmen mit dem Erzbischofe, aus dem Stande der Geistlichen gewählt werden. Alle Uebrigen, welche bei diesen Convicten einen Dienst bekleiden, müssen Katholiken sein. || Unter die Zöglinge können nur katholische Knaben und Jünglinge aufgenommen werden. Sie haben eine Prüfung zu bestehen, der ein Abgeordneter des Bischofs beiwohnen wird. Es wird ferner Niemand ohne des Erzbischofes Einwilligung in das Convict aufgenommen werden, und eben so kann Niemand in demselben bleiben, dessen Entfernung der Erzbischof für nöthig erachtet. || Alle Lehrerstellen an den betreffenden Gymnasien und Lyceen werden mit Katholiken besetzt werden. || Sollte der Erzbischof dafür halten, dass hinsichtlich der Lehrer und der an den Convicten angestellten Personen oder hinsichtlich des Lehrganges oder der Disciplin Grund zu Ausstellungen vorliege, so wird die grossherzogliche Regierung thunlichst dafür Sorge tragen, dass den Ausstellungen und Wünschen des Erzbischofs Genüge geschehe. || Ferner wird dem Erzbischofe freistehen, alles dasjenige zu ordnen und zu bestimmen, was auf die religiöse Erziehung und Unterweisung der Alumnen im Convicte Bezug hat, und darüber zu wachen, dass in keinem Unterrichtszweige etwas vorkomme, was dem katholischen Glauben und der sittlichen Reinheit zuwiderläuft. Ferner wird es ihm zustehen, diese Convicte zu visitiren, zu deren Prüfungen Bevollmächtigte zu schicken und von den

Nr. 4833 (98):
Baden-
Röm. Curie.
28. Juni 1856.

Nr. 4833 (98). **Baden-
Röm. Curie.
28. Juni 1859.** Vorgesetzten periodische Berichte einzufordern. || Art. XI. Die katholische theologische Fakultät an der Universität Freiburg steht, in Bezug auf das kirchliche Lehramt, unter Leitung und Aufsicht des Erzbischofes. Demnach kann derselbe den Professoren und anderen Lehrern die Ermächtigung und Sendung zu theologischen Lehrvorträgen ertheilen und nach seinem Ermessen wieder entziehen, ihnen das Glaubensbekenntniss abnehmen, auch ihre Hefte und Lehrbücher seiner Prüfung unterwerfen. || Art. XII. Das Vermögen, welches die Kirche als ihr Eigenthum besitzt oder in Zukunft erwerben wird, soll stets unverletzt erhalten werden; es unterliegt dasselbe indessen den öffentlichen Lasten und Abgaben, sowie den allgemeinen Gesetzen des Grossherzogthums gleich anderem Eigenthum. || Das Kirchenvermögen wird im Namen der Kirche unter Aufsicht des Erzbischofes von denjenigen verwaltet, welche nach Vorschrift der Kirchengesetze, oder nach dem Herkommen, oder in Folge eines Privilegiums, oder endlich durch eine besondere Bestimmung des Stifters zu solcher Verwaltung berufen sind. Alle Verwalter aber sind gehalten, jährlich dem Erzbischofe oder dessen Bevollmächtigten Rechenschaft über ihre Verwaltung abzulegen, mögen sie auch auf Grund der oben angeführten Titeln Anderen gegenüber die gleiche Verpflichtung haben. Unter den obwaltenden besonderen Umständen und in der Voraussetzung, dass die Staatskasse, wenn es nothwendig ist, zu den allgemeinen und örtlichen Kirchenbedürfnissen Beiträge leistet, soll bei Fortdauer der dermaligen Verhältnisse behufs der Erhaltung des Kirchenvermögens, sowie hinsichtlich der Verwaltung desselben alles dasjenige beobachtet werden, was in den folgenden Artikeln festgesetzt ist. || Art. XIII. Die Güter kirchlicher Stiftungen können ohne Zustimmung der Kirchengewalt weder verkauft oder vertauscht, noch in Emphyteuse gegeben, oder mit Pfand- und anderen Lasten beschwert, noch im Vergleichswege veräussert, noch endlich über neun Jahre verpachtet werden; auch können ohne die gleiche Zustimmung die Erträgnisse aus solchen Gütern niemals eine den Stiftungszwecken fremde Bestimmung erhalten. Der heilige Stuhl willigt dazu ein, dass, wenn Kirchengüter veräussert, oder mit neuen Lasten belegt, oder wenn ihre Erträgnisse in einer den Stiftungszwecken nicht entsprechenden Weise verwendet werden sollen, hiezu stets die Zustimmung der Grossherzoglichen Regierung eingeholt werden müsse. || Art. XIV. Das Vermögen des Erzbischöflichen Tisches, das des Domcapitels, das der Metropolitankirche, sowie das des Seminars wird vom Erzbischofe, beziehungsweise dem Domcapitel, frei nach Massgabe der canonischen Satzungen verwaltet werden; in gleicher Weise wird auch alles Dasjenige verwaltet werden, was an solchem Vermögen erspart und in Folge der Erledigung des Erzbischöflichen Stuhles, sowie anderer Pfründen der Metropolitankirche erübrigt wird, oder was dem betreffenden Vermögen durch neue Stiftungen von Privatpersonen bereits zugefallen ist und künftighin zufallen wird. || Die Grundstücke und ständigen Fonds, welche von der Grossherzoglichen Regierung zur Ausstattung der Metropolitankirche bereits hingegeben wurden oder in

Zukunft werden hingegeben werden, können ohne Zustimmung der Grossherzog-
 lichen Regierung weder veräussert noch irgend wie belastet werden. Nichts
 steht entgegen, dass die Grossherzogliche Regierung von Zeit zu Zeit davon
 Kenntniss nehmen könne, ob die fraglichen Vermögenstheile in ihrem Bestand
 erhalten seien. || Art. XV. Das Vermögen der sogenannten Landcapitel wird
 von diesen selbst unter alleiniger Aufsicht des Erzbischofes verwaltet. ||
 Art. XVI. Sämmtliches Vermögen der Kirchenfabriken und anderer kirch-
 licher Ortsstiftungen kann auch fernerhin durch die hierzu geordneten Com-
 missionen in den einzelnen katholischen Gemeinden auf die im Lande ein-
 geführte bisherige Weise verwaltet werden, wofern nur die Verwaltung im
 Namen der Kirche geschieht und die Pfarrer sowie die übrigen Geistlichen
 das Amt, welches sie in jenen Commissionen zu führen haben, kraft der dem
 Erzbischofe zustehenden Amtsgewalt und in seinem Auftrage üben. || Ausser-
 dem müssen diejenigen, welche von den Katholiken eines jeden einzelnen
 Ortes in die gedachte Commission gewählt werden, und auch der von dieser
 Commission selbst zu erwählende Rechner sowohl von der Grossherzoglichen
 Regierung als vom Erzbischofe beziehungsweise von den Bevollmächtigten
 Beider bestätigt sein. Die von ihnen geführte Verwaltung wird von den vom
 Erzbischofe hiezu aufgestellten Decanen, sowie von den Staatsverwaltungs-
 behörden gemeinschaftlich beaufsichtigt werden. || Art. XVII. Das Vermögen
 der kirchlichen Distriktsstiftungen wird von den Commissionen verwaltet.
 Dieselben müssen aus Katholiken bestehen, die zur Hälfte von der Gross-
 herzoglichen Regierung, zur Hälfte vom Erzbischofe gewählt werden, und die
 sämmtlich beiden Theilen genehm sein müssen. Der Vorsteher, den eine jede
 dieser Commissionen haben wird, soll von der betreffenden Commission selbst
 gewählt werden; der der letzteren unterstehende Rechner muss sowohl von
 der Grossherzoglichen Regierung als von dem Erzbischofe bestätigt sein. |
 Art. XVIII. Ausserdem wird eine gemischte Commission gebildet werden,
 welche im Namen der Kirche die Verwaltung des Intercalarfonds, sowie der
 übrigen allgemeinen kirchlichen Fonds zu überwachen, und welche zugleich
 die Oberaufsicht über die Verwaltung sämmtlicher kirchlicher Fonds des
 Grossherzogthums zu führen hat. Diese Commission wird sowohl im Namen
 des Erzbischofs als der Grossherzoglichen Regierung von allen einzelnen Ver-
 waltern sich Rechnung stellen lassen und über eine jede einzelne Verwaltung
 den geeigneten Bescheid ertheilen. Welche Fonds als allgemeine kirchliche
 Fonds zu betrachten seien, wird im gegenseitigen Einverständnisse der Gross-
 herzoglichen Regierung und des Erzbischofes festgesetzt werden. || Art. XIX. Jene
 gemischte Commission wird aus Katholiken bestehen, die zur Hälfte von der
 Grossherzoglichen Regierung, zur Hälfte von dem Erzbischofe gewählt werden
 und sämmtlich beiden Theilen genehm sein müssen. Die Commission soll
 einen Vorsteher katholischer Religion haben, und es wird einerseits der Gross-
 herzoglichen Regierung, andererseits dem Erzbischofe die Befugniss zustehen,
 solche Männer in Vorschlag zu bringen, welche von dem einen oder anderen

Nr. 4833 (98). Theil zur Führung des fraglichen Amtes für geeignet erachtet werden. Der-
 Baden-
 Röm. Curie. jenige wird dieses Amt führen, der sowohl von der Grossherzoglichen Regie-
 28. Juni 1859. rung als vom Erzbischofe im gegenseitigen Einvernehmen gewählt und ernannt
 werden wird. Von Seiten des Staates wird derselbe Mann zum Vorsther
 desjenigen anderen Collegiums bestellt werden, welchem die Leitung der
 katholischen Schulen des Grossherzogthums übertragen ist, und welchem zu-
 gleich die Aufsicht über die Verwaltung des im Grossherzogthume für den
 katholischen Religionstheil bestimmten Vermögens obliegt. || Die Art und
 Weise, in welcher die gemischte Commission ihr Amt zu führen hat, wird
 von der Grossherzoglichen Regierung und dem Erzbischofe im gegenseitigen
 Einvernehmen festgesetzt werden. || Ebenso werden die Verwalter der Inter-
 calarfonds, und der anderen allgemeinen kirchlichen Fonds, von welchen im
 Artikel XVIII die Rede ist, aus Katholiken im gegenseitigen Einverständnisse
 der Grossherzoglichen Regierung und des Erzbischofes gewählt werden. |
 Art. XX. Dem Erzbischofe wird es freistehen, von dem Stande, der Ver-
 waltung, der Natur und den Lasten einer jeden kirchlichen Stiftung Kenntniss
 zu nehmen, auch die Urkunden, welche sich auf eine solche Stiftung beziehen,
 einzusehen, damit nach sorgsamer Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse
 im gegenseitigen Einverständnisse der Grossherzoglichen Regierung und des
 Erzbischofes eine genaue Norm festgestellt werden könne, nach welcher die
 Verwaltung einer jeden kirchlichen Stiftung zu führen ist und die Einkünfte
 derselben jährlich zu verwenden sind. Diese Norm muss die gemischte Com-
 mission bei Führung ihres Amtes überhaupt, und insbesondere bei Prüfung
 der Rechnungen stets vor Augen haben und befolgen. Bei Feststellung der
 in den einzelnen Kirchen für den Cultus zu verwendenden Summen soll auf
 die Forderungen und Wünsche des Erzbischofes besondere Rücksicht ge-
 nommen werden, und es soll dann demselben allein zustehen, zu bestimmen,
 wie die festgesetzten Summen zu verwenden seien, damit der Cultus der Ord-
 nung gemäss eingerichtet und befördert werde. Will der Erzbischof Renten-
 überschüsse für ausserordentliche Cultusbedürfnisse verwendet wissen, so wird
 er sich mit der Grossherzoglichen Regierung ins Benehmen setzen. |
 Art. XXI. Die Pfründen werden unter Aufsicht der gedachten gemischten
 Commission von ihren Inhabern nach Vorschrift der Kirchengesetze verwaltet
 werden. Sind Pfründen erledigt, so wird deren Vermögen von den Kämmerern
 der Landkapitel, oder sofern der Erzbischof mit der Grossherzoglichen
 Regierung sich über andere Personen einigen sollte, von diesen verwaltet, und
 es werden die Einkünfte einer jeden unbesetzten Pfründe, welche nach Er-
 füllung der der letzteren obliegenden Verbindlichkeiten übrig bleiben, dem
 Intercalarfond einverleibt werden, wenn sie nicht wegen der an einzelnen
 Orten bestehenden besonderen Verhältnisse zur Vermehrung des Pfründe-
 vermögens selbst, oder zu nützlichen oder nothwendigen Verwendungen für
 die Kirche des betreffenden Ortes zu bestimmen sind. || Art. XXII—XXIV
 [übereinstimmend mit dem unter Nr. 4824 (89) mitgetheilten württembergischen

Concordat Art. XI—XIII.] || Gegeben zu Rom am achtundzwanzigsten Juni im Jahre des Heils eintausend achthundert neunundfünfzig.

Nr. 4833 (98).
Baden-
Röm. Curie.
28. Juni 1859.

Karl August Card. von Reisach. Christian Gustav Freiherr von Berckheim. Franz Karl Rosshirt.

Diese Uebereinkunft erhielt Ergänzungen und Erläuterungen a) durch die päpstliche Instruction an den Erzbischof, b) durch die Noten der beiderseitigen Bevollmächtigten, welchen die gleiche Kraft wie der Vereinbarung selbst zukommen sollte. (S. diese Actenstücke im Original Nussi, Conventiones p. 400—417 und in deutscher Uebers. Walter, Fontes p. 384 ff.)

Nr. 4834. (99.)

BADEN. Adresse der zweiten Kammer der Stände an den Grossherzog. — Bitte die Verordnung vom 5. Dec. und damit das Concordat selbst ausser Wirksamkeit zu setzen. —

Verhandlungen der II. bad. Kammer (40. Sitzung). Karlsruhe 1860.

Ew. Königliche Hoheit wolle gnädigst geruhen, die allerhöchstlandes-^{Nr. 4834 (99).} herrliche Verordnung vom 5. Dec. v. J., welche die päpstliche Bulle und die ^{Baden.} in diese aufgenommene Vereinbarung mit dem heil. Stuhle vom 28. Juni v. J. ^{30. März 1860.} enthält, mit letzterer ausser Wirksamkeit zu setzen, beziehungsweise nicht in Wirksamkeit treten zu lassen.

Diese Adresse wurde mit 45 gegen 15 Stimmen angenommen. Die Kammer stützte sich dabei auf den §. 67 der Verfassung, welcher ausspricht: „Die Kammern haben das Recht der Vorstellung und Beschwerde; Verordnungen, worinnen Bestimmungen eingeflossen, wodurch sie ihr Zustimmungsrecht für gekränkt crachten, sollen auf ihre erhobene gegründete Beschwerde sogleich ausser Wirksamkeit gesetzt werden.“ — Am 15. Mai d. J. fasste die erste Kammer in Beziehung auf diese an sie gelangte Adresse mit 13 gegen 8 Stimmen den Beschluss „dass auch die erste Kammer sich gegen eine Ordnung der Verhältnisse der kathol. Kirchengewalt im Grossherzogthum durch einen ohne ständische Zustimmung abgeschlossenen Vertrag mit dem päpstlichen Stuhle ausspreche, — dass aber bei dem Umstand, dass in dem allerhöchsten Manifest vom 7. April d. J. die Absicht der Staatsregierung feierlich verkündet worden ist, die Rechtsstellung der Kirche im Wege der Gesetzgebung und somit unter Theilnahme der Stände zu regeln, ein Beitritt zu der von der II. Kammer beschlossenen Adresse zum Zweck ihrer förmlichen Ueberreichung nicht mehr als passend erscheine, wesshalb unter ausdrücklicher Hinweisung auf diese Gründe auf Uebergang zur Tagesordnung angetragen werde.“ (S. Verhandlungen der I. Kammer über die Convention mit dem päpstl. Stuhle. Karlsruhe 1860.) — Ueber diesen Widerstand der Kammern gegen das

Nr. 4834 (99).
Baden.
30. März 1860.

Concordat sagt die Regierung in dem früher angeführten Schreiben an den Card. Antonelli vom 11. Sept. 1860 „Der Widerstand der Kammern ist durch deren Beschluss zu einer vollendeten Thatsache geworden, welcher — berechtigt oder unberechtigt — von der grossherzogl. Regierung selbst durch eine Auflösung der Ständeversammlung nicht zu ändern war, sondern ihr nur noch die schwierige Frage überliess, was diesem Widerstande gegenüber zu thun vom politischen und rechtlichen Standpunkte aus für Staat und Kirche rathsam sei, um nach zwei Seiten hin den Frieden zu erhalten. Eben diese Situation hat der päpstliche Stuhl, wie uns scheint, keineswegs in gehöriger Weise gewürdigt. Die Opposition der Stände wird in der Entgegnung desselben als etwas ganz Unerhebliches, weil Unberechtigtes, behandelt und die Lage der Regierung so betrachtet, als ob es nichtsdestoweniger in ihrem freien Belieben stehe und darum auch ihre Pflicht sei, den Vertrag zu vollziehen. Und doch ist es einleuchtend, dass mit dem Versuche, den Widerstand der Kammer als unberechtigt darzustellen, die Thatsache des Widerstandes selbst nicht beseitigt werden kann. Ein solcher Versuch ist nach dem jetzigen Stand der Sache ein völlig unfruchtbares Unternehmen Eine Zumuthung an die grossherzogliche Regierung, den Vertrag auch jetzt noch gegen den ausgesprochenen Willen der Stände zu vollziehen, lässt sich nur durch Misskennen der constitutionellen Verhältnisse und der wahren Stimme des Landes erklären. Einem solchen Ansinnen könnte nur dadurch entsprochen werden, dass die grossh. Regierung an die Stelle der constitutionellen Rechte die Gewaltthat setzt und damit Gefahren für Staat und Kirche heraufbeschwört, die der päpstliche Stuhl im gegenwärtigen Augenblick am wenigsten unterschätzen und deren Abwendung ihm unseres Erachtens nicht minder als der grossherzogl. Regierung am Herzen liegen sollte.“

Nr. 4835. (100.)

BADEN. Proclamation des Grossherzogs. — Erklärt die Kirchenverhältnisse im Wege der Gesetzgebung ordnen zu wollen. —

Badisches Regierungsblatt. Jahrg. 1860. Nr. 16.

Friedrich, von G. G. Grossherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nr. 4835(100).
Baden.
7. April 1860.

In einem ernsten Augenblicke, der manche Gemüther mit bangen Zweifeln erfüllt, ergreife Ich Mein schönstes Vorrecht, und richte aus der Tiefe des Herzens Friedensworte an Mein theures Volk. || Beklagenswerthe Irrungen mit dem Oberhirten der katholischen Kirche des Landes bewogen Mich, durch unmittelbare Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle eine Ausgleichung anzubahnen, von dem innigen Wunsche beseelt, an die Stelle des Streites Eintracht und an die Stelle gegenseitiger Erbitterung Wohlwollen und Frieden treten zu lassen. || Nach langen und mühevollen Verhandlungen wurde eine

Uebereinkunft abgeschlossen, welche zur Erreichung dieses Zieles Hoffnung gab. || Mit tiefer Betrübniß erfüllte Mich die Wahrnehmung, dass die getroffene Uebereinkunft Viele Meines Volkes in Besorgniß versetzte, und den lauten Bedenken, ob nicht die verfassungsmässigen Organe darüber zu hören seien, konnte Ich Meine ernste Aufmerksamkeit nicht versagen. || Ein Beschluss der zweiten Kammer Meiner getreuen Stände hat diesen Bedenken einen Ausdruck gegeben, der einen verhängnißvollen Verfassungsverstreit zwischen Meiner Regierung und den Ständen befürchten liess. || Dass ein solcher Streit umgangen und die Rechtsunsicherheit vermieden werde, welche aus einem Zwiespalt der gesetzgebenden Gewalten hervorgehen müsste, fordern nicht minder die Interessen der katholischen Kirche, als die Wohlfahrt des Landes. || Es ist Mein entschiedener Wille, dass der Grundsatz der Selbstständigkeit der kathol. Kirche in Ordnung ihrer Angelegenheiten zur vollen Geltung gebracht werde. Ein Gesetz, unter dem Schutze der Verfassung stehend, wird der Rechtsstellung der Kirche eine sichere Grundlage verbürgen. In diesem Gesetze und den darauf zu bauenden weiteren Anordnungen wird der Inhalt der Uebereinkunft seinen berechtigten Ausdruck finden. || So wird Meine Regierung begründeten Forderungen der katholischen Kirche auf verfassungsmässigem Wege gerecht werden, und, in schwerer Probe bewährt, wird das öffentliche Recht des Landes eine neue Weihe empfangen. || Es ist Mir heute eine eben so werthe Pflicht, von Meiner eigenen Mir theuern Kirche zu reden. Den Grundsätzen getreu, welche für die katholische Kirche Geltung erhalten sollen, werde Ich darnach streben, der evangelisch-protestantisch-unirten Landeskirche auf der Grundlage Ihrer Verfassung eine möglichst freie Entwicklung zu gewähren. || Ich wünsche, dass der gleiche Grundsatz auch auf anderen Gebieten des Staatslebens fruchtbar werde, um alle Theile des Ganzen zu dem Einklange zu vereinen, in welchem die gesetzliche Freiheit ihre segensbringende Kraft bewähren kann. || An den erprobten Patriotismus und ernsten Bürgersinn Meines Volkes richte Ich nun die Mahnung, alle Trennungen zu vergessen, welche die jüngste Zeit hervorgerufen hat, damit unter den verschiedenen Confessionen und ihren Angehörigen Eintracht und Duldung herrsche, wie sie die christliche Liebe uns Alle lehrt. Manche Gefahren können Unser Vaterland bedrohen. Das Einzige, was stark macht, ist Einigkeit. || Ohne Hass über Gegensätze, welche der Vergangenheit angehören müssen, stehet fest in dem Vertrauen zu einer Zukunft, die Niemand verletzen will, weil sie gegen Alle gerecht sein will. || Gegeben zu Karlsruhe, den 7. April 1860.

Nr. 4885
(100).
Baden.
7. April 1860.

Friedrich.

Stabel. Ludwig. Nüsslin. A. Lamey. Vogelmann.

Auf S. K. H. höchsten Befehl: Schunggart.

Nr. 4835
(100).
Baden.
7. April 1860.

Gegen diese Proclamation richtete der Erzbischof von Freiburg eine Vorstellung an den Grossherzog (21. April), worin gesagt wird „Wenn auch für das neu zu gebende Gesetz der Grundsatz der Selbstständigkeit der Kirche in Aussicht gestellt wird, so tritt doch dagegen schon im Voraus das Bedenken ein, dass Religionssachen und confessionelle Fragen sich überhaupt zu Kammerverhandlungen nicht eignen, sowie auch nach der Reichsgesetzgebung in solchen Dingen keine Mehrheitsabstimmung, sondern nur Itio in partes und Vereinbarung stattfand, dasselbe auch nach dem Bundesrechte der Fall ist . . .“ „Ew. Königl. Hoheit haben diesen Vertrag zu ratificiren und zum Vollzug publiciren zu lassen geruht. Das Oberhaupt der kath. Kirche hat das Gleiche gethan. Die Convention ist hiernach für alle Katholiken Badens ein von der höchsten kirchlichen Autorität ausgehendes Kirchengesetz, und die darin garantirten Rechte der Kirche sind wohl erworbenene Rechte. Der Oberhirt der kath. Kirche in Baden und mit ihm der Klerus und die Katholiken haben hiernach einerseits die Pflicht, die in der Convention vertragsmässig gewährten Rechte der Kirche, so weit sie es vermögen, zum Vollzug zu bringen; und andererseits kann das wohl erworbenene Recht der Kirche ihr nur durch ihre Mitwirkung wieder entzogen werden.“ In einem Schreiben an den Klerus vom 21. April d. J. führte der Erzbischof diese Sätze dann weiter aus. Die Regierung beantwortete diese Schriftstücke unter dem 7. Mai d. J. „In Folge dieses allerhöchsten Auftrages haben wir Ew. Excell. zu eröffnen, dass die Fragen des Staatsrechtes in dem Grossherzogthum nicht von den Unterthanen Sr. K. H. des Grossherzogs, welche Stellung diese auch bekleiden mögen, entschieden werden, sondern von den verfassungsmässigen Organen und in nächster Instanz von dem durchlaucht. Landesherrn selbst in freier Entschliessung kraft der ihm allein zustehenden Souveränität . . . Die gänzliche Verken- nung der Stellung eines Unterthans aber, welche sich in dem Rundschreiben Ew. Excell. v. 21. v. M. ausspricht, müssen wir entschieden als unstatthaft zurückweisen. Wir wollen uns damit begnügen, unser Bedauern über diesen Vorgang auszusprechen, welcher wiederholt darthut, dass Ew. Excell. der Ansicht ist, für die kath. Kirchengewalt eine Stellung ausserhalb der Verfassung des Landes in Anspruch nehmen zu dürfen . . .“ (S. Moy, Archiv l. c. VI p. 124 ff., daselbst p. 126 ff. das Antwortschreiben des Erz- bischofes).

Nr. 4836. (101.)

BADEN. Gesetz, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirch- lichen Vereine im Staate betreffend.

Badisches Regierungsblatt. Jahrg. 1860. Nr. 51.

Friedrich, von G. G. Grossherzog von Baden, etc.

Nr. 4836
(101).
Baden.
9. Oct. 1860.

In Ausführung der durch Unsere Proclamation vom 7. April d. J. ge- gebenen Zusicherung, welche den beiden Kirchen Unseres Landes eine freie und selbstständige Stellung unter der Gewähr einer auf verfassungsmässigem

Wege erlassenen Gesetzgebung verheisst, und im Hinblick auf die Bestimmungen der §§. 18 und 20 der Verfassungsurkunde haben Wir mit Zustimmung Unserer getreuen Stände beschlossen und verordnen, wie folgt: ||

Nr. 4836
(101).
Baden.
9. Oct. 1860.

I. Allgemeine Bestimmungen. || §. 1. Der vereinigten evangelisch-protestantischen und der römisch-katholischen Kirche ist das Recht öffentlicher Korporationen mit dem Rechte der öffentlichen Gottesverehrung gewährleistet. || §. 2. Die Befugnisse der übrigen Religionsgemeinschaften, welche bisher aufgenommen oder geduldet waren, richten sich nach den ihnen ertheilten besondern Verwilligungen. || §. 3. Die Bildung religiöser Vereine ist gestattet. || Ihre Verfassung und ihr Bekenntniss darf den Staatsgesetzen und der Sittlichkeit nicht widersprechen. || Es steht ihnen das Recht der freien gemeinsamen Gottesverehrung unter dem Schutze des Staates zu. || §. 4. Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniss. || Für jede nach den Staatsgesetzen zulässige Ehe muss eine rechtliche Form der Eingehung durch das Gesetz gewährt sein. || §. 5. Diejenigen, welchen nach den bürgerlichen Gesetzen die Erziehungsrechte zustehen, haben zu bestimmen, in welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen. || Die näheren Verfügungen bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten. || §. 6. Das öffentliche Unterrichtswesen wird vom Staate geleitet. || Andere Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht der Staatsregierung. || **II. Besondere Bestimmungen über die rechtliche Stellung der vereinigten evangelisch-protestantischen und der römisch-katholischen Kirche.** || §. 7. Die vereinigte evangelisch-protestantische und die römisch-katholische Kirche ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten frei und selbstständig. || Der Verkehr mit den kirchlichen Obern ist ungehindert. || §. 8. Die Kirchenämter werden durch die Kirchen selbst verliehen, unbeschadet der auf öffentlichen oder auf Privatrechtstiteln wie insbesondere dem Patronate beruhenden Befugnisse. || §. 9. Die Kirchenämter können nur an Solche vergabt werden, welche das badische Staatsbürgerrecht besitzen oder erlangen und nicht von der Staatsregierung unter Angabe des Grundes als ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung missfällig erklärt werden. || Die Zulassung zu einem Kirchenamt ist regelmässig durch den Nachweis einer allgemein wissenschaftlichen Vorbildung bedingt. || Der Umfang derselben und die Art des Nachweises werden durch eine Verordnung bestimmt. || §. 10. Das Vermögen, welches den kirchlichen Bedürfnissen, sei es des ganzen Landes oder gewisser Distrikte oder einzelner Orte gewidmet ist, wird unbeschadet anderer Anordnungen durch die Stifter, unter gemeinsamer Leitung der Kirche und des Staates verwaltet. || Bei der Verwaltung des kirchlichen Distrikts- und Ortsvermögens müssen die berechtigten Gemeinden vertreten sein. || §. 11. Ohne Genehmigung der Staatsregierung kann kein religiöser Orden eingeführt und keine einzelne Anstalt eines eingeführten Ordens errichtet werden. || Diese Genehmigung ist widerruflich. || §. 12. Den Religionsunterricht überwachen und besorgen die Kirchen für ihre Angehörigen, jedoch unbeschadet der ein-

Nr. 4826
(101).
Baden.
9. Oct. 1860.

heitlichen Leitung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten. || Die Kirchen sind befugt, Bildungsanstalten für Diejenigen, welche sich dem geistlichen Stande widmen, zu errichten. || §. 13. In ihren bürgerlichen und staatsbürgerlichen Beziehungen bleiben die Kirchen, deren Anstalten und Diener den Staatsgesetzen unterworfen. || Keine Kirche kann aus ihrer Verfassung oder ihren Verordnungen Befugnisse ableiten, welche mit der Hoheit des Staats oder mit den Staatsgesetzen im Widerspruch stehen. || §. 14. Das den kirchlichen Bedürfnissen und Anstalten gewidmete Vermögen unterliegt den Gesetzen des Staats, insbesondere auch jenen über die öffentlichen Abgaben und Lasten. || §. 15. Keine Verordnung der Kirche, welche in bürgerliche oder staatsbürgerliche Verhältnisse eingreift, kann rechtliche Geltung in Anspruch nehmen oder in Vollzug gesetzt werden, bevor sie Genehmigung des Staats erhalten hat. || Alle kirchlichen Verordnungen müssen gleichzeitig mit der Verkündigung der Staatsregierung mitgetheilt werden. || §. 16. Verfügungen und Erkenntnisse der Kirchengewalt können gegen die Freiheit oder das Vermögen einer Person wider deren Willen nur von der Staatsgewalt und nur unter der Voraussetzung vollzogen werden, dass sie von der zuständigen Staatsbehörde für vollzugsreif erklärt worden sind. || III. Schlussbestimmung. || §. 17. Das I. Konstitutionsedikt vom 14. Mai 1807 und alle Gesetze und Verordnungen, die mit obigen Bestimmungen nicht vereinbar sind, werden aufgehoben. || Die landesherrlichen Patronate und die Verordnungen über die Verwaltung des kirchlichen Vermögens bleiben in ihrer bisherigen Wirksamkeit, bis im Wege der Verordnung ihre Aufhebung in Vollzug gesetzt wird. || Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 9. October 1860.

Friedrich.

Stabel. A. Lamey.

Auf S. K. H. h. Befehl: Schunggart.

E. Friedberg, Der Staat und die kath. Kirche im Grossherzogthum Baden. Leipzig 1871. Julius Jolly, Die badischen Gesetzentwürfe über die kirchlichen Verhältnisse. Karlsruhe 1860. Denkschrift des Erzbischofs v. Freiburg in Betreff der von der grossherzoglich bad. Staatsregierung der II. Kammer der Landst. am 22. Mai 1862 vorgelegten Gesetzentwürfe. Freiburg 1860, auch in Moy, Archiv l. c. VI. p. 47—132. Beleuchtung der Denkschrift des Herrn Erzbischof von Freiburg etc. Karlsruhe 1860. S. die in Nr. 96 angegebenen Werke. — Die Commissionsberichte und Verhandlungen der beiden Kammern über diese Gesetzentwürfe erschienen in besonderem Abdrucke Karlsruhe 1860.

Das oben mitgetheilte Gesetz wollte die Regierung unter den Schutz der Verfassung stellen. Der deshalb den Ständen mitgetheilte und von der II. Kammer angenommene Gesetzentwurf (2) blieb jedoch nur Entwurf, weil in der I. Kammer die zur Beschlussfassung über Zusätze und Abänderung der Verfassung erforderlichen drei Viertel der Mitglieder in der dazu anberaumten Sitzung nicht erschienen waren. Der einzige Artikel desselben sollte lauten „Das Gesetz vom . . . über die rechtliche Stellung der

Kirchen und kirchlichen Vereine ist unter den Schutz der Verfassung gestellt.“

Zur Ausführung der §§. 6 und 11 d. o. m. G. erschienen, ausser einer Reihe von Verordnungen, das Gesetz, die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen betreffend, v. 24. Juli 1864; und das Gesetz, den Elementarunterricht betreffend, vom 8. März 1868. (S. darüber und über den sich daran schliessenden Konflikt mit der kath. Kirche besonders Friedberg l. c. p. 74 ff. und in Beilage LIV ff. eine vollständige Sammlung aller darauf bezüglichen Actenstücke.) — Zur Ausführung der §§. 10 und 14 erschien das Gesetz, die Rechtsverhältnisse und die Verwaltung der Stiftungen betreffend, v. 5. Mai 1870. (S. Friedberg l. c. p. 138 ff. und Beilage LXXXIX ff.)

Ein zweites Gesetz dat. 9. Oct. d. J. — als Gesetzentwurf 3 — ordnet an, dass die Fürsten von Fürstenberg und Leiningen wieder in ihre Patronatsrechte zu kirchlichen Aemtern in dem Umfange eintreten, in welchen ihnen diess Recht vor dem Gesetze vom 24. Febr. 1849 zustand. (S. Bad. Regierungsblatt Jahrg. Nr. 52 und Friedberg l. c. Beilage 1. 2.)

Nr. 4836
(101).
Baden.
Oct. 1860.

Nr. 4837. (102.)

BADEN. Gesetz die bürgerliche Standesbeamtung in Ausnahmefällen betreffend.

Badisches Regierungsblatt. Jahrg. Nr. 51.

Friedrich, von G. G. Grossherzog von Baden etc.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt: || §. 1. Das Aufgebot einer nach den Staatsgesetzen zulässigen Ehe wird auf Ausuchen der Brautleute durch das zuständige Bezirksamt dem Bürgermeister übertragen, wenn dasselbe durch den Pfarrer, als Beamten des bürgerlichen Standes, verweigert oder binnen vierzehn Tagen nach Behändigung des Trauscheins nicht vorgenommen wird. || Die Form des Aufgebots bestimmt eine Verordnung. , §. 2. Die Trauung einer nach den Staatsgesetzen zulässigen Ehe nimmt das Bezirksamt nach L.R.S. 75 vor und stellt den Eheschein nach L.R.S. 76 aus, wenn der zuständige Pfarrer des Orts, vor welchem die Brautleute dieselbe begehren, die Trauung verweigert oder verzögert. | Auf Antrag der Brautleute kann das Bezirksamt einem anderen Geistlichen die Ermächtigung zur Vornahme der Trauung geben. || Der Eheschein muss dem zuständigen Pfarrer vorgelegt und von ihm in das Ehebuch eingetragen werden. | Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 9. October 1860.

Nr. 4837
(102).
Baden.
Oct. 1860.

Friedrich.

Stabel. Lamey.

Auf S. K. H. h. Befehl: Schunggart.

Nr. 4837
(102).
Baden.
9. Oct. 1860.

Die Vollzugsverordnung zu diesem Gesetze erschien unterm 18. Januar 1861. (S. Bad. Regierungsblatt Jahrg. 1861 Nr. 3; auch Friedberg l. c. Beilage XLVIII ff.). — Durch das Gesetz v. 21. Dec. 1869 (s. Nr. 107) wurde die obligatorische Civilehe eingeführt und das oben mitgetheilte Gesetz aufgehoben.

Nr. 4838. (103.)

BADEN. Gesetz, die Ausübung der Erziehungsrechte in Bezug auf die Religion der Kinder betreffend.

Badisches Regierungsblatt. Jahrg. 1860. Nr. 51.

Friedrich, von G. G. Grossherzog von Baden, etc.

Nr. 4838
(103).
Baden.
9. Oct. 1860.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt: | §. 1. In welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen, bestimmt bei ehelichen Kindern der Vater, bei unehelichen Kindern, sie seien vom Vater anerkannt oder nicht, die Mutter. || Ist eine Bestimmung hierüber nicht getroffen, so folgen die ehelichen Kinder der Religion des Vaters, die unehelichen Kinder der Religion der Mutter. || §. 2. Sind die Eltern unbekannt, so entscheidet über die religiöse Erziehung des Kindes der Vormund mit Zustimmung der Staatsbehörde nach eingeholtem Gutachten des Ortsvorgesetzten und Waisenrichters. | §. 3. Eine Aenderung in der religiösen Erziehung der ehelichen Kinder steht der Mutter zu, wenn auf sie das Recht der Erziehung übergegangen ist; jedoch kann sie diese Aenderung nur mit Genehmigung der Staatsbehörde und nach erhobenem Gutachten der nächsten beiderseitigen Verwandten, des Ortsvorgesetzten und Waisenrichters vornehmen. || §. 4. Bei Waisen darf eine Veränderung der Religion nur aus besonders erheblichen Gründen mit Genehmigung der höhern Staatsbehörde und nach eingeholtem Gutachten der nächsten beiderseitigen Verwandten, des Ortsvorgesetzten und Waisenrichters eintreten. | §. 5. Jedem, der das 16. Lebensjahr zurückgelegt hat, steht die Wahl der Religion frei. || §. 6. Die vor Verkündung dieses Gesetzes durch Vertrag bestimmte religiöse Erziehung der Kinder kann mit Zustimmung beider Elterntheile geändert werden. || Ein Einschreiten der Staatsbehörde findet nur auf Anrufen eines Elterntheils statt. | Nach dem Tode eines Elterntheils treten die Bestimmungen der §§. 1 und 3 dieses Gesetzes in Wirksamkeit. | Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 9. October 1860.

Friedrich.

Stabel. Lamey.

Auf S. K. H. h. Befehl: Schunggart.

Nr. 4839. (104.)

BADEN. Gesetz, die Bestrafung von Amtsmissbräuchen der Geistlichen betreffend.

Badisches Regierungsblatt. Jahrg. 1860. Nr. 51.

Friedrich, von G. G. Grossherzog von Baden, etc.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir folgende Zusätze Nr. 4839
(104).
Baden.
9. Oct. 1860.
zum Strafgesetzbuch beschlossen: ¶ (Missbrauch des geistlichen Amtes.) ¶
§. 686a. Diener der Kirche (§. 657), welche in öffentlichen amtlichen Vor-
trägen oder durch Ausgeben, Verbreiten oder öffentliches Vorlesen von amt-
lichen Schriften die Staatsregierung, Gesetze, Verordnungen, Einrichtungen des
Staats, einzelne öffentliche Behörden, Anordnungen oder Verfügungen derselben
in feindseliger Weise tadeln, werden mit Gefängniss nicht unter vier Wochen
bestraft. §. 686b. Diener der Kirche, welche sich anmassen, Amts-
verrichtungen auszuüben, die nach den Staatsgesetzen den weltlichen Behörden
zustehen, werden von Gefängniss nicht unter acht Wochen, oder Arbeitshaus
bis zu zwei Jahren getroffen. §. 686c. Die §§. 618 und 671 finden An-
wendung gegen Diener der Kirche, welche zu den in jenen Paragraphen ange-
gebenen Zwecken kirchliche Strafen androhen, oder deren Androhung eröffnen,
solche Strafen aussprechen oder vollziehen. ¶ §. 686d. Von den in den
§§. 686a—c. gedrohten Strafen werden auch ausländische Geistliche getroffen,
welche die dort bezeichneten Verbrechen im Inlande verüben; desgleichen
auch inländische, welche, nachdem eine Dienstentsetzung oder Dienstentlassung
gegen sie ausgesprochen worden, sich eines der in den §§. 686a—c. be-
drohten Verbrechen schuldig machen. ¶ §. 686e. An die Stelle der Dienst-
entsetzung oder Dienstentlassung tritt in dem Falle des §. 686d. die im
§. 169 bestimmte stellvertretende Strafe. §. 686f. Andere, als die in den
§§. 686a. und d. genannten Personen, welche die in den §§. 686a—c.
erwähnten Handlungen wissentlich befördern oder erleichtern, werden als
Gehilfen bestraft. ¶ §. 686g. In den Fällen der §§. 686a—f. kann statt
eines Theils der verwirkten Freiheitsstrafe eine Geldstrafe von fünfzig bis
fünfhundert Gulden erkannt werden. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem
Staatsministerium, den 9. October 1860.

Friedrich.

Stabel. Lamey.

Auf S. K. H. h. Befehl: Schunggart.

Nr. 4840. (105.)

BADEN. Unmittelbare allerh. Entschliessung des Grossherzogs. —
Formelle Aufhebung des Concordates und der Verordnung v. 5. Dec. 1859. —

Badisches Regierungsblatt. Jahrg. 1860. Nr. 51.

Friedrich, von G. G. Grossherzog von Baden, etc.

Nr. 4840
(105).
Baden.
9. Oct. 1860.

Nach Bestätigung und Verkündung des Gesetzes vom Heutigen über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate finden Wir Uns zur weiteren Bekanntmachung bewogen, dass der mit dem päpstlichen Stuhle zur Regelung der Angelegenheiten der katholischen Kirche im Grossherzogthume am 28. Juni v. J. vereinbarten und durch Verordnung vom 5. December v. J. zur allgemeinen Kenntniss gebrachten Uebereinkunft keine rechtliche Wirksamkeit beizulegen ist und dass das erwähnte Gesetz an die Stelle jener Uebereinkunft tritt. Gegeben Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 9. October 1860.

Friedrich.

Stabel. Lamey.

Auf S. K. H. h. Befehl: Schunggart.

Nr. 4841. (106.)

RÖMISCHE CURIE. Aus der Allocution Pius IX. Gehalten im geheimen Consistorium vom 17. Dec. 1860. — Verwahrung gegen den Bruch des Badischen Concordates. —

Lat. Orig. Archiv für kath. Kirchenrecht. VI. p. 321 ff.

Nr. 4841
(106).
Rom. Curie.
17. Dec. 1860.

Wahrlich, höchst beklagenswerth ist es, dass in sehr vielen Theilen Europa's rücksichtlich der Gewalt und Rechte der Kirche die verderblichsten Irrthümer überhand genommen haben: daher wurde mit allem Eifer darauf hingearbeitet den mit dem Apostolischen Stuhle in Sachen der Religion getroffenen Vereinbarungen alle Rechtskraft abzuspochen, daher war alles Streben darauf gerichtet, dass in Zukunft ja keine anderen Vereinbarungen behufs Ordnung kirchlicher Angelegenheiten getroffen würden, und dass bei deren Ordnung und Leitung jedesfalls der Staat sein Ansehen wahren sollte. Ja Ehrwürdige Brüder, dieses haben Wir vor Kurzem zu Unserem grössten Leidwesen erfahren müssen. Gemäss Unserer apostolischen Amtspflicht haben Wir namentlich zum Nutzen und Frommen der Kirche im Grossherzogthume Baden, wie auch zur Beseitigung dort entstandener Uebelstände mit Sr. Hoh.

dem Grossherzoge eine Vereinbarung abgeschlossen, nach deren Bestätigung und sogar Veröffentlichung Wir, wie billig, ihren Vollzug erwarteten. Dem gegenüber ward aber bei dem Widerstand der Kammern jenes Landes, vom Grossherzog ein Erlass gefertigt, kraft dessen dieser Vereinbarung alle Verbindlichkeit genommen und an ihrer Statt, ein der kirchlichen Freiheit sogar höchst feindliches Gesetz beantragt wurde. Wir erkennen hierin sofort eine Frucht der trügerischen Lehre der Protestanten, welche behaupten, die Kirche sei in einem weltlichen Staate nur eine Behörde und geniesse demnach nur jene Rechtsvortheile, die ihr von der weltlichen Macht eingeräumt und verliehen seien. Wer sollte aber nicht einsehen wie sehr dieses der Wahrheit widerstreitet? Ist doch die Kirche von ihrem göttlichen Stifter als eine wahre und vollkommene Gemeinschaft begründet worden, die durch keine Landesgrenzen umschränkt, auch keiner staatlichen Gewalt untergeben und zur freien Ausübung ihrer Macht und ihrer Rechte zu der Menschen Heil allüberall auf Erden befugt sein sollte. Dasselbe besagen die erhabenen Worte Christi des Herrn an die Apostel: „Mir ist alle Gewalt im Himmel und auf Erden gegeben, gehet hin und lehret alle Völker . . . lehret sie Alles halten, was ich Euch aufgetragen habe.“ Durch diese Worte angefeuert gingen die Apostel, die Verkünder des Evangeliums, trotz des Widerstandes von Königen und Fürsten, vor keiner Drohung oder Strafe zurückschreckend, rasch an die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgabe. So haben Wir, schwer bekümmert um die Sicherung der für die Kirche heilsamen Rechte, kaum dass Wir von den Bestrebungen eben diese Vereinbarung ungültig zu machen vernommen, sofort zur Abwendung dieser Uebel an den Grossherzog ein Schreiben gesendet und auch durch den für die Leitung der Staatsgeschäfte bestellten Cardinal bei jener Regierung darauf dringen lassen, dass die Vereinbarung zur gebührenden Durchführung komme. Weil nun aber all' die angestrenzte Mühe und Sorge umsonst war, so sprechen Wir, wie uns unsere Pflicht gebietet, über die gegen alle Regeln der Gerechtigkeit ohne Zustimmung des anderen Beteiligten geschehene Verwerfung der feierlichen Vereinbarung öffentlich in Eurer Versammlung, Ehrwürdige Brüder, Unser Bedauern aus und nehmen die verletzten und zu Boden getretenen Rechte der katholischen Kirche und des Heiligen Stuhles mit noch grösserem Eifer in Anspruch. Wir haben die Uebermittlung dieser Unserer Forderungen an die Badische Regierung angeordnet, mit der gleichzeitigen Weisung an den Erzbischof von Freiburg, wie er in so schwieriger Lage zu handeln habe; nicht genug können Wir die von diesem trefflichen Oberhirten und auch den ihm unterstehenden Clerus bei der Vertheidigung der Freiheit der Kirche bewiesene Standhaftigkeit rühmen, von der dieselben — diess ist unsere volle Zuversicht — auch in den grössten Gefahren nicht lassen werden.

Nr. 4841
(106).
H. v. Carle.
17. Dec. 1860.

Nr. 4842. (107.)

BADEN. Aus dem Gesetze, die Beurkundung des bürgerlichen Standes und die Förmlichkeiten bei Schliessung der Ehen betreffend. — Einführung der obligatorischen Civilehe. —

Badisches Gesetz- u. Verordnungsblatt. Jahrg. 1869. Nr. 40.

Nr. 4842
(107).
Baden.
21. Dec. 1869.

Tit. III. Von den Förmlichkeiten, die sich auf Schliessung der Ehe beziehen. Capitel 1. Von dem Verlöbniße Capitel 2. Von dem Aufgebote Capitel 3. Von der Einsprache Capitel 4. Von der Form der Eheschliessung. §. 87. Zur rechtlichen Gültigkeit der Ehe ist die bürgerliche Form der Eheschliessung erforderlich. Die kirchliche Trauung darf erst geschehen, wenn die Eheleute urkundlich nachweisen, dass die Heirathsurkunde (§. 44) von dem Standesbeamten aufgenommen ist. §. 88. Die Ehe darf nicht vor dem dritten Tage nach Ablauf der im §. 72 für den Anschlag des Aufgebots vorgeschriebenen Frist geschlossen werden. Im Uebrigen steht die Wahl des Tages den Parteien zu. §. 89. Die Ehe muss vor dem Standesbeamten des Ortes, wo einer von beiden Theilen seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, eingegangen werden. Auf schriftliche Ermächtigung des zuständigen Standesbeamten kann die Eheschliessung auch bei dem Standesbeamten eines anderen Ortes des Inlandes stattfinden. In diesem Falle hat der letztere Standesbeamte eine Abschrift seiner Beurkundung sofort dem zuständigen Standesbeamten zum Eintrage zu übersenden. §. 90. Die Eheschliessung hat in dem Gemeindehause öffentlich Statt zu finden. Das Amtsgericht kann jedoch aus wichtigen Gründen gestatten, dass die Ehe in einem Privathause geschlossen werde. §. 91. Dabei hat der Standesbeamte den in Person mit einander erschienenen Verlobten, dem einen Theile nach dem andern, die Erklärung abzunehmen, dass sie sich zur Ehe nehmen wollen. Darnach erklärt der Standesbeamte im Namen des Gesetzes, dass diese Personen durch das Band der Ehe verbunden sind. Unmittelbar darauf ist die Beurkundung darüber (der Eheschein, die Heirathsurkunde), in das Ehebuch einzutragen (§. 44). Capitel 5. Von Ehen im Auslande und von Ehen Fremder im Inlande Titel IV. Strafbestimmungen. §. 95. Beamte des bürgerlichen Standes, welche den Vorschriften über die Pflichten ihres Dienstes zuwider handeln, können, — vorbehaltlich des Einschreitens der Verwaltungsbehörde auf Grund der Gemeindeordnung — vom Amtsgerichte mit Ordnungsstrafen bis zu 10 fl. belegt werden. Dem Bestraften steht gegen das Erkenntniss die Beschwerde an den Appellationssenat zu. §. 96. Standesbeamte werden gerichtlich an Geld bis zu 300 fl. bestraft: 1) wenn sie das Aufgebot oder die Eheschliessung ohne gesetzlichen Grund verweigern oder vorsätzlich verzögern; 2) wenn sie eine Eheschliessung vor Empfang des Verkündsscheines oder ohne die vorge-

schriebenen Aufgebote, oder mit Ausserachtlassung der gesetzlichen Frist zwischen Aufgebot und Ehe, oder vor Erledigung der Ehegesprächen, oder endlich gegen die in §§. 89, 90 bestimmten Regeln vollziehen. §. 97. Wer die Vorlage der bei ihm verwahrten Kirchenbücher (§. 23) oder die Fertigung von Auszügen oder Zeugnissen daraus (§. 24) verweigert, kann polizeilich an Geld bis zu 50 fl. bestraft werden. Bei fortgesetzter Weigerung sind die Amtsgerichte berechtigt, die Kirchenbücher an dem Verwahrungsorte zu erheben, um sie in der erforderlichen Weise zu benützen. §. 98. Diener der Kirche, welche bei einem kirchlichen Eheabschluss mitwirken, ehe ihnen die Aufnahme des Ehescheines (§. 44) nachgewiesen ist, werden polizeilich mit einer Geldstrafe von 100—300 fl., im Rückfalle mit einer Geldstrafe von 300—1000 fl., oder mit einer Gefängnisstrafe von vier Wochen bis zu sechs Monaten bestraft. Verlobte, welche eine Ehe kirchlich eingehen, bevor der Eheschein des Standesbeamten aufgenommen ist, verfallen in eine polizeiliche Geldstrafe bis zu 100 fl.

Nr. 4843
(107).
Baden.
21. Dec. 1869.

Zum Vollzug dieses Gesetzes erschien die landesherrliche Verordnung v. 5. Januar 1870. (S. Friedberg l. c. Beilage LXII, wo auch das Gesetz vollständig mitgetheilt.)

Nr. 4843. (108.)

HOLLAND¹⁾. Aus dem Grundgesetze für das Königreich Holland. —
Stellung der kath. Kirche. —

F. W. Schubert, Verfassungsurkunden etc. II. p. 229 ff.

VI. Capitel. Von dem Cultus. Art. 164. Jeder bekennt seine religiösen Meinungen mit vollkommener Freiheit, indem die Beschirmung der Gesellschaften und ihrer Mitglieder gegen die Uebertretung der Strafgesetze aufrecht erhalten wird. || Art. 165. Allen kirchlichen Gesellschaften in dem Staate wird gleicher Schutz verliehen. || Art. 166. Die Bekenner der verschiedenen Culte geniessen alle dieselben staatsbürgerlichen und gemeindebürgerlichen Rechte und haben gleichen Anspruch auf Bekleidung mit Würden, Aemtern und Bedienungen. || Art. 167. Jede öffentliche Ausübung des Gottesdienstes in Gebäuden und geschlossenen Plätzen wird zugelassen, mit Vorbehalt der nöthigen Massregeln zur Versicherung der öffentlichen Ordnung und Ruhe. || Unter derselben Bestimmung bleibt der öffentliche Gottesdienst

Nr. 4843
(108).
Holland.
14. Oct. 1848.

¹⁾ Vergl. 4774 u. 4775 (39 u. 40).

Nr. 4943
(108).
Holland.
14. Oct. 1848.

ausserhalb der Gebäude und geschlossenen Plätze erlaubt, soweit derselbe nach den Gesetzen und Verordnungen zugelassen ist. || Art. 168. Die Besoldungen, Pensionen und andere Einkünfte, von welcher Art sie sein mögen, welche bei den verschiedenen religiösen Gesellschaften von ihren Lehrern (Predigern) genossen werden, bleiben denselben Gesellschaften gesichert. || Den Lehrern (Predigern), welche noch nicht aus Staatskassen eine Besoldung oder keine ausreichende Besoldung beziehen, kann eine Besoldung zugelegt, oder die bestehende vergrössert werden. || Art. 169. Der König wacht dartüher, dass alle kirchlichen Gesellschaften sich innerhalb der Verpflichtungen des Gehorsams und der Staatsgesetze halten. || Art. 170. Die Vermittelung der Regierung wird nicht verlangt bei dem brieflichen Verkehr mit den Häuftern der verschiedenen kirchlichen Gesellschaften, noch bei der Bekanntmachung kirchlicher Vorschriften, jedoch unter verantwortlicher Befolgung des Gesetzes. || X. Capitel. Von dem Unterrichtswesen und der Armenpflege. Art. 194. Der öffentliche Unterricht ist ein Gegenstand der fortdauernden Fürsorge der Regierung. || Die Einrichtung des öffentlichen Unterrichtes wird mit Inbegriff der Bekenner aller Confessionen durch das Gesetz geregelt. || Es wird überall in dem Staate von Seite der Staatsgewalt ein genügender öffentlicher Elementar-Unterricht dargeboten. Das Ertheilen des Unterrichtes ist frei unter Vorbehalt der Aufsicht der Obrigkeit, und ausserdem, so weit es den mittleren und Elementar-Unterricht anbetrifft, unter Vorbehalt der Prüfung in Bezug auf die Angemessenheit und Geschicklichkeit des Lehrers: das eine und das andere ist durch das Gesetz zu regeln. Der König wird über den Zustand der hohen, mittleren und niederen Schulen jährlich einen ausführlichen Bericht den General-Staaten erstatten lassen.

Die freie Stellung welche die katholische Kirche durch dieses Grundgesetz erhielt, benützte die Curie zur Wiederherstellung der bischöflichen Hierarchie in Holland. In der Allocution vom 7. April 1853 verkündete der Papst die Errichtung des Erzbisthums Utrecht mit den Bisthümern Harlem, Breda, Herzogenbusch und Roermonde. (S. dieselbe Roskovány, Mon. IV p. 939 ff.) Die Aufregung welche dieser Act der Curie hervorrief (s. den Notenwechsel der Regierung und Curie Roskovány, Mon. IV p. 944 f. und V), bestimmte dann die Regierung zur Erlassung des Gesetzes vom 10. Sept. 1853 (s. Nr. 109), durch welches die kirchliche Autonomie mannigfach eingeengt wurde.

Nr. 4844. (109.)

HOLLAND. Gesetz zur Regelung der Aufsicht über die verschiedenen Kirchengemeinden.

Holländisches Orig. Staatsblad. Jahrg. 1853. Nr. 102.

Wir Wilhelm von G. G. König der Niederlande, etc.

Allen, so dieses werden sehen oder hören lesen, Gruss: thun kund und zu wissen: Nachdem Wir in Ueberlegung genommen haben, wie es nöthig sei Einiges gesetzlich zu bestimmen zur Ausführung mehrerer Vorschriften des Grundgesetzes, Hauptst. VI., und an Statt der diesen Gegenstand betreffenden bestehenden Verordnungen, damit Wir allen Kirchenvereinen gleichen Schutz zuwenden können, und darüber wachen, dass sich dieselben in den den Gesetzen des Landes gebührenden Schranken des Gehorsams halten, haben Wir nach Anhörung des Staatsraths und unter Mitwirkung der Generalstaaten beschlossen und befohlen, wie Wir hiermit beschliessen und befehlen:

Art. 1. Allen Kirchenvereinen ist und bleibt vollkommene Freiheit verbürgt zur Regulirung alles desjenigen, was ihre Gottesverehrung und die Ausübung derselben im eignen Schosse betrifft. Die Bestimmungen über kirchliche Einrichtungen und Verwaltung sollen, sofern sie Uns nicht schon eröffnet sind, innerhalb eines Monats nach Publicirung des gegenwärtigen Gesetzes, von den Verwaltern oder Vorstehern Uns mitgetheilt werden. Neue künftige Bestimmungen sollen in gleicher Weise Uns zur Kenntniss gebracht werden. Insoweit sich unter solchen Verfügungen etwas findet, wozu die Mitwirkung der Staatsgewalt erforderlich ist, wird solche Mitwirkung nicht zugestanden, bis Wir die Verfügung genehmigt haben.

Art. 2. Ausländer können kein Kirchenamt antreten ohne Unsere vorhergehende Erlaubniss. Nur der öffentlichen Ordnung und Ruhe wegen kann die Erlaubniss verweigert werden.

Art. 3. Titulaturen, welche den Kirchendienern in ihren Vereinen beigelegt werden, gehen weder in Ansehung der weltlichen Macht, noch anderen Vereinen gegenüber, irgend ein Recht, Rang oder Vorrecht. In Berührung mit der weltlichen Macht sollen jene Titulaturen nur angewandt werden mit Erwähnung des Geschlechtsnamens der Titelinhaber.

Art. 4. Die zur Bestimmung eines Kirchengebietes gebrauchten Namen von Provinzen oder Gemeinden werden als rein kirchlich angesehen, und sind ohne Folge.

Art. 5. Synodalversammlungen und solche der Oberhäupter, welche Kirchenvereine vertreten oder verwalten, bedürfen Unserer Genehmigung in Ansehung des Sitzungsortes. Insofern diese Genehmigung zur Zeit der Publizirung dieses Gesetzes nicht ertheilt ist, werden Wir in Ueberlegung mit denselben, nach Anhörung des Staatsraths über die Zulässigkeit jenes Sitzungsortes Unseren Ausspruch geben. Nur zur Wahrung öffentlicher Ordnung und Ruhe, bei einem noti-

Nr. 4844
(109).
Holland.
10. Sept. 1853.

Nr. 4844
(109).
Holland.
10. Sept. 1853.

virten und veröffentlichten Beschluss, kann von Uns ein Sitzungsort für unzulässig erklärt werden. Art. 6. Die Kirchendiener tragen ihren Ornat, oder die bei dem Gottesdienste gebräuchliche Kleidung nur innerhalb Gebäuden und verschlossener Plätze, oder da, wo die öffentliche Gottesverehrung, gemäss al. 2, Art. 167 des Grundgesetzes, erlaubt ist. Art. 7. Jede Errichtung oder Einrichtung eines zur Gottesverehrung bestimmten Gebäudes in der Entfernung von 200 Ellen (mètres) von einer bestehenden Kirche erfordert, der öffentlichen Ordnung wegen, eine Prüfung in Ansehung der fraglichen Oertlichkeit. Vor Erlaubniss der Errichtung oder Einrichtung soll die Ortsobrigkeit ihre Entscheidung geben. Diesse Entscheidung unterliegt der Appellation an die Provinzialdeputirten; sollte auch diese Entscheidung angefochten werden, so soll deren Urtheil Unserer definitiven Entscheidung unterliegen. Der Beschluss, den Wir nach Anhörung des Staatsraths fassen, soll mit Gründen versehen, veröffentlicht werden. Falls die Errichtung oder Einrichtung ohne Erlaubniss Statt findet, soll das Gebäude geschlossen werden. Art. 8. Das Glockenläuten zur Kirchenfeier, oder zum Aufrufe der Gemeinde in die Kirche, kann von Unserm Provinzialkommissär (Gouverneur), in denjenigen Gemeinden, wo es mehrere Kirchen verschiedener Kirchenvereine giebt, untersagt werden der Ruhe und öffentlichen Ordnung wegen. Sonstiges Glockenläuten findet nur Statt mit Bewilligung der Orts-Polizei. Art. 9. Wer diesem Gesetze zuwider handelt, dessen Verfügungen übertritt, oder anderswo als es Art. 167 des Grundgesetzes erlaubt, öffentliche Gottesverehrung übt, soll dem Gesetze zuwider gehandelt zu haben erklärt, und in die Kosten verurtheilt werden. Art. 10. Die Justizbeamten (Procureurs royaux) bei dem Tribunale erster Instanz, sollen gemäss Art. 854 des Civilprocessgesetzbuches, vor Gericht, in der Sitzung des Civilgerichts, die Anwendung des vorigen Artikels fordern. Sie dürfen keine Verfolgung anstellen ohne Ermächtigung des General-Prokurators, dem sie untergeben sind, oder ohne Befehl des Richters in den Fällen des Art. 31 des Criminalprozess-Gesetzbuches, und des Art. 73 des Gesetzes über die Gerichtsorganisation und Verwaltung. Art. 11. Von dem Urtheil ist Berufung, vom Arrestspruch des Appellationsgerichtes Cassationsgesuch zulässig. Art. 12. Nochmalige Uebertretung (recidive) wird mit Entziehung der staatsbürgerlichen Rechte auf 3—10 Jahre, nebst einmonatlicher bis zweijähriger Gefängnisstrafe sämmtlich oder absonderlich, bestraft. Art. 13. Der Prozess zufolge des vorigen Artikels wird vor den gewöhnlichen Strafgerichten *more solito* geführt. Die Verfolgung wegen Uebertretung dieses Gesetzes verjährt mit Ablauf von zwei Jahren. Art. 14. Mit dem Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes sind, unter Vorbehalt der Verfügungen in den Gesetzen und Reglements, worauf der Artikel 167 des Grundgesetzes Bezug nimmt, ausser Kraft gesetzt das Gesetz vom 18. Germinal an X. und jede dem gegenwärtigen Gesetz widerstreichende Verfügung. Ordnen und befehlen, dass gegenwärtiges Gesetz in das Staatsblad aufgenommen werde, und dass alle Ministerial-Departemente, Behörden,

Collegien und Beamte dessen vollständige Ausführung handhaben sollen. Gegeben in dem Lager bei Zeyst, am 10. September 1853.

Nr. 4844
(109).
Holland.
10. Sept. 1853.

Willem.

Der Justizminister Dr. Donker Curtius. (Edikt 15. September 1853.)
Der Staatsrath, königl. Cabinets-Director: A. G. A. von Rappard.

Nr. 4845. (110.)

SARDINIEN¹⁾. Aus der Verfassungsurkunde für das Königreich Sardinien. — Stellung der kath. Kirche. —

Ital. Orig. Raccolta d. atti d. Governo di Sardegna. Jahrg. 1848. Nr. 674.

Art. 1. Die römisch-katholisch-apostolische Religion ist die alleinige Staatsreligion. Die übrigen jetzt existirenden Culte sind nach Maassgabe der Gesetze geduldet. || Art. 24. Alle Einwohner des Königreiches, welchen Titel und Stand sie auch haben, sind gleich vor dem Gesetze. || Alle genießen die gleichen Privat- und politischen Rechte, und können zu Civil- und Militär-Stellen berufen werden, ausser in den durch das Gesetz bestimmten Ausnahmefällen. || Art. 25. Sie tragen ohne Unterschied nach Verhältniss des Vermögens zu den Lasten des Staates bei. || Art. 26. Niemand darf verhaftet oder vor Gericht gezogen werden als in den durch das Gesetz vorgeschriebenen Fällen, und in der durch dasselbe vorgeschriebenen Form. || Art. 28. Die Presse ist frei, aber ein Repressivgesetz bestraft deren Missbrauch. || Bibeln, Catechismen, Liturgische und Gebetbücher dürfen jedoch nicht gedruckt werden ohne vorhergehende Erlaubniss des Bischofes. || Art. 29. Alles Eigenthum, ohne Ausnahme, ist unverletzlich || Art. 68. Die Gerichtsbarkeit geht vom Könige aus und wird durch von ihm ernannte Richter verwaltet. || Niemand kann seinem ordentlichen Richter entzogen werden

Nr. 4845
(110).
Sardinien.
4. März 1848.

P. C. Boggio, La chiesa e lo stato in Piemonte etc. Turin 1854. Enthält für die neuere Zeit eine ziemlich vollständige Sammlung der bezüglichen Actenstücke. Reuchlin, Geschichte Italiens. Leipzig. III. Bd. Friedberg, Grenzen I. c. p. 715 ff.

Der Widerspruch welcher zwischen den oben mitgetheilten Verfassungsbestimmungen und den früheren Vereinbarungen Sardinien's mit der Curie bestand, veranlasste die Regierung, ehe sie an deren Durchführung ging, mit Rom in Verhandlungen wegen Abänderung der Concordate zu treten. Da sie erfolglos blieben, legte das Ministerium d'Azeglio-Siccardi den Kammern im Februar 1850 die sog. Siccardi'schen Gesetze vor, welche mit

¹⁾ Vergl. Nr. 4778 (43).

Nr. 4845
(110).
Sardinien.
4. März 1846

130 Stimmen gegen 27 von der zweiten Kammer angenommen wurden. — Die Publikation dieser Gesetze (s. Nr. 111 und 112) führte zum Bruche mit Rom — der Nuntius wurde abberufen — und zu mannigfachen Konflikten mit den Bischöfen des Königreiches, welche gegen diese „ketzerischen und pestilenzialischen“ Gesetze protestirten. Der Erzbischof von Turin erklärte alle daran Betheiligten der Excommunication verfallen und verbot den Geistlichen seines Sprengels die Befolgung derselben. (S. Sammlung der darauf bezüglichen Actenstücke Boggio, La chiesa etc. a. a. O. n. in deutscher Uebersetzung im Auszuge bei Roskovány, Mon. IV p. 604 ff.) Die Regierung stellte diesem Widerstande die strikte Durchführung der Gesetze entgegen. — Diese Gesetze waren nur der erste Schritt auf einem seitdem stetig weiter verfolgten Wege. So wurden, um nur das Wesentlichste anzuführen, durch das Gesetz vom 29. Mai 1855 eine grosse Zahl von Klöstern aufgehoben, — 334 Ordenshäuser wurden aufgehoben, 264 blieben bestehen — wogegen der Papst über alle, welche zu diesem Beschlusse mitgewirkt oder sich an dessen Ausführung betheiligt, die Excommunication aussprach (s. diese Actenstücke Roskovány, Mon. IV p. 678 ff. und V. p. 799 ff.) Durch das Gesetz v. 25. Juni 1865 wurde die Civilehe eingeführt, und in den neu erlangten Ländern (Toskana, Neapel, Lombardo-Venetien) setzte man die Concordate ausser Wirksamkeit und führte die sardinischen Gesetze über kirchliche Dinge ein. (S. die dagegen von Seite der Curie und der Bischöfe erlassenen Actenstücke Roskovány, Mon. VII. p. 825 ff. und VIII p. 424 ff. Dasselbst p. 535 ff. auch die Bulle „Suprema universi“ v. 28. Januar 1864 (publ. 10. Oct. 1867), durch welche das Tribunal und alle wirklichen und vermeintlichen Privilegien der sog. Monarchia Sicula, in deren Besitz sich König Victor Emanuel gesetzt hatte, für immer aufgehoben wurden. S. darüber Sentis, die Monarchia Sicula. Freiburg 1869.)

Nr. 4846. (111.)

SARDINIEN. Gesetz, die Aufhebung der geistlichen Gerichtsbarkeit in allen weltlichen Angelegenheiten und des Asylrechtes betreffend.

Ital. Orig. *Bulletino delle leggi*, Jahrg. 1850.

Victor Emanuel II., von G. G. König von Sardinien etc.

Nr. 4846
(111).
Sardinien.
9. April 1850.

Nach Annahme durch den Senat und die Deputirtenkammer haben Wir verordnet und verordnen, wie folgt: Art. 1. Die Civilrechtssachen zwischen Geistlichen und Laien gehören zur Civiljurisdiction, sowohl was die persönlichen, als was die dinglichen oder gemischten Klagen irgend welcher Art anlangt. || Art. 2. Alle Sachen, welche das Recht der activen oder passiven Berufung zu geistlichen Pfründen oder die Güter dieser oder irgend welcher andern geistlichen Stiftung betreffen, sei es im Possessorium oder Petitorium,

sind der Civiljurisdiction unterworfen. ¶ Art. 3. Die Geistlichen sind gleich den andern Staatsbürgern den Strafgesetzen des Staats unterworfen. ¶ Für die in diesen Gesetzen vorgesehene Verschuldungen werden sie in den von den Prozessgesetzen vorgeschriebenen Formen von den weltlichen Gerichten gerichtet, ohne Unterschied zwischen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen.

Nr. 1846
(111).
Sardinien.
9. April 1850.

Art. 4. Die von den Gesetzen des Staats festgesetzten Strafen können nur von den Civilgerichten angewendet werden, vorbehaltlich stets für die kirchliche Gewalt die Ausübung ihrer Befugnisse durch Anwendung der geistlichen Strafen nach Maassgabe der kirchlichen Gesetze. Art. 5. Betreffs der in den vier vorhergehenden Artikeln gedachten Sachen, sowie aller derer, welche auf geistliche Personen oder Sachen in erster Instanz vor die Cognition der Appellationsbehörden gehörten, werden von jetzt an die allgemeinen, in den bestehenden Gesetzen enthaltenen Kompetenz-Grundsätze Anwendung finden. Die Appellationsbehörden behalten aber die Cognition in den Sachen, welche sich bei ihnen schon zur Zeit der Emanation des gegenwärtigen Gesetzes befanden. Art. 6. Flüchtet sich in Kirchen oder andere bis jetzt als Freistätten betrachtete Orte eine Person, welche verhaftet werden soll, so wird die Verhaftung dort unmittelbar vorgenommen, und das verhaftete Individuum der richterlichen Gewalt überliefert werden, zur schleunigen und regelmässigen Führung des Processes nach den Vorschriften der Strafprozessordnung. Bei der Verhaftung werden die der Eigenschaft des Orts schuldigen Rücksichten, sowie die nöthigen Vorsichtsmassregeln, um nicht den Gottesdienst zu stören, beobachtet werden. Eben so wird gleichzeitig oder doch binnen möglichst kurzer Zeit dem Parochus oder Rektor der Kirche, in welcher die Verhaftung vollstreckt worden, Nachricht gegeben werden. Dieselben Vorschriften werden auch in dem Falle Anwendung finden, wenn Nachsuehung nach oder Beschlagnahme von Sachen an den obgedachten Orten vorgenommen werden muss. Art. 7. Die Königliche Regierung ist beauftragt dem Parlament den Entwurf zu einem Gesetze vorzulegen, welches den Ehecontract in seinen Beziehungen zu den Civilgesetzen, die Fähigkeit der Contractanten und die Form und Wirkungen eines solchen Contractes festzustellen bestimmt ist. Unser Grosssiegelbewahrer, Minister Staatssecretär der geistlichen Angelegenheiten der Gnaden und der Justiz ist beauftragt mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes. Gegeben zu Turin, den 9. April 1850.

Victor Emanuel.

Galvagno. Nigra. Colla.

Siccardi.

Nr. 4847. (112.)

SARDINIEN. Gesetz, Amortisationsbestimmungen für die Erwerbungen der todten Hand.

Ital. Orig. Bullet. delle leggi. Jahrg. 1850.

Victor Emanuel II. von G. G. König von Sardinien etc.

Nr. 4847
(112).
Sardinien.
5. Juni 1850.

Nach Annahme durch den Senat und die Deputirtenkammer haben Wir verordnet und verordnen wie folgt: Einziger Artikel: Stiftungen und Corporationen, seien es geistliche oder weltliche, können keine liegenden Gründe erwerben, ohne dazu ermächtigt zu sein durch königliches Dekret, nach vorgängigem Gutachten des Staatsraths. — Schenkungen unter Lebenden und testamentarische Dispositionen zu ihren Gunsten haben keine Wirkung, wenn dieselben nicht auf dieselbe Weise zu deren Annahme ermächtigt sind. — Unser Siegelbewahrer, Minister Staatssecretär für die geistlichen Angelegenheiten der Gnaden und der Justiz, ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. | Gegeben zu Moncalieri den 5. Juni 1850.

Victor Emanuel.

Galvagno. Nigra. Colla.

Siccardi.

Nr. 4848. (113.)

TOSCANA - RÖMISCHE CURIE. Das Toscanische Concordat. Abgeschlossen Rom, 25. April 1851. Ratificationen ausgewechselt 25. Juni. Staatl. Public. 4. Juli. Wirksam vom 25. Aug. 1851.

Ital. Orig. Nussi, Convent. p. 278 ff.

Uebereinkommen zwischen Sr. H. Papst Pius IX. und Sr. k. k. H. Leopold II., Grossherzog von Toscana, etc.

Nr. 4848
(113).
Toscana-
Röm. Curie.
25. April 1851.

Se. Heil. Papst Pius IX. und Se. k. k. Hoh. Leopold II., Erzherzog von Oesterreich, Grossherzog von Toscana etc. sind in der Absicht, die Gesetze der toscanischen Regierung in ihren Beziehungen zu den kirchlichen Gesetzen in den gegenwärtigen grossherzoglichen Besitzungen in Einklang zu bringen, zur Ernennung ihrer bezüglichen Bevollmächtigten geschritten. Se. Heil. der Papst hat Se. Em. den Card. Antonelli, seinen Prostaatssecretär, und Se. Hoheit hat den Senator Baldasseroni, Präsidenten des Ministerrathes etc. ernannt, welche Bevollmächtigte beauftragt die verschiedenen Punkte der be-

sagten Legislation in Beziehung auf den erwähnten Gegenstand zu verhandeln, nachdem sie ihre gegenseitigen Vollmachten ausgewechselt hatten, unterdessen über nachstehende Artikel übereingekommen sind, welche zwei Monate nach geschehenem Austausch der Ratificationen von Seite des hohen Kontrahenten, zur vollen Ausführung gelangen werden: || Art. 1. Die kirchliche Gewalt ist vollkommen frei in den Obliegenheiten ihres heil. Amtes. Es ist Pflicht der weltlichen Gewalt mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln zum Schutze der Moral, des Cultus und der Religion mitzuwirken, damit die Aergernisse durch welche diese beleidigt wird, verhindert und beseitigt werden; es ist ferner Pflicht der weltlichen Gewalt die Kirche in der Ausübung der bischöflichen Gewalt nöthigenfalls zu unterstützen. || Art. 2. Die Bischöfe sind völlig frei in Beziehung auf Bekanntmachungen, welche ihr Amt angehen. || Art. 3. Den respectiven Ordinarien ist die Präventiv-Censur über Werke und Schriften, in welchen ex professo religiöse Gegenstände behandelt werden, ausschliesslich vorbehalten. Den Bischöfen steht es ferner frei, in Ausübung der ihnen eigenen Gewalt die Gläubigen von der Lesung irgend eines der Religion oder Moral verderblichen Buches zu bewahren und davon fern zu halten. || Art. 4. Die Bischöfe können frei nach ihrem Dafürhalten denjenigen das evangelische Predigeramt übertragen, die ihnen am tauglichsten dazu erscheinen. || Art. 5. Aller Verkehr der Bischöfe und Gläubigen mit dem heil. Stuhle ist freigegeben. || Art. 6. Der heil. Stuhl willigt ein, dass weltliche Rechtssachen, welche sich auf die Person und das Vermögen der Geistlichen beziehen, und in gleicher Weise, dass jene, welche sich activ oder passiv auf das Eigenthum der Kirche oder frommer Stiftungen beziehen, den weltlichen Gerichten zugewiesen werden. || Art. 7. Die Angelegenheiten, welche sich auf den Glauben, die Sacramente, die heil. Functionen und andere mit dem heil. Dienste verbundene Pflichten und Rechte beziehen, und im Allgemeinen alle ihrer Natur nach geistlichen oder kirchlichen Angelegenheiten, gehören ausschliesslich vor das geistliche Gericht nach Vorschrift der heil. Canones. Art. 8. Der heil. Stuhl willigt ein, dass da, wo es sich um ein weltliches Patronat handelt, die weltlichen Gerichte sowohl in Petitorio als in Possessorio über die Nachfolge in dasselbe sprechen können, der Streit möge zwischen den wahren oder angeblichen Patronen, oder zwischen den dazu vorgeschlagenen Geistlichen geführt werden. || Die geistlichen Gerichte entscheiden über Ehesachen nach den Vorschriften des Can. XII sess. XXIV des heiligen Concils von Trient. In Beziehung auf die Eheverlöbnisse entscheidet die Kirchengewalt, in Beachtung der Bestimmungen des angeführten Decretes von Trient und der Bulle Auctorem Fidei über deren Bestand und Gültigkeit, über deren Einfluss auf die daraus hervorgehende Verbindung, und über die Ekehindernisse, welche daraus entstehen können. Ueber die rein bürgerlichen Wirkungen der Eheverlöbnisse werden die weltlichen Gerichte in besonderem Urtheile erkennen. || Art. 10. Der heil. Stuhl

Nr. 4948
(118).
Toscana-
Eöm. Curie.
25. April 1851.

Nr. 4848
(113).
Toscana-
Böm. Curie.
25. April 1851.

macht keine Schwierigkeit, dass die Criminalsachen der Geistlichen hinsichtlich aller Verbrechen (deliti), die durch die Strafgesetze des Staates bestimmt, mit Ausnahme jener gegen die Religion, von den weltlichen Gerichten entschieden und die durch jene Gesetze verhängten Strafen angewendet werden, welche die Geistlichen in besonderen für sie bestimmten Localen in den Strafgefängnissen auszustehen haben. || Unter Verbrechen gegen die Religion, welche den weltlichen Gerichten nicht unterstehen, versteht man jene Verbrechen, welche im canonischen Rechte als rein geistliche Verbrechen bezeichnet werden, solche sind die Apostasie, die Häresie, das Schisma, die Simonie, die Profanation der Sakramente, jede Schädigung der mit dem geistlichen Amte verbundenen Verrichtungen und des Gottesdienstes. || Ueber diese Verbrechen entscheidet die Kirchengewalt und verhängt über die Schuldigen die kanonischen Strafen. || Da jedoch im Grossherzogthume in Criminalsachen keine anderen als weltliche Gerichte bestehen, welche Strafen nach weltlicher Anordnung verhängen, und man nicht wollen kann, dass eine öffentliche Störung unbestraft bleibe, werden die Bischöfe nach vorgängiger Mittheilung der im einzelnen Falle nöthigen Angaben, mit Rücksicht auf die gegenwärtig in Toscana bestehenden Gesetze, der weltlichen Gewalt das gefällte Urtheil mittheilen, damit diese die in den Criminalgesetzen des Staates vorgeschriebenen Strafen bezüglich der Verletzung der öffentlichen Ordnung in Anwendung bringe und das daraus hervorgehende Aergerniss verhindere. || Sollte in den gegenwärtigen grossh. Staaten die Todesstrafe, oder irgend eine andere, gegenwärtig abgeschaffte, entehrende Strafe, wieder eingeführt werden, so wird sich die grossh. Regierung mit dem heil. Stuhle über einen solchen Beschluss verständigen. || Art. 11. Bei den qualificirten Vergehen wie auch bei den Uebertretungen gegen die Finanzgesetze, Jagdgesetze u. dergl. werden die weltlichen Gerichte nur Geldstrafen, mit Ausschluss jeder körperlichen Strafe, gegen Geistliche in Anwendung bringen. || Art. 12. Sowohl gegen die in Arrest, als in Untersuchungshaft befindlichen Geistlichen werden alle ihrer geheiligten Eigenschaft entsprechenden Rücksichten beobachtet werden, es werden so weit es nur möglich eigene Locale für sie bestimmt werden; von ihrer Verhaftung wird die Kirchengewalt sogleich verständigt werden. || Art. 13. Die Kirchengüter werden von den Bischöfen, den Rectoren der Pfarreien und den Wohlthätern während des Besitzes, frei verwaltet werden nach Massgabe der canonischen Vorschriften. || Art. 14. . . . [Während einer Vacanz steht die Verwaltung einer gemischten Commission, bestehend aus Geistlichen und Laien unter Vorsitz des Bischofes zu, und sind die Einkünfte für die Kirchen des Grossherzogthumes zu verwenden. Zu einer Veräusserung, längeren Verpachtung und Belastung derselben ist die Zustimmung des heil. Stuhles und der Regierung erforderlich.] . . . || Art. 15. . . . [Bei Verfügungen über fromme Legate und Abänderungen kirchlicher Stiftungen wird sich die weltliche Gewalt in das Einvernehmen mit der kirchlichen Gewalt

setzen und wo es nöthig die Zustimmung des heil. Stuhles einholen.] . . . ||
Die Auswechslung der Ratificationen wird binnen zwei Monaten, und wenn
möglich früher, stattfinden

Nr. 4848
(113).
Toscana-
Röm. Curie.
25. April 1851.

Rom, 25. April 1851.

G. Card. Antonelli.

G. Baldasseroni.

Reuchlin, Geschichte Italiens. Leipzig 1859 ff. Zobi, Sommario di documenti ufficiali. Florenz 1860. Friedberg, Grenzen l. c. p. 678 ff.

Die staat-kirchlichen Verhältnisse Toscanas beruhten bis zum Abschlusse des Concordates von 1851, mit geringen Modificationen, auf den unter Grossherzog Leopold I (Kaiser Leopold II) erlassenen Gesetzen, durch welche die Febronianischen Grundsätze, ähnlich wie in Oesterreich unter seinem Bruder Josef II., volle Geltung erlangten. Dieselben Motive, welche in Oesterreich zum totalen Bruche mit der Vergangenheit auf diesem Gebiete führten, scheinen auch hier dafür ausschlaggebend gewesen zu sein, die seit mehr als siebenzig Jahren der Kirche gegenüber mit Zähigkeit behauptete Haltung ganz und gar aufzugeben. — Nach der Vereinigung Toscanas mit Sardinien wurde das Concordat durch ein Decret des provisorischen Statthalters Ricasoli für aufgehoben erklärt.

Nr. 4849. (114.)

RÖMISCHE CURIE. Rundschreiben (Encyclicae) Papst Pius IX. an alle Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Bischöfe.

Ginzel, Archiv f. Kirchengesch. u. Kirchenrecht. Regensburg 1851. 1. Heft. p. 20 ff.
Lat. Orig. u. Deutsche Uebers.

Pius IX., Papst. Ehrwürdige Brüder! Unsern Gruss und apostolischen Segen.

Nachdem Wir schon seit mehreren Jahren in Gemeinschaft mit Euch das mühe- und sorgenvolle bischöfliche Amt nach Kräften zu verwalten und den Unserer Obsorge anvertrauten Theil der Heerde des Herrn auf den Bergen Israels, an hellen Bächen und auf fetten Triften zu weiden bemüht waren, siehe, da wurden wir nach dem Tode Unsers berühmten Vorgängers Gregor XVI. — dessen Andenken und erlauchte und ruhmvolle Thaten, mit goldenen Buchstaben in die Jahrbücher der Kirche eingetragen, die Nachwelt ewig bewundern wird, — durch den geheimen Rathschluss der göttlichen Vorsehung gegen all Unsern Erwarten und nicht ohne die grösste Bestürzung und Erschütterung Unseres Gemüthes auf den päpstlichen Stuhl erhoben. Denn wenn die Last des apostolischen Amtes immer für eine sehr schwere und gefährliche gehalten wurde und zu halten ist, so ist sie bei den gegenwärtigen, für die Christenheit überaus schwierigen Zeiten eine wahrhaft furchtbare. Wohl hätten

Nr. 4849
(114).
Röm. Curie.
9. Nov. 1846.

Nr. 4849
(114.)
Röm. Curie.
9. Nov. 1846.

daher, bei dem Bewusstsein Unserer Schwachheit und den schweren Pflichten, welche besonders in einer so wechselvollen Zeit dem höchsten Apostolate obliegen, Traurigkeit und Thränen Uns übermannt, wenn Wir nicht all Unsre Hoffnung auf Gott, Unser Heil setzten, der diejenigen nie verlässt, welche auf ihn hoffen, und, um seine Macht zu zeigen, zur Regierung seiner Kirche gerade das Schwächere auserwählt, damit Alle es erkennen, dass Gott selbst es ist, der durch seine wunderbare Vorsehung die Kirche regiert und schützt. Auch der tröstliche Gedanke hält Uns ungemein aufrecht, dass Wir in der Förderung des Heiles der Seelen zu Genossen und Helfern Euch haben, ehrwürdige Brüder, die Ihr, zu einem Antheile an Unserer Hirtensorge berufen, mit aller Sorgfalt und Eifer Euren Beruf zu erfüllen und einen guten Kampf zu kämpfen strebet.

Keinem von Euch ist es unbekannt, ehrwürdige Brüder, dass in unserer beweinenwerthen Zeit der heftigste und furchtbarste Krieg gegen alles Katholische von Leuten angeschürt wird, die, zu strafbaren Vereinen verbunden, voll Widerwillen gegen die gesunde Lehre und verstockt gegen die Wahrheit, die verkehrtesten Meinungen aller Art aus der Finsterniss hervorzuwählen, dieselben mit aller Macht hervorzuheben und unter dem Volke zu verbreiten suchen. Schrecken ergreift Unser Gemüth und der bitterste Schmerz erfüllt Uns, wenn Wir alle die Irrthümer, die Hinterlist und alle die mannigfachen Trugkünste betrachten, durch welche diese Feinde der Wahrheit und des Lichtes und gewandten Betrüger allen Eifer für Frömmigkeit, Gerechtigkeit und Ehrbarkeit in den Herzen zu ersticken, die Sitten zu verderben, alles göttliche und menschliche Recht zu verwirren und die katholische Religion und bürgerliche Gesellschaft zu untergraben, ja, wenn es möglich wäre, von Grund aus zu zerstören suchen. Sind ja doch, wie Ihr selbst wisset, ehrwürdige Brüder, diese erbittertsten Feinde des christlichen Namens so weit gegangen, dass sie in ihrer blinden Wuth und Gottlosigkeit ihren Mund geöffnet haben zur Lästerung gegen Gott, dass sie nicht erröthen, öffentlich zu lehren, die heiligen Geheimnisse unsrer Religion seien Lügenwerk und Menschenerfindung, dass sie sagen, die Lehre der katholischen Kirche sei dem Wohle und dem Gedeihen der menschlichen Gesellschaft entgegen, und sogar kein Bedenken tragen, Christum und Gott selbst zu verleugnen. Um aber die Völker desto leichter zu täuschen und besonders die Unvorsichtigen und Unerfahrenen zu betrügen und mit sich in den Irrthum zu führen, geben sie vor, ihnen allein sei der Weg des Heiles bekannt, und massen sich den Namen Philosophen an, gerade als ob die Philosophie, deren ganze Aufgabe in Erforschung der Wahrheit der Natur besteht, das verwerfen müsse, was Gott, der höchste und gütigste Schöpfer der ganzen Natur, durch besondere Gnade und Barmherzigkeit den Menschen offenbart hat, damit sie dadurch zum wahren Glücke und Heile gelangen. Zu diesem Zwecke wird von ihnen auf verkehrte und überaus betrügliche Denkweise unaufhörlich an die Kraft und Vortrefflichkeit der menschlichen Vernunft appellirt, diese im Gegensatze zu dem

heiligsten Glauben Christi erhoben und die freche Behauptung ausgesprochen, der Glaube sei der menschlichen Vernunft entgegen; was Alles so wahnsinnig, gottlos und unvernünftig ist, dass Aergeres nicht ersonnen werden kann. Denn wenn auch der Glaube über die Vernunft geht, so kann doch kein wahrer Widerspruch und kein Zwispalt zwischen beiden obwalten, weil beide aus einer und derselben Quelle, der unwandelbaren und ewigen Wahrheit, weil beide aus Gott stammen und in der Weise gegenseitig sich unterstützen, dass die rechte Vernunft die Wahrheit des Glaubens beweist, bewährt und vertheidigt, der Glaube aber die Vernunft von allen Irrthümern frei macht und sie durch Erkenntniss der göttlichen Dinge wunderbar erleuchtet, stärkt und vollendet. Ein ebenso grosser Trug ist es, ehrwürdige Brüder, wenn diese Feinde der göttlichen Offenbarung den menschlichen Fortschritt aufs Höchste erheben und ihn mit tollem und frevelhaftem Erkühnen auch auf das Gebiet der katholischen Religion übertragen wollen, als wenn die Religion nicht Gottes, sondern der Menschen Werk wäre oder irgend eine philosophische Erfindung, die auf menschliche Weise vervollkommnet werden könnte. . . . || Und wie viele, wie bewundernswerthe, wie glänzende Beweise stehen uns zu Gebote, durch welche die menschliche Vernunft auf das Klarste überzeugt werden muss, dass die Religion Christi eine göttliche sei, und dass aller Grund unserer Glaubenssätze seine Wurzel empfangen hat von dem Herrn, der droben ist im Himmel, und dass es darum nichts Gewisseres, nichts Sichereres, nichts Heiligeres und auf so festen Gründen Ruhendes gibt, als unser Glaube. Dieser Glaube nämlich, welcher der Führer unsers Lebens, unser Wegweiser auf der Bahn des Heiles, ein Vertilger aller Laster und die fruchtbare Mutter und Pflegerin aller Tugenden ist, wird durch die Geburt, das Leben, den Tod, die Auferstehung, die Weisheit, die Wunder und Weissagungen seines göttlichen Stifters und Vollenders Christus Jesus bestätigt; er strahlt allseitig im Lichte höherer Lehre und besitzt die Schätze des göttlichen Reichthums; er ist durch die Vorhervorkündigungen so vieler Propheten, durch den Glanz so vieler Wunder, durch die Standhaftigkeit so vieler Martyrer, durch die Glorie so vieler Heiligen verherrlicht worden; er hat unter Verkündigung des heilsamen Gesetzes Christi und mit jedem Tage, selbst unter den grausamsten Verfolgungen mehr erstarkend, die ganze Erde, zu Wasser und zu Land, vom Aufgange der Sonne bis zu ihrem Niedergange, blos mit der Fahne des Kreuzes in der Hand, durchwandelt und nach Niederstürzung des Wahnes der Götzen, nach Verschleichung der Nacht des Irrthums, nach dem Triumphe über aller Art Feinde, alle Völkerstämme und Nationen, so barbarisch und durch Natur, Sitte, Gesetze und Institutionen verschieden sie auch waren, mit dem Lichte der göttlichen Erkenntniss erleuchtet und dem süssesten Joche Christi unterworfen, Allen den Frieden, Allen Gutes verkündigend. Gewiss sind das alles so glänzende Beweise göttlicher Weisheit und Macht, dass eines jeden Menschen Sinn und Gedanke leicht begreifen kann, der christliche Glaube sei ein Werk Gottes. Die menschliche Vernunft aber, welche aus diesen eben so

Nr. 4849

(114).

Röm. Curio.

9. Nov. 1846.

Nr. 4840
(114).
Röm. Curie.
9. Nov. 1846.

glänzenden als schlagenden Beweisen klar erkennt, dass Gott der Urheber dieses Glaubens ist, kann nicht weiter gehen, sondern muss nach Beseitigung aller Schwierigkeiten und Zweifel demselben Glauben vollständigen Gehorsam leisten, weil es für sie feststeht, dass alles das, was der Glaube den Menschen zu glauben und zu thun, vorstellt, von Gott selbst herrührt. || Daraus geht aber offen hervor, in welch' grossem Irrthum auch jene befangen sind, welche, die Vernunft missbrauchend, das Wort Gottes für ein Menschenwerk halten und dasselbe nach eigenem Gutdünken zu erklären und unbesonnen zu deuten wagen, da Gott selbst eine lebendige Autorität eingesetzt hat, welche den wahren und rechten Sinn seiner himmlischen Offenbarung lehren und befestigen und alle Streitigkeiten in Sachen des Glaubens und der Sitten durch ein unfehlbares Urtheil entscheiden soll, damit die Gläubigen nicht herumgeweht werden von jedem Winde der Lehre in der Bosheit der Menschen, als eine Beute des Irrthums. Diese lebendige und unfehlbare Autorität besteht aber nur in jener Kirche, die von Christus, dem Herrn, auf Petrus, das Haupt, den Fürsten und Hirten der ganzen Kirche, dessen Glaube nach der Verheissung des Herrn nie wanken soll, gegründet worden ist, deren rechtmässige Oberhirten ihren Ursprung ohne Unterbrechung von Petrus selbst ableiten und auf dessen Stuhle sitzen und ebenso sehr die Erben als die Vertreter seiner Lehre, seiner Würde, seiner Ehre und Macht sind. Und weil die Kirche da ist, wo Petrus ist, weil Petrus durch den römischen Papst spricht und in seinen Nachfolgern immer lebt und Gericht hält, und denen, welche die Wahrheit des Glaubens suchen, dieselbe gewährt, deswegen ist die heilige Schrift ganz in dem Sinne zu nehmen, in welchem sie von jeher genommen hat und noch nimmt dieser römische Stuhl des heiligen Petrus, der als die Mutter und Lehrerin aller Kirchen den von Christus dem Herrn überlieferten Glauben stets rein und unversehrt erhalten und die Gläubigen ihn gelehrt hat, Alle hinweisend auf die Bahn des Heiles und zur Lehre unverdorbenen Wahrheit. Hier ist nämlich die Hauptkirche, wo die bischöfliche Einigkeit ihren Ursprung genommen hat, hier die Urstätte der Frömmigkeit, wo die christliche Religion unversehrt, vollkommen und fest besteht, wo die Oberherrlichkeit des apostolischen Stuhles stets gehandhabt worden ist, wohin wegen ihres überwiegenden Vorranges eine jede Kirche, das heisst, alle Gläubigen sich wenden müssen, mit welcher Jeder sammeln muss, wenn er nicht zerstreuen will. Da Wir also nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse auf diesen Stuhl der Wahrheit erhoben worden sind, so ermuntern Wir, ehrwürdige Brüder, Eure ausgezeichnete Frömmigkeit in dem Herrn, mit aller Sorgfalt die Euch anvertrauten Gläubigen eifrig und unablässig zu ermahnen, an diesen Grundsätzen festzuhalten und sich nicht von den Leuten täuschen und in den Irrthum führen zu lassen, die, nachdem sie durch ihre Bestrebungen ein Gräuel geworden, unter dem Vorwande menschlichen Fortschrittes den Glauben zu vernichten, ihn gottloser Weise der Vernunft unterzuordnen und Gottes Wort selbst zu verfälschen suchen, und ohne Scheu Gott selbst die

höchste Schmach anthun, der durch seine himmlische Religion nur der Menschen Wohl und Heil in seiner Gnade zu fördern gewollt hat. || Ueberdies gibt es aber noch andere Ausgeburten von Irrthümern und Täuschungen, und sie sind Euch selbst, ehrwürdige Brüder, wohl bekannt, durch welche die Kinder dieser Welt die katholische Religion, die göttliche Autorität der Kirche und ihre Gesetze auf's Heftigste zu bekämpfen und die Rechte sowohl der Kirchen- als der Staatsgewalt mit Füßen zu treten suchen. Hierher gehören alle jene heillosen Bestrebungen gegen diesen römischen Stuhl des heiligen Petrus, welchen Christus als das unerschütterliche Fundament seiner Kirche hingestellt hat. Dahin gehören alle jene geheimen Verbrüderungen, die zum Verderben der Kirche und des Staates aus der Finsterniss auftauchen und von den römischen Päpsten, Unsern Vorgängern, schon mehrfach mit wiederholtem Anathem durch apostolische Schreiben verworfen worden sind, welche Schreiben auch Wir gemäss. Unserer apostolischen Vollgewalt bestätigen und sorgfältig beobachtet wissen wollen. Denselben Zweck verfolgen die überaus verschmitzten Bibelgesellschaften, die mit der Kunst der alten Häretiker die heilige Schrift gegen die heiligsten Vorschriften der Kirche in die Landessprachen übersetzen lassen, derselben oft verkehrte Erklärungen begeben und sie dann in einer Unzahl von Exemplaren mit ungeheurem Aufwand Jedermann, auch den Ungebildeten, unentgeltlich mittheilen und aufdringen, damit nach Beseitigung der göttlichen Ueberlieferung, der Lehre der Väter und des Ansehens der katholischen Kirche, Alle das Wort des Herrn nach ihrem Privaturtheile sich erklären, den Sinn desselben verdrehen und so in die grössten Irrthümer hineingerathen. Diese Gesellschaften hat schon Gregor XVI. seligen Andenkens, an dessen Stelle Wir, obschon ungleichen Verdienstes, getreten sind, nach dem Beispiele seiner Vorgänger in einem apostolischen Schreiben verworfen, und auch Wir wollen sie hiemit gleicher Weise verworfen haben. Hieher gehört jenes schreckliche und schon dem natürlichen Lichte der Vernunft so sehr widerstrebende System des Religionsindifferentismus, wodurch diese Betrüger jeden Unterschied zwischen Tugend und Laster, zwischen Wahrheit und Irrthum, zwischen Ehrbarkeit und Schlechtigkeit aufheben und die Menschen zu dem Wahne bringen wollen, sie könnten im Bekenntnisse jeder Religion das ewige Heil erlangen, gerade als könnte eine Gemeinschaft bestehen zwischen Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, oder ein Bündniss zwischen Licht und Finsterniss, oder zwischen Christus und Belial ein Abkommen getroffen werden. Hieher gehört jene unlautere Verschwörung gegen den Cölibat der Geistlichen, an welcher, leider! auch einige Geistliche Theil genommen, die, die eigene Würde jämmerlicher Weise vergessend, durch die Schmeicheleien und Lockungen der Lüste sich haben fesseln und einlullen lassen, hierher jene verkehrte Lehrweise, besonders der Philosophie, welche die unvorsichtige Jugend auf eine elende Weise verführt und verdirbt und ihr das Gift des Drachens in dem Kelche von Babylon reicht; hierher jene heillose und schon dem Naturrechte überaus widerstrebende Lehre des so-

Nr. 4849
(114).
Röm. Curie.
9. Nov. 1846.

Nr. 4849
(114).
Röm. Curie.
9. Nov. 1864.

genannten Communismus, durch welche, gäbe man ihr einmal Raum, Recht, Besitz und Eigenthum Aller und selbst die menschliche Gesellschaft von Grund aus würde vernichtet werden; hieher gehören die finsternen Nachstellungen Jener, die im Gewande der Schafe, während sie innerlich reissende Wölfe sind, unter dem erlogenen und trügerischen Scheine reinerer Frömmigkeit und strengerer Tugend und Disciplin demüthig sich einschleichen, schmeichelnd fangen, sanft fesseln, heimlich tödten und die Menschen am Ende dadurch von aller Religionsverehrung abschrecken und die Schafe des Herrn dahinschlachten und zerreißen. Hierher gehört endlich, um Anderes, Euch sehr wohl Bekanntes zu übergehen, jene gräuliche Masse sündhafter Flugschriften, die, gewandt geschrieben und voll Lug und Trug, mit überschwänglichen Kosten überall zum Verderben des christlichen Volkes verbreitet werden, todtbringende Lehren an allen Orten austreuen, den Geist und das Gemüth, besonders der Arglosen, vergiften, und so der Religion den grössten Schaden bringen. Aus diesem Wüste allwärts her sich einschleichender Irrthümer und der zügellosen Denk-, Rede- und Schreib-Freiheit kommt es, dass die Sitten sich verschlechtern, die heiligste Religion Christi verachtet, die Majestät des göttlichen Cultus verhöhnt, die Macht des apostolischen Stuhles beeinträchtigt, die Kirche bekämpft und zu schämlicher Knechtschaft herabgewürdigt, die Rechte der Bischöfe mit Füßen getreten, die Heiligkeit der Ehe verletzt und das Regiment einer jeglichen Gewalt untergraben wird, und so viele andere Schäden in Kirche und Staat, die Wir in Gemeinschaft mit Euch, ehrwürdige Brüder, beweinen müssen. || Bei solchen Wechselfällen, denen Religion, Dinge und Zeiten ausgesetzt sind, sind Wir um das Heil der gesammten, Uns von oben anvertrauten Heerde des Herrn ungemein besorgt, und Wir werden nach der Pflicht Unsers apostolischen Amtes Nichts unversucht lassen, um für das Wohl der gesammten Familie Christi aus allen Kräften zu sorgen. Allein auch Eure hohe Frömmigkeit, Tugend und Weisheit nehmen Wir in Anspruch und bitten Euch im Herrn, ehrwürdige Brüder, im Vertrauen auf die Hilfe von Oben mit Uns die Sache Gottes und seiner heiligen Kirche, je nach dem Maasse der Stellung, die Ihr einnehmet, und der Würde, mit welcher Ihr geschmückt seid, furchtlos zu vertheidigen. . . . [Ermahnung mit allem Eifer dafür zu sorgen, dass die Reinheit des katholischen Glaubens, die Einheit der Kirche und der Gehorsam gegen den Stuhl Petri gewahrt und aufrecht erhalten werden. „Schärfet dem christlichen Volke den schuldigen Gehorsam und die schuldige Unterwürfigkeit gegen die Fürsten und Obrigkeiten ein, und belehret es nach der Mahnung der Apostel, dass alle Gewalt von Gott stammt, und dass Diejenigen Gottes Willen widerstreben, ja die Verdammniss sich zuziehen, welche der Obrigkeit sich widersetzen, und dass daher das Gebot, der Obrigkeit zu gehorchen, von Niemanden ohne Sünde verletzt werden könne, wenn nicht etwas geboten wird, was den Gesetzen Gottes und der Kirche entgegen ist.“ — Ermahnung nur Solche zu Priestern zu machen, die „ausgezeichnet durch den Glanz aller Tugenden und

das Lob der Weisheit“ „richtet Euren ganzen bischöflichen Eifer fortwährend und vorzüglich darauf, junge Kleriker schon vom zartesten Alter an sowohl zur Frömmigkeit und bewährten Tugend, als auch zu Kenntnissen und ernstest Wissenschaften, besonders den kirchlichen, gründlich heranzubilden. Nichts soll Euch darum so sehr am Herzen liegen, als mit aller Anstrengung, Sorgfalt und allem Fleisse Klerikalseminarien, nach der Vorschrift des Concils von Trient, anzulegen . . .“] Und seien auch die Bedrängnisse, die Schwierigkeiten und Gefahren, welche von Eurem schweren bischöflichen Amte, namentlich in der jetzigen Zeit, unzertrennlich sind, noch so gross, — lasset Euch nicht schrecken, sondern erstarket im Herrn und der Kraft dessen, der vom Himmel herab auf uns schaut, wenn wir für seinen Namen kämpfen, und den Kampfesmuthigen Beifall winkt, den Streitenden hilft, den Siegenden die Krone reicht. Da Wir aber keinen süsseren Wunsch haben, als Euch Alle, die Wir lieben mit der Liebe Jesu Christi, mit Unsern besten Wünschen, mit Rath und That zu unterstützen, da Uns nichts so sehr am Herzen liegt, als in Gemeinschaft mit Euch an der Förderung und Verbreitung der Ehre Gottes und des katholischen Glaubens aus allen Kräften zu arbeiten und die Seelen zu retten, für die Wir gern selbst Unser Leben, wenn es Noth thut, hinzugeben bereit sind, so bitten Wir Euch, Brüder: kommet, kommet ohne Scheu und mit vollkommenem Vertrauen zu diesem Stuhle des heiligen Fürsten der Apostel, zu diesem Mittelpunkte der katholischen Einheit und des Episkopates Spitze, von woher selbst der Episkopat und seine ganze Autorität stammt, kommet zu Uns, so oft Ihr Unserer und des apostolischen Stuhles Hilfe, Beistands und Schutzes bedürfen werdet. || Endlich erheben Wir Uns zu der Hoffnung, dass Unsre geliebtesten Söhne in Christo, die Fürsten, ihrer Frömmigkeit und Religiosität gemäss, sich daran erinnern werden, dass ihnen die königliche Gewalt nicht nur zur Herrschaft über die Welt, sondern vorzugsweise zum Schutze der Kirche verliehen worden ist, dass Wir nicht nur für die Kirche, sondern auch für ihre Herrschaft und ihr Wohlsein sorgen, damit sie ihre Länder in Ruhe regieren können, und dass sie darum unsre gemeinsamen Wünsche, Absichten und Bestrebungen durch ihre Autorität unterstützen und die Freiheit und Unversehrtheit der Kirche vertheidigen werden, damit die Rechte Christi auch ihre Herrschaft schirme. || [Anrufung der göttlichen Gnade durch die Fürbitte „der unbefleckten Jungfrau Maria“] || Gegeben zu Rom bei St. Maria der grösseren am 9. Nov. 1846, Unsres Papstthums im ersten.

Nr. 4849
(114).
Röm. Curie.
9. Nov. 1846.

Am 16. Juni 1846 wurde Cardinal Giovanni Maria Mastai-Ferretti (Pius IX.) auf den päpstlichen Stuhl erhoben. Erst am 8. November d. J. erfolgte die Besitznahme der Laterankirche durch den Papst und am folgenden Tage die erste Ansprache desselben an die katholische Kirche. (S. oben.) — Das Dekret des Papstes v. 16. Juli d. J., welches alle wegen politischer Vergehen verurtheilten oder in Untersuchung befindlichen Unterthanen amnestirt, S. Ginzel, Archiv l. c. p. 11 ff.

Nr. 4850. (115.)

RÖMISCHE CURIE. (Encyclica.)¹ Rundschreiben des Papstes über die Irrlehren der Zeit.

Lat. Orig. Vering, Archiv l. c. N. F. VII. p. 294 ff.

Pius IX., Papst.

Ehrwürdige Brüder, Gruss und Apostolischen Segen!

Nr. 4850
(115).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

Mit welcher Sorge und oberhirtlichen Wachsamkeit die römischen Päpste, Unsere Vorgänger, in Erfüllung der ihnen von unserm Herrn Jesus Christus selber in der Person des heiligen Petrus, des Apostelfürsten, übertragenen Pflicht, unermüdlich ihr Amt erfüllt haben, die Lämmer und die Heerde des Herrn eifrig mit dem Worte des Glaubens zu nähren, sie mit der Lehre des Heiles zu durchdringen und von vergifteten Weideplätzen fern zu halten, dies ist Allen und Euch besonders sehr wohl bekannt, ehrwürdige Brüder. In der That hatten Unsere Vorgänger, als die Hüter und Beschirmer der erhabenen katholischen Religion, der Wahrheit und der Gerechtigkeit, in ihrer grossen Sorgfalt für das Heil der Seelen keinen angelegentlicheren Wunsch, als den, durch ihre sehr weisen Schreiben und Erlasse alle Ketzereien und Irrthümer aufzudecken und zu verwerfen, welche in ihrem Widerspruche gegen unsern göttlichen Glauben, die Lehre der katholischen Kirche, die Ehrbarkeit der Sitten und das ewige Heil der Menschen häufig schwere Stürme heraufbeschworen und das Gemeinwohl der christlichen und der bürgerlichen Gesellschaft auf die traurigste Weise gefährdet haben. Deshalb haben unsere Vorgänger sich fortwährend mit apostolischem Starkmuth den verbrecherischen Unternehmungen ungerechter Menschen widersetzt, die, wie die Wogen des tobenden Meeres ihre verwirrenden Ansichten verbreitend und die Freiheit verheissend, während sie Sklaven des Verderbens sind, durch ihre lügnerischen Meinungen und ihre verderblichen Schriften die Grundlagen der katholischen Religion und der bürgerlichen Gesellschaft umzustürzen, jegliche Tugend und Gerechtigkeit zu zerstören, alle Gemüther und Herzen zu verkehren, die Arglosen, namentlich die unerfahrene Jugend, von der heiligen Sittenzucht abziehen, sie kläglich zu verderben, in die Fallstricke des Irrthums zu locken und zuletzt aus dem Schoosse der katholischen Kirche herauszureissen sich bemüht haben. ¶ Aber, wie Ihr es wohl wisst, ehrwürdige Brüder, kaum hatten die geheimen Fügungen der göttlichen Vorsehung Uns auf den Stuhl Petrus ohne Unser Verdienst erhoben, als Wir, mit dem tiefsten Schmerze Unserer

¹) Obwohl die Encyclica und der Syllabus schon im Staatsarchiv Bd. VII Nr. 1746 mitgetheilt wurden, findet der Vollständigkeit der Sammlung wegen ein abermaliger Abdruck derselben statt.

Seele, das durch so viele schlechte Lehren heraufbeschworene schreckliche Ungewitter und die grossen und über Alles beklagenswerthen Schäden, welche für das christliche Volk aus so vielen Irrthümern entspringen, wahrnehmend, der Pflicht Unserer apostolischen Sendung gemäss und den glorreichen Fuss-tapfen Unserer Vorgänger folgend, die Stimme erhoben und durch die Ver-öffentlichung mehrerer Rundschreiben und Allocutionen, so wie durch andere apostolische Briefe die hauptsächlichsten Irrthümer unserer traurigen Zeit ver-warfen, Euere ausgezeichnete bischöfliche Wachsamkeit anregten und alle Unsere theuern Söhne in der katholischen Kirche aber- und abermals warnten und ermahnten, die Ansteckung einer so schrecklichen Pest durchaus zurück-zuweisen und zu vermeiden. Besonders in Unserer ersten Encyclica, die am 9. November 1846 an Euch gesandt wurde, und in den beiden Allocutionen vom 9. Dec. 1854 und vom 9. Juni 1862, die Wir im Consistorium hielten, haben Wir die entsetzlichen Meinungen verdammt, die, besonders in unserer Zeit, zum grossen Nachtheil der Seelen und zum Schaden der bürgerlichen Gesellschaft herrschen; Meinungen, die nicht allein der katholischen Kirche, ihrer heilsamen Lehre und ihren ehrwürdigen Rechten, sondern auch dem ewigen Gesetze der Natur, welches Gott in das Herz aller Menschen einschrieb, und der gesunden Vernunft feindlich entgegenstehen, und welche fast allen andern Irrthümern ihren Ursprung gegeben haben. Aber obgleich Wir bis jetzt nicht unterliessen, die hauptsächlichsten Irrthümer dieser Art zu ächten und zu verwerfen, so fordert doch die Sache der katholischen Kirche, das Heil der Seelen, welches Uns von Gott anvertraut ist, und das Wohl der menschlichen Gesellschaft selbst von Uns durchaus, dass Wir Euere Hirten-sorge abermals aufrufen, um andere verkehrte Meinungen zu überwinden, die aus diesen Irrthümern, wie aus eben so vielen Quellen entspringen. Diese falschen und verkehrten Meinungen sind um so verabscheuungswürdiger, als sie besonders danach trachten, jene heilsame Kraft zu hemmen und abzu-leuken, welche die katholische Kirche kraft ihrer Einsetzung durch ihren göttlichen Stifter und kraft dessen Auftrages frei bis zum Ende der Jahr-hunderte und zwar nicht allein gegen jeden einzelnen Menschen, sondern auch gegen Nationen, Völker und deren Herrscher ausüben soll, sowie die Ueber-einstimmung und Eintracht zwischen Priesterthum und Herrscherthum zu zer-stören, die stets zum Glück und Heil der religiösen und bürgerlichen Ge-sellschaft gereichte. Denn, Ihr wisset es sehr wohl, ehrwürdige Brüder, es giebt in unsern Tagen nicht Wenige, die, auf die bürgerliche Gesellschaft den gottlosen und unsinnigen Grundsatz des sogenannten Naturalismus übertragend, zu lehren wagen, „die beste Einrichtung der öffentlichen Gesellschaft und der bürgerliche Fortschritt erheischen es durchaus, dass die menschliche Gesell-schaft ohne Rücksicht auf die Religion, als ob dieselbe nicht vorhanden sei, oder wenigstens ohne einen Unterschied zwischen der wahren Religion und den falschen Religionen zu machen, eingerichtet und regiert werde.“ Und zuwider der Lehre der heiligen Schrift, der Kirche und der heiligen Kirchen-

Nr. 4850
(115).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

Nr. 4850
(115).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

väter tragen sie kein Bedenken, zu behaupten, „dass die beste Lage der Gesellschaft die sei, wo der weltlichen Macht das Amt nicht zuerkannt ist, durch gesetzliche Strafen die Verletzer der katholischen Religion zu züchtigen, es sei denn, dass der öffentliche Friede es gebiete.“ Kraft dieser durchaus falschen Auffassung der Leitung der Gesellschaft stehen sie nicht an, diese irrige Meinung, welche der katholischen Kirche und dem Heile der Seelen sehr nachtheilig ist und von Unserm Vorgänger ehrwürdigen Andenkens, Gregor XVI., als ein Wahnwitz bezeichnet wurde, zu begünstigen, dass nämlich „die Freiheit des Gewissens und des Cultus das eigene Recht eines jeden Menschen sei, ein Recht, welches durch das Gesetz in jedem wohlconstituirten Staate verkündigt und geschützt werden müsse, und dass die Bürger ein Recht besitzen, mit einer gänzlichen, weder durch die geistliche noch durch die bürgerliche Autorität zu beschränkenden Freiheit, ihre Ueberzeugungen, welche sie auch seien, durch Worte oder durch die Presse, oder durch andere Mittel kund zu geben und zu bekennen.“ Aber während sie dieses vermessen behaupten, bedenken und beherzigen sie nicht, dass sie die Freiheit, sich in's Verderben zu stürzen, predigen, und dass, „wenn es den menschlichen Ueberzeugungen immer freisteht zu streiten, es nie an Menschen fehlen wird, die es wagen, gegen die Wahrheit zu kämpfen und sich auf die Geschwätzigkeit menschlicher Weisheit zu verlassen, während der christliche Glaube und die christliche Weisheit durch die Belehrung unseres Herrn Jesu Christi selbst wissen, wie sehr sie diese sehr schädliche Eitelkeit vermeiden müssen.“ Und weil mit der Entfernung der Religion aus der bürgerlichen Gesellschaft und mit der Zurückweisung der Lehre und der Autorität der göttlichen Offenbarung auch die echte Idee der Gerechtigkeit und des menschlichen Rechts verdunkelt wird und verloren geht, und an die Stelle der wahren Gerechtigkeit und des legitimen Rechts die rohe Gewalt gesetzt wird, so ist es klar, warum einige Menschen, vollkommen der zuverlässigsten Principien der gesunden Vernunft vergessend und sie hintansetzend, zu verkündigen wagen, „dass der durch die sogenannte öffentliche Meinung oder durch andere Mittel kundgegebene Volkswille das höchste, von allem göttlichen und menschlichen Recht unabhängige Gesetz bilde, und dass in der politischen Ordnung die vollendeten Thatsachen gerade dadurch, dass sie vollendet sind, zu Recht bestehen.“ Aber wer sollte nicht sehr wohl sehen und begreifen, dass die menschliche Gesellschaft, den Banden der Religion und der wahren Gerechtigkeit entzogen, keinen andern Zweck mehr haben kann, als Reichthümer zu sammeln und anzuhäufen, noch einem andern Gesetze bei ihren Handlungen gehorchen, als der ungezähmten Begierde des Herzens, nur seinen Lüsten und Interessen zu dienen. Darum verfolgen diese Leute mit so bitterm Hasse die um die Religion, die bürgerliche Gesellschaft und die Wissenschaft so sehr verdienten klösterlichen Genossenschaften, und schreien laut, sie hätten gar keinen rechtmässigen Grund für ihr Bestehen, und zollen so den Erdichtungen der Häretiker Beifall. Denn, wie Unser Vorgänger Pius VI. ehrwürdigen Andenkens wise ge-

lehrt hat, „verletzt die Aufhebung der Orden den der öffentlichen Uebung der evangelischen Rathschläge geweihten Stand, verletzt eine in der Kirche als mit der apostolischen Lehre übereinstimmend empfohlene Lebensweise; sie verletzt die erhabenen Stifter, die wir auf den Altären verehren, und die nur aus göttlicher Eingebung diese Gesellschaften gegründet haben.“ | In ihrer Gottlosigkeit behaupten diese Leute, dass man den Bürgern und der Kirche die Befugniss entziehen müsse, offen in christlicher Wohlthätigkeit Almosen auszutheilen, sowie das Gesetz abschaffen, welches wegen der Gottesverehrung verbietet, an bestimmten Tagen knechtliche Arbeit zu verrichten. Sie geben dabei hinterlistiger Weise vor, dass diese Befugniss und dieses Gesetz den Principien der bessern Nationalökonomie zuwiderlaufe. | Nicht zufrieden damit, die Religion aus der öffentlichen Gesellschaft auszurotten, wollen sie dieselbe auch aus den Familien und den Privatleben fern halten. Lehrend und bekennend den unseligen Irrthum des Socialismus und des Communismus, behaupten sie nämlich, „die häusliche Gesellschaft oder die Familie entlehne den ganzen Grund ihres Daseins nur aus dem bürgerlichen Rechte, woraus man schliessen müsse, dass alle Rechte der Eltern über ihre Kinder und vor Allem das Recht, sie zu unterrichten und zu erziehen, nur von dem bürgerlichen Gesetz herkomme und abhängen.“ Durch solche gottlose Ansichten und Ränke beabsichtigen diese Menschen vorzüglich, aus dem Unterricht und der Erziehung der Jugend die heilsame Lehre und den Einfluss der katholischen Kirche gänzlich zu verdrängen, um die zarten, biegsamen Gemüther der Jugend mit allen verderblichen Irrthümern und Lastern anzustecken und elendiglich zu entsittlichen. Alle nämlich, welche bestrebt sind, Kirche und Staat zu verwirren, die gute Ordnung der Gesellschaft zu vernichten und alle göttlichen und menschlichen Rechte zu Grunde zu richten, haben stets alle ihre verbrecherischen Pläne, ihre Aufmerksamkeit und ihre Sorgfalt gemeinsam darauf verwandt, wie sie vor Allem, was oben angedeutet, die unvorsichtige Jugend zu täuschen und zu verderben vermöchten. Auf die Verderbniss der Jugend stützen sich alle ihre Hoffnungen. Deshalb lassen sie auch mit ihrem Kampfe gegen die Welt- und Klostergeistlichkeit nicht nach, von welchen, wie die zuverlässigen Denkmäler der Geschichte glänzend bezeugen, der christlichen und der bürgerlichen Gesellschaft, so wie den Wissenschaften so grosse Vortheile zugethlossen sind. Sie greifen dieselben in unerhörter Weise an, und behaupten, der Klerus „müsse, als der Feind des wahren und erspriesslichen Fortschrittes der Wissenschaft und der Civilisation, ganz von der Sorge und dem Amte des Unterrichts und der Erziehung der Jugend entfernt werden. | Andere, welche böse Irrthümer, die bereits oftmals verdammt worden sind, wieder aufnehmen, wagen mit der grössten Schamlosigkeit, die höchste, der Kirche und diesem apostolischen Stuhle von Christus dem Herrn selbst verliehene Autorität dem Gutbefinden der bürgerlichen Gewalt zu unterwerfen und alle ihre Rechte hinsichtlich dessen, was zur äussern Ordnung gehört, zu leugnen. Sie erröthen nicht, zu behaupten, dass „die Gesetze der Kirche

Nr. 4850
(115).
Röm. Curia.
8. Dec. 1864.

das Gewissen nicht binden, wenn sie nicht durch die weltliche Macht verkündigt sind, dass die Erlasse und Decrete der römischen Päpste betreffs der Religion und der Kirche der Sanction und Bestätigung oder wenigstens der Beistimmung der bürgerlichen Gewalt bedürfen: dass die apostolischen Constitutionen, welche die geheimen Gesellschaften, sei es nun, dass dieselben eine eidliche Verpflichtung zum Geheimhalten fordern oder nicht, verwerfen und deren Anhänger und Begünstiger mit dem Anathem belegen, in den Ländern, in welchen diese Gesellschaften von der weltlichen Macht geduldet werden, keine Kraft haben; dass die Excommunication, welche von dem Concil von Trient und den römischen Päpsten gegen diejenigen, die in die Rechte und die Besitzungen der Kirche eingreifen und sie usurpiren, verhängt ist, auf einer Vermengung der geistlichen mit der bürgerlichen und politischen Ordnung beruhe und auf die Erreichung eines rein irdischen Gutes gerichtet sei; dass die Kirche nichts bestimmen dürfe, was die Gewissen der Gläubigen in Beziehung des Gebrauches der zeitlichen Dinge zu binden im Stande sei; dass der Kirche das Recht nicht zustehe, die Verletzer ihrer Gesetze durch zeitliche Strafen in Zucht zu halten; dass es den Grundsätzen der heiligen Theologie und des öffentlichen Rechtes entspreche, das Eigenthum der im Besitz der Kirchen, der religiösen Ordensgesellschaften und anderer frommer Stiftungen befindlichen Güter der Staatsregierung zuzusprechen und für sie in Anspruch zu nehmen.“ Sie schämen sich nicht, offen einen von den Häretikern behaupteten Grundsatz, aus dem so viele verkehrte Meinungen und Irrthümer hervorgegangen sind, aufzustellen. Sie sagen nämlich, die „kirchliche Macht sei nicht nach göttlichem Rechte von der bürgerlichen Gewalt verschieden und unabhängig, und eine Unterscheidung und Unabhängigkeit dieser Art könne nicht aufrecht erhalten werden, ohne dass die Kirche in die wesentlichen Rechte der bürgerlichen Gewalt eingreife und sie usurpire.“ Wir können gleichfalls nicht die Kühnheit derjenigen mit Stillschweigen übergehen, welche, indem sie die gesunden Lehren nicht ertragen, behaupten, „dass man den Urtheilssprüchen und Decreten des apostolischen Stuhles, welche, wie ausdrücklich erklärt wird, das allgemeine Wohl der Kirche, ihre Rechte und ihre Disciplin zum Gegenstand haben, so lange als dieselben nicht die Dogmen des Glaubens und der Sitten berühren, die Zustimmung und den Gehorsam versagen könne, ohne sich zu verständigen und ohne irgendwie sein katholisches Bekenntniss zu beeinträchtigen.“ Wie sehr diese Lehre dem katholischen Dogma von der dem römischen Papste von unserm Herrn und Gott Jesus Christus übertragenen Vollgewalt, die allgemeine Kirche zu weiden, zu leiten und zu regieren, zuwiderläuft, wird Jedermann deutlich einsehen und begreifen.

Inmitten einer so grossen Verkehrtheit schlechter Meinungen Unserer apostolischen Pflicht eingedenk und überaus bekümmert um unsere heilige Religion, die gesunde Lehre, das Heil der uns anvertrauten Seelen und das Wohl der menschlichen Gesellschaft selber, glaubten Wir auf's neue Unsere apostolische Stimme erheben zu müssen. Darum verwerfen, ächten und verdammen

Wir kraft unserer apostolischen Autorität alle und jede schlechten Meinungen und Lehren, welche in diesem Schreiben einzeln erwähnt wurden, und wollen dass sie von allen Kindern der katholischen Kirche als verworfen, geächtet und verdammt angesehen werden sollen. || Aber, ausserdem, ehrwürdige Brüder wisset Ihr, dass in unsern Tagen Hasser jeder Wahrheit und Gerechtigkeit und gewaltige Feinde unserer Religion andere gottlosen Lehren aller Art aussäen, indem sie mittelst verpesteter Bücher, Flugschriften und Zeitungen, welche sie über die ganze Erde verbreiten, die Völker betrügen und böse lügen. Es ist Euch auch nicht unbekannt, dass es in unsern Tagen Leute gibt, die, von dem Geiste Satans angetrieben und aufgereizt, zu so massloser Gottlosigkeit vorgegangen sind, dass sie ungescheut unsern Herrscher Jesus Christus leugnen und mit verbrecherischer Frechheit seine Gottheit angreifen. Hier aber können Wir nicht umhin, ehrwürdige Brüder, Euch für alle Sorgen und allen Eifer, mit denen Ihr Eure bischöfliche Stimme gegen eine so grosse Gottlosigkeit erhoben habt, das verdiente Lob zu zollen. || Deshalb reden wir in dem gegenwärtigen Schreiben wiederum in grösster Liebe zu Euch, die Ihr, zur Theilnahme an Unserer Fürsorge berufen, inmitten Unseres so lebhaften Schmerzes Unser grösstes Labsal, Unsere Freude und Unser Trost seid, ob Euerer ausgezeichneten Religiosität und Frömmigkeit und ob der erstaunlichen Liebe, Treue und Ergebenheit, womit Ihr, durch die engsten Herzensbande mit Uns und dem apostolischen Stuhle verknüpft, Euch bemüht, rüstig und pünktlich Euer schweres bischöfliches Amt zu erfüllen. Denn von Euerm vortrefflichen Hirteneifer erwarten Wir, dass Ihr, das geistige Schwert, d. h. das Wort Gottes ergreifend und durch die Gnade Unseres Herrn Jesus Christus gestärkt, mit stets vermehrter Sorgfalt darüber wachet, dass die Euerer Obhut anvertrauten Gläubigen „sich von dem Unkraute fern halten, das Jesus Christus nicht pflegt, weil es von seinem Vater nicht gepflanzt worden ist.“ Unterlasset darum auch niemals, den Gläubigen einzuprägen, dass alles wahre Glück des Menschen aus unserer erhabenen Religion, aus deren Lehre und Uebung entspringt, und dass glücklich ist das Volk, „dessen Herr sein Gott ist.“ || Lehret, „dass die Königreiche auf der Grundlage des katholischen Glaubens beruhen,“ und dass nichts so tödtlich verwunde, nichts so sehr dem Falle nahe bringe und allen Gefahren aussetze, als wenn wir in der Meinung, es sei genug, dass wir die Freiheit des Willens bei unserer Geburt empfangen haben, weiter nichts bei dem Herrn suchen, d. h. wenn wir „des Herrn vergessend, seine Macht abschwören, um uns frei zu zeigen.“ Unterlasset auch nicht zu lehren, dass die königliche Macht nicht allein, um die Herrschaft dieser Welt zu führen, sondern vorzüglich um die Kirche zu schützen, übertragen sei, und dass nichts vortheilhafter und glorreicher für die Beherrscher der Staaten und die Könige ist, als, wie Unser sehr weiser und muthiger Vorgänger, der h. Felix, an den Kaiser Zeno schrieb, „die katholische Kirche nach ihrem Gesetze leben zu lassen und Niemanden irgend einen Angriff gegen ihre Freiheit zu gestatten Denn sicher ist es vortheilhaft für die Herrscher, wenn

Nr. 4850
(115).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

Nr. 4850
(115).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

es sich um die Sache Gottes handelt, nach dessen Anordnung ihren königlichen Willen den Priestern Jesu Christi unterzuordnen, nicht vorzuziehen.⁴ Immer, namentlich aber jetzt, ehrwürdige Brüder, inmitten der zahlreichen Drangsale der Kirche und der bürgerlichen Gesellschaft, angesichts der schrecklichen Verschwörung unserer Gegner gegen die katholische Sache und diesen apostolischen Stuhl, und der bedeutenden Anhäufung von Irrthümern, ist es durchaus geboten, vor allen Dingen mit Vertrauen uns dem Throne der Gnade zu nähern, um Barmherzigkeit zu erlangen und Gnade zu finden in der Hilfe zur rechten Zeit. Deshalb haben wir dafür gehalten, dass der Augenblick gekommen sei, die Frömmigkeit aller Gläubigen anzuregen, damit sie, mit Uns und Euch gemeinschaftlich, ohne Unterlass durch heisse und demüthige Gebete zum mildesten Vater des Lichtes und der Barmherzigkeit beten und flehen: damit sie mit vollem Glauben ihre Zuflucht nehmen zu unserem Herrn Jesus Christus, der uns mit seinem Blute Gott erkauft hat, und sein süßestes Herz, das Schlachtopfer der glühendsten Liebe zu uns, inbrünstig und beharrlich anflehen, dass er mit den Banden seiner Liebe Alles an sich ziehe und dass alle Menschen, von seiner heissesten Liebe entflammt, nach seinem Herzen wandeln, würdig in Allem Gott gefallend und fruchttragend in jedem guten Werke. Aber da es ausser Zweifel ist, dass die Bitten der Menschen Gott dann angenehmer sind, wenn diese mit reinem, makellosen Gemüthe sich ihm nähern, so haben Wir es für gut gehalten, den Christen mit apostolischer Freigebigkeit die Unserer Verwaltung anvertrauten himmlischen Schätze der Kirche zu öffnen, damit die Gläubigen zu wahrer Frömmigkeit lebhafter entflammt und durch das Sacrament der Busse von den Makeln ihrer Sünden gereinigt, ihre Gebete mit mehr Vertrauen vor Gott ausgiessen, und seine Barmherzigkeit und seine Gnade erlangen. Durch dieses Schreiben ertheilen Wir in Unserer apostolischen Machtvollkommenheit allen und jedem Gläubigen beider Geschlechter in der ganzen katholischen Welt einen vollkommenen Jubiläums-Ablass während eines Monats im Laufe des Jahres 1865 nach der von Euch, ehrwürdige Brüder, und den andern rechtmässigen Kirchenvorstehern zu treffenden Bestimmung. Wir gewähren diesen Ablass in der Art und Weise, wie dieses zu Anfang Unseres Pontificates geschehen ist durch Unser apostolisches Schreiben in Form eines Breve vom 20. November 1846, welches an den gesammten Episkopat der Welt gesandt wurde und mit den Worten: „*Arcano divinae providentiae consilio*“ beginnt, sowie mit allen den Vollmachten, welche durch jenes Schreiben von Uns gegeben wurden. Wir wollen jedoch auch, dass alles beobachtet werde, was in dem genannten Breve vorgeschrieben wurde, und das angenommen werde, was Wir als ausgenotamen erklärten. Und dieses gewähren Wir, ohne dass irgend welches Entgegenstehende, auch wenn es einer besondern und namentlichen Erwähnung und Besetzung würdig wäre, dem hinderlich sein könnte. Damit aber jeder Zweifel und jede Schwierigkeit verhütet werde, haben Wir verordnet, dass Euch ein Exemplar desselben Schreibens übersendet werde. „Flehen wir,

ehrwürdige Brüder, aus tiefstem Grunde des Herzens und der Seele zur Barmherzigkeit Gottes; denn Gott hat uns dazu aufgefordert, indem er sagt: Ich werde ihnen meine Barmherzigkeit nicht entziehen. Bitten wir und wir werden empfangen; und wenn die Gewährung geraume Zeit auf sich warten lässt, weil wir Ihn schwer beleidigt haben, so lasst uns anklopfen, weil dem Anklopfenden geöffnet werden wird, wenn nur unsere Gebete, Seufzer und Thränen, in denen wir inständig ausharren müssen, an die Pforte klopfen und das Gebet einmüthig ist. ... Ein Jeder bitte Gott nicht für sich allein, sondern für alle Brüder, wie der Herr uns zu beten gelehrt hat.“ Damit aber Gott Unsern und Euern Gebeten und Wünschen und denen aller Gläubigen um so willfähriger sei, so lasst uns in vollem Vertrauen als Fürsprecherin bei Ihm die unbefleckte und heiligste Gottesgebärerin und Jungfrau Maria erwählen, welche alle Ketzereien in der ganzen Welt vernichtet hat und als unser Allerliebste Mutter „ganz lieblich und voller Barmherzigkeit sich von Allen erbitten lässt, sich gegen Alle gnädig zeigt und mit unbegrenzter Liebe der Leiden Aller sich erbarmt“, die, dastehend als Königin zur Rechten ihres eingeborenen Sohnes, unseres Herrn Jesus Christus, strahlend in goldenem Gewand und vielfältigem Schmuck, nichts kennt, was sie von dem Herrn nicht zu erhalten vermöchte. Flehen wir auch um die Fürbitte des heiligen Petrus, des Apostelfürsten, und seines Mitapostels Paulus und aller Heiligen des Himmels, die schon Freunde Gottes geworden und in das himmlische Reich gelangt sind, wo sie mit der Krone geschmückt und die Palme tragend, ihrer Unsterblichkeit gewiss, um unser Heil ganz besorgt sind. „Indem wir schliesslich aus Herzensgrund von Gott für Euch die Fülle aller Seiner himmlischen Güter erflehen, ertheilen Wir lieblich und aus voller Seele Euch, ehrwürdige Brüder, und allen Geistlichen und Eurer Obhut anvertrauten Gläubigen als Unterpfand Unserer besonderen Liebe zu Euch Unsern apostolischen Segen.“ Gegeben zu Rom bei St. Peter am 8. Dec. 1864, dem zehnten Jahrestage der Feststellung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis der jungfräulichen Gottesgebärerin Maria, im neunzehnten Jahre Unseres Pontificates.

P i u s IX., Papst.

Nr. 4851. (116).

RÖMISCHE CURIE. Schreiben des Cardinalstaatssecretär Antonelli, mit welchem der Syllabus den Bischöfen übersandt wurde.

Lat. Orig. Vering, Archiv l. c.

Ehrwürdiger und hochwürdigster Herr!

Unser heiliger Vater, Papst Pius IX., hat, um das Heil der Seelen und um die gesunde Lehre eifrigst besorgt, von dem Antritte seines päpstlichen Amtes an niemals unterlassen, durch Rundschreiben an die Bischöfe, durch

Nr. 4851
(116).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

Nr. 4851
(116).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

öffentliche Anreden im Consistorium und durch andere für die Oeffentlichkeit bestimmte apostolische Schreiben die in unserer unseligen Zeit vorzugsweise verbreiteten Irrthümer und falschen Lehren zu verbieten und zu verdammen. Da jedoch möglicher Weise nicht alle diese päpstlichen Kundgebungen zur Kenntniss sämtlicher Oberhirten gelangt sind, so hat der heilige Vater beschlossen, dass ein Verzeichniss aller jener Irrthümer angefertigt und allen Oberhirten zugesendet werden solle, damit dieselben die sämtlichen Irrthümer und verderblichen Lehren, welche von Ihm verworfen und verboten sind, vor ihren Augen haben. Demgemäss hat der heilige Vater mir den Auftrag ertheilt, das erwähnte gedruckte Verzeichniss Ihnen, hochwürdigster Herr, zur nämlichen Zeit zu übersenden, da Er in Seiner unermüdlichen Sorgfalt für das Heil und Wohl der katholischen Kirche und der ganzen Ihm von Gott anvertrauten Heerde des Herrn ein neues Rundschreiben an alle katholischen Oberhirten ergehen liess. Diesen Befehl des Papstes mit aller Beflissenheit und gebührender Ehrerbietung vollziehend, beeile ich mich, das genannte Verzeichniss Ihnen, hochwürdigster Herr, mit diesem Briefe zuzustellen. Indem ich mich herzlich freue, die Gefühle meiner Ergebenheit Ihnen auszudrücken und zu wiederholen, wünsche ich Ihnen von Herzen alles Gute und Heilbringende aus der Hand Gottes. | Ew. hochwürdigsten Gnaden ergebenster Diener

Rom, den 8. December 1864.

(gez.) J. Cardinal Antonelli.

Nr. 4852. (117.)

RÖMISCHE CURIE. (Syllabus). Zusammenstellung der hauptsächlichsten Irrthümer unserer Zeit, welche in den Allocutionen, Encyclicen und anderen apostolischen Schreiben Sr. Heil. des Papstes Pius IX. gerügt wurden.

Lat. Orig. Vering, Archiv I. c. N. F. VII p. 309 ff.

Nr. 4852
(117).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

§. I. Pantheismus, Naturalismus und absoluter Rationalismus.

1. Es giebt kein höchstes, allweises und allvorsehendes, von der Welt unterschiedenes göttliches Wesen, und Gott ist eins mit der Natur, daher dem Wechsel unterworfen; Gott wird thatsächlich im Menschen und in der Welt; das All ist Gott und besitzt das eigentliche Wesen Gottes; Gott und die Welt sind eins und dasselbe, daher auch der Geist und die Materie, die Nothwendigkeit und die Freiheit, das Wahre und das Falsche, das Gute und das Böse, das Gerechte und das Ungerechte. (Alloc. Maxima quidem vom 9. Juni 1862). 2. Jede Einwirkung Gottes auf die Menschen und die Welt ist zu leugnen. (Allocution Maxima quidem vom 9. Juni 1862). 3. Die menschliche

Vernunft ist ohne irgend welche Rücksicht auf Gott der einzige Schiedsrichter zwischen Wahr und Falsch, Gut und Böse: sie ist sich selbst Gesetz und reicht hin, durch ihre natürlichen Kräfte das Wohl des Menschen und der Völker zu begründen. (Alloc. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) 4. Alle Wahrheiten der Religion fließen aus der natürlichen Kraft der menschlichen Vernunft; daher ist die Vernunft die vorzüglichste Norm, wonach der Mensch die Erkenntniß aller Wahrheiten jeglicher Art sich erwerben kann und soll. (Encyclica Qui pluribus vom 9. November 1846. Enc. Singulari quidem vom 17. März 1856. Allocution Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) 5. Die göttliche Offenbarung ist unvollkommen und daher einem fortwährenden und unendlichen Fortschritt unterworfen, der dem Fortschreiten der menschlichen Vernunft entspricht. (Enc. Qui pluribus vom 9. November 1846. Allocution Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) 6. Der christliche Glaube widerspricht der menschlichen Vernunft und die göttliche Offenbarung nützt nicht allein nichts, sondern sie schadet auch der Vervollkommnung des Menschen. (Enc. Qui pluribus vom 9. November 1846. Alloc. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) 7. Die in der heiligen Schrift mitgetheilten und erzählten Prophezeiungen und Wunder sind Erfindungen von Dichtern, und die Geheimnisse des christlichen Glaubens sind die Zusammenfassung von philosophischen Forschungen; in den Büchern beider Testamente sind mythische Erfindungen enthalten, und Jesus Christus selbst ist eine mythische Erdichtung. (Encyclica Qui pluribus vom 9. November 1846. All. Max. q. vom 9. Juni 1862.) §. II. Gemäßigter Rationalismus. 8. Da die menschliche Vernunft der Religion gleichzustellen ist, so sind deswegen die theologischen Disciplinen ebenso wie die philosophischen zu behandeln. (All. Singulari quidem vom 9. Dec. 1854.) 9. Alle Dogmen der christlichen Religion ohne Unterschied sind ein Gegenstand der natürlichen Wissenschaft oder der Philosophie; und die bloss historisch gebildete menschliche Vernunft kann aus ihren eigenen natürlichen Kräften und Principien zu der wahren Erkenntniß in Betreff aller, auch der dunklern Dogmen gelangen, wofern nur diese Dogmen der Vernunft selbst als Object vorgelegt werden. (Schreiben an den Erzbischof von Freising: Gravissimas vom 11. Dec. 1862. Schreiben an denselben: Tuas libenter vom 21. December 1863.) 10. Da nun etwas anderes der Philosoph und etwas anderes die Philosophie ist, so hat jener das Recht und die Pflicht, sich der Autorität, welche er selbst für die wahre erkannt hat, zu unterwerfen; aber die Philosophie kann und darf sich keiner Autorität unterwerfen. (Schreiben an den Erzbischof von Freising vom 11. December 1862 und 21. December 1863.) || 11. Die Kirche muss sich nicht allein niemals gegen die Philosophie wenden, sondern muss auch die Irrthümer der Philosophie dulden und es ihr überlassen, sich selbst zu corrigiren. (Schreiben an den Erzbischof von Freising vom 11. Dec. 1862.) || 12. Die Decrete des apostolischen Stuhles und der römischen Congregationen hindern den freien Fortschritt der Wissenschaft. (Schreiben an den Erzbischof von Freising vom 21. December 1863.) || 13. Die Methode

Nr. 4872
(117).
Rom. Curia.
8. Dec. 1864.

Nr. 4852
(117).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

und die Principien, nach welchen die alten scholastischen Lehren die Theologie ausgebildet haben, entsprechen gar nicht den Bedürfnissen unserer Zeit und dem Fortschritt der Wissenschaften. (Schreiben an den Erzbischof von Freising vom 21. Dec. 1863.) || 14. Die Philosophie muss ohne Rücksicht auf die übernatürliche Offenbarung betrieben werden. (Schreiben an den Erzbischof von Freising vom 21. December 1863.) || NB. Mit dem System des Rationalismus hängen zum grössten Theile die Irrthümer Anton Günther's zusammen, welche verworfen werden in dem Schreiben an den Cardinal-Erzbischof von Köln Eximiam tuam vom 15. Juni 1857 und in dem Schreiben an den Bischof von Breslau Dolore haud mediocri vom 30. April 1860. || §. III. Indifferentismus, Latitudinarismus. 15. Es steht jedem Menschen frei, jene Religion anzunehmen und zu bekennen, welche er, durch das Licht seiner Vernunft geführt, für wahr hält. (Breve Multiplices inter vom 10. Juni 1851. Allocution Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 16. Die Menschen können bei der Uebung jeder Religion den Weg des ewigen Heils finden und die ewige Seligkeit erlangen. (Enc. Qui pluribus vom 9. Nov. 1846. Alloc. Ubi primum vom 17. Dec. 1847. Enc. Singulari quidem vom 17. März 1856.) || 17. Wenigstens darf man gute Hoffnung hegen über die ewige Seligkeit Aller, welche nicht in der wahren Kirche Christi leben. (Alloc. Singulari quadam vom 9. Dec. 1854. Enc. Quanto conficiamur vom 17. Aug. 1863.) || 18. Der Protestantismus ist nichts anderes, als eine verschiedene Form derselben wahren christlichen Religion, in welcher es eben so gut möglich ist, Gott zu gefallen, wie in der katholischen Kirche. (Enc. Noscitis et Nobiscum vom 8. December 1849.) || §. IV. Socialismus, Communismus, geheime Gesellschaften, Bibel-Gesellschaften, Gesellschaften liberaler Geistlichen. Diese verderblichen Dinge werden oft und in den ernstesten Ausdrücken verdammt in der Enc. Qui pluribus vom 9. November 1846, in der Alloc. Quibus quantisque vom 20. April 1849; in der Enc. Noscitis et Nobiscum vom 8. Dec. 1849; in der All. Singulari quadam vom 9. Dec. 1854; in der Enc. Quanto conficiamur moerore vom 10. August 1863. || § V. Irrthümer über die Kirche und ihre Rechte. 19. Die Kirche ist keine wahre und vollkommene, völlig freie Gesellschaft und besitzt nicht ihre eigenen und beständigen, von ihrem göttlichen Stifter ihr verliehenen Rechte, sondern es ist Sache der Staatsgewalt, zu bestimmen, welches die Rechte der Kirche und welches die Schranken seien, innerhalb deren sie diese Rechte ausüben könne. (Alloc. Singulari quadam vom 9. Dec. 1854. Alloc. Multis gravibusque vom 17. Dec. 1860. All. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 20. Die Kirchengewalt darf ihre Autorität nicht ohne Erlaubniss und Zustimmung der Staatsgewalt ausüben. (Allocution Meminit unusquisque vom 30. September 1861.) 21. Die Kirche hat nicht die Macht, dogmatisch zu entscheiden, dass die Religion der katholischen Kirche die einzig wahre Religion sei. (Breve Multiplices inter vom 10. Juni 1851.) 22. Die Verpflichtung, welche katholische Lehrer und Schriftsteller überhaupt bindet, ist auf das beschränkt, was durch

den unfehlbaren Ausspruch der Kirche als von Allen zu glaubender Glaubenssatz aufgestellt wird. (Schreiben an den Erzbischof von Freising Tuas libenter vom 21. Dec. 1863.) 23. Die römischen Päpste und die allgemeinen Concilien haben die Grenzen ihrer Gewalt überschritten, Rechte der Fürsten usurpirt und auch in Festsetzung der Glaubens- und Sittenlehren geirrt. (Breve Multiplices inter vom 10. Juni 1851.) 24. Die Kirche hat nicht die Macht, Gewaltmittel anzuwenden, noch irgend eine directe oder indirecte zeitliche Gewalt. (Breve Ad apostolicæ vom 22. Aug. 1851.) 25. Ausser der dem Episcopat inhärenten Gewalt gibt es noch eine andere zeitliche, welche vom Staat ausdrücklich oder stillschweigend verliehen ist, und daher von der Staatsregierung nach Belieben zurückgenommen werden kann. (Breve Ad apostolicæ vom 22. August 1851.) || 26. Die Kirche hat kein angeborenes und legitimes Recht auf Erwerb und Besitz. (Alloc. Nunquam fore vom 15. Dec. 1856. Enc. Incredibili vom 17. September 1863.) || 27. Die Diener der Kirche und der Papst sind von aller Leitung und Herrschaft über weltliche Dinge ganz auszuschliessen. (Alloc. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 28. Die Bischöfe dürfen ohne Erlaubniss der Staatsregierung nicht einmal apostolische Schreiben veröffentlichen. (Allocution Nunquam fore vom 15. Dec. 1856.) || 29. Die vom Papste verliehenen Gnadenbezeugungen müssen als ungültig angesehen werden, wenn sie nicht durch die Staatsregierung erlangt worden sind. (Allocution Nunquam fore vom 15. Dec. 1856.) || 30. Die Immunität der Kirche und der kirchlichen Personen hatte ihren Ursprung im bürgerlichen Rechte. (Breve Multiplices inter vom 10. Juni 1851.) || 31. Die geistliche Gerichtsbarkeit ist für die weltlichen Civil- wie Criminal-Angelegenheiten der Geistlichen durchaus abzuschaffen, auch ohne Befragen und gegen den Einspruch des apostolischen Stuhles. (Alloc. Acerbissimum vom 27. September 1852. All. Nunquam fore vom 15. Dec. 1856.) || 32. Ohne alle Verletzungen des natürlichen Rechtes und der Billigkeit kann die persönliche Befreiung der Geistlichen vom Kriegsdienst abgeschafft werden, und diese Abschaffung verlangt der staatliche Fortschritt namentlich in freiheitlich constituirten Staaten. (Schreiben an den Bischof von Monreale Singularis Nobisque vom 29. September 1864.) || 33. Es steht nicht einzig kirchlicher Jurisdictionsgewalt zu, aus eigenem und angeborenem Rechte die theologischen Studien zu leiten. (Schreiben an den Erzbischof von Freising Tuas libenter vom 21. Dec. 1863.) || 34. Die Lehre derjenigen, welche den römischen Papst mit einem freien und in der ganzen Kirche seine Macht ausübenden Fürsten vergleichen, ist eine Lehre, die im Mittelalter vorherrschte. (Breve Ad apostolicæ vom 22. Aug. 1851.) || 35. Nichts steht im Wege, durch Beschluss eines allgemeinen Concils oder durch die That aller Völker das Papstthum von dem römischen Bischof und der Stadt Rom auf einen andern Bischof und eine andere Stadt zu übertragen. (Breve Ad apostolicæ vom 22. August 1851.) || 36. Die Entscheidung eines Nationalconcils lässt keine weitere Erörterung zu, und die Staatsregierung kann demgemäss verfahren. (Breve Ad apostolicæ vom

Nr. 4852
(117).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864

Nr. 4852
(117).
Röm. Curie.
8. Dec. 1861.

22. Aug. 1851.) || 37. Es können Nationalkirchen errichtet werden, welche der Autorität des römischen Papstes entzogen und von ihr völlig getrennt sind. (Alloc. Multis gravibusque vom 17. December 1860. Alloc. Jamdudum cernimus vom 18. März 1861.) || 38. Zur Trennung der Kirche in eine morgenländische und eine abendländische haben die zu grossen Willkürlichkeiten der römischen Päpste beigetragen. (Breve Ad apostolicae vom 22. August 1851.) || §. VI. Irrthümer über die bürgerliche Gesellschaft sowohl an sich, als in ihren Beziehungen zur Kirche. 39. Der Staat besitzt als der Ursprung und die Quelle aller Rechte ein ganz schrankenloses Recht. (Alloc. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 40. Die Lehre der katholischen Kirche ist dem Wohl und Vortheil der menschlichen Gesellschaft zuwider. (Enc. Qui pluribus vom 9. November 1846. All. Quibus vom 20. April 1849.)

41. Die Staatsgewalt hat, auch wenn sie von einem ungläubigen Fürsten ausgeübt wird, ein indirectes negatives Recht in den religiösen Dingen; sie hat also nicht nur das Recht des Exequatur, sondern auch das Recht der sogenannten appellatio ab abusu. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851.)

42. Bei einem Widerspruche der Gesetze beider Gewalten geht das weltliche Recht vor. (Breve Ad apostolicae vom 22. August 1851.) 43. Die weltliche Gewalt hat die Macht, feierliche Verträge (sogenannte Concordate), die über die Ausübung der zur kirchlichen Immunität gehörigen Rechte mit dem heiligen Stuhle geschlossen wurden, ohne dessen Einwilligung, ja sogar gegen seinen Widerspruch aufzuheben, für nichtig zu erklären und ausser Kraft zu setzen. (All. In consistoriali vom 1. Nov. 1850. All. Multis gravibusque vom 17. Dec. 1865.) || 44. Die Staatsgewalt kann sich in Sachen der Religion, der Sittenzucht und des geistlichen Regiments einmischen. Sie kann also über die Weisungen urtheilen, welche die kirchlichen Oberhirten ihrem Amte gemäss für die Leitung der Gewissen erlassen, und kann sogar über die Verwaltung der heiligen Sacramente und die zu deren Empfang nöthigen Dispositionen entscheiden. (All. In consistoriali vom 1. Nov. 1850. All. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 45. Die ganze Leitung der öffentlichen Schulen, in denen die Jugend eines christlichen Staates erzogen wird, nur die bischöflichen Seminarien in einiger Beziehung ausgenommen, kann und muss der Staatsgewalt zugewiesen werden, und zwar so, dass keiner andern Autorität irgend ein Recht, sich in die Schulzucht, in die Anordnung der Studien, in die Verleihung der Grade und die Wahl oder Approbation der Lehrer zu mischen, zuerkant werden kann. (Alloc. In consistoriali vom 1. Nov. 1850. Alloc. Quibus luctuosissimis vom 5. Sept. 1851.) || 46. Selbst in den Klerikal-seminarien unterliegt der zu befolgende Studienplan der Staatsgewalt. (Alloc. Nunquam fore vom 15. Dec. 1856.) || 47. Die beste Staatseinrichtung erfordert, dass die Volksschulen, die den Kindern aller Volksklassen zugänglich sind, und überhaupt die öffentlichen Anstalten, die für den höhern wissenschaftlichen Unterricht und die Erziehung der Jugend bestimmt sind, aller Autorität, aller Leitung und allem Einfluss der Kirche enthoben und voll-

ständig unter die Leitung der bürgerlichen und politischen Autorität gestellt werden, nach dem Belieben der Regierenden und nach Massgabe der herrschenden Zeitmeinungen. (Schreiben an den Erzbischof von Freiburg, Quam non sine vom 14. Juni 1864.) || 48. Katholische Männer können eine Art von Jugendbildung billigen, die von dem katholischen Glauben und der Autorität der Kirche ganz absieht, und welche die Kenntniss der natürlichen Wissenschaften und die Zwecke des irdischen socialen Lebens ausschliesslich oder doch als Hauptziel im Auge hat. (Schreiben an den Erzbischof von Freiburg vom 14. Juli 1864.) || 49. Die Staatsgewalt darf es verhindern, dass die Bischöfe und die gläubigen Völker frei und gegenseitig mit dem römischen Papste verkehren. (All. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 50. Die weltliche Obrigkeit hat von sich aus das Recht, Bischöfe zu präsentiren, und kann von ihnen verlangen, dass sie die Verwaltung ihrer Diöcesen antreten, bevor sie vom heiligen Stuhle die canonische Einsetzung und die apostolischen Schreiben erhalten haben. (Alloc. Nunquam fore vom 15. December 1856.) || 51. Die weltliche Regierung hat sogar das Recht, die Bischöfe der Ausübung ihres oberhirtlichen Amtes zu entheben und ist nicht verpflichtet, in dem, was die Errichtung von Bisthümern und die Einsetzung der Bischöfe betrifft, dem Papste zu gehorchen. (Breve Multiplices inter vom 10. Juni 1851. All. Acerbissimum vom 27. September 1852.) || 52. Eine Regierung kann aus eigenem Rechte das von der Kirche vorgeschriebene Alter für die Ablegung der Ordens-Gelübde sowohl bei Männern als Frauen abändern, und allen Ordensgenossenschaften verbieten, ohne ihre Erlaubniss Jemanden zur Ablegung der feierlichen Gelübde zuzulassen. (Alloc. Nunquam fore vom 15. Dec. 1856.) || 53. Die Gesetze sind abzuschaffen, welche den Schutz der religiösen Orden, ihre Rechte und Verrichtungen betreffen; die staatliche Regierung kann sogar Allen Hülfe leisten, welche den gewählten Ordensstand verlassen und die feierlichen Gelübde brechen wollen; ebenso kann sie Ordenshäuser, Collegiatkirchen und einfache Beneficien, auch wenn sie dem Patronatsrechte unterstehen, aufheben und ihre Güter und Einkünfte der staatlichen Verwaltung und Verfügung überweisen. (Alloc. Acerbissimum vom 27. September 1852. Alloc. Probi meminertis vom 22. Jan. 1855. Alloc. Cum saepe vom 26. Juli 1855.) || 54. Könige und Fürsten sind nicht nur von der Jurisdiction der Kirche ausgenommen, sondern stehen auch bei Entscheidung von Jurisdictionenfragen höher als die Kirche. (Breve Multiplices inter vom 10. Juni 1851.) || 55. Die Kirche ist vom Staate, der Staat von der Kirche zu trennen. (Alloc. Acerbissimum vom 27. September 1852.) || §. VII. Irrthümer über die natürliche und die christliche Moral. 56. Die Sittengesetze bedürfen der göttlichen Sanction nicht, und es ist gar nicht nothwendig, dass die menschlichen Gesetze mit dem natürlichen Rechte übereinstimmen oder ihre verpflichtende Kraft von Gott erhalten. (Alloc. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 57. Die Wissenschaft der Philosophie und der Moral, sowie die bürgerlichen Gesetze können und sollen von der göttlichen und kirchlichen Auto-

Nr. 482
(117).Rom. Curie.
8. Dec. 1864.

Nr. 4852
(117).
Rom. Curie.
8. Dec. 1864.

rität abweichen. (Alloc. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 58. Es sind keine andern Kräfte anzuerkennen, als die im Stoffe ruhenden, und alle Sittlichkeit ist in die Anhäufung und Vermehrung von Reichthümern auf jede Art und in den Genuss der Vergnügungen zu setzen. (All. Maxima quidem vom 9. Juni 1862. Encyclica Quanto conficiamur vom 10. August 1863.) || 59. Das Recht besteht in der materiellen Thatsache; alle Pflichten der Menschen sind ein leerer Name, und alle menschlichen Thaten haben Rechtskraft. (Alloc. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 60. Die Autorität ist nichts anderes als die Summe der Zahl und der materiellen Kräfte. (Alloc. Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || 61. Eine mit Erfolg gekrönte tatsächliche Ungerechtigkeit bringt der Heiligkeit des Rechtes keinen Schaden. (Alloc. Jamdudum cernimus vom 18. März 1861.) || 62. Das sogenannte Nicht-Interventions-Princip ist zu verkünden und zu beobachten. (Alloc. Novos et ante vom 28. September 1860.) || 63. Man darf den rechtmässigen Fürsten den Gehorsam verweigern, ja sogar gegen sie sich empören. (Enc. Qui pluribus vom 9. Novbr. 1846. Alloc. Quisque vestrum vom 4. October 1847. Enc. Noscitis et Nobiscum vom 8. Dec. 1849. Breve Cum catholica vom 26. März 1860.) || 64. Der Bruch jedes noch so heiligen Eides und jede verbrecherische und schändliche, dem ewigen Gesetze zuwiderlaufende Handlung sind nicht nur nicht verdammenswerth, sondern ganz erlaubt und sogar höchst lobenswerth, wenn sie aus Liebe zum Vaterlande geschehen. (Alloc. Quibus quantisque vom 20. April 1849.) || §. VIII. Irrthümer über die christliche Ehe. 65. Es kann in keiner Weise zugelassen werden, dass Christus die Ehe zur Würde eines Sacraments erhoben habe. (Breve Ad apostolicae vom 22. August 1851.) || 66. Das Sacrament der Ehe ist etwas bloss zu dem Vertrage Hinzukommendes und von ihm Trennbares, und das Sacrament selbst liegt einzig und allein in der ehelichen Einsegnung. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851.) || 67. Nach dem Naturrecht ist das Eheband nicht unauflöslich, und in verschiedenen Fällen kann die Ehescheidung im eigentlichen Sinne durch die weltliche Behörde festgesetzt werden. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851. All. Acerbissimum vom 27. September 1852.) || 68. Die Kirche hat nicht die Gewalt, trennende Ehehindernisse aufzustellen; diese Gewalt steht vielmehr der weltlichen Macht zu, von welcher auch die bestehenden Hindernisse aufzuheben sind. (Breve Multiplices inter vom 10. Juni 1851.) || 69. Die Kirche hat erst in späteren Jahrhunderten angefangen, trennende Ehehindernisse aufzustellen, nicht aus eigenem, sondern aus dem von der weltlichen Gewalt entliehenen Rechte. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851.) || 70. Die tridentinischen Canones, welche das Anathem über Jene verhängen, die das Recht der Kirche zur Aufstellung trennender Ehehindernisse zu leugnen wagen, sind entweder nicht dogmatischer Natur, oder von jener entliehenen Gewalt zu verstehen. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851.) || 71. Die tridentinische Form (der Eheschliessung) ist nicht bei Strafe der Ungültigkeit verbindlich, wo das staatliche Gesetz eine andere Form vor-

schreibt und eine nach dieser neuen Form abgeschlossene Ehe für gültig erklärt. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851.) || 72. Bonifacius VIII. hat zuerst erklärt, dass das bei der Ordination abgelegte Gelübde der Keuschheit die Ehe nichtig mache. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851.) || 73. Kraft eines blossen Civilvertrages kann unter Christen eine wahre Ehe bestehen, und es ist falsch, dass entweder der Ehevertrag zwischen Christen stets ein Sacrament sei, oder dass auch kein Vertrag vorhanden sei, wenn das Sacrament davon ausgeschlossen werde. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851. Schreiben an den König von Sardinien vom 9. Septbr. 1852. Alloc. Acerbissimum vom 27. September 1852. Alloc. Multis gravibusque vom 17. Dec. 1860.) || 74. Ehesachen und Verlobungen gehören ihrer Natur nach vor das weltliche Gericht. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851. Alloc. Acerbissimum vom 27. September 1852.) || NB. Hierhin können gezählt werden zwei andere Irrthümer, über die Abschaffung der Ehelosigkeit der Geistlichen und darüber, dass der Ehestand dem jungfräulichen Stande vorzuziehen sei. (Sie werden verworfen, ersterer in der Encyclica Qui pluribus vom 9. Nov. 1846, letzterer in der Bulle Multiplices inter vom 10. Juni 1851.) || §. IX. Irrthümer über die weltliche Herrschaft des Papstes. 75. Ueber die Vereinbarkeit der weltlichen Herrschaft mit der geistlichen sind die Söhne der christlichen und katholischen Kirche nicht einig. (Breve Ad apostolicae vom 22. Aug. 1851.) || 76. Die Abschaffung der weltlichen Herrschaft, die der apostolische Stuhl besitzt, würde zur Freiheit und zum Glücke der Kirche sehr viel beitragen. (Allocution Quibus quantisque vom 20. April 1849.) NB. Ausser diesen ausdrücklich hervorgehobenen Irrthümern werden noch mehrere andere thatsächlich verworfen durch die Aufstellung der Lehre von der weltlichen Herrschaft des Papstes, an welcher alle Katholiken durchaus festhalten sollen. (Diese Lehre wird deutlich vorgetragen in den Alloc. Quibus quantisque vom 20. April 1849, und Si semper antea vom 20. Mai 1850, in dem Breve Cum cath. Ecclesia vom 26. März 1860, in den Alloc. Novos vom 28. September 1860, Jamdudum vom 18. März 1861, und Maxima quidem vom 9. Juni 1862.) || §. X. Irrthümer, welche mit dem modernen Liberalismus zusammenhängen. 77. In unserer Zeit ist es nicht mehr nützlich, dass die katholische Religion unter Ausschluss aller andern Culte als einzige Staatsreligion gelte. (Alloc. Nemo vestrum vom 26. Juli 1855.) || 78. Es ist daher zu loben, dass in gewissen katholischen Ländern gesetzlich verordnet ist, dass den Einwanderern die öffentliche Ausübung ihres Cultus, welcher er auch sei, gestattet sein solle. (Alloc. Acerbissimum vom 27. Sept. 1852.) || 79. Denn es ist falsch, dass die staatliche Freiheit aller Culte und die Allen garantirte volle Freiheit, alle Meinungen und Ansichten öffentlich bekänt zu machen, zum leichtern Verderbniss der Sitten und Gemüther und zur Verbreitung der Pest des Indifferentismus beitrage. (All. Nunquam fore vom 15. Dec. 1856.) || 80. Der römische Papst kann und muss sich mit dem

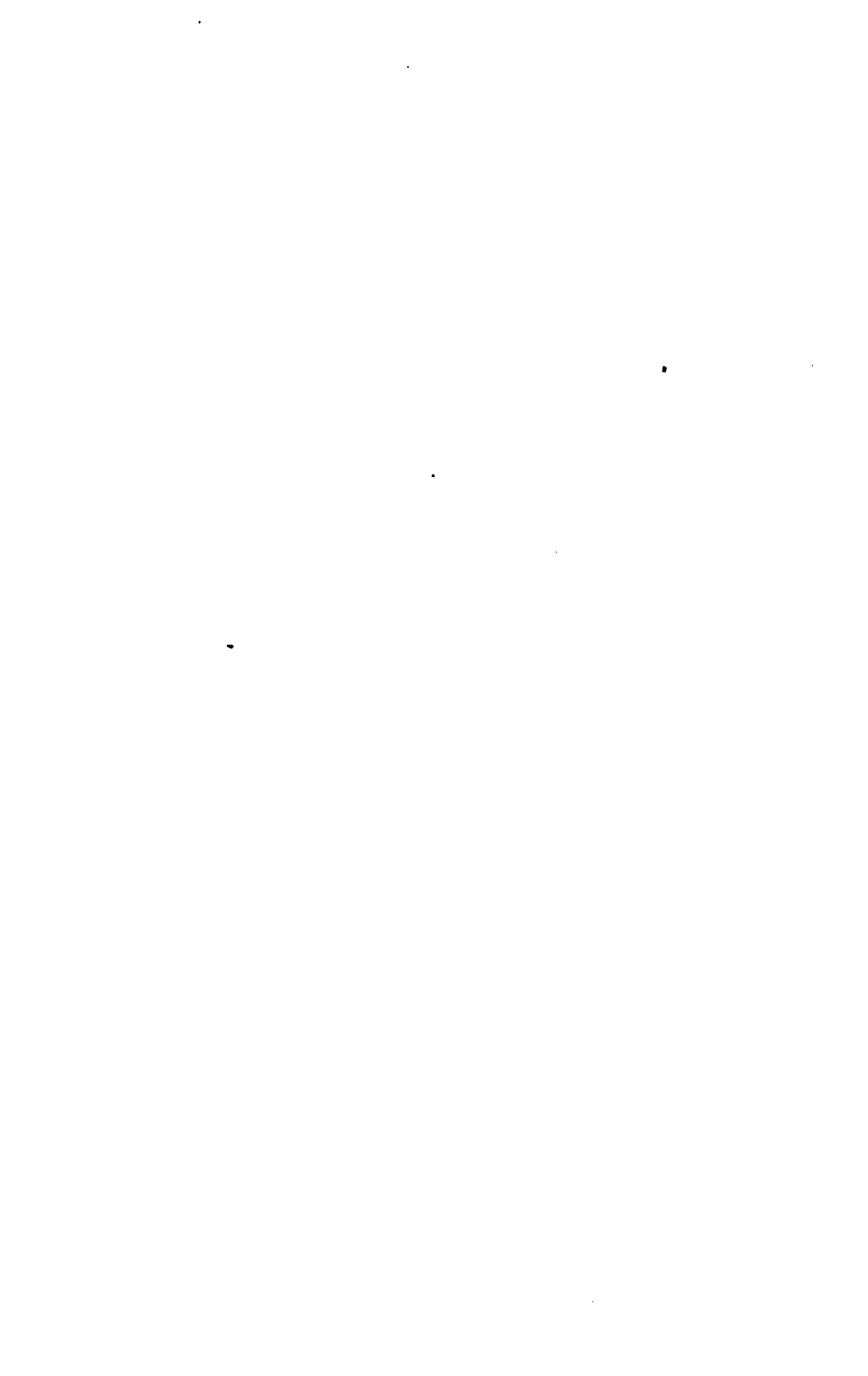
Nr. 4852
(117).
Röm. Curio.
8. Dec. 1864.

Nr. 4852 (117).
Röm. Curie.
8. Dec. 1864.

Fortschritt, dem Liberalismus und der modernen Civilisation versöhnen und vergleichen. (Alloc. Jamdudum cernimus vom 18. März 1861.)

Acta P. Pii IX. Romae 1848 ff., worin (Vol. III) alle Erlasse des Papstes Pius IX. vollständig abgedruckt sind, aus welchen der Syllabus entnommen ist. Dieselben im Auszuge Vering, Archiv l. c. N. F. VII p. 327 ff. — P. Clemens Schrader S. J. Der Papst und die modernen Ideen. Die Encyclica v. 8. Dec. 1864. Wien 1865. (Heuser), Die Encyclica Sr. Heil. P. Pius IX. etc. Nebst einer ausführlichen Einleitung vorzüglich zur Erläuterung der kirchlich-politischen Thesen. Köln 1865. Dupanloup, La Convention du 15. Sept. et l'Encyclique du 8. Dec. Paris 1865.

Vergl. Staatsarchiv Bd. VIII Nr. 1801—3 die Depeschen des französischen Min. d. Ausw. an den Botschafter in Rom: Bedauern über das Erscheinen der Encyclica und Beschwerde über den Nuntius in Paris, welcher die Bischöfe von Orleans und Poitiers wegen Veröffentlichung der Encyclica belobt habe. — In Frankreich wurde durch Rundschreiben des Justiz- und Cultusministers an den Episcopat v. 1. Januar 1865 die Publication der Encyclica und des Syllabus untersagt „da sie Aufstellungen enthalten, welche den Grundsätzen zuwiderlaufen, auf welchen die Verfassung des Kaiserreiches beruht.“ Nur die Veröffentlichung des Theiles der Encyclica, welcher die Abhaltung eines Jubiläumsablasses anordnet, wurde durch kaiserl. Decret v. 5. Jan. 1865 gestattet. — In den Staaten des Königs von Sardinien wurde unter dem 6. Jan. 1865 dem Syllabus das königl. Exequatur ertheilt: vorbehaltlich der Rechte des Staates und der Krone und ohne irgend einen der darin enthaltenen Sätze anzuerkennen, welche den Principien der Institutionen und der Gesetzgebung des Landes zuwider sind.





UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03657 6910

